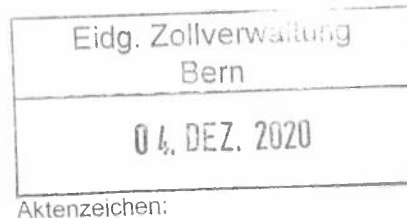


## REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat



### A-Post Plus

Eidgenössische Zollverwaltung  
Taubenstrasse 16  
3011 Bern

2. Dezember 2020

### **Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, die oben genannten Gesetzesentwürfe zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und äussern uns wie folgt:

Gemäss dem erläuternden Bericht sollen sich dank den gesetzgeberischen Massnahmen die Grenzformalitäten und die Erhebung der Inlandsteuern vereinfacht abwickeln lassen, was den administrativen Aufwand für Unternehmen reduziert und so zu einer Entlastung der Wirtschaft führt. Den vorgeschlagenen Massnahmen wird, gerade auch vor dem Hintergrund der momentan schwierigen wirtschaftlichen Lage, zugestimmt. Für einen Grenzkanton und für einen Kanton mit auch vielen grenzüberschreitend tätigen kleinen und mittleren Unternehmen wie der Kanton Aargau ist es besonders wichtig, dass die Regulierungskosten im grenzüberschreitenden Warenverkehr sinken. Dies sollte einen positiven Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz und insbesondere auf den Kanton Aargau als international stark vernetzter Kanton haben.

Die vorgesehenen Neuregelungen sollen den Zoll administrativ entlasten. Es wird davon ausgegangen, dass dank der stärkeren Digitalisierung und Standardisierung die Zusammenarbeit zwischen dem Zoll und den Behörden der grenznahen Kantone weiter verbessert werden kann.

Die Normierungsdichte im grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr bleibt dennoch hoch. Gemäss Erläuterndem Bericht wird das vorgesehene Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit rund 150 Bundeserlasse vollziehen. Es ist zu prüfen, ob und wie weit die Normendichte reduziert werden kann, damit Regulierungskosten weiter gesenkt werden können und eine rasche Anpassung an sich ändernde Umfeldbedingungen möglich ist.

Die Kantonspolizei Aargau pflegt mit dem Grenzwachkorps im Bereich Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im Kanton Aargau traditionell eine enge und gut funktionierende Zusammenarbeit. Das Grenzwachkorps leistet als wichtiger Partner, gestützt auf eine entsprechende Vereinbarung gemäss Art. 97 des Zollgesetzes (ZG), einen wesentlichen Beitrag in diesem Bereich. Diese Zusammenarbeit zwischen den Polizeikräften des Kantons Aargau und den Sicherheitsorganen des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit liegt im Interesse des Kantons Aargau und soll auch weiterhin im bisherigen Ausmass möglich und zulässig sein.

Eine zentrale Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit ist die klare Zuweisung der Zuständigkeit für Sicherheit und Ordnung an die kantonalen Polizeikräfte. Im Rahmen der Revision des Zollrechts respektive der Schaffung des neuen Gesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) ist somit die Polizeihochheit der Kantone zu respektieren. So erscheint es nicht gerechtfertigt, dass das Eidgenössische Finanzdepartement den Grenzraum nach Anhörung der betroffenen Kantone einseitig festlegt (Art. 6 lit. e BAZG-VG).

In Anbetracht der sehr hohen Anzahl von Fremdänderung im Bereich von Steuern und Abgaben aller Art und in Anbetracht der jeweils getroffenen Regelung, die zumindest sehr ähnlich lauten, stellt sich die Frage, ob nicht ein "allgemeiner Teil", gültig für alle Zoll-, Steuer- und Abgabentatbestände, anstelle der jeweiligen Einzelregelungen sinnvoll wäre.

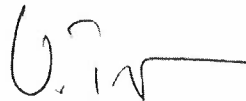
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Dr. Markus Dieth  
Landammann



Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

Kopie

- [rechtsetzung@evz.admin.ch](mailto:rechtsetzung@evz.admin.ch)





### Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

### Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige :

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Lotty Fehlmann, stv. Generalsekretärin DVI

Telefon : 062 835 16 24

E-Mail : [lotty.fehlmann@ag.ch](mailto:lotty.fehlmann@ag.ch)

Datum : 2. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 4   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 5   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 6   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 7   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 8   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge.....   | 9   |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 10  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 11  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 12  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name<sup>1</sup></b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

---

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
|      | 6    |      | e    | Eine zentrale Voraussetzung für die gute Zusammenarbeit ist die klare Zuweisung der Zuständigkeit für Sicherheit und Ordnung an die kantonalen Polizeikräfte. Im Rahmen der Revision des Zollrechts respektive der Schaffung des neuen BAZG-VG ist somit die Polizeihöhe der Kantone zu respektieren. So erscheint es nicht gerechtfertigt, dass das EFD den Grenzraum nach Anhörung der betroffenen Kantone einseitig festlegt |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | Antwort                  |  | Bemerkung/Anregung   |
|--|--------------------------|--|--|
|  | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Auf eine Stellungnahme wird verzichtet, da die fraglichen Straftatbestände dem Verwaltungsstrafrecht des Bundes und damit nicht der kantonalen Strafgerichtsbarkeit unterstehen. |
|  | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|-------------|-------------|---------------------------|----------------------|
|             |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
|      |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag<br>(Textvorschlag) |
|------|--------|------|------|------|--------------------|--|
|      |        |      |      |      |                    |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|-------------|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
|             |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
|  |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Appenzell, 3. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)  
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. September 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zu den oben erwähnten Gesetzesrevisionen zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und unterstützt diese grundsätzlich. Bezüglich der Variantenfrage ziehen wir eine Streichung von Art. 133 BAZG vor (Variante 2). Wir verweisen auf den Fragebogen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

*Beilage:*  
Fragebogen

*Zur Kenntnis an:*

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Volkswirtschaftsdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

## Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Appenzell Innerrhoden

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : AI

Adresse : Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Kontaktperson : Markus Dörig, Ratschreiber

Telefon : 071 788 93 11

E-Mail : [info@rk.ai.ch](mailto:info@rk.ai.ch)

Datum : 1. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 14 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| AI                      | Es wäre wünschenswert, wenn das BAZG bei Amtshandlungen (z.B. Observation) die zuständigen kantonalen Polizeistellen informieren würde. |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |
| AI                      |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

---

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|---|---|
| AI   | 6    |      | e    | Demnach wird als Grenzraum der Geländestreifen entlang der Zollgrenze definiert, dessen Breite das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Grenzkantone festlegt. Im Vergleich zur geltenden Regelung: bisher wurde der Grenzraum gemäss Art. 3 Abs. 5 ZG (Zollgesetz) jeweils im Einvernehmen mit den jeweiligen Grenzkantonen festgelegt. Die neue Regelung im BAZG setzt keine einvernehmliche Lösung mehr voraus, sondern gibt den Grenzkantonen lediglich ein Anhörungsrecht. Dies würde bedeuten, dass das EFD theoretisch auch ohne Einwilligung des Grenzkantons den Grenzraum definieren könnte. Aufgrund der Hoheit der Kantone darf die Definition des Grenzraums nur im Einvernehmen mit diesen Kantonen möglich sein. | Der Grenzraum soll im Einvernehmen mit den Kantonen definiert werden und nicht nach Anhörung. |
| AI   | 99   | 4    |      | Im Vergleich: In Art. 298 StPO, welcher die Scheinkäufe ebenfalls behandelt, handelt es sich im Gegensatz zu Art. 99 BAZG um eine Kann-Vorschrift. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb gemäss BAZG unter bestimmten Voraussetzungen eine Mitteilung aufgeschoben und unterlassen werden "muss" und gemäss Strafprozessordnung eine Aufschiebung und Unterlassung erfolgen "kann".   | Muss-Vorschrift in eine Kann-Vorschrift ersetzen.   |
| AI   | 139  | 4    |      | Die Mitteilung über eine erfolgte Observation wird unter gewissen Voraussetzungen aufgeschoben oder   | Muss-Vorschrift in eine Kann-Vorschrift ersetzen.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
|    |  |  |  | unterlassen. Bei der StPO-Bestimmung zur Observation handelt es sich hingegen um eine Kann-Vorschrift. |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |
| AI |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|----|-------------------------------------|--|--|
| AI | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |  |
| AI | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Eine Einzelfallprüfung ist nicht notwendig. Damit ist für die Rechtsunterworfenen leichter einschätzbar, ob ihr Handeln strafbar ist oder nicht. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name | Art. | Bemerkung/Anregung   | Textvorschlag |
|------|------|--|---------------|
| AI   | 98   | Bei Widerhandlungen in seinem Zuständigkeitsbereich kann das BAZG in virtuellen Räumen unter Verwendung einer fiktiven Identität in Kontakt mit Personen treten und insbesondere Scheinkäufe nach Art. 99 vornehmen. Hier ist nicht klar, ob diese Ermittlungsart auch bei Delikten vorgenommen werden kann, welche die Kantone im Grenzgebiet an das BAZG nach Art. 105 BAZG übertragen hat (z.B. SVG). |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |
| AI   |      |  |               |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |
| AI   |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |
| AI  |               |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |
| AI   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------|---|
| AI          | Das Volkswirtschaftsdepartement unterstützt die Vorlage. Gemäss erläuterndem Bericht wird in der Zollabfertigung ein medienbruchfreier, digital durchgehender Grundprozess eingeführt. Dadurch sollen die Regulierungskosten in Höhe von Fr. 125 Mio. pro Jahr sinken. Die Kostenreduktion dürfte sich, wenn auch mittelbar, positiv auf die Preise in der Schweiz auswirken. Hauptsächlich profitieren werden export- und importorientierte KMU und Grossunternehmen. Importeure können künftig vermehrt Zollanforderungen selbständig erledigen. Auch wenn dadurch die Nachfrage nach Dienstleistungen von Speditionsfirmen sinken kann, überwiegen die Vorteile der angestrebten Kostenreduktion insgesamt. Unmittelbare Auswirkungen auf den Kanton Appenzell I.Rh. sind aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht zu erwarten. |
| AI          |   |
| AI          |   |
| AI          |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |
| AI   |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |
| AI   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, showing the document is protected. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the side panel is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions) with a checked box for 'Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken' (Restrict formatting to a selection of style sheets). 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions) with a checked box for 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document:), and a dropdown menu set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form filling). 3. Schutz anwenden (Apply Protection) with a message 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to take over these settings? (You can deactivate them later.)) and a button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) which is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern  
(per E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch))  
([PDF- und Wordversion])

**Dr. iur. Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
[roger.nobs@ar.ch](mailto:roger.nobs@ar.ch)

Herisau, 18. Dezember 2020

## **Eidg. Vernehmlassung; Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgaben gesetz, BAZG-; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 werden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) eingeladen, zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zu einer Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) bis zum 31. Dezember 2020 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat stimmt der Totalrevision des ZG zum neuen ZoG zu. Auf weitere Bemerkungen wird verzichtet.

Zum Entwurf für ein neues BAZG-VG (E-BAZG-VG) nimmt der Regierungsrat wie folgt Stellung:

### **Aufgaben und Kompetenzen des BAZG**

Die Polizeihoheit steht den Kantonen zu, sofern sie nicht explizit dem Bund zugeordnet ist. Die verfassungsrechtliche Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen ist auch bei der vorliegenden Gesetzesrevision auf jeden Fall zu beachten. Unter diesem Aspekt regt der Regierungsrat insbesondere an, die derzeitige Formulierung von Art. 1 lit. b E-BAZG-VG im Zweckartikel noch einmal zu überprüfen. Zudem ist auffällig, dass das BAZG im Gesetz wiederholt Kompetenzen „im Rahmen seiner Aufgaben“ zugesprochen erhält. Die Regelung der Aufgaben des BAZG ist nach Art. 2 Abs. 2 lit. i E-BAZG-VG auch Gegenstand des Gesetzes. Eine konkrete Nennung oder Aufzählung der Aufgaben bleibt der Entwurf aber weitgehend schuldig. Der Regierungsrat erachtet es als unabdingbar, dass die Aufgaben des BAZG im Gesetz präzise umschrieben werden.





### Grenzraum

Der Grenzraum wird nach Art. 3 Abs. 5 des geltenden Zollgesetzes vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) im Einvernehmen mit dem betreffenden Grenzkanton festgelegt. Im E-BAZG-VG ist dagegen vorgesehen, dass das EFD den Grenzraum nach einer Anhörung der Kantone einseitig festlegen kann. Diese neue Regelung lehnt der Regierungsrat entschieden ab. Der Grenzraum auf dem Kantonsgebiet sollte auch in Zukunft im Einvernehmen mit dem jeweiligen Kanton festgelegt werden.

### Zusammenarbeit zwischen dem BAZG und den Kantonen

Im Grundsatz funktioniert die Zusammenarbeit zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) und dem Kanton Appenzell Ausserrhoden im Sicherheitsbereich heute sehr gut. Die Zusammenarbeit basiert auf individuellen und auf die jeweiligen Umstände zugeschnittenen Vereinbarungen zwischen den jeweiligen Grenzkantonen und der EZV. Diese individualisierte Zusammenarbeitsform hat sich aus Sicht des Kantons Appenzell Ausserrhoden bewährt und sollte in der bestehenden Form beibehalten werden. Es bestehen bei dieser Einschätzung soweit bekannt keine Differenzen zwischen den Kantonen und der EZV. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage wurde in Art. 105 E-BAZG-VG aufgenommen. Dabei werden insbesondere die Ausführungen im erläuternden Bericht zu Art. 105 Abs. 2 E-BAZG-VG kritisch beurteilt. Mit dem neuen Artikel wird offenbar eine „Standardisierung“ der Kantonsvereinbarungen angestrebt. Was darunter zu verstehen ist, bleibt offen. Die Tatsache, dass gemäss Anhang zum E-BAZG-VG sämtliche Vereinbarungen spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Änderungen aufgehoben werden, erweckt den Eindruck, dass hier das Ziel verfolgt wird, die Vereinbarungen mit den Kantonen grundsätzlich neu auszuhandeln. Der Regierungsrat lehnt insbesondere eine inhaltliche Standardisierung ab, da dies zwangsläufig dazu führen würde, dass man sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner trifft. Damit wäre weder dem BAZG noch den Kantonen gedient.

Der Regierungsrat spricht sich demzufolge für die Beibehaltung der jetzigen Zusammenarbeitsform mittels individueller Kompetenzdelegation der Kantone an die EZV aus. Seitens der EZV wurde immer versichert, dass im Bereich der Sicherheitsaufgaben durch die Gesetzesrevision keine Änderungen vorgesehen sind. Um im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem BAZG und den Kantonen Klarheit und Akzeptanz zu schaffen, regt der Regierungsrat an, diese Feststellung explizit in die Botschaft aufzunehmen. Sofern Ergänzungen der Vereinbarungen, namentlich im Bereich der Staatshaftung oder im Bereich des Datenschutzes nötig sind, so sind punktuelle Anpassungen der Vereinbarungen selbstverständlich möglich.

### Datenaustausch

In Art. 69 Abs. 1 lit. d E-BAZG-VG wird festgehalten, dass kantonale Polizeibehörden für die Bekämpfung der Kriminalität im Umfang, in dem dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist, Zugriff auf Daten des Informationssystems des BAZG haben, einschliesslich besonders schützenswerte Daten. Der Regierungsrat hält dazu fest, dass die Polizei nicht nur für die Bekämpfung der Kriminalität Zugriff auf die Daten erhalten sollte, sondern auch für die Gefahrenabwehr und die Verhinderung von Straftaten. Eigentliche Kernaufgabe der Polizei ist nämlich die Gefahrenabwehr und die Prävention. Der Regierungsrat würde es begrüssen, wenn die entsprechenden rechtlichen Grundlagen geschaffen würden.



### Verdeckte Fahndung und Ermittlung

Neu ist vorgesehen, dass Mitarbeiter des BAZG in virtuellen Räumen unter Verwendung einer „fiktiven Identität“ in Kontakt mit Personen treten und insbesondere Scheinkäufe vornehmen können, um Widerhandlungen im Zuständigkeitsbereich des BAZG zu erkennen und aufzudecken (Art. 98 und 99 E-BAZG-VG). Voraussetzung ist weiter, dass die bisherigen Abklärungen erfolglos geblieben sind oder weitere Abklärungen sonst aussichtslos wären oder unverhältnismässig erschwert würden (Art. 99 Abs. 1 E-BAZG-VG). Mit Bezug auf das Mass der zulässigen Einwirkung gilt Art. 293 der Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0; Art. 99 Abs. 2 E-BAZG-VG). Bei einer Ausdehnung der Kompetenzen des BAZG in diesem Bereich muss sichergestellt sein, dass die mit diesen verdeckten Massnahmen erhobenen Beweise auch in einem allfälligen Strafverfahren verwendet werden können und nicht als unverwertbar eingestuft werden, weil eine Voraussetzung gemäss StPO nicht erfüllt ist. Dies bedeutet, dass sämtliche vorgesehenen Massnahmen im BAZG-VG mit den Massnahmen der StPO kongruent sein müssen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
info.regierungsrat@be.ch  
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

Per Mail (PDF & Word-Version):  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Ihr Zeichen:

2. Dezember 2020

Unser Zeichen: 2020.SIDGS.737

RRB Nr.: 1368/2020

Direktion: Sicherheitsdirektion

Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Vernehmlassung des Bundes: Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG)**

**Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes ZG bedanken wir uns.

**1. Grundsätzliches**

Aus den Unterlagen der Vernehmlassung wird deutlich, dass anhand der Revision die Handlungskompetenzen des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei erweitert werden sollen, wodurch gleichzeitig die kantonale polizeiliche Kompetenz für die innere Sicherheit in Frage gestellt wird. Dieser Sachverhalt ist aus unserer Sicht nicht haltbar. In der Folge wird die Haltung des Kantons Bern mit Verweisen auf den erläuternden Bericht und den Gesetzestext dargelegt.



## **2. Anträge**

### **2.1 Handlungsbedarf und Ziele (Erläuternder Bericht)**

Gemäss der unter Handlungsbedarf und Ziele formulierten Darlegung soll das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit neu mit Aufgaben betraut werden, darunter die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung gegen Bedrohung, die klar in die Polizeihochheit der Kantone fallen.

### **2.2 Artikel 6 lit. e BAZG-VG (Zollgebiet, Zollgrenzen und Grenzraum)**

Die unter Art. 6 lit. e dargelegte Regelung, dass der Grenzraum nicht mehr im Einvernehmen mit dem jeweiligen Grenzkanton, sondern nach dessen Anhörung selbständig durch das EFD festgelegt wird, verdeutlicht klar die Erweiterung der Handlungskompetenz auf Bundesebene zum Nachteil der Kantone. Der Kanton Bern kann diese Regelung nicht unterstützen.

### **2.3 Artikel 90 BAZG-VG (Feststellen und Festhalten der Identität einer Person)**

Das in Art. 90 BAZG-VG neu dargelegte mehrstufige Verfahren zur Feststellung und zur Festhaltung der Identität zeigt klar auf, dass immer mehr Zwangsmassnahmen, die in der polizeilichen Zuständigkeit liegen, auch an die Eidgenössische Zollverwaltung übertragen werden sollen.

### **2.4 Antrag zu Artikel 98 BAZG-VG (Aufklärung in virtuellen Räumen)**

Ergänzung des erläuternden Berichts zu Artikel 98 mit dem Hinweis, dass mit der «Aufklärung in virtuellen Räumen» Einsätze der «verdeckten Fahndung» (analog der Definition nach Art. 298a Abs. 1 StPO) gemeint sind. Sie grenzen sich somit klar von den Einsätzen der «verdeckten Ermittlung» (analog der Definition nach Art. 285d StPO) ab. Zudem wird beantragt festzulegen, dass jede Aufklärung vom BAZG vorgängig angeordnet wird.

#### **2.4.1 Begründung**

Damit Aufklärungen in virtuellen Räumen durch das BAZG in späteren Strafuntersuchungen durch die Staatsanwaltschaft nach den Bestimmungen der StPO weitergeführt und die bisherigen Ergebnisse des BAZG im Strafverfahren verwertet werden können, ist festzulegen, welcher StPO-Massnahme die «Aufklärung in virtuellen Räumen» am ehesten entspricht. Eine Klärung dieser Frage fördert das gemeinsame Verständnis mit den anderen Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone, was im Bereich der verdeckten Ermittlungen unabdingbar ist. Nur so ist eine lückenlose und hindernisfreie Zusammenarbeit für eine wirksame Strafverfolgung gewährleistet. Sollten unter Artikel 98 auch Einsätze der «verdeckten Ermittlung» gemeint sein, so müsste zwingend eine vorgängige richterliche Genehmigung im BAZG-VG vorgesehen werden.

## 2.6 Antrag zu Artikel 99 BAZG-VG (Scheinkäufe)

Ergänzung von Artikel 99 mit folgendem neuen Absatz:

*«Für Stellung, Aufgaben und Pflichten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG sowie der Führungspersonen gelten die Artikel 291-294 Strafprozessordnung sinngemäss.»*

### 2.6.1 Begründung

Diese Bestimmung entspricht dem Artikel 298c Absatz 1 StPO für die verdeckte Fahndung. Die Artikel 291 bis 294 StPO regeln die Mindestanforderungen an die eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG sowie deren Führungspersonen. Diese Anforderungen sind auch bei Aufklärungseinsätzen nach Art. 98 bis 99 BAZG-VG einzuhalten.

## 3. Weiteres

Vor dem Hintergrund, dass mit der geplanten Revision die Handlungskompetenzen des Bundesamtes für Zoll- und Grenzsicherheit im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei erweitert werden sollen, was die kantonale polizeiliche Kompetenz für die innere Sicherheit in Frage stellt, mutet es seltsam an, dass unter Kapitel 5 des erläuternden Berichts die Auswirkungen auf die Kantone nicht transparent ausgewiesen werden.

## 4. Stellungnahme des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) vom 11. September 2020

Der Regierungsrat hat die Mitteilung des EDÖB vom 11. September 2020<sup>1</sup> zur Kenntnis genommen und erachtet es als wichtig, dass für die Bearbeitung (insbes. für die Verknüpfung) von Personendaten verfassungskonforme Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Er begrüsst die Bereitschaft des Bundesrates, die Vorlage in diesem Sinne nachzubessern.

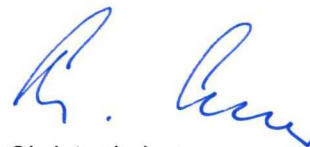
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Pierre Alain Schnegg  
Regierungspräsident



Christoph Auer  
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern
- Sicherheitsdirektion

Beilagen

- Antwortformular

<sup>1</sup> [https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/aktuell/aktuell\\_news.html#353745621](https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/aktuell/aktuell_news.html#353745621)



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Bern

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kt. BE

Adresse : Postgasse 68, Postfach, 3000 Bern 8

Kontaktperson : Luciana Keiser

Telefon : 033 635 25 54

E-Mail : [luciana.keiser@be.ch](mailto:luciana.keiser@be.ch)

Datum :

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 8  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 17 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 18 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| Kt. BE                  | Aus den Unterlagen der Vernehmlassung wird deutlich, dass anhand der Revision die Handlungskompetenzen des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei erweitert werden sollen, wodurch gleichzeitig die kantonale polizeiliche Kompetenz für die innere Sicherheit in Frage gestellt wird. Dieser Sachverhalt ist aus unserer Sicht nicht haltbar.                                    |
| Kt. BE                  | Vor dem Hintergrund, dass mit der geplanten Revision die Handlungskompetenzen des Bundesamtes für Zoll- und Grenzsicherheit im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei erweitert werden sollen, was die kantonale polizeiliche Kompetenz für die innere Sicherheit in Frage stellt, mutet es komisch an, dass unter Kapitel 5 des erläuternden Berichts die Auswirkungen auf die Kantone nicht transparent ausgewiesen werden. |
| Kt. BE                  | Der Regierungsrat hat die Mitteilung des EDÖB vom 11. September 2020 zur Kenntnis genommen und erachtet es als wichtig, dass für die Bearbeitung (insbes. für die Verknüpfung) von Personendaten verfassungskonforme Rechtsgrundlagen geschaffen werden. Er begrüsst die Bereitschaft des Bundesrates, die Vorlage in diesem Sinne nachzubessern.   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |
| Kt. BE                  |   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|--------|------|------|------|---|---|
| Kt. BE |      |      | e    | Die unter Art. 6 lit. e dargelegte Regelung, dass der Grenzraum nicht mehr im Einvernehmen mit dem jeweiligen Grenzkanton, sondern nach dessen Anhörung selbständig durch das EFD festgelegt wird, verdeutlicht klar die Erweiterung der Handlungskompetenz auf Bundesebene zum Nachteil der Kantone. Der Kanton Bern kann diese Regelung nicht unterstützen.   |   |
| Kt. BE | 90   |      |      | Das in Art. 90 BAZG-VG neu dargelegte mehrstufige Verfahren zur Feststellung und zur Festhaltung der Identität zeigt klar auf, dass immer mehr Zwangsmassnahmen, die in der polizeilichen Zuständigkeit liegen, auch an die Eidgenössische Zollverwaltung übertragen werden.  |   |
| Kt. BE |      |      |      |   |   |
| Kt. BE | 98   |      |      | Damit Aufklärungen in virtuellen Räumen durch das BAZG in späteren Strafuntersuchungen durch die Staatsanwaltschaft nach den Bestimmungen der StPO weitergeführt und die bisherigen Ergebnisse des BAZG im Strafverfahren verwertet werden können, ist festzulegen, welcher StPO-Massnahme die «Aufklärung in virtuellen Räumen» am ehesten entspricht. Eine Klärung dieser Frage fördert das gemeinsame Verständnis mit den anderen Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der Kantone, was im Bereich der verdeckten Ermittlungen unabdingbar ist. Nur so ist eine lückenlose und hindernisfreie Zusammenarbeit für eine wirksame Strafverfolgung gewährleistet. Sollten unter | Ergänzung des erläuternden Berichts zu Artikel 98 mit dem Hinweis, dass mit der «Aufklärung in virtuellen Räumen» Einsätze der «verdeckten Fahndung» (analog der Definition nach Art. 298a Abs. 1 StPO) gemeint sind. Sie grenzen sich somit klar von den Einsätzen der «verdeckten Ermittlung» (analog der Definition nach Art. 285d StPO) ab. Zudem wird beantragt festzulegen, dass jede Aufklärung vom BAZG vorgängig angeordnet wird |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |  |  |   |  |
|--------|----|--|--|---|--|
|        |    |  |  | Artikel 98 auch Einsätze der «verdeckten Ermittlung» gemeint sein, so müsste zwingend eine vorgängige richterliche Genehmigung im BAZG-VG vorgesehen werden.  |  |
| Kt. BE | 99 |  |  | Diese Bestimmung entspricht dem Artikel 298c Absatz 1 StPO für die verdeckte Fahndung. Die Artikel 291 bis 294 StPO regeln die Mindestanforderungen an die eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG sowie deren Führungspersonen. Diese Anforderungen sind auch bei Aufklärungseinsätzen nach Art. 98 bis 99 BAZG-VG einzuhalten. | Ergänzung von Artikel 99 mit folgendem neuen Absatz:<br><br>«Für Stellung, Aufgaben und Pflichten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG sowie der Führungspersonen gelten die Artikel 291-294 Strafprozessordnung sinngemäss.» |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |
| Kt. BE |    |  |  |   |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|        | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|--------|--------------------------|--|---------------------------|
| Kt. BE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| Kt. BE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name   | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|--------|--------|--------------------|
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |
| Kt. BE |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|--|
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |
| Kt. BE   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |
| Kt. BE  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |
| Kt. BE   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |
| Kt. BE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |
| Kt. BE   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. The document content shows a table with columns 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

**Bearbeitung einschränken**

**Ihre Berechtigungen**

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

**Schutz aufheben**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen'. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

Per E-Mail an:

[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Liestal, 15. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG), Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren


Mit Schreiben vom 11. September 2020 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) eine Stellungnahme abzugeben.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst grundsätzlich das neue Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie die Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Die Stellungnahmen zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen können Sie dem beigelegten Antwortformular entnehmen.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

  
Dr. Anton Lauber  
Regierungspräsident

  
Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Basel-Landschaft

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : BL

Adresse : Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kontaktperson : Pascal Steinemann

Telefon : 061 552 61 98

E-Mail : [pascal.steinemann@bl.ch](mailto:pascal.steinemann@bl.ch)

Datum : 15. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| BL                | <p>Wir anerkennen den Bedarf der umfangreichen gesetzlichen Anpassungen an die neue Organisation der Zollverwaltung und die effizientere Ausgestaltung der Grenzprozesse durch verstärkte Digitalisierung und andere dienliche Anpassungen. Auch zur Ausgestaltung der Verfahren und Massnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) haben wir – mit ganz wenigen Ausnahmen gemäss nachfolgenden Ausführungen – keine Einwände. Was die in der Vorlage angeführte Sicherheitsfunktion der Zollbehörden und die Aufgabe der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität anbetrifft, gilt es aber zu berücksichtigen, dass damit die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Zollverwaltung und den kantonalen Polizeibehörden, gemäss den verfassungsmässigen Aufgaben, immer schwieriger wird. Dies verlangt, dass die vorgelegten Gesetzesentwürfe gerade in dieser Hinsicht klar, eindeutig und einfach verständlich sind. Dies ist leider nicht überall im erforderlichen Masse gelungen. Wo von der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität die Rede ist, wird zu wenig klar, dass damit im Grundsatz wohl die Kriminalität im eigenen Zuständigkeitsbereich des BAZG, d.h. in den abgaberechtlichen und denjenigen nichtabgaberechtlichen Erlassen gemeint ist, die den Zollbehörden ausdrücklich zur Kontrolle an der Grenze übertragen sind, wie etwa im Immaterialgüterbereich oder den weiteren im Anhang aufgeführten Gesetzen mit verwaltungsstrafrechtlichen Verfahren. Beim Lesen des BAZG-VG fehlt es an Klarheit, wenn die Zuständigkeiten des BAZG – nicht wie in Gesetzen sonst üblich – gleich zu Beginn in den ersten Artikeln abgehandelt, sondern erst im 10. Titel, in den Artikeln 103 bis 105 aufgeführt werden. Das BAZG-VG wäre weit übersichtlicher und verständlicher, wenn diese Zuständigkeitsregelungen gleich am Anfang des Gesetzes, z.B. als neue Art. 3 bis 5 eingefügt würden und die nachfolgenden Artikel entsprechen verschoben würden.</p> <p>Die Abgrenzung der originären zoll- bzw. nichtabgabenrechtlichen Aufgaben sowie der Kontroll- und Sicherheitsaufgaben des BAZG einerseits von den Aufgaben der Strafverfolgung in anderen Bereichen und der polizeilichen Gefahrenabwehr und Prävention andererseits ist zu ungenau und verletzt damit wohl auch die verfassungsmässige Aufgabenteilung im Bereich der polizeilichen Tätigkeiten zwischen Bund und Kantonen. Der Entwurf des BAZG-VG sollte entsprechend überarbeitet werden. Insbesondere im Bereich der Strafverfolgung könnten solche unklaren Abgrenzungen in der Praxis schliesslich zu Mängeln in der strafprozessualen Verfahrensführung führen. Selbstverständlich wehren wir uns nicht dagegen, dass die neuen Zollbehörden (zusammengeführt aus Zoll und Grenzschutz) anlässlich von Kontrollen auch strafrechtlich relevante Vorgänge oder Gefährdungen der Sicherheit feststellen und entsprechende erste Massnahmen einleiten können. Dies dient natürlich insgesamt der Sicherheit und der Strafverfolgung im Lande. Es muss aber hinreichend klar und eindeutig abgegrenzt werden, welche</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |
|----|--|
|    | <p>Organisation wofür zuständig ist und wie an den Schnittstellen gesetzes- und zielkonform zusammengearbeitet wird. Das ist heute leider beim vorgelegten Entwurf nicht klar genug der Fall.</p> <p>Wir regen deshalb an, den vorgelegten Gesetzesentwurf diesbezüglich klarer zu formulieren.</p> <p>Zum Zollabgabengesetz (ZoG), zu den Verfahren im Zusammenhang mit dem Erheben von Abgaben und zur Aufteilung der Aufgaben des BAZG in zwei Gesetze haben wir dagegen keine Einwände oder Anregungen.</p>              |
| BL | <p>Erläuternder Bericht Ziffer 1.1. (S. 3): Die «Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung gegen Bedrohungen durch (...) Schwerstkriminalität» gehört nicht zu den Kernaufgaben der Zollverwaltung. Das ist Kernaufgabe der kantonalen Polizeien und des fedpol. Die Zollverwaltung ist sehr willkommen, im Rahmen ihrer wirklichen Kernaufgaben auch dabei mitzuwirken. Es muss aber klar sein, wo die Grenzen gezogen sind.</p>  |
| BL | <p>Begriff "Grenzüberschreitende Kriminalität": Es muss klargestellt werden, was genau unter der «grenzüberschreitenden Kriminalität» verstanden wird, für welche das BAZG zuständig sein soll. Einbruchs-, Diebstahl-, Raub- oder Betäubungsmittelkriminalität sind oft auch grenzüberschreitend. Die Zuständigkeit zur Strafverfolgung liegt in diesen Fällen aber klarerweise nicht beim Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG). Das BAZG kann die kantonalen Strafverfolgungsbehörden dabei nur unterstützen.</p> |
| BL |  |
| BL |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs.    | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|---------|------|--|---|
| BL   | 69   | 1       | d    | <p>Die in diesem Artikel aufgeführten Behörden erhalten Zugriff auf die im Informationssystem des BAZG bearbeiteten Daten, soweit sie diese für ihre Aufgabenerfüllung benötigen. Richtigerweise sind unter Abs. 1 Bst. d die kantonalen Polizeibehörden aufgeführt. Allerdings wird dort einschränkend festgehalten, dass sie den Zugang zu diesen Daten lediglich zum Zweck der Bekämpfung der Kriminalität erhalten sollen. Die kantonalen Polizeibehörden sollten jedoch für die Erfüllung all ihrer Aufgaben, namentlich auch zur Gefahrenabwehr und zur Prävention vor Straftaten auf diese Daten zugreifen können.</p> <p>Die Zwecke der Gefahrenabwehr und der Prävention sind deshalb neben der Kriminalitätsbekämpfung auch in Bst. d aufzunehmen.</p> |   |
| BL   | 90   | 3 und 4 |      | <p>Die Mitarbeitenden des BAZG sollen ermächtigt werden, bei konkretem Verdacht auf Verbrechen oder Vergehen zur Identitätsfeststellung auch DNA-Proben abnehmen und auswerten zu lassen. Diese könnten fünf Jahre im Informationssystem des fedpol gespeichert und damit mit Tatspuren verglichen werden. Eine solche Erweiterung der Möglichkeiten zur Aufnahme von DNA-Profilen in die DNA-Datenbank ist aus polizeilicher Sicht zwar durchaus begrüssenswert, sie muss aber zwingend auf die Revision der Regelungen zur Verwendung von DNA in Strafverfahren abgestimmt und koordiniert werden. Ansonsten könnten solche Daten und daraus abgeleitete</p>   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |  |  |  |  |
|----|----|--|--|--|--|
|    |    |  |  | <p>weitere Beweismittel allenfalls für Strafverfahren nicht verwertbar sein.</p> <p>Diese Massnahme sollte deshalb (erst) im Rahmen der Revision der entsprechenden Grundlagen der Strafprozessordnung für die Strafverfahren aufeinander abgestimmt eingeführt werden.</p>  |  |
| BL | 92 |  |  | <p>In diesem Artikel sollte in einem neuen Absatz auch die Möglichkeit angeführt werden, eine Person aus dem Gewahrsam heraus den Strafverfolgungsbehörden, insbesondere der örtlich zuständigen Polizei zu übergeben, wenn im Laufe des Gewahrsams ein Verdacht auf eine strafbare Handlung entsteht zu deren Verfolgung die Polizei und die Staatsanwaltschaft zuständig sind. Das kann insbesondere im Falle einer Flucht vor einer Kontrolle durch die Mitarbeitenden des BAZG vorkommen.</p> <p>Ferner müsste dieser Artikel auch ausgedehnt werden auf diejenigen Fälle, in denen die Kontrolle einer Person ergibt, dass eine Ausschreibung in den Fahndungssystemen besteht und die Person der ausschreibenden Behörde zugeführt werden müsste. Das BAZG braucht in solchen Fällen eine Rechtsgrundlage, um Personen so lange zurückzuhalten, bis sie an die ausschreibende Behörde zugeführt werden können. Dies ist nicht nur bei Beschuldigten in Strafverfahren der Fall, bei denen allenfalls auf die Regeln der Strafprozessordnung abgestellt werden könnte, sondern auch beispielsweise bei aus Strafvollzug oder Massnahmen Entwichenen Personen, bei Vermissten, die einer Rückführung bedürfen.</p> |  |
| BL | 95 |  |  | <p>Diese Grundlage für Sicherstellungen ist im Entwurf beschränkt auf Gegenstände, die als Beweismittel gebraucht werden oder einzuziehen sind. Es fehlt damit allerdings eine Möglichkeit, bei einer Kontrolle auch</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |           |  |  |  |  |
|----|-----------|--|--|--|--|
|    |           |  |  | <p>Gegenstände vorläufig sicherzustellen, wenn sie die Sicherheit gefährden oder für (künftige) Straftaten verwendet werden könnten, so wie das in den kantonalen Polizeigesetzen vorgesehen ist. Es ist dabei z.B. an Einbruchswerkzeug oder andere Tatmittel für künftige Straftaten zu denken, ohne dass ein Tatverdacht für ein Strafverfahren besteht. Auch könnte eine solche Erweiterung angewendet werden, wenn bei der Kontrolle ausländischer Fussballfans bei der Einreise an der Grenze in deren Gepäck gefährliche Gegenstände (z.B. Pyrotechnik) festgestellt werden, die für Gewalttaten eingesetzt werden könnten, aber nicht dem Waffengesetz unterstehen. Solche Gegenstände sollten für die Dauer der mutmasslichen Gefährdung ebenfalls durch die Mitarbeitenden des BAZG sichergestellt werden können. Ein Beizug der Polizei nur zwecks Sicherstellung wäre ineffizient.</p> |  |
| BL | 98 und 99 |  |  | <p>Wir haben grundsätzlich keine Einwände, dass das BAZG auch mit fiktiven Identitäten Aufklärung im virtuellen Raum und Scheinkäufe in ihrem Zuständigkeitsbereich tätigen kann. Es muss dabei aber unbedingt sichergestellt sein, dass die mit diesen verdeckten Massnahmen erhobenen Beweise auch in einem allfälligen Strafverfahren unter den Regeln der Strafprozessordnung verwendet werden können und nicht als unverwertbar eingestuft werden, weil eine Voraussetzung gemäss StPO nicht erfüllt ist. Es ist ja durchaus denkbar, dass bei solchen verdeckten Operationen auch Taten zu Tage treten, die nicht der originären Zuständigkeit des BAZG unterliegen und dann den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden zu übergeben sind. Deshalb müssen sämtliche vorgesehenen Massnahmen im BAZG-VG mit den Massnahmen der StPO kongruent sein. Das bedeutet</p>                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |   |  |
|----|--|--|--|---|--|
|    |  |  |  | insbesondere, dass geklärt werden muss, ob unter 'Verwendung einer fiktiven Identität' auch die Verwendung einer durch Urkunden abgesicherten falschen Identität (Legende) analog Art. 285a StPO verstanden wird. Für eine solche verdeckte Ermittlung wäre eine richterliche Genehmigung vorzusehen, analog dem Zwangsmassnahmengericht in der StPO. Ohne Legendierung, also im Bereich der verdeckten Fahndung, wäre dies nicht erforderlich. Für die Stellung, Aufgaben und Pflichten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG sowie deren Führungspersonen sollten bei Scheinkäufen auch die Artikel 291 – 294 StPO sinngemäss gelten (analog der Regelung der 'verdeckten Fahndung' in Art. 298c Abs. 2 StPO), da dies Mindestanforderungen sind. Diese Bemerkungen gelten ebenfalls für die neu geschaffenen gesetzlichen Grundlagen zum Abschluss von Scheingeschäften unter Verwendung einer 'fiktiven Identität' im Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten (Art. 13a), im Bundesgesetz betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (Art. 25c), im Fernmeldegesetz (Art. 33a) und im Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Art. 30a). |  |
| BL |  |  |  |   |  |
| BL |  |  |  |   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BL   |             |                           |                      |
| BL   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |               |                           |
|---|---------------|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| BL  |               |                           |
| BL  |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |        |      |      |      |                    |   |
|---|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Name  | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
| BL  |        |      |      |      |                    |   |
| BL  |        |      |      |      |                    |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BL   |               |             |                           |                      |
| BL   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| BL  |                           |
| BL  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| BL   |             |             |             |                           |  |
| BL   |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BL   |             |                           |                      |
| BL   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: [staatskanzlei@bs.ch](mailto:staatskanzlei@bs.ch)  
[www.regierungsrat.bs.ch](http://www.regierungsrat.bs.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)

Per Email an:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Basel, 9. Dezember 2020

**Regierungsratsbeschluss vom 8. Dezember 2020**

**Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 von Herr Bundesrat Ueli Maurer wurden dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt der Entwurf und erläuternde Bericht zum neuen Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) zur Vernehmlassung unterbreitet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Vorlage grundsätzlich begrüsst. Viele im Kanton Basel-Stadt angesiedelte Unternehmen sind international tätig. Rund ein Fünftel aller Warenexporte der Schweiz – mit einem Warenwert von insgesamt rund 63.8 Mrd. Franken – stammten 2019 aus Basel-Stadt. Bei den Importen (rund 34.2 Mrd. Franken) entspricht der Anteil des Kantons über 10 Prozent. Entsprechend wichtig ist es, den im internationalen Handel tätigen Unternehmen effiziente Zollprozesse zu bieten. Veränderungen sollen sich gemäss Entwurf in einer vereinfachten Abwicklung der Grenzformalitäten und in der Erhebung der Inlandsteuern niederschlagen. Unternehmen sollen Zollverfahren zudem teilweise eigenständig durchführen können. Ein Fokus liegt damit in der grundsätzlichen Entlastung der Wirtschaft von administrativen Vorgängen, was ausdrücklich begrüsst wird.

Aus besonderem Blickwinkel der kantonalen öffentlichen Statistik gilt allerdings anzumerken, dass der Bedeutung, die den im System geführten Daten zum Zwecke der Statistik und der Gewinnung von Steuerungsinformation für den Kanton zukommt, im Entwurf noch zu wenig Rechnung getragen wird. Nicht zuletzt mit Bezug auf das vom Bundesrat verfolgte Once only-Prinzip bei der Datenerhebung müssten diese Zwecke im Gesetz klarer dargestellt und das Recht der Datennutzung durch die dem Statistiksystem Schweiz auf allen politischen Ebenen zugehörigen Stellen verankert werden. Benötigte Informationen müssen aus den Daten generiert werden können. Parallelerhebungen und Informationslücken sollen vermieden beziehungsweise geschlossen werden. Den Kantonen muss über die Statistikstelle möglich sein, Datenexporte auf Einzeldaten-



basis zu erhalten, einschliesslich Identifikatoren wie die AHVN13 oder die UID. Für den Kanton Basel-Stadt – als dynamisches Wirtschaftszentrum mit stark exportorientierten Branchen und einer hohen Konzentration an Logistikfirmen – sind aussagekräftige Daten zum Aussenhandel ausgesprochen wichtig.

#### Zu Art. 67 Abs. 2 BAZG-VG

Es wird begrüsst, dass das Erstellen von Statistiken unverändert als Zweck des Informationssystems der Zollverwaltung erwähnt ist. Wir gehen davon aus, dass nicht das System selbst die Statistiken erstellt, sondern die Daten daraus exportiert werden. Mit dem Once only-Prinzip sind Änderungen in der nationalen Datenbewirtschaftung absehbar. Daten können auch andernorts für Statistiken zur Generierung von (Steuerungs-)Information benötigt werden.

#### Zu Art. 69 BAZG-VG

Im Entwurf fehlt eine Grundlage für die Weitergabe von Daten an die Statistikstellen des Statistiksystems Schweiz, insbesondere an die kantonalen Statistikstellen. Wir können uns diesbezüglich einen neuen lit. e) mit dem Wortlaut: «kantonale statistische Ämter für die Erstellung der öffentlichen Statistik» vorstellen. Die Regelung der Zugriffsrechte auf Daten des Informationssystems für Dritte auf Verordnungsstufe erachten wir als angemessen. Für die Weiterführung einer aussagekräftigen, unterjährigen und regionalisierten Aussenhandelsstatistik zur konjunkturellen Beobachtung auf kantonaler Ebene müssen die dazu notwendigen, nicht aggregierten Daten allerdings an die regionalen Statistikstellen bekannt gegeben werden können. Dies soll in den entsprechenden Ausführungsbestimmungen zum vorliegenden Entwurf Eingang finden.

Das bisherige ZG kannte direkte Zugriffsrechte auf einzelne Informationssysteme der EZV für das Fedpol, das Staatssekretariat für Migration und die kantonalen Polizeibehörden. Diese direkt aus dem bisherigen Zollrecht fliessenden Zugriffsrechte werden in das BAZG-VG überführt. Insbesondere für die kantonale Polizeibehörde ist zentral, dass der Zugriff auf Informationssysteme der EZV auch unter neuem Recht im Abrufverfahren möglich bleibt. In diesem Punkt können die Erläuterungen zu Art. 69 Abs. 1 und 3 BAZG-VG allenfalls missverstanden werden. Während die Erläuterungen zu Abs. 1 dies so statuieren, wird in den Erläuterungen zu Abs. 3 festgehalten, dass der Zugriff auf das Informationssystem nicht in Form eines Abfrageverfahrens erfolge. Zur zielgerichteten Erfüllung ihrer Aufgaben ist die kantonale Polizeibehörde jedenfalls darauf angewiesen, die erforderlichen Daten zeitnah erhältlich zu machen.

#### Zu Art. 70 BAZG-VG

Die Erarbeitung und Nutzung von standardisierten Schnittstellen für die Bekanntgabe von Daten begrüssen wir.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen der Zentrale Rechtsdienst, Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt, [sekretariat.ZRD@jsd.bs.ch](mailto:sekretariat.ZRD@jsd.bs.ch), gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann  
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

## **PAR COURRIEL**

Département fédéral des finances  
Secrétariat général DFF  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

*Courriel* : [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

*Fribourg, le 14 décembre 2020*

**Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

Madame, Monsieur,

Le 11 septembre 2020, vous nous avez consultés sur les objets cité en titre, et nous vous en remercions. Nous soutenons globalement ces deux projets.

Les objectifs formulés, visant notamment l'uniformisation, la simplification et la numérisation complète des procédures et la création de bases appropriées pour l'analyse des risques et le contrôle, nous semblent pertinents. Au vu de l'évolution technologique et de la croissance importante des flux transfrontaliers des marchandises au cours des dernières années, une adaptation des bases légales s'impose depuis longtemps. Dans le contexte de l'essor du commerce en ligne, il est en effet indispensable de mettre en place de nouveaux instruments plus efficaces et performants de contrôle de conformité et de perception des redevances.

De façon analogue, une modernisation et une simplification des procédures douanières constitue un aspect essentiel des mesures politiques visant à renforcer la place économique suisse. Comme il a été maintes fois souligné, l'établissement des déclarations de douane, le dédouanement et le paiement représentent une charge administrative très importante, notamment pour les PME. Un allègement des procédures s'appliquant au commerce transfrontalier est susceptible d'augmenter la compétitivité des entreprises. Dans le contexte actuel, marqué par une hausse persistante du franc suisse et des perspectives conjoncturelles très incertaines à la suite de la pandémie du Covid-19, de telles mesures revêtent une urgence particulière.



En complément à cette appréciation globale, nous vous faisons part de nos commentaires concernant quelques aspects spécifiques du projet mis en consultation :

- > *Perception de la redevance* : Le projet LE-OFDE prévoit l'introduction du principe de la proportionnalité afin de percevoir de petits montants automatiquement. Même si une telle solution est appropriée du point de vue technique, il est regrettable que le Conseil fédéral n'ait pas approfondi, dans le cadre de la révision proposée, la question de la suppression des droits de douane sur les produits industriels, actuellement examinée par les Chambres fédérales. Dans sa détermination du 12 mars 2019, le Conseil d'Etat du canton de Fribourg a salué cette proposition et les allègements administratifs qui y sont liés. Sous l'angle de la compétitivité des entreprises suisses, les arguments plaçant en faveur de la suppression des droits de douane, notamment la baisse des coûts de production et l'augmentation des marges, restent selon nous valables, d'autant plus que l'industrie d'exportation est particulièrement affectée par la crise économique actuelle.
- > *Conditions de concurrence équitables* : Au cours des dernières années, l'essor du commerce en ligne transfrontalier, avec notamment une hausse importante des envois depuis l'Asie, accroît la concurrence pour de nombreuses entreprises suisses. Même si certaines mesures ont été prises afin de garantir des conditions de concurrence équitables, en particulier à travers l'extension de l'assujettissement des plateformes de vente en ligne à la TVA, des problèmes persistent. Comme l'a relevé le Conseil fédéral dans son rapport en réponse au postulat 17.4228, des irrégularités sont fréquemment constatées lors de contrôles de petits envois commandés en ligne. Face à cette situation portant préjudice aux entreprises suisses, il est indispensable de renforcer des moyens de contrôle de l'AFD. Dans cette perspective, nous saluons l'introduction de bases légales permettant les achats fictifs et les vérifications dans les espaces virtuels. Ces instruments sont essentiels pour lutter contre les fraudes et garantir des conditions de concurrence équitables.
- > *Allègements administratifs pour les PME* : La simplification et l'autonomisation des procédures constituent à nos yeux l'une des principales plus-values de la révision, en raison des allègements administratifs qu'elles permettent. Par rapport à ce point, il est toutefois nécessaire de prévoir une offre de conseil et d'accompagnement afin de permettre aux entreprises de mettre en place les nouveaux dispositifs informatiques. Une telle offre est particulièrement importante pour les PME, dont les ressources humaines et techniques sont limitées.
- > *Statistiques du commerce extérieur* : Les statistiques du commerce extérieur constituent un élément indispensable pour élaborer des stratégies économiques et fonder des mesures de politique économique. Même si le projet LE-OFDF n'est pas directement lié aux statistiques douanières, nous saisissons l'occasion pour rappeler l'importance que revêtent ces données pour les cantons. A l'heure actuelle, certaines données du commerce extérieur, notamment la ventilation par pays, ne sont disponibles qu'avec un retard important, après la fin de l'année. Par ailleurs, contrairement à d'autres domaines de la statistique publique, les données individuelles concernant le commerce extérieur ne sont pas transmises aux cantons. Dans le cadre de la mise en place des nouveaux systèmes d'information de l'AFD, une disponibilité accrue des statistiques du commerce extérieur est souhaitable afin de compléter les bases statistiques sur lesquelles les analyses et scénarios économiques des cantons prennent appui.

En espérant que vous pourrez tenir compte de ces remarques, et en vous remerciant encore une fois de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

Anne-Claude Demierre, Présidente



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

*L'original de ce document est établi en version électronique*



Genève, le 16 décembre 2020

## Le Conseil d'Etat

6447-2020

Département fédéral des finances  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

**Concerne : projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LEOFD) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre courrier du 11 septembre 2020 relatif à la consultation citée en titre et salue la volonté du Conseil fédéral de faire évoluer la législation en la matière.

Genève et son aéroport international sont directement concernés par la sécurité liée aux frontières, qu'elles soient intérieures ou extérieures.

A cet égard, le déploiement d'outils techniques tels que les caméras AFV (recherches automatisées de véhicules et surveillance du trafic) et les appareils à rayons X permettra une gestion efficace du passage de la frontière.

Toutefois, faute de ressources cantonales policières pour effectuer les contrôles à la frontière extérieure de l'aéroport de Genève, il appartiendra à l'office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF) de poursuivre cette mission comme aujourd'hui, bien qu'elle ne fasse pas partie de ses tâches originelles. Les assurances données jusqu'ici devront être tenues. Un traitement différencié, selon que la frontière est intérieure ou extérieure, ne ferait guère de sens.

Quant à la numérisation systématique des formalités douanières et le renforcement des contrôles dans le domaine de la circulation des personnes et de la migration, nous estimons qu'ils permettront une gestion efficace des frontières. A ce titre, il conviendrait que le Conseil fédéral définisse clairement, dans les nouvelles dispositions de loi sur les droits de douane (LDD), l'étendue des droits d'accès à certains systèmes d'information de l'administration fédérale des douanes (AFD), qui se fondent actuellement sur l'article 110e alinéas 3 et 4 de la loi sur les douanes (LD).

Concernant les dépôts francs sous douane (DF), pour les motifs résumés ci-après et détaillés en annexe, notre Conseil est d'avis que le projet de révision remet en question la viabilité économique des dépôts francs sous douane, tels que les Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (PFEG).

Notre Conseil ne peut s'accommoder de la version actuelle de la réforme qui prévoit une disparition pure et simple du régime des DF au profit d'un régime d'entrepôt (ED) semblable à l'entrepôt douanier ouvert (EDO) existant actuellement. En effet, les DF exercent également une activité de location de locaux en faveur de transitaires, lesquels devraient demander une autorisation en tant qu'ED. Ces entrepositaires seraient alors soumis à des obligations réglementaires (notamment le paiement d'une sûreté) qui ne résisteraient pas à la concurrence et les inciteraient à déplacer leurs activités vers des pays qui n'imposent pas de telles contraintes. Les DF suisses, mais également le marché de l'art suisse et les nombreuses activités périphériques liées à ce marché, en seraient gravement affectés.

Les DF, et tout particulièrement les PFEG à Genève, ont été les catalyseurs du développement du marché de l'art en Suisse, un secteur qui attire dans son sillage de nombreuses activités annexes et qui constitue un moteur important pour l'hôtellerie, la restauration et les transports, des secteurs tout particulièrement fragilisés par la présente crise sanitaire et économique, dont les effets sur le court et moyen terme ne sont pas prêts de s'estomper. Selon une étude, les retombées économiques indirectes de l'activité des PFEG s'élevaient, en 2011, à environ 300 millions<sup>1</sup> de francs. Neuf ans plus tard, et compte tenu du développement du marché de l'art, ces retombées économiques sont très vraisemblablement nettement plus importantes.

Une remise en cause fondamentale du fonctionnement actuel des PFEG aurait un effet dramatique sur le marché de l'art en Suisse, avec, à la clé, des pertes fiscales massives pour le canton de Genève et pour la Confédération, notamment au niveau de la TVA, et la disparition de milliers d'emplois; pour mémoire, plus de 13'000 places de travail dépendent du marché de l'art au sens strict<sup>2</sup>.

Aussi, notre Conseil accepte le fait que le régime du DF doit évoluer et formule notamment les propositions suivantes qui sont détaillées dans l'annexe jointe et le formulaire idoine :

1. Un régime particulier d'ED reprenant certaines spécificités du DF pour l'entreposage de "marchandises sensibles" (telles que définies dans la législation douanière, soit en particulier les œuvres d'art) devrait être ancré au niveau de la loi.
2. Comme indiqué, l'imposition d'une sûreté qui conduirait à l'obligation d'immobiliser des actifs significatifs aurait un fort impact sur les entrepositaires qui louent actuellement des locaux aux PFEG.

La réglementation actuelle en matière d'EDO prévoit une sûreté de 2% de la valeur du stock annuel moyen de marchandises étrangères non dédouanées, ce pourcentage pouvant être réduit à 1%. Pour une valeur de stock de 2 milliards de francs – ce qui est un montant réaliste si les valeurs déposées sont des œuvres d'art – une sûreté de 1% (taux réduit) représenterait un montant de CHF 20 millions. Une telle immobilisation financière est de nature à mettre en péril l'activité-même de l'ED.

Dans l'univers de forte concurrence qui caractérise actuellement ce secteur économique, ces entrepositaires quitteraient très vraisemblablement les DF suisses pour déplacer leurs activités vers un pays qui n'impose pas une telle contrainte.

<sup>1</sup> Le Temps, 300 millions de retombées pour Genève, 30 janvier 2014, disponible sur: <http://www.letemps.ch/suisse/2014/01/30/300-millions-retombees-geneve> (consulté le 05.12.2020).

<sup>2</sup> Office fédéral de la statistique / Office fédéral de la culture, Statistiques de poche de la culture en Suisse, 2019, page 76.

Au vu de ce qui précède, notre Conseil propose que l'ED spécial pour marchandises sensibles (cf. la proposition 1 ci-dessus) soit spécifiquement exclu, au niveau de la loi, de l'obligation de déposer une sûreté, au motif que cet ED serait soumis à un contrôle plus poussé, selon des modalités à définir encore, de la part de l'office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières, ce qui rendrait superflue l'imposition d'une sûreté.

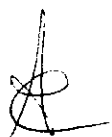
En soutenant fondamentalement les projets mis en consultation, nous vous remercions d'ores et déjà de l'attention que vous voudrez bien prêter aux observations de notre Conseil et nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

  
Michèle Rignetti

La présidente :

  
Anne Emery-Torracinta

Annexes mentionnées

Copie à : [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)



### Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : République et Canton de Genève

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : GE

Adresse : Rue de l'Hôtel-de-Ville 2, 1204 Genève

Personne de référence :

Téléphone :

Courriel :

Date : 16 décembre 2020

Veillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (document Word et PDF) d'ici au 31 décembre 2020 à l'adresse suivante : [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Nous vous remercions de votre collaboration!

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|   |    |
|---|----|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</i>                               | 3  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</i>                   | 4  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016</i> | 9  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions</i>   | 10 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</i>   | 11 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</i>                             | 12 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions</i>   | 14 |
| <i>Loi sur les droits de douane – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</i>   | 15 |
| <i>Loi sur les droits de douane – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</i>                                       | 16 |
| <i>Loi sur les droits de douane – Autres propositions</i>   | 18 |
| <i>Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes</i>   | 19 |

### Indications importantes pour remplir les tableaux

1. Nous vous prions
  - a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant,
  - b) d'utiliser une ligne par article, alignée et lue par article du chapitre du rapport explicatif,
  - c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne pas remplir que les champs gris du formulaire.
2. La colonne «Non» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| Loi fédérale sur la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et<br>révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD) |   |
|---|---|
| Nom <sup>1</sup>  | Commentaire / remarque  |
| GE  | Nous vous prions de bien vouloir vous référer à notre courrier d'accompagnement et à son annexe |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |
| GE  |   |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

<sup>1</sup> La colonne « Nom » sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| Loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD) |      |     |      |  | Proposition de modification (texte) |  |
|---|------|-----|------|--|-------------------------------------|--|
| Nom   | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque   |                                     |  |
| GE  | 11   | 2   |      | Que faut-il entendre par "types de modalités de procédure"?  |                                     |  |
|   |      |     |      | Que faut-il entendre par "autres destinations de marchandises"?  |                                     |  |
| GE  | 11   | 3   |      | Que faut-il entendre par des "conditions et [...] charges"?  |                                     |  |
|   |      |     |      | Que faut-il entendre par "limitée dans le temps"?  |                                     |  |
| GE  | 15   |     |      | L'exploitant d'un entrepôt douanier (ED) doit-il être lui-même Opérateur économique agréé (Authorised Economic Operator, AEO)?   |                                     |  |
|   |      |     |      | L'exploitant d'un ED peut-il recourir aux services d'un AOE?   |                                     |  |
| GE  | 30   | 1   |      | À l'instar de l'art. 42 al. 1 LTVA, la prescription relative est de 5 ans. Cependant, alors que l'art. 42 al. 6 TVA (prescription du droit de taxation) et l'art. 91 al. 5 LTVA (prescription du droit d'exiger le paiement de l'impôt) prévoient une prescription absolue de 10 ans, l'al. 5 reprend la prescription de 15 ans de l'art. 75 al. 4 LD. Une uniformisation du délai de prescription absolue entre la législation douanière et la législation TVA serait souhaitable, une prescription absolue de 10 ans ne mettant pas en danger les intérêts financiers de la Confédération. |                                     |  |
| GE  | 31   |     |      | Cet article inclut-il la notion actuelle de "cautionnement" pour les entrepôts douaniers ouverts (EDO) (sûreté garantissant l'observation des obligations, le montant  |                                     |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |    |   |  |   |  |
|----|----|---|--|---|--|
|    |    |   |  | <p>étant en général de 2% de la valeur du stock annuel moyen [avec un minimum de CHF 10'000.-])?</p> <p>La société Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (PFEG) doit-elle s'attendre à se voir imposer, en tant qu'ED, ces 2%? Y aura-t-il une différence de traitement pour les "ex-dépôts francs sous douane (DF)", vis-à-vis des "ex-EDO"? Sinon, tous les ED seront-ils tous traités de la même manière?</p> <p>Y aura-t-il un traitement particulier pour les PFEG, compte tenu de la valeur des marchandises se trouvant dans les DF, et compte tenu aussi du fait que les PFEG sont majoritairement détenus par l'Etat de Genève (87%)?</p> |  |
| GE | 34 |   |  | <p>L'actuel cautionnement de 2% pour les EDO sera-t-il inclus dans la forme des sûretés dont fait mention l'art. 34?</p>  |  |
| GE | 44 | 1 |  | <p>Les DF et les EDO deviendront des "entrepôts douaniers". La loi ne le mentionne pas directement. Ce changement se comprend à la lecture des modifications proposées à d'autres actes législatifs. Est-ce bien juste?</p>   |  |
| GE | 44 | 3 |  | <p>Pour le site de la Praille et de l'Aéroport, à qui les autorisations d'exploiter l'ED des PFEG seront-elles délivrées? Aux PFEG seulement ou à tous les entrepositaires (PFEG et ses clients locataires) du site de la Praille et de l'Aéroport? Dans la deuxième hypothèse, risque de multiplication des autorisations à délivrer et donc importante charge administrative pour l'OFDF.</p> <p>Rapport explicatif, p. 48 §2: "L'OFDF accomplira uniquement des tâches de contrôle et vérifiera si l'exploitant respecte les obligations qui lui incombent".</p>   |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |    |   |             |  | Les exploitants des ED devront-ils alors accomplir des tâches régaliennes? Qu'en sera-t-il de la vérification des marchandises à l'entrée des ED?   |  |
|----|----|---|-------------|--|---|--|
| GE | 44 | 4 | 2ème phrase |  | "L'OFDF peut assortir l'autorisation de charges." Qu'en est-il exactement?<br>Dans l'attribution de charges, l'OFDF fera-t-il une distinction entre les "ex-EDO" et les "ex-DF"?  |  |
| GE | 44 | 5 | c           |  | S'agit-il des documents relatifs à la tenue d'inventaire?   |  |
| GE | 44 | 5 | d           |  | En quoi consiste exactement la "preuve de la solvabilité"?<br>S'agit-il du cautionnement évoqué ci-dessus?  |  |
| GE | 44 | 5 | e           |  | Quel degré de sécurité et de sûreté est-il exigé? Est-ce que le concept de "sûreté" utilisé dans ce contexte fait référence à la sécurité "physique" (texte allemand: "geeigneter Sicherheitsstandards") et non pas au cautionnement évoqué ci-dessus?  |  |
| GE | 44 | 5 | f           |  | Que faut-il entendre par le "nombre minimal d'entrées et de sorties d'entrepôt"?<br>Le rapport explicatif (p. 47 § 2) mentionne que "les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises devront être réglées par voie d'ordonnance."<br>L'OFDF fera-t-il une distinction entre les "ex-EDO" et les "ex-DF", compte tenu de leur type d'exploitation respectifs? Ainsi, est-ce que les PFEG pourront-ils continuer à déléguer à leurs locataires la tenue d'inventaire? |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |       |   |  |  |  |
|----|-------|---|--|--|--|
| GE | 56    | 2 |  | <p>"Le Conseil fédéral désigne les personnes auxquelles incombe l'obligation de conserver et définit les conditions de stockage des données."</p> <p>Quelles sont ces personnes?</p> <p>Sous quelle forme?</p>   |  |
| GE | 58    |   |  | <p>Pourquoi seulement 60 jours alors que l'AFD peut en cas d'erreur réclamer dans un délai d'un an?</p>  |  |
| GE | 64    | 1 |  | <p>Selon le rapport explicatif (p. 59 dernier §), "la transformation numérique de l'AFD nécessitera un changement de système afin, d'une part, de permettre la pleine exploitation numérique et, d'autre part, de satisfaire d'une façon suffisante aux exigences en matière de protection des données".</p> <p>Quel système d'exploitation peut répondre à ces exigences?</p> <p>Qu'en est-il du niveau de prise en compte / intégration du E-freight dans le processus de digitalisation de la douane?</p> |  |
| GE | 103ss |   |  | <p>La Douane souhaite assumer de nouveaux actes législatifs ne relevant pas de sa compétence actuelle (exemples: contrefaçons, fraudes etc...).</p> <p>L'export est-il concerné?</p> <p>Y aura-t-il un chevauchement avec les compétences du SECO en la matière?</p>   |  |
| GE | 106   |   |  | <p>"Les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal sont effectués en fonction des risques. Le Conseil fédéral définit le cadre de la pondération en fonction des risques."</p> <p>Quelle sera cette pondération?</p>   |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |    |   |  |  | Aura-t-elle une influence sur la rapidité des flux dans les aéroports? |  |
|----|----|---|--|--|--|--|
| GE | 69 | 1 |  |  | Droits d'accès aux autorités de police                                 | Sur la base de l'art. 110e, al. 3 et 4, LD |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |
| GE |    |   |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| Solutions concernant l'application de la préférence    |  |                        |
|--|--|------------------------|
| Préférence tarifaire aux marchandises des pays de l'UE |  |                        |
|  | Réponse  | Commentaire / remarque |
| GE   | <input type="checkbox"/> Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  |                        |
| GE   | <input type="checkbox"/> Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |                        |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| LDD - CHANGEMENTS DE LA LOI SUR LES DROITS DE DOUANE |      |                        |               |
|--|------|------------------------|---------------|
| Nom  | Art. | Commentaire / remarque | Texte proposé |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |
| GE   |      |                        |               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)



| Nom | Loi | Commentaire / remarque |
|-----|-----|------------------------|
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |
| GE  |     |                        |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| L'avis de consultation est ouvert du 15.01.2019 au 15.03.2019. Les observations doivent être adressées à l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières, Division des affaires juridiques, 3003 Bern, Suisse. |     |      |     |      |                        |                                     |
|---|-----|------|-----|------|------------------------|-------------------------------------|
| Nom   | Loi | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque | Proposition de modification (texte) |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |
| GE  |     |      |     |      |                        |                                     |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

[illegible]

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| Article 10a (1) LDD - Propositions |     |      |                        |               |
|------------------------------------|-----|------|------------------------|---------------|
| Nom                                | Loi | Art. | Commentaire / remarque | Texte proposé |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |
| GE                                 |     |      |                        |               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| Procédure de consultation |                        |
|---------------------------|------------------------|
| Nom                       | Commentaire / remarque |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |
| GE                        |                        |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-QFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |      |     |      |                        |  |  | Proposition de modification (texte) |
|-----|------|-----|------|------------------------|--|--|-------------------------------------|
| Nom | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |
| GE  |      |     |      |                        |  |  |                                     |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |      |                        |  | Texte proposé |  |
|-----|------|------------------------|--|---------------|--|
| Nom | Art. | Commentaire / remarque |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |
| GE  |      |                        |  |               |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

1. Désactiver la protection du document.
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

[illegible]



Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

a) Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris

c) Presser Control-V pour insérer

[illegible]

| Datum  | Blauf. | Fotografieren | Einfuhr | Lagerort | Anzeige | Sanktionen | Zollf. | Anzahl | Grenzkontrollen | LZV-AEG | AU-ROF-MI | Form-Nr. |    |    |    |    |    |
|--|--------|---------------|---------|----------|---------|------------|--------|--------|-----------------|---------|-----------|----------|----|----|----|----|----|
| 1  | 2      | 3             | 4       | 5        | 6       | 7          | 8      | 9      | 10              | 11      | 12        | 13       | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 |
| <p><b>Vermietungsmessung:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzicherheit (BAZG-VG) abgabengesetz, BAZG-VG) sowie §</li> <li>- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZOG)a</li> </ul> |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
| <b>Name:</b>   |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
| <b>Bemerkung/Anregung:</b>   |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
|  |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
|  |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
|  |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
|  |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |
|  |        |               |         |          |         |            |        |        |                 |         |           |          |    |    |    |    |    |

**Markup: alle**

**X**

**123**

## Bearbeitung einschränken

- Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formattypen einschränken
  - Formatierungen
- Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen
  - Auslösen von Formularen**
- Schutz anwenden**

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen?

**Ja, Schutz jetzt anwenden**



## Annexe à la prise de position de la République et Canton de Genève

### Résumé

La proposition de réforme de la législation douanière publiée en septembre 2020 conduit à une suppression du statut de "dépôt franc sous douane" ("DF"), qui est remplacé par le concept d'"entrepôt douanier" ("ED"), largement modelé sur la notion d'"entrepôt douanier ouvert" ("EDO") prévue par la législation actuelle aux côtés des DF.

Le projet de révision de la législation douanière remet en question la viabilité économique des dépôts francs sous douane, tels que les Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (les "PFEG"). Le texte soumis à consultation n'indique pas clairement si la future autorisation d'ED pourra être obtenue par l'exploitant de l'ex-DF – qui déléguerait certaines tâches aux entrepositaires-locataires selon un système proche de la configuration actuelle – ou si chaque entrepositaire-locataire devra obtenir une autorisation distincte. Les développements figurant dans le Rapport explicatif sont toutefois orientés vers la seconde hypothèse. Dans ce cas de figure, les entrepositaires devront demander une **autorisation en tant qu'ED**, ce qui entraînera une multiplication des autorisations d'exploitation que le futur OFDF aurait à gérer et à contrôler. Ces entrepositaires seraient alors soumis à des obligations réglementaires, notamment le paiement d'une sûreté, qui les inciteraient à déplacer leurs activités vers des pays qui n'imposent pas de telles exigences et qu'il faut, au final, qualifier des contraintes. Les DF suisses, mais également le marché de l'art suisse et les nombreuses activités périphériques liées à ce marché, en seraient **gravement affectés**.

Une remise en cause complète du fonctionnement actuel des PFEG aurait un effet dramatique sur le marché de l'art en Suisse avec, à la clé, **des pertes fiscales massives** pour le canton de Genève et pour la Confédération (notamment au niveau de la TVA) et la **disparition de milliers d'emplois**. Selon une étude, les retombées économiques indirectes de l'activité des PFEG s'élevaient, en 2011, à environ CHF 300 millions<sup>1</sup>. Neuf ans plus tard, et compte tenu du développement du marché de l'art, ces retombées économiques sont probablement nettement plus importantes.

Le Conseil d'Etat accepte le fait que le régime du DF doit évoluer, mais considère que l'assimilation pure et simple des DF aux (nouveaux) ED induirait des conséquences dommageables :

- Une telle assimilation entraînerait une **réduction du contrôle exercé par le futur Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ("OFDF")**, lequel n'envisage plus de présence physique sur place comme c'est actuellement le cas sur le site des DF.
- La disparition, sans remplacement, de la notion de DF est de nature à **remettre en cause un régime légal qui a contribué non seulement au développement du marché de l'art en Suisse**, mais également à l'émergence d'activités annexes qui revêtent à l'heure actuelle une grande importance pour l'économie suisse. En effet, comme indiqué, il est à prévoir que les entrepositaires qui louent actuellement des locaux dans les DF suisses soient contraints, si la proposition de révision législative devait être

1 Le Temps, 300 millions de retombées pour Genève, 30 janvier 2014, disponible sur: <http://www.letemps.ch/suisse/2014/01/30/300-millions-retombees-geneve> (consulté le 05.12.2020).

adoptée en l'état, de demander une autorisation en tant qu'ED et de déposer une sûreté, ce qui les inciteraient à déplacer leurs activités vers des pays qui n'imposent pas de telles exigences. Les DF suisses, mais également le marché de l'art suisse et les nombreuses activités périphériques liées à ce marché, en pâtiraient.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat formule les propositions principales suivantes :

1. Il convient de créer un **régime particulier d'ED qui reprenne certaines spécificités du DF pour l'entreposage de "marchandises sensibles", notamment les œuvres d'art**. Ce régime particulier d'ED prévoirait notamment la présence physique sur site de l'OFDF, ou du moins à proximité, ce qui permettrait de renoncer au prélèvement d'une sûreté, dont le but est d'assurer le respect de la législation douanière dans les EDO actuels, lesquels ne bénéficient précisément pas d'une présence physique douanière sur site.

*A titre subsidiaire*, le Conseil d'Etat propose d'ajuster la réforme afin de permettre le maintien de la configuration légale actuelle dans laquelle les DF jouent le rôle d'entreposeur qui loue des locaux à des entrepositaires (activité de "location de locaux d'entreposage"). Dans un tel scénario, l'autorisation en tant que (futur) ED serait délivrée à l'exploitant du DF (aux PFEG, s'agissant du canton de Genève), en réservant la possibilité pour ce dernier de louer des locaux à des entrepositaires auxquels, par exemple, incomberait le devoir de tenir l'inventaire pour les marchandises sensibles.

2. **Le régime de sûreté prévalant actuellement pour les EDO devrait être supprimé pour les ED pour "marchandises sensibles" visés ci-dessus**, au motif que cet ED serait soumis à un contrôle (plus poussé, selon des modalités à définir encore) de l'OFDF, ce qui rendrait superflu l'imposition d'une sûreté.

*A titre subsidiaire*, le Conseil d'Etat propose de modifier le régime actuellement applicable afin que la sûreté soit calculée non plus sur la valeur du stock mais sur le chiffre d'affaires réalisé par l'ED. Dans l'hypothèse du maintien d'une sûreté calculée sur la valeur du stock, le pourcentage minimum actuel de 1% devrait être revu à la baisse au moyen d'un coefficient de réduction afin, d'une part, de prendre en considération certaines spécificités, comme un ED majoritairement détenu par une collectivité publique et, d'autre part, par la fixation d'un montant maximum.

\* \* \*

## Table des matières

|  |           |
|--|-----------|
| <b>1. Projet de révision de la législation douanière en matière d'entrepôts douaniers .....</b>                        | <b>4</b>  |
| (a) De lege lata (du droit actuellement en vigueur) .....  | 4         |
| (b) De lege ferenda (du projet de révision de la loi sur les douanes) .....  | 5         |
| (i) Introduction .....   | 5         |
| (ii) Nouveau concept d'entrepôt douanier prévu par le projet.....  | 5         |
| <b>2. Observations générales du Conseil d'Etat sur la nécessité de maintenir les DF .....</b>                          | <b>6</b>  |
| (a) Impact de la réforme envisagée sur les activités des DF .....  | 6         |
| (b) Importance économique des DF .....   | 6         |
| (i) Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (PFEG) .....  | 6         |
| (ii) Marché de l'art en Suisse.....  | 7         |
| (iii) Activités économiques liées au marché de l'art en Suisse.....  | 8         |
| (iv) Retombées économiques pour la Suisse .....  | 9         |
| <b>3. Observations du Conseil d'Etat relatives au projet de révision .....</b>   | <b>10</b> |
| (a) Observation 1: Technique législative.....  | 10        |
| (b) Observation 2: Baisse du niveau de contrôles .....   | 10        |
| (c) Observation 3: Proposition de créer une forme spéciale d'ED .....  | 11        |
| (d) Observation 4: Proposition subsidiaire à l'observation 3 – maintien de la configuration<br>légale actuelle .....   | 11        |
| (e) Observation 5: Exonération de l'obligation de fournir une sûreté.....  | 11        |
| (f) Observation 6: Proposition subsidiaire à l'observation 5 – modification de la base de<br>calcul de la sûreté ..... | 12        |
| (g) Observation 7: Délai transitoire.....  | 13        |
| (h) Observation 8: Proposition de créer un organe consultatif en matière douanière .....                               | 13        |
| (i) Observations spécifiques relatives à certaines dispositions du projet.....   | 13        |
| <b>4. Conclusion.....</b>  | <b>13</b> |

## 1. Projet de révision de la législation douanière en matière d'entrepôts douaniers

### (a) *De lege lata* (du droit actuellement en vigueur)

Actuellement, les dépôts francs sous douane (les "DF") font l'objet de dispositions spécifiques, de nature générale dans la LD (art. 62 à 67) et de nature plus spécifique dans l'OD (Chapitre 5, art. 175 à 185 et Annexe 2 "Marchandises sensibles"). L'AFD a publié sa pratique administrative, soit son interprétation des dispositions légales de la LD et de l'OD, sous la forme d'un Règlement 10-50 "Dépôts francs sous douane" qui doit être lu en combinaison avec le Règlement 10-30 "Régime de l'entrepôt douanier applicable aux entrepôts douaniers ouverts".

L'entrepôt douanier qui, contrairement au DF, est un régime douanier en tant que tel, fait l'objet de dispositions spécifiques dans la LD (art. 50 à 57) ainsi que dans l'OD (art. 156 à 161). L'ED regroupe deux formes, soit l'entrepôt douanier ouvert ("EDO" ; cf. art. 53, 54, 56 et 57 al. 1 LD) et l'entrepôt de marchandises de grande consommation (art. 55 et 57 al. 2 LD). L'AFD a publié sa pratique administrative :

- pour l'EDO: Règlement 10-30 "Régime de l'entrepôt douanier applicable aux entrepôts douaniers ouverts";
- pour l'entrepôt de marchandises de grande consommation: Règlement 10-40 "Régime de l'entrepôt douanier: entrepôt de marchandises de grande consommation.

Force est dès lors de constater que dans la législation actuellement en vigueur, les principes du DF et de l'EDO sont fixés dans la LD mais les détails sont énoncés (ii) dans l'ordonnance, qui est un acte législatif émanant du Conseil fédéral et plus encore (iii) dans les règlements précités qui sont publiés par l'AFD.

S'agissant des règlements de l'AFD, il faut mettre en exergue l'élément suivant : au niveau des pratiques administratives de l'Administration fédérale des contributions, Division principale de la TVA ("AFC-TVA"), la LTVA<sup>2</sup> énonce, en son art. 109, que le Conseil fédéral peut mettre en place un **organe consultatif** composé de représentants des assujettis, des cantons, des milieux scientifiques, des spécialistes fiscaux et des consommateurs (al. 1). L'organe consultatif examine (i) les **révisions de la LTVA et de ses dispositions d'exécution** ainsi que (ii) des **pratiques** quant à leurs implications pour les assujettis et pour l'économie (al. 2) et il prend position sur les projets de révision et peut émettre des recommandations de sa propre initiative. Le Conseil fédéral a fait usage de cette compétence : le Titre 8 de l'OTVA<sup>3</sup> traite spécifiquement de cet organe consultatif, organisé sous la forme d'une commission extraparlamentaire, étant précisé que la décision concernant la fixation de la pratique incombe au final à l'AFC-TVA<sup>4</sup>. L'AFD a publié de nombreuses pratiques administratives qui étaient précédemment des pratiques internes. L'Organe consultatif a souhaité que les pratiques de l'AFD, en particulier celles relatives à la TVA<sup>5</sup>, lui soient également soumises, à l'instar de celles de l'AFC-TVA. L'AFD s'y est opposée, tirant argument des dispositions légales qui ne font mention que de l'AFC-TVA et de sa pratique, à l'exclusion de l'AFD. Cette situation est évidemment problématique et le sera encore plus dans le cadre de la révision de la législation douanière, comme nous le verrons ci-après.

2 Loi fédérale du 12 juin 2009 régissant la taxe sur la valeur ajoutée (LTVA ; RS 641.20).

3 Ordonnance du 27 novembre 2009 régissant la taxe sur la valeur ajoutée (OTVA ; RS 641.201).

4 Art. 161 al. 2 OTVA.

5 Soit les 13 chapitres du R-69 TVA.

(b) *De lege ferenda (du projet de révision de la loi sur les douanes)*

(i) *Introduction*

En date du 11 septembre 2020, le Conseil fédéral a ouvert la consultation relative à la révision de la loi sur les douanes. Il faut souligner qu'il ne s'agit en l'état que d'une mise en consultation, soit d'un Rapport explicatif et d'un avant-projet (i) de loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ("LE-OFDF") et de la révision totale de la LD en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane ("LDD").

Cependant, **la réforme va au-delà d'une simple réforme législative**. Il s'agit d'une réforme impactant l'ensemble de l'AFD, dans son mode de fonctionnement aux niveaux humain, technique et opérationnel. Les moyens mis en œuvre, notamment financiers dans le cadre de DaziT<sup>6</sup>, sont considérables et certaines réorganisations sont déjà en place alors que d'autres sont en train de l'être.

(ii) *Nouveau concept d'entrepôt douanier prévu par le projet*

Le concept de régimes douaniers, y inclus par simplification le DF, est remplacé par la notion de *destination des marchandises*<sup>7</sup> dans le trafic transfrontalier, l'art. 11 let. g LE-OFDF traitant de l'acheminement de marchandises dans un **entrepôt douanier** ("ED").

Au moment d'expliquer le contenu de l'art. 44 al. 1 LE-OFDF, le Rapport explicatif expose que *"dans les ED, les marchandises sont placées sous le régime de l'ED (art. 50 à 57 LD) et la sécurité douanière est assurée par la tenue d'un inventaire électronique. Dans les DF, les marchandises sont assorties d'une destination douanière propre et la sécurité douanière est assurée moyennant la ségrégation spatiale des marchandises. Ces différences n'ont toutefois plus lieu d'être du point de vue de la surveillance fiscale et de la logistique d'entrepasage, c'est pourquoi il est prévu d'harmoniser les règles concernant l'exploitation et la procédure applicables aux dépôts francs sous douane et aux entrepôts douaniers."*

Lorsque le Rapport explicatif indique qu'il est prévu d'harmoniser les règles concernant l'exploitation et la procédure applicables aux DF et aux ED, on peut légitimement comprendre que les DF vont se voir appliquer les règles de ED et non pas l'inverse. Cette crainte est corroborée par le second paragraphe du Rapport explicatif relatif à l'art. 44 al. 1 puisqu'il y est écrit que la définition est basée sur celle de l'ED figurant à l'art. 50 al. 1 LD. Nous y voyons donc une absorption pour ne pas dire une disparition du DF au profit de l'ED.

L'art. 44 LE-OFDF traite de l'autorisation d'exploitation d'entrepôts douaniers (al. 1) et d'entrepôts fiscaux ("EF"; al. 2). L'art. 97 let. c ch. 3 autorise l'OFDF à utiliser des appareils de prise de vue et de relevé ainsi que d'autres appareils de surveillance pour surveiller des ED ou des EF. Force est dès lors de constater que le LE-OFDF ne fait plus du tout mention de l'EDO et du DF. Du reste, les développements figurant dans le rapport explicatif de la révision législative démontrent que la notion d'ED visée à l'art. 11 al. 1 let. g LE-OFDF englobera les DF et les EDO<sup>8</sup>.

6 Budget de près de CHF 400 millions.

7 Art. 11 LE-OFDF.

8 Rapport explicatif, page 130: modification de l'art. 17 al. 2 LFMG / Rapport explicatif, pages 133 et 134: modifications des art. 23 al. 2, ch. 3bis LTVA et 23 al. 3 LTVA / Rapport explicatif, page 172: modification de l'art. 29 al. 2 LStup.

Le Rapport explicatif de l'art. 44 LE-OFDF reconnaît que la LD réglemente en détail les ED et les DF. On ne peut pas en dire autant de la LE-OFDF qui reste très sommaire, le Rapport explicatif indiquant d'ailleurs que *"les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises devront être réglées par voie d'ordonnance"*. Or, le contrôle législatif qui peut être fait sur une ordonnance est moindre, voire inexistant, que l'ordonnance émane du Conseil fédéral, du Département fédéral des finances ("DFF") ou de l'OFDF. Or, comme nous l'avons exposé ci-dessus, il n'existe pas à ce jour un organe consultatif au niveau douanier comme il en existe un pour la TVA domestique, raison pour laquelle il serait souhaitable voire nécessaire qu'un tel organe soit institué, au moyen d'une disposition légale spécifique dans la LE-OFDF.

## **2. Observations générales du Conseil d'Etat sur la nécessité de maintenir les DF**

### *(a) Impact de la réforme envisagée sur les activités des DF*

Le projet de révision de la législation douanière remet en cause le fonctionnement actuel des DF, et en particulier les Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (les "PFEG"). Cette réforme aurait un effet dramatique sur le marché de l'art en Suisse, avec, à la clé, des pertes fiscales massives pour le canton de Genève et pour la Confédération (notamment au niveau de la TVA) et la disparition de milliers d'emplois.

Le Conseil d'Etat ne peut s'accommoder d'une disparition pure et simple du régime des DF au profit d'un régime d'ED peu ou prou semblable à l'EDO existant actuellement. Cela aurait un impact au niveau de l'activité économique des PFEG car celle-ci ne se limite pas au simple entreposage de marchandises, dont la plupart qualifie de "marchandises sensibles" (au sens de la législation douanière / exemple: œuvres d'art). En effet, les PFEG exercent également une activité de location de locaux en faveur d'entrepôts, lesquels devraient demander une autorisation en tant qu'ED et, probablement, déposer une sûreté (cf. Section 3.(e) ci-dessous) si la réforme devait être adoptée dans sa forme actuelle. Comme indiqué, cela aurait des conséquences préjudiciables en termes d'emplois, non seulement auprès des PFEG et des entrepositaires, mais également auprès de nombreuses entreprises présentes actuellement sur le site des PFEG et, plus largement, auprès de nombreuses entreprises qui bénéficient du développement du marché de l'art en Suisse (cf. Section 2.(b) ci-dessous). Enfin, la perte d'attractivité des PFEG entraînerait une réduction significative des rentrées fiscales, pour le canton de Genève mais également pour la Confédération si des entreprises ou des activités devaient quitter Genève pour des juridictions offrant des meilleures conditions, cette concurrence étant déjà un fait notoire actuellement.

Cela étant dit, le Conseil d'Etat accepte le fait que le régime du DF doit évoluer. Cela étant dit, il paraît possible de créer un régime particulier d'ED qui reprenne certaines spécificités du DF pour l'entreposage des marchandises sensibles. La proposition du Conseil d'Etat est décrite à la Section 3.(c) ci-dessous.

### *(b) Importance économique des DF*

#### *(i) Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (PFEG)*

Fondée il y a plus de 125 ans, les PFEG sont une institution dans le canton genevois et un acteur essentiel du marché de l'art à l'échelle suisse et internationale. Les PFEG déploient leurs activités sur deux sites, à la Praille et à l'Aéroport International de Genève (représentant au total plus de 150'000 m<sup>2</sup> de surface d'entreposage).

Dans le cadre de la réglementation douanière actuelle, les PFEG ont structuré leurs activités autour des deux principaux axes suivants:

- une activité de location de locaux d'entreposage à des entrepositaires (environ 90% du chiffre d'affaires des PFEG); et
- une activité d'entrepôt (entrepôt en magasin général) (environ 10% du chiffre d'affaires des PFEG).

La présence des PFEG à Genève, et en particulier leurs services en matière d'entrepôt d'œuvres d'art, a significativement contribué au développement du marché de l'art en Suisse. Ce marché représente à l'heure actuelle un pan très important de l'économie, tant en raison de son importance intrinsèque (cf. Sous-section (ii) ci-dessous) que de sa contribution à l'émergence de nombreuses activités périphériques (cf. Sous-section (iii) ci-dessous).

Au-delà de leur contribution au développement du marché de l'art et des activités annexes en Suisse, les PFEG exercent également une mission de service public. Les PFEG ont ainsi joué un rôle moteur en vue d'une plus grande transparence du marché de l'art, notamment du fait de leur collaboration de longue date avec le Centre et la Fondation du droit de l'art de l'Université de Genève<sup>9</sup>, avec l'initiative *Responsible Art Market* (RAM)<sup>10</sup> et avec le laboratoire d'analyse scientifique *Artmyn*<sup>11</sup>, qui lui-même collabore avec l'EPFL. Depuis 2015, les PFEG ont mis en place, en leur sein, des mesures volontaires en vue d'accroître la transparence du marché de l'art (par exemple au niveau (i) de l'identification des ayant droit économiques des locataires et sous-locataires et (ii) des vérifications en lien avec les objets archéologiques). Les PFEG mènent également des activités de sensibilisation auprès de leurs clients et de leurs employés.

La révision de la législation douanière, si elle devait être adoptée en faisant fi des propositions formulées dans le présent document, aurait pour conséquence de remettre en cause la viabilité économique des PFEG, mais également celle de plusieurs autres acteurs économiques à Genève comme en Suisse, avec des effets péjoratifs sur la mission de service public des PFEG et sur toutes les activités qui se sont développées en Suisse du fait de la présence des PFEG sur notre territoire.

## (ii) *Marché de l'art en Suisse*

Le marché de l'art compte aujourd'hui plus de 70 millions d'acteurs (amateurs, collectionneurs, professionnels, institutionnels). L'on estime que la Suisse abrite environ 8% des collectionneurs mondiaux d'œuvres d'art.

Représentant un chiffre d'affaires de USD 64.1 milliards en 2019<sup>12</sup>, le marché de l'art représente un pan considérable de l'économie mondiale. De ce montant, environ USD 16.6 milliards proviennent des ventes réalisées lors de foires<sup>13</sup> (dont la plus importante, *Art Basel*, se déroule en Suisse / cf. ci-dessous). Dans la mesure où les transactions réalisées sur le marché de l'art se caractérisent par une certaine confidentialité, il est probable que ces chiffres soient inférieurs à la réalité.

9 <https://artlawfoundation.com/fr/>

10 <http://responsibleartmarket.org/>

11 <https://artmyn.com/#home>

12 UBS, *The Art Market 2020*, page 17.

13 UBS, *The Art Market 2020*, page 186.



Les PFEG constituent un des piliers de ce marché au niveau mondial. L'on estime que les biens déposés aux PFEG représenteraient plus de 50% des transactions générées par les ventes publiques, les ventes *after-sale*, les ventes de gré à gré et le courtage<sup>14</sup>.

Le symbole le plus visible de la place prédominante de la Suisse sur le marché mondial de l'art est *Art Basel*, qui constitue la plus grande foire d'art contemporain du monde (110 galeries, 70'000 visiteurs, 4'000 artistes, 36 pays représentés, montant des ventes se chiffrant en dizaines de millions<sup>15</sup>). Une autre foire d'art importante s'est développée à Genève depuis 2012 (*Art Genève*). La tenue de telles foires en Suisse est très largement due à la présence des PFEG. Les PFEG disposent en effet d'une excellente capacité d'entreposage pour les œuvres d'art (e.g., contrôle de la température, humidité, zones ultra-sécurisées, savoir-faire et expérience). Les PFEG constituent ainsi un facilitateur essentiel pour la logistique des foires et du commerce de l'art plus largement.

Au niveau suisse, selon les statistiques de l'Office fédéral de la statistique et de l'Office fédéral de la culture<sup>16</sup>, l'importance économique du marché de l'art (au sens strict, sans les activités annexes) peut être illustrée par les chiffres suivants (pour l'année 2013, étant précisé que les chiffres actuels sont très vraisemblablement plus élevés):

- Places de travail: 13'182
- Entreprises: 5'836
- Chiffre d'affaires: CHF 2'048 millions

Selon une étude *Artprice* réalisée en 2015, au cours de laquelle sur deux ans plus de 12'000 acteurs institutionnels, marchands, experts et collectionneurs ont été interrogés, 81% de ces acteurs reconnaissent que la présence des PFEG est une nécessité absolue en vue de la réalisation de leurs activités en Suisse<sup>17</sup>.

### (iii) Activités économiques liées au marché de l'art en Suisse

La présence des PFEG à Genève a contribué au développement d'un nombre considérable d'activités périphériques au marché de l'art au sens strict.

#### (a) Maisons de vente aux enchères

Une multitude de maisons de ventes aux enchères sont actives à Genève, telles que *Christie's*, *Sotheby's*, *Koller*, *Piguet* ou *Bonhams*. L'installation récente d'*Artcurial* démontre la vivacité de la place genevoise et suisse.

*Christie's* et *Sotheby's* organisent en moyenne deux fois par an des ventes de haute horlogerie et de joailleries, de vin et d'art suisse à Genève. Ces ventes centralisent les pièces les plus

14 Artprice.com, *Vers une plus grande transparence des ports francs et du marché de l'art*, 3 juin 2015, disponible sur: <https://artmarketinsight.wordpress.com/2015/06/03/artprice-addendum-3-juin-2015-vers-une-plus-grande-transparence-des-ports-francs-et-du-marche-de-lart/> (consulté le 05.12.2020).

15 BILAN, *Art Basel en 10 chiffres*, 21 juin 2014, disponible sur: [https://www.bilan.ch/luxe/art\\_basel\\_en\\_10\\_chiffres](https://www.bilan.ch/luxe/art_basel_en_10_chiffres) (consulté le 27.11.2020).

16 Office fédéral de la statistique / Office fédéral de la culture, *Statistiques de poche de la culture en Suisse*, 2019, page 76.

17 Artprice.com, *Vers une plus grande transparence des ports francs et du marché de l'art*, 3 juin 2015, disponible sur: <https://artmarketinsight.wordpress.com/2015/06/03/artprice-addendum-3-juin-2015-vers-une-plus-grande-transparence-des-ports-francs-et-du-marche-de-lart/> (consulté le 05.12.2020).

recherchées dans le monde dans ces domaines d'expertise et donnent chaque année lieu à de nouveaux records<sup>18/19</sup>.

La présence des PFEG a permis le développement du secteur des ventes aux enchères à Genève et en Suisse, avec d'évidentes retombées pour d'autres secteurs économiques (par exemple l'hôtellerie et la restauration, particulièrement fragilisés par la présente crise sanitaire et économique, dont les effets sur le court et moyen terme ne sont pas prêts de s'estomper) et d'importantes rentrées fiscales pour le canton de Genève mais également pour la Confédération, notamment au niveau de la TVA.

(b) Autres activités liées au marché de l'art

De nombreuses entreprises dépendent directement de la présence des PFEG à Genève, certaines d'entre elles ayant même installé leurs locaux directement sur le site des PFEG:

- Restaurateurs de tableaux, qui exercent leurs activités pour le compte de musées en Suisse (Musée d'Art et d'Histoire de Genève, Mamco, *Fondation Gianadda*) ou à l'étranger (*The Metropolitan Museum* à New-York ou le *Louvre* à Paris) ;
- Encadreurs et activités de caisseries et d'emballage pour les œuvres d'art ;
- Laboratoires d'analyses et experts scientifiques ;
- Photographes d'œuvres d'art ;
- Stockage et commerce lié aux grands crus de vins ;
- Haute horlogerie et sertissage ;
- Entrepôts, négociants et galeristes ;
- Assureurs.

(c) Liens avec la place financière genevoise et suisse

Le marché de l'art présente également des liens naturels et étroits avec la place financière<sup>20</sup>, notamment compte tenu du fait que les œuvres d'art constituent une classe d'actifs recherchée par certains investisseurs et qu'une œuvre d'art peut être remise en sûreté dans le cadre d'une opération de financement. Ces liens représentent l'une des explications à l'attractivité d'une petite ville comme Genève et d'un petit pays comme la Suisse pour les acteurs du monde financier. Le maintien du marché de l'art qui, pour les motifs indiqués ci-dessus, passe par la pérennité des PFEG, constitue l'une des pierres angulaires sur laquelle est fondée le secteur financier suisse.

(iv) Retombées économiques pour la Suisse

Selon une étude, les retombées économiques indirectes de l'activité des PFEG s'élevaient, en 2011, à environ CHF 300 millions<sup>21</sup>. Neuf ans plus tard, et compte tenu du développement du marché de l'art, ces retombées économiques sont probablement nettement plus importantes.

Au-delà de cet aspect financier, d'étroites relations se sont tissées entre les PFEG, le marché de l'art et le tissu économique genevois. Musées et institutions culturelles, mais aussi

18 AGEFI, *Le top 5 des diamants qui font des records de vente à Genève*, 24 avril 2018, disponible sur: <https://www.agefi.com/home/entreprises/detail/edition/online/article/de-23-a-52-millions-deuros-a-geneve-les-diamants-font-leurs-records-du-monde-en-ventes-aux-encheres-474508.html> (consulté le 05.12.2020).

19 Le Temps, *À Genève, un diamant a été vendu à un montant record*, 15 novembre 2020, disponible sur: <https://www.letemps.ch/economie/geneve-un-diamant-vendu-un-montant-record> (consulté le 05.12.2020).

20 Deloitte, *Art & Finance Report 2019*, 6ème édition, disponible sur: <https://www2.deloitte.com/lu/en/pages/art-finance/articles/art-finance-report.html> (consulté le 05.12.2020).

21 Le Temps, *300 millions de retombées pour Genève*, 30 janvier 2014, disponible sur: <http://www.letemps.ch/suisse/2014/01/30/300-millions-retombees-geneve> (consulté le 05.12.2020).

l'hôtellerie, la restauration, et l'ensemble du commerce par voies aérienne (Aéroport International de Genève), terrestre et ferroviaire, dépendent directement de la bonne santé du marché de l'art en Suisse et, donc, de la pérennité des PFEG. Une remise en cause de la viabilité économique des PFEG par le biais de la réforme législative envisagée sans prise en compte des propositions formulées ci-après est susceptible d'entraîner des pertes économiques significatives pour la Suisse en général, pour Genève en particulier. Ce volet de la réforme (dans la forme présentée actuellement) est donc particulièrement malvenu durant la présente crise sanitaire et économique, dont les effets sur le court et moyen terme ne sont pas prêts de s'estomper, et devrait être ajusté à la lumière des propositions constructives et raisonnables formulées ci-après.

### 3. Observations du Conseil d'Etat relatives au projet de révision

#### (a) *Observation 1: Technique législative*

L'art. 44 al. 1 LE-OFDF ne définirait plus que la notion d'ED, les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises étant réglées par voie d'ordonnance. Bien qu'il soit légitime qu'une loi se limite à régir les principes et que les détails figurent dans une ou plusieurs ordonnances, nous relevons que la LE-OFDF fait un très large usage de ce pouvoir de délégation, tant en faveur du Conseil fédéral, du DFF que de l'OFDF<sup>22</sup>, les art. 11 al. 2 et 3 LE-OFDF étant à cet égard des exemples parlants voire marquants: cet aspect interpelle le Conseil d'Etat car ce mécanisme de renvoi de compétences législatives ne donne, à la date de cette consultation, aucune garantie que les PFEG (respectivement les entrepositaires qui louent des locaux au sein des et aux PFEG) pourront effectivement continuer d'exercer leurs activités sous une forme différente, soit en ED.

Eu égard aux investissements qui ont été effectués et aux efforts consentis par les PFEG en termes de sécurité et de contrôles, certains allant même au-delà des prescriptions légales lorsqu'il s'agit de biens archéologiques par exemple, les incertitudes créées par le caractère très général de la LE-OFDF inquiètent le Conseil d'Etat puisque qu'aucun élément dans le rapport explicatif ne permet de le rassurer quant aux réelles intentions du Conseil fédéral en général, de l'AFD particulier, à l'égard de l'entreposage des marchandises sensibles.

#### (b) *Observation 2: Baisse du niveau de contrôles*

Le Conseil d'Etat relève également que l'assimilation des DF à des ED conduirait, dans les faits, à une réduction du contrôle exercé par l'OFDF, lequel n'envisage plus de présence physique sur place comme c'est actuellement le cas sur le site des DF. Le Conseil d'Etat regretterait que cette réforme conduise à une baisse dans l'intensité des contrôles: des contrôles uniquement ou principalement par des moyens technologiques ne sont pas suffisants car ils doivent être complétés, sur une base aléatoire mais régulière, par des **contrôles effectués par le personnel de l'OFDF disposant des connaissances adéquates**, notamment à l'égard des marchandises sensibles et des inventaires y relatifs: à cet égard, le Conseil d'Etat insiste sur le fait qu'il est impératif de **maintenir l'exigence d'un inventaire des marchandises sensibles**. Le maintien d'un haut niveau de contrôle est donc demandé par le Conseil d'Etat, avec les ressources futures à disposition de l'OFDF évidemment car, contrairement à ce que certains peuvent penser, ces contrôles participent à l'excellente réputation des PFEG et sont souhaités par tous les acteurs du domaine de l'art actuellement présents sur le site des PFEG.

---

22 Pour la liste des délégations de compétences législatives, cf. Rapport explicatif, pp. 207 ss, ch. 6.7.

(c) *Observation 3: Proposition de créer une forme spéciale d'ED*

Le Conseil d'Etat s'accommoderait d'une définition unique de l'ED pour autant qu'au niveau de la LE-OFDF déjà soit introduite une disposition (Art. 44<sup>bis</sup>) ou un aliéna (nouvel art. 44 al. 2) qui institue et donc pérennise une **forme spéciale d'ED pour les "marchandises sensibles"** (selon la définition qui figure actuellement à l'annexe 2 de l'OD, qui comprend notamment les œuvres d'art). Cette forme spéciale d'ED reprendrait certaines spécificités du DF actuel, en particulier en matière de conditions spéciales d'entreposage et en termes de sécurité et de contrôles (par les douanes), ceux-ci s'organisant autour de procédés technologiques, mais en maintenant également les contrôles physiques par les agents de l'OFDF. Même si la révision mise en consultation conduira assurément à des réductions d'effectifs au sein de l'OFDF et, par voie de conséquence, de coûts pour la Confédération, le Conseil d'Etat appelle de ses vœux que l'OFDF ne réduise pas sa fonction régaliennne aux seuls contrôles des personnes et des marchandises à la frontière.

(d) *Observation 4: Proposition subsidiaire à l'observation 3 – maintien de la configuration légale actuelle*

A titre d'alternative subsidiaire, le Conseil d'Etat propose d'ajuster la réforme afin de permettre le maintien de la configuration légale actuelle dans laquelle les DF jouent le rôle d'entrepôseur qui loue des locaux à des entrepositaires (activité de "location de locaux d'entreposage"). Dans un tel scénario, l'autorisation en tant que (futur) ED serait délivrée à l'exploitant du DF (par exemple les PFEG), en réservant la possibilité pour ce dernier de louer des locaux à des entrepositaires auxquels, par exemple, le devoir de tenir l'inventaire (pour les marchandises sensibles / art. 66 al. 2 LD en relation avec l'art. 183 al. 1 let. c OD) serait délégué.

Une telle solution, bâtie sur le modèle actuel qui a fait ses preuves, réduirait la charge administrative qui risque autrement de peser sur l'OFDF. En effet, à ce jour, seules deux autorisations d'exploitation de DF ont été délivrées par l'AFD pour le canton de Genève<sup>23</sup>. En cas d'introduction de la notion d'ED, chaque exploitant d'ED devrait alors requérir une autorisation d'exploitation pour lui-même (art. 44 al. 4 LE-OFDF). Eu égard aux conditions énoncées à l'art. 44 al. 5 LE-OFDF ainsi que les conditions supplémentaires que le Conseil fédéral pourrait édicter (art. 44 al. 6 LE-OFDF), cela pourrait conduire certes à une concentration du marché mais assurément à une **multiplication des autorisations d'exploitation que l'OFDF aurait alors à gérer et à contrôler**. Les sites actuels des PFGE comptent actuellement environ 200 clients locataires<sup>24</sup>, lesquels devraient alors requérir une autorisation d'exploitation pour ce qui serait alors leur propre ED: compte tenu de leur taille et de leur volume d'affaires, notamment du nombre minimal d'entrées et de sorties d'entrepôt<sup>25</sup>, un certain nombre renoncerait à cette activité mais il en resterait certainement plusieurs dizaines voire plusieurs centaines pour l'ensemble de la Suisse: le Conseil d'Etat n'est pas certain que cette hypothèse a été prise en considération si la disparition du système actuel "entrepôseur – entrepositaires" était programmée par la révision mise en consultation.

(e) *Observation 5: Exonération de l'obligation de fournir une sûreté*

Si l'ED de demain devait être l'EDO d'aujourd'hui, la question de la sûreté se posera puisque la pratique actuelle exige la fourniture d'une sûreté pour garantir l'observation des obligations découlant de la réglementation douanière, en l'occurrence un montant en règle générale de

23 Au niveau suisse, un tableau figurant sur le site internet de l'AFD fait mention de sept ED (état au 1er janvier 2018).

24 Certaines de ces locataires sont titulaires de plusieurs contrats de bail correspondant à différents locaux répartis sur le site dit "sous-douane", soit en DF.

25 Art. 44 al. 5 let. f LE-OFDF.

2% de la valeur du stock annuel moyen de marchandises étrangères non dédouanées<sup>26</sup>, ce pourcentage pouvant être réduit à 1%. L'objectif de cette sûreté est **d'inciter l'exploitant de l'EDO à respecter les prescriptions de la législation douanière**, ce qui est compréhensible en matière d'EDO eu égard à l'absence de contrôle direct par le personnel de l'AFD.

A l'inverse, les autorisations d'exploitation octroyées aux DF (tels que les PFEG) ne prévoient pas le versement d'une sûreté, au motif notamment que la douane est présente sur le site ce qui lui permet d'assurer un contrôle permanent durant les heures d'ouverture.

L'art. 44 al. 5 du projet de LE-OFDF fixe les conditions d'octroi d'une autorisation d'exploitation d'un ED, la lettre d exigeant d'apporter la *preuve de la solvabilité* et l'alinéa 6 autorisant le Conseil fédéral à prévoir des *conditions supplémentaires*: à cet égard, on peut raisonnablement penser qu'elles prendraient la forme du versement d'une sûreté (telle qu'imposée actuellement aux EDO mais, comme indiqué; pas au DF). L'imposition d'une telle obligation financière aurait un fort impact sur les entrepositaires qui louent actuellement des locaux aux PFEG, dans la mesure où ceux-là (en leur qualité d'ED) seraient soumis à l'obligation de fournir une telle sûreté (ce qui conduirait à l'obligation d'immobiliser des actifs significatifs). Dans l'univers de forte concurrence qui caractérise actuellement ce secteur économique, ces entrepositaires quitteraient très vraisemblablement les PFEG (et la Suisse) pour déplacer leurs activités vers un pays qui n'impose pas une telle contrainte.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat propose que l'ED spécial pour marchandises sensibles (cf. Section 3.(c) ci-dessus) soit spécifiquement exclu (au niveau de la loi) de l'obligation de déposer une sûreté, au motif que cet ED serait soumis à un contrôle des douanes (ce qui rendrait superflu l'imposition d'une sûreté, tout comme une telle sûreté n'est pas imposée aux DF à l'heure actuelle).

(f) *Observation 6: Proposition subsidiaire à l'observation 5 – modification de la base de calcul de la sûreté*

A titre subsidiaire, si une des conditions de délivrance d'une autorisation d'exploitation d'un ED devait néanmoins être la fourniture d'une sûreté, il conviendrait alors d'en fixer les modalités (voire d'en repenser les modalités), lesquelles reposent sur deux éléments : la base de calcul et le pourcentage.

- S'agissant de la base de calcul, il conviendrait de retenir le **chiffre d'affaires réalisé par l'ED**, par opposition à la valeur du stock. La prise en compte de la valeur du stock conduirait à un résultat déraisonnablement élevé dans le cas d'un ED qui détient des marchandises sensibles (telles que des œuvres d'art). Un calcul en fonction du chiffre d'affaire permet de mieux calibrer le montant d'une éventuelle sûreté en fonction des activités de l'ED<sup>27</sup>.
- Pour ce qui concerne le pourcentage, si celui-ci devait tout même être calculé sur la valeur du stock qui contient des marchandises sensibles, un pourcentage réduit devrait être considéré, allant en-dessous du minimum de 1% prévu actuellement. Enfin, il conviendrait de prévoir un **coefficient de réduction supplémentaire** du taux, pour arriver à titre exceptionnel à un taux nul, pour les ED dont l'actionnariat majoritaire est une collectivité publique (exemple : application d'un taux de 0% pour les PFEG, contrôlés

26 R 10-30, ch. 2.2, p. 9.

27 Dans l'hypothèse d'un chiffre d'affaires annuel de CHF 25m et d'un pourcentage de 1%, le montant de la sûreté s'élèverait à CHF 250.000.-, soit une immobilisation financière suffisamment importante pour inciter l'ED à respecter ses obligations.

par l'Etat de Genève, en ce qui concerne leur activité d'entrepoteur [par opposition à l'activité de bailleur]).

- Enfin, un **montant maximum devrait être fixé**: en effet, en présence de marchandises sensibles et dans l'hypothèse où la sûreté serait calculée sur la valeur du stock, un pourcentage même faible (par exemple 0.5%) conduirait au versement d'une sûreté d'un montant tel que cette immobilisation financière mettrait en péril l'activité-même de l'ED<sup>28</sup> et dénaturerait le but assorti à une sûreté qui est – il est important de le rappeler – exclusivement de s'assurer que l'exploitant de l'ED respecte ses obligations en matière de réglementation douanière. La fixation d'un plafond ne remet ainsi pas en cause le but de la sûreté. Un montant exorbitant de sûreté pourrait en revanche contraindre certaines entreprises à cesser leurs activités sur le site des PFEG, avec les conséquences que l'on peut craindre en termes d'emplois, de rentrées fiscales et d'impact sur le marché de l'art en Suisse (cf. Section 2.(b) ci-dessus).

*(g) Observation 7: Délai transitoire*

Pour le DF de Genève – la Praille, les PFEG se sont vus délivrer le 14 juillet 2017 une autorisation d'exploiter valable jusqu'au 31 juillet 2027, alors que l'autorisation d'exploiter le DF de Genève Aéroport a été délivrée le 28 juin 2018 pour une validité jusqu'au 30 juin 2028.

L'art. 25 al. 2 LDD prévoit un régime transitoire d'un maximum de deux ans au plus à compter de son entrée en vigueur: dans l'hypothèse d'une entrée en vigueur en 2023 ou en 2024, ce délai de deux ans est exagérément court si bien qu'il doit être porté à **cinq ans**.

*(h) Observation 8: Proposition de créer un organe consultatif en matière douanière*

Enfin, le Conseil d'Etat salue l'existence d'un organe consultatif au niveau de l'Administration fédérale des contributions pour ce qui concerne la TVA. Il recommande qu'un nouvel article complète l'avant-projet de la LE-OFDF afin que soit institué un **organe consultatif en matière douanière**, dont la composition et le mode de fonctionnement pourrait s'inspirer de ce qui se fait au niveau de l'organe consultatif existant. Force est de constater qu'à tous les échelons les institutions publiques doivent s'accommoder d'un plus grand contrôle et cet organe consultatif y participerait pleinement, sans que cela n'entrave l'OFDF dans sa mission et dans ses tâches.

*(i) Observations spécifiques relatives à certaines dispositions du projet*

Nous nous sommes permis d'insérer nos commentaires/questions relatifs à certaines dispositions spécifiques du projet de révision directement dans le formulaire de réponse mis à disposition dans le cadre de la procédure de consultation.

#### 4. Conclusion

Le Conseil d'Etat accepte le fait que le régime du DF doit évoluer. Cela étant dit, il paraît possible de créer un régime particulier d'ED qui reprenne certaines spécificités du DF pour l'entreposage des marchandises sensibles.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat propose, notamment, un ajout ponctuel à la réforme actuellement proposée, en suggérant la possibilité de créer un régime particulier d'ED qui reprenne certaines spécificités du DF pour l'entreposage de "marchandises sensibles"

---

28 Pour une valeur de stock de CHF 2 milliards, une sûreté de 0.5% représenterait un montant de CHF 10 millions!

(notamment les œuvres d'art). Ce régime particulier d'ED prévoirait notamment la présence physique sur site des douanes (ou du moins à proximité), ce qui permettrait de renoncer au prélèvement d'une sûreté (dont le but est d'assurer le respect de la législation douanière dans les EDO actuels, lesquels ne bénéficient précisément pas d'une présence physique douanière sur site).

Le régime de sûreté prévalant actuellement pour les EDO devrait être modifié afin que la sûreté soit calculée non plus sur la valeur du stock mais sur le chiffre d'affaires réalisé par l'ED. Dans l'hypothèse du maintien d'une sûreté calculée sur la valeur du stock, le pourcentage minimum actuel de 1% devrait être revu à la baisse au moyen d'un coefficient de réduction afin, d'une part, de prendre en considération certaines spécificités, comme un ED majoritairement détenu par une collectivité publique et, d'autre part, par la fixation d'un montant maximum.

\* \* \*

**per E-Mail**  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Glarus, 1. Dezember 2020  
Unsere Ref: 2020-1725

**Vernehmlassung i. S. Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG)**

Hochgeachteter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Finanzdepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir die vorgeschlagenen Änderungen unterstützten. Die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Prozesse im Grenzverkehr von Waren und Personen sowie deren Digitalisierung ist im Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

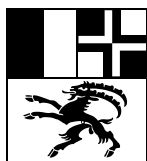
**Für den Regierungsrat**

  
Marianne Lienhard  
Landammann

  
Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):  
- rechtsetzung@ezv.admin.ch





Sitzung vom

15. Dezember 2020

Mitgeteilt den

16. Dezember 2020

Protokoll Nr.

1088/2020

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail (PDF und Word-Version) zustellen an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähntem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Der Kanton Graubünden ist als Grenzkanton von einigen Änderungen wesentlich betroffen, wobei in der Vorlage bezüglich Sicherheit wichtige Punkte zur künftigen, konkreten Umsetzung offenbleiben. Insbesondere sind die Konsequenzen für die Sicherheit in den peripheren Gebieten unseres Kantons aufgrund des neu zu definierenden Grenzraums, der neu abzuschliessenden Kantonsvereinbarungen und der unklaren Absicht der zukünftigen sicherheitspolizeilichen Leistungen des BAZG nur schwer einzuschätzen.

## **Festlegung Grenzraum und Kontrollen**

Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Grenzraum neu vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Kantone einseitig festgelegt werden soll anstatt wie bisher im Einvernehmen mit diesen (Art. 6 E-BAZG-VG). Der Grund für diesen Wechsel ist den Erläuterungen nicht zu entnehmen und ist aufgrund der in diesem Bereich bisher sehr guten, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton entsprechend nicht nachvollziehbar. Wir lehnen die neue Lösung daher ab. Wir bezweifeln, dass diese zielführend ist und einen Mehrwert bringt. In den Erläuterungen finden sich zudem keine Ausführungen dazu, wie das EFD den Grenzraum künftig im Vergleich zu heute definieren wird.

Das BAZG führt Kontrollen an der Zollgrenze und im Grenzraum durch (Art. 77 E-BAZG-VG). In der früheren Bestimmung waren Kontrollen an der Grenze festgeschrieben, neu sollen diese scheinbar nur noch in den Kontrollgebieten stattfinden (vgl. S. 117 der Erläuterungen). Trifft diese Einschätzung nicht zu, wäre dies in den Erläuterungen klarzustellen. Trifft sie zu, halten wir folgendes fest. Zwar kann die Festlegung nur auf das Kontrollgebiet für einen modernen und flexiblen Einsatz der Mittel des BAZG sinnvoll sein. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass in peripheren Gebieten – wie etwa den Südtälern Graubündens – künftig kein Personal des BAZG stationiert und an den Grenzübergängen präsent sein wird. Es darf weiter auch nicht dazu führen, dass das BAZG sich von der Grenze in den für den Warenverkehr weniger interessanten peripheren Gebieten zurückzieht und die Kontrolltätigkeit nur noch im rückwärtigen (Grenz-)Raum, etwa auf den Pässen stattfindet. Das würde ein sehr negatives Signal für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in grenznahen Gebieten zur Folge haben.

## **Kantonsvereinbarungen**

Die Vorlage sieht bei den Kantonsvereinbarungen verschiedene Neuerungen vor. So sollen die Kantonsvereinbarungen gemäss dem Aufzählungskatalog standardisiert werden (Art. 105 E-BAZG-VG). Neu wird der Ersatz der Kosten für die Übernahme von Aufgaben der Kantone in der jeweiligen Kantonsvereinbarung geregelt, während bis anhin eine Entschädigung nicht vorgesehen war (Art. 105 Abs. 2 Bst. c BAZG-VG). Für die Kantonsvereinbarungen ist weiter neu, dass das BAZG die Kontrolle im Rahmen der nichtabgaberechtlichen Vollzugsaufgaben risikobasiert gewichten kann

(Art. 106 E-BAZG-VG). Neu ist ebenfalls der Katalog der Massnahmen und Leistungen für die Erfüllung dieser Vollzugsaufgaben (Art. 107 E-BAZG-VG). Aus den Erläuterungen erschliesst sich nicht, welche Auswirkungen die Eingrenzung der Massnahmen und Leistungen haben wird. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, was dies für die künftig auszuhandelnden Kantonsvereinbarungen bedeutet – etwa gänzlicher Wegfall von Leistungen oder Entschädigung – und welche sicherheitspolizeilichen Konsequenzen damit verbunden sind. Dabei stellen sich im Kanton Graubünden etwa unter anderem Fragen im Zusammenhang mit dem Flugplatz Samedan und den dort heute an das Grenzwachtkorps delegierten Aufgaben.

Kantonsvereinbarungen sind gemäss der Vorlage innert der Übergangsfrist von zwei Jahren anzupassen, sonst fallen sie dahin (Art. 25 Abs. 2 E-ZoG). Wir sind der Ansicht, dass die Anpassungen nur punktuell und nur wo notwendig erfolgen sollen. Als Folge einer nicht fristgemässen Anpassung ist maximal eine Sistierung vorzusehen. Dieses Entgegenkommen hat die EZV anlässlich der Sitzung der Plattform KKJPD-EZV vom 3. Dezember 2020 zugesichert, damit der status quo erhalten und die gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonspolizeikörpern und der EZV weiterhin Bestand hat.



Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Namens der Regierung

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

#### Beilage:

- Antwortformular



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Graubünden, vertreten durch die Regierung

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : GR

Adresse : Standeskanzlei, Reichsgasse 35, 7001 Chur

Kontaktperson : Dr. iur. Regula Hunger, Departementssekretärin Justiz und Sicherheit

Telefon : 081 257 25 11

E-Mail : [regula.hunger@djsg.gr.ch](mailto:regula.hunger@djsg.gr.ch)

Datum : 15.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 8  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 17 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 18 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| GR                      | Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung hat die Vorlage zur Kenntnis genommen. Der Kanton Graubünden ist als Grenzkanton von einigen Änderungen wesentlich betroffen, wobei in der Vorlage bezüglich Sicherheit wichtige Punkte zur künftigen, konkreten Umsetzung offenbleiben. Insbesondere sind die Konsequenzen für die Sicherheit in den peripheren Gebieten unseres Kantons aufgrund des neu zu definierenden Grenzraums, der neu abzuschliessenden Kantonsvereinbarungen und der unklaren Absicht der zukünftigen sicherheitspolizeilichen Leistungen des BAZG nur schwer einzuschätzen. |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |
| GR                      |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| GR   | 6    |      |      | Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Grenzraum neu vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Kantone einseitig festgelegt werden soll anstatt wie bisher im Einvernehmen mit diesen (Art. 6 E-BAZG-VG). Der Grund für diesen Wechsel ist den Erläuterungen nicht zu entnehmen und ist aufgrund der in diesem Bereich bisher sehr guten, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton entsprechend nicht nachvollziehbar. Wir lehnen die neue Lösung daher ab. Wir bezweifeln, dass diese zielführend ist und einen Mehrwert bringt. In den Erläuterungen finden sich zudem keine Ausführungen dazu, wie das EFD den Grenzraum künftig im Vergleich zu heute definieren wird.   |   |
| GR   | 77   |      |      | Das BAZG führt Kontrollen an der Zollgrenze und im Grenzraum durch (Art. 77 E-BAZG-VG). In der früheren Bestimmung waren Kontrollen an der Grenze festgeschrieben, neu sollen diese scheinbar nur noch in den Kontrollgebieten stattfinden (vgl. S. 117 der Erläuterungen). Trifft diese Einschätzung nicht zu, wäre dies in den Erläuterungen klarzustellen. Trifft sie zu, halten wir folgendes fest. Zwar kann die Festlegung nur auf das Kontrollgebiet für einen modernen und flexiblen Einsatz der Mittel des BAZG sinnvoll sein. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass in peripheren Gebieten – wie etwa den Südtälern Graubündens – künftig kein Personal des BAZG stationiert und an den Grenzübergängen präsent sein wird. Es darf weiter auch |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |         |  |  |  |  |
|----|---------|--|--|--|--|
|    |         |  |  | nicht dazu führen, dass das BAZG sich von der Grenze in den für den Warenverkehr weniger interessanten peripheren Gebieten zurückzieht und die Kontrolltätigkeit nur noch im rückwärtigen (Grenz-)Raum, etwa auf den Pässen stattfindet. Das würde ein sehr negatives Signal für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in grenznahen Gebieten zur Folge haben.  |  |
| GR | 105-107 |  |  | Die Vorlage sieht bei den Kantonsvereinbarungen verschiedene Neuerungen vor. So sollen die Kantonsvereinbarungen gemäss dem Aufzählungskatalog standardisiert werden (Art. 105 E-BAZG-VG). Neu wird der Ersatz der Kosten für die Übernahme von Aufgaben der Kantone in der jeweiligen Kantonsvereinbarung geregelt, während bis anhin eine Entschädigung nicht vorgesehen war (Art. 105 Abs. 2 Bst. c BAZG-VG). Für die Kantonsvereinbarungen ist weiter neu, dass das BAZG die Kontrolle im Rahmen der nichtabgaberechtlichen Vollzugsaufgaben risikobasiert gewichten kann (Art. 106 E-BAZG-VG). Neu ist ebenfalls der Katalog der Massnahmen und Leistungen für die Erfüllung dieser Vollzugsaufgaben (Art. 107 E-BAZG-VG). Aus den Erläuterungen erschliesst sich nicht, welche Auswirkungen die Eingrenzung der Massnahmen und Leistungen haben wird. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, was dies für die künftig auszuhandelnden Kantonsvereinbarungen bedeutet – etwa gänzlicher Wegfall von Leistungen oder Entschädigung – und welche sicherheitspolizeilichen Konsequenzen damit verbunden sind. Dabei stellen sich im Kanton Graubünden etwa unter anderem Fragen im Zusammenhang mit dem Flugplatz Samedan und den dort heute an das Grenzwachtkorps delegierten Aufgaben. |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|----|--------------------------|--|---------------------------|
| GR | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| GR | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |
| GR   |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |        |      |      |      |                    |   |
|---|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Name  | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |
| GR  |        |      |      |      |                    |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |
| GR   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| GR  | Kantonsvereinbarungen sind gemäss der Vorlage innert der Übergangsfrist von zwei Jahren anzupassen, sonst fallen sie dahin (Art. 25 Abs. 2 E-ZoG). Wir sind der Ansicht, dass die Anpassungen nur punktuell und nur wo notwendig erfolgen sollen. Als Folge einer nicht fristgemässen Anpassung ist maximal eine Sistierung vorzusehen. Dieses Entgegenkommen hat die EZV anlässlich der Sitzung der Plattform KKJPD-EZV vom 3. Dezember 2020 zugesichert, damit der Status quo erhalten und damit die gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonspolizeikörpern und der EZV weiterhin Bestand hat. |
| GR  |  |
| GR  |  |
| GR  |  |
| GR  |  |
| GR  |  |
| GR  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |
| GR   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |
| GR |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |
| GR   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, showing the document is protected. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing document protection settings.

**Übersichten** (highlighted in red)

**Bearbeitung einschr.** (highlighted in red)

**Bearbeitung einschränken**

- 1. Formatierungseinschränkungen
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  - Ja, Schutz jetzt anwenden** (highlighted in red)

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



**Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 51 55  
buwd@lu.ch  
www.lu.ch

**per E-Mail**

rechtsetzung@ezv.admin.ch

Luzern, 9. Dezember 2020

Protokoll-Nr.: 1398

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz) sowie Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 lädt das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) die Kantone ein, zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz) sowie zu einer Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz Stellung zu nehmen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass für den Kanton Luzern die Abschnitte 3 (Informationssystem) und 4 (Interoperabilität) des BAZG- Vollzugsaufgabengesetzes aus Sicht der kantonalen öffentlichen Statistik von zentraler Bedeutung sind, da ein Zugriff auf ausgewählte, nicht aggregierte Daten im Informationssystem der Zollverwaltung die Grundlage zur Berechnung wichtiger regionaler Konjunkturkennzahlen bildet. Die detaillierten Ausführungen dazu und weitere Kommentare wollen Sie bitte dem beiliegenden Antwortformular entnehmen.

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Fabian Peter  
Regierungsrat

Beilage: Antwortformular



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Luzern

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kt. LU

Adresse : Bahnhofstrasse 15, 6002 Luzern

Kontaktperson : lic. iur. Dagmar Jans

Telefon : 041 228 57 61

E-Mail : dagmar.jans@lu.ch

Datum : 16. November 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 4   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 5   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 5   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 5   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 5   |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 6   |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 6   |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 6   |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
| Kt. LU            | Zur Vorlage als Ganzes haben wir keine Bemerkungen. Aus Sicht der kantonalen öffentlichen Statistik sind jedoch die Abschnitte 3 (Informationssystem) und 4 (Interoperabilität) von zentraler Bedeutung, da ein Zugriff auf ausgewählte, nicht aggregierte Daten im Informationssystem der Zollverwaltung die Grundlage zur Berechnung wichtiger regionalisierter Konjunkturkennzahlen bildet. |

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|--------|------|------|------|---|---|
| Kt. LU | 67   | 2    | k    | Wir begrüssen sehr, dass das Erstellen von Statistiken (weiterhin) explizit als Zweck des Informationssystems der Zollverwaltung erwähnt ist  | ---   |
| Kt. LU | 69   | 3    |      | Die Regelung der Zugriffsrechte auf die Daten des Informationssystems für Dritte auf Verordnungsstufe erachten wir als angemessen.<br><br>Für die Weiterführung einer aussagekräftigen, unterjährigen und regionalisierten Aussenhandelsstatistik zur konjunkturellen Beobachtung auf kantonomer Ebene müssen die dazu notwendigen, nicht aggregierten Daten an die regionalen Statistikstellen bekannt gegeben werden können. Wir erwarten deshalb, dass dies in der entsprechenden Verordnung berücksichtigt wird und die |   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |  |  |  |  |
|--------|----|--|--|--|--|
|        |    |  |  | Kantone zu deren Anhörung wiederum eingeladen werden.  |  |
| Kt. LU | 70 |  |  | Die Erarbeitung und Nutzung von standardisierten Schnittstellen für die Bekanntgabe von Daten ist sehr zu begrüssen. |  |

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|        | Antwort                             |  | Bemerkung/Anregung |
|--------|-------------------------------------|--|--------------------|
| Kt. LU | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                    |
| Kt. LU | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name   | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|--------|------|--------------------|---------------|
| Kt. LU | -    | -                  | -             |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name   | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|--------|--------|--------------------|
| Kt. LU | -      | -                  |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|--------|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Kt. LU | -      | -    | -    | -    | -                  | -   |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge**

| Name   | Gesetz | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|--------|--------|------|--------------------|---------------|
| Kt. LU | -      | -    | -                  | -             |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name   | Bemerkung/Anregung |
|--------|--------------------|
| Kt. LU | -                  |

### **Zollabgabengesetz – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Kt. LU | -    | -    | -    | -                  | -   |

### **Zollabgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name   | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|--------|------|--------------------|---------------|
| Kt. LU | -    | -                  | -             |



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral des finances  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

**Projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières ainsi que révision totale de la loi sur les douanes en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane**

Monsieur le conseiller fédéral,

Pour donner suite à votre courrier du 11 septembre 2020 relatif à la procédure de consultation susmentionnée, et dans le délai imparti, nous vous prions de bien vouloir prendre connaissance de la prise de position de la République et Canton de Neuchâtel.

En préambule, nous tenons à saluer la révision en cours qui vise à assurer de manière plus efficiente la sécurité de nos frontières tout en simplifiant les processus de perception des droits de douane et des redevances. L'utilisation généralisée des technologies numériques marque un grand pas en avant et sera certainement un exemple à suivre pour toutes les administrations de notre pays.

Concernant les aspects économiques, notamment les conséquences pour les acteurs économiques que sont les entreprises importatrices et exportatrices, il sied de relever que le projet de révision vise à simplifier les démarches administratives et ainsi, à réduire les charges pour ces dernières. La modernisation des douanes devrait ainsi constituer une plus-value pour nos entreprises, ce dont nous nous félicitons.

Quant aux aspects sécuritaires, nous saluons le fait que le projet de révision offrira à l'OFDF une certaine souplesse organisationnelle ce qui lui permettra de s'adapter plus aisément aux défis sécuritaires à venir. Toutefois, nous relevons deux éléments pour lesquels nous souhaitons formuler les remarques suivantes :

- **Zone frontalière** : contrairement à ce que prévoit l'actuel art. 3 al. 5 LD, l'espace frontalier sera délimité unilatéralement par le DFF malgré une consultation des cantons et non plus, en accord avec eux. Nous désapprouvons cette modification car il est essentiel de permettre à chaque canton de définir ce qu'il entend par « espace frontalier » ;

NE

- **Accord de coopération policière** : nous tenons à souligner l'excellente coopération entre la police neuchâteloise et le Corps des gardes-frontière (CGfr) où les parties interviennent avec efficacité, pragmatisme et intelligence. Or, le commentaire de l'art. 105 al. 2 LE-OFDF soulève une certaine crainte :

« En vue d'une harmonisation dans le domaine des accords avec les cantons ». Une telle formulation semble viser à standardiser les accords cantonaux et à supprimer ainsi, toutes les mesures spécifiques cantonales qui ont été discutées et appliquées depuis plus de dix ans dans notre canton. Par conséquent, nous nous opposons à la standardisation du contenu des accords de coopération policière entre l'AFD et les cantons car cela conduirait inévitablement à des accords de compromis parfaitement inutiles et vides de sens. Nous préconisons au contraire le maintien de la forme actuelle de coopération par le biais d'accord individuel avec chaque canton qui permet de tenir compte les besoins spécifiques et singuliers de chacun d'eux.

Finalement, pour répondre à toute question complémentaire, nous vous prions de contacter Mme Marika Raimondo, cheffe du secteur juridique de la police neuchâteloise, qui est également en charge, pour le Canton de Neuchâtel, de l'accord de coopération policière avec l'actuel Corps des gardes-frontière (marika.raimondo@ne.ch).

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 21 décembre 2020

Au nom du Conseil d'État :

La présidente,  
M. MAIRE-HEFTI

La chancelière,  
S. DESPLAND



*M. Maire-Hefti*

*S. Despland*



KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, [www.nw.ch](http://www.nw.ch)

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

**PER E-MAIL**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesrat  
Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
[staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)  
Stans, 24. November 2020

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 laden Sie die Kantonsregierungen zu einer Stellungnahme zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) ein. Wir danken für die Gelegenheit dazu und lassen uns wie folgt vernehmen.

Die administrativen Entlastungen der Wirtschaft fördern die unternehmerische Freiheit und die Investitionskraft der Unternehmen und werden vom Regierungsrat unterstützt und begrüsst. Als Voraussetzung für Innovation und langfristiges Produktivitätswachstum stellen tiefe Regulierungskosten einen wesentlichen Bestandteil der Standortattraktivität der Schweiz dar. Die Modernisierung des BAZG fördert digitale Geschäftsmodelle bei Unternehmen und eine schnellere Zollabfertigung führt zu tieferen Kosten. So können die Unternehmen künftig effizienter und günstiger Handel betreiben und dies hat einen positiven Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Skeptisch sehen wir jedoch, weshalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden sollen. Dies ist für den Regierungsrat des Kantons Nidwalden nicht nachvollziehbar. Eine entsprechende Kompetenzerweiterung wird von unserer Seite primär kritisch beurteilt. Insbesondere sind Abgrenzungs- und Zuständigkeitsprobleme einerseits für die von einem Eingriff betroffenen Personen aber auch für andere Behörden (Polizeistellen) absehbar.

Ziel soll es sein, die kantonalen Polizeistellen mit genügend Ressourcen auszustatten und nicht via Delegation an das BAZG kantonale Polizei-Ressourcen einzusparen. Aus diesem Grund wird insbesondere Art. 105 BAZG-VG kritisch gesehen. Die Schaffung einer Bundespolizei mit den gleichen Aufgaben wie eine Kantonspolizei lehnt der Regierungsrat grundsätzlich



lich ab. Zusätzlich stossend ist die Tatsache, dass mit der Vorlage die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) weitergehende Kompetenzen erhält als die ordentliche Strafverfolgungsbehörde.

Aufgrund unserer Anmerkungen lehnt der Regierungsrat des Kantons Nidwalden den Entwurf für ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehr durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG- Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie die Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) in der vorliegenden Form ab.

Für die ausführliche Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln verweisen wir auf das Antwortformular.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Dr. Othmar Filliger  
Landammann



lic. iur. Armin Eberli  
Landschreiber

Geht an:

- [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Regierungsrat Kanton NW

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : NW

Adresse : Dorfplatz 2

Kontaktperson : Landschreiber Armin Eberli

Telefon : 041 618 79 00

E-Mail : [staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)

Datum : 24. November 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 6   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 11  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 13  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 18  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 19  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| NW                      | <p>Wir stehen der Totalrevision des heutigen Zollgesetzes (ZG) in der vorliegenden Form ablehnend gegenüber. Es ist nicht ersichtlich, weshalb Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG mit polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden sollen. Eine entsprechende Kompetenzerweiterung wird vorliegend primär kritisch beurteilt. Insbesondere sind Abgrenzungs- und Zuständigkeitsprobleme einerseits für die von einem Eingriff betroffenen Personen aber auch für andere Behörden (Polizeistellen) absehbar. Ziel sollte es sein, die kantonalen Polizeistellen mit genügend Ressourcen auszustatten und nicht via Delegation an das BAZG kantonale Polizei-Ressourcen einzusparen. Aus diesem Grund wird insbesondere Art. 105 BAZG-VG kritisch gesehen. Wir lehnen die Schaffung einer weiteren Bundespolizei mit den gleichen Aufgaben wie die Kantonspolizeien ab. Zusätzlich stossend ist die Tatsache, dass diese Behörde weitergehende Kompetenzen als die ordentlichen Strafverfolgungsbehörden haben soll.</p>  |
| NW                      | <p>Insgesamt erweckt das vorliegende Gesetz den Eindruck, dass das BAZG eine Art "Parallele-Strafverfolgungs- und Polizeibehörde" aufbauen resp. seine bisherigen Kompetenzen gemäss ZG entsprechend ausweiten will (siehe dazu exemplarisch die Ausführungen zu Art. 90 BAZG-VG, Seite 91 f. im erläuternden Bericht) in welchem neben der (kantonalen) Staatsanwaltschaft, die bei der StPO für die Anordnung der DNA-Profilerstellung zuständig ist, nun plötzlich auch noch MA des BAZG - "in der Regel" sind es Juristen (dies bedeutet konkret, dass dem nicht immer so ist!) entsprechende Anordnungen treffen können. Dadurch besteht die Gefahr von unterschiedlichen Vorgehens- und Handhabungsweisen, was problematisch ist, insbesondere für die von der Massnahme betroffenen Personen. Aber auch für das Verfahren selber ist dies möglicherweise problematisch, da in der Regel für die Weiterungen die kantonale Zuständigkeit gegeben ist und demzufolge ein (kantonales) Strafverfahren eingeleitet wird, mit den entsprechenden Regeln und Vorgehensweisen (definiert in Weisungen). Aus unserer Sicht ist eine solche Zweiteilung wo immer möglich zu vermeiden. Wenn die Voraussetzungen nach Art. 90 Abs. 2 lit. b BAZG-VG erfüllt sind (Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr), dann handelt es sich primär um Delikte, die in die Zuständigkeit der kantonalen Strafverfolgungsbehörden (allenfalls auch in diejenige der Bundesanwaltschaft) fallen, weshalb das BAZG nicht über die entsprechenden Kompetenzen zur Erfassung von biometrischen erkennungsdienstlicher Daten verfügen soll. Exemplarisch zeigt das im erläuternden Bericht aufgeführte Beispiel betreffend der kontrollierten Person ohne Aufenthaltsbewilligung, welche professionelles Einbruchswerkzeug mit sich führt und Abklärungen ergeben, dass die Person bereits im Nachbarstaat wegen Einbruchdiebstahls verzeichnet ist, auf, dass die Voraussetzungen gemäss Art. 90 Abs. 2 lit. b BAZG-VG eben gerade nicht erfüllt sind, da die möglicherweise in Frage kommenden Straftatbestände (Diebstahl, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, etc.) keine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr vorsehen. Sollten tatsächlich Straftatbestände zur Diskussion stehen, bei</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |
|----|--|
|    | <p>denen eine Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr drohen, dann wird kaum das BAZG für die Weiterbearbeitung zuständig sein, sondern die kantonalen Behörden (oder die Bundesanwaltschaft). Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, eine Behörde mit Kompetenzen auszustatten, welche sie grundsätzlich nicht benötigen, sondern es macht mehr Sinn, bei entsprechenden Verdachtslagen unverzüglich die Stelle / Behörde beizuziehen / einzubeziehen, die auch für die Weiterbearbeitung inkl. Anordnung von Zwangsmassnahmen zuständig ist. Alles andere führt zu einer unklaren Kompetenzverteilung, was zwingend unterbleiben muss.</p>   |
| NW | <p>Insgesamt wird der aus unserer Sicht für den Betroffenen entscheidenden Unterschied zwischen Verwaltungsverfahren gemäss VwVG und Verwaltungsstrafverfahren gemäss VStrR zu wenig Rechnung getragen. Gemäss VwVG haben die betroffenen Personen eine Mitwirkungspflicht (Art. 13 VwVG sowie Art. 55 BAZG-VG) im Gegensatz zum VStrR resp. StPO, wo keine entsprechende Mitwirkungspflicht zumindest für die beschuldigte Person vorgesehen ist. Es ist ein Grundpfeiler eines Rechtsstaates, dass man sich nicht selber belasten muss. Die Abgrenzung der beiden Bereiche - einerseits die Pflichten zur Mitwirkung und andererseits die entsprechenden Rechte - sind im vorliegenden Gesetz unübersichtlich und sehr verwirrend gestaltet. So wird unter dem Titel 6 "Verfahrensrecht und Rechtsschutz" unter Art. 47 BAZG-VG auf das VwVG verwiesen, welches wiederum unter Art. 3 lit c VwVG seine Unanwendbarkeit gegenüber erstinstanzlichen Verwaltungsstrafverfahren und dem gerichtspolizeilichen Ermittlungsverfahren erklärt. In diesen Fällen kommt das VStrR oder die StPO (je nach Zuständigkeit) zur Anwendung (siehe dazu auch Art. 130 BAZG-VG). Indem das BAZG-VG im Titel 9 bei den "Befugnisse und das Personal des BAZG" Zwangsmassnahmen aufführt, welche aus unserer Sicht erst bei der Einleitung eines entsprechenden Straf- resp. Ermittlungsverfahrens nach StPO bzw. VStrR zulässig sind (wie etwa eine Durchsuchung von Grundstücken und darauf befindlichen Bauten, welche in Art. 94 Abs. 2 BAZG-VG denn auch auf Art. 48 VStrR verweist, welcher sich im Unterabschnitt "Untersuchung" aufgeführt ist und somit ein entsprechendes Verwaltungsstrafverfahren impliziert), findet eine verwirrende und rechtlich grundsätzlich fragwürdige Vermischung zwischen Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstrafverfahren statt. Diese ist unserer Meinung nach unbedingt zu klären und eine entsprechende Trennung (aufgrund unterschiedlicher Rechte und Pflichten der Beteiligten) vorzunehmen. D.h. es ist klar zu definieren über welche Kompetenzen das BAZG resp. ihre MA im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens nach VwVG verfügen und welche Kompetenzen sie im Rahmen des Verwaltungsstrafverfahrens (VStrR) haben. Konsequenterweise sind dann auch die entsprechenden Ausbildungen (Voraussetzungen) der Mitarbeitenden zu definieren und vorzugsweise im Gesetz zu bezeichnen.</p> <p>Insbesondere ist in diesem Zusammenhang auf die schwierige Abgrenzung hinzuweisen, wann eine Handlung verdachtsunabhängig und quasi aus Präventiv- resp. Kontrollaspekten (eben gestützt auf das Verwaltungsverfahren) durchgeführt werden darf und wann entsprechende Handlungen nur beim Vorliegen von entsprechenden (konkreten) Verdachtsmomenten (gestützt auf das Verwaltungsstrafverfahren oder StPO) vorgenommen werden dürfen. Je nachdem sind aus unserer Sicht andere Eingriffsintensitäten in die Grundrechte der betroffenen Personen angezeigt und demzufolge auch verhältnismässig. Aus diesem Grund ist diese Abgrenzung sehr wichtig, wird aber aus unserer Sicht vorliegend viel zu wenig Rechnung getragen. Weshalb das</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |
|----|--|
|    | BAZG weitergehende Kompetenzen als beispielsweise kantonale Polizeibehörden haben sollten, ist vorliegend ebenfalls nicht ersichtlich und rechtsstaatlich fragwürdig.  |
| NW | <p>An dieser Stelle wird nochmals darauf hingewiesen, dass das Gesetz wenig übersichtlich ist. Aus unserer Sicht gehört der aktuelle Titel 10 "die Aufgaben des BAZG" an den Beginn des Gesetzes (idealerweise Titel 2); dasselbe gilt auch für die Befugnisse des Personals des BAZG (aktuell Titel 9). Weshalb beispielsweise der Abschnitt Observationen (Art. 139) unter dem Titel "Strafverfolgung" aufgeführt ist, die Scheinkäufe aber unter dem 9. Titel "Befugnisse des BAZG" erscheint systematisch falsch. Aus unserer Sicht handelt es sich hierbei um eine verdeckte Ermittlung (siehe dazu auch die Ausführungen zu Art. 99).</p> <p>Sollte die Intension sein, dass alle im Titel 9 "Befugnisse und Personal des BAZG" aufgeführten Befugnisse und Kompetenzen wie im erläuternden Bericht, S. 112 aufgeführt, verdachtsunabhängig (und somit eher im Präventiv- resp. Kontrollbereich) durchgeführt werden, so wäre dies rechtsstaatlich äusserst bedenklich. Dass dem nicht so sein kann, zeigen bereits die Formulierungen in den Art. 89, Art. 91 oder Art. 93 BAZG-VG, welche jeweils von "Verdacht" sprechen. Aus diesem Grund sind bereits in diesen Fällen entsprechende Ermittlungen resp. Strafuntersuchungen einzuleiten mit den entsprechenden Rechten und Pflichten der betroffenen Personen. Aus diesem Grund wären die verdachtsabhängigen Kompetenzen korrekterweise erst bei der Einleitung der entsprechenden Ermittlungen resp. Strafuntersuchungen zulässig.</p> <p>Ebenfalls ist die Nennung der Observation in Art. 139 BAZG-VG unter dem 3. Kapitel der Strafverfolgung irreführend, weil es den Eindruck erweckt, dass diese erst nach der Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens gemäss Art. 137 BAZG-VG zum Zug kommen. Indessen verweist bereits Art. 136 Abs. 2 BAZG-VG, dass die Observation auch bei den Ermittlungen gemäss Art. 136 BAZG-VG zur Verfügung steht. Weshalb deshalb die Observation nicht bereits unter dem Titel 9 aufgeführt ist, lässt Raum für Spekulationen. Insbesondere auch deshalb, weil der rechtsstaatliche Eingriff bei den Scheinkäufen (recte: verdeckte Ermittlungen) ebenfalls gravierend ist (siehe dazu auch die verschiedensten bundesgerichtlichen Entscheide, insbesondere zur Täuschungsthematik durch den Staat), weshalb auch dieser grundsätzlich erst bei Einleitung entsprechender Verfahren zulässig sein sollte.</p> |
| NW | Abschliessend sei der Hinweis erlaubt, dass aus unserer Sicht der Eindruck entsteht, dass sich das BAZG die gleichen (oder gar noch weitere) Kompetenzen wie die kantonalen Polizeibehörden zugestehen will (siehe dazu beispielsweise im erläuternden Bericht Seite 91 zu Art. 92 BAZG-VG). Ob dies sinnvoll ist, wird vorliegend stark angezweifelt, insbesondere da das Gewaltmonopol klar bei den kantonalen Polizeikörpern liegt und dort auch bleiben soll. Der Bildung einer weiteren "Bundespolizei" - mit weitergehenden Kompetenzen als die kantonalen Körper ist unbedingt zu vermeiden.  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|------|------|------|------|--|--|
| NW   | 87   | 2    |      | <p>Diesbezüglich braucht es mindestens eine Ergänzung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die notwendigen Ausbildungen verfügen müssen, wie sie bei anderen Behörden vorgegeben sind, die über die gleichen Zwangsmassnahmenkompetenzen verfügen.</p> <p>(In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob das BAZG tatsächlich über ähnliche oder gleiche Kompetenzen verfügen muss, wie beispielsweise die kantonalen Polizeibehörden. Ob nicht im Sinne der Effizienz nur eine Behörde kompetent ausgebildet und laufend weitergebildet werden soll oder ob tatsächlich auch MA des BAZG entsprechende Kompetenzen erwerben und ständig erneuern müssen.)</p> |  |
| NW   | 88   | 1    |      | <p>Zu offene und wenig konkretisierte Formulierung, insbesondere wenn Art. 88 Abs. 2 sowie Art. 89 Abs. 2 mitberücksichtigt werden.</p> <p>Die Formulierung ist zu präzisieren, insbesondere betreffend welche Umstände die Annahme rechtfertigen, die angehaltene Person könne sachdienliche Angaben machen.</p> <p>Konsequenterweise bedeutet dies, dass jede Person - auch wenn ihr nichts vorgeworfen wird - gestützt auf eine nicht näher begründete Annahme an einen anderen Ort verbracht werden kann wobei sie sich vorgängig allenfalls</p>   | ...wenn konkrete Umstände vorliegen, dass die angehaltene Person zu genau definierten und vorgehaltenen Vorwürfen sachdienliche Angaben... |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |   |   |   |
|----|----|---|---|---|---|
|    |    |   |   | einer körperlichen Durchsuchung/Untersuchung unterziehen muss.  |   |
| NW | 90 | 2 | b | Sollte sich ein konkreter Anhaltspunkt auf so schwere Straftaten ergeben, dann sind die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden (in Ausnahmefällen auch die Bundesanwaltschaft resp. fedpol) einzubeziehen bzw. den Fall ihnen zur weiteren Bearbeitung zu übergeben und nicht entsprechende Kompetenzen dem BAZG zu übertragen.  | streichen   |
| NW | 92 | 2 |   | Wenn im erläuternden Bericht auf S. 91 zu Art. 92 steht, dass die Bestimmung von Art. 92 weitgehend dem heutigen Artikel 105 ZG (Zollgesetz) entspricht, dann ist dies irreführend und stimmt nicht. Im Art. 105 Abs. 2 ZG wird auf Art. 19 VStrR bezüglich vorläufige Festnahme verwiesen. Art. 19 Abs. 4 VStrR besagt, dass ein vorläufig Festgenommener sofort dem untersuchenden Beamten der beteiligten Verwaltung zuzuführen ist. Von einer Festnahme von 24 Stunden steht dort nichts. Vorliegend wird erneut eine Kompetenzausweitung zugunsten des BAZG gemacht, welche aus unserer Sicht nicht problematisch ist. | Die Person ist sofort der zuständigen kantonalen Behörde zu übergeben, welche prüft, ob allenfalls die Voraussetzungen des Polizeigewahrsams gemäss Polizeigesetzgebung oder eine vorläufige Festnahme im Sinne der StPO gegeben ist. |
| NW | 92 | 3 |   | Die entsprechenden Informationsrechte sind durch die kantonalen Behörden zu gewähren.   | streichen   |
| NW | 92 | 4 |   | Die entsprechenden Informationsrechte sind durch die kantonalen Behörden zu gewähren.   | streichen   |
| NW | 98 |   |   | Diesbezüglich stellt sich die Frage, inwiefern das BAZG solche Ermittlungen tätigen soll, da diese mit erheblichem Aufwand und Ressourcen verbunden sind. Insgesamt wäre es vermutlich effizienter, wenn die kantonalen Polizeistellen resp. fedpol die entsprechenden  |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |  |  |  |   |
|----|----|--|--|--|---|
|    |    |  |  | <p>Abklärungen / Ermittlungen tätigen, so müsste das BAZG nicht auch entsprechende materielle und personelle Ressourcen aufwenden.</p> <p>Dies widerspricht unserer Ansicht nach dem vorliegenden Gedanken einer effizienten und effektiven Behörde. Das BAZG muss nicht gleiche Strukturen aufbauen, wie sie bereits bei den kantonalen Strafverfolgungsbehörden und bei fedpol vorliegen.</p>  |   |
| NW | 99 |  |  | <p>Siehe Kommentar zu Art. 98.</p> <p>Zudem ist die Begriffsdefinition verwirrend. In der in Art. 99 Abs. 2 verwiesenen Art. 293 StPO wird auf den verdeckten Ermittler hingewiesen. Aufgrund des Umstandes, dass in Art. 99 darauf hingewiesen wird, dass eine fiktive Identität verwendet werden kann, handelt es sich nicht um einen Scheinkauf (bei welchem gerade nicht die Identität verschleiert werden muss), sondern um einen verdeckten Ermittler-Einsatz. Wenn man nun die Voraussetzungen in der StPO ansieht, welche an einen verdeckten Ermittler-Einsatz gestellt werden und auch die entsprechende bundesgerichtliche Rechtssprechung in diesem Bereich kennt, dann sind vorliegend in Art. 99 die Voraussetzungen nicht gegeben.</p> <p>In diesem Zusammenhang scheinen die Ausführungen im erläuternden Bericht auf S. 96, dass auch weitere Behörden mit denen das BAZG eng zusammenarbeitet, ähnliche Kompetenzen in Bezug auf Scheinkäufe erhalten sollen, kaum nachvollziehbar. Insbesondere die Problematik des "agent provocateur" ist enorm anspruchsvoll, weshalb die Hürde für einen entsprechenden Einsatz sehr hoch angesetzt wird. Weshalb dies bei den Widerhandlungen, welche das BAZG und allfällige weitere Behörden verfolgen, tiefer</p> | <p>Entweder ganz streichen oder sonst auf effektive Scheinkäufe eingrenzen d.h. ohne Verwendung von fiktiver Identität.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |     |   |   |   |  |
|----|-----|---|---|---|--|
|    |     |   |   | angesetzt werden soll als in Strafverfahren gemäss StPO, ist nicht nachvollziehbar und wird abgelehnt.  |  |
| NW | 100 | 2 |   | Zusätzlich zur Staatsangehörigkeit sind die entsprechenden Ausbildungen vorzuweisen; siehe dazu die Bemerkungen zu Art. 87 Abs. 2: Diesbezüglich braucht es mindestens eine Ergänzung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die notwendigen Ausbildungen verfügen müssen, wie sie bei anderen Behörden vorgegeben sind, die über die gleichen Zwangsmassnahmenkompetenzen verfügen (Art. 15 ZAG: Schlag- und Abwehrstöcke (lit. a), Feuerwaffen (lit. c) und nicht tödlich wirkende Destabilisierungsgeräte (lit. d)).  | Mitarbeiter sind genau zu definieren resp. die entsprechenden vorzuweisenden Ausbildungen sind zu konkretisieren.                |
| NW | 102 | 1 | c | Die Berechtigungen sind klar im Gesetz zu definieren. Nur so sind sie transparent und klar zu erkennen. Ein Missbrauch kann so minimiert werden.  | streichen  |
| NW | 133 |   |   |   | streichen<br>-->Variante 2 wird bevorzugt  |
| NW | 136 | 1 |   | Wie alle Verwaltungsbehörden hat das BAZG eine Anzeigepflicht, wenn es strafbare Handlungen feststellt, welche ausserhalb ihres Zuständigkeitsbereichs passieren. Es ist nicht sinnvoll, dass das BAZG eigene Ermittlungen vornimmt, wenn diese nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt. Grundsätzlich ist die Formulierung in Art. 136 klar, indessen lässt der erläuternde Bericht Zweifel daran, was wirklich mit lit. a und lit. b gemeint ist. Insbesondere wenn im erläuternden Bericht auf S. 113 erwähnt wird, dass im Bereich Wirtschaftskriminalität wenig bis keine Spuren vorhanden sind, welche einen Tatverdacht ergeben. Dabei handelt es sich eben gerade um ein Beispiel, welches nicht in | Umformulieren, dass nur Ermittlungen in ihrem Aufgabengebiet getätigt werden können (inkl. Präzisierung im erläuternden Bericht) |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |     |  |  |   |  |
|----|-----|--|--|---|--|
|    |     |  |  | den Zuständigkeitsbereich des BAZG fällt, wie es im letzten Abschnitt zu Abs. 1 von Art. 136 richtig ausgeführt ist. Aus diesem Grund wird die vorliegende Formulierung abgelehnt soweit sie dahingeht, dass das BAZG Abklärungen tätigt, welche nicht in ihr Zuständigkeits- resp. Aufgabengebiet fällt, dasselbe gilt grundsätzlich betreffend der Verhinderung von strafbaren Handlungen. Beim BAZG handelt es sich um keine Polizeibehörde und demzufolge sollten auch die entsprechenden Regelungen klar sein. |  |
| NW | 138 |  |  | Auch hier schiesst das Gesetz über das Ziel hinaus. Wenn man die Hürden kennt, welche durch die Gerichte in diesem Zusammenhang betreffend Zusicherung der Anonymität gestellt werde, scheint das im erläuternden Bericht, S. 114 aufgeführte Beispiel des Wasserpfeifentabak-Schmuggels sehr originell. Natürlich kann für jede Eventualität eine rechtliche Grundlage geschaffen werden - es ist aber nicht zielführend und widerspricht dem Grundsatz zu abstrakter Gesetzgebung.                                |  |
| NW | 139 |  |  | Dieser Artikel ist hier am falschen Platz. Zudem stellt sich auch hier die Frage, ob es sinnvoll ist, dass neben den kantonalen Polizeibehörden sowie fedpol auch das BAZG über Observationseinheiten verfügen muss.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|----|-------------------------------------|--|---|
| NW | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |   |
| NW | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Aus Ressourcen- und Verhältnismässigkeitsgründen sind wir der Meinung, dass nur Vorsatzdelikte zu verfolgen sind. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| NW   |             |                           |                      |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung  |
|------|--------|---|
| NW   |        | Generell ist wichtig, dass der Anhang keine Widersprüche zum BAZG-VG generiert. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |                   |             |             |             |   |  |
|---|-------------------|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b>     | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| NW  | DNA-Profil-Gesetz | 6a          |             |             | Komplett streichen. Wenn ein konkreter Anhaltspunkt besteht, dass ein Verbrechen oder Vergehen begangen wurde, dann ist ein Strafverfahren einzuleiten resp. bewegen wir uns im Strafverfahren, weshalb die Anordnung nicht ausserhalb eines Strafverfahrens abläuft wie unter Art. 6 vorgesehen, sondern nach den Regeln von Art. 3 DNA - Profil-Gesetz). Falls die Abnahme eines DNA-Profiles gestützt auf eine hypothetische Annahme, dass jemand ein Verbrechen oder Vergehen begehen könnte möglich sein soll, dann können wir gleich flächendeckend die DNA-Abnahme einführen, da alle Menschen grundsätzlich ein solches begehen könnten und sei es nur, dass diese SVG-Widerhandlungen betreffen. | streichen  |
| NW  | DNA-Profil-Gesetz | 7           | 1bis        |             | Komplett streichen. Nicht die Kompetenz des BAZG!   | streichen  |
| NW  | DNA-Profil-Gesetz | 7           | 2           |             | Nur das Wort "BAZG" streichen. Keine Kompetenz des BAZG.  | BAZG streichen                                       |
| NW  | DNA-Profil-Gesetz | 11          | 1           | a           | Komplett streichen. (Konsequenz aus den bisherigen Ausführungen).   | streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |     |   |   |   |                               |
|----|--|-----|---|---|---|-------------------------------|
| NW | DNA-Profil-Gesetz  | 16  | 3 | a | Komplett streichen. (Konsequenz aus den bisherigen Ausführungen).   | streichen                     |
| NW | Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin Art.1 Abs. 3 erster und dritter Satz |     |   |   | Das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) erfüllt Sicherheitsaufgaben in Zusammenarbeit mit der Polizei der Kantone und des Bundes. Die kantonale Polizeihochheit bleibt dabei gewahrt. Das Grenzwachtkorps behält mindestens den Bestand vom 31. Dezember 2003.<br><br>Wichtig ist der Mittelsatz, dass die "kantonale Polizeihochheit bleibt dabei gewahrt". Weiterhin im Artikel explizit aufgeführt ist | Mittelsatz unbedingt einfügen |
| NW | Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten vom 16. März 2012  | 13a |   |   | Art. 13a komplett streichen. Siehe dazu die Ausführungen zum entsprechenden vorgeschlagenen Art. 99 BAZG-VG!  | streichen                     |
| NW | Fernmeldegesetz vom 30. April 1997   | 33a |   |   | Ganzer Art. 33a streichen. Vermutlich ist auch nicht das BAKOM gemeint, sondern das BAZG! Siehe indessen die Ausführungen zu Art. 99 BAZG-VG.   | streichen                     |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| NW   |               |             |                           |                      |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------------------|
| NW          | Keine                     |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| NW   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| NW   |             |                           |                      |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

**Per E-Mail**

[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Sarnen, 5. Januar 2021

**Entwurf neues Vollzugsaufgabengesetz BAZG (BAZG-VO) sowie Totalrevision Zollgesetz (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Verzicht auf Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines neuen Vollzugsaufgabengesetz BAZG (BAZG-VO) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) danken wir Ihnen.

Wir haben die Unterlagen geprüft und verzichten auf die Abgabe eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Daniel Wyler  
Landstatthalter

Kopie an:

- Staatskanzlei (OWSTK.3859)



Volkswirtschaftsdepartement, Generalsekretariat, Davidstrasse 35, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundeshaus  
3003 Bern

Beat Tinner  
Regierungsrat  
Volkswirtschaftsdepartement  
Davidstrasse 35  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 34 87  
beat.tinner@sg.ch

St.Gallen, 2. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 11. September 2020 hat das Eidgenössische Finanzdepartement EFD unter anderem die in den Kantonen zuständigen Regierungsrätinnen und Regierungsräte eingeladen, am Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie über eine Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) zur Vernehmlassung teilzunehmen.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Mitwirkung und äussern uns wie folgt:

Wir haben die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen geprüft und sehen keinen Anlass für Änderungsanträge. Lediglich in datenschutzrechtlicher Hinsicht bitten wir, den nachfolgenden Ausführungen Beachtung zu schenken.

Gemäss dem erläuternden Bericht wird das aktuelle Zollgesetz (SR 631.0) mit der geplanten Revision zu einem reinen Abgabeerlass reduziert, weshalb sich der datenschutzrechtliche Fokus auf das BAZG-VG richtet. Die Bearbeitung von Personendaten durch das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) ist im 7. Titel (Art. 64 bis 76) des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-VG) geregelt.

**Art. 64 BAZG-VG**

Gemäss dem erläuternden Bericht (S. 59) ist bereits die eidgenössische Zollverwaltung (EZV) unter dem geltenden Zollgesetz (vgl. Art. 110) dazu ermächtigt, die in Art. 64 Abs. 2



BAZG-VG genannten besonders schützenswerten Personendaten zu bearbeiten. Generelle Voraussetzung für die Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten durch ein öffentliches Organ ist die Legitimation in einem formellen Gesetz. Besteht eine genügende Rechtsgrundlage, richtet sich das Ausmass und der Umfang der Bearbeitung nach den Grundsätzen der Verhältnismässigkeit, mitunter der Datensparsamkeit, und der Zweckmässigkeit. Der Grundsatz der Datensparsamkeit besagt, es sollen nur so viele Daten wie notwendig und so wenig Daten wie möglich bearbeitet werden.

Art. 64 Abs. 2 BAZG-VG hält zu jeder Kategorie der besonders schützenswerten Personendaten fest, zu welchem Zweck diese bearbeitet werden dürfen. Im erläuternden Bericht wird jeweils ausführlich und mit Beispielen erläutert, weshalb das BAZG diese Personendaten bearbeiten darf. Die Ausführungen erläutern plausibel, weshalb das BAZG zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben die verschiedenen besonders schützenswerten Personendaten bearbeiten muss.

#### **Art. 65 BAZG-VG**

Bei isolierter Betrachtung erscheint die Verwendung der Versichertennummer unproblematisch. Es ist jedoch ein Trend zu beobachten, wonach die Versichertennummer breitflächig als Identifikator eingeführt wird. Es existieren beispielsweise Datenbanken, welche mit pseudonymisierten (Personen-)Daten arbeiten und als Identifikator die Versichertennummer oder nur Teile davon verwenden. Dies birgt die Gefahr, dass bei einem Informationsaustausch zwischen Behörden die Pseudonymisierung aufgehoben und der Schutz der Persönlichkeit dadurch geschwächt wird.

#### **Art. 66 BAZG-VG**

Die Legitimation zur Bearbeitung von Daten juristischer Personen ist eine Anpassung an das verabschiedete (aber noch nicht in Kraft getretene) eidgenössische Datenschutzgesetz.

#### **Art. 67 bis 69 BAZG-VG**

Art. 67 bis 69 BAZG-VG stellt die Regeln für das Informationssystem des BAZG-VG auf und zu welchem Zweck dieses verwendet werden kann. Eine zentrale Bestimmung zur Wahrung der Verhältnismässigkeit und Datensparsamkeit ist Art. 68 BAZG-VG. Darin ist klar festgelegt, dass die Mitarbeiter des BAZG nur soweit Zugriff auf das Informationssystem haben, wie dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben muss mittels technischen und organisatorischen Massnahmen sichergestellt werden.

#### **Art. 70 – 71**

Keine Bemerkungen

#### **Art. 72 - 73**

Gemäss den Ausführungen im erläuternden Bericht ist die EZV gestützt auf das ZG bereits heute dazu legitimiert, Persönlichkeitsprofile anzulegen. Da das revidierte Bundesgesetz über den Datenschutz (SR 235.1) anstatt Persönlichkeitsprofil den Begriff des Profiling verwendet, erhält das BAZG keine Kompetenzerweiterung, sofern das Profiling den Begriff des Persönlichkeitsprofils eins zu eins ersetzen wird.

Das Datenschutzgesetz des Kantons St.Gallen (sGS 142.1; abgekürzt DSG) kennt sowohl den Begriff des Persönlichkeitsprofils wie auch den des Profiling. Die beiden Begriffe sind





gemäss DSG nicht deckungsgleich. Bei der Anwendung des Begriffs Profiling gemäss DSG erhalte das BAZG gegenüber der EVZ zusätzliche Kompetenzen bei der Datenbearbeitung. Hierfür bräuchte es eine ergänzende Begründung.

**Art. 74 – 75**

Keine Bemerkungen

**Art. 76**

Die Aufbewahrungsdauer von erkennungsdienstlichen Daten richtet sich nach dem Strafgesetzbuch (SR 311.0), die von DNA-Profilen nach dem DNA-Profil-Gesetz (SR 363). Für die Aufbewahrung und Archivierung der übrigen Daten nennt das Gesetz keine Frist, sondern überlässt es dem Bundesrat, diese Regelung zu treffen. Dies ist äusserst heikel und mangels eingrenzender Delegationsanweisung im Gesetz trägt es zur Rechtsunsicherheit bei. Gestützt auf den Grundsätzen der Verhältnismässigkeit und Datensparsamkeit ist bei der Umsetzung von Abs. 1 darauf zu achten, dass die Daten gelöscht werden, sobald sie ihren Zweck erfüllt haben.

Freundliche Grüsse  
Der Vorsteher

Beat Tinner  
Regierungsrat



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Schaffhausen

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SH

Adresse : Beckenstube 7, 8200 Schaffhausen

Kontaktperson : Daniel Sattler, Departementssekretär Volkswirtschaftsdepartement

Telefon : 052 632 73 81

E-Mail : [daniel.sattler@sh.ch](mailto:daniel.sattler@sh.ch)

Datum : XX. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 19 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 20 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SH                      | <p>Wir begrüssen ausdrücklich die Vereinfachung der Zollprozesse und die Schaffung selbsterklärender elektronischer Abläufe. Die Digitalisierung und Vereinfachung der Prozesse im grenzüberschreitenden Verkehr erachten wir als grosse Erleichterung für die Unternehmen. Aufgrund der damit verbundenen tieferen Kosten im grenzüberschreitenden Handel wird dies einen positiven Effekt auf die Kostenstruktur der import- und exportorientierten Schweizer Unternehmen und somit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz haben.</p>   |
| SH                      | <p>Den sicherheitstechnischen Teil der Vorlage betrachten wir indes kritisch. Dieser greift in verschiedenen Bereichen in die kantonale Polizeihoheit ein, indem dem BAZG zahlreiche Kompetenzen im Aufgabengebiet der Kantone zugewiesen werden. Betroffen sind folgende unbestrittenen kantonalen Aufgabengebiete:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- sicherheitspolizeiliche Aufgaben wie Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie Prävention und Abwehr unmittelbar drohender Gefahren;</li><li>- gerichtspolizeiliche Aufgaben wie Beweissicherung, Fahndung und Ermittlung;</li><li>- grenzpolizeiliche Aufgaben, die gemäss Art. 9 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG, SR 142.20) im Grundsatz den Kantonen zugewiesen sind</li></ul> <p>Polizeiliche Befugnisse kommen Bundesorganen verfassungsrechtlich nur eng begrenzt und im Zollwesen nur aufgrund des Sachzusammenhangs zu. Es ist daher erforderlich, die Aufgaben der Bundesorgane angemessen präzise zu umschreiben und Unklarheiten bei der Abgrenzung der Befugnisse zwischen Kantons- und Bundesorganen zu vermeiden. Diesbezüglich fehlt es der Vorlage an der erforderlichen Klarheit.</p> <p>Ein Grund dafür ist die unlogische Gesetzessystematik: Der Zweckartikel des E-BAZG-VG verweist auf den Aufgabenbereich des BAZG. Die Aufgaben des BAZG werden jedoch erst unter dem 10. Titel behandelt. Dadurch sind die Ausführungen unter den vorangehenden Titeln, mit denen unter anderem die Kompetenzen des BAZG bei der Ausführung seiner Aufgaben beschrieben werden, nur schwer verständlich. Die Aufgaben des BAZG sind zudem zu wenig konkret und nicht klar abgegrenzt umschrieben.</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |   |
|----|---|
|    | Die Systematik der Vorlage ist daher im Sinne der besseren Lesbarkeit anzupassen und die Aufgaben des BAZG sind konkreter und klarer zu definieren.   |
| SH | Die Übertragung kantonaler Aufgaben auf das BAZG soll nicht ohne Not mittels einseitigem Eingriff in die kantonale Hoheit erfolgen, sondern nach bewährter Praxis durch Verwaltungsvereinbarungen gemäss Art. 105 E-BAZG-VG. Dadurch können die Ressourcen und Kompetenzen der Bundes- und Kantonsorgane weiterhin optimal eingesetzt und Redundanzen vermieden werden. |
| SH |   |
| SH |   |
| SH |   |
| SH |   |
| SH |   |
| SH |   |
| SH |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| SH   | 1    |      | b    | <p>Die Themen im Bereich Sicherheit haben gegenüber den rein zollrechtlichen Themen deutlich an Raum gewonnen. Die neue Ausrichtung des BAZG auf Sicherheitsaufgaben erachten wir als problematisch. Sie vermischt das fiskal-politische Interesse an der Durchsetzung des Zollrechts mit der Wahrung der inneren Sicherheit der Schweiz. Dies führt zu einer vollzugsrechtlich schwer überblickbaren Lage. Denn es wird eine Behörde geschaffen, die umfassende und teilweise diejenigen der kantonalen Strafverfolgungsbehörden übersteigende polizeiliche Befugnisse hat. Die polizeilichen Befugnisse des BAZG stehen in direkter Konkurrenz zu den Aufgaben der kantonalen Strafverfolgungsbehörden. Zwar schreibt Art. 104 Abs. 1 E-BAZG-VG vor, dass das BAZG seine Tätigkeiten mit der Polizei des Bundes und der Kantone koordinieren muss. Ein Eingriff in die kantonale Hoheit lässt sich aber weder dadurch noch mit der abgabenrechtlichen Sachzuständigkeit des BAZG rechtfertigen. Der Aufgabenbereich des BAZG muss deshalb klarer definiert und abgegrenzt werden. Dies betrifft den Zweckartikel und die Umschreibung der Aufgaben des BAZG in Art. 103 ff. E-BAZG-VG. Dabei muss das Primat der kantonalen Strafverfolgungsorgane respektiert werden.</p> |   |
| SH   | 2    | 1    | b    | <p>Es soll die Erfüllung "weiterer Vollzugsaufgaben" geregelt werden, die nicht näher definiert werden. Damit erhalten sämtliche Regelungen des Entwurfs einen unklaren und</p>  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |   |  |  |
|----|----|---|---|--|--|
|    |    |   |   | nicht klar abgegrenzten Gegenstand, der teilweise in die Polizeihochheit der Kantone eingreift, obwohl weiterhin im Sinne von Art. 105 E-BAZG-VG die Möglichkeit besteht, mittels Verwaltungsvereinbarung Aufgaben von den Kantonen zu übernehmen.   |  |
| SH | 2  | 2 | i | Gemäss Abs. 2 soll die "Erfüllung der Aufgaben des BAZG nach Absatz 1" harmonisiert werden, indem u.a. "die Aufgaben des BAZG" geregelt werden. Damit kommen erneut die Schwächen der unlogischen Gesetzessystematik zum Ausdruck. Der Umschreibung der Aufgaben und damit der Abgrenzung zur kantonalen Hoheit wird zuwenig Gewicht beigemessen. Die Systematik ist anzupassen und die klare Abgrenzung der Aufgaben von Bund und Kantonen in den Vordergrund zu rücken.                        |  |
| SH | 6  |   | e | Die Breite des sogenannten Grenzraums, des Geländestreifens entlang der Zollgrenze, soll nicht mehr im Einvernehmen mit dem Grenzkanton, sondern nach dessen Anhörung einseitig durch das EFD festgelegt werden. Diese Kompetenzverschiebung untergräbt die sicherheitspolizeiliche Selbstbestimmung der Kantone und wird abgelehnt.   |  |
| SH | 64 |   |   | Dem BAZG werden pauschal sehr weitreichende Kompetenzen bei der Bearbeitung von Personendaten eingeräumt, die auch Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten beinhalten. Diese Daten sollen nicht nur bearbeitet werden dürfen, sofern dies für die Strafverfolgung ausnahmsweise notwendig ist, sondern neu auch für einen weiten Katalog von Zwecken wie etwa der Kontrolle von Waren oder den Vollzug nichtabgabenrechtlicher Erlasse des Bundes. Aus |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |   |  |   |
|----|----|---|---|--|---|
|    |    |   |   | datenschutzrechtlicher Sicht fehlt es am Erfordernis der hinreichenden Bestimmtheit. Weiter fehlen die Angaben, zu welchem Zweck die Daten jeweils bearbeitet werden dürfen. Zudem stellt sich angesichts des Ausmasses der zu sammelnden Daten die Frage der Verhältnismässigkeit. Der Gesetzestext bedarf daher der eingehenden Überprüfung der datenschutzrechtlichen Anforderungen.  |   |
| SH | 69 | 1 | d | Soweit die Bearbeitung von Daten nach erfolgter datenschutzrechtlicher Würdigung mit der Vorlage weiterhin für zulässig befunden wird, beantragen wir, den Zugriff auf diese Daten auch den kantonalen Polizeibehörden uneingeschränkt zuzugestehen.   | d. kantonale Polizeibehörden für die Bekämpfung der Kriminalität sowie zur Gefahrenabwehr und Verhinderung von Straftaten (Prävention). |
| SH | 85 |   |   | Art. 85 ff. regeln die Befugnisse des BAZG "zur Erfüllung seiner Aufgaben". Die Aufgaben des BAZG werden erst in Art. 103 ff. geregelt. Dies führt zu Unklarheiten. So etwa bezüglich des Umfangs, in dem das BAZG Verkehrs- oder Personenkontrollen durchführen darf. Eine logischere Gesetzessystematik und klarer definierte Aufgaben wären auch diesbezüglich hilfreich.   |   |
| SH | 87 |   |   | Gemäss Ausführung im erläuternden Bericht kann das BAZG auch Fernmeldetechnik einsetzen wie Störsender zur Unterbrechung der Kommunikation von Drohnen oder zur Neutralisierung von Ortungs- und Überwachungssystemen, z.B. im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten. Einsätze dieser Art sind zwar in jedem Fall im Sinne von Art. 104 Abs. 1 E-BAZG-VG mit jenen der Polizei des Bundes und der Kantone zu koordinieren. Eine Abgrenzung zum Geltungsbereich der Strafprozessordnung für nichtabgabenrechtliche Delikte wurde aber gleichwohl nicht vorgenommen. |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|----|-------------------------------------|--|--|
| SH | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Wir erachten es als sinnvoll, bei allen Abgaben eine gleiche Berücksichtigung der Strafflosigkeit bei Geringfügigkeit anzuwenden und diese namentlich auch auf Deklarantinnen und Deklaranten auszuweiten. |
| SH | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |
| SH   |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |
| SH  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |
| SH   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SH  |                           |
| SH  |                           |
| SH  |                           |
| SH  |                           |
| SH  |                           |
| SH  |                           |
| SH  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |
| SH   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |
| SH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |
| SH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, showing the document is protected. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). Under '2. Bearbeitungseinschränkungen', the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these modifications in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). Under '3. Schutz anwenden', the text 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to apply these settings? (You can deactivate them later.)) is displayed, and the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |

## **Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Oberzolldirektion  
Sektion Rechtsdienst  
Monbijoustrasse 40  
3003 Bern

15. Dezember 2020

### **Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 11. September 2020 in obengenannter Angelegenheit und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahmen. Gerne äussern wir uns wie folgt:

#### **A. Grundsätzliches**

Vorgesehen ist die Reorganisation der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV). Mit Schaffung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) wird ein neues Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das BAZG (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) geschaffen. Das geltende Zollgesetz (ZG) wird totalrevidiert und zu einem reinen Abgabenerlass (Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben, Zollabgabengesetz, ZoG). Ausserdem kommt es zu verschiedenen Fremdänderungen.

Unsere Ausführungen beschränken sich auf das BAZG-Vollzugsaufgabengesetz.

#### **B. Zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) im Allgemeinen**

Die Digitalisierungsbestrebungen des Bundes werden begrüsst. Mit der beabsichtigten Modernisierung des Zollrechts und der vorgesehenen Vereinfachung, Harmonisierung und insbesondere Digitalisierung der Prozesse im Personen- und Warenverkehr soll die Datenqualität und –verfügbarkeit verbessert werden. Zu erwarten ist eine relevante Erhöhung der Effizienz beim grenzüberschreitenden Handel. Diese Stossrichtung unterstützen wir, zumal mit Effizienzsteigerungen und tieferen Kosten auch der import- und exportorientierte Handel entlastet wird. Die erwartete Senkung der jährlichen Regulierungskosten für die Wirtschaft erachten wir als wesentlich und begrüssenswert.

Sehr kritisch beurteilen wir die dem BAZG zugewiesenen (unklaren) Aufgaben und Kompeten-

zen, weshalb wir den vorliegenden Entwurf in diesen Punkten ablehnen.

Die vorliegende Gesetzesrevision weist dem BAZG ohne verfassungsrechtliche Grundlage verschiedene Kompetenzen zu, die in die originären Zuständigkeiten der Polizei fallen. Die Polizeihochheit steht verfassungsrechtlich den Kantonen zu. Auf Kantonsgebiet ist primär die Polizei für die Erfüllung der sicherheits- und gerichtspolizeilichen Aufgaben zuständig. Daran ist festzuhalten. Die Gesetzeskonzeption führt zu einer unklaren Situation der Zuständigkeiten im Bereich der inneren Sicherheit.

Im Unterschied zur EZV scheint das BAZG als eigentliches Sicherheitsorgan konzipiert zu sein, was von der Verfassung allerdings nicht vorgesehen ist. Dies zeigt bereits ein Vergleich von Artikel 1 E-BAZG-VG mit Artikel 1 ZG. Die Erläuterungen bestätigen diesen Eindruck: Von den drei Hauptzielen des Erlasses handelt es sich nur beim Erstgenannten um eine eigentliche zollrechtliche Aufgabe. Bei den Hauptzielen Nummer 2 und 3 will das BAZG die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und illegalen Migration "regulieren" und einen Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung leisten. Das BAZG-VG soll Zwecken dienen, welche das geltende ZG nicht kennt (oder zumindest nicht ausdrücklich und nicht in diesem Ausmass).

Diese Intransparenz hat unklare Zuständigkeiten zur Folge, was gerade im sensiblen Bereich der Kriminalitätsbekämpfung zu vermeiden ist. Die Unklarheiten sind umso grösser, als die Aufgaben nicht klar definiert werden. Die jeweils verwendete Formulierung "im Aufgabenbereich des BAZG" reicht u.E. nicht aus, um die Zuständigkeitsbereiche von Polizei beziehungsweise BAZG klar voneinander abzugrenzen. Auch die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und illegalen Migration, Hauptziele des BAZG, sind letztlich originäre Aufgaben der kantonalen Polizeibehörden beziehungsweise des Bundesamtes für Polizei (fedpol).

Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit ist eine klare gesetzliche Aufgabenzuweisung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Kompetenzen erforderlich.

Bestehen sachgerechte Gründe für eine punktuelle Erweiterung, stellen wir uns nicht grundsätzlich dagegen. Unseres Erachtens fehlt jedoch eine nachvollziehbare Begründung für die Funktionsänderung der EZV und für die neuen Aufgaben und Kompetenzen des BAZG, weshalb wir die Vorlage in diesen Punkten ablehnen.

Problematisch ist auch, dass die EZV beziehungsweise das BAZG neu auch gegen den Willen des betroffenen Kantons polizeiliche oder zumindest polizeiähnliche Aufgaben soll übernehmen können. Den Kantonen muss es weiterhin freistehen, der EZV beziehungsweise dem BAZG auf freiwilliger Basis in einem klar definierten Raum einzelne, konkret genannte polizeiliche Aufgaben und Befugnisse zu übertragen. Der Kanton Solothurn hat mit dem eidgenössischen Finanzdepartement zum Nutzen beider Parteien eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen. Die Vornahme solcher Aufgaben gegen den Willen der Kantone ist jedoch abzulehnen (siehe dazu auch Anmerkung zu Art. 2 E-BAZG-VG).

### C. Zu einzelnen Bestimmungen des E-BAZG-VG

#### Zu Artikel 1:

Zwei der drei Hauptziele in Artikel 1 E-BAZG-VG liegen wie oben erwähnt im Bereich der Sicherheitsaufgaben. Der Ausrichtung des BAZG auf Sicherheitsaufgaben stehen wir aus folgenden Gründen skeptisch bis ablehnend gegenüber: Skeptisch, weil wir nicht sicher sind, ob durch die Vermischung von Fiskalpolitik des Zollrechts mit dem verfassungsrechtlichen und sicherheitspolitischen Dispositiv der inneren Sicherheit das Zweite überblick- und steuerbar ist. Ablehnend, weil (aus Sicht des betroffenen Bürgers) mit dem anscheinenden Zweck des zollrechtlichen Vollzugs eine Behörde geschaffen würde, der ähnliche, teilweise übersteigende polizeiliche Befugnisse zukommen wie den Polizeikörpern und diese Befugnisse letztlich auch in Konkurrenz zu den Aufgaben der kantonalen Strafverfolgungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) stehen.



Zu den Artikeln 2 und 5:

Neben der Erhebung von Abgaben durch das BAZG (Art. 2 Abs. 1 Bst. a) wird als Gegenstand des BAZG-VG die Erfüllung von Vollzugsaufgaben im grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr (nichtabgaberechtliche Vollzugsaufgaben) genannt (Art. 2 Abs. 1 Bst. b). Der Erläuternde Bericht äussert sich nicht näher dazu. Nur dank Artikel 5 Absatz 2 ist es möglich, diese nichtabgaberechtlichen Vollzugsaufgaben zu bestimmen.

Zur Gewährleistung der Rechtssicherheit wäre eine Aufzählung der Aufgaben vorzuziehen. Durch die Vermischung von nicht abgaberechtlichen Vollzugsaufgaben im Personenverkehr erhalten sämtliche Regelungen des Entwurfs einen nicht klar abgegrenzten Gegenstand, welcher teilweise in die Polizeihochheit des Kantons eingreift. Da es sich dabei u.a. um Aufgaben nach BetmG, AIG und WG handelt, führt die Bestimmung zu einer Aushöhlung der kantonalen Polizeihochheit. Der bislang unbestrittene Grundsatz, dass für die Delegation sicherheits- und allenfalls gerichtspolizeilicher Aufgaben im Bereich des Nebenstrafrechts an die EZV eine vom kantonalen Gesetzgeber beschlossene Vereinbarung erforderlich ist, wird durch die vorgeschlagene Bestimmung untergraben. Dies lehnen wir entschieden ab.

Zu Artikel 6 (Grenzraum):

Buchstabe e. definiert den Grenzraum. Bislang haben der jeweilige Grenzkanton und die EZV diesen im gegenseitigen Einvernehmen definiert. Neu sollen die Grenzkantone lediglich noch angehört werden. Damit kann der Bund einseitig über den Grenzraum bestimmen und das BAZG kann seinen operativen Einsatzraum selber festlegen. Auch diese Bestimmung ist demnach geeignet, die Souveränität der Kantone zu beschneiden, respektive die sicherheitspolizeiliche Selbstbestimmung zu untergraben. Die guten Erfahrungen, die wir mit der geltenden Vereinbarung bislang gemacht haben, zeigen, dass für einen solchen Paradigmenwechsel kein Grund besteht.

Die Konzeption widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität und wird klar abgelehnt.

Zu den Artikel 64ff. (Datenbearbeitung, Risikoanalyse):

Die auf einer Risikoanalyse basierenden Einsätze sind aus Effizienzgründen sachgerecht. Zweifelhaft und fraglich ist allerdings die Notwendigkeit der Bearbeitung von besonders schützenswerten Personendaten i.S. von Artikel 64 Absatz 2 Bst. b E-BAZG-VG (religiöse, weltanschauliche oder politische Tätigkeiten) für die Risikoanalysen beziehungsweise Einsätze des BAZG. So liessen sich mit den im Artikel 64 Absatz 2 lit. b Ziff. 1, 2 und 5 E-BAZG-VG aufgeführten Zwecken auch eigentliche nachrichtendienstliche Datenbanken legitimieren. Fazit: Weder darf es zu einer Vermischung der Aufgaben des BAZG mit den Aufgaben der Polizeibehörden kommen, noch darf die Umstrukturierung der EZV eine Vermischung mit nachrichtendienstlichen Aufgaben zur Folge haben. Dafür ist nicht das BAZG zuständig.

Zu Artikel 72ff. (Profiling):

Ohne den Begriff zu definieren, soll das BAZG zur Aufgabenerfüllung zum Profiling befugt sein und dazu auch besonders schützenswerte Personendaten i.S. von Artikel 64 Absatz 2 Bst. b. E-BAZG-VG bearbeiten dürfen. Profiling als Zusammenführung und Analyse von Daten und ihrer zweckbezogenen Auswertung kann gewinnbringend eingesetzt werden. Zur Erfüllung von Aufgaben des BAZG (i.S. der Aufgaben der EZV nach geltendem Recht) ist ein Profiling unter Verwendung von besonders schützenswerten Personendaten im obigen Sinn jedoch unnötig und unverhältnismässig. Ein solches Instrument ist ausschliesslich den Behörden mit originärer Zuständigkeit für die innere Sicherheit zuzugestehen, nämlich dem Nachrichtendienst und der Poli-

zei. Aufgaben, zu deren Erfüllung auch die Bearbeitung solcher Personendaten erforderlich ist, obliegen der Polizei und dem Nachrichtendienst und bedürfen rechtsstaatlicher und datenschutzrechtlicher Grenzen und Schranken. Mit gutem Grund unterstehen diese Organe zusätzlichen Aufsichts- und Kontrollorganen.

Zu den Artikeln 77 und 78 (Kontrolle von Waren, Personen und Transportmitteln):

Neben einer Aufgabenerweiterung (siehe oben) führen die beiden Bestimmungen auch zu einer räumlichen Erweiterung der Zuständigkeit des BAZG: Im übrigen Zollgebiet (gemäss Artikel 6 E-BAZG-VG das gesamte Staatsgebiet) soll das BAZG bei Personen Kontrollen durchführen können, die im Verdacht stehen, sich im Zollgebiet kriminell betätigt zu haben (Art. 78 Bst. b Ziffer 3 E-BAZG-VG). Diese Kontrollen sind so weit formuliert, dass gestützt auf Artikel 77 Absatz 2 lit. a i.V. mit Artikel 78 lit. b E-BAZG-VG in der ganzen Schweiz Personen unabhängig vom Warenverkehr kontrolliert werden könnten, die im Verdacht stehen, sich kriminell betätigt zu haben. In dieser Konstellation besteht keinerlei Bezug zu einem Grenzübertritt, weshalb nach geltender Rechtslage nicht das GWK, sondern die örtlich zuständige Polizei zur Personenkontrolle befugt ist.

Dies ist nicht mit der kantonalen Polizeihochheit vereinbar. Wir lehnen eine schleichende Erweiterung der Aufgaben des BAZG auf Kosten der kantonalen Polizeihochheit entschieden ab. Die beiden Bestimmungen sind dergestalt zu ändern, dass ihre Kombination nicht zu einer konkurrierenden Zuständigkeit mit der originär zuständigen Polizei führt.

Im Übrigen müssen auch die potentiell betroffenen Personen Gewissheit haben, gegenüber welcher Behörde sie welche Pflichten haben.

Zu den Artikeln 85ff. (Befugnisse des BAZG):

Zur Aufgabenerfüllung soll das BAZG umfassende Überwachungs- und Zwangsanwendungsbefugnisse erhalten. Auf die fehlende Konkretisierung der Aufgaben wurde bereits mehrfach hingewiesen. Dasselbe stellen wir bezüglich der Befugnisse fest. Es wird keine angemessene Abstufung der jeweiligen Massnahme, abhängig von der konkreten Aufgabe und Situation, vorgenommen. Es ist genauer zu prüfen, ob dem Bestimmtheitsgebot Genüge getan wird.

Die Aufgaben des BAZG sind gesetzlich auf die Kontrolle des Personen- und Warenverkehrs, die Verhinderung grenzüberschreitender Kriminalität im Zusammenhang mit Zolldelikten und der illegalen Migration zu beschränken. Den Grenzkantonen ist es unbenommen, weitere, genau definierte Aufgaben an das BAZG zu delegieren. Die Befugnisse des BAZG haben sich auf Massnahmen zu beschränken, welche zur Erfüllung dieser Aufgaben erforderlich sind.

Der vorgeschlagenen Befugnis des BAZG zum Einsatz von Störsendern zur Unterbrechung der Kommunikation von Drohnen und zur Neutralisation von Ortungs- und Überwachungssystemen (z.B. im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten) lehnen wir ab.

Die Verfolgung dieser und aller weiteren, nichtabgaberechtlichen Delikte hat ausschliesslich nach den Regeln der Schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) zu erfolgen, jegliche Zwangsmassnahmen haben sich nach dieser zu richten. Das BAZG ist keine Strafverfolgungsbehörde nach Artikel 12 StPO, weshalb jegliche diesbezüglichen Befugnisse abzulehnen sind. Neben diesen rechtlichen Bedenken sprechen auch praktische Gründe gegen die Etablierung einer weiteren Strafverfolgungsbehörde in demselben Raum. Erstens müsste erheblicher Aufwand zur Schnittstellenklärung und für Absprachen betrieben werden. Zweitens ist nicht auszuschliessen, dass es im Einzelfall sogar zu gegenseitigen Behinderungen und/oder Störungen kommt, was sich letztlich negativ auf die Kriminalitätsbekämpfung auswirken würde.

Exemplarisch zeigt sich dies beim Artikel 90 E-BAZG-VG (Befugnis der Erstellung von DNA-Profilen): Erstens wird die DNA-Profilerstellung unter der Überschrift "Feststellen und Festhalten der Identität einer Person" aufgeführt, obwohl sie gemäss Artikel 90 Absatz 2 lit. b E-BAZG-VG nur im Zusammenhang mit einem begangenen oder zukünftigen Delikt erfolgen darf. Diese

Vermischung wäre zu beheben. Zweitens ist die DNA-Profilerstellung zur Aufklärung und Verhinderung von Delikten eine strafprozessuale Zwangsmassnahme und zum Zwecke der Strafverfolgung für alle zuständigen Behörden bereits abschliessend in der StPO und im DNA-Profilgesetz geregelt. Es besteht keine gesetzgeberische Notwendigkeit für eine parallele Regelung. Drittens könnte mit der Zusprennung dieser Befugnis an das BAZG letztlich die Eröffnung eines Strafverfahrens initiiert werden, ohne dass die initiiierende Behörde anschliessend selber für dessen Durchführung zuständig wäre, was den gängigen Grundsätzen der Verantwortlichkeiten widerspricht.

Zu Artikel 97 (Automatisierte Fahrzeugfahndung):

Inhaltlich entspricht die Bestimmung der geltenden Regelung von Artikel 108 ZG. Es handelt sich um die Rechtsgrundlage für den Einsatz von Kameras für die automatisierte Fahrzeugfahndung und Verkehrsüberwachung (AFV-Kameras) zur Überwachung des Grenzraums. Die Datenbearbeitung richtet sich nach dem Artikel 64 ff. E-BAZG-VG. Die Berechtigung, solch ressourcenschonende und effektive Einsatzmittel zur Aufgabenerfüllung einzusetzen, steht für uns ausser Frage. Auch an dieser Stelle muss dies jedoch klar auf den originären Aufgabenbereich der Zollverwaltung beschränkt bleiben.

Zu Artikel 98ff. (Aufklärungsbefugnisse im virtuellen Raum):

Das BAZG soll ermächtigt werden, unter Verwendung einer "fiktiven Identität" Aufklärungen in virtuellen Räumen sowie Scheinkäufe vorzunehmen. Aufgrund des nicht definierten Aufgabenbereichs des BAZG ergeben sich wiederum parallele Zuständigkeiten, was wir grundsätzlich als problematisch beurteilen.

Weitere Schwierigkeiten kommen hinzu: Geht es um Massnahmen zur Aufklärung von Straftaten, gilt die StPO abschliessend. Für abweichende Bestimmungen besteht kein Raum. Vom Erlass von Parallelregelungen ist unbedingt abzugehen. Denn Beweise, die nicht der StPO entsprechend erhoben wurden, sind im Strafverfahren – wie auch allfällige Folgebeweise – nicht verwertbar. Die StPO kennt den hier verwendeten Begriff der fiktiven Identität nicht. Handelt es sich dabei um eine Legende, welche von verdeckten Ermittlern benutzt wird? Dann würde es sich bei den Abklärungen im virtuellen Raum faktisch um eine verdeckte Ermittlung nach StPO handeln, welche zwingend eine Genehmigung durch das Zwangsmassnahmengericht voraussetzt. Eine solche Genehmigung sieht der Entwurf indessen nicht vor. Ebenso enthält der Entwurf keine Bestimmungen über Aufgaben und Pflichten der Mitarbeitenden und ihrer Führungspersonen, die für Scheingeschäfte eingesetzt werden. Die relevanten Bestimmungen der StPO sind jedoch zwingend einzuhalten, ansonsten droht die Unverwertbarkeit der erhobenen Beweise.

Sollen die Massnahmen hingegen der Verhinderung nichtabgaberechtlicher Delikte dienen, gilt das jeweilige kantonale Polizeirecht.

Im Sinne der erfolgreichen Straftatenverhinderung und -verfolgung machen wir den Verzicht auf Massnahmen im BAZG-VG beliebt, welche in der StPO sowie in den Polizeigesetzen geregelt sind.

Sollte daran festgehalten werden, das BAZG zu diesen Massnahmen zu ermächtigen, müsste die Vorlage zumindest präzise angeben, in welchen Fällen überhaupt Raum für die Anwendung nach BAZG-VG bleibt.

Zu Artikel 103ff. (Aufgaben des BAZG):

Erst in diesen Artikeln, nach den einzelnen Ermächtigungsnormen, werden die Aufgaben des BAZG genannt. Zu begrüssen wäre erstens die inhaltliche Umstellung, beginnend mit den Aufgaben und darauffolgend die Regelung der einzelnen Befugnisse. Zweitens sind die Aufgaben präziser zu bestimmen, ansonsten kommt es zur bereits erwähnten Erweiterung der Auf-

gaben des BAZG in einem beinahe uneingeschränkten Umfang. Artikel 104 E-BAZG-VG beispielsweise ist viel zu offen und unbestimmt. Danach erfüllt das BAZG im Rahmen seiner Aufgaben im Grenzraum auch Sicherheitsaufgaben, "um zur inneren Sicherheit des Landes und zum Schutz der Bevölkerung beizutragen". Dies ist nichts anderes als eine Wiederholung des Gesetzeszwecks (vgl. Art. 1 Bst. b. E-BAZG-VG).

In dieser Form ist die Bestimmung abzulehnen. An der verfassungsrechtlich garantierten kantonalen Polizeihochheit sind keine Abstriche vorzunehmen. Diesbezüglich unklare Bestimmungen sind entsprechend zu überarbeiten.

Im Rahmen dieser Arbeiten müssten zwingend zusätzliche, im Entwurf fehlende Bestimmungen aufgenommen werden. Insbesondere hat der Gesetzgeber das rechtliche Vorgehen des BAZG zu bestimmen, wenn dieses im Rahmen einer Kontrolle Feststellungen macht, die polizei- und / oder strafrechtlich von Bedeutung sind beziehungsweise sein könnten. Die Rechtmässigkeit bereits der ersten Verfahrenshandlungen ist entscheidend für die Verwertbarkeit erhobener Beweise in einem späteren Strafverfahren. Grundsätzlich sind die Kompetenzen jedoch auf das Aufgabengebiet des Zolls zu beschränken, so dass sich solche Kompetenzfragen und Verfahrensbrüche gar nicht erst stellen beziehungsweise nicht ergeben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen in der weiteren Behandlung des Geschäfts.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Brigit Wyss  
Frau Landammann

sig.  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Herr Ueli Maurer  
Bundesrat  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Frauenfeld, 8. Dezember 2020

**Entwurf für ein Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz**

**Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zum Entwurf für eine Totalrevision des Zollgesetzes (ZG; SR 631.0) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) und teilen Ihnen mit, dass wir mit den beiden Vorlagen grundsätzlich einverstanden sind. Bezüglich der zur Diskussion gestellten Varianten von Art. 133 BAZG-VG und Art. 16 ZoG teilen wir Ihnen mit, dass wir die Variante 1 bevorzugen. Bei dieser Variante wird das Opportunitätsprinzip als Ausfluss des Verhältnismässigkeitsprinzip gesetzlich verankert, was als sinnvoll erscheint.

Nicht einverstanden sind wir mit dem Vorschlag in Art. 6 lit. e BAZG-VG, wonach das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Grenzkantone den Grenzraum bestimmt. Diesbezüglich muss die Kantonshoheit gewahrt werden. Aus diesem Grunde sollte das EFD den Geländestreifen entlang der Zollgrenze nur im Einvernehmen mit den Grenzkantonen festlegen können.

Die in Art. 69 Abs. 3 BAZG-VG vorgeschlagene Regelung der Zugriffsrechte auf die Daten des Informationssystems für Dritte durch den Bundesrat erachten wir als angemessen. Für die Weiterführung einer aussagekräftigen, unterjährigen, zeitnahen und regionalisierten Aussenhandelsstatistik zur konjunkturellen Beobachtung auf kantonaler Ebene müssen die dazu notwendigen, nicht aggregierten Daten an die regionalen Sta-

2/2

tistikstellen bekannt gegeben werden können. Wir erwarten deshalb, dass dies in der entsprechenden Verordnung berücksichtigt wird und die Kantone wiederum zu einer Anhörung eingeladen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates

  
Der Staatsschreiber





|  |    |   |                                |
|--|----|---|--------------------------------|
| numero   |    |   | Bellinzona                     |
| 7009   | fr | 0 | 23 dicembre 2020               |
| Repubblica e Cantone Ticino<br>Consiglio di Stato<br>Piazza Governo 6<br>Casella postale 2170<br>6501 Bellinzona<br>telefono +41 91 814 43 20<br>fax +41 91 814 44 35<br>e-mail can-sc@ti.ch |    |   | Repubblica e Cantone<br>Ticino |

## Il Consiglio di Stato

Signor  
Ueli Maurer  
Consigliere federale  
Direttore del Dipartimento federale  
delle finanze  
Bundesgasse 3  
3003 Berna

trasmessa per email: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Progetto di una nuova legge federale sulla parte generale della riscossione dei tributi e sul controllo del traffico transfrontaliero di merci e persone da parte dell'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (legge sui compiti d'esecuzione dell'UDSC, LE-UDSC) nonché revisione totale della legge sulle dogane (LD) verso la nuova legge sull'obbligo doganale e sulla determinazione dei tributi doganali (legge sui tributi doganali, LTDo)**

Signor Consigliere federale,

facciamo riferimento alla consultazione indicata a margine e, ringraziandola per averci interpellato, le trasmettiamo le seguenti osservazioni.

La nuova LE-UDSC istituisce l'Ufficio federale della dogana e della sicurezza dei confini (UDSC) e ha da un lato lo scopo di armonizzare la riscossione dei tributi, creando procedure semplificate, dall'altro vuole creare le basi per la lotta contro la criminalità transfrontaliera e la migrazione illegale, contribuire alla salvaguardia della sicurezza interna e alla protezione della popolazione.

La legge si prefigge di disciplinare il controllo del traffico di merci e persone attraverso il confine, nel territorio doganale e nelle enclavi doganali svizzere in merito alla riscossione di tributi e l'adempimento di altri compiti di esecuzione.

Per quanto riguarda i tributi e le procedure non abbiamo particolari osservazioni.

Condividiamo la presa di posizione della Conferenza dei comandanti di polizia cantonale e in questa sede ci preme però sollevare delle ulteriori criticità dal punto di vista della polizia per quanto concerne le competenze dell'UDSC e i suoi compiti d'esecuzione.

In generale si osserva che il mantenimento della sicurezza e dell'ordine pubblico come pure il perseguimento penale, con tutto ciò che questo implica, sono e devono rimanere compiti

della polizia. In particolare il controllo di persone sospette di aver commesso un reato è di competenza della polizia, non dell'UDSC e vigono le disposizioni del Codice di procedura penale. Laddove l'UDSC svolge compiti di sicurezza, soprattutto nell'ambito della criminalità transfrontaliera e della migrazione illegale, va dunque a toccare degli ambiti di competenza originaria delle polizie cantonali. Dalla LE-UDSC non risulta chiara la delimitazione di compiti e competenze, cosa che nell'applicazione pratica porterà alla sovrapposizione di compiti e conflitti di competenza tra le autorità coinvolte. Risulta perciò fondamentale delineare chiaramente quelli che sono i compiti e le competenze dell'UDSC nel contesto della polizia di frontiera, i quali dovrebbero essere connessi a reati di natura doganale. Si propone pertanto che nella LE-UDSC vengano esplicitati in maniera esaustiva i reati legati alla frontiera/ai valichi, per i quali viene stabilita la competenza dell'UDSC.

Allo scopo di una maggiore efficienza e onde evitare di dover coinvolgere la Polizia cantonale per qualsiasi infrazione, si saluta di principio la possibilità di delegare all'UDSC la competenza di evadere direttamente infrazioni minori/bagatellari che si risolvono con una multa disciplinare. Siamo però dell'avviso che queste competenze vadano esplicitamente definite. Si auspica dunque che la legge venga formulata in maniera chiara e univoca, in maniera da delimitare chiaramente i compiti di competenza dell'UDSC da quelli delle polizie cantonali, il tutto con un'applicazione uniforme sull'intero territorio nazionale. Da questo punto di vista si suggerisce di creare un elenco di competenze minori di polizia che possono essere delegate dai Cantoni all'UDSC tramite un accordo.

Per quanto riguarda l'elaborazione dei dati (art. 69 seg. LE-UDSC), si osserva che l'accesso della polizia è formulato in maniera troppo restrittiva, poiché questo deve essere garantito non solo nell'ambito della lotta contro la criminalità, ma anche per l'adempimento dei compiti definiti dalla legge cantonale sulla polizia, quali la protezione dell'incolumità delle persone e l'integrità dei beni pubblici e la prevenzione di reati.

Infine si valuta in maniera critica la competenza unilaterale del Dipartimento federale delle finanze (DFF) di definire l'area di confine. Infatti nell'art. 6 lett. e LE-UDSC l'area di confine viene definita come striscia di terreno lungo il confine doganale, la cui larghezza è stabilita dal DFF previa consultazione dei Cantoni di confine. Per il Canton Ticino con la sua morfologia del territorio, sia per la forma che per la grande estensione delle sue frontiere con l'Italia, questa definizione può equivalere a un'estensione di competenza dell'UDSC su tutto o quasi tutto il territorio cantonale. Si ritiene dunque opportuno modificare la legge nel senso che l'area di confine venga definita dal DFF in accordo con il Cantone toccato, non soltanto previa consultazione.

Voglia gradire, signor Consigliere federale, l'espressione della nostra alta stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:

Norman Gobbi

Il Cancelliere:

Arnoldo Coduri



Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle finanze e dell'economia (dfe-dir@ti.ch);
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch);
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg@ti.ch);
- Divisione delle contribuzioni (dfe-dc@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher Eidgenössisches Finanzdepartement

Via E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Altdorf, 18. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung  
und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs  
durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie Totalrevision des Zollgesetzes  
zum neuen Zollabgabengesetz; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 11. September 2020 unterbreitet Ihr Departement den Kantonen die im Titel genannten Vorlagen zur Vernehmlassung. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Wir begrüssen ausdrücklich die mit den Vorlagen angestrebten Vereinfachungen in Bezug auf die Abgabenerhebung, den Verfahren und den damit verbundenen Digitalisierungsprozessen. Ein Abbau von administrativen und bürokratischen Hindernissen ist für die Wirtschaft und insbesondere für die KMUs von grosser Bedeutung.

Zu den einzelnen Artikeln möchten wir folgende Bemerkungen festhalten:

**Zu Artikel 1**

Der Zweckartikel und die erneuerte Aufzählung der Sicherheitsaufgaben im vorgelegten Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) sind unmissverständlich und im erläuternden Bericht wird vom zentralen und umfassenden Sicherheitsorgan an der Schweizer Grenze gesprochen. Mit der zur Diskussion stehenden Vorlage würde ein nationales Sicherheitsorgan geschaffen, das sehr stark die originären Zuständigkeiten der Polizei tangieren würde. Hierzu besteht aber keine verfassungsrechtliche Grundlage, weshalb die Zuständigkeiten, Aufgaben und Befugnisse des BAZG zu überarbeiten und präzise zu umschreiben sind.

Zu Artikel 64 ff.

Die Kompetenz zur Bearbeitung von besonders schützenswerten Daten gehen weit über die bisherige Bestimmung mit Artikel 110a Absatz 2 und 3 Zollgesetz hinaus. Auch dieses weitgefasste Aufgabenportfolio bei der Datenbearbeitung und einem Zugriff auf eine Datenbank des NDB erachten wir als nicht verfassungskonform.

Zu Artikel 72 ff.

Ohne den Begriff zu definieren oder einzugrenzen, soll dem BAZG nach Artikel 72 Absatz 2 BAZG-VG Profiling ermöglicht werden, wiederum unter Verwendung von besonders schützenswerten Personendaten, einschliesslich Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten. Datenbasiertes, systematisches und verdachtsunabhängiges Profiling in der Hand von Vollzugsbehörden ist ein potentes Instrument, weshalb es ausschliesslich den Behörden mit originärer Zuständigkeit für die innere Sicherheit, nämlich den Nachrichtendiensten und der Polizei zur Verfügung stehen sollte. Nur sie geniessen dafür die demokratische Legitimation auf Stufe Bund und Kantone und unterstehen entsprechenden Aufsichts- und Kontrollorganen.

Zu Artikel 85 ff.

Aus unserer Sicht sind die Aufgaben des BAZG konkret und abschliessend festzuhalten. Insbesondere sind die Aufgaben auf die Kontrolle des Grenz- und Warenverkehrs bzw. die Verhinderung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Zusammenhang mit Zolldelikten zu beschränken. Vor diesem Hintergrund sehen wir die für das BAZG vorgesehenen Aufgaben bei Artikel 85 Buchstabe c und f, bei Artikel 87, Artikel 88 Absatz 2, Artikel 90 sowie Artikel 98 und 99 BAZG-VG sehr kritisch. Hinsichtlich der beiden letztgenannten Artikel gilt: Wer im virtuellen Raum operiert, muss originäre und umfassende polizeiliche und strafprozessuale Befugnisse haben. Der Einsatz von verdeckten Fahndern und verdeckten Ermittlern ist strafprozessual streng reguliert und unter jahrelanger Rechtsprechung definiert. Wenn eine weitere Behörde gestützt auf wenige und unklare Bestimmungen in diesem Bereich aktiv wird, besteht das Risiko von Urteilsprüchen, die sich negativ auf die polizeilichen Tätigkeiten auswirken.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme sowie für eine angemessene Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse



Urban Camenzind, Landammann

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal  
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral  
Ueli Maurer  
Chef du Département fédéral des finances  
Bundesgasse 3  
3003 Berne

Par courrier électronique à :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)  
(une version Word et une version PDF)

Lausanne, le 9 décembre 2020

**Consultation fédérale – Projet de loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD)**

---

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date du 11 septembre 2020, vous avez fait parvenir à la Chancellerie d'Etat le projet de modification de l'ordonnance citée en titre pour consultation, ce dont nous vous remercions.

Le Gouvernement vaudois se détermine globalement favorablement sur le projet proposé. Les détails et les commentaires article par article se trouvent dans le questionnaire annexé à la présente. Il souhaite toutefois attirer particulièrement l'attention du DFF sur les points suivants.

En préambule, l'OFDF, qui va notamment succéder à l'AFD, à laquelle est rattachée le Corps des gardes-frontière (Cgfr), est un maillon essentiel de la chaîne sécuritaire suisse et non uniquement une administration à vocation économique ou fiscale. C'est un partenaire prioritaire pour la police cantonale. Toute amélioration de sa position et de ses compétences ira dans le sens d'une sécurité renforcée. Néanmoins, le Conseil d'Etat aimerait avoir l'assurance que les accords (et annexes à ceux-ci) actuellement signés entre le Cgfr et les cantons sont maintenus à l'identique.

1. Projet de LE-OFDF

Cette loi présente, sur le plan des redevances, une meilleure uniformisation des procédures entre les différents types de taxe, ce qui doit être salué, tant pour la perception que pour le contentieux administratif, mais maintient un régime draconien de responsabilité solidaire qui pourrait être assoupli.

Par ailleurs, nous relevons que la voie électronique sera dorénavant la règle dans la procédure écrite. Il y aurait lieu de prévoir que l'assujetti puisse s'opposer aux procédures électroniques, comme il peut le faire dans le cadre de l'art 34 PA.

Concernant la protection des données, nous relevons globalement que le P-LE-OFDF comporte un cadre complet en la matière. Le canton de Vaud souligne la volonté de limiter l'accès aux données personnelles au strict nécessaire, conformément au principe général de proportionnalité (art. 4 al. 2 LPD et 7 LPrD). Toutefois, certaines dispositions, à l'instar des articles 68 al. 2 ou 69 al. 3 du projet, pourraient être précisées davantage dans la loi, ou renvoyer expressément aux tâches et conditions d'aptitude prévues par une autre base légale.

Enfin, l'analyse de risque ne nous paraît pas être suffisamment décrite dans la loi, alors que ce processus est mentionné à de nombreuses reprises.

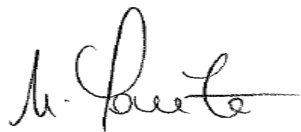
## 2. Projet de LDD

Le projet de LDD n'amène que peu de commentaires dans la mesure où elle reprend en grande partie les normes déjà en vigueur.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à nos remarques, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies :

- OAE
- SG-DEIS



## Procédure de consultation:

- **Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et**
- **révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

---

## Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : Canton de Vaud

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : VD

Adresse : Place du Château 4, 1014 Lausanne

Personne de référence : Joanne Kobel Dubail

Téléphone : 021 316 60 05

Courriel : joanne.kobel@vd.ch

Date : 09.12.2020

---

Veillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (**document Word et PDF**) d'ici au **31 décembre 2020** à l'adresse suivante :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|  |    |
|--|----|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....                              | 3  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                  | 5  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016..... | 9  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Autres propositions .....  | 10 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....  | 11 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                            | 12 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Autres propositions .....  | 14 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....  | 15 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                                      | 16 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Autres propositions .....  | 19 |
| Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes .....   | 20 |

### Indications importantes pour remplir les tableaux:

1. Nous vous prions,
  - a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant;
  - b) d'utiliser une ligne par article, alinéa et lettre ou par article du chapitre du rapport explicatif;
  - c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne remplir que les champs gris du formulaire;
2. La colonne «Nom» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| <b>Nom<sup>1</sup></b> | <b>Commentaire / remarque</b>   |
|------------------------|---|
| VD                     | L'OFDF, qui va notamment succéder à l'AFD (à laquelle est rattachée le Corps des gardes-frontière (Cgfr)), est un maillon essentiel de la chaîne sécuritaire suisse (et non seulement une administration à vocation économique ou fiscale). C'est un partenaire prioritaire pour la police cantonale. Toute amélioration de sa position et de ses compétences ira dans le sens d'une sécurité renforcée. Néanmoins, le Conseil d'Etat aimerait avoir l'assurance que les accords (et annexes à ceux-ci) actuellement signés entre le Cgfr et les cantons sont maintenus à l'identique.  |
| VD                     | Cette loi présente, sur le plan des redevances, une meilleure uniformisation des procédures entre les différents types de taxe, ce qui doit être salué, tant pour la perception que pour le contentieux administratif mais maintient un régime draconien de responsabilité solidaire qui pourrait être assoupli.  |
| VD                     | La voie électronique sera dorénavant la règle dans la procédure écrite et il y aurait lieu de prévoir que l'assujetti puisse s'opposer aux procédures électroniques, comme il peut le faire dans le cadre de l'art 34 PA.   |
| VD                     | Concernant la protection des données, nous relevons globalement que le P-LE-OFDF comporte un cadre complet en la matière. Le canton de Vaud relève avec intérêt la volonté de limiter l'accès aux données personnelles au strict nécessaire, conformément au principe général de proportionnalité (art. 4 al. 2 LPD et 7 LPrD). Toutefois, certaines dispositions, à l'instar des art. 68 al. 2 ou 69 al. 3 du projet LE-OFDF, pourraient être précisées davantage dans la loi, ou renvoyer expressément aux tâches et conditions d'aptitude prévues par une autre base légale. De plus, l'analyse de risque ne nous paraît pas être suffisamment décrite dans la loi, alors que ce processus est mentionné à de nombreuses reprises. |
| VD                     |   |
| VD                     |   |
| VD                     |   |
| VD                     |   |

<sup>1</sup> La colonne «Nom» sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |
|----|--|
| VD |  |
| VD |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</u> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</b> |             |            |             |   |   |
|--|-------------|------------|-------------|---|---|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b>   | <b>Proposition de modification (texte)</b>  |
| VD   | 6           | 1          | e           | Cet article définit les notions de "territoire douanier, frontière douanière et espace frontalier." Plus particulièrement, la lettre e définit l'espace frontalier, comme "la bande de terrain qui longe la frontière douanière et dont la largeur est fixée par le DFF après consultation des cantons frontaliers". Ainsi, la nouvelle définition de l'espace frontalier sera fixée par le DFF après consultation des cantons et non plus en accord avec eux. Alors, qu'actuellement, selon l'art.5 al.3 LD, le DFF fixe la largeur de cette bande en accord avec le canton frontalier concerné. | espace frontalier: la bande de terrain qui longe la frontière douanière et dont la largeur est fixée par le Département fédéral des finances, en accord avec les cantons frontaliers. |
| VD   | 21 à 25     |            |             | Si le projet définit de manière plus claire le rôle des intervenants dans le cadre des importations et leur attribue des responsabilités mieux définies, il maintient en revanche un régime draconien de responsabilité solidaire entre eux qui peuvent, selon les cas, totalement ignorer que les droits de douane n'ont pas été acquittés.  | Le projet devrait contenir des règles plus étendues de limitation de la responsabilité solidaire que les art. 21 à 25.  |
| VD   | 48          |            |             | Comme il est prévu que la procédure électronique sera habituelle, il y aura lieu que les garanties données soient mises en place et respectées et que la procédure sans authentification ne devienne pas la norme. A défaut, l'assujetti pourrait subir les défauts d'une procédure électronique qui n'aurait pas fonctionné, tant sur le plan de la perception des redevances, que sur le plan pénal. Il y aurait lieu que l'assujetti puisse s'opposer aux procédures électroniques, comme il peut le faire dans le cadre de l'art 34 PA.   | Prévoir la possibilité pour l'assujetti de s'opposer aux procédures électroniques.  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |          |   |   |  |  |
|----|----------|---|---|--|--|
| VD | 68       | 2 |   | Etant donné que le système d'information contient des données sensibles ou issues d'un profilage, l'art. 68 al. 2, pourraient être plus précis et indiquer les catégories particulières de collaborateurs auxquelles il est fait référence   | Préciser les catégories particulières de collaborateur à l'article 68                                    |
| VD | 69       | 3 |   | Afin d'être plus précis, cet article pourrait renvoyer directement aux dispositions des législations pertinentes prévoyant les tâches des autorités non mentionnées aux al. 1 et 2 justifiant ce droit d'accès   |  |
| VD | 72       |   |   | L'analyse des risques ne nous paraît pas être suffisamment décrite dans la loi. Ce processus est mentionné à de nombreuses reprises dans la loi mais l'art. 72 du projet LE-OFDF n'en prévoit pas de définition.   | Indiquer à l'article 72 la définition de l'analyse des risques.  |
| VD | 74 et 75 |   |   | la notion d'examen « régulier » de la qualité des traitements des art. 74 et 75 du projet LE-OFDF pourrait être précisée dans l'ordonnance.  |  |
| VD | 133      | 1 | b | Nous soutenons la solution 1, soit l'introduction d'une base légale spécifique à l'art. 133, permettant, dans certaines circonstances, de renoncer à toute poursuite pénale.   |  |
| VD | 135      |   |   | L'art. 135 prévoit une notification par voie électronique de mandats répression. Si la voie électronique peut être admise pour la perception des redevances, il est difficilement acceptable qu'il en aille de même en matière pénale. Nous sommes d'avis que la notification écrite doit s'imposer. | L'article 135 doit être modifié dans le sens d'une notification par voie écrite et non pas électronique. |
| VD | 139      |   |   | Cet article prévoit des observations secrètes, ains que des enregistrements audios et vidéos, qui ne requièrent aucune autorisation judiciaire. S'agissant de mesures de contrainte, celles-ci nous paraissent devoir être ordonnées   | L'article 139 doit prévoir que ces mesures de contraintes soient ordonnées par une autorité judiciaire.  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |  |  |                             |  |
|----|--|--|--|-----------------------------|--|
|    |  |  |  | par une autorité judiciaire |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |
| VD |  |  |  |                             |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016**

|    | Réponse                             |   | Commentaire / remarque                         |
|----|-------------------------------------|---|--|
| VD | <input checked="" type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  | Voir commentaire ci-dessus pour l'article 133. |
| VD | <input type="checkbox"/>            | Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions</i></b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</u></b> |            |                               |
|--|------------|-------------------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Commentaire / remarque</b> |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |
| VD   |            |                               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</u></b> |            |             |            |             |                               |  |
|--|------------|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |
| VD   |            |             |            |             |                               |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions</i></b> |            |             |                               |                      |
|--|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |
| VD   |            |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |  |
|--|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Commentaire / remarque</b>  |
| VD   | Le projet de LDD n'amène que peu de commentaires dans la mesure où elle reprend en grande partie les normes déjà en vigueur. |
| VD   |  |
| VD   |  |
| VD   |  |
| VD   |  |
| VD   |  |
| VD   |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</b> |             |            |             |   |  |
|--|-------------|------------|-------------|---|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b>   | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
| VD   | 22          |            |             | L'art. 22 LDD introduit sous « Inobservation des prescriptions d'ordre » la commission d'une infraction par négligence volontaire. Nous sommes d'avis qu'il y a lieu d'en rester aux catégories classiques du droit pénal et ne sommes donc pas favorable à l'introduction de cette notion ; la commission de cette infraction doit être limitée aux cas de commissions intentionnelles uniquement. |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |
| VD   |             |            |             |   |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| VD |  |  |  |  |  |
| VD |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><i>Loi sur les droits de douane – Autres propositions</i></b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |
| VD   |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1. Désactiver la protection du document

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel is open on the right side. The 'Bearbeitung einschränken' button is highlighted with a red box. Below the panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is also highlighted with a red box.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## 2. Insérer de nouvelles lignes

- Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris
- Presser Control-C pour copier
- Presser Control-V pour insérer

|   |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |

## 3. Réactiver la protection du document

Adobe Acrobat toolbar and document content:

Toolbar: Datei, Start, Einfügen, Entwurf, Layout, Verweise, Sendungen, **Überprüfen**, Ansicht, Entwicklertools, EZV-AFD, ACROBAT, Format, Was möchten Sie tun?, Freigeben.

Buttons in 'Überprüfen' tab: Rechtschreibung, Thesaurus, Wörter zählen, Übersetzen, Sprache, Neuer Kommentar, Löschen Vorheriges Element, Nächstes Element anzeigen, Änderungen nachverfolgen, Markup: alle, Markup anzeigen, Überarbeitungsbereich, Annehmen, Ablehnen, Zurück, Weiter, Vergleichen, Autoren blockieren, **Bearbeitung einschr.**

Document Content:

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |

Right Panel: **Bearbeitung einschränken**

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
  - Einstellungen...
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
  - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  - Ja, Schutz jetzt anwenden**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)



2020.05444

**P.P.** CH-1951  
Sion

**A**-PRIORITY Poste CH SA

Département fédéral des finances  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Bundesgasse 3  
3003 Berne



Notre réf. \*60-lp  
Votre réf. /

Date **16 DEC. 2020**

**Projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) ainsi que la révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD) : ouverture de la procédure de consultation**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais fait suite à votre correspondance du 11 septembre 2020 et vous remercie de l'avoir associé à la consultation précitée.

Les réformes entreprises dans le cadre de cette révision législative permettent de simplifier le droit douanier ainsi que d'uniformiser les procédures de perception des redevances. Nous tenons particulièrement à saluer les efforts de digitalisation entrepris qui permettront en général de lutter plus efficacement contre les fraudes et la criminalité.

Pour le surplus, l'art. 69 al. 1 let. d LE-OFDF prévoit que les autorités cantonales de police aient accès aux données du système d'information de l'OFDF dans la mesure où cela est nécessaire à l'exercice de leurs tâches, en vue de la lutte contre la criminalité. Il convient ici de noter que la police ne devrait pas obtenir l'accès qu'aux seules données en matière de lutte contre la criminalité mais aussi à celles permettant de prévenir les menaces et empêcher la commission d'infractions. La mission première de la police est en effet de prévenir et de contrecarrer ces dernières. Jusqu'à présent, les autorités de police avaient la possibilité de consulter les données des différents systèmes d'information en ligne sans restriction juridique. Nous demandons à ce que cela demeure le cas à l'avenir.

Par ailleurs, la disposition relative aux achats fictifs (art. 99) est nouvelle. Elle permet aux collaborateurs de l'OFDF de prendre contact avec des tiers dans des espaces virtuels en utilisant une fausse identité dans le but de découvrir des infractions relevant de la compétence de l'OFDF et d'en identifier les auteurs (art. 98 LE-OFDF). La condition préalable est que les vérifications effectuées jusque-là soient restées sans succès ou que d'autres formes de vérifications n'aient aucune chance d'aboutir ou soient excessivement difficiles (art. 99 al. 1 LE-OFDF). L'art. 293 du code de procédure pénale (CPP) s'applique dans le cadre de cette intervention.



Le Conseil d'Etat soutient cette nouvelle compétence en matière de lutte contre la criminalité. Il faut cependant s'assurer que les preuves récoltées lors de ces investigations puissent bien être utilisées dans une procédure pénale. Cela implique que toutes les mesures prévues dans la LE-OFDF soient conformes au CPP. Comme on l'a vu, il est par exemple prévu que des collaborateurs de l'OFDF puissent utiliser une fausse identité. Le rapport explicatif du 11 septembre 2020 n'indique pas clairement ce que signifie "utilisation d'une fausse identité". La question se pose ainsi de savoir si l'utilisation de cette dernière attestée par un titre doit être comprise de manière analogue à ce qui est prévu à l'art. 285a CPP. Une telle investigation secrète devrait alors être autorisée par le Tribunal des mesures de contraintes, ce qui n'est pas prévu par la LE-OFDF. Il conviendrait ainsi de préciser dans le rapport explicatif du 11 septembre 2020 au sujet de l'art. 98 LE-OFDF que les "vérifications dans des espaces virtuels" correspondent aux investigations secrètes selon l'art. 298a CPP.

Finalement, l'art. 64 al. 4 LE-OFDF autorise l'OFDF à analyser un profil d'ADN selon l'art. 6a de la loi sur les profils d'ADN. Cette disposition prévoit que si, dans le cadre d'un contrôle de personnes à la frontière ou dans l'espace frontalier, des indices concrets laissent présumer qu'une personne a commis ou pourrait commettre un crime ou un délit, l'OFDF serait alors autorisé à ordonner le prélèvement d'un échantillon ainsi que l'établissement d'un profil d'ADN. Ce profil sera ensuite enregistré dans la banque de données sur les profils d'ADN CODIS (art. 11 al. 1 let. a<sup>bis</sup> Loi sur les profils ADN), où il sera conservé pendant cinq ans (art. 16 al. 3<sup>bis</sup> Loi sur les profils ADN). Le Conseil d'Etat soutient cette nouvelle réglementation qui contribue à la sécurité du droit, en offrant une base légale claire dans une loi matérielle.

Pour conclure, le canton du Valais en tant que canton frontalier saisit l'opportunité de réitérer sa demande visant à ne pas négliger l'aspect sécuritaire dans le cadre de cette révision législative.

Actuellement, la collaboration entre l'AFD et la Police cantonale valaisanne est très bonne. Il est important à l'avenir qu'elle le demeure et que la convention de collaboration actuellement en vigueur entre ces deux Corps demeure inchangée. Nous insistons une nouvelle fois pour que les différents postes et passages frontaliers de notre canton soient desservis par une présence marquée de l'actuel Corps des gardes-frontière. Il en va de la sécurité du Valais mais aussi de la Suisse afin que la criminalité transfrontalière soit combattue efficacement.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette consultation législative, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

|   |   |  |
|---|---|--|
| Le président  |  | Le chancelier  |
|  |   |  |
| Christophe Darbellay  |   | Philipp Spörri   |

Copie à [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Zug, 24. November 2020 sa

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 hat uns das Eidgenössische Finanzdepartement zur Stellungnahme eingeladen. Für die Gelegenheit dazu danken wir Ihnen bestens. Der Regierungsrat des Kantons Zug äussert sich zu den Vorlagen im beiliegenden Fragebogen. Zusammenfassend kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die gut strukturierten Gesetze, welche die Kompetenzen klar definieren und den Vollzug erleichtern, durch den Kanton Zug begrüsst werden.

Nebst der Umwandlung der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) in ein eigenes Bundesamt (Bundesamt für Zoll- und Grenzsicherheit; BAZG) sind markante Änderungen vorgesehen. Das aktuelle Zollgesetz (ZG) wird in zwei Erlasse aufgeteilt: in das BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) als Rahmengesetz und in das Zollabgabengesetz (ZoG) als reinen Abgabenerlass.

Der Kanton Zug stimmt der Neuausrichtung des BAZG zu, zumal die Prozesse – wo immer möglich – automatisiert und digitalisiert werden. Die Abgabenerhebung im Warenverkehr verliert an Bedeutung, hingegen wird der Fokus folgerichtig auf die Themengebiete Sicherheit, Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und illegaler Migration gerichtet. Vorteilhaft ist zudem, dass viele Regelungen neu auf Verordnungsebene angesiedelt werden, was eine raschere Anpassung von Vorschriften und damit verbunden eine erhöhte Flexibilität ermöglicht.

Für die gebührende Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Stephan Schleiss  
Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Beilage:

- Fragebogen ausgefüllt

Kopie per E-Mail an (mit Beilage):

- [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch) (Word- und PDF-Format)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei ([info.staatskanzlei@zg.ch](mailto:info.staatskanzlei@zg.ch), Geschäftskontrolle)
- Volkswirtschaftsdirektion ([info.vds@zg.ch](mailto:info.vds@zg.ch))
- Finanzdirektion ([info.fd@zg.ch](mailto:info.fd@zg.ch))



## Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Zug

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : ZG

Adresse : Seestrasse 2, 6301 Zug

Kontaktperson : Marco Braschler

Telefon : 041 / 728 35 99

E-Mail : marco.braschler@zg.ch

Datum : 24. November 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



**Vermählung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|   |    |
|---|----|
| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge.....   | 11 |
| Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                                  | 12 |
| Zollabgabengesetz – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| Zollabgabengesetz – Weitere Vorschläge.....   | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....  | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,
  - a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
  - b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
  - c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht |  |
|---|--|
| Name <sup>1</sup>   | Bemerkung/Anregung   |
| ZG  | Automatisierung und Digitalisierung sind in der heutigen Zeit unabdingbar, um die Menge an Daten schnell und effizient erfassen zu können. Der Kanton Zug begrüsst diese Entwicklung, die durch die vorliegende Gesetzesrevision die geeignete Grundlage legt, um die Verwaltung agil zu machen und auf dem neuesten Stand der Technik in die Zukunft zu führen. |
| ZG  | Generell sind die neuen Gesetze gut strukturiert, bringen Klarheit in die Kompetenzen und Abläufe und erleichtern den Vollzug der Abgabeverfahren für die involvierten Personen.   |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

[illegible]

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

[illegible]

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 |                                     |   |   |
|---|-------------------------------------|---|---|
|   | Antwort                             |   | Bemerkung/Anregung  |
| ZG  | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).   | Aufgrund vieler potenzieller Bagatellfälle ist es vollzugsökonomisch richtig, dass die Strafverfolgungsbehörde entlastet werden kann. |
| ZG  | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlasen). |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |
| ZG   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht |        |  |
|---|--------|--|
| Name  | Gesetz | Bemerkung/Anregung   |
| ZG  |        | Diese Anpassungen sind im Rahmen der vorliegenden Gesetzesrevision die notwendige Konsequenz und deshalb begrüssenswert. |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |
| ZG  |        |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|--|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag<br/>(Textvorschlag)</b> |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |
| ZG   |               |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

[illegible]

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge |        |      |                    |               |
|--|--------|------|--------------------|---------------|
| Name   | Gesetz | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |
| ZG   |        |      |                    |               |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</u></b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| ZG  | Der Kanton Zug begrüsst die Änderung des Zollgesetzes in ein reines Abgabengesetz. Diese Aufteilung vereinfacht den Vollzug. |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |
| ZG  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |      |      |      |                    |   |
|--|------|------|------|--------------------|---|
| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |
| ZG   |      |      |      |                    |   |

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

[illegible]

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vermehrlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| Zollabgabengesetz – Weitere Vorschläge |      |                    |               |
|--|------|--------------------|---------------|
| Name                                   | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |
| ZG                                     |      |                    |               |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

**Datei** Start Einfügen Entwurf Layout Verweise Sendungen Ansicht Entwicklertools LAY-AFD ACROBAT Was möchten Sie tun? Freigeben

---

ABC ✓ Rechtschreibung und Grammatik Thesaurus Wörter zählen ABC 123 Übersetzen Sprache A# Sprüche

---

Löschen Vorheriges Element Neuer Kommentar Kommentare Anmerkungen nachverfolgen Markup anzeigen Überarbeitungsbereich Nachverfolgung Zurück Weiter Akzeptieren Ablehnen Vergleichen Schützen

---

## Bearbeitung einschränken

Ihre Berechtigungen  
Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

Autoren blockieren Bearbeiten einschr. Schutz aufheben

---

| Name: | Bemerkung/Anregung: |
|-------|---------------------|
|       |                     |
|       |                     |
|       |                     |
|       |                     |
|       |                     |
|       |                     |
|       |                     |

---

## - BAZG-Vollzugaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zur erläuterten Bericht -

- Vernehmlassung §  
Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzzeichenhaft (BAZG-Vo gabengesetz BAZG-VG) sowie §  
Totalrevision des Zollsgebietes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoGG)

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

[illegible]

**Bearbeitung einschränken**

- Formatierungseinschränkungen
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- Bearbeitungseinschränkungen
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
  - Ausfüllen von Formularen
- Schutz anwenden
 

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen?  
(Sie können sie später deaktivieren.)

**Ja, Schutz jetzt anwenden**





Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

16. Dezember 2020 (RRB Nr. 1266/2020)

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 11. September 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Entwurf für ein neues Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie über das totalrevidierte Zollgesetz (ZG) zum Zollabgabengesetz (ZoG) zur Stellungnahme zugestellt. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die Schaffung eines Vollzugsaufgabengesetzes als Rahmengesetz und die Beschränkung des Zollgesetzes (ZG) auf das Zollabgabengesetz (ZoG) als reinen Abgabenerlass erachten wir als sinnvoll. Auch begrüssen wir das Bestreben nach Vereinfachung und Schaffung selbsterklärender und elektronisch abgewickelter Zollprozesse ausdrücklich. Für viele Unternehmen ist die administrative Abwicklung der Zollabfertigungsprozesse noch immer sehr aufwendig und wenig digitalisiert. Die Digitalisierung und Vereinfachung der bestehenden Zollprozesse dürften mit tieferen Kosten im grenzüberschreitenden Handel verbunden sein und einen positiven Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz haben.

Den sicherheitstechnischen Teil der Vorlage lehnen wir in der vorliegenden Ausgestaltung grundsätzlich ab. Es fehlt die verfassungsrechtliche Grundlage, um dem neu zu schaffenden Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) Kompetenzen einzuräumen, die in die kantonale Polizeihochheit eingreifen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht fallen polizeiliche Aufgaben in die Zuständigkeit der Kantone. Der Grundsatz der primären Verantwortung der Kantone für die Sicherheit auf ihrem Hoheitsgebiet hat sich bewährt. Er ist in Lehre und Rechtsprechung unbestritten. Den Bundesorganen kommen aus verfassungsrechtlicher Sicht nur eng begrenzt und fragmentarisch polizeiliche Befugnisse zu und im Zollwesen ausschliesslich aufgrund des Sachzusammenhangs. Die sicherheitstechnischen Aufgaben und Kompetenzen des BAZG sind im Entwurf zu wenig klar und in Abgrenzung zum



Tätigkeitsgebiet der für die sicherheits- und grenzpolizeilichen Aufgaben primär zuständigen kantonalen Polizeibehörden zu unscharf geregelt. Bei der Umsetzung in der Praxis würde dies zu Schwierigkeiten führen. Weiter halten wir es für fragwürdig, das BAZG mit weitreichenden Befugnissen in der Überwachung und Zwangsanwendung wie Einsatz von Fernmeldetechnik, Aufklärung im virtuellen Raum, Erstellung von DNA-Profilen und Tätigen von Scheinkäufen auszustatten. Derart weitgehende Kompetenzen sind grundsätzlich den kantonalen Polizeikorps bzw. den Strafverfolgungsbehörden vorzubehalten. Im Einzelnen verweisen wir auf unsere detaillierten Ausführungen im beiliegenden Antwortformular. Im erläuternden Bericht (S. 195) stellt der Bundesrat in Aussicht, im Rahmen der Ausarbeitung der Verordnungen eine vertiefte Regulierungsfolgenabschätzung durchzuführen und die konkreten Auswirkungen im Detail zu analysieren. Wir ersuchen Sie, im Rahmen der Ausarbeitung der Verordnungen auch die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone zu analysieren und auszuweisen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Kanton Zürich

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : ZH

Adresse : Neumühlequai 10, Postfach, 8090 Zürich

Kontaktperson : Ulrich Zoelly, Chef Flughafenpolizei

Telefon : 044 655 50 00

E-Mail : [zl@kapo.zh.ch](mailto:zl@kapo.zh.ch)

Datum : 16. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 17 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 19 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 20 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 23 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 24 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 25 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 27 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 28 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| ZH                      | Die Schaffung eines Vollzugsaufgabengesetzes als Rahmengesetz und die Reduktion des ZG bzw. ZoG auf einen reinen Abgabenerlass erscheint sinnvoll und wird begrüsst.  |
| ZH                      | Das Bestreben der Schweiz nach Vereinfachung und Schaffung selbsterklärender und elektronisch abgewickelter Zollprozesse begrüssen wir ausdrücklich. Gerade die ausserordentliche Lage der Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig die Harmonisierung und Digitalisierung der Prozesse im grenzüberschreitenden Verkehr ist. Für viele Unternehmen ist die administrative Abwicklung der Zollabfertigungsprozesse noch immer sehr aufwendig und wenig digitalisiert. Gemäss World Economic Forum steht die Schweiz bei der Effizienz der Grenzabfertigungsprozesse auf Platz 16 und ist damit immer noch weit weg von der Spitze. Die Digitalisierung und Vereinfachung der bestehenden Zollprozesse dürften mit den tieferen Kosten im grenzüberschreitenden Handel einen positiven Effekt auf die Kostenstruktur der import- und exportorientierten Schweizer Unternehmen haben und somit auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Mit dem abgabenrechtlichen Teil der Vorlage sind wir einverstanden. |
| ZH                      | Für die Auswirkung auf Bund, Kantone und Gemeinden wird auf Seite 200 des erläuternden Berichts auf die Ausführungen in der Botschaft zur Finanzierung der Modernisierung und Digitalisierung der Eidgenössischen Zollverwaltung (Programm DaziT; BBl 2017, 1719, S. 1784-1789) verwiesen. Durch den Daten- und Informationsaustausch und den Abbau von Schnittstellen ist eine administrative Entlastung zu erwarten. Der Bundesrat hat in Aussicht gestellt (Bericht S. 195), im Rahmen der Ausarbeitung der Verordnungen zu dieser Vorlage eine vertiefte Regulierungsfolgenabschätzung durchzuführen und die konkreten Auswirkungen im Detail zu analysieren. In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Bund, im Rahmen der Ausarbeitung der Verordnung auch die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone auszuweisen.   |
| ZH                      | Zum sicherheitstechnischen Teil dieser Vorlage: Diesen Bereich der E-BAZG-VG lehnen wir in dieser Ausgestaltung grundsätzlich ab. Es fehlt die verfassungsrechtliche Grundlage, um dem BAZG Kompetenzen einzuräumen, die in die kantonale Polizeihochheit eingreifen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht fallen polizeiliche Aufgaben in die Zuständigkeit der Kantone (Art. 57 Abs. 1 BV). Der Grundsatz der primären Verantwortung der Kantone für die Sicherheit auf ihrem Hoheitsgebiet ist in Lehre und Rechtsprechung unbestritten. Diese Kompetenzzuordnung hat sich bewährt. Unter die originären polizeilichen und damit kantonalen Kompetenzen fallen gemäss geltendem Verfassungs- und kantonalem Polizeirecht folgende Aufgaben:  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |   |
|----|---|
|    | <p>- sicherheitspolizeiliche Aufgaben wie Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit sowie Prävention und Abwehr unmittelbar drohender Gefahren;</p> <p>- gerichtspolizeiliche Aufgaben wie Beweissicherung, Fahndung und Ermittlung;</p> <p>- grenzpolizeiliche Aufgaben, die gemäss Art. 9 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG, SR 142.20) im Grundsatz den Kantonen zugewiesen sind.</p> <p>Polizeiliche Befugnisse kommen Bundesorganen verfassungsrechtlich nur eng begrenzt bzw. fragmentarisch und insbesondere im Zollwesen ausschliesslich aufgrund des Sachzusammenhangs zu. Auch wenn gemäss Art. 121 Abs. 1 BV die Gesetzgebungskompetenz im Ausländer- und Asylbereich dem Bund obliegt, weist Art. 9 AIG die Zuständigkeit für Grenzkontrollen explizit den Kantonen zu. Nach geltendem Recht kann der Bund diese nur im Einvernehmen mit den Kantonen übernehmen (Art. 9 Abs. 1 AIG).</p> |
| ZH | <p>Die Systematik des E-BAZG-VG ist unverständlich und sollte überarbeitet werden: Der Zweckartikel des E-BAZG-VG verweist unter Nennung von Grundlagen wie Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration, Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit auf den Aufgabenbereich des BAZG. Die Aufgaben des BAZG werden jedoch merkwürdigerweise erst weit hinten im Gesetz unter dem 10. Titel behandelt. Dadurch sind die Ausführungen in den vorderen Teilen des E-BAZG-VG vor allem mit Bezug auf die Aufgaben des BAZG selbst für juristisch geschulte Personen schwer verständlich. Die Aufgaben des BAZG sind insgesamt zu wenig konkret und nicht klar abgegrenzt umschrieben. Für ein bewaffnetes Vollzugsorgan ist es besonders wichtig, dass die Mitarbeitenden ohne Weiteres feststellen können, worauf sich ihre Tätigkeit stützt und insbesondere wozu sie berechtigt sind.</p>    |
| ZH |   |
| ZH |   |
| ZH |   |
| ZH |   |
| ZH |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| ZH   | 1    |      | b    | <p>Beim Vergleich des heutigen Art. 1 ZG mit Art. 1 E-BAZG-VG fällt auf, dass neu die Themen im Bereich Sicherheit gegebenüber den rein zollrechtlichen Themen deutlich an Raum gewonnen haben. Die neue Ausrichtung des BAZG auf Sicherheitsaufgaben lehnen wir aus folgenden Gründen ab:</p> <p>Erstens vermischt sich dadurch das rein fiskal-politische Interesse der Schweiz an der Durchsetzung des Zollrechts mit dem Dispositiv zur inneren Sicherheit der Schweiz. Dies führt zu einer vollzugsrechtlich schwer überblickbaren Gemengenlage, die auch unter einer gemeinsamen Führung kaum zu steuern ist.</p> <p>Zweitens wird dadurch unter dem Anschein des zollrechtlichen Vollzugs eine Behörde geschaffen, die umfassende und teilweise diejenigen der kantonalen Polizeikorps übersteigende polizeiliche Befugnissen hat.</p> <p>Drittens stehen die polizeilichen Befugnisse des BAZG im Ergebnis in direkter Konkurrenz zu den Aufgaben der kantonalen Strafverfolgungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaften).</p> <p>Als Grundlage der polizeilichen Befugnisse des BAZG wird wiederholt die abgabenrechtliche Sachzuständigkeit des BAZG vorgegeben. Allerdings ist diese in der alltäglichen Kontrolltätigkeit des BAZG nicht von den originären Polizeikompetenzen der Kantone zu</p> |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |   |   |   |   |  |
|----|---|---|---|---|--|
|    |   |   |   | <p>unterscheiden. Kontrolliert das BAZG eine Person im Grenzraum unter abgabenrechtlichen Kriterien und stellt es einen strafrechtlich relevanten Sachverhalt fest, so spielt die abgabenrechtliche Sachzuständigkeit keine Rolle mehr. Die Kontrolle mag ursprünglich zollrechtlich motiviert sein, doch was schliesslich festgestellt wird, ist zunächst ungewiss und oftmals von strafrechtlicher und nicht abgabenrechtlicher Relevanz. Damit fällt die Tätigkeit in vielen Fällen in die originäre Zuständigkeit der kantonalen Polizeikorps und Staatsanwaltschaften. Die abgabenrechtliche Sachzuständigkeit des BAZG hat aber in diesen Fällen faktisch keine Bedeutung mehr. Das BAZG hat dann gleich viele oder noch mehr Befugnisse als die Polizei.</p> <p>Der «Aufgabenbereich» des BAZG steht undefiniert am Anfang des Entwurfs in Art. 1 E-BAZG-VG: Gemäss Bst. b soll darin – im noch unklaren Aufgabenbereich des BAZG – die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration stattfinden. Beides fällt gerade nicht in die originäre Zuständigkeit des Zolls, sondern der Polizei der Kantone bzw. des Bundes (fedpol). Der Aufgabenbereich des BAZG muss daher klarer definiert und abgegrenzt werden. Dies betrifft den Zweckartikel und die Umschreibung der Aufgaben des BAZG in Art. 103 ff. E-BAZG-VG. Das E-BAZG-VG sollte generell das Primat der kantonalen Polizeikorps respektieren.</p> |  |
| ZH | 2 | 1 | b | <p>Gemäss Bericht des Bundesrates vom 13. September 2019 zum Postulat der Finanzkommission des Nationalrates (17.3361) wirkt die EZV durch Kontrollen im Warenverkehr beim Vollzug von rund 400 nichtabgabenrechtlichen Erlassen mit. Weiter wird im Bericht ausgeführt, dass bei Kontrollen im</p>   |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |   |  |  |
|----|----|---|---|--|--|
|    |    |   |   | <p>Personenverkehr weitere Vollzugsaufgaben durch die EZV wahrgenommen werden und diese den nichtabgaberechtlichen Vollzugsaufgaben gleichzusetzen seien. Als Beispiele werden Erlasse wie AIG, BetmG, WG genannt, die in der Regel nicht zu den originären Aufgaben der EZV gehören, sondern polizeiliche Aufgaben sind, die von Kantonen mittels Verwaltungsvereinbarung auf die EVZ übertragen wurden.</p> <p>Mit der vorgesehenen Vermischung von nichtabgabenrechtlichen Vollzugsaufgaben im Personen- und Warenverkehr in Art. 2 Abs. 1 Bst. b E-BAZG-VG erhalten sämtliche Regelungen des Entwurfs einen unklaren und nicht klar abgegrenzten Gegenstand, der teilweise in die Polizeihochheit der Kantone eingreift.</p> |  |
| ZH | 6  |   | e | <p>In Art. 6 des neuen Gesetzes wird für die für den Zoll relevanten Territorien definiert, was für die örtliche Zuständigkeit von Bedeutung ist. Gemäss Bst. e soll die Breite des sogenannten Grenzraums, des Geländestreifens entlang der Zollgrenze, nicht mehr im Einvernehmen mit dem Grenzkanton, sondern nach dessen Anhörung einseitig durch das EFD festgelegt werden. Damit bestimmt letztlich das BAZG, wie tief es in den Grenzkanton hinein operieren darf. Diese Kompetenzverschiebung untergräbt die sicherheitspolizeiliche Selbstbestimmung des örtlich zuständigen Polizeikorps. Diese Kompetenzverschiebung lehnen wir entschieden ab.</p>   |  |
| ZH | 64 | 1 |   | <p>Mit der vorliegenden Generalklausel zur Zulässigkeit der Bearbeitung von Personendaten zusammen mit der in Abs. 2 beschriebenen fast unbeschränkten Kompetenz zur Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten wird die Kompetenz des BAZG zur Bearbeitung von Daten und insbesondere auch von</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |  |   |  |
|----|----|---|--|---|--|
|    |    |   |  | besonders schützenswerten Personendaten massiv ausgeweitet.   |  |
| ZH | 64 | 2 |  | <p>Die massive Ausweitung der Kompetenz zur Bearbeitung besonders schützenswerter Personendaten widerspricht der Darstellung im erläuternden Bericht. Danach sollen die Kompetenz zur Bearbeitung von Personendaten im gleichen Umfang wie im Zollgesetz ins neue Recht übergeführt werden. Der direkte Vergleich dieser Bestimmung mit Art. 110a Abs. 2 und 3 ZG zeigt aber, dass mit der vorliegenden Bestimmung dem BAZG weit mehr Kompetenzen eingeräumt werden als bisher. Erlaubt Art. 110a Abs. 3 Bst. b ZG etwa die Bearbeitung von Angaben zur Religionszugehörigkeit, so wird dies vorliegend auf Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten ausgeweitet. Ebenso geht der Bearbeitungszweck sehr viel weiter. Dürfen heute Angaben zur Religionszugehörigkeit nur bearbeitet werden, sofern dies für die Strafverfolgung ausnahmsweise notwendig ist, so soll dies neu für einen weiten Katalog von Zwecken wie etwa die Kontrolle von Waren oder den Vollzug nichtabgabenrechtlicher Erlasse des Bundes usw. möglich sein. Dasselbe gilt für Angaben zur Intimsphäre und zur Gesundheit. Die vorliegende Aufteilung der besonders schützenswerten Personendaten in Kategorien schränkt die Datenbearbeitung nicht ein. So sind zum einen die Auflistungen in Bst. b, c und d deckungsgleich. Zum anderen sind die überall enthaltenen Begriffe der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration, des Vollzugs nichtabgabenrechtlicher Erlasse des Bundes oder der nationalen und internationalen Rechtshilfe so weit gefasst, dass praktisch bei allen Tätigkeiten des BAZG auf diese Daten gegriffen werden kann.</p> |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |  |   |  |
|----|----|---|--|---|--|
|    |    |   |  | <p>Aus datenschutzrechtlicher Sicht fehlt es bei dieser Bestimmung am Erfordernis der hinreichenden Bestimmtheit. Weiter fehlen die Angaben, zu welchem Zweck die Daten jeweils bearbeitet werden dürfen. Zudem stellt sich angesichts des Ausmasses der zu sammelnden Daten, die Frage der Verhältnismässigkeit. Der Gesetzestext bedarf daher der eingehenden Überprüfung und Anpassung an die datenschutzrechtlichen Anforderungen.</p>  |  |
| ZH | 69 |   |  | <p>In Art. 69 E-BAZG-VG wird der Zugriff von Dritten auf Datenbanken des BAZG und die Datenbekanntgabe an Dritte geregelt. In den letzten zwei Sätzen der Erläuterungen zu diesem Artikel wird – ohne einen klaren Bezug zu dieser Bestimmung und ohne weitere Kommentierung – erwähnt, dass der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) seinerseits dem BAZG Zugriff auf den IASA-Index gewähren werde.</p> <p>Die weit gefasste Zweckbestimmung des E-BAZG-VG in Kombination mit den ausufernden Kompetenzen zur Datenbearbeitung mit Zugriff auf eine Datenbank des NDB bestätigt die Feststellung, dass der Gesetzesentwurf und seine Bestimmungen nicht verfassungskonform sind.</p> <p>Falls der Gesetzgeber sich entschliessen sollte, die weitreichenden Zugriffsbefugnisse so zu belassen, beantragen wir, den Zugriff auf diese Daten auch den kantonalen Polizeibehörden zuzugestehen: Ergänzung von Bst. d mit «...Gefahrenabwehr und Verhinderung von Straftaten (Prävention)».</p> |  |
| ZH | 72 | 1 |  | <p>Es fehlt die Definition der Risikoanalyse. Es bleibt nicht nachvollziehbar, was unter einer Risikoanalyse zu verstehen ist, welche Risiken analysiert werden, wie und in welchen Fällen eine Risikoanalyse durchgeführt wird.</p>  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |  |   |  |
|----|----|---|--|---|--|
|    |    |   |  | Die Risikoanalyse bedarf einer entsprechenden und hinreichend bestimmten Umschreibung.  |  |
| ZH | 72 | 2 |  | <p>Obwohl die Risikoanalyse und der darauf basierte Einsatz von Ressourcen durchaus seine Berechtigung hat, ist es äusserst fraglich, weshalb das BAZG dafür besonders schützenswerte Daten gemäss Art. 64 Abs. 2 E-BAZG-VG – mithin Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten – bearbeiten soll. Auf dieser Grundlage liesse sich sogar eine eigentliche nachrichtendienstliche Datenbank legitimieren. Solche Befugnisse dürfen einer abgabenrechtlich motivierten Behörde nicht zufallen. Wir lehnen dies ab.</p> <p>Ohne den Begriff der Risikoanalyse zu definieren oder einzugrenzen, soll dem BAZG nach Art. 72 Abs. 2 E-BAZG-VG Profiling ermöglicht werden. Dies wiederum unter Verwendung von besonders schützenswerten Personendaten, einschliesslich Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten. Datenbasiertes, systematisches und verdachtsunabhängiges Profiling darf ausschliesslich Behörden mit originärer Zuständigkeit für die innere Sicherheit, namentlich Nachrichtendiensten und der Polizei, zur Verfügung stehen. Nur sie geniessen dafür die demokratische Legitimation auf Stufe Bund und Kantone und unterstehen den entsprechenden Aufsichts- und Kontrollorganen.</p> |  |
| ZH | 77 |   |  | Art. 77 und 78 umschreiben die Befugnis des BAZG zu Kontrollen von Personen, Waren und Transportmitteln und wo diese durchgeführt werden. Dabei bleibt unklar, ob es sich um eine Aufgabe, eine Kompetenz oder ein Instrument zur Aufgabenerfüllung handelt.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |  |  |   |  |
|----|----|--|--|---|--|
|    |    |  |  | <p>Wird der Zweck der Kontrollen aus den allgemeinen, sehr weit gefassten Bestimmungen des BAZG-VG erschlossen, bedeutet dies, dass gestützt auf Art. 77 Abs. 2 Bst. a in Verbindung mit Art. 78 Bst. b in der ganzen Schweiz Personen unabhängig vom Warenverkehr kontrolliert werden könnten, die im Verdacht stehen, sich kriminell betätigt zu haben. Dies wäre jedoch mit der kantonalen Polizeihochheit nicht vereinbar.</p> <p>Art. 77 Abs. 1 E-BAZG-VG behält Personenkontrollen nach AIG ausdrücklich vor. Art. 78 Bst. b Ziff. 2 E-BAZG-VG weist in widersprüchlicher Weise dazu die Kontrolle von Personen, die im Verdacht stehen, illegal in die Schweiz einzureisen, gleichwohl unbesehen dem BAZG zu. Dies lehnen wir ab. Denn der Vollzug des AIG, das die Legalität der Einreise einer Person abschliessend regelt, ist den Kantonen vorbehalten. Die Delegation dieser Aufgaben an das BAZG, wie dies in Art. 77 Abs. 1 Bst. b E-BAZG-VG vorgesehen ist, entspricht nicht dem Sinn des AIG. Vgl. dazu auch unsere Ausführungen zu Art. 105 E-BAZG-VG.</p> |  |
| ZH | 78 |  |  | vgl. Bemerkungen zu Art. 77   |  |
| ZH | 85 |  |  | <p>In diesen Bestimmungen werden die Befugnisse des BAZG aufgeführt, während die eigentlichen Aufgaben des BAZG erst in Art. 103 ff. E-BAZG-VG geregelt werden. Dies ist gesetzessystematisch ungeschickt. Eine solche Gesetzessystematik führt leicht zu Fehlinterpretationen und Missverständnissen.</p> <p>Zur Erfüllung seiner Aufgaben werden dem BAZG weitreichende Überwachungs- und Zwangsanwendungskompetenzen zugestanden, unter anderem auch zur Kontrolle von verdächtigen Personen</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |  |   |  |  |
|----|----|--|---|--|--|
|    |    |  |   | in der gesamten Schweiz betreffend fehlende Berechtigung zum Grenzübertritt und Aufenthalt in der Schweiz (Art. 85 Bst. f E-BAZG-VG). Die Aufgaben des BAZG sind konkret zu definieren und auf die Kontrolle des Grenz- und Warenverkehrs bzw. die Verhinderung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Zusammenhang mit Zolldelikten zu beschränken. Sämtliche weiteren Aufgaben, insbesondere die Überwachung des Kontrollgebiets (ganze Schweiz) sowie die Fahndung nach Personen ohne Zusammenhang mit dem Grenz- und Warenverkehr, sind grundsätzlich den Polizeikörpern vorzubehalten. |  |
| ZH | 85 |  | c | Gemäss erläuterndem Bericht zu Art. 85 Bst. c E-BAZG-VG soll das BAZG die Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugen kontrollieren können. Damit sind auf dem Gebiet der Kantone verkehrspolizeiliche Kontrollen ohne Bezug zum Warenverkehr oder Grenzübertritt möglich. Dies lehnen wir ab. Die Verkehrsvollzugspolizei ist im Grundsatz ebenfalls Sache der Kantone.  |  |
| ZH | 85 |  | f | Abzulehnen ist sodann die in Art. 85 Bst. f E-BAZG-ZG vorgeschlagene Zuweisung der Befugnis zur Prüfung der Identität, der Berechtigung zum Grenzübertritt und zum Aufenthalt in der Schweiz (grenzpolizeiliche Personenkontrolle). Die Befugnis ist gemäss Art. 9 AIG den Kantonen vorbehalten.   |  |
| ZH | 87 |  |   | Art. 87 E-BAZG-ZG ermächtigt das BAZG, geeignete Einsatz- und Zwangsmittel einzusetzen. Dazu wird im erläuternden Bericht ausgeführt, dass das BAZG auch Fernmeldetechnik einsetzen kann wie Störsender zur Unterbrechung der Kommunikation von Drohnen oder zur Neutralisierung von Ortungs- und Überwachungssystemen, z.B. im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten.   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |  |  |  |  |
|----|----|--|--|--|--|
|    |    |  |  | <p>Diese und alle weiteren nichtabgabenrechtlichen Delikte fallen unter das Regime der Strafprozessordnung (StPO). Jegliche Zwangsmassnahmen haben nach der StPO zu erfolgen. Das BAZG ist keine Strafverfolgungsbehörde nach StPO. Solche Befugnisse des BAZG lehnen wir ab. Nicht auszudenken wären die Konsequenzen, wenn ein Polizeikorps gleichzeitig mit Fernmeldetechnik im entsprechenden Gebiet Ermittlungen tätigt und diese Massnahmen gestört würden.</p>  |  |
| ZH | 90 |  |  | <p>Gemäss Art. 90 E-BAZG-VG sollen speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG die Befugnis erhalten, die Erstellung von DNA-Profilen anzuordnen, falls aufgrund konkreter Anhaltspunkte anzunehmen ist, eine Person habe bestimmte Widerhandlungen begangen oder werde sie begehen. Damit folgt der Entwurf des BAZG-VG dem zurzeit vorliegenden Revisionsentwurf der StPO. Dazu haben wir Folgendes zu bemerken:</p> <p>Erstens wird die DNA-Profil-Erstellung unter dem Titel «Feststellen und Festhalten der Identität einer Person» aufgeführt, obwohl das DNA-Profil-Erstellung gemäss Art. 90 Abs. 2 Bst. b E-BAZG-VG nur im Zusammenhang mit einem begangenen oder zukünftigen Delikt erfolgen darf. Diese systematische Unklarheit sollte behoben werden.</p> <p>Zweitens ist die DNA-Profil-Erstellung zur Aufklärung und Verhinderung von Delikten eine strafprozessuale Zwangsmassnahme. Sie ist zum Zwecke der Strafverfolgung für alle zuständigen Behörden bereits abschliessend in der StPO und im DNA-Profil-Gesetz geregelt. Für eine parallele Regelung besteht weder Bedarf noch Raum.</p> |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |     |  |  |   |  |
|----|-----|--|--|---|--|
| ZH | 98  |  |  | Wir lehnen Aufklärungsbefugnisse des BAZG im virtuellen Raum entschieden ab.  |  |
| ZH | 99  |  |  | <p>Unter fiktiver Identität – wobei es völlig unklar bleibt, ob eine einfache Spruchlegende oder sogar urkundengestützte Legenden, die gemäss StPO der richterlichen Genehmigung bedarf, verwendet werden sollen – werden mit dieser Bestimmung virtuell oder reale Scheinkäufe ermöglicht. Dies lehnen wir entschieden ab.</p> <p>Die Einschränkung auf den Zuständigkeitsbereich des BAZG bleibt stets ohne Wirkung, da wohl immer zuerst – und vermutlich bereits unter Legendierung – erforscht werden muss, ob überhaupt eine Zuständigkeit vorliegt. Wer im virtuellen Raum operiert, muss originäre und umfassende polizeiliche und strafprozessuale Befugnisse haben. Der Einsatz von verdeckten Fahnderinnen und Fahndern und verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern ist strafprozessual streng reguliert und unter jahrelanger Rechtsprechung definiert. Wenn eine weitere Behörde gestützt auf wenige und unklare Bestimmungen in diesem Bereich aktiv wird, besteht das Risiko von Urteilssprüchen, die sich einschränkend auf die polizeilichen Tätigkeiten auswirken.</p> |  |
| ZH | 103 |  |  | Ohne die Gesetze einzeln aufzulisten oder zu konkretisieren, weist Art. 103 E-BAZG-VG dem BAZG den Vollzug abgabenrechtlicher und nichtabgabenrechtlicher Gesetze zu. Die Aufgaben werden damit jedoch nicht klar umschrieben, was jedoch unbedingt erforderlich ist.   |  |
| ZH | 104 |  |  | Mit Art. 104 E-BAZG-VG werden insbesondere im Grenzraum parallele sicherheitspolizeiliche Zuständigkeiten von Polizei und BAZG geschaffen. Wir lehnen dies ab.  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |     |   |  |   |  |
|----|-----|---|--|---|--|
| ZH | 104 | 1 |  | Art. 104 Abs. 1 Satz 1 E-BAZG-VG ist sprachlich missglückt. Die unscharfe Umschreibung der Aufgaben des BAZG zieht sich durch das ganze E-BAZG-VG hindurch. Es wird also nicht erwähnt, welche Sicherheitsaufgaben dem BAZG konkret zukommen. Stattdessen wird in dieser Bestimmung lediglich ein Teil des Zweckartikels (Art. 1 Bst. b E-BAZG-VG) wiederholt.  |  |
| ZH | 105 |   |  | Art. 105 E-BAZG-VG regelt die Übernahme kantonaler polizeilicher Aufgaben durch das BAZG analog dem geltenden Recht. Dies ist problematisch und müsste zumindest auf polizeiliche Bagatelldbereiche eingegrenzt werden. Das geltende Verfassungsrecht verbietet es, die bestehende Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen mittels vertraglicher Vereinbarungen zu modifizieren oder zu verwässern.  |  |
| ZH | 125 |   |  | In Art. 125 E-BAZG-VG wird eine generelle Editionsspflicht von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreibern gegenüber dem BAZG festgelegt. Alle Unterlagen und Aufzeichnungen – wohl auch besonders schützenswerte Personendaten –, die für die Kontrollen durch das BAZG von Bedeutung sein könnten, sind herauszugeben. Durch den weitreichenden Zweck des E-BAZG-VG und die über das Abgaberecht hinausgehenden Befugnissen erhält das BAZG pauschal und verdachtsunabhängig Zugriff auf Aufzeichnungen, die später zur Strafverfolgung verwendet werden können. Damit ist das BAZG gegenüber den kantonalen Polizeibehörden beispielsweise bei Flugpassagier-, Zug- oder Fernbusdaten im Vorteil. Sollte an dieser Bestimmung festgehalten werden, wäre analog zu Art. 69 Abs. 1 Bst. d E-BAZG-VG zu ergänzen, dass das BAZG den kantonalen Polizeibehörden für die Gefahrenabwehr, |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
|    |  |  |  | Verhütung und Aufklärung von Straftaten Zugriff auf die Unterlagen und Aufzeichnungen gewährt. |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|----|-------------------------------------|--|--|
| ZH | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Das BAZG-VG ist ein Rahmengesetz, das sämtliche Verfahren vereinheitlichen soll. Damit erscheint es sinnvoll, für sämtliche Abgaben eine entsprechend gleiche Berücksichtigung der Straflosigkeit bei Geringfügigkeit anzuwenden. Damit wird die bisherige Praxis weitergeführt und diese mit Bst. b vor allem mit Bezug auf Deklarantinnen und Deklaranten ergänzt. |
| ZH | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |
| ZH   |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz            | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|-------------------|------|------|------|--|---|
| ZH   | DNA-Profil-Gesetz | 7    | 2    |      | Gemäss erläuterndem Bericht (S. 126) erfolgt die vom BAZG angeordnete Probenahme und Erstellung des DNA-Profiles nicht im Rahmen eines Strafverfahrens, sondern präventiv. Es soll auch nicht die Pflicht bestehen, innerhalb einer bestimmten Zeit gegen die betroffene Person eine Strafuntersuchung zu eröffnen. Im Widerspruch dazu heisst es im Entwurf zu Art. 7 Abs. 2 des DNA-Profil-Gesetzes, dass nicht nur bei der Anordnung durch die Polizei, sondern auch bei einer Anordnung der Probenahme durch das BAZG die betroffene Person über ihr Recht zu informieren ist, diesen Entscheid bei der Strafuntersuchungsbehörde anfechten zu können. Die Probenahme soll weiter nur vorgenommen werden, wenn die Strafuntersuchungsbehörde den Entscheid bestätigt. Dieser gesetzestechnische Widerspruch ist Ausdruck der Vermischung der Aufgaben und Befugnisse der Polizei und des BAZG. Es fragt sich, ob der Rechtsschutz gegenüber Anordnungen des BAZG tatsächlich bei der Strafuntersuchungsbehörde zu suchen ist. Konsequenterweise müsste bezüglich Rechtsschutz gegenüber Anordnungen des BAZG Art. 7 Abs. 2 des E-DNA-Gesetzes auf Art. 57 ff. BAZG-VG verweisen. |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |
| ZH   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |
| ZH  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |
| ZH   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |
| ZH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |
| ZH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, showing the document is protected. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the panel is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Übersicht über die Adobe Acrobat-Software mit dem Menü **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschr.** (Einschränken der Bearbeitung) Button.

Die Tabelle zeigt die Vernehmlassung:

|  |  |
|--|--|
| Vernehmlassung:☒   |  |
| – Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie ☒ |  |
| – Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)☒   |  |

Die Tabelle zeigt die **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**:

| Name☒ | Bemerkung/Anregung☒ |
|-------|---------------------|
| ☒     | ☒                   |
| ☒     | ☒                   |
| ☒     | ☒                   |
| ☒     | ☒                   |

Die **Bearbeitung einschränken** (Einschränken der Bearbeitung) Dialogbox ist geöffnet, die die **Formatierungseinschränkungen** und **Bearbeitungseinschränkungen** zeigt. Die **Schutz anwenden** (Anwenden des Schutzes) Option ist aktiviert.

CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 18. Dezember 2020

**Vernehmlassung:**

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

**Allgemeine Bemerkungen**

Die Schweiz verfügt über eine hochinnovative, spezialisierte Wirtschaft, die stark exportorientiert ist. Ein effizienter, reibungslos funktionierender grenzüberschreitender Warenverkehr ist deswegen für die Schweiz von absoluter Priorität. Um die Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz weiterhin zu gewährleisten soll das Zollwesen in die nächste Entwicklungsstufe geführt und umfassend digitalisiert werden.

Die CVP begrüsst es, dass der Bund das Potential und die Chancen neuer Technologien erkennt und diese sinnvoll nutzen will, um damit effiziente Grenzprozesse sicherzustellen und unnötige Schranken abzubauen. Aus Sicht der CVP bietet die Ausgestaltung und Abwicklung des Zollwesens eine optimale Möglichkeit, dass sich der Staat gezielt an den Bedürfnissen der Unternehmen und Privatpersonen orientiert, um gut funktionierende Prozesse zu entwickeln.

**Umbau - Nicht Ausbau**

Was bereits im laufenden Vernehmlassungsverfahren von verschiedenen Kantonen erkannt worden ist, stellte auch die CVP fest. Die Handlungskompetenzen des neuen Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit im Bereich Kriminal- und Sicherheitspolizei werden massiv ausgebaut. Das bedeutet gleichzeitig, dass die kantonalen polizeilichen Kompetenzen für die innere Sicherheit tangiert oder gar beschnitten werden. So sollen beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG mit weitreichenden polizeilichen Befugnissen ausgestattet werden oder der Grenzraum in einem Grenzkanton nicht mehr mit dem Einvernehmen des jeweiligen Kantons bestimmt werden, sondern nur noch nach dessen Anhörung.

Dieses Gesetzesprojekt führt offensichtlich zu weitreichenden Kompetenzfragen resp. -abgrenzungen zwischen Bund und Kantonen. Damit ist für die CVP klar, dass die Weiterentwicklung dieser Vorlage nur in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolgen kann und es die offenen Fragen sowie die zahlreichen Bedenken dringend zu klären gilt. Der Erfolg eines derart umfassenden Projekts bedingt eine starke Kooperation über alle Staatsebenen hinweg. Sollte dies nicht der Fall sein, droht aus Sicht der CVP ein Scheitern der Vorlage. Es erscheint wichtig, dass das eigentliche Ziel dieser Vorlage nicht aus den Augen verloren wird, nämlich Zollabwicklungsprozesse zu modernisieren, besser zu strukturieren und insgesamt eine Vereinfachung des Systems für Unternehmen sowie für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Infolgedessen muss auch die Frage geklärt werden, ob Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor dem Hintergrund des DaziT-Programmes neu vermehrt Sicherheitsaufgaben wahrnehmen sollen. So wird beispielsweise vorgeschlagen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG neu Scheinkäufe zur Aufdeckung von Straftaten im Zusammenhang mit der Umgehung von Einfuhrvorschriften tätigen können, wobei die Einschränkung von Art. 293 StPO der verdeckten Ermittlung zu beachten ist. Auch sollen Mitarbeiterinnen



und Mitarbeiter des BAZG neu die Kompetenz erhalten, zur Erfüllung ihrer Aufgaben unmittelbaren Zwang gegen Menschen, Tiere und Sachen ausüben zu können, wobei es erlaubt sein soll, auf geeignete Mittel, wie Waffen, zurückzugreifen.

Aus Sicht der CVP stellen sich dabei gleich mehrere Fragen. Diese Scheinkäufe sind rechtssystematisch als verdeckte Fahndung gemäss Art. 298a ff. StPO zu qualifizieren. Deswegen müssen zwingend auch dieselben gesetzlichen Voraussetzungen wie bei der verdeckten Fahndung zur Anwendung gelangen, was beispielsweise bedeuten würde, dass ein länger andauernder Einsatz solcher Scheinkäufe durch die Staatsanwaltschaft genehmigt werden müsste. Auch gilt es bei dieser umfassenden Umgestaltung zwingend die Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG zu berücksichtigen. Die Ausübung von Zwang und der Dienst unter der Waffe könnte für viele zu einer enormen Belastung werden.

Ob dieser Umbau der Eidgenössischen Zollverwaltung zum Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit tatsächlich mit den ursprünglichen Zielen des DaziT-Programmes vereinbar ist, wird von der CVP in Frage gestellt. Auch müssten durch die deutliche Aufgabenerweiterung des BAZG verschiedene rechtsstaatliche Fragen geklärt werden.

Aus Sicht des Datenschutzes stellt der Übergang zum digitalen Zollwesen eine immense Herausforderung dar. Für die CVP ist deswegen klar, dass der Schutz und die Sicherheit der Daten an oberster Stelle stehen müssen und der Bund diesbezüglich keine Kosten und Aufwendungen scheuen darf.

### **Übergangsphase**

Die umfassende Umstrukturierung wird nicht nur von Seiten des Bundes ein immenser Ressourcenaufwand verlangen, sondern auch Unternehmen werden dazu veranlasst, grössere Investitionen in Infrastruktur und Personal zu tätigen. Aus Sicht der CVP stellt sich dabei die Frage, inwiefern der Staat von Unternehmen verlangen kann, gewisse Vorleistungen im Sinne von unternehmensinternen digitalisierten Prozessen bereitzustellen, damit diese dann eine vom Staat auferlegte Pflicht erfüllen können. Dabei gilt es festzuhalten, dass diese Bringschuld nicht nur Unternehmen sondern auch Privatpersonen (z.B. digitale Abwicklung von Formalitäten können Roaming Kosten auslösen) auferlegt würde.

Dass der Staat in neue Technologien investieren und die sich daraus ergebenden Effizienzsteigerungen nutzen muss, steht für die CVP ausser Frage. Allerdings dürfen der Gesellschaft und Wirtschaft keine hohen oder gar unüberwindbaren Hürden in den Weg gestellt werden, um den Anforderungen des digitalen Zollwesens genügen zu können. Der Übergang zum vollkommenen digitalen Zollwesen wird seine Zeit brauchen, wobei es wichtig ist, dass sich der Staat seiner hoheitlichen und gleichzeitig aktivierenden Dienstleisterrolle bewusst ist.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Stellungnahme und stehen bei Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister  
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio  
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Eidgenössische Zollverwaltung

Bern, 21. Dezember 2020 / AN  
VL Zoll

Per Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

**Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen nimmt die Vorlage grundsätzlich an, fordert aber einige Präzisierungen, welche untenstehend ausgeführt werden. Zu begrüssen sind die Stossrichtungen der Vorlage, welche einen vereinheitlichten, vereinfachten und digitalisierten Prozess, eine Online-Plattform zur Abwicklung und eine optimale Zusammenarbeit der beteiligten Akteure anstrebt. Wir fordern seit Jahren, dass der Zollprozess effizienter gestaltet und umfassend Digitalisierung wird, damit unnötige Kosten im Handel und im grenzüberschreitenden Einkauf beseitigt werden (bspw. [17.3417](#), [17.3298](#), [16.4016](#)).

Insbesondere die Reduktion der Regulierungskosten, welche im Bericht auf -125 Mio. CHF jährlich geschätzt werden, ist längst überfällig. Die Digitalisierung bietet viel Potential, um die grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen einfacher und kostengünstiger zu gestalten, was schlussendlich dem Konsumenten zu Gute kommt. Der Abbau von Regulierung und Kosten für Konsument und Wirtschaft sollte daher im Zentrum dieser Vorlage stehen.

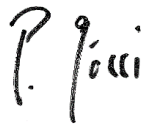
Es ist klar, dass zur Optimierung der Zollverfahren auch organisationelle Änderungen notwendig werden. Wir bedauern aber, dass im erläuternden Bericht dieser Aspekt nur unzureichend aufgezeigt wird. Im Zuge der Reorganisation sollten die Kompetenzen, welche die verschiedenen Einheiten der Zollverwaltung innehaben, klar definiert werden, gerade auch weil die Zollverwaltung zur Sicherheit und Abgabenerhebung weitgehende Befugnisse hat. Die FDP fordert hier detailliertere Informationen und Transparenz im weiteren Prozess der Vorlage. Die Bevölkerung muss verstehen können, welche Befugnisse die Zollverwaltung hat und auf welcher rechtlichen Grundlage.

Die FDP nimmt den Datenschutz sehr ernst, daher fordern wir eine Nachbearbeitung der Vorlage im Bereich des Datenschutzes. Da die Vorlage deutlich erweiterte Befugnisse im Bereich der Datenbearbeitung vorsieht, sind klare Kompetenzregeln für die Bearbeitung von Personendaten unabdingbar. Die Datenbearbeitungsbestimmungen sind gemäss Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten zu konkretisieren für den weiteren parlamentarischen Prozess.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Gossi'.

Petra Gossi  
Nationalrätin

Die Generalsekretärin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Noghero'.

Fanny Noghero



Grünliberale Partei Schweiz  
Monbijoustrasse 30, 3011 Bern

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Eidgenössische Zollverwaltung  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

22. Dezember 2020

Ihr Kontakt: Ahmet Kut, Geschäftsführer der Bundeshausfraktion, Tel. +41 31 311 33 03, E-Mail: [schweiz@grunliberale.ch](mailto:schweiz@grunliberale.ch)

## **Stellungnahme der Grünliberalen zur Totalrevision des Zollgesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Vorlagen und den erläuternden Bericht zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) und nehmen dazu wie folgt Stellung:

### **Allgemeine Beurteilung der Vorlage**

Die Grünliberalen setzen sich für ein modernes, effizientes und digitales Zollwesen ein. Alle Verfahren und Prozesse sind so auszugestalten, dass sie für die betroffenen Personen möglichst einfach und unkompliziert sind und ohne Medienunterbrüche durchgeführt werden können. Das verbessert die Effizienz in- und ausserhalb der Verwaltung und trägt zur Wirtschaftsentwicklung bei. Für die Grünliberalen ist dabei wichtig, dass die rechtsstaatlichen Anforderungen an die Verfahren und den Datenschutz vollumfänglich eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund sind die Grünliberalen damit einverstanden, dass das Zollgesetz in ein schlankes Zollabgabengesetz sowie ein separates BAZG-Vollzugsaufgabengesetz überführt wird:

- Das Zollabgabengesetz enthält insbesondere die Bestimmungen zur Zollpflicht, zur Zollbemessung sowie die Strafbestimmungen.
- Das wesentlich umfangreichere BAZG-Vollzugsaufgabengesetz vereinheitlicht sämtliche Prozesse zur Abgabenerhebung und zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG).

### **Offene Fragen und Anpassungsbedarf**

Während die Stossrichtung des Zollabgabengesetzes stimmt, wirft das BAZG-Vollzugsaufgabengesetz verschiedene Grundsatzfragen auf, die im erläuternden Bericht nicht oder ungenügend beantwortet werden und vertiefter dargelegt bzw. in Erlassentext aufgearbeitet werden müssen:

1. **Welche Rolle bzw. welche Aufgaben soll dem künftigen Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) innerhalb der schweizerischen Sicherheitsbehörden, namentlich Polizei und Armee, zukommen?** Das betrifft zum einen die Abgrenzung gegenüber den anderen Sicherheitsorganen des Bundes, insbesondere im EJPd und VBS, und zum anderen gegenüber den Kantonalpolizeien. Es muss sichergestellt sein, dass das BAZG zu keiner uniformierten und bewaffneten «Hilfsarmee» wird, sondern dass sie sich weiterhin auf ihre Kernaufgaben konzentriert, d.h. das Zollwesen und die Kontrolle der Grenzen. Der sehr rudimentäre Artikel 104 VE-BAZG-VE («Sicherheitsaufgaben») genügt zur Klärung dieser auch staatspolitisch wichtigen Frage in keiner Art und Weise.
2. Das Gleiche gilt für die **Übernahme kantonalen polizeilicher Aufgaben durch das BAZG** (Art. 105 VE-BAZG-VG). In diesem staatspolitisch heiklen Bereich muss das Gesetz einen klaren Rahmen vorgeben. Das betrifft insbesondere eine genaue Umschreibung und Begrenzung der Aufgaben, die dem BAZG übertragen werden können. Weiter ist zu regeln, welches Verfahrensrecht gilt, wenn das BAZG im Auftrag eines Kantons tätig ist. Es darf nicht sein, dass einer beschuldigten Person aus der Aufgabenübertragung verfahrensrechtliche Nachteile entstehen (Schnittstelle Strafprozessrecht/Verwaltungsstrafverfahren).
3. Die Grünliberalen teilen die Kritik des Eidg. Datenschutzbeauftragten (EDÖB), dass die **Regelung der Personendatenbearbeitung im Vorentwurf ungenügend** ist. Die Bestimmungen sind zu offen formuliert und erlauben es der Bevölkerung nicht einzuschätzen, welche Daten zu welchem Zweck bearbeitet werden. Die Grünliberalen verlangen daher, dass die wesentlichen Grundzüge der geplanten Datenbearbeitungen und Schnittstellen im BAZG-VG transparent und klar geregelt werden. Völlig unklar ist auch der Inhalt der im Vorentwurf inflationär verwendeten «*Risikoanalyse*». Es braucht eine Präzisierung, was mit dieser Bearbeitungsmethode gemeint ist, die es dem BAZG erlauben soll, besonders schützenswerte Personendaten zu verarbeiten, einschliesslich solche über die Intimsphäre (!) sowie religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten und Tätigkeiten (vgl. insbesondere Art. 64 VE-BAZG-VG).
4. Zu Artikel 133 VE-BAZG-VG, der den **Verzicht auf die Strafverfolgung** regelt (etwa in besonders leichten Fällen), legt der Bundesrat zwei Varianten vor. Die Grünliberalen sprechen sich für **Variante 2** und damit für einen Verzicht auf eine Spezialnorm aus. Stattdessen sind in den relevanten Gesetzen die fahrlässige Abgabengefährdung und die bewusst fahrlässig begangene Ordnungswidrigkeit für straflos zu erklären. Für diese Variante spricht, dass sie im Unterschied zur sogenannten «Deklarantenstrafpraxis», wie sie bis 2016 galt, eine *rechtsgleiche Behandlung* sicherstellt und nicht die berufsmässig tätigen Zolldeklaranten bevorzugt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Prüfung unserer Anmerkungen und Vorschläge. Bei Fragen dazu stehen Ihnen die Unterzeichnenden sowie unser zuständiges Fraktionsmitglied, Nationalrätin Kathrin Bertschy, gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jürg Grossen  
Parteipräsident

Ahmet Kut  
Geschäftsführer der Bundeshausfraktion



E-Mail: [raphael.noser@gruene.ch](mailto:raphael.noser@gruene.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Zollverwaltung EFV  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

23. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

**Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage**

Gegen Umstrukturierungs- und Digitalisierungsvorhaben, mit welchen die Zollbehörden den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnen können, ist an und für sich nichts einzuwenden. Das vorliegende Vernehmlassungsvorhaben zielt jedoch in eine andere Richtung: Unter dem Deckmantel einer sach- und zeitgerechten sowie effizienten Aufgabenerfüllung soll das neu zu schaffende Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) weitreichende Kompetenzen erhalten. Damit sollen die Zollbehörden faktisch mit umfassenden Polizeibefugnissen aus- und zu einer Art bewaffneten «Guardia di Finanza» aufgerüstet werden. Hinzu kommen gewichtige datenschutzrechtliche Bedenken, welche Seitens der Eidgenössischen Zollverwaltung und des Eidgenössischen Finanzdepartements schlicht ignoriert werden. **Die GRÜNEN zeigen sich äusserst irritiert über den Inhalt dieser Vorlage sowie das Vorgehen der Behörden und lehnen das Vorhaben entschieden ab.**

**Datenschutzrechtliche Bedenken**

Besonders besorgt sind die GRÜNEN über den fahrlässigen Umgang mit besonders schützenswerten Personendaten. Die GRÜNEN teilen die Kritik des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB)<sup>1</sup>, dass insbesondere die Bestimmungen zur Bearbeitung von Personendaten gewichtige Mängel aufweisen und die vom Datenschutzgesetz verlangte Bestimmtheit vermissen lassen. Das BAZG soll gemäss Vernehmlassungsentwurf weitreichende und weitgehend unbestimmte Befugnisse zur Erhebung, Bearbeitung, Verwendung und Verknüpfung von Personendaten und besonders

---

<sup>1</sup> Siehe dazu die [Mitteilung des EDÖB vom 11.09.2020](#) „Ungenügende Regelung der Datenbearbeitung in neuem Zollpolizeigesetz“ sowie den [Beitrag des EDÖB im Schweizer Monat vom Dezember 2020](#) „Für einen glasklaren Rechtsstaat“.

schützenswerten Personendaten erhalten. Dazu gehören namentlich Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten, wie auch Daten zur Intimsphäre, zur Gesundheit oder der Zugehörigkeit zu einer Ethnie.

Die GRÜNEN kritisieren, dass die faktisch uneingeschränkte Bearbeitung dieser Daten für die Aufgabenerfüllung des BAZG weder erforderlich noch verhältnismässig ist, zumal der Zweck und die Notwendigkeit weder im erläuternden Bericht noch in der Gesetzesvorlage selbst ausreichend erläutert – geschweige denn überzeugend begründet – werden. Darüber hinaus wird aus dem Gesetzestext nicht ersichtlich, worum es sich bei der «Risikoanalyse» handelt, für welche die erwähnten Daten u.a. bearbeitet werden.

Angesichts dieser schwerwiegenden Mängel ist für die GRÜNEN auch der unspezifische Verweis auf einen fallspezifischen und verhältnismässigen Umgang mit diesen besonders schützenswerten Daten weder glaubhaft noch geeignet, die Mängel zu beheben. Stattdessen öffnen die Bestimmungen faktisch Tür und Tor für einen massiven, unverhältnismässigen und unnötigen Eingriff in die Privatsphäre sowie beispielsweise für Racial Profiling. Überdies ist der angestrebte «agile und flexible» Einsatz der Mitarbeiter\*innen, mit welchem die diffusen Zugriffsrechte auf die Informationssysteme begründet werden, nicht vertrauensbildend. Genau so wenig wie die Tatsache, dass die vom EDÖB bereits in der Ämterkonsultation angesprochenen Mängel in Bezug auf den Datenschutz bei der Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage offenbar komplett ignoriert wurden.

Angesichts all dieser groben datenschutzrechtlichen Mängel und Vorbehalte lehnen die GRÜNEN die vorliegende Gesetzesrevision ganz grundsätzlich ab. Wir verzichten denn auch auf eine detaillierte Stellungnahme zur Vorlage, möchten aber dennoch spezifisch auf drei weitere heikle Punkte hinweisen:

- Art. 6e BAZG-VG: Die Definition des Grenzraums soll neu vom EFD festgelegt werden – nach Anhörung der Kantone, aber ohne deren Einvernehmen. Letzteres lehnen die GRÜNEN ab. Die Einsatzräume des BAZG müssen zwingend im Einvernehmen mit den Kantonen bestimmt werden.
- Art. 59 Abs. 1 BAZG-VG: Es ist für die GRÜNEN nicht ersichtlich, wieso Einsprachen einer Risikoanalyse unterzogen werden sollen. Diese Bestimmung erlaubt potenziell eine unverhältnismässige – und somit rechtswidrige – Einschränkung der Verfahrensrechte. Die Bestimmung ist somit zu streichen.
- Die GRÜNEN kritisieren den massiven Ausbau der polizeilichen Befugnisse des BAZG und seiner Mitarbeiter\*innen grundsätzlich. Dazu zählt insbesondere auch die zunehmende Bewaffnung der Mitarbeiter\*innen, welche auch Seitens des Personals auf Widerstand stösst.

Wir bitten Sie, die Vorlage grundsätzlich zu überarbeiten oder aber auf die geplante Revision zu verzichten. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli

Präsident



Raphael Noser

Fachsekretär



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
3003 Bern

Per E-Mail:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 31. Dezember 2020

**Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

**Grundsätzliche Erwägungen**

Die SP Schweiz lehnt die beantragte Schaffung eines Rahmengesetzes ab, mit der die Zollverwaltung und das dort integrierte Grenzwachtkorps in ein neu zu schaffendes Zollpolizeiamt, bzw. ein Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), umgewandelt werden sollen, entsprechend halten wir auch die damit zusammenhängende Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum Zollabgabengesetz (ZoG) für obsolet. Wir erachten das Vorhaben gerade im Hinblick auf die Umsetzung des Digitalisierungs- und Transformationsprogramm (DaziT) als unnötig, aufgeblasen und völlig über das Ziel hinausschiessend. Wir bezweifeln sowohl die gesetzliche Notwendigkeit als auch den politischen Handlungsbedarf. Wir befürchten, dass das BAZG-Vollzugsaufgabengesetz mehr Nachteile als Vorteile für den Zoll und den Grenzschutz bringt.

Wir sind vielmehr der Meinung, dass das Digitalisierungs- und Transformationsprogramm DaziT im Rahmen des bestehenden Zollgesetzes umgesetzt werden kann. Die nötigen Reformen liessen sich mit einer schlanken Teilrevision bewerkstelligen. Das ZG steht weder der angestrebten Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse noch der Weiterentwicklung der EZV im Wege. Das gilt beispielsweise für die Auflösung des Grenzwachtkorps als eine eigenständige Einheit innerhalb der EZV, für den Verzicht auf Strafverfolgung in untergeordneten Fällen, aber auch für die vom Parlament geforderte Anpassungen bei der Frist von Zollanmeldungsberichtigungen (Postulat [17.3377](#)) oder der Strafpraxis (Motion [17.3376](#)). Es ist deshalb völlig unverständlich und auch problematisch, dass diese Alternative einer Teilrevision im immerhin 210 Seiten langen Erläuternden Bericht nicht einmal im Ansatz ernsthaft diskutiert und dargestellt wurde. Es findet sich dazu unter dem Kapitel 5.4 «**Alternativen zum vorliegenden Erlass**» lediglich ein magerer und inhaltlich kaum aussagekräftiger Satz: «Die zweite Alternative, der Status quo mit geringeren Änderungen, ist ebenfalls nicht zielführend, da die Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse und Systeme nicht im gewünschten Mass umgesetzt werden könnten.» Das ist alles, keine Erläuterungen oder präzisere Ausführungen. Kein Hinweis darauf jedenfalls, dass diese schlankere Variante überhaupt ernsthaft geprüft und ausgetestet worden wäre.

Für die SP Schweiz macht es keinen Sinn, einen mit der angestrebten Totalrevision ausserordentlich aufwändigen, langwierigen und umständlichen Gesetzgebungsprozess anzustossen. Die SP Schweiz plädiert deshalb für Nichteintreten auf diese Gesetzesrevision. Zumal sich mit

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)  
[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)



einer Teilrevision einige sehr problematische Änderung des vorliegenden BAZG-VG vermeiden liessen. Besonders problematisch sind aus Sicht der SP Schweiz die nachfolgend aufgeführten Änderungsvorschläge. Sollte entgegen unseren Erwartungen doch auf das Gesetz eingetreten werden, schlagen wir folgende Änderungen vor.

### **Änderungsvorschläge in besonders problematischen Punkten**

- **Delegation der Entscheidungskompetenz über die Organisation**

Die Entscheidungskompetenz über die Organisation des neu zu schaffenden Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit an den Bundesrat und die Amtsleitung zu übertragen, um sie möglichst schnell und häufig anpassen zu können, birgt die grosse Gefahr einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Vertrauens der Beschäftigten, wie die Gewerkschaft des Zollpersonals Garanto geltend macht. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass die Kompetenzübertragung den Abbau heutiger Standorte ermöglicht. Ein solcher Abbau würde den Zoll und Grenzschutz für Bevölkerung und die Wirtschaft weniger zugänglich machen und damit dessen Charakter als Service Public schwächen – entgegen der Absicht der vorliegenden Totalrevision. Angeblich gibt es dazu bereits Investitionsvorhaben im Immobilienbereich (Neubau in Altstätten SG bis 2027). Auch dazu finden sich im Erläuternden Bericht keine Angaben.

- **Bewaffnung des Zollpersonals**

Die umfassende Bewaffnung des Zollpersonals ist weder nötig, noch wünschenswert. Garanto befürchtet in unseren Augen zu Recht, dass mit der Bewaffnung der Druck auf Mitarbeitende steigt, die keine Waffe tragen können oder wollen, obschon sie für den Zoll einwandfreie Arbeit leisten. Zudem besteht die Gefahr, dass dem Zoll als bewaffnetes Sicherheitsorgan, nicht mehr das gleiche Vertrauen der Bevölkerungen entgegen gebracht wird wie heute. Wir fordern deshalb, dass nicht das gesamte Personal zu bewaffnetem Dienst gezwungen werden kann resp. eingesetzt werden soll, sondern im Gesetz festgehalten wird, für welche spezifischen Aufgaben Zoll- und Grenzschutzbeamte eine Waffe tragen müssen. Das Personal, welches keine Bewaffnung möchte, darf zudem keine Nachteile erfahren. Zudem besteht die Gefahr des Aufbaus von Parallelstrukturen zur Polizei, was nicht dem Willen des Volkes entsprechen würde (Stichwort Busipo).

- **Mögliche Privatisierung durch die Hintertür**

In Art. 127 Abs. 1 ermöglicht das geplante BAZG-VG, Kompetenzen des Zolls und Grenzschutzes an Private auszulagern. Das ist organisatorisch nicht nötig, untergräbt die Arbeitsbedingungen und gefährdet die Qualität von Zoll und Grenzschutz. Wir fordern auf diesen Passus zu verzichten.

- **Verzicht auf die Nennung der Wohlfahrtskasse der EZV**

Die Nichterwähnung der Wohlfahrtskasse EZV im heutigen Gesetz, gefährdet diese Kasse in ihrer heutigen Form. Das Bundespersonalgesetz (Art. 32 Bst. e) ist ein ungenügender Schutz, da es auf dem Verordnungsweg Verschlechterungen der Leistungen ermöglicht. Die Wohlfahrtskasse ist eine wichtige Institution für die Beschäftigten des Zolls und Grenzschutzes. Sie vermag Kosten, die durch den Dienst z.B. aufgrund von Versetzungen oder unregelmässigen Arbeitszeiten entstehen, teilweise auszugleichen. Zudem ermöglicht sie die Aufnahme von Darlehen ohne in Abhängigkeit von Dritten zu geraten. Damit leistet sie eine wichtige Funktion für die Integrität des Zolls und des Grenzschutzes in der Schweiz.

- **Unverhältnismässige Kompetenzen zur Datenerhebung und -bearbeitung**

Besonders problematisch erachten wir die völlig ungenügende Regelung der Datenbeschaffung und -bearbeitung. Die gesamte Belegschaft des neu zu gründenden BAZG soll mit Polizeibefugnissen und damit zwangsbewehrten Datenbeschaffungskompetenzen ausgestattet werden. Das geht auch dem Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB) eindeutig zu weit. Er schreibt dazu: «Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) hat die Eidgenössische Zollverwaltung in der Ämterkonsultation vergeblich darauf hingewiesen, **dass die vorgesehenen Bestimmungen zur Personendatenbearbeitung aus seiner Sicht gewichtige Mängel aufweisen**. Diese lassen insbesondere die vom Datenschutzgesetz verlangte Bestimmtheit vermissen, welche es der Bevölkerung ermöglichen würde, die in deren Privatsphäre und Selbstbestimmung eingreifenden staatlichen Datenbearbeitungen sowie die ihr dagegen zur Verfügung stehenden Schutzrechte einzuschätzen.»<sup>1</sup> Gemäss Art. 63 Abs. 2 des neuen Rahmengesetzes sollen dabei auch Daten

---

<sup>1</sup>[https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/aktuell/aktuell\\_news.html#353745621](https://www.edoeb.admin.ch/edoeb/de/home/aktuell/aktuell_news.html#353745621)

über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten (Bst. b), die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Ethnie (Bst. c) sowie die Gesundheit (Bst. d) erhoben und vom GAZG «bearbeitet» werden. Das geht in unseren Augen viel zu weit. Der EÖDB hält dazu fest: «Der Beauftragte hat den Bundesrat dahingehend beraten, dass sich Regierung und Parlament als politische Organe des Bundes vorbehalten mögen, die wesentlichen Grundzüge der neu in einem einzigen System der Zollpolizei vorzunehmenden Datenbearbeitungen und die Schnittstellen zu diesem System zu regeln. **In ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung überlässt es die Vorlage dem neuen Zollpolizeiamt, die auf einer Vielzahl von verwaltungs-, fiskal-, polizei- und kriminalrechtlichen Aufgaben beruhende Personendatenbearbeitung in ihrem System nach weitgehend autonomen Vorgaben vorzunehmen und die Informationen nach Belieben zu verknüpfen.** Eine überzeugende Begründung der Erforderlichkeit dieser einschneidenden Abkehr vom geltenden Zollgesetz lässt der erläuternde Bericht vermissen.» Auch in diesem Bereich scheint die Vorlage unausgereift und völlig über das Ziel hinausschiessend. Der EÖDB verweist denn auch auf sachliche Regelungslücken. So ziehe sich die Begrifflichkeit der im Gesetzestext 44 Mal erwähnten «Risikoanalyse» wie ein roter Faden durch die Vorlage, ohne dass aus dem Gesetzestext hinreichend klar erkennbar werde, worum es sich bei dieser Bearbeitungsmethode handelt, in deren Rahmen das neue Zollpolizeiamt besonders schützenswerte Personendaten u.a. über die Intimsphäre oder religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten bearbeiten will. Der Datenschutzbeauftragte beklagt denn auch ausdrücklich, dass seine Forderung, die Datenbearbeitungsbestimmungen vor Eröffnung der Vernehmlassung zu überarbeiten, nicht gehört wurde und nun erst nachträglich erfüllt werden soll. Diese überarbeiteten Bestimmungen müssten unbedingt nachgereicht werden.

Für weitergehende Forderungen verweisen wir auf das Antwortformular sowie die Stellungnahme von Garanto, die wir unterstützen. Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Argumente und Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Luciano Ferrari  
Leiter Politische Abteilung



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SP Schweiz

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SPS

Adresse : Theaterplatz 4, 3003 Bern

Kontaktperson : L. Ferrari

Telefon : 079 391 27 29

E-Mail : [luciano.ferrari@spschweiz.ch](mailto:luciano.ferrari@spschweiz.ch)

Datum : 31. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                 | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....   | 5   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....               | 7   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 8   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....         | 11  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                           | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....    | 12  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b>                                       | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|---|---|
|   | <b>Siehe dazu unsere ausführliche Darlegung im Begleitschreiben</b>   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.SPS</b> | Das neue Gesetz stellt den Grenzschutz in den Vordergrund. Die Zollabfertigung soll weitgehend durch neue Softwareprogramme ausgeführt werden. Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass die Zollabfertigung vollständig von einer neuen Technologie übernommen werden kann. Computergestützte Erfahrungen am Beispiel der Verbrechensbekämpfung der britischen Polizei in Norfolk weisen auf gravierende Mängel hin. Solche Erfahrungen müssten dringend in die Evaluation miteinbezogen und öffentlich diskutiert werden.   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>    | <p>Kompetenzdelegation<br/>Allgemein fällt auf, dass im Gesetzesentwurf zahlreiche Kompetenzdelegationen vorgesehen sind. Besonders kritisch sind:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. die künftige Struktur des BAZG<br/>Das BAZG will sich zur agilen Organisation weiterentwickeln und sich flexibel organisieren. Das neue Bundesamt steht jedoch nicht in Konkurrenz zu anderen Verwaltungen, weil es hoheitliche Aufgaben erfüllt. Verlässliche Strukturen sind nicht nur für das Personal, sondern auch für die Wirtschaft unerlässlich.</li><li>2. die Bewaffnung<br/>Die angestrebte Weiterentwicklung hin zu einem Sicherheitsorgan hat nicht nur für das Sicherheitsgefüge der Schweiz weitreichende Folgen, sondern auch für das Personal. Die Absicht das Personal der Handelswarenzollabteilung zu bewaffnen, hat grosse Unruhe hervorgerufen. Nicht alle wollen sich bewaffnen lassen und nicht alle sind geeignet dazu. Dasselbe gilt für die Zollfahndung. Wir befürchten, dass auf das Personal grossen Druck ausgeübt wird, sich bewaffnen zu müssen.</li></ol> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |
|--|---|
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | <p><b>Service Public</b></p> <p>Der Service Public Gedanke tritt aus unserer Sicht allzu stark in den Hintergrund. Service Public heisst für uns die unabhängige und zuverlässige Präsenz der Verwaltung für die Wirtschaft, die KMUs und die Schweizer Bevölkerung. Denn die Sichtbarkeit und die physische Präsenz spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle im Sicherheitsgefühl der Bürger und Bürgerinnen. Das alleinige Vertrauen in digitale Systeme führt dazu, dass ein Teil der Bevölkerung abgehängt wird.</p> |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | <p><b>Datenschutz</b></p> <p>In den Artikeln 64-66 erhalten die neuen BAZG-Mitarbeitenden den Auftrag und die Kompetenz viele Daten zu sammeln. Dabei geht es um besonders schützenswerte Personendaten. Wir beantragen eine weitgehende Streichung von Art. 64. Denn diese Daten werden vom Nachrichtendienst und der Polizei bereits gesammelt und bereitgestellt. Wir verweisen hier auch auf die deutliche Kritik des ÖEDB.</p>   |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst.    | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|--|------|------|---------|---|---|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 50   | 2    |         | Die Praxiserfahrung vieler Zollexperten zeigt, dass nach wie vor Selbstverzoller existieren, die gerne mit Papieren arbeiten und nur das Nötigste elektronisch durchführen. Unseres Erachtens muss deshalb die Möglichkeit der postalischen Einreichung weiterhin ermöglicht werden. Es darf keinerlei Zwang auf diese Personen ausgeübt werden. Das käme einer Diskriminierung gleich.   | Das Einspracheverfahren kann auch auf postalischen Weg eingereicht werden und wird elektronisch durchgeführt. |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 64   | 2    | b, c, d | Es sollen nur Daten zu Absatz 2 Bst. a gesammelt werden. Wir bestreiten generell, dass folgende besonders schützenswerte Personendaten bearbeiten werden sollen:<br>- Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten<br>- Daten über die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Ethnie<br>- Daten über die Gesundheit<br><br>Viele Daten von gesuchten Personen sind zudem schon in andern Datenbanken vorhanden. Es macht deshalb wenig Sinn neue Datenbanken zu generieren. | Streichung der Buchstaben b,c und d in Absatz 2   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 83   | 1    |         | Dieser Satz ist unpräzis formuliert. Heisst das, dass nach einer Beschau der Wert angepasst werden muss? Immerhin zählen alle Kosten im Zusammenhang mit dem Warentransport zum Mehrwertsteuerwert. Wir verlangen die Präzisierung dieses Satzes.   |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |     |   |   |   |                   |
|--|-----|---|---|---|-------------------|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 102 | 1 | C | In Buchstabe c wird dem BAZG freie Hand gegeben, eine andere Form zum Nachweis der Berechtigung einzuführen. Dabei könnte es sich beispielsweise um sogenannte Namensschilder handeln, die bereits heute beim Grenzwachtkorps zum Einsatz kommen. Die Belegschaft hat bisher keine gute Erfahrung damit gemacht und ist deshalb dagegen. Namensschilder können zu Belästigungen insbesondere von weiblichen BAZG-Angestellten führen, indem sie beispielsweise über Facebook kontaktiert werden können. Das ist im Jahre 2019 im Flughafen Genf vorgekommen. Uniform und Dienstausweis sollten reichen für die Belegung zur Berechtigung von Amtshandlungen gegen über Dritten. | Streichung        |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 127 |   |   | Die Erfüllung der Zollaufgaben wie in Artikel 2 aufgeführt muss ausnahmslos durch das Personal des BAZG erfolgen. Es darf keine Konkurrenz mit Privaten geben.  | Artikel streichen |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> |     |   |   |   |                   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|--|-------------------------------------|--|--|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Grundsätzlich gilt das Legalitätsprinzip. Aus personalpolitischer Sicht ist es vorteilhafter, wenn eine Einstellung des Verfahrens bzw. ein Verzicht geregelt werden. Dies beinhaltet den Schutz für alle Mitarbeitenden, dass sie sich rechtmässig verhalten. |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name   | Art.   | Bemerkung/Anregung   | Textvorschlag  |
|--|--|--|--|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | Neuer Art. Woka  | <p>Wir verlangen, dass die Wohlfahrtskasse Woka wieder ins Gesetz genommen wird. Deshalb soll der alte Artikel 93 Abs 2 des Zollgesetzes unverändert übernommen werden.</p> <p>Die Woka wurde geschaffen, weil die Zollverwaltung im Hinblick auf die Besonderheiten des Dienstes speziell hohe Anforderungen an die Unabhängigkeit und Integrität des Personals stellen muss. Es darf seine Unabhängigkeit nicht durch unzulässige finanzielle Verpflichtungen gefährden; solche Verschuldungen können einen Entlassungsgrund bilden.</p> <p>Für das Personal entstehen manchmal berufsbedingte soziale und finanzielle Nachteile (z.B. durch Versetzungen und unregelmässige Dienste oder andere Unannehmlichkeiten des Dienstes). In bescheidenem Ausmass kann die Woka mit ihren Leistungen ausgleichend wirken. Sie erlaubt es dem Personal überdies, finanzielle Engpässe zu überbrücken und Hilfe zu gewähren, ohne dass Kreditinstitute beansprucht werden müssen.</p> | <p>Wohlfahrtskasse des BAZG-Personals</p> <p>1 Das BAZG führt für ihr Personal eine Wohlfahrtskasse</p> <p>2 der Bundesrat regelt Zweck, Organisation, Finanzierung und Verwaltung der Wohlfahrtskasse</p> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | Neuer Art. Gesetzliche Nennung der Organisation des BAZG | <p>In der Einleitung zu den Erläuterungen wird argumentiert, dass Organisationsbestimmungen gestrichen wurden, um die Weiterentwicklung des BAZG hin zur agilen Organisation zu ermöglichen. Sogenannte agile Organisationen sind gerade en vogue. Ein agiles Unternehmen besitzt die Fähigkeit anpassungsfähig und flexibel auf Veränderungen zu reagieren, wobei der Fokus auf dem Kunden liegt. Gemeinhin wird argumentiert, dass in der volatilen, unsicheren, komplexen und ambivalenten Arbeitswelt diese Fähigkeiten zentral für den Erfolg einer Organisation sei.</p> <p>Das neue Bundesamt ist jedoch kein Informatikunternehmen, das in Konkurrenz zu einem anderen Privatunternehmen oder anderen Verwaltungen steht, sondern eine Verwaltungseinheit der eidgenössischen Bundesverwaltung, die</p>  | <p>Art. Organisation des BAZG</p> <p>Das BAZG gliedert sich in</p> <p>-----</p> <p>-----</p> <p>-----</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |                       |  |  |
|--|-----------------------|--|--|
|  |                       | <p>eine hoheitliche Aufgabe erfüllt. Im Sinne einer Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit beantragen wir deshalb die explizite Nennung der Organisationsstrukturen im vorliegenden Gesetz. Die Transformation der EZV, welche bereits weit fortgeschritten ist und auch ohne Gesetzesanpassung in die Wege geleitet wurde, verlangt vom Personal sehr viel ab.</p> <p>Wir raten davon ab, das neue BAZG einem Experiment auszusetzen, um eine sogenannte agile Organisation zu werden. Auch weil die Verwaltungseinheit ein Viertel der Bundeseinnahmen sicherstellt.</p>  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | Neuer Art. Bewaffnung | <p>Mit der vorgesehenen Bewaffnung der Zollfahndung und der neuen Einheit Operationen (die Zusammenführung von Grenzwachtkorps und der Mitarbeitenden im Handelswarenzoll) werden viel mehr Angestellte des neuen BAZG bewaffnet sein als im heutigen Grenzwachtkorps. Wir vertreten die Meinung, dass über die Bewaffnung einer solch grossen Einheit nicht allein die Amtsleitung und der Bundesrat entscheiden sollten. Vielmehr muss die Bewaffnung bestimmter Einheiten in der expliziten Kompetenz des Parlamentes liegen, wie das auch im alten Gesetz der Fall war. Schliesslich soll keine zusätzliche Bundespolizei durch die Hintertür eingeführt werden.</p> <p>Die Absicht, das bestehenden Personal, welches hauptsächlich in der Handelswarenzollabfertigung beschäftigt ist, zu bewaffnen, hat grosse Unruhe hervorgerufen. Nicht alle wollen sich bewaffnen lassen und nicht alle sind geeignet dazu. Dasselbe gilt für die Zollfahndung. Die Ausbildung zur Bewaffnung bei der Zollfahndung ist hierbei bereits weit fortgeschritten, ohne dass sich das Parlament jemals dazu hätte äussern können. Wir befürchten, dass auf das bestehende Personal grossen Druck ausgeübt wird, sich bewaffnen zu müssen. Das hat sich bei der Bewaffnung des Personals der Zollfahndung bereits gezeigt.</p> | Das Parlament bezeichnet die operativen Einheiten, welche bewaffnet werden sollen. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |
|--|--|--|--|
|  |  |  |  |
|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b>       | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|--|---------------------|---|
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b> | MStG<br>und<br>MStP | Wir sprechen uns dezidiert dafür aus, dass das BAZG-Personal, wie in den Unterlagen erwähnt, den zivilen Gerichten unterstellt wird und nicht länger der Militärjustiz. |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b> |                     |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>   | 10          |             |             | <p>Die Bedeutung dieser Dienstleistung der Verwaltung ist unbestritten. Gegenüber der bisherigen Rechtsgrundlage (Art. 20 ZG) wird jedoch auf Regelungen betreffend die Verbindlichkeit und die Dauer der Gültigkeit verzichtet. Begründungen dafür fehlen. Offen bleibt auch die Frage der Abgrenzung zu Verfügungen, welche der Einsprache bzw. Beschwerde unterliegen (sog. Auskunftsverfügungen). Es wäre angezeigt, diese Punkte auf Gesetzesstufe zu verankern.</p> <p>Immerhin wird darauf verzichtet, Zolltarif- und Ursprungsauskünfte als kostenpflichtig zu erklären. Um die immer wieder geführten Diskussionen in der Zukunft zu verhindern, gehört die Kostenfreiheit ebenfalls ins Gesetz.</p> <p>Ferner sollte ein Auskunftsrecht für alle Abgabenerlasse, welche die EZV vollzieht, gesetzlich geregelt werden (analog Art. 69 MWSTG).</p> |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>   |             |             |             |   |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte</b>  |             |             |             |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                        |  |  |  |  |  |
|------------------------|--|--|--|--|--|
| nicht gefunden werden. |  |  |  |  |  |
|------------------------|--|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Elektronisch an:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 27. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

### **Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

**Die SVP ist mit der vorgesehenen Reorganisation der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) und deren Umwandlung in das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sowie der Totalrevision des Zollgesetzes grundsätzlich einverstanden. Aus Sicht der SVP müssen die versprochenen Effizienzgewinne durch die umfassende organisatorische Modernisierung, den Prozessvereinfachungen und der Digitalisierung jedoch nachweislich realisiert werden. Von der Modernisierung der Prozesse erhofft sich die SVP insbesondere eine Reduktion der Grenzformalitäten und einen Abbau der Bürokratie sowie sinkende Aufwände auch auf Seiten der Verwaltung. Die SVP erwartet eine nachweisliche Wirkungsüberprüfung und -berichterstattung. Darüber hinaus sollte die Weiterentwicklung der EZV hin zum BAZG auch dazu führen, dass der Grenzschutz in der Schweiz nicht nur flexibler, sondern nachhaltig gestärkt wird. Dies weil als Folge der organisatorischen Weiterentwicklung Aufgaben, die heute nur von Angehörigen des Grenzwachtkorps wahrgenommen werden, zukünftig von allen Mitarbeitenden erfüllt werden können. Einen Ausbau der Schweizer Beteiligung an Frontex im Zuge der Weiterentwicklung und dem Ausbau des flexibleren Personaleinsatzes, sei dies personeller oder finanzieller Natur, lehnt die SVP jedoch ab.**

### **Wirkung der Reorganisation und Modernisierung ist zu überprüfen**

Die umfassende organisatorische Modernisierung und Digitalisierung der EZV sollte zu erheblichen Effizienzgewinnen innerhalb sowie ausserhalb der Verwaltung führen. Aus Sicht der SVP muss sich diese Effizienzsteigerung nach einer Übergangsphase zwingend in den Kosten der EZV respektive des BAZG niederschlagen, beispielsweise durch sinkende Personal-, Sach- und Betriebsaufwände. Auch ausserhalb der Verwaltung muss sich diese grundlegende Entwicklung für die Unternehmen durch eine signifikante Reduktion der administrativen Aufwände bei der Zollabwicklung beweisen. Die Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse muss zu einer deutlichen Reduktion der Grenzformalitäten führen. Die SVP erwartet eine entsprechende interne sowie externe Wirkungsmessung und Berichterstattung zuhanden der zuständigen parlamentarischen Kommissionen.

Die Reorganisation der EZV und deren Prozesse darf jedoch keinesfalls dazu führen, dass die komplette Verantwortung für die Verzollung auf die Unternehmen überwältigt wird, wie dies im vorliegenden Entwurf noch den Anschein erweckt. Zudem dürfen Zollbeteiligten zukünftig keine zusätzlichen Kosten im Vergleich zur heutigen Situation durch Kontrolltätigkeiten des BAZG oder aufgrund gewisser Aufgaben des BAZG, welche kostenpflichtig werden könnten (wie z. B. Tarif- und Ursprungsauskünfte) entstehen. Dies würde eine reine Lastenverschiebung von der Verwaltung hin zur Privatwirtschaft darstellen, welche die SVP in aller Deutlichkeit ablehnt.

### **Flexibilisierung und Erhöhung der Verfügbarkeit von Personal für den Grenzschutz der Schweiz**

Eine breiter abgestützte Ausbildung des Personals, welche einen flexibleren Einsatz desselben ermöglicht, sei dies in der administrativen Verwaltung oder in einer Funktion, welche bis anhing dem Grenzwachtkorps oblag, ist grundsätzlich zu begrüssen. Die SVP erhofft sich hierdurch eine flexiblere Verfügbarkeit sowie eine höhere Anzahl von Personen, die bei Bedarf für den Grenzschutz eingesetzt werden können. Aus Sicht darf dies jedoch keines Falls dazu führen, dass eine allgemeine Verlagerung vom aktiven Aufgabenbereich des Grenzschutzes in den administrativen Bereich stattfindet oder mehr diese vermehrt für die Zusammenarbeit mit Frontex eingesetzt werden.

### **Verschiebung zahlreicher Bestimmungen auf Verordnungsstufe**

Eine Vielzahl von Bestimmungen und Begriffe werden im Rahmen des BAZG-Vollzugsaufgabengesetz auf die Verordnungsstufe verlagert. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen. Aus diesem Grund sind aus Sicht der SVP Anpassungen im vorliegenden Gesetzesentwurf (inkl. Erläuterungen) notwendig. Darüber hinaus sollten zu den entsprechenden Verordnungen eine Vernehmlassung durchgeführt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

### **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marco Chiesa  
Ständerat



Emanuel Waeber

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD

**per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)**

Ort, Datum  
Aarau, 23. Dezember 2020

Ansprechperson  
Ruth Bader

Telefon direkt  
062 837 18 14

E-Mail  
[ruth.bader@aihk.ch](mailto:ruth.bader@aihk.ch)

## **Vernehmlassung Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) – Stellungnahme der AIHK**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

In obenstehender Angelegenheit äussern wir uns während der Vernehmlassungsfrist und bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Die AIHK begrüsst, dass die Digitalisierung im Zollwesen gefördert und Verfahren sowie Prozesse vereinfacht respektive verkürzt werden sollen. Aus Sicht der AIHK halten wir jedoch fest, dass eine Totalrevision des ZG zwecks Digitalisierung des Zollwesens nicht zwingend notwendig ist, sondern eine einfache Ergänzung/Anpassung des geltenden Gesetzes ausreichen würde.

Die AIHK begrüsst es, dass die heutige 30-tägige Frist für Berichtigungen und/oder Änderungen von Zollanmeldungen (Art. 34 ZG) insofern verlängert wurde, als dass im Rahmen des künftigen Einspracheverfahrens (60-tägige Frist) auch Berichtigungsgesuche gestellt werden können. Dadurch erhält die bisher angewandte Praxis, wonach der Zoll bereits heute eine Frist von 60 Tage gewährt hat, die entsprechende Gesetzesgrundlage.

Die Ungleichbehandlung von Verwaltung und Zollbeteiligten bei Nach- und Rückforderungen bleibt jedoch auch im totalrevidierten ZG weiterhin bestehen. Während die Verwaltung nach Erlass der Veranlagungsverfügung noch während eines Jahres Abgaben nachfordern kann, beträgt die Einsprachefrist für den Zollbeteiligten lediglich 60 Tage. Diese gilt es deutlich zu erhöhen.

Aktuell hält das Gesetz in Art. 10 ZoG fest, dass schriftliche Zolllarif- und Ursprungsankünfte der eidgenössischen Zollverwaltung (neu Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)) während einer gesetzlich festgelegten Dauer verbindlich sind (Art. 20 ZG). Ohne ersichtlichen Grund wird im revidierten Gesetz in Art. 10 E-ZoG darauf verzichtet, die Verbindlichkeit und Dauer der vom BAZG erteilten Zolllarif- und Ursprungsankünfte zu regeln. Dies gilt es, analog der aktuell geltenden Bestimmung, ebenfalls festzulegen, sodass die Rechtssicherheit auch weiterhin gewährleistet ist und die betroffenen Unternehmen, wie bisher, über verbindliche Ankünfte verfügen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass viele Bestimmungen noch einer Präzisierung auf Verordnungsstufe bedürfen. Diesbezüglich ist es essentiell, dass die betroffenen Unternehmen respektive deren Verbände in die Ausarbeitung frühzeitig miteinbezogen werden.

Seitens eines Mitgliedunternehmens wurde noch eingebracht, dass mit Art. 128 BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) die Möglichkeit zu Gunsten des BAZG geschaffen wird, künftig gewerbliche Leistungen gegenüber Dritten zu erbringen. Diesbezüglich ist strikte darauf zu achten, dass das BAZG nicht ohne Notwendigkeit Leistungen anbietet, welche bereits heute durch ein breites Angebot von privaten Anbietern (beispielsweise Aus- und Weiterbildungsanbieter im Bereich Zollwesen) abgedeckt werden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

AARGAUISCHE INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER  
Geschäftsstelle

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Bechtold'.

Beat Bechtold  
Direktor

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'R. Bader'.

Ruth Bader  
Leiterin Exportberatung

**AEROSUISSE**

Dachverband der  
schweizerischen  
Luft- und Raumfahrt

Fédération faîtière de  
l'aéronautique et de  
l'aérospatiale suisses

Associazione mantello  
dell'aeronautica e  
dello spazio svizzeri

Umbrella Organisation  
of Swiss Aerospace

Eidg. Zollverwaltung  
3003 Bern

per Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 23. Dezember 2020

Sekretariat:  
Kapellenstrasse 14  
Postfach  
CH-3001 Bern  
T +41 (0)58 796 98 90  
F +41 (0)58 796 99 03

[info@aerosuisse.ch](mailto:info@aerosuisse.ch)  
[www.aerosuisse.ch](http://www.aerosuisse.ch)

**Stellungnahme AEROSUISSE zur Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die AEROSUISSE nimmt zur titelerwähnten Vernehmlassung wie folgt Stellung:

Der Entwurf des Rahmengesetzes (BAZG-VG) enthält viele Delegationsnormen an den Bundesrat. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision. Umso wichtiger ist, dass der Bundesrat dem Parlament die Verordnungsentwürfe aufzeigt, wenn dieses die Gesetzesrevision beraten wird. Zudem ist zu den Verordnungen ebenfalls eine Vernehmlassung durchzuführen.

**Antrag 1:**

**Der Bundesrat hat zu den Verordnungsentwürfen, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Zollrechtsrevision stehen, eine Vernehmlassung durchzuführen, bevor das Parlament die Gesetzesentwürfe berät.**

**Art. 44 E-BAZG-VG «Bewilligung für den Betrieb von Zolllagern und Steuerlagern»**

Bei der Durchsicht des erläuternden Berichts kann man herauslesen, dass der Status der Zollfreilager aufgehoben werden soll. Das ist für die Flughäfen, die nicht nur Passagierverkehr, sondern auch Warenverkehr abwickeln, nicht ideal. Es ist anzunehmen, dass eine Vielzahl von Betreibern Zollfreilager anbieten werden und das wiederum bedeutet administrativen und personellen Mehraufwand für die Flughäfen. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass die neue Regelung zu den Zollfreilagern die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Schweiz verringert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir, dass Artikel 44 nochmals überprüft wird und der Status der Zollfreilager an die Bedürfnisse der Flughäfen angepasst wird.

### **Art. 45 E-BAZG-VG «Bewilligung für den Betrieb von Zollfreiläden und Bordbuffetdiensten»**

Die Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung zur Einrichtung von Zollfreiläden an Flughäfen sollen neu in Art. 45 E-BAZG-VG geregelt werden. Abweichend von den Bestimmungen des geltenden Rechts soll neu der Bundesrat festlegen können, auf welchen Flugplätzen Zollfreiläden bewilligungsfähig sind. Wichtig ist hierbei, dass im Rahmen der Verordnung die bestehenden Bewilligungserteilungen an die Flughafenbetreiber weiterhin sichergestellt sein müssen. An den Landesflughäfen der Schweiz sind Duty Free-Shops bei der Ausreise und Ankunft fester Bestandteil des Versorgungsangebots für Reisende und werden von der Kundschaft entsprechend nachgefragt.

Zudem soll der Bundesrat die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die zusätzlich zur Gewährleistung der nötigen Kontroll- und Sicherungsmassnahmen gelten sollen (Abs. 3), mit Verhältnismässigkeit festlegen. Falls eine inhaltliche Änderung der Bewilligungsvoraussetzungen gegenüber heute in Erwägung gezogen wird, müssten diese Erleichterungen beinhalten. Dasselbe gilt für die Festlegung der Waren, die verkauft werden dürfen (Abs. 1 Bst. b). Die wirtschaftliche Lage, bedingt durch die Coronakrise, wird die an den Flughäfen tätigen Unternehmen für längere Zeit stark belasten. Umso wichtiger ist, dass den Wirtschaftsteilnehmern keine zusätzlichen Hürden auferlegt werden.

#### **Antrag 2:**

**Die Bewilligungserteilung an die Schweizer Landesflughäfen für die Einrichtung von Zollfreiläden muss im Rahmen der Verordnung des Bundesrats weiterhin sichergestellt sein. Die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die der Bundesrat gemäss Art. 45 Abs. 3 E-BAZG-VG festlegen kann, dürfen zu keiner Erschwerung der Bewilligungserteilung gegenüber heute führen.**

### **Art. 123 E-BAZG-VG «Infrastruktur Dritter»**

Bis heute gilt die Annahme, dass die Zollkontrollen an den Flughäfen nicht «auf Begehren» der Flugplatzhalter stattfinden, sondern eine hoheitliche Aufgabe sind. So wie die EZV für Kosten von Infrastruktur und Betrieb an den Zollstellen bei den Grenzübergängen von Strasse und Schiene aufkommt, so trägt sie grundsätzlich diese Kosten auch an den Flughäfen. Für die Nutzung von Räumlichkeiten und den Gebäudeunterhalt werden die Flughafenbetreiber von der EZV entschädigt. Für sämtliche Betriebskosten kommt die EZV selbst auf.

Ganz grundsätzlich darf es zu keiner Aufweichung der Kostentragungspflicht des Bundes bei hoheitlichen Aufgaben kommen. Vor diesem Hintergrund ist Art. 123 E-BAZG-VG in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens findet der bestehende Art. 5 Abs. 1 ZG im neuen Gesetzesentwurf keine Erwähnung mehr. Im Erläuternden Bericht (S. 105) ist zwar festgehalten, dass das BAZG die Grundinfrastruktur für die Erfüllung seiner Aufgaben selber errichtet. Dieser Grundsatz bedürfe jedoch keiner Erwähnung im Gesetz. Diese Schlussfolgerung ist verfehlt. Es handelt sich hier um einen zentralen Grundsatz, nämlich, dass der Staat für die Kosten seiner hoheitlichen Aufgaben im Zollbereich aufkommt. Der Grundsatz muss zwingend auch im BAZG-VG festgehalten sein, damit an dessen Gültigkeit keine Zweifel aufkommen.

Zweitens verweist Art. 123 E-BAZG-VG Abs. 2 neu auf Vorbehalte durch besondere Bestimmungen des Bundesrechts. Wie dem Erläuternden Bericht zu entnehmen ist, zählt dazu insbesondere Art. 105 Abs. 2 Luftfahrtgesetz (LFG; SR 748.0), der die Flugplatzhalter zur Bereitstellung der für die Zollabfertigung notwendigen Räume

verpflichtet. Diese Bestimmung im LFG wird von den Flugplatzhaltern bereits heute vollumfänglich erfüllt, indem der EZV die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Im Gegenzug bezahlt die EZV Miete. Es handelt sich demnach um eine entgeltliche Zurverfügungstellung. Es entbehrt deshalb jeglicher Logik, weshalb diese Bestimmung des LFG als Vorbehalt zu Art. 123 Abs. 1 BAZG-VG gelten soll, der die Entschädigung des BAZG für die Erfüllung von Aufgaben «auf Begehren Dritter» regelt. Zudem enthält Art. 105 Abs. 1 LFG wiederum einen Vorbehalt der Gesetzgebung über Zoll und Grenzsicherheit. Ein wechselwirkender Vorbehalt sowohl im LFG wie im BAZG verwirrt oder hebt sich gegenseitig auf. Art. 123 Abs. 2 E-BAZG-VG ist deshalb aus dem Gesetzesentwurf zu streichen.

**Antrag 3:**

**Art. 123 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:**

**<sup>1(neu)</sup> Die Kosten der Infrastruktur, in der das BAZG seine Aufgaben erfüllt, trägt der Bund. Vorbehalten bleibt Absatz 2.**

**<sup>2</sup> Das BAZG kann seine Aufgaben auf Begehren Dritter in deren Infrastruktur erfüllen. Diese müssen die erforderliche Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung stellen und das BAZG für die Betriebskosten angemessen entschädigen.**

**<sup>2</sup> ~~Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen des Bundesrechts.~~**

**Art. 124 E-BAZG-VG «Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen»**

Die Flughafenbetreiber sind mit ihrem Personal schon heute von einer Mitwirkungspflicht gegenüber der EZV betroffen. Diese ist in Art. 141 Zollverordnung (ZV; SR 631.01) geregelt. Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass die Mitwirkungspflicht gesetzlich festgehalten und auf alle Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiber, unabhängig des Verkehrsträgers, ausgeweitet wird. Dabei sollten auch die Abfertigungsunternehmen (Handling-Agents) namentlich erwähnt werden, die bei der Warenabfertigung eine wichtige Rolle einnehmen.

Das Prinzip der generellen Unentgeltlichkeit dieser Mitwirkung geht jedoch zu weit – umso mehr, weil der Umfang der Mitwirkungspflicht sowie der Anordnungs-Kompetenz des BAZG im Gesetzeslaut nicht eingegrenzt wird. Das Gesetz lässt damit einen grossen Auslegungsspielraum offen, mit der Gefahr, dass das BAZG die Mitwirkungspflicht beispielsweise zwecks unentgeltlicher Deckung zusätzlichen Personalbedarfs interpretieren könnte. Dass die Unterstützung des Personals des BAZG durch die Infrastrukturbetreiber und Transportunternehmen nicht hauptsächlich und dauerhaft, sondern nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt ist, muss deshalb zwingend in Art. 124 BAZG-ZG festgehalten werden.

Verhältnismässigkeit gilt es auch in Bezug auf die Anordnungsgewalt des BAZG zu wahren. So muss für die betroffenen Unternehmen die Möglichkeit bestehen, Anordnungen des BAZG gerichtlich anzufechten, falls diese den legitimen Umfang der Mitwirkungspflicht übersteigen. Deshalb sollte das BAZG seine Anordnungen auf Verlangen per Verfügung erteilen, damit unter Umständen entsprechende Rechtsmittel ergriffen werden können.

Antrag 4:

Art. 124 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:

**Titel: Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen**

**Text: Das Personal von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und von Infrastrukturbetreiberinnen, insbesondere im Bereich des Eisenbahn-, Luft und Schiffsverkehrs, muss das BAZG beim Aufgabenvollzug gemäss seinen Anordnungen unentgeltlich unterstützen. Die unentgeltliche Unterstützung kann nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt verlangt werden. Entsprechende Anordnungen des BAZG erfolgen auf Antrag des Betroffenen in Form einer Verfügung.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

**AEROSUISSE**

**Dachverband der schweizerischen**

**Luft- und Raumfahrt**

Der Geschäftsführer:



Philip Kristensen





## Procédure de consultation:

- **Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et**
- **révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

---

## Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : Association des groupements et organisations romands de l'agriculture

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : AGORA

Adresse : Avenue des Jordils 5, 1006 Lausanne

Personne de référence : Loïc Bardet

Téléphone : 021/614.04.73

Courriel : l.bardet@agora-romandie.ch

Date : Le 9 décembre 2020

---

Veillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (**document Word et PDF**) d'ici au **31 décembre 2020** à l'adresse suivante :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|  |    |
|--|----|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....                              | 3  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                  | 4  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016..... | 7  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Autres propositions .....  | 8  |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....  | 9  |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                            | 11 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Autres propositions .....  | 13 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....  | 14 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                                      | 15 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Autres propositions .....  | 17 |
| Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes .....   | 18 |

### Indications importantes pour remplir les tableaux:

1. Nous vous prions,
  - a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant;
  - b) d'utiliser une ligne par article, alinéa et lettre ou par article du chapitre du rapport explicatif;
  - c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne remplir que les champs gris du formulaire;
2. La colonne «Nom» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| <b>Nom<sup>1</sup></b> | <b>Commentaire / remarque</b>   |
|------------------------|---|
| AGORA                  | N'ayant pas été directement consulté ainsi qu'au vu de l'étendue de la consultation relative aux deux nouvelles lois ainsi qu'aux modifications d'autres actes législatifs en découlant, nous limitons notre prise de position à quelques éléments spécifiques à l'agriculture. |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |
| AGORA                  |   |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

---

<sup>1</sup> La colonne «Nom» sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b>  | <b>Proposition de modification (texte)</b>   |
|------------|-------------|------------|-------------|--|--|
| AGORA      | 4           | 1          | l (nouveau) | Les contributions au fonds de garantie pour la constitution et le maintien des stocks obligatoires au sens de l'approvisionnement économique du pays sont liées également aux droits de douane. Il est donc nécessaire de les mentionner à l'art. 1. | l. les contributions au fonds de garantie au sens de la loi sur l'approvisionnement du pays.   |
| AGORA      | 19          | 2          | b           | Le texte législatif parle de marchandises importées acheminées hors du territoire douanier. Il s'agit probablement d'une erreur de formulation car il ferait plus sens de parler d'acheminement dans le territoire douanier.                         | b. la naissance de la dette fiscale lorsque des marchandises importées sans formalités n'ont pas été acheminées en bonne et due forme DANS LE territoire douanier. |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |
| AGORA      |             |            |             |  |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
| AGORA |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016**

|       | Réponse                             |   | Commentaire / remarque   |
|-------|-------------------------------------|---|--|
| AGORA | <input checked="" type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  | Cette variante apporte plus de clarté et ne nécessite pas la modification de nombreuses autres lois avec le risque d'en oublier certaines. |
| AGORA | <input type="checkbox"/>            | Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |
| AGORA      |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| <b>Nom</b> | <b>Loi</b>                                | <b>Commentaire / remarque</b>   |
|------------|---|---|
| AGORA      | Loi sur l'imposition des huiles minérales | Nous saluons le maintien du remboursement de l'impôt prélevé pour les carburants utilisés à des fins agricoles selon la nouvelle formulation de l'art. 18, al. 2, let.c.  |
| AGORA      | Loi sur les denrées alimentaires          | Nous saluons, au nouvel art. 30a, la possibilité accordée aux autorités d'exécution de pouvoir effectuer des achats sous une fausse identité afin de vérifier le respect de la législation sur les denrées alimentaires dans le cadre de la vente en ligne. |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |
| AGORA      |   |   |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|       |  |  |
|-------|--|--|
| AGORA |  |  |
|-------|--|--|

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| <b>Nom</b> | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
|------------|------------|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |            |             |            |             |                               |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|       |  |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|--|
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions</i></b> |            |             |                               |                      |
|--|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |
| AGORA  |            |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |  |
|--|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Commentaire / remarque</b>  |
| AGORA  | Nous souhaitons profiter de cette révision totale pour que le tourisme d'achat ne soit plus encouragé fiscalement comme c'est le cas actuellement. |
| AGORA  |  |
| AGORA  |  |
| AGORA  |  |
| AGORA  |  |
| AGORA  |  |
| AGORA  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi sur les droits de douane – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
|------------|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |
| AGORA      |             |            |             |                               |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |
| AGORA |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Autres propositions</b> |                                    |                               |  |
|--|------------------------------------|-------------------------------|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b>                        | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b>   |
| AGORA  | art. 6,<br>al. 3<br>(nou-<br>veau) | Voir remarques générales      | 3. L'exonération n'est possible que lorsque la mar-<br>chandise a été taxée à l'étranger et que cette taxe<br>n'a pas été remboursée ou exonérée par le pays<br>d'origine lors de l'exportation. |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |
| AGORA  |                                    |                               |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1. Désactiver la protection du document

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. Within this tab, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) button is highlighted with a red rectangle. A side panel on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', displays the document's permissions. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is also highlighted with a red rectangle. The document content includes a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## 2. Insérer de nouvelles lignes

- Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris
- Presser Control-C pour copier
- Presser Control-V pour insérer

|   |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |

## 3. Réactiver la protection du document

Adobe Acrobat toolbar and document content:

Toolbar: Datei, Start, Einfügen, Entwurf, Layout, Verweise, Sendungen, **Überprüfen**, Ansicht, Entwicklertools, EZV-AFD, ACROBAT, Format, Was möchten Sie tun?, Freigeben.

Buttons: Rechtschreibung, Thesaurus, Wörter zählen, Übersetzen, Sprache, Neuer Kommentar, Löschen, Vorheriges Element, Nächstes Element, Änderungen nachverfolgen, Markup: alle, Markup anzeigen, Überarbeitungsbereich, Annehmen, Ablehnen, Zurück, Weiter, Vergleichen, Autoren blockieren, **Bearbeitung einschr.**

Document Content:

Vernehmlassung: §

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgesetz, BAZG-VG) sowie §
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)²

**BAZG-Vollzugsgesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht²**

| Name² | Bemerkung/Anregung² |
|-------|---------------------|
| ✖     |                     |
| ✖     |                     |
| ✖     |                     |
| ✖     |                     |

Panel: **Bearbeitung einschränken**

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
  - Einstellungen...
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)

**Ja, Schutz jetzt anwenden**

# ASSOCIATION SUISSE DES FABRICANTS ET COMMERCANTS DE METAUX PRECIEUX (ASFCMP)

## Procédure de consultation pour la révision totale de la loi sur les douanes (LD) du 11 septembre 2020.

Monsieur le Conseiller fédéral,

Madame, Monsieur,

Nous avons l'avantage de vous faire part ci-après de nos remarques et commentaires sur la révision totale de la loi sur les douanes (LD) du 11 septembre 2020.

### Remarques générales :

Nous approuvons cette révision de la loi sur les douanes tant de par les améliorations qu'elle apporte au niveau de la digitalisation des informations, que de l'idée d'une surveillance à 360° des marchandises, des personnes et des transports.

Nous saluons également l'approche faite au niveau des analyses risques nouvellement prévues comme des adaptations envisagées dans le cadre juridique et pénal.

Le renforcement des collaborations internationales douanières avec l'Europe et les organisations douanières internationales sont une très bonne chose et favorables au commerce et aux échanges internationaux.

### Remarques au niveau de la Loi sur le commerce des métaux précieux (LCMP) :

Les modifications et adaptations prévues dans le cadre de la LCMP correspondent aux attentes de nos membres.

Nous saluons la volonté d'un plus grand contrôle dans le commerce et l'importation de produits de la fonte (Art 34a), comme demandé depuis longtemps par nos membres, de même que de la volonté de tenir à l'écart du marché suisse les métaux précieux d'origine illégales ou proscrites (Art 49a).

De manière plus précise nous faisons les remarques suivantes :

Il serait important que dans la LCMP il soit précisé que la responsabilité incombe « au titulaire de l'autorisation d'exercer la profession d'essayeur du commerce » et non pas à l'essayeur lui-même. Ceci en raison du fait que dans la Due diligence on se réfère de plus en plus à l'essayeur-juré comme garant des activités alors qu'il peut être affecté aussi à d'autres missions dans l'entreprise.

Art 34 bis LCMP « Preuve de l'origine du produit de la fusion ». La référence générique « preuve de provenance » peut créer des doutes d'interprétation. En effet : Comment prouver ? Que comprendre par origine ? Faut-il entendre l'origine du matériau recyclé selon la norme LBMA ou autres ?

A notre sens, il manque dans les modifications envisagées de la présente révision, les sanctions explicites du non-respect de la diligence, sanctions qui, à notre avis, doivent encore être développées.

Veuillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

ASSOCIATION SUISSE DES FABRICANTS ET  
COMMERCANTS DE METAUX PRECIEUX (ASFCMP)

Le Président :

Cédric Léger

La Chaux-de-Fonds, le 4 décembre 2020

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Basel, 28. Dezember 2020

Tom Odermatt  
Tel.: ++41 61 205 98 19  
[tom.odermatt@spedlogswiss.com](mailto:tom.odermatt@spedlogswiss.com)

Philipp Muster  
Tel.: ++41 61 753 83 59  
[philipp.muster@swiss-shippers.ch](mailto:philipp.muster@swiss-shippers.ch)

### **Zusätzliche gemeinsame Stellungnahme Aussenhandelsforum Schweiz (AFS) zu den eigenen Stellungnahmen**

Das Aussenhandelsforum setzt sich zusammen aus den Verbänden scienceindustries, Schweizerischer Gewerbeverband, Swiss Courier Association, SPEDLOGSWISS, Swiss Shipper's Council SSC, VNL und VSUD und vertritt damit unter dem Titel "Aussenhandelsforum Schweiz (AFS)" die Interessen wesentlicher Teile der Schweizer Wirtschaft. Als Aussenhandelsforum möchten wir zusätzlich zu unseren einzelnen Stellungnahmen darstellen, dass wir in vielen Punkten Übereinstimmung sehen und uns deren Berücksichtigung ausserordentlich wichtig ist. Wir sind interessiert an einfachen, kostengünstigen Verfahren, die im Aufgabenbereich des BAZG geschaffen werden sollen. Dementsprechend gross ist unser Interesse, dass unsere Anträge in den Gesetzesentwurf einfließen und Berücksichtigung finden. Wir begrüssen den Willen der Eidg. Zollverwaltung (EZV) zur Vereinfachung und Vereinheitlichung von Prozessen, zur Digitalisierung und der entsprechenden Anpassung ihrer Organisationsstrukturen.

Im Rahmen der vorliegenden Revision muss es der Verwaltung und der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft abgebildet wird (gleich lange Spiesse für Fristen etc., Vereinfachungen für Verwaltung und Wirtschaft). Die Revision darf nicht nur der Verwaltung oder nur der Wirtschaft Vorteile bringen: aus ihr muss für beide Seiten eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Stand resultieren. Wir möchten im Sinne dieses Gleichgewichts mit unseren Stellungnahmen noch einige Aspekte der Privatwirtschaft einbringen.

Die Vernehmlassung beurteilen wir als einen guten Start für den Diskurs über die zukünftige Ausgestaltung der Zollverfahren und der Zollverwaltung. Aus unserer Sicht muss es nun

darum gehen, im Dialog mit der Wirtschaft und ausgewiesenen Praktikern und Praktikerinnen zukunftssträchtige Lösungen zu suchen und zu finden. Die Wirtschaft hätte sich gewünscht, bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorschläge mehr einbezogen zu werden.

Die Verordnungen, die zum besseren Verständnis und Beurteilung hätten beitragen können, sind aktuell noch nicht vorhanden und der erläuternde Bericht steht in Teilen im Widerspruch mit dem Wording im Gesetz. Auffällig ist die Vielzahl an Delegationen, die die beiden Gesetze wenig aussagekräftig erscheinen lassen und offenlassen, ob bestimmte Abläufe wie ZVE - Bewilligungen in Zukunft überhaupt noch vorgesehen sind.

Vertiefte und ergebnisoffene Diskussionen mit praxiserprobten Experten aus unserem Umfeld hat das BAZG nicht geführt. Vorschläge zur Vereinfachung, Vereinheitlichung und Verbesserung fanden an Informationsveranstaltungen Gehör, sind jedoch nur zu einem kleinen Teil in den Entwurf eingeflossen.

In den Gesetzesentwürfen selbst wünschten wir uns ein klareres Bekenntnis zur Entlastung der Wirtschaft, insbesondere was Gebühren, Kosten und Rahmenbedingungen betrifft. Es muss weiterhin möglich sein, Warenbestimmungen frei wählen zu können.

Die neuen Namensgebungen und Rollen sind noch zu wenig einheitlich und klar ausformuliert und können zu unnötigen Missverständnissen gerade auch im internationalen Kontext führen.

Unsere Forderungen umfassen:

- Vereinfachte, schnelle, digitalisierte Abläufe
- Administrative Entlastung
- Finanzielle Entlastung
- Gleichbehandlung und Erweiterung in Bezug auf Fristen
- Keine Wettbewerbsverzerrungen
- Weder Gebühren noch Zusatzkosten zu Lasten des Schweizer Aussenhandels und keine neuen Geschäftsfelder für die öffentliche Hand, die die Aufgabengebiete der Privatwirtschaft konkurrenzieren
- Bestehender Standortvorteil für die Schweiz erhalten und ausbauen
- Fairness und Partnerschaft zwischen Zoll und Wirtschaft.

Für folgende für uns wichtigste Punkte, erwarten wir zum Wohl der Wirtschaft Berücksichtigung in den neuen Gesetzen und Verordnungen:

1. Das BAZG erbringt seine ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.
2. Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sollen grundsätzlich nur bei Kontrollen einzureichen sein.
3. In der Warenanmeldung braucht es keine transportbezogenen Angaben. Für die Meldung des Transportmittelkennzeichens mittels Referenzierens ist eine Lösung ausserhalb der Zollanmeldung vorzusehen.
4. Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.
5. Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) wurde auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Verfahrenserleichterungen für AEO sind unabhängig davon festzulegen und eine international gegenseitige Anerkennung im Gesetz aufzunehmen.
6. Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates.
7. Zolllarifauskünfte müssen weiterhin kostenfrei, verbindlich und von angegebener Dauer sein und sollen mit Einverständnis der Zollbeteiligten öffentlich zugänglich sein.
8. Die Heilung von Verfahrensfehlern muss möglich sein, wie auch ein Erlass von Zollabgaben analog der MWST.
9. Das Gesetz erlaubt verschiedene Möglichkeiten der Abgabentrachtung (gesammelt, periodisch). Für inländische Abgabenschuldner erweitert sich die Zahlungsfrist 60 Tage.
10. Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.
11. Bei unvollständigen Veranlagungen, oder Zweifeln der Richtigkeit soll das BAZG nicht einseitig eingreifen und schätzen dürfen.

12. Es gelten gegenseitige, faire Bedingungen: beispielsweise in Form von Harmonisierungen von Fristen. Die Einsprachefrist für Verfügungen beträgt 60 Tage. Diese Frist muss derjenigen gleichgestellt sein, die für die EZV für das Stellen von Nachforderung gilt.
13. Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen uneingeschränkt verfügbar.
14. Systemausfälle beim BAZG werden nicht auf dem Rücken der Wirtschaftsbeteiligten ausgetragen.
15. Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.
16. Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.
17. Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass. Alle juristischen Personen, die Anmeldungen abgeben sollen gleichbehandelt werden und die heutige Strafpraxis soll mit Artikel 133, Variante 1 entschärft werden.

**Ein wichtiges Anliegen ist uns allen auch das Mitspracherecht der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts mit einem Konsultativgremium (analog zur MWST).**

Wir erwarten, dass der Bundesrat ein Konsultativgremium vorsieht und einrichtet, das aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der Kantone, der Wissenschaft und der Zollpraxis besteht.

Das Konsultativgremium soll geplante Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft im Vorfeld und zu Entwürfen beraten und Stellung nehmen, und Empfehlungen und Änderungen einbringen können.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und konkreten Vorschläge.

Mit freundlichen Grüssen

science**INDUSTRIES**  
S W I T Z E R L A N D

sgv  usam

**SPEDLOGSWISS**



Swiss Express Association  
Schweizerischer Express Verband  
Association Suisse des Expressistes

SWISS  
SHIPPERS'  
COUNCIL



**vnl**  
SCHWEIZ  
VEREIN  
NETZWERK  
LOGISTIK

Erfolg verbindet

**VSLD**

seit 75 Jahren



Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Elektronischer Versand: [rechtsetzung@evz.admin.ch](mailto:rechtsetzung@evz.admin.ch)

Bern, 23. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

***Stellungnahme von auto-schweiz – Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure***

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zu dem im Titel genannten Thema wie folgt Stellung nehmen zu dürfen.

**Allgemeine Bemerkungen**

Wir konzentrieren uns auf die brisanten Änderungen zum Automobilsteuergesetz (AStG) vom 21. Juni 1996 (SR 641.51) und gehen gleich detailliert auf die einzelnen Punkte ein.

Zunächst erlauben wir uns jedoch, auf eine **Ungleichbehandlung in der Anwendung der Zolltarife** aufmerksam zu machen – im Wissen, dass der Bundesrat die Abschaffung der Industriezölle beantragt hat. Sollte die Abschaffung der Industriezölle vom Parlament angenommen werden, würden die Zollansätze für Personen- und Nutzfahrzeuge auf Fr. 0.00 gesenkt und unser Antrag wäre somit hinfällig. Die Beratung dazu ist im Parlament aber noch hängig.

Auf Grund der Batteriezellfertigung in einem Drittstaat ist der geforderte Anteil europäischer Herkunft (EU local content) von >60% zur Erlangung der EU-Präferenz nicht erreichbar.

Die Folge davon ist, dass beim Import in die Schweiz ein Gewichtszoll erhoben wird.

Für leichte Nutzfahrzeuge, Lieferwagen der Kategorie N1, ist der Tarif um den Faktor 5 höher angesetzt als bei einem Personenwagen der Kategorie M1. Das zur Bemessungsgrundlage herangezogene Bruttogewicht ist bei Elektrofahrzeugen in der Regel vor allem bedingt durch das zusätzliche Gewicht der Batterie höher als bei einem mit Verbrennungsmotor betriebenen Fahrzeug. Dieses durch den alternativen Antrieb hervorgerufene Zusatzgewicht sollte kompensiert werden können.

Rechnerisches Beispiel an einem Mercedes-Benz eVito:

|                                       |                     |                          |
|---------------------------------------|---------------------|--------------------------|
| - eVito (Nutzfahrzeug, N1-Zulassung)  | Tarif 8704.9030/011 | Ansatz: CHF 74.00/100 kg |
| - eVito (Personenwagen, M1-Zulassung) | Tarif 8703.8030/923 | Ansatz: CHF 15.00/100 kg |

Aus Sicht von auto-schweiz sollte diese Ungleichbehandlung abgeschafft werden. Sie konterkariert die erfolgreiche Markteinführung von leichten Nutzfahrzeugen mit alternativen Antrieben.

## Detaillierte Bemerkungen

### Aufhebung Art. 12 Steuerbefreiung Abs. 1 Bst. e AStG

#### **Art. 12 Steuerbefreiung AStG**

*1 Von der Steuer befreit sind:*

- a. die Einfuhr von Automobilen, die aufgrund besonderer Umstände zollfrei sind;*
- b. die Einfuhr von Automobilen, für die unter bestimmten Voraussetzungen die Pflicht zur Bezahlung der Zollabgaben aufgehoben wird;*
- c. die Lieferung von im Inland hergestellten Automobilen direkt ins Ausland oder die Lieferung von im Inland hergestellten Automobilen, die nach Buchstabe a bei der Einfuhr zollfrei wären;*
- d. die Einfuhr und die Lieferung von Automobilen, die aufgrund internationaler Abkommen steuerfrei sind;*
- ~~*e. die Einfuhr und die Lieferung von Automobilen, die nach dem Schwerverkehrsabgabengesetz vom 19. Dezember 1997 der Schwerverkehrsabgabe unterliegen.*~~

*2 Der Bundesrat kann Elektro-Automobile ganz oder teilweise von der Steuer befreien.*

*3 Er regelt die Einzelheiten.*

Zum Zeitpunkt der Einfuhr in die Schweiz ist nicht bekannt, mit welchem Gesamtgewicht das Fahrzeug zur ersten Inverkehrsetzung angemeldet wird und somit ist auch nicht klar, ob das Fahrzeug mit oder ohne Automobilsteuer zu veranlagern ist.

auto-schweiz lehnt die Aufhebung des Art. 12 Abs. 1 Bst. E des AStG ab. Der Wegfall der Steuerbefreiung und der daraus resultierenden Mehrbelastung bei den Wohnmobilen mit einem Gesamtgewicht von mehr als 3,5 Tonnen würde zu einer Erhöhung des Kundenpreises und zu einer Ungleichbehandlung führen.

### Aufhebung Art. 14 Steueranmeldung bei der Herstellung im Inland AStG

#### **Art. 14 Steueranmeldung bei der Herstellung im Inland AStG**

~~*1 Hersteller und Herstellerinnen von Automobilen müssen der Steuerbehörde eine Steueranmeldung abgeben.*~~

~~*2 Die Steueranmeldung ist für die Person, die sie ausgestellt hat, als Grundlage für die Festsetzung des Steuerbetrages verbindlich. Das Ergebnis einer amtlichen Prüfung bleibt vorbehalten.*~~

~~*3 Zur Vereinfachung der Steuererhebung kann die Oberzolldirektion mit einzelnen Steuerpflichtigen Vereinbarungen über die Veranlagung der zu erhebenden Steuer und das Veranlagungsverfahren treffen. Solche Vereinbarungen sind nur zulässig, wenn sie den Abgabenertrag nicht schmälern.*~~

auto-schweiz ist der Meinung, dass diejenige Person, die nach der Einfuhr im Inland Um- oder Ausbauten vornimmt, steuerpflichtig werden muss, sofern ein beim Import steuerbefreites Fahrzeug durch den Umbau neu steuerpflichtig wird. Der Fahrzeugimporteure kann nur die Steuer anhand des Zustandes des Fahrzeuges zum Zeitpunkt der Verzollung deklarieren (z.B. Lieferwagen). Anschliessend ist das Fahrzeug nicht mehr im Verantwortungsbereich des Importeurs und er hat keine Kontrolle darüber, wenn z.B. ein Lieferwagen nach der Einfuhr zu einem Personentransporter <10 Plätze umgebaut wird.

## Aufhebung Art. 19 Nachforderung und Rückzahlung der Steuer AStG

Aus Sicht von auto-schweiz ist die Aufhebung des Art. 19 AStG einseitig, da die Möglichkeit der Rückforderung von zu viel bezahlten Steuern wegfällt, die Möglichkeit der Nachforderung der Steuerbehörde aber weiterhin bestehen bleibt. Die unbürokratische Rückforderung muss auch zukünftig möglich sein.

Bedingt durch neue Technologien ist es heute bereits möglich, dass Fahrzeuge nach der Verzollung «elektro-nisch», respektive softwareseitig mit Optionen nachgerüstet werden können und sich somit der Warenwert erhöht. Erfolgt die Nachrüstung durch den Fahrzeugimporteur, muss der erhöhte Warenwert nachverzollt werden. Wird die Nachrüstung durch einen Dritten veranlasst, erfolgt keine Nachverzollung. Diese «Ungleichbehandlung» der Importeure muss vermieden werden.

## Änderung Art. 24 Steuerbemessungsgrundlage AStG

| <b>Art. 24 Steuerbemessungsgrundlage Abs. 1, 3 und 5 AStG (aktuell)</b>   | <b>Art. 24 Steuerbemessungsgrundlage Abs. 1, 3 und 5 AStG (neu)</b>   |
|---|---|
| <p><i>1 Die Steuer wird erhoben:</i></p> <p><i>a. auf dem vom Importeur entrichteten oder zu entrichtenden Entgelt nach Artikel 30, wenn das Automobil in Erfüllung eines Veräusserungs- oder Kommissionsgeschäfts eingeführt wird;</i></p> <p><i>b. auf dem Normalwert in den übrigen Fällen; als Normalwert gilt, was ein Importeur auf der Stufe, auf der die Einfuhr bewirkt wird, einem selbständigen Lieferanten im Herkunftsland des Automobils im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerforderung unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs zahlen müsste, um das gleiche Automobil zu erhalten.</i></p> <p><i>3 Bestehen Zweifel an der Richtigkeit der deklarierten Steuerbemessungsgrundlage oder fehlen Wertangaben, so kann die Steuerbehörde die Steuerbemessungsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen schätzen.</i></p> <p><i>5 Bei unvollständigen oder unfertigen Automobilen kann die Steuerbehörde den steuerbaren Betrag um den Preis oder Wert der fehlenden Teile erhöhen.</i></p> | <p><i>1 Die Steuer wird erhoben:</i></p> <p><i>a. auf dem <b>von der Warenverantwortlichen nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1 BAZG-VG</b> entrichteten oder zu entrichtenden Entgelt nach Artikel 30, wenn das Automobil in Erfüllung eines Veräusserungs- oder Kommissionsgeschäfts eingeführt wird;</i></p> <p><i>b. auf dem Normalwert in den übrigen Fällen; als Normalwert gilt, was <b>die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1 BAZG-VG</b> auf der Stufe, auf der die Einfuhr bewirkt wird, einem selbständigen Lieferanten im Herkunftsland des Automobils im Zeitpunkt der Entstehung der Steuerforderung unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs zahlen müsste, um das gleiche Automobil zu erhalten.</i></p> <p><del><i>3 Bestehen Zweifel an der Richtigkeit der deklarierten Steuerbemessungsgrundlage oder fehlen Wertangaben, so kann die Steuerbehörde die Steuerbemessungsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen schätzen.</i></del></p> <p><i>5 Bei unvollständigen oder unfertigen Automobilen kann die Steuerbehörde den steuerbaren Betrag um den Preis oder Wert <b>aller fehlenden Teile und der Arbeiten erhöhen, die für die Erlangung eines betriebs-sicheren Zustandes nach den Vorschriften, die gestützt auf Artikel 8 des Strassenverkehrsgesetzes vom 19. Dezember 1958 erlassen werden, notwendig sind.</b></i></p> |

Fahrzeughersteller und -importeure vereinbaren häufig Verrechnungspreise, welche die Vertriebsaktivitäten der Importeure mit einer fixen Marge entschädigen. Die vereinbarten Preise sind jeweils für eine bestimmte zeitliche Periode festgelegt ( $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{2}$  oder 1 Jahr) und an Annahmen wie z.B. Modellpalette, Verkaufsvolumen, Endverkaufspreise und Fremdwährungskurse gebunden.

Im Zeitpunkt der Einfuhr der Fahrzeuge in die Schweiz wird der Einkaufspreis pro Fahrzeug berechnet und als Basis für die Festsetzung der Automobilsteuer herangezogen. Weichen die endgültigen Verkaufszahlen am Ende der Berichtsperiode von den Leistungszielen ab, erfolgt eine Korrektur der Einkaufspreise, damit die festgelegte Marge beibehalten werden kann. Somit haben die Einkaufspreise sowie die berechnete Automobilsteuer nur provisorischen Charakter.

Mittels Meldung der Preisreduktion kann der Importeur eine teilweise Rückerstattung der Steuer verlangen. Werden die Ziele übertroffen, werden die provisorischen Einkaufspreise erhöht, um die vereinbarte Marge einzuhalten. Heute wird die Automobilsteuer auf den tatsächlichen, nach Berücksichtigung von Preisanpassungen ermittelten Einfuhrpreisen abgerechnet. Künftig wäre der provisorische Einkaufspreis die endgültige Steuerbasis für die Automobilsteuer. Das könnte dazu führen, dass zwei Fahrzeuge mit dem gleichen definitiven Einkaufspreis unterschiedlich besteuert würden (unterschiedlicher Einkaufspreis zum Zeitpunkt der Einfuhr).

**Die Nachforderungs- und Rückerstattungsmöglichkeit bei der Automobilsteuer muss aus den genannten Gründen weiterhin möglich sein. Die Regelung der Nachforderung und Rückerstattung der Automobilsteuer muss ins AStG oder BAZG-VG aufgenommen werden.**

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Freundliche Grüsse  
auto-schweiz



François Launaz  
Präsident



Andreas Burgener  
Direktor

Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD  
Generalsekretariat EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Zürich, 23.12.2020

Per E-Mail an [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens BAZG-VG, Totalrevision des Zollgesetzes und der damit verbundenen Änderung anderer Erlasse – insbesondere der Änderung des Mineralölsteuergesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 wurde Avenergy Suisse eingeladen zur Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie der Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und bedanken uns für die Möglichkeit unsere Anliegen einzubringen.

Die Mineralölbranche zählt zu den tragenden Säulen der Schweizer Wirtschaft und der wirtschaftlichen Landesversorgung. Die Unternehmen unserer Branche versorgen die Schweiz mit beinahe 50% der gesamten benötigten Primärenergie und halten im Rahmen der Verpflichtung des Landesversorgungsgesetzes die Pflichtlager für Mineralölprodukte.

Gleichzeitig sind die Abgaben auf Mineralölprodukte unserer Branche eine der wichtigsten fiskalischen Einnahmequellen des Bundeshaushaltes. 2019 beliefen sich die Fiskalerträge aus den Abgaben auf Mineralölprodukte auf über 5.5 Milliarden Schweizer Franken und damit auf 6.2 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes.

Als Importeure von jährlich rund 10 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukten sind die Unternehmen unserer Branche und damit auch die Landesversorgung sowie der Bundeshaushalt überdurchschnittlich stark von den vorliegenden Gesetzesgeschäften betroffen.

Ein besonderes Anliegen sind uns neben der Vernehmlassungsvorlage des BAZG-VG vor allem die damit verbundenen Änderungen der Zollprozesse und die Änderungen anderer Erlasse insbesondere des Mineralölsteuergesetzes. Wir haben uns aus diesem Grund erlaubt, die

Stellungnahme im Anschluss an unsere einleitenden Bemerkungen in drei Teile zu gliedern: allgemeine Anmerkungen zur Vorlage, Anmerkungen zum Gesetzestext BAZG-VG, Anmerkungen zu den Änderungen des Mineralölsteuergesetzes.

### **Allgemeine Anmerkungen zur Vorlage**

Die Prozesse zur Ein- und Ausfuhr sowie Versteuerung von Mineralölprodukten sind etabliert, bewährt und weitgehend digitalisiert. Jede Änderung dieses Systems bedeutet einen hohen Aufwand auf Seiten der Wirtschaft. Ebenfalls müssen alle Änderungen in ein multinationales Umfeld eingebettet werden. Sowohl im Sinne der Wirtschaftlichkeit wie auch insbesondere der Gewährleistung der Landesversorgung ist es unabdingbar, dass die heute bestehende Stabilität durch geordnete Prozesse jederzeit gewährleistet bleibt.

Aus diesen Gründen ist es zwingend nötig, dass bei der Umsetzung der Vorlage klar definierte und ausreichende Übergangsfristen vorgesehen werden. Die Mineralölwirtschaft rechnet bei Anpassungen der IT-Systeme mit einem Zeitraum von mindestens 3 Jahren, in welchem ein Parallelbetrieb mit den heute im Einsatz befindlichen IT-Systemen möglich sein muss.

Ihr Schreiben, Herr Bundesrat, nennt Vereinfachungen und Effizienzgewinne als Ziele der Vorlage. Für uns als Mineralölwirtschaft stellt sich die Sache anders dar. Auf unserer Seite sehen wir teilweise hohe Anpassungskosten auf die Unternehmen zukommen, ohne dass dadurch Kosteneinsparungen oder einfachere Abläufe entstehen würden.

Ebenfalls kritisch sehen wir den Versuch, zahlreiche Regelungen aus dem heutigen MinöStG entweder ersatzlos zu streichen, in unbekannter Form in eine überarbeitete Mineralölsteuerverordnung zu verschieben oder unvollständig in das BAZG-VG zu übernehmen. Wir sehen eine zunehmende Tendenz, Regelungen aus den Gesetzen heraus zu nehmen und mehr und mehr auf Verordnungsstufe zu setzen. Dieses Vorgehen gibt den Behörden mit dem neuen BAZG-VG eine Art Blankocheck für Verordnungen, welche nicht im selben Mass der demokratischen Kontrolle unterliegen, wie dies Gesetzestexte tun.

Hier sei auf den Prozess der Warenanmeldung sowie der bedingten Entstehung der Abgabeschuld hingewiesen. Während heute dank der Unterscheidung zwischen Waren- und Steueranmeldung klar geregelte und etablierte Prozess bestehen, lässt die Vorlage offen, wie dieser adäquat ersetzt werden soll. Insbesondere was bei Änderungen des Verwendungszwecks von Waren geschehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unklar. Die daraus entstehenden Unsicherheiten sind aus Sicht der Branche nicht akzeptabel. Zumal wir aufgrund fehlender konkreter Vorlage keine Möglichkeit haben, im Rahmen des demokratischen Prozesses eine Beurteilung abzugeben. Ein solch essenzieller Themenkomplex wie die Entstehung der Abgabeschuld und deren Fälligkeit muss zwingend auf Gesetzesstufe festgelegt werden.

Das heutige System, welches für unsere Branche durch das MinöStG bestimmt wird, funktioniert gut und wir erachten es deshalb als zwingend, dieses weiterhin auf Gesetzesebene zu definieren und es in seinen Hauptbestandteilen unverändert zu belassen.

Weiter bezweifelt die Mineralölwirtschaft, dass es sich bei der Anpassung des MinöStG wirklich um eine Vereinfachung handelt. In Tat und Wahrheit wird mit dieser Vorlage aus einem Gesetz deren zwei gemacht, da neben dem MinöStG künftig für viele Aspekte immer auch noch das BAZG-VG konsultiert werden muss, um zu wissen, was bzgl. Mineralölsteuer gilt. Wir sehen darin keine Vereinfachung.

Wir verstehen die Bemühungen und die Absicht der Vorlage, die Zollprozesse zu vereinheitlichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten einzelner Wirtschaftsakteure oder Branchen geschehen. Diese Befürchtung besteht auf Seiten der Mineralölbranche. Exemplarisch sei hier die Verschiebung von Waren zwischen zwei Steuerlagern erwähnt. Der heutige Prozess, der im MinöStG festgeschrieben ist, soll gestrichen und im BAZG-VG vereinheitlicht werden. Jedoch ist nach Aussage der EZV auf die entsprechende Frage im Schreiben der Branche vom 06.11.2020 noch offen, wie dies geschehen soll. Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, bestehende funktionierende Regelungen zu streichen, ohne dafür einen adäquaten Ersatz zu schaffen, der uns im Rahmen der Vernehmlassung erlaubt, diesen zu beurteilen und eine Abschätzung über künftige Aufwände vorzunehmen.

Von der Einführung des Begriffs des Warenverantwortlichen und der Aufhebung des Begriffs und der Rolle des Importeurs sind Prozesse betroffen, welche am Begriff des Importeurs aufgehängt sind. Insbesondere sind dies die Reihengeschäfte beziehungsweise die Unterstellungserklärung Ausland. Mit dem Schreiben der Branche an die EZV vom 06.11.2020 haben wir zur Vernehmlassungsvorlage die Frage gestellt, wie diese Geschäfte unter den neuen Begrifflichkeiten sichergestellt werden. Die Antwort der EZV ist in diesen Punkten ungenügend, insbesondere stossen wir uns an der Tatsache, dass die genaue Definition und Abwicklung dieser Geschäfte noch offen sind. Es muss bereits im Rahmen der Gesetzesvorlage feststehen, dass und wie diese Geschäfte in Zukunft abgewickelt werden können.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es ausserdem stossend, dass das BAZG künftig gesetzliche Kontrollaufgaben aus nicht-abgaberechtlichen Erlassen (z.B. die Kontrolle von Generaleinfuhrbewilligungen GEB) an die betroffenen Behörden oder Organisationen zurückdelegiert und via Schnittstellen auf deren Informationssysteme zugreifen will. GEB-Kontrollen sind ein gesetzlicher Auftrag an den Zoll. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Akteure der Wirtschaft die Kosten für die Kontrollaufwände übernehmen sollen. Die GEB-Kontrollen sind auch in Zukunft durch die Zollbehörden zu vollziehen.

In den Antworten der OZD vom 3. Dezember 2020 auf die Fragen der Mineralölwirtschaft wird bestätigt, dass aufgrund dieses Artikels Anpassungen an nicht-abgaberechtlichen Erlassen nötig werden. Dazu solle die "Begleitgruppe Ämter" reaktiviert werden. Im Januar 2021 werde über den Stand des Epics "Autorisaziun" und die weiteren Schritte in der Anpassung des Verordnungsrechts informiert. Wir weisen darauf hin, dass gerade im Bereich der Wirtschaftlichen Landesversorgung, die auf dem Miliz- und Subsidiaritätsprinzip und damit der intensiven Mitwirkung der Wirtschaft beruht, nicht nur das zuständige Bundesamt, sondern auch die betroffenen Fachbereiche und Abteilungen der WL wie Pflichtlager-Organisationen einbezogen werden sollten.

Angesichts des aus der Sicht unserer Branche noch weitreichenden Verbesserungsbedarfs des Gesetzespakets regen wir an, die Vorlage vor der parlamentarischen Phase nochmals einer grundlegenden Überarbeitung zu unterziehen. Hierzu würden wir einen frühzeitigen Beizug der wichtigsten Branchenvertreter der Wirtschaft sowie eine erneute Vernehmlassung begrüßen.

In den letzten Jahren hat sich im Wärmemarkt die Technologie sowohl auf Seiten der Brenneranlagen wie auch im Bereich der Brennstoffe in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Biogene Brennstoffe stehen kurz vor der Markteinführung, werden bereits heute in Versuchsanlagen getestet und vom Markt vermehrt nachgefragt.

Im Rahmen der anstehenden Revision des Mineralölsteuergesetzes bietet sich die Chance, im Gesetz die notwendigen zoll- und abgaberechtlichen Grundlagen für die Markteinführung von biogenen Brennstoffen und deren Gemischen mit fossilem Heizöl zu schaffen. Bereits seit Herbst 2019 beschäftigen sich Vertreterinnen und Vertreter der Oberzolldirektion sowie der Branche mit den notwendigen gesetzlichen Anpassungen.

Wir beantragen, die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für biogene Brennstoffe und deren Gemische in die Revision mit aufzunehmen, um diese in zugelassenen Lagern bewirtschaften zu können. Wir bitten die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag zu machen und hierzu allenfalls die Branche zu einer separaten Anhörung einzuladen.

#### **Anmerkungen zum Gesetzestext BAZG-VG**

##### **BAZG-VG Art. 8 Abs. 3 sowie Art. 10 Abs. 2**

Heute ist für eine Änderung des Verwendungszweckes keine erneute Zollanmeldung nötig, sondern lediglich eine Korrektur der Steuermeldung. Das neu vorgesehene System stellt keine Vereinfachung dieses Prozesses dar, da für jede Änderung des Verwendungszwecks eine erneute Zollanmeldung nötig wird. Die Mineralölwirtschaft fordert, dass eine Änderung des Verwendungszwecks wie bis anhin im Rahmen des abgaberechtlichen Erlasses behandelt wird und nicht im Rahmen des BAZG-VG.

Soll der bestehende Entwurfstext beibehalten werden, so fordern wir eventualiter, dass der Artikel ergänzt wird um den Grundsatz, dass ein abgaberechtlicher Erlass für bestimmte Waren eine Abweichung von dieser Praxis vorsehen kann und in diesem Falle die Regelungen des abgaberechtlichen Erlasses Vorrang haben.

##### **BAZG-VG Art. 9 Abs. 1, Abs. 2 Bst. b und Abs. 4**

Die Festlegung anderer zugelassener Formen als der elektronischen Warenanmeldung hat durch den Bundesrat zu erfolgen und nicht durch das BAZG. Wir sehen in diesem Gesetz an vielen Stellen eine zu hohe Machtkonzentration beim BAZG und befürchten eine gesetzliche Legitimation von behördlicher Willkür. Das BAZG ist eine Vollzugsbehörde und braucht als solche ein engeres Regelwerk unter demokratischer Kontrolle. Wir fordern deshalb, dass die Festlegung der anderen zugelassenen Formen durch den Bundesrat zu erfolgen hat.



**BAZG-VG Art. 11 Abs. 3**

Nach der heutigen gesetzlichen Bestimmung sind Bewilligungen nach diesem Artikel in der Regel unbefristet. Die Änderung, Bewilligungen in der Regel zu befristen steht somit klar im Widerspruch zum Ziel der Vereinfachung, ist unnötig und bedeutet für die Wirtschaft einen unbegründeten Mehraufwand ohne jeglichen Nutzen. Wir fordern deshalb, dass Art. 11 Abs. 3 wie folgt geändert wird:

*Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen einer Bewilligung des BAZG. Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel unbefristet bis auf begründeten Widerruf.*

Soll am Grundsatz der generellen Befristung festgehalten werden, so fordern wir eventualiter, diesen nicht auf Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c-h anzuwenden, sondern lediglich auf Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe a und b.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 2**

Es ist zwingend notwendig, dass Mineralölimporte erst nach der Verbringung über die Grenze aktiviert werden können. So ist bei einer Schiffslöschung die definitive Menge der importierten Ware erst nach der Löschung des Schiffes und damit nach dem Grenzübertritt bekannt.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 5**

Wir halten an dieser Stelle fest, dass die Mineralölbranche erwartet, dass die heutige Praxis der Aktivierung mit der Periodizität von einem Monat auch in Zukunft bestehen bleibt.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 6**

Mit derselben Argumentation wie betreffend Art. 9 Abs. 1 fordern wir, dass der Bundesrat die Art und Weise der Aktivierung regelt und nicht das BAZG.

**BAZG VG Art. 21 – 23**

Wir fordern, auf das Prinzip der Solidarhaftung zu verzichten.

Es ist äusserst stossend, dass das BAZG vom Warenverantwortlichen auch über den Transportverantwortlichen oder Datenverantwortlichen die Abgabeschuld einholen könnte. Diese haben im Zweifel keine Beziehung zur Abgabeschuld. Auf der Seite des Abgabeschuldners führt dies zum unbefriedigenden Ergebnis, dass er plötzlich einer Forderung gegenüberstehen könnte, für die er nicht verantwortlich wäre und trotz der Solidarhaftung die selbständige Eintreibung der Abgabeschuld nach den Bestimmungen des Obligationenrechts wohl in den meisten dieser Fälle ohne Erfolg bleiben würde. Auch die Milderungen in Artikel 22 und 23 BAZG-VG vermögen dieses Missverhältnis nicht genügend zu beheben.

Zudem stellt sich die Frage, wie der Transportverantwortliche oder der Datenverantwortliche die Abgabeschuld im Anschluss mittels Solidarhaftung im Innenverhältnis vom Warenverantwortlichen eintreiben sollen, wenn hierzu nicht einmal das BAZG mit seinen

umfassenden Befugnissen in der Lage war. Schlussendlich ist das nur ein Auslagern des Verlustrisikos des Staates auf private Akteure.

Des Weiteren ergibt sich nicht eindeutig aus dem Gesetz, ab welchem Zeitpunkt und nach Erfüllung welcher Kriterien das BAZG auf die anderen möglichen Schuldner die Abgabeschuld geltend machen darf. Unklar in diesem Zusammenhang ist betreffend Art. 21 Abs. 2 BAZG-VG, welche Massnahmen das BAZG zu ergreifen hat, bevor die Abgabeschuld bei den anderen Abgabeschuldner geltend gemacht werden kann.

Das Gesetz erwähnt, dass bei Ausbleiben einer ganzen oder teilweisen Tilgung eine genügende Sicherstellung geprüft werden sollte (Art. 21 Abs. 2 BAZG-VG). Die Sicherstellung wird anschliessend in den Artikeln 31 ff. BAZG-VG erläutert. Diese erfolgen entweder über (i) eine Sicherheitsleistung, (ii) eine Sicherstellungsverfügung oder (iii) ein Pfandrecht (vgl. Art. 33 BAZG-VG). Im 4. Kapitel: Vollstreckung von Abgabebeforderungen wird in Art. 42 Abs. 1 BAZG-VG ausgeführt, dass die Betreibung auf Pfändung unter den Voraussetzungen von Bst. a und b danach einzuleiten sei.

Das bedeutet nach unserem Verständnis, dass der primäre Abgabeschuldner nach gescheiterter Sicherstellung betrieben werden müsste. Erst nach erfolgloser Betreibung wäre es dem BAZG erlaubt, über die Solidarhaftung auf die anderen Schuldner zuzugreifen. Es muss klar hervorgehen, dass dieser Vorgang nicht vor dem Abschluss einer Betreibung mit entsprechendem Verlustschein möglich sein sollte.

Hingegen würde dieser Umstand das gesamte Prinzip Solidarhaftung wiederum umso fragwürdiger erscheinen lassen. Denn nach Abschluss einer erfolglosen Betreibung wäre es den Privaten, also namentlich dem Transportverantwortlichen oder dem Datenverantwortlichen, bestimmt auch nicht möglich diese Abgabeschuld eintreiben zu können.

Es zeigt vielmehr wieder, dass es sich nur um ein Konstrukt des Auslagerns des wirtschaftlichen, in diesem Fall des Verlustrisikos, handelt. Deshalb lehnt unsere Branche das Prinzip der Solidarhaftung entschieden ab.

#### **BAZG-VG Art. 28 Abs. 2**

Dieser Absatz ist zu streichen. Auch hier verweisen wir auf die unverhältnismässige Macht- und Bestimmungsfülle, welche dem BAZG zugestanden werden soll. Betreffend die Zahlungsfristen gelten die allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Eventualiter fordern wir, dass der Bundesrat die Bestimmungen nach Abs. 2 festlegt und nicht das BAZG.

Wir fordern unter diesem Artikel ausserdem zu berücksichtigen, dass abgaberechtliche Erlasse bereits Regelungen betreffend die Zahlungsfristen enthalten können. Aus diesem Grund ist unter diesem Artikel ein weiterer Absatz 3 hinzuzufügen:

*<sup>3</sup> Sieht ein abgaberechtlicher Erlass für bestimmte Waren eine Regelung der Zahlungsfrist vor, so sind die Bestimmungen des jeweiligen Erlasses anzuwenden.*

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Generelle Anmerkung**

Die Kriterien zur Bewilligung für den Betrieb eines Steuerlagers sind im BAZG-VG unpassend. Die spezifischen Gegebenheiten betreffend Steuerlager für verschiedene Waren und Warengruppen können in dieser allgemeingültigen Formulierung nicht gebührend berücksichtigt werden. Wir beantragen deshalb, den gesamten Absatz aus dem Gesetz zu streichen. Die Bedingungen für den Betrieb eines Steuerlagers sind im jeweiligen abgaberechtlichen Erlass zu regeln.

Soll an diesem Absatz festgehalten werden, so müssen eventualiter insbesondere nachfolgend genannte Buchstaben dieses Absatzes angepasst respektive gestrichen werden, um den Betrieb der Mineralölpflichtlager zu gewährleisten (BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. c, d und f).

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. c**

Wir verstehen diesen Buchstaben so, dass der Begriff "System" ein elektronisches Informationssystem bezeichnet. Sollte dem so sein, lehnen wir diesen Buchstaben ab und beantragen ihn zu streichen. In Tanklagern werden zahlreiche Unterlagen wie beispielsweise Beförderungspapiere aus operativen Gründen in Papierform aufbewahrt. Auf jeden Fall müssen Systeme oder Teile davon auch analog geführt werden können.

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. d**

Dieser Buchstabe ist zu streichen. Aus Sicht des MinöStG wird die Forderung an die falsche juristische Person gestellt. Die Mineralölsteuer wird nicht durch den Betreiber einer Tankanlage (in der heutigen Terminologie der Mineralölsteuerverwaltung die "Lagerfirma"), sondern durch die darin "zugelassenen Lagerinhaber ZLi" (künftig "Lagerinhaber") geschuldet. In diesem Sinne ist die Zahlungsfähigkeit des Lagerbetreibers irrelevant, abgesehen von der Schwierigkeit, diese nachzuweisen.

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. f**

Dieser Buchstabe ist zu streichen. Die Forderung nach einer Mindestzahl an Ein- und Auslagerungen darf keine Bedingung für die Bewilligung eines Steuerlagers sein. Aus Gründen der Pflichtlagerhaltung kann es Stillhaltelager geben, welche nur eine geringe Anzahl an Ein- und Auslagerungen aufweisen. Dieser Buchstabe steht somit im Widerspruch zum Landesversorgungsgesetz und ist zu streichen.

**BAZG VG Art. 48 Abs. 3**

Mit derselben Argumentation wie betreffend Art. 9 Abs. 1 fordern wir, dass der Bundesrat die technischen Anforderungen für das Verfahren festlegt und nicht das BAZG.

**BAZG-VG Art. 48 neuer Abs. 6**

Während Art. 48 dem BAZG zu weitgehende Kompetenzen bei der Festlegung der Verfahrensmodalitäten einräumt, wird in keiner Weise berücksichtigt, dass diese Verfahrensvorschriften auf Seiten der Wirtschaft zu erheblichen Aufwänden führen können und die Akteure der Wirtschaft einer weitgehenden Kompetenzwillkür der Behörde ausgesetzt sind. Aus diesem Grund fordern wir die Ergänzung von Art. 48 um zwei neue Absätze 6 und 7 welche wie folgt lauten sollen:

<sup>6</sup> *Das elektronische Verfahren und die Bedienung der damit verbundenen Systeme müssen für die Verfahrensbeteiligten mit zumutbarem technischem und wirtschaftlich tragbarem Aufwand zu erfüllen respektive zu bedienen sein.*

<sup>7</sup> *Die Betroffenen werden bei Änderungen des elektronischen Verfahrens, welche zu einem veränderten Bedienungsverhalten und damit zu Anpassungsaufwand bei den Benutzenden führen, angehört.*

#### **BAZG-VG Art. 52 Abs. 3**

Der vorgeschlagene Gesetzestext in diesem Absatz definiert eine Holschuld, welche aus Sicht der Wirtschaft inakzeptabel ist. Aus diesem Grund lehnen wir den Absatz in dieser Form ab. Vielmehr hat das BAZG die Verfügungsadressatinnen und -adressaten in geeigneter Form über die Übermittlung neuer Dokumente zu informieren.

#### **BAZG-VG Art. 60 Abs. 1**

Wir lehnen die verwaltungsinterne Behandlung von Einsprachen entschieden ab. Es ist rechtsstaatlich mehr als bedenklich, dass die selbe Behörde sowohl Verfahrensbeteiligte wie auch Beschwerdestelle sein soll. Ob eine behördeninterne Unabhängigkeit erreicht werden kann, stellen wir grundsätzlich in Frage. Aus diesem Grund lehnen wir den Absatz in dieser Form ab. Wir fordern, dass gegen Einspracheentscheide des BAZG innert 60 Tagen nach der Eröffnung bei einer durch den Bundesrat zu schaffenden oder bestimmenden neutralen und unabhängigen Beschwerdestelle Beschwerde erhoben werden kann.

#### **BAZG-VG Art. 62 Abs. 2**

Dieser Absatz ist ersatzlos zu streichen. Er öffnet behördlicher Willkür Tür und Tor. Absatz 1 dieses Artikels ist allein völlig ausreichend.

#### **BAZG-VG Art. 66**

Auch dieser Artikel zeigt, dass der Gesetzesentwurf zu einseitig auf die Kompetenzen des BAZG fokussiert und dabei Kontrollinstrumente und Fragen der Governance entweder ungenügend oder gar nicht berücksichtigt.

Dass die Behörde eine gewisse Menge an Daten auswerten dürfen muss für ihre Aufgabenerfüllung, ist absolut nachvollziehbar. Jedoch nennt der Artikel unter anderem auch Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse. Werden solche Daten durch die Behörde verarbeitet, so muss zwingend gewährleistet sein, dass diese mit der nötigen Sorgfalt und Sicherheit behandelt werden. Insbesondere der Verlust solcher Daten kann für Unternehmen massive finanzielle Konsequenzen mit sich bringen. In Zeiten staatlicher Industriespionage ist es für uns unverständlich, dass der Gesetzesentwurf dies nicht berücksichtigt.

Wir fordern deshalb, diesen Artikel um Regelungen der Haftung und Entschädigung zu ergänzen. Insbesondere fordern wir, dass bei Datenverlust durch fahrlässiges Handeln der Behörde die betroffenen Unternehmungen Anspruch auf Entschädigung haben.

**BAZG-VG Art. 70 Abs. 2**

Die Verpflichtung betroffener Behörden und Organisationen, Schnittstellen für den Vollzug nicht-abgaberechtlicher Erlasse (NZE) zu schaffen, um damit die Delegation von Vollzugsaufgaben, die per Gesetz dem BAZG übertragen sind, wiederum an andere Stellen weiter zu delegieren, wird aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Zudem ist es höchst ineffizient, wenn diverse Behörden und Organisationen für gleichartige Vollzugsaufgaben (z.B. Kontrollen von Einfuhrbewilligungen) jeweils individuelle Anwendungen schaffen. Dies verlangt im Gegenteil gerade nach einer zentralen Bereitstellung solcher Lösungen durch das BAZG. Zudem sind Schnittstellen auch immer eine Sicherheitslücke. Das BAZG-Informationssystem müsste mit gegen 100 anderen Systemen kommunizieren, das macht keinen Sinn und ist potenziell gefährlich.

Das BAZG ist in die Pflicht zu nehmen, den Organisationen die Plattform zur Verwaltung der NZE unentgeltlich zur Verfügung stellen. Sinnvollerweise werden aber die betroffenen Behörden und Organisationen auf diesem Zolssystem die Daten zum Vollzug der NZE einpflegen und unterhalten.

**BAZG-VG Art. 71**

Wir fordern, diesen Artikel ersatzlos zu streichen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese Kompetenz für das BAZG nötig sein sollte.

**BAZG-VG Art. 74 und Art. 75**

Die Ausgestaltung der Qualitätssicherung ist angesichts der Menge und der Sensitivität der durch das BAZG verarbeiteten Daten völlig unzureichend. In Bezug auf die Qualitätssicherung ist deshalb deutlich mehr Rechenschaft einzufordern. Aus diesem Grund beantragen wir, die Bestimmungen dieser beiden Artikel um folgende Punkte zu ergänzen:

1. Es ist eine unabhängige Stelle zur Qualitätssicherung innerhalb des BAZG zu benennen oder zu schaffen.
2. Diese Stelle hat in regelmässigen Abständen einen Bericht über die Qualitätssicherung betreffend die Datenbearbeitung, die Risikoanalyse sowie das Profiling zuhanden des Bundesrates zu verfassen.
3. Zusätzlich hat der Bundesrat eine periodische Prüfung der oben erwähnten Prozesse durch eine behördenexterne Stelle vorzusehen.

**BAZG-VG Art. 76**

Die Löschung der Daten nach Abschluss der Verfahren hat innerhalb einer klar festgelegten Frist zu erfolgen. Wir fordern, diesen Artikel um eine solche Frist zu ergänzen.

**BAZG-VG, Art. 79**

Es genügt nicht, dass bei Verdacht auf Nichteinhaltung eines NZE die zuständige Behörde eine automatische Meldung erhält. Zumindest bei Mineralölprodukten muss bei fehlender Einfuhrbewilligung der Import verhindert werden.

In den Erläuterungen (S. 81) wird ausgeführt, dass bei der automatisierten Kontrolle nicht-abgaberechtlicher Erlasse der Abgleich auf den Datensystemen der zuständigen Behörden erfolgen

sollen. Wie schon bzgl. Art. 70 BAZG-VG bemerkt, darf dies nicht der Regelfall sein. Besser wäre, die zuständigen Stellen könnten relevante (Stamm-) Daten für die automatisierte Kontrolle im Informationssystem des BAZG erfassen.

Gemäss Erläuterungen (S. 81) erfolgt "die automatisierte Kontrolle nach der Aktivierung und somit nach erlangter Verbindlichkeit der Warenanmeldung [...]." Dies ist zu spät. Man vergibt sich einen zentralen Vorteil des digitalen Zollprozesses, wenn automatische Kontrollen erstmals nach Aktivierung der Warenanmeldung erfolgen. So wäre es schon beim ersten Erfassen einer Warenanmeldung sinnvoll, das Vorhandensein einer korrekten Einfuhrbewilligung (oder anderer Einfuhrvoraussetzungen) zu prüfen und die Datenverantwortlichen auf ein mögliches Problem hinzuweisen.

Analog zu Art. 107, wo die im Anhang D des Berichts des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 17.3361 definierten Leistungen aufgeführt sind, wäre die Nennung der im Anhang C dieses Berichts genannten Standardprozesse der automatisierten NZE-Abwicklung in Art. 79 sinnvoll.

#### **BAZG-VG Art. 83 Abs. 2**

Es ist auf Basis rechtsstaatlicher Grundsätze nicht nachvollziehbar, weshalb eine durch den Eingriff der Behörde verursachte Wertminderung nicht entschädigt werden sollte, insbesondere in Fällen wo aufgrund der Kontrolle keine Beanstandung erfolgt. In dieser Form lehnen wir den Absatz entschieden ab. Wir fordern, dass jegliche durch Eingriffe im Rahmen der Kontrolltätigkeit entstandenen Wertminderungen an den Waren entschädigt werden, sofern die Kontrolle ohne Beanstandung beendet wird.

#### **BAZG-VG Art. 84 Bst. c und Bst. g**

Wir fordern diesen Artikel und insbesondere die genannten Buchstaben c und g um folgende Präzisierung zu ergänzen:

*Die Aufforderung zur Mitwirkung darf nur unter Berücksichtigung der Vorgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sowie der Vorschriften des Gefahrguttransportes und anderer sicherheitsrelevanter Vorschriften erfolgen. Eine Mitwirkung ist nur dann zumutbar, wenn für die zur Mitwirkung aufgeforderte Person keine zusätzlichen Sicherheitsrisiken entstehen. Eine zur Mitwirkung aufgeforderte Person darf die Mitwirkung im Fall von begründeten Sicherheitsbedenken verweigern.*

#### **BAZG-VG Art. 106 Abs. 1**

Dieser Absatz ist, im Sinne der Präzisierung und besseren Verständlichkeit, um den folgenden Satz aus dem erläuternden Bericht zu ergänzen:

*Nicht der risikobasierten Gewichtung unterliegen die Vollzugsbereiche der automatisierten Kontrolle. Dort sind die vollständige elektronische Überwachung und Auswertung jederzeit sichergestellt.*

**BAZG-VG Art. 124**

Wir haben Verständnis für die Pflicht zur Mitwirkung und erachten sie an manchen Stellen als notwendig. Es ist jedoch stossend, dass der Artikel der Mitwirkungspflicht keinerlei Grenzen setzt, weder zeitliche noch finanzielle. Insbesondere Logistikketten sind heute anfällig für Störungen und personelle Ressourcen sind knapp. Im Bereich der Mineralölwirtschaft können Störungen von Logistikketten durch Eingriffe der Behörden, wie die unter diesem Artikel festgeschriebene Mitwirkungspflicht, negative Auswirkungen auf die Landesversorgung haben.

Wir fordern bereits im Gesetz klar zu definieren, was an Mitwirkung zumutbar ist und was nicht. Eventualiter hat der Bundesrat hierzu genauere Bestimmungen vorzusehen und zu schaffen. Insbesondere die unentgeltliche Mitwirkung darf nicht a priori zumutbar sein.

Wir fordern vor allem auch, dass wenn die Erfüllung der Mitwirkungspflicht zu Störungen des Betriebes von verpflichteten Unternehmungen führt, die daraus entstehenden wirtschaftlichen Aufwände und Ausfälle entschädigt werden müssen.

**BAZG-VG Art. 125 Abs. 2**

Dieser Absatz ist ein völlig willkürlicher Passus. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das BAZG die Herausgabe in elektronischer Form verlangen dürfen soll. Die Mineralölbranche lehnt diesen Absatz ab. Die schriftliche Kommunikation in Papierform ist eine rechtsgültige Form der Kommunikation. Wir beantragen den Absatz ersatzlos zu streichen.

**BAZG-VG Art. 126**

Auch dies ist ein Artikel, welcher dem BAZG unverhältnismässige Kompetenzen ohne entsprechende Regulierung zuspricht. Wir fordern deshalb für diesen Artikel 126 einen zusätzlichen Absatz mit dem Wortlaut:

*<sup>4</sup> Der Bundesrat legt fest, für welche konkreten Aufgabenbereiche Dritte hinzugezogen werden können.*

**BAZG-VG Art. 128**

Lehnt das BAZG ein Begehren zum eigenständigen Vollzug oder der Abwicklung von Zollprozessen ab, so darf daraus keine Dienstleistung entstehen, welche das BAZG dann wiederum Dritten verrechnet. Wir fordern deshalb diesen Artikel weiter zu präzisieren und klarer festzuhalten, dass Dienstleistungen, zu denen das BAZG aufgrund anderer Erlasse verpflichtet ist, nicht verrechnet werden können.

**BAZG-VG Art. 133**

Die Mineralölbranche bevorzugt von den beiden zu diesem Artikel vorgeschlagenen Varianten die Variante 2.

Bei Anwendung der Variante 1 ist klarzustellen, was unter den geringfügigen Tatfolgen zu verstehen sein soll. Der erläuternde Bericht erklärt dazu, dass dies der Fall sei, wenn dem Staat kein oder ein nur verhältnismässig kleiner Schaden entstanden sei. Dies liege beispielsweise

dann vor, wenn lediglich eine Ordnungswidrigkeit begangen worden sei, wenn ein Vorsteuerabzug gemacht werde, die Ware nachträglich zum Kontingentszollansatz verzollt oder präferenzberechtigt abgefertigt werden könne.

Es ist also weiterhin unklar, was ein kleiner Schaden im Sinne des erläuternden Berichtes darstellt. Zu vermeiden ist, dass dieser sich nur auf absolute Geldbeträge beziehen würde. Ansonsten wären Importeure von Produkten mit grossem Wert oder grossen Mengen gegenüber kleinen Importeuren stark benachteiligt.

#### **BAZG-VG Art. 140**

Das BAZG hat einen gesetzlichen Auftrag, handelt nach diesem und wird durch die Steuerzahlenden in der Schweiz finanziert. Aus Sicht der Wirtschaft ist deshalb die Gebührenerhebung stossend, insbesondere weil der vorliegende Entwurf für bestimmte Bewilligungen neu Befristungen vorsieht. Weiter sind in den letzten Jahren immer mehr behördliche Organisationen dazu übergegangen, keine Gebühren mehr zu erheben. Wir fordern deshalb, dass das BAZG für Tätigkeiten, welche aus seinem gesetzlichen Auftrag entstehen, keine Gebühren erheben darf.

#### **Anmerkungen zu den Änderungen des Mineralölsteuergesetzes**

##### **MinöStG Art. 2 Abs. 3 Bst. d**

Aufgrund der fortschreitenden Entwicklung in den Herstellungstechnologien von CO<sub>2</sub>-reduzierten oder CO<sub>2</sub>-neutralen Treibstoffen ist der Begriff «biogene Treibstoffe» eine ungenaue Bezeichnung. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren zunehmen erneuerbare Treibstoffe auf den Markt kommen, die nicht aus Biomasse hergestellt werden. Wir schlagen deshalb vor, anstelle des oder neben dem Begriff «biogene Treibstoffe», den Begriff «erneuerbare Treibstoffe» in die Definition mit aufzunehmen.

##### **MinöStG Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 32**

Die bestehenden Regelungen gemäss Art. 4 des geltenden MinöStG betreffend die Entstehung der Steuerforderung und die gesetzlichen Bestimmungen zur Verschiebung zwischen Steuerlagern in Artikel 32 müssen auf Stufe Gesetz geregelt bleiben. Der vorliegende Entwurf gefährdet das Funktionieren der heutigen Logistik und damit die Versorgungssicherheit.

Mit der Aufhebung der Buchstaben a und c ist insbesondere der Fall einer Auslagerung aus einem Steuerlager in ein anderes Steuerlager nicht mehr abgedeckt. Für die Mineralölbranche ist die Warenbestimmung "Einfuhr in ein Steuerlager" der Normalfall und muss unverändert beibehalten werden. Insbesondere für Einfuhren über den Rhein (aber auch Bezügen ab Raffinerie oder Transport von Flugpetrol) ist anschliessend ein Transport von Steuerlager zu Steuerlager nötig. Art. 19 BAZG-VG ist kein gleichwertiger Ersatz für die wegfallenden Artikel des MinöStG. Wir fordern deshalb, dass die Buchstaben a und c in ihrem heutigen Wortlaut bestehen bleiben.

Weiter fordern wir, dass insbesondere der einleitende Satz dieses Artikels mit dem Begriff "steuerrechtlich freier Verkehr" in seiner heutigen Form bestehen bleiben muss:



*Die Steuerforderung entsteht mit der Überführung der Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr.  
Als solche gilt:*

Damit wird signalisiert, dass das bewährte System der Mineralölsteuererhebung unverändert erhalten bleibt.

**MinöStG Art. 9 Bst. a**

Die Struktur der Mineralölwirtschaft und insbesondere die Vertragsverhältnisse der Wirtschaftsakteure untereinander sind andere als jene von denen der BAZG-VG Entwurf bei der Festlegung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner ausgeht. Der Verweis auf BAZG-VG Art. 21 Abs. 1 ist deshalb abzulehnen.

Wir fordern, den Verweis auf BAZG-VG Art. 21 Abs. 1 aus dem Buchstaben zu streichen und den Artikel wie folgt zu formulieren:

*Steuerpflichtig sind:*

- a. *die Warenverantwortlichen;*
- b. *die Lagerinhaber;*
- c. *Personen, die versteuerte Waren zu Zwecken abgeben, verwenden oder verwenden lassen, die einem höheren Steuersatz unterliegen;*
- d. *Personen, die unversteuerte Waren abgeben, verwenden oder verwenden lassen.*

**MinöStG Art. 10 und 11**

Wir fordern, die beiden Artikel unverändert beizubehalten. Da wir wie zu BAZG-VG Art. 21 – 23 erläutert das Prinzip der Solidarhaftung dezidiert ablehnen, muss die heute bestehende Regelung zur Steuernachfolge bestehen bleiben.

**Allgemeine Bemerkung zu MinöStG Art. 18**

Im Allgemeinen würde eine Reduktion der Anzahl Spezialfälle und Rückerstattungsberechtigten der Vereinfachung des Vollzugs dienen. Die Revision im Zuge des vorliegenden Geschäftes wäre eine Chance, eine solche Reduktion der Anspruchsberechtigten zu prüfen.

**MinöStG Art. 19, 20 und 21**

Diese Artikel werden nicht gleichwertig durch Artikel im BAZG-VG ersetzt. Die Streichung wird abgelehnt. Es ist eine mit dem BAZG-VG widerspruchsfreie Formulierung zu finden.

**MinöStG Art. 22**

Aus unserer Sicht ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel gestrichen werden soll. Wir beantragen diesen Artikel unverändert stehen zu lassen und bei der festgelegten und etablierten Zahlungsfrist zu bleiben.

**MinöStG Art. 27 - 32**

Der Aufhebung dieser Artikel mit dem Hinweis, dass "Spezialbestimmungen, welche nicht durch das BAZG-VG und seine Ausführungsverordnung(en) abgedeckt werden, [...] in Zukunft in der MinöStV geregelt [werden] (Erläuterungen S. 156), kann ohne Kenntnis der neuen MinöStV nicht zugestimmt werden. Die Streichung dieser Artikel wird abgelehnt, da sie Kernelemente des bewährten MinöSt-Regimes regeln. Es muss Rechtssicherheit über deren Erhalt bestehen.

**MinöStG Art. 28 Abs. 5**

Die Möglichkeit, dass der Bundesrat für Waren, die der Pflichtlagerhaltung unterliegen, besondere Vorschriften erlassen kann, muss unbedingt bestehen bleiben. Im BAZG-VG ist dies so nicht mehr vorgesehen. Für die Erfüllung der Pflichten des Landesversorgungsgesetzes ist dieser Passus von hoher Bedeutung. Wir fordern, diesen Absatz unverändert stehen zu lassen.

**MinöStG Art. 32**

Wie bereits in der Argumentation zu MinöStG Art. 4 Abs. 1 ausgeführt, hat dieser Artikel eine enorme Bedeutung für die Landesversorgung. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, diesen Artikel unverändert stehen zu lassen.

**MinöStG Art. 33**

Die nach diesem Artikel gesammelten Daten werden unter anderem für die Pflichtlagerhaltung und statistische Meldungen an internationale Organisationen benötigt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel ersatzlos gestrichen werden soll. Wir fordern, diesen Artikel unverändert stehen zu lassen.

Das System der Zolltarifschlüssel ist für diverse Zwecke zwingend nötig. Die durch die Schlüssel mögliche Unterscheidung von Produkten und Verwendungszwecken ist von entscheidender Bedeutung für die Pflichtlagerhaltung, die Mineralölsteuer wie auch internationale statistische Meldungen, z.B. an die Internationale Energie-Agentur in Paris.

**MinöStG Art. 44 - 48**

Wir vermuten, dass diese Übergangsbestimmungen aus der Zeit der Einführung der Mineralölsteuer stammen und ersatzlos gestrichen werden könnten.

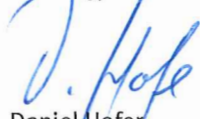
**MinöStG Art. 48a Abs. 2**

Die Mineralölbranche lehnt diesen Absatz entschieden ab. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb bestehende Bewilligungen a priori eine maximale Gültigkeitsdauer erhalten sollen. Im Sinne der Rechtssicherheit haben bestehende Bewilligungen ihre bisherige Gültigkeit zu bewahren. Wir fordern, diesen Absatz ersatzlos zu streichen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Avenergy Suisse



Daniel Hofer  
Präsident



Dr. Roland Bilanz  
Geschäftsführer



Eidgenössische Zollverwaltung

3003 Bern

[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Sissach, 22. Dezember 2020

## **BAZG-VG, Totalrevision Zollgesetz und ZoG**

Entwürfe und Erläuterungen vom 11. September 2020

### **Stellungnahme des Verbandes der Schweizerischen Biotreibstoffindustrie (Biofuels Schweiz)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Entwurf des BAZG-VG, der Totalrevision des ZG sowie zum ZoG danken wir Ihnen bestens.

#### **Einschätzung**

Biofuels Schweiz begrüsst die Initiative des Bundesrates, die Eidg. Zollverwaltung umfassend zu modernisieren und die dafür nötigen rechtlichen Grundlagen zu schaffen. Unser Verband erwartet durch die damit verbundene Digitalisierung im Rahmen des Programms DaziT eine spürbare Entlastung unserer Mitglieder im administrativen Bereich. Gerade bei Letzterem sehen wir uns nach dem Studium des Gesetzesentwurfs sowie des erläuternden Berichts enttäuscht.

Angesichts der doch sehr tiefgreifenden Änderungen und Verschiebungen von Kompetenzen sind wir zur Überzeugung gelangt, dass das BAZG VG zu einer Mehrbelastung der Branche führt. Auch beurteilen wir es als demokratiepolitisch bedenklich, dass eine ausführende Behörde gleichzeitig Beschwerdeinstanz sein soll. Wir empfehlen deshalb, das BAZG VG vor einer parlamentarischen Beratung nochmals grundlegend zu überarbeiten. Die Fachleute der Mineralöl- und Biotreibstoffbranche stehen dabei gerne zur Verfügung.



## **Erneuerbare Brennstoffe stehen vor der Markteinführung**

Die Mitglieder von Biofuels Schweiz – heimische Biodieselproduzenten, Importeure von biogenen Treib- und Brennstoffen, die Treibstoffimporteure sowie Mineralölgesellschaften, Brenn- und Treibstoffhändler – sind als Folge des BAZG VG, der Totalrevision des Zollgesetzes sowie des neuen Zollabgabengesetzes insbesondere auch von den Auswirkungen auf andere Erlasse, konkret von den notwendigen Anpassungen des Mineralölsteuergesetzes, betroffen.

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz verlangt von den Treibstoffimporteuren eine deutlich höhere Kompensationspflicht. Hinzu kommt, dass die Kantone im Rahmen der MuKE in ihren Energiegesetzen Quoten von erneuerbaren Energiequellen vorschreiben. In der Folge wird die Nachfrage nach erneuerbaren flüssigen Brennstoffen in den kommenden Jahren steigen. Die Branche steht bereit, auch beim Heizöl erneuerbare Komponenten anzubieten.

Als erneuerbare flüssige Brennstoffe eignen sich insbesondere Biodiesel gemäss EN 14214 sowie hydrierte Pflanzenöle aus Abfall- und Reststoffen und synthetische Produkte gemäss EN 15940. Da sich diese Erzeugnisse sowohl als Treib- als auch als Brennstoffe eignen, würde eine doppelte Lagerführung unnötige Kosten verursachen.

Um den genannten Erfordernissen nachzukommen, ist die Branche auf eine entsprechende Anpassung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen angewiesen. Würden die oben genannten erneuerbaren flüssigen Brenn- und Treibstoffe dem Mineralölsteuergesetz unterstellt, könnten diese in einem Steuerlager geführt werden und die Bestimmung des Verwendungszwecks erst bei der Auslagerung erfolgen. Seit Herbst 2019 diskutieren die OZD, Avenergy Suisse, Carbura sowie Biofuels Schweiz über mögliche Lösungen, um erneuerbaren Brennstoffen den Markteintritt zu vereinfachen.

Im Übrigen verweisen wir ausdrücklich auf die Stellungnahmen von Avenergy Suisse und Carbura und schliessen uns deren Ausführungen an.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen im Voraus bestens.

## **Biofuels Schweiz**

Verband der schweizerischen Biotreibstoffindustrie

Ramon Werner  
Präsident

Ulrich Frei  
Geschäftsführer

Biofuels Schweiz  
Verband der Schweizerischen  
Biotreibstoffindustrie

Bahnhofstrasse 9  
CH-4450 Sissach  
Tel. +41 61 983 11 15

[office@biofuels-schweiz.org](mailto:office@biofuels-schweiz.org)  
[www.biofuels-schweiz.org](http://www.biofuels-schweiz.org)

→ F2V

Egregio signor  
**Consigliere federale Ueli Maurer**  
Capo del Dipartimento Federale  
delle finanze DFF  
3003 Berna

Lugano, 29 dicembre 2020

**Consultazione sulla bozza di una nuova legge che stabilisce il quadro generale per la riscossione delle tasse e concernente il controllo della circolazione transfrontaliera di merci e persone da parte dell'Ufficio federale delle dogane e della sicurezza delle frontiere (legge che definisce i compiti OFDF, LEOFD) nonché revisione totale del diritto doganale (LD) in vista della nuova legge sui dazi doganali (LDD)**

Egregio signor Consigliere federale,

Abbiamo ricevuto la sua comunicazione dello scorso 11 settembre relativa al progetto di cui sopra, e la ringraziamo per averci consultato su questo argomento. Qui di seguito le nostre osservazioni.

#### **1. Il ruolo delle Camere di commercio e dell'industria svizzere**

Nel quadro della revisione proposta, teniamo a sottolineare il ruolo centrale svolto in Svizzera dalle Camere di commercio e dell'industria in materia di documenti di esportazione, elemento essenziale per il nostro settore delle esportazioni.

A livello globale, le Camere di commercio e dell'industria svolgono un ruolo di nodale intermediario tra le amministrazioni doganali e le aziende private. Le Camere sono infatti responsabili della certificazione dell'origine non preferenziale dei prodotti esportati. Questa certificazione si concretizza nella prova documentale dell'origine, che viene utilizzata dalle amministrazioni doganali per riconoscere l'origine del prodotto e per calcolare i dazi doganali applicabili.

In questo contesto, le Camere non sono solo un partner affidabile per l'amministrazione delle Dogane, ma sono indispensabili per le imprese esportatrici nei rispettivi cantoni, rispettivamente nella rispettiva regione. Il sistema federalista porta, infatti, le Camere a una vicinanza basilare e puntuale con le imprese nei propri territori di competenza, con un intenso lavoro di consulenza e formazione che va ben oltre il rilascio dei soli documenti che provano l'origine.

Questo sostegno facilita in maniera decisiva il lavoro del settore delle esportazioni e contribuisce alla prosperità del nostro Paese.

Non a caso, la qualità dei certificati di origine non preferenziale è stata riconosciuta a livello internazionale come benchmark mondiale. In effetti l'International Chamber of Commerce di Parigi (ICC) ha conferito alle Camere svizzere il label di qualità "ICC Co Chain", che certifica la qualità del sistema svizzero proprio nel lavoro di accompagnamento delle aziende, congiuntamente alla struttura federalista che concerta una vicinanza essenziale fra le imprese e chi ne deve certificare i documenti.

Questo elemento consente alle merci di essere sdoganate rapidamente, per cui vi è un chiaro vantaggio in termini di tempo e di denaro.



L'International Chamber of Commerce di Parigi (ICC), ha ammesso tutte le Camere svizzere (compresa la Cc-Ti) come membri a pieno titolo del sistema di accreditamento dei certificati d'origine, rilasciati dalle Camere in tutto il mondo.

Il sistema svizzero è particolarmente apprezzato, tanto da essere considerato "benchmark" a livello mondiale in termini di qualità e rapidità dell'esame e del rilascio dei relativi documenti, essenziali per le aziende esportatrici.

Questa certificazione ottenuta rappresenta un'ulteriore sicurezza per le banche, le autorità doganali e gli operatori economici; i certificati d'origine vengono rilasciati tenendo conto dei più recenti e rigorosi standard di qualità, basati sulle direttive dei certificati internazionali emanati dall'ICC e dalla World Chambers' Federation (WCF).

## 2. Considerazioni generali sul progetto di revisione

Il Consiglio Federale intende riorganizzare profondamente i ruoli e i compiti dell'AFD, in futuro UDSC, per rispondere al meglio all'incremento delle transazioni transfrontaliere e alle relative problematiche correlate. Cercando al contempo di contenere i costi.

Intenti lodevoli, se si pensa anche alla creazione di un profilo professionale nuovo e completo che con il supporto della digitalizzazione sembra potrà garantire in futuro il controllo dei traffici transfrontalieri sempre più differenziati.

Con la LE-UDSC posta in consultazione il Consiglio Federale cerca comprensibilmente di combinare questi elementi, armonizzando, uniformizzando e digitalizzando le procedure, riferendosi a standard interazionali.

Ricordiamo che l'alto grado di competizione raggiunto dalla piazza economica svizzera è frutto della libertà imprenditoriale, che può poggiare su un contesto di sicurezza politica e aggravii amministrativi sopportabili.

Questo ha portato a un successo crescente della nostra economia e, grazie agli scambi internazionali, vi è stato l'insediamento di variegate attività economiche che con i volumi di traffico in costante aumento e le peculiarità di molti di essi, hanno portato all'evoluzione delle basi legali attuali (LD del 18.3.2005 e OD del 1.11.2006 e susseguenti modifiche). Permettendo agli operatori economici di lavorare senza particolari intoppi e all'AFD di espletare la funzione di controllo.

La nuova legge doganale quadro messa in consultazione può essere condivisa nella sua forma, ma non nella sostanza. Non disponendo dell'ordinanza d'applicazione alla quale dovranno fare riferimento gli operatori economici per continuare e sviluppare le loro attività, è difficile sostenere la revisione della legge, perché troppe restano le incognite.

Giustamente, il rapporto esplicativo del Consiglio Federale lascia intendere che l'ordinanza che seguirà terrà in considerazione i vari aspetti e peculiarità, ma al momento attuale questo sembra troppo vago, anche tenendo conto della complessità della materia e dei fitti flussi economici che devono essere sottoposti alla legislazione.

Proprio il rapporto esplicativo lascia molti dubbi aperti, rispettivamente rischia addirittura, così come formulato, di limitare eccessivamente proprio la facoltà del Consiglio Federale di tener conto nell'ordinanza delle diverse peculiarità delle merci. Ciò risulterebbe molto dannoso per l'economia in generale e in particolare per le piccole e medie aziende.

### 3. Il caso particolare dei punti franchi

Si può infatti citare il caso delle piccole e medie aziende che fanno capo agli attuali punti franchi. Infatti, il rapporto esplicativo, all'art. 44 cpv. 1 relativo alla nuova LE-USDC e alla LTDo (pag. 46 della versione in italiano), dichiara che la definizione di deposito doganale della nuova legge "si basa sulla definizione di deposito doganale secondo l'articolo 50 LD".

Tale affermazione appare in contrasto con la giusta volontà, dichiarata poche righe prima nello stesso rapporto esplicativo, di considerare a livello di ordinanza "le diverse peculiarità dei depositi a seconda del genere di merci e dei relativi tributi" (pag. 46).

Affinché sia possibile prendere seriamente in conto i diversi requisiti delle merci a livello di ordinanza, un riferimento univoco al concetto di deposito doganale dell'art. 50 in base all'attuale legge doganale deve essere abbandonato: il deposito doganale dell'attuale articolo 50 LD è, infatti, manifestamente inadatto a molte tipologie di merce.

Nell'attuale LD, le diverse esigenze delle diverse tipologie di merci trovano risposta in diverse tipologie di deposito: in particolare, oltre il deposito doganale (art. 50 ss. LD) il deposito franco doganale (art. 62-67 LD).

Infine, il rapporto esplicativo all'art. 44 cpv. 4-6 (pag. 47) fa riferimento alle raccomandazioni del Controllo federale delle finanze nel rapporto del 28 gennaio 2014 sulla valutazione "Depositi franchi doganali e depositi doganali aperti: autorizzazioni e attività di controllo", dimenticando il rapporto successivo dello stesso controllo federale delle finanze dell'8 aprile 2019 "Suivi de l'évaluation des activités de surveillance auprès des ports francs et entrepôts douaniers ouverts", che aveva concluso dichiarandosi soddisfatto delle misure predisposte, in particolare delle nuove basi legali e delle nuove direttive interne dell'AFD entrate in vigore nel 2016.

Anche il riferimento unilaterale al rapporto del 2014 va tolto dal commento alle leggi, oppure va accompagnato e completato con il riferimento al rapporto del 2019. Solo così sarà possibile, per il Consiglio federale, tener conto delle diverse peculiarità delle merci a livello di ordinanza.

A proposito dei depositi doganali, nella legge attuale essi suddivisi in depositi doganali aperti (DDA e depositi franchi doganali (DFD). Il capitolo 5, art. 44 della nuova legge contempla i depositi doganali e i depositi fiscali. Il rapporto esplicativo del Consiglio Federale (CF) lascia intravedere come certe peculiarità debbano essere tenute in considerazione nell'ordinanza.

I DFD ancora rimasti in Svizzera sono dei centri (hub) logistici prevalentemente dedicati ad attività di nicchia, con bassi volumi ma alti valori di merce. I clienti dei DFD sono principalmente locatari di spazi con metrature molto ridotte rispetto ai traffici di grandi volumi, all'interno dei quali operano autonomamente a livello internazionale.

L'ordinanza regola i criteri per l'inventario della merce. I trasporti transfrontalieri da/per i DFD sono effettuati da specialisti del settore dotati del know-how e della tecnologia IT necessaria al veloce e corretto disbrigo delle formalità doganali.

L'ufficio doganale presente in loco oltre alla verifica dei documenti doganali controlla gli spazi doganali e consiglia la clientela internazionale in materia doganale.

Questo sistema, che ha peculiarità importanti, garantisce sicurezza e correttezza e non va cambiato.

La nuova legge doganale vuole armonizzare, uniformare, snellire e digitalizzare tutte le attività legate ai traffici transfrontalieri, il che è sicuramente condiviso, ma deve tenere in debita considerazione tutte le particolarità che esulano dagli scambi commerciali correnti di largo volume.

Queste attività particolari e di nicchia sono di valore esistenziale per chi le gestisce e sono parte integrante delle attività economiche presenti sul territorio svizzero.



Un sostegno alla nuova legge può quindi esserci solo in presenza di garanzie giuridicamente valide che attestino la volontà del Consiglio Federale di varare/presentare una nuova ordinanza che tenga in considerazione quanto sopra citato.

Per ulteriori dettagli su questa questione specifica, rinviamo alla presa di posizione comune dei punti franchi di Ginevra, Ticino e Zurigo.

#### 4. Necessità della revisione

Come detto in precedenza, la modernizzazione delle basi legali è sicuramente benvenuta, ma riteniamo che, in generale, non sembra necessaria una revisione di questa portata, così sostanziale, di quanto in vigore, soprattutto se uno degli obiettivi principali è la transizione verso una più larga diffusione della digitalizzazione.

Verosimilmente qualche aggiunta e modifica puntuali dell'attuale legislazione, senza una revisione completa, sarebbe sufficiente e meglio attuabile.

Distinti saluti.



Luca Albertoni

Direttore Cc-Ti e Presidente SIHK



Badenerstrasse 47      Telefon      044 217 41 11  
Postfach      Telefax      044 217 41 10  
8021 Zürich      Postcheck      80-21080-8  
www.carbura.ch      MWST-Nr.      CHE-105.841.616 MWST

**(per E-Mail)**

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Eidgenössische Zollverwaltung

rechtsetzung@ezv.admin.ch

Ihr Zeichen      11. September 2020  
Ihr Schreiben      Nicolas Boschung

Zürich      22. Dezember 2020  
Bearbeiter/in      Matthias Rufer  
Direktwahl      044 217 41 48  
E-Mail      matthias.rufer@carbura.ch

## **Vernehmlassung Zollgesetzrevision**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 wurde die CARBURA eingeladen, Stellung zu nehmen zur Totalrevision des Zollgesetzes, der Schaffung eines Vollzugsaufgabengesetzes für das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-VG) sowie der damit verbundenen Änderung anderer Erlasse, insbesondere des Mineralölsteuergesetzes (MinöStG). Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und bedanken uns für die Möglichkeit, unsere Anliegen einzubringen.

Die Mineralölbranche zählt zu den tragenden Säulen der Schweizer Wirtschaft und der wirtschaftlichen Landesversorgung. Die Unternehmen unserer Branche versorgen die Schweiz mit beinahe 50% der gesamten benötigten Primärenergie und halten im Rahmen der Verpflichtung des Landesversorgungsgesetzes die Pflichtlager für Mineralölprodukte.

Gleichzeitig sind die Abgaben auf Mineralölprodukte unserer Branche eine der wichtigsten fiskalischen Einnahmequellen des Bundeshaushaltes. 2019 beliefen sich die Fiskalerträge aus den Abgaben auf Mineralölprodukte auf über 5.5 Milliarden Schweizer Franken und damit auf 6.2 Prozent der Gesamteinnahmen des Bundes.

Als Importeure von jährlich rund 10 Millionen Tonnen Erdöl und Erdölprodukten sind die Unternehmen unserer Branche und damit auch die Landesversorgung sowie der Bundeshaushalt überdurchschnittlich stark von den vorliegenden Gesetzesgeschäften betroffen.

Ein besonderes Anliegen sind uns neben der Vernehmlassungsvorlage des BAZG-VG vor allem die damit verbundenen Änderungen der Zollprozesse und die Änderungen anderer Erlasse, insbesondere des MinöStG. Wir haben uns aus diesem Grund erlaubt, die Stellungnahme in drei Teile zu gliedern:

- Allgemeine Anmerkungen zur Vorlage,
- Anmerkungen zum Gesetzestext BAZG-VG,
- Anmerkungen zu den Änderungen des MinöStG.

## 1. Allgemeine Anmerkungen zur Vorlage

Die Prozesse zur Ein- und Ausfuhr sowie Versteuerung von Mineralölprodukten sind etabliert, bewährt und weitgehend digitalisiert. Jede Änderung dieses Systems bedeutet einen hohen Aufwand auf Seiten der Wirtschaft. Ebenfalls müssen alle Änderungen in ein multinationales Umfeld eingebettet werden. Sowohl im Sinne der Wirtschaftlichkeit wie auch insbesondere der Gewährleistung der Landesversorgung ist es unabdingbar, dass die **heute bestehende Stabilität durch geordnete Prozesse** jederzeit gewährleistet bleibt.

Aus diesen Gründen ist es zwingend nötig, dass bei der Umsetzung der Vorlage klar definierte und ausreichende **Übergangsfristen** vorgesehen werden. Die Mineralölwirtschaft rechnet bei Anpassungen der IT-Systeme mit einem Zeitraum von mindestens 3 Jahren, in welchem ein Parallelbetrieb mit den heute im Einsatz befindlichen IT-Systemen möglich sein muss.

Ihr Schreiben, Herr Bundesrat, nennt Vereinfachungen und Effizienzgewinne als Ziele der Vorlage. Für uns als Mineralölwirtschaft stellt sich die Sache anders dar. Auf unserer Seite sehen wir teilweise **hohe Anpassungskosten** auf die Unternehmen zukommen, ohne dass dadurch Kosteneinsparungen oder einfachere Abläufe entstehen würden. Die Einsparungen erfolgen beim Bund, zulasten der Privatwirtschaft.

Ebenfalls kritisch sehen wir den Versuch, zahlreiche Regelungen aus dem heutigen MinöStG entweder ersatzlos zu streichen, in unbekannter Form in eine überarbeitete Mineralölsteuerverordnung zu verschieben oder unvollständig in das BAZG-VG zu übernehmen. Wir sehen eine zunehmende **Tendenz, Regelungen aus den Gesetzen heraus zu nehmen** und mehr und mehr auf Verordnungsstufe zu setzen. Dieses Vorgehen gibt den Behörden mit dem neuen BAZG-VG eine Art Blankocheck für Verordnungen, welche nicht im selben Mass der demokratischen Kontrolle unterliegen, wie dies Gesetzestexte tun.

Hier sei auf den Prozess der Warenanmeldung sowie der bedingten Entstehung der Abgabeschuld hingewiesen. Während heute dank der **Unterscheidung zwischen Waren- und Steueranmeldung** klar geregelte und etablierte Prozesse bestehen, lässt die Vorlage offen, wie dieser adäquat ersetzt werden soll. Insbesondere was bei **Änderungen des Verwendungszwecks** von Waren geschehen wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig unklar. Die daraus entstehenden Unsicherheiten sind aus Sicht der Branche nicht akzeptabel. Zumal wir aufgrund fehlender konkreter Vorlage keine Möglichkeit haben, im Rahmen des demokratischen Prozesses eine Beurteilung abzugeben. Ein solch essenzieller Themenkomplex wie die Entstehung der Abgabeschuld und deren Fälligkeit muss zwingend auf Gesetzesstufe festgelegt werden.



Das heutige System, welches für unsere Branche durch das **MinöStG** bestimmt wird, funktioniert gut und wir erachten es deshalb als zwingend, dieses weiterhin auf Gesetzesesebene zu definieren und es **in seinen Hauptbestandteilen unverändert zu belassen**.

Weiter bezweifelt die Mineralölwirtschaft, dass es sich bei der Anpassung des MinöStG wirklich um eine Vereinfachung handelt. In Tat und Wahrheit wird mit dieser Vorlage aus einem Gesetz deren zwei gemacht, da neben dem MinöStG künftig für viele Aspekte immer auch noch das BAZG-VG konsultiert werden muss, um zu wissen, was bzgl. Mineralölsteuer gilt. Wir sehen darin keine Vereinfachung.

Wir verstehen die Bemühungen und die Absicht der Vorlage, die Zollprozesse zu vereinheitlichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten einzelner Wirtschaftsakteure oder Branchen geschehen. Diese Befürchtung besteht auf Seiten der Mineralölbranche. Exemplarisch sei hier die Verschiebung von Waren zwischen zwei Steuerlagern erwähnt. Der heute im MinöStG festgeschriebene, massgeschneiderte Prozess soll gestrichen und im BAZG-VG vereinheitlicht werden. Jedoch ist gemäss Antwort der EZV auf eine von der Branche mit Schreiben vom 6. November 2020 diesbezüglich gestellte Frage noch offen, wie dies geschehen soll. Es ist aus unserer Sicht **nicht akzeptabel, bestehende funktionierende Regelungen zu streichen, ohne dafür einen adäquaten Ersatz zu schaffen**, der uns im Rahmen der Vernehmlassung erlaubt, diesen zu beurteilen und eine Abschätzung über künftige Aufwände vorzunehmen.

Von der Einführung des Begriffs des Warenverantwortlichen und der Aufhebung des Begriffs und der Rolle des Importeurs sind Prozesse betroffen, welche am Begriff des Importeurs aufgehängt sind. Insbesondere sind dies die **Reihengeschäfte** beziehungsweise die **Unterstellungserklärung Ausland**. Mit dem Schreiben der Branche an die EZV vom 06. November 2020 haben wir zur Vernehmlassungsvorlage die Frage gestellt, wie diese Geschäfte unter den neuen Begrifflichkeiten sichergestellt werden. Die Antwort der EZV ist in diesen Punkten ungenügend, insbesondere stossen wir uns an der Tatsache, dass die genaue Definition und Abwicklung dieser Geschäfte noch offen sind. Es muss bereits im Rahmen der Gesetzesvorlage feststehen, dass und wie diese Geschäfte in Zukunft abgewickelt werden können.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es ausserdem stossend, dass das BAZG künftig gesetzliche **Kontrollaufgaben aus nicht-abgaberechtlichen Erlassen** (z.B. die Kontrolle von Generaleinfuhrbewilligungen GEB) an die betroffenen Behörden oder Organisationen **zurückdelegiert** und via Schnittstellen auf deren Informationssysteme zugreifen will. GEB-Kontrollen sind ein gesetzlicher Auftrag an den Zoll. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Akteure der Wirtschaft die Kosten für die Kontrollaufwände übernehmen sollen. Die GEB-Kontrollen sind auch in Zukunft durch die Zollbehörden zu vollziehen.

In den Antworten der OZD vom 3. Dezember 2020 auf die Fragen der Mineralölwirtschaft wird bestätigt, dass aufgrund von Artikel 107 Abs. 3 des BAZG-VG **Anpassungen an nicht-abgaberechtlichen Erlassen** nötig werden. Dazu solle die "Begleitgruppe Ämter" reaktiviert werden. Im Januar 2021 werde über den Stand des Epics "Autorisaziun" und die weiteren Schritte in der Anpassung des Verordnungsrechts informiert. Wir weisen darauf hin, dass gerade im Bereich der Wirtschaftlichen Landesversorgung, die auf dem Miliz- und Subsidiaritätsprinzip und damit der intensiven Mitwirkung



der Wirtschaft beruht, nicht nur das zuständige Bundesamt, sondern auch die betroffenen Fachbereiche und Abteilungen der WL sowie die Pflichtlagerorganisationen einbezogen werden sollten.

Angesichts des aus der Sicht unserer Branche noch weitreichenden Verbesserungsbedarfs des Gesetzespakets regen wir an, die Vorlage vor der parlamentarischen Phase nochmals einer **grundlegenden Überarbeitung** zu unterziehen. Hierzu begrüssen wir einen frühzeitigen Beizug der wichtigsten Branchenvertreter der Wirtschaft sowie eine erneute Vernehmlassung.

In den letzten Jahren hat sich im Wärmemarkt die Technologie sowohl auf Seiten der Brenneranlagen wie auch im Bereich der Brennstoffe in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt. Biogene Brennstoffe stehen kurz vor der Markteinführung, werden bereits heute in Versuchsanlagen getestet und vom Markt vermehrt nachgefragt.

Im Rahmen der anstehenden Revision des Mineralölsteuergesetzes bietet sich die Chance, im Gesetz die notwendigen zoll- und abgaberechtlichen Grundlagen für die Markteinführung von **biogenen Brennstoffen** und deren Gemischen mit fossilem Heizöl zu schaffen. Bereits seit Herbst 2019 beschäftigen sich Vertreterinnen und Vertreter der Oberzolldirektion sowie der Branche mit den notwendigen gesetzlichen Anpassungen.

Wir **beantragen**, die Schaffung der rechtlichen Grundlagen für biogene Brennstoffe und deren Gemische in die Revision mit aufzunehmen, um diese in zugelassenen Lagern bewirtschaften zu können. Wir bitten die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag zu machen und die Branche zu einer separaten Anhörung einzuladen.

## 2. Anmerkungen zum Gesetzestext BAZG-VG

### **BAZG-VG Art. 8 Abs. 3 sowie Art. 10 Abs. 2**

Heute ist für eine Änderung des Verwendungszweckes keine erneute Zolldanmeldung nötig, sondern lediglich eine Korrektur der Steuermeldung. Das neu vorgesehene System stellt keine Vereinfachung dieses Prozesses dar, da für jede Änderung des Verwendungszwecks eine erneute Zolldanmeldung nötig wird. Die Mineralölwirtschaft fordert, dass eine Änderung des Verwendungszwecks wie bis anhin im Rahmen des abgaberechtlichen Erlasses, also im MinöStG, behandelt wird und nicht im Rahmen des BAZG-VG.

Soll der bestehende Entwurfstext beibehalten werden, so fordern wir eventualiter, dass der Artikel ergänzt wird um den Grundsatz, dass ein abgaberechtlicher Erlass für bestimmte Waren eine Abweichung von dieser Praxis vorsehen kann und in diesem Falle die Regelungen des abgaberechtlichen Erlasses Vorrang haben.

### **BAZG-VG Art. 9 Abs. 1, Abs. 2 Bst. b und Abs. 4**

Die Festlegung anderer zugelassener Formen als der elektronischen Warenanmeldung hat durch den Bundesrat zu erfolgen und nicht durch das BAZG. Wir sehen in diesem Gesetz an vielen Stellen eine zu hohe Machtkonzentration beim BAZG und befürchten eine gesetzliche Legitimation von behördlicher Willkür. Das BAZG ist eine Vollzugsbehörde und braucht als solche ein engeres Regelwerk unter demokratischer Kontrolle. Wir fordern deshalb, dass die Festlegung der anderen zugelassenen Formen durch den Bundesrat zu erfolgen hat.

**BAZG-VG Art. 11 Abs. 3**

Nach der heutigen gesetzlichen Bestimmung sind Bewilligungen nach diesem Artikel in der Regel unbefristet. Die Änderung, Bewilligungen in der Regel zu befristen, steht somit klar im Widerspruch zum Ziel der Vereinfachung, ist unnötig und bedeutet für die Wirtschaft einen unbegründeten Mehraufwand ohne jeglichen Nutzen. Wir fordern deshalb, dass Art. 11 Abs. 3 wie folgt geändert wird:

*Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen einer Bewilligung des BAZG. Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel unbefristet bis auf begründeten Widerruf.*

Soll am Grundsatz der generellen Befristung festgehalten werden, so fordern wir eventualiter, diesen nicht auf Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c-h anzuwenden, sondern lediglich auf Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe a und b.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 2**

Es ist zwingend notwendig, dass Mineralölimporte erst nach der Verbringung über die Grenze aktiviert werden können. So ist bei einer Schiffslöschung die definitive Menge der importierten Ware erst nach der Löschung des Schiffes und damit nach dem Grenzübertritt bekannt.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 5**

Wir halten an dieser Stelle fest, dass die Mineralölbranche erwartet, dass die heutige Praxis der Aktivierung mit der Periodizität von einem Monat auch in Zukunft bestehen bleibt.

**BAZG-VG Art. 14 Abs. 6**

Mit derselben Argumentation wie betreffend Art. 9 Abs. 1 fordern wir, dass der Bundesrat die Art und Weise der Aktivierung regelt und nicht das BAZG.

**BAZG VG Art. 21 – 23**

Wir fordern, auf das Prinzip der Solidarhaftung zu verzichten.

Es ist äusserst stossend, dass das BAZG vom Warenverantwortlichen auch über den Transportverantwortlichen oder Datenverantwortlichen die Abgabeschuld einholen könnte. Diese haben im Zweifel keine Beziehung zur Abgabeschuld. Auf der Seite des Abgabeschuldners führt dies zum unbefriedigenden Ergebnis, dass er plötzlich einer Forderung gegenüberstehen könnte, für die er nicht verantwortlich wäre und trotz der Solidarhaftung die selbständige Eintreibung der Abgabeschuld nach den Bestimmungen des Obligationenrechts wohl in den meisten dieser Fälle ohne Erfolg bleiben würde. Auch die Milderungen in Artikel 22 und 23 BAZG-VG vermögen dieses Missverhältnis nicht genügend zu beheben.

Zudem stellt sich die Frage, wie der Transportverantwortliche oder der Datenverantwortliche die Abgabeschuld im Anschluss mittels Solidarhaftung im Innenverhältnis vom Warenverantwortlichen eintreiben sollen, wenn hierzu nicht einmal das BAZG mit seinen umfassenden Befugnissen in der Lage war. Schlussendlich ist das nur ein Auslagern des Verlustrisikos des Staates auf private Akteure.

Des Weiteren ergibt sich aus dem Gesetz nicht eindeutig, ab welchem Zeitpunkt und nach Erfüllung welcher Kriterien das BAZG auf die anderen möglichen Schuldner die Abgabeschuld geltend machen darf. Unklar in diesem Zusammenhang ist betreffend Art. 21 Abs. 2 BAZG-VG, welche Massnahmen



das BAZG zu ergreifen hat, bevor die Abgabeschuld bei den anderen Abgabeschuldner geltend gemacht werden kann.

Das Gesetz erwähnt, dass bei Ausbleiben einer ganzen oder teilweisen Tilgung eine genügende Sicherstellung geprüft werden sollte (Art. 21 Abs. 2 BAZG-VG). Die Sicherstellung wird anschliessend in den Artikeln 31 ff. BAZG-VG erläutert. Diese erfolgen entweder über (i) eine Sicherheitsleistung, (ii) eine Sicherstellungsverfügung oder (iii) ein Pfandrecht (vgl. Art. 33 BAZG-VG). Im 4. Kapitel: Vollstreckung von Abgabeforderungen wird in Art. 42 Abs. 1 BAZG-VG ausgeführt, dass die Betreibung auf Pfändung unter den Voraussetzungen von Bst. a und b danach einzuleiten sei.

Das bedeutet nach unserem Verständnis, dass der primäre Abgabeschuldner nach gescheiterter Sicherstellung betreiben werden müsste. Erst nach erfolgloser Betreibung wäre es dem BAZG erlaubt, über die Solidarhaftung auf die anderen Schuldner zuzugreifen. Es muss klar hervorgehen, dass dieser Vorgang nicht vor dem Abschluss einer Betreibung mit entsprechendem Verlustschein möglich sein sollte.

Hingegen würde dieser Umstand das gesamte Prinzip Solidarhaftung wiederum umso fragwürdiger erscheinen lassen. Denn nach Abschluss einer erfolglosen Betreibung wäre es den Privaten, also namentlich dem Transportverantwortlichen oder dem Datenverantwortlichen, bestimmt auch nicht möglich diese Abgabeschuld eintreiben zu können.

Es zeigt vielmehr wieder, dass es sich nur um ein Konstrukt des Auslagerns des wirtschaftlichen, in diesem Fall des Verlustrisikos, handelt. Deshalb lehnt unsere Branche das Prinzip der Solidarhaftung entschieden ab.

#### **BAZG-VG Art. 28 Abs. 2**

Dieser Absatz ist zu streichen. Auch hier verweisen wir auf die unverhältnismässige Macht- und Bestimmungsfülle, welche dem BAZG zugestanden werden soll. Betreffend die Zahlungsfristen gelten die allgemeinen Verwaltungsvorschriften. Eventualiter fordern wir, dass der Bundesrat die Bestimmungen nach Abs. 2 festlegt und nicht das BAZG.

Wir fordern unter diesem Artikel ausserdem zu berücksichtigen, dass abgaberechtliche Erlasse bereits Regelungen betreffend die Zahlungsfristen enthalten können. Aus diesem Grund ist unter diesem Artikel ein weiterer Absatz 3 hinzuzufügen:

<sup>3</sup> *Sieht ein abgaberechtlicher Erlass für bestimmte Waren eine Regelung der Zahlungsfrist vor, so sind die Bestimmungen des jeweiligen Erlasses anzuwenden.*

#### **BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Generelle Anmerkung**

Die Kriterien zur Bewilligung für den Betrieb eines Steuerlagers sind im BAZG-VG unpassend. Die spezifischen Gegebenheiten betreffend Steuerlager für verschiedene Waren und Warengruppen können in dieser allgemeingültigen Formulierung nicht gebührend berücksichtigt werden. Wir beantragen deshalb, den gesamten Absatz aus dem Gesetz zu streichen. Die Bedingungen für den Betrieb eines Steuerlagers sind im jeweiligen abgaberechtlichen Erlass zu regeln.

Soll an diesem Absatz festgehalten werden, so müssen eventualiter insbesondere nachfolgend genannte Buchstaben dieses Absatzes angepasst respektive gestrichen werden, um den Betrieb der Mineralölpflichtlager zu gewährleisten (BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. c, d und f).

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. c**

Wir verstehen diesen Buchstaben so, dass der Begriff "System" ein elektronisches Informationssystem bezeichnet. Sollte dem so sein, lehnen wir diesen Buchstaben ab und beantragen ihn zu streichen. In Tanklagern werden zahlreiche Unterlagen wie beispielsweise Beförderungspapiere aus operativen Gründen in Papierform aufbewahrt. Auf jeden Fall müssen Systeme oder Teile davon auch analog geführt werden können.

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. d**

Dieser Buchstabe ist zu streichen. Aus Sicht des MinöStG wird die Forderung an die falsche juristische Person gestellt. Die Mineralölsteuer wird nicht durch den Betreiber einer Tankanlage (in der heutigen Terminologie der Mineralölsteuerverwaltung die "Lagerfirma"), sondern durch die darin "zugelassenen Lagerinhaber ZLi" (künftig "Lagerinhaber") geschuldet. In diesem Sinne ist die Zahlungsfähigkeit des Lagerbetreibers irrelevant, abgesehen von der Schwierigkeit, diese nachzuweisen.

**BAZG-VG Art. 44 Abs. 5 Bst. f**

Dieser Buchstabe ist zu streichen. Eine Mindestzahl an Ein- und Auslagerungen darf keine Bedingung für die Bewilligung eines Steuerlagers sein. Aus Gründen der Pflichtlagerhaltung kann es Stillhaltelager geben, welche nur eine geringe Anzahl an Ein- und Auslagerungen aufweisen. Dieser Buchstabe steht somit im Widerspruch zum Landesversorgungsgesetz und ist zu streichen.

**BAZG VG Art. 48 Abs. 3**

Mit derselben Argumentation wie betreffend Art. 9 Abs. 1 fordern wir, dass der Bundesrat die technischen Anforderungen für das Verfahren festlegt und nicht das BAZG.

**BAZG-VG Art. 48 neuer Abs. 6**

Während Art. 48 dem BAZG zu weit gehende Kompetenzen bei der Festlegung der Verfahrensmodalitäten einräumt, wird in keiner Weise berücksichtigt, dass diese Verfahrensvorschriften auf Seiten der Wirtschaft zu erheblichen Aufwänden führen können und die Akteure der Wirtschaft einer weitgehenden Kompetenzwillkür der Behörde ausgesetzt sind. Aus diesem Grund fordern wir die Ergänzung von Art. 48 um zwei neue Absätze 6 und 7, die wie folgt lauten sollen:

<sup>6</sup> *Das elektronische Verfahren und die Bedienung der damit verbundenen Systeme müssen für die Verfahrensbeteiligten mit zumutbarem technischem und wirtschaftlich tragbarem Aufwand zu erfüllen respektive zu bedienen sein.*

<sup>7</sup> *Die Betroffenen werden bei Änderungen des elektronischen Verfahrens, welche zu einem veränderten Bedienungsverhalten und damit zu Anpassungsaufwand bei den Benutzern führen, angehört.*

**BAZG-VG Art. 52 Abs. 3**

Der vorgeschlagene Gesetzestext in diesem Absatz definiert eine Holschuld, welche aus Sicht der Wirtschaft inakzeptabel ist. Aus diesem Grund lehnen wir den Absatz in dieser Form ab. Vielmehr hat



das BAZG die Verfügungsadressatinnen und -adressaten in geeigneter Form über die Übermittlung neuer Dokumente zu informieren.

#### **BAZG-VG Art. 60 Abs. 1**

Wir lehnen die verwaltungsinterne Behandlung von Einsprachen entschieden ab. Es ist rechtsstaatlich mehr als bedenklich, dass die selbe Behörde sowohl Verfahrensbeteiligte wie auch Beschwerdestelle sein soll. Ob eine behördeninterne Unabhängigkeit erreicht werden kann, stellen wir grundsätzlich in Frage. Aus diesem Grund lehnen wir den Absatz in dieser Form ab. Wir fordern, dass gegen Einspracheentscheide des BAZG innert 60 Tagen nach der Eröffnung bei einer durch den Bundesrat zu schaffenden oder bestimmenden neutralen und unabhängigen Beschwerdestelle Beschwerde erhoben werden kann.

#### **BAZG-VG Art. 62 Abs. 2**

Dieser Absatz ist ersatzlos zu streichen. Er öffnet behördlicher Willkür Tür und Tor. Absatz 1 dieses Artikels ist allein völlig ausreichend.

#### **BAZG-VG Art. 66**

Auch dieser Artikel zeigt, dass der Gesetzesentwurf zu einseitig auf die Kompetenzen des BAZG fokussiert und dabei Kontrollinstrumente und Fragen der Governance entweder ungenügend oder gar nicht berücksichtigt.

Dass die Behörde eine gewisse Menge an Daten auswerten dürfen muss für ihre Aufgabenerfüllung, ist absolut nachvollziehbar. Jedoch nennt der Artikel unter anderem auch Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse. Werden solche Daten durch die Behörde verarbeitet, so muss zwingend gewährleistet sein, dass diese mit der nötigen Sorgfalt und Sicherheit behandelt werden. Insbesondere der Verlust solcher Daten kann für Unternehmen massive finanzielle Konsequenzen mit sich bringen. In Zeiten staatlicher Industriespionage ist es für uns unverständlich, dass der Gesetzesentwurf dies nicht berücksichtigt.

Wir fordern deshalb, diesen Artikel um Regelungen der Haftung und Entschädigung zu ergänzen. Insbesondere fordern wir, dass bei Datenverlust durch fahrlässiges Handeln der Behörde die betroffenen Unternehmungen Anspruch auf Entschädigung haben.

#### **BAZG-VG Art. 70 Abs. 2**

Die Verpflichtung betroffener Behörden und Organisationen, Schnittstellen für den Vollzug nicht-abgaberechtlicher Erlasse (NAE) zu schaffen, um damit die Delegation von Vollzugsaufgaben, die per Gesetz dem BAZG übertragen sind, wiederum an andere Stellen weiter zu delegieren, wird aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Zudem ist es höchst ineffizient, wenn diverse Behörden und Organisationen für gleichartige Vollzugsaufgaben (z.B. Kontrollen von Einfuhrbewilligungen) jeweils individuelle Anwendungen schaffen. Dies verlangt im Gegenteil gerade nach einer zentralen Bereitstellung solcher Lösungen durch das BAZG. Zudem sind Schnittstellen auch immer eine Sicherheitslücke. Das BAZG-Informationssystem müsste mit gegen 100 anderen Systemen kommunizieren, das macht keinen Sinn und ist potenziell gefährlich.

Das BAZG ist in die Pflicht zu nehmen, den Organisationen die Plattform zur Verwaltung der NZE unentgeltlich zur Verfügung stellen. Sinnvollerweise werden aber die betroffenen Behörden und Organisationen auf diesem Zollsystem die Daten zum Vollzug der NZE einpflegen und unterhalten.

**BAZG-VG Art. 71**

Wir fordern, diesen Artikel ersatzlos zu streichen. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb diese Kompetenz für das BAZG nötig sein sollte.

**BAZG-VG Art. 74 und Art. 75**

Die Ausgestaltung der Qualitätssicherung ist angesichts der Menge und der Sensitivität der durch das BAZG verarbeiteten Daten völlig unzureichend. In Bezug auf die Qualitätssicherung ist deshalb deutlich mehr Rechenschaft einzufordern. Aus diesem Grund beantragen wir, die Bestimmungen dieser beiden Artikel um folgende Punkte zu ergänzen:

1. Es ist eine unabhängige Stelle zur Qualitätssicherung innerhalb des BAZG zu benennen oder zu schaffen.
2. Diese Stelle hat in regelmässigen Abständen einen Bericht über die Qualitätssicherung betreffend die Datenbearbeitung, die Risikoanalyse sowie das Profiling zuhanden des Bundesrates zu verfassen.
3. Zusätzlich hat der Bundesrat eine periodische Prüfung der oben erwähnten Prozesse durch eine behördenexterne Stelle vorzusehen.

**BAZG-VG Art. 76**

Die Löschung der Daten nach Abschluss der Verfahren hat innerhalb einer klar festgelegten Frist zu erfolgen. Wir fordern, diesen Artikel um eine solche Frist zu ergänzen.

**BAZG-VG, Art. 79**

Es genügt nicht, dass bei Verdacht auf Nichteinhaltung eines NAE die zuständige Behörde eine automatische Meldung erhält. Zumindest bei Mineralölprodukten muss bei fehlender Einfuhrbewilligung der Import verhindert werden.

In den Erläuterungen (S. 81) wird ausgeführt, dass bei der automatisierten Kontrolle nicht-abgaberechtlicher Erlasse der Abgleich auf den Datensystemen der zuständigen Behörden erfolgen sollen. Wie schon bzgl. Art. 70 BAZG-VG bemerkt, darf dies nicht der Regelfall sein. Besser wäre, die zuständigen Stellen könnten relevante (Stamm-)Daten für die automatisierte Kontrolle im Informationssystem des BAZG erfassen.

Gemäss Erläuterungen (S. 81) erfolgt "die automatisierte Kontrolle nach der Aktivierung und somit nach erlangter Verbindlichkeit der Warenanmeldung [...]." Dies ist zu spät. Man vergibt sich einen zentralen Vorteil des digitalen Zollprozesses, wenn automatische Kontrollen erstmals nach Aktivierung der Warenanmeldung erfolgen. So wäre es schon beim ersten Erfassen einer Warenanmeldung sinnvoll, das Vorhandensein einer korrekten Einfuhrbewilligung (oder anderer Einfuhrvoraussetzungen) zu prüfen und die Datenverantwortlichen auf ein mögliches Problem hinzuweisen.



Analog zu Art. 107, wo die im Anhang D des Berichts des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 17.3361 definierten Leistungen aufgeführt sind, wäre die Nennung der im Anhang C dieses Berichts genannten Standardprozesse der automatisierten NZE-Abwicklung in Art. 79 sinnvoll.

**BAZG-VG Art. 83 Abs. 2**

Es ist auf Basis rechtsstaatlicher Grundsätze nicht nachvollziehbar, weshalb eine durch den Eingriff der Behörde verursachte Wertminderung nicht entschädigt werden sollte, insbesondere in Fällen wo aufgrund der Kontrolle keine Beanstandung erfolgt. In dieser Form lehnen wir den Absatz entschieden ab. Wir fordern, dass jegliche durch Eingriffe im Rahmen der Kontrolltätigkeit entstandenen Wertminderungen an den Waren entschädigt werden, sofern die Kontrolle ohne Beanstandung beendet wird.

**BAZG-VG Art. 84 Bst. c und Bst. g**

Wir fordern diesen Artikel und insbesondere die genannten Buchstaben c und g um folgende Präzisierung zu ergänzen:

*Die Aufforderung zur Mitwirkung darf nur unter Berücksichtigung der Vorgaben der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes sowie der Vorschriften des Gefahrguttransportes und anderer sicherheitsrelevanter Vorschriften erfolgen. Eine Mitwirkung ist nur dann zumutbar, wenn für die zur Mitwirkung aufgeforderte Person keine zusätzlichen Sicherheitsrisiken entstehen. Eine zur Mitwirkung aufgeforderte Person darf die Mitwirkung im Fall von begründeten Sicherheitsbedenken verweigern.*

**BAZG-VG Art. 106 Abs. 1**

Dieser Absatz ist, im Sinne der Präzisierung und besseren Verständlichkeit, um den folgenden Satz aus dem erläuternden Bericht zu ergänzen:

*Nicht der risikobasierten Gewichtung unterliegen die Vollzugsbereiche der automatisierten Kontrolle. Dort sind die vollständige elektronische Überwachung und Auswertung jederzeit sichergestellt.*

**BAZG-VG Art. 124**

Wir haben Verständnis für die Pflicht zur Mitwirkung und erachten sie an manchen Stellen als notwendig. Es ist jedoch stossend, dass der Artikel der Mitwirkungspflicht keinerlei Grenzen setzt, weder zeitliche noch finanzielle. Insbesondere Logistikketten sind heute anfällig für Störungen und personelle Ressourcen sind knapp. Im Bereich der Mineralölwirtschaft können Störungen von Logistikketten durch Eingriffe der Behörden, wie die unter diesem Artikel festgeschriebene Mitwirkungspflicht, negative Auswirkungen auf die Landesversorgung haben.

Wir fordern bereits im Gesetz klar zu definieren, was an Mitwirkung zumutbar ist und was nicht. Eventualiter hat der Bundesrat hierzu genauere Bestimmungen vorzusehen und zu schaffen. Insbesondere die unentgeltliche Mitwirkung darf nicht a priori zumutbar sein.

Wir fordern vor allem auch, dass wenn die Erfüllung der Mitwirkungspflicht zu Störungen des Betriebs von verpflichteten Unternehmungen führt, die daraus entstehenden wirtschaftlichen Aufwände und Ausfälle entschädigt werden müssen.

**BAZG-VG Art. 125 Abs. 2**

Dieser Absatz ist ein völlig willkürlicher Passus. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb das BAZG die Herausgabe in elektronischer Form verlangen dürfen soll. Die Mineralölbranche lehnt diesen Absatz ab. Die schriftliche Kommunikation in Papierform ist eine rechtsgültige Form der Kommunikation. Wir beantragen den Absatz ersatzlos zu streichen.

**BAZG-VG Art. 126**

Auch dies ist ein Artikel, welcher dem BAZG unverhältnismässige Kompetenzen ohne entsprechende Regulierung zuspricht. Wir fordern deshalb für diesen Artikel 126 einen zusätzlichen Absatz mit dem Wortlaut:

*<sup>4</sup> Der Bundesrat legt fest, für welche konkreten Aufgabenbereiche Dritte hinzugezogen werden können.*

**BAZG-VG Art. 128**

Lehnt das BAZG ein Begehren zum eigenständigen Vollzug oder der Abwicklung von Zollprozessen ab, so darf daraus keine Dienstleistung entstehen, welche das BAZG dann wiederum Dritten verrechnet. Wir fordern deshalb diesen Artikel weiter zu präzisieren und klarer festzuhalten, dass Dienstleistungen, zu denen das BAZG aufgrund anderer Erlasse verpflichtet ist, nicht verrechnet werden können.

**BAZG-VG Art. 133**

Die Mineralölbranche bevorzugt von den beiden zu diesem Artikel vorgeschlagenen Varianten die **Variante 2**.

Bei Anwendung der Variante 1 wäre klarzustellen, was unter den geringfügigen Tatfolgen zu verstehen sein soll. Der erläuternde Bericht erklärt dazu, dass dies der Fall sei, wenn dem Staat kein oder ein nur verhältnismässig kleiner Schaden entstanden sei. Dies liege beispielsweise dann vor, wenn lediglich eine Ordnungswidrigkeit begangen worden sei, wenn ein Vorsteuerabzug gemacht werde, die Ware nachträglich zum Kontingentszollansatz verzollt oder präferenzberechtigt abgefertigt werden könne.

Es ist also weiterhin unklar, was ein kleiner Schaden im Sinne des erläuternden Berichtes darstellt. Zu vermeiden ist, dass dieser sich nur auf absolute Geldbeträge beziehen würde. Ansonsten wären Importeure von Produkten mit grossem Wert oder grossen Mengen gegenüber kleinen Importeuren stark benachteiligt.

**BAZG-VG Art. 140**

Das BAZG hat einen gesetzlichen Auftrag, handelt nach diesem und wird durch die Steuerzahlenden in der Schweiz finanziert. Aus Sicht der Wirtschaft ist deshalb die Gebührenerhebung stossend, insbesondere weil der vorliegende Entwurf für bestimmte Bewilligungen neu Befristungen vorsieht. Weiter sind in den letzten Jahren immer mehr behördliche Organisationen dazu übergegangen, keine Gebühren mehr zu erheben. Wir fordern deshalb, dass das BAZG für Tätigkeiten, welche aus seinem gesetzlichen Auftrag entstehen, keine Gebühren erheben darf.



### 3. Anmerkungen zu den Änderungen des Mineralölsteuergesetzes

#### **MinöStG Art. 2 Abs. 3 Bst. d**

Aufgrund der fortschreitenden Entwicklung in den Herstellungstechnologien von CO<sub>2</sub>-reduzierten oder CO<sub>2</sub>-neutralen Treibstoffen ist der Begriff «biogene Treibstoffe» eine ungenaue Bezeichnung. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Jahren zunehmen erneuerbare Treibstoffe auf den Markt kommen, die nicht aus Biomasse hergestellt werden. Wir schlagen deshalb vor, anstelle des oder neben dem Begriff «biogene Treibstoffe», den Begriff «erneuerbare Treibstoffe» in die Definition mit aufzunehmen.

#### **MinöStG Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 32**

Die bestehenden Regelungen gemäss Art. 4 des geltenden MinöStG betreffend die Entstehung der Steuerforderung und die gesetzlichen Bestimmungen zur Beförderung unversteuerter Waren in Artikel 32 müssen auf Stufe Gesetz geregelt bleiben. Der vorliegende Entwurf gefährdet das Funktionieren der heutigen Logistik und damit die Versorgungssicherheit.

Mit der Aufhebung der Buchstaben a und c ist insbesondere der Fall einer Auslagerung aus einem Steuerlager in ein anderes Steuerlager nicht mehr abgedeckt. Für die Mineralölbranche ist die Warenbestimmung "Einfuhr in ein Steuerlager" der Normalfall und muss unverändert beibehalten werden. Insbesondere für Einfuhren über den Rhein (aber auch Bezügen ab Raffinerie) ist anschliessend ein Transport von Steuerlager zu Steuerlager nötig. Art. 19 BAZG-VG ist kein gleichwertiger Ersatz für die wegfallenden Artikel des MinöStG. Wir fordern deshalb, dass die Buchstaben a und c in ihrem heutigen Wortlaut bestehen bleiben.

Weiter fordern wir, dass insbesondere der einleitende Satz dieses Artikels mit dem Begriff "steuerrechtlich freier Verkehr" in seiner heutigen Form bestehen bleiben muss:

*Die Steuerforderung entsteht mit der Überführung der Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr. Als solche gilt: [...]*

Damit wird signalisiert, dass das bewährte System der Mineralölsteuererhebung unverändert erhalten bleibt.

#### **MinöStG Art. 9 Bst. a**

Die Struktur der Mineralölwirtschaft und insbesondere die Vertragsverhältnisse der Wirtschaftsakteure untereinander sind andere als jene von denen der BAZG-VG Entwurf bei der Festlegung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner ausgeht. Der Verweis auf BAZG-VG Art. 21 Abs. 1 ist deshalb abzulehnen.

Wir fordern, den Verweis auf BAZG-VG Art. 21 Abs. 1 aus dem Buchstaben zu streichen und den Artikel wie folgt zu formulieren:

*Steuerpflichtig sind:*

- a) die **Warenverantwortlichen**;
- b) die Lagerinhaber;
- c) Personen, die versteuerte Waren zu Zwecken abgeben, verwenden oder verwenden lassen, die einem höheren Steuersatz unterliegen;
- d) Personen, die unversteuerte Waren abgeben, verwenden oder verwenden lassen.

**MinöStG Art. 10 und 11**

Wir fordern, die beiden Artikel unverändert beizubehalten. Da wir wie zu BAZG-VG Art. 21 – 23 erläutert das Prinzip der Solidarhaftung dezidiert ablehnen, muss die heute bestehende Regelung zur Steuernachfolge bestehen bleiben.

**Allgemeine Bemerkung zu MinöStG Art. 18**

Im Allgemeinen würde eine Reduktion der Anzahl Spezialfälle und Rückerstattungsberechtigten der Vereinfachung des Vollzugs dienen. Die Revision im Zuge des vorliegenden Geschäftes wäre eine Chance, eine solche Reduktion der Anspruchsberechtigten zu prüfen.

**MinöStG Art. 19, 20 und 21**

Diese Artikel werden nicht gleichwertig durch Artikel im BAZG-VG ersetzt. Die Streichung wird abgelehnt. Es ist eine mit dem BAZG-VG widerspruchsfreie Formulierung zu finden.

**MinöStG Art. 22**

Aus unserer Sicht ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel gestrichen werden soll. Wir beantragen diesen Artikel unverändert stehen zu lassen und bei der festgelegten und etablierten Zahlungsfrist zu bleiben.

**MinöStG Art. 27 - 32**

Der Aufhebung dieser Artikel mit dem Hinweis, dass "Spezialbestimmungen, welche nicht durch das BAZG-VG und seine Ausführungsverordnung(en) abgedeckt werden, [...] in Zukunft in der MinöStV geregelt [werden] (Erläuterungen S. 156), kann ohne Kenntnis der neuen MinöStV nicht zugestimmt werden. Die Streichung dieser Artikel wird abgelehnt, da sie Kernelemente des bewährten MinöSt-Regimes regeln. Es muss Rechtssicherheit über deren Erhalt bestehen.

**MinöStG Art. 28 Abs. 5**

Die Möglichkeit, dass der Bundesrat für Waren, die der Pflichtlagerhaltung unterliegen, besondere Vorschriften erlassen kann, muss unbedingt bestehen bleiben. Im BAZG-VG ist dies so nicht mehr vorgesehen. Für die Erfüllung der Pflichten des Landesversorgungsgesetzes ist dieser Passus von hoher Bedeutung. Wir fordern, diesen Absatz unverändert stehen zu lassen.

**MinöStG Art. 32**

Wie bereits in der Argumentation zu MinöStG Art. 4 Abs. 1 ausgeführt, hat dieser Artikel eine enorme Bedeutung für die Landesversorgung. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, diesen Artikel unverändert stehen zu lassen.

**MinöStG Art. 33**

Die nach diesem Artikel gesammelten Daten werden unter anderem für die Pflichtlagerhaltung und statistische Meldungen an internationale Organisationen benötigt. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Artikel ersatzlos gestrichen werden soll. Wir fordern, diesen Artikel unverändert stehen zu lassen.



Das System der **Zolltarifschlüssel** ist für diverse Zwecke zwingend nötig. Die durch die Schlüssel mögliche Unterscheidung von Produkten und Verwendungszwecken ist von entscheidender Bedeutung für die Pflichtlagerhaltung, die Mineralölsteuer wie auch internationale statistische Meldungen, z.B. an die Internationale Energie-Agentur in Paris.

**MinöStG Art. 44 - 48**

Wir vermuten, dass diese Übergangsbestimmungen aus der Zeit der Einführung der Mineralölsteuer stammen und ersatzlos gestrichen werden könnten.

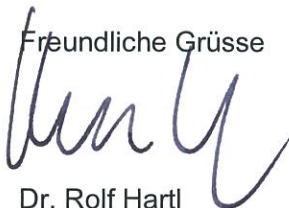
**MinöStG Art. 48a Abs. 2**

Die Mineralölbranche lehnt diesen Absatz entschieden ab. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb bestehende Bewilligungen a priori eine maximale Gültigkeitsdauer erhalten sollen. Im Sinne der Rechtssicherheit haben bestehende Bewilligungen ihre bisherige Gültigkeit zu bewahren. Wir fordern, diesen Absatz ersatzlos zu streichen.

Wir bitten um **grundlegende Überarbeitung** des Entwurfs in den von uns kommentierten und beanstandeten Punkten.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen. Für weiterführende Informationen und allfällige Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Hartl", written over the text "Freundliche Grüsse".

Dr. Rolf Hartl  
Präsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Studer", written over the text "Freundliche Grüsse".

Andrea Studer  
Geschäftsführerin

Monsieur  
Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Chef du Département fédéral des finances  
DFF  
3003 Berne

*Par email : [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)*

Genève, le 10 décembre 2020

**Consultation : Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date du 11 septembre 2020, le Conseil fédéral a décidé de mener une consultation sur la révision de la législation douanière en vue de l'adoption d'une nouvelle loi définissant les tâches d'exécution du futur Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (**LE-OFDF**) et d'une nouvelle loi sur les droits de douane (**LDD**).

Compte tenu de l'importance de cette réforme pour l'économie, et en particulier pour l'économie genevoise, la Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (**CCIG**) tient à faire part de sa position sur le projet en consultation, en se focalisant tout particulièrement sur les dépôts francs sous douane (**DF**).

## 1. Résumé

La réforme de la législation douanière telle que proposée par le Conseil fédéral conduirait à la disparition du régime des DF au profit d'un régime d'entrepôt (**ED**) dont on peut penser qu'il sera similaire à celui de l'entrepôt douanier ouvert (**EDO**) existant actuellement.

La disparition de la notion de DF remet en cause un régime légal qui a contribué non seulement au développement du marché de l'art en Suisse, mais également à l'émergence d'activités annexes qui revêtent à l'heure actuelle une grande importance pour l'économie suisse en général, et pour l'économie genevoise en particulier. En effet, il est à prévoir que les entrepositaires qui louent actuellement des locaux dans les DF suisses soient contraints, si la



proposition de révision législative devait être adoptée en l'état, de demander une autorisation en tant qu'ED. Ces entrepositaires seraient alors soumis à des obligations réglementaires (notamment le paiement d'une sûreté) qui les inciteraient à déplacer leurs activités vers des pays qui n'imposent pas de telles contraintes. **Les DF suisses, mais également le marché de l'art suisse et les nombreuses activités périphériques liées à ce marché, en seraient gravement affectés.**

La CCIG souligne qu'entreprendre des réformes qui pourraient faire fuir des entreprises à l'étranger ou qui créent des incertitudes telles que par anticipation, dans un souci de sécurité juridique, certaines entreprises préféreraient s'exiler, n'est certainement pas une approche adéquate compte tenu des difficultés économiques actuelles et futures.

Dans sa teneur actuelle, le projet de révision pourrait ainsi **remettre en question la viabilité économique des DF**, telle que celui exploité à Genève par la société Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (**PFEG**). Or, durant ces dernières années, les DF, et tout particulièrement les PFEG, ont été les catalyseurs du **développement du marché de l'art** en Suisse. Il s'agit d'un secteur économique :

- (i) qui attire dans son sillage de **nombreuses activités annexes** (par exemple: galeries, ventes aux enchères et foires, dont *Art Basel*, la plus importante foire mondiale);
- (ii) qui constitue un moteur important pour l'**hôtellerie**, la **restauration** et les **transports** (des secteurs soumis à une crise sans précédent en 2020); et
- (iii) qui contribue à la prospérité de la **place financière suisse** (au vu du lien étroit entre le monde de l'art et le monde financier, y compris celui des assurances, les œuvres d'art constituant une classe d'actifs très recherchée par certains investisseurs).

Selon une étude, les retombées économiques indirectes de l'activité des PFEG s'élevaient, en 2011, à environ CHF 300 millions<sup>1</sup>. Neuf ans plus tard, et compte tenu du développement du marché de l'art, ces retombées économiques sont probablement nettement plus importantes.

La CCIG est d'avis qu'une remise en cause du fonctionnement actuel des PFEG aurait un **effet dramatique sur le marché de l'art** en Suisse, avec, à la clé, des **pertes fiscales massives** pour le canton de Genève et pour la Confédération (notamment au niveau de la TVA) et la **disparition de milliers d'emplois**.

## 2. Importance économique du marché de l'art en Suisse

Représentant un chiffre d'affaires mondial de USD 64.1 milliards en 2019<sup>2</sup>, le marché de l'art constitue un pan considérable de l'économie mondiale.

Au niveau suisse, selon les statistiques de l'Office fédéral de la statistique et de l'Office fédéral de la culture<sup>3</sup>, l'importance économique du marché de l'art (au sens strict, sans les activités annexes) peut être illustrée par les chiffres suivants (pour l'année 2013, étant précisé que les chiffres actuels sont très vraisemblablement plus élevés):

Places de travail : 13'182

Entreprises : 5'836

Chiffre d'affaires : CHF 2'048 millions

<sup>1</sup> Le Temps, *300 millions de retombées pour Genève*, 30 janvier 2014, disponible sur: <http://www.letemps.ch/suisse/2014/01/30/300-millions-retombees-geneve> (consulté le 30.11.2020).

<sup>2</sup> UBS, *The Art Market 2020*, page 17. Dans la mesure où les transactions réalisées sur le marché de l'art se caractérisent par une certaine confidentialité, il est probable que ces chiffres soient inférieurs à la réalité.

<sup>3</sup> Office fédéral de la statistique / Office fédéral de la culture, *Statistiques de poche de la culture en Suisse*, 2019, page 76.



Les PFEG, qui sont un facilitateur essentiel pour la logistique des foires et du commerce de l'art plus largement, sont un des piliers de ce marché au niveau mondial. L'on estime que les biens déposés aux PFEG représenteraient **plus de 50% des transactions** générées par les ventes publiques, les ventes *after-sale*, les ventes de gré à gré et le courtage<sup>4</sup>. Selon une étude d'Artprice réalisée en 2015, au cours de laquelle sur deux ans plus de 12'000 acteurs institutionnels, marchands, experts et collectionneurs ont été interrogés, **81% de ces acteurs reconnaissent que la présence des PFEG est une nécessité absolue en vue de la réalisation de leurs activités en Suisse**<sup>5</sup>.

### 3. Importance économique des activités annexes au marché de l'art en Suisse

La présence des PFEG à Genève a contribué au développement d'un nombre considérable d'activités périphériques au marché de l'art au sens strict.

- Maisons de ventes aux enchères : Une multitude de maisons de ventes aux enchères sont actives à Genève, telles que *Christie's*, *Sotheby's*, *Koller*, *Piguet* ou *Bonhams*. L'installation récente d'*Artcurial* démontre la vivacité de la place genevoise et suisse. Le développement de ce secteur entraîne d'évidentes retombées pour d'autres secteurs économiques (par exemple l'hôtellerie et la restauration, particulièrement fragilisés à l'heure actuelle) et d'importantes rentrées fiscales pour le canton de Genève mais également pour la Confédération, notamment au niveau de la TVA;
- Restaurateurs de tableaux, qui exercent leurs activités pour le compte de musées en Suisse (Musée d'Art et d'Histoire de Genève, Mamco, *Fondation Gianadda*) ou à l'étranger (*The Metropolitan Museum* à New-York ou le *Louvre* à Paris);
- Encadreurs et activités de caisseries et d'emballage pour les œuvres d'art ;
- Laboratoires d'analyses et experts scientifiques ;
- Photographes d'œuvres d'art ;
- Stockage et commerce lié aux grands crus de vins ;
- Haute horlogerie et sertissage ;
- Entrepôts, négociants et galeristes ; et
- Assureurs.

Le marché de l'art présente également des liens naturels et étroits avec la place financière<sup>6</sup>, notamment compte tenu du fait que les œuvres d'art constituent une classe d'actifs recherchée par certains investisseurs. Le maintien du marché de l'art qui, pour les motifs indiqués ci-dessus, passe par la pérennité des PFEG, constitue **l'une des pierres angulaires sur laquelle est fondée le secteur financier suisse**.

Une telle concentration d'activités, de compétences et de savoir, avec toutes les interactions positives que cela génère, est certainement une spécificité unique au monde du site des PFEG.

Créer une incertitude quant au devenir des DF en général, et des PFEG en particulier, ne manquera pas d'être porté à la connaissance de places concurrentes qui, cas échéant, n'hésiteront pas à faire valoir leurs points forts au détriment de Genève et de la Suisse. Ce processus est connu, par exemple, lorsqu'une organisation internationale cherche à s'installer dans une juridiction ou lorsque la juridiction actuelle ne donne plus satisfaction : il y a alors pléthores d'Etats qui se pressent au portillon. A la suite du Brexit, le Royaume-Uni, qui est déjà

<sup>4</sup> Artprice.com, *Vers une plus grande transparence des ports francs et du marché de l'art*, 3 juin 2015, disponible sur: <https://artmarketinsight.wordpress.com/2015/06/03/artprice-addendum-3-juin-2015-vers-une-plus-grande-transparence-des-ports-francs-et-du-marche-de-l-art/> (consulté le 03.12.2020).

<sup>5</sup> *Idem*.

<sup>6</sup> Deloitte, *Art & Finance Report 2019*, 6ème édition, disponible sur: <https://www2.deloitte.com/lu/en/pages/art-finance/articles/art-finance-report.html> (consulté le 03.12.2020).

une place concurrente (mais néanmoins amie) de Genève, aura de nouveaux arguments à faire valoir : ceux-ci pourraient définitivement convaincre certaines entreprises de se délocaliser si les incertitudes régnant en Suisse sont trop grandes ou si le régime à venir s'annonce d'ores et déjà plus défavorable.

#### 4. Propositions

Au vu de ce qui précède, la CCIG ne peut s'accommoder d'une disparition pure et simple du régime des DF, laquelle aurait pour conséquence que les entrepositaires, qui louent actuellement des locaux au sein des DF, devraient demander une autorisation en tant qu'ED et, probablement, déposer une sûreté. De telles obligations conduiraient probablement à une **délocalisation des activités de ces entrepositaires**.

Au vu de ce qui précède, la CCIG formule les propositions suivantes :

1. La LE-OFDF devrait prévoir une **forme spéciale d'ED pour les "marchandises sensibles"** (selon la définition qui figure actuellement à l'annexe 2 de l'ordonnance sur les douanes (OD), qui comprend notamment les œuvres d'art). Cette forme spéciale d'ED reprendrait certaines spécificités du DF actuel, en particulier en termes de conditions spéciales d'entreposage et de sécurité.

*A titre d'alternative*, la CCIG propose d'ajuster la réforme afin de permettre le maintien de la configuration légale actuelle dans laquelle les DF jouent le rôle d'entrepoteur qui loue des locaux à des entrepositaires. Dans un tel scénario, l'autorisation en tant que (futur) ED serait délivrée à l'exploitant du DF (par exemple les PFEG) en réservant la possibilité pour ce dernier de louer des locaux à des entrepositaires.

2. Si le futur ED devait être modelé sur le régime actuel de l'EDO, la question de la sûreté doit être abordée dans la loi :
  - La pratique actuelle en matière d'EDO exige la fourniture d'une sûreté pour garantir l'observation des obligations découlant de la réglementation douanière. La sûreté est fixée à un montant en règle générale de 2% de la valeur du stock annuel moyen de marchandises étrangères non dédouanées, ce pourcentage pouvant être réduit à 1%.
  - Pour une valeur de stock de CHF 2 milliards (ce qui est un montant parfaitement réaliste si les valeurs déposées sont des œuvres d'art), une sûreté de 1% (taux réduit) représenterait un montant de CHF 20 millions. Une telle immobilisation financière mettrait en péril l'activité-même de l'ED.
  - Dans l'univers de forte concurrence qui caractérise actuellement ce secteur économique, les entrepositaires quitteraient très vraisemblablement les PFEG (et la Suisse) pour déplacer leurs activités vers un pays qui n'impose pas une telle contrainte. A la suite du Brexit, Londres, qui est déjà une place concurrente de Genève, pourrait faire valoir des arguments propres à convaincre des entreprises à se délocaliser au Royaume-Uni.
  - Au vu de ce qui précède, la CCIG propose que l'ED spécial pour marchandises sensibles (cf. la proposition 1 ci-dessus) soit spécifiquement exclu (au niveau de la loi) de l'obligation de déposer une sûreté, au motif que cet ED serait soumis à un contrôle (plus poussé, selon des modalités à définir encore) de l'OFDF, ce qui rendrait superflu l'imposition d'une sûreté, tout comme une telle sûreté n'est pas imposée à l'exploitant d'un DF à l'heure actuelle.



## 5. Conclusions

D'étroites relations se sont tissées entre les DF, le marché de l'art et le tissu économique suisse. Musées et institutions culturelles, mais aussi l'hôtellerie, la restauration, et l'ensemble du commerce par voies aérienne (Aéroport International de Genève), terrestre et ferroviaire, dépendent directement de la bonne santé du marché de l'art en Suisse et, donc, de la pérennité des DF.

Une remise en cause de la viabilité économique des DF par le biais de la réforme législative envisagée est susceptible d'entraîner **des pertes économiques significatives pour la Suisse en général, et pour Genève en particulier**. Ce volet de la réforme (dans la forme présentée actuellement) est donc particulièrement malvenu durant la présente crise sanitaire et économique.

La CCIG accepte le fait que le régime du DF doit évoluer. Cela étant dit, il paraît possible de créer un **régime particulier d'ED** qui reflète certaines spécificités du DF.

Ainsi, la CCIG propose, notamment, un ajout ponctuel à la réforme actuellement proposée, en suggérant la possibilité de créer un régime particulier d'ED qui reprenne certaines spécificités du DF pour **l'entreposage des œuvres d'art et d'autres marchandises qualifiées de "sensibles"** dans la législation douanière actuelle.

Enfin, le rapport explicatif relatif à la révision de la législation douanière mentionne que « (...) La modernisation complète de l'OFDF bénéficiera avant tout aux petites et moyennes entreprises (PME) et aux grandes entreprises spécialisées dans les importations et les exportations », p. 196). La CCIG souligne que la **révision proposée doit impérativement tenir compte du rôle déterminant assumé par les Chambres de commerce et d'industrie en matière de documentation d'exportation**, notamment en ce qui concerne les certificats d'origine et les carnets ATA.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à ces éléments, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève



Vincent Subilia  
Directeur général



Nathalie Hardyn  
Directrice Département politique

La Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève (CCIG) a pour objectif d'assurer une économie forte, permettant aux acteurs qui constituent le tissu économique local d'exercer leur activité de manière pérenne. Association de droit privé, indépendante des autorités politiques, la CCIG fait entendre la voix des entreprises, par exemple lors de consultations législatives cantonales et fédérales, et en formulant des propositions ayant trait aux conditions cadre économiques. La CCIG compte plus de 2 500 entreprises membres.

Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Chef du Département fédéral des  
finances DFF  
3003 Berne

Lausanne, le 23 décembre 2020

**Consultation sur le Projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LEOFD) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre correspondance du 11 septembre dernier, relative au projet mentionné sous rubrique, et vous remercions de nous consulter à ce sujet. Ci-après quelques remarques d'ordre général sur les points communs aux Chambres latines de commerce et de l'industrie.

## **1. Le rôle des Chambres de commerce et de l'industrie**

Nous tenons, en préambule, à souligner le rôle déterminant en Suisse assumé par les Chambres de commerce et de l'industrie (CCI) en matière de documents d'exportation.

Sur le plan mondial, les CCI assument un rôle d'intermédiaire neutre et de confiance entre les administrations douanières et les entreprises privées. Elles ont été chargées de certifier l'origine des produits exportés. Cette certification est matérialisée par la preuve documentaire de l'origine, qui est utilisée par les administrations douanières pour connaître l'origine du produit et pour calculer les droits de douanes applicables. Pour ce qui est de la certification de l'origine des produits selon le régime non préférentiel, les CCI jouent dès lors un rôle essentiel pour l'autorité et pour les entreprises. Dans ce domaine, avec le conseil aux entreprises, la formation continue du personnel et la proximité avec le tissu économique liée à notre système fédéraliste, notre fonction est considérée comme un véritable « Benchmark » mondial par l'International Chamber of Commerce de Paris (ICC). Celle-ci nous a octroyé le label de qualité ICC Co Chain, réservé aux Chambres qui font preuve d'un travail de qualité. Ce label nous permet de garantir la qualité des certificats d'origine sur le plan mondial et, pour les exportateurs, facilite le dédouanement rapide des marchandises lorsqu'elles arrivent à destination. Un avantage manifeste pour les exportateurs en temps et en argent, ce qui contribue à la prospérité de notre pays.

## 2. Appréciation générale

De manière générale, il ne nous apparaît pas totalement nécessaire d'entreprendre une révision de la loi aussi conséquente pour atteindre une digitalisation accrue. Des ajouts et modifications auraient suffi.

De façon générale, les modifications n'apportent pas de remarques particulières. En revanche, nous attirons votre attention sur deux éléments que nous estimons importants :

- a. Le premier concerne l'éventuelle volonté de confier la gestion des régimes non préférentiels aux douanes. Le cas échéant, cela ne nous paraîtrait pas adéquat, car ce sont précisément les douanes qui ont mandaté les CCI dans ce domaine. Nous exerçons ce rôle en offrant un service de qualité et de proximité aux entreprises exportatrices. Les règles d'origine dites «nationales» figurant dans l'ordonnance sur l'attestation de l'origine non préférentielle des marchandises (OOr), qui servent de base à la délivrance des certificats d'origine par les CCI, sont de nature non préférentielle. Selon l'interprétation actuelle de l'OOr, la Suisse peut fixer la mise en œuvre de ces règles de manière libérale, dans le respect de la Convention de Kyoto et de l'Accord sur les règles d'origine de l'Organisation mondiale du commerce (OMC).
- b. Le second point, même s'il ne figure pas dans la consultation, concerne les ports francs ou dépôt franc sous douane (ED). Ces structures, présentes notamment dans plusieurs de nos cantons, assurent un travail de qualité pour beaucoup d'activités économiques et leur fermeture, même pour celles qui sont en régime de EDO, constituerait une perte de qualité dans le traitement des exportations et des trafics commerciaux en général. Pour plus de détails à ce sujet, nous vous prions de bien vouloir vous référer à la prise de position commune des structures de Genève, du Tessin et de Zurich.


**Le projet de révision poursuit dès lors des buts que nous partageons. Toutefois, à notre sens, il convient de tenir compte des remarques formulées ci-dessus et du fait qu'une adaptation moins radicale des bases légales existantes pourrait être considérée comme suffisante. Surtout, une modification générale de la législation exigerait que nous puissions connaître les contenus principaux de l'ordonnance d'application.**

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

### Les Chambres latines du commerce et d'industrie



Florian Némethi  
Président



Claudine Amstein  
Vice-présidente

Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
Chef du Département fédéral des finances  
DFF  
3003 Berne

Lausanne, le 21 décembre 2020

**Consultation sur le Projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LEOFD) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous avons bien reçu votre correspondance du 11 septembre dernier, relative au projet mentionné sous rubrique, et vous remercions de nous consulter à ce sujet.

### **Présentation**

Nous tenons, en préambule, à souligner le rôle déterminant en Suisse assumé par les Chambres de commerce et de l'industrie en matière de document d'exportation.

Sur le plan mondial, les Chambres de commerce assument un rôle d'intermédiaire neutre et de confiance entre les administrations douanières et les entreprises privées. Elles ont été chargées de certifier l'origine des produits exportés. Cette certification est matérialisée par la preuve documentaire de l'origine, qui est utilisée par les administrations douanières pour connaître l'origine du produit et pour calculer les droits de douanes applicables.

Il existe deux grands systèmes de certification de l'origine des produits selon les régimes non préférentiels et préférentiels, selon que la Suisse a conclu un accord économique bilatéral ou multilatéral avec le pays vers lequel les entreprises exportent.

Il convient enfin de souligner le rôle essentiel des Chambres dans les conseils cantonaux aux entreprises exportatrices. Un rôle d'autant plus précieux qu'il est de proximité et facilite le travail du domaine d'exportation qui contribue à la prospérité de notre pays. En outre, la qualité des certificats d'origine reconnue sur le plan mondial, notamment avec le label ICC, permet de dédouaner rapidement les marchandises lorsqu'elles arrivent à destination. Un avantage manifeste pour les exportateurs en temps et en argent.

### **Appréciation**

De manière générale, il ne nous apparaît pas totalement nécessaire d'entreprendre une révision de la loi aussi conséquente pour atteindre une meilleure digitalisation. Des ajouts et modifications auraient suffi.

De manière générale, les modifications n'apportent pas de remarques particulières. En revanche, nous attirons votre regard sur deux éléments importants à nos yeux.

Le premier concerne les possibles volontés de confier la gestion des régimes non préférentiels aux douanes. C'est précisément les douanes qui ont mandaté les Chambres de ce domaine, ce qui nous semble offrir un service de qualité et de proximité aux entreprises exportatrices. Les règles d'origine dites «nationales» figurant dans l'ordonnance sur l'attestation de l'origine non préférentielle des marchandises (OOr), qui servent de base à la délivrance des certificats d'origine par les Chambres de commerce, sont de nature non préférentielle. Selon l'interprétation actuelle de l'OOr, la Suisse peut fixer la mise en œuvre de ces règles de manière assez libérale, dans le respect de la Convention de Kyoto et de l'Accord sur les règles d'origine de l'Organisation mondiale du commerce (OMC).

Le second point, même s'il ne figure pas dans la consultation, concerne les ports francs ou dépôt franc sous douane (ED). Dans le canton de Vaud, ne demeure que celui de Chavornay, celui de Vevey ayant perdu ce qualificatif pour n'appliquer aujourd'hui qu'un régime d'entrepôt (EDO). Pour le cas vaudois, l'éventuel fermeture du dernier port franc constituerait une perte de qualité dans le traitement des exportations des entreprises vaudoises. Ces dernières seraient contraintes de se rendre à Martigny ou à Genève pour trouver un service équivalent.

**En conséquence, la CVCI accueille favorablement ce projet de révision, tout en demandant la prise en compte des remarques mentionnées aux précédents paragraphes.**

Tout en vous remerciant de l'attention que vous porterez à ces lignes, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

**Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie**



**Philippe Miauton**  
Directeur adjoint



Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

23. Dezember 2020

**Vernehmlassung: Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz – Position der Wirtschaft**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sie haben uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend dem Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) Stellung zu nehmen. Hierfür bedanken wir uns. Gerne nehmen wir nach Konsultation und in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern wie folgt Stellung.

**Im Grundsatz begrüsst economisesuisse die im Gesetzesentwurf erhaltenen Vereinfachung, Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse.**

**Aber eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten Verordnungen nicht abschliessend möglich. Daher ist ein verbindlicher und aktiver Miteinbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen unabdingbar.**

**Zudem sind bei verschiedenen vorgeschlagenen Bestimmungen in der jetzigen Form wichtige Präzisierungen und Nachbesserungen im Gesetz notwendig. Den Entwurf in der vorliegenden Fassung beurteilt economisesuisse daher kritisch.**

Im Grundsatz begrüsst economisesuisse die in den Gesetzesentwürfen des BAZG-VG und des ZoG enthaltenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts, auch im Zusammenhang mit den anstehenden Anpassungen bezüglich des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT). Der Dachverband spricht sich für eine Standardisierung und grösstmöglichen Digitalisierung der Prozesse sowie Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs aus. Diese Massnahmen ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.

Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Uns ist durchaus bewusst, dass auf Gesetzesstufe Grundsätzliches

geregelt werden soll und bestimmte operationelle Umsetzungen der Grundsätze erst auf Verordnungsstufe geregelt werden. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.

Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, wünschen wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen. Mögliche Optionen der Mitsprache wären aus unserer Sicht eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen oder die Schaffung eines Konsultativgremium (analog zum MWST-Konsultativgremium).

Bei der Durchsicht der beiden Vorlagen sowie des erläuternden Berichtes ist uns aufgefallen, dass die Sachlage z.T. erst nach Konsultation des erläuternden Berichtes klar wurde. Aufgrund der Tatsache, dass die Wirtschaftsbeteiligten in erster Linie die gesetzlichen Grundlagen zur Hand nehmen, verorten wir hier Optimierungspotential. Da der erläuternde Bericht keinerlei Rechtsverbindlichkeit hat, erachten wir es als essenziell, dass der Gesetzestext klarer formuliert wird. Sie finden die entsprechenden Bemerkungen im beigelegten Antwortformular. Aus unserer Sicht sollte zudem beachtet werden, dass die Einführung neuer Terminologien mit entsprechender Vorsicht angegangen werden sollte. Um für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen führen, sollten neue Rollen klar formuliert und deren Verantwortlichkeiten konsistent geregelt sein, auch in Bezug auf andere nationale und internationale Nomenklaturen.

Die vorgesehenen Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten geben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch das Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant und sollte im Gesetz verankert werden.

Ausserdem ist eine strikte Abstimmung der Zollgesetzrevision mit anderen Gesetzen, die im Zusammenhang mit den Gesetzesentwürfen zum BAZG-VG oder zum ZoG stehen, insbesondere des Mehrwertsteuergesetzes, notwendig.

Unserer Ansicht nach erfordern gewisse vorgeschlagene Bestimmungen wichtige Präzisierungen und Nachbesserungen im Gesetz. Sie finden die entsprechenden detaillierten Vorschläge und Bemerkungen im beigelegten Antwortformular.

Basierend auf dieser Einordnung erachtet economiesuisse eine fundierte Analyse und Vornahme von Verbesserungen der Gesetzesentwürfe als zentral für den weiteren Prozess. Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Bemerkungen entgegenbringen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen. economiesuisse verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auch auf die branchenspezifischen Stellungnahmen der Mitglieder.

Freundliche Grüsse  
economiesuisse



Dr. Jan Atteslander  
Mitglied der Geschäftsleitung



Catia Capaul  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Aussenwirtschaft



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : economiesuisse

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : eco

Adresse : Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich

Kontaktperson : Catia Capaul

Telefon : +41 44 421 35 76

E-Mail : [catia.capaul@economiesuisse.ch](mailto:catia.capaul@economiesuisse.ch)

Datum : 23.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 14 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 16 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 17 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 21 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 22 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 26 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 27 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| eco                     | Im Grundsatz begrüsst economiesuisse die in den Gesetzesentwürfen des BAZG-VG und des ZoG enthaltenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts, auch im Zusammenhang mit den anstehenden Anpassungen bezüglich des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT).  |
| eco                     | Standardisierung und grösstmögliche Digitalisierung der Prozesse sowie Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.  |
| eco                     | Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.                          |
| eco                     | Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, erachten wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen als essentiell. Mögliche Optionen der Mitsprache wären aus unserer Sicht eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen oder die Schaffung eines Konsultativgremiums (analog zum MWST-Konsultativgremium). |
| eco                     | Die Einführung einer neuen Terminologie sollte mit entsprechender Vorsicht angegangen werden. Um für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen zu führen, sollten neue Rollen klar formuliert und deren Verantwortlichkeiten konsistent geregelt sein, auch im Bezug auf andere nationale und internationale Nomenklaturen.  |
| eco                     | Die vorgesehenen Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten geben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant und sollte im Gesetz verankert werden.   |
| eco                     | Ausserdem ist eine strikte Abstimmung der Zollgesetzrevision mit anderen Gesetzen, die im Zusammenhang mit den Gesetzesentwürfen zum BAZG-VG oder zum ZoG stehen, insbesondere des Mehrwertsteuergesetzes, notwendig.   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |
|-----|---|
| eco | Der Schutz des Geistigen Eigentums und vertraulicher Geschäftsinformationen ist zu garantieren. Dementsprechend erwarten wir, dass die Zollverwaltung/das BAZG auch in Zukunft sicherstellt, dass dieser Schutz nicht durch die internationale Amtshilfe unterminiert wird und für alle Arten von Daten gewährleistet ist (z.B. Cyberrisiken). Ebenso ist die Bekämpfung von Fälschungen sicherzustellen. |
| eco | Die neuen Vereinfachungen im Zuge der Gesetzesrevision werden begrüsst, allerdings sollten diese nicht nur AEO-zertifizierten Unternehmen zugänglich gemacht werden. Aufgrund der hohen Anforderungen zur Erlangung des AEO-Status wären KMU dadurch benachteiligt.   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
| eco  | 7    |      |      | <p>Aus unserer Sicht sollte beachtet werden, dass die Einführung neuer Terminologien mit entsprechender Vorsicht angegangen werden muss. Diese Terminologie ist im Gesetzesentwurf zu allgemein gehalten.</p> <p>Die Begriffe müssen entsprechend präzisiert werden, auch im Hinblick auf die im internationalen Rahmen angewendete Nomenklatur.</p>  |   |
| eco  | 9    |      |      | Die Sendungsdokumentation soll in Zukunft mit der Importzollanmeldung übermittelt werden, wobei der Bundesrat die zu übermittelnden Dokumente festlegen wird. Unseres Erachtens sollen Dokumente nur dann übermittelt werden, wenn tatsächlich eine Kontrolle durch die Zollbehörden stattfindet und nicht in jedem Fall. Dies würde den Arbeitsaufwand für die involvierten Parteien senken. |   |
| eco  | 9    | 1    |      | Art. 9 Abs. 1 verlangt die Übermittlung aller notwendigen Begleitdokumente zum Zeitpunkt der Warenanmeldung. Zum Zeitpunkt der Warenanmeldung sind indessen nicht immer sämtliche Unterlagen (wie z.B. Ursprungsnachweise) vorhanden. Dies sollte im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden.   |   |
| eco  | 9    | 3    |      | Diese Regelung wird begrüsst.   |   |
| eco  | 12   |      |      | In Zukunft soll die Zollanmeldung mit der Fahrzeugimmatrikulation verknüpft werden. Im Export wird die Ausfuhrzollanmeldung oft durch die   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |   |  |
|-----|----|---|--|---|--|
|     |    |   |  | <p>exportierende Unternehmung erstellt, wobei zu diesem Zeitpunkt die Abholung durch den Spediteur in den meisten Fällen noch nicht organisiert wurde.</p> <p>Zudem kann im Verlauf des grenzüberschreitenden Transports ein Fahrzeugwechsel bzw. ein Umladen erfolgen. Daher muss diese Anforderung praxistauglich und flexibel gestaltet werden. Ansonsten würde dies massiv in die logistischen Abläufe der Unternehmen eingreifen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung führen.</p>  |  |
| eco | 14 |   |  | <p>Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus der Vernehmlassung kann jedoch nicht entnommen werden, wo genau und ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann. Zum Beispiel bei einer Anlieferung im Transitverfahren zu einer Fabrik, ohne dass ein Zwischenstopp bei einem zugelassenen Empfänger notwendig ist. Die Details zur Aktivierung sowie die im erläuternden Bericht erwähnten Sonderkonstellationen sollten im Gesetz eindeutig reflektiert werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.</p> |  |
| eco | 28 | 2 |  | <p>Zahlungsfrist direkt im Gesetz verankern.</p>  |  |
| eco | 30 | 5 |  | <p>Verjährung: Zusätzliche Informationen, in welchen Fällen die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren zur Anwendung kommt, wären hilfreich.</p> <p>In verschiedenen anderen Bereichen ist eine Verjährung in jedem Fall bereits nach 10 Jahren üblich (z.B. MWSTG).</p>   |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |     |  |   |  |
|-----|----|-----|--|---|--|
| eco | 44 |     |  | Die Harmonisierung von Zolllager und Zollfreilager scheint die für gewisse Branchen sehr relevanten Aspekte von Zollfreilagern nicht genügend zu berücksichtigen. Entsprechende Sonderregelungen könnten im Gesetzestext angefügt werden.   |  |
| eco | 45 |     |  | Die Bewilligungserteilung an die Schweizer Landesflughäfen für die Einrichtung von Zollfreiläden muss im Rahmen der Verordnung des Bundesrats weiterhin sichergestellt sein. Die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die der Bundesrat gemäss Art. 45 Abs. 3 BAZG-VG festlegen kann, dürfen zu keiner Erschwernis der Bewilligungserteilung gegenüber heute führen.                   |  |
| eco | 46 |     |  | Es wäre zu begrüessen, dass die Zollbehörde ihre internen Richtlinien vollumfänglich veröffentlicht und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt. Des Weiteren dürfen Erträge aus Kostenüberwälzungen und Aberkennungen von «Zollprivilegien» nicht als Leistungsziele der Zollbehörden geführt werden.   |  |
| eco | 46 | 1-2 |  | Gemäss Art. 46 kann das BAZG gegen Inhaberinnen und Inhaber einer von ihm erteilten Bewilligung und gegen Datenverantwortliche administrative Massnahmen ergreifen. In vielen Fällen, in denen Personen die Anforderungen nicht einhalten, geschieht dies nicht vorsätzlich, sondern aus Unwissen. Diesem Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist unserer Ansicht nach Rechnung zu tragen. |  |
| eco | 49 |     |  | Die Regelung der verfahrensrechtlichen Modalitäten bei Systemausfällen sollte möglichst geringe Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligten haben.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |   |  |
|-----|----|---|--|---|--|
| eco | 53 | 2 |  | <p>Fristwahrung im elektronischen Verfahren:</p> <p>Bei Nichterreichbarkeit des Informationssystem verpflichtet Art. 53 Abs. 2 das Unternehmen täglich zu prüfen, ob das System erneut funktioniert. Ansonsten kann es sein, dass die Fristverlängerung um einen Tag bei Nichterreichbarkeit des Systems verstreicht. Gerade im kaufmännischen Bereich arbeiten viele Personen Teilzeit. Dies wäre mit einer entsprechenden Fristverlängerung zu berücksichtigen.</p>   |  |
| eco | 56 | 1 |  | <p>Art. 56 Aufbewahrung von Daten und Dokumenten:</p> <p>Der Begriff "absolute" Verjährung kann missverstanden werden in der Hinsicht, dass die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren und nicht die Verjährungsfrist von 5 Jahren herangezogen werden muss.</p> <p>Zudem wäre es wichtig, in der Botschaft die Aufbewahrungsfrist näher zu erläutern bzw. zu erläutern, in welchen möglichen Fällen die Frist von 15 Jahren gilt.</p> <p>Des Weiteren wäre es hilfreich, dass in der Botschaft oder dem Gesetzesentwurf präzisiert wird, welche Unterlagen aufzubewahren sind (Rechnungen, Veranlagungsverfügungen, Ursprungsnachweise / Lieferantenerklärungen).</p> |  |
| eco | 56 | 2 |  | <p>Abs. 2: Der BR bezeichnet die Personen, denen die Aufbewahrungspflicht obliegt, und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung.</p> <p>Gemäss erläuterndem Bericht kann der Bundesrat vorsehen, dass Daten bestimmter Verfahrensbeteiligter, wie namentlich der Datenverantwortlichen, in der Schweiz gehalten werden müssen. Diese Anforderung scheint recht eng gefasst.</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |   |   |  |
|-----|----|---|---|---|--|
| eco | 58 | 1 |   | Gemäss Art. 39 kann das BAZG geschuldete Beträge bis zu einem Jahr nachfordern. Art. 58 gewährt den Unternehmen für Einsprachen allerdings nur eine Frist von 60 Tagen. Die Frist von 60 Tagen wird den internen Abläufen von Unternehmen zudem nicht gerecht. Wir befürworten deshalb eine Verlängerung der Frist. Zudem gibt es heute bei den provisorischen Abfertigungen aus GSP Ländern eine Frist von 90 Tagen zur Beschaffung der Dokumente. Eine Verkürzung der Frist auf 60 Tage ist in Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, sehr kurz. |  |
| eco | 60 | 1 |   | Analog der Fristen für die Einsprache gemäss Art. 58, wäre auch bei der Beschwerdemöglichkeit eine Erweiterung der Frist wichtig. Dies um Asymmetrien zwischen den Rechten des BAZG und der Unternehmen zu vermeiden und um die internen Prozesse der Unternehmen besser zu berücksichtigen.<br><br>Das BAZG soll zudem sicherstellen, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.  |  |
| eco | 62 | 2 | b | Art. 62, Abs. 2 Bst b ist zu generell gefasst. Es erschliesst sich uns nicht, welche Arten von Kontrollen darunter fallen werden bzw. welche nicht. Dies wäre im Gesetzestext zu präzisieren. Insbesondere bei kleinen Beanstandungen scheint die Auferlegung von Kosten nicht verhältnismässig.  |  |
| eco | 66 | 2 | b | Mit Artikel 66 wird die Grundlage für die Bearbeitung von Daten juristischer Personen wie z.B. Fabrikationsgeheimnisse geschaffen. Besonders wichtig erscheint uns, dass diese Daten ausreichend geschützt und nicht an Dritte weitergegeben werden. Eine entsprechende Präzisierung ist daher wichtig.   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |  |   |  |  |
|-----|----|--|---|--|--|
|     |    |  |   | Der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse ist für viele Branchen ein prioritäres Anliegen. Dementsprechend wichtig erscheint es den Datenschutz sicherzustellen und den Zugang zu diesen sehr restriktiv zu behandeln, auch im Rahmen einer internationalen Amtshilfe.  |  |
| eco | 68 |  |   | Neue flexible Zugriffsbefugnisse mögen durchaus praxisbezogener sein, erhöhen aber die Gefahr des Missbrauchs. Daher ist eine rechtssichere Verordnungsregelung (mit klar abgestufter Kompetenz- und Zugriffsregelung, Kontrollen) essentiell.   |  |
| eco | 74 |  |   | Weder ist die Prüfungsfrequenz, noch sind Methodik oder Zuständigkeit der Überprüfung im Gesetzesentwurf geregelt.   |  |
| eco | 85 |  | e | Bisher ist die Prüfung von Produktionsanlagen nicht vorgesehen. In gewissen Industrien gelten strenge Produktionsvorschriften (Sicherheit, Qualität und GMP) und limitierte Zulassung nur für geschultes Personal, auch zur Sicherstellung des Schutzes vertraulicher Informationen. Deshalb achten wir eine solche Prüfung durch das BAZG als kritisch. |  |
| eco | 95 |  |   | Das Inverkehrbringen von Fälschungen führt für die Schweizer Industrie zu erheblichen Schäden. Die Bekämpfung von Fälschungen sollte bei der Ausarbeitung der Verfahren zur Vernichtung von Waren mitberücksichtigt werden.  |  |
| eco | 96 |  |   | Das Inverkehrbringen von Fälschungen führt für die Schweizer Industrie zu erheblichen Schäden. Die Bekämpfung von Fälschungen sollte bei der   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |   |  |  |  |
|-----|-----|---|--|--|--|
|     |     |   |  | Ausarbeitung der Verfahren zur Vernichtung von Waren mitberücksichtigt werden.   |  |
| eco | 106 |   |  | Bei einer risikobasierten Gewichtung der Kontrollen sollten Aspekte des Markenschutzgesetzes und Rechte am Geistigen Eigentum mitberücksichtigt werden.  |  |
| eco | 123 |   |  | Für hoheitliche Aufgaben wie die Zollkontrollen darf es zu keiner Aufweichung der Kostentragungspflicht des Bundes kommen. Der in Art. 5 Abs. 1 ZG formulierte Grundsatz muss im neuen Gesetz verankert werden.  |  |
| eco | 124 |   |  | Bezüglich der unentgeltlichen Unterstützung durch das Personal von privatwirtschaftlichen Unternehmen ist im Gesetz die Verhältnismässigkeit der Mitwirkungspflicht und der Anordnungs-Kompetenz des BAZG zu wahren. Unternehmen sollten unter Umständen gegen die Anordnungen entsprechende Rechtsmittel ergreifen zu können. Dies wäre z.B. möglich, wenn entsprechende Anordnungen des BAZG mittels anfechtbarer Verfügung erfolgen.        |  |
| eco | 133 |   |  | Wir beziehen keine Stellung zu den beiden Varianten. Wir möchten aber festhalten, dass in Bagatellfällen generell auf eine Strafe verzichtet werden sollte.  |  |
| eco | 140 | 1 |  | Art. 140 befugt das BAZG Gebühren für Verfügungen, Dienstleistungen und besondere amtliche Verrichtungen, die bei der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen, namentlich für Bewilligungen nach den Artikeln 44 und 45, die Anordnung von Sicherheitsleistungen und Betriebsprüfungen, soweit diese zu Beanstandungen führen, zu erheben.<br><br>Für verschiedene Branchen ist es aufgrund des komplexen Zolltarifsystems und der komplexen Regeln |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |   |  |
|-----|--|--|--|---|--|
|     |  |  |  | wichtig, dass Auskünfte (z.B. Zolltarif, Ursprungsregeln) durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben. |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----|--------------------------|--|---------------------------|
| eco | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| eco | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|-------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |
| eco         |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |
| eco  |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz                                    | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|------|---|------|------|------|--|--|
| eco  | Zolltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 (ZTG) | 4    |      |      | Der Bundesrat kann, wenn es die Interessen der Schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexperten Zollansätze angemessen herabsetzen. In der Praxis zeigt sich, dass sich die Anwendung dieses Absatzes als sehr schwierig erweist. Speziell die Voraussetzung, dass die Zollherabsetzung einen volkswirtschaftlichen Nutzen generieren muss, führt dazu, dass tiefe Zölle beibehalten werden müssen, da der erforderliche volkswirtschaftliche Nutzen nicht erreicht werden kann. Dies, obwohl der Zoll für die Branchen stossend ist. Wir regen an, diese Bestimmung im Zuge der Revision zu vereinfachen. | <p>Art. 4 Gebrauchstarif</p> <p>1 Der Bundesrat kann Abkommen über Zollansätze vorläufig anwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft setzen. Ebenso kann er Zollansätze vorläufig in Kraft setzen, die sich aus Abkommen ergeben, die der Bundesrat nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 19821 über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorläufig anwenden kann.</p> <p>2 Der Bundesrat kann Zollansätze, die sich im Verhältnis zu den in Zollverträgen gesenkten Ansätzen als überhöht erweisen, entsprechend herabsetzen.</p> <p>3 Der Bundesrat kann auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexpertenkommission:</p> <p>a. anordnen, dass auf die Erhebung von Zöllen auf</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |   |  |
|-----|--|--|--|--|---|--|
|     |  |  |  |  |   | bestimmten Waren ganz oder teilweise verzichtet wird;<br><br>b. Zollkontingente festlegen. |
| eco | Edelmetallkontrollgesetz vom 20. Juni 1933 |  |  |  | Wir befürworten eine Lösung in Absprache mit den betroffenen Branchenverbänden. |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |
| eco |  |  |  |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |
| eco  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| eco   |                           |
| eco   |                           |
| eco   |                           |
| eco   |                           |
| eco   |                           |
| eco   |                           |
| eco   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| eco  | 4           | 1           | b           | Zusätzliche Klärungen betreffend Nämlichkeit und Fristen wären wichtig.  |  |
| eco  | 4           | 1           | d           | <p>Zollfreie Waren: ... dürfen nur innerhalb von drei Jahren zollfrei getätigt werden.</p> <p>Solange mittels der Unterlagen nachgewiesen werden kann, dass die Bedingungen für die zollfreie Einfuhr der ausländischen Rückwaren gegeben ist, müsste aus unserer Sicht eine Erweiterung der Frist auf fünf Jahre und damit eine Anpassung an die Verjährungsfrist möglich sein.</p>   |  |
| eco  | 9           | 2           | a           | <p>Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Diese Bestimmung könnte daher potentiell zu einer willkürlichen höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unseres Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und im Rahmen der Digitalisierung auch nicht modern. Ob eine Warenanmeldung eine zweideutige oder ungenügende Warenbezeichnung aufweist, unterliegt bis zu einem gewissen Grad auch einer subjektiven Bewertung. Wo</p> |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |     |  |   |  |
|-----|----|-----|--|---|--|
|     |    |     |  | möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z. B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld besondere Bemerkungen der Warenposition).  |  |
| eco | 10 | 1-2 |  | Aktuell hält das Gesetz fest, dass schriftliche Zolllarif- und Ursprungsankünfte der eidgenössischen Zollverwaltung (neu Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)) während einer gesetzlich festgelegten Dauer verbindlich sind (Art. 20 ZG). Ohne ersichtlichen Grund wird im revidierten Gesetz in Art. 10 ZoG darauf verzichtet, die Verbindlichkeit und Dauer der vom BAZG erteilten Zolllarif- und Ursprungsankünfte zu regeln. Dies gilt es, analog der aktuell geltenden Bestimmung, ebenfalls festzulegen, sodass die Rechtssicherheit auch weiterhin gewährleistet ist und die betroffenen Unternehmen, wie bisher, über verbindliche Ankünfte verfügen. Wir würden eine Ergänzung im Gesetz, wie lange Ankünfte gültig sind, begrüßen. |  |
| eco | 10 |     |  | Das Recht auf Auskunft sollte nicht nur tarifarische Ankünfte umfassen, sondern auf nationales und internationales Zollrecht sowie interne Richtlinien erweitert werden.  |  |
| eco | 10 | 1   |  | Aufgrund des komplexen Zolllarifsystems und der komplexen Ursprungsregeln in bestimmten Branchen ist es für diese zentral, dass Tarif- und Ursprungsankünfte durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben, um eine Benachteiligung zu verhindern.   |  |
| eco | 15 |     |  | Zusätzliche Klärungen betreffend der Rollenzuständigkeit wären wünschenswert.   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |   |  |
|-----|----|---|--|---|--|
|     |    |   |  | Zollhinterziehung: Wir begrüssen, dass das mildere Strafmass für fahrlässige "Handlungen" nun auch gesetzlich verankert wird. In der Praxis wurde dies bereits so gehandhabt.   |  |
| eco | 16 | 3 |  | Wir begrüssen, dass neu bei der Zollgefährdung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit unterschieden werden soll.   |  |
| eco | 17 | 1 |  | Zusätzliche Klärungen betreffend der Rollenzuständigkeit wären wünschenswert. Wir begrüssen, dass beim Bannbruch eine Unterscheidung zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Tatbegehung eingeführt wird. Auch die Senkung der Strafraumen befürworten wir. |  |
| eco | 17 | 3 |  | Wir begrüssen, dass beim Bannbruch eine Unterscheidung zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Tatbegehung eingeführt wird. Auch die Senkung der Strafraumen befürworten wir.   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |
| eco |    |   |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |
| eco |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |
| eco  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, showing the document is protected. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' panel is open on the right, showing the 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) section. The 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen' (Allow only these edits in the document) checkbox is checked, and the 'Ausfüllen von Formularen' (Fill in forms) option is selected. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted in the bottom right of the panel.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

**Per E-Mail:**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Vorsteher Ueli Maurer

*rechtsetzung@ezv.admin.ch*

Zürich, 26. Dezember 2020

**Vernehmlassung zum Entwurf des Vollzugsaufgabengesetzes für das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz und Änderung des Mehrwertsteuergesetzes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. September 2020 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Möglichkeit, zu der ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

EXPERTsuisse möchte dazu beitragen, dass Gesetze, so auch das Zollgesetz in Verbindung mit dem Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (MWSTG), mass- und sinnvoll weiterentwickelt werden. Wir behalten uns deshalb vor, Anliegen im Interesse einer bestmöglich funktionierenden Mehrwertsteuer einzubringen.

**1. Allgemeine Vorbemerkungen**

EXPERTsuisse anerkennt bei der Zollgesetzgebung einen Reformbedarf. Vom ausgearbeiteten Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) und vom Zollabgabengesetz (ZoG) des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) sind wir jedoch noch nicht überzeugt. Die Gesetzessystematik wird grundlegend geändert, wobei das Rahmengesetz BAZG-VG eine Delegationskompetenz für das BAZG zur Rechtsetzung über Verordnungen vorsieht.

In Teilen können wir positive Entflechtungen erkennen, die sich mit der neuen Systematik ergeben könnten. Die Gesamtkonsequenz dieser Reform lässt sich jedoch derzeit noch nicht abschätzen.

EXPERTsuisse und seine Subkommission MWST setzen sich für Verbesserungen im Mehrwertsteuerrecht ein. Es ist dabei aus unserer Sicht zu bemängeln, dass die Vernehmlassung des BAZG-VG nicht in Abstimmung mit materiellem Recht, d.h. der Vernehmlassung über die Teilreform der Mehrwertsteuer (MWST), ausgearbeitet wurde bzw. umgekehrt. Bereits bestehende, im MWSTG oder der Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV) verankerte und gut funktionierende sowie zukünftig geplante Verfahren sowie ihre erforderlichen Synergien mit den Zollverfahren werden nicht berücksichtigt (z.B. Unterstellungserklärung, Verlagerungsverfahren, Marktplatzhaftung, Ausweitung der Bezugsteuer). Weiter bringt das BAZG-VG auch keine Verbesserungen für bestehende Systembrüche zwischen dem MWSTG und dem derzeitigen Zollrecht, sondern schreibt diese im BAZG-VG bzw. MWSTG-VG<sup>1</sup> sogar fest. So führt die nicht abgestimmte Verjährung auch im BAZG-VG im schlechtesten Fall zu einer «Überverjährung» von fünf bis 13 Jahren und hat bei MWST-Pflichtigen systemfremde, nicht abzugsfähige Einfuhrsteuern zur Folge.

**EXPERTsuisse empfiehlt dringend**, die Vernehmlassung zur Teilreform der MWST und jener des BAZG-VG (sowie anteilig ZoG) in den Bereichen zu vereinen bzw. aufeinander abzustimmen, welche **grenzüberschreitende Lieferungen und damit verbundene Steuerbefreiungen, Plattformbesteuerung, Kleinmengensendungen, Verjährung und Verfahren** betreffen. Da beide Vorlagen im EFD ausgearbeitet wurden, geht EXPERTsuisse davon aus, dass hier eine enge Abstimmung erfolgt.

**Grundsätzlich ist EXPERTsuisse der Auffassung**, dass das MWSTG nicht in den Aufgabenbereich des BAZG gehört. Die Mehrwertsteuer verkörpert mit dem Inlandsprinzip ein in sich geschlossenes, standardisiertes Steuersystem. Die Erhebung der Einfuhrsteuer wird allein aus erhebungs- und sicherungstechnischen Gründen an die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) delegiert, obschon die Einfuhrsteuer unabdingbarer Teil des Steuersystems des MWSTG ist. Die möglichst enge Einbindung von Art. 50 ff. MWSTG in Verfahren und Regeln der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) ist angesichts des forcierten, automatisierten

---

<sup>1</sup> MWSTG Vernehmlassung im Rahmen der BAZG-VG.



und elektronischen Datenaustausches, den elektronischen Anmeldungen und Warenprüfungen erwünscht. Die vorgesehene Stossrichtung des BAZG-VG geht in die umgekehrte Richtung: Sie vertieft die bereits bestehenden, unterschiedlichen Ansätze bei der Steuererhebung zwischen der EZV (Entwicklung hin zur rein «digitalen Zahlstelle») und der ESTV und zementiert so die geteilte Hoheit über die Erhebung der MWST. Dies liegt nicht im Interesse der Wirtschaft.

Vereinfacht dargestellt sollte das BAZG-VG in Bezug auf die MWST folgendermassen geändert werden:

- Grenzüberschreitende B2B Lieferungen (inkl. Plattformlieferungen) ins Inland: Generelle Überführung der Erhebung der Einfuhrsteuer ins Verlagerungsverfahren und in den Zuständigkeitsbereich der ESTV.
- Grenzüberschreitende B2C Lieferungen ins Inland: Erhebung der Einfuhrsteuer im Zuständigkeitsbereich des BAZG-VG verbleibend.
- Klarstellung der Einfuhrsteuerpflicht bzw. der Bezugsteuerpflicht aus Verlagerungsverfahren; der Begriff des Abgabenschuldners ist viel zu weit gefasst.
- Kompromisslose Anpassung der Zolleinfuhrverfahren an die neuen MWST-Erhebungssysteme; hier zu nennen sind Kleinmengensendung (Art. 7 Abs. 3 lit. b MWSTG), künftige Plattformbesteuerung und, sofern eingeführt, B2B Lieferungen von ausländischen Unternehmen im Bezugsteuerverfahren.
- Verjährungsfristen: in Art. 56 Abs. 4 MWSTG-VG auf Art. 42 MWSTG statt auf Art. 30 BAZG-VG referenzieren.

Abgesehen von der Beziehung zum MWSTG wird die Reform insgesamt und auch die neu geschaffenen Begrifflichkeiten für die Verfahrensbeteiligten von der primären Zielsetzung bestimmt, ein einheitliches und digitalisiertes Verfahren für alle vom BAZG-VG zu erhebenden Abgaben zu schaffen. Die Dominanz der technischen Vorgänge werden die Softwareprogramme, die bisher lediglich ein Hilfsmittel zur Erfassung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs waren, sehr stark auf: Abgabeschuldner wird der Waren-/Daten-/Transportverantwortliche durch Aktivierung, d.h. einem technischen Vorgang, der die Verbindlichkeit der elektronischen Eingabe bewirkt. Der sich «korrekt verhaltende Kunde» (Erläuternder Bericht S. 5) soll zeit- und ortsunabhängig digital abwickeln können. Die Fragen vom Eigentümer der Waren, Verfügungsmacht, Importeur, Rückerstattung der Einfuhrsteuer, Leistungswille werden für

dieses Gesetz irrelevant. Der Vertrags- und Handlungswille der Wirtschaftsbeteiligten wird durch einen Mausklick ersetzt.

**EXPERTsuisse empfiehlt dringend**, dass die Zollverwaltung die neu geschaffenen Rollen der Verfahrensbeteiligten auch mit den Rechtsgrundlagen der wichtigsten Partnerin der Schweiz im grenzüberschreitenden Verkehr, der EU, abstimmt<sup>2</sup>. Die Zollverwaltung erkennt selbst diese Notwendigkeit, wenn sie feststellt (Erläuternder Bericht S. 7), dass der EU-Zollkodex (ZK) diese Begrifflichkeiten nicht kennt und deshalb geprüft werden müsse, ob und «wie diese Rollen des BAZG-VG mit denjenigen des ZK harmonisiert werden können».

## **2. Kompetenzdelegation**

EXPERTsuisse kommt zum Schluss, dass das BAZG-VG zu wenig konkret regelt und dafür zu viel auf Verordnungsstufe delegiert. Das BAZG-VG entzieht politische Mitsprache und räumt insoweit der Bundesverwaltung zu viel Kompetenz ein. Auch die zeitlich nachgelagerte Ausarbeitung der Verordnung, deren Inhalt derzeit nicht bekannt ist und daher im Rahmen dieser Vernehmlassung nicht berücksichtigt werden kann, wird von uns bedauert. Ein sämtliche Wirtschaftsteilnehmer, d.h. Unternehmung und Konsumenten, betreffendes Gesetz sollte nicht lediglich Grundsätze regeln..

**EXPERTsuisse empfiehlt dringend**, die gleichzeitige Ausarbeitung und Vernehmlassung der dazugehörigen Verordnungen zwingend vorzunehmen, soweit das BAZG-VG in der vorliegenden Form beraten werden sollte. Nur so lässt sich die Auswirkung des BAZG-VG auf die tägliche Praxis beurteilen und Rechtssicherheit für die Wirtschaftsbeteiligten schaffen.

## **3. Abgabeschuldner**

Der Kreis der Abgabeschuldner ist weiterhin viel zu weit gefasst, als dass man in Art. 51 MWSTG den Steuerpflichtigen für die Einfuhrsteuer eindeutig bestimmen könnte. Zudem wird im MWSTG weiterhin von «Importeuren» gesprochen, obwohl im BAZG-VG der Begriff des «Importeurs» weder definiert noch sonst an einer Stelle erwähnt wird.

---

<sup>2</sup> Die EU-Kommission hat am 28. September 2019 ihren Aktionsplan Zoll veröffentlicht. Darin skizziert sie die Prioritäten und Vorhaben, die sie während der Legislatur von 2020 bis 2024 im Bereich Zoll umsetzen beziehungsweise anstossen möchte.

#### **4. Vereinheitlichung mit der MWST-Systematik**

Mit der letzten Teilrevision des MWSTG und der Einführung der Versandhandelsregelung für Kleinsendungen in Art. 7 Abs. 3 lit. b MWSTG wurden ausländische Versandhändler zu im Inland subjektiv MWST-pflichtigen Personen, die ihre Lieferungen als Inlandlieferungen abrechnen müssen. Dies führte dazu, dass ausländische Versandhändler ihre aus dem Ausland gelieferten Waren mit Schweizer MWST-Nummer sowie ausgewiesener Schweizer MWST im Inland offerieren und abrechnen. Die inländischen Konsumenten können nicht mehr erkennen, ob der Verkäufer nun Ware aus dem Ausland oder aus dem Inland liefert. Selbstverständlich war mit der MWST-Teilrevision **nicht** vorgesehen, dass Empfänger solcher Kleinsendungen<sup>3</sup> weiterhin zollrechtlich als «Importeure» gelten können und somit zu Schuldner der Einfuhrabgaben werden können. Sie können weder erkennen, dass die Ware aus dem Ausland geliefert wird, noch können sie sonst auf einen «Importeurstatus» schliessen, da sie die Produkte mit Inlandsteuer erwerben. Auch ist inakzeptabel, wenn solche Konsumenten sowohl die Inlandsteuer als auch die Einfuhrsteuer tragen müssten (Doppelbesteuerung). Es ist evident, dass das BAZG-VG in Übereinstimmung mit der MWST-Systematik gebracht werden muss. Der Versandhändler muss auch zollrechtlich bzw. BAZG-VG-rechtlich für den Importvorgang verantwortlich gemacht werden.

Ebenso muss das künftig für Lieferungen über eine Onlineplattform gelten. Es reicht nicht aus, dass ein Lieferant, welcher seine Ware über eine Plattform verkauft, steuerfrei an die Plattform liefern darf. Es muss im BAZG-VG und parallel dazu bei der Einfuhrsteuer nach Art. 50 ff. MWSTG sichergestellt werden, dass die Plattform auch die zollrechtlich verantwortliche «Importeurin» ist.<sup>4</sup>

#### **5. Bezugsteuer/Verlagerungsverfahren**

Das Verlagerungsverfahren gemäss Art. 63 MWSTG soll für sämtliche Auslandlieferungen ins Inland gelten, bei denen der erste inländische Empfänger ein Unternehmen ist, das im MWST-Register eingetragen ist. Dazu muss jedoch der Begriff der Steuerpflicht in Art. 51 MWSTG markant verbessert werden, indem der Steuerpflichtige («Importeur») eindeutig benannt wird. Die Ermittlung des Steuerpflichtigen für die Einfuhrsteuer kann nicht dem Zufall der Kaskade

---

<sup>3</sup> Mit diesem Status des Verkäufers als Steuerpflichtiger gem. Art. 7 Abs. 3 lit. b MWSTG sämtliche Lieferungen aus dem Ausland betreffend, nicht nur Kleinsendungen.

<sup>4</sup> Ausgenommen Lieferanten, die explizit als «Importeur» gestützt auf eine Unterstellungserklärung nach Art. 7 Abs. 3 lit. a MWSTG auftreten wollen.

Abgabepflichtiger gemäss Art. 21 BAZG-VG überlassen werden. Die ESTV soll für das Verlagerungsverfahren zuständig werden.

Die Erhebung von Einfuhrsteuern würde stark an Bedeutung einbüßen und wäre nur noch für Auslandlieferungen ins Inland an nicht im MWST-Register eingetragene Personen relevant. Da der Grossteil der B2C Auslandlieferungen ins Inland künftig über Plattformen versteuert wird, dürfte der Güterverkehr, welcher von der Einfuhrsteuer erfasst wird, marginal sein. Dies könnte unter Umständen auch im Sinne des BAZG sein, da die betreffende fachliche und steuerrechtliche Kompetenz in Anbetracht der künftigen Ausrichtung und Ausbildung des Personals, an Bedeutung verliert.

## 6. Verjährung

**Für EXPERTsuisse ist es essenziell**, dass die Verjährungsfristen der Einfuhrsteuer in Übereinstimmung mit der Festsetzungsverjährung für die Inlandsteuer von Art. 42 MWSTG gebracht werden.

In Art. 30 Abs. 5 BAZG-VG wird eine absolute Verjährungsfrist von **15 Jahren** stipuliert. Art. 56 Abs. 4 MWSTG-VG referenziert auf den falschen Art. 19 BAZG-VG und ist redaktionell anzupassen, sofern die nachfolgende Forderung nicht umgesetzt wird.

Mit der letzten Reform des MWSTG wollte der Gesetzgeber, dass im Mehrwertsteuersystem kürzere Verjährungsfristen gelten. Mit Art. 42 Abs. 4 MWSTG<sup>5</sup> wurde erreicht, dass das Recht, Steuerforderungen festzusetzen, spätestens und in **jedem Fall zehn Jahre** nach Ablauf der Steuerperiode, in der die Steuerforderung entstanden ist, verjährt. Wird gemäss Art. 42 Abs. 3 MWSTG die Verjährung durch die ESTV oder eine Rechtsmittelinstanz unterbrochen, beträgt die neue Verjährungsfrist **zwei Jahre**. Aktuell und unter dem vorgeschlagenen BAZG-VG sowie MWSTG-VG herrscht die wenig sinnvolle rechtliche Situation vor, dass gemäss Art. 36 Abs. 2 MWSTG die in Art. 42 MWSTG festzusetzende Steuerforderung aus der geschuldeten Inlandsteuer, der Bezugsteuer sowie der im Verlagerungsverfahren deklarierten Einfuhrsteuer (Art. 63 MWSTG) und dem Vorsteuerguthaben der entsprechenden Abrechnungsperiode entsteht. Die bezahlte Einfuhrsteuer ist gemäss Art. 28 Abs. 2 lit. c MWSTG

---

<sup>5</sup> Art. 48 Abs. 2 MWSTG stipuliert, dass die Bezugsteuer sich nach den gleichen Verjährungsbestimmungen richtet.

Teil des Vorsteuerguthabens. Für die Steuerpflichtigen ist es inakzeptabel, dass Einfuhrsteuern nach aktuellem Recht und gemäss Art. 56 Abs. 4 MWST-VG auch weiterhin **verjährungsüberschliessend fünf bis 13 Jahre länger** erhoben werden können, als die MWST-Forderung festgesetzt ist. Durch diese gesetzessystematische Fehlkonzeption droht sämtlichen MWST-Pflichtigen ein Szenario, in welchem chronologisch erst nach der Vorsteuerabzugsmöglichkeit Einfuhrsteuern erhoben und somit zur unerwünschten «*Tax Occulte*» werden. Art. 1 Abs. 1 MWSTG hält unmissverständlich fest, dass die MWST die Besteuerung des nicht unternehmerischen Endverbrauchs im Inland bezweckt. Wie eingangs und in Ziff. 4 erläutert, fordert EXPERTsuisse ein möglichst einheitliches und vor Allem widerspruchsfreies Steuersystem. Es ist evident, dass auch die Einfuhrsteuer prinzipiell in das System der MWST eingebettet werden muss, da sie Teil der Festsetzung der MWST-Forderung ist. Das BAZG-VG soll bezüglich der Einfuhrsteuer auf Warengrenzkontrollen, Datenreporting an die ESTV und Sicherungsmassnahmen an der Grenze eingegrenzt werden. D.h., das BAZG würde bezüglich der Einfuhrsteuer zu einer Kontrollbehörde im Auftrag der ESTV, wobei im ganzen MWST-System die materiellen und formellen Bestimmungen des MWSTG zur Anwendung gelangen müssen, insbesondere auch die Verjährungsfristen. **In Art. 56 Abs. 4 MWSTG-VG sollte daher auf Art. 42 MWSTG statt auf Art. 30 BAZG-VG verwiesen werden.**

## 7. Konsultativgremium

EXPERTsuisse ist der Auffassung, dass sich das MWST Konsultativgremium (Art. 109 MWSTG) sehr bewährt hat. In Art. 109 MWSTG wird stipuliert, dass das Konsultativgremium zu Anpassungen des MWSTG, Ausführungsbestimmungen und Praxisfestlegungen bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft berät.

Die Einfuhrsteuer (Art. 50 ff. MWSTG) ist Teil des Mehrwertsteuersystems und des MWSTG. Folglich existiert bereits heute die Bestimmung, dass das Konsultativgremium über sämtliche Bereiche dieses Gesetzes berät, also auch über die Belange der Einfuhrsteuer.

EXPERTsuisse empfiehlt aus Überzeugung, die Bestimmungen der Art. 157 – 162 MWSTV so zu ergänzen, dass die Mitarbeit des BAZG im MWST-Konsultativgremium zu sämtlichen Themen des MWSTG, für welche das BAZG Erhebungs- oder Ausführungsbehörde bleibt, zugesichert wird.

Daher **empfiehlt EXPERTsuisse**, im BAZG-VG ein weiteres Konsultativgremium gesetzlich aufzunehmen, welches sich mit den anderen Bereichen des Warenverkehrs ausserhalb von Art. 50 ff. MWSTG auseinandersetzt, wie z.B. mit der allgemeinen Zollpflicht, den Verbrauchssteuern, der Automobilsteuer, den Lenkungsabgaben etc.

## **8. MWSTG-Teilrevision**

Die BAZG-VG Totalrevision muss mit der MWSTG-Teilrevision eng abgestimmt werden (siehe Ausführungen in Ziffer 1).

## **9. Abschliessende Anmerkungen zum BAZG-VG**

### **a) Begrifflichkeiten (Art. 7 BAZG-VG)**

Die angestrebte Digitalisierung und IT-technische Verknüpfung sämtlicher Zollprozesse, einschliesslich aller beteiligten Akteure, erfordert nicht automatisch auch die Einführung umfassender, neuer Begrifflichkeiten, die weder mit dem übrigen nationalen geltenden Recht<sup>6</sup>, noch mit den angrenzenden, ausländischen Zollrechtsordnungen abgestimmt sind.

Generell stört sich EXPERTsuisse daran, dass breitflächig neue und teilweise unklare Definitionen eingeführt werden sollen und nun z.B. «*Zollverfahren*» anders heissen («*Warenbestimmungen*») und die Kaskade der «*Abgabeschuldner*» auf Waren-, Daten- und Transportverantwortlichen ebenfalls neu definiert wird.

Der «*Warenverantwortliche*» nach Art. 7 lit. e BAZG-VG hat die Hauptrolle; er gehört zum Kreis der Anmeldepflichtigen, der Referenzierungspflichtigen und der Aktivierungspflichtigen. Zudem wird er primärer Abgabenschuldner.

Die Begrifflichkeit bleibt unklar, da sie sich an den Begriffen «*Importeur*», «*Exporteur*» und «*Empfänger*» nach Art. 6 der Verordnung vom 12. Oktober 2011<sup>7</sup> orientiert» (Erläuternder Bericht S. 18) und zudem in den Erläuterungen bereits bekannte Anlehnungen an den Mehrwertsteuerlichen Begriff der «*Verfügbarmacht*» sowie andere zivilrechtliche Begriffe gemacht werden.

---

<sup>6</sup> Bzw. dem sich auch in der Vernehmlassung befindlichen Recht bzw. laufenden Gesetzgebungsverfahren.

<sup>7</sup> Statistik des Aussenhandels, SR 632.12.

Der «Datenverantwortliche» nach Art. 7 lit. f BAZG-VG benötigt einen entsprechenden Auftrag vom Warenverantwortlichen, was zunächst einmal eine Personenidentität zwischen Datenverantwortlichem und Warenverantwortlichem ausschliesst.

Demnach anerkennen die Erläuterungen im Bericht, dass der Datenverantwortliche auch für den Warentransport verantwortlich sein kann (Erläuternder Bericht S. 19 unten). In den Beispielen des Erläuternden Berichts, anhand derer die Rollenzuweisung erklärt wird, findet sich ein Beispiel, bei dem ein Kurier als Transportverantwortlicher gleichzeitig auch die Warenanmeldung vornimmt. Dieser ist offenbar chronologisch zunächst bis zur Abgabe der Warenanmeldung Transportverantwortlicher und anschliessend Datenverantwortlicher.

Wenn der Transportverantwortliche mit der Abgabe der Warenanmeldung Datenverantwortlicher wird, wie ist dann die Haftung nach Art. 21 BAZG-VG beim Spediteur zu verstehen? Reicht es aus, wenn ein Verfahrensbeteiligter einmal im Prozess als Transportverantwortlicher festgestellt werden konnte, weil er mit der Abgabe der Warenanmeldung zum Datenverantwortlichen wird?

Gleiche Unklarheit herrscht bei der Solidarhaftung des Transportverantwortlichen nach Art. 23 BAZG-VG, da der Erläuternde Bericht (siehe S. 36) den Wegfall der Ausfallhaftung vorsieht, wenn die Forderung bei der Warenverantwortlichen ganz oder teilweise uneinbringlich ist, ohne dass dies die gesetzliche Norm in Art. 23 BAZG-VG so vorsieht.

**EXPERTsuisse ist der Auffassung**, dass die gesetzlichen Regelungen in Art. 7 lit. e und lit. f BAZG-VG mit seinen neuen Begrifflichkeiten zusätzliche, neue Unklarheiten schaffen, die zu neuen Abgrenzungsfragen führen, die erst durch Rechtsprechung geklärt werden müssten.

#### **b) Aktivierung/Referenzierung und Warenanmeldung (Art. 12, 14 BAZG-VG)**

Die Aktivierung, die als rein technischer Vorgang innerhalb der EZV auch der Kontrolle des Waren- oder Datenverantwortlichen entzogen ist, muss nach Art. 14 Abs. 1 BAZG-VG im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze erfolgen. Die Aktivierung bewirkt die Verbindlichkeit der elektronischen Eingabe und bildet auch den massgebenden Zeitpunkt für die Entstehung der Abgabeschuld (Art. 19 Abs. 1 BAZG-VG) sowie für die Bemessung und Festsetzung der konkreten Zollabgabe (Art. 9 Abs. 1 ZG).

Die vom Gesetz vorgesehene theoretische Möglichkeit einer Änderung der Warenanmeldung im Zeitraum zwischen Übermittlung der Daten und Eintritt der Verbindlichkeit wird beim grenzüberschreitenden Verkehr mittels LKW kaum praktisch relevant werden. Insoweit dürften



Verfahren mit dem zugelassenen Versender verstärkt Bedeutung zukommen, die voraussichtlich erst in den Ausführungsbestimmungen der Verordnung geregelt werden dürften. Eine abschliessende Beurteilung der stark komprimierten Verfahrensabwicklung unter Berücksichtigung von allfälligen Berichtigungsmöglichkeiten kann derzeit nicht erfolgen, da deren Grundlagen und Umfang unbekannt sind.

In der *Warenanmeldung* muss nach Art. 12 Abs. 1 BAZG-VG das Transportmittel angegeben werden, auf dem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird (sogen. *Referenzierung*). Die Verantwortung obliegt grundsätzlich dem Transportverantwortlichen, der «daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragten Person bezeichnet ist» (Art. 12 Abs. 2, Art. 7 lit. g. BAZG-VG).

Die Benennung des Transportverantwortlichen in der Warenanmeldung wird bei den häufig vorkommenden Unterakkordantenverhältnissen zu zahlreichen Fehlern in der Warenanmeldung führen.

**EXPERTsuisse ist der Auffassung**, dass die Nennung des feststellbaren Transportmittels in der Warenanmeldung ausreichen sollte und weitere Angaben in einer separaten Meldung erfolgen könnten («Referenzierungsmeldung»).

#### **c) Warenbestimmung (Art. 11 BAZG-VG)**

Nach Art. 11 Abs. 3 BAZG-VG bedürfen Warenbestimmungen einer Bewilligung durch das BAZG, die bis anhin vereinfacht durch die Zollbehörde vor Ort durch Annahme der Zollanmeldung erfolgt sind (z.B. Ausbesserungen oder passive Veredelungen).

**EXPERTsuisse empfiehlt**, den Kreis der bewilligungspflichtigen Warenbestimmungen gegenüber dem heutigen Bestand nicht auszuweiten, sondern beizubehalten oder sogar weiter einzuschränken.

#### **d) Bestimmte anmeldepflichtige Personen (Art. 15, 16 BAZG-VG)**

Bei der Festlegung der Voraussetzungen und dem Bewilligungsverfahren für den Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) sollten die Zugangsvoraussetzungen auf Sicherheitsaspekte beschränkt werden. Auch der Status als AEO von Personen, die in Ländern oder Gebieten ausserhalb der Schweiz ansässig sind, sollten anerkannt werden, wenn diese Personen die



Voraussetzungen und Verpflichtungen gemäss den einschlägigen Rechtsvorschriften der betreffenden Länder und Gebiete erfüllen und diese Voraussetzungen und Verpflichtungen von der Schweiz als denjenigen gleichwertig anerkannt wurden, die für die Schweiz gelten. Die Begünstigungen sollten nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit gewährt werden. Das Recht der Gegenseitigkeit gilt bereits jetzt und sollte in das BAZG-VG aufgenommen werden.

**EXPERTsuisse empfiehlt**, die *Eignung der Datenverantwortlichen*, die nach Art. 16 BAZG-VG erforderlich sein soll und dessen Eignungsvoraussetzungen nach Abs. 2 vom Bundesrat geregelt werden können, ersatzlos zu streichen, da diese Regelung in erster Linie die gewerbmässigen Zolldeklaranten betreffen würde und eine Einschränkung der Tätigkeit durch den Bund zu einer unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führt (vgl. auch Art. 128 BAZG-VG, wonach die Bundesbehörde selbst auch gewerblich tätig sein und z.B. Schulungen anbieten kann).

Auch führt das Erfordernis zu einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber natürlichen Personen, die z.B. in einem Handelsunternehmen angestellt sind und Warenanmeldungen vornehmen. Deren Tätigkeit wird richtigerweise dem Unternehmen zugeordnet (Erläuternder Bericht S. 19 zu Art. 7 lit. e bis g BAZG-VG).

#### **e) Zahlungsweise (Art. 28 BAZG-VG)**

Das BAZG legt die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest. **EXPERTsuisse empfiehlt dringend**, dass Zahlungserleichterungen wie das **Zollkonto im zentralisierten Abrechnungsverfahren (ZAZ)** in der derzeitigen Form beibehalten werden.

#### **f) Nachforderung von Abgaben (Art. 39 BAZG-VG)**

Die verkürzte Frist von einem Jahr bei einem irrtümlichen Vorgehen des BAZG sollte mangels praktischer Relevanz gestrichen werden und stattdessen allgemein gem.

Art. 56 Abs. 4 MWSTG-VG auf Art. 42 MWSTG statt auf Art. 30 Abs. 1 BAZG-VG verwiesen werden (vgl. auch Ausführungen zu Ziffer 6 in diesem Schreiben). Gleichzeitig ist für den Abgabeschuldner das Recht einzuräumen, innerhalb dieser Frist eine im Zeitpunkt der Aktivierung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine andere zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben ebenfalls nachträglich geltend machen zu können (z.B. Nachreichen eines Ursprungszeugnisses).

#### **g) Bewilligung von Zolllager und Steuerlager (Art. 44 BAZG-VG)**

Die Voraussetzungen für die Bewilligung von einem Zolllager schränken die derzeit geltenden Möglichkeiten des Erhalts einer Bewilligung ein, da das BAZG-VG die Bewilligung von Voraussetzungen abhängig macht, die die EZV bereits bei der Teilrevision des Zollgesetzes in den Jahren 2011-2013 nicht durchsetzen konnte und die von den Wirtschaftsbeteiligten aus Standortgründen abgelehnt wurden.

**EXPERTsuisse** lehnt insbesondere die Einschränkung durch die Vorgaben hinsichtlich einer geeigneten Infrastruktur und geeigneter Sicherheitsstandards (lit. e), einer Mindestanzahl von Ein- oder Auslagerungen (lit. f) sowie Pflichten bezüglich der Aufbewahrung und Bekanntgabe von Daten (lit. g) ab.

#### **h) Kosten und Entschädigungen (Art. 62 BAZG-VG)**

**EXPERTsuisse empfiehlt**, dass das BAZG seine ordentlichen Aufgaben bis zum Einspracheverfahren kostenfrei erbringen soll. Diese Kostenfreiheit rechtfertigt sich u.a. damit, dass das Veranlagungs- und Einspracheverfahren eine Zwischenstellung zwischen Veranlagungs- und Rechtsmittelverfahren bzw. zwischen nichtstreitigem und streitigem Zoll- oder Steuerverfahren hat. So gesehen erscheint die Einsprache als Teil der Veranlagung selber bzw. als eine Art formalisierte Wiedererwägung oder als Wiedererwägungsverfahren konzipiertes, aber als Rechtsmittelverfahren durchgeführtes Verfahren.

Hier sind die Ausführungen im Erläuternden Bericht (siehe S. 57) nicht deckungsgleich mit den Überlegungen, denen Art. 84 MWSTG zugrunde liegt und auf denen der Bericht verweist.

**EXPERTsuisse empfiehlt** deshalb auch Art. 140 Abs. 1 BAZG-VG zu streichen.

#### **i) Erbringen gewerblicher Leistungen an Dritte (Art. 128 BAZG-VG)**

Das BAZG beabsichtigt, gewerbliche Leistungen an Dritte zu erbringen, wobei im Erläuternden Bericht (siehe S. 107) ausdrücklich auf Schulungen von Kunden verwiesen wird. Diese Schulungen dürfen nach Art. 128 lit. d BAZG-VG keine Wettbewerbsverzerrungen zur Folge haben, was gegeben sein soll, soweit diese Leistungen zu Marktbedingungen und ohne Quersubventionierung erbracht werden.

Zunächst ist es überraschend, wenn mit dem BAZG-VG beabsichtigt wird, dass die Behörde im Gesetz die Aufgabe erhält Schulungen in einem Bereich anzubieten, dessen Rahmenbedingungen wiederum die Behörde selbst erschafft. Andererseits ist es stossend, wenn die Behörde zudem die Voraussetzungen der beruflichen Eignung der Datenverantwortlichen in Art. 16 BAZG-VG festlegen kann. Eine Wettbewerbsverzerrung soll sodann in dieser Konstellation nur angenommen werden, soweit das Entgelt, das für diese Leistungen vom BAZG verlangt wird, nicht marktüblich ist bzw. die Leistungen nicht ohne weitere Quersubventionierung erbracht wird (was ohnedies für einen Aussenstehenden nicht geprüft werden kann).

**EXPERTsuisse lehnt dies in Gänze ab.**

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen zu dienen und stehen Ihnen für die Beantwortung von Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
EXPERTsuisse



Benno Suter  
Präsident Subkommission MWST



Dr. Thorsten Kleibold  
Mitglied der Geschäftsleitung



Fédération de l'industrie horlogère suisse FH  
Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie FH  
Federation of the Swiss Watch Industry FH

Département fédéral des finances DFF  
Monsieur le Conseiller fédéral Ueli Maurer

V. Réf / Ihr Zeichen / Your Ref :  
N. Réf / Unser Zeichen / Our Ref : LÉGIS/SUI/LDOUA/20/0166

Bienne, le 18 décembre 2020

**Procédure de consultation: Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF (LEOFDF) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à la consultation relative au sujet cité en exergue et nous permettons de vous faire part, ci-après, de nos observations et commentaires.

Nous commencerons par présenter nos activités et l'impact que pourrait avoir la réorganisation des douanes suisses pour nous, puis nous aborderons certains points de de la **LEOFDF** de manière plus précise.

## **1. La Fédération de l'industrie horlogère suisse FH**

La Fédération de l'industrie horlogère suisse FH (ci-après FH) est l'association faîtière de la branche horlogère suisse et regroupe plus de 460 entreprises membres. Etablie à Bienne, elle possède également des bureaux permanents à Hong Kong et Tokyo. Elle défend les intérêts de l'horlogerie suisse, tant au niveau national que sur la scène internationale. L'industrie horlogère emploie plus de 57'000 personnes en Suisse et figure parmi les industries les plus importantes du pays. En 2019, elle a exporté de la marchandise d'une valeur de plus de 21,6 milliards de francs suisses.

## **2. Remarques générales sur le projet de révision**

Nous saluons la volonté de l'AFD de simplifier et d'uniformiser les processus. Cette simplification se traduira aussi par la digitalisation conséquente des processus douaniers. Il convient toutefois de veiller à ce que ces nouveaux processus apportent aussi une plus-value aux entreprises concernées et non pas uniquement aux autorités mêmes. A cet égard, citons par exemple l'obligation de présenter tous les documents d'accompagnement nécessaires dans la déclaration de marchandises (article 9) ou la mention dans la déclaration de marchandises. Des procédures douanières efficaces et rapides pour les entreprises améliorent la compétitive de l'économie suisse et contribuent de cette manière à la prospérité de notre pays.





La législation cadre délègue passablement de compétences au niveau des ordonnances et des directives. Ceci rend l'évaluation du projet plus difficile et nous préconisons une nouvelle procédure de consultation pour les ordonnances d'exécution dès qu'elles seront disponibles.

En outre, nous souhaitons nous rallier à la prise de position d'economiesuisse.

### **3. Lutte contre les contrefaçons horlogères**

L'une des principales tâches de la FH est de lutter efficacement contre les contrefaçons horlogères copiant des produits helvétiques.

Les contrefaçons de montres suisses copient les marques et les designs d'entreprises helvétiques, parmi les plus réputées, innovantes et historiques de notre pays. Les contrefacteurs spolient ces entreprises de leurs investissements, savoir-faire et innovations, tant techniques qu'esthétiques, et leur causent un dégât d'image inestimable. Comme vous le savez sans doute, les bénéfices retirés de ces activités criminelles profitent très souvent *in fine* au crime organisé.

Année après année, la FH, ainsi que ses membres, investissent des moyens très importants pour combattre ce fléau et font saisir, en collaboration avec les autorités dans le monde entier, plusieurs millions de montres suisses contrefaites. La Cellule Internet de la FH agit en amont et retire annuellement plus d'un million d'annonces de montres contrefaites des plateformes de vente en ligne et des réseaux sociaux, fermant par la même occasion des milliers de comptes associés à ce trafic.

Dans cette lutte, la Suisse ne fait malheureusement pas figure d'exception, de très nombreuses montres contrefaites y étant importées chaque année par des consommateurs et même des revendeurs.

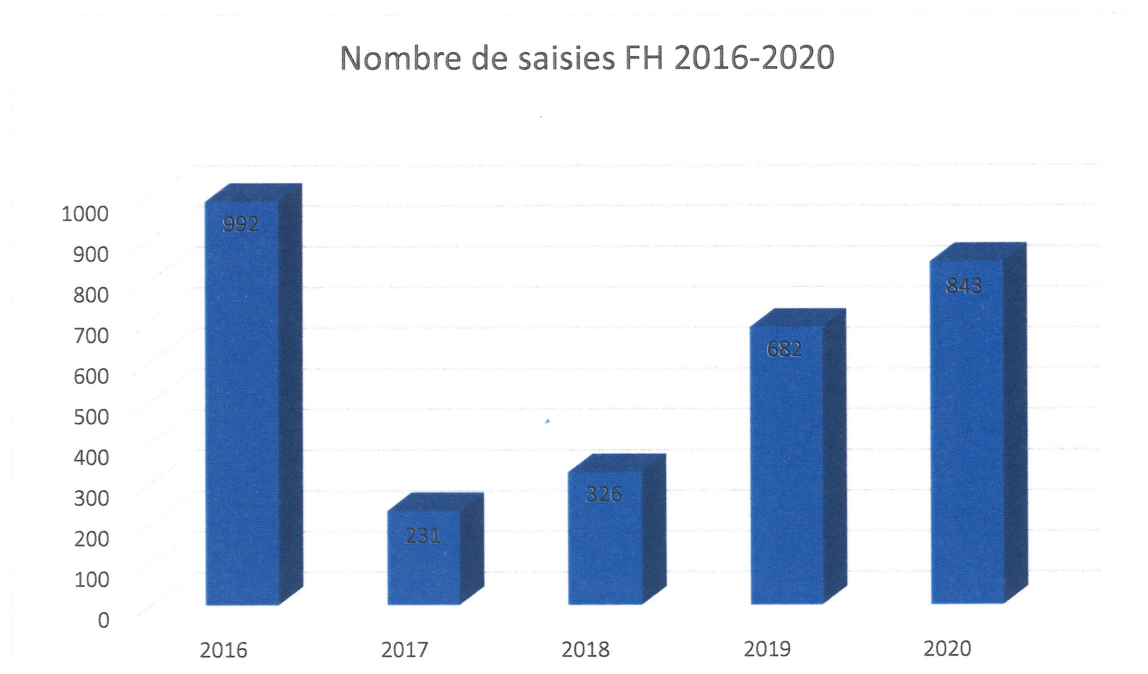
L'activité des autorités, et notamment des douanes suisses, est par conséquent particulièrement importante dans ce domaine dans la mesure où leurs interventions constituent souvent le seul moyen pour intercepter et séquestrer les produits contrefaits.

Nous estimons les pertes pour notre secteur à au moins 1 milliard de francs par an et un rapport de l'OCDE, encore à paraître courant de l'année prochaine et intitulé « Counterfeiting, piracy and the Swiss economy », quintuple même ce montant. Les pertes pour notre branche, l'économie suisse et pour l'État en matière fiscale sont donc loin d'être négligeables.

La Suisse se doit de montrer l'exemple dans cette lutte contre le faux, pour protéger ses industries et préserver les emplois, soutenir son économie et garantir les droits de propriété intellectuelle.

### **4. Intervention des douanes suisses en matière de lutte contre les contrefaçons horlogères**

La FH travaille en étroite collaboration avec les douanes suisses depuis de très nombreuses années, plus particulièrement depuis le 1<sup>er</sup> juillet 2008 et la possibilité offerte par le droit suisse de déposer une demande d'intervention douanière pour combattre l'importation à des fins non commerciales de marchandises contrefaites. Depuis lors, la FH dispose d'une demande d'intervention commune couvrant plus de 20 marques horlogères suisses qui font partie de son Groupement anticontrefaçon. Ci-après, vous trouverez une statistique qui montre l'évolution des saisies effectuées pour le compte des marques représentées par la FH :



La baisse massive intervenue à partir de 2017 est due à l'implémentation du programme de stabilisation de la Confédération 2017-2019, qui a mené à un recul des interventions de l'AFD en matière de contrefaçon d'environ 80%. Les saisies progressent à nouveau depuis quelques temps et l'introduction d'une nouvelle procédure pour les petits envois devrait, en réduisant les charges administratives pour l'AFD, permettre aux douanes de mettre davantage de ressources au profit des contrôles et ainsi augmenter le nombre de saisies de produits contrefaits, notamment horlogers.

## **5. Commentaires sur la loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF (LEOFDF)**

### **5.1 Procédure électronique - articles 48 et suivants LEOFDF**

Il n'est pas clair de savoir si la nouvelle procédure électronique sera applicable aux saisies douanières de produits contrefaits sur la base de ce projet. En effet, cette procédure prévoit à l'article 53 LEOFDF un délai de notification de 7 jours pour qu'une décision soit réputée notifiée et à l'article 58 LEOFDF un délai de 60 jours est octroyé pour faire opposition. Or, ces délais ne semblent pas compatibles avec ceux prévus par l'article 72 de la Loi sur la protection des marques et des indications de provenance (LPM, RS 332.11), en l'occurrence deux fois dix jours maximum, au-delà desquels le destinataire ne pourra plus s'opposer à la destruction des marchandises.

Pourtant, pouvoir régler les saisies douanières de contrefaçons par la voie électronique serait un gain en efficacité et en temps conséquent, tant pour les douanes que pour les titulaires de droits. Aujourd'hui, il est devenu indispensable de posséder une adresse email pour commander des articles sur Internet, y compris s'ils sont contrefaits. Cette information est donc connue de l'expéditeur et devrait être systématiquement communiquée sur l'envoi ou sa facture. Ainsi, un traitement électronique deviendrait possible, sous réserves que des délais soient spécifiquement prévus dans la LEOFDF pour tenir compte de ces cas de figures particuliers.





Une réserve pourrait donc être formulée aux art. 53 et 58 LEOFDF pour qu'il soit tenu compte des particularités et délais de procédure prévus dans les actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal, et ce afin de ne pas fermer la porte à une procédure électronique dans des domaines autres que fiscaux.

## 5.2 Contrôle automatisé et contrôle physique (art. 79 et 80 LEOFDF)

Le message indique que les « contrôles automatisés seront réalisés en priorité dans le cadre de la circulation autorisée des marchandises ». Par ailleurs, le nouvel article 80, al. 1 let. a LEOFDF prévoit que : L'OFDF effectue un contrôle physique:

- a. **en cas de soupçon découlant d'un contrôle automatisé** et portant sur le non-respect d'un acte législatif relevant du droit fiscal ou d'un acte législatif n'en relevant pas;
- b. sur une base aléatoire, ou
- c. de façon ciblée dans des cas d'espèce.

Il est possible de croire que les contrôles automatisés seront à terme probablement le principal facteur déclenchant pour les contrôles physiques de la marchandise. Étant donné que pour déceler les contrefaçons il est indispensable de contrôler physiquement les paquets, les contrôles automatisés ne devraient pas être réservés à la circulation autorisée des marchandises mais également à l'importation ou au transit de faux produits (à moins qu'ils ne soient considérés par les douanes comme faisant partie de la « circulation autorisée des marchandises », auquel cas le message porte à confusion).

Selon notre compréhension actuelle, le projet de loi et son message tels que formulés pourraient mener à une baisse des contrôles physiques des marchandises contrefaites si aucun contrôle automatique ne cible précisément ce type de produit.

## 5.3 Compétences de l'OFDF (art. 85 Principes)

Au Titre 9, Chapitre 1, l'article 85 LEOFDF donne les grandes lignes des compétences dont jouira l'OFDF. La lettre « e » de cet article nous a particulièrement interpellés. Elle prévoit le contrôle d'unités de fabrication, d'entrepôts et d'autres locaux dans le cadre du contrôle d'entreprises. Autant l'accès à des entrepôts peut se comprendre, autant celui aux unités de production, recelant souvent des informations stratégiques et confidentielles, ne devrait pouvoir se faire que dans des circonstances exceptionnelles. Or, ni le texte de loi, ni le message, ne donnent d'indications quant à l'usage qui serait fait par les douanes de cette possibilité. Par conséquent, cette compétence devrait être retirée, limitée aux cas exceptionnels avec renvoi à l'art. 48 DPA ou à tout le moins expliquée en détail dans le message.

## 5.4 Mise en sûreté provisoire, restitution, destruction et confiscation autonome (art. 95 LEOFDF)

Cet article prévoit que l'OFDF peut provisoirement mettre en sûreté des marchandises puis il stipule que l'OFDF transmet immédiatement les biens mis en sûreté à l'autorité compétente. Or, que se passe-t-il lorsque des saisies de contrefaçons sont opérées ? L'autorité compétente est justement l'OFDF, du moins tant que le destinataire ne s'oppose pas à la destruction de la marchandise. De plus, le terme « immédiatement » pose problème dans cet article, car soit l'OFDF peut provisoirement mettre en sûreté des marchandises, soit il doit les transmettre immédiatement à l'autorité compétente.

Une reformulation de cet article nous semblerait opportune de sorte à tenir compte de tous les cas de figure, notamment celui des saisies de contrefaçons.



## 5.5 Destruction simplifiée de petits envois (art. 96 LEOFD)

La formulation de cet article n'est peut-être pas la plus adéquate. Il conviendrait à notre avis de consolider sa formulation avec celle utilisée dans la « Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ». Par exemple, les termes « ayant droit » de cet article, un peu vagues et pouvant se confondre avec les termes « titulaire de droits », pourraient être remplacés par les termes « le déclarant, le possesseur ou le propriétaire ». De même, l'art. 96 LEOFD parle de consentement du destinataire alors que le projet visant l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois évoque plutôt une non-opposition expresse à la destruction.

Enfin, le fait qu'une destruction sans audition des petits envois soit possible « si aucun ayant droit n'est présent sur place », sans égard à la valeur ou au nombre de marchandises va également au-delà de ce que prévoit la « Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ». Une telle possibilité ne serait pas adéquate en matière de saisies de contrefaçons et ferait notamment courir un risque important aux titulaires de droits en cas d'erreur qui ne seraient informés que trimestriellement, donc potentiellement après la destruction du bien.

## 5.6 Pondération en fonction des risques liée aux tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal (art. 106 LEOFD)

Selon le message, l'OFDF classera les domaines d'exécution découlant des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal selon trois niveaux de pondération. La pondération en fonction des risques obéira aux règles suivantes:

- les contrôles dans les domaines primaires ou prioritaires dépendront des événements (environnement, situation, risque, etc.) et auront la priorité absolue;
- les contrôles dans les domaines d'exécution à pondération élevée seront effectués de manière ciblée et en fonction des risques;
- il n'y aura pas de contrôles ciblés dans les domaines d'exécution à pondération peu élevée. Cependant, si des découvertes fortuites débouchent sur une saisie ou une interception, l'OFDF prendra des mesures concrètes.

Or, l'art. 106 LEOFD indique que :

1. Les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal sont effectués en fonction des risques.
- 2 Le Conseil fédéral définit le cadre de la pondération en fonction des risques.
- 3 L'OFDF pondère les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal.

Il ne ressort pas clairement du message qui définira, entre le Conseil fédéral et l'OFDF, quels domaines d'exécution pourront bénéficier d'une pondération élevée et quels autres seront considérés comme de pondération peu élevée. La différence entre ces régimes est pourtant de taille car, selon le message, ceux de pondération peu élevée ne pourront bénéficier que de « découvertes fortuites ». Par ailleurs, selon le message, les domaines d'exécution soumis au contrôle automatisé ne seront pas pondérés en fonction des risques, étant donné que la surveillance et l'analyse entièrement électroniques y seront assurées en tout temps.

Nous tenons avant tout à rappeler ici que le travail des douanes est essentiel pour faire respecter les droits de propriété intellectuelle et que ce domaine ne pourrait aucunement se contenter d'une pondération peu élevée et de « découvertes fortuites ». Une telle pondération irait à l'encontre par ailleurs de la loi sur la protection des marques et de ses articles prévoyant le dépôt d'une demande d'intervention douanière, qui requiert des contrôles ciblés. Une pondération peu élevée ne permettrait pas de sauvegarder les droits de





propriété intellectuelle en Suisse, qui nous le soulignons encore sont très bénéfiques, voire même vitaux, à notre économie et à nos industries.

#### 5.7 Appel à des tiers (art. 126) et coopération avec l'économie (art. 127)

Nous saluons ces nouvelles possibilités qui permettront une collaboration accrue entre l'OFDF et le secteur privé. Notre fédération, qui entretient déjà une très bonne collaboration avec les services douaniers, ne peut que se réjouir de telles initiatives et potentielles nouvelles opportunités.

Le message indique, pour l'art. 127, que « le contrôle du respect des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal sera automatisé dans la mesure du possible ». Si ce devait être le cas pour le domaine de la contrefaçon, nous souhaiterions être impliqués dans l'implémentation de cette détection automatique et participer à l'élaboration de l'analyse de risque. Le domaine de la contrefaçon horlogère est particulier à plus d'un titre et, avec plus de 40 ans d'expérience dans la lutte contre ce fléau, notre fédération serait un atout pour le développement d'une détection automatique efficace.

#### 5.8 Modification d'autres actes (Annexe 1) - 56. Loi du 20 juin 1933 sur le contrôle des métaux précieux

Le contrôle des métaux précieux en Suisse est une tâche particulièrement importante pour notre branche. Le poinçonnement obligatoire d'ouvrages en métaux précieux en Suisse et le poinçon de garantie helvétique assurent un standard élevé de qualité et une sécurité appréciée des acheteurs. Ce poinçonnement permet en outre l'application de la Convention sur le contrôle et le poinçonnement des ouvrages en métaux précieux conclue à Vienne le 15 novembre 1972 (RS 0.941.31) mais aussi de bénéficier d'une reconnaissance mutuelle des marquages au travers de plusieurs accords bilatéraux (France, Italie, Autriche, Espagne et Russie).

Le fait de confier les contrôles aux frontières exclusivement au futur OFDF entre dans une logique de réorganisation que nous pouvons parfaitement comprendre. Cependant, il ne faudrait pas pour autant se passer de l'expérience et de l'expertise du Bureau central de contrôle des métaux précieux (BCMP), notamment en matière de poursuite pénale. En effet, la compétence de poursuite pénale a été retirée à cet office au profit de l'OFDF (suppression de l'art. 20, al. 3 LCMP, de l'art. 54, al. 3 et ajout de l'art. 56), pour des raisons que nous ignorons. Le BCMP pourrait avoir des tâches allant au-delà de la simple dénonciation des infractions constatée et se voir confier le rôle d'expert dans ce type de procédure ou d'y être convié en qualité de partie lésée. Après tout, le non-respect par certaines entreprises des dispositions en matière de métaux précieux nuit directement à leur activité en ternissant la réputation du poinçonnement officiel suisse. D'ailleurs, sans mener directement la procédure, ils pourraient néanmoins toujours trouver un intérêt en y participant activement et se révéler *in fine* un atout précieux dans ce type d'affaires.

Un autre point très important pour notre branche concerne la flexibilisation et miniaturisation des poinçons officiels. Notre fédération a adressé une demande formelle au BCMP le 12 mai 2020 requérant la réduction de la taille minimale du poinçon à 0.5mm, tout en conservant d'autres dimensions possibles. Le BCMP s'est montré parfaitement ouvert à la question, sous réserve de la modification de l'Ordonnance sur le contrôle des métaux précieux (OCMP, RS 0.941.31).

L'évolution de la conception et construction mécanique des montres diminue les surfaces disponibles pour les marquages, ce qui nécessite par conséquent une réduction de la taille minimale du poinçon. De plus, ce serait une adaptation aux standards internationaux, notamment à la Convention sur le contrôle et le poinçonnement des ouvrages en métaux précieux, conclue à Vienne le 15 novembre 1972, qui prévoient déjà une telle dimension.



Le présent projet LEOFDF mis en consultation entend apporter des modifications substantielles à la Loi du 20 juin 1933 sur le contrôle des métaux précieux, ce qui rendra sans doute des ajustements de l'OCMP nécessaires. Cette occasion pourrait donc être saisie pour adapter la dimension minimale du poinçon officiel à 0.5mm, une adaptation indispensable à notre secteur, pour autant que cette modification ne puisse pas être rattachée à la révision de la loi sur le blanchiment d'argent (LBA) qui est actuellement discutée au sein du parlement suisse et qui rencontre une certaine résistance.

## 6. Récapitulatif

En guise de conclusion, nous souhaitons rappeler les points principaux que nous estimons nécessaire de prendre en compte pour clarifier le projet ambitieux de la LEOFDF :

- Laisser la porte ouverte pour une application de la procédure électronique (articles 48 et suivants LEOFDF) aux cas de saisies de contrefaçons ;
- S'assurer que les contrôles automatisés (art. 79 et 80 LEOFDF) ne seront pas réservés à la circulation autorisée des marchandises mais également à l'importation ou au transit de faux produits ;
- Les compétences de l'OFDF (art. 85 Principes) ne doivent pas aller au-delà de ce qui est indispensable à l'accomplissement de sa tâche et tenir compte des intérêts privés ;
- La mise en sûreté provisoire, restitution, destruction et confiscation autonome (art. 95 LEOFDF) de produits ne semble pas tenir compte des cas de contrefaçons et mérite clarification ;
- La destruction simplifiée de petits envois (art. 96 LEOFDF) devrait être harmonisée, tant quant à son fond qu'à sa forme et ses termes, avec la Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ;
- La pondération en fonction des risques liée aux tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal (art. 106 LEOFDF) ne devra pas se faire au détriment des droits de propriété intellectuelle, une pondération élevée étant nécessaire au principe même des demandes d'intervention douanières ;
- Dans l'Annexe 1, le maintien des compétences du BCMP ainsi que la miniaturisation des poinçons dans l'OCMP sont des éléments importants pour notre branche.

Nous vous remercions de prendre notre opinion en considération et restons à votre disposition pour tout complément d'information que vous pourriez souhaiter.

Nous vous prions de croire dans l'intervalle, Monsieur le Conseiller fédéral, à notre plus haute considération.

Jean-Daniel Pasche  
Président

  
Yves Bugmann  
Chef de la division juridique



### Procédure de consultation:

- **Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et**
- **révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

---

### Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : Fédération de l'industrie horlogère suisse FH

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : FHS

Adresse : Rue de l'Argent 6, 2502 Biel/Bienne

Personne de référence : Yves Bugmann

Téléphone : +41 (0) 32 328 08 28

Courriel : yves.bugmann@fhs.swiss

Date : 18.12.2020

---

Veuillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (**document Word et PDF**) d'ici au **31 décembre 2020** à l'adresse suivante :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|   |    |
|---|----|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....                               | 3  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                   | 5  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016 ..... | 10 |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Autres propositions .....   | 11 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....   | 12 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                             | 14 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Autres propositions .....   | 16 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....   | 17 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                                       | 18 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Autres propositions .....   | 20 |
| Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes .....  | 21 |

### Indications importantes pour remplir les tableaux:

1. Nous vous prions,
  - a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant;
  - b) d'utiliser une ligne par article, alinéa et lettre ou par article du chapitre du rapport explicatif;
  - c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne remplir que les champs gris du formulaire;
2. La colonne «Nom» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| <b>Nom<sup>1</sup></b> | <b>Commentaire / remarque</b>   |
|------------------------|---|
| FHS                    | Nous saluons la volonté de l'AFD de simplifier et d'uniformiser les processus. Cette simplification se traduira aussi par la digitalisation conséquente des processus douaniers. Il convient toutefois de veiller à ce que ces nouveaux processus apportent aussi une plus-value aux entreprises concernées et non pas uniquement aux autorités mêmes. A cet égard, citons par exemple l'obligation de présenter tous les documents d'accompagnement nécessaires dans la déclaration de marchandises (article 9) ou la mention dans la déclaration de marchandises. Des procédures douanières efficaces et rapides pour les entreprises améliorent la compétitive de l'économie suisse et contribuent de cette manière à la prospérité de notre pays.   |
| FHS                    | La législation cadre délègue passablement de compétences au niveau des ordonnances et des directives. Ceci rend l'évaluation du projet plus difficile et nous préconisons une nouvelle procédure de consultation pour les ordonnances d'exécution dès qu'elles seront disponibles.  |
| FHS                    | En outre, nous souhaitons nous rallier à la prise de position d'economiesuisse.   |
| FHS                    | <p>L'une des principales tâches de la FH est de lutter efficacement contre les contrefaçons horlogères copiant des produits helvétiques.</p> <p>Les contrefaçons de montres suisses copient les marques et les designs d'entreprises helvétiques, parmi les plus réputées, innovantes et historiques de notre pays. Les contrefacteurs spolient ces entreprises de leurs investissements, savoir-faire et innovations, tant techniques qu'esthétiques, et leur causent un dégât d'image inestimable. Comme vous le savez sans doute, les bénéfices retirés de ces activités criminelles profitent très souvent in fine au crime organisé.</p> <p>Année après année, la FH, ainsi que ses membres, investissent des moyens très importants pour combattre ce fléau et font saisir, en collaboration avec les autorités dans le monde entier, plusieurs millions de montres suisses contrefaites. La Cellule Internet de la FH agit en amont et retire annuellement plus d'un million d'annonces de montres contrefaites des plateformes de vente en ligne et des réseaux sociaux, fermant par la même occasion des milliers de comptes associés à ce trafic.</p> <p>Dans cette lutte, la Suisse ne fait malheureusement pas figure d'exception, de très nombreuses montres contrefaites y étant importées chaque année par des consommateurs et même des revendeurs.</p> |

<sup>1</sup> La colonne «Nom» sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |   |
|-----|---|
|     | <p>L'activité des autorités, et notamment des douanes suisses, est par conséquent particulièrement importante dans ce domaine dans la mesure où leurs interventions constituent souvent le seul moyen pour intercepter et séquestrer les produits contrefaits. Nous estimons les pertes pour notre secteur à au moins 1 milliard de francs par an et un rapport de l'OCDE, encore à paraître courant de l'année prochaine et intitulé « Counterfeiting, piracy and the Swiss economy », quintuple même ce montant. Les pertes pour notre branche, l'économie suisse et pour l'État en matière fiscale sont donc loin d'être négligeables.</p> <p>La Suisse se doit de montrer l'exemple dans cette lutte contre le faux, pour protéger ses industries et préserver les emplois, soutenir son économie et garantir les droits de propriété intellectuelle.</p>   |
| FHS | <p>La FH travaille en étroite collaboration avec les douanes suisses depuis de très nombreuses années, plus particulièrement depuis le 1er juillet 2008 et la possibilité offerte par le droit suisse de déposer une demande d'intervention douanière pour combattre l'importation à des fins non commerciales de marchandises contrefaites. Depuis lors, la FH dispose d'une demande d'intervention commune couvrant plus de 20 marques horlogères suisses qui font partie de son Groupement anticontrefaçon.</p> <p>La baisse massive intervenue à partir de 2017 est due à l'implémentation du programme de stabilisation de la Confédération 2017-2019, qui a mené à un recul des interventions de l'AFD en matière de contrefaçon d'environ 80%. Les saisies progressent à nouveau depuis quelques temps et l'introduction d'une nouvelle procédure pour les petits envois devrait, en réduisant les charges administratives pour l'AFD, permettre aux douanes de mettre davantage de ressources au profit des contrôles et ainsi augmenter le nombre de saisies de produits contrefaits, notamment horlogers.</p> |
| FHS |   |
| FHS |   |
| FHS |   |
| FHS |   |
| FHS |   |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b>                                 | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b>  | <b>Proposition de modification (texte)</b>  |
|------------|---|------------|-------------|--|---|
| FHS        | 48 ss, 53 et 58<br>(procédure électronique) |            |             | <p>Il n'est pas clair de savoir si la nouvelle procédure électronique sera applicable aux saisies douanières de produits contrefaits sur la base de ce projet. En effet, cette procédure prévoit à l'article 53 LEOFDF un délai de notification de 7 jours pour qu'une décision soit réputée notifiée et à l'article 58 LEOFDF un délai de 60 jours est octroyé pour faire opposition. Or, ces délais ne semblent pas compatibles avec ceux prévus par l'article 72 de la Loi sur la protection des marques et des indications de provenance (LPM, RS 332.11), en l'occurrence deux fois dix jours maximum, au-delà desquels le destinataire ne pourra plus s'opposer à la destruction des marchandises.</p> <p>Pourtant, pouvoir régler les saisies douanières de contrefaçons par la voie électronique serait un gain en efficacité et en temps conséquent, tant pour les douanes que pour les titulaires de droits. Aujourd'hui, il est devenu indispensable de posséder une adresse email pour commander des articles sur Internet, y compris s'ils sont contrefaits. Cette information est donc connue de l'expéditeur et devrait être systématiquement communiquée sur l'envoi ou sa facture. Ainsi, un traitement électronique deviendrait possible, sous réserves que des délais soient spécifiquement prévus dans la LEOFDF pour tenir compte de ces cas de figures particuliers.</p> | Une réserve pourrait donc être formulée aux art. 53 et 58 LEOFDF pour qu'il soit tenu compte des particularités et délais de procédure prévus dans les actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal, et ce afin de ne pas fermer la porte à une procédure électronique dans des domaines autres que fiscaux. |
| FHS        |   |            |             |  |   |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |          |  |  |   |   |
|-----|----------|--|--|---|---|
| FHS | 79 et 80 |  |  | <p>Contrôle automatisé et contrôle physique: Le message indique que les « contrôles automatisés seront réalisés en priorité dans le cadre de la circulation autorisée des marchandises » (art.79). Par ailleurs, le nouvel article 80, al. 1 let. a LEOFDF prévoit que :</p> <p>L'OFDF effectue un contrôle physique:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. en cas de soupçon découlant d'un contrôle automatisé et portant sur le non-respect d'un acte législatif relevant du droit fiscal ou d'un acte législatif n'en relevant pas;</li> <li>b. sur une base aléatoire, ou</li> <li>c. de façon ciblée dans des cas d'espèce.</li> </ul> <p>Il est possible de croire que les contrôles automatisés seront à terme probablement le principal facteur déclenchant pour les contrôles physiques de la marchandise. Étant donné que pour déceler les contrefaçons il est indispensable de contrôler physiquement les paquets, les contrôles automatisés ne devraient pas être réservés à la circulation autorisée des marchandises mais également à l'importation ou au transit de faux produits (à moins qu'ils ne soient considérés par les douanes comme faisant partie de la « circulation autorisée des marchandises », auquel cas le message porte à confusion).</p> | <p>Selon notre compréhension actuelle, le projet de loi et son message tels que formulés pourraient mener à une baisse des contrôles physiques des marchandises contrefaites si aucun contrôle automatique ne cible précisément ce type de produit.</p> |
| FHS | 85       |  |  | <p>Au Titre 9, Chapitre 1, l'article 85 LEOFDF donne les grandes lignes des compétences dont jouira l'OFDF. La lettre « e » de cet article nous a particulièrement interpellés. Elle prévoit le contrôle d'unités de fabrication, d'entrepôts et d'autres locaux dans le</p>  | <p>Par conséquent, cette compétence devrait être retirée, limitée aux cas exceptionnels avec renvoi à l'art. 48</p>   |



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |    |  |  |   |   |
|-----|----|--|--|---|---|
|     |    |  |  | cadre du contrôle d'entreprises. Autant l'accès à des entrepôts peut se comprendre, autant celui aux unités de production, recelant souvent des informations stratégiques et confidentielles, ne devrait pouvoir se faire que dans des circonstances exceptionnelles. Or, ni le texte de loi, ni le message, ne donnent d'indications quant à l'usage qui serait fait par les douanes de cette possibilité.   | DPA ou à tout le moins expliquée en détail dans le message.   |
| FHS | 95 |  |  | Cet article prévoit que l'OFDF peut provisoirement mettre en sureté des marchandises puis il stipule que l'OFDF transmet immédiatement les biens mis en sûreté à l'autorité compétente. Or, que se passe-t-il lorsque des saisies de contrefaçons sont opérées ? L'autorité compétente est justement l'OFDF, du moins tant que le destinataire ne s'oppose pas à la destruction de la marchandise. De plus, le terme « immédiatement » pose problème dans cet article, car soit l'OFDF peut provisoirement mettre en sureté des marchandises, soit il doit les transmettre immédiatement à l'autorité compétente.                   | Une reformulation de cet article nous semblerait opportune de sorte à tenir compte de tous les cas de figure, notamment celui des saisies de contrefaçons.  |
| FHS | 96 |  |  | La formulation de cet article n'est peut-être pas la plus adéquate.<br>Il conviendrait à notre avis de consolider sa formulation avec celle utilisée dans la « Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ».<br><br>Par exemple, les termes « ayant droit » de cet article, un peu vagues et pouvant se confondre avec les termes « titulaire de droits », pourraient être remplacés par les termes « le déclarant, le possesseur ou le propriétaire ». De même, l'art. 96 LEOFDF parle de consentement du destinataire alors | Il faut consolider sa formulation et son fond avec la « Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ». |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |     |  |  |   |   |
|-----|-----|--|--|---|---|
|     |     |  |  | <p>que le projet visant l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois évoque plutôt une non-opposition expresse à la destruction.</p> <p>Enfin, le fait qu'une destruction sans audition des petits envois soit possible « si aucun ayant droit n'est présent sur place », sans égard à la valeur ou au nombre de marchandises va également au-delà de ce que prévoit la « Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle (Projet) ». Une telle possibilité ne serait pas adéquate en matière de saisies de contrefaçons et ferait notamment courir un risque important aux titulaires de droits en cas d'erreur qui ne seraient informés que trimestriellement, donc potentiellement après la destruction du bien.</p>    |   |
| FHS | 106 |  |  | <p>Selon le message, l'OFDF classera les domaines d'exécution découlant des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal selon trois niveaux de pondération. La pondération en fonction des risques obéira aux règles suivantes:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– les contrôles dans les domaines primaires ou prioritaires dépendront des événements (environnement, situation, risque, etc.) et auront la priorité absolue;</li> <li>– les contrôles dans les domaines d'exécution à pondération élevée seront effectués de manière ciblée et en fonction des risques;</li> <li>– il n'y aura pas de contrôles ciblés dans les domaines d'exécution à pondération peu élevée.</li> </ul> <p>Cependant, si des découvertes fortuites débouchent sur une saisie ou une interception, l'OFDF prendra des mesures concrètes.</p> | <p>Nous tenons avant tout à rappeler ici que le travail des douanes est essentiel pour faire respecter les droits de propriété intellectuelle et que ce domaine ne pourrait aucunement se contenter d'une pondération peu élevée et de « découvertes fortuites ». Une telle pondération irait à l'encontre par ailleurs de la loi sur la protection des marques et de ses articles prévoyant le dépôt d'une demande d'intervention douanière, qui requiert des contrôles ciblés. Une pondération peu élevée ne permettrait pas de sauvegarder les droits de propriété intellectuelle en Suisse, qui nous le soulignons encore sont très</p> |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |            |  |   |  |
|-----|------------|--|---|--|
|     |            |  | <p>Or, l'art. 106 LEOFD indique que :</p> <p>1. Les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal sont effectués en fonction des risques.</p> <p>2 Le Conseil fédéral définit le cadre de la pondération en fonction des risques.</p> <p>3 L'OFDF pondère les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal.</p> <p>Il ne ressort pas clairement du message qui définira, entre le Conseil fédéral et l'OFDF, quels domaines d'exécution pourront bénéficier d'une pondération élevée et quels autres seront considérés comme de pondération peu élevée. La différence entre ces régimes est pourtant de taille car, selon le message, ceux de pondération peu élevée ne pourront bénéficier que de « découvertes fortuites ». Par ailleurs, selon le message, les domaines d'exécution soumis au contrôle automatisé ne seront pas pondérés en fonction des risques, étant donné que la surveillance et l'analyse entièrement électroniques y seront assurées en tout temps.</p> | bénéfiques, voire même vitaux, à notre économie et à nos industries. |
| FHS | 126 et 127 |  | <p>Nous saluons ces nouvelles possibilités qui permettront une collaboration accrue entre l'OFDF et le secteur privé. Notre fédération, qui entretient déjà une très bonne collaboration avec les services douaniers, ne peut que se réjouir de telles initiatives et potentielles nouvelles opportunités.</p> <p>Le message indique, pour l'art. 127, que « le contrôle du respect des actes législatifs ne relevant pas du droit fiscal sera automatisé dans la mesure du possible ». Si ce devait être le cas pour le domaine de</p>   |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  | la contrefaçon, nous souhaiterions être impliqués dans l'implémentation de cette détection automatique et participer à l'élaboration de l'analyse de risque. Le domaine de la contrefaçon horlogère est particulier à plus d'un titre et, avec plus de 40 ans d'expérience dans la lutte contre ce fléau, notre fédération serait un atout pour le développement d'une détection automatique efficace. |  |
|--|--|--|--|--|--|

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016**

|     | Réponse                  |   | Commentaire / remarque |
|-----|--------------------------|---|------------------------|
| FHS | <input type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  |                        |
| FHS | <input type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |                        |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions</i></b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| Nom | Loi   | Commentaire / remarque   |
|-----|---|--|
| FHS | 56. Loi du 20 juin 1933 sur le contrôle des métaux précieux | <p>Le contrôle des métaux précieux en Suisse est une tâche particulièrement importante pour notre branche. Le poinçonnement obligatoire d'ouvrages en métaux précieux en Suisse et le poinçon de garantie helvétique assurent un standard élevé de qualité et une sécurité appréciée des acheteurs. Ce poinçonnement permet en outre l'application de la Convention sur le contrôle et le poinçonnement des ouvrages en métaux précieux conclue à Vienne le 15 novembre 1972 (RS 0.941.31) mais aussi de bénéficier d'une reconnaissance mutuelle des marquages au travers de plusieurs accords bilatéraux (France, Italie, Autriche, Espagne et Russie).</p> <p>Le fait de confier les contrôles aux frontières exclusivement au futur OFDF entre dans une logique de réorganisation que nous pouvons parfaitement comprendre. Cependant, il ne faudrait pas pour autant se passer de l'expérience et de l'expertise du Bureau central de contrôle des métaux précieux (BCMP), notamment en matière de poursuite pénale. En effet, la compétence de poursuite pénale a été retirée à cet office au profit de l'OFDF (suppression de l'art. 20, al. 3 LCMP, de l'art. 54, al. 3 et ajout de l'art. 56), pour des raisons que nous ignorons. Le BCMP pourrait avoir des tâches allant au-delà de la simple dénonciation des infractions constatée et se voir confier le rôle d'expert dans ce type de procédure ou d'y être convié en qualité de partie lésée. Après tout, le non-respect par certaines entreprises des dispositions en matière de métaux précieux nuit directement à leur activité en ternissant la réputation du poinçonnement officiel suisse. D'ailleurs, sans mener directement la procédure, ils pourraient néanmoins toujours trouver un intérêt en y participant activement et se révéler <i>in fine</i> un atout précieux dans ce type d'affaires.</p> |
| FHS | 56. Loi du 20 juin 1933 sur le contrôle des métaux précieux | <p>Un autre point très important pour notre branche concerne la flexibilisation et miniaturisation des poinçons officiels. Notre fédération a adressé une demande formelle au BCMP le 12 mai 2020 requérant la réduction de la taille minimale du poinçon à 0.5mm, tout en conservant d'autres dimensions possibles. Le BCMP s'est montré parfaitement ouvert à la question, sous réserve de la modification de l'Ordonnance sur le contrôle des métaux précieux (OCMP, RS 0.941.31).</p> <p>L'évolution de la conception et construction mécanique des montres diminue les surfaces disponibles pour les marquages, ce qui nécessite par conséquent une réduction de la taille minimale du poinçon. De plus, ce serait une adaptation aux standards internationaux, notamment à la Convention sur le contrôle et le poinçonnement des ouvrages en métaux précieux, conclue à Vienne le 15 novembre 1972, qui prévoient déjà une telle dimension.</p> <p>Le présent projet LEOFD mis en consultation entend apporter des modifications substantielles à la Loi du 20 juin 1933 sur le contrôle des métaux précieux, ce qui rendra sans doute des ajustements de l'OCMP nécessaires. Cette occasion pourrait donc être saisie pour adapter la dimension minimale du poinçon officiel à 0.5mm, une adaptation indispensable à notre secteur, pour autant que cette modification ne puisse pas être rattachée à la révision de la loi</p>   |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |  |   |
|-----|--|---|
|     |  | sur le blanchiment d'argent (LBA) qui est actuellement discutée au sein du parlement suisse et qui rencontre une certaine résistance. |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |
| FHS |  |   |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| Nom | Loi | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque | Proposition de modification (texte) |
|-----|-----|------|-----|------|------------------------|-------------------------------------|
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |
| FHS |     |      |     |      |                        |                                     |



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions</u></b> |            |             |                               |                      |
|--|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |
| FHS  |            |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |                               |
|--|-------------------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Commentaire / remarque</b> |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |
| FHS  |                               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi sur les droits de douane – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
|------------|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |
| FHS        |             |            |             |                               |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |
| FHS |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Autres propositions</b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |
| FHS  |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1. Désactiver la protection du document

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. In the 'Schützen' (Protect) section of the toolbar, the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Content) icon is highlighted with a red box. On the right side, the 'Bearbeitung einschränken' panel is open, showing the document's permissions. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## 2. Insérer de nouvelles lignes

- Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris
- Presser Control-C pour copier
- Presser Control-V pour insérer

|   |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |  |

## 3. Réactiver la protection du document

Adobe Acrobat interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' panel is open on the right, showing the 'Schützen' (Protect) section. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |





[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Département fédéral des finances DFF

A l'attention de Monsieur Ueli Maurer,  
Conseiller fédéral

Genève, le 21 décembre 2020  
34/14/KE – FER No 39-2020

**Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) vous remercie de l'avoir consultée et vous prie de trouver ci-après sa prise de position d'ordre général.

En préambule, nous tenons à souligner l'important travail effectué par l'Administration fédérale des douanes (AFD), notamment en matière de sécurité et de protection de la population, dans des domaines allant de la lutte contre la grande criminalité à la sauvegarde de la santé. L'AFD joue aussi un rôle clef dans le trafic transfrontalier des marchandises et est ainsi un élément essentiel de la compétitivité de l'économie suisse.

Dans ce contexte, il est indispensable de disposer d'un cadre légal bien structuré, qui définisse clairement les compétences et facilite la mise en œuvre. Comme le souligne le rapport, des processus efficaces garantissant simplicité et rapidité pour le franchissement de la frontière deviennent de plus en plus importants. Nous saluons dès lors le travail conséquent mené dans le cadre du programme de numérisation et de transformation DaziT.

Le projet mis en consultation par le Conseil fédéral poursuit l'objectif de remanier en profondeur les processus et l'organisation. Il est ainsi prévu de transformer l'AFD en Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF), pour donner davantage d'agilité à l'administration. Le projet doit permettre à la Suisse de disposer des bases nécessaires à un droit douanier moderne.

La FER salue l'objectif recherché de simplification, harmonisation et numérisation des procédures douanières. Une telle révision doit avoir pour but de décharger l'économie et de conduire à une diminution de la complexité des formalités à la frontière. Comme le précise le rapport, la modernisation de l'OFDF doit bénéficier principalement aux PME et aux grandes entreprises spécialisées dans les importations et les exportations.

Toutefois, une évaluation complète de la révision s'avère problématique car des questions importantes restent en suspens. De nombreuses précisions doivent encore être apportées et les rôles clairement formulés. Il n'est pas possible de se prononcer sur certaines propositions qui ne sont pas assez concrètes à ce stade. Nous vous invitons dès lors à associer étroitement les milieux économiques à la rédaction des ordonnances.

Un élément de la révision en particulier suscite de vives inquiétudes. Il s'agit de l'avenir des dépôts francs sous douane ("DF"), qui pourraient disparaître, si la révision était adoptée dans sa forme actuelle, au profit d'un régime d'entrepôt ("ED") semblable à l'entrepôt douanier ouvert ("EDO") tel qu'il figure dans la réglementation douanière actuelle.

Un tel changement ne serait pas sans conséquence, pour les DF comme pour l'économie plus largement. Cette modification risque de contraindre les entrepositaires qui louent actuellement des locaux dans des DF à demander à l'avenir une autorisation d'exploitation en tant qu'ED. Ils seront alors soumis à de nouvelles obligations réglementaires, dont notamment le paiement d'une sûreté.

Or, il convient de rappeler qu'actuellement, les entrepositaires doivent tenir à disposition des autorités douanières un inventaire des marchandises « sensibles » (œuvres d'art notamment). Par ailleurs, des efforts conséquents ont été entrepris en matière de sécurité et de contrôle par les DF. Les Ports Francs et Entrepôts de Genève SA (PFEG) ont par exemple mis sur pied une procédure en matière de biens archéologiques. Dans ces conditions, des obligations réglementaires supplémentaires sur les entrepositaires ne semble pas adéquates.

Un tel changement aurait des conséquences fortes en termes économiques. La révision proposée augmenterait fortement le risque de déplacement des activités concernées vers des pays qui ne connaissent pas ce type de contraintes. La viabilité économique des DF et les activités qui leur sont liées seraient ainsi mises en danger.

Une disparition des DF dans leur forme actuelle provoquerait un exode massif des acteurs du marché de l'art vers des places concurrentes, en particulier le Royaume-Uni. La présence des DF, et en particulier des PFEG, sont en effet une nécessité absolue pour maintenir un tel marché en Suisse. Les DF offrent une excellente capacité d'entreposage et constituent ainsi un facilitateur clef pour la logistique des foires et du commerce de l'art.

Les DF et les PFEG en particulier sont ainsi une source de retombées économiques directes et indirectes très élevées. Le développement du marché de l'art rejaillit sur toutes les activités et secteurs qui lui sont liés, tels que l'hôtellerie, la restauration, les transports, les institutions culturelles ou encore la place financière et notamment le domaine des assurances. Remettre en question le fonctionnement actuel aurait donc de lourdes conséquences. Des pertes fiscales importantes ainsi que la disparition de milliers d'emplois sont à craindre.

Il convient d'éviter impérativement d'affaiblir encore davantage notre place économique, qui subit déjà de plein fouet la crise économique provoquée par la COVID-19. Certains secteurs qui sont déjà fortement impactés par la crise sanitaire pourraient être touchés par cette révision.

Par conséquent, afin de préserver entreprises et emplois, nous formulons les propositions suivantes :

- **Création d'une forme spéciale d'ED pour les œuvres d'art (ou plus généralement pour les "marchandises sensibles" selon la définition qui figure actuellement à l'annexe 2 de l'OD).**

Cette forme spéciale d'ED reprendrait certaines spécificités du DF actuel, en particulier en termes de conditions spéciales d'entreposage, de sécurité et de contrôles.

A titre d'alternative, il serait envisageable de réfléchir au maintien du statu quo. Dans un tel scénario, l'autorisation en tant que (futur) ED serait délivrée à l'exploitant du DF (exploitant principal) en réservant la possibilité pour ce dernier de louer des locaux à des entrepositaires (exploitant secondaire).

- **Exonération de l'obligation de fournir une sûreté financière pour l'ED spécial pour marchandises sensibles.**

La pratique actuelle en matière d'EDO exige la fourniture d'une sûreté (pour garantir l'observation des obligations découlant de la réglementation douanière). La sûreté est fixée à un montant de 2% (1% dans certains cas) de la valeur du stock annuel moyen de marchandises étrangères non dédouanées. Si nous prenons par exemple une valeur de stock de CHF 1 milliard, ce qui est un montant réaliste si les valeurs déposées sont des œuvres d'art, une sûreté de 1% (taux réduit) représenterait un montant de CHF 10 millions. Un tel montant n'est pas supportable économiquement pour un entrepositaire, lequel pourrait alors être contraint de déplacer ses activités en dehors de Suisse.

L'exclusion de l'obligation de fournir une sûreté est cohérente avec la réglementation actuelle : l'ED spécial pour marchandises sensibles serait soumis à un contrôle (plus poussé, selon des modalités à définir encore) de l'OFDF, ce qui rend superflu l'imposition d'une sûreté (tout comme une telle sûreté n'est pas imposée aux DF selon les règles actuelles).

En vous remerciant par avance de l'intérêt que vous porterez à ces lignes et en particulier à la situation des dépôts francs sous douane, nous vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.



Blaise Matthey

Secrétaire général



Catherine Lance Pasquier

Directrice adjointe, Dpt politique générale

FER Genève

**La Fédération des Entreprises Romandes en bref**

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Föderation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien - fial

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : fial

Adresse : Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Kontaktperson : Dr. Lorenz Hirt, Geschäftsführer

Telefon : 031 356 21 21

E-Mail : [lorenz.hirt@fial.ch](mailto:lorenz.hirt@fial.ch)

Datum : 24.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 6  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 15 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| fial              | <p>Wir haben Kenntnis von den Plänen zur weiteren Digitalisierung der Prozesse und der Neustrukturierung der eidgenössischen Zollverwaltung genommen und können diese grundsätzlich unterstützen. Die neue Organisation soll zu einer flexibleren, aufgabenorientierteren Struktur führen, die ihre Prozesse konsequent vereinfacht und vereinheitlicht sowie durchgängig digitalisiert und die vorhandenen Daten übergreifend nutzbar macht, was letztendlich im Sinne unserer Mitgliedfirmen liegt und von diesen begrüsst wird.</p> <p>Im Besonderen ist für die Nahrungsmittelbranche die Frage des aktiven Veredelungsverkehrs respektive der konkreten Umsetzung desselben zentral. Im Vordergrund stehen dabei das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe, welches heute in einer Verordnung des EFD geregelt wird und sich direkt auf das Zollgesetz abstützen kann. Das besondere Verfahren ist, obschon oft anders dargestellt, keine Exportsubvention sondern ein automatisiertes Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzverfahren. Dieser Mechanismus ist für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie von grosser Bedeutung, z.B. für Butter, Zucker oder Eier. Bei den Fetten und Ölen im Besonderen erlaubt es unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Ölen und Fetten eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Ölen und Fetten zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Wir sind uns bewusst, dass es aktuell um eine Stellungnahme zur geplanten Gesetzesrevision geht und nicht um die Ausgestaltung auf Verordnungsstufe. Auch haben wir positiv zur Kenntnis genommen, dass gemäss den Erläuterungen zur Revision an den Grundmechanismen des Veredelungsverkehrs keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Nichtsdestotrotz ist es für unsere Branche zentral, diesbezüglich auch in Zukunft Rechtssicherheit zu haben, welche letztendlich auf die Gesetzestufe zurückgeht. So müssen insbesondere die Regelungen zum sogenannt besonderen Verfahren auf eine klare gesetzliche Grundlage abgestützt sein.</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|------|------|------|------|--|--|
| fial | 11   | 3    |      | <p>Im erläuternden Bericht wird zwar festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen" (S. 25).</p> <p>Die Möglichkeit, dass weiterhin auf Verordnungsstufe Vereinfachungen im Verfahren möglich sind, sollte aber aus gesetzgebungstechnischen Gründen bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein.</p> | Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG, der Bundesrat entscheidet über Ausnahmen und Vereinfachungen. |
| fial |      |      |      |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| fial | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| fial | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |
| fial |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag<br>(Textvorschlag) |
|------|--------|------|------|------|--------------------|--|
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |
| fial |        |      |      |      |                    |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |
| fial   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| fial  |                           |
| fial  |                           |
| fial  |                           |
| fial  |                           |
| fial  |                           |
| fial  |                           |
| fial  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |
| fial   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |
| fial |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |
| fial   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). Under '2. Bearbeitungseinschränkungen', the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these modifications in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). Under '3. Schutz anwenden', the text 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to apply these settings? (You can deactivate them later.)) is displayed, and the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |



### Procédure de consultation:

- **Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et**
- **révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

---

### Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre :

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre :

Adresse :

Personne de référence :

Téléphone :

Courriel :

Date :

---

Veuillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (**document Word et PDF**) d'ici au **31 décembre 2020** à l'adresse suivante :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|  |          |
|--|----------|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....</i>                              | <i>3</i> |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....</i>                  | <i>4</i> |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016.....</i> | <i>4</i> |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions .....</i>  | <i>5</i> |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif.....</i>   | <i>5</i> |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications.....</i>                             | <i>6</i> |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions .....</i>  | <i>6</i> |
| <i>Loi sur les droits de douane – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....</i>  | <i>7</i> |
| <i>Loi sur les droits de douane – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....</i>                                      | <i>7</i> |
| <i>Loi sur les droits de douane – Autres propositions .....</i>  | <i>8</i> |

### Indications importantes pour remplir les tableaux:

1. Nous vous prions,

- a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant;
- b) d'utiliser une ligne par article, alinéa et lettre ou par article du chapitre du rapport explicatif;
- c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne remplir que les champs gris du formulaire;

2. La colonne «Nom» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |  |
|--|--|
| <b>Nom<sup>1</sup></b>   | <b>Commentaire / remarque</b>  |
| FSPC - SGPV  | Sur le principe, la FSPC soutient la prise de position de SwissOlio.   |
| FSPC - SGPV  | La FSPC soutient également la volonté de créer un nouvel Office fédéral de la douane et de la sécurité aux frontières, qui remplacera l'AFD. Cela permettra une simplification des procédures, avec tous les avantages cités dans le rapport explicatif.   |
| FSPC - SGPV  | <p>La FSPC profite de cette procédure de consultation pour rappeler l'importance de la procédure spéciale dans le cadre du trafic de perfectionnement actif pour les produits et matières premières agricoles. Cette procédure, basée sur l'équivalence et réglée dans l'article 43 al. 2 de l'Ordonnance sur les douanes, ainsi que dans l'Art. 12, al. 3 de la Loi sur les douanes, est d'une importance capitale pour la filière des oléagineux suisses. Même si les ordonnances traiteront de cette thématique, il est nécessaire de prévoir dès maintenant les bases légales qui permettront de maintenir cette procédure spéciale par la suite.</p> <p>Comme la procédure actuelle fonctionne selon le principe du bilan, il nous semble important, dans une optique de simplification administrative, de le maintenir dans sa forme appliquée aujourd'hui.</p> <p>La FSPC prendra position de manière plus détaillée au sujet de la procédure spéciale dans le cadre du trafic de perfectionnement actif pour les produits et matières premières agricole dans le cadre de la consultation des ordonnances.</p> |
| FSPC - SGPV  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

<sup>1</sup> La colonne «Nom» sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| Nom         | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque | Proposition de modification (texte) |
|-------------|------|-----|------|------------------------|-------------------------------------|
| FSPC - SGPV |      |     |      |                        |                                     |
| FSPC - SGPV |      |     |      |                        |                                     |
| FSPC - SGPV |      |     |      |                        |                                     |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016**

|             | Réponse                  |   | Commentaire / remarque |
|-------------|--------------------------|---|------------------------|
| FSPC - SGPV | <input type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  |                        |
| FSPC - SGPV | <input type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |                        |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions**

| Nom         | Art. | Commentaire / remarque | Texte proposé |
|-------------|------|------------------------|---------------|
| FSPC - SGPV |      |                        |               |
| FSPC - SGPV |      |                        |               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

### **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| Nom         | Loi | Commentaire / remarque |
|-------------|-----|------------------------|
| FSPC - SGPV |     |                        |
| FSPC - SGPV |     |                        |
| FSPC - SGPV |     |                        |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| Nom         | Loi | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque | Proposition de modification (texte) |
|-------------|-----|------|-----|------|------------------------|-------------------------------------|
| FSPC - SGPV |     |      |     |      |                        |                                     |
| FSPC - SGPV |     |      |     |      |                        |                                     |
| FSPC - SGPV |     |      |     |      |                        |                                     |
| FSPC - SGPV |     |      |     |      |                        |                                     |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

### **Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions**

| Nom         | Loi | Art. | Commentaire / remarque | Texte proposé |
|-------------|-----|------|------------------------|---------------|
| FSPC - SGPV |     |      |                        |               |
| FSPC - SGPV |     |      |                        |               |
| FSPC - SGPV |     |      |                        |               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |                               |
|--|-------------------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Commentaire / remarque</b> |
| FSPC - SGPV  |                               |
| FSPC - SGPV  |                               |
| FSPC - SGPV  |                               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</b> |             |            |             |                               |  |
|--|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
| FSPC - SGPV  |             |            |             |                               |  |
| FSPC - SGPV  |             |            |             |                               |  |
| FSPC - SGPV  |             |            |             |                               |  |
| FSPC - SGPV  |             |            |             |                               |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Autres propositions</b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| FSPC - SGPV  |             |                               |                      |
| FSPC - SGPV  |             |                               |                      |
| FSPC - SGPV  |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Eidgenössische Zollverwaltung  
rechtssetzung@ezv.admin.ch

Bern, 14.12.2020

## **Vernehmlassung BAZG-Vollzugsaufgabengesetz und Teilrevision des Zollgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, uns an der oben erwähnten Vernehmlassung beteiligen zu können. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, unsere grundsätzliche Haltung zur Gesetzesrevision darzulegen.

Wir bezweifeln die Notwendigkeit sowie den politischen Handlungsbedarf der Totalrevision des Zollgesetzes. In der Medienmitteilung des Bundesrates vom 11. September 2020 heisst es u.a. wörtlich: *«Die umfassende Modernisierung der rechtlichen Grundlagen ist ein wichtiger Bestandteil des Digitalisierungs- und Transformationsprogramms DaziT und der damit verbundenen organisatorischen Weiterentwicklung der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zum BAZG.»*

Auch auf der Internetseite der EZV wird auf die Notwendigkeit hingewiesen: *Die Anpassung der Rechtsgrundlagen ist ein wichtiger Bestandteil des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes DaziT. Eine grundlegende Überarbeitung (Totalrevision) ist notwendig, damit die Prozesse und Systeme konsequent vereinheitlicht, vereinfacht und digitalisiert werden und damit das neue Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) die erforderliche organisatorische Flexibilität erhält. Auf der so genannten «Roadmap DaziT» ist der Ablauf der einzelnen Teilprojekte ersichtlich.*

Sekretariat  
Secrétariat  
Segretariato

Monbijoustrasse 61  
3007 Bern  
Tel. 031 379 33 66  
Fax 031 379 33 60

Das heute gültige Zollgesetz vom 18. März 2005 (ZG) ist erst seit etwas über 13 Jahren in Kraft. Es wurde im Jahre 2016 ergänzt, insbesondere in Bezug auf Informationssysteme (Art. 110a-h). Das ZG stammt somit keineswegs aus einer «vordigitalen» Zeit. Es steht weder der angestrebten Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse noch der Weiterentwicklung der EZV im Wege. Dafür sprechen auch die bereits getroffenen Entscheide über die neuen Strukturen und das Berufsbild Fachspezialist Zoll- und Grenzsicherheit.

Für Garanto macht es deshalb wenig Sinn, einen solch aufwändigen und langwierigen Gesetzgebungsprozess anzustossen. Es wäre jedoch zu prüfen, ob die Organisation der EZV auf Gesetzesstufe anders geregelt werden muss (Art. 91 ZG). Dies gilt insbesondere für die Stellung des Grenzwachtkorps.

Zum politischen Handlungsbedarf

Auf Gesetzesebene muss nur in zwei Punkten gehandelt werden:

- Berichtigungen (Art. 34 ZG) gemäss dem Postulat de Courten vom 31. Mai 2017 (17.3377 «Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung»).
- Strafpraxis gemäss der Motion de Courten vom 31. Mai 2017 (17.3376 «Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren»).

Diese Probleme könnten mit einer schlanken Gesetzesrevision gelöst werden.

Garanto plädiert aus den genannten Gründen für Nichteintreten auf die Gesetzesrevision. Sollte entgegen unsere Erwartungen auf das Gesetz eingetreten werden, dann finden Sie Änderungsvorschläge in die dafür vorgesehenen Tabellen, welche diesem Schreiben beigelegt sind.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Christian Levrat".

Christian Levrat  
Zentralpräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "H. Rebsamen".

Heidi Rebsamen  
Zentralsekretärin



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
  - **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**
- 

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Garanto, Gewerkschaft des Zollpersonals

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Garanto

Adresse : Monbijoustr. 61, 3007 Bern

Kontaktperson : Heidi Rebsamen

Telefon : 079 753 62 70

E-Mail : rebsamen@garanto.ch

Datum : 14.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                          | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....            | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                         | 9  |
| <i>BAZG-Vollzugsgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....   | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                                  | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 21 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 22 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| Garanto                 | <p>Das neue Gesetz stellt den Grenzschutz in den Vordergrund. Die Zollabfertigung soll weitgehend durch neue Softwareprogramme ausgeführt werden. Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass die Zollabfertigung vollständig von einer neuen Technologie übernommen werden kann. Computer gestützte Erfahrungen am Beispiel der Verbrechensbekämpfung der britischen Polizei in Norfolk weisen auf den Vertrauensbruch und die drohenden Gefahr hin, wenn die menschliche Einschätzung nicht mehr zählt.</p> <p>Einem Bericht der Mail on Sunday (vgl. <a href="https://www.heise.de/tp/features/Einbruchsermittlungen-Computer-says-no-4154047.html">https://www.heise.de/tp/features/Einbruchsermittlungen-Computer-says-no-4154047.html</a>) zu folge errechnet Ein Computeralgorithmus berechnet, ob es sich das lohnt bei einem Einbruch auszurücken oder nicht. Das Resultat war, dass in Hunderten von Einbruchsfällen einfach nicht ermittelt wurde und die Opfer erst aus der Zeitung davon erfuhren.</p>   |
| Garanto                 | <p>Kompetenzdelegation<br/>Allgemein fällt auf, dass im Gesetzesentwurf zahlreiche Kompetenzdelegationen vorgesehen sind. Aus personalpolitischer Sicht ist von grosser Tragweite</p> <p>1. die künftige Struktur des BAZG<br/>Das BAZG will sich zur agilen Organisation weiterentwickeln und sich flexibel organisieren. Das neue Bundesamt steht jedoch nicht in Konkurrenz zu anderen Verwaltungen, weil es hoheitliche Aufgaben ausführt. Verlässliche Strukturen sind nicht nur für das Personal sondern auch für die Wirtschaft unerlässlich.</p> <p>2. die Bewaffnung<br/>Die angestrebte Weiterentwicklung hin zu einem Sicherheitsorgan hat nicht nur für das Sicherheitsgefüge der Schweiz weitreichende Folgen sondern auch für das Personal. Die Absicht das Personal der Handelswarenzollabteilung zu bewaffnen, hat grosse Unruhe hervorgerufen. Nicht alle wollen sich bewaffnen lassen und nicht alle sind geeignet dazu. Dasselbe gilt für die Zollfahndung. Wir befürchten, dass auf das Personal grossen Druck ausgeübt wird, sich bewaffnen zu müssen.</p> |
| Garanto                 | <p>Service Public<br/>Der Service Public Gedanke tritt aus Sicht von Garanto allzu stark in den Hintergrund. Service Public heisst für uns die unabhängige und zuverlässige Präsenz der Verwaltung für die Wirtschaft, die KMUs und die Schweizer Bevölkerung.</p>  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |
|---------|--|
|         | Denn die Sichtbarkeit und die physische Präsenz spielt eine nicht zu unterschätzende Rolle im Sicherheitsgefühl der Bürger und Bürgerinnen. Das alleinige Vertrauen in digitale Systeme führt dazu, dass ein Teil der Bevölkerung abgehängt wird.  |
| Garanto | Datenschutz<br>In den Artikeln 64-66 erhalten die neuen BAZG-Mitarbeitenden den Auftrag und die Kompetenz viele Daten zu sammeln. Hier geht es unserer Meinung nach um besonders schützenswerte Personendaten. Wir beantragen eine weitgehende Streichung von Art. 64. Denn diese Daten werden vom Nachrichtendienst und der Polizei bereits gesammelt und bereitgestellt. |
| Garanto |  |
| Garanto |  |
| Garanto |  |
| Garanto |  |
| Garanto |  |
| Garanto |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |   |
|--|-------------|-------------|-------------|---|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| Garanto  | 58          | 2           |             | Die Praxiserfahrung vieler Zollexperten zeigt, dass nach wie vor Selbstverzoller existieren, die gerne mit Papieren arbeiten und nur das Nötigste elektronisch durchführen. Unseres Erachtens muss deshalb die Möglichkeit der postalischen Einreichung weiterhin ermöglicht werden. Es darf keinerlei Zwang auf diese Personen ausgeübt werden. Das käme einer Diskriminierung gleich.   | Das Einspracheverfahren kann auch auf postalischen Weg eingereicht werden und wird elektronisch durchgeführt. |
| Garanto  | 64          |             |             | Es sollen nur Daten zu Absatz 2 Bst. a gesammelt werden. Wir bezweifeln generell, dass folgende besonders schützenswerte Personendaten bearbeiten werden sollen:<br>- Daten über religiöse, weltanschauliche oder politische Ansichten oder Tätigkeiten<br>- Daten über die Intimsphäre oder die Zugehörigkeit zu einer Ethnie<br>- Daten über die Gesundheit<br><br>Viele Daten von gesuchten Personen sind zudem schon in andern Datenbanken vorhanden. Es macht deshalb wenig Sinn neue Datenbanken zu generieren. | Streichung Buchstaben b,c und d in Absatz 2   |
| Garanto  | 83          | 1           |             | Dieser Satz ist unseres Erachtens unpräzise formuliert. Heisst das, dass nach einer Beschau der Wert angepasst werden muss? Immerhin zählen alle Kosten im Zusammenhang mit dem Warentransport zum Mehrwertsteuerwert.<br><br>Wir verlangen die Präzisierung dieses Satzes.   |   |
| Garanto  | 102         | 1           | c           | Mit Buchstabe c wird dem BAZG freie Hand gegeben, eine andere Form zum Nachweis der Berechtigung  | Streichung  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |  |  |  |                          |
|---------|-----|--|--|--|--------------------------|
|         |     |  |  | <p>einzuführen. Dabei könnte es sich beispielsweise um sogenannte Namensschilder handeln, welche bereits heute beim Grenzwachtkorps zum Einsatz kommen. Garanto Mitglieder haben keine gute Erfahrung damit gemacht und sind deshalb dagegen. Namensschilder können gefährlich werden wie der Rachemord im Tessin im Jahre 2010 gezeigt hat. Namensschilder können auch zu Belästigungen insbesondere von weiblichen BAZG-Angestellten führen, indem sie beispielsweise über Facebook kontaktiert werden können. Das ist im Jahre 2019 im Flughafen Genf erfolgt.</p> <p>Wir sind der Meinung, dass die Uniform und der Dienstausweis reichen für die Belegung zur Berechtigung von Amtshandlungen gegen über Dritten.</p> |                          |
| Garanto | 127 |  |  | Die Erfüllung der Zollaufgaben wie in Artikel 2 aufgeführt muss ausnahmslos durch das Personal des BAZG erfolgen. Es darf keine Konkurrenz mit Privaten geben.   | streichen ganzer Artikel |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |
| Garanto |     |  |  |  |                          |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|         | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|---------|-------------------------------------|--|--|
| Garanto | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Grundsätzlich gilt das Legalitätsprinzip. Aus personalpolitischer Sicht ist es vorteilhafter, wenn eine Einstellung des Verfahrens bzw. ein Verzicht geregelt werden. Dies beinhaltet den Schutz für alle Mitarbeitenden, dass sie sich rechtmässig verhalten. |
| Garanto | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Textvorschlag</b>   |
|-------------|---|--|--|
| Garanto     | Neuer Artikel Woka  | <p>Wir verlangen, dass die Wohlfahrtskasse Woka wieder ins Gesetz genommen wird. Deshalb soll der alte Artikel 93 Abs 2 des Zollgesetzes unverändert übernommen wird.</p> <p>Die Woka wurde geschaffen, weil die Zollverwaltung im Hinblick auf die Besonderheiten des Dienstes speziell hohe Anforderungen an die Unabhängigkeit und Integrität des Personals stellen muss. Es darf seine Unabhängigkeit nicht durch unzulässige finanzielle Verpflichtungen gefährden; solche Verschuldungen können einen Entlassungsgrund bilden.</p> <p>Für das Personal entstehen manchmal berufsbedingte soziale und finanzielle Nachteile (z.B. durch Versetzungen und unregelmässige Dienste oder andere Unannehmlichkeiten des Dienstes). In bescheidenem Ausmass kann die Woka mit ihren Leistungen ausgleichend wirken. Sie erlaubt es dem Personal überdies, finanzielle Engpässe zu überbrücken und Hilfe zu gewähren, ohne dass Kreditinstitute beansprucht werden müssen.</p> | <p>Wohlfahrtskasse des BAZG-Personals</p> <p>1 Das BAZG führt für ihr Personal eine Wohlfahrtskasse</p> <p>2 der Bundesrat regelt Zweck, Organisation, Finanzierung und Verwaltung der Wohlfahrtskasse</p> |
| Garanto     | Neuer Artikel Gesetzliche Nennung der Organisation des BAZG | <p>In der Einleitung zu den Erläuterungen wird argumentiert, dass Organisationsbestimmungen gestrichen wurden, um die Weiterentwicklung des BAZG hin zur agilen Organisation zu ermöglichen. Sogenannte agile Organisationen sind gerade en vogue. Ein agiles Unternehmen besitzt die Fähigkeit anpassungsfähig und flexibel auf Veränderungen zu reagieren, wobei der Fokus auf dem Kunden liegt. Gemeinhin wird argumentiert, dass in der volatilen, unsicheren, komplexen und ambivalenten Arbeitswelt diese Fähigkeiten zentral für den Erfolg einer Organisation sei.</p>   | <p>Art. Organisation des BAZG</p> <p>Das BAZG gliedert sich in</p> <p>-----</p> <p>-----</p> <p>-----</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |                          |  |  |
|---------|--------------------------|--|--|
|         |                          | <p>Das neue Bundesamt ist jedoch kein Informatikunternehmen, das in Konkurrenz zu einem anderen Privatunternehmen oder anderen Verwaltungen steht, sondern eine Verwaltungseinheit der eidgenössischen Bundesverwaltung, welche eine hoheitliche Aufgabe erfüllt. Im Sinne einer Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit beantragen wir deshalb die explizite Nennung der Organisationsstrukturen im vorliegenden Gesetz. Die Transformation der EZV, welche bereits weit fortgeschritten ist und auch ohne Gesetzesanpassung in die Wege geleitet wurde verlangt vom Personal sehr viel.</p> <p>Wir raten davon ab, das neue BAZG einem Experiment auszusetzen, um eine sogenannte agile Organisation zu werden. Auch weil die Verwaltungseinheit ein Viertel der Bundeseinnahmen sicher stellt.</p>  |  |
| Garanto | Neuer Artikel Bewaffnung | <p>Mit der vorgesehenen Bewaffnung der Zollfahndung und der neuen Einheit Operationen (die Zusammenführung von Grenzwachtkorps und der Mitarbeitenden im Handelswarenzoll) werden viel mehr Angestellte des neuen BAZG bewaffnet sein als mit dem noch tätigen Grenzwachtkorps. Wir vertreten die Meinung, dass über die Bewaffnung ein solch grossen Einheit nicht allein die Amtsleitung und der Bundesrat entscheiden sollten. Vielmehr muss die Bewaffnung bestimmter Einheiten in der expliziten Kompetenz des Parlamentes liegen, wie das auch im alten Gesetz der Fall war. Schliesslich soll keine zusätzliche Polizei durch die Hintertür eingeführt werden.</p> <p>Die Absicht das bestehenden Personal, welches hauptsächlich in der Handelswarenzollabfertigung beschäftigt ist, zu bewaffnen, hat grosse Unruhe hervorgerufen. Nicht alle wollen sich bewaffnen lassen und nicht alle sind geeignet dazu. Dasselbe gilt für die Zollfahndung. Die Ausbildung zur Bewaffnung bei der</p> | Das Parlament bezeichnet die operativen Einheiten, welche bewaffnet werden sollen. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |   |  |
|---------|--|---|--|
|         |  | Zollfahndung ist hierbei bereits weit fortgeschritten, ohne dass sich das Parlament jemals dazu hätte äussern können. Wir befürchten, dass auf das bestehende Personal grossen Druck ausgeübt wird, sich bewaffnen zu müssen. Das hat sich bei der Bewaffnung des Personals der Zollfahndung bereits gezeigt. |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |
| Garanto |  |   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</u></b> |               |   |
|---|---------------|---|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
| Garanto   | MStG und MStP | Wir sprechen uns dezidiert dafür aus, dass das BAZG-Personal, wie in den Unterlagen erwähnt, den zivilen Gerichten unterstellt wird und nicht länger der Militärjustiz. |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |
| Garanto   |               |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Garanto   |               | 10          |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |
| Garanto   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|--|
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |
| Garanto  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |
| Garanto   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Garanto  | 10          |             |             | <p>Die Bedeutung dieser Dienstleistung der Verwaltung ist unbestritten. Gegenüber der bisherigen Rechtsgrundlage (Art. 20 ZG) wird jedoch auf Regelungen betreffend die Verbindlichkeit und die Dauer der Gültigkeit verzichtet. Begründungen dafür fehlen. Offen bleibt auch die Frage der Abgrenzung zu Verfügungen, welche der Einsprache bzw. Beschwerde unterliegen (sog. Auskunftsverfügungen). Es wäre angezeigt, diese Punkte auf Gesetzesstufe zu verankern.</p> <p>Immerhin wird darauf verzichtet, Zolltarif- und Ursprungsankünfte als kostenpflichtig zu erklären. Um die immer wieder geführten Diskussionen in der Zukunft zu verhindern, gehört die Kostenfreiheit ebenfalls ins Gesetz.</p> <p>Ferner sollte ein Auskunftsrecht für alle Abgabenerlasse, welche die EZV vollzieht, gesetzlich geregelt werden (analog Art. 69 MWSTG).</p> |  |
| Garanto  |             |             |             |  |  |
| Garanto  |             |             |             |  |  |
| Garanto  |             |             |             |  |  |
| Garanto  |             |             |             |  |  |
| Garanto  |             |             |             |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |
| Garanto |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |
| Garanto  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The document content includes a section titled 'BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht' and a table with columns 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'. The table has several rows with empty cells for input. On the right side, the 'Bearbeitung einschränken' task pane is open, showing the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. At the bottom of this task pane, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these edits in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). A red box highlights the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button at the bottom of the panel.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per Mail an: rechtsetzung@ezv.admin.ch

Bern, 28. Dezember 2020

**Konsultation zum Entwurf des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-VG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns im Rahmen der Vernehmlassung zum obgenannten Bundesgesetz sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) und zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) äussern zu dürfen.

**I. Allgemeine Zustimmung zum Entwurf**

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern stimmt grundsätzlich der im Gesetzentwurf enthaltenen Vereinfachung, Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse zu. Hier unterstützen wir die Stellungnahme von economiesuisse. Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist jedoch aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten ergänzenden, wichtigen Verordnungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich möglich. Aus diesem Grund begrüssen wir eine verbindliche, frühzeitige und aktive Miteinbeziehung der Schweizer Industrie- und Handelskammern sowie der Wirtschaft. Die Weiterführung der bisherigen, gemeinsamen Zusammenarbeit ist für uns unabdingbar.

**II. Die Rolle der Schweizer Industrie- und Handelskammern**

Wir möchten vorab gerne auf die entscheidende Rolle der Industrie- und Handelskammern in der Schweiz in Bezug auf die Ausstellung von Exportdokumenten hinweisen. Als Vertreter der Schweizer Unternehmen des Aussenhandels spielen die Schweizer Industrie- und Handelskammern weltweit eine wichtige Rolle als neutraler und vertrauensvoller Vermittler zwischen diesen und den jeweiligen Zollverwaltungen sowie ihren ausländischen Kunden. Sie sind unter anderem für die Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren verantwortlich. Diese Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs wird weltweit von vielen Zollverwaltungen und Kunden benötigt, um als Grundlage von Statistiken und Geschäftsbeziehungen zu dienen. Darüber hinaus ermöglicht die Qualität der international anerkannten Ursprungszeugnisse, insbesondere mit dem neu per 1. Januar 2021 aufgedruckten ICC-Label, eine schnelle Warenabfertigung am Bestimmungsort. Ein klarer Vorteil für Schweizer Exporteure in Bezug auf Zeit und Geld.

**III. Kompetenz im nichtpräferenziellen Ursprung weiterhin bei den Industrie- und Handelskammern**

Je nachdem, ob die Schweiz ein bilaterales oder multilaterales Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland abgeschlossen hat, in das die Unternehmen exportieren, gibt es zwei Hauptzertifizierungssysteme für

die Herkunft von Waren. Es ist dies einerseits nach den nichtpräferenziellen und andererseits nach den präferenziellen Ursprungsregeln.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die Schweizer Industrie- und Handelskammern die Kompetenz für den nichtpräferenziellen Ursprung auch weiterhin innehaben. Es war ursprünglich die Zollverwaltung, welche den Schweizer Industrie- und Handelskammern die Zuständigkeit, wie grösstenteils weltweit üblich, in diesem Bereich übertragen hat.

Wir sind überzeugt, dass die Industrie- und Handelskammer exportierenden Unternehmen einen hochwertigen und lokalen Service bieten, dabei jedoch auch die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich nicht aus den Augen verlieren. Die sogenannten "nationalen" Ursprungsregeln, die in der Verordnung über die Bescheinigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren (VUB) enthalten sind und als Grundlage für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Industrie- und Handelskammern dienen, sind Nichtpräferenzierlicher Natur. Nach der derzeitigen Auslegung der VUB kann die Schweiz die Umsetzung dieser Regeln in Übereinstimmung mit dem Kyoto-Übereinkommen und dem Übereinkommen über die Ursprungsregeln der Weltorganisation großzügig selbst festlegen. Diese Verordnung wird zurzeit den Entwicklungen der letzten Jahre angepasst, mit dem Ziel eine administrative und finanzielle Entlastung der exportierenden Wirtschaft zu ermöglichen, bei gleichbleibender Qualität des Ursprungsnachweises.

#### **IV. Verjährungsfristen**

Aus Sicht der Wirtschaft ist es zu begrüßen, die absolute Verjährungsfrist gemäss Art. 30 Abs. 5 BAZG-VG auf 10 Jahre zu beschränken. Dies ist auch in anderen rechtlichen Erlassen üblich, z.B. MWSTG und OR.

#### **V. Rechtsschutz**

In Art. 58 Abs. 1 und Art. 60 Abs. 1 BAZG-VG ist die Frist der Einsprache bzw. der veraltungsinternen Beschwerde auf 60 Tage beschränkt. Im Sinne der Wirtschaft fordern wir hier eine Erhöhung der Frist auf mindestens 365 Tage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Eingaben.

Freundliche Grüsse

**Handels- und Industrieverein  
des Kantons Bern**



Sibylle Plüss-Zürcher, Fürsprecherin  
Leiterin Exportdienste  
Stellvertretende Direktorin

Handel Schweiz • Güterstrasse 78 • Postfach • 4010 Basel

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Finanzdepartements EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

23. Dezember 2020

Per Email an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

## Vernehmlassung zur Revision der Zollgesetzgebung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. September 2020 zur Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) und zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Handel Schweiz fördert und vereinfacht den Handel als führende Organisation des Handels und als kompetenter Partner gegenüber Behörden und Medien in der Schweiz. Als Dachverband des Schweizer Handels und damit als Vertreter von rund 4'000 Handelsunternehmen vertritt Handel Schweiz eine liberale Ordnungspolitik ohne helvetische Sonderzüge. Für die Aussenwirtschaftspolitik bedeutet dies die Integration der schweizerischen Wirtschaft in Europa und in der Welt. Wir stehen ein für die Öffnung der Schweizer Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Personen und Kapital mit gleichwertigem Zugang zu den Auslandsmärkten sowie für die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse. Wir setzen uns vehement für den freien Handel und Wettbewerb ein und bekämpfen die Einführung und Aufrechterhaltung von technischen Handelshemmnissen.

**Handel Schweiz begrüsst die Stossrichtung der Revision. Angesichts der zunehmenden Warenströme ist es wichtig, dass die hinterlegten Prozesse einfach und damit kostengünstig ausgestaltet sind. Entsprechend wichtig ist es, den sich bietenden Möglichkeiten dank der Digitalisierung und dem Stand der Technik Rechnung zu tragen. Vor allem im BAZG-Vollzugsaufgabengesetz sehen wir noch Anpassungsbedarf.**

Mit dieser umfassenden Revision muss es der Verwaltung **und** der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft abgebildet wird. Nur wenn Behörden und die Wirtschaft Hand in Hand arbeiten wird es gelingen, dass für beide Seiten eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Stand resultiert

Der Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen jedwelcher Ausprägung ist ein Kernanliegen von Handel Schweiz. Diese Revision bietet die Chance dazu. Begrifflichkeiten in den Gesetzestexten müssen harmonisiert werden, möglichst auch international. Das für die Schweiz wichtige Geschäftsmodell der Zollfreilager (künftig Zolllager) soll auch in Zukunft gesetzlich abgesichert bleiben und die EZV (künftig BAZG) soll mit diesem Gesetz nicht legitimiert den Wettbewerb verzerren und Aufgaben übernehmen, für die der Markt bereits heute über gut funktionierende Anbieter und Lösungen verfügt.

**Für unsere Änderungsvorschläge im Detail verweisen wir auf die Beilage. Dazu folgende Bemerkung: Die Mitglieder von Handel Schweiz wickeln einen grossen Teil ihrer Verzollungsdienstleistungen partnerschaftlich mit Mitgliedfirmen von SPEDLOG-SWISS ab. Wir unterstützen deshalb vollumfänglich die Eingabe unseres Partnerverbands SPEDLOGSWISS.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für ein Gespräch und die Zusammenarbeit bei der weiteren Ausgestaltung der Vorlage sowie der noch ausstehenden Verordnungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Kaspar Engeli

Direktor

Ueli Stursberg

1. Sekretär





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Handel Schweiz

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Handel Schweiz

Adresse : Güterstrasse 78, Postfach, 4010 Basel

Kontaktperson : Andreas Steffes

Telefon : +41 61 228 90 30

E-Mail : [asteffes@handel-schweiz.com](mailto:asteffes@handel-schweiz.com)

Datum : 23.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                 | 4   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....   | 6   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....               | 27  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 28  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....         | 29  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                           | 31  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....    | 32  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 34  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 35  |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| Handel Schweiz          | <p>Vernehmlassung zur Revision der Zollgesetzgebung</p> <p>Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 11. September 2020 zur Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) und zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.</p> <p>Handel Schweiz fördert und vereinfacht den Handel als führende Organisation des Handels und als kompetenter Partner gegenüber Behörden und Medien in der Schweiz. Als Dachverband des Schweizer Handels und damit als Vertreter von rund 4'000 Handelsunternehmen vertritt Handel Schweiz eine liberale Ordnungspolitik ohne helvetische Sonderzüge. Für die Aussenwirtschaftspolitik bedeutet dies die Integration der schweizerischen Wirtschaft in Europa und in der Welt. Wir stehen ein für die Öffnung der Schweizer Grenzen für Güter, Dienstleistungen, Personen und Kapital mit gleichwertigem Zugang zu den Auslandsmärkten sowie für die Beseitigung der nichttarifären Handelshemmnisse. Wir setzen uns vehement für den freien Handel und Wettbewerb ein und bekämpfen die Einführung und Aufrechterhaltung von technischen Handelshemmnissen.</p> <p>Handel Schweiz begrüsst die Stossrichtung der Revision. Angesichts der zunehmenden Warenströme ist es wichtig, dass die hinterlegten Prozesse einfach und damit kosten-günstig ausgestaltet sind. Entsprechend wichtig ist es, den sich bietenden Möglichkeiten dank der Digitalisierung und dem Stand der Technik Rechnung zu tragen. Vor allem im BAZG-Vollzugsaufgabengesetz sehen wir noch Anpassungsbedarf.</p> <p>Mit dieser umfassenden Revision muss es der Verwaltung und der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft abgebildet wird. Nur wenn Behörden und die Wirtschaft Hand in Hand arbeiten wird es gelingen, dass für beide Seiten eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Stand resultiert</p> <p>Der Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen jedwelcher Ausprägung ist ein Kernanliegen von Handel Schweiz. Diese Revision bietet die Chance dazu. Begrifflichkeiten in den Gesetzestexten müssen harmonisiert werden, möglichst</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |  |
|----------------|--|
|                | auch international. Das für die Schweiz wichtige Geschäftsmodell der Zollfreilager (künftig Zolllager) soll auch in Zukunft gesetzlich abgesichert bleiben und die EZV (künftig BAZG) soll mit diesem Gesetz nicht legitimiert den Wettbewerb verzerren und Aufgaben übernehmen, für die der Markt bereits heute über gut funktionierende Anbieter und Lösungen verfügt. |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |
| Handel Schweiz |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name           | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|----------------|------|------|------|--|--|
| Handel Schweiz | 1    |      | a    | Diese Aussage steht im Widerspruch zu Art. 140. BAZG-VG. Alle vom Zoll angebotenen Zollverfahren müssen wirtschaftsfreundlich und kostenfrei angeboten werden.   | Mit diesem Gesetz soll die Erhebung der Abgaben harmonisiert und die Voraussetzungen für einfache und für die Wirtschaft kostenfreie Verfahren geschaffen werden   |
| Handel Schweiz | 7    |      |      | Es müssen alle Rollen im Gesetz unmissverständlich und klar beschrieben und geregelt werden. Eine Gleichbehandlung ist ausschlaggebend für Abgaben- und weitere Pflichten. Pro Rolle soll nur eine Person erfasst sein (Erl. S. 18) In Art. 7 und Erläuterungen wird jedoch klar, dass alle drei Beteiligten verschiedene Rollen haben können. Auch der Warenverantwortliche ist ein Datenverantwortlicher, wenn er die Zollanmeldung im eigenen Namen durchführt. Die alten Begriffe wie "Zollmeldepflichtiger" sind wegzulassen. | Es müssen alle Rollen im Gesetz unmissverständlich und klar beschrieben und geregelt werden  |
| Handel Schweiz | 7    |      | f    | Dies ist falsch und lässt den Eindruck entstehen, dass dies nur Personen sind, die nicht Warenverantwortliche sind. Warenverantwortliche juristische Personen sind gem. Erläuterungen jedoch ebenfalls "Datenverantwortliche", wenn Ihre Arbeitnehmer die Abmeldung für Sie durchführen.   | Es muss heissen: Datenverantwortliche sind alle juristische Personen, die Warenanmeldungen vornehmen. Dies können von Warenverantwortlichen beauftragte Datenverantwortliche sein, oder der Warenverantwortliche selbst, der die Anmeldungen von seinen Arbeitnehmern durchführen lässt. |
| Handel Schweiz | 7    |      | g    | Definition "Für den Transport verantwortlich" ist ungenau. Da bei einer Vielzahl der Transporte unklar ist, wer den Transport durchführt, kann er nicht in der   | Es muss heissen: Transportverantwortliche, sind die mit dem Transport beauftragten juristischen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |   |  |
|----------------|----|---|---|---|--|
|                |    |   |   | Warenanmeldung genannt sein. Die Angabe des Transportmittels ist ausreichend. Nicht abschliessend genannte Beispiele dazu sind Sammelsendungen, Unterbeauftragung, Reihengeschäfte, gebrochene Transporte, Container.   | Personen. Diese können auch Datenverantwortliche sein. Auf eine Nennung in der Anmeldung ist zu verzichten. Die Definition des Transportverantwortlichen ist zu präzisieren                                    |
| Handel Schweiz | 45 | 1 |   | Die Bewilligung sollte durch den Bundesrat erfolgen , nicht durch das BAZG und auf Stufe Verordnung genau geregelt  | Der Bundesrat kann auf Flugplätzen den Betrieb von Ladengeschäften bewilligen ff.  |
| Handel Schweiz | 8  | 1 |   | durchgeführt erscheint missverständlich   | Änderungsantrag: Eine Anmeldepflicht besteht bei Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren oder, wenn Waren einer Inlandabgabe unterliegen.   |
| Handel Schweiz | 8  | 3 |   | Beim Wechsel des Zweckes einer Ware muss definiert genau werden, wer zur Warenanmeldung verpflichtet ist.   | Es muss konkretisiert werden, in wessen Verantwortung die erneute Anmeldung liegt  |
| Handel Schweiz | 8  | 5 |   | Aus rechtsstaatlichem Prinzip müssen zumindest die Ausnahmen in den Grundzügen bzw. die Rahmenbedingungen im Gesetz festgelegt werden.  | Die Ausnahmen im Gesetz nennen   |
| Handel Schweiz | 9  | 1 |   | Es werden hiermit alle Begleitdokumente zu jeder Warenanmeldung gefordert. Dies widerspricht dem Ziel einfacher, kostengünstiger Verfahren für die Wirtschaft anzubieten und stellt eine unangemessene Ausweitung zu heute dar mit unverhältnismässigen Aufwand und Kosten für die Wirtschaft als Folge | Text ändern in : Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form erfolgen. Notwendige Begleitdokumente müssen nur bei zeitnahen Warenkontrollen übermittelt werden. |
| Handel Schweiz | 9  | 2 | b | Diese Verbindlichkeit muss auf Stufe Verordnung geregelt werden.  | Änderungsantrag : Der Bundesrat legt fest, wo und zu welchem Zeitpunkt die Warenanmeldung als verbindlich angenommen ist, wenn die   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |  |   |
|----------------|----|---|--|--|---|
|                |    |   |  |  | Warenanmeldung nicht elektronisch übermittelt wurde.  |
| Handel Schweiz | 9  | 4 |  | Muss durch den Bundesrat erfolgen  | Der Bundesrat regelt, welche anderen Formen der Warenanmeldung zugelassen sind, und den Zeitpunkt, in dem die Warenanmeldung als angenommen gilt, wenn sie in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form übermittelt wird. |
| Handel Schweiz | 10 | 1 |  | Voraussetzungen für Anmeldepflicht müssen klar definiert sein, ein ggf. genügt diesem Anspruch nicht   | Änderungsantrag: Anmeldepflichtig ist die Warenverantwortliche, die als juristische Person als Datenverantwortliche handelt oder die von dieser beauftragten Datenverantwortliche.  |
| Handel Schweiz | 10 | 3 |  | Die natürliche Person ist der Fahrer des Fahrzeugs, der nur für seine eigenen persönlichen Waren, die er mitführt, verantwortlich sein darf, und nicht für die Waren, die er als Warenführer gegen Auftrag transportiert.  | Ist etwas anderes damit gemeint, muss es anders und klar formuliert werden  |
| Handel Schweiz | 16 |   |  |  | Artikel 16 ist komplett zu streichen und allenfalls zu ersetzen, mit den bisherigen Voraussetzungen gemäss alter Zollverordnung Art.233   |
| Handel Schweiz | 16 | 1 |  | Es ist an sich schon stossend, Anforderungen auf gewerbsmässig tätige Datenverantwortliche zu beschränken. Anforderungen an Datenverantwortliche müssen für beauftragte Datenverantwortliche und alle Warenverantwortlichen mit eigenen Arbeitnehmern, die regelmässig Zollanmeldungen durchführen im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes, gleich gelten. | Datenverantwortliche und Warenverantwortliche müssen über eine erforderlichen Eignung verfügen.   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |   |  |
|----------------|----|---|--|---|--|
|                |    |   |  | Entsprechend müssen auch beide genannte Verantwortliche über die erforderliche Eignung verfügen.  |  |
| Handel Schweiz | 11 |   |  | Der Begriff Warenbestimmung ist international nicht bekannt   | Ändern in "Zollverfahren", da klar verständlich  |
| Handel Schweiz | 11 | 1 |  | Die im alten ZG klare Aussage, dass die Zollverfahren wählbar sind, fehlt. Die Wählbarkeit ist ein Grundpfeiler, welcher den Wirtschaftsbeteiligten ermöglicht, das für ihn adäquate und kostengünstigste Zollverfahren zu wählen.  | Änderungsantrag: Im grenzüberschreitenden Warenverkehr kann für die Waren eine der folgenden Warenbestimmungen ausgewählt werden.                                    |
| Handel Schweiz | 44 |   |  | Artikel 44 beschreibt die Definition der Zolllager. Dies aber in einer Art und Weise, welche der Besonderheit von Zollfreilager und der Waren, welche in einem Zollfreilager eingelagert werden nicht entspricht. Die heutigen Tätigkeiten der Zollfreilager unterscheiden sich von offenen Zolllagern und muss auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden. Eine Anpassung der Zollfreilager an offene Zolllagern widerspricht dem Sinn eines Zollfreilagers und würde die Tätigkeiten massiv einschränken oder gar verunmöglichen. Mit der Annahme dieses Vorschlags würden die Geschäftstätigkeiten massiv eingeschränkt oder gar verunmöglicht. Daher ist es unumgänglich, dass die Differenzierung zwischen Zollfreilager und offenen Zolllager (OZL) auch weiterhin gemacht wird. Die heute tätigen verbleibenden Zollfreilager in der Schweiz beherbergen kleinere Mengen von Waren, jedoch mit sehr grossen Warenwert. Die Tätigkeiten der Zollfreilager sind hauptsächlich die Vermietung von Räumen an die verschiedenen Kunden. Wobei hier strikte Vorgaben bezüglich Ein- und Auslagerungen und der Inventarisierung der Waren bestehen. Die jeweiligen Zollämter haben daher eine ganz klare und transparente | Es muss im Gesetz klar die Möglichkeit von Zollfreilagern und offenen Zolllagern geben und die Regelungen dazu. Das bestehende Zollagergesetz soll übernommen werden |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |       |  |   |
|----------------|----|---|-------|--|---|
|                |    |   |       | Übersicht über die Tätigkeiten resp. die Art und Menge der Waren, die sich in Zollfreilager befinden   |   |
| Handel Schweiz | 44 | 5 | e + f | Sicherheitsstandards müssen so nicht im Gesetz genannt werden und Mindestmengen bedeuten eine nicht nachvollziehbare Einschränkung   | Sicherheitsstandards in 5 e streichen und ef komplett streichen   |
| Handel Schweiz | 11 | 1 | d     | Heute werden im e-dec unterschiedliche Anforderungen an Reparatur/Ausbesserung gegenüber der effektiven Veredelung gestellt. So ist als ein Bsp. der ARV immer eine Nicht handelsware. Gerade die Reparatur soll ohne Bewilligung in beiden Verkehrsrichtungen möglich sein. Sie sollte deshalb als sperate Warenbestimmung aufgeführt werden. So könnte eine Warenanmeldung effizienter und einfacher vorgenommen werden. | d. neu: der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung und Verarbeitung (aktive Veredelung);<br>e. neu: der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Ausbesserung (Reparatur).  |
| Handel Schweiz | 11 | 1 | e     | Auch hier als separate Warenbestimmung aufzuführen. So könnte eine Warenanmeldung effizienter und einfacher vorgenommen werden.  | f neu: der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung oder Verarbeitung (passive Veredelung).<br>g. neu: der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Ausbesserung (Reparatur). |
| Handel Schweiz | 11 | 1 | f     |  | unverändert übernehmen, neuer Unterpunkt : h.   |
| Handel Schweiz | 11 | 1 | g     |  | unverändert übernehmen, neuer Unterpunkt : h.   |
| Handel Schweiz | 11 | 1 | h     | Die Verwendung der Ware zu einem bestimmten Zweck sollte eine eigene Warenbestimmung (Zollverfahren) sein. So ist auch der nachträgliche Wechsel des Verwendungszweckes eine eigene Warenbestimmung (Zollverfahren)  | j neu: Ware zur Vewendung eines bestimmten Zweckes, die zu einer zollbegünstigten Einfuhr führt   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |   |  |
|----------------|----|---|--|---|--|
| Handel Schweiz | 11 | 3 |  | Hier muss auch eine Anpassung vorgenommen werden. Die Ausbesserung soll nicht bewilligungspflichtig sein.   | Änderungsantrag: Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c, d, f und h - j bedürfen einer Bewilligung des BAZG. Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel zu befristen.     |
| Handel Schweiz | 12 | 2 |  | Es sollen nicht mehrere in die Warenanmeldung eingreifen. Der Transportverantwortliche soll nicht die Referenzierung direkt in der Zollanmeldung vornehmen. Eine Referenzierung direkt in der Warenanmeldung sollte nur der Datenverantwortliche (beauftragte oder Angestellte des Warenverantwortlichen).                  | Änderungsantrag: Der Referenzierungspflicht in der Anmeldung unterliegt die Datenverantwortliche. Wenn es keine solche gibt, der Warenverantwortlichen.  |
| Handel Schweiz | 12 | 5 |  | Die Kompetenz muss beim Bundesrat liegen, zudem müssen die Rahmenbedingungen im Gesetz festgelegt werden, wie z.B. beim heute bestehendem ZVE   | Der Bundesrat regelt die Modalitäten zur Referenzierung, deren Ausnahmen und Darstellung der Rahmenbedingungen   |
| Handel Schweiz | 13 | 4 |  | Hier fehlt die klare Abgrenzung zu Artikel 2b). Das BAZG gibt sich hier ein weitgehende Kompetenz mit einem starken Eingriff in die Entscheidungshoheit von Transport-, Daten- oder Warenverantwortlichen. Die Aktivierung des BAZG darf nur in Absprache mit den Aktivierungspflichtigen erfolgen.                         | Änderungsantrag: Fehlt im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung und ist es keine gemäss Art. 2 b., so kann das BAZG diese nur in Absprache mit dem Anmeldepflichtigen von Amtes wegen vornehmen. |
| Handel Schweiz | 14 | 1 |  | Stand heute sind selten lückenlos die erforderlichen Angaben einer Warenanmeldung vor dem Grenzübertritt vorhanden. Bsp. Stückgutverkehr. Entsprechend ist die "muss" Formulierung abzuschwächen. So soll auch die momentan bestehenden Praxis, eine Aktivierung im Zollgebiet möglich sein. Der ZVE soll bestehen bleiben. | Änderungsantrag: Im grenzüberschreitenden Warenverkehr kann die elektronische Warenanmeldung im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze aktiviert werden.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |  |  |
|----------------|----|---|---|--|--|
| Handel Schweiz | 14 | 3 |   | Basierend auf dem von uns neu vorgeschlagenen Art. 15, welcher generell dem Bundesrat die Möglichkeit gibt Vereinfachungen auf Verordnungsstufe zu ermöglichen. Dies auch auf mögliche Vereinfachungen in Zukunft. | Änderungsantrag : Er kann für die Ausnahmen nach Absatz 2 eine Bewilligungspflicht gemäss Artikel 15 vorsehen. Die Bewilligung kann an Auflagen geknüpft werden betreffend:                        |
| Handel Schweiz | 14 | 6 |   | Zur Rechtssicherheit soll dies in der Verordnung genau geregelt werden. So ist der Zeitpunkt der Aktivierung und auch die Ort der Aktivierung von grosser Wichtigkeit für alle Verfahrensbeteiligten               | Änderungsantrag: Der Bundesrat regelt die Art und Weise der Aktivierung. Es bestimmt für den grenzüberschreitenden Warenverkehr die Orte der Aktivierung.  |
| Handel Schweiz | 48 | 1 |   | Dies klingt verwirrend und sollte präzisiert werden.   | Änderungsantrag : Schriftverkehr wird über das Informationssystem nach Art. 67 geführt.  |
| Handel Schweiz | 48 | 2 |   | Schriftliches Zollverfahren oder Zolldokumente, wie z.B. das Carnet ATA fehlen in der Aufzählung   | Änderungsantrag: Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen, insbesondere für den Reiseverkehr , die schriftlichen Verfahren sowie für Verfahren, die von Amtes wegen eingeleitet werden.                |
| Handel Schweiz | 77 | 2 |   | Gibt es Abkommen für Kontrollen im Zollausschlussgebiet? Die Frist für Kontrollen muss genannt werden.   | Änderungsantrag : Im Zollgebiet kann das BAZG Kontrollen durchführen. Das Kontrollrecht endet ein Jahr nach der Wareneinfuhr. Vorbehalten bleibt die Eröffnung einer Strafuntersuchung. Soweit es: |
| Handel Schweiz | 77 | 2 | a | die Frist zur Kontrolle ist analog dem alten ZG auf ein Jahr zu beschränken  | Änderungsantrag: Im Zollgebiet kann das BAZG Kontrollen durchführen. Das Kontrollrecht endet ein Jahr nach der Wareneinfuhr. Vorbehalten bleibt die Eröffnung einer Strafuntersuchung. Soweit es)  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |  |   |
|----------------|----|---|---|--|---|
| Handel Schweiz | 80 | 2 |   | Domizil kann weggelassen werden. Ist eine alte Begrifflichkeit und muss aufgrund des Kontrollrechtes im ganzen Zollgebiet nicht speziell erwähnt werden  | Änderungsantrag : Er kann im Zollgebiet Kontrollen bei den Transport- , Daten- und Warenverantwortlichen ohne Vorankündigung durchführen.   |
| Handel Schweiz | 81 |   |   | Die Bezeichnung "alle" ist zu restriktiv und ist zu entschärfen.   | Änderungsantrag: Das BAZG kann die erforderlichen Handlungen an Waren, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind, vornehmen. Es ist befugt Warenproben zu entnehmen. Diese sind auf das Notwendigste zu beschränken. |
| Handel Schweiz | 83 | 1 |   | Da der Aufwand unterschiedlich hoch sein kann, ist ein Pauschalbetrag nicht akzeptabel, es muss aufwandsgerecht verrechnet werden. Zudem muss dies auch für den Transportverantwortlichen möglich sein.        | Änderungsantrag: Datenverantwortliche und Transportverantwortliche können für die Kosten, die ihnen durch eine physische Kontrolle entstehen, ihren Aufwand verrechnen.   |
| Handel Schweiz | 84 |   |   | Wer ist genau mit "Personen" gemeint   | Änderungsantrag: Transport-, Daten- und Warenverantwortliche, die von einer Kontrolle betroffen sind, müssen, soweit zumutbar, in der vom BAZG verlangten Art und Weise an den Kontrollen mitwirken.                            |
| Handel Schweiz | 84 |   | a | Der Warenführer muss Angaben zu seiner Person und den mitgeführten Waren machen. Das BAZG kann die Ausweis- und Bewilligungspapiere prüfen. Der Begriff "Warenführer" ist ebenfalls im neuen ZG zu definieren. | Der Warenführer muss Angaben zu seiner Person und den mitgeführten Waren machen. Das BAZG kann die Ausweis und Bewilligungspapiere prüfen. Der Begriff des Warenführers ist zu definieren.                                      |
| Handel Schweiz | 84 |   | b | ist in a) integriert und kann deshalb gestrichen werden.   | b) streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |   |  |
|----------------|----|---|---|---|--|
| Handel Schweiz | 84 |   | c | Abschliessende Aufzählung in der Verordnung erforderlich; Vor allem die Problematik von Gefahrgut oder anderen exponierten Warengattungen   | Änderungsantrag: Behältnisse, Waren und Transportmittel öffnen und wieder verschliessen, sofern es sich nicht um exponierte Ware handelt. Der Bundesrat regelt das Vorgehen. |
| Handel Schweiz | 84 |   | d | Für eine Kontrolle, die ohne konkreten Verdacht auf Widerhandlungen durchgeführt wird, sind diese Mitwirkungspflichten in Bezug auf die Verhältnismässigkeit zu weit gehend. Hier fehlt die Differenzierung zu der "normalen" Mitwirkungspflicht, bei einer Warenanmeldung. Bei immer wiederkehrenden, üblichen Warenanmeldung ist nicht auf Geschäftsunterlagen oder Urkunden zurückzugreifen. | Änderungsantrag: mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Daten übermitteln, Belege und weitere Bescheinigungen vorlegen;  |
| Handel Schweiz | 84 |   | f | Hier ist eine Differenzierung erforderlich.   | Änderungsantrag: f) Waren an einen vom Warenverantwortlichen in Absprache mit dem BAZG festgelegten Ort verbringen   |
| Handel Schweiz | 84 |   | g |   | g) Transportmittel an einen vom BAZG festgelegten Ort verbringen.  |
| Handel Schweiz | 84 |   | h |   | h anstelle g: Waren aus- und wieder einladen.  |
| Handel Schweiz | 18 | 2 |   | Es darf keine Schätzung bei Unvollständigkeit und bei Zweifel an der Richtigkeit vorgenommen werden.  | Änderungsantrag: Das BAZG kann die Bemessungsgrundlage der von ihm zu erhebenden Abgaben nach pflichtgemäsem Ermessen schätzen, wenn keine Warenanmeldung vorliegt.          |
| Handel Schweiz | 50 | 1 |   | Und wann werden Eingaben in schriftlicher Form verbindlich?   | 2 neu: : Der Bunderat regelt die Verbindlichkeit bei anderen als elektronischen Eingaben.  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |  |   |
|----------------|----|---|--|--|---|
| Handel Schweiz | 50 | 2 |  |  | 2 wird zu 3   |
| Handel Schweiz | 17 | 3 |  | Es kann nicht verlangt werden, jederzeit zur Verfügung zu stehen   | Änderungsantrag: Es kann von den Verfahrensbeteiligten weitere erforderliche Angaben verlangen.   |
| Handel Schweiz | 55 | 1 |  | Das Prinzip der Verhältnismässigkeit muss auch hier gewahrt werden.  | Die Verfahrensbeteiligten müssen an der Ermittlung des relevanten Sachverhalts soweit möglich, zumutbar und verhältnismässig mitwirken, damit das BAZG die Veranlagung der Abgaben sowie die Prüfung der Warenanmeldung hinsichtlich der nichtabgaberechtlichen Erlasse vollständig und richtig vornehmen kann. |
| Handel Schweiz | 55 | 2 |  | Dies erscheint uns auch hier zu weit gefasst. Gestützt auf Art. 13 VwVG besteht die Mitwirkungspflicht im Rahmen des Verfahrens nur in bestimmten Fällen und daher muss in allen anderen Fällen (siehe Art. 13 Abs. 1 lit. c VwVG) eine Mitwirkungspflicht im Spezialgesetz vorgesehen sein. Die Schranken der Zumutbarkeit und die Verhältnismässigkeit sind auch hier zu beachten. | Änderungsantrag: Sie müssen auf Verlangen insbesondere mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Daten übermitteln, Belege und weitere Bescheinigungen vorlegen.   |
| Handel Schweiz | 53 | 1 |  | Diese Frist sollte erweitert werden  | Änderungsantrag: Die Verfügung gilt im Zeitpunkt des erstmaligen Abrufs als eröffnet, spätestens jedoch am 14. Tag nach der Übermittlung.   |
| Handel Schweiz | 53 | 4 |  |  | Das muss auch für das BAZG gelten.  |
| Handel Schweiz | 56 | 1 |  | Eine absolute Verjährung bedeutet 15 Jahre und ist unverhältnismässig und mit hohem administrativen und teurem Aufwand verbunden   | Änderungsantrag: Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der Abgabefestsetzungsfrist gem. Artikel 30  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |  |  |
|----------------|----|---|--|--|--|
|                |    |   |  |  | Absatz 1 (fünf Jahre nach Aktivierung) sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.   |
| Handel Schweiz | 56 | 2 |  | Die "Personen" müssen abschliessend im Gesetz genannt werden. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kann nicht verlangt werden, dass jeder Verantwortliche verpflichtet ist, gewisse Unterlagen aufzubewahren und Daten zu sichern. | Die Aufbewahrungspflichtigen sind vom Bundesrat zu bestimmen. Der Bundesrat regelt den Umfang der Aufbewahrungspflicht und die Voraussetzungen an die Datenhaltung.  |
| Handel Schweiz | 56 | 2 |  | Die Ermächtigungsgrundlage wie im alten ZG fehlt. Diese ist hier als Delegation generell festzuhalten und ermöglicht auch zukünftige noch nicht bekannte Vereinfachungen zu legitimieren   | Änderungsantrag: Der Bundesrat kann Vereinfachungen im Zollbereich vorsehen. Er regelt die Voraussetzungen.  |
| Handel Schweiz | 15 | 1 |  | Nennung "Personen" ist zu ungenau.   | Das BAZG ist verantwortlich für die gegenseitige Anerkennung des AEO und stellt sicher, dass Verfahrensvereinfachungen gewährt werden. Das BAZG verleiht den Transport-, Daten- oder Warenverantwortlichen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch kostenfrei den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen: |
| Handel Schweiz | 15 | 2 |  | Ausser dem AEO-Status sind keine weiteren Möglichkeiten zur Verfahrenserleichterung / Vereinfachungen auf Gesetzesstufe vorgesehen   | Es muss Verfahrenserleichterungen für AEO geben, die im Gesetz genannt werden. Damit weitere Vereinfachungen im Zollbereich auf Gesetzesstufe verankert sind, muss der Absatz 2 zum Artikel 15   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |   |  |
|----------------|----|---|---|---|--|
|                |    |   |   |   | hinzugefügt werden (analog altem Zollgesetz). : „Der Bundesrat kann Vereinfachungen im Zollverfahren vorsehen. Er regelt die Voraussetzungen.“   |
| Handel Schweiz | 46 | 1 |   | Auch der Warenverantwortliche ist in der Verantwortung. Gegen ihn sollen auch administrative Massnahmen ergriffen werden können. Unklare Unterscheidung   | Änderungsantrag: Das BAZG kann gegen Inhaberinnen und Inhaber einer von ihm erteilten Bewilligung (Daten- oder Warenverantwortliche) administrative Massnahmen ergreifen, wenn diese:  |
| Handel Schweiz | 46 | 1 | a | Eignungsvoraussetzungenentferne, ist schon Teil der Voraussetzung für Bewilligung   | Änderungsantrag: die Voraussetzungen für eine erteilte Bewilligung nicht mehr erfüllen;  |
| Handel Schweiz | 19 | 1 | a | Sollte es nicht heissen aktiviert anstelle von angemeldet?  | Änderungsantrag: bei Waren, die ein- oder ausgeführt werden: im Zeitpunkt, in dem die Warenanmeldung aktiviert wird.   |
| Handel Schweiz | 19 | 2 |   |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| Handel Schweiz | 19 | 2 | a |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| Handel Schweiz | 19 | 2 | b |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| Handel Schweiz | 21 | 2 |   | Stand heute haftet der Datenverantwortliche bei Verwendung des ZAZ-Kontos des Importeurs auch nicht solidarisch. Dies muss beibehalten werden. Es muss Ausschlüsse von der Solidarhaftung geben, wie im alten ZG. | Änderungsantrag: Das BAZG macht die Abgabeschuld vorerst bei der Warenverantwortlichen geltend. Ist bei der Warenverantwortlichen die Abgabeschuld uneinbringlich und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |   |   |
|----------------|----|---|--|---|---|
|                |    |   |  |   | Daten- und Transportverantwortliche nicht solidarisch.  |
| Handel Schweiz | 22 | 1 |  | Die Verjährungsfrist muss auf Gesetzesstufe festgelegt werden.  | Änderungsantrag: Die Datenverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird und der Datenverantwortlichen an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes kein Vorsatz nachgewiesen werden kann. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre nach erfolgter Aktivierung. |
| Handel Schweiz | 23 |   |  | Es muss eine Beweislastumkehr erfolgen. Es soll nicht sein, dass der Fahrer oder Transportunternehmer den Beweis erbringen muss, dass er nicht erkennen konnte. | Das BAZG muss beweisen, dass die Transportverantwortliche, oder mit dem Transport betraute Person, in der Lage war, zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet wurde.  |
| Handel Schweiz | 28 | 1 |  |   | Für den Ausfall von elektronischen Verfahren soll das Notfallszenario im Gesetz dargestellt werden.   |
| Handel Schweiz | 28 | 2 |  | Das sollte nicht die Entscheidung des BAZG sein. Analog dem alten ZG ist die Kompetenz beim EFD oder allenfalls beim Bundesrat                                  | Das EFD legt die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.  |
| Handel Schweiz | 30 | 1 |  |   | Änderungsantrag: Die Abgabeschuld verjährt drei Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden ist.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |   |  |
|----------------|----|---|--|---|--|
| Handel Schweiz | 33 |   |  | Es muss auch Ausnahmen von einer Sicherheitsleistung geben  | Änderungsantrag: Abgabebeforderungen werden durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt, sofern vorgesehen. Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.  |
| Handel Schweiz | 39 |   |  | Da aufgrund der Auslegung des Begriffes "irrtümlich" nur die aktiven Fehler des BAZG relevant sind und dies fast nie vorkommt, kommt dieser Artikel schon heute nicht zur Anwendung und kann gestrichen werden. | Allenfalls ändern in: Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabenschuld gem. Art. 30 Abs. 1 mitteilt. Gleichenfalls gilt, dass die Abgabenschuldnerin auch nachträglich Rückerstattung von Abgaben geltend machen kann, bis zum Ablauf der Verjährungsfrist gem. Art. 30 Abs. 1. Oder streichen. |
| Handel Schweiz | 40 | 1 |  | Zweckänderung ist an sich ausschliesslich Sache des Warenverantwortlichen und nicht des Transportverantwortliche oder Datenverantwortlichen   | Änderungsantrag: Werden Waren nach der der ersten Warenanmeldung zu einem anderen Zweck im Zollgebiet verwendet oder abgegeben, die höheren Abgaben unterliegen, so muss der Warenverantwortliche die Abgabendifferenz nachentrichten.   |
| Handel Schweiz | 40 | 2 |  | Eine Rückerstattung sollte auf jeden Fall erfolgen  | Änderungsantrag: Werden Waren nach der der ersten Warenanmeldung zu einem anderen Zweck im Zollgebiet verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |     |   |   |  |  |
|----------------|-----|---|---|--|--|
|                |     |   |   |  | unterliegen, so ist dem Warenverantwortlichen die Abgabendifferenz rückzuerstatten..   |
| Handel Schweiz | 41  |   |   | Eine teilweise Erstattung ist unbegründet. Es soll für alle Abgaben möglich sein, einen vollständigen Erlass zu beantragen.  | Auf Gesuch hin erlässt das BAZG die Abgaben ganz gemäss Artikel 4, Abs. 1, Bst. a )- k) oder erstattet diese ganz zurück:  |
| Handel Schweiz | 41  |   | b | den "FreienVerkehr" gibt es im Wording nicht mehr  | Text ändern in: wenn ins Zollgebiet verbrachte Waren auf amtliche Verfügung hin, ganz oder teilweise vernichtet oder wieder ausgeführt werden müssen;  |
| Handel Schweiz | 41  |   | c | das muss unabhängig vom Verschulden gelten   | Änderungsantrag: "unverschuldet" weg lassen  |
| Handel Schweiz | 41  |   | d | Analog UKZ Art. 124 Buchstabe h sollten die Heilungsmöglichkeiten erweitert werden. Dies ist auch im gVV bereits vorgesehen. In der Verordnung sollten die Details dazu festzuhalten werden. | Änderungsantrag: Unabhängig von Bst. d, kann auch der Erlass von Abgaben geltend gemacht werden, wenn die Bemessung der Abgaben betroffen ist und kumulativ folgende Bedingungen erfüllt sind: Der Verstoss, durch den die Zollschild entstanden ist, hatte keine erheblichen Auswirkungen auf die ordnungsgemässe Warenanmeldung oder -bestimmung und stellt keinen Täuschungsversuch dar. Zudem müssen alle nachträgliche Formalitäten erfüllt sein, um die ordnungsgemässe Zollabwicklung zu ermöglichen. |
| Handel Schweiz | 140 | 1 |   | Eine Ausweitung von Gebühren bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung der Wirtschaft durch Mehrkosten und verhindert konstengünstige Vefahren.  | Der Artikel ist zu streichen. Auf eine Ausweitung von Gebühren ist zu  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |     |   |   |  |   |
|----------------|-----|---|---|--|---|
|                |     |   |   | Eine Bundesaufgabe sollte sein, Gebühren ausschliesslich für amtliche Verrichtungen zu erheben und nicht zum Inhalt haben, Gewinn zu erwirtschaften, da deren Tätigkeit bereits durch Steuererhebung finanziert wird . Risiken von Betriebsprüfungen könnten steigen, wenn diese lukrativ werden durch Gebührenverrechnung bei "Beanstandungen" . Das BAZG als Behörde soll nicht zum Profitcenter werden und bestehende Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich konkurrenzieren. Die Ermächtigungsgrundlage für die Gebührenregelung muss beim Bundesrat bleiben. | verzichten, da wirtschaftsunfreundlich und unangemessen   |
| Handel Schweiz | 102 | 1 | a | Es ist nicht nachvollziehbar, welches andere Formen der Berechtigung sein könnten im Hinblick auf die Digitalisierung, auch ein digitaler Dienstausweis ist ein Dienstausweis  | Verständlich sind Bezeichnung von Uniform und Dienstausweis. Andere vom BAZG bezeichnete Formen müssten im Gesetz konkretisiert und genau benannt werden  |
| Handel Schweiz | 102 | 1 | c |  | streichen   |
| Handel Schweiz | 96  | 1 |   | Es fehlt im Gesetz, wer den gesamten Kostenaufwand zu tragen hat .   | Mit dem Einverständnis muss sich die berechtigte Person auch einverstanden erklären sämtliche Kosten, die im Zusammenhang einer Vernichtung, nicht nur beim BAZG entstehen, zu übernehmen.  |
| Handel Schweiz | 96  | 2 |   | Für den Transport- und Datenverantwortlichen darf weder zusätzlicher Aufwand, noch Kosten oder Schadenansprüche von BazG und Warenverantwortlichen entstehen.Es fehlt hier die Regelung, wie der Transportverantwortliche eine solche Vernichtung gegenüber dem Warenverantwortlichen nachweisen kann, bzw. vom BAZG bestätigt bekommt,  | Vernichtungen sollte nur mit Einverständnis des Warenverantwortlicher oder Patentverantwortlichen möglich sein. Es ist im Gesetz zu präzisieren, dass hierfür einem Daten- oder Transportverantwortlichen kein Zusatzaufwand und keine Kosten sowie |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |   |  |
|----------------|----|---|---|---|--|
|                |    |   |   | um zivilrechtlichen Regressforderungen entgegen zu wirken   | keine Schadenersatzansprüche von BAZG und Warenverantwortlichen entstehen.   |
| Handel Schweiz | 96 | 4 |   | Es gibt internationale Vorgaben, was als Kleinsendung gilt, die es zu berücksichtigen gilt.   | Die Definition einer Kleinsendung ist erforderlich für alle Beteiligten. Eine Vernichtung auf Kosten von Transport- und Datenverantwortlichen wird ausgeschlossen.   |
| Handel Schweiz | 97 |   |   |   | Änderungsantrag: Der Bundesrat regelt den Einsatz von Überwachungsgeräten  |
| Handel Schweiz | 97 | c | 1 | Es ist völlig unklar, weshalb und zu welchen Zwecken der Sicherheit unter Punkt 1-3 genannte Räume überwacht werden sollen  | Gründe sind im Gesetz zu präzisieren, oder 1-3 zu streichen. Die Vorgaben des Datenschutzes (Recht am eigenen Bild) müssen eingehalten werden  |
| Handel Schweiz | 64 |   |   | Wir gehen davon aus, dass sämtliche aufgeführte Punkte den Datenschutzgesetzen und Verordnungen entsprechen   | Die laufende Überprüfung der Einhaltung von Datenbearbeitungsgrundsätzen in Bezug auf Qualitätssicherung darf nicht vom BAZG selber, sondern muss von einer dafür zuständigen dritten Behörde oder drittem Unternehmen erfolgen  |
| Handel Schweiz | 71 |   |   | Dieser Artikel übernimmt die heutige Regelung von Artikel 112 Abs. 3 Zg, ohne wie bislang auf die basierenden Gründe (2 a bis g) einzugehen und ist somit zu weit gefasst. Falls geplant ist, die Bonitätsprüfungen auf Prüfung der Abgabenbonität auszuweiten, führt dies unweigerlich zu Mehrkosten beim BAZG und dem Steuerzahler, ohne jede Notwendigkeit. Gut funktionierende ZAZ Kontenführung incl. Bonitätsprüfung und Sicherheitshinterlegung auf Seite des ZAZ Kontoinhabers sind bewährt. Mehrkosten durch Verlagerung auf das BAZG und dessen | Eine allfällig geplante Abgabenbonitätsprüfung durch Dritte vom Zoll ausgelöst mit Aufhebung der heutigen Handhabung mit ZAZ-Konten muss die Solidarhaftung des Transport- und Datenverantwortlichen ausdrücklich ausschliessen. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |  |   |   |
|----------------|----|---|--|---|---|
|                |    |   |  | Outsourcing auf Dritte sind nicht erforderlich. Beim beauftragten Datenverantwortlichen würde das Risiko der Solidarhaftung steigen durch finanzielle Ausfallrisiken von allenfalls durch Dritte unzureichend ausgeführte Bonitätsprüfungen   |   |
| Handel Schweiz | 76 |   |  |   | Die Aufbewahrung, Archivierung, Löschung und Vernichtung sollte nicht nur Daten, sondern auch Dokumente erfassen (analog Art. 56 BAZG-VG)   |
| Handel Schweiz | 76 | 1 |  |   | Die Aufbewahrungsdauer muss auf Gesetzesstufe geregelt sein. (vgl. 56 BAZG-VG)  |
| Handel Schweiz | 58 | 1 |  | Einsprachefristen von 60 Tagen sind viel zu kurz und unangemessen und insbesondere im Zusammenhang mit Wegfall von prov. Anmeldemöglichkeiten inakzeptabel. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viele begründete Einsprachen an Fristverfällen scheiterten. Dies ist eine nicht nachvollziehbare Härte, da das BAZG sich auch das Recht vorbehält, erheblich längere Fristen für sich vorzusehen. | Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 5 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in der Sie eröffnet wurde, Einsprache erhoben werden. Versäumnisse müssen heilbar sein und dürfen nicht an unangemessen kurzen Fristen scheitern, die der Wirtschaft grossen Schaden zufügen. Vorlage von gültigen, auch nachträglich ausgestellten Präferenznachweisen müssen analog der EU-Regelung (UZK) innert dieser Frist akzeptiert werden |
| Handel Schweiz | 60 | 1 |  | Einsprachefristen von 60 Tagen sind viel zu kurz und unangemessen, insbesondere im Zusammenhang mit Wegfall von prov. Anmeldemöglichkeiten inakzeptabel. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viele begründete Einsprachen an Fristverfällen scheiterten. Dies ist eine nicht nachvollziehbare Härte und unverständlich, da das  | Änderungsantrag: Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 5 Jahren nach der Eröffnung Einsprache erhoben werden. Versäumnisse müssen heilbar sein und dürfen nicht an unangemessen kurzen Fristen scheitern, die der Wirtschaft grossen Schaden  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |  |   |
|----------------|----|---|---|--|---|
|                |    |   |   | BAZG sich auch das Recht vorbehält, erheblich längere Fristen für sich vorzusehen.   | zufügen. Vorlage von gültigen, auch nachträglich ausgestellten Präferenznachweisen müssen analog der EU-Regelung (UZK) innert dieser Frist akzeptiert werden  |
| Handel Schweiz | 61 |   |   |  | Es muss möglich sein, in mehreren Stufen den Rechtsweg zu gehen und es darf zu keiner unzulässigen Verkürzung des Rechtswegs führen   |
| Handel Schweiz | 61 |   | a |  | es muss lauten: Verfügungen über Leistungs- und Rückleistungspflicht nach Art. 12 VStrR, für welche einer strafrechtlichen Beurteilung eingeleitet wird.  |
| Handel Schweiz | 62 | 1 |   |  | Änderungsantrag: Das Verfahren auf Erlass einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, dem Bundesgesetz über die Zollpflicht und Abgabenerlass sowie das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind immer kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet |
| Handel Schweiz | 62 | 2 |   | Bis zu einem Rechtsmittelverfahren muss alles kostenfrei sein. Der Bezug auf das MWST-Gesetz in den Erläuterungen ist unpassend und nicht richtig. Die Forderung in genannten Fällen ist unberechtigt und führt zu Mehrkosten der Wirtschaft | Es sind keine Kosten zu verrechnen  |
| Handel Schweiz | 62 | 2 | a | In einer digitalen Welt sind Gründe, elektronische Verfahren nicht durchführen zu können in der Regel nicht immer vermeidbar. Es dürfen Verfahrensbeteiligten  | 2 a ist zu streichen  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |     |   |   |  |  |
|----------------|-----|---|---|--|--|
|                |     |   |   | keine Kosten entstehen, wenn sie nicht in der Lage sind, elektronische Verfahren durchzuführen. Die EZV hat in den letzten Jahren bei ihren vielfältigen Ausfällen die Kosten nicht getragen, die der Wirtschaft durch deren Ausfälle entstanden sind und dies ist auch mit dem neuen ZG nicht vorgesehen. Offen bleibt zudem, wo die Beweislast liegen soll. Dies müsste auf Ebene des Gesetzes definiert sein. Die Kosten eines Ausfalls sind bereits hoch und dürfen sich durch Zusatzkosten des BAZG nicht noch weiter erhöhen. Dies dient weder der Effizienz des BAZG noch der Entlastung der Wirtschaft |  |
| Handel Schweiz | 62  | 2 | b | Dies ist kein Sonderaufwand, sondern es ist eine originäre amtliche Aufgabe des BAZG, Kontrollen durchzuführen, ob mit oder ohne Beanstandungen, und wird ausreichend über Steuern finanziert.   | 2 b ist zu streichen   |
| Handel Schweiz | 63  |   |   |  | komplett streichen   |
| Handel Schweiz | 133 | 1 |   | es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nur bei Variante 2 "bewusst fahrlässig" gestrichen wird  | Bei Variante 1 auch streichen "wer bewusst fahrlässig", es darf nur der Vorsatz stehen bleiben   |
| Handel Schweiz | 125 | 1 |   |  | Die Unterlagen und Aufzeichnungen, welche für Kontrollen von Bedeutung sein können, müssen klar definiert sein.  |
| Handel Schweiz | 125 | 2 |   |  | Ergänzung: sofern der Datenschutz gewährleistet wird vom BAZG  |
| Handel Schweiz | 128 |   |   | Das Erbringen gewerblicher Leistungen steht bei Schulungen in Konkurrenz zum bestehenden Marktangebot und verzerrt den Wettbewerb, weil in klarem Vorteil zu diesem stehend. Das BAZG hat die Befugnis, Prozesse vorzugeben und die Vergabe von  | Artikel 128 komplett streichen. Mit den Hinweisen zu 128 d, Leistungen zu Marktbedingungen und ohne Quersubventionierungen zu erbringen, wird vom BAZG selbst bereits eine |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |     |   |   |   |   |
|----------------|-----|---|---|---|---|
|                |     |   |   | Rollen und Bewilligungen inne, und würde als Behörde einen klaren unüberwindbaren Vorteil am Markt inne haben. Dies allein hätte schon eine Wettbewerbsverzerrung zur Folge.                        | Wettbewerbsverzerrung per Gesetz ausgeschlossen, was nicht statthaft ist. Artikel 128 soll deshalb nicht im Gesetz aufgenommen werden, da Wettbewerbsverzerrung verursacht wird |
| Handel Schweiz | 128 | 1 | d | Das BAZG versucht hier, gleich auch selbst einzuschränken, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führt, das ist inakzeptabel und führt genau zu Wettbewerbsverzerrung die nicht verursacht werden darf | Wettbewerbsverzerrung ist gegeben, deshalb Art. 128 komplett streichen  |
| Handel Schweiz | 129 |   |   | das BAZG wird damit zu einem erheblichen Kostenfaktor für die Wirtschaft  | Artikel 129 komplett streichen  |
| Handel Schweiz |     |   |   |   |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|                | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|----------------|-------------------------------------|--|---|
| Handel Schweiz | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Der Datenverantwortliche, und hierzu zählen wir auch Unternehmen, für die Ihre angestellten Zollanmelder arbeiten, sollen nur bei nachweislichem Vorsatz gestraft werden. Zollanmelder müssen entkriminalisiert werden. |
| Handel Schweiz | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b>       | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|-------------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name           | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|----------------|--------|--------------------|
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |
| Handel Schweiz |        |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                                     |
|---|-------------------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>           |
| Handel<br>Schweiz   | siehe unser Schreiben Stellungnahme |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |
| Handel<br>Schweiz   |                                     |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |   |
|--|-------------|-------------|-------------|---|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| Handel Schweiz   | 3           | 1           |             | Ist hier bewusst die Durchfuhr nicht erwähnt?   | Waren, die ein- oder ausgeführt sowie transitiert werden, sind zollpflichtig.   |
| Handel Schweiz   | 5           | 1           |             | Es ist nicht klar, warum 2 h des alten ZG fehlt. Gerade im Hinblick auf Epidemien, sollte diese Möglichkeit der Zollbefreiung weiterhin bestehen bleiben  | "Wieder einfügen:<br>h: Instrumente und Apparate zur Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten in Spitälern und Pflegeinstitutionen"   |
| Handel Schweiz   | 5           | 2           |             | Die Einschränkungen sind nicht nachvollziehbar und wirtschaftsfeindlich! Es dürfen keine Einschränkungen und wirtschaftsfeindliche Voraussetzungen vom BR vorgesehen werden. Die Zollbefreiung muss immer auch auf dem Weg der Rückerstattung möglich sein. Zudem erfordert das Legalitätsprinzip, dass Steuern auf Gesetzesstufe geregelt sind. Auf Gesetzesstufe sind mind.: - Der Kreis der Abgabepflichtigen (Subjekt) - der Gegenstand der Abgabe (abgabebegründende Tatbestand, Objekt der Abgabe) und - die Höhe der Abgabe in den Grundzügen (Bemessungsgrundlage). Dabei haben Praktikabilitätsüberlegungen hinter dem Legalitätsprinzip zurückzutreten. | Ergänzend ist im zu erstellenden Gesetzestext festzuhalten, dass die Zollbefreiung unabhängig vom Zeitpunkt - wenn die Voraussetzungen erfüllt sind - zu gewähren ist. Der Antrag auf Zollbefreiung kann auch nachträglich erfolgen.    |
| Handel Schweiz   | 4           | 1           | c           | Der Begriff "aus dem freien Verkehr" stammt aus dem alten Zollgesetz  | Ändern: Waren aus dem schweizerischen Zollgebiet, die ins Zolldesland ausgeführt worden sind und unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung festgestellten Mangels verändert wieder eingeführt werden (inländische Rückwaren); |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |   |   |  |   |
|----------------|----|---|---|--|---|
| Handel Schweiz | 4  | 1 | d | Die Einschränkung auf ausschliesslich "unveränderte Ware" ist wirtschaftsfeindlich und entspricht nicht der bestehenden Praxis. Gleiches gilt für die zeitliche Limitierung auf drei Jahre. Auch hier ist der veraltete Begriff "freien Verkehr" zu eliminieren. | Ändern: Waren, die ins Schweizerische Zollgebiet eingeführt worden sind und aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen wieder an die Versenderin oder Versender ins Zolldesland verbracht werden.                              |
| Handel Schweiz | 7  | 2 |   | Warum wird hier der Spielraum des Bundesrates ausgeweitet? Solche Zollkontingentsteilmengen "müssen" angerechnet werden. .   | Der Bundesrat sieht vor, die freigegebenen Zollkontingentsteilmengen anzurechnen.   |
| Handel Schweiz | 9  | 1 | b | Trotz der anstehenden Digitalisierung bestehen im Zollbereich noch immer papierbasierte Dokumente (z.B. Carnet ATA/TIR). Deren Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, darum soll dies auf Stufe Verordnung abschliessend geregelt werden.                         | Das Papierverfahren muss in einer vom Bundesrat erlassenen Verordnung abschliessend geregelt werden. Ebenso muss geregelt werden, an welchem Ort ein zollamtlicher Stempel auf ein Dokument verlangt werden kann.                 |
| Handel Schweiz | 9  | 1 | b | Hier soll anstelle der Annahme der Warenanmeldung auf den neuen Begriff "Aktivierung" angepasst werden.  | Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung durch das BAZG, wenn diese in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form übermittelt wurde.   |
| Handel Schweiz | 10 | 2 |   | Die Verbindlichkeit / Dauer der Gültigkeit der Auskunft fehlt. Ein Widerrufsgrund muss auch klar definiert sein. Dies nach dem Rechtsstaatsprinzip.  | neuer Text: Die Auskünfte des BAZG sind öffentlich, verbindlich, kostenfrei und gelten bis auf Widerruf durch das BAZG. Vorbehalten bleiben entgegenstehende Bestimmungen nach dem vorliegenden Gesetz oder einem anderen Erlass. |
| Handel Schweiz | 25 | 1 |   |  | Sachliche Zuständigkeit (wer fungiert als Zollkreisdirektion, wer als OZD etc.) und örtliche Dienststellen müssen klar definiert und in zumutbarer Zeit erreichbar sein.  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |
| Handel<br>Schweiz                                    |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

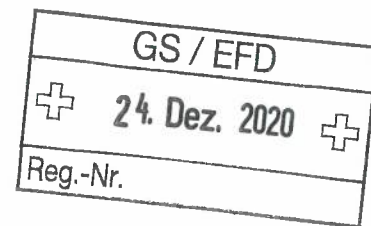
The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button at the bottom of the panel is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |



Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsitzender des Finanzdepartements  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Basel, 23. Dezember 2020 TH

**Konsultation zum Entwurf eines neuen Gesetzes zur Festlegung des allgemeinen Rahmens für die Erhebung von Gebühren und zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (Gesetz zur Festlegung der Aufgaben) Durchführung des OFDF (LEOFDF) sowie vollständige Überarbeitung des Zollgesetzes (LD) im Hinblick auf das neue Zollgesetz (LDD)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Gerne nehmen wir Ihre Einladung an, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) unsere Sichtweise darzulegen.

**Allgemeine Zustimmung zum Entwurf**

Im Allgemeinen stimmt der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern der im Gesetzentwurf enthaltenen Vereinfachung, Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse zu. Hier unterstützen wir die Stellungnahme von economiesuisse. Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist jedoch aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten ergänzenden Verordnungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich möglich. Aus diesem Grund begrüssen wir eine verbindliche, frühzeitige und aktive Miteinbeziehung der Schweizer Industrie- und Handelskammern sowie der Wirtschaft.

Thorsten Hohmann  
Abteilungsleiter Export & Import  
Mitglied der Geschäftsleitung

T +41 61 270 60 47  
F +41 61 270 60 65

t.hohmann@hkbb.ch

**Handelskammer beider Basel**  
St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

## **Die Rolle der Schweizer Industrie- und Handelskammern**

Wir möchten vorab gerne auf die entscheidende Rolle der Industrie- und Handelskammern in der Schweiz in Bezug auf die Ausstellung von Exportdokumenten hinweisen. Als Vertreter der Schweizer Unternehmen des Aussenhandels spielen die Schweizer Industrie- und Handelskammern weltweit eine wichtige Rolle als neutraler und vertrauensvoller Vermittler zwischen diesen und den jeweiligen Zollverwaltungen sowie ihren ausländischen Kunden. Sie sind unter anderem für die Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren verantwortlich. Diese Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs wird weltweit von vielen Zollverwaltungen und Kunden benötigt, um als Grundlage von Statistiken und Geschäftsbeziehungen zu dienen. Darüber hinaus ermöglicht die Qualität der international anerkannten Ursprungszeugnisse, insbesondere mit dem neu per 1. Januar 2021 aufgedruckten ICC-Label, eine schnelle Warenabfertigung am Bestimmungsort. Ein klarer Vorteil für Schweizer Exporteure in Bezug auf Zeit und Geld.

## **Kompetenz im nichtpräferenziellen Ursprung weiterhin bei den Industrie- und Handelskammern**

Je nachdem, ob die Schweiz ein bilaterales oder multilaterales Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland abgeschlossen hat, in das die Unternehmen exportieren, gibt es zwei Hauptzertifizierungssysteme für die Herkunft von Waren. Es ist dies einerseits nach den nichtpräferenziellen und andererseits nach den präferenziellen Ursprungsregeln. Wir begrüßen die Tatsache, dass die Schweizer Industrie- und Handelskammern die Kompetenz für den nichtpräferenziellen Ursprung auch weiterhin innehaben. Es war ursprünglich die Zollverwaltung, welche den Schweizer Industrie- und Handelskammern die Zuständigkeit, wie grösstenteils weltweit üblich, in diesem Bereich übertragen hat. Wir sind überzeugt, dass die Industrie- und Handelskammer exportierenden Unternehmen einen hochwertigen und lokalen Service bieten, dabei jedoch auch die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich nicht aus den Augen verlieren. Die sogenannten "nationalen" Ursprungsregeln, die in der Verordnung über die Bescheinigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren (VUB) enthalten sind und als Grundlage für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Industrie- und Handelskammern dienen, sind Nichtpräferenzieneller Natur. Nach der derzeitigen Auslegung der VUB kann die Schweiz die Umsetzung dieser Regeln in Übereinstimmung mit dem Kyoto-Übereinkommen und dem Übereinkommen über die Ursprungsregeln der Weltorganisation großzügig selbst festlegen. Diese Verordnung wird zurzeit den Entwicklungen der letzten Jahre angepasst, mit dem Ziel eine administrative und finanzielle Entlastung der exportierenden Wirtschaft zu ermöglichen, bei gleichbleibender Qualität des Ursprungsnachweises.

## **Verjährungsfristen**

Aus Sicht der Wirtschaft wäre es zu begrüßen, die Verjährungsfristen auf 10 Jahre zu vereinheitlichen. Dies ist auch in anderen Bereichen üblich, z.B. MWSTG und OR.

## **Rechtsschutz**

In Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 60 Abs. 1 ist die Frist auf 60 Tage beschränkt. Die Wirtschaft begrüsst hier eine Erhöhung der Frist auf 365 Tage.

Die Handelskammer beider Basel begrüsst den Überarbeitungsentwurf und fordert, dass die in den vorhergehenden Absätzen genannten Bemerkungen berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie diesen Zeilen widmen und bitten Sie, Herr Bundesrat, unsere besten Grüsse anzunehmen.

**Handelskammer beider Basel**



**Martin Dätwyler**  
Direktor



**Thorsten Hohmann**  
Abteilungsleiter Export & Import  
Mitglied der Geschäftsleitung



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : IG D

Adresse : Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson : Jürg Maurer (Migros) und Damian Misteli (Coop)

Telefon : +41 58 570 1803 / +41 61 336 72 04

E-Mail : [juerg.maurer@mgb.ch](mailto:juerg.maurer@mgb.ch) / [damian.misteli@coop.ch](mailto:damian.misteli@coop.ch)

Datum : 29.12.20

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 25 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 26 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 27 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 28 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 30 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 31 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 32 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 41 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 42 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| IG D              | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit einer Stellungnahme zur Vernehmlassung über ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie über die Totalrevision des Zollgesetzes einräumen.</p> <p>Die Mitglieder der IG Detailhandel zählen zu den grössten Detailhändlern in der Schweiz. Sie importieren bedeutende Mengen an Lebensmitteln, Near- und Nonfood-Produkten sowie Rohstoffen für ihre Industriebetriebe und sind auch im Export von verarbeiteten Lebensmitteln und Kosmetikprodukten tätig.</p> <p>Grundsätzlich begrüssen wir den Willen der Bundesbehörden, die Prozesse im grenzüberschreitenden Warenverkehr zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Die Eidg. Zollverwaltung EZV muss sich organisatorisch weiter entwickeln und grundlegend verändern. Notwendig ist dies aufgrund politischer Forderungen nach einfacheren Lösungen bei der Zollabwicklung und der Initialisierung des rund 400 Mio. Franken teuren Digitalisierungs- und Transformationsprogramms «DaziT». Hinzu kommt, dass der Vollzug der nichtabgaberechtlichen Erlasse einen höheren Stellenwert erhält. Dies unter anderem wegen des boomenden Onlinehandels, über den vermehrt auch illegale Waren in die Schweiz gelangen. Diese Situation haben wir bereits in der Vergangenheit und mehrfach kritisiert. Hier fordern wir gleich lange Spiesse für alle Onlinehändler sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Ausländische Onlinehändler profitieren nicht nur von teilweise sehr günstigen Posttarifen, nein, sie resp. ihre Kundinnen und Kunden zahlen oftmals auch keine Zollabgaben und keine Mehrwertsteuer. Hier versprechen wir uns durch die Digitalisierung der Abgabeprozesse und den Einsatz von elektronischen Zahlverfahren, dass zukünftig auch kleinere Beträge automatisiert eingezogen werden könnten. Dies würde für mehr Mehrwertsteuergerechtigkeit zwischen inländischen und ausländischen Anbietern sorgen.</p> <p>Unsere detaillierten Änderungsanträge finden Sie auf den folgenden Seiten. Wir möchten aber zu Beginn ein paar grundsätzliche Überlegungen zu dieser Vernehmlassung anstellen. Wir haben den Eindruck, dass EZV-interne Gründe der Hauptauslöser für die Anpassung des bestehenden Rechts gewesen sind. Dagegen haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir hätten es allerdings geschätzt, wenn wir bereits frühzeitig und somit vor der Vernehmlassung intensiver in die Überlegungen zu den Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen mit einbezogen worden wären. Die Inputs der praxiserprobten Zollexperten aus der Wirtschaft wären für die Schaffung von praktikablen Regelungen wichtig gewesen. In diesem Sinne fordert die IG Detailhandel nun im Rahmen der Vernehmlassung eine gesetzliche Verankerung des Mitspracherechts der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts und die Schaffung eines entsprechenden Konsultativremiums.</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Für die geplante Anpassung der gesetzlichen Grundlagen stehen dabei für die IG Detailhandel folgende Punkte im Vordergrund:

1. Einfache, praktikable Verfahren für die Zollverwaltung UND die Wirtschaft
2. Administrative und finanzielle Entlastung der Wirtschaft
3. Möglichst freier Warenverkehr
4. Freie Wahl der Zolldienstleister für alle Importeure
5. Eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Zoll und Wirtschaft

Die Detailanträge, welche die IG Detailhandel im Rahmen der Vernehmlassung stellt, richten sich an diesen Grundsätzen aus. So fordert die IG Detailhandel beispielsweise, dass die Einfuhrsteuer gemäss Mehrwertsteuergesetz zukünftig durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben wird. Dies würde den Prozess für die Unternehmen vereinfachen und das BAZG von dieser Aufgabe entlasten. Weiter soll der Warenfluss möglichst wenig behindert werden, indem sowohl nicht zollpflichtige Waren als auch verbindlich angemeldete Waren die Zollgrenze jederzeit passieren können, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.

Das neue BAZG-Vollzugsaufgabengesetz regelt auch Punkte, wo die IG Detailhandel bereits früher Anpassungen gefordert hat. So zum Beispiel die Möglichkeit, dass Kleinsendungen, die gegen nichtabgaberechtliche Erlasse verstossen (z.B. falsche Deklaration des Inhalts) vereinfacht vernichtet werden können. Die Veranlagung von Waren im Reiseverkehr (Einkaufstourismus) ist von der Gesetzanpassung nicht direkt betroffen. Hier fordern wir aber, dass die Problematik des mehrwertsteuerbefreiten Konsums angegangen und mit Hilfe der neuen technologischen Möglichkeiten (z.B. QuickZoll etc.) gelöst wird. Im Moment mag der Einkaufstourismus pandemiebedingt stark zurückgegangen sein, sobald aber die entsprechenden Einschränkungen wieder aufgehoben werden, dürfte er wieder auf das Niveau vor der Krise anwachsen.

Die IG D bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Überlegungen und Anträge bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Gerne stehen wir Ihnen auch für weitere Fragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

IG Detailhandel Schweiz



Jürg Maurer  
Leiter AG Binnenmarkt IG D  
Stv. Leiter Direktion Wirtschaftspolitik  
Migros-Genossenschafts-Bund



Damian Misteli  
Mitglied AG Binnenmarkt IG D  
Wirtschaftspolitik  
Coop Genossenschaft

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst.       | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) <i>[Änderungen werden kursiv hervorgehoben]</i>   |
|------|------|------|------------|---|---|
| IG D | 4    | 1    | b          | <p>Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz soll künftig nicht mehr durch die Zollverwaltung, sondern bei im Inland steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. Diese Änderung würde – ganz im Sinne der Zielsetzung der Vorlage - finanzielle und administrative Entlastungen für Importeure mit sich bringen. So würde damit die Liquidität der Unternehmen durch die Einfuhrsteuer nicht mehr unnötig belastet und die Unternehmen hätten nur einen – statt heute zwei – Ansprechpartner bei der Bundesverwaltung.</p> <p>Die hier beantragte Systemumstellung ist mit dem heutigen Art. 63 MWStG und dem dort vorgesehenen Verlagerungsverfahren kohärent. Zu erwähnen ist auch, dass im Rahmen der MWStG-Revision die Öffnung des heute in Art. 63 MWStG und Art. 117 ff. MWStV vorgesehenen Verlagerungsverfahrens für alle steuerpflichtigen Importeure (im Rahmen der MWStG-Revision) von economiesuisse, vom Mehrwertsteuer-Konsultativgremium, von Expert Suisse und von der Swiss Retail Federation gefordert wurde. Der vorliegende Antrag geht in die gleiche Richtung.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), <i>wenn die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 Buchstabe e nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist,</i></p> |
| IG D | 7    |      | e, Ziff. 1 | <p>Gemäss der Vorlage soll die Warenverantwortliche als Hauptschuldnerin der Abgaben figurieren und von der Zollverwaltung zuerst belangt werden. Die vorgeschlagene Regelung kann jedoch insbesondere bei DDP-Lieferungen (Incoterms 2020) zu stossenden Resultaten</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt, auf deren</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |  |   |  |   |
|------|---|--|---|--|---|
|      |   |  |   | <p>führen. Bei DDP-Lieferungen, ist der ausländische Lieferant für den Transport und die Verzollung verantwortlich. Der inländische Abnehmer hat damit nichts zu tun. Trotzdem soll gemäss der vorgeschlagenen Lösung z.B. bei Abgabennachforderungen der inländische Abnehmer belangt werden. Abgabennachforderungen sollten korrekterweise immer via Digitalverantwortlicher erfolgen, da dieser für die ordnungsgemäss Verzollung verantwortlich ist. Die im Erläuterungsbericht erklärte Zielsetzung der «gerechteren Haftung für die geschuldeten Abgaben» wird damit verfehlt. Art. 7 lit. e Ziff. 1 soll deshalb dahingehend ergänzt werden, dass der inländische Abnehmer nur dann Warenverantwortlicher ist, wenn die Warenanmeldung und Verzollung durch ihn oder in seinem Auftrag erfolgen (vgl. dahingehend auch der Antrag betr. Art. 21 weiter unten).</p> <p>Gemäss Erläuterungen soll die Rolle des Warenverantwortlichen und des Datenverantwortlichen zwingend von unterschiedlichen Personen eingenommen werden. Wir sehen keinen Grund für diesen zwingenden Ausschluss des Zusammenfallens der unterschiedlichen Rollen, zumal die Wahrnehmung zweier oder aller Rollen durch ein Unternehmen in der Praxis sehr oft vorkommt.</p> | Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird, <i>sofern durch diese Person oder in ihrem Auftrag die Warenanmeldung vorgenommen wird,</i> |
| IG D | 7 |  | f | Vgl. Begründung zur Änderung von Art. 7 lit. e Ziff. 1. Die Warenanmeldung erfolgt nicht immer für den Warenverantwortlichen. Insbesondere bei DDP-Lieferungen erfolgt diese im Auftrag des ausländischen Lieferanten.   | [Änderung]<br>Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung vornimmt;   |
| IG D | 7 |  | g | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung in-   | [Änderung]<br><i>Transportverantwortliche:</i> Person, die für den Transport verantwortlich ist;  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |         |  |  |   |
|------|---|---------|--|--|---|
|      |   |         |  | haltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.   |   |
| IG D | 8 | 1       |  | Art. 8 Abs. 1 ist dahingehend zu präzisieren, dass nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren die Zollgrenze jederzeit passieren können, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG (vgl. auch Antrag zu einem neuen Art. 8 Abs. 6 weiter unten).   | [Ergänzung]<br><br>Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. <i>Von der Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.</i>   |
| IG D | 8 | 4       |  | Der Begriff «Handelsstufe» ist ein unbestimmter Begriff und bedarf einer Definition. Zur Vereinfachung der Prozesse, muss klar geregelt sein, wo die «Handelsstufe» aufhört, namentlich gehört die Detailhandelsstufe nicht dazu. Zudem muss klar sein, dass es sich um Waren wie im eingeführten Zustand handeln muss, jedoch im Inland verarbeitete Ware – auch wenn sie sich auf Handelsstufe befindet – davon nicht betroffen ist. | [Ergänzung]<br><br>Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode <i>im eingeführten Zustand</i> auf Handelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. <i>Nicht zur Handelsstufe zählt der Detailhandel (Verkaufsfläche inkl. Lager und Transportmittel).</i> |
| IG D | 8 | 6 (neu) |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.   | [neu]<br><br><i>Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig des Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).</i>                               |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |  |   |  |
|------|----|---------|--|---|--|
| IG D | 9  | 1       |  | Die Einreichung der Begleitdokumente verursacht einen grossen Aufwand. Im Sinne der Zweckbestimmung gemäss Art. 1 lit. a (einfaches und kostengünstiges Verfahren) sollten Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung nur bei Kontrollen durch das BAZG eingereicht werden müssen.  | [Ergänzung]<br><br>Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen. <i>Bei Kontrollen gemäss dem 8. Titel sind notwendige Begleitdokumente zu übermitteln.</i>  |
| IG D | 10 | 3       |  | Es sollten keine weiteren Verantwortlichen als die in Art. 7 lit. e-g genannten eingeführt werden. Die Definition gemäss Art. 7 lit. e-g deckt sowohl juristische Person als auch natürliche Personen ab (vgl. Art. 7 lit. d). Somit genügt es, wenn von Transportverantwortlichen die Rede ist, und zwar gemäss der oben beantragten Änderung, da dabei keine Rolle spielt, ob eine Warenanmeldung erfolgt ist oder nicht und damit auch Schmuggler erfasst werden (vgl. Antrag zu Art. 7 lit. g). | [Änderung]<br><br>Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so ist der Transportverantwortliche anmeldepflichtig.   |
| IG D | 10 | 4 (neu) |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass der Warenverantwortliche seine Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).  | [neu]<br><br><i>Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig der Ware, der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.</i> |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| IG D | 11 | 3 |  | <p>Im erläuternden Bericht wird zwar festgehalten «Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen.» (S. 25)</p> <p>Die Möglichkeit, dass weiterhin auf Verordnungsstufe Vereinfachungen im Verfahren möglich sind, sollte aber aus gesetzgebungstechnischen Gründen bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein.</p> | <p>[Änderung]</p> <p>Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c-h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG. <i>Der Bundesrat entscheidet über Ausnahmen und Vereinfachungen.</i></p>   |
| IG D | 12 | 1 |  | <p>Die Warenanmeldung sollte keine transportbezogenen Angaben beinhalten. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die Warenanmeldung <i>mit dem Transportmittel verknüpft werden</i>, mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). <i>Die Warenanmeldung selbst bleibt inhaltlich von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.</i></p> |
| IG D | 12 | 2 |  | <p>Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. <i>Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.</i></p>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| IG D | 13 | 4 |  | <p>Eine Aktivierung von Amtes wegen könnte mit verschiedenen Nachteilen für die Zollpflichtigen verbunden sein. Eine Aktivierung von Amtes wegen muss deshalb für die Zollpflichtigen vorhersehbar sein und nur dann erfolgen, wenn die Aktivierung von aktivierungspflichtigen Personen nicht rechtzeitig vorgenommen wurde.</p>   | <p>[Änderung]</p> <p><i>Wurde im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung nicht fristgerecht vorgenommen, so kann das BAZG diese von Amtes wegen vornehmen.</i></p>   |
| IG D | 14 | 1 |  | <p>Das BAZG muss technisch sicherstellen, dass die Aktivierung jederzeit erfolgen kann, damit die Warenflüsse an der Grenze nicht unnötig behindert werden.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung spätestens im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze elektronisch aktiviert werden. <i>Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig des Wochentages und der Tageszeit möglich ist.</i></p>  |
| IG D | 14 | 2 |  | <p>Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen, die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus dem vorgeschlagenen Wortlaut kann jedoch nicht entnommen werden, ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann (zugelassener Empfang und zugelassener Versand). Da sich dieses, im Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren (gVV-Übereinkommen; SR 0.631.242.04) verankerte, Verfahren in der Praxis bewährt hat und wesentliche Erleichterungen in der Zollabwicklung für die Wirtschaft bringt, sind auf Verordnungsstufe Ausführungsvorschriften vorzusehen.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen, die Aktivierung nach dem Verbringen über die Zollgrenze erfolgen kann. <i>Er regelt das vereinfachte Verfahren für Versand und Empfang (zugelassener Versand und zugelassener Empfang).</i> Er kann vorsehen, dass im grenzüberschreitenden Verkehr Warenanmeldungen periodisch aktiviert werden können.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| IG D | 14 | 6 |  | Auf Verordnungsstufe ist sicherzustellen, dass allfällige technische Probleme beim Zoll nicht zu Lasten der Zollpflichtigen ausgelegt werden (z.B. muss eine Ausnahme für den Fall vorgesehen werden, dass das technische System des BAZG nicht funktioniert oder nicht abrufbar ist.) | [Auf Verordnungsstufe zu berücksichtigen]  |
| IG D | 15 | 1 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2).  | [Ergänzung]<br><i>Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette</i> verleiht das BAZG Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen: |
| IG D | 15 | 2 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig vom Status eines AEO festzulegen. (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2)   | [Änderung]<br>Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen.   |
| IG D | 16 | 1 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).   | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 16 | 2 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). Es be-  | [Ergänzung]<br>Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen <i>für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |  |  |   |
|------|----|---------|--|--|---|
|      |    |         |  | steht somit kein Regelungsbedarf, zumindest nicht für inländische Datenverantwortliche. Für ausländische Datenverantwortliche sollen jedoch Voraussetzungen festgelegt werden, unter welchen eine Tätigkeit in der Schweiz zugelassen werden kann, damit Forderungen der Importeur und des BAZG wirksam durchgesetzt werden können (z.B. Zustelladresse in der Schweiz, Versicherung etc.).                  | <i>und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.</i>  |
| IG D | 18 | 3       |  | Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen wie Präferenzzölle, Kontingentzollansätze bei vorhandenen Kontingenten etc. zu berücksichtigen. Die Nichtberücksichtigung dieser Ermässigungen, obschon diese bei einer ordnungsgemässen Zollanmeldung zugestanden würden, führt regelmässig zu stossenden und punitiv anmutenden Nachforderungen.           | [Ergänzung]<br><br><i>Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.</i>  |
| IG D | 18 | 5 (neu) |  | Wir beantragen, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen sammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Dies würde die Verzollungsprozesse wesentlich vereinfachen und die Effizienz sowohl auf der Seite der Abgabepflichtigen wie auch auf der Seite der Zollverwaltung vereinfachen. | [neu]<br><br><i>Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.</i> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |  |
|------|----|---|---|--|--|
| IG D | 21 | 1 | a | Die inländische Warenverantwortliche muss nur dann Abgabenschuldnerin sein, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Andernfalls kann die Erhebung der Abgaben bei der Warenverantwortlichen zu stossenden Ergebnissen führen (vgl. auch Begründung zum Ergänzungsantrag betr. Art. 7 lit. e Ziff. 1).   | [Ergänzung]<br><br>Die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, <i>wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt</i> ,  |
| IG D | 21 | 2 |   | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt (vgl. Begründung zum Ergänzungsantrag zum Art. 21 Abs. 1 und Art. 7 lit. e Ziff. 1).   | [Ergänzung]<br><br>Das BAZG macht die Abgabeschuld bei der Warenverantwortlichen geltend, <i>sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen</i> . Kann eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht. |
| IG D | 21 | 3 |   | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldnerin, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Das ist bei Massengeschäften der Post- und Kuriersendungen nicht der Fall, weshalb bei Umsetzung unserer Anträge zu Art. 21 Abs. 1 und 2 eine entsprechende Ausnahme nicht notwendig ist. | [Änderung]<br>Der Bundesrat kann im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| IG D | 22 | 1 |  | <p>Mit unseren Anträgen zu Art. 7 lit. e Ziff. 1 sowie Art. 21 wollen wir insbesondere verhindern, dass die Warenverantwortliche ohne jegliches Verschulden und/oder Zutun für Zollnachforderungen belangt wird, die sie nicht verursacht bzw. mitverschuldet hat. Wird die Warenverantwortliche immer und primär belangt, ohne Rücksicht darauf, dass sie z.B. Verzollen an einen Datenverantwortlichen delegiert hat, führt das zu unhaltbaren und willkürlichen Ergebnissen, dass die Warenverantwortliche für den von Dritten verursachten Schaden haftet und sich später gleichzeitig an diesem Dritten gar nicht schadlos halten kann, weil dieser z.B. die Haftung vertraglich weggebunden hat oder gar keine Vertragsbeziehung mit diesem Dritten besteht. Denn sehr viele Zollbegünstigungen (Präferenzzolle, zollrechtliche Kontingente) werden im heutigen System nur dann gewährt, wenn die Verzollung von Anfang an korrekt durchgeführt wird. Bei Nachforderungen werden diese Begünstigungen – selbst wenn ein Anspruch im Zeitpunkt der Verzollung bestanden hätte – nicht anerkannt (vgl. dazu aber den Antrag betr. Art. 39 Abs. 2). Es ist sachgerecht und entspricht dem generellen Gerechtigkeitsempfinden in der schweizerischen Rechtsordnung, dass derjenige den Schaden zu ersetzen hat, der diesen auch verschuldet hat.</p> | <p><i>[neu/Änderung]</i><br/> <i>Haftung im Falle von Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Art. 12 VStrR</i></p> <p><i>Wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird, macht das BAZG die Abgabeschuld vorerst bei derjenigen Abgabenschuldnerin, die an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes ein Verschulden trifft. Kann diese die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.</i></p> |
| IG D | 22 | 2 |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 22 Abs. 1.  | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 23 |   |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 10 Abs. 3.  | <p><i>[Änderung]</i></p> <p>Die Transportverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn sie nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet worden ist.</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
| IG D | 27 | 1 |   | Mit dem Ergänzungsantrag betr. Art. 18 Abs. 5 beantragen wir, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen gesammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Entsprechend soll die Abgabeschuld mit deren Veranlagung fällig werden. | [Änderung]<br><br>Die Abgabeschuld wird mit ihrer Verfügung fällig.   |
| IG D | 28 | 2 |   | Wir beantragen, dass inländischen Abgabenschuldnerinnen eine Zahlungsfrist von 60 Tage gewährt wird und auf eine Sicherstellung grundsätzlich verzichtet wird.   | [Änderung]<br><br><i>Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Artikel 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Artikel 32 Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das BAZG die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.</i> |
| IG D | 31 |   | c | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| IG D | 32 | 1 | c | Gemäss dieser neuen Bestimmung soll bei Widerhandlungen immer eine Sicherstellung verlangt werden. Das ist nicht sachgerecht, da eine Widerhandlung nicht automatisch bedeutet, dass die Bezahlung der Zollschuld gefährdet sein könnte. Wir beantragen, diese Bestimmung zu streichen.  | [ersatzlos streichen]   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |   |  |  |
|------|----|---------|---|--|--|
| IG D | 32 | 2       | c | Der erste Halbsatz sollte mit «Geschäftssitz» ergänzt werden, um den Eindruck zu vermeiden, dass nur natürliche Personen gemeint sein könnten.                                       | [Ergänzung]<br>die Abgabeschuldnerin oder der Abgabeschuldner keinen Wohn- oder <i>Geschäftssitz</i> in der Schweiz hat oder Anstalten trifft, den Wohn- oder Geschäftssitz oder die Betriebsstätte in der Schweiz aufzugeben oder sich im schweizerischen Handelsregister löschen zu lassen.                                  |
| IG D | 33 |         |   | Vgl. in diesem Zusammenhang den Antrag betr. Art. 28 Abs. 2. Während der Zahlungsfrist von 60 Tagen soll für inländische Abgabenschuldnerinnen keine Sicherstellung verlangt werden. | [Ergänzung]<br>Abgabeforderungen werden, <i>soweit vorgesehen</i> , durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. <i>Vorbehalten bleibt Artikel 28 Absatz 2.</i> Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.                  |
| IG D | 39 |         |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen (vgl. dazu den Antrag für einen neun Artikel 39 Absatz 2).        | [Änderung]<br>Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht <i>innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 mitteilt.</i> |
| IG D | 39 | 2 (neu) |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | [neu]<br><i>Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabeschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw.</i>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
|      |    |   |   | <p>Eventualiter ist zumindest in Anlehnung an Art. 212a EU-Zollkodex (Abgabenbefreiung trotz Unregelmässigkeiten) eine wirtschaftsfreundliche Regelung für Nachforderungsverfahren vorzusehen.</p> | <p><i>eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rück-erstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld ge-mäss Artikel 30 Absatz 1.</i></p> <p>[Eventualantrag]</p> <p><i>Im Rahmen des Nachforderungsverfahrens kann die Abgabenschuldnerin oder der Ab-gabenschuldner eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rück-erstattung von Abgaben nachträglich gel-tend machen.</i></p> |
| IG D | 41 | 1 | c | <p>Es sollte korrekterweise Art. 39 und nicht Art. 38 referen-ziert werden.</p>  | <p>[Änderung]</p> <p>wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuch-steller unverschuldet eine Nachforderung nach Artikel 39 des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint.</p>  |
| IG D | 44 | 5 | e | <p>Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sollten nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden werden und sollten auch für kleine Unternehmen erhältlich sein.</p>                           | <p>[Änderung]</p> <p>Das Vorhandensein einer geeigneten Infra-struktur;</p>   |
| IG D | 44 | 5 | f | <p>Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.</p>  | <p>[ersatzlos streichen]</p>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |   |  |
|------|----|---|---|---|--|
| IG D | 44 | 5 | g | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 44 | 6 |   | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 49 |   |   | Systemausfälle beim BAZG sollen nicht zum Mehraufwand bei den Wirtschaftsbeteiligten führen.  | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Modalitäten für den Fall, dass das Informationssystem nach Artikel 67 ausfällt oder nicht erreichbar ist. Aufforderungen an die Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte elektronische Eingaben zu wiederholen oder ein papierbasiertes Notfallverfahren anzuwenden, sind unzulässig. |
| IG D | 52 | 3 |   | Eine Holschuld des Verfügungsadressaten im Zusammenhang mit einem Verfügungserlass führt zur Risikoverlagerung zu Lasten der Wirtschaft. Wir beantragen, dass – analog zum schriftlichen Verfügungserlasse - zumindest eine Information an den Verfügungsadressaten ergehen muss, dass neue Dokumente zur Abholung bereit stehen. | [neu]<br><br><i>Das BAZG teilt auf eine vom Adressaten angegebene E-Mail-Adresse mit, wenn neue Dokumente im Informationssystem nach Artikel 67 übermittelt worden sind.</i>   |
| IG D | 53 | 3 |   | Der Wortlaut dieser Bestimmung sollte dem Wortlaut von Art. 20 Abs. 3 VwVG entsprechen.   | [Änderung]<br><br><i>Fällt das Ende einer Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag, so endet die Frist am nächsten Werktag.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| IG D | 54 |   |  | Wir erachten den beantragten Zusatz als erforderlich, um den Eindruck zu vermeiden, die Bestimmung in Art. 54 gehe der Regelung zur Akteneinsicht gemäss VwVG insofern vor, als dass Art. 26 f. VwVG nicht zur Anwendung kämen (vgl. Art.47). Die Vorschrift der elektronischen Akteneinsicht soll lediglich die Beschränkung der Form der Akteneinsicht gemäss VwVG beinhalten. | [Ergänzung]<br><br>Die Akteneinsicht erfolgt elektronisch. <i>Im Übrigen richtet sie sich nach dem VwVG.</i>   |
| IG D | 56 | 1 |  | Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende relative Verjährungsfrist zu reduzieren, um übermässige Aufbewahrungskosten zu vermeiden.   | [Änderung]<br><br>Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt <i>der Verjährungsfrist gemäss Artikel 30 Absatz 1</i> sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. |
| IG D | 58 | 1 |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | [Änderung]<br><br>Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem <i>fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist</i> , Einsprache erhoben werden.   |
| IG D | 61 |   |  | Wir können nicht nachvollziehen, weshalb der Rechtsschutz gerade bei Verfügungen, die für die Unternehmen regelmässig mit hoher finanzieller Belastung verbunden sind, verkürzt werden soll. Gerade in diesen Fällen bedarf es in unseren Augen einen effektiven Rechtsmittels mit zumindest einer verwaltungsinternen Beschwerde  | [Änderung]<br><br>Gegen die folgenden Verfügungen des Verwaltungsverfahrens kann <i>eine verwaltungsinterne Beschwerde gemäss Artikel 60</i> erhoben werden:<br><br>a) Verfügungen über Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Artikel 12 VStrR;                 |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |                       |   |   |  |   |
|------|-----------------------|---|---|--|---|
|      |                       |   |   | deinstanz. Wir beantragen deshalb, dass für die Anfechtung der in lit. a und b genannten Verfügungen zumindest der Beschwerdeweg gemäss Art. 60 offensteht.  | <p>b) Feststellungsverfügungen betreffend gefährdete und hinterzogene Abgaben die das BAZG im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens erlässt.</p> <p><i>Im Übrigen richtet sich der Rechtsweg nach dem dritten Abschnitt des VwVG.</i></p>   |
| IG D | 62                    | 1 |   | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | <p>[Ergänzung/Änderung]</p> <p>Das Verfahren auf Erlass <i>einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, einem Abgabeerlass gemäss Artikel 4</i> und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.</p> |
| IG D | 62                    | 2 | b | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| IG D | 63                    |   |   | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| IG D | neu<br>(nach Art. 67) |   |   | Mit der Einführung des E-DSG wird der Schutz der juristischen Personen insofern aufgehoben, als dass diese nicht mehr in den Geltungsbereich des E-DSG fallen. Damit werden auch die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte der juristischen Personen aufgehoben. Die im Zusammenhang mit der Einführung des E-DSG vorgesehenen Anpassungen des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (SR 172.010; RVOG) sowie des Bun- | <p>[neu]</p> <p><i>Auskunftsrecht</i></p> <p><i>1 Jede juristische Person und Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann vom BAZG Auskunft darüber verlangen, ob Daten über sie bearbeitet werden.</i></p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |  |   |  |
|------|----|---------|--|---|--|
|      |    |         |  | <p>desgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (SR 152; BGÖ) wiegen diesen Wegfall nicht auf, zumal die erwähnten Gesetze einen anderen Zweck als den Schutz der Integrität der Daten der betroffenen juristischen Personen verfolgen. Art. 57t E-RVOG sieht folgende Bestimmung vor: «Das anwendbare Verfahrensrecht regelt die Rechte der betroffenen juristischen Personen». Damit ist jedoch noch nicht gewährleistet, dass eine betroffene juristische Person die Möglichkeit hat, die sie betreffenden Daten (und nicht die das Verfahren betreffenden Akten) einzusehen und gegebenenfalls durch die zuständige Behörde berichtigen zu lassen. Aus diesem Grund erachten wir die Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung zum Schutze der Daten der juristischen Personen (zumindest im Zusammenhang mit der Herausgabe und der Berichtigung) als angemessen.</p> | <p><i>2 Die betroffene juristische Person oder Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit eine transparente und korrekte Datenbearbeitung gewährleistet ist.</i></p> <p><i>3 Das BAZG muss kostenlos Auskunft erteilen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, namentlich wenn der Aufwand unverhältnismässig ist.</i></p> <p><i>4 Die Auskunft wird in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf elektronischem Wege erteilt.</i></p> |
| IG D | 81 |         |  | <p>Die Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Umweltaspekten ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir erwarten daher bei der physischen Kontrolle von Waren, dass für die Nahrungsmittel-, Chemie- und Pharmaindustrie im Gesetz verankert wird, dass eine Zollkontrolle nur nach erfolgter Rücksprache mit den betroffenen Unternehmen durchgeführt werden darf. Die Unternehmen sollen das Recht erhalten eine physische Kontrolle vor Ort abzulehnen und einen geeigneten Ort für die Kontrolle festzulegen. Die dabei anfallenden Kosten sollen nicht an die Betriebe weiterverrechnet werden.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Das BAZG kann alle Handlungen an Waren vornehmen, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind. Es ist insbesondere befugt, Warenproben zu entnehmen. <i>Dabei ist das BAZG an die zwingende Gesetzgebung bezüglich der Waren bei sonstiger Schadenersatzpflicht gebunden und hält mit geeigneten Schutzmassnahmen und Verfahren namentlich die Anforderungen der Arzneimittel- (insb. GDP), Chemikalien- und der Lebensmittelgesetzgebung ein.</i></p>        |
| IG D | 81 | 2 (neu) |  | <p>Das Resultat einer physischen oder nachgelagerten Kontrolle soll in Zukunft den Unternehmen zeitnah und vollumfänglich eröffnet werden, damit diese organisatorische</p>   | <p>[neu]</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |               |   |  |   |  |
|------|---------------|---|--|---|--|
|      |               |   |  | sowie prozessuale Vorkehrungen treffen können, um gesetzliche Abweichungen zu verhindern.   | <i>Das BAZG teilt den betroffenen Personen das Ergebnis der Warenkontrolle unverzüglich mit.</i>   |
| IG D | 83            | 1 |  | Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung darf nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten eingreifen.   | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 107a<br>(neu) |   |  | <p>Für die betroffenen natürlichen und juristischen Personen ist es wichtig, dass sie sich über die Praxis des BAZG informieren können und sich an erlassenen Richtlinien und gefällten Entscheiden und Urteilen orientieren können. Aktuell besteht in diesem Bereich zu wenig Transparenz, was es für alle Beteiligten schwierig macht, die Praxis zu kennen und nachzuvollziehen.</p> <p>Aus diesem Grund beantragen wir eine (neue) Bestimmung, die dieser Lücke Abhilfe schaffen soll. Einerseits wäre die Veröffentlichung von relevanten Entscheiden des BAZG sowie der Zugang zu praxisrelevanten Richtlinien und Merkblättern sehr hilfreich. Überdies beantragen wir eine Bestimmung, wonach das BAZG die Gerichtsurteile, die basierend auf dem BAZG gefällt werden, sammelt und periodisch, beispielsweise in einem jährlichen Bericht, zumindest auszugsweise veröffentlicht. Begrüssenswert wäre auch eine jährliche Zusammenstellung sämtlicher relevanten Entscheide des BAZG in Kombination mit entsprechenden Gerichtsurteilen. Auch die Veröffentlichung von Rechtsmittelentscheiden von grosser Bedeutung würde zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit beitragen.</p> | <p>1 Das BAZG kann seine Entscheide sowie Richtlinien oder Merkblätter, die für die Praxis des BAZG relevant sind, veröffentlichen.</p> <p>2 Die Gerichte stellen dem BAZG die Urteile, die in Anwendung dieses Gesetzes gefällt werden, unaufgefordert und in vollständiger Abschrift zu. Das BAZG sammelt diese Urteile und kann sie periodisch veröffentlichen.</p> |
| IG D | 127a          |   |  | Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST).  | [neu]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |               |  |  |   |   |
|------|---------------|--|--|---|---|
|      |               |  |  |   | <p><sup>1</sup> Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der abgabepflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.</p> <p><sup>2</sup> Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolltarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen, Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.</p> <p><sup>3</sup> Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.</p> |
| IG D | 128           |  |  | Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.                                    | [ersatzlos streichen]   |
| IG D | 129           |  |  | Vgl. Begründung zu Art. 128   | [ersatzlos streichen]   |
| IG D | 135a<br>(neu) |  |  | Im Jahr 2001 verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz i.S. J.B. v. Schweiz (Urteil Nr. 31827/96) wegen Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK, konkreter wegen Nichteinhaltung des Selbstbelastungsverbots («nemo tenetur se ipsum accusare»). Daraufhin | <p>[neu]</p> <p><i>Stellung der beschuldigten Person</i></p> <p><sup>1</sup> Die Einleitung eines Strafverfahrens wird der beschuldigten Person schriftlich mitgeteilt. Es wird ihr Gelegenheit gegeben, sich</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |   |  |
|------|-----|--|--|---|--|
|      |     |  |  | erliess der Bundesgesetzgeber die heutigen Bestimmungen in Art. 153 Abs. 1 <sup>bis</sup> , Art. 183 Abs. 1 Satz 2, Art. 183 Abs. 1 <sup>bis</sup> DBG sowie in Art. 57a Abs. 2 StHG (vgl. auch Art. 113 StPO). Da sich in parallel durchgeführten Nachforderungs- und Zollhinterziehungsverfahren die gleiche Problematik stellt und auch in diesem Bereich eine Verurteilung der Schweiz durch den EGMR droht, ist im neuen BAZG-VG eine entsprechende Bestimmung zur Wahrung der Anforderungen der EMRK aufzunehmen. | zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern; sie wird auf ihr Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.<br><br><sup>2</sup> Beweismittel aus einem Nachforderungsverfahren dürfen in einem Strafverfahren nur dann verwendet werden, wenn sie ohne jeglichen Zwang beschafft wurden. |
| IG D | 140 |  |  | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|--|-------------------------------------|--|--|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |               |                           |
|---|---------------|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|   |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |  |   |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|--|---|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [<i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i>]</b>  |
| IG D  | MWSTG         | 18          | 1           |             | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben.   | [Ergänzung]<br>Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen <i>sowie die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen</i> ; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht. |
| IG D  | MWSTG         | 50          |             |             | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben.   | [Änderung]<br>Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen <i>durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes anordnen.</i>   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | LMG           | 30a         |             |             | Die Scheinkäufe im Bereich des Lebensmittelrechts haben mit der vorliegenden Vorlage und zollrechtlichen Themen nichts zu tun. Die für Art. 30a LMG vorgesehene Bestimmung würde hier durch die Hintertür eingeführt, ohne dass die von dieser Bestimmung betroffenen Parteien eine Möglichkeit haben, Stellung dazu zu nehmen. Es kommt der | [ersatzlos streichen]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  | <p>Verdacht auf, dass die Bestimmung auf diesem Wege eingeführt werden soll, um Diskussionen mit den betroffenen Akteuren zu vermeiden. Das geht nicht an und steht klar im Widerspruch zu Art. 2 VIG, wonach Vernehmlassungsverfahren bezwecken, Aufschluss über die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens des Bundes zu geben und den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, sich an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes zu beteiligen. Wird eine völlig sachfremde Bestimmung in einem Gesetz, das mit der zu beurteilenden Vorlage nichts zu tun hat, nebenbei eingeführt, so wird den betroffenen Kreisen diese Möglichkeit der Beteiligung genommen. Eine allfällige Bestimmung im LMG zum Thema Scheinkäufe wäre – wenn überhaupt – im Rahmen der nächsten LMG-Revision zu behandeln.</p> |  |
|--|--|--|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |   |
|---|---|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b>            | Allgemeine Vorbemerkungen → siehe Allgemeine Bemerkungen zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz. |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [<i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i>]</b>   |
| IG D   | 3           | 1           |             | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Waren, die ein- oder ausgeführt werden, sind zollpflichtig, <i>wenn:</i></p> <p><i>a. sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Artikel 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zolltarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind; oder</i></p> <p><i>b. die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 BAZG-VG dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht; oder</i></p> <p><i>c. sie einer Warenbestimmung gemäss Artikel 11 Buchstabe g oder h BAZG-VG zugeführt werden; oder</i></p> <p><i>d. auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist; oder</i></p> <p><i>e. sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der</i></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |            |   |   |  |
|--|---|------------|---|---|--|
|  |   |            |   |   | <i>Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.</i>   |
| IG D   | 3 | 3<br>(neu) |   | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | [neu]<br><i>Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.</i> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 4 | 1          | d | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Änderung]<br>Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 BAZG-VG unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder ins Zollland ausgeführt werden.   |
| IG D   | 4 | 2          |   | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Ergänzung]<br>Der Bundesrat kann vorsehen, dass ausländische Rückwaren <i>gemäss Absatz 1 Buchstabe d</i> , die im Zollgebiet vernichtet oder als Futtermittel verwendet werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er regelt das Verfahren der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |   |            |   |  |
|------|---|---|------------|---|--|
| IG D | 9 | 2 | a          | Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Wir lehnen diese vorgeschlagene Bestimmung ab. Unseres Erachtens kann diese Bestimmung zu einer willkürlichen höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unseres Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und ihm Rahmen der Digitalisierung auch nicht modern. Wo möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z. B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld besondere Bemerkungen der Warenposition). | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 9 | 2 | b          | Wir lehnen diese «Strafzölle» ab und fordern, dass auch in Nachforderungsverfahren, Zollermässigungen und -befreiungen gewährt werden. Vgl. im Übrigen Begründung zu Art. 39 Abs. 2 BAZG-VG.  | [ersatzlos streichen]  |
| IG D | 9 |   | 4<br>(neu) | Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.   | [neu/Eventualantrag zu Anträgen betr. Art. 9 Abs. 2]<br><br>Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| IG D | 10 | 1 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.  | <p>[Änderung]</p> <p>Das BAZG verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin die zolltarifische Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation sowie den nichtpräferenziellen und den präferenziellen Ursprung von Waren.</p>   |
| IG D | 10 | 2 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Auskünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. <i>Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.</i></p>   |
| IG D | 15 | 1 |  | <p>Wir können nachvollziehen, dass das System des dynamischen Strafrahmens grundsätzlich geeignet ist für das Zollrecht. Dennoch halten wir aus den folgenden Gründen eine (zusätzliche) Obergrenze der Busse für sachgerecht:</p> <p>Gemäss dem StGB beträgt die Busse maximal 10'000 Franken; die Geldstrafe maximal 540'000 Franken. In den meisten Verwaltungsgesetzen sind ebenfalls Maximalbussen vorgesehen (z.B. im MWStG 800'000 Franken, im LMG 80'000 Franken, im E-DSG 250'000 Franken uws.). Im Zollrecht einen gänzlich unbegrenzten Bussenrahmen vorzusehen, erscheint uns deshalb als nicht sachgerecht. Die Höchstbusse von 800'000 Franken analog zum MWStG erscheint uns vorliegend als angebracht. In Kombination mit der Beibehaltung des</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Zollvorteil verschafft.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | <p>dynamischen Elements wird überdies sowohl den «kleinen» als auch den «grossen» Fällen Rechnung getragen.</p> <p>Überdies ist zu beachten, dass es bei den vorliegenden Strafbestimmungen rein um das pönale Element geht: Art. 12 ff. VstrR sehen nämlich zusätzlich eine Leistungs- bzw. Rückleistungspflicht vor. Die Bussenbestimmungen im ZoG können und sollen nicht dazu dienen, entgangene Zollabgaben einzutreiben, sondern sind allein dazu da, den Täter zu bestrafen. Eine Maximalbusse untergräbt diesen Zweck keineswegs und kann dem Bestraften immer noch «weh tun». Hinzukommt, dass bei gewissen Qualifikationen noch immer eine Erhöhung der Höchstbusse zum Tragen käme.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 15 Abs. 4 aufzunehmen.</p> |   |
| IG D | 15 | 2 |  | <p>Analog zum Verweis auf Absatz 1 in Absatz 3 muss dieser Verweis auch in Absatz 2 enthalten sein, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen bezieht.</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p> |
| IG D | 15 | 3 |  | <p>Die Formulierung «in besonders erheblichem Umfang» ist sehr unbestimmt und steht nicht im Einklang mit dem Bestimmtheitsgebot. Auf präzisierende Rechtsprechung zu warten, erscheint beim angedrohten Strafraum von immerhin bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe (bzw. einer Busse über den 7.5-fachen Betrag der hinterzogenen Zollabgaben) nicht angemessen und schafft Rechtsunsicherheit.</p>   | <p>[ersatzlos streichen]</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| IG D | 15 | 4 |  | <p>Es wird die Straflosigkeit der fahrlässigen Begehung beantragt. Eine Bestrafung von Sorgfaltspflichtverletzungen im Abgabewesen erscheint angesichts der potenziell sehr hohen Bussenbeträgen unverhältnismässig. Unseres Erachtens fehlt bei fahrlässig hinterzogenen Zollabgaben – insbesondere im Wirtschaftsumfeld – das Strafbedürfnis: Im Wirtschaftsumfeld bringt eine fahrlässige Begehung dem Täter keinen Vorteil ein. Eine fahrlässige Begehung ist hier in der Regel auf ein formales Versehen zurückzuführen, dass insbesondere im Rahmen von Massengeschäften schnell einmal unterlaufen kann. Bei den sehr strengen formalen Vorschriften im Zollwesen kann hier ein kleiner formaler Fehler schnell weitläufige Konsequenzen haben. Eine Bestrafung von solchen formalen Fehlern erscheint in diesem Kontext nicht angezeigt. Auch wenn Art. 52 StGB im Nebenstrafrecht zur Anwendung gelangt, so erscheint eine vollständige Straflosigkeit der Fahrlässigkeit als sachgerechter. Von der Straflosigkeit betroffen wären vorliegend sodann auch nur «echte» und unabsichtliche Versehen, zumal die eventualvorsätzliche Begehung ja ohnehin nach Abs. 1 geahndet würde.</p> <p>Betreffend Eventualantrag s. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i>.</p> |
| IG D | 16 | 1 |  | <p>S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 16 Abs. 3 aufzunehmen.</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Zollabgabe, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  |  | der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.   |
| IG D | 16 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann.                          | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p>  |
| IG D | 16 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.   | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i>.</p>   |
| IG D | 17 | 1 |  | <p>S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 17 Abs. 3 aufzunehmen.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Dreifachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i> wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. ein Verbot oder eine Beschränkung der Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Waren durch Nichtanmelden, Verheimlichen der Waren oder unrichtige Warenanmeldung oder in irgendeiner anderen Weise verletzt oder den Vollzug des Verbots oder der Beschränkung gefährdet; oder</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  |   | b. für sich oder für eine andere Person zu Unrecht eine Bewilligung erwirkt.  |
| IG D | 17 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| IG D | 17 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.  | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br><br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Einfachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 160 000 Franken</i> .  |
| IG D | 19 | 1 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.  | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. eine vom BAZG als Zollpfand beschlagnahmte Ware beziehungsweise Sache, die in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder<br>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt. |
| IG D | 22 | 1 |  | Die Abgrenzung zwischen der bewussten Fahrlässigkeit und des Eventualvorsatzes ist rein dogmatisch unter  | [Änderung]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  | Umständen möglich, in der Praxis jedoch nicht. Aus diesem Grund beantragen wir – unabhängig von der gewählten Variante im Zusammenhang mit Art. 133 BAZG-VG – die ersatzlose Streichung des Zusatzes zur bewussten Fahrlässigkeit. | <p>Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich verstösst:</p> <p>a. gegen eine durch das BAZG anwendbare Vorschrift, soweit deren Übertretung unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung für strafbar erklärt wird; oder</p> <p>b. gegen eine unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung an ihn gerichtete Verfügung.</p> |
|--|--|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare anzeigen Änderungen nachverfolgen Überarbeitungsbereich Markup anzeigen Markup: alle Annahmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren Bearbeitung einschr. Freigeben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Bearbeitung einschränken

Ihre Berechtigungen

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.

Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

Schutz aufheben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). In the '2. Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). In the '3. Schutz anwenden' section, the button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsitzender des Finanzdepartements  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Luzern, 23. Dezember 2020

**Konsultation zum Entwurf eines neuen Gesetzes zur Festlegung des allgemeinen Rahmens für die Erhebung von Gebühren und zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (Gesetz zur Festlegung der Aufgaben) Durchführung des OFDF (LEOFDF) sowie vollständige Überarbeitung des Zollgesetzes (LD) im Hinblick auf das neue Zollgesetz (LDD)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Gerne nehmen wir Ihre Einladung an, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) unsere Sichtweise darzulegen.

**I. Allgemeine Zustimmung zum Entwurf**

Im Allgemeinen stimmt die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ der im Gesetzentwurf enthaltenen Vereinfachung, Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse zu. Hier unterstützen wir die Stellungnahme von *economiesuisse*. Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist jedoch aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten ergänzenden Verordnungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich möglich. Aus diesem Grund begrüßen wir eine verbindliche, frühzeitige und aktive Miteinbeziehung der Schweizer Industrie- und Handelskammern sowie der Wirtschaft.

**II. Die Rolle der Schweizer Industrie- und Handelskammern**

Wir möchten vorab gerne auf die entscheidende Rolle der Industrie- und Handelskammern in der Schweiz in Bezug auf die Ausstellung von Exportdokumenten hinweisen. Als Vertreter der Schweizer Unternehmen des Aussenhandels spielen die Schweizer Industrie- und Handelskammern weltweit eine wichtige Rolle als neutraler und vertrauensvoller Vermittler zwischen diesen und den jeweiligen Zollverwaltungen sowie ihren ausländischen Kunden. Sie sind unter anderem für die Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren verantwortlich. Diese Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs wird weltweit von vielen Zollverwaltungen und Kunden benötigt, um als Grundlage von Statistiken und Geschäftsbeziehungen zu dienen. Darüber hinaus ermöglicht die Qualität der international anerkannten Ursprungszeugnisse, insbesondere mit dem neu per 1. Januar 2021 aufgedruckten



INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER  
ZENTRALSCHWEIZ

ICC-Label, eine schnelle Warenabfertigung am Bestimmungsort. Ein klarer Vorteil für Schweizer Exporteure in Bezug auf Zeit und Geld.

### III. Kompetenz im nichtpräferenziellen Ursprung weiterhin bei den Industrie- und Handelskammern

Je nachdem, ob die Schweiz ein bilaterales oder multilaterales Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland abgeschlossen hat, in das die Unternehmen exportieren, gibt es zwei Hauptzertifizierungssysteme für die Herkunft von Waren. Es ist dies einerseits nach den nichtpräferenziellen und andererseits nach den präferenziellen Ursprungsregeln.

Wir begrüßen die Tatsache, dass die Schweizer Industrie- und Handelskammern die Kompetenz für den nichtpräferenziellen Ursprung auch weiterhin innehaben. Es war ursprünglich die Zollverwaltung, welche den Schweizer Industrie- und Handelskammern die Zuständigkeit, wie grösstenteils weltweit üblich, in diesem Bereich übertragen hat.

Wir sind überzeugt, dass die Industrie- und Handelskammer exportierenden Unternehmen einen hochwertigen und lokalen Service bieten, dabei jedoch auch die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich nicht aus den Augen verlieren. Die sogenannten "nationalen" Ursprungsregeln, die in der Verordnung über die Bescheinigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren (VUB) enthalten sind und als Grundlage für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Industrie- und Handelskammern dienen, sind Nichtpräferenzien Natur. Nach der derzeitigen Auslegung der VUB kann die Schweiz die Umsetzung dieser Regeln in Übereinstimmung mit dem Kyoto-Übereinkommen und dem Übereinkommen über die Ursprungsregeln der Weltorganisation großzügig selbst festlegen. Diese Verordnung wird zurzeit den Entwicklungen der letzten Jahre angepasst, mit dem Ziel eine administrative und finanzielle Entlastung der exportierenden Wirtschaft zu ermöglichen, bei gleichbleibender Qualität des Ursprungsnachweises.

### IV. Verjährungsfristen

Aus Sicht der Wirtschaft wäre es zu begrüßen, die Verjährungsfristen auf 10 Jahre zu vereinheitlichen. Dies ist auch in anderen Bereichen üblich, z.B. MWSTG und OR.

### V. Rechtsschutz

In Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 60 Abs. 1 ist die Frist auf 60 Tage beschränkt. Die Wirtschaft begrüsst hier eine Erhöhung der Frist auf 365 Tage.

Die Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz IHZ begrüsst den Überarbeitungsentwurf und fordert, dass die in den vorhergehenden Absätzen genannten Bemerkungen berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie diesen Zeilen widmen und bitten Sie, Herr Bundesrat, unsere besten Grüße anzunehmen.

Freundliche Grüsse

Adrian Derungs  
Direktor IHZ

Markus Wermelinger  
Leiter Export



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundeshaus  
3003 Bern

Per Mail:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 16. Dezember 2020

05.15/hof

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG): Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand der KKJPD bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der laufenden Vernehmlassung. Mit der vorliegenden Gesetzesrevision soll die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) in das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) umgewandelt und neu organisiert werden. Dazu wird ein neues Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-VG) geschaffen. Zugleich wird das geltende Zollgesetz (ZG) totalrevidiert und zu einem reinen Abgabeerlass reduziert (Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben, ZoG). Die meisten Änderungen betreffen das reine Zollwesen oder sind redaktioneller Natur. Da für das Aufgabengebiet der KKJPD insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton im Sicherheitsbereich von Bedeutung ist, beschränken wir uns auf Rückmeldungen zum neuen BAZG-VG:

**Aufgaben und Kompetenzen des BAZG:**

Polizeiliche Aufgaben stehen in der Kompetenz der Kantone, sofern sie nicht explizit dem Bund zugeordnet sind. Die verfassungsrechtliche Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen ist auch bei der vorliegenden Gesetzesrevision auf jeden Fall zu beachten. Unter diesem Aspekt regen wir insbesondere an, die derzeitige Formulierung von Art. 1 lit. b E-BAZG-VG im Zweckartikel noch einmal zu überprüfen.

Zudem ist auffällig, dass das BAZG im Gesetz wiederholt Kompetenzen «im Rahmen seiner Aufgaben» zugesprochen erhält. Die Regelung der Aufgaben des BAZG ist nach Art. 2 Abs. 2 lit. i. E-BAZG-VG auch Gegenstand des Gesetzes. Eine konkrete Nennung oder Aufzählung der Aufgaben bleibt der Entwurf aber über weite Strecken schuldig. Wir erachten es als unabdingbar, dass die Aufgaben des BAZG im Gesetz präzise umschrieben werden. Dabei ist zu beachten, dass die Strafverfolgung grundsätzlich in den Aufgabenbereich der Polizei und der Staatsanwaltschaft fällt. Sofern

das BAZG solche Aufgaben für die Kantone übernimmt, sollte im Gesetzesentwurf vorgesehen werden, dass die zuständigen kantonalen Strafverfolgungsbehörden umgehend über festgestellte Straftaten informiert werden. Die Kompetenzüberlagerungen sollten klar geregelt werden damit sich die verschiedenen Strafverfolgungsorgane nicht in die Quere kommen und bereits eingeleitete Strafverfahren nicht gefährdet werden.

### **Grenzraum:**

Heute ist es so, dass der Grenzraum nach Art. 3 Abs. 5 des geltenden Zollgesetzes vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) im Einvernehmen mit dem betreffenden Grenzkanton festgelegt wird. Im neuen BAZG-VG ist dagegen vorgesehen, dass das EFD den Grenzraum nach einer Anhörung der Kantone einseitig festlegen kann. Diese neue Regelung lehnen wir entschieden ab. Der Grenzraum auf dem Kantonsgebiet muss auch in Zukunft im Einvernehmen mit dem jeweiligen Kanton festgelegt werden.

### **Zusammenarbeit zwischen BAZG und den Kantonen:**

Im Grundsatz möchten wir festhalten, dass die Zusammenarbeit zwischen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) und den Kantonen im Sicherheitsbereich heute hervorragend funktioniert. Die Zusammenarbeit basiert auf individuellen und auf die jeweiligen Umstände zugeschnittenen Vereinbarungen zwischen den jeweiligen Grenzkantonen und der EZV. Diese individualisierte Zusammenarbeitsform hat sich aus Sicht der Mehrheit der Kantone bewährt und sollte unserer Ansicht unbedingt in der bestehenden Form beibehalten werden. Unseres Wissens bestehen bei dieser Einschätzung keine Differenzen zwischen den Kantonen und der EZV. Eine entsprechende gesetzliche Grundlage wurde in Art. 105 E-BAZG-VG aufgenommen. Dabei beurteilen wir insbesondere die Ausführungen im erläuternden Bericht zu Art. 105 Abs. 2 E-BAZG-VG kritisch. Mit dem neuen Artikel wird offenbar eine «Standardisierung» der Kantonsvereinbarungen angestrebt. Was darunter zu verstehen ist, bleibt offen. Die Tatsache, dass gemäss Anhang zum E-BAZG-VG sämtliche Vereinbarungen spätestens zwei Jahre nach Inkrafttreten der Änderungen aufgehoben werden, erweckt den Eindruck, dass hier das Ziel verfolgt wird, die Vereinbarungen mit den Kantonen grundsätzlich neu auszuhandeln. Die Mehrheit des Vorstandes der KKJPD lehnt insbesondere eine inhaltliche Standardisierung ab, da dies zwangsläufig dazu führen würde, dass man sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner trifft. Damit wäre weder dem BAZG noch den Kanonen gedient.

Die Mehrheit des Vorstandes der KKJPD spricht sich daher für die Beibehaltung der jetzigen Zusammenarbeitsform mittels individueller Kompetenzdelegation der Kantone an die EZV aus. Seitens der EZV wurde der KKJPD sodann immer versichert, dass im Bereich der Sicherheitsaufgaben durch die Gesetzesrevision keine Änderungen vorgesehen sind. Um im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit zwischen dem BAZG und den Kantonen Klarheit und Akzeptanz zu schaffen, regen wir an, diese Feststellung explizit in die Botschaft aufzunehmen. Sofern Ergänzungen der Vereinbarungen namentlich im Bereich der Staatshaftung oder im Bereich des Datenschutzes nötig sind, so sind punktuelle Anpassungen der Vereinbarungen selbstverständlich möglich.

Zudem weisen wir darauf hin, dass eine klare Aufzählung im Gesetz, welche polizeilichen Aufgaben mittels Vereinbarung delegierbar sind, diesbezüglich Klarheit schaffen würde.

### **Datenaustausch:**

In Art. 69 Abs. 1 lit. d E-BAZG-VG wird festgehalten, dass kantonale Polizeibehörden für die Bekämpfung der Kriminalität im Umfang, in dem dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist, Zugriff auf Daten des Informationssystems des BAZG haben, einschliesslich besonders schützenswerte Daten. Wir halten dazu fest, dass die Polizei nicht nur für die Bekämpfung der Kriminalität Zugriff auf die Daten erhalten sollte, sondern auch für die Gefahrenabwehr und die Verhinderung von Straftaten. Eigentliche Kernaufgabe der Polizei ist nämlich die Gefahrenabwehr und die Prävention. Zur Wahrung der inneren Sicherheit ist es daher eminent wichtig, dass die entsprechenden rechtlichen Grundlagen für den Zugriff geschaffen werden.

### **Verdeckte Fahndung und Ermittlung:**

Es ist neu vorgesehen, dass Mitarbeitende des BAZG in virtuellen Räumen unter Verwendung einer «fiktiven Identität» in Kontakt mit Personen treten und insbesondere Scheinkäufe vornehmen können, um Widerhandlungen im Zuständigkeitsbereich des BAZG zu erkennen und aufzudecken (Art. 98 und 99 E-BAZG-VG). Voraussetzung ist weiter, dass die bisherigen Abklärungen erfolglos geblieben sind oder weitere Abklärungen sonst aussichtslos wären oder unverhältnismässig erschwert würden (Art. 99 Abs. 1 E-BAZG-VG). Mit Bezug auf das Mass der zulässigen Einwirkung gilt Art. 293 StPO (Art. 99 Abs. 2 E-BAZG-VG). Bei einer Ausdehnung der Kompetenzen des BAZG in diesem Bereich muss sichergestellt sein, dass die mit diesen verdeckten Massnahmen erhobenen Beweise auch in einem allfälligen Strafverfahren verwendet werden können und nicht als unverwertbar eingestuft werden, weil eine Voraussetzung gemäss StPO nicht erfüllt ist. Dies bedeutet, dass sämtliche vorgesehenen Massnahmen im BAZG-VG mit den Massnahmen der StPO kongruent sein müssen.

Im erläuternden Bericht sollte klargestellt werden, dass mit der «Aufklärung in virtuellen Räumen» Einsätze der verdeckten Fahndung analog zu Art. 298a StPO gemeint sind. Sie grenzen sich somit klar von der verdeckten Ermittlung nach Art. 285a StPO ab, welche eine gerichtliche Genehmigung voraussetzt. Wir sind zudem der Ansicht, dass im Gesetzestext für die Aufklärung in virtuellen Räumen eine vorgängige Anordnung durch das BAZG vorgesehen werden sollte.

Abschliessend bedanken wir uns noch einmal für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse



Fredy Fässler  
Präsident



KONFERENZ DER KANTONALEN **POLIZEIKOMMANDANTEN**

**Generalsekretär**

Schweizerische Eidgenossenschaft  
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Per Email an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 16. Dezember 2020


**Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme in titelerwähntem Vernehmlassungsverfahren. Gerne kann ich Ihnen Namens der KKP KS mitteilen, dass sie von dieser Möglichkeit insofern Gebrauch macht, als sich die KKP KS der Stellungnahme der KKJPD anschliesst. Die KKP KS konnte Ihre Ansichten zu den Vernehmlassungsentwürfen bei der KKJPD einbringen, entsprechend bildet die Stellungnahme der KKJPD die gemeinsamen Standpunkte ab und auf eine separate Stellungnahme wird verzichtet.

Freundliche Grüsse

Generalsekretariat



Daniel Bohne, Generalsekretär

**Kopie:** Generalsekretariat KKJPD (per Mail)





Per E-Mail an [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 31. Dezember 2020

**Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dem Schreiben vom 11.9.2020 wurde das Vernehmlassungsverfahren zu den Vernehmlassungsunterlagen für die oben erwähnte Gesetzesrevision eröffnet. In dieser Vernehmlassungsvorlage sind Änderungen des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) vom 12. Juni 2009<sup>1</sup> vorgesehen.

Das MWST Konsultativgremium<sup>2</sup> ist eine ausserparlamentarische Kommission nach Art. 57a RVOG.<sup>3</sup> Dem KG obliegt die Aufgabe, Anpassungen des Mehrwertsteuergesetzes sowie der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen und Praxisfestlegungen bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft zu beraten. Das KG nimmt Stellung zu den Entwürfen und kann selbständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.<sup>4</sup> In Erfüllung der ihm vom MWSTG übertragenen Aufgabe nimmt das KG daher auch zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung und gibt dazu Empfehlungen ab.

**Vorbemerkungen**

- 1 Die Vorarbeiten für die vorliegende Vernehmlassung wurden von einer Arbeitsgruppe des KGs ausgearbeitet. Diese Arbeiten mündeten in den Rohentwurf der Vernehmlassung, der an der Plenarsitzung des KGs vom 16. Dezember 2020 von den Mitgliedern des KGs ausführlich besprochen und die nachfolgenden Empfehlungen beschlossen wurden. Gestützt auf diese Beratung wurde die Vernehmlassung fertiggestellt.
- 2 Soweit nichts anderes vermerkt wird, hat das KG seine Empfehlungen einstimmig beschlossen.
- 3 Der Aufbau der Vernehmlassung folgt den von der Revision betroffenen Artikeln des MWSTG. Im Rahmen der Stellungnahme zu den jeweiligen Artikeln wird, wenn

---

<sup>1</sup> SR 641.20.

<sup>2</sup> Im Folgenden KG abgekürzt.

<sup>3</sup> Regierungs- und Organisationsgesetz vom 21. März 1997, SR 172.010; Art. 157 Mehrwertsteuerverordnung (MWSTV) vom 27. November 2009, SR 641.201.

<sup>4</sup> Art. 109 Abs. 2 und 3 Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) vom 12. Juni 2009, SR 641.20.



- erforderlich, auch zu den relevanten Artikeln der Vorentwürfe des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-VG) und Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG) Stellung genommen.
- 4 Das KG äussert sich jeweils grundsätzlich zu den einzelnen Anpassungen und kommentiert die vorgeschlagenen Gesetzesformulierungen. Anschliessend finden sich jeweils die Empfehlungen des KG.
- 5 Wenn in dieser Vernehmlassung die männliche Form eines Begriffes verwendet wird, schliesst diese Form jeweils auch die weiblichen und anderen Formen mit ein.
- 6 Nahezu parallel zur vorliegenden Vernehmlassung wurde die Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (Weiterentwicklung der Mehrwertsteuer in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft)<sup>5</sup> durchgeführt. Diese Vernehmlassung und die vorliegende Vernehmlassung hängen eng zusammen. Sie betreffen beide Bestimmungen desselben Gesetzes, die zwingend aufeinander abgestimmt werden müssen. Das KG wird daher eine Kopie der vorliegenden Vernehmlassung dem Eidgenössischen Finanzdepartement EFD, Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV, Hauptabteilung Steuerpolitik STP, Abteilung Steuergesetzgebung SGG, Schwarztorstrasse 50, 3003 Bern, zukommen lassen. Zudem wird eine Kopie der Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes dieser Vernehmlassung beigelegt.
- 7 Das KG ist neben der Auseinandersetzung mit den beiden Gesetzesvorlagen im Rahmen der Vernehmlassungen gerne bereit, wenn die beiden Vorlagen im weiteren Gesetzgebungsprozess konkretisiert wurden, sich auch damit eingehend zu befassen und aus dogmatischer Sicht erforderliche Ergänzungen oder Anpassungen einzubringen.

### Grundsätzliche Feststellungen

- 8 Das KG hat im Rahmen der kürzlich abgeschlossenen Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes eine Vernehmlassung eingereicht. In dieser Vernehmlassung hat das KG Empfehlungen abgegeben, bspw. die Ausweitung der Anwendung des Verlagerungsverfahrens, welche auch auf das vorliegende Vernehmlassungsverfahren Einfluss haben. Das KG wird daher solche Empfehlungen in diese Vernehmlassung einfließen lassen.
- 9 Die beiden Vernehmlassungsvorlagen belegen, dass die in den beiden Vorlagen vorgeschlagenen Änderungen des Mehrwertsteuergesetzes nicht aufeinander abgestimmt wurden, obwohl in der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes vorgeschlagene Änderungen auch bei der Revision der Zollgesetzgebung, insbesondere der Regelungen zur Einfuhrsteuer mitzuberocksichtigen wären. Das KG moniert diese fehlende Abstimmung und erachtet sie für nicht zielführend und fehleranfällig sowie für die Vernehmlassungsteilnehmer nur mit einem unzumutbaren Aufwand nachvollziehbar. Es empfiehlt daher eindringlich zumindest bei der Ausarbeitung der Botschaften und der Entwürfe der beiden Gesetzesrevisionen eine Abstimmung der Bestimmung zur Einfuhrsteuer und deren Nachvollzug bei der Inlandsteuer vorzunehmen. Dies drängt sich insbesondere im Zusammenhang mit dem in der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes vorgesehenen Einbezug der elektronischen Plattformen in die Lieferkette auf, ist aber auch erforderlich, damit für die bereits geltende Versandhandelsregelung<sup>6</sup> massgebende Grundlagen nicht nur auf der Verwaltungspraxis der Eidgenössischen Zollverwaltung<sup>7</sup> fassen. Sollte die Ausweitung der Bezugsteuer auf alle Leistungen an im

<sup>5</sup> Im Folgenden Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes abgekürzt.

<sup>6</sup> Art. 7 Abs. 3 Bst. b MWSTG.

<sup>7</sup> Im Folgenden EZV abgekürzt.



- Inland steuerpflichtige Personen, welche das KG ablehnt, eingeführt werden, würde dies auch einen weitergehenden Nachvollzug bei der Einfuhrsteuer bedingen.
- 10 Die Einfuhrsteuer ist eine der drei Erhebungsformen der Mehrwertsteuer. Bei ihrer Erhebung müssen die steuerpflichtigen Personen daher weitestgehend gleichbehandelt werden. Ungleichbehandlungen sind nur zu rechtfertigen, wo sie nicht vermieden werden können. Mit den in der Revision der Zollgesetzgebung vorgesehenen Anpassungen der Bestimmungen der Mehrwertsteuer und insbesondere der geplanten Anwendung von Bestimmungen des BAZG-VG, bspw. Gebührenerhebung für Kontrollen, welche zu einer Nachforderung führen<sup>8</sup> oder Art. 103 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG, werden bei der Einfuhrsteuer steuerpflichtige Personen gegenüber solchen, welche die Inland- oder Bezugsteuer abzurechnen haben, ohne sachlichen Grund schlechter gestellt. Das KG lehnt solche Ungleichbehandlungen mit aller Entschiedenheit ab.
- 11 Mit der vorliegenden Revisionsvorlage sollen auch Bestimmungen des MWSTG geändert werden, welche nicht nur die Einfuhr-, sondern auch die Inland- und Bezugsteuer betreffen. Als Beispiel kann auf Art. 105 Abs. 2 und 3 Vorentwurf MWSTG verwiesen werden. Dieses Vorgehen ist abzulehnen, da es den Anschein von Unredlichkeit des Gesetzgebers erwecken kann, indem Gesetzesänderungen, welche auf Kritik stossen könnten, über eine andere Gesetzesrevision, welche weniger im Fokus der Hauptbetroffenen, vorliegend der bei der Inland- und Bezugsteuer steuerpflichtigen Personen, stehen, durch die Hintertüre eingeführt werden.

## **Zu den einzelnen Änderungen**

### **1. Art. 3 Bst. a Vorentwurf MWSTG<sup>9</sup>**

#### **1.a. Beurteilung KG**

- 12 In Art. 3 Bst. a Vorentwurf MWSTG wird auf Art. 6 Bst. b BAZG-VG verwiesen, in dem die Zollanschlussgebiete erwähnt sind. Sie basieren auf völkerrechtlichen Verträgen und Völkergewohnheitsrecht. Aus dem Erläuternden Bericht<sup>10</sup> ergeben sich keine Anhaltspunkte, dass sich bezüglich der gemäss Völkergewohnheitsrecht zum Zollgebiet gehörenden Gebiete gegenüber dem geltenden Recht etwas ändert. Die völkerrechtlichen Verträge gehen dem Landesrecht jeweils vor. Es sind aber ebenfalls keine diesbezüglichen Änderungen erwähnt. Es tritt daher gegenüber dem geltenden Recht keine Änderung ein.

#### **1.b. Empfehlung KG**

- 13 Keine Empfehlung des KG.

### **2. Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 Vorentwurf MWSTG**

#### **2.a. Beurteilung KG**

- 14 Die Verweise auf die Bst. c, d, f und g BAZG-VG sind korrekt. Die übrigen in Art. 11 Abs. 1 BAZG-VG genannten Warenbestimmungen betreffen die Einfuhr in den freien Verkehr (Bst. a), somit das Steuerobjekt der Einfuhrsteuer, welches nicht unter die Steuerbefreiung fällt. Die Warenbestimmung in Bst. b bewirkt eine Steuerbefreiung, welche in Ziffer 1 von Art. 23 Abs. 2 MWSTG geregelt ist. Die passive Veredelung, welche in Bst. e genannt ist, findet nicht im Inland statt. Das Verbringen in ein

<sup>8</sup> Art. 140 Abs. 1 BAZG-VG.

<sup>9</sup> Ziffer 30 Mehrwertsteuergesetz vom 12. Juni 2009 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit.

<sup>10</sup> Vom 11. September 2020, S. 17, Art. 6.



- Steuerlager (Bst. h) betrifft gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>11</sup> ganz oder teilweise un-  
versteuerte Waren bei der Alkoholsteuer, Tabaksteuer oder Mineralölsteuer, somit die  
Inlandabgaben und nicht die Mehrwertsteuer.
- 15 Art. 11 Abs. 2 BAZG-VG sieht vor, dass der Bundesrat weitere Warenbestimmungen  
vorsehen kann. Gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>12</sup> soll damit Spielraum für wirtschaft-  
liche Innovationen gelassen werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Schaffung  
neuer Warenbestimmungen, wie der Erläuternde Bericht<sup>13</sup> zutreffend festhält, welche  
eine Entstehung der Abgabeschuld zur Folge haben, eine gesetzliche Grundlage im  
formellen Sinne erfordert. Eine Verordnungsbestimmung genügt nach Art. 127 Abs. 1  
BV nicht.
- 16 Falls eine neue Warenbestimmung unter Berücksichtigung von Art. 127 Abs. 1 BV trotz-  
dem zulässigerweise auf Verordnungsstufe geschaffen würde, wäre gleichzeitig für die  
Schaffung einer Steuerbefreiung bei der Mehrwertsteuer durch den Bundesrat auf Ver-  
ordnungsstufe diese Delegation in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 MWSTG vorzusehen.
- 17 Die Formulierung «für die die Abgabeschuld nach Art. 20 Abs. 2 BAZG-VG dahingefal-  
len ist» zeigt exemplarisch eine Problematik der neuen Gesetzeslogik auf: die Mehr-  
wertsteuer wird auch aufgrund des BAZG-VG erhoben, allerdings nur in der Erhe-  
bungsform der Einfuhrsteuer. Wenn hier im Rahmen der Einfuhrsteuer von Abgabe-  
schuld gesprochen wird, braucht dies ein erhebliches Vorverständnis des Lesers, um  
festzustellen, dass hier nicht die Abgabeschuld der Inlandsteuer gemeint ist. Auf der  
Grundlage eines grammatikalischen Verständnisses dieser Bestimmung wäre nämlich  
davon auszugehen, dass eine Mehrwertsteuerforderung entsteht, welche nachträglich  
dahinfällt. Dies würde bedeuten, dass die Mehrwertsteuer in einem ersten Schritt ab-  
zurechnen ist, weil eine bedingte Mehrwertsteuerforderung entstanden ist, und erst bei  
Wegfall dieser bedingten Mehrwertsteuerforderung die Steuerbefreiung greift und somit  
in einem zweiten Schritt die abgerechnete Mehrwertsteuer zu korrigieren ist. Dies  
würde sowohl für die ESTV als auch bei den steuerpflichtigen Personen unnötigen ad-  
ministrativen Aufwand verursachen.
- 18 Sachgerecht ist es, die Mehrwertsteuerforderung erst in dem Zeitpunkt entstehen zu  
lassen, in dem belegt ist, dass die Bedingungen der Bewilligung, welche in Art. 11 Abs.  
3 BAZG-VG vorgesehen ist, nicht eingehalten sind, oder die Gegenstände für die Wa-  
renbestimmung der Einfuhr in den freien Verkehr angemeldet werden.
- 19 Abgesehen davon ist es für das KG unklar, wie in den Fällen verfahren wird, in denen  
im geltenden Recht eine formlose Anmeldung greift.<sup>14</sup> Das KG hat Mühe sich vorzustel-  
len, dass die vorübergehende Verwendung von ordnungsgemäss zugelassenen Beför-  
derungsmitteln im Inland künftig einer Bewilligung bedarf.<sup>15</sup>
- 20 Deshalb muss die formlose Anmeldung nach Ansicht des KG in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3  
Vorentwurf MWSTG zusätzlich als Steuerbefreiungstatbestand vorgesehen werden.

## 2.b. Zum Wortlaut von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 Vorentwurf MWSTG

- 21 Es wird die nachfolgende Formulierung von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 vorgeschlagen:  
Von der Steuer sind befreit:  
«die Lieferung von Gegenständen, die sich nachweislich wegen Zuführung zu einer  
Warenbestimmung nach Artikel 11 Absatz 1 Buchstaben c, d, f und g BAZG-VG im  
Inland befanden, sofern die in der Bewilligung gemäss Art. 11 Absatz 3 BAZG-VG ge-  
nannten Bedingungen eingehalten sind, und die Gegenstände nicht in die Warenbe-  
stimmung der Einfuhr in den freien Verkehr (Art. 11 Absatz 1 Buchstabe a BAZG-VG)

<sup>11</sup> S. 25.

<sup>12</sup> S. 25.

<sup>13</sup> S. 25.

<sup>14</sup> Dass es eine solche weiterhin geben wird, belegt Art. 19 Abs. 2 Bst. b BAZG-VG.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Ausführungen unter Ziffer 4.



angemeldet werden. Wenn gestützt auf völkerrechtliche Verträge oder andere Rechtsgrundlagen keine Bewilligung der Warenbestimmung angeordnet werden kann, ist für den Nachweis der Einhaltung der Anforderungen der Warenbestimmung, während des Zeitraumes, in dem sich die Gegenstände im Inland befanden, Art. 81 Absatz 3 anwendbar.»

2.c. Empfehlung KG

- 22 Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 Vorentwurf MWSTG sei so zu formulieren, dass die Befreiung von der Mehrwertsteuer greift und eine Mehrwertsteuerforderung erst entsteht, wenn die in der Bewilligung gemäss Art. 11 Abs. 3 BAZG-VG genannten Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Das KG empfiehlt den vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.

**3. Art. 23 Abs. 2 Bst. 3<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG**

3.a. Beurteilung KG

- 23 Keine Bemerkungen.

3.b. Empfehlung KG

- 24 Keine Empfehlung.

**4. Art. 23 Abs. 2 Bst. 3<sup>ter</sup> Vorentwurf MWSTG**

4.a. Beurteilung KG

- 25 Zu dieser neu vorgeschlagenen Bestimmung findet sich im Erläuternden Bericht keine Erklärung.<sup>16</sup> Es ist daher für das KG nicht nachvollziehbar, welche Überlegungen zu diesem Vorschlag für eine gesetzliche Bestimmung geführt haben.
- 26 Es dürfte unbestritten sein, dass völkerrechtliche Bestimmungen dem Landesrecht vorgehen.
- 27 Es gibt gestützt auf völkerrechtliche Verträge, bspw. das Istanbul Übereinkommen,<sup>17</sup> auch eine formlose Anmeldung von Gegenständen. Als Beispiel können Beförderungsmittel, welche ordnungsgemäss zum Verkehr zugelassen sind, genannt werden. Wenn solche während der Dauer der vorübergehenden Verwendung im Inland an eine Person mit Wohnsitz im Ausland verkauft werden, somit eine Lieferung erfolgt, ist gestützt auf die Verwaltungspraxis der EZV keine – neue – Zollanmeldung erforderlich.<sup>18</sup> Es entgehen keine Abgaben. Die Formlosigkeit des Verfahrens gilt weiterhin. Es ist aber unklar, ob in solchen Fällen die Steuerbefreiung nach Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3<sup>ter</sup> Vorentwurf MWSTG, die von einem ordnungsgemässen Abschluss des Verfahrens spricht, greifen würde.

4.b. Zum Wortlaut von Art. 23 Abs. 2 Bst. 3<sup>ter</sup> Vorentwurf MWSTG

- 28 Keine Bemerkungen.

4.c. Empfehlungen KG

- 29 Das KG empfiehlt die Streichung von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3<sup>ter</sup> Vorentwurf MWSTG und die Regelung der Warenbestimmungen ohne Bewilligungserfordernis in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 3 MWSTG aufzunehmen.

---

<sup>16</sup> S. 133 f.

<sup>17</sup> Übereinkommen über die vorübergehende Verwendung, abgeschlossen in Istanbul am 26. Juni 1990, von der Bundesversammlung genehmigt am 21. September 1994, SR 0.631.24.

<sup>18</sup> Richtlinie 10-60 Verfahren der vorübergehenden Verwendung, S. 64, Ziff. 5.2.



- 30 Wenn Art. 23 Abs. 2 Bst. 3<sup>ter</sup> Vorentwurf MWSTG beibehalten werden soll, ist in dieser Bestimmung aufzuführen, welche völkerrechtlichen Verträge darunterfallen, und wie formlose Verfahren zu handhaben sind.

## 5. Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 Vorentwurf MWSTG

### 5.a. Beurteilung KG

- 31 Im geltenden Recht wird in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 MWSTG für den Fall der Entstehung einer Steuerschuld auf Art. 56 MWSTG verwiesen. Der Vorentwurf MWSTG sieht Art. 56, in dem die Entstehung der Einfuhrsteuerschuld geregelt ist, weiterhin vor. Es ist daher weiterhin in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 auf Art. 56 zu verweisen und zwar auf Abs. 1. Das BAZG-VG geht dem MWSTG einzig vor, wenn das MWSTG keine Spezialregelungen aufweist. Diese Reihenfolge der gesetzlichen Grundlagen ist offenzulegen, was in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 mit dem Verweis auf Art. 56 Abs. 1, der dann wiederum auf Art. 19 BAZG-VG, korrekterweise sollte dies Art. 19 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG sein, verweist, gewährleistet wird.
- 32 In den Fällen, in denen eine steuerbefreite Einfuhr erfolgt und keine Einfuhrsteuerforderung entsteht, greift die Steuerbefreiung gemäss Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 MWSTG. Dies wird im geltenden Recht durch den Verweis auf Art. 69 ZG<sup>19</sup> erreicht. Es ist daher zutreffend, wenn neu auf Art. 19 BAZG-VG verwiesen wird. Der Verweis auf alle Regelungen von Art. 19 BAZG-VG ist aber unzutreffend. Es gibt bei der Mehrwertsteuer zwar die Inlandsteuer, diese untersteht aber nicht der Zollgesetzgebung. Der Miteinbezug des Verweises auf Art. 19 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG ist daher nicht richtig.
- 33 Der bisherige Art. 69 ZG setzt die Vorgaben von Art. 127 Abs. 1 BV korrekt um. Die Entstehung der Abgabeforderung ist in einem Gesetz im formellen Sinne zu regeln. Eine Verordnungsbestimmung genügt nicht. Die Delegation der Regelung des Entstehungszeitpunktes der Abgabeschuld bei unterlassener Warenanmeldung und bei formlos eingeführten, aber nicht ordnungsgemäss aus dem Zollgebiet verbrachter Waren, an den Bundesrat, wie dies Art. 19 Abs. 2 BAZG-VG vorsieht, widerspricht daher Verfassungsrecht.
- 34 Das KG lehnt konsequent ab, dass auf Gesetzesstufe Bestimmungen geschaffen werden, welche klar gegen Verfassungsrecht verstossen, nur, weil das Bundesgericht die Verfassungsmässigkeit von Bundesgesetzen nicht überprüfen kann. Dies widerspricht grundlegenden Prinzipien und Überzeugungen der Schweizer Rechtsordnung.

### 5.b. Zum Wortlaut von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 Vorentwurf MWSTG

- 35 Das KG empfiehlt den folgenden Wortlaut von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 5 Vorentwurf MWSTG:  
Von der Steuer sind befreit:  
«das mit der Einfuhr von Gegenständen im Zusammenhang stehende Befördern oder Versenden von Gegenständen und alle damit zusammenhängenden Leistungen bis zum Bestimmungsort, an den die Gegenstände im Zeitpunkt der Entstehung der Abgabeschuld nach *Artikel 56 Abs. 1* zu befördern *oder versenden* sind; entsteht keine Steuerschuld, so gilt für den massgebenden Zeitpunkt *Artikel 19 Abs. 1 Bst. a und Abs. 2* BAZG-VG sinngemäss.»

### 5.c. Empfehlungen KG

- 36 Das KG empfiehlt die vom KG vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.
- 37 Das KG empfiehlt die in Art. 19 Abs. 2 BAZG-VG aufgeführten Fälle auf Gesetzesstufe ausdrücklich zu regeln und auf die Delegation an den Bundesrat zu verzichten.

<sup>19</sup> Zollgesetz (ZG) vom 18. März 2005, SR 631.0.



## 6. Art. 23 Abs. 2 Ziffer 6 Vorentwurf MWSTG

### 6.a. Beurteilung KG

38 Keine Bemerkungen.

### 6.b. Empfehlung KG

39 Keine Empfehlung.

## 7. Art. 23 Abs. 2 Ziffer 7 Bst. b Vorentwurf MWSTG

### 7.a. Beurteilung KG

40 Im vorgeschlagenen Gesetzestext wird auf die Warenbestimmungen nach Art. 11 Abs. 1 Bst. c – g verwiesen. Damit wird auch die vorübergehende Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (passive Veredelung) darunter subsumiert. Die passive Veredelung erfolgt aber im Ausland. Es fehlt somit an der Inlandleistung, weshalb eine Steuerbefreiung nicht möglich ist.

41 Der Hinweis, dass sich die Gegenstände im Inland befinden, kann gestrichen werden. Befinden sich die Gegenstände nicht im Inland, fehlt es bereits an der Steuerhoheit der Schweiz bzw. des Fürstentums Liechtensteins.

### 7.b. Zum Wortlaut von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 7 Bst. b Vorentwurf MWSTG

42 Das KG schlägt die nachfolgende Formulierung von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 7 Bst. b vor:  
Von der Steuer sind befreit:

«b. die im Zusammenhang mit Gegenständen erbracht werden, die einer bewilligten Warenbestimmung nach Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe c-d oder f-g BAZG-VG zugeführt worden sind;»

### 7.c. Empfehlung KG

43 Die vom KG vorgeschlagene Formulierung von Art. 23 Abs. 2 Ziffer 7 Bst. b ist zu übernehmen.

## 8. Art. 23 Abs. 2 Ziffer 11 Vorentwurf MWSTG

### 8.a. Beurteilung KG

44 Diese Bestimmung regelt die Steuerbefreiung der im Inland durch Zollfreiläden an die bezeichneten Reisenden ausgeführten Lieferungen von Gegenständen.

45 Mit dem Verweis auf Art. 6 Abs. 1 ZoG<sup>20</sup> wird auf die Delegationsnorm gestützt auf die der Bundesrat ermächtigt wird, Waren ganz oder teilweise zollfrei zu erklären, verwiesen. Es wäre wünschbar, wenn die ganz oder teilweise befreiten Gegenstände (zollrechtlich als Waren bezeichnet) in Art. 6 Abs. 1 ZoG aufgelistet würden, wie dies der Erläuternde Bericht festhält.<sup>21</sup>

### 8.b. Empfehlung KG

46 In Art. 6 Abs. 1 ZoG, auf den Art. 23 Abs. 2 Ziffer 11 verweist, sind die ganz oder teilweise befreiten Gegenstände zu nennen oder diese sind direkt in Art. 23 Abs. 2 Ziffer 11 aufzuführen.

<sup>20</sup> Vorentwurf Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG).

<sup>21</sup> S. 134 zu Art. 23 Abs. 2 Ziff. 11.



## 9. Art. 23 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG

### 9.a. Beurteilung KG

47 Keine Bemerkungen.

### 9.b. Empfehlung KG

48 Keine Empfehlung.

## 10. Art. 50 Vorentwurf MWSTG

### 10.a. Beurteilung KG

49 Mit dem vorgeschlagenen Verweis auf das BAZG-VG und das ZoG erfolgt eine Einschränkung des Verweises gegenüber dem geltenden Recht, welches auf die Zollgesetzgebung verweist. Damit wird im geltenden MWSTG auch auf das Verordnungsrecht hingewiesen.

50 Der Vorentwurf BAZG-VG versteht sich als Rahmengesetz und delegiert in verschiedenen Bestimmungen die konkrete Ausgestaltung an den Bundesrat, somit an den Verordnungsgeber. Wie bereits gezeigt worden ist,<sup>22</sup> auch in Fällen, in denen gestützt auf Art. 127 Abs. 1 BV eine gesetzliche Grundlage im formellen Sinne erforderlich ist.

51 Es wurden einzig die Vorentwürfe BAZG-VG und ZoG in die Vernehmlassung gegeben. Die Vorentwürfe der Verordnungen fehlen. Ohne Kenntnis der zugehörigen Verordnungsbestimmungen ist es bei verschiedenen Regelungen jedoch nicht möglich deren Tragweite zutreffend zu beurteilen.

52 Durch die weitgehende Delegation auf Verordnungsstufe wird in wesentlichen Bereichen die Gesetzgebung dem parlamentarischen Gesetzgebungsprozess und damit einer breiten Mitwirkung und Einflussnahme der betroffenen Kreise entzogen. Dem Bundesrat und der Verwaltung werden damit in einem für die steuerpflichtigen Personen und die Wirtschaft wesentlichen Bereich zu grosse Kompetenzen eingeräumt.

53 Gemäss Art. 3 Abs. 1 Bst. d VIG<sup>23</sup> ist bei Verordnungen und anderen Vorhaben einzig ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen, wenn sie von grosser politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite sind, während bei Gesetzesvorlagen<sup>24</sup> immer eine Vernehmlassung durchzuführen ist. Der Wortlaut von Art. 3 Abs. 1 Bst. d VIG legt offen, dass dem Bundesrat bzw. der Verwaltung bei Verordnungen ein grosser Ermessensspielraum eingeräumt ist, ob eine Vernehmlassung durchgeführt wird. Es besteht daher bei den im BAZG-VG vorgesehenen weitgehenden Delegationen an den Bundesrat die Gefahr, dass es den an den entsprechenden Verordnungen Interessierten vor dem Erlass der Verordnungen nicht möglich sein wird, Stellung zu nehmen.

Dies ist gerade hinsichtlich von Verordnungen, welche auf die Erhebung der Mehrwertsteuer Einfluss haben, abzulehnen. In der Umsetzung des MWSTG zeigt sich immer wieder, dass die Verordnungsbestimmungen und die Verwaltungspraxis von grosser Bedeutung sind. Die Erfahrung zeigt auch, dass in Vernehmlassungsverfahren immer wieder auch aufgezeigt wird, welche der vorgeschlagenen Regelungen Brüche im System verursachen, wenn sie in den in Kraft tretenden Bestimmungen nicht geändert werden.

54 Das es auch zweckmässig ist, die Entwürfe der Verwaltungspraxis zu publizieren und den betroffenen Kreisen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, belegen die

---

<sup>22</sup> Ziff. 5.a. Rz 33.

<sup>23</sup> Bundesgesetz über das Vernehmlassungsverfahren (Vernehmlassungsgesetz, VIG) vom 18. März 2005, SR 172.061.

<sup>24</sup> Art. 3 Abs. 1 Bst. b VIG.





Erfahrungen, welche hinsichtlich der Verwaltungspraxis zur Inland- und Bezugsteuer gemacht werden.<sup>25</sup>

10.b. Zum Wortlaut von Art. 50 Vorentwurf MWSTG

- 55 Das KG schlägt folgenden Wortlaut von Art. 50 Vorentwurf MWSTG vor:  
«Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen ist die *Zollgesetzgebung* anwendbar, soweit das vorliegende Gesetz nicht abweichende Bestimmungen enthält.»

10.c. Empfehlung KG

- 56 Das KG empfiehlt den vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 50 Vorentwurf MWSTG zu übernehmen. Unabhängig davon empfiehlt es darüber hinaus von zu weitgehenden Delegationen an den Bundesrat und die Verwaltung, zumindest in den Bestimmungen, welche die Mehrwertsteuer betreffen, Abstand zu nehmen.

**11. Art. 51 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG**

11.a. Beurteilung KG

- 57 Der Verweis auf Art. 21 BAZG-VG als Ganzes ist zu weitgehend. Der Abgabeschuldner wird in Art. 21 Abs. 1 BAZG-VG umschrieben. Die Abs. 2 und 3 regeln die Haftung und nicht die Abgabepflicht.
- 58 Die Datenverantwortliche nimmt gemäss Art. 7 Bst. f BAZG-VG die Warenanmeldung für den Warenverantwortlichen vor. Sie handelt daher im Namen und auf Rechnung des Warenverantwortlichen. Damit wird sie aber nicht zum Warenverantwortlichen und es erschliesst sich nicht, weshalb sie abgabepflichtig sein soll.<sup>26</sup> Hingegen – und das ist eine andere rechtliche Ebene – kann der Gesetzgeber anordnen, dass sie für die Abgaben solidarisch mithaftet.
- 59 Dasselbe gilt für den Transportverantwortlichen, der für den Transport verantwortlich ist und in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist.<sup>27</sup> Aus seiner Rolle ergibt sich wiederum nicht, weshalb er abgabepflichtig sein soll.<sup>28</sup>
- 60 Der Warenverantwortliche, der im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person ist, welche die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt, auf deren Rechnung die Waren ein-, aus- oder durchgeführt wird oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird,<sup>29</sup> ist die einzige Person, welche richtigerweise der Abgabepflicht und damit der Einfuhrsteuerpflicht unterliegt.
- 61 Steuerpflichtig für die Einfuhrsteuer darf somit nur der Warenverantwortliche sein. Die Daten- und der Transportverantwortliche sind einzig haftbar für die Einfuhrsteuer. Sie sind daher nicht steuerpflichtige Personen für die Einfuhrsteuer. In Art. 51 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG ist daher der Wortlaut entsprechend anzupassen.
- 62 Diese Definition der einfuhrsteuerpflichtigen Person weicht von der geltenden Rechtslage ab. Da die Bestimmung der einfuhrsteuerpflichtigen Person geändert werden soll, ist die Gelegenheit zu nutzen, gleichzeitig die Umschreibung der einfuhrsteuerpflichtigen Person so anzupassen, dass die Einfuhrsteuerpflicht sachgerecht und nicht ungerechtfertigt weit geregelt wird.

<sup>25</sup> Bereits die Entwürfe der Verwaltungspraxis müssen gestützt auf Art. 162 Abs. 1 MWSTV i.V.m. Art. 65 Abs. 3 MWSTG veröffentlicht werden. Grundsätzlich würde dies auch für die Verwaltungspraxis zur Einfuhrsteuer gelten.

<sup>26</sup> Art. 21 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG.

<sup>27</sup> Art. 7 Bst. g BAZG-VG.

<sup>28</sup> Art. 21 Abs. 1 Bst. c BAZG-VG.

<sup>29</sup> Art. 7 Bst. e Ziff. 1 BAZG-VG.



11.b. Zum Wortlaut von Art. 51 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG

63 Das KG schlägt folgende Formulierung vor:

«*Steuerpflichtig ist der Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1 BAZG-VG.*»

11.c. Empfehlung KG

64 Das KG empfiehlt den in Ziffer 11.b. vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 51 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG zu übernehmen.

**12. Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

12.a. Beurteilung KG

65 Wenn den zu Art. 62 Vorentwurf MWSTG abgegebenen Empfehlungen des KG<sup>30</sup> gefolgt wird und für die im MWST-Register eingetragenen steuerpflichtigen Personen die Einfuhrsteuer mittels des Verlagerungsverfahrens von der ESTV erhoben wird, entfällt die erste (Bst. a) der drei in Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG genannten Voraussetzungen.

66 In Art. 51 Abs. 2 Bst. b Vorentwurf MWSTG, wie auch Bst. a und c, wird der Importeur erwähnt. Der Begriff des Importeurs ist weder im MWSTG noch im BAZG-VG definiert. Die Definition in Art. 6 der Verordnung vom 12. Oktober 2011 über die Statistik des Aussenhandels<sup>31</sup> greift für die Mehrwertsteuer zu kurz. Es wird daher bisher die Definition des Importeurs aus der Verwaltungspraxis der EZV herangezogen. Aufgrund dieser Ausgangslage spricht sich das KG dafür aus, den Begriff Importeur im MWSTG zu streichen und künftig auf den Warenverantwortlichen abzustellen. Der Begriff Importeur ist somit durch den Warenverantwortlichen im MWSTG zu ersetzen.

67 Im Falle des Einbezuges der elektronischen Plattformen in die Lieferkette ist zu prüfen, ob die Definition des Warenverantwortlichen diesen Sachverhalt abdeckt. Sollte dem nicht so sein, muss die Definition entsprechend angepasst werden.

68 Zu Bst. c von Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG ist zu bemerken, dass der Datenverantwortlichen ein Auftrag zur direkten Stellvertretung erteilt worden sein muss. Es ist unklar, ob damit die direkte Stellvertretung gemäss Art. 20 Abs. 2 Bst. a MWSTG gemeint ist. Dies ist klarzustellen.

69 Abschliessend ist noch darauf hinzuweisen, dass in Art. 51 Abs. 2 erster Satz Vorentwurf MWSTG das Wort «nach» vor Artikel 21 Absatz 2 BAZG-VG zu streichen ist.

12.b. Wortlaut von Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG

70 Das KG schlägt folgende Formulierung von Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG vor:

«In Abweichung von Artikel 21 Abs. 2 BAZG-VG haftet die Datenverantwortliche (Art. 7 Bst. f BAZG-VG) nicht solidarisch, wenn:

a das BAZG-VG die Einfuhrsteuer direkt beim *Warenverantwortlichen* eingefordert hat; und

b *der Warenverantwortliche* der Datenverantwortlichen einen Auftrag zur direkten Stellvertretung (Art. 20 Abs. 2 Bst. a) erteilt hat.

12.c. Empfehlung KG

71 Das KG empfiehlt die in Ziffer 12.b. vorgeschlagene Formulierung von Art. 51 Abs. 2 zu übernehmen.

<sup>30</sup> Vgl. Ziffer 42.d. i.V.m. Ziffer 42.b. und 42.c. sowie Ziffer 44.c.

<sup>31</sup> SR 632.14.



### 13. Art. 51 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG

13.a. Beurteilung KG

72 Keine Bemerkungen.

13.b. Empfehlung KG

73 Keine Empfehlung.

### 14. Art. 52 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG

14.a. Beurteilung KG

74 Keine Bemerkungen.

14.b. Empfehlung KG

75 Keine Empfehlung.

### 15. Art. 53 Abs. 1 Bst. d Vorentwurf MWSTG

15.a. Beurteilung KG

76 Keine Bemerkungen.

15.b. Empfehlung KG

77 Keine Empfehlung.

### 16. Art. 53 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG

16.a. Beurteilung KG

78 Art. 11 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG verwendet den Begriff «zugeführt». Es ist daher nicht nachvollziehbar, weshalb in Art. 53 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG eine Veranlagung verlangt wird. Damit werden zusätzliche formelle Anforderungen geschaffen, was das KG ablehnt. Der Wortlaut der Bestimmung ist entsprechend anzupassen.

79 Art. 53 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG regelt die inländischen Rückwaren, was in Art. 53 Abs. 1 Bst. f erwähnt werden sollte. Dies kann mit dem Verweis auf Art. 4 Abs. 1 Bst. c ZoG erfolgen.

80 Aus Art. 4 Abs. 1 Bst. c ZoG ergibt sich auch, dass nicht ausschliesslich Waren, welche unverändert sind, als Rückwaren gelten, sondern auch solche, welche wegen eines bei ihrer Verarbeitung festgestellten Mangels verändert wieder eingeführt werden. Die Verwaltungspraxis der EZV hat diese für die Zollabgaben geltende Regelung auch auf die Steuerbefreiung bei der Einfuhrsteuer angewendet.<sup>32</sup> Dies ist in Art. 53 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG mitzuberücksichtigen und die gesetzliche Grundlage entsprechend anzupassen, weshalb das Wort «unverändert» zu streichen ist.

81 Die Befreiung von der Einfuhrsteuer verlangt im Gegensatz zur Befreiung von den Zollabgaben die Rücksendung an den Absender oder die Absenderin im Inland. Diese Einschränkung zu verlangen, schränkt die Steuerbefreiung unnötig ein und führt zu sachlich nicht gerechtfertigten Erhebungen der Einfuhrsteuer. Diese Einschränkung geht auch weiter als die Anforderungen, welche an die Zollbefreiung gestellt werden, welche dies einzig verlangt, wenn die Rücksendung später als 5 Jahre nach der Ausfuhr erfolgt.<sup>33</sup> Die jetzige unbefriedigende Rechtslage ist daher zu ändern und an die zollrechtliche Regelung anzupassen.

<sup>32</sup> Publ. 18.85 Zoll- und Steuerbehandlung von inländischen Rückwaren, Ziffer 3.1.

<sup>33</sup> Publ. 18.85 Zoll- und Steuerbehandlung von inländischen Rückwaren, Ziffer 2.1.



16.b. Wortlaut von Art. 51 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG

82 Das KG schlägt gestützt auf die obigen Ausführungen folgende Formulierung für Art. 53 Abs. 1 Bst. f vor:

«Gegenstände, die zur Ausfuhr (Art. 11 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG) *zugeführt* und ins Ausland verbracht worden sind und die unverändert *oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung festgestellten Mangels verändert wieder eingeführt werden (inländische Rückwaren nach Art. 4 Abs. 1 Bst. c ZoG)*, sofern bei ihrer Lieferung die Steuer erhoben und nicht zurückerstattet wurde.»

16.c. Empfehlung KG

83 Das KG empfiehlt den Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG entsprechend dem Vorschlag in Ziffer 16.b. anzupassen.

**17. Art. 53 Abs. 1 Bst. i Vorentwurf MWSTG**

17.a. Beurteilung KG

84 In Art. 11 Abs. 1 Bst. f BAZG-VG wird der Begriff «zugeführt» verwendet. Dieser sollte auch in Art. 53 Abs. 1 Bst. i Vorentwurf MWSTG verwendet werden. Eine Veranlagung wird auch im geltenden Recht nicht gefordert und stellt unnötige zusätzliche formelle Anforderungen auf, welche das KG ablehnt. Eine Veranlagung fehlt zudem jeweils bei formlosen Verfahren. Wenn daher eine Veranlagung gefordert wird, schränkt dies den Anwendungsbereich von Art. 53 Abs. 1 Bst. i Vorentwurf MWSTG unnötig ein.

85 Der Verzicht auf die Erfassung eines Mietentgelts für Betriebsmittel, der für Importeure, richtigerweise die Warenverantwortlichen, mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland greifen soll, wenn diese die Mehrwertsteuer nach der effektiven Methode abrechnen, ist als Vereinfachung zu begrüßen.

86 Da Betriebsmittel, welche ein Unternehmen mit Sitz oder Wohnsitz im Inland im Ausland hat, in der Regel auf das Vorliegen einer Betriebsstätte im Ausland, welche aus mehrwertsteuerlicher Sicht getrennt vom inländischen Hauptsitz zu betrachten ist, schliessen lässt, dürfte es selten sein, dass Betriebsmittel von einem inländischen Unternehmen für die Erstellung eines Werkes oder für die Ausführung eines Auftrages vorübergehend eingeführt werden. Es muss aber sichergestellt sein, dass inländische Unternehmen gegenüber ausländischen nicht schlechter gestellt werden.

87 Gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>34</sup> bezwecken die Zollbehörden mit dem Verzicht auf die Ermittlung eines Mietentgeltes die Reduktion des Verwaltungsaufwandes, was nur erreicht wird, wenn es keine inländischen Unternehmen gibt, welche gleichbehandelt werden müssen. Sollte es solche Unternehmen geben, müsste die Beschränkung der Ausnahme vom Vorbehalt nach Art. 53 Abs. 1 Bst. i Vorentwurf MWSTG auf Unternehmen mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland gestrichen werden und diese Ausnahme auf alle Unternehmen, welche im Inland als steuerpflichtige Personen eingetragen sind und nach der effektiven Methode abrechnen anwendbar sein.

17.b. Zum Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. i Vorentwurf MWSTG

88 Das KG schlägt folgende Anpassung des Wortlautes vor:

«Gegenstände, die zur vorübergehenden Verwendung (Art. 11 Abs. 1 Bst. f BAZG-VG) *zugeführt* werden, unter Vorbehalt von Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe d; der Vorbehalt gilt nicht, wenn *ein Warenverantwortlicher* mit Sitz oder Wohnsitz im Ausland im Inland als steuerpflichtige Person eingetragen ist,.....»

<sup>34</sup> S. 136, Art. 53 Abs. 1 Bst. i.



17.c. Empfehlungen KG

- 89 Das KG empfiehlt die in Ziffer 17.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.  
90 Unter der Voraussetzung, dass es auch inländische Unternehmen gibt, welche Betriebsmittel aus dem Ausland zur vorübergehenden Verwendung einführen, ist auch für sie, wenn sie im Inland als steuerpflichtige Personen im MWST-Register eingetragen sind und die Mehrwertsteuer effektiv abrechnen, auf den Vorbehalt von Art. 54 Abs. 1 Bst. d Vorentwurf MWSTG zu verzichten.

**18. Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG**

18.a. Beurteilung KG

- 91 Es sollte genügen, dass die Gegenstände zur Lohnveredelung zur aktiven Veredelung eingeführt werden. In der Regel dürfte einer solchen Lohnveredelung ein Werkvertrag zu Grunde liegen. Dies ist aber nicht zwingend so, weshalb die Anforderung, dass die Lohnveredelung im Rahmen eines Werkvertrages erfolgen muss, eine Einschränkung der Anwendung dieser Bestimmung zur Folge haben kann, die sachlich nicht gerechtfertigt ist, da die Mehrwertsteuer auf eine wirtschaftliche Betrachtung abstellt. Auf diese Voraussetzung ist daher zu verzichten.

18.b. Zum Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG

- 92 Das KG schlägt folgenden Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG vor:  
«Gegenstände, die zur Lohnveredelung von einer im Inland als steuerpflichtig eingetragenen Person vorübergehend zur aktiven Veredelung eingeführt werden (Art. 11 Abs. 1 Bst. d BAZG-VG);»

18.c. Empfehlung KG

- 93 Das KG empfiehlt den in Ziffer 18.b. vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG zu übernehmen.

**19. Art. 53 Abs. 1 Bst. k Vorentwurf MWSTG**

19.a. Beurteilung KG

- 94 Das KG schlägt vor im Wortlaut dieser Bestimmung «im Ausland» zu ergänzen.  
95 Weiter ist auch in dieser Bestimmung das Erfordernis «im Rahmen eines Werkvertrages» zu streichen, da damit die vertragsrechtliche Frage, ob ein Werkvertrag oder ein Auftrag vorliegt, vermieden werden kann und damit sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlungen vermieden werden können.  
96 Ebenfalls eine unnötige Anforderung stellt die Rücksendung an den Absender oder die Absenderin dar. Dieses Erfordernis ist daher ebenfalls zu streichen.

19.b. Zum Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. k Vorentwurf MWSTG

- 97 Das KG schlägt folgende Ergänzung des Wortlautes vor:  
«Gegenstände, die zur vorübergehenden Verwendung (Art. 11 Abs. 1 Bst. f BAZG-VG) *im Ausland* oder zur passiven Lohnveredelung (Art. 11 Abs. 1 Bst. e BAZG-VG) aus dem Inland ausgeführt und ins Inland zurückgesandt werden, unter Vorbehalt von Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe e;»

19.c. Empfehlung KG

- 98 Das KG empfiehlt den in Ziffer 19.b. vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.



## 20. Art. 53 Abs. 1 Bst. I Vorentwurf MWSTG

### 20.a. Beurteilung KG

- 99 Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb eine Veranlagung zur Ausfuhr erforderlich sein soll. Im geltenden Art. 53 Abs. 1 Bst. I MWSTG wird verlangt, dass die Gegenstände ins Ausland «verbracht» werden. Eine Veranlagung wird nicht gefordert. Dies sollte weiterhin gelten. Es ist auf unnötige formelle Anforderungen zu verzichten.
- 100 Es stellt sich wiederum die Frage, ob die Rücksendung an den Absender im Inland erforderlich ist, welche das Zollrecht nicht verlangt. Das KG erachtet dieses Erfordernis als zu einschränkend, weshalb darauf zu verzichten ist.
- 101 Dasselbe gilt für das Erfordernis «im Rahmen eines Werkvertrages». Diese Anforderung ist daher ebenfalls zu streichen.

### 20.b. Zum Wortlaut von Art. 53 Abs. 1 Bst. I Vorentwurf MWSTG

- 102 Das KG schlägt folgende Anpassungen des Wortlautes vor:  
«Gegenstände, die zur Lohnveredelung zur Ausfuhr (Art. 11 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG) ins Ausland verbracht worden sind und ins Inland zurückgesandt werden, unter Vorbehalt von Artikel 54 Abs. 1 Buchstabe f;»

### 20.c. Empfehlung KG

- 103 Das KG empfiehlt die in Ziffer 20.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

## 21. Art. 53 Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG

### 21.a. Beurteilung KG

- 104 Konsequenterweise sollte bei der aktiven Veredelung ebenfalls auf den entsprechenden Artikel des BAZG-VG, d.h. auf Art. 11 Abs. 1 Bst. d BAZG-VG, verwiesen werden.
- 105 Der Begriff «Importeur bzw. Importeurin» ist durch den Begriff «Warenverantwortlicher» zu ersetzen.
- 106 Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG sieht eine Steuerbefreiung für im MWST-Register als steuerpflichtige Personen eingetragene Unternehmen vor. Es wird nicht gefordert, dass diese Unternehmen die Mehrwertsteuer effektiv abrechnen. Die Steuerbefreiung gilt daher auch für Unternehmen, welche die Mehrwertsteuer mittels der Saldosteuersatzmethode abrechnen.
- 107 Art. 53 Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG kommt daher nur für nicht im MWST-Register eingetragene Personen zur Anwendung. Die Regelung der Ausnahmen von der Rückerstattung erübrigt sich somit.
- 108 Zu diesen Ausnahmen ist zu bemerken, dass das im Erläuternden Bericht<sup>35</sup> erwähnte Formular Nr. 1050 in der heutigen Form nicht auf die aktive Veredelung Anwendung findet. Wäre eine Anrechnung nötig, wäre eine solche für die mit Saldosteuersätzen abrechnenden Unternehmen auf Verordnungsstufe vorzusehen.
- 109 Die Formulierung müsste auch dahingehend geändert werden, dass nicht auf die Anrechnung bei der ESTV oder der Liechtensteinischen Steuerverwaltung hingewiesen würde, sondern auf die Vornahme eines Vorsteuerabzuges und bei mit Saldosteuersätzen abrechnenden Personen auf die entsprechende Regelung bei den Saldosteuersätzen. Wie festgehalten, ist dies aber nicht nötig, da Art. 53 Abs. 1 Bst. j Vorentwurf MWSTG für die Steuerbefreiung einzig auf den Eintrag im MWST-Register abstellt.

### 21.b. Zum Wortlaut von Art. 53 Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG

- 110 Das KG schlägt folgende Änderungen des Wortlautes vor:

---

35 S. 136, Art. 53 Abs. 1<sup>bis</sup>.



«Werden Gegenstände zur aktiven Veredelung (*Art. 11 Abs. 1 Bst. d BAZG-VG*) eingeführt und sind die Voraussetzungen für die Steuerbefreiung nach Absatz 1 Buchstabe j nicht erfüllt, so erfolgt die Steuerbefreiung durch Rückerstattung. Die Rückerstattung erfolgt, nachdem die Gegenstände wieder ausgeführt worden sind.»

21.c. Empfehlung KG

111 Das KG empfiehlt den in Ziffer 21.b. vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.

**22. Art. 53 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

22.a. Beurteilung KG

112 Keine Bemerkungen.

22.b. Empfehlung KG

113 Keine Empfehlung.

**23. Art. 54 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG**

23.a. Beurteilung KG

114 Der Begriff werkvertragliche Lieferung ist durch den in der Mehrwertsteuer üblichen Begriff der «Bearbeitungslieferung» zu ersetzen.

115 Im Übrigen keine Bemerkungen.

23.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG

116 Das KG schlägt folgende Formulierung dieser Bestimmung vor:  
«auf dem Entgelt für *Bearbeitungslieferungen* oder Arbeiten im Sinne von Artikel 3 Buchstabe d Ziffer 2,.....»

23.c. Empfehlung KG

117 Das KG empfiehlt die in Ziffer 23.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

**24. Art. 54 Abs. 1 Bst. d Vorentwurf MWSTG**

24.a. Beurteilung KG

118 Keine Bemerkungen.

24.b. Empfehlung KG

119 Keine Empfehlung.

**25. Art. 54 Abs. 1 Bst. e Vorentwurf MWSTG**

25.a. Beurteilung KG

120 Das KG empfiehlt in Art. 53 Abs. 1 Bst. k Vorentwurf MWSTG das Erfordernis «im Rahmen eines Werkvertrages» zu streichen.<sup>36</sup> Dies ist in Art. 54 Abs. 1 Bst. e Vorentwurf MWSTG ebenfalls umzusetzen.

121 Das KG empfiehlt in Art. 53 Abs. 1 Bst. k Vorentwurf MWSTG die Streichung des Erfordernisses der Rücksendung an den Absender. Dies ist in Art. 54 Abs. 1 Bst. e Vorentwurf MWSTG nachzuvollziehen.

---

<sup>36</sup> Ziffer 19.



**25.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 1 Bst. e**

- 122 Das KG empfiehlt den Wortlaut wie folgt zu ändern:  
«auf dem Entgelt für die im Ausland besorgten Arbeiten an Gegenständen (Art. 3 Bst. d Ziff. 2), die zur vorübergehenden Verwendung (Art. 11 Abs. 1 Bst. f BAZG-VG) oder zur passiven Lohnveredelung (Art. 11 Abs. 1 Bst. e BAZG-VG) ausgeführt wurden und ins Inland zurückgesandt werden;»

**25.c. Empfehlung KG**

- 123 Das KG empfiehlt die in Ziffer 25.b. vorgeschlagenen Änderungen zu übernehmen.

**26. Art. 54 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG**

**26.a. Beurteilung KG**

- 124 Diese Bestimmung ist gemäss den Empfehlungen des KG<sup>37</sup> anzupassen. Es ist somit auf das Erfordernis der Rücksendung an den Absender und die Anforderung «im Rahmen eines Werkvertrages» sowie die Veranlagung zu verzichten.

**26.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 1 Bst. f Vorentwurf MWSTG**

- 125 Das KG schlägt die nachfolgenden Anpassungen des Wortlautes vor:  
«auf dem Entgelt für die im Ausland besorgten Arbeiten an Gegenständen (Art. 3 Bst. d Ziff.2), sofern diese zur Lohnveredelung zur Ausfuhr (Art. 11 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG) ins Ausland verbracht worden sind und ins Inland zurückgesandt werden;»

**26.c. Empfehlung KG**

- 126 Das KG empfiehlt den in Ziffer 26.b vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.

**27. Art. 54 Abs. 1 Bst. g Vorentwurf MWSTG**

**27.a. Beurteilung KG**

- 127 Der Begriff «Importeur bzw. Importeurin» ist durch den Begriff «Warenverantwortlicher» zu ersetzen.

**27.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 1 Bst. g Vorentwurf MWSTG**

- 128 Das KG schlägt die nachfolgende Anpassung des Wortlautes vor:  
«auf dem Marktwert in den übrigen Fällen; als Marktwert gilt, was der *Warenverantwortliche* auf der Stufe,....»

**27.c. Empfehlung KG**

- 129 Das KG empfiehlt den in Ziffer 27.b. vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.

**28. Art. 54 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

**28.a. Beurteilung KG**

- 130 Der Begriff «Importeur bzw. Importeurin» ist durch den Begriff «Warenverantwortlicher» zu ersetzen.

**28.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

- 131 Das KG schlägt die nachfolgende Anpassung des Wortlautes vor:

---

<sup>37</sup> Ziffer 19.c.





«Richtet sich die Steuerberechnung nach dem Entgelt, so ist das vom *Warenverantwortlichen* oder an seiner Stelle von einer Drittperson.....»

28.c. Empfehlung KG

132 Das KG empfiehlt die in Ziffer 28.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

**29. Art. 54 Abs. 3 Bst. b Vorentwurf MWSTG**

29.a. Beurteilung KG

133 Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Begriff «Einfuhrsteuerschuld» geändert werden soll. Erhoben wird die Einfuhrsteuer und nicht eine andere Abgabe. Einzig zur Vereinfachung von Prozessen rechtfertigt es sich nicht, eine korrekte Begrifflichkeit zu ändern.

134 Art. 54 Abs. 3 Bst. b Vorentwurf MWSTG stellt auf die Beförderung ab. Es sollte noch das Versenden ergänzt werden.

29.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 3 Bst. b Vorentwurf MWSTG

135 Das KG schlägt folgenden Wortlaut von Art. 54 Abs. 3 Bst. b vor:  
«die Kosten für das Befördern oder Versenden und alle damit zusammenhängenden Leistungen bis zum Bestimmungsort im Inland, an den die Gegenstände zum Zeitpunkt der Entstehung der Einfuhrsteuerschuld nach Artikel 56 *befördert oder versandt werden*; ....»

29.c. Empfehlung KG

136 Das KG empfiehlt den in Ziffer 29.b. vorgeschlagenen Wortlaut zu übernehmen.

**30. Art. 54 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG**

30.a. Beurteilung KG

137 Es ist für die steuerpflichtigen Personen einfacher, wenn die für die Bemessung der Steuerforderung massgebenden Regelungen in einer Bestimmung enthalten sind. Abs. 4 von Art. 54 ist daher beizubehalten.

138 Da sich der Text im geltenden Art. 54 Abs. 4 MWSTG und der in Art. 18 Abs. 2 BAZG-VG vorgeschlagene Text materiell nicht unterscheiden, kann letzterer ins MWSTG übernommen werden. Die Zuständigkeit soll aber nicht nur dem BAZG, sondern auch der ESTV als Folge der Ausweitung des Verlagerungsverfahrens, zugewiesen werden.

30.b. Zum Wortlaut von Art. 54 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG

139 Das KG schlägt folgende Formulierung vor:  
«Das BAZG und *die ESTV können* die Bemessungsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen schätzen, wenn keine Warenanmeldung vorliegt, diese unvollständig ist oder wenn Zweifel an deren Richtigkeit bestehen.»

30.c. Empfehlung KG

140 Das KG empfiehlt die in Ziffer 30.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

**31. Art. 54 Abs. 5 Vorentwurf MWSTG**

31.a. Beurteilung KG

141 Keine Bemerkungen.



31.b. Empfehlung KG

142 Keine Empfehlung.

**32. Art. 56 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG**

32.a. Beurteilung KG

143 Es ist einzig auf Art. 19 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG zu verweisen. Art. 19 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG betrifft Inlandabgaben. Er findet daher auf die Einfuhrsteuer nicht Anwendung. Art. 19 Abs. 2 BAZG-VG enthält eine Delegationsnorm, welche wie vorne<sup>38</sup> dargelegt, vom KG abgelehnt wird, da die Entstehung einer Steuerforderung einer Grundlage in einem Gesetz im formellen Sinne bedarf.

144 Wenn die erforderliche gesetzliche Grundlage für die in Art. 19 Abs. 2 Bst. a und b BAZG-VG beschriebenen Sachverhalte geschaffen ist, muss in Art. 56 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG ebenfalls auf diese hingewiesen werden.

32.b. Zum Wortlaut von Art. 56 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG

145 Das KG schlägt unter Vorbehalt der Ergänzungen, welche sich aus der gesetzlichen Grundlage für den Entstehungszeitpunkt der Einfuhrsteuerschuld im Falle einer unterlassenen Warenanmeldung und bei formlos eingeführten Waren sowie nicht ordnungsgemäss aus dem Zollgebiet verbrachten Waren ergeben, folgende Formulierung vor:  
*«Die Einfuhrsteuerschuld entsteht im gleichen Zeitpunkt wie die Abgabeschuld nach Artikel 19 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG.»*

32.c. Empfehlung KG

146 Das KG empfiehlt die in Ziffer 32.b. vorgeschlagene Formulierung mit den noch zu schaffenden Grundlagen auf Gesetzesstufe zu übernehmen.

**33. Art. 56 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

33.a. Beurteilung KG

147 Das KG lehnt die Streichung von Art. 56 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG ab.

148 Für die Fälligkeit der Einfuhrsteuerschuld ist keine Regelung im MWSTG vorgesehen. Die Fälligkeit der Einfuhrsteuerschuld, d.h. der Zeitpunkt, in dem die Einfuhrsteuerschuld nach deren Entstehung, zu bezahlen ist, muss jedoch im MWSTG geregelt sein.  
149 Es ist denkbar, dass zu diesem Zweck auf die Regelung in Art. 27 Abs. 1 und 2 BAZG-VG verwiesen wird.

150 Mit der Fälligkeit einer Forderung ist diese in der Regel auch zu erfüllen. Art. 28 Abs. 2 BAZG-VG sieht nun aber noch Zahlungsfristen vor. Ein Verzugszins ist gemäss Art. 29 Abs. 1 BAZG-VG bereits mit der Fälligkeit geschuldet. Im Erläuternden Bericht<sup>39</sup> wird zu Art. 29 Abs. 1 BAZG-VG festgehalten, dass an der bisherigen Regelung festgehalten wird.

151 Für das KG sind diese Regelungen und Erläuterungen widersprüchlich und für steuerpflichtige Personen nicht nachvollziehbar.

152 Das KG spricht sich daher für die Beibehaltung der bisherigen Regelung, welche sich für die MWST aus dem geltenden Art. 57 Abs. 2 MWSTG ergibt, aus.

153 Da es das ZAZ gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>40</sup> auf Gesetzesstufe nicht mehr geben soll, sollte in Art. 56 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG geregelt werden, was an seine Stelle tritt. Das KG kann dem Erläuternden Bericht einzig entnehmen, dass künftig die

---

<sup>38</sup> Ziffer 5.a. Rz 33.

<sup>39</sup> S. 37, Art. 29 Abs. 1.

<sup>40</sup> S. 134, Art. 51 Abs. 1-3.



Einfuhrsteuer im Regelfall beim Importeur, somit beim Warenverantwortlichen, erhoben wird, auch wenn dieser kein ZAZ hat. Wie dies beim Warenverantwortlichen zu erfolgen hat, bspw. mit einer Rechnung, ist aber unklar.

- 154 Steuerpflichtig ist der Warenverantwortliche. Dies ergibt sich aus Art. 51 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG in Verbindung mit Art. 21 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG, welcher wiederum auf Art. 7 Bst. e Ziffer 1 BAZG-VG verweist. In Art. 7 Bst. e Ziffer 1 BAZG-VG sind mehrere mögliche Warenverantwortliche genannt. Ob die Einfuhrsteuer vom BAZG bzw. von der ESTV bei diesen wahlweise eingezogen werden kann oder die Reihenfolge von Art. 7 Bst. e Ziffer 1 BAZG-VG massgebend ist, wird nirgends eindeutig festgehalten.

### 33.b. Empfehlung KG

- 155 Das KG empfiehlt in Art. 56 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG zu regeln, wann die Einfuhrsteuerschuld fällig ist.
- 156 Im Falle der Schaffung von Zahlungsfristen sind diese in Art. 56 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG aufzuführen und klar festzuhalten, wann sie gelten, und wann für die Bezahlung auf die Fälligkeit abgestellt wird.
- 157 Es wird empfohlen in der Botschaft darzulegen, wie der Bezug der Einfuhrsteuer künftig praktisch erfolgen soll.

## 34. Art. 56 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG

### 34.a. Beurteilung KG

- 158 Das KG lehnt die Streichung von Art. 56 Abs. 3 MWSTG ab.
- 159 In Art. 56 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG ist klarzustellen, welche Bestimmungen des BAZG-VG für die Sicherstellung der Einfuhrsteuer Anwendung finden. Für die Inland- und Bezugsteuer ist in Art. 93 Abs. 7 MWSTG festgehalten, mit welchen Mitteln eine Sicherheit geleistet werden kann. Da die Einfuhrsteuer eine der Erhebungsformen der Mehrwertsteuer ist, ist die Gleichstellung der Einfuhrsteuerpflichtigen mit den für die Inland- und Bezugsteuer steuerpflichtigen Personen anzustreben, weshalb dieselben Formen der Sicherstellung für die Einfuhrsteuer, wie für die Inland- und Bezugsteuer, vorzusehen sind. Die Gleichstellung der steuerpflichtigen Personen geht einer blossen Vereinfachung von Arbeitsabläufen einer Verwaltungseinheit vor.
- 160 Art. 33 BAZG-VG sieht die Geltendmachung eines Pfandrechtes vor. Die Anwendung der Bestimmungen zum Pfandrecht des BAZG-VG (Art. 36 ff.) sind im MWSTG nirgends vorgesehen, weshalb einzig die Regelungen zur Sicherstellung auf die Einfuhrsteuer Anwendung finden können und nicht auch die Bestimmungen zu Pfandrechten.

### 34.b. Empfehlung KG

- 161 Das KG empfiehlt Art. 56 Abs. 3 MWSTG beizubehalten und in dieser Bestimmung eindeutig zu regeln, welche Bestimmungen des BAZG-VG Anwendung finden. Die Regelungen des BAZG-VG können nur soweit Anwendung finden, als sie nicht zu einer Ungleichbehandlung der Einfuhrsteuerpflichtigen gegenüber den bei der Inland- und Bezugsteuer steuerpflichtigen Personen führen.

## 35. Art. 56 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG

### 35.a. Beurteilung KG

- 162 Es ist wiederum einzig auf Art. 19 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG zu verweisen. Art. 19 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG findet auf die Mehrwertsteuer keine Anwendung und Art. 19 Abs. 2 ist eine Delegationsnorm.



- 163 Die Einfuhrsteuerschuld verjährt fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden ist. Damit deckt sich die Festsetzungsverjährung für die Einfuhrsteuer mit derjenigen für die Inland- und Bezugsteuer.
- 164 Abweichend von der Inland- und Bezugsteuer verjährt die Einfuhrsteuerschuld in jedem Fall 15 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden ist. Diese abweichende Regelung der absoluten Festsetzungsverjährungsfristen in den Erhebungsformen des MWSTG wird vom KG im Prinzip abgelehnt. Es ist aus dogmatischer Sicht nicht nachvollziehbar, weshalb die absolute Festsetzungsverjährungsfrist bei der Einfuhrsteuer länger als bei der Inland- und Bezugsteuer sein soll.
- 165 Art. 30 Abs. 3 und Abs. 4 sowie der zweite Satz von Abs. 5 BAZG-VG sollten nicht anwendbar sein. Es gelten die Spezialbestimmungen des MWSTG.

35.b. Zum Wortlaut von Art. 56 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG

- 166 Wenn an den unterschiedlichen Fristen festgehalten wird, muss der Wortlaut von Art. 56 Abs. 4 wie folgt präzisiert werden:  
«Die Einfuhrsteuerschuld verjährt im gleichen Zeitpunkt wie die Abgabeschuld nach Artikel 19 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG. Die Verjährung.....»

35.c. Empfehlung KG

- 167 Keine Empfehlung des KG.<sup>41</sup>

**36. Art. 56 Abs. 5 Vorentwurf MWSTG**

36.a. Beurteilung KG

- 168 Keine Bemerkungen.

36.b. Empfehlung KG

- 169 Keine Empfehlung.

**37. Art. 57 Vorentwurf MWSTG**

37.a. Beurteilung KG

- 170 Das KG lehnt die Streichung von Art. 57 MWSTG ab. Oben<sup>42</sup> ist aufgezeigt worden, dass Art. 29 BAZG-VG mit anderen Bestimmungen des BAZG-VG im Widerspruch steht.
- 171 Die jetzige Regelung der Verzugszinsen in Art. 57 MWSTG ist differenziert. Sie muss zwar hinsichtlich der Bezahlung über ein ZAZ allenfalls angepasst werden. Da unklar ist, ob es das ZAZ weiterhin gibt, oder ob dieses durch eine Rechnungstellung ersetzt wird, ist es nicht möglich, einen Vorschlag für eine Formulierung zu unterbreiten, die den Änderungen durch das BAZG-VG Rechnung trägt.
- 172 In einem neuen Absatz ist zu regeln, dass die Höhe des Verzugszinses derjenigen der Inland- und Bezugsteuer entspricht und dieser von derselben Behörde festgesetzt wird. Es muss wiederum aus Gründen der Gleichbehandlung für sämtliche gestützt auf das MWSTG erhobenen Verzugszinsen derselbe Zinssatz zur Anwendung gelangen und damit sinnvollerweise dieselbe Behörde für dessen Festsetzung zuständig sein. Widersprüche zu Art. 108 MWSTG sind zu vermeiden.
- 173 Im Übrigen sind aus Sicht des KG keine Anpassungen der Bestimmung im geltenden Recht erforderlich.

---

<sup>41</sup> Ein Mitglied des KG hat die Festsetzung der absoluten Festsetzungsverjährungsfrist in allen drei Erhebungsformen der Mehrwertsteuer auf 10 Jahre empfohlen.

<sup>42</sup> Ziffer 33.a. Rz 150.



### 37.b. Empfehlung KG

- 174 Das KG empfiehlt den heutigen Art. 57 MWSTG grundsätzlich beizubehalten und Abs. 2 Bst. a anzupassen, sofern eine Rechnungstellung das ZAZ ersetzen wird, und in einem zusätzlichen Absatz festzuhalten, dass derselbe Verzugszinssatz wie für die Inland- und Bezugsteuer für die Einfuhrsteuer gilt und dieselbe Behörde für dessen Festsetzung zuständig ist sowie dieselben Regelungen gelten.

## 38. Art. 58 Vorentwurf MWSTG

### 38.a. Beurteilung KG

- 175 Das KG lehnt die Streichung von Art. 58 MWSTG ab.  
176 Art. 58 MWSTG ist aber dahingehend anzupassen, dass Art. 1 Abs. 4 Verordnung des EFD über die Verzugs- und die Vergütungszinssätze<sup>43</sup> auf Gesetzesstufe gehoben wird. Damit wird sichergestellt, dass in den Fällen, in denen der Warenverantwortliche die Einfuhrsteuer als Vorsteuer in Abzug bringen kann, kein Verzugszins erhoben wird.  
177 Im Übrigen ist Art. 58 MWSTG an die Terminologie des BAZG-VG inkl. der Verweise auf die massgebenden gesetzlichen Bestimmungen anzupassen. Der Begriff des «Importeurs bzw. der Importeurin» ist durch den Warenverantwortlichen zu ersetzen..

### 38.b. Empfehlung KG

- 178 Das KG empfiehlt von der Streichung von Art. 58 MWSTG Abstand zu nehmen und die Regelung von Art. 1 Abs. 4 Verordnung des EFD über die Verzugs- und Vergütungszinssätze in Art. 58 MWSTG zu überführen sowie diese Bestimmung an die Terminologie samt Verweisen auf die massgebenden gesetzlichen Bestimmungen des BAZG-VG anzupassen und den Begriff «Importeur bzw. Importeurin» durch «Warenverantwortlicher» zu ersetzen.

## 39. Art. 59 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG

### 39.a. Beurteilung KG

- 179 Keine Bemerkungen ausser, dass an Stelle des Begriffs «Importeur bzw. Importeurin» der Begriff «Warenverantwortlicher» verwendet werden soll.

### 39.b. Empfehlung KG

- 180 Siehe Ziff. 39.a.

## 40. Art. 60 Abs. 1 und 4 Vorentwurf MWSTG

### 40.a. Beurteilung KG

- 181 Keine Bemerkungen.

### 40.b. Empfehlung KG

- 182 Keine Empfehlung.

## 41. Art. 61 Vorentwurf MWSTG

### 41.a. Beurteilung KG

- 183 Art. 61 MWSTG sollte nicht aufgehoben, sondern im Wortlaut an Art. 29 Abs. 3 BAZG-VG angepasst werden.

---

<sup>43</sup> SR 641.207.1.



41.b. Wortlaut von Art. 61 Vorentwurf MWSTG

184 Das KG schlägt folgenden Wortlaut von Art. 61 Vorentwurf MWSTG vor:

185 «*Zu Unrecht erhobene oder zu Unrecht nicht zurückerstattete Einfuhrsteuern und Kosten werden vom BAZG oder der ESTV vom Zeitpunkt der Zahlung an verzinst. Kein Vergütungszins wird bei der Rückerstattung von Sicherheitsleistungen entrichtet.*»

41.c. Empfehlung KG

186 Das KG empfiehlt die in Ziffer 41.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

**42. Art. 62 Abs. 1 und 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG**

42.a. Beurteilung und Ergänzung KG

187 Das KG hat in der Vernehmlassung zur Teilrevision des MWSTG empfohlen, die Einfuhrsteuer bei den als steuerpflichtige Personen im MWST-Register eingetragenen Personen mittels des Verlagerungsverfahrens zu erheben. Aus dieser Empfehlung ergibt sich folgerichtig, dass für die Erhebung der Einfuhrsteuer bei steuerpflichtigen Personen nicht das BAZG, sondern die ESTV, zuständig ist.

188 Die Zuständigkeit des BAZG beschränkt sich daher auf die Erhebung der Einfuhrsteuer bei den nicht im MWST-Register eingetragenen Personen.

189 Als Folge dieser aufgeteilten Erhebungskompetenz gelten die für die Erhebung der Inland- und Bezugsteuer geltenden Bestimmungen in Art. 65 Abs. 3 bis 5 MWSTG auch für das BAZG. Das BAZG hat daher alle Praxisfestlegungen, die nicht ausschliesslich verwaltungsinternen Charakter haben, ohne zeitlichen Verzug zu veröffentlichen. Damit muss auch das BAZG die Entwürfe seiner Verwaltungspraxis dem Konsultativgremium vorlegen und diese Entwürfe sind zu veröffentlichen.

190 Aufgrund der Anwendung der Bestimmungen zur Einfuhrsteuer und der zugehörigen Verwaltungspraxis ist die Verwaltungspraxis auch in Zusammenarbeit zwischen dem BAZG und der ESTV zu erarbeiten.

42.b. Zum Wortlaut von Art. 62 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG

191 Das KG schlägt folgende Formulierung von Art. 62 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG vor:  
«Die Einfuhrsteuer wird bei den im MWST-Register eingetragenen steuerpflichtigen Personen von der ESTV erhoben. Das BAZG erhebt die Einfuhrsteuer bei den nicht im MWST-Register eingetragenen Personen.»

42.c. Zum Wortlaut von Art. 62 Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG

192 Das KG schlägt folgenden Wortlaut der neu zu schaffenden Bestimmung vor:  
«Artikel 65 Abs. 3 bis 5 MWSTG gelten auch für das BAZG.»

42.d. Empfehlung KG

193 Das KG empfiehlt die in Ziffer 42.b. und Ziffer 42.c. vorgeschlagenen Formulierungen ins MWSTG zu übernehmen.

**43. Art. 62 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

43.a. Beurteilung KG

194 Der letzte Satz von Art. 62 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG erübrigt sich, wenn die Erhebung der Einfuhrsteuer bei den im MWST-Register eingetragenen Personen der ESTV übertragen wird.

195 Die ESTV ist aber neben dem BAZG bei den Befugnissen aufzuführen.



#### 43.b. Zum Wortlaut von Art. 62 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG

196 *Das KG empfiehlt folgenden Wortlaut für diese Bestimmung:*

*«Das BAZG und die ESTV sind befugt, zur Prüfung der für die Erhebung der Einfuhrsteuer wesentlichen Tatsachen alle erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen. Die Artikel 68-70 und 73-75a und 79 gelten sinngemäss.»*

#### 43.c. Empfehlung KG

197 Das KG empfiehlt die in Ziffer 43.b. vorgeschlagene Formulierung von Art. 62 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG zu übernehmen.

### 44. Art. 63 Abs. 1 MWSTG

#### 44.a. Vorgeschlagene Anpassung

198 In der Vernehmlassungsvorlage zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes ist vorgesehen, dass Leistungserbringer nach dem vorgeschlagenen Art. 20a, d.h. die Betreiber elektronischer Plattformen, die im MWST-Register als steuerpflichtige Personen eingetragen sind, die Einfuhrsteuer im Verlagerungsverfahren abrechnen können.<sup>44</sup> Es ist für das KG nicht nachvollziehbar, weshalb die Einfuhren im Eigenhandel von elektronischen Plattformen im Verlagerungsverfahren sollen abgerechnet werden können und die anderen Einfuhren von Gegenständen von im MWST-Register eingetragenen Unternehmen nicht. Aus Gründen der Rechtsgleichheit ist daher die Anwendung des Verlagerungsverfahrens auf alle Einfuhren von im MWST-Register eingetragenen Personen im MWSTG vorzusehen.

199 Unwesentlich für die Anwendung des Verlagerungsverfahrens bei im MWST-Register eingetragenen Personen ist die Abrechnungsmethode. Für die Vornahme des Vorsteuerabzuges kommen Art. 28 ff. MWSTG zur Anwendung.

#### 44.b. Anpassung Wortlaut Art. 63 Abs. 1 MWSTG

200 Das KG schlägt den folgenden Wortlaut vor:

*«Bei der ESTV registrierte steuerpflichtige Warenverantwortliche rechnen die auf der Einfuhr von Gegenständen geschuldete Steuer in der periodischen Steuerabrechnung mit der ESTV ab (Verlagerungsverfahren).»*

#### 44.c. Empfehlungen KG

201 Das KG empfiehlt die Erhebung der Einfuhrsteuer mittels des Verlagerungsverfahrens bei allen im MWST-Register eingetragenen steuerpflichtigen Personen.

202 Das KG empfiehlt die in Ziffer 44.b. vorgeschlagene Formulierung ins MWSTG zu übernehmen.

### 45. Art. 64 Vorentwurf MWSTG

#### 45.a. Beurteilung KG

203 Das KG lehnt die Streichung der Aufzählung der Erlassgründe im MWSTG ab.

204 Der in Art. 41 Abs. 1 Bst. a BAZG-VG genannte Erlassgrund stimmt materiell mit dem bisherigen Art. 64 Abs. 1 Bst. a MWSTG überein. Dasselbe gilt für den in Art. 41 Abs. 1 Bst. b BAZG-VG aufgeführten Erlassgrund, der sich inhaltlich mit Art. 64 Abs. 1 Bst. b MWSTG deckt.

205 Der in Art. 41 Abs. 1 Bst. c BAZG-VG genannte Erlassgrund betrifft den Erlass von Forderungen gestützt auf Art. 12 VStrR und von Sicherheitsleistung bei

<sup>44</sup> Art. 63 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG, Version Vernehmlassung Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes.



Beschlagnahmen. Eine solche Regelung kannte das MWSTG bisher nicht. Sie fand sich einzig hinsichtlich der Nachforderungen gestützt auf Art. 12 VStrR in Art. 86 Abs. 2 ZG. Das KG lehnt zwar die Anwendung von Art. 12 Abs. 4 VStrR auf die Einfuhrsteuer ab,<sup>45</sup> der Übernahme dieses Erlassgrundes ins MWSTG kann aber zugestimmt werden, obwohl deren Anwendung, wenn die bisherige Rechtsprechung übernommen wird, äusserst eingeschränkt ist und daher wohl einzig den in Art. 64 Vorentwurf MWSTG gesondert geregelten Erlass für den Datenverantwortlichen abdeckt.

206 Der in Art. 41 Abs. 1 Bst. d BAZG-VG genannte Erlassgrund ist zwar sehr restriktiv, fehlt aber im geltenden Art. 64 Abs. 1 MWSTG. Es spricht somit ebenfalls nichts gegen seine Übernahme.

207 Zum vorgeschlagenen Wortlaut von Art. 64 Vorentwurf MWSTG ist festzuhalten, dass der Verweis auf Art. 41 BAZG-VG zu präzisieren ist. Die Erlassgründe sind in Abs. 1 erwähnt.

208 Weiter ist zum vorgeschlagenen Wortlaut anzumerken, dass die Datenverantwortliche die Einfuhrsteuer weiterbelasten kann. Sie wird bei Zahlungsunfähigkeit nur nicht bezahlt. Diesbezüglich ist der Wortlaut anzupassen.

#### 45.b. Zum Wortlaut von Art. 64 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG

209 Das KG schlägt für Art. 64 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG folgende Formulierung vor:  
*«Auf Gesuch hin erlässt das BAZG oder die ESTV gemäss Art. 41 Abs. 1 BAZG-VG ganz oder teilweise die Abgaben oder erstattet diese ganz oder teilweise zurück:*

*a. wenn Waren, für die die Abgabeschuld bedingt entstanden ist oder die im Gewahrsam des BAZG stehen, durch Zufall, höhere Gewalt oder mit amtlicher Einwilligung ganz oder teilweise vernichtet werden;*

*b. wenn in den freien Verkehr eingeführte Waren auf amtliche Verfügung hin ganz oder teilweise vernichtet oder wieder ausgeführt werden müssen;*

*c. wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller unverschuldet eine Nachforderung nach Artikel 38 BAZG-VG oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint;*

*d. in anderen Fällen, wenn aussergewöhnliche Gründe, die nicht die Bemessung der Abgaben betreffen, die Zahlung als besondere Härte erscheinen liessen.*

Zusätzlich zu den in Artikel 41 Abs. 1 BAZG-VG aufgeführten Erlassgründen kann die auf der Einfuhr von Gegenständen geschuldete Steuer ganz oder teilweise erlassen werden, wenn beim Datenverantwortlichen die *Zahlung der Steuer* wegen Zahlungsunfähigkeit des *Warenverantwortlichen ausfällt oder ernsthaft gefährdet erscheint* und der *Warenverantwortliche* als steuerpflichtige Person eingetragen war.

#### 45.c. Empfehlungen KG

210 Das KG empfiehlt nicht nur auf die Erlassgründe von Art. 41 Abs. 1 BAZG-VG in Art. 64 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG zu verweisen, sondern diese im MWSTG zu nennen. Ein Vorschlag für den Wortlaut findet sich in Ziffer 45.b.

211 Hinsichtlich des Erlassgrundes für Datenverantwortliche empfiehlt das KG die in Ziffer 45.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

### 46. Art. 64 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG

#### 46.a. Beurteilung KG

212 Die Streichung des Abs. 2 von Art. 64 MWSTG ist abzulehnen. Die Zuständigkeit des BAZG für die Bearbeitung eines Erlassgesuches und, wenn der vom KG vorgeschlagene Erhebung der Einfuhrsteuer bei im MWST-Register eingetragenen Personen

<sup>45</sup> Vgl. dazu Ziffer 54.a.





durch die ESTV, gefolgt wird, der ESTV ist im MWSTG festzuschreiben. Es sind auch die Anforderungen an ein Erlassgesuch im MWSTG zu nennen.

46.b. Empfehlung KG

- 213 Das KG empfiehlt die für die Behandlung eines Erlassgesuches zuständige Behörde und die Anforderungen, welchen ein Erlassgesuch genügen muss, in Art. 64 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG zu regeln.

**47. Art. 64 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG**

47.a. Beurteilung KG

- 214 Die Streichung des Abs. 3 von Art. 64 MWSTG wird von KG ebenfalls abgelehnt.  
215 Der Erlass setzt rechtlich voraus, dass eine Steuerforderung festgesetzt und anerkannt ist. Das in Art. 41 Abs. 2 BAZG-VG vorgesehene Abstellen auf die Rechtskraft für den Beginn der Frist während der ein Erlassgesuch gestellt werden kann, stellt daher klar, dass die zu erlassende Forderung rechtsverbindlich festgesetzt sein muss. Dies ergibt sich aus dem geltenden Art. 64 Abs. 3 MWSTG nicht eindeutig. Die Frist während der ein Erlassgesuch gestellt werden kann, verlängert sich zudem.  
216 In Art. 64 Abs. 3 MWSTG ist daher die Regelung von Art. 41 Abs. 2 BAZG-VG einzufügen und für die Erhebung der Einfuhrsteuer durch die ESTV um die ESTV zu ergänzen.

47.b. Zum Wortlaut von Art. 64 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG

- 217 Das KG schlägt folgenden Wortlaut vor:  
*«Erlassgesuche sind innerhalb eines Jahres nach Eintritt der Rechtskraft der Veranlagungs- oder Nachforderungsverfügung beim BAZG oder bei Erhebung der Einfuhrsteuer durch die ESTV bei dieser einzureichen.»*

47.c. Empfehlung KG

- 218 Das KG empfiehlt die in Ziffer 47.b. vorgeschlagene Formulierung ins MWSTG zu übernehmen.

**48. Art. 65 Abs. 1 MWSTG**

48.a. Vorschlag KG

- 219 Da die Erhebung der Einfuhrsteuer bei im MWST-Register eingetragenen Personen der ESTV zugewiesen ist, muss dies in Art. 65 Abs. 1 MWSTG erwähnt werden.  
220 Diese Änderung wird durch die Empfehlungen des KG verursacht und findet sich nicht in der Vernehmlassungsvorlage.

48.b. Zum Wortlaut von Art. 65 Abs. 1 MWSTG

- 221 Das KG schlägt den folgenden Wortlaut von Art. 65 Abs. 1 MWSTG vor:  
*«Die ESTV ist für die Erhebung und den Einzug der Inland- und der Bezugsteuer sowie der Einfuhrsteuer von im MWST-Register eingetragenen steuerpflichtigen Personen zuständig.»*

48.c. Empfehlung KG

- 222 Das KG empfiehlt Art. 65 Abs. 1 MWSTG gemäss dem in Ziffer 48.b. vorgeschlagenen Wortlaut anzupassen.



#### **49. Art. 75a Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

49.a. Beurteilung KG

223 Keine Bemerkungen.

49.b. Empfehlung KG

224 Keine Empfehlung.

#### **50. Art. 101 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG**

50.a. Beurteilung KG

225 Das KG empfiehlt die Erhebung der Einfuhrsteuer bei im MWST-Register eingetragenen steuerpflichtigen Personen der ESTV zu übertragen. Es kann nun nicht sein, dass die Konkurrenzen bei der Hinterziehung der Einfuhrsteuer für nicht im MWST-Register eingetragene Personen anders geregelt sind, als für im MWST-Register eingetragene steuerpflichtige Personen.

226 Selbst wenn die in Rz. 225 beschriebene Empfehlung keine Berücksichtigung fände, wäre es nicht angezeigt, hier eine Änderung der Rechtslage herbeizuführen: Strafrechtliche Widerhandlungen müssen im Ergebnis gleichbehandelt werden, unabhängig davon, welche Behörde zuständig ist.

227 Art. 101 Abs. 4 MWSTG ist daher auf jeden Fall unverändert zu belassen.

50.b. Empfehlung KG

228 Das KG empfiehlt von der Änderung von Art. 101 Abs. 4 MWSTG abzusehen.

#### **51. Art. 103 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG**

51.a. Beurteilung KG

229 Keine Bemerkungen, da inhaltlich keine Änderung.

51.b. Empfehlung KG

230 Keine Empfehlung.

#### **52. Art. 103 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG**

52.a. Beurteilung KG

231 Die Ausführungen im Erläuternde Bericht greifen zu kurz, um die Begründung für diese Gesetzesanpassung zu erklären. Das allgemeine schweizerische Strafrecht sieht in Art. 52 StGB das Opportunitätsprinzip vor; diese Rechtsnorm ist allerdings als «Muss-Bestimmung» formuliert. Es erstaunt deshalb wenig, dass die bundesgerichtliche Praxis zu Art. 52 StGB sehr eng ist, weil sie primär den Täter schützt. Im Verwaltungsstrafrecht kommt dem Opportunitätsprinzip eine weitere Funktion zu: Es dient auch der Verwaltungsökonomie, weil es sicherstellen soll, dass nicht nach jeder verwaltungsrechtlichen «Steueraufrechnung» automatisch auch ein abgabenrechtliches Strafverfahren eingeleitet werden muss. Dementsprechend ist im geltenden Recht Art. 103 Abs. 4 MWSTG als «Kann-Bestimmung» ausformuliert; allerdings verweist der Wortlaut explizit auf Art. 52 StGB, was die Auslegung schwierig macht.

232 Nachdem Art. 52 StGB auch im Nebenstrafrecht gilt, muss klargestellt werden, was der Gesetzgeber will.

233 Wir plädieren dafür, dass beide Aspekte (die zwingende Strafbefreiung der handelnden Person nach Art. 52 StGB und das berechtigte Anliegen der Verwaltungsökonomie im



Massenabgabestrafrecht) Anwendung finden und dies im Gesetzestext so explizit zum Ausdruck gebracht wird.

Eine Sonderregelung für die Einfuhrsteuer erachten wir hingegen als nicht opportun und notwendig.

**52.b. Zum Wortlaut von Art. 103 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG**

234 Das KG empfiehlt Art. 103 Abs. 4 Vorentwurf MWSTG wie folgt zu ändern:  
«In Ergänzung zu Art. 52 StGB kann in besonders leichten Fällen von einer Strafverfolgung abgesehen werden. Wird von einer Strafverfolgung abgesehen, erlässt die Behörde eine Nichtanhandnahme- oder Einstellungsverfügung.»

**52.c. Empfehlung KG**

235 Das KG empfiehlt die in Ziffer 52.b. vorgeschlagene Formulierung zu übernehmen.

**53. Art. 105 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG**

**53.a. Beurteilung KG**

236 Aus dem Erläuternden Bericht<sup>46</sup> ergibt sich nicht, weshalb auch ein rechtskräftiger Strafbescheid den Eintritt der Verfolgungsverjährung verhindern soll.

237 Die bisherige Regelung in Art. 105 Abs. 2 MWSTG entspricht der bundesgerichtlichen Rechtsprechung. Danach ist ein Strafbescheid im Gegensatz zu einer Strafverfügung kein erstinstanzliches Urteil.

238 Mit dem Abstellen auf das Vorliegen eines erstinstanzlichen Urteils folgt Art. 105 Abs. 2 MWSTG Art. 97 Abs. 3 StGB.

239 Es ist für das KG nicht nachvollziehbar, weshalb von dieser sachgerechten Regelung abgewichen werden soll.

240 Die vorgeschlagene Ergänzung räumt den Strafverfolgungsbehörden mehr Zeit für die Bearbeitung der Fälle ein, was aber den Interessen der steuerpflichtigen Personen zuwiderläuft. Diese sind nämlich an einem möglichst schnellen Abschluss von Strafverfahren interessiert.

**53.b. Empfehlung KG**

241 Das KG empfiehlt, Art. 105 Abs. 2 MWSTG in der bisherigen Fassung zu belassen.

**54. Art. 105 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG**

**54.a. Beurteilung KG**

242 Es war bei der Schaffung von Art. 105 Abs. 3 MWSTG der ausdrückliche Wille des Gesetzgebers, dass Art. 12 Abs. 4 VStrR im Bereich der Mehrwertsteuer keine Anwendung findet. Mit Art. 105 Abs. 3 MWSTG wird bei gewissen Straftaten von besonderer Schwere der Tatsache, dass die in Art. 42 MWSTG statuierten Festsetzungsverjährungsfristen zu kurz sein können, Rechnung getragen. Eine weitergehende Ausweitung der Verjährungsfristen begünstigt einzig eine Verschleppung der Verfahren, was abzulehnen ist.

243 Die Änderung von Art. 105 Abs. 3 MWSTG gemäss dem Vorentwurf würde zudem nicht nur für die Einfuhr-, sondern auch für die Inland- und Bezugsteuer gelten.

**54.b. Empfehlung KG**

244 Das KG empfiehlt Art. 105 Abs. 3 MWSTG grundsätzlich unverändert zu belassen; allenfalls könnte – um eine redaktionelle Klarstellung zu erreichen (vgl. OFK/MWSTG

<sup>46</sup> S. 138, Art. 105 Abs. 2 und 3.



Clavadetscher/Bossart Art. 105 Rz. 28) – im Zuge dieser Revision in Absatz 3 Bst. b der Verweis auf Absatz 2 gestrichen werden.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Stellungnahme zu dienen und danken Ihnen für die Berücksichtigung der Argumente und Empfehlungen des KGs im Zuge der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage.

Für das  
Mehrwertsteuer-Konsultativgremium

Die Präsidentin

Béatrice Blum

Der Vizepräsident

Diego Clavadetscher

Beilage:

Vernehmlassung KG zur Teilrevision Mehrwertsteuergesetz (Weiterentwicklung der Mehrwertsteuer in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft) vom 12. Oktober 2020



Per E-Mail an [vernehmlassungen@estv.admin.ch](mailto:vernehmlassungen@estv.admin.ch)

Bern, 12. Oktober 2020

**Vernehmlassung zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (Weiterentwicklung der Mehrwertsteuer in einer digitalisierten und globalisierten Wirtschaft) und zur Teilrevision der Mehrwertsteuerverordnung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 19.6.2020 wurde das Mehrwertsteuer-Konsultativgremium (KG) aufgefordert, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu den Vernehmlassungsunterlagen für die oben erwähnte Teilrevision Stellung zu nehmen. Das KG leistet dieser Einladung gerne Folge und dankt für das durch diese Einladung zum Ausdruck gebrachte Vertrauen. Das KG äussert sich zur Vernehmlassungsvorlage insbesondere in Erfüllung des ihm durch Art. 109 Abs. 2 und 3 MWSTG<sup>1</sup> übertragenen Auftrages, Anpassungen des Mehrwertsteuergesetzes bezüglich deren Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft zu prüfen, dazu Stellung zu nehmen und Empfehlungen für Änderungen abzugeben.

**Vorbemerkungen**

- 1 Die Vorarbeiten für die vorliegende Vernehmlassung wurden von einer Arbeitsgruppe des KGs ausgearbeitet. Diese Arbeiten mündeten in den Rohentwurf der Vernehmlassung, der an der Plenarsitzung des KGs vom 16. September 2020 von den Mitgliedern des KGs ausführlich besprochen wurde. Gestützt auf diese Beratung wurde der Entwurf der Vernehmlassung ausgearbeitet, der nochmals von den Mitgliedern des KGs auf dem Korrespondenzweg besprochen wurde. Nach den abschliessenden Anpassungen erfolgte die Genehmigung der Vernehmlassung durch die KG Mitglieder<sup>2</sup> auf dem Korrespondenzweg.
- 2 Wo nichts anderes vermerkt wird, hat das KG seine Empfehlungen einstimmig beschlossen.
- 3 Der Aufbau der Vernehmlassung erfolgt nach Themenbereichen, wobei jeweils die den einzelnen Themenbereichen zuzuordnenden Artikel des Vorentwurfes MWSTG aufgeführt werden.
- 4 Das KG äussert sich jeweils grundsätzlich zu den einzelnen Themenbereichen und kommentiert die vorgeschlagenen Gesetzesformulierungen. Abschliessend finden sich jeweils die Empfehlungen des KGs.

<sup>1</sup> Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG) vom 12. Juni 2009, SR 641.20.

<sup>2</sup> Wenn in dieser Vernehmlassung die männliche Form eines Begriffes verwendet wird, schliesst diese Form jeweils auch die weibliche und andere Formen ein.



## Zu den einzelnen Änderungen

### 1. Lieferungen mittels elektronischer Plattformen (Art. 3 Bst. I, Art. 15 Abs. 4<sup>bis</sup>, Art. 20a, Art. 24 Abs. 5<sup>bis</sup>, Art. 63 Abs. 1 Bst. b, Art. 73 Abs. 2 Bst. e, Art. 74 Abs. 2 Bst. e, Art. 79a, Art. 115b Abs. 2 Vorentwurf MWSTG)

#### 1.a. Beurteilung KG

- 5 Das KG kann das Bedürfnis, mit dem Einbezug der Betreiber elektronischer Plattformen in die Lieferkette die mehrwertsteuerliche Erfassung der über elektronische Plattformen vermittelten Lieferungen sicherzustellen und damit die zurzeit bestehenden Wettbewerbsbenachteiligungen zu beseitigen, nachvollziehen. Die Umsetzung dieses Einbezuges der Betreiber elektronischer Plattformen darf jedoch nicht die inländischen Endverbraucher benachteiligen.
- 6 Vorab ist festzuhalten, dass die in die Vernehmlassung gebrachte Regelung auch von inländischen Leistungserbringern erbrachte Lieferungen betrifft. Dieses Erkenntnis ist politisch zu werten, das KG verzichtet diesbezüglich auf eine Stellungnahme, erwartet aber, dass in der Botschaft diese Aussage klar festgehalten wird.
- 7 Mit der vorgeschlagenen Regelung wird je eine Lieferung zwischen dem Verkäufer, welcher über die elektronische Plattform Gegenstände verkauft, und dem Betreiber der elektronischen Plattform sowie zwischen Letzterem und dem Käufer angenommen. Neu wird daher der Betreiber einer elektronischen Plattform nicht nur die Mehrwertsteuer auf den Lieferungen im Inland, welche er im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausführt, sondern auch auf den Lieferungen, bei welchen er als Vermittler mitwirkt, abrechnen müssen. Da die über eine elektronische Plattform abgewickelten Lieferungen regelmässig den für die Auslösung der Mehrwertsteuerpflicht im Inland massgebenden Grenzwert von CHF 100'000 überschreiten dürften, werden die Betreiber solcher elektronischen Plattformen, wenn sie dies nicht bereits infolge eigener Lieferungen sind, regelmässig mehrwertsteuerpflichtig, womit – theoretisch – sichergestellt wäre, dass die über solche elektronischen Plattformen vermittelten Lieferungen den im Inland ohne Zuhilfenahme einer elektronischen Plattform ausgeführten Lieferungen, gleichgestellt werden.
- 8 Die Verkäufer der Gegenstände demgegenüber erbringen entweder eine Lieferung im Ausland oder eine steuerbefreite Lieferung im Inland. Sie haben daher auf ihren Lieferungen keine inländische Mehrwertsteuer abzurechnen.
- 9 Während die vorgeschlagene Regelung bezogen auf die Erhebung der Inlandsteuer grundsätzlich konsistent erscheint, trifft dies bezogen auf die Einfuhrsteuer nicht zu. Es fehlen Bestimmungen bei der Einfuhrsteuer, aus denen sich zweifelsfrei ergibt, dass die Betreiber elektronischer Plattformen die Schuldner der Einfuhrsteuer sind. Als Vermittler des Kaufgeschäftes sind sie weder vertragsrechtlich noch wirtschaftlich im Zeitpunkt der Einfuhr Eigentümer der zu importierenden Gegenstände. Dies sind die Käufer der importierten Gegenstände. Die Fiktion in Art. 20a Vorentwurf MWSTG eingeführte Fiktion, welche sich unter den Bestimmungen zur Inlandsteuer findet, ändert daran nichts. Ohne eine ausdrückliche Regelung in den Bestimmungen zur Einfuhrsteuer oder in der Zollgesetzgebung, dass bei über elektronische Plattformen abgewickelten Lieferungen der Betreiber der elektronischen Plattform einfuhrsteuerpflichtig ist, ist daher grundsätzlich der Käufer die einfuhrsteuerpflichtige Person und nicht der Betreiber der elektronischen Plattform. Einzig mit der Instruktion der Betreiber elektronischer Plattformen an die ausländischen Verkäufer, in den Einfuhranmeldungen ihn als Importeur aufzuführen, ändert sich an dieser Rechtslage nichts. Es braucht dafür eine ausdrückliche Grundlage in einem Gesetz.



- 10 Im Erläuternden Bericht<sup>3</sup> wird bei Art. 63 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG erwähnt, die im MWST-Register eingetragenen Plattformen werden in der Zollanmeldung als Importeurinnen aufgeführt. Wie dargelegt, fehlt dafür die Rechtsgrundlage. Art. 63 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG schafft diese nicht. Er regelt einzig eine andere Art der Entrichtung der Einfuhrsteuer, nämlich durch Verlagerung. Bevor die Einfuhrsteuer entrichtet werden kann, muss sie entstehen und einem bestimmten Steuersubjekt zugerechnet werden können. Wenn die Betreiber elektronischer Plattformen nicht Steuersubjekt der Einfuhrsteuer für die über die Plattform vermittelten Lieferungen sind, kommt Art. 63 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG nur für die im eigenen Namen ausgeführten Lieferungen der Betreiber elektronischer Plattformen zur Anwendung, was aber nicht Zweck von Art. 63 Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG ist und eine Ungleichbehandlung von Lieferanten zur Folge hat, die mangels der Nutzung einer elektronischen Plattform für den Vertrieb die Einfuhrsteuer auf im eigenen Namen getätigten Lieferungen bezahlen müssten, da ihnen das Verlagerungsverfahren nicht offen stünde.
- 11 Ohne die ausdrückliche Klarstellung im Gesetz, dass der Betreiber einer Plattform einfuhrsteuerpflichtige Person ist, ist der inländische Käufer der importierten Ware nicht nur mit der Inlandsteuer, sondern zusätzlich mit der Einfuhrsteuer belastet. Die Mehrwertsteuer auf der eingekauften Ware kann bei ihm zwei Mal erhoben werden. Da die Inlandsteuer nach der vorgeschlagenen Konzeption bei ihm zu Recht erhoben wird, muss sich der Käufer gegen die Erhebung der Einfuhrsteuer wenden. Der EZV fehlt jedoch die Rechtsgrundlage für eine Rückerstattung der erhobenen Mehrwertsteuer. Der geltende Art. 59 MWSTG deckt diesen Fall nicht ab, da die Einfuhrsteuer geschuldet wäre.
- 12 Die Schaffung einer Rechtsgrundlage, wonach die Betreiber elektronischer Plattformen Schuldner der Einfuhrsteuer sind, genügt aber nicht. Die Betreiber solcher Plattformen müssen auch in die Lage versetzt werden, die Zollanmeldungen richtig zu erstellen. Sie müssen daher u.a. den zutreffenden Zolltarif ermitteln können. Nur vertragsrechtlich lässt sich dies nicht erreichen. Es braucht dafür eine gesetzliche Grundlage, auf die sich die Betreiber elektronischer Plattformen berufen können. Eine solche Bestimmung fehlt im Vorentwurf MWSTG, allenfalls würde eine Verordnungsbestimmung genügen.
- 13 Um den Vollzug sicherzustellen, müsste die EZV in der Lage sein, einfach festzustellen, ob Sendungen von im inländischen MWST-Register eingetragenen Personen importiert werden oder die Mehrwertsteuer vom Lieferanten oder dem Betreiber der genutzten elektronischen Plattform dem Käufer in Rechnung gestellt wurde. Mit Absender QR Codes könnte dies erreicht werden. Pakete mit einem Absender QR Code könnten mittels einer voll automatisierten Zollfreigabe ins Inland importiert werden. Die übrigen Importe würden einzeln geprüft, was den Anreiz für die Verkäufer auf und die Betreiber von elektronischen Plattformen erhöhen würde, sich im Inland im MWST-Register einzutragen.
- 14 Um die Durchsetzung der vorgeschlagenen Steuerpflicht für die Betreiber ausländischer elektronischer Plattformen zu verbessern, sieht Art. 79a Vorentwurf MWSTG administrative Massnahmen gegen ausländische Unternehmen, nicht nur die Betreiber elektronischer Plattformen, vor. Die Begrenzung dieser administrativen Massnahmen auf ausländische Unternehmen ist völkerrechtswidrig.<sup>4</sup>
- 15 Gänzlich unhaltbar wird Art. 79a Abs. 3 Bst. b Vorentwurf MWSTG in Kombination mit Art. 79a Abs. 6 Vorentwurf MWSTG, der festhält, dass die Käufer (Leistungsempfänger) vor dem Verfügen der entschädigungslosen Vernichtung von eingeführten

<sup>3</sup> S. 41 zu Art. 63 Abs. 1 Bst. b.

<sup>4</sup> Es wird diesbezüglich auf die Ausführungen in der Botschaft zur Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes vom 25. Februar 2015, BBl 2015 2615 ff., 2678, Ziff. 5.2, verwiesen, wonach eine Ungleichbehandlung von in- und ausländischen Unternehmen nicht mit den von der Schweiz eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der WTO vereinbar ist.





Gegenständen nicht angehört werden. Die Gewährung des rechtlichen Gehörs ist ein fundamentaler Grundsatz des Schweizerischen Rechts.<sup>5</sup> Die Erreichung der mit den in Art. 79a Vorentwurf MWSTG vorgesehenen administrativen Massnahmen bezweckten Zielen rechtfertigt es nicht, von diesem fundamentalen Grundsatz abzuweichen.

1.b. Hinweise zu den einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfes

- 16 Art. 3 Bst. I: Im Erläuternden Bericht wird zu Recht festgehalten, dass die Technologien und Geschäftsmodelle der Unternehmen, welche elektronische Plattformen betreiben, im ständigen Wandel sind.<sup>6</sup> Es ist daher sachgerecht, die Definition der elektronischen Plattform weit zu fassen. Die Formulierung im Vorentwurf MWSTG ist aber zu weit. Ein Telefon ist bspw. ebenfalls eine elektronische Schnittstelle. Unklar und damit auslegungsbedürftig ist auch, was unter einem direkten Kontakt zu verstehen ist. Die Definition der elektronischen Plattform muss daher präziser formuliert werden.  
Art. 15 Abs. 4<sup>bis</sup>: Keine Bemerkungen.
- 17 Art. 20a: Die Marginalie stimmt nicht mit dem Inhalt der Bestimmung überein; sie bringt nicht zum Ausdruck, dass nur Lieferungen von dieser Bestimmung umfasst sind.
- 18 Sowohl vertragsrechtlich als auch wirtschaftlich betrachtet ist bei Lieferungen über elektronische Plattformen der Verkäufer der Gegenstände der Leistungserbringer und der Käufer der Leistungsempfänger. Der Betreiber der elektronischen Plattform tritt in diesen Fällen nicht im eigenen Namen als Verkäufer auf. Mit Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG wird daher eine Lex Specialis zu Art. 20 Abs. 1 MWSTG für Lieferungen nach Art. 3 Bst. d Ziff. MWSTG geschaffen, indem nicht mehr diejenige Person als Leistungserbringerin betrachtet wird, welche gegen aussen als solche auftritt, sondern der Betreiber einer elektronischen Plattform, der das Kaufgeschäft vermittelt.
- 19 Das Zusammenbringen von Parteien für einen Vertragsabschluss zählt zu den typischen Aufgaben eines Vermittlers. Der Vertragsabschluss ist aber nicht vorausgesetzt, damit eine Vermittlung vorliegt. Nach dem Sinn von Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG muss es aber zum Vertragsabschluss kommen,<sup>7</sup> da einzig dann eine Zuordnung einer Lieferung an den Vermittler erfolgt. Es braucht somit eine intensivere Tätigkeit des Betreibers einer elektronischen Plattform als nur ein «Unterstützen». Dies sollte aus der Formulierung von Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG hervorgehen.
- 20 Art. 20a Vorentwurf MWSTG geht mit der Formulierung «wer mit Hilfe einer elektronischen Plattform» sehr weit. Wenn die elektronische Plattform nicht präzise und nachhaltig definiert wird, was infolge der technologischen Entwicklungen schwierig ist, oder der Wortlaut von Art. 20a Vorentwurf MWSTG nicht ergänzt wird, fällt jeder Vermittler von Lieferungen gemäss Art. 3 Bst. d Ziff. 1 MWSTG, der elektronische Hilfsmittel benutzt, die allgemein zugänglich sind, unter diese Bestimmung.  
Werden die Betreiber elektronischer Plattformen als Leistungserbringer qualifiziert, müssen sie, wie im Erläuternden Bericht<sup>8</sup> richtig festgehalten wird, die Mehrwertsteuer dem Leistungsempfänger korrekt in Rechnung stellen können. Es werden denn auch im Erläuternden Bericht verschiedene Voraussetzungen genannt, die erfüllt sein müssen, damit die Betreiber der elektronischen Plattformen dieser Aufgabe nachkommen können. Diese Voraussetzungen sollten ins Gesetz einfließen. Sie ermöglichen es, die nicht unter Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG fallenden Lieferungen nach Art. 3 Bst. d Ziff. 2 und 3 MWSTG von denjenigen, welche darunterfallen, abzugrenzen. Dadurch könnte Art. 20a Abs. 2 Vorentwurf MWSTG gestrichen werden.

<sup>5</sup> Art. 29 Abs. 2 BV.

<sup>6</sup> S. 22.

<sup>7</sup> So auch der Erläuternde Bericht, S. 29, Ziff. 1.

<sup>8</sup> S. 29 oben.





- 21 Art. 20a Abs. 2 Bst. a: diese Bestimmung stellt auf die Bestellung ab. Zutreffender wäre es, auf den Vertragsabschluss abzustellen. Die Bestellung ist kein klar definierter Rechtsbegriff, schon gar nicht innerhalb des Mehrwertsteuerrechts. Der Verkäufer, welcher für seine Lieferungen elektronische Plattformen nutzt, gibt auf der elektronischen Plattform in der Regel ein Angebot ab, welches der Käufer annimmt. Vorausgesetzt die allgemeinen Geschäftsbedingungen sehen nichts anders vor, kommt der Vertrag mit der Annahme des Angebotes zustande.
- 22 Art. 20a Abs. 2 Bst. b: diese Bestimmung verwendet wie Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG den Begriff «Unterstützung», aber nicht mit derselben Bedeutung. In Art. 20a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG wird die Erbringung einer Lieferung mit Hilfe einer elektronischen Plattform von dessen Betreiber unterstützt. In Art. 20 Abs. 2 Bst. b Vorentwurf MWSTG betreibt die Person, die nicht als Leistungserbringer gilt, ebenfalls eine elektronische Plattform. Ein Vertragsabschluss kommt ebenfalls zustande, weil darin die Unterstützung des nicht als Leistungserbringer geltenden Unternehmers besteht. Er erzielt aber keinen Umsatz aus diesem Geschäft. Es werden mit dieser Regelung also diejenigen Betreiber von elektronischen Plattformen von der Zuordnung der über die elektronische Plattform getätigten Lieferungen ausgenommen, welche ihre Vermittlungsleistung unentgeltlich anbieten. Gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>9</sup> sind dies Plattformen, welche sich über Werbung finanzieren. Dieser Sachverhalt wird aber mit Art. 20a Abs. 2 Bst. d Vorentwurf MWSTG abgedeckt. Es stellt sich daher die Frage, ob Art. 20a Abs. 2 Bst. b Vorentwurf MWSTG erforderlich ist.
- 23 Art. 20a Abs. 2 Bst. c: keine Bemerkungen.
- 24 Art. 20a Abs. 2 Bst. d: in dieser Bestimmung werden auch die Dienstleistungen erwähnt. Solange die Dienstleistungen nicht Gegenstand von Art. 20a Vorentwurf MWSTG sind, ist es nicht nötig, auf die Dienstleistungen hinzuweisen.
- 25 Art. 20a Abs. 2 Bst. e: es kann auf den Hinweis bei Art. 20a Abs. 2 Bst. d Vorentwurf MWSTG verwiesen werden.<sup>10</sup>
- 26 Art. 23 Abs. 2 Ziff. 13: die Formulierung dieser Bestimmung ist in mehreren Belangen nicht klar (bspw. «Verkäufer»). Zudem ist darauf hinzuweisen, dass mit dieser Formulierung ein inländischer Leistungserbringer, der über eine inländische Plattform eine Lieferung erbringt, eine von der Steuer befreite Lieferung erbringt. Bei von der Mehrwertsteuer befreiten Leistungen liegt regelmässig ein Auslandbezug vor. Das ein solcher bei einer unter Art. 23 MWSTG fallenden Leistung gänzlich fehlt, muss hervorgehoben werden, da die steuerpflichtigen Personen damit nicht rechnen.
- 27 Art. 24 Abs. 5<sup>bis</sup>: Gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>11</sup> muss der Betreiber der elektronischen Plattform, damit er aus mehrwertsteuerlicher Sicht der Leistungserbringer wird, die Mehrwertsteuer beim Käufer erheben. Er kennt damit das Entgelt für den über die Plattform erworbenen Gegenstand. Eine vom geltenden Art. 24 MWSTG abweichende Regelung ist daher nicht erforderlich; die Bestimmung ist zu streichen.
- 28 Es wäre insbesondere sachlich nicht richtig, wenn nachträgliche Entgeltsminderungen, welche bei solchen Lieferungen selten sein dürften, nicht zu berücksichtigen wären. Art. 41 MWSTG muss anwendbar sein.
- 29 Art. 63 Abs. 1 Bst. b: Es wurde bereits darauf hingewiesen,<sup>12</sup> dass diese Regelung die Betreiber elektronischer Plattformen für die Lieferungen, welche sie im eigenen Namen ausführen, gegenüber Lieferanten, die nicht Betreiber elektronischer Plattformen sind, bevorzugt. Eine solche Ungleichbehandlung beruht nicht auf sachlichen Gründen.
- 30 Art. 73 Abs. 2 Bst. e: Diese Anpassung betrifft nicht nur die über elektronische Plattformen vermittelten Lieferungen nach Art. 3 Bst. d Ziff. 1 MWSTG, sondern alle

9 S. 29.

10 RZ 24.

11 S. 29, Ziff. 3.

12 RZ 10.



- Leistungen, welche über elektronische Plattformen vermittelt werden. Da die Betreiber solcher Plattformen in der Regel nicht mit beiden Vertragsparteien in einem Leistungsverhältnis stehen, macht diese Regelung Sinn, da Art. 73 Abs. 2 Bst. c MWSTG zu kurz greift.
- 31 Der Wortlaut dieser Bestimmung stellt auf das Zusammenbringen ab. Diese Formulierung ist auslegungsbedürftig. Massgebend ist der Vertragsabschluss, welcher durch die elektronische Plattform vermittelt wurde. Dies sollte aus dem Gesetzestext hervorgehen.
- 32 Art. 74 Abs. 2 Bst. c: Keine Bemerkung ausser den Vorbehalten des KGs gegen Art. 79a Vorentwurf MWSTG.
- 33 Art. 79a: Wie bereits festgehalten,<sup>13</sup> ist die Beschränkung dieser Bestimmung auf ausländische Unternehmen völkerrechtswidrig. Auch inländische Unternehmen können grundsätzlich Lieferungen gemäss Art. 7 Abs. 3 Bst. b MWSTG ausführen, womit eine Ungleichbehandlung zwischen in- und ausländischen Unternehmen gegeben ist.
- 34 Wenn Lieferungen nach Art. 7 Abs. 3 Bst. b MWSTG unter Einbezug einer elektronischen Plattform erfolgen, hat der ausländische Verkäufer, wenn er die Umsatzgrenze von CHF 100'000 überschreitet, zwar Inlandlieferungen. Diese sind aber steuerbefreit, weshalb er, wenn er keine Lieferungen ohne Einbezug einer elektronischen Plattform im Inland ausführt, im Inland nicht mehrwertsteuerpflichtig wird. Die steuerbare Lieferung hat der Betreiber der elektronischen Plattform. Der Verkäufer haftet aber nach Art. 15 Abs. 4<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG subsidiär mit dem Betreiber der elektronischen Plattform.
- Die Androhung administrativer Massnahmen macht daher einzig für solche ausländischen Verkäufer Sinn, welche auch noch Lieferungen ausführen, in welche keine elektronische Plattform einbezogen ist. Art. 79a Vorentwurf MWSTG betrifft daher überwiegend die Betreiber elektronischer Plattformen. Dies sollte deutlicher aus Art. 79a Vorentwurf MWSTG hervorgehen.
- 35 Für den Fall, dass die elektronische Plattform ihren Verpflichtungen nicht nachkommt, sollte dem Verkäufer und dem Käufer die Möglichkeit offenstehen, die Mehrwertsteuer zu entrichten und damit administrative Massnahmen zu vermeiden.
- 36 Gemäss dem Wortlaut von Art. 79a Abs. 1 Bst. a Vorentwurf MWSTG genügt es für die Ausfällung von administrativen Massnahmen, dass sich ein die Voraussetzungen der Mehrwertsteuerpflicht im Inland erfüllendes Unternehmen nicht registrieren lässt. Unwesentlich ist, ob überhaupt ein Steuerausfall entsteht. Obwohl es sich bei Art. 79a Vorentwurf MWSTG um eine Kann-Vorschrift handelt, sollte die Anwendung bei einer Nichteintragung als steuerpflichtige Person an weitere Voraussetzungen als nur die subjektive Steuerpflicht geknüpft werden. Diese sollte im Gesetz zumindest skizziert werden.
- 37 Die Nichterfüllung der Zahlungspflicht stellt kein strafrechtlich relevantes Verhalten dar. Sie hat häufig ihre Ursache in Zahlungsschwierigkeiten des Schuldners. Wenn nun in Art. 79a Abs. 1 Bst. b Vorentwurf MWSTG bereits eine teilweise Nichterfüllung der Zahlungspflicht genügen soll, um schwerwiegende administrative Massnahmen zu ergreifen, welche die Zahlungsmöglichkeiten der betroffenen Unternehmung weiter einschränken, ist dies abzulehnen. Die Schaffung von weitergehenden Gefahren für das Steuersubstrat kann nicht Ziel einer Gesetzesbestimmung sein.
- 38 Geringfügige Verstösse gegen die Abrechnungspflichten rechtfertigen die angedrohten Massnahmen, welche bereits an sich auf ihre Verhältnismässigkeit zu prüfen sind, ebenfalls nicht.



- 39 Art. 79a Abs. 1 Bst. a und b Vorentwurf MWSTG sollten daher einschränkender ausgestaltet werden, wenn an den administrativen Massnahmen festgehalten wird.
- 40 In Art. 79a Abs. 2 könnte ausdrücklich auf das rechtliche Gehör verwiesen werden. Damit wäre eindeutig festgelegt, welche Rechte die betroffenen ausländischen Unternehmen haben. Die Verwendung des Begriffes «anhören» könnte den Schluss zulassen, dass eine abgeschwächte Form des rechtlichen Gehörs Anwendung findet. Dies ist zu vermeiden.
- 41 Das KG erachtet die administrativen Massnahmen gemäss Art. 79a Abs. 3 Vorentwurf MWSTG als zu weitgehend. Es ist fraglich, ob diese dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit staatlichen Handelns standhalten. Bundesgesetze können zwar vom Bundesgericht nicht auf ihre Verfassungsmässigkeit überprüft werden. Trotzdem ist zu fordern, dass sie verfassungsrechtliche Vorgaben einhalten.
- 42 Unter welchen Voraussetzungen die in Art. 79a Abs. 3 Vorentwurf MWSTG vorgesehenen Massnahmen ausgesprochen werden und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen, ist im Gesetz zu regeln. Es handelt sich um einschneidende Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit und die Eigentumsrechte. Solche sind auf Gesetzesstufe zu regeln. Es genügt insbesondere nicht, den Vorrang von Art. 79a Abs. 3 Bst. a vor Bst. b Vorentwurf MWSTG nur im Erläuternden Bericht zu erwähnen.<sup>14</sup>
- 43 Der Wortlaut von Art. 79a Abs. 4 Vorentwurf MWSTG ist missverständlich. Die ESTV hat die administrativen Massnahmen zu verfügen. Der Vollzug kann der EZV übertragen werden. Die Verfügung der administrativen Massnahmen muss aber so präzise ausgestaltet sein, dass deren Vollzug möglich ist. Es braucht dafür keine Anweisungen der ESTV. Dies ergibt sich auch aus dem Erläuternden Bericht.<sup>15</sup> Art. 79a Abs. 4 Vorentwurf MWSTG ist daher umzuformulieren und die Anweisungen der ESTV sind zu streichen.
- 44 In Art. 79a Abs. 5 Vorentwurf MWSTG sollte noch «rechtskräftig» eingefügt werden. Eine Veröffentlichung vor Eintritt der Rechtskraft ist abzulehnen.
- 45 Es wurde bereits erwähnt, dass der Ausschluss der Gewährung des rechtlichen Gehörs der Käufer im Inland, wenn diese von den getroffenen administrativen Massnahmen betroffen sind oder sein könnten, entschieden abzulehnen ist. Eine Veröffentlichung der Namen derjenigen Unternehmen, gegen die administrativen Massnahmen ausgefällt wurden, ersetzt die Gewährung des rechtlichen Gehörs nicht. Die Lieferungen gehen an bestimmte Leistungsempfänger, deren Adressen bekannt sind. Die ESTV kann diesen Leistungsempfängern daher das rechtliche Gehör gewähren. Nur weil damit ein Verwaltungsaufwand verbunden ist, können nicht die Rechte der von den administrativen Massnahmen betroffenen Käufer übergangen werden. Die Auferlegung von Pflichten an Käufer, nämlich die Überwachung, ob Verkäufer von Gegenständen mit administrativen Massnahmen belegt worden sind, vor dem Abschluss eines Kaufgeschäftes, wie der Erläuternde Bericht<sup>16</sup> dies vorsieht, ist abzulehnen.
- 46 Art. 79a Abs. 6: es wird auf die Ausführungen in Rz 42 verwiesen.
- 47 Art. 115b Abs. 2: In Bst. a ist der Verweis auf Art. 20a richtigzustellen. Art. 20 Abs. 4 gibt es nicht.

#### 1.c. Empfehlungen KG

- 48 Wenn an der Erhebung der Mehrwertsteuer bei den Betreibern elektronischer Plattformen festgehalten wird, sollten die vorgeschlagenen Regelungen überarbeitet und präzisiert werden. Es sind insbesondere die vorgeschlagenen Regelungen bei der Einfuhrsteuer in die Gesetzesvorlage aufzunehmen.
- 49 In der Botschaft zur Gesetzesvorlage muss ausdrücklich und in der erforderlichen Tiefe dargelegt werden, dass die vorgesehene Plattformbesteuerung auch für inländische

<sup>14</sup> S. 43 zu Abs. 3 Bst. b.

<sup>15</sup> S. 43 zu Abs. 4.

<sup>16</sup> S. 44 zu Abs. 7.



Plattformen und Leistungserbringer (Verkäufer) gilt. Es muss auf die neue Anwendung der Steuerbefreiung auch auf inländische Lieferungen ohne Auslandsbezug hingewiesen werden. Dies hat nämlich zur Folge, dass Lieferungen an inländische Käufer je nachdem, ob sie unter Zuhilfenahme einer elektronischen Plattform erfolgen oder nicht, steuerbefreit oder steuerbar sind. Eine Konsequenz ist auch, dass sämtliche Verkäufe von Privaten über elektronische Plattformen der Mehrwertsteuer unterliegen, obwohl die verkaufenden Privaten nicht steuerpflichtige Personen sind.

50 Das Verlagerungsverfahren ist allen Importeuren zur Verfügung zu stellen. Dies, um die durch die vorgeschlagene Regelung entstehende Ungleichbehandlung von Lieferungen zu vermeiden, aber auch zur Vereinfachung der Einfuhr von Gegenständen im Allgemeinen.

51 Das KG versteht den Zweck, welchen die administrativen Massnahmen erfüllen sollen. Solche müssen aber den grundlegenden Prinzipien der Verfassung standhalten. Diese Anforderung erfüllt Art. 79a Vorentwurf MWSTG nicht. Der Käufer hat regelmässig die eingekauften Gegenstände bereits bezahlt und er ist auch der Schuldner der Einfuhrsteuer. Er wird daher durch die Zerstörung der Ware geschädigt und dies ohne, dass ihm zuvor das rechtliche Gehör gewährt wird, was stossend und unhaltbar ist. Ihm stehen zwar vertragsrechtliche Ansprüche gegenüber dem Verkäufer zu, welche er aber im Ausland geltend machen muss, was regelmässig mit hohem Arbeits- und Kostenaufwand verbunden ist, und es ist fraglich, ob er seine Ansprüche durchsetzen kann.

#### 1.d. Weitere Empfehlungen KG

52 Das KG empfiehlt mit einer knappen Mehrheit seiner Mitglieder<sup>17</sup> neben den Lieferungen auch sämtliche Dienstleistungen, welche unter Zuhilfenahme einer elektronischen Plattform ausgeführt werden, unter Art. 20a Vorentwurf zu erfassen. Es ist nicht einzusehen, weshalb sämtliche Verkäufe von Gegenständen, somit auch solche von Privatpersonen, wenn diese über eine elektronische Plattform zu Stande kommen, der Mehrwertsteuer unterliegen sollen, die Dienstleistungen und die Vermietungen, wie bspw. AirBnB Vermietungen Privater, aber nicht. Für die Mehrheit der KG-Mitglieder stellt das Fehlen entsprechender Regelungen in der EU bzw. entsprechender Empfehlungen der OECD kein Hindernis für die Umsetzung im inländischen Mehrwertsteuergesetz dar.

53 Damit eine lückenlose Erfassung der Lieferungen, bei denen bei der Einfuhr wegen der Geringfügigkeit des Steuerbetrages keine Einfuhrsteuer erhoben wird, möglich ist, sollte die Grenze von CHF 100'000 in Art. 7 Abs. 3 Bst. b MWSTG gestrichen werden. Es ist richtig, wenn ein ausländisches Unternehmen, wie ein inländisches, erst bei einem weltweiten Umsatz von CHF 100'000 subjektiv steuerpflichtig wird. Es ist für die Mehrheit der Mitglieder des KGs<sup>18</sup> sachlich aber nicht richtig, für Leistungserbringer von sog. Kleinsendungen die subjektive Steuerpflicht von weiteren Anforderungen, nämlich der Erreichung eines Umsatzes von CHF 100'000 mit solchen Kleinsendungen abhängig zu machen.

54 Allen Betreibern von elektronischen Plattformen, unabhängig davon, welche Leistungen sie über eine elektronische Plattform vermitteln, sollte nach der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des KGs<sup>19</sup> die freiwillige Anwendung von Art. 20a Vorentwurf MWSTG ermöglicht werden. Dafür könnte eine der Unterstellungserklärung nachgebildete Erklärung für eine freiwillige Unterstellung Anwendung finden. Die Betreiber elektronischer Plattformen könnten mit einer solchen Unterstellungserklärung Rechtssicherheit für sich, die Verkäufer und Käufer schaffen.

<sup>17</sup> Sieben Mitglieder des KGs stimmten der Ausweitung auf Dienstleistungen zu, sechs Mitglieder lehnen diese ab.

<sup>18</sup> Eine Stimme dagegen und eine Enthaltung.

<sup>19</sup> Eine Enthaltung.





## 2. Subvention – gesetzliche Vermutung (Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG)

### 2.a. Beurteilung KG

- 55 Der Vorentwurf MWSTG sieht vor, dass durch die Bezeichnung ausgerichteter Mittel als Subvention oder öffentlich-rechtlichen Beitrag durch das ausrichtende Gemeinwesen eine gesetzliche Vermutung greift, es handle sich um eine Subvention oder einen öffentlich-rechtlichen Beitrag. Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG stellt damit eine blosser Beweisregel auf. Die materiell-rechtliche Problematik der Abgrenzung zwischen einer Subvention bzw. eines öffentlich-rechtlichen Beitrages und dem Entgelt für eine Leistung, welche in der Steuerpraxis Schwierigkeiten bereitet, wird damit in keiner Art und Weise gelöst.
- 56 Infolge des im Mehrwertsteuerrecht geltenden Grundsatzes der Selbstdeklaration muss die steuerpflichtige Person, damit sie die Mehrwertsteuer richtig abrechnen kann, überprüfen, ob tatsächlich eine Subvention oder ein öffentlich-rechtlicher Beitrag vorliegt. Die Folgen einer unzutreffenden Qualifikation trägt sie vollumfänglich. Daran ändert die vorgeschlagene gesetzliche Vermutung nichts.
- 57 Die ESTV ist verpflichtet, das Mehrwertsteuergesetzes richtig anwenden. Die gesetzliche Vermutung zu Gunsten einer Subvention entbindet die ESTV daher nicht davon zu prüfen, ob tatsächlich eine Subvention bzw. ein öffentlich-rechtlicher Beitrag vorliegt. Die vorgeschlagene gesetzliche Vermutung nimmt ihr diese Aufgabe nicht ab.
- 58 Nach geltendem Recht liegt die Beweislast für das Vorliegen eines Leistungsaustausches bei der ESTV,<sup>20</sup> da es sich dabei um eine steuerbegründende Tatsache handelt. Der Erläuternde Bericht<sup>21</sup> hält zu Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG fest, dass sich daran nichts ändert; damit ist klar, dass die vorgeschlagene Regelung auch auf der Ebene des Beweisrechts nichts Neues bringen wird. Es fragt sich daher, welches ihr Nutzen sein soll und kann.
- 59 Subventionen und öffentlich-rechtliche Beiträge sind als Nicht-Entgelte nicht Steuerobjekt der Mehrwertsteuer. Sie haben aber eine Vorsteuerkürzung zur Folge, weshalb sie bei der Ermittlung der Höhe des Vorsteuerabzuges von Bedeutung sind. Da es sich beim Vorsteuerabzug um eine steuermindernde Tatsache handelt, liegt die Beweislast dafür, dass keine Vorsteuerkürzung erforderlich ist, somit die Vorsteuern richtig deklariert sind, bei der steuerpflichtigen Person, weil sie die Richtigkeit des Vorsteuerabzuges beweisen muss.
- 60 Mit der in Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG vorgesehenen gesetzlichen Vermutung wird die Position der ESTV hinsichtlich der Vorsteuerkürzung gestärkt. Sie kann sich auf die gesetzliche Vermutung stützen und eine Vorsteuerkürzung verlangen. Der steuerpflichtigen Person obliegt es, die gesetzliche Vermutung zu beseitigen. Ist die steuerpflichtige Person mit der Vorsteuerkürzung nicht einverstanden, verschlechtert sich ihre Beweisposition durch die gesetzliche Vermutung, weil sie diese nun umstossen muss. Dieser Gegenbeweis ist an höhere Anforderungen gebunden als diejenigen, welche sich aus der Beweislast für steuermindernde Tatsachen ergeben. Bezogen auf die Vornahme einer Vorsteuerkürzung stärkt die vorgeschlagene Beweisregel daher die Beweisposition der ESTV, was von niemanden gefordert wurde und wofür es keinen sachlichen Grund gibt.
- 61 Mit Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG wird weder die Problematik gelöst, welche die WAK-S mit ihrer Motion aufgriff, noch Rechtssicherheit für die steuerpflichtigen Personen erreicht. Zudem wird eine extensive Auslegung der systemwidrigen Bestimmung von Art. 33 Abs. 2 MWSTG zementiert.

<sup>20</sup> Eidgenössische Steuerverwaltung, Hauptabteilung Mehrwertsteuer.  
<sup>21</sup> S. 25.



62 In den Erläuterungen wird mit dem Begriff des «Kollektivkonsums» hantiert; dieser Begriff existierte bisher in der Dogmatik zur schweizerischen Mehrwertsteuer nicht. Er stellt eine Ausweitung des Steuergutes der Mehrwertsteuer dar, welche gegen die in der Reform 2008 definierten Systematik des Mehrwertsteuerrechts gerichtet ist und damit die Rechtssicherheit gefährdet.

2.b. Zum vorgeschlagenen Gesetzestext

63 Die Mehrwertsteuer stellt für die Qualifikation von Geldflüssen auf die wirtschaftlichen Vorgänge ab, die ihnen zu Grunde liegen. Die Bezeichnung eines Geldflusses als Subvention oder öffentlich-rechtlichen Beitrag entbindet daher nicht davon, zu prüfen, ob diesem Geldfluss eine Leistung gemäss Art. 3 Bst. c MWSTG zu Grunde liegt oder eine solche Leistung fehlt und damit ein Nicht-Entgelt gemäss Art. 18 Abs. 2 MWSTG gegeben ist. Es kann daher nicht auf die Bezeichnung eines Mittelzuflusses abgestellt werden.

64 Art. 18 Abs. 2 Bst. a MWSTG ändert sich nicht. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb Art. 29 MWSTV gestrichen werden soll, wie dies der Erläuternde Bericht vorsieht.<sup>22</sup> Dadurch wird die Rechtssicherheit für die steuerpflichtigen Personen geschmälert, wofür es keinen sachlichen Grund gibt.

2.c. Empfehlungen KG

65 Die vorgeschlagene gesetzliche Vermutung löst keines der Probleme, welche die Steuerpraxis in Zusammenhang mit Subventionen seit langem beschäftigen. Sie setzt daher den Auftrag der Motion der WAK-S<sup>23</sup> nicht um, weshalb der vorgeschlagene Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG abzulehnen ist.

66 Die vom Bundesrat abgelehnte Befreiung an der Quelle für Gemeinwesen sollte nach der überwiegenden Mehrheit der KG Mitglieder<sup>24</sup> umgesetzt werden. Es sollte daher eine Steuerbefreiung für Leistungen an Gemeinwesen ins Mehrwertsteuergesetz, präziser in Art. 23 MWSTG, aufgenommen werden. Zu denken ist an eine analoge Regelung zu Art. 23 Abs. 2 Ziff. 8 MWSTG (Steuerbefreiung für die Luftfahrt).

Damit sollen die Gemeinwesen vollumfänglich von der Mehrwertsteuer befreit werden, soweit sie nicht unternehmerisch tätig sind. Für die Erhebung der Mehrwertsteuer bei Gemeinwesen, welche unternehmerisch tätig sind, ist zur Sicherstellung der Gleichstellung mit anderen Unternehmen ein Bezugsteuertatbestand zu schaffen. Die Gemeinwesen müssten für die für ihre unternehmerischen Bereiche steuerfrei bezogenen Leistungen eine Bezugsteuer deklarieren. Bei Abrechnung der Mehrwertsteuer mittels Pauschalsteuersätzen ist diese auch zu entrichten. Wird die Mehrwertsteuer effektiv abgerechnet, kann sie im Umfang des Vorsteuerabzugsrechtes in Abzug gebracht werden.

67 Art. 29 MWSTV ist weiterhin zwingend erforderlich. Er bezieht sich auf Art. 18 Abs. 2 MWSTG und steht in keinem Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Art. 18 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG. Seine Streichung wird daher vom KG einstimmig abgelehnt.

68 Weiter spricht sich das KG für die Aufhebung von Art. 33 Abs. 2 MWSTG aus, somit der Vorsteuerkürzung infolge Subventionen und öffentlich-rechtlicher Beiträge. Die in den Erläuterungen<sup>25</sup> vorgenommene Unterscheidung zwischen Individual- und Kollektivkonsum widerspricht der Dogmatik des Mehrwertsteuergesetzes und wird vom KG abgelehnt. Nach Ansicht des KGs geht es nicht um eine Privilegierung des Kollektivkonsums, sondern darum, diesen steuerlich nicht zu belasten.

22 S. 25.

23 16.3431 «Keine Mehrwertsteuer auf subventionierten Aufgaben».

24 Eine Enthaltung.

25 S. 11, Ziff. 1.2 Schlussteil, zweiter Bullet Point.



### 3. B2B – neue Bezugsteuer auf Leistungen von ausländischen an inländische Unternehmen (Art. 1 Abs. 2 Bst. b, Art. 18 Abs. 1, Art. 20b, Art. 40 Abs. 3, Art. 45, Art. 45a, Art. 45b, Art. 45c, Art. 48 Abs. 1, Art. 49, Art. 52 Abs. 2, Art. 66 Abs. 3 Vorentwurf MWSTG)

#### 3.a. Beurteilung KG

- 69 Das geltende Mehrwertsteuergesetz beruht auf einer klaren Systematik. Durch die vorgeschlagene Ausweitung des Anwendungsbereiches der Bezugsteuer und den Vorrang der Bezugsteuer vor der Inlandsteuer<sup>26</sup> wird das dem geltenden Mehrwertsteuergesetz zu Grunde liegende System fundamental geändert. Eine entsprechende politische Forderung ist im Vorfeld dieser Reform nie formuliert worden; es handelt sich vielmehr um eine nicht fundiert durchdachte, in keiner Weise nötige Übernahme von ausländischem Recht (dessen Nutzen in den betreffenden Staaten bereits hinterfragt wird).
- 70 Der Ausweitung der Bezugsteuer auf alle durch inländische bei ausländischen Unternehmen bezogenen Leistungen führt zu einer einschneidenden Benachteiligung der inländischen gegenüber den ausländischen Unternehmen, indem die ausländischen Unternehmen in Bezug auf ihre Geschäftstätigkeit in der Schweiz von ihren Fiskalpflichten entlastet werden, den inländischen Unternehmen demgegenüber ein enormer administrativer Zusatzaufwand aufgebürdet wird. Dies widerspricht dem Grundsatz der Wettbewerbsneutralität der Mehrwertsteuer und auch der politischen Zielsetzung der grossen Mehrwertsteuerreform 2008 zur Entlastung der Unternehmen.
- 71 Die vorgeschlagene Gesetzesänderung widerspricht insbesondere auch dem mit dem geltenden Mehrwertsteuergesetz befolgten Grundsatz der Vereinfachung der Mehrwertsteuer für steuerpflichtige Personen. Für die inländischen steuerpflichtigen Personen verkompliziert sich die Handhabung der Mehrwertsteuer mit der vorgeschlagenen Neuregelung der Bezugsteuer erheblich.
- 72 Eine Vereinfachung stellt die vorgeschlagene Regelung – wie gesagt – einzig für die ausländischen Unternehmen dar. Für die inländischen Unternehmen führt sie zu Mehraufwand und insbesondere bei allen, welche Vorsteuerkorrekturen haben, zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuerrisiken. Der im Erläuternden Bericht<sup>27</sup> erwähnte Liquiditätsvorteil wiegt diese Risiken in keiner Art und Weise auf.
- 73 Die vorgeschlagene Ausweitung der Bezugsteuer auf alle durch inländische Unternehmen bei ausländischen Unternehmen bezogenen Leistungen und der Vorrang der Bezugsteuer vor der Inlandsteuer hat zur Folge, dass sämtliche Risiken der Qualifizierung der von ausländischen Unternehmen bezogenen Leistungen auf die inländischen leistungsbeziehenden Unternehmen verlagert werden. Die inländischen Unternehmen, die Leistungen von ausländischen Unternehmen beziehen, müssten auch in den Fällen, in denen ihnen von einem ausländischen Unternehmen die Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt wird, infolge des durch die Reform neu geschaffenen Vorranges der Bezug- vor der Inlandsteuer prüfen, ob sie die Bezugsteuer abrechnen müssen. Bei jedem Leistungsbezug müsste u.a. geprüft werden, ob der Leistungserbringer ein Unternehmen mit Sitz, Betriebsstätte oder Wohnsitz im Ausland ist. Was auf den ersten Blick einfach erscheint, kann in der Praxis, wenn bspw. am Sitzort keine Substanz vorhanden ist, den Leistungsempfänger in die Situation bringen, dass er die Mehrwertsteuer objektiv nicht richtig abrechnen kann, weil er nicht über die erforderlichen Informationen verfügt und diese auch nicht beschaffen kann.
- Das inländische leistungsempfangende Unternehmen müsste auch jeweils prüfen, ob tatsächlich die Bezugsteuer abzurechnen ist oder eine Ausnahme greift. Die in der Liste der Ausnahmen aufgeführten gastgewerblichen Leistungen und Personenbe-

<sup>26</sup> Art. 18 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG,

<sup>27</sup> S. 35 zu Art. 45.



- förderungsleistungen sind meist Spesen, welche gerade in grösseren Unternehmen in grosser Menge vorkommen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung hätte zur Folge, dass diese künftig jeweils daraufhin geprüft werden müssten, ob Bezugsteuer abzurechnen ist. Diese Verpflichtung würde insbesondere all jenen inländischen Unternehmen, die nicht sämtliche Vorsteuern in Abzug bringen können, treffen. Wenn dies nicht berücksichtigt würde, könnten sie Jahre später mit Nachsteuerforderungen samt Verzugszinsen und Straffolgen konfrontiert sein.
- 74 Nicht der Bezugsteuer unterliegen Lieferungen, für die der Leistungsempfänger Schuldner der Einfuhrsteuer ist. Der ausländische Lieferant erbringt diesfalls keine Lieferung im Inland. Ebenfalls nicht der Bezugsteuer unterliegen Lieferungen mit Unterstellungserklärung und Lieferungen von Gegenständen, welche wegen des geringfügigen Steuerbetrages von der Einfuhrsteuer befreit sind,<sup>28</sup> wenn der Grenzwert von CHF 100'000 nicht überschritten wird. Dies ergibt sich daraus, dass Art. 45 Vorentwurf nicht auf Art. 7 Abs. 3 MWSTG verweist. Ausländische Unternehmen, welche solche Lieferungen erbringen, müssten sich somit weiterhin im schweizerischen MWST-Register registrieren und die Mehrwertsteuer in Inland abrechnen. Da der inländische Leistungsempfänger nicht darauf abstellen kann, dass bei einer Überwälzung der Mehrwertsteuer auf ihn keine Bezugsteuer abzurechnen ist, muss er, um seine MWST-Abrechnung richtig zu erstellen, auch bei solchen Lieferungen entsprechende Abklärungen vornehmen und die Rechtslage vertieft kennen.
- Im Erläuternden Bericht<sup>29</sup> wird zwar dargelegt, dass die ausländischen Unternehmen gesetzlich mittels einer Verordnungsbestimmung verpflichtet werden sollen, darauf hinzuweisen, dass die Inlandsteuer in Rechnung gestellt wird. Da die Mehrwertsteuer in der Regel offen überwält ist, hat der Leistungsempfänger diese Information aber bereits, indem ihm die Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt wird. Eine solche Verordnungsbestimmung bringt ihm daher nichts und entbindet ihn wegen des Vorranges der Bezug- vor der Inlandsteuer nicht davon, eine Überprüfung vorzunehmen.
- Im geltenden Recht zeigt sich die Rechtslage anders, weil die Inlandsteuer der Bezugsteuer zwar nicht ausdrücklich, aber implizit durch deren Ausgestaltung vorgeht. Sobald ein ausländisches Unternehmen im Inland im MWST-Register eingetragen ist, greift die Inlandsteuer und die Voraussetzungen für die Erhebung der Bezugsteuer sind nicht mehr gegeben.
- 75 Inländische Unternehmen müssen die mehrwertsteuerlichen Regelungen im Inland, aber auch in denjenigen Staaten kennen, in denen sie tätig sind. Dies kann auch von ausländischen Unternehmen gefordert werden. Die Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen eines Staates, in dem ein Unternehmen tätig ist, ist Teil der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Aufgaben. Es ist nicht Sache des Gesetzgebers, ausländischen Unternehmen Mehraufwand auf Kosten der inländischen Unternehmen zu ersparen.<sup>30</sup>
- 76 Die Anwendung der Umkehr der Steuerschuldnerschaft in der EU bei B2B Leistungen ist keine Begründung für die vorgeschlagene Gesetzesänderung. Die Schweiz hat ihr eigenes Mehrwertsteuersystem und keine rechtliche Verpflichtung, das EU-Mehrwertsteuerrecht nachzuvollziehen. Innerhalb der EU gibt es zudem keine Landesgrenzen, weshalb die Abstimmung mit der Einfuhrsteuer für Leistungen innerhalb der EU entfällt.
- 77 Eine konsistente Umsetzung der Ausweitung des Anwendungsbereiches der Bezugsteuer auf B2B Transaktionen müsste auch die subjektive Steuerpflicht und die Einfuhrsteuer miteinbeziehen.
- 78 Ausländische Unternehmen, welche Leistungen erbringen, die nach der vorgeschlagenen Regelung der Bezugsteuer unterliegen, erbringen Leistungen im Inland, was Voraussetzung für die subjektive Steuerpflicht im Inland ist. Diese Leistungen sind aber

<sup>28</sup> Versandhandelsregelung.

<sup>29</sup> S. 37, 3. Abschnitt.

<sup>30</sup> Erläuternder Bericht, S. 35 zu Art. 45.





nicht bei ihnen, sondern beim Leistungsempfänger Steuerobjekt (Bezugsteuer). Für ausländische Unternehmen greift durch die Ausweitung der Bezugsteuer somit eine viel weitgehendere Befreiung von der Steuerpflicht im Inland.<sup>31</sup> Auf diese Befreiung von der Steuerpflicht können die ausländischen Unternehmen aber verzichten.<sup>32</sup> Ausländische Unternehmen, welche im Inland Vorsteuern haben, werden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, da ein im Inland steuerpflichtiges Unternehmen Vorsteuern schneller zurückerstattet erhält, als dies auf dem Wege der Vergütung der Mehrwertsteuer an Abnehmer und Abnehmerinnen mit Wohn- und Geschäftssitz im Ausland<sup>33</sup> der Fall ist. Letzteres setzt zudem voraus, dass das ausländische Unternehmen in einem Staat den Sitz der wirtschaftlichen Tätigkeit hat, der Gegenrecht hält.

Zudem setzt der fiktive Vorsteuerabzug eine Eintragung im MWST-Register voraus.<sup>34</sup> Dasselbe gilt für die Option für von der Mehrwertsteuer ausgenommene Leistungen.<sup>35</sup>

79 Es wird daher vermehrt ausländische Unternehmen geben, welche im MWST-Register eingetragen sind, keine Mehrwertsteuer abrechnen, aber Vorsteuer deklarieren. Sie werden regelmässig Vorsteuerüberschüsse haben. Zu denken ist etwa an ausländische Unternehmen, die im Inland werkvertragliche Lieferungen ausführen. Sie sind Importeure der Gegenstände, welche im Inland noch bearbeitet, montiert, etc. werden. Folglich muss ein solches ausländisches Unternehmen die Einfuhrsteuer abliefern.<sup>36</sup> Das ausländische Unternehmen wird daher, um die Einfuhrsteuern als Vorsteuern zügig zurückfordern zu können, auf die Befreiung von der Steuerpflicht im Inland verzichten.

80 Es ist somit äusserst fraglich, ob das mit der Ausweitung der Bezugsteuer bezweckte Ziel, die Anzahl ausländischer Steuerpflichtiger zu senken, erreicht würde. Für den Bund könnte sich vielmehr das Risiko von Steuerausfällen, verursacht durch ausländische Unternehmen, erhöhen. Diese Rechtslage könnte zu Missbräuchen einladen.

81 Der Verzicht auf die Erfassung der Einfuhr von Datenträgern ohne Marktwert und den darin enthaltenen Dienstleistungen und Rechten mit der Bezugsteuer ist abzulehnen. Die Unterstellung dieser Leistungen unter die Einfuhrsteuer kann einen erheblichen Aufwand im Zusammenhang mit der Festsetzung der Bemessungsgrundlage bei der Einfuhr verursachen.

82 Die Gründe für die Streichung des bisherigen Art. 45 Abs. 1 Bst. c MWSTG, welcher die Lieferungen von unbeweglichen Gegenständen unter bestimmten Voraussetzungen der Bezugsteuer unterwirft, ergeben sich nicht aus dem Erläuternden Bericht.<sup>37</sup>

83 Abzulehnen ist die im Erläuternden Bericht<sup>38</sup> vertretene Ansicht, dass im UID Register eingetragene Einzelunternehmer auch ihre privaten Leistungsbezüge ab dem ersten Franken und nicht erst ab CHF 10'000 der Bezugsteuer unterstellen müssen. Für diese Ungleichbehandlung der Einzelunternehmer in ihrem nicht-unternehmerischen Bereich gibt es keinen sachlichen Grund.

### 3.b. Zu den einzelnen Gesetzesbestimmungen

84 Art. 1 Abs. 2 Bst. b: keine Bemerkungen.

85 Art. 18 Abs. 1: der Vorrang der Bezug- vor der Inlandsteuer ist ein wesentlicher Eingriff in das bestehende System der Mehrwertsteuer.

86 Art. 20b: In dieser neuen Bestimmung wird der Begriff des Leistungsempfängers definiert. Gestützt auf die Definition der Leistung in Art. 3 Bst. c MWSTG ist der

31 Art. 10 Abs. 2 Bst. b Ziff. 3 Vorentwurf MWSTG.

32 Art. 11 Abs. 1 MWSTG.

33 Art. 151 ff. MWSTV.

34 Ergibt sich aus dem Verweis in Art. 151 MWSTV auf Art. 28 Abs. 1 und 3 MWSTG.

35 Art. 21 MWSTG i.V.m. Art. 22 MWSTG.

36 Bestätigt im Erläuternden Bericht, S. 36 oben. Zum Vorsteuerabzug siehe nachfolgend.

37 S. 38 zu Art. 45a.

38 S. 40 zu Art. 45c letzter Absatz.



Leistungsempfänger die Drittperson, welcher der verbrauchsfähige wirtschaftliche Wert eingeräumt wird. Leistungsempfänger ist somit die Person, welche die Leistung verbraucht. Art. 20b Vorentwurf MWSTG rückt von dieser Betrachtung ab und stellt auf den Aussenauftritt ab. Dabei ist auch gemäss dem Erläuternden Bericht eine wirtschaftliche Betrachtung anzustellen.<sup>39</sup> Es ist daher fraglich, welcher Mehrwert Art. 20b Vorentwurf MWSTG zukommt.

87 Art. 40 Abs. 3: Keine Bemerkungen.

88 Art. 45 Abs. 2: Die Ausnahmen von der Bezugsteuerpflicht führen zu einem erhöhten Qualifikationsaufwand bei den inländischen steuerpflichtigen Unternehmungen, um ausländische Unternehmen zu entlasten. Dies ist, abgesehen von den von der Inlandsteuer ausgenommenen und den befreiten Leistungen abzulehnen, weshalb Art. 45 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG auf diese Ausnahmen zu begrenzen wäre.

89 Art. 45 Abs. 3: Es sollten die Begriffe Leistungsempfänger oder Leistungsempfängerinnen und nicht die Begriffe Empfänger oder Empfängerinnen verwendet werden. Dasselbe gilt für die folgenden Bestimmungen zur Bezugsteuer.

90 Art. 45a Abs. 1: Die Formulierung im Vorentwurf ist weniger präzise als die bisherige Formulierung.

91 Abs. 45a Abs. 2: keine Bemerkungen.

92 Abs. 45a Abs. 3: Diese Regelung entspricht der geltenden Rechtslage. Es stellt sich aber die Frage, ob diese Regelung nicht in einem separaten Artikel erfolgen sollte. Dies wäre verständlicher als der Verweis auf Art. 45b Vorentwurf MWSTG in dieser Bestimmung. Letztlich geht es darum, dass für die Ermittlung, ob die CHF 10'000 überschritten sind, alle Leistungen, welche der Bezugsteuer unterliegen, heranzuziehen sind.

93 Art. 45c: Das Abstellen auf die Eintragung im MWST-Register im Zeitpunkt der Leistungserbringung verursacht für die Leistungsempfänger zusätzlichen Aufwand, weil dieser Zeitpunkt nicht so einfach feststellbar ist. Es kann auf die diesbezüglichen Erfahrungen bei der Änderung der Mehrwertsteuersätze verwiesen werden. Zweckmässig wäre daher auf das Datum der Rechnung abzustellen, da dieser Zeitpunkt einfach und präzise festgestellt werden kann.

94 Art. 48 Abs. 1: Bst. b erster Halbsatz kann wie folgt vereinfacht werden: «Bei steuerpflichtigen Leistungsempfängern, die nach vereinnahmten Entgelten...».

95 Art. 49: keine Bemerkungen.

96 Art. 52 Abs. 2: Der geltende Gesetztext ist beizubehalten. Es wurde bereits dargelegt, dass die Bezugsteuer auf Datenträgern ohne Marktwert beibehalten werden soll, weshalb diese Bestimmung weiterhin erforderlich ist.

97 Art. 66 Abs. 3: keine Bemerkungen.

### 3.c. Empfehlungen KG

98 Das KG lehnt die vorgeschlagenen Änderungen hinsichtlich der Bezugsteuer entschieden ab. Die Nachteile dieser Regelung sind erheblich und betreffen sämtliche steuerpflichtige Personen im Inland, sogar diejenigen, welche mit Saldo- und Pauschalsteuersätze abrechnen. Wirkliche Vorteile sind keine ersichtlich.

99 Wenn der Gesetzgeber eine Umstellung auf den Vorrang der Bezugsteuer vor der Inlandsteuer umsetzen will, sollte die Bezugsteuer auch für alle Leistungen zwischen steuerpflichtigen inländischen Unternehmen greifen. Alle Leistungen zwischen steuerpflichtigen Unternehmen unterlägen diesfalls der Bezugsteuer, unabhängig davon, ob sie zwischen inländischen oder zwischen aus- und inländischen Unternehmen ausgetauscht würden. Es wären folglich sämtliche B2B Leistungen mit der Bezugsteuer zu erfassen. Ergänzend wäre für solche Leistungen auf die Erhebung der Einfuhrsteuer zu verzichten.

<sup>39</sup> S. 30 zu Art. 20b.



- 100 Effizienter wäre eine vollumfängliche Freistellung aller B2B Leistungen von der Mehrwertsteuer, welche mit einer Eigenverbrauchsteuer (oder einer Ausweitung des Leistungsbegriff auf Privatbezüge eines Einzelunternehmers) zu verknüpfen wäre, damit der nicht-unternehmerische Endverbrauch auch auf der B2B Ebene besteuert werden könnte.
- 101 Das KG empfiehlt weiter die bisherige Regelung beizubehalten, wonach die Bezug- und nicht die Einfuhrsteuer auf die Lieferung von Datenträger ohne Marktwert Anwendung findet.
- 102 Weiter sollte die Bezugsteuer auf Lieferungen von unbeweglichen Gegenständen, welche nicht der Einfuhrsteuer unterliegen, durch nicht im MWST-Register eingetragene ausländische Unternehmen beibehalten werden, um die aus einer fehlenden Besteuerung solcher Leistungen, wenn sie ausländische Unternehmen, die im Inland nicht im MWST-Register eingetragen sind, erbringen, entstehenden Wettbewerbsnachteile in den Grenzregionen zu mindern.
- 103 Für den Fall, dass die Erfassung der B2B Leistungen mit der Bezugsteuer fallen gelassen wird, empfiehlt das KG, sämtliche Softwarelieferungen, Programmierungs- und Wartungsleistungen vor Ort der Bezugsteuer zu unterwerfen, damit die jetzigen Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Softwarelieferungen und -dienstleistungen entfallen.

#### **4. Bezugsteuer auf dem Erwerb von Emissions- und ähnlichen Rechten (Art. 1 Abs. 2 Bst. b, Art. 45 b Vorentwurf MWSTG und Art. 103a E-MWSTV)**

##### **4.a. Beurteilung KG**

- 104 Dem Erläuternden Bericht<sup>40</sup> lässt sich entnehmen, dass der Erwerb von Emissions- und ähnlichen Rechten generell der Bezugsteuer unterliegen soll. Unwesentlich ist, ob der Leistungsempfänger, d.h. der Erwerber, seinen Sitz, eine Betriebsstätte oder Wohnsitz im Aus- oder Inland hat. Wenn dem so ist, fragt sich, wie der Inlandbezug, der erforderlich ist, damit die Steuerhoheit der Schweiz gegeben ist, hergestellt werden soll.
- 105 Der Leistungsort für die Übertragung von Emissions- und ähnlichen Rechten richtet sich nach Art. 8 Abs. 1 MWSTG. Er liegt somit am Sitz der wirtschaftlichen Tätigkeit, einer Betriebsstätte oder am Wohn- oder Aufenthaltsort des Leistungsempfängers. Eine Leistung im Inland liegt daher nur vor, wenn der Leistungsempfänger im Inland den Sitz der wirtschaftlichen Tätigkeit hat oder einer der anderen Anknüpfungspunkte im Inland gegeben ist. Fehlt es an einem solchen Anknüpfungspunkt, kann keine inländische Mehrwertsteuer, somit auch keine Bezugsteuer geschuldet sein.
- 106 Die Besonderheit von Art. 45b Vorentwurf MWSTG ist, dass er auch Anwendung findet, wenn der Leistungserbringer ein inländisches Unternehmen ist. Er unterscheidet sich daher von den in Art. 45 und Art. 45a Vorentwurf MWSTG geregelten Tatbeständen. Eine gesonderte gesetzliche Regelung ist daher erforderlich.

##### **4.b. Zum vorgeschlagenen Gesetzestext**

- 107 Art. 1 Abs. 2 Bst. b: Es ist zu ergänzen, dass ein Erwerb mit Leistungsort im Inland vorliegen muss.
- 108 Art. 45b Abs. 1: Die CO2 Emissionsrechte sollten erwähnt werden.  
Der Verweis auf Art. 21 Abs. 2 Ziffer 19 ist zu weitgehend. Er ist einzuschränken auf Bst. e von Ziffer 19. Eine Klarstellung wäre der Hinweis, dass die unter die Bezugsteuer fallenden Rechte nicht als Wertrechte von der Mehrwertsteuer ausgenommen sind. Bspw.: «..., die nicht als Wertrechte nach Art. 21 Abs. 2 Ziffer 19 Bst. e ...».

<sup>40</sup> S. 21 zu Art. 1 Abs. 2 Bst. b.



Art. 45 Abs. 2: Die Steuerpflicht für die Bezugsteuer ist in einer separaten Bestimmung zu regeln. Dies dient der Verständlichkeit und Klarheit.

4.c. Empfehlung KG

109 Das KG empfiehlt mit einer Enthaltung von der Unterwerfung der Emissionsrechte und ähnlicher Rechte unter die Bezugsteuer abzusehen und in Art. 21 Abs. 2 Ziffer 19 Bst. e MWSTG den Wortlaut um diese Rechte zu ergänzen, damit diese, wie bis zum Bundesgerichtsentscheid, als von der Mehrwertsteuer ausgenommene Leistungen behandelt werden können.

4.d. Übergangsregelung von Art. 103a E-MWSTV

4.d.i. Beurteilung KG

110 Die Einführung des Meldeverfahrens führt zu einem grossen Aufwand bei den steuerpflichtigen Personen. Im Gegensatz zu den übrigen Tatbeständen, bei denen das Meldeverfahren Anwendung findet, handelt es sich in der Regel nicht um einmalige oder wenige zu meldende Übertragungen. Der Erwerber muss zudem jeweils prüfen, welcher Verwendungsgrad für ihn massgebend ist und ob er Nutzungsänderung berücksichtigen muss. Da diese Regelung nur für eine kurze Zeit greift, fragt sich, ob der Aufwand für die Implementierung der erforderlichen Prozesse die steuerpflichtigen Personen nicht zu sehr belastet.

4.d.ii. Zum vorgeschlagenen Verordnungstext

111 In Art. 103a Abs. 1 E-MWSTV ist der Verweis auf Art. 21 Abs. 2 Ziffer 19 MWSTG zu präzisieren. Er ist auf den Bst. e der Ziffer 19 zu beschränken.

112 Art. 103a Abs. 3 E-MWSTV beachtet Art. 38 Abs. 5 MWSTG nicht. Die Formulierung ist an diese gesetzliche Vorgabe anzupassen.

4.d.iii. Empfehlung KG

113 In Anbetracht des kurzen Zeitraumes, in dem die vorgeschlagene Verordnungsbestimmung Anwendung finden kann, ist auf diese Verordnungsanpassung zu verzichten.

114 Die jetzt geltende Verwaltungspraxis ist bis zum Inkrafttreten der Erfassung dieser Leistungen mit der Bezugsteuer anzuwenden.

**5. Freiwillige jährliche Mehrwertsteuerabrechnung (Art. 35 Abs. 1<sup>bis</sup> Bst. b, Art. 35a, Art. 86 Abs. 2, Art. 87 Abs. 1, Art. 115b Vorentwurf MWSTG)**

5.a. Beurteilung KG

115 Im KMU Bereich zwingt die vierteljährliche Abrechnung der Mehrwertsteuer bzw. die halbjährliche bei Anwendung der Saldosteuersätze zu einer gewissen Disziplin. Bei der Erstellung dieser Abrechnungen erfolgt eine eingehende Auseinandersetzung mit der Mehrwertsteuer. Allfällige Fehler können daher zeitnah entdeckt und korrigiert werden.

116 Bei einer jährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer sind die Sachverhalte gesetzt und die nachträgliche Änderung oder Korrektur ist mit mehr Aufwand verbunden oder sogar nicht mehr möglich.

117 Ob die Erstellung nur einer Mehrwertsteuerabrechnung pro Steuerperiode echte administrative Vorteile mit sich bringt, ist nicht sicher. Es müssen Akontozahlungen mit der Steuerforderung abgeglichen werden, was Aufwand verursachen kann, der bei den anderen Abrechnungszeiträumen nicht anfällt. Das blosses Ausfüllen von einem statt zwei oder vier Abrechnungsformularen bringt keine administrative Entlastung, da der mit dem Ausfüllen dieser Formulare verbundene Aufwand geringfügig ist.





- 118 Für die steuerpflichtigen Personen können mit der jährlichen Mehrwertsteuerabrechnung finanzielle Risiken oder Liquiditätsengpässe verbunden sein, indem erst spät festgestellt wird, dass die Akontozahlungen zu tief waren.
- 119 Art. 71 MWSTG gilt nach dem vorgeschlagenen Konzept auch für die jährliche Mehrwertsteuerabrechnung. Die Mehrwertsteuer muss daher innert 60 Tagen nach Ablauf der Steuerperiode abgerechnet werden. Ende Februar liegen bei zahlreichen KMU noch keine Jahresabschlüsse vor. Wenn keine abweichende Regelung für die jährliche Mehrwertsteuerabrechnung getroffen wird, bleibt der Aufwand für steuerpflichtige Personen, welche ihre Jahresabschlüsse Ende Februar nicht vorliegen haben, gleich. Eine administrative Erleichterung tritt nicht ein.
- 120 Aus Sicht der KG führt die Einführung der jährlichen Mehrwertsteuerabrechnung zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand (u.a. Prüfung Anträge, Festsetzung Akontozahlungen, Widerruf Genehmigungen). In Anbetracht des geringen Nutzens einer jährlichen Mehrwertsteuerabrechnung für die steuerpflichtigen Personen rechtfertigt sich dieser Mehraufwand nicht.

5.b. Zu den vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen

- 121 Art. 35 Abs. 1<sup>bis</sup> Bst. b: keine Bemerkungen.
- 122 Art. 35a Abs. 1: Um sicherzustellen, dass diese Bestimmung rechtsgleich angewendet wird, braucht es in der MWSTV oder der Verwaltungspraxis Kriterien, unter welchen Voraussetzungen bei nur teilweiser Nichterfüllung der Abrechnungs- und Zahlungspflichten die jährliche Abrechnung verweigert oder eine erteilte Bewilligung widerrufen werden kann.
- 123 Art. 35a Abs. 2: Die Regelung entspricht der Regelung, die bei der Abrechnung nach Saldosteuersätzen für den Wechsel von der Saldosteuersatz- zur effektiven Abrechnung gilt. Wie bei dieser hat sie zur Folge, dass je nach Zeitpunkt des Beginnes der Steuerpflicht die steuerpflichtige Person bis fast ein Jahr länger an die einmal gewählte Abrechnung gebunden ist als andere steuerpflichtige Personen. Es ist fraglich, ob es für diese Ungleichbehandlung sachliche Gründe gibt. Es spricht nichts dagegen, den Wechsel auf Beginn jeder Steuerperiode zuzulassen.
- 124 Art. 35a Abs. 3: Beim Wechsel von der effektiven Abrechnung der Mehrwertsteuer zur Saldosteuersatzabrechnung beruht die Sperrfrist von drei Steuerperioden auf nachvollziehbaren Überlegungen, nämlich der Vermeidung von ungerechtfertigten Steuervorteilen. Beim Wechsel von der jährlichen Abrechnung zur monatlichen, vierteljährlichen oder halbjährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer können steuerpflichtige Personen keinen Steuervorteil erwirken. Auf die Sperrfrist von drei Steuerperioden sollte daher verzichtet werden.
- 125 Der im Erläuternden Bericht<sup>41</sup> vorgebrachte Grund, ohne die Sperrfrist würde die jährliche Mehrwertsteuerabrechnung keine administrative Vereinfachung mit sich bringen, überzeugt nicht. Die jährliche Abrechnung der Mehrwertsteuer ist weder für die ESTV noch die steuerpflichtigen Personen eine administrative Vereinfachung.
- 126 Die Anpassungen der Informatik, welche der Wechsel des Abrechnungszeitraumes verursacht, dürfte vor missbräuchlichen Wechseln schützen. Bei häufigen Wechseln könnte zudem mit der Festsetzung der Akontozahlungen Gegensteuer gegeben werden.
- 127 Art. 35a Abs. 4: Zu dieser Gesetzesbestimmung stellt sich die Frage, was es konkret bedeutet, wenn sich die Festsetzung der Akontozahlung an der Höhe der Steuerforderung der letzten Steuerperiode orientiert. Der Begriff «orientiert» lässt viel Auslegungsspielraum. Einzig bei den neu steuerpflichtigen Personen wird auf die zu erwartende Steuerforderung abgestellt.

<sup>41</sup> S. 34, Abs. 3.



- 128 Unklar ist nach dem Vorentwurf, wer die Akontozahlung festsetzt. Im Erläuternden Bericht<sup>42</sup> wird diese Aufgabe der ESTV zugeordnet. Dies sollte im Gesetz festgehalten werden. Weiter ist zu regeln, in welchem Zeitpunkt und in welcher Form die Akontozahlungen festgesetzt werden. Weiter ist die Zahlungsfrist festzulegen. Da die Akontozahlung eine Massnahme der Steuersicherung ist, könnten die entsprechenden Regelungen dort eingefügt werden.
- 129 Die Akontozahlungen sind nicht dasselbe wie die provisorische Steuerfestsetzung, weshalb für sie eine gesonderte gesetzliche Regelung erforderlich ist.
- 130 Art. 86 Abs. 2: Diese Bestimmung regelt Sachverhalte, in denen die steuerpflichtige Person keine oder offensichtlich ungenügende Zahlungen leistet. Bei der jährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer kann dieser Sachverhalt ebenfalls gegeben sein. Art. 86 Abs. 2 MWSTG ist diesfalls anwendbar. Die vorgeschlagene Ergänzung ist nicht notwendig.
- 131 Die im Erläuternden Bericht<sup>43</sup> angesprochene Befürchtung, dass, da bei der jährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer die Steuerperiode und die Abrechnungsperiode zusammenfallen, die provisorische Steuerfestsetzung gleich zur definitiven Steuerfestsetzung würde, besteht nicht, wenn die ESTV die provisorische Steuerfestsetzung eindeutig als solche, bspw. unter Verweis auf Art. 86 Abs. 2 MWSTG, festsetzt. Es braucht daher keine Ergänzung in Art. 86 Abs. 2 MWSTG wegen der Einführung einer jährlichen Mehrwertsteuer Abrechnung.
- 132 Art. 87 Abs. 1: Es ist in dieser Ergänzung von Art. 87 Abs. 1 MWSTG einzig auf Art. 35a Abs. 4 zu verweisen, da die Akontozahlungen in diesem Absatz geregelt sind. Weiter ist klarzustellen, dass bei einer Herabsetzung der Akontozahlung auf Gesuch der steuerpflichtigen Person, welche sich im Nachhinein als zu tief erweist, der Verzugszins auf der Differenz zwischen der von der ESTV festgesetzten Akontozahlung und dem bezahlten Betrag zu entrichten ist. Es genügt nicht, wenn dies einzig im Erläuternden Bericht festgehalten wird.<sup>44</sup>
- 133 Art. 115b: keine Bemerkungen.
- 5.c. Empfehlungen KG
- 134 Eine Mehrheit der Mitglieder des KGs<sup>45</sup> spricht sich dafür aus, auf die Einführung der jährlichen Abrechnung der Mehrwertsteuer ist zu verzichten.
- 135 Sollte sie eingeführt werden, sind die vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen entsprechend den obigen Hinweisen anzupassen.
- 136 Insbesondere ist vorzusehen, dass die Frist für die Einreichung der Abrechnung bei der jährlichen Abrechnung nicht nach 60 Tagen nach Ablauf der Steuerperiode abläuft, sondern bspw. Ende August, d.h. mit der Finalisierungsfrist. Damit kann erreicht werden, dass Berichtigungsabrechnungen entfallen.

## 6. Befreiung von Steuervertretung (Art. 67 Abs. 1 und Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG)

### 6.a. Beurteilung KG

- 137 Für das KG ergibt sich aus dem Erläuternden Bericht<sup>46</sup> nicht schlüssig, weshalb auf eine Steuervertretung verzichtet werden soll. Sinn macht aus Sicht des KGs ein solcher Verzicht einzig für steuerpflichtige Personen, welche nur einzelne oder wenige Umsätze im Inland tätigen. Für solche steuerpflichtige Personen stellt sich aber die Frage,

<sup>42</sup> S. 34, Abs. 4.

<sup>43</sup> S. 44 zu Art. 86 Abs. 2.

<sup>44</sup> S. 44 zu Art. 87 Abs. 1.

<sup>45</sup> Ein Mitglied des KGs ist für die Einführung der jährlichen Mehrwertsteuerabrechnung.

<sup>46</sup> S. 41 zur Art. 67 Abs. 1 und 1<sup>bis</sup>.



ob eine Eintragung als mehrwertsteuerpflichtige Personen nicht einen zu grossen Verwaltungsaufwand verursacht.

- 138 An Stelle einer Eintragung sollte ein vereinfachtes Verfahren bereitgestellt werden, welches es einer ausländischen Unternehmung erlaubt, die auf ihrer Leistung geschuldete Mehrwertsteuer zu bezahlen unter Verzicht auf die Rückerstattung von Vorsteuern. Die geschuldete Mehrwertsteuer könnte bspw. mittels Kreditkarte bezahlt werden.

6.b. Zu den vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen

- 139 Art. 67 Abs. 1: keine Bemerkungen.

- 140 Art. 67 Abs. 1<sup>bis</sup>: keine Bemerkungen.

6.c. Empfehlung KG

- 141 Auf die Befreiung von der Steuervertretung ist zu verzichten.

- 142 Wird an der Befreiung von der Steuervertretung festgehalten, sollte geprüft werden, ob diese nur gewährt wird, wenn der Staat des Sitzes der wirtschaftlichen Tätigkeit oder der Betriebsstätte oder des Wohnortes des ausländischen Unternehmens Gegenrecht hält, damit vermieden wird, dass inländischen Unternehmen, welche sich im Ausland registrieren müssen, schlechter gestellt sind.

- 143 Es ist für ausländische Unternehmen mit einmaligen oder wenigen Leistungen im Inland ein vereinfachtes Verfahren für die Abrechnung der Mehrwertsteuer zur Verfügung zu stellen, welches an Stelle der Eintragung im MWST-Register tritt.

**7. Steuerbefreiung für von Reisebüros erbrachten Leistungen (Art. 8 Abs. 2 Bst. b und Art. 23 Abs. 2 Ziffer 10 Vorentwurf MWSTG)**

7.a. Beurteilung KG

- 144 Die Änderung des Ortes der Leistungen von Organisatoren passt ins System des Mehrwertsteuergesetzes.

- 145 Die Neuregelung der Steuerbefreiung der Leistungen von Reisebüros ist dahingehend zu begrüssen, als die vorgeschlagene Regelung eine Vereinfachung für die Reisebüros zur Folge hat, da nicht mehr für jede Leistung zu prüfen ist, ob sie steuerbefreit ist.

- 146 Abzulehnen ist die vorgeschlagene Regelung aber, weil sie die inländischen Reisebüros gegenüber den ausländischen für alle Leistungen, welche nicht im Ausland bewirkt werden, benachteiligt. Während ausländische Reisebüros im Inland nicht mehr steuerpflichtig werden, wenn sie Reiseleistungen im Inland erbringen, weil sie ihren Sitz der wirtschaftlichen Tätigkeit im Ausland haben, unterliegen Reiseleistungen im Inland, welche inländische Reisebüros erbringen, der inländischen Mehrwertsteuer. Diese Regelung benachteiligt die inländischen Reisebüros gegenüber den ausländischen. Sie dürfte auch zur Folge haben, dass die Leistungsempfänger Reiseleistungen im Inland im Ausland beschaffen. Die inländischen Reisebüros wird diese Regelung dazu bewegen, solche Leistungen nur noch über Betriebsstätten im grenznahen Ausland zu erbringen.

7.b. Zu den vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen

- 147 Art. 8 Abs. 2 Bst. b: keine Bemerkungen.

- 148 Art. 23 Abs. 2 Ziff. 10: keine Bemerkungen ausser, dass diese Regelung vom KG grundsätzlich abgelehnt wird.



7.c. Empfehlung KG

- 149 Das KG lehnt grossmehrheitlich<sup>47</sup> die Schlechterstellung der inländischen gegenüber den ausländischen Reisebüros ab und empfiehlt daher die Ablehnung der vorgeschlagenen Änderungen für Leistungen von Reisebüros.
- 150 Das KG empfiehlt stattdessen aus steuersystematischen Gründen die Schaffung einer Ausnahme für Reisebüros in Art. 21 Abs. 2 MWSTG.

**8. Steuerausnahmen (Art. 21 Abs. 2 Ziff. 1, 3<sup>bis</sup> und 14<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG)**

8.a. Beurteilung KG

- 151 Es handelt sich bei den neuen Steuerausnahmen um politische Entscheide. Zu solchen äussert sich das KG nicht. Es weist aber auf die mit Steuerausnahmen verbundenen Wettbewerbsverzerrungen hin.
- 152 Die Anpassung in Art. 21 Abs. 1 Ziff. 1 Vorentwurf MWSTG ist formeller Natur. Es erfolgt keine Änderung der Rechtslage.

8.b. Empfehlung KG

- 153 Keine.

**9. Reduzierter Steuersatz für Monatshygiene Produkte (Art. 24 Abs. 5<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG)**

9.a. Beurteilung KG

- 154 Es handelt sich um einen politischen Entscheid. Zu solchen äussert sich das KG nicht. Es erlaubt sich einzig auf die mit Steuersatzsenkungen verbundene Wettbewerbsverzerrung hinzuweisen.

9.b. Empfehlung KG

- 155 Keine.

**10. Haftung geschäftsführender Organe bei Serien Konkursen und Sicherstellung (Art. 15 Abs. 1 Bst. g und Art. 93 Abs. 1<sup>bis</sup> Vorentwurf MWSTG)**

10.a. Beurteilung KG

- 156 Eine Haftung von Mitgliedern des geschäftsführenden Organes und eine Sicherstellung von diesen vorzusehen, vorausgesetzt eine solche Haftung und Sicherstellung beschränkt sich auf die Mitglieder der geschäftsführenden Organe, welche an mehreren Konkursen beteiligt sind, ist nicht zu beanstanden.

10.b. Zu den vorgeschlagenen Gesetzesbestimmungen

- 157 Art. 15 Abs. 1 Bst. g: keine Bemerkungen.
- 158 Art. 93 Abs. 1<sup>bis</sup>: Diese Bestimmung lässt einigen Spielraum für Auslegung. So ist nicht klar, ob das Mitglied des geschäftsführenden Organs im Handelsregister eingetragen sein muss oder ob eine faktische Organstellung ebenfalls ausreichend ist. Welche Kosten Gegenstand einer Sicherstellung sein können, ist nicht bestimmt. Die kurze Zeitspanne sollte im Gesetz oder zumindest in der Verordnung definiert sein. Offen ist auch, wann Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten vorliegen. Genügt ein blosser Verdacht, muss dieser hinreichend sein oder eine Strafuntersuchung eröffnet worden sein?
- 159 Aus dem Gesetzestext muss klar hervorgehen, dass unverschuldete Konkurse nie darunterfallen.

<sup>47</sup> Ein Mitglied des KGs spricht sich gegen diese Empfehlung aus.





10.c. Empfehlung KG

- 160 Die vorgeschlagene Regelung kann umgesetzt werden. Das KG empfiehlt aber eine präzisere Formulierung des Wortlautes der massgebenden Gesetzesbestimmungen, wie in RZ 158 skizziert.

**11. Weitere Anpassungen**

11.a. Indexierung (Art. 5 Vorentwurf MWSTG)

- 161 Keine Bemerkungen des KGs.

11.b. Subjektive Steuerpflicht (Art. 10 Abs. 2 Bst. b und d Vorentwurf MWSTG)

- 162 Keine Bemerkungen des KGs zu Art. 10 Abs. 2 Bst. b Vorentwurf MWSTG ausser, dass die Formulierung schwerfällig ist.
- 163 Art. 10 Abs. 2 Bst. d Vorentwurf MWSTG bewirkt, dass Unternehmen, welche im Inland keine anderen Umsätze als ausgenommene haben, nicht mehr obligatorisch mehrwertsteuerpflichtig sind. Wenn sie im Inland steuerpflichtig sein wollen, müssen sie auf die Befreiung von der Steuerpflicht verzichten, was aber nur für die laufende Steuerperiode möglich ist. Bisher waren sie subjektiv steuerpflichtig, weil die Befreiung von der Steuerpflicht nach Art. 10 Abs. 2 Bst. a MWSTG nicht griff. Eine nachträgliche Eintragung für noch nicht verjährte Steuerperioden, weil nachträglich bspw. eine Bezugsteuer abzurechnen war, war daher möglich. Solche Unternehmen werden durch die Neuordnung von Art. 10 Abs. 2 Bst. d schlechter gestellt. Das KG lehnt diese Schlechterstellung ab. Es ist daher für diese Fälle eine rückwirkende Eintragung zuzulassen. Diese Ausnahme kann in Art. 14 Abs. 4 MWSTG eingefügt werden. Das KG empfiehlt ausdrücklich und einstimmig die Schaffung der Möglichkeit der rückwirkenden Eintragung.

11.c. Gruppenbesteuerung (Art. 13 Abs. 1 Vorentwurf MWSTG)

- 164 Keine Bemerkungen des KGs.

11.d. Beförderungsleistungen und Nebentätigkeiten des Logistikgewerbes (Art. 23 Abs. 2 Ziff. 7 Vorentwurf MWSTG)

11.d.i. Beurteilung KG

- 165 Die Streichung von Art. 23 Abs. 2 Ziff. 7 Bst. a MWSTG wird vom KG abgelehnt. Es trifft nicht zu, dass diese Bestimmung zu Nichtbesteuerung führt. In B2C Leistungsverhältnissen wird regelmässig auf den Tätigkeitsort, bei grenzüberschreitenden Güterbeförderungen auf den Ort, wo die Beförderungsleistung beginnt, abgestellt. In den von Art. 23 Abs. 2 Ziff. 7 Bst. a MWSTG erfassten Fällen liegt dieser im Ausland und es ist die entsprechende Mehrwertsteuer geschuldet. Es erfolgt keine Nichtbesteuerung. Wenn die vorgeschlagene Regelung eingeführt wird, erfolgt in diesen Fällen daher eine Doppelbesteuerung.
- 166 Im B2B Verhältnis greift eine Besteuerung, indem in der EU nicht auf die Grundregel, sondern auf den Ort der Nutzung der Güterbeförderung abgestellt wird. Dies ist auch sachgerecht, weil die Nutzung einer im Ausland erfolgten Güterbeförderung im Ausland und nicht in der Schweiz erfolgt.

11.d.ii. Empfehlung KG

- 167 Art. 21 Abs. 2 Ziff. 7 Bst. a MWSTG ist daher beizubehalten.



11.e. Steuerbefreiung Umsätze mit Gold und Legierungen von Gold (Art. 23 Abs. 2 Ziff. 12, Art. 53 Abs. 1 Bst. m und Art. 107 Abs. 2 Vorentwurf MWSTG)

11.e.i. Beurteilung KG

168 Gemäss dem Erläuternden Bericht hat diese Ziffer keine Änderung der Rechtslage zur Folge.<sup>48</sup> Die Regelung von Art. 44 MWSTV wird aber nicht unverändert in diese Bestimmung überführt. Neben sprachlichen Veränderungen fehlt die Regelung von Art. 44 Abs. 1 Bst. e MWSTV in Art. 23 Abs. 2 Ziff. 12 Vorentwurf MWSTG. Für das KG ist es nicht ersichtlich, weshalb Gold in Form von Abfällen und Schrott nicht mehr steuerbefreit sein soll.

11.e.ii. Empfehlung KG

169 Die Steuerbefreiung für Gold in Form von Abfällen und Schrott sei beizubehalten und in Art. 23 Abs. 2 Ziff. 12 Vorentwurf MWSTG aufzunehmen.

170 Mit der Bereinigung von Art. 23 Abs. 2 Ziff. 12 Vorentwurf MWSTG gibt auch Art. 53 Abs. 1 Bst. m Vorentwurf MWSTG die bestehende Rechtslage wieder.

11.f. Nachweise und Sicherstellung für Ausfuhr im Reiseverkehr (Art. 23 Abs. 5 und Art. 93a Vorentwurf MWSTG)

11.f.i. Beurteilung KG

171 Das KG hat keine Einwendungen gegen einen elektronischen Nachweis.

172 Bei der in Art. 93a Abs. 1 Vorentwurf MWSTG vorgesehen Sicherheitsleistung ist dem KG nicht klar, wer die Steuer belastet. Es lässt sich zudem aus dem Erläuternden Bericht nicht feststellen, weshalb die Regelung in Art. 93a erforderlich ist. Gestützt auf die Ausführungen im Erläuternden Bericht wird nicht schlüssig, weshalb von der bisherigen Abwicklung abgewichen werden soll. Die Verwendung elektronischer Hilfsmittel ist grundsätzlich nur eine andere Art der Abwicklung der Ausfuhr, die noch keine Begründung für die Schaffung einer Sicherstellung liefert.

173 Die Begründung für die Festsetzung einer Frist für den Nachweis der Ausfuhr ergibt sich ebenfalls nicht aus der Vernehmlassungsvorlage. Es ist daher nicht möglich, dazu Stellung zu nehmen.

11.f.ii. Empfehlung KG

174 Unter der Voraussetzung, dass nachvollziehbar dargelegt wird, weshalb der vorgeschlagene Art. 93a Vorentwurf MWSTG sachgerecht ist, könnte das KG ihm zustimmen.

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Stellungnahme zu dienen und danken Ihnen für die Berücksichtigung der Argumente und Empfehlungen des KGs im Zuge der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage.

Für das

Mehrwertsteuer-Konsultativgremium

Die Präsidentin

Der Vizepräsident

Béatrice Blum

Diego Clavadetscher



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : KORSTAT

Adresse : Sekretariat KORSTAT, Statistisches Amt des Kantons Zürich, Schöntalstr.5,  
8090 Zürich

Kontaktperson : Madeleine Imhof, Präsidentin KORSTAT

Telefon : 061 267 87 25

E-Mail : madeleine.imhof@bs.ch

Datum : 22. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 9  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 19 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| KORSTAT                 | Aus Sicht der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) sind die Abschnitte 3 (Informationssystem) und 4 (Interoperabilität) des BAZG-VG von zentraler Bedeutung. Die KORSTAT ist der Ansicht, dass der Bedeutung, die den im System geführten Daten zum Zwecke der Statistik und der Gewinnung von Steuerungsinformation zukommt, im Gesetz und v.a. in den Erläuterungen noch zu wenig Rechnung getragen wird. Nicht zuletzt mit Bezug auf das vom Bundesrat verfolgte Once only-Prinzip bei der Erhebung von Daten müssten diese Zwecke im Gesetz klarer dargestellt und das Recht der Datennutzung durch die dem Statistiksistem Schweiz auf allen politischen Ebenen zugehörigen Stellen verankert werden. Benötigte Information, die aus diesen Daten gewonnen werden kann, muss daraus generiert werden können. Damit können Informationslücken oder aber Parallelerhebungen vermieden werden. Aus zeitnah verfügbaren Zolldaten könnten z.B. stark nachgefragte regionale Konjunkturindikatoren erstellt werden. Es muss den Kantonen über die Statistikstelle ausserdem möglich sein, Datenexporte auf Einzeldatenbasis zu erhalten inkl. Identifikatoren wie z.B. die AHVN13 oder die UID, damit die Daten optimal zur Informationsgewinnung auch auf regionaler Ebene verwendet werden können. |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |
| KORSTAT                 |  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |
|---------|--|
| KORSTAT |  |
|---------|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name    | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|---------|------|------|------|---|--|
| KORSTAT | 67   | 2    |      | Wir begrüssen sehr, dass das Erstellen von Statistiken (weiterhin) explizit als Zweck des Informationssystems der Zollverwaltung erwähnt ist. Wir gehen davon aus, dass nicht das System selbst die Statistiken erstellt, sondern die Daten daraus exportiert werden. Mit dem Once only-Prinzip sind Änderungen in der nationalen Datenbewirtschaftung absehbar, was bedeutet, dass die Daten auch andernorts für Statistiken zur Generierung von (Steuerungs)information benötigt werden können.   | Statistik  |
| KORSTAT | 69   | 3    |      | Im Gesetzesentwurf fehlt die Weitergabe von Daten an die Statistikstellen des Statistiksystems Schweiz, insbesondere an die kantonalen Statistikstellen. Die Regelung der Zugriffsrechte auf die Daten des Informationssystems für Dritte auf Verordnungsstufe erachten wir als angemessen. Für die Weiterführung einer aussagekräftigen, unterjährigen und regionalisierten Aussenhandelsstatistik zur konjunkturellen Beobachtung auf kantonaler Ebene müssen die dazu notwendigen, nicht aggregierten Daten an die regionalen Statistikstellen bekannt gegeben werden können. Wir erwarten deshalb, dass dies in der entsprechenden Verordnung berücksichtigt wird und die Kantone und die KORSTAT zu deren Anhörung wiederum eingeladen werden. | neuer lit e) kantonale statistische Ämter für die Erstellung der öffentlichen Statistik. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |  |  |   |  |
|---------|----|--|--|---|--|
| KORSTAT | 70 |  |  | Die Erarbeitung und Nutzung von standardisierten Schnittstellen für die Bekanntgabe von Daten ist sehr zu begrüßen. |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |
| KORSTAT |    |  |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|         | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|---------|--------------------------|--|---------------------------|
| KORSTAT | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| KORSTAT | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |
| KORSTAT     |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|--|
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |
| KORSTAT  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |
| KORSTAT   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |
| KORSTAT  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |
| KORSTAT |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |
| KORSTAT  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane is open on the right. The document content includes a table with a yellow header row and several empty rows for comments.

**Überprüfen**

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare anzeigen Änderungen nachverfolgen Markup: alle Markup anzeigen Überarbeitungsbereich Annahmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren **Bearbeitung einschr.**

**Bearbeitung einschränken**

Ihre Berechtigungen  
Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

**Schutz aufheben**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab in the top menu bar. The 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. Below the menu bar, the 'Überprüfen' tab is also highlighted with a red box. The main content area displays a document titled 'BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht'. The document content includes a table with columns 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'. The table has four rows, each with a small icon in the 'Name' column and a grey box in the 'Bemerkung/Anregung' column.

On the right side, the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel is open. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). The 'Bearbeitung einschränken' panel is highlighted with a red box. The 'Bearbeitung einschränken' panel is currently set to 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen: Ausfüllen von Formularen' (Only allow these edits in the document: Filling out forms). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : primavera - Verband Schweizer Lebensmittelverarbeiter der ersten Stufe

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : primavera

Adresse : Effingerstrasse 6A, 3011 Bern

Kontaktperson : Dr. Urs Reinhard, Geschäftsführer

Telefon : 031 529 50 31

E-Mail : [urs.reinhard@effingerstrasse6a.ch](mailto:urs.reinhard@effingerstrasse6a.ch)

Datum : 21.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 7  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 17 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| primavera         | <p>Wir begrüßen die Idee, die EZV in ein neues Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) umzuwandeln und neu zu organisieren, um zu einer noch flexibleren, aufgabenorientierteren Organisation zu werden, die ihre Prozesse konsequent vereinfacht und vereinheitlicht sowie durchgängig digitalisiert und die vorhandenen Daten übergreifend nutzbar macht. Dies ist ein gleichermassen notwendiger wie mutiger Schritt, und wir schätzen die komplexe Arbeit, die bei dieser Transformation geleistet wird, sehr.</p> <p>Gleichzeitig darf man bei einer Totalrevisoin auch den Mut haben, bewährte und funktionierende Systeme beizubehalten, wenn es im Rahmen der Technik möglich ist. Der "Aktive Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe" ist ein solches System, und er ist auch unter der neuen Zollgesetzgebung beizubehalten. Dies würde keines der im erläuternden Bericht auf S. 5 erwähnten Ziele tangieren.</p> <p>Heute ist dieses Verfahren in einer Verordnung des EFD geregelt, basierend auf Art. 43 Abs. 2 der Zollverordnung und somit auch Art. 12 Abs. 3 des Zollgesetzes. Das Verfahren wird oft nicht richtig verstanden und fälschlicherweise als "Exportsubvention" bezeichnet, was es nicht ist. Es ist ein automatisiertes Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzprinzip. Für die gesamte Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ist dieses Verfahren von grösster Bedeutung, weil es erlaubt, unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Zucker und Ölen und Fetten eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Rohstoffen in verarbeiteter Form zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Es ist uns bewusst, dass es derzeit noch nicht um die Verordnungen geht. Trotzdem möchten wir sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen, auf denen eine Verordnungslösung beruhen muss, eine solche Lösung überhaupt zulassen würden. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich die Aufzählung der aktiven Veredelung in Art. 11 BAZG-VG als eine der möglichen Warenbestimmungen. Auch, dass die Fortführung des im geltenden Zollgesetz vorgesehenen Instruments der Rückerstattung im aktiven und im passiven Veredelungsverkehr ermöglicht wird, findet unsere Zustimmung. Ebenso begrüßen wir, dass der Äquivalenzverkehr beibehalten wird, wie im erläuternden Bericht zu Art. 11 (S. 25) zu lesen ist. Und schliesslich freut uns, dass an gleicher Stelle festgehalten wird, dass für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen "Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen". Wir setzen darauf, dass damit die notwendigen Grundlagen gegeben sind, um das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe auch unter der</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

neuen Gesetzgebung anzuwenden. Trotzdem möchten wir anregen, die wichtigsten Pfeiler für die zukünftige Ausgestaltung des Warenverkehrs auf Gesetzesstufe zu verankern.

Das heute bestehende "besondere Verfahren" ist ein einfaches Saldo-Prinzip. Wir sind überzeugt, dass seine Beibehaltung gerade unter dem Aspekt der administrativen Vereinfachung angezeigt ist und auch digital gut umsetzbar ist. Gerne werden wir im Rahmen der Konsultation zu den Verordnungen näher darauf eingehen.

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name      | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|-----------|------|------|------|---|---|
| primavera | 11   | 1    | d    | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollerlässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)" (S. 25). Dies gilt es auf Gesetzesstufe zu regeln, wie das heute schon in Art. 12 Abs. 2 des Zollgesetzes der Fall ist. | der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)   |
| primavera | 11   | 1    | e    | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollerlässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)" (S. 25). Dies gilt es auf Gesetzesstufe zu regeln, wie das heute schon in Art. 13 Abs. 2 des Zollgesetzes der Fall ist. | der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (passive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)  |
| primavera | 11   | 3    |      | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen" (S. 25). Diese Tatsache möchten wir explizit auf Gesetzesstufe so geregelt haben, um in den  | Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG, Ausnahmen und Vereinfachungen sind möglich.. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|           |    |   |  |   |   |
|-----------|----|---|--|---|---|
|           |    |   |  | Verordnungen den grösstmöglichen Spielraum zu haben, um einfache und wirtschaftsfreundliche Regelungen beibehalten zu können.   |   |
| primavera | 52 | 2 |  | Es ist aus Gründen der Rechtssicherheit abzulehnen, dass mündlich eröffnete Verfügungen nur dann elektronisch bestätigt werden, wenn die Verfügungsadressatin oder der Verfügungsadressat dies unverzüglich verlangt. Gerade im Zuge einer Anpassung an die fortschreitende Digitalisierung ist zu vermeiden, dass überhaupt noch mündlich verfügt werden kann. Beweisprobleme sind die unweigerliche Folge, und diese treffen in der Regel den Verfügungsadressaten. Falls weiterhin mündlich verfügt können werden soll, muss eine solche Verfügung stets und nicht nur auf sofortiges Verlangen hin elektronisch bestätigt werden. | Mündlich eröffnete Verfügungen werden elektronisch bestätigt. |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|           | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----------|--------------------------|--|---------------------------|
| primavera | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| primavera | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name      | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|-----------|--------|--------------------|
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |
| primavera |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |
| primavera   |               |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|           |  |  |  |  |  |  |
|-----------|--|--|--|--|--|--|
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |
| primavera  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |
| primavera   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |
| primavera  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|           |  |  |  |  |  |
|-----------|--|--|--|--|--|
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |
| primavera |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |
| primavera  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Die Abbildung zeigt das Microsoft Word-Schnittfeld mit dem Tab 'Überprüfen' aktiviert. Im rechten Bereich ist das Fenster 'Bearbeitung einschränken' geöffnet. In diesem Fenster ist die Option 'Bearbeitung einschränken' ausgewählt. Darunter steht: 'Ihre Berechtigungen: Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt. Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.' Am unteren Rand des Fensters befindet sich ein Button 'Schutz aufheben', der ebenfalls hervorgehoben ist.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these edits in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). In the 'Schutz anwenden' section, the button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



Eidgenössische Zollverwaltung (EZV)  
3003 Bern

Per Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 18. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG): Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum eingangs erwähnten Geschäft Stellung nehmen zu können.

**Allgemeine Anmerkungen**

Das vorliegende Gesetzespaket wurde im Rahmen des Transformationsprogramms DaziT erarbeitet und beinhaltet eine erhebliche Steigerung der Digitalisierung und damit der automatisierten Verarbeitung von Personendaten. Dabei ist der Aufbau eines Informationssystems des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) vorgesehen, das sensible Daten und Persönlichkeitsprofile enthält und eine umfangreiche Profilbildung ermöglicht. Weiter ist auch der Einsatz von Schnittstellen zu Systemen anderer nationaler und internationaler Behörden geplant. Zudem ist auch eine Risikoanalyse durch die Verarbeitung personenbezogener Daten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten, aus dem künftigen Informationssystem vorgesehen. Gesamthaft kann das Risiko einer Verletzung der Persönlichkeit der betroffenen Personen als sehr hoch eingeschätzt werden.

Die Vorlage sieht teilweise sehr weitgehende, stark in die Privatsphäre eingreifende und einen weiten Personenkreis umfassende Bearbeitungen von Personendaten vor. Für das Bearbeiten von besonders schützenswerten Personendaten und Persönlichkeitsprofilen sind hinreichend bestimmte Rechtsgrundlagen in einem formellen Gesetz erforderlich. Bei

den vorgesehenen Bestimmungen zur Personendatenbearbeitung fehlt es insbesondere an der Bestimmtheit. Die die vom Datenschutzgesetz verlangte Bestimmtheit ermöglicht es der Bevölkerung, die in deren Privatsphäre und Selbstbestimmung eingreifenden staatlichen Datenbearbeitungen sowie die ihr dagegen zur Verfügung stehenden Schutzrechte einzuschätzen.

## **Art. 1 BAZG-VG**

Mit diesem Gesetz soll im Aufgabenbereich des BAZG die Grundlagen für die Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Migration geschaffen sowie ein Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung geleistet werden. Diese Bestimmung ist nicht ausreichend klar formuliert. Der Zweck ist genauer zu umschreiben.

## **Art. 64 BAZG-VG**

In Art. 64 BAZG-VG soll dem BAZG die Befugnis erteilt werden, besonders schützenswerte Personendaten u.a. über die Intimsphäre oder religiöse, weltanschauliche und politische Ansichten zu bearbeiten. Unklar ist dabei, zu welchem Zweck diese bearbeitet werden dürfen. Diese Zwecke sind im Gesetzesartikel hinreichend bestimmt festzulegen.

Bei dem Ausmass der aufgelisteten Daten, die das BAZG sammeln darf, stellt sich zusätzlich die Frage der Verhältnismässigkeit. Nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit dürfen nur solche Daten erhoben werden, deren Bearbeitung für die Erfüllung des gesetzlich umschriebenen Zwecks geeignet und notwendig ist. Die Bearbeitung der besonders schützenswerten Personendaten ist folglich so einzugrenzen, dass deren Bearbeitung den Grundsatz der Verhältnismässigkeit einhält.

## **Art. 69 Abs. 1 lit. d und Art. 105 BAZG-VG**

Die Bearbeitung von Personendaten im Rahmen von Aufgabenübertragungen der Kantone an das BAZG untersteht dem kantonalen Datenschutzrecht und der Aufsicht durch die kantonalen Datenschutzbehörden. Diese Daten müssen getrennt von den Daten aufbewahrt werden, die dem Bundesgesetz über den Datenschutz und der Aufsicht durch den EDÖB unterstehen. Dies ist in einer Bundesratsverordnung und in Vereinbarungen zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und den Kantonen zu regeln.

## **Art. 70 Abs. 1 BAZG-VG**

Art. 70 Abs. 1 BAZG-VO sieht vor, dass Schnittstellen genutzt werden sollen, die laufend erweitert werden können. Jede dieser Schnittstellen (bzw. jedes angeschlossene System) ist beispielsweise in einem Anhang zur Verordnung mit den bestimmten Kriterien bzw. Voraussetzungen für die Nutzung aufzuführen.

## Art. 72 BAZG-VG

Art. 72 BAZG-VG umschreibt die Risikoanalyse. Aus dem Gesetzestext geht nicht hervor, was unter einer Risikoanalyse zu verstehen ist. Für betroffene Personen ist daher nicht nachvollziehbar, was eine Risikoanalyse ist, welche Risiken analysiert werden, wie und in welchen Fällen eine solche Risikoanalyse durchgeführt wird und welche Personendaten für die Risikoanalyse einbezogen werden. Die Risikoanalyse ist hinreichend bestimmt zu umschreiben.

Sollte bei der in diesem Zusammenhang erwähnten Mustererkennung der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) gemeint sein, weisen wir darauf hin, dass die vorliegenden Bestimmungen für einen Einsatz von KI-Algorithmen nicht ausreichend sind.

## Art. 76 BAZG-VG

Der Bundesrat hat neben der Aufbewahrung, Archivierung, Löschung und Vernichtung der vom BAZG bearbeitenden Daten ebenfalls Folgendes zu regeln:

- die Architektur des Informationssystems;
- die Definition von organisatorisch-technischen Massnahmen;
- der Katalog der Personendaten;
- die Zugriffsberechtigungen zu den Informationssystemen;
- der Katalog der am System beteiligten Behörden mit ihren Zugriffsberechtigungen;
- der Katalog der Schnittstellen;
- die Voraussetzungen, unter welchen ein Profiling und eine Risikoanalyse durchgeführt werden kann.

Diese Punkte sind in der Bestimmung entsprechend zu ergänzen.

Wir bitten Sie um Berücksichtigung unserer Anliegen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Ueli Buri  
Präsident privatim



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : réservesuisse genossenschaft

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : réservesuisse

Adresse : Schwanengasse 5+7, Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson : Dr. Hans Häfliger / Heinz Eng

Telefon : 031 328 72 72

E-Mail : [info@reservesuisse.ch](mailto:info@reservesuisse.ch)

Datum : 14.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 21 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| réserveuisse            | <p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Besten Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf des BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), des Anhangs 1 und des Zollabgabengesetz (ZoG).</p> <p>Die réserveuisse genossenschaft erbringt Dienstleistungen im Zusammenhang mit Import, Lagerung und Verarbeitung von Nahrungs- und Futtermitteln. Unsere Genossenschafter halten systematische Lager an Nahrungs- und Futtermitteln und tragen so direkt zur Versorgungssicherheit der Schweiz in Krisen bei. Ihre Aufgaben und Tätigkeiten über die Pflichtlagerhaltung ergeben sich aus dem Landesversorgungsgesetz (LVG) und den dazugehörigen Vollzugsverordnungen des WBF. Die réserveuisse ist eine privatrechtliche Genossenschaft und vereint rund 120 Pflichtlagerhalter.</p> <p>Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.</p> <p>réserveuisse genossenschaft</p> <p>Dr. Hans Häfliger                      Heinz Eng</p>  |
| réserveuisse            | <p>Die réserveuisse als Garantiefonds verwaltende Trägerschaft pflegt einen engen Datenaustausch mit der EZV, da letztere der réserveuisse ungeachtet der Geheimhaltungspflicht Belege und Daten zur Verfügung stellt, damit der Vollzug der Pflichtlagerhaltung gewährleistet werden kann (Art. 64 LVG).</p> <p>Die réserveuisse hat ebenfalls die Digitalisierung der Geschäftsprozesse gestartet und hat grosses Verständnis für den umfassenden Transformationsprozess der EZV. Wir begrüßen die Zielsetzungen u.a. die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von schweizerischen Unternehmen und die Erhöhung der Sicherheit an der Grenze auch im Rahmen unserer Genossenschafter. Unser Anliegen ist, dass diese Änderungen in Einklang mit den bestehenden und etablierten Prozessen der Wirtschaftsakteure, insbesondere der Importeure, den Exporteuren und der Verarbeitungsindustrie stellen. Unsere Stellungnahme der réserveuisse fokussiert sich auf die Bereiche der Nahrungs- und Futtermittelindustrie im Rahmen des LVG und den Vollzugsverordnungen sowie den Interessen unserer Genossenschafter.</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|               |  |
|---------------|--|
|               | <p>Hinweis: Allgemein lässt sich festhalten, dass aus dem aktuellen ZG zwei neue Erlasse entstehen. Im Rahmen einer schlanken Gesetzgebung wäre es sicherlich begrüssenswert, dass die Revision nur einen Erlass mit einer bestmöglichen Entschlackung und Vereinfachung der Bestimmungen vorsehen würde.</p> <p>Hinweis: Die réservesuisse würde es begrüssen, wenn eine synoptische Tabelle der Änderungen zur heutigen Gesetzesgrundlage vorliegen würde. Zur Vereinfachung der Lesbarkeit wäre ein Abkürzungsverzeichnis bzw. eine einheitliche Legende i.S. terminologischen Begriffen sehr hilfreich.</p>  |
| réservesuisse | <p>Der réservesuisse sind bei der Schaffung eines neuen Rahmengesetzes (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) und der Reduktion des heutigen Zollgesetzes (ZG) zum Zollabgabengesetz (ZoG) folgende Punkte von Bedeutung und Wichtigkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach unserem Verständnis tangiert die Schaffung dieser neuen Gesetze die Erhebung der Garantiefondsbeiträge im Rahmen des LVG nicht. Das Zolltarifgesetz (ZTG) vom 9. Oktober 1986 (Stand am 1. Januar 2017; SR 632.10) erfährt keine materiellen Änderung für die Erhebung der Garantiefondsbeiträge.</li> <li>- Es ist sicherzustellen, dass sämtliche zollrelevanten Regelungen (Importe, Exporte, Veredelungsverkehr und Zollbegünstigungen sowie die Rückerstattungen im Rahmen der Nahrungs- und Futtermittelbewirtschaftung der Pflichtlagerhaltung in die neuen Gesetze bzw. in die nachfolgenden Vollzugsverordnungen übernommen werden.</li> </ul> <p>Wir behalten uns vor, uns in den Details zu den einzelnen Artikeln verlauten zu lassen.</p> |
| réservesuisse | <p>Bemerkungen zum erläuternden Bericht</p> <p>Hinweis: - Die réservesuisse erachtet es als problematisch von 3 Verantwortlichen zu sprechen (Waren-/Daten-/Transportverantwortlichen) und dann als Hauptschuldnerin nur die Warenverantwortliche zu nennen. Dies kann die anderen Verantwortlichen doch in erheblichem Masse dazu verleiten, ihrer Sorgfaltspflicht ungenügend nachzukommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Es ist zu präzisieren, dass der Warenverantwortliche seinen Geschäftssitz im CH-Zollgebiet (d.h. im schweizerischem Staatsgebiet) haben muss.</li> </ul>  |
| réservesuisse | <ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht alle Zollverfahren werden im BAZG-VG oder Zog namentlich genannt; u.a. fehlt die Warenbestimmung des bestimmten Verwendungszweckes (Zollerleichterung).</li> </ul>  |
| réservesuisse | <ul style="list-style-type: none"> <li>- ist die Entstehung der Abgabenschuld mittels verbindlicher Anmeldung der Entstehung der Abgabenschuld mittels verbindlicher Aktivierung gleichzusetzen (vgl. dazu auch Art. 9 Ziff. 1 und 2) ?</li> </ul>   |
| réservesuisse |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |
|---------|--|
| réserve |  |
| réserve |  |
| réserve |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name           | Art. | Abs.  | Bst.    | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|----------------|------|-------|---------|---|--|
| réserve Suisse | 2    | 2     |         | Neue Reihenfolge, strukturiert und chronologisch gestalten gestützt auf die Einheit der Materie   | Bst. i., a.), b.), c.), g.) f.), d.), l.), h.), e.), j.), k.)  |
| réserve Suisse | 7    |       | f. - h. | Im Warenverkehr wird zwischen Importeur und Empfänger unterschieden. Diese Begriffsbestimmungen fehlen. In anderen Rechtserlassen (z.B. MWSTG) wird ebenfalls nach diesen Begriffen unterschieden. Es ist nicht klar ersichtlich, wie diese Begriffe in den Art. 7 einfließen oder ob diese spezifisch in anderen Artikeln definiert werden ? | Evtl. definieren in diesem Artikel Empfänger und Importeur der Ware, ansonsten im Zusammenhang/ Änderungen mit EDEC usw.                   |
| réserve Suisse | 8    | 2     |         | Definition Warenbestimmung  | Warenbestimmung Referenz auf Art. 11   |
| réserve Suisse | 9    | 1 + 4 |         | andere vom BAZG zugelassene Form ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Welche Form wird zugelassen, Definition wo?  | Referenz oder Definition um welche Formen es sich handelt, wo wird dies vom BAZG definiert (Vollzugsverordnung usw.)!                      |
| réserve Suisse | 9    | 2     | a       | Orthographie "übermittelt" ohne "e"   |  |
| réserve Suisse | 9    |       |         | Was passiert mit Waren welchen nicht angemeldet wurden?   | d'office Anmeldung; von Amtes wegen, sind in Art. 18, Abs. 3 genannt, auch hier stellt sich die Frage der Zusammengehörigkeit unter Art. 9 |
| réserve Suisse | 11   |       |         | Es fehlt die Warenbestimmung "zu einem bestimmten Verwendungszweck" (Zollerleichterungen)   | zusätzlich aufführen:<br>i. zu einem bestimmten Verwendungszweck   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                |    |       |   |  |   |
|----------------|----|-------|---|--|---|
| réserve-suisse | 17 | 2     |   | geht die abgabenrelevanten Feststellung des Sachverhaltes mit der Aktivierung einher?  | wenn ja, entsprechend ergänzen für die Verständlichkeit: "...stellt mit der Aktivierung den abgabenrelevanten Sachverhalt fest ...."  |
| réserve-suisse | 20 | 2     | b | lässt sich generell nicht sagen. Die Abgabenschuld fällt wohl nur für die spezifische Warenbestimmung dahin. Die Ware wird neu einer anderen Warenbestimmung zugeführt in welcher die Abgabenschuld neu entsteht . | entsprechend ergänzen - definieren  |
| réserve-suisse | 30 | 5     |   | Verjährung Abgabenschuld erst nach 15 Jahren? Ist das OR konform ? Zweck und Begründung für die Verlängerung ist fehlt?  | evtl. anpassen an OR  |
| réserve-suisse | 52 | 1 ff. |   | Das BAZG eröffnet schriftliche Verfügungen elektronisch.<br>In Ziff. 3 sind die Adressat/innen verpflichtet zu überprüfen, ob Dokumente übermittelt worden sind!   | Das BAZG übermittelt schriftliche Verfügungen elektronisch. Die elektronische Übermittlung gilt als Eröffnung.  |
| réserve-suisse | 58 |       |   | Bei einer Aktivierung der Anmeldung handelt es sich um eine Verfügung. Somit gilt die Frist von 60 Tagen ab Aktivierungsdatum? Wie erwähnt sollte das ganze i.S. Terminologie eindeutig zuzuordnen sein!           |   |
| réserve-suisse | 69 | 1     | e | Die Aufzählung von Dritten ist nicht abschliessend! Laut Art. 64 LVG haben weitere Dritte Bedarf nach Datenbekanntgabe (réserve-suisse, Carbura, Agricura, Provisiogas und Helvecura).                             | Ausweitung auf andere BA und Organisationen, welche vom Bund mandatiert sind und einen rechtmässigen Bedürfnisnachweis für Dateninformationen nachweisen können, damit sie ihre öffentlich-rechtliche Aufgaben wahrnehmen können. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |   |  |   |  |
|---------|-----|---|--|---|--|
| réserve | 77  | 2 |  | Das BAZG kann auch gemeinsame Kontrollen im Verbund mit anderen BA oder Organisationen, welche im Rahmen des Bundes hoheitliche Kontrollaufgaben wahrnehmen, durchführen. | Im Zollgebiet und in den Zollanschlussgebieten kann es auch gemeinsame Kontrollen mit anderen BA oder mit Organisationen, welchen gesetzliche, öffentliche Aufgaben übertragen wurden, durchführen. Die jeder Organisation vorbehaltenen, spezifischen Kompetenzen werden davon nicht tangiert.                |
| réserve | 82  |   |  | Präzisierung des Umfangs  | "...der gleichen Art, Menge und Umfangs...."   |
| réserve | 106 | 4 |  | Ergänzung   | Im Zollgebiet und in den Zollanschlussgebieten kann es auch gemeinsame Kontrollen mit anderen BA oder mit Organisationen der Wirtschaft, welchen gesetzliche, öffentliche Aufgaben übertragen wurden, durchführen. Die jeder Organisation vorbehaltenen, spezifischen Kompetenzen werden davon nicht tangiert. |
| réserve | 108 | 1 |  | Ergänzung   | Das BAZG, andere Schweizer Behörden und Organisationen der Wirtschaft welche gesetzliche, öffentlichen Aufgaben übertragen wurden, leisten .....   |
| réserve |     |   |  |   |  |
| réserve |     |   |  |   |  |
| réserve |     |   |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|         | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>                            |
|---------|-------------------------------------|--|--|
| réserve | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | LOP (limitiertes Opportunitätsprinzip) bewährt sich. |
| réserve | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|-------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |
| réserve     |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name    | Gesetz                 | Bemerkung/Anregung   |
|---------|------------------------|--|
| réserve | VwVG                   | Eine Änderung im Sinne einer Ausnahmeregelung nur für das BAZG-VG erscheint nicht sinnvoll. Zudem werden bei anderen Revisionen von Erlassen anderer Bundesämter diese ebenfalls auf eine Ausnahmeregelung bzw. Änderung im Sinne ihrer Gesetzgebung pochen. Das VwVG soll innerhalb der BV einheitlich gelten.  |
| réserve | OR                     | Auch hier scheint eine Ausnahmeregelung im Sinne des Gesamtrahmens nur für das BAZG-VG nicht sinnvoll. Jede Ausnahme bzw. Vorbehalt verwässert die allgemeine Gesetzgebung des OR, auch wenn solche Änderungen immer zu Recht und zu Gunsten des jeweiligen Rechtserlasses dienen.   |
| réserve | MWST Art. 51 ff        | Terminologie-Wirrwarr mit dem BAZG-VG; ist der Importeur nun die Warenverantwortliche im Sinne des BAZG-VG? Muss eindeutig geklärt werden und Terminologie muss angepasst werden. Auch wer ist Absenderin oder Absender im Inland im Rahmen des BAZG-VG.   |
| réserve | Zolltarifgesetz Art. 4 | Die Kompetenzdelegation an das EFD ist zu streichen. Der BR ist beizubehalten. Bei der Herabsetzung von Zöllen zu einem bestimmten Verwendungszweck (i.d.R. Landwirtschaft) sind ausser dem EFD noch weitere Departemente involviert. Zudem geht es um volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Man könnte insofern damit leben, indem man die EZV "nach Anhörung der betreffenden, involvierten BA...." diesbezüglich entscheiden lassen kann. |
| réserve | Allg.                  | Für all die Änderungen in den diversen Rechtserlassen wäre ein Stichwortverzeichnis unter Angabe der Seitenzahl hilfreich. Dies verhindert jedesmal über x-dutzend Seiten zu scrollen.   |
| réserve |                        |  |
| réserve |                        |  |
| réserve |                        |  |
| réserve |                        |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |
|-------------|--|--|
| réserveuses |  |  |
|-------------|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |
| réservesuisse   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|--|
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |
| réservesuisse  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------|--|
| réserve     | Art. 5; warum wird gerade in Covid-19 Zeiten die Zollbefreiung von Instrumenten und Apparaten zur Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten in Spitälern und Pflegeinstituten nicht beibehalten? Antrag: Wiederaufnahme gem. aktuellem ZG, Art. 8, Bst. h.).  |
| réserve     | Art. 6, Zusatz Abs. 3: Waren die auf Grund anderer Erlasse nichtzollabgabenrechtlichen Gebühren unterliegen, sind davon ausgenommen. Bsp.: 50 kg Olivenöl bei der Einfuhr im Reisendenverkehr werden mit einem Pauschalansatz besteuert, d.h. der Garantiefondsbeitrag (GFB) wird darauf nicht erhoben bzw. ist im Pauschalansatz integriert; was nicht dem LVG entspricht. Wenn trotzdem wie vorgesehen und wirtschaftlich richtig der GFB in den Pauschalansatz einfließt, muss dieser anteilmässig an die zuständigen Organisationen in irgendeiner Form überwiesen werden. |
| réserve     | Art. 8; einfügen unten: Für Waren des Grenzverkehrs sind die nichtzollabgabenrechtlichen Gebühren geschuldet (z.B. GFB beim Import von Futtergetreide) oder es ist eine entsprechend Befreiung vorzusehen.   |
| réserve     | Art. 13, neuer Absatz oder einfließen lassen: Werden bei Zollwiderhandlungen und Ordnungswidrigkeiten nach diesem Gesetz auch nichtzollabgabenrechtliche Gebühren tangiert, werden die betreffenden Organisationen über den Entscheid informiert (z.B. Zollwiderhandlung bei Import von Hartweizen, bei Kontrolle stellt sich heraus, dass es sich um Weichweizen handelt mit höherem GFB). Dadurch ist gewährleistet, dass die betreffenden Gebühren von den zuständigen Stellen nachträglich in Rechnung gestellt werden können.   |
| réserve     | Die Zollabgabenerhebungen im Rahmen des Veredelungsverkehrs, der Zollerleichterungen nach Verwendungszweck und den entsprechenden Rückerstattungen fehlen im ZoG gänzlich. Es stellt sich die Fragen inwieweit dies gewollt ist? Bei den angesprochenen Verfahren handelt es sich um wirtschaftliche Zollverfahren von grösster Bedeutung und Wichtigkeit für die Wirtschaft. Diese müssen u.E. zwingend in das ZoG einfließen. Die detaillierten Parameter können dann in einer entsprechenden Vollzugsverordnung geregelt werden!  |
| réserve     |  |
| réserve     |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Zollabgabengesetz – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen**

[illegible]

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |
| réserve |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |
| réserve  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane is open on the right. The 'Schutz aufheben' (Unprotect) button is highlighted with a red box. The document content includes a section titled 'BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht' and a table with 2 columns: 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'.

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab in the top menu bar. The 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) button is highlighted in the right-hand pane. The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |

The right-hand pane displays the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) settings, including options for 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) and 'Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted.



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizer Bauernverband

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SBV

Adresse : Laurstrasse 10, 5200 Brugg

Kontaktperson : Thomas Jäggi

Telefon : 056 462 51 11

E-Mail : [thomas.jaeggli@sbv-usp.ch](mailto:thomas.jaeggli@sbv-usp.ch)

Datum : Stellungnahme SBV 22. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 7  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 15 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SBV                     | <p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Besten Dank für die Gelegenheit zu den Entwürfen für die Änderung des Zollrechtes Stellung nehmen zu können. Der Schweizer Bauernverband (SBV) ist die Dachorganisation der Schweizer Landwirtschaft und vertritt die Interessen der Schweizer Bauernfamilien.</p> <p>Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p>Schweizer Bauernverband</p><br><p>Sig. M. Ritter    Sig. M. Rufer<br/>Präsident      Direktor</p>  |
| SBV                     | <p>Vorbemerkungen</p> <p>Die geplante Revision des Zollrechtes führt zu einer weitreichenden Neuorganisation des gesamten Grenzschutzes, des Zollwesens und der Migrationskontrolle. Diese Stellungnahme des SBV beschränkt sich auf die für die Landwirtschaft wichtigen Elemente. Nachfolgend zeigen wir Ihnen die für die Landwirtschaft wichtigen Punkte auf. Weiter stellen sich uns noch offene Fragen, die aus Sicht des SBV zwingend sauber zu lösen sind, damit die geplante Neuregelung und Neuorganisation der Behörden für Zoll und Grenzschutz gelingen kann.</p> |
| SBV                     | <p>Dem SBV sind bei der Revision des Zollrechts folgende Punkte besonders wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Der bestehende Grenzschutz für die Landwirtschaft darf mit der vorliegenden Revision nicht geschwächt oder reduziert werden.</li></ul>  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
|     | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der SBV geht davon aus, dass die Regelungen zur Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte nach wie vor gemäss den Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Agrareinfuhrverordnung geregelt bleiben und unverändert in die neue Organisationsstruktur des BAZG übernommen werden.</li> <li>- Die Bekämpfung des Schmuggels muss mindestens so gut und so effektiv sein wie bisher.</li> <li>- Auch das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung ist in der Vorlage zu berücksichtigen.</li> <li>- Die Bedingungen für die Bewirtschaftung von Flächen durch Schweizer Landwirte in der Grenzzone sind beizubehalten.</li> <li>- Die neuen Verfahren zur Umsetzung der Digitalisierung im Zollwesen und Grenzschutz dürfen nicht zu Lücken und neuen Möglichkeiten der Umgehung der geltenden Vorschriften führen.</li> <li>- Der Veredelungsverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder Grundstoffen muss weiterhin zwingend einer Bewilligungspflicht unterstehen.</li> <li>- Änderungen dürfen nicht zur Schwächung der Anforderungen und Kontrollverfahren bezüglich der Lebensmittelsicherheit und Deklaration führen.</li> </ul>   |
| SBV | <p>Der "Aktive Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe" ist in der neuen Zollgesetzgebung beizubehalten. Dies würde keines der im erläuternden Bericht auf S. 5 erwähnten Ziele tangieren. Heute ist dieses Verfahren in einer Verordnung des EFD geregelt, basierend auf Art. 43 Abs. 2 der Zollverordnung und somit auch Art. 12 Abs. 3 des Zollgesetzes.</p> <p>Für die gesamte Schweizer Ölsaaten- und Fettbranche ist dieses Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzprinzip von grösster Bedeutung, weil es erlaubt, unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Ölen und Fetten eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Ölen und Fetten zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Es ist uns bewusst, dass es derzeit noch nicht um die Verordnungen geht. Trotzdem möchten wir sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen, auf denen eine Verordnungslösung beruhen muss, eine solche Lösung überhaupt zulassen würden. Wir begrüssen deshalb grundsätzlich die Aufzählung der aktiven Veredelung in Art. 11 BAZG-VG als eine der möglichen Warenbestimmungen. Wir möchten anregen, die wichtigsten Pfeiler für die zukünftige Ausgestaltung des Warenverkehrs auf Gesetzesstufe zu verankern.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
| SBV | In den Unterlagen der Vernehmlassung ist die Erhebung der Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung mit keinem Wort erwähnt. Der SBV erwartet, dass diese Aufgabe weiterhin durch die neue Zollorganisation (BAZG) vollzogen wird und daher auch im entsprechenden Gesetz eine Grundlage haben muss.   |
| SBV | <p>Bezüglich dem Verständnis stellen sich noch Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Definition von 3 Arten von "Verantwortlichen" (Warenverantwortliche, Datenverantwortliche und Transportverantwortliche) erscheint nachvollziehbar. Die Umsetzung ist allerdings nicht mehr stringent. Während im grenzüberschreitenden Verkehr alle drei Verantwortungsfunktionen immer eintreten - auch bei einem Eigentransport durch den Warenverantwortlichen ist dieser Verantwortungsträger auch der Daten- und Transportverantwortliche. Es ist unlogisch die 3 Verantwortungsbereiche zu definieren und bei einem Eigentransport durch den Warenverantwortlichen in den Sachverhaltsbeispielen auf Seite 20 der Erläuterungen aufzuzeigen, dass es z.B. in diesem Fall keine Daten-, resp. Transportverantwortliche gibt. Im Inlandverkehr ist die Transportverantwortung hingegen i.d.R. irrelevant.</li> <li>- Die Definition der "Warenverantwortlichen" ist in Art. 7, Bst. c und den zugehörigen Erläuterungen grundsätzlich weit gefasst. Das wird aber in den Erläuterungen zu Art. 21, Abs. 3 sehr stark reduziert und wirft die Frage auf, ob die weitgefasste Definition gemäss Art. 7 überhaupt anwendbar ist?</li> <li>- Abgeleitet aus dieser Feststellung, stellt sich uns die Frage, ob an die Warenverantwortlichen Bedingungen wie eine Adresse oder Sitzpflicht in der Schweiz zu stellen sind?</li> </ul> <p>Diese offenen Fragen sind zu klären, damit die Revision gelingen kann.</p> |
| SBV |  |
| SBV |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst.    | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|---------|---|---|
| SBV  | 1    |      | b       | Bei den Zwecken unter b fehlt, die Verhinderung der illegalen Einfuhr.  | b. ...sowie ein Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit, zum Schutz der Bevölkerung und zur Verhinderung illegaler Importe.    |
| SBV  | 4    | 1    | I (neu) | Die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung bestimmter Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung werden ebenfalls bei der Einfuhr erhoben und daher ist diese Abgabeart in diesem Artikel auch aufzuführen. | I. die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager gemäss Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung. |
| SBV  | 11   | 1    | d und e | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht.                            |   |
| SBV  | 19   | 2    | b       | Abgleich zwischen Entwurf und Erläuterungen<br>In den Erläuterungen wird von "in das Zollgebiet verbringen" geschrieben, während im Entwurf von "aus" dem Zollgebiet verbracht" geschrieben steht.                                | b. die Abgabeschuld bei formlos eingeführten, aber nicht ordnungsgemäss "in" das Zollgebiet verbrachten Waren entsteht.           |
| SBV  |      |      |         |   |   |
| SBV  |      |      |         |   |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-----|-------------------------------------|--|---|
| SBV | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Damit wird Klarheit über die Vollzugspraxis in diesem Gesetz geschaffen.  |
| SBV | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Eine Umsetzung der Variante 2 wird abgelehnt, da das neben der Anpassung einer Vielzahl von anderen Gesetzen auch neue Ungerechtigkeiten schafft, da in anderen hier nicht zur Änderung gelangenden Gesetzen solche und ähnliche Strafbestimmungen stehen bleiben. Einer Variante 2 stimmt der SBV nur zu, wann im gesamten Bundesrecht diese Bestimmungen harmonisiert würden. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz                | Bemerkung/Anregung  |
|------|-----------------------|---|
| SBV  | Mineralölsteuergesetz | Der SBV geht davon aus, dass die Teilerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Berufsfischerei unverändert erfolgen wird. |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |
| SBV  |                       |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |  |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>                      | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SBV   | BG CI-TES     |             |             |             | Die vorgeschlagenen Änderungen werden begrüsst |  |
| SBV   | ZTG           | 4           | 4           |             | Die vorgeschlagenen Änderungen werden begrüsst |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |
| SBV   |               |             |             |             |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| SBV   | Allgemeine Bemerkungen des SBV zum Entwurf für das Zollabgabengesetz<br>Der Erlass eines Zollabgabengesetzes wird vom SBV begrüsst.  |
| SBV   | Der SBV verlangt, dass Waren im Reiseverkehr nur dann ohne Zoll- und andere Abgaben eingeführt werden dürfen, wenn die ausländischen Abgaben erhoben und nicht zurückgefordert resp. zurückerstattet wurden. |
| SBV   |  |
| SBV   |  |
| SBV   |  |
| SBV   |  |
| SBV   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| SBV  | 6           | 3           |             | Der Einkaufstourismus ist nicht länger durch Steuer-, Zoll- und andere Abgabebefreiungen zu fördern. | Die zoll- und abgabefreie Einfuhr im Reiseverkehr ist nur möglich, wenn die Abgaben im Ausland entrichtet und bei der Ausfuhr nicht zurückerstattet resp. zurückgefordert werden.<br><br>Freigrenzen für den Tagesbedarf sind auf 50Fr. für Erwachsene und 20Fr. für Kinder zu reduzieren. |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |
| SBV  |             |             |             |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). Under '2. Bearbeitungseinschränkungen', the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). Under '3. Schutz anwenden', the text 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to take over these settings? (You can deactivate them later.)) is displayed, and the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizer Brauerei-Verband

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SBV

Adresse : Engimattstrasse 11, Postfach, 8027 Zürich

Kontaktperson : Marcel Kreber

Telefon : 044 221 26 28

E-Mail : marcel.kreber@getraenke.ch

Datum : 14.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 21 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| SBV                     | Mit der Gesetzesrevision geht eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.  |
| SBV                     | Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, erachten wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen als essentiell.  |
| SBV                     | Die Einführung einer neuen Terminologie sollte mit entsprechender Vorsicht angegangen werden. Um für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen führen, sollten neue Rollen klar formuliert und deren Verantwortlichkeiten konsistent geregelt sein, auch im Bezug auf andere nationale und internationale Nomenklaturen (z. B. Rolle der Verfahrensbeteiligten in drei Verantwortungsgruppen - im Zollkodex kannte man diese Begriffe aber nicht). |
| SBV                     | Die Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten erlauben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant.   |
| SBV                     | Der Schutz des Geistigen Eigentums und vertraulicher Geschäftsinformationen ist zu garantieren. Dementsprechend erwarten wir, dass die Zollverwaltung/das BAZG auch in Zukunft sicherstellt, dass dieser Schutz nicht durch die internationale Amtshilfe unterminiert wird und für alle Arten von Daten gewährleistet ist (z.B. Cyberrisiken). Ebenso ist die Bekämpfung von Fälschungen sicherzustellen.   |
| SBV                     | Grundsätzlich stellen wir die organisatorische Weiterentwicklung (alle Mitarebiterinnen und Mitarbeiter können alles - Stichwort: GWK-Aufgaben) in Frage.   |
| SBV                     | Die klare Abgrenzung von Aufgaben zu Polizei und Armee erachten wir als dringend. Es darf keine Kompetenzstreitigkeiten geben. Motto: Ein Raum, ein Chef.   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |
|-----|---|
| SBV | zusätzlich verweisen wir auf die Eingabe von economiesuisse, welche wir mittragen |
| SBV |   |
| SBV |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
| SBV  | 7    |      |      | Die Begriffe müssen präzisiert werden, auch im Hinblick auf die im interantionalen Rahmen angewendete Nomenklatur.  |   |
| SBV  | 9    | 1    |      | Art. 9 Abs. 1 verlangt die Übermittlung aller notwendigen Begleitdokumente zum Zeitpunkt der Warenanmeldung. Zum Zeitpunkt der Warenanmeldung sind indessen nicht immer sämtliche Unterlagen (wie z.B. Ursprungsnachweise) vorhanden, dies sollte im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden.   |   |
| SBV  | 12   |      |      | <p>In Zukunft soll die Zollanmeldung mit der Fahrzeug-Immatrikulation verknüpft werden. Im Export wird oft die Ausfuhrzollanmeldung durch die exportierende Unternehmung erstellt, wobei zu diesem Zeitpunkt die Abholung durch den Spediteur in den meisten Fällen noch nicht organisiert wurde.</p> <p>Zudem kann im Verlauf des grenzüberschreitenden Transports ein Fahrzeugwechsel bzw. ein Umladen erfolgen. Daher muss diese Anforderung praxistauglich und flexibel gestaltet werden, ansonsten würde dies massiv in die logistischen Abläufe der Unternehmen eingreifen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung führen.</p> |   |
| SBV  | 52   | 3    |      | Wir lehnen diese Holschuld der Verfügungsadressatinnen und -adressaten ab. Es ist Aufgabe des Verfügenden (Bringschuld) den Adressaten  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |   |  |
|-----|----|---|--|---|--|
|     |    |   |  | auf das Vorliegen entsprechender Dokumente hinzuweisen.   |  |
| SBV | 53 | 2 |  | <p>Fristwahrung im elektronischen Verfahren:</p> <p>Bei Nichterreichbarkeit des Informationssystems verpflichtet Art. 53 Abs. 2 das Unternehmen, täglich zu prüfen, ob das System erneut funktioniert. Ansonsten kann es sein, dass die Fristverlängerung um einen Tag bei Nichterreichbarkeit des Systems verstreicht. Gerade im kaufmännischen Bereich arbeiten viele Personen Teilzeit. Dies wäre mit einer entsprechenden Fristverlängerung zu berücksichtigen.</p>   |  |
| SBV | 58 | 1 |  | <p>Gemäss Art. 39 kann das BAZG geschuldete Beträge bis zu einem Jahr nachfordern. Art. 58 gewährt den Unternehmen für Einsprachen allerdings nur eine Frist von 60 Tagen. Die Frist von 60 Tagen wird den internen Abläufen von Unternehmen zudem nicht gerecht. Wir befürworten deshalb eine Verlängerung der Frist.</p> <p>Zudem gibt es heute bei den provisorischen Abfertigungen aus GSP Ländern eine Frist von 90 Tagen zur Beschaffung der Dokumente. Eine Verkürzung der Frist auf 60 Tage ist in Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, zu kurz.</p> |  |
| SBV | 60 | 1 |  | <p>Analog der Fristen für die Einsprache gemäss Art. 58, wäre auch bei der Beschwerdemöglichkeit eine Erweiterung der Frist wichtig. Dies um Asymmetrien zwischen den Rechten des BAZG und der Unternehmen zu vermeiden und um die internen Prozesse der Unternehmen besser zu berücksichtigen.</p> <p>Das BAZG soll zudem sicherstellen, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |   |  |  |
|-----|----|---|---|--|--|
| SBV | 62 | 2 | b | Art. 62, Abs. 2 Bst b ist zu generell gefasst. Es erschliesst sich uns nicht, welche Arten von Kontrollen darunter fallen werden bzw. welche nicht. Dies wäre im Gesetzestext zu präzisieren. Insbesondere bei kleinen Beanstandungen scheint die Auferlegung von Kosten nicht verhältnismässig.   |  |
| SBV | 66 | 2 | b | <p>Mit Artikel 66 wird die Grundlage für die Bearbeitung von Daten juristischer Personen wie z.B. Fabrikationsgeheimnissen geschaffen. Besonders wichtig erscheint uns, dass diese Daten ausreichend geschützt und nicht an Dritte weitergegeben werden. Eine entsprechende Präzisierung ist daher wichtig.</p> <p>Der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse ist für viele Branchen ein prioritäres Anliegen, dementsprechend wichtig erscheint es den Datenschutz sicherzustellen und den Zugang zu diesen sehr restriktiv zu behandeln, auch im Rahmen einer internationalen Amtshilfe.</p> |  |
| SBV | 68 |   |   | Neue flexible Zugriffsbefugnisse mögen durchaus praxisbezogener sein, erhöhen aber die Gefahr des Missbrauchs. Daher ist eine rechtssichere Verordnungsregelung (mit klar abgestufte Kompetenz- und Zugriffsregelung, Kontrollen) essentiell.  |  |
| SBV | 85 |   | e | Bisher ist die Prüfung von Produktionsanlagen nicht vorgesehen. In gewissen Industrien gelten strengen Produktionsvorschriften (Sicherheit, Qualität und GMP) und limitierter Zulassung nur für geschultes Personal, auch zur Sicherstellung des Schutzes vertraulicher Informationen. Deshalb eachten wir eine solche Prüfung durch das BAZG als kritisch.  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----|-------------------------------------|--|---------------------------|
| SBV | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| SBV | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b>    | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------|------------------|--|
| SBV         | Biersteuergesetz | <p>Art. 19<br/>Die Rückvergütung der Steuer (zu Unrecht erhoben) soll laut Entwurf abgeschafft werden. Zukünftig sollen jegliche Korrekturen nur noch innerhalb Einsprachefrist der Verfügung möglich sein.</p> <p>Wir sind gegen eine Abschaffung dieser Rückvergütung: Dieser Artikel hat den Brauereien in der Vergangenheit mehrmals eine Rückerstattung ermöglicht. Es handelte sich dabei um Doppelbesteuerungen nach Veredelungsverkehr PLVV, nach Einfuhr von einem Fremdprodukt, das zu Eigenprodukt wurde usw. Dies soll weiterhin möglich sein.</p> <p>Antrag: Beibehalten des Artikels 19 wie folgt:<br/>Art. 19 Rückvergütung der Steuer<br/>Die Herstellerin oder der Hersteller hat Anspruch auf Rückvergütung der Steuer, die für im Zollgebiet hergestelltes Bier zu Unrecht erhoben wurde.</p> |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |
| SBV         |                  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |
|-----|--|--|
| SBV |  |  |
|-----|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |
| SBV   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |
| SBV  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |
| SBV   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |
| SBV  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |
| SBV |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |
| SBV  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare anzeigen Änderungen nachverfolgen Überarbeitungsbereich Markup anzeigen Markup: alle Annahmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren Bearbeitung einschr. Freigeben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Bearbeitung einschränken

Ihre Berechtigungen

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.

Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

Schutz aufheben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader - Überprüfen

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare anzeigen Änderungen nachverfolgen Markup: alle Markup anzeigen Überarbeitungsbereich Annehmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren **Bearbeitung einschr.**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |

**Bearbeitung einschränken**

1. Formatierungseinschränkungen

- ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken

Einstellungen...

2. Bearbeitungseinschränkungen

- ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:

Ausfüllen von Formularen

3. Schutz anwenden

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)

**Ja, Schutz jetzt anwenden**



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF)

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SFF

Adresse : Sihlquai 255

Kontaktperson : Dr. Ruedi Hadorn

Telefon : 044 250 70 60

E-Mail : [r.hadorn@sff.ch](mailto:r.hadorn@sff.ch)

Datum : 4. Januar 2021

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **6. Januar 2021** an folgende E-Mailadresse: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 3 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 4 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 5 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 5 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 5 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 5 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 6 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 6 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 6 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
| SFF               | <p>In seiner Funktion als Branchenorganisation für die fleischverarbeitende Branche, die rund 24'000 Mitarbeitende umfasst, begrüsst der Schweizer Fleisch-Fachverband (SFF) die Neustrukturierung der eidgenössischen Zollverwaltung, die angestrebten Vereinfachung und Harmonisierung des Zollverfahrens sowie die Pläne zur weiteren Digitalisierung im Grundsatz.</p> <p>Für den fleischverarbeitenden Sektor von besonderer Bedeutung ist und bleibt die Frage nach der Umsetzung des Veredelungsverkehrs, wobei insbesondere das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe im Vordergrund steht. Dazu gilt es festzuhalten, dass das besondere Verfahren nicht, wie verschiedentlich kolportiert wird, eine Exportsubvention, sondern vielmehr einen automatisierten Prozess der Rückerstattung nach dem Äquivalenzverfahren im aktive Veredelungsverkehr darstellt. Damit wird eine für die Wettbewerbsfähigkeit im Export bedeutende Rückerstattung insbesondere auch für Fette und Öle ermöglicht, die dem Äquivalenzprinzip folgend anstelle der ursprünglich importierten, oft hochverzollten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Obwohl auf der Basis der Erläuterungen festgehalten ist, dass an den Grundmechanismen des aktiven und des passiven Veredelungsverkehrs nicht gerüttelt werden soll, erachten wir die beabsichtigte Regelung zum besonderen Verfahren neu nur noch auf Verordnungsstufe als nicht zielführend, zumal damit das Risiko geschaffen würde, dass auf Stufe Verordnungsgeber auf einmal Begriffe anders oder enger definiert würden. Für die betroffenen Wirtschaftszweige ist die Gewährung von Rechtssicherheit jedoch von zentraler Bedeutung, weshalb die Regelung zum besonderen Verfahren wie auch der Äquivalenzverkehr analog zur bisherigen Zollgesetzgebung (vgl. Art. 12 und 13, Zollgesetz) zwingend auf Gesetzesstufe geregelt bleiben müssen.</p> |

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst.    | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|---------|---|---|
| SFF  | 11   | 1    | d und e | Die Beibehaltung der aktiven und passiven Veredelung im grenzüberschreitenden Warenverkehr auf gesetzlicher Ebene wird ausdrücklich begrüsst. | -   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |         |  |   |   |
|-----|----|---------|--|---|---|
| SFF | 11 | 2 und 3 |  | Gemäss den Erläuterungen, Seite 25 soll auch weiterhin am Prinzip des Äquivalenzverkehrs sowie den besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe festgehalten werden. Mit der allgemeinen Delegation an den Bundesrat, die verfahrensrechtlichen Einzelheiten von Warenbestimmungen zu regeln bzw. weitere Warenbestimmungen vorzusehen, sollen diese gewichtigen Grundsätze für uns unverständlicherweise von der Gesetzes- auf die Verordnungsebene verlagert werden. Da wir daraus keine Vorteile erkennen können, damit hingegen eine zunehmende Rechtsunsicherheit befürchten, müssen unseres Erachtens auch in Zukunft das Prinzip des Äquivalenzverkehrs sowie die besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe unverändert auf gesetzlicher Stufe festgeschrieben bleiben. | Festschreiben des Prinzips des Äquivalenzverkehrs und den besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe auf Gesetzesstufe. Erst unter dieser Voraussetzung sind weitere Ausformulierungen und Präzisierungen wenn nicht im Gesetz selber, dann zumindest in einer auf diesem basierenden Verordnung vorzunehmen. |
|-----|----|---------|--|---|---|

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | Antwort                             |  | Bemerkung/Anregung |
|-----|-------------------------------------|--|--------------------|
| SFF | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                    |
| SFF | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|------|------|--------------------|---------------|
| SFF  | -    | -                  |               |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| SFF  | -      | -                  |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|--------|------|------|------|--------------------|---|
| SFF  | -      |      |      |      | -                  |   |

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge**

| Name | Gesetz | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|------|--------|------|--------------------|---------------|
| SFF  | -      |      | -                  |               |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| SFF  | -                  |

### **Zollabgabengesetz – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--------------------|---|
| SFF  | -    |      |      | -                  |   |

### **Zollabgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|------|------|--------------------|---------------|
| SFF  | -    | -                  |               |

**Vernehmlassung:**

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
  - **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**
- 

**Stellungnahme eingereicht durch**

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizer Milchproduzenten

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SMP

Adresse : Weststrasse 10, 3000 Bern 6

Kontaktperson : Thomas Reinhard

Telefon : 031 359 54 82

E-Mail : [Thomas.Reinhard@swissmilk.ch](mailto:Thomas.Reinhard@swissmilk.ch)

Datum : 23. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 3 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 4 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....             | 5 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 5 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....       | 7 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                         | 7 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....  | 8 |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)



## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung   |
|------|--|
|      | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat<br/>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Mit Schreiben vom 11. September 2020 unterbreiten Sie Entwürfe der revidierten Zollgesetzgebung zur Stellungnahme. Die SMP vertritt die rund 19'000 Milchviehhaltenden der Schweiz. Gerne nehmen wir zu den Entwürfen Stellung.</p> <p>Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich auf die für die Milchwirtschaft wichtigen Elemente. Für die SMP sind bei der Revision des Zollrechts folgende Punkte besonders wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• <b>Der bestehende Grenzschutz für die Milchwirtschaft darf mit der vorliegenden Revision keinesfalls reduziert werden.</b></li><li>• <b>Der Veredelungsverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder Grundstoffen muss weiterhin zwingend einer Bewilligungspflicht unterstehen. Bei Milchprodukten ist eine Anhörung der betroffenen Kreise notwendig und es darf im Zweifelsfall nur das Nämlichkeitsprinzip zur Anwendung kommen.</b> Die Milchproduzenten sind mit den Mechanismen vertraut und wissen aus Erfahrung, dass eine unsachgemässe Handhabung des Veredelungsverkehrs sowohl Marktmechanismen in Inland, den Grenzschutz wie auch die gesamte „Swissness“ aushebeln resp. unterlaufen kann. Deshalb legen wir höchste Priorität auf diesen Punkt.</li><li>• Die Bekämpfung des Schmuggels muss mindestens so gut und so effektiv sein wie bisher.</li><li>• Die Bedingungen für die Bewirtschaftung von Flächen durch Schweizer Landwirte in der Grenzzone sind beizubehalten.</li><li>• Die neuen Verfahren zur Umsetzung der Digitalisierung im Zollwesen und Grenzschutz dürfen nicht zu Lücken und neuen Möglichkeiten der Umgehung der geltenden Vorschriften führen.</li></ul> <p>In den Unterlagen der Vernehmlassung ist die Erhebung der „Garantiefondsbeiträge“ für die Finanzierung der Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung nicht erwähnt. Die SMP erwartet, dass diese Aufgabe weiterhin durch die neue Zollorganisation (BAZG) vollzogen wird und deshalb auch im entsprechenden Gesetz eine Grundlage haben muss. Der Vollständigkeit halber sei hier festgehalten, dass die Milchproduzenten eine (allfällige) Erstinverkehrsbringerabgabe – wie sie früher diskutiert wurde – zurückweisen.</p> |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |
|--|--|
|  | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, die Schweizer Milchproduzenten danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, welche Sie unserer Stellungnahme entgegenbringen. Wir stehen für weitere Detailauskünfte gerne zur Verfügung.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p><b>Schweizer Milchproduzenten SMP</b></p> <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;">   </div> <div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <p>Hanspeter Kern, Präsident</p> <p>Stephan Hagenbuch, Direktor</p> </div> |
|  | Hinweis administrativer Art: Die hinterlegten Formularfunktionen sind nicht Anwendergerecht und wurden deshalb ignoriert!  |

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst.    | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|---------|--|---|
| SMP  | 4    | 1    | I (neu) | Die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung werden bisher bei der Einfuhr erhoben. Deshalb ist diese Abgabeart auch aufzuführen. | <b><i>I. die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager gemäss Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung.</i></b> |
| SMP  | 19   | 2    | b       | Abgleich zwischen Entwurf und Erläuterungen<br>In den Erläuterungen wird von "in das Zollgebiet verbringen" geschrieben, während im Entwurf von "aus dem Zollgebiet verbracht" geschrieben steht.    | b. die Abgabeschuld bei formlos eingeführten, aber nicht ordnungsgemäss in das Zollgebiet verbrachten Waren entsteht ...                        |
|      |      |      |         |  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-----|-------------------------------------|--|--|
| SMP | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Damit wird Klarheit über die Vollzugspraxis in diesem Gesetz geschaffen.   |
| SMP | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Eine Umsetzung der Variante 2 wird abgelehnt, weil das neben der Anpassung einer Vielzahl von andern Gesetzen auch neue Ungerechtigkeiten schafft. In anderen, hier nicht zur Änderung gelangenden Gesetzen, bleiben ähnliche Strafbestimmungen stehen. Einer Variante 2 stimmt die SMP nur zu, wenn im gesamten Bundesrecht diese Bestimmungen harmonisiert würden. |

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Textvorschlag</b>  |
|-------------|-------------|--|---|
| SMP         | 11          | <p>Für die Schweizer Milchproduzenten sind die Fragen des Veredelungsverkehrs von existenzieller Wichtigkeit. Es darf keine weitere Verwässerung des Grenzschutzes geben.</p> <p>Zwingend ist, dass es weiterhin ein <b>Gesuchsverfahren</b> gibt und die betroffenen Kreise angehört werden. Die Ziele der Verfassung, insbesondere Art. 104 und Art. 104a, sowie die Landwirtschaftsgesetzgebung, sind bei der Beurteilung der Gesuche zu beachten und zu gewichten.</p> <p>Für die Schweizer Milchproduzenten ist unbestritten, dass die Nahrungsmittelindustrie einen planbaren, mengenmässig ausreichenden Zugang zu konkurrenzfähigen Rohstoffen haben soll, wenn Schweizer Grundstoffe nicht in ausreichenden</p> | <p>Warenbestimmung</p> <p><sup>1</sup> Im grenzüberschreitenden Warenverkehr müssen die Waren einer der folgenden Bestimmungen zugeführt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a. der Einfuhr in den freien Verkehr;</li> <li>b. der Ausfuhr;</li> <li>c. der Durchfuhr;</li> <li>d. der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung);</li> <li>e. der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (passive Veredelung);</li> </ul> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |   |
|--|--|--|---|
|  |  | <p>Mengen verfügbar sind. Die Milchbranche hat bewiesen, dass sie in diese Richtung Lösungen findet. Es braucht aber ein Verfahren, verankert auf der Gesetzesstufe, um die <b>unterschiedlichen Interessen der Produzenten, der Verarbeiter wie auch der Konsumentenschaft abwägen</b> zu können.</p> <p>Eine Lösung, wonach der aktive Veredelungsverkehr formlos bewilligt werden soll, geht nach Einschätzung der Schweizer Milchproduzenten entschieden zu weit. Gegenseitige <b>Transparenz</b> ist in diesem Prozess sehr wichtig, denn auch für die Schweizer Milchproduzenten sind „planbare“ Rahmenbedingungen zentral und auch sie haben ein Recht auf faire Marktbedingungen. Gesuche müssen deshalb gegenüber den betroffenen Kreisen veröffentlicht werden. Das heutige Verfahren nach Artikel 165a (ZG) bietet den Produzenten nach der Bewilligungserteilung Null Transparenz. Das ist nicht mehr haltbar. Der Veredelungsverkehr für Milch und Milchprodukte muss in der Regel zwingend nach dem <b>Nämlichkeitsverfahren</b> (Identitätsprinzip) erfolgen, damit die <b>Swissness</b> nicht in Frage gestellt oder unterwandert wird. Ein überwiegendes öffentliches Interesse spricht sehr klar gegen die Gewährung der Äquivalenz.</p> <p>Die Freigabe von Milch im Veredelungsverkehr hat für die Milchproduzenten zudem eine deutlich höhere agrarpolitische Sensibilität, als wenn es um irgendein Spezialvollmilchpulver geht.</p> | <p>f. der vorübergehenden Verwendung von Waren;<br/>g. dem Verbringen in ein Zolllager;<br/>h. dem Verbringen in ein Steuerlager.</p> <p><sup>2</sup> Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen einer Bewilligung des BAZG. Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel zu befristen.</p> <p><sup>3</sup> <b>Für die aktive Veredelung gemäss Absatz 1 Buchstabe c. kommt ein Gesuchsverfahren mit Anhörung der betroffenen Kreise zur Anwendung. Die Vorgaben der Landwirtschaftsgesetzgebung sind entsprechend zu gewichten. Bei Milch und Milchprodukten ist der Warenverkehr nach Identitätsprinzip erlaubt, wenn Marktstörungen im Inland ausgeschlossen werden können.</b></p> <p><sup>4</sup> Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Einzelheiten und kann weitere Warenbestimmungen vorsehen.</p> |
|  |  |  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz                | Bemerkung/Anregung  |
|------|-----------------------|---|
| SMP  | Mineralölsteuergesetz | Die SMP geht davon aus, dass die Teilerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Berufsfischerei unverändert erfolgen wird. |
|      |                       |   |

### **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung   |
|------|--|
| SMP  | Der Erlass eines Zollabgabengesetzes wird begrüsst.  |
| SMP  | Die SMP verlangt, dass Waren im Reiseverkehr nur dann ohne Zoll- und andere Abgaben eingeführt werden dürfen, wenn die ausländischen Abgaben erhoben und nicht zurückgefordert resp. zurückerstattet wurden. |
|      |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |      |            |      |  |  |
|--|------|------------|------|--|--|
| Name   | Art. | Abs.       | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
| SMP  | 6    | 3<br>(neu) |      | Der Einkaufstourismus ist nicht länger durch Steuer-, Zoll- und andere Abgabebefreiungen zu fördern. | <sup>3</sup> <b>Die zoll- und abgabenfreie Einfuhr im Reiseverkehr ist nur möglich, wenn die Abgaben im Ausland entrichtet und bei der Ausfuhr nicht zurückerstattet resp. zurückgefordert werden.</b> |
|  |      |            |      |  |  |

---

**Von:** Celio-Panzeri Anna <Anna.Celio-Panzeri@chgemeinden.ch>  
**Gesendet:** Donnerstag, 17. Dezember 2020 10:22  
**An:** \_EZV-rechtsetzung  
**Betreff:** Entwurf neues Gesetz über den Allg. Teil der Abgabenerhebung und Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das BAZG sowie Totalrevision des ZG zum neuen ZoG: Keine Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 11. September 2020 haben Sie dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1600 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen.

Nach Studium der Unterlagen teilen wir Ihnen hiermit jedoch mit, dass der SGV zu dieser Vorlage keine Stellungnahme einreicht.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme und freundliche Grüsse

-----  
**Schweizerischer Gemeindeverband**

Anna Celio-Panzeri  
Projektleiterin  
Verantwortliche Asyl, Partizipation und Wirtschaft  
Laupenstr. 35, Postfach  
3001 Bern  
Tel. 031 380 70 05  
[anna.celio-panzeri@chgemeinden.ch](mailto:anna.celio-panzeri@chgemeinden.ch)  
[www.chgemeinden.ch](http://www.chgemeinden.ch)



**SGV - Gemeinsam für starke Gemeinden**

Der **Schweizerische Gemeindeverband** vertritt die Anliegen der Gemeinden auf nationaler Ebene. Er setzt sich dafür ein, dass der Gestaltungsspielraum der Gemeinden nicht weiter eingeschränkt wird. Er informiert in der «Schweizer Gemeinde» - [hier](#) geht es zur aktuellen Ausgabe - im Internet und an Fachtagungen über kommunalpolitisch relevante Themen und gute Praxisbeispiele. Unter den Gemeinden fördert er den Austausch, mit dem Ziel, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.

Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Rechtssetzung  
Per Email:  
rechtssetzung@ezv.admin.ch

Bern, 30. Dezember 2020 sgv-Sc

### **Vernehmlassungsantwort**

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99,8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Der sgv begrüsst im Allgemeinen die vorgeschlagene Revision. Doch er begrüsst sie nicht uneingeschränkt und nicht ohne Vorbehalt. Unter dem Vorbehalt der Aufnahme seiner konkreten Anträge (siehe I. und die Forderung, auch die Verordnungsentwürfe – insb. in Sachen Datenschutz – dem Parlament vorzulegen), stimmt der sgv der Revision zu.

### **I. Allgemeine Bemerkungen zum Zollverfahren**

Im Rahmen der vorliegenden Revision muss es der Verwaltung und der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen ihnen abgebildet wird (gleich lange Spiesse für Fristen, Vereinfachungen für Verwaltung und Wirtschaft, etc.). In den begleitenden Materialien fehlt ein klareres Bekenntnis zur Entlastung der Wirtschaft, insbesondere was Gebühren, Kosten und Rahmenbedingungen betrifft. Für den sgv muss die vorliegende Revision insgesamt folgende Punkte erfüllen – diese Erfüllung dieser Forderungen sind also der Vorbehalt des sgv um die geplante Revision zu unterstützen:

- Einzelne Wirtschaftstreibende müssen Warenbestimmungen frei wählen können. Die einzelnen Akteure wissen am besten, wie sie einzeln entlastet werden.
- Das BAZG erbringt seine ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen, etc.) kostenlos.
- Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sollen grundsätzlich nur bei Kontrollen einzureichen sein.
- In der Warenanmeldung braucht es keine transportbezogenen Angaben.

- Für die Meldung des Transportmittelkennzeichens mittels Referenzierens ist eine Lösung ausserhalb der Zollanmeldung vorzusehen.
- Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.
- Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) wurde auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Verfahrenserleichterungen für AEO sind unabhängig davon festzulegen und eine international gegenseitige Anerkennung ist im Gesetz aufzunehmen.
- Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates.
- Zolltarifauskünfte müssen weiterhin kostenfrei, verbindlich und von angegebener Dauer sein sowie öffentlich zugänglich.
- Die Heilung von Verfahrensfehlern muss möglich sein, wie auch ein Erlass von Zollabgaben analog der MWST.
- Das Gesetz soll verschiedene Möglichkeiten der Abgabentrachtung (gesammelt, periodisch) erlauben. Für inländische Abgabenschuldner soll die Zahlungsfrist 60 Tage betragen.
- Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.
- Bei unvollständigen Veranlagungen oder Zweifeln der Richtigkeit soll das BAZG nicht einseitig eingreifen und schätzen dürfen.
- Es sollen gegenseitige, faire, Bedingungen gelten, beispielsweise in Form von Harmonisierungen von Fristen. Die Einsprachefrist für Verfügungen beträgt 60 Tage. Diese Frist muss derjenigen gleichgestellt sein, die für die EZV für das Stellen von Nachforderung gilt.
- Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sollen nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden sein und somit auch für kleine Unternehmen uneingeschränkt verfügbar.
- Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.
- Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.
- Der Wirtschaft ist ein Mitspracherecht bei der Weiterentwicklung des Zollrechts mit einem Konsultativgremium (analog zur MWST) wichtig.

## II. Datenschutz

Das Digitalisierungs- und Transformationsprogramm DaziT dürfte auch hinsichtlich der Datenverarbeitung ein Quantensprung in der Verwaltungstätigkeit darstellen und wegweisend für andere Projekte innerhalb der Bundesverwaltung sein. Entsprechend ist auch auf den Datenschutz und die Datensicherheit das nötige Augenmerk zu richten. Aus Sicht der Privatwirtschaft steht der Chance der Vereinfachung der Prozesse und der damit einhergehenden Effizienzgewinne ein erhöhtes Risiko der widerrechtlichen bzw. missbräuchlichen Datenbearbeitung gegenüber. Das hängt im Wesentlichen mit der geplanten weiteren Zusammenführung bzw. Vernetzung der bestehenden Informationssysteme (auch mit anderen Verwaltungseinheiten bzw. Strafverfolgungsbehörden) zusammen (Big Data). Auch die zunehmende Automatisierung intelligenten Verhaltens und maschinelles Lernen (Künstliche Intelligenz), welche auch in der Verwaltung Einzug halten, leisten ihren Beitrag dazu.

Das Parlament hat im Herbst das neue Datenschutzgesetz (DSG) verabschiedet, welches den Datenschutz stärken soll, auch bei der Datenbearbeitung durch die Bundesverwaltung. Da das DSG nur noch bei Daten natürlicher Personen zur Anwendung gelangt, wird die durch die Bundesverwaltung



vorgenommene Datenbearbeitung juristischer Personen neu im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) geregelt.

Im Erläuternden Bericht zur Vorlage ist verschiedentlich von «agiler» Gesetzgebung die Rede. Was sich hinter diesem «neuen Weg» verbirgt, sind v.a. offene/weite Formulierungen bzw. Kompetenzdelegationen an den Bundesrat. Bezüglich Flexibilität der Rechtsetzung stellt dies ein Vorteil dar, allerdings wird diese damit auch der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Deshalb ist grundsätzlich zu fordern, dass schwerwiegende Eingriffe in die Rechte Betroffener in einem Gesetz im formellen Sinn und zudem in genügend klarer Weise erfolgen.

Die datenbearbeitungs- bzw. datenschutzrelevanten Bestimmungen finden sich im 7. Titel des E-BAZG-VG (Art. 64-76). Im Ergebnis ist gegenüber der heutigen Rechtslage – soweit (bereits) fassbar – weniger von einer quantitativen Ausdehnung der Datenbearbeitung, sondern von einer qualitativen Weiterentwicklung auszugehen, welche sich aus dem technologieneutralen Ansatz bzw. der Zusammenführung der Informationssysteme sowie den erwähnten neuen technischen Möglichkeiten ergeben. Grundsätzlich scheint der Entwurf bemüht, den Grundsätzen eines modernen Datenschutzes gerecht zu werden (aufgabenorientierte Zweckbestimmung für Datenbearbeitung; aktives, zweck- und aufgabenorientiertes Berechtigungsmanagement; Pflicht zur Qualitätssicherung bei der Datenbearbeitung). Wesentliche Vollzugsregelungen werden aber ohnehin erst auf Verordnungsstufe erlassen, weshalb eine weitergehende Prüfung auch dort vorzunehmen ist. Eine wesentliche Bedeutung wird auch der Vollzugspraxis zukommen (gelebter Datenschutz). Zu bemängeln ist, dass das Kapitel zum Datenschutz im Erläuternden Bericht (Ziffer 6.8) sehr knapp ausfällt und jedenfalls den Anforderungen an eine Datenschutz-Folgenabschätzung nicht gerecht wird. Hier sollte mit Blick auf die Botschaft ans Parlament nachgebessert werden, auch im Sinn der Transparenz.

Als fragwürdig einzustufen ist die Kompetenzzuweisung bei der Pflicht der Behörden zur Qualitätssicherung (Art. 74 f.). Es erscheint problematisch, wenn sich eine Behörde – vorliegend die Zollverwaltung bzw. das BAZG – (ausschliesslich) selber kontrolliert. Das gilt umso mehr, als die Qualitätssicherung in der «laufenden Überprüfung der Einhaltung der Datenbearbeitungsgrundsätze» besteht. Die Aufgabe sollte gerade im Lichte eines effektiven und vertrauensvollen Datenschutzes auf einen Dritten übertragen werden, sei dies eine spezialisierte Behörde wie der EDÖB oder ein zu beauftragendes spezialisiertes Unternehmen (externer Datenschutz-Auditor). Der EDÖB nimmt zwar nach neuem DSG eine verstärkte Aufsichtsfunktion wahr, allerdings mehr im Einzelfall und nicht im Sinn einer systematischen bzw. permanenten Qualitätskontrolle.

Grundsätzlich gilt, dass spezialgesetzliche Regelungen im Datenschutz (auch anderswo) vorgehen. Aus diesen Gründen fordert der sgV, dass auch die Verordnungsentwürfe dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden.

### **III. Finanzpolitische Forderungen**

Gemäss den erläuternden Materialien soll die vorliegende Revision die Funktionsweise des Zolls insgesamt agiler machen und eine deutliche Reduktion der derzeitigen Regulierungskosten ermöglichen. Einerseits werden die Synergieeffekte auf über 500 Millionen Franken geschätzt. Andererseits sollen wegen der Digitalisierung (DaziT) weiter mindestens 125 Millionen Franken Einsparungen erfolgen.

Der sgV fordert, dass diese Kostenreduktion im vernünftigen Masse der Wirtschaft weitergegeben werden und dass die gesetzlichen Aufgaben des BAZG kostenlos erfüllt werden. Zusätzlich müssen geplanten und versprochenen Einsparungen zu einer Personalreduktion in der Verwaltung führen; ein Verschieben von «frei gewordenen Stellenprozenten» in andere Verwaltungseinheiten kommt für den sgV nicht in Frage.

#### IV. Zu einzelnen Bestimmungen

Es sei auf den anbei gelegten Fragebogen verwiesen.

#### V. Fazit

Der sgV befürwortet eine Modernisierung der Zollverfahren. Damit ist er auch grundsätzlich einverstanden mit seiner Digitalisierung und mit der Anpassung der gesetzlichen Grundlage. Dennoch ist er nur dann damit einverstanden, wenn diese Anpassungen auch zu Vorteilen führen, die der Wirtschaft weitergegeben werden. Die diesbezüglichen Vorbehalte sind unter I. für das Zollverfahren und II. für den Datenschutz angebracht, finanzpolitische Forderungen werden unter III. angeführt.

Freundliche Grüsse

#### Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor sgV, e. Nationalrat



Henrique Schneider  
stellvertretender Direktor



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
  - **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**
- 

### Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizerischer Gewerbeverband

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : sgV

Adresse : Schwarztorstrasse 17

Kontaktperson : Henrique Schneider

Telefon : 079 237 60 82

E-Mail : [h.schneider@sgv-usam.ch](mailto:h.schneider@sgv-usam.ch)

Datum : 31. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                 | 4   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....   | 8   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....               | 33  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 34  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....         | 35  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                           | 36  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....    | 37  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,
  - a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
  - b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
  - c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| sgv               | Der sgv begrüsst im Allgemeinen die vorgeschlagene Revision. Doch er begrüsst sie nicht uneingeschränkt und nicht ohne Vorbehalt. Unter dem Vorbehalt der Aufnahme seiner konkreten Anträge (siehe I. und die Forderung, auch die Verordnungsentwürfe – insb. in Sachen Datenschutz – dem Parlament vorzulegen), stimmt der sgv der Revision zu.  |
| sgv               | <p><b>Allgemein</b></p> <p>Im Rahmen der vorliegenden Revision muss es der Verwaltung und der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen ihnen abgebildet wird (gleich lange Spiesse für Fristen, Vereinfachungen für Verwaltung und Wirtschaft, etc.). In den begleitenden Materialien fehlt ein klareres Bekenntnis zur Entlastung der Wirtschaft, insbesondere was Gebühren, Kosten und Rahmenbedingungen betrifft. Für den sgv muss die vorliegende Revision insgesamt folgende Punkte erfüllen – diese Erfüllung dieser Forderungen sind also der Vorbehalt des sgv um die geplante Revision zu unterstützen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Einzelne Wirtschaftstreibende müssen Warenbestimmungen frei wählen können. Die einzelnen Akteure wissen am besten, wie sie einzeln entlastet werden.</li><li>• Das BAZG erbringt seine ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen, etc.) kostenlos.</li><li>• Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sollen grundsätzlich nur bei Kontrollen einzureichen sein.</li><li>• In der Warenanmeldung braucht es keine transportbezogenen Angaben.</li><li>• Für die Meldung des Transportmittelkennzeichens mittels Referenzierens ist eine Lösung ausserhalb der Zollanmeldung vorzusehen.</li><li>• Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.</li><li>• Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) wurde auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Verfahrenserleichterungen für AEO sind unabhängig davon festzulegen und eine international gegenseitige Anerkennung ist im Gesetz aufzunehmen.</li><li>• Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates.</li></ul> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
|     | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zollarifauskünfte müssen weiterhin kostenfrei, verbindlich und von angegebener Dauer sein sowie öffentlich zugänglich.</li> <li>• Die Heilung von Verfahrensfehlern muss möglich sein, wie auch ein Erlass von Zollabgaben analog der MWST.</li> <li>• Das Gesetz soll verschiedene Möglichkeiten der Abgabentrückzahlung (gesammelt, periodisch) erlauben. Für inländische Abgabenschuldner soll die Zahlungsfrist 60 Tage betragen.</li> <li>• Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.</li> <li>• Bei unvollständigen Veranlagungen oder Zweifeln der Richtigkeit soll das BAZG nicht einseitig eingreifen und schätzen dürfen.</li> <li>• Es sollen gegenseitige, faire, Bedingungen gelten, beispielsweise in Form von Harmonisierungen von Fristen. Die Einsprachefrist für Verfügungen beträgt 60 Tage. Diese Frist muss derjenigen gleichgestellt sein, die für die EZV für das Stellen von Nachforderung gilt.</li> <li>• Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sollen nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden sein und somit auch für kleine Unternehmen uneingeschränkt verfügbar.</li> <li>• Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.</li> <li>• Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.</li> <li>• Der Wirtschaft ist ein Mitspracherecht bei der Weiterentwicklung des Zollrechts mit einem Konsultativgremium (analog zur MWST) wichtig.</li> </ul> |
| sgv | <p><b>Datenschutz</b></p> <p>Das Digitalisierungs- und Transformationsprogramm DaziT dürfte auch hinsichtlich der Datenverarbeitung ein Quantensprung in der Verwaltungstätigkeit darstellen und wegweisend für andere Projekte innerhalb der Bundesverwaltung sein. Entsprechend ist auch auf den Datenschutz und die Datensicherheit das nötige Augenmerk zu richten. Aus Sicht der Privatwirtschaft steht der Chance der Vereinfachung der Prozesse und der damit einhergehenden Effizienzgewinne ein erhöhtes Risiko der widerrechtlichen bzw. missbräuchlichen Datenbearbeitung gegenüber. Das hängt im Wesentlichen mit der geplanten weiteren Zusammenführung bzw. Vernetzung der bestehenden Informationssysteme (auch mit anderen Verwaltungseinheiten bzw. Strafverfolgungsbehörden) zusammen (Big Data). Auch die zunehmende Automatisierung intelligenten Verhaltens und maschinelles Lernen (Künstliche Intelligenz), welche auch in der Verwaltung Einzug halten, leisten ihren Beitrag dazu.</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |
|-----|---|
|     | <p>Das Parlament hat im Herbst das neue Datenschutzgesetz (DSG) verabschiedet, welches den Datenschutz stärken soll, auch bei der Datenbearbeitung durch die Bundesverwaltung. Da das DSG nur noch bei Daten natürlicher Personen zur Anwendung gelangt, wird die durch die Bundesverwaltung vorgenommene Datenbearbeitung juristischer Personen neu im Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG) geregelt.</p> <p>Im Erläuternden Bericht zur Vorlage ist verschiedentlich von «agiler» Gesetzgebung die Rede. Was sich hinter diesem «neuen Weg» verbirgt, sind v.a. offene/weite Formulierungen bzw. Kompetenzdelegationen an den Bundesrat. Bezüglich Flexibilität der Rechtsetzung stellt dies ein Vorteil dar, allerdings wird diese damit auch der parlamentarischen Kontrolle entzogen. Deshalb ist grundsätzlich zu fordern, dass schwerwiegende Eingriffe in die Rechte Betroffener in einem Gesetz im formellen Sinn und zudem in genügend klarer Weise erfolgen.</p> <p>Die datenbearbeitungs- bzw. datenschutzrelevanten Bestimmungen finden sich im 7. Titel des E-BAZG-VG (Art. 64-76). Im Ergebnis ist gegenüber der heutigen Rechtslage – soweit (bereits) fassbar – weniger von einer quantitativen Ausdehnung der Datenbearbeitung, sondern von einer qualitativen Weiterentwicklung auszugehen, welche sich aus dem technologieneutralen Ansatz bzw. der Zusammenführung der Informationssysteme sowie den erwähnten neuen technischen Möglichkeiten ergeben. Grundsätzlich scheint der Entwurf bemüht, den Grundsätzen eines modernen Datenschutzes gerecht zu werden (aufgabenorientierte Zweckbestimmung für Datenbearbeitung; aktives, zweck- und aufgabenorientiertes Berechtigungsmanagement; Pflicht zur Qualitätssicherung bei der Datenbearbeitung). Wesentliche Vollzugsregelungen werden aber ohnehin erst auf Verordnungsstufe erlassen, weshalb eine weitergehende Prüfung auch dort vorzunehmen ist. Eine wesentliche Bedeutung wird auch der Vollzugspraxis zukommen (gelebter Datenschutz). Zu bemängeln ist, dass das Kapitel zum Datenschutz im Erläuternden Bericht (Ziffer 6.8) sehr knapp ausfällt und jedenfalls den Anforderungen an eine Datenschutz-Folgenabschätzung nicht gerecht wird. Hier sollte mit Blick auf die Botschaft ans Parlament nachgebessert werden, auch im Sinn der Transparenz.</p> <p>Als fragwürdig einzustufen ist die Kompetenzzuweisung bei der Pflicht der Behörden zur Qualitätssicherung (Art. 74 f.). Es erscheint problematisch, wenn sich eine Behörde – vorliegend die Zollverwaltung bzw. das BAZG – (ausschliesslich) selber kontrolliert. Das gilt umso mehr, als die Qualitätssicherung in der «laufenden Überprüfung der Einhaltung der Datenbearbeitungsgrundsätze» besteht. Die Aufgabe sollte gerade im Lichte eines effektiven und vertrauensvollen Datenschutzes auf einen Dritten übertragen werden, sei dies eine spezialisierte Behörde wie der EDÖB oder ein zu beauftragendes spezialisiertes Unternehmen (externer Datenschutz-Auditor). Der EDÖB nimmt zwar nach neuem DSG eine verstärkte Aufsichtsfunktion wahr, allerdings mehr im Einzelfall und nicht im Sinn einer systematischen bzw. permanenten Qualitätskontrolle.</p> <p>Grundsätzlich gilt, dass spezialgesetzliche Regelungen im Datenschutz (auch anderswo) vorgehen. Aus diesen Gründen fordert der sgV, dass auch die Verordnungsentwürfe dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden.</p> |
| sgv | <p><b>Finanzpolitische Forderungen</b></p> <p>Gemäss den erläuternden Materialien soll die vorliegende Revision die Funktionsweise des Zolls insgesamt agiler machen und eine deutliche Reduktion der derzeitigen Regulierungskosten ermöglichen. Einerseits werden die Synergieeffekte auf über 500 Millionen Franken geschätzt. Andererseits sollen wegen der Digitalisierung (DaziT) weiter mindestens 125 Millionen Franken Einsparungen erfolgen.</p>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |
|--|---|
|  | Der sgV fordert, dass diese Kostenreduktion im vernünftigen Masse der Wirtschaft weitergegeben werden und dass die gesetzlichen Aufgaben des BAZG kostenlos erfüllt werden. Zusätzlich müssen geplanten und versprochenen Einsparungen zu einer Personalreduktion in der Verwaltung führen; ein Verschieben von «frei gewordenen Stellenprozenten» in andere Verwaltungseinheiten kommt für den sgV nicht in Frage. |
|--|---|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen |      |      |      |   |  |  |
|---|------|------|------|---|--|--|
| Name  | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |  |
| sgv   | 4    | 1    | b    | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben.<br><br>Siehe auch Konnex zu MWSTG.   | «die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), wenn die Warenverantwortliche gemäss Art. 7, Ziffer e. nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist.»                       |  |
| sgv   | 4    | 3    |      | In der Schweiz gibt es keine Ausfuhrzölle   | streichen  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | 6    |      |      | Komplizierte Aufgliederung von Definitionen in Artikeln 6 und 7   | Streichen (und in Art. 7 integrieren)  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | 7    |      |      | Klärung aller Definitionen in einem Artikel.<br><br>Definition des Warenverantwortlichen: Der Satzteil in Bst. e Ziff. 1 "... oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird" ist zu streichen. Bei einem Reihengeschäft hat der Empfänger nichts mit den Zoll zu tun; er erhält die Ware als CH-Inlandlieferung mit CH-MwSt. | «In diesem Gesetz bedeuten:<br><br><u>a. Zollgebiet: das schweizerische Staatsgebiet mit den Zollanschlussgebieten, jedoch ohne die Zollausschlussgebiete;</u><br><br><u>b. Zollanschlussgebiet: die ausländischen Gebiete, die aufgrund völkerrechtlicher</u> |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |   |  |
|--|--|--|--|---|--|
|  |  |  |  | <p>Definition des Transportverantwortlichen: Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Entsprechend ist der zweite Teilsatz in Bst. g zu streichen.</p> | <p><u>Verträge oder Völkergewohnheitsrechts zum Zollgebiet gehören:</u></p> <p><u>c. Zollausschlussgebiet: die schweizerischen Grenzgebiete, die vom Bundesrat oder, bei einzelnen Liegenschaften in besonderer geografischer Lage, vom BAZG vom Zollgebiet ausgeschlossen werden;</u></p> <p><u>d. Zollgrenze: die Grenze des Zollgebiets;</u></p> <p><u>e. Grenzraum: der Geländestreifen entlang der Zollgrenze, dessen Breite das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Grenzkantone festlegt.</u></p> <p><u>f. Grenzzone: das in- und ausländische Gebiet, das sich beidseits der Zollgrenze als Gebietsstreifen von 10 Kilometern Tiefe befindet (Parallelzone). Abweichungen nach völkerrechtlichen Verträgen bleiben vorbehalten.</u></p> <p>g. Einfuhr: das Verbringen von Waren in das Zollgebiet;</p> <p>h. Ausfuhr: das Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet;</p> <p>i. Durchfuhr: das Befördern von Waren durch das Zollgebiet;</p> <p>j. Person: natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung ohne eigene</p> |
|--|--|--|--|---|--|

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  | <p>Rechtspersönlichkeit, die im Rechtsverkehr wirksam auftreten kann;</p> <p>k. Warenverantwortliche:</p> <p>1. im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt oder auf deren Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird, <del>oder die Ware im Zollgebiet zugeführt wird.</del></p> <p>2. im Zollgebiet (Inlandabgaben): die abgabepflichtige oder rückerstattungsberechtigte Person gemäss einem Erlass nach Artikel 4 Buchstaben c–k;</p> <p>3. Der Warenverantwortliche entspricht im internationalen Umfeld dem "Importer/Exporter of Record"</p> <p>l. Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung für den Warenverantwortlichen vornimmt;</p> <p>m. Transportverantwortliche: Person, die für den Transport verantwortlich ist <del>und daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist;</del>»</p> <p>n. Verfahrensbeteiligte: Personen, die die Rollen der Waren-, Daten- oder Transportverantwortliche einnehmen</p> |
|--|--|--|--|--|--|

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |   |  |  |  |
|-----|---|---|--|--|--|
|     |   |   |  |  | <p>o. Aktivierung: Auslösen eines technischen Vorgangs, der die Verbindlichkeit einer elektronischen Eingabe bewirkt.</p> <p><u>p. Referenzierung: in der Warenanmeldung anzugebendes Transportmittel, mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll.</u></p> <p><u>q. Warenbestimmung: Zollverfahren gemäss Art. 11, welchem die Waren zugeführt werden.</u></p> <p><u>r. Zolllager: vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen unverzollte und unversteuerte Waren gelagert und bewirtschaftet werden dürfen.</u></p> <p><u>s. Steuerlager: vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen bestimmte ganz oder teilweise unversteuerte Waren gemäss den Erlassen nach Artikel 4 Buchstaben c–f gelagert, hergestellt, gewonnen, bewirtschaftet und bearbeitet werden dürfen.</u></p> <p><u>t. Akten: Daten und geschäftsrelevante Dokumente wie Geschäftsbücher, Belege und weitere Bescheinigungen sowie Urkunden über den Geschäftsverkehr, auch in elektronischer Form»</u></p> |
| sgv | 8 | 1 |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG. | «Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. <u>Von der</u>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |     |  |  |   |
|--|---|-----|--|--|---|
|  |   |     |  |  | <u>Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.»</u>   |
| sgv  | 8 | neu |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.   | Neuer Absatz:<br><u>«Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig des Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).»</u> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 8 | 3   |  | Änderung des Verwendungszweckes für den Import führt zu neuer Anmeldung. Der Verwendungszweck ist zu streichen.  | <del>«Waren, deren Verwendungszweck oder Warenbestimmung (Zollverfahren) nach der Veranlagung geändert wird, müssen erneut angemeldet werden. «</del>   |
| sgv  | 8 | 4   |  | Die aktuelle und erneut vorgeschlagene Regelung ist in den Filialen des Detailhandels in der Praxis kaum durchsetzbar. Die Detailhändler verfügen nicht über die erforderlichen Informationen wann die angelieferten Importprodukte eingeführt, und bis wann sie verkauft sein müssen. Wir erachten deshalb eine Berücksichtigung von Warenvorräten auf dieser Stufe nicht als sinnvoll. Dies insbesondere auch deshalb, weil diese Vorräte nur für den unmittelbaren Verkauf bestimmt sind und wegen den geringen Mengen keine Marktstörungen verursachen. In | Streichen<br><br>Oder<br><br><u>«Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode auf Grosshandelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. Nicht als Vorräte gelten Warenmengen, die sich in den Räumlichkeiten von</u>               |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |   |  |  |   |
|---|----|---|--|--|---|
|   |    |   |  | Bezug auf den Grosshandel erachten wir den Artikel 8, Absatz 4 hingegen als zielführend.   | <u>Endverbrauchern und Detailhandelsge-<br/>schäften befinden.»</u>   |
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 8  | 5 |  | Gemäss Vernehmlassungsgesetz Art. 3 Bst. d müssen Verordnungen und anderen Vorhaben, die von grosser politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, so- zialer oder kultureller Tragweite sind, vernehmlasst wer- den. Die Einzelheiten der Anmeldung ist für die Umset- zung in den Unternehmen relevant und wirtschaftlich von Bedeutung. Dementsprechend muss die Wirtschaft bei der Ausarbeitung der Amtsverordnung vernehmlasst wer- den. | ...Anmeldung <u>nach einer ordentlichen Ver-<br/>nehmlassung.»</u>  |
| sgv   | 9  | 1 |  | Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sind nur bei Kontrollen einzureichen.   | «Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelas- senen Form erfolgen. Bei Kontrollen ge- mäss dem 8. Titel sind <del>Es müssen alle not-<br/>wendigen</del> notwendige Begleitdokumente <del>übermittelt werden</del> zu übermitteln.» |
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 10 | 1 |  | Der Warenpflichtige kann nicht anmeldepflichtig sein denn er weiss nicht zwingend wann und wo die Ware an die Grenze gelangt (-> u.a. bei einem Reihengeschäft).   | Anmeldepflichtig ist <del>die Warenverantwörtli-<br/>che der Transportverantwortliche, der Da-<br/>tenverantwortliche oder gegebenenfalls die</del> <u>Warenverantwortliche.</u>  |
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte</b>  | 10 | 2 |  | Löschung Verwendungszweck, siehe oben.   | Anmeldepflichtig ist auch, wer <del>den Verwen-<br/>dungszweck</del> oder die Warenbestimmung   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |     |  |  |  |
|---|----|-----|--|--|--|
| nicht gefunden werden.  |    |     |  |  | (Zollverfahren) einer Ware nach der Veranlagung ändert.  |
| <b>Fehler! V erweis- quelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 10 | 3   |  | Streichung «natürliche», Person schliesst juristische und natürliche Person ein.   | Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so gilt die <del>natürliche</del> Person als anmeldepflichtig, die die Ware transportiert.  |
| sgv   | 10 | neu |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). | Neuer Absatz:<br><u>«Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig der Ware, der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.»</u> |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |  |   |  |
|--|----|---|--|---|--|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 11 | 1 |  | Die neue Terminologie «Warenbestimmung» führt zu einem erhöhten Erklärungsbedarf Zoll-Zoll und Zoll-Unternehmen. (Verwechslungsgefahr mit Verwendungszweck). Der bisherige Begriff «Zollverfahren» soll bleiben.<br><br>Materiell müssen Zollverfahren frei wählbar sein. | Art. 11 <u>Zollverfahren, Zollrechtliche Bestimmung</u><br><br>1 Im grenzüberschreitenden Warenverkehr müssen die Waren einer der folgenden <u>Zollverfahren/zollrechtlichen Bestimmungen</u> zugeführt werden:  |
| sgv  | 12 | 1 |  | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.       | «Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss <del>in der</del> die Warenanmeldung mit dem Transportmittel verknüpft <del>angegeben werden</del> , mit welchem <del>Transportmittel</del> die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). <u>Die Warenanmeldung selbst bleibt von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.</u> » |
| Sgv  | 12 | 2 |  | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.       | «Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. <u>Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.</u> »  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht</b>                  | 13 | 4 |  | Aus praktischen und aus haftungsrechtlichen Gründen ist eine Rücksprache notwendig.   | «Fehlt im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung, so kann das BAZG <u>nach Rücksprache mit dem Datenverantwortlichen oder</u>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |  |  |   |
|--|----|---|--|--|---|
| <b>gefunden werden.</b>                                    |    |   |  |  | <u>Warenverantwortlichen</u> diese von Amtes wegen vornehmen.»  |
| sgv  | 14 | 1 |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.   | «Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung spätestens im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze <u>elektronisch</u> aktiviert werden. <u>Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig des Wochentages und der Tageszeit möglich ist.</u> »   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 14 | 2 |  | Wie bisher wird es auch im neuen Recht Sonderkonstellationen geben, in denen die Warenanmeldung erst nach dem Verbringen der Ware über die Zollgrenze erfolgen darf (vgl. bisheriger zugelassener Versand und Empfang [ZVE], Art. 100 ff. ZV). Ferner soll es im grenzüberschreitenden Verkehr die Option geben, Waren periodisch zu aktivieren. | «Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen, die Aktivierung nach dem Verbringen über die Zollgrenze erfolgen kann. <u>Er sieht vor</u> , dass im grenzüberschreitenden Verkehr Warenanmeldungen periodisch aktiviert werden können.»   |
| sgv  | 15 | 1 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen.   | « <u>Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette verleiht das BAZG</u> <del>verleiht Personen</del> , die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:» |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |  |  |  |
|--|----|---|--|--|--|
| sgv  | 15 | 2 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen.   | «Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen <del>und legt fest, welche Verfahrenserleichterungen den AEO gewährt werden.</del> »              |
| sgv  | 16 | 1 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). | streichen  |
| sgv  | 16 | 2 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). | <u>«Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.»</u> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 17 | 2 |  | Solange eine Warenanmeldung nicht aktiviert ist, kann sie verändert werden. Kontrollen können erst durchgeführt werden, wenn die Warenanmeldung rechtsverbindlich ist.   | streichen  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 17 | 3 |  | Solange eine Warenanmeldung nicht aktiviert ist, kann sie verändert werden. Kontrollen können erst durchgeführt werden, wenn die Warenanmeldung rechtsverbindlich ist.   | streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |     |   |  |   |
|-----|----|-----|---|--|---|
| sgv | 18 | neu |   | Das BAZG veranlagt und erhebt die Einfuhrabgaben bei schweizerischen Personen gesammelt und periodisch, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. | Neuer Absatz:<br><u>«Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.»</u> |
| sgv | 18 | 2   |   | Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.  | «Das BAZG kann die Bemessungsgrundlage der von ihm zu erhebenden Abgaben nach pflichtgemäsem Ermessen schätzen, wenn keine Warenanmeldung vorliegt, oder diese unvollständig ist <del>oder wenn Zweifel an deren Richtigkeit bestehen.</del> »  |
| sgv | 18 | 3   |   | Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.  | «Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. <u>Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.</u> »  |
| sgv | 21 | 1   | 1 | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt.                                     | «die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, <u>wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt</u>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                                     |    |     |  |  |  |
|-------------------------------------|----|-----|--|--|--|
|                                     |    |     |  |  | <u>wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt;»</u>   |
| sgv                                 | 21 | 2   |  | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. | Das BAZG macht die Abgabeschuldner <del>vorerst</del> bei der Warenverantwortlichen geltend, sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen. Kann eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner <del>die Warenverantwortliche</del> die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.» |
| sgv                                 | 21 | 3   |  | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. | «Der Bundesrat kann <del>bei grenzüberschreitenden Post- und Kuriersendungen sowie</del> im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.»  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte</b> | 21 | neu |  | Der Bundesrat soll auch die Möglichkeit haben, von anderen Abgaben zu befreien.  | Neuer Absatz   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |   |  |   |   |
|---|----|---|--|---|---|
| nicht gefunden werden.                              |    |   |  |   | «Bei ausserordentlichen Umständen, namentlich bei verheerenden Elementarereignissen, konjunkturellen Einbrüchen oder ausserordentlichen Lagen kann der Bundesrat die Abgabeschuldnerinnen oder -schuldner von Abgabepflichten befreien.»  |
| sgv   | 23 |   |  | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt.  | « <del>Die Transportverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn sie oder die</del> Die mit dem Warentransport betraute natürliche Person haftet nicht solidarisch, wenn sie nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet worden ist.»   |
| Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. | 24 |   |  | Eine Schuld muss zum Zeitpunkt des Todes festgestellt sein, damit die Erben objektiv entscheiden können, ob sie das Erbe unter Berücksichtigung der Umstände annehmen oder ablehnen. Es ist die Aufgabe der Zollverwaltung sich rechtzeitig zu melden und einen Erbvorbehalt anzubringen. | «Die Abgabeschuld muss zum Zeitpunkt des Todes festgestellt sein. Diese geht auf die Erbinnen und Erben der Abgabeschuldnerin oder des Abgabeschuldners über, wenn sie das Erbe annehmen. Die Erbinnen und Erben haften solidarisch für die Abgabeschuld der verstorbenen Person bis zur Höhe ihrer Erbteile, einschliesslich der Vorempfänge.» |
| sgv   | 27 | 1 |  | Das BAZG veranlagt und erhebt die Einfuhrabgaben bei schweizerischen Personen gesammelt und periodisch, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird.  | «Die Abgabeschuld wird mit <u>ihrer Verfügung</u> <del>Entstehung</del> fällig.»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |   |  |   |
|--|----|---|---|--|---|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 28 | 2 |   | Zahlungsfrist direkt im Gesetz verankern.  | «Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Art. 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Art. 32, Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das BAZG die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.» |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 30 | 5 |   | Verjährung nach MwStG: 10 Jahre  | «Die Abgabeschuld verjährt in jedem Fall 10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden ist. Vorbehalten bleiben längere Verjährungsfristen nach den Artikeln 11 und 12 VStrR17.»   |
| sgv  | 31 |   | c | Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos. | streichen<br>«Gebühren, Verfahrens- und andere Kosten.»   |
| sgv  | 33 |   |   | Für inländische Abgabenschuldner beträgt die Zahlungsfrist 60 Tage.  | «Abgabeforderungen werden, soweit vorgesehen, durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |   |   |   | <u>BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.»</u>  |
|---|----|---|---|---|--|
| <b>Fehler! V erweis-<br/>quelle konnte nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 35 | 2 |   | Es ist ein fundamentales Rechtsgut, Einsprachen gegen Handlungen und Verfügungen der Staatsgewalt einzulegen. Entsprechend kann auch hier die Einsprache nicht ausgeschlossen werden. Zudem sieht das referenzierte SchKG selber eine Einsprache ohne hemmende Wirkung vor. | Streichung letzter Satz:<br>«... vollzogen. <del>Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 SchKG ist ausgeschlossen.»</del>   |
| <b>Fehler! V erweis-<br/>quelle konnte nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 36 | 1 | a | Die Schweiz hat keine Ausfuhrabgabe, entsprechend ist das Wort zu streichen.  | «..., die an einer Einfuhr-, <del>Ausfuhr</del> oder...»   |
| sgv   | 38 | 2 | b | Für inländische Abgabenschuldner beträgt die Zahlungsfrist 60 Tage.   | streichen  |
| sgv   | 39 | 1 |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.   | «Hat das BAZG <del>irrtümlich</del> eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1 <del>eines Jahres nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung mitteilt.</del> » |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |     |   |  |   |
|--|----|-----|---|--|---|
| sgv  | 39 | neu |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | Neuer Absatz:<br><u>«Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1.»</u>  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 40 | 2   |   | Es ist weder notwendig noch zielführend, eine Normendelegation einzufügen. Wichtig ist, dass es eine Fristensymmetrie zwischen Zoll und anmeldepflichtige Person.. | «Werden Waren nach der Veranlagung zu Zwecken verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben unterliegen, so kann die anmeldepflichtige Person die Rückerstattung der Abgabendifferenz innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung verlangen. <del>Das EFD legt fest, für welche Warengruppen und innerhalb welcher Fristen der Anspruch auf Rückerstattung geltend gemacht werden kann.»</del> |
| sgv  | 41 | 1   | c | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | «wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller <del>unverschuldet</del> eine Nachforderung nach Artikel <del>38</del> 39 des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint;»   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |   |   |  |  |
|---|----|---|---|--|--|
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 43 | 4 |   | Eine Pfandverwertung ohne das Einverständnis der Eigentümerinnen ist eine Verletzung der Eigentumsgarantie.                                      | «Das BAZG kann Waren und Sachen, die einer schnellen Wertverminderung ausgesetzt sind oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern, sofort, <u>aber nur mit</u> Einverständnis der Pfandeigentümerin oder des Pfandeigentümers, verwerten. |
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 44 | 1 |   | Definitionen Zolllager und Steuerlager unter Art. 7 Begriffe aufführen.  | Streichung der Abs. 1 und 2 und entsprechende Neunummerierung der Artikel Abs.   |
| sgv   | 44 | 5 | E | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich. | «das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur <del>und geeigneter Sicherheitsstandards;</del> »  |
| sgv   | 44 | 5 | F | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich. | streichen<br>« <del>die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen;</del> »   |
| sgv   | 44 | 5 | G | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich. | streichen<br>« <del>Pflichten bezüglich die Aufbewahrung und Bekanntgabe von Daten.</del> »  |
| sgv   | 44 | 6 |   | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich. | streichen<br>« <del>Der Bundesrat kann weitere Bewilligungsvoraussetzungen vorsehen.</del> »   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |   |   |   |  |
|---|----|---|---|---|--|
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 46 | 2 | c | Umformulierung, um den Text verständlicher zu machen  | «...die Anmeldung von Waren <u>auf befris-<br/>tete Zeit oder im Fall von Abs. 1 Buchstabe<br/>c auf unbefristete Zeit</u> zu verbieten.»  |
| sgv   | 48 | 3 |   | Ergänzung mit Datensicherheitsaspekt.   | «Das BAZG stellt bei der Durchführung von elektronischen Verfahren die Datensicher-<br>heit gegenüber Dritten, die Authentizität<br>und die Integrität der übermittelten Daten<br>sicher und legt die technischen Anforderun-<br>gen für das Verfahren fest. <u>Er trägt dem<br/>Datenschutz vollumfänglich Rechnung.</u> »  |
| sgv   | 49 |   |   | Systemausfälle beim BAZG werden nicht auf dem Rü-<br>cken der Wirtschaftsbeteiligten ausgetragen.                   | «Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtli-<br>chen Modalitäten für den Fall, dass das In-<br>formationssystem nach Artikel 67 ausfällt o-<br>der nicht erreichbar ist. <u>Aufforderungen an<br/>die Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte<br/>elektronische Eingaben zu wiederholen o-<br/>der ein papierbasiertes Notfallverfahren an-<br/>zuwenden, sind unzulässig.</u> » |
| <b>Fehler! V<br/>erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 53 | 1 |   | Sieben Tage sind eine zu kurze Frist, namentlich für klei-<br>nere Betriebe mit hoher Spezialisierung der Aufgaben. | «Die Verfügung gilt im Zeitpunkt des erst-<br>maligen Abrufs als eröffnet, spätestens je-<br>doch am <u>zwanzigsten Arbeitstag</u> nach der<br>Übermittlung.»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |     |  |  |   |
|--|----|-----|--|--|---|
| sgv  | 54 |     |  | Zu offene Formulierung. Ist zu ergänzen:   | «Die Akteneinsicht erfolgt <u>grundsätzlich elektronisch. Die Vorgaben des Datenschutzes werden umgesetzt.</u> »  |
| Sgv  | 54 | Neu |  | Es muss auch eine Möglichkeit der nicht elektronischen Akteneinsicht geben.  | Neuer Absatz:<br><u>«Auf Antrag eines Verfahrensbeteiligten kann die Akteneinsicht nicht elektronisch erfolgen.»</u>  |
| sgv  | 56 | 1   |  | Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.  | «Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der Abgabenfestsetzungsfrist gemäss Art. 30, Absatz 1 <del>absoluten Verjährung der Abgabeforderung</del> sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.» |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 56 | 2   |  | Gemäss erläuterndem Bericht kann der Bundesrat vorsehen, dass Daten bestimmter Verfahrensbeteiligter, wie namentlich der Datenverantwortlichen, in der Schweiz gehalten werden müssen. Das ist zu eng gefasst und potenziell zu teuer. Im dezentralisierten Bereich kann die Datenhaltung auch im Ausland teilweise erfolgen. Der Gesetzestext ist zu ergänzen, so dass der Bundesrat nicht zu enge und unverhältnismässige Regulierungen erlässt. | «Der BR bezeichnet die Personen denen die Aufbewahrungspflicht obliegt und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung. <u>Er achtet dabei auf die Umsetzbarkeit und Wirtschaftlichkeit seiner Regelungen bei der Betroffenen.</u> »   |
| sgv  | 58 | 1   |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | «Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert <del>60 Tagen nach der Eröffnung</del> <u>fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist,</u> Einsprache erhoben werden.»  |
| sgv  | 59 | 2   |  | Das ist eine Verletzung des rechtlichen Gehörs.  | streichen   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |            |   |   |  |
|--|----|------------|---|---|--|
| sgv  | 62 | 1          |   | Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.  | «Das Verfahren auf Erlass einer <del>Veranlagungsverfügung</del> -Verfügung oder einer Bewilligung nach <del>Artikel 11 Absatz 3</del> diesem Gesetz, dem Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), einem Abgabenerlass gemäss Art. 4 und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind <del>in der Regel</del> kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.» |
| sgv  | 62 | 2          | b | Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.  | Streichen<br>« <del>wegen Kontrollen, die zu Beanstandungen des BAZG führen.</del> »   |
| sgv  | 63 |            |   | Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.  | Komplett streichen<br>« <del>Soweit im Verfahren vor dem BAZG Kosten und Entschädigungen auferlegt werden, bestimmt der Bundesrat deren Höhe.</del> »  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 66 | 2<br>3 neu |   | Der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse ist sehr wichtig, dementsprechend muss der Datenschutz sichergestellt werden und der Zugang zu diesen sehr restriktiv behandelt werden. Eine Weitergabe solcher Daten im Rahmen einer internationalen Amtshilfe darf deshalb nur mit Zustimmung der Unternehmen und der Zusicherung des Empfängerlandes betreffend der Einhaltung der schweizerischen Datenschutzerfordernisse erfolgen. |  |
| sgv  | 66 | Neu        |   | Anliegen von 2  | Neu<br>« <u>Bei der Bearbeitung der unter Absatz 2 genannten Daten wird der Datenschutz</u>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|   |    |     |  |   |   |
|---|----|-----|--|---|---|
|   |    |     |  |   | <u>strikte eingehalten. Das BAZG erlässt möglichst restriktive interne Weisungen zum Zugang zu diesen Daten. Bei einem Austausch von Daten mit anderen Behörden muss der Dateneigentümer mit dem Austausch und seinem Inhalts einverstanden sein.»</u>                |
| sgv   | 70 | neu |  | Es ist eine Haftungsregel einzuführen.  | Neu<br>« <u>Bei Datenverlust, unbewilligtem Datenaustausch, Materialisierungen von Cybergefahren und ähnliches werden die betroffenen Dateneingetümerinnen unverzüglich benachrichtigt. Entsteht bei ihnen einen Schaden, ist das BAZG schadensersatzpflichtig.</u> » |
| sgv   | 71 |     |  | Schuldnerinnen und Schuldner haben Anspruch auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen. Dies gerade auch in Fällen in denen das BAZG den Auftrag zur Bonitätsprüfung an Dritte delegiert. | streichen.  |
| <b>Fehler! V erweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht<br/>gefun-<br/>den wer-<br/>den.</b> | 76 |     |  | Die Aufbewahrungsdauer soll auf 10 Jahre, analog OR Art. 590, geregelt werden.  | « <u>Die Dauer der Aufbewahrung beträgt 10 Jahre,</u> ausser für Daten nach Absatz 2.»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |          |  |  |
|-----|----|---|----------|--|--|
| sgv | 78 |   | c        | Das Wort «nichtabgaberechliche Vollzugsaufgaben» ist widersprüchlich, da viele der NAV sehr wohl abgaberechtlich sind z.B. LSVA, VOC Biersteuer etc.   | streichen  |
| sgv | 81 |   |          | Das Ergebnis einer Warenkontrolle ist unverzüglich mitzuteilen.  | «Das BAZG kann alle Handlungen an Waren vornehmen, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind. Es ist insbesondere befugt, Warenproben zu entnehmen. <u>Das BAZG teilt der Warenverantwortlichen das Ergebnis einer Warenkontrolle unverzüglich mit.</u> » |
| sgv | 83 | 1 |          | Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung greift nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten ein.   | streichen<br>« <del>Datenverantwortliche können für die Kosten, die ihnen durch eine physische Kontrolle entstehen, einen Pauschalbetrag zu den Transportkosten und den übrigen Speditionskosten aufrechnen.</del> »   |
| sgv | 84 |   | H<br>neu | Neuer Buchstabe h.   | <u>«h. Es besteht ein Anrecht auf die Kontrolle am Domizil.»</u>   |
| sgv | 85 |   | e        | Die Prüfung von Produktionsanlagen ist nicht eine Sache des Zolls. In den meisten Produktionsanlagen sind nur geschultes Personal zugelassen. Im Weiteren können Produktionsanlagen speziell ausgelegt sein, die den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz generieren und so als vertrauliche Geschäftsinformation zu betrachten sind. | « die Prüfung von <del>Produktionsanlagen</del> Warenlagern und anderen Betriebsräumen im Rahmen der Kontrolle im Unternehmen;»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |                 |  |   |   |
|-----|-----|-----------------|--|---|---|
| sgv | 94  | 1               |  | Auch der Zoll muss sich auf seine Aufgaben fokussieren. Entsprechend ist der Geltungsbereich der Klausel nicht zu erweitern.  | «Das BAZG darf <u>im Grenzraum</u> zu Kontrollzwecken Grundstücke sowie darauf befindliche Häuser, Wohnungen und andere nicht allgemein zugängliche Räume durchsuchen.»   |
| sgv | 111 | 1               |  | Grosser Klärungsbedarf  | «Auf Ersuchen ausländischer Behörden leistet das BAZG <del>vollzieht Amtshilfe aufgrund ausländischer Ersuchen und.</del> »   |
| sgv | 111 | 2<br>neu        |  | Grosser Klärungsbedarf  | <u>«Das BAZG stellt die schweizerischen die Ersuchen bei ausländischen Behörden.»</u>   |
| sgv | 111 | 3 /4<br>Alt 2/3 |  | Grosser Klärungsbedarf  | «3 Betrifft das ausländische Ersuchen einen Bereich, für den das BAZG nicht zuständig ist, so übermittelt es das Ersuchen an die zuständige Behörde.<br><br>4 Ist die zuständige Behörde nicht in der Lage, die ersuchten Massnahmen durchzuführen, so vollzieht das BAZG die Amtshilfe mit Unterstützung der zuständigen Behörde.» |
| Sgv | 113 | neu             |  | Die Amtshilfe darf nicht dazu missbraucht werden, dass im Rahmen einer Ursprungsüberprüfung im Zusammenhang mit einem Freihandelsabkommen vertrauliche Geschäftsinformationen an die ausländische Behörde automatisch übermittelt werden. | Neuer Absatz<br><u>«Die ersuchte Amtshilfe darf nur unter der Voraussetzung gewährt werden, wenn der zu untersuchende Sachverhalt gemäss schweizerischen Gesetzen abgedeckt ist.»</u>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |     |  |  |  |
|-----|-----|-----|--|--|--|
| sgv | 120 |     |  | Es ist sicherzustellen, dass das BAZG lediglich in den Bereichen Zoll und Grenzsicherheit, nicht aber in anderen Bereichen mit Behörden und Organisationen zusammenarbeitet.   | «Das BAZG arbeitet für die Erfüllung seiner Aufgaben, <u>namentlich in den Bereichen Zoll und Grenzsicherheit</u> , mit den Behörden und Organen anderer Staaten, der Europäischen Union und internationaler Organisationen zusammen.» |
| sgv | 126 |     |  | Vertrauliche Geschäftsinformationen müssen geschützt bleiben. Dritten soll der Zugang zu vertraulichen Geschäftsinformationen seitens des BAZG verwehrt werden.  | streichen  |
| sgv | 128 |     |  | Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen. | streichen  |
| sgv | 129 |     |  | Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen. | streichen  |
| sgv | 133 |     |  | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass.   | streichen  |
| sgv | 134 | neu |  | Eine eVV-Anmeldung Export und Import muss nachträglich korrigiert werden können, z.B. VOC Korrektur im Import und Export oder Wertkorrektur.   | Neu<br>« <u>Eine Selbstanzeige aufgrund von Irrtümern ohne Täuschungsabsichten ist möglich. In diesem Falle entfallen Straf- und ähnliche Untersuchungen und Abgaben.</u> »  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |     |  |  |   |
|-----|-----|-----|--|--|---|
|     |     |     |  | Eine straffreie Selbstanzeige (Heilung der Zollschuld) muss auch möglich sein, wenn ein Irrtum ohne Täuschungsabsicht vorliegt, keine erheblichen Auswirkungen entstanden und nachträglich alle notwendigen Formalitäten erfüllt wurden, um die Situation zu bereinigen. |   |
| sgv | 134 | neu |  | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass.   | Neu<br><u>«Die Selbstanzeige einer juristischen Person erfolgt durch ihre Organe oder Vertreter und Vertreterinnen. Die Solidarhaftung gemäss Artikel 12 Absatz 3 VStrR der Organe oder der Vertreter und Vertreterinnen wird aufgehoben und von einer Strafverfolgung wird abgesehen.»</u> |
| sgv | 140 | 1   |  | Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.   | streichen   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | Antwort                             |  | Bemerkung/Anregung |
|--|-------------------------------------|--|--------------------|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                    |
|  | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |  |   |
|--|-------------|--|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Textvorschlag</b>  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>     |             | Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST). | <p>«Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der steuerpflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.</p> <p>Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolllarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.</p> <p>Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.»</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name  | Gesetz | Bemerkung/Anregung   |
|---|--------|--|
| <b>Fehler! V erweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.</b> | 29 ZTG | <p>Vereinfachung des Verfahrens der Zollaussetzung</p> <p><b><u>Art. 4 Gebrauchstarif</u></b></p> <p><sup>1</sup> <del>Wenn es die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, kann der</del> Der Bundesrat <i>kann</i> Abkommen über Zollansätze vorläufig anwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft setzen. Ebenso kann er Zollansätze vorläufig in <i>und ausser</i> Kraft setzen, die sich aus Abkommen ergeben, die der Bundesrat nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982<sup>1</sup> über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorläufig anwenden kann.</p> <p><sup>2</sup> Der Bundesrat kann Zollansätze, die sich im Verhältnis zu den in Zollverträgen gesenkten Ansätzen als überhöht erweisen, entsprechend herabsetzen.</p> <p><sup>3</sup> <del>Wenn es die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, kann</del> Der Bundesrat <i>kann</i> auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexpertenkommission:</p> <p>a-</p> <p style="padding-left: 40px;">Zollansätze angemessen herabsetzen;</p> <p>a.</p> <p style="padding-left: 40px;">anordnen, dass auf die Erhebung von Zöllen auf bestimmten Waren <del>vorübergehend</del> ganz oder teilweise verzichtet wird;</p> <p>b.<sup>2</sup></p> <p style="padding-left: 40px;">Zollkontingente festlegen.<sup>3</sup></p> |
| <b>Fehler! V erweis- quelle konnte nicht ge- funden werden.</b> | MWSTG  | <p>Artikel 18, Absatz 1 (Konnex zu Artikel 4, Absatz 1, Buchstabe b BAZG-VG): «Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen sowie die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht.»</p> <p>Artikel 50 (Konnex zu Artikel 4, Absatz 1, Buchstabe b BAZG-VG): «Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes anordnen.»</p>  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | Keine.                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b>Zollabgabengesetz – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |   |
|---|-------------|-------------|-------------|--|---|
| <b>Name</b>   | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| sgv   | 3           | 1           |             | <p>Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten.</p> <p>Es gibt keine Ausfurabgaben.</p> | <p>«Waren, die <u>eingeführt</u> werden, sind zollpflichtig, wenn:</p> <p><i>a.</i> <u>sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfurabgaben gemäss Art. 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zoltarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind oder</u></p> <p><i>b.</i> <u>die Warenverantwortliche gem. BAZG-VG Art. 7 dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht oder</u></p> <p><i>c.</i> <u>sie einer Warenbestimmung gemäss BAZG-VG Art. 11, Buchstabe g oder h zugeführt werden oder</u></p> <p><i>d.</i> <u>auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist oder</u></p> <p><i>e.</i> <u>sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die</u></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |     |   |   |  |
|-----|---|-----|---|---|--|
|     |   |     |   |   | <u>Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.»</u>  |
| sgv | 3 | neu |   | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | Neu<br><u>«Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolllarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendernat.»</u>   |
| sgv | 4 | 1   | d | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | <u>«Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und <del>aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen innerhalb von drei Jahren</del> der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss BAZG-VG, Art. 30, Absatz 1 unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder an die Versenderin oder den Versender ins Zolldesland ausgeführt werden (<del>ausländische Rückwaren</del>).»</u> |
|     | 4 | 2   |   | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | <u>«Der Bundesrat kann vorsehen, dass <del>ausländische Rückwaren</del> Waren gemäss Absatz 1, die im Zollgebiet vernichtet oder als Futtermittel verwendet werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er regelt das Verfahren</u>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |   |          |  |   |
|--|---|---|----------|--|---|
|  |   |   |          |  | der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.»  |
| Sgv  | 5 | 1 | j        | Definition Warenmuster und Warenproben   | «j. <u>Warenmuster und Warenproben nach Definition der am Zollverfahren beteiligten Personen.</u> »   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 5 | 1 | k        | Definition «inländisch».   | «k. <u>Verpackungsmaterial mit nichtpräferentiell oder präferentiellen Ursprung Schweiz</u> »   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 5 | 1 | m<br>neu | Spezifische Waren.   | «m. Instrumente und Apparate zur Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten in Spitälern und Pflegeinstitutionen;“  |
| Sgv  | 7 | 1 |          | Die aktuelle und erneut vorgeschlagene Regelung ist in den Filialen des Detailhandels in der Praxis kaum durchsetzbar. Die Detailhändler verfügen nicht über die erforderlichen Informationen wann die angelieferten Importprodukte eingeführt, und bis wann sie verkauft sein müssen. Wir erachten deshalb eine Berücksichtigung von Warenvorräten auf dieser Stufe nicht als sinnvoll. Dies insbesondere auch deshalb weil diese Vorräte nur für den unmittelbaren Verkauf bestimmt sind und we- | . Für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die einem Zollkontingent nach dem Zollltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 unterliegen, in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode auf Stufe Handel noch vorhanden sind, ist die Zollabgabendifferenz zu den Ausserkontingentszollansätzen nachzuentrichten. Nicht zu melden sind Warenmengen die, die sich in den Räumlichkeiten von Endverbrauchern und Detailhandelsgeschäften befinden |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |     |       |   |   |
|--|---|-----|-------|---|---|
|  |   |     |       | gen den geringen Mengen keine Marktstörungen verursachen. In Bezug auf den Grosshandel erachten wir den Artikel 7 hingegen als zielführend.   |   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 8 | 2   |       | Bereits in Art. 7 BAZG-VG aufgeführt  | Streichen   |
| sgv  | 9 | 2   | a     | Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.   | streichen   |
| sgv  | 9 | neu |       | Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.   | Neu<br><u>«Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden.»</u>  |
| Sgv  | 9 | 1   | c neu | Insbesondere frische Früchte und Gemüse können innerhalb kurzer Zeit Veränderungen des Gewichts aufweisen. Dies aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit, insbesondere Wasserverlust. Diese Abweichungen können auf dem Weg zwischen dem Versender und dem Empfänger erheblich sein. Sie können nicht im Voraus bestimmt werden. Die Einführung einer Toleranz bei abweichenden Mengenangaben für solche Produkte wird das Problem deutlich entschärfen. | Neu<br><u>« c. Für Waren bei denen sich die Menge oder das Gewicht aufgrund ihrer natürlicher Eigenschaften verändert, kann der Bundesrat für die Mengen- und Gewichtsangabe Toleranzen festlegen.»</u> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |  |  |  |
|--|----|---|--|--|--|
| sgv  | 10 | 1 |  | <p>Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.</p> <p>Auch nicht-präferenzielle, verbindliche Ursprungsankünfte sollen bei der Zollverwaltung angefordert werden können (z. B. für Gerichtsfälle).</p> | «Das BAZG <del>erteilt</del> <u>verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über die zolltarifarisches Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation, sowie den nicht-präferenziellen</u> und den präferenziellen Ursprung von Waren.» |
| sgv  | 10 | 2 |  | <p>Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.</p>   | « <del>Die Auskunft ist öffentlich; vorbehalten bleiben entgegenstehende Bestimmungen nach dem vorliegenden Gesetz oder einem anderen Erlass.</del> <u>Auskünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.</u> »               |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 11 |   |  | Ausfuhren sind zollfrei.   | «Die Zollschild ist die Verpflichtung, die vom BAZG veranlagten Einfuhrzölle <del>und</del> Ausfuhrzölle (Zollabgaben) zu bezahlen.»   |
| sgv  | 15 | 4 |  | Zollwiderhandlungen werden nur bei Vorsatz bestraft.   | streichen  |
| sgv  | 16 | 3 |  | Zollwiderhandlungen werden nur bei Vorsatz bestraft.   | streichen  |
| sgv  | 17 | 3 |  | Zollwiderhandlungen werden nur bei Vorsatz bestraft.   | streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |    |   |  |   |   |
|--|----|---|--|---|---|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 25 | 2 |  | <p>Was bedeutet diese Übergangsfrist von 2 Jahren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- für den Ermächtigten Ausführer (Verordnung über das Ausstellen von Ursprungsnachweisen VASU SR 946.32)</li> <li>- für die VOC Bewilligung Verpflichtungsverfahren (Kanton und Bund)</li> <li>- Verwendungsverpflichtungen z. B Stearin Säure</li> <li>- Cabura etc.</li> </ul> <p>Müssen wirklich alle diese Bewilligungen erneuert werden?</p> <p>In Anbetracht des beträchtlichen Aufwandes der Erneuerung der Bewilligungen und Vereinbarungen erwartet der sgV eine flexiblere Ausgestaltung</p> | «Bewilligungen und Vereinbarungen, die nach den Bestimmungen des Zollgesetzes vom 18. März 2005 erteilt oder abgeschlossen wurden und bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen, bleiben bis zu deren Ablauf <u>(unbefristet)</u> in Kraft.» |
|--|----|---|--|---|---|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
3003 Bern

[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 17. Dezember 2020

**Vernehmlassung zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung.

**Der Schweizerische Gewerkschaftsbund erachtet die vorgeschlagene Totalrevision des Zollgesetzes als unnötig.** Wir befürchten, dass das BAZG-Vollzugsaufgabengesetz mehr Nachteile als Vorteile für den Zoll und den Grenzschutz bringt.

**Wir teilen die Position von Garanto, der Gewerkschaft des Zollpersonals,** dass das Digitalisierungs- und Transformationsprogramm DaziT im Rahmen des bestehenden Zollgesetzes umgesetzt werden kann. Nötige Reformen liessen sich mit einer schlanken Teilrevision bewerkstelligen. Das gilt beispielsweise für die Auflösung des Grenzwachkorps als eine eigenständige Einheit innerhalb der EZV, für den Verzicht auf Strafverfolgung in untergeordneten Fällen oder auch für die vom Parlament geforderten Anpassungen bei der Frist von Zollanmeldungsberichtigungen (Postulat 17.3377) und bei der Strafpraxis (Motion 17.3376).

**Problematische Änderungen durch das vorliegende BAZG-VG liessen sich mit einer Teilrevision vermeiden.** Besonders problematisch ist aus Sicht der Gewerkschaften:

- **Verzicht die Organisation des BAZG gesetzlich zu definieren:** Die Entscheidungskompetenz über die Organisation an Bundesrat und Amtsleitung zu übertragen, um sie möglichst schnell und häufig anpassen zu können, gefährdet die Arbeitsbedingungen und das Vertrauen der Beschäftigten. Motiviertes Personal ist jedoch unabdingbar für einen starken Zoll und Grenzschutz. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Kompetenzübertragung den Abbau heutiger Standorte ermöglicht. Ein solcher Abbau würde den Zoll und Grenzschutz für die Bevölkerung und die Wirtschaft weniger zugänglich machen und damit dessen Charakter als Service Public schwächen – entgegen der Absicht der vorliegenden Totalrevision.
- **Bewaffnung des Zollpersonals:** Die umfassende Bewaffnung des Zollpersonals ist weder nötig, noch wünschenswert. Wir befürchten, dass mit der allgemeinen Bewaffnung der Druck auf Mitarbeitende steigt, die keine Waffe tragen können oder wollen. Zudem besteht die Gefahr, dass dem Zoll als bewaffnetes Sicherheitsorgan nicht mehr das gleiche Vertrauen

gegenüber gebracht wird wie heute. Wir fordern deshalb, dass nicht das gesamte Personal zu bewaffnetem Dienst gezwungen werden kann, sondern im Gesetz festgehalten wird, für welche spezifischen Aufgaben Zoll und Grenzschutz eine Waffe tragen müssen.

- **Mögliche Privatisierung von Aufgaben des Zolls und Grenzschutzes:** In Art. 127 Abs. 1 ermöglicht das geplante BAZG-VG, Kompetenzen des Zolls und Grenzschutzes an Private auszulagern. Das ist organisatorisch nicht nötig, untergräbt die Arbeitsbedingungen und gefährdet die Qualität von Zoll und Grenzschutz. Wir fordern auf diesen Passus zu verzichten.
- **Verzicht die Wohlfahrtskasse im Gesetz zu nennen:** Die Streichung der EZV-Wohlfahrtskasse aus dem Gesetz gefährdet die Kasse in ihrer heutigen Form. Das Bundespersonalgesetz (Art. 32 Bst. e) ist ein ungenügender Schutz, da es auf dem Verordnungsweg Verschlechterungen der Leistungen ermöglicht. Die Wohlfahrtskasse ist eine wichtige Institution für die Beschäftigten des Zolls und Grenzschutzes. Sie vermag Kosten, die durch den Dienst z.B. aufgrund von Versetzungen oder unregelmässigen Arbeitszeiten entstehen, teilweise auszugleichen. Zudem ermöglicht sie die Aufnahme von Darlehen ohne in Abhängigkeit von Dritten zu geraten. Damit leistet sie eine wichtige Funktion für die Integrität des Zolls und des Grenzschutzes in der Schweiz.

Für weitergehende Forderungen verweisen wir gerne auf die Stellungnahme von Garanto.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



David Gallusser  
Zentralsekretär



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

### Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : scienceindustries

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : scin

Adresse : Nordstrasse 15, 8021 Zürich

Kontaktperson : Dr. Erik Jandrasits

Telefon : 044 368 17 22

E-Mail : erik.jandrasits@scienceindustries.ch

Datum : 27.11.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                 | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....   | 5   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....               | 27  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 28  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....         | 29  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                           | 30  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....    | 31  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 35  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 36  |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,
  - a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
  - b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
  - c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
| scin              | <p>scienceindustries, der Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences, als Vertreterin der grössten Exportindustrien der Schweiz, spricht sich klar für eine Standardisierung des Vollzugs, der grösstmöglichen Digitalisierung der Prozesse und Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs, der risikobasierten Gewichtung der Kontrolle (Art. 106) sowie der Konzentration auf die gezielte Kontrolltätigkeit zur Steigerung der Effizienz und Effektivität des Vollzugs nichtabgaberechtlicher Vollzugsaufgaben aus. Diese Massnahmen ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.</p> <p>Uns ist es durchaus bewusst, dass auf Gesetzesstufe Grundsätzliches (i.e. das WAS) geregelt werden soll, die operationelle Umsetzung der Grundsätze jedoch erst auf Verordnungsstufe und den Richtlinien geregelt werden kann. Dies erschwert die Beurteilung der Gesetzesvorlage erheblich. Dementsprechend erachten wir es als unabdingbar, dass die Wirtschaft auch im 2. Schritt, der Anpassung und Erarbeitung der entsprechenden Verordnungen, durch Konsultationen einbezogen werden muss. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Wirtschaft vollumfänglichen Zugang zu den für sie relevanten internen Richtlinien (inkl. der alten Richtlinien) erhält und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt.</p> <p>Bei der Durchsicht der beiden Vorlagen sowie des erläuternden Berichtes ist uns aufgefallen, dass die Sachlage z.T. erst nach Konsultation des erläuternden Berichtes klar wurde. Aufgrund der Tatsache, dass die Wirtschaftsbeteiligten in erster Linie die gesetzlichen Grundlagen zur Hand nehmen, verorten wir hier Optimierungspotential (siehe spezifische Bemerkungen zu den Artikeln). Da der erläuternde Bericht keinerlei Rechtsverbindlichkeit hat, muss die Intention im Gesetzestext klarer formuliert werden.</p> <p>Wir haben festgestellt, dass heute anwendbare Regelungen betreffend Vereinfachungen, namentlich ZV und ZE (zugelassener Versand und Empfang), auf Gesetzesstufe fehlen. Dementsprechend beantragen wir, dass die entsprechenden Regelungen unter "2. Kapitel: Erleichterungen für und besondere Anforderungen an bestimmte anmeldepflichtige Personen" aufgenommen werden. Die Vereinfachungen für ZV und ZE dürfen nicht an den AEO-Status gekoppelt werden.</p> <p>Zudem erachten wir es als notwendig, Fremdwährungen in Deklarationen zu zulassen, AEO-Vereinfachungen effektiv zu definieren, eine Verlängerung der Korrekturmöglichkeiten von anstelle 60 Tagen auf 3 Jahre umzusetzen (u.a. wegen der VOC-Bilanz und anderen NZE-Abgaben) sowie weitere Vereinfachungen umzusetzen, bei den Zollaussetzungen Verfahrensvereinfachungen sowie im Ursprungsbereich Langzeitlieferantenerklärungen zu ermöglichen.</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |
|------|---|
|      | <p>Aus unserer Sicht sollte die Totalrevision des Zollgesetzes die Chance bieten, nicht nur für das BAZG, sondern auch für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen führen, was nicht in jedem Fall gelungen ist. Beispiele hierfür sind u.a. die neuen Rollen zu nennen, die aus unserer Sicht unklar formuliert sind und deren Verantwortlichkeiten nicht konsistent geregelt sind oder die Forderung, im Rahmen der Warenanmeldung alle notwendigen Begleitdokumente zu übermitteln (Art. 9) oder die Referenzierung in der Warenanmeldung.</p> <p>Aus unserer Sicht sollte zudem darauf verzichtet werden, eine neue Terminologie ohne Mehrwert einzuführen. Unsere Mitgliedsunternehmen sind weltweit tätig und erachten neue Begriffe im Kontext "Zoll" gerade in der Kommunikation Zoll - Zoll oder Zoll - Unternehmen problematisch (Bsp: Warenbestimmung anstelle von Zollverfahren). Der Terminus Zollverfahren soll gemäss der Terminologie der WZO beibehalten werden.</p> <p>Die Terminologie «nichtabgaberechliche Vollzugsaufgaben» (NAV) ist aus unserer Sicht widersprüchlich, da viele der NAV sehr wohl abgaberechtlich sind z.B. LSVA, VOC, Alkoholsteuer, Biersteuer etc. Wir beantragen deshalb, den ursprünglichen Begriff "nichtzollrechtliche Erlasse" beizubehalten.</p> <p>Als Vertreterin der forschungsintensiven Industrien Chemie Pharma Life Sciences ist es für uns von höchster Priorität, den Schutz des Geistigen Eigentums und vertraulicher Geschäftsinformationen sicherzustellen. Dementsprechend erwarten wir, dass die Zollverwaltung/das BAZG auch in Zukunft sicherstellt, dass dieser Schutz nicht durch die internationale Amtshilfe unterminiert wird.</p> <p>Der Einbezug der Wirtschaft bei zukünftigen Projekten des BAZG wird seitens scienceindustries ausdrücklich begrüsst (Art.127).</p> |
| scin |   |
| scin |   |
| scin |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |   |
|--|-------------|-------------|-------------|---|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| scin   | 4           | 3           |             | Gemäss unseren Informationen hat die Schweiz keine Ausfuhrzölle   | Streichung  |
| scin   | 6           |             |             | Definiert die Begrifflichkeiten Zollgebiet, Zollgrenzen und Grenzraum   | Streichung von Artikel 6 und Überführung in Artikel 7, damit alle Definitionen unter einem Artikel zu finden sind.  |
| scin   | 7           |             |             | <p>Anpassung/Ergänzung; Definition Warenverantwortlicher muss angepasst werden:<br/>Argument:</p> <p>Der Satzteil "... oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird" ist zu streichen.</p> <p>Bei einem Reihengeschäft hat der Empfänger nichts mit den Zoll zu tun; er erhält die Ware als CH-Inlandlieferung mit CH-MwSt.</p> | <p>In diesem Gesetz bedeuten:</p> <p>a. Zollgebiet: das schweizerische Staatsgebiet mit den Zollanschlussgebieten, jedoch ohne die Zollausschlussgebiete;</p> <p>b. Zollanschlussgebiet: die ausländischen Gebiete, die aufgrund völkerrechtlicher Verträge oder Völkergewohnheitsrechts zum Zollgebiet gehören;</p> <p>c. Zollausschlussgebiet: die schweizerischen Grenzgebiete, die vom Bundesrat oder, bei einzelnen Liegenschaften in besonderer geografischer Lage, vom BAZG vom Zollgebiet ausgeschlossen werden;</p> <p>d. Zollgrenze: die Grenze des Zollgebiets;</p> <p>e. Grenzraum: der Geländestreifen entlang der Zollgrenze, dessen Breite das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) nach Anhörung der Grenzkantone festlegt.</p> <p>f. Grenzzone: das in- und ausländische Gebiet, das sich beidseits der Zollgrenze als Gebietsstreifen von 10 Kilometern Tiefe befindet (Parallelzone). Abweichungen nach völkerrechtlichen Verträgen bleiben vorbehalten.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |   |
|--|--|--|--|--|---|
|  |  |  |  |  | <p>g. Einfuhr: das Verbringen von Waren in das Zollgebiet;</p> <p>h. Ausfuhr: das Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet;</p> <p>i. Durchfuhr: das Befördern von Waren durch das Zollgebiet;</p> <p>j. Person: natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die im Rechtsverkehr wirksam auftreten kann;</p> <p>k. Warenverantwortliche:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt oder auf deren Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird,</li> <li>2. im Zollgebiet (Inlandabgaben): die abgabepflichtige oder rückerstattungsberechtigte Person gemäss einem Erlass nach Artikel 4 Buchstaben c–k;</li> <li>3. Der Warenverantwortliche entspricht im internationalen Umfeld dem "Importer/Exporter of Record"</li> </ol> <p>l. Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung für den Warenverantwortlichen vornimmt;</p> <p>m. Transportverantwortliche: Person, die für den Transport verantwortlich ist und daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist;</p> <p>n. Verfahrensbeteiligte: Personen, die die Rollen der Waren-, Daten- oder Transportverantwortliche einnehmen</p> |
|--|--|--|--|--|---|

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |   |  |  |  |
|------|---|---|--|--|--|
|      |   |   |  |  | <p>o. Aktivierung: Auslösen eines technischen Vorgangs, der die Verbindlichkeit einer elektronischen Eingabe bewirkt.</p> <p>p. Referenzierung: in der Warenanmeldung anzugebendes Transportmittel, mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll.</p> <p>q. Warenbestimmung: Zollverfahren gemäss Art. 11, welchem die Waren zugeführt werden.</p> <p>r. Zolllager: vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen unverzollte und unversteuerte Waren gelagert und bewirtschaftet werden dürfen.</p> <p>s. Steuerlager: vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen bestimmte ganz oder teilweise unversteuerte Waren gemäss den Erlassen nach Artikel 4 Buchstaben c–f gelagert, hergestellt, gewonnen, bewirtschaftet und bearbeitet werden dürfen.</p> <p>t. Akten: Daten und geschäftsrelevante Dokumente wie Geschäftsbücher, Belege und weitere Bescheinigungen sowie Urkunden über den Geschäftsverkehr, auch in elektronischer Form</p> |
| scin | 8 | 3 |  | <p>Änderung des Verwendungszweckes für den Import führt zu neuer Anmeldung -&gt; Streichung des Verwendungszweckes in Abs 3 (Bürokratieabbau)</p> <p>Abs 4 ist aus unserer Sicht zu löschen, da nicht umsetzbar.</p> | <p>Art. 8 Anmeldepflicht</p> <p>1 Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden.</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |   |  |  |  |
|------|---|---|--|--|--|
|      |   |   |  |  | <p>2 Im grenzüberschreitenden Warenverkehr ist in der Warenanmeldung die Warenbestimmung festzulegen.</p> <p>3 Waren, deren Warenbestimmung (Zollverfahren) nach der Veranlagung geändert wird, müssen erneut angemeldet werden.</p> <p>4 5Das BAZG regelt die Ausnahmen von der Anmeldepflicht sowie den Zeitpunkt der Anmeldung.</p> |
| scin | 8 | 5 |  | <p>Gemäss Vernehmlassungsgesetz Art. 3 Bst. d müssen Verordnungen und anderen Vorhaben, die von grosser politischer, finanzieller, wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer oder kultureller Tragweite sind, vernehmlasst werden.</p> <p>Die Einzelheiten der Anmeldung ist für die Umsetzung in den Unternehmen relevant und wirtschaftlich von Bedeutung. Dementsprechend muss die Wirtschaft bei der Ausarbeitung der Amtsverordnung vernehmlasst werden. Die Periodizität ist möglichst flexibel auszugestalten, i.e. unmittelbar, monatlich, quartalsweise, halbjährlich, jährlich, für Waren, die kein Sicherheitsrisiko darstellen.</p> |  |
| scin | 9 | 1 |  | <p>Streichung des Teiles "Es müssen alle notwendigen Begleitdokumente übermittelt werden." Dies entspricht einer unbegründeten Verschärfung der heute gültigen Regelung. Aus Sicht von scienceindustries ist diese Anforderung unverhältnismässig (zusätzlicher IT Aufwand). Die Beibringung aller notwendigen Begleitdokumente sollte lediglich im Rahmen einer Kontrolle nötig sein.</p>   | <p>"Art. 9 Anmeldung</p> <p>1 Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen.</p>  |
| scin | 9 | 2 |  | Tippfehler   | <p>2 Eine Ware gilt als verbindlich angemeldet:</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |   |
|------|----|---|--|--|---|
|      |    |   |  |  | a. im Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung, wenn diese elektronisch übermittelt wurde;  |
| scin | 9  | 3 |  | Diese Regelung wird begrüsst.  |   |
| scin | 10 | 1 |  | Anpassung des Artikels, aus unserer Sicht sollte die Reihenfolge geändert werden. (siehe Bemerkung zu Art.7)<br>Der Warenpflichtige kann nicht anmeldepflichtig sein denn er weiss nicht zwingend wann und wo die Ware an die Grenze gelangt (-> u.a. bei einem Reihengeschäft). | 1 Anmeldepflichtig ist der Transportverantwortliche, der Datenverantwortliche oder gegebenenfalls die Warenverantwortliche.   |
| scin | 10 | 2 |  | Anpassung, Löschung Verwendungszweck.  | 2 Anmeldepflichtig ist auch, wer die Warenbestimmung (Zollverfahren) einer Ware nach der Veranlagung ändert.  |
| scin | 10 | 3 |  | Streichung "natürliche", Person schliesst juristische und natürliche Person ein.   | 3 Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so gilt die Person als anmeldepflichtig, die die Ware transportiert.                           |
| scin | 11 |   |  | Aus unserer Sicht führt die neue Terminologie "Warenbestimmung" zu einem erhöhten Erklärungsbedarf Zoll-Zoll und Zoll-Unternehmen. (Verwechslungsgefahr mit Verwendungszweck). -> Beibehaltung des Begriffes Zollverfahren<br>Die Zollverfahren müssen frei wählbar sein.        | Art. 11 Zollverfahren, Zollrechtliche Bestimmung<br>1 Im grenzüberschreitenden Warenverkehr müssen die Waren einer der folgenden Zollverfahren/zollrechtlichen Bestimmungen zugeführt werden: |
| scin | 12 |   |  | Wie wird im Export referenziert? Dem Exporteur ist in den meisten Fällen die LKW Nummer des exportierenden Transportmittels nicht bekannt .  | Die Referenzierung muss zwingend ausserhalb der Warenanmeldung stattfinden.   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | <p>Diese Anforderung führt zu einem signifikanten Eingriff in in die logistischen Abläufe der Unternehmen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung.</p> <p>Aus unserer Sicht gibt es immer einen Transportverantwortlichen, dem die Referenzierung obliegt. Dementsprechend sollte in Abs 2 der Teil " oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. " gestrichen werden.</p>  | <p>2 Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche <del>oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche.</del></p>   |
| scin | 13 | 4 |  | <p>Wie sieht das mit der Haftung aus wenn ein Datenverantwortlicher die Warenanmeldung aus bestimmten Gründen (Zweifel an der Korrektheit, Abklärungen) noch nicht aktiviert hat, der Zoll jedoch von Amtes diese aktiviert hat und dann bei einer Kontrolle ein Vergehen feststellt (z.B. Waffen statt Maschinenteil)?</p> <p>Wie sieht das Verfahren bei Ausfall des Systems aus (Fallback-System)?</p>   | <p>4 Fehlt im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung, so kann das BAZG nach Rücksprache mit dem Datenverantwortlichen oder Warenverantwortlichen diese von Amtes wegen vornehmen.</p>                        |
| scin | 14 | 2 |  | <p>Kann-Formulierung muss konkretisiert werden. (kann vorsehen -&gt; sieht vor)</p> <p>Die im erläuternden Bericht erwähnten Sonderkonstellationen sollten im Gesetz eindeutig reflektiert werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten:</p> <p>Quote: Erläuternder Bericht: Abs. 2</p> <p>Wie bisher wird es auch im neuen Recht Sonderkonstellationen geben, in denen die Warenanmeldung erst nach dem Verbringen der Ware über die Zollgrenze erfolgen darf (vgl. bisheriger zugelassener Versand und Empfang [ZVE], Art. 100 ff. ZV). Ferner soll es im grenzüberschreitenden Verkehr die Option geben, Waren periodisch zu aktivieren.</p> | <p><i>2 Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen, die Aktivierung nach dem Verbringen über die Zollgrenze erfolgen kann. Er sieht vor, dass im grenzüberschreitenden Verkehr Warenanmeldungen periodisch aktiviert werden können.</i></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |   |
|------|----|---|--|--|---|
| scin | 16 |   |  | <p>Streichung: Die Eignung gewerbsmässig tätiger Datenverantwortlicher muss durch Warenverantwortlicher bestimmt werden, und nicht durch den Zoll und sogar seinen Schulungen!</p> <p>Datenverantwortliche von Exportunternehmen benötigen nicht zwingend eine Deklarantenausbildung.</p>  |   |
| scin | 17 | 2 |  | <p>Solange eine Warenanmeldung nicht aktiviert ist, kann sie verändert werden. Deshalb macht Abs 2 nicht Sinn.</p> <p>Kontrollen können erst durchgeführt werden, wenn die die Warenanmeldung rechtsverbindlich ist.</p> <p>Quote:</p> <p>2 Das BAZG stellt den abgaberelevanten Sachverhalt fest und führt bei Bedarf Kontrollen nach dem 8. Titel durch.</p> | Streichung  |
| scin | 17 | 3 |  | <p>Solange eine Warenanmeldung nicht aktiviert ist, kann sie verändert werden.</p> <p>Quote:</p> <p>3 Es kann von den Verfahrensbeteiligten jederzeit weitere Angaben verlangen.</p>   | Streichung  |
| scin | 19 | 2 |  | <p>Warum wird nicht die Regelung des bestehenden ZG , i.e. Bst. c übernommen?</p> <p>Quote:</p> <p>c. falls die Zollanmeldung unterlassen worden ist, im Zeitpunkt, in dem die Waren über die Zollgrenze verbracht oder zu einem anderen Zweck verwendet oder abgegeben</p>  | <p>Streichung des Abs 2 und Übernahme des ZG Art. 69 Bst c an dessen Stelle.</p> <p>c. falls die Zollanmeldung unterlassen worden ist, im Zeitpunkt, in dem die Waren über die Zollgrenze verbracht oder zu ei-</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
|      |    |   |   | werden (Art. 14 Abs. 4) oder ausserhalb der freien Periode abgegeben werden (Art. 15), oder, wenn keiner dieser Zeitpunkte feststellbar ist, im Zeitpunkt, in dem die Unterlassung entdeckt wird   | nem anderen Zweck verwendet oder abgegeben werden (Art. 14 Abs. 4) oder ausserhalb der freien Periode abgegeben werden (Art. 15), oder, wenn keiner dieser Zeitpunkte feststellbar ist, im Zeitpunkt, in dem die Unterlassung entdeckt wird |
| scin | 20 | 2 |   | Ziff 2 ist missverständlich formuliert:<br><br>Bleibt eine unter aktiven Veredlung eingeführte Ware in der Schweiz, hat diese eine andere "Warenbestimmung", dementsprechend entsteht eine definitive Abgabeschuld.<br><br>Ziff. 2 Bst. b impliziert aber eine Aufhebung der Abgabeschuld. Aus unserer Sicht bedarf dies einer Präzisierung. | 2 Die bedingte Abgabeschuld fällt dahin, wenn:<br>a. die Bedingungen der Bewilligung erfüllt werden; oder<br>b. die Waren definitiv dem freien Verkehr zugeführt werden.  |
| scin | 21 | 1 | a | Im Reihengeschäft kann der Warenverantwortliche nicht Abgabeschuldner sein.  |   |
| scin | 21 | 2 |   | Warum wird der Datenverantwortliche nicht mehr in die Pflicht genommen?<br><br>Tippfehler des Datenverantwortlichen führen zu Abgaben für den Warenverantwortlichen  | Die Rangfolge muss beim Datenverantwortlicher geändert werden, sofern er keine entsprechenden Auftrag hierzu vom Warenpflichtiger erhalten hat  |
| scin | 21 | 3 |   | Weshalb wird nicht gerade eine Regelung für die Reihenfolge für die Belangung in Ziff. 3 im Gesetz definiert?  | 3 Bei grenzüberschreitenden Post- und Kuriersendungen wird die Abgabeschuld bei der Datenverantwortlichen geltend gemacht. Im grenzüberschreitenden Reiseverkehr wird die Abgabeschuld beim Grenzübertritt geltend gemacht.                 |
| scin | 21 | 4 |   | Erläuternder Bericht Ziff 4:....Mehrere Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner haften für die Abgabe-   | Liegt dieser Entscheid wirklich in der Kompetenz der Zollverwaltung? Ist eine Rege-   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | schuld solidarisch, auch wenn im betreffenden Abgabeerlass dazu nichts geregelt ist. Voraussetzung dafür ist einzig, dass der Erlass das BAZG-VG für anwendbar erklärt.   | lung nicht eher in der Kompetenz der verantwortlichen Behörde des entsprechenden Abgabeerlasses?  |
| scin | 21 | 5 |  | Im Rahmen der Corona-Pandemie befreite die Verwaltung die Wirtschaftsbeteiligten von der VOC-Abgabe.  | 5 Bei ausserordentlichen Umständen, namentlich bei verheerenden Elementarereignissen, konjunkturellen Einbrüchen oder ausserordentlichen Lagen befreit der Bundesrat die Abgabeschuldnerinnen oder -schuldner von der Abgabepflicht, sollte diese negative gesamtwirtschaftliche Auswirkungen nach sich ziehen.   |
| scin | 24 |   |  | Eine Schuld muss zum Zeitpunkt des Todes festgestellt sein, damit die Erben objektiv entscheiden können, ob sie das Erbe unter Berücksichtigung der Umstände annehmen oder ablehnen. Es ist die Aufgabe der Zollverwaltung sich rechtzeitig zu melden und einen Erbvorbehalt anzubringen. | Art. 24 Solidarhaftung bei Tod der Abgabeschuldnerin oder des Abgabeschuldners<br>Die Abgabeschuld muss zum Zeitpunkt des Todes festgestellt sein. Diese geht auf die Erbinnen und Erben der Abgabeschuldnerin oder des Abgabeschuldners über, wenn sie das Erbe annehmen. Die Erbinnen und Erben haften solidarisch für die Abgabeschuld der verstorbenen Person bis zur Höhe ihrer Erbteile, einschliesslich der Vorempfänge. |
| scin | 26 |   |  | Mit der Lösung werden zwar Unternehmen administrativ entlastet, jedoch nicht finanziell. Damit wird der Motion Noser nur halb entsprochen. Die Buchhaltung in den Unternehmen bleibt erhalten.<br><br>Erläuternder Bericht:<br><br>Quote  | Art. 26 Verzicht auf die Erhebung von Abgaben<br><br>Das BAZG verzichtet auf die Erhebung von Abgaben, wenn der Erhebungsaufwand in Bezug auf den Abgabenertrag unverhältnismässig erscheint, die Abgaben tiefer als 100 CHF sind oder ein Warenwert von 1000 CHF unterschritten wird.  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  | ...Die Digitalisierung der Abgabeprozesse und der Einsatz von elektronischen Zahlverfahren werden es ermöglichen, auch kleinere Beträge automatisiert einzuziehen....  |  |
| scin | 28 | 2 |  | Zahlungsfrist direkt im Gesetz verankern.  | <i>2 Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage nach Aktivierung der Anmeldung.</i>   |
| scin | 28 | 3 |  | Neuer Abs. einfügen  | <i>3 Das BAZG legt die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.</i>   |
| scin | 30 | 5 |  | Verjährung nach MwStG: 10 Jahre  | <i>5 Die Abgabeschuld verjährt in jedem Fall 10 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden ist. Vorbehalten bleiben längere Verjährungsfristen nach den Artikeln 11 und 12 VStrR17.</i> |
| scin | 35 | 2 |  | <p>2 Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes vom 11. April 1889<sup>18</sup> über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen. <u>Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 SchKG ist ausgeschlossen.</u></p> <p><u>Art. 278<sup>1</sup>H. Einsprache gegen den Arrestbefehl</u></p> <p>H. Einsprache gegen den Arrestbefehl</p> <p><sup>1</sup> Wer durch einen Arrest in seinen Rechten betroffen ist, kann innert zehn Tagen, nachdem er von dessen Anordnung Kenntnis erhalten hat, beim Gericht Einsprache erheben.</p> <p><sup>2</sup> Das Gericht gibt den Beteiligten Gelegenheit zur Stellungnahme und entscheidet ohne Verzug.</p> | <p>Gemäss SchKG kann Einsprache erhoben werden.</p> <p>Klärung/Präzisierung notwendig.</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | <p><sup>3</sup> Der Einspracheentscheid kann mit Beschwerde nach der ZPO<sup>2</sup> angefochten werden. Vor der Rechtsmittelinstanz können neue Tatsachen geltend gemacht werden.</p> <p><sup>4</sup> Einsprache und Beschwerde hemmen die Wirkung des Arrestes nicht.</p> |   |
| scin | 36 | 1 |  | <p>Welche Ausfuhrabgabe?</p> <p>Quote:</p> <p><b>Art. 36</b> Inhalt des Pfandes</p> <p>1 Der Bund hat ein gesetzliches Pfandrecht:</p> <p>a. an Waren, die einer Einfuhr-, <u>Ausfuhr</u>- oder Inlandabgabe unterliegen; und</p>   | Klärung/Präzisierung notwendig.   |
| scin | 39 |   |  | <p>Wir erwarten eine Gleichbehandlung BAZG – Abgabeschuldner</p>  | <p>Art. 39 Nachforderung von Abgaben</p> <p>1 Hat das BAZG irrtümlich eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung mitteilt.</p> <p>2 Wurde den Abgabeschuldnerinnen irrtümlich eine erhobene Abgabe zu hoch oder ein zurückerstattender Abgabebetrag zu tief veranlagt, können diese den geschuldeten Betrag innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung zurückfordern.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
|      |    |   |   |  |   |
| scin | 40 | 2 |   | <p>Beide Parteien sollten gleich langen Fristen haben.</p> <p>Quote:</p> <p>2 Werden Waren nach der Veranlagung zu Zwecken verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben unterliegen, so kann die anmeldepflichtige Person die Rückerstattung der Abgabendifferenz verlangen. Das EFD legt fest, für welche Warengruppen und innerhalb welcher Fristen der Anspruch auf Rückerstattung geltend gemacht werden kann.</p> | 2 Werden Waren nach der Veranlagung zu Zwecken verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben unterliegen, so kann die anmeldepflichtige Person die Rückerstattung der Abgabendifferenz <i>innerhalb von zwei Jahren nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung</i> verlangen. |
| scin | 43 | 4 |   | <p>Was sind die Kriterien für die Beurteilung einer schnellen Wertverminderung? Was versteht man unter kostspieligem Unterhalt? Weshalb ohne Einverständnis des Pfandeigentümers? Es müsste im Interesse des Letzteren sein, dass die Waren zu einem möglichst hohen Wert und tiefen Kosten verwertet werden können.</p>   | 4 Das BAZG kann Waren und Sachen, die einer schnellen Wertverminderung ausgesetzt sind oder einen kostspieligen Unterhalt erfordern, sofort, aber nur mit Einverständnis der Pfandeigentümerin oder des Pfandeigentümers verwerten.   |
| scin | 44 | 1 |   | <p>Definitionen Zolllager und Steuerlager unter Art. 7 Begriffe aufführen</p>  | Streichung der Abs. 1 und 2 und entsprechende Neunummerierung der Artikel Abs.  |
| scin | 44 | 3 |   | <p>Typo:</p> <p>3 Die Betreiberin oder der Betreiber <u>eine</u> Zoll- oder Steuerlagers ist verantwortlich für dessen Betrieb und die Überwachung der Waren.</p>  | 3 Die Betreiberin oder der Betreiber <u>eines</u> Zoll- oder Steuerlagers ist verantwortlich für dessen Betrieb und die Überwachung der Waren.  |
| scin | 46 | 2 | c | <p>Umformulierung, um den Text verständlicher zu machen</p>  | <p><b>Art.46 Ziff 2 Bst c</b></p> <p><i>....c. die Anmeldung von Waren auf befristete Zeit oder im Fall von Abs. 1 Buchstabe c auf unbefristete Zeit zu verbieten.</i></p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  |  |  |
| scin | 48 | 3 |  | Ergänzung mit Datensicherheitsaspekt.  | 3 Das BAZG stellt bei der Durchführung von elektronischen Verfahren die Datensicherheit gegenüber Dritten, die Authentizität und die Integrität der übermittelten Daten sicher und legt die technischen Anforderungen für das Verfahren fest.  |
| scin | 49 |   |  | <b>Art. 49</b> Verfahrensrechtliche Modalitäten bei Systemausfällen<br><br>Wie sehen diese verfahrensrechtlichen Modalitäten aus?<br>Wo werden diese geregelt? | Die Wirtschaft muss bei deren Ausarbeitung mitwirken. (CPLS Exporte 2019: 114 Mia/Jahr -> 570 Mio.CHF/Tag).<br><br>Eine Notfalloption sollte wenn möglich auf eine Papierlösung verzichten und keine nachträglichen Arbeiten nach sich ziehen. |
| scin | 53 | 1 |  | scienceindustries erachtet 7 Tage als eine zu kurze Zeitspanne für die Eröffnung (im Falle von Krankheit oder Ferienabwesenheit).                              | <i>1 Die Verfügung gilt im Zeitpunkt des erstmaligen Abrufs als eröffnet, spätestens jedoch am zwanzigsten Arbeitstag nach der Übermittlung.</i>   |
| scin | 53 | 4 |  | Verfahrensbeteiligte : Definition in Art. 7 Begriffe aufnehmen   | Anpassung von Art. 7 (siehe oben)  |
| scin | 54 |   |  | Wo ist Einsicht? In welcher Cloud? Definition "Akten"?; Wirtschaft beim Zoll oder Zoll bei Wirtschaft? Gibt es eine gegenseitige Akteneinsicht?                | Klärung notwendig und aus Daten- und Informationsschutzgründen relevant.<br><br>Definition "Akten" in Art 7 Begriffe aufnehmen.  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
| scin | 56 | 2 |  | <p>Abs. 2 Der BR bezeichnet die Personen denen die Aufbewahrungspflicht obliegt und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung.</p> <p>Gemäss erläuterndem Bericht kann der Bundesrat vorsehen, dass Daten bestimmter Verfahrensbeteiligter, wie namentlich der Datenverantwortlichen, <u>in der Schweiz gehalten werden müssen</u>.</p> <p>scienceindustries erscheint diese Anforderung als zu eng (Cloud, Server-Standort nicht unbedingt in der CH). Aus Sicht von scienceindustries reicht es aus, dass <u>der Zugang zu diesen Daten aus der Schweiz</u> gewährleistet sein muss.</p> | Regelung der für die Aufbewahrungspflicht verantwortliche Person im Gesetz und der Voraussetzung an die Datenhaltung.   |
| scin | 58 | 1 |  | <p>Bei den provisorischen Abfertigungen aus GSP Ländern haben wir heute eine Frist von 90 Tagen zur Beschaffung der Dokumente jetzt soll die Frist auf 60 Tage gekürzt werden -&gt; Verschärfung.</p> <p>In Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, sind 60 Tage im internationalen Umfeld zu kurz.</p>   | Verfügungen können ab Ausstellung ein Jahr lang angefochten werden.<br>oder als Variante 2:<br>es wird weiterhin eine provisorische Verzollung erlaubt mit 120 Tage Frist |
| scin | 59 | 2 |  | Automatisierte Bearbeitungen von Einsprachen werden kritisch beurteilt, da diese komplexen Sachverhalte nicht in allen Fällen automatisiert beurteilt werden können.  | Bei der Einführung solcher Prozesse müssen diese klar beschrieben sein und die Wirtschaftsbeteiligten in den Prozess mit eingebunden sein.                                |
| scin | 60 | 1 |  | In Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, sind 60 Tage im internationalen Umfeld zu kurz.  | <p>Art. 60</p> <p>1 Gegen Einspracheentscheide des BAZG kann innert 90 Tagen nach der Eröffnung verwaltungsinterne Beschwerde beim</p>                                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  |  | BAZG erhoben werden. Das BAZG stellt sicher, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.   |
| scin | 62 | 2 |  | Die Auferlegung von Kosten bei kleinen Beanstandungen ist aus Sicht von scienceindustries nicht verhältnismässig.  | <p>Art. 62</p> <p>....2 Das BAZG kann den Verfahrensbeteiligten ausnahmsweise Kosten auferlegen für den von ihnen verursachten Sonderaufwand, der namentlich entsteht:</p> <p>a. weil aus Gründen, die bei den Verfahrensbeteiligten liegen, kein elektronisches Verfahren durchgeführt werden kann;</p> <p>b. wegen Kontrollen, die zu Beanstandungen des BAZG führen; <i>in besonders leichten Fällen kann auf das Erheben der Kosten verzichtet werden.</i></p> |
| scin | 63 |   |  | <p>Typo</p> <p>Quote:</p> <p>Soweit im Verfahren <i>vor dem</i> BAZG Kosten und Entschädigungen auferlegt werden, bestimmt der Bundesrat deren Höhe.</p> | Soweit im Verfahren <u>von dem</u> BAZG Kosten und Entschädigungen auferlegt werden, bestimmt der Bundesrat deren Höhe.  |
| scin | 66 | 2 |  | <p>Quote:</p> <p>2 Es darf die folgenden besonders schützenswerten Daten bearbeiten:</p> <p>....</p>   | Für scienceindustries ist der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse als prioritäres Anliegen, dementsprechend erwartet scienceindustries vom BAZG, den Datenschutz sicherzustellen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |  |  |  |   |
|------|----|--|--|--|---|
|      |    |  |  | <p>b. Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse zu folgenden Zwecken:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Kontrolle von Waren, Personen und Transportmitteln,</li> <li>2. Erheben von Abgaben,</li> <li>3. Feststellen, Verfolgen und Beurteilen von Straffällen,</li> <li>4. Vollzug von Strafen und Massnahmen,</li> <li>5. Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität,</li> <li>6. Erstellen von Risikoanalysen,</li> <li>7. nationale und internationale Amts- und Rechtshilfe,</li> <li>8. Vollzug der nichtabgaberechtlichen Erlasse des Bundes,</li> <li>9. Dokumentation der Kontrolltätigkeit und der Fallbearbeitung des BAZG,</li> <li>10. Durchführung von Pilotversuchen (Art. 127 Abs. 2).</li> </ol> | <p>und den Zugang zu diesen sehr restriktiv zu behandeln.</p> <p>Eine Weitergabe solcher Daten im Rahmen einer internationalen Amtshilfe darf deshalb nur mit Zustimmung der Unternehmen und der Zusicherung des Empfängerlandes betreffend der Einhaltung der schweizerischen Datenschutzanforderungen erfolgen.</p> |
| Scin | 70 |  |  | <p>Im Zusammenhang mit der Datensicherheit in Bezug auf Cyberrisiken erwartet scienceindustries gerade wegen der vorgesehenen Schnittstellen zu supranationalen und internationalen Organisationen höchste Sicherheitsstandards.</p> <p>Welche Behörden haben einen direkten Zugriff auf die Daten, welche erhalten regelmässige Datenlieferungen?</p> <p>Wie sind Integrität und Aktualität der Datenquellen sichergestellt?</p> <p>Wie ist der Bezug zum Datenschutzgesetz?</p> <p>Redundanz der IT-System beim BAZG?</p>  | <p>Klärung der offenen Fragen notwendig.</p> <p>Präzisierung notwendig.</p>   |
| Scin | 71 |  |  | <p>Quote:</p> <p>Daten über die finanzielle und wirtschaftliche Situation von Personen an Dritte bekannt geben, falls die Dritten</p>  | <p>Aus unserer Sicht ist dies unklar formuliert. Wenn das BAZG bereits Daten über die finanzielle und wirtschaftliche Situation von</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |  |   |  |   |
|------|----|--|---|--|---|
|      |    |  |   | im Auftrag des BAZG die Bonität von Schuldnerinnen und Schuldnern überprüfen sollen....  | Personen verfügt, weshalb soll es dann die Bonität von Dritten überprüfen lassen?<br><br>Zudem ist auch hier der Datenschutz sicherzustellen, da Kenntnis der finanziellen und wirtschaftlichen Situation börsenrelevant ist. |
| scin | 76 |  |   | Gemäss OR Art 590:<br><br><b>Art. 590</b><br>1 Die Bücher und Papiere der aufgelösten Gesellschaft werden während <b>zehn Jahren</b> nach der Löschung der Firma im Handelsregister an einem von den Gesellschaftern oder, wenn sie sich nicht einigen, vom Handelsregisteramt zu bezeichnenden Ort aufbewahrt.  | Aufbewahrungsdauer: 10 Jahre, analog OR Art. 590  |
| scin | 78 |  | c | Das Wort «nichtabgaberechliche Vollzugsaufgaben» ist widersprüchlich, da viele der NAV sehr wohl abgaberechtlich sind z.B. LSVA, VOC Biersteuer etc.<br><br>Dieser Passus ist unklar definiert.  | Klärung/Präzisierung notwendig.   |
| scin | 81 |  |   | Bei Pharma- und Chemieprodukten sowie anderen hochsensiblen Gütern ist der Empfänger vorgängig zu benachrichtigen, damit die Entnahmen gemäss den branchenüblichen Standards (bzgl. Qualität und Sicherheit) korrekt durchgeführt werden können. Die Verhältnismässigkeit der Entnahmen (u.a. Mengen, Wert) gilt es seitens des BAZG sicherzustellen.<br>Der Empfänger kann den Ort der Entnahme vorgeben, (z. B. Reinraum) muss jedoch die Kosten des BAZG (Zeit und Fahraufwand) entschädigen. | Warenentnahmen von hochsensiblen Produkten sind zwingend am Domizil durchzuführen.<br><br>Klärung der Fragen.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |  |  |  |  |
|------|----|--|--|--|--|
|      |    |  |  | <p>Gemäss in Kraft stehendem ZG Art. 31 Abs. 3 endet das Kontrollrecht 5 Jahre nach der Wareneinfuhr.</p> <p>Im erläuternden Bericht wird erwähnt, dass Dritte beauftragt werden können:<br/>Quote:<br/>Die Waren können umfassend kontrolliert werden. Im Rahmen der Kontrolle dürfen alle Handlungen vorgenommen werden, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind (z. B. Proben oder Muster nehmen, chemisch-technische Analysen durchführen usw.).<br/>Das BAZG kann andere Stellen damit beauftragen.</p> <p>Wer kann beauftragt werden? Wie ist die Vertraulichkeit sichergestellt?</p>   |  |
| Scin | 83 |  |  | <p>1 Datenverantwortliche können für die Kosten, die ihnen durch eine physische Kontrolle entstehen, einen Pauschalbetrag zu den Transportkosten und den übrigen Speditionskosten aufrechnen.</p> <p>Aus Sicht von scienceindustries ist Abs. 1 zu streichen, da die vertragliche Freiheit zwischen Warenverantwortlichem und Dienstleister beeinträchtigt wird und bereit im OR entsprechende gesetzliche Grundlagen bestehen.</p> <p>Sollte Abs.1 bestehen bleiben stellen sich folgende Fragen, die einer Klärung bedürfen.</p> <p>Wie kann der Waren/ Rechnungsempfänger nachvollziehen, dass eine Kontrolle stattgefunden hat, wenn der Datenverantwortliche diese abrechnet?</p> | <p>Abs. 1 streichen</p> <p>2 1Der Eingriff in den Bestand der Waren ist auf das Notwendigste zu beschränken und mit aller Sorgfalt vorzunehmen. Unter dieser Voraussetzung werden Wertvermindierungen und Kosten, die durch eine physische Kontrolle entstehen, nicht entschädigt.</p> <p>2 Resultiert der Eingriff in den Bestand der Waren in einem erheblichen wirtschaftlichen Schaden für den Warenverantwortlichen, wird dieser Schaden entschädigt,</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |  |   |   |  |
|------|----|--|---|---|--|
|      |    |  |   | <p>Gibt es einen Nachvollziehbarkeitscode in der eVV ?</p> <p>Gerade bei der Warenentnahme von hochwertigen Produkten kann ein erheblicher wirtschaftlicher Schaden für den Warenverantwortlichen entstehen. Dementsprechend sollte der Schaden entschädigt werden, wenn die Kontrolle keine Beanstandung zu Tage führt.</p>  | <p>sollte die Kontrolle die Korrektheit der Warenanmeldung bestätigen.</p>   |
| scin | 84 |  | h | <p>Neuer Buchstabe h.</p>   | <p><i>h. Es besteht ein Anrecht auf die Kontrolle am Domizil. Gebühren gemäss BAZG-Gebührenkatalog.</i></p>  |
| scin | 85 |  | e | <p>Im alten Zollgesetz ist die Prüfung von Produktionsanlagen nicht vorgesehen.</p> <p>Gerade in der Produktion der Chemie Pharma Life Sciences Industrien sind aufgrund der strengen Produktionsvorschriften (Sicherheit, Qualität und GMP) nur geschultes Personal zugelassen. Im Weiteren können Produktionsanlagen speziell ausgelegt sein, die den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz generieren und so als vertrauliche Geschäftsinformation zu betrachten sind.</p> <p>Dementsprechend erachten wir die Prüfung von Produktionsanlagen durch das BAZG als kritisch.</p> | <p>1 Das BAZG hat zur Erfüllung seiner Aufgaben namentlich folgende allgemeine Befugnisse:</p> <p>a. die Prüfung und Analyse von Daten, Dokumenten und Systemen;</p> <p>b. die Überwachung des Kontrollgebiets;</p> <p>c. die Überwachung und Kontrolle des Verkehrs von Personen, Waren und Transportmitteln;</p> <p>d. die Sicherstellung, Verwertung, Vernichtung und Rückweisung von Waren und Transportmitteln;</p> <p>e. <del>die Prüfung von Produktionsanlagen</del> Warenlagern und anderen Betriebsräumen im Rahmen der Kontrolle im Unternehmen;</p> <p>f. die Prüfung der Identität, der Berechtigung zum Grenzübertritt und zum Aufenthalt von Personen in der Schweiz;</p> <p>g. das Festhalten der Identität von Personen;</p> <p>h. die Fahndung nach Personen, Transportmitteln und Sachen.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |  |
|------|-----|---|--|--|--|
|      |     |   |  |  | <i>2 Das Kontrollrecht in Unternehmen endet drei Jahre nach der Wareneinfuhr. Vorbehalten bleibt die Eröffnung einer Strafuntersuchung innerhalb dieses Zeitraumes.</i>  |
| Scin | 93  | 1 |  | Quote:<br>1 Das BAZG darf zur Erfüllung seiner Aufgaben Transportmittel, Behältnisse und andere Gegenstände öffnen und durchsuchen, wenn:<br><br>... | Die Gefährlichkeit der Ware muss zum Schutz des Zöllners mit dem Eigentümer der Ware abgeklärt werden.   |
| Scin | 94  | 1 |  | Im alten ZG Art. 107 wurde die Durchsuchung lediglich auf den Grenzraum beschränkt. Das neue Gesetz erweitert den Anwendungsbereich.                 | 1 Das BAZG darf <i>im Grenzraum</i> zu Kontrollzwecken Grundstücke sowie darauf befindliche Häuser, Wohnungen und andere nicht allgemein zugängliche Räume durchsuchen.  |
| Scin | 95  | 3 |  | Aus unserer Sicht ist hier eine Präzisierung notwendig.  | ....3 Ordnet die zuständige Behörde keine Beschlagnahme an, so gibt das BAZG die in seinem Gewahrsam befindlichen <i>Waren, Transportmittel, andere</i> Gegenstände und Vermögenswerte der berechtigten Person zurück. Ist diese oder deren Aufenthaltsort nicht bekannt, so findet Artikel 92 VStrR45 sinngemäss Anwendung. |
| Scin | 111 |   |  | Art 111 ist unklar formuliert.   | <i>1 Auf Ersuchen ausländischer Behörden leistet das BAZG vollzieht Amtshilfe <del>aufgrund</del> ausländischer Ersuchen und.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |  |   |
|------|-----|--|--|--|---|
|      |     |  |  |  | <p><i>2 Das BAZG stellt die schweizerischen die Ersuchen bei ausländischen Behörden.</i></p> <p><i>2 3</i> Betrifft das ausländische Ersuchen einen Bereich, für den das BAZG nicht zuständig ist, so übermittelt es das Ersuchen an die zuständige Behörde.</p> <p><i>3 4</i> Ist die zuständige Behörde nicht in der Lage, die ersuchten Massnahmen durchzuführen, so vollzieht das BAZG die Amtshilfe mit Unterstützung der zuständigen Behörde.</p> |
| Scin | 113 |  |  | <p>Die Amtshilfe darf nicht dazu missbraucht werden, dass im Rahmen einer Ursprungsüberprüfung im Zusammenhang mit einem Freihandelsabkommen vertrauliche Geschäftsinformationen an die ausländische Behörde automatisch übermittelt werden.</p> <p>Die verlangte Amtshilfe darf nur unter der Voraussetzung gewährt werden, wenn der zu untersuchende Sachverhalt gemäss schweizerischer Gesetze abgedeckt ist.</p> |   |
| Scin | 120 |  |  | <p>Aus Sicht von scienceindustries ist hier eine Präzisierung nötig, um sicherzustellen, dass das BAZG lediglich in den Bereichen Zoll und Grenzsicherheit, nicht aber in anderen Bereichen mit Behörden und Organisationen zusammenarbeitet, für die andere CH-Behörden verantwortlich sind.</p>  | <p>Das BAZG arbeitet für die Erfüllung seiner Aufgaben, <i>namentlich in den Bereichen Zoll und Grenzsicherheit</i>, mit den Behörden und Organen anderer Staaten, der Europäischen Union und internationaler Organisationen zusammen</p>   |
| scin | 126 |  |  | <p>Vertrauliche Geschäftsinformationen müssen geschützt bleiben. Dritten soll der Zugang zu vertraulichen Geschäftsinformationen seitens des BAZG verwehrt werden.</p>   |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |  |  |
|------|-----|--|--|--|--|
| scin | 134 |  |  | Eine eVV-Anmeldung Export und Import muss nachträglich korrigiert werden können, z.B. VOC Korrektur im Import und Export. (heute nicht möglich) oder Wertkorrektur (Mwst relevant) | Eine straffreie Selbstanzeige (Heilung der Zollschuld) muss auch möglich sein, wenn ein Irrtum ohne Täuschungsabsicht vorliegt, keine erheblichen Auswirkungen entstanden und nachträglich alle notwendigen Formalitäten erfüllt wurden, um die Situation zu bereinigen. |
|------|-----|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016</b> |                                     |  |                           |
|---|-------------------------------------|--|---------------------------|
|   |                                     |  |                           |
|   | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| scin  | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| scin  | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung  |
|------|--------|---|
| scin | 29 ZTG | <p>Um das Verfahren der Zollaussetzung zu vereinfachen, schlägt scienceindustries folgende Anpassung vor:</p> <p><b><u>Art. 4 Gebrauchstarif</u></b></p> <p><del><sup>1</sup> Wenn es die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, kann der</del> Der Bundesrat <i>kann</i> Abkommen über Zollansätze vorläufig anwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft setzen. Ebenso kann er Zollansätze vorläufig in <i>und ausser</i> Kraft setzen, die sich aus Abkommen ergeben, die der Bundesrat nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982<sup>1</sup> über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorläufig anwenden kann.</p> <p><sup>2</sup> Der Bundesrat kann Zollansätze, die sich im Verhältnis zu den in Zollverträgen gesenkten Ansätzen als überhöht erweisen, entsprechend herabsetzen.</p> <p><del><sup>3</sup> Wenn es die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, kann</del> Der Bundesrat <i>kann</i> auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexpertenkommission:</p> <p><del>a.</del></p> <p style="padding-left: 40px;"><del>Zollansätze angemessen herabsetzen;</del></p> <p>a.</p> <p style="padding-left: 40px;">anordnen, dass auf die Erhebung von Zöllen auf bestimmten Waren <del>vorübergehend</del> ganz oder teilweise verzichtet wird;</p> <p>b.<sup>2</sup></p> <p style="padding-left: 40px;">Zollkontingente festlegen.<sup>3</sup></p> |
| scin |        |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| scin  | Keine.                    |
| scin  |                           |
| scin  |                           |
| scin  |                           |
| scin  |                           |
| scin  |                           |
| scin  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>                                       |
| scin   | 3           | 1           |             | <p>Ausfuhren aus der Schweiz sind gemäss unseren Informationen zollfrei. Dementsprechend ist Abs.1 inkorrekt:</p> <p>1 Waren, die ein- <u>oder ausgeführt</u> werden, sind zollpflichtig.</p> <p>Quote:</p> <p>Für Waren, die Sie ausführen, müssen Sie keinen Zoll bezahlen.</p> <p>Diese Waren sind auch von der Mehrwertsteuer befreit. Wie das funktioniert und was dabei zu beachten ist, finden Sie unter dem Link: <a href="#">Mehrwertsteuer: Steuerbefreite Lieferung wegen Ausfuhr</a>.</p> <p>Quelle: <a href="https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/information-firmen/steuern-und-abgaben/ausfuhr-aus-der-schweiz.html">https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/information-firmen/steuern-und-abgaben/ausfuhr-aus-der-schweiz.html</a></p> | 1 Waren, die <del>eingeführt ein- oder ausgeführt</del> werden, sind zollpflichtig         |
| scin   | 4           | 1           | b           | Wie sind Nämlichkeit und Fristen definiert?  | Klärung notwendig.   |
| scin   | 5           | 1           | j           | Wie sind Warenmuster und Warenproben definiert?<br>Welche Kriterien werden für deren Definition angewendet?  | Klärung notwendig.   |
| scin   | 5           | 1           | k           | Wie wird "inländisch" definiert?   | <i>k. Verpackungsmaterial mit nichtpräferentiell oder präferentiellen Ursprung Schweiz</i> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |   |   |
|------|----|---|---|---|---|
| scin | 5  | 1 | m | Neuer Bst.<br>Im alten Zollgesetz konnten diese Waren auch zollbe-<br>freit werden.   | <i>m. Instrumente und Apparate zur Untersu-<br/>chung und Behandlung von Patientinnen<br/>und Patienten in Spitälern und Pflegeinstitu-<br/>tionen;</i>   |
| scin | 8  |   |   | Streichung des Abs. 2, da dieser bereits in Art. 7<br>BAZG-VG aufgeführt werden soll.   | <b>Art. 8</b> Waren des Grenzzonenverkehrs<br>1 Waren des Grenzzonenverkehrs sind die<br>folgenden Waren, wenn sie ein- oder aus-<br>geführt werden:<br>a. Waren des landwirtschaftlichen Bewirt-<br>schaftungsverkehrs;<br>b. Waren des Marktverkehrs.<br><br><del>2 Die Grenzzone ist das in- und ausländi-<br/>sche Gebiet, das sich beidseits der Zoll-<br/>grenze als Gebietsstreifen von 10 Kilome-<br/>tern Tiefe befindet (Parallelzone). Abwei-<br/>chungen nach völkerrechtlichen Verträgen<br/>bleiben vorbehalten.</del><br><br><del>3 2 Der Bundesrat kann die Grenzzone bei<br/>besonderen örtlichen Verhältnissen ausdeh-<br/>nen.</del> |
| scin | 10 |   |   | scienceindustries erwartet, dass auch nicht-präferenzi-<br>elle, verbindliche Ursprungsankünfte bei der Zollver-<br>waltung angefordert werden können (z. B. für Gerichts-<br>fälle). | <b>Art. 10</b> Zolllarif- und Ursprungsankünfte<br>1 Das BAZG erteilt auf schriftliche Anfrage<br>hin Auskunft über die zolllarifarisches Einrei-<br>hung, <del>und den präferenziellen und nicht-<br/>präferenziellen Ursprung von Waren.</del><br><br>2 Die Auskunft ist, <i>in anonymisierter Form</i><br><i>öffentlich zugänglich</i> ; vorbehalten bleiben<br>entgegenstehende Bestimmungen nach   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
|      |    |   |  |   | dem vorliegenden Gesetz oder einem anderen Erlass. <i>Geschäftsgeheimnisse müssen gewahrt bleiben.</i>   |
| scin | 11 |   |  | <p>Ausfuhren aus der Schweiz sind gemäss unseren Informationen zollfrei.</p> <p>Quote:</p> <p>Für Waren, die Sie ausführen, müssen Sie keinen Zoll bezahlen.</p> <p>Diese Waren sind auch von der Mehrwertsteuer befreit. Wie das funktioniert und was dabei zu beachten ist, finden Sie unter dem Link: <a href="#">Mehrwertsteuer: Steuerbefreite Lieferung wegen Ausfuhr</a>.</p> <p>Quelle: <a href="https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/information-firmen/steuern-und-abgaben/ausfuhr-aus-der-schweiz.html">https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/information-firmen/steuern-und-abgaben/ausfuhr-aus-der-schweiz.html</a></p> | <p><b>Art. 11</b> Zollschuld</p> <p><i>Die Zollschuld ist die Verpflichtung, die vom BAZG veranlagten Einfuhrzölle und Ausfuhrzölle (Zollabgaben) zu bezahlen.</i></p> |
| scin | 15 | 1 |  | <p>Welche Rolle wird gebüsst?</p> <p>In der EU ist es der Warenanmelder.</p>  | Klärung nötig.   |
| scin | 16 | 1 |  | <p>Welche Rolle wird gebüsst?</p> <p>scienceindustries unterstützt Variante 1 mit Art. 133 BAZG VG</p>  | Klärung nötig.   |
| scin | 17 | 1 |  | <p>Welche Rolle wird gebüsst?</p>   | Klärung nötig.   |
| scin | 22 |   |  | <p>scienceindustries unterstützt Variante 1 mit Art. 133 BAZG VG</p>  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| scin | 22 | 2 |  | scienceindustries wünscht sich eine sprachliche Konkretisierung des Begriffes "Anordnung"  | Besser wäre die Verwendung von «Weisung».  |
| scin | 25 | 2 |  | <p>Was bedeutet diese Übergangsfrist von 2 Jahren</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- für den Ermächtigten Ausführer (<i>Verordnung über das Ausstellen von Ursprungsnachweisen VASU SR 946.32</i>)</li> <li>- für die VOC Bewilligung Verpflichtungsverfahren (Kanton und Bund)</li> <li>- Verwendungsverpflichtungen z. B Stearin Säure</li> <li>- Cabura etc.</li> </ul> <p>Müssen wirklich alle diese Bewilligungen erneuert werden?</p> <p>In Anbetracht des beträchtlichen Aufwandes der Erneuerung der Bewilligungen und Vereinbarungen erwartet scienceindustries eine flexiblere Ausgestaltung</p> | 2 Bewilligungen und Vereinbarungen, die nach den Bestimmungen des Zollgesetzes vom 18. März 2005 erteilt oder abgeschlossen wurden und bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen, bleiben bis zu deren Ablauf (unbefristet) in Kraft. |
| scin |    |   |  |  |  |
| scin |    |   |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |
| scin   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. In the 'Schützen' (Protect) group, the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. On the right side, the 'Bearbeitung einschränken' task pane is open, showing the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. At the bottom of this pane, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A sidebar on the right is open, showing the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) settings. The '1. Formatierungseinschränkungen' (1. Restrict Formatting) section is expanded, showing options to restrict formatting on a selection of format templates. The '2. Bearbeitungseinschränkungen' (2. Restrict Editing) section is also expanded, showing options to restrict editing to specific content types. The '3. Schutz anwenden' (3. Apply Protection) section is at the bottom, with a red box around the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsitzender des Finanzdepartements  
Eidgenössisches Finanzdepartement  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Solothurn, 25. Dezember 2020

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG);  
Vernehmlassung Solothurner Handelskammer**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 11. September 2020 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, zur Revision des Gesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) Stellung zu nehmen.

Die Solothurner Handelskammer vertritt die Interessen von über 500 Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Kanton Solothurn und setzt sich für eine liberale und offene Marktwirtschaft ein.

**1. Allgemeine Bemerkungen**

Die Solothurner Handelskammer begrüsst, dass die Digitalisierung im Zollwesen gefördert und Verfahren sowie Prozesse vereinfacht respektive verkürzt werden sollen. Hier unterstützen wir die Stellungnahme von *economiesuisse*.

Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist jedoch aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten ergänzenden Verordnungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht vollumfänglich möglich. Aus diesem Grund begrüssen wir eine verbindliche, frühzeitige und aktive Miteinbeziehung der Schweizer Industrie- und Handelskammern sowie der Wirtschaft.

**2. Die Rolle der Schweizer Industrie- und Handelskammern**

Wir möchten vorab gerne auf die entscheidende Rolle der Industrie- und Handelskammern in der Schweiz in Bezug auf die Ausstellung von Exportdokumenten hinweisen. Als Vertreter der Schweizer Unternehmen des Aussenhandels spielen die Schweizer Industrie- und Handelskammern weltweit eine wichtige Rolle als neutraler und vertrauensvoller Vermittler zwischen diesen und den jeweiligen Zollverwaltungen sowie ihren ausländischen Kunden. Sie sind unter anderem für die Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren verantwortlich. Diese Beglaubigung des nichtpräferenziellen Ursprungs wird weltweit von vielen Zollverwaltungen und Kunden benötigt, um als Grundlage von Statistiken und Geschäftsbeziehungen zu dienen. Darüber hinaus ermöglicht die Qualität der international anerkannten Ursprungszeugnisse, insbesondere mit dem neu per 1. Januar 2021 aufgedruckten ICC-Label,

eine schnelle Warenabfertigung am Bestimmungsort, was ein klarer Vorteil für Schweizer Exporteure in Bezug auf Zeit und Geld ist.

### **3. Kompetenz im nichtpräferenziellen Ursprung weiterhin bei den Industrie- und Handelskammern**

Je nachdem, ob die Schweiz ein bilaterales oder multilaterales Wirtschaftsabkommen mit dem Ausland abgeschlossen hat, in das die Unternehmen exportieren, gibt es zwei Hauptzertifizierungssysteme für die Herkunft von Waren. Es ist dies einerseits nach den nichtpräferenziellen und andererseits nach den präferenziellen Ursprungsregeln.

Wir begrüssen die Tatsache, dass die Schweizer Industrie- und Handelskammern die Kompetenz für den nichtpräferenziellen Ursprung auch weiterhin innehaben. Es war ursprünglich die Zollverwaltung, welche den Schweizer Industrie- und Handelskammern die Zuständigkeit, wie grösstenteils weltweit üblich, in diesem Bereich übertragen hat.

Wir sind überzeugt, dass die Industrie- und Handelskammer exportierenden Unternehmen einen hochwertigen und lokalen Service bieten, dabei jedoch auch die internationalen Entwicklungen in diesem Bereich nicht aus den Augen verlieren. Die sogenannten «nationalen» Ursprungsregeln, die in der Verordnung über die Bescheinigung des nichtpräferenziellen Ursprungs von Waren (VUB) enthalten sind und als Grundlage für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen durch die Industrie- und Handelskammern dienen, sind nichtpräferenziieller Natur.

Nach der derzeitigen Auslegung der VUB kann die Schweiz die Umsetzung dieser Regeln in Übereinstimmung mit dem Kyoto-Übereinkommen und dem Übereinkommen über die Ursprungsregeln der Weltorganisation grosszügig selbst festlegen. Diese Verordnung wird zurzeit den Entwicklungen der letzten Jahre angepasst, mit dem Ziel eine administrative und finanzielle Entlastung der exportierenden Wirtschaft zu ermöglichen, bei gleichbleibender Qualität des Ursprungsnachweises.

### **4. Verjährungsfristen**

Aus Sicht der Wirtschaft wäre es zu begrüssen, die Verjährungsfristen auf 10 Jahre zu vereinheitlichen. Dies ist auch in anderen Bereichen üblich, z.B. MWSTG und OR.

### **5. Rechtsschutz**

In Art. 58 Abs. 1 Satz 1 und Art. 60 Abs. 1 ist die Frist auf 60 Tage beschränkt. Die Solothurner Handelskammer begrüsst hier eine Erhöhung der Frist auf 365 Tage.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Solothurner Handelskammer



**Daniel Probst**  
Direktor

Herrn Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Finanzdepartements EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Basel, 22. Dezember 2020  
Tom Odermatt  
Tel.: ++41 61 205 98 19  
[tom.odermatt@spedlogswiss.com](mailto:tom.odermatt@spedlogswiss.com)

## **Erläuterungen zur Stellungnahme**

Vernehmlassung Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG).

Sehr geehrter Herr Bundesrat

SPEDLOGSWISS ist der Verband der international tätigen Speditions- und Logistikunternehmen in der Schweiz. Er ist verkehrsträgerneutral und repräsentiert mehr als 95% der Speditionsbranche in der Schweiz. SPEDLOGSWISS vertritt die Interessen von über 340 Mitgliedsfirmen aus Spedition und Logistik und setzt sich für eine effizient funktionierende Infrastruktur auf allen Verkehrsträgern ein. Ein zentrales Angebot unserer Verbandsmitglieder ist die Verzollungsdienstleistung. Schätzungsweise 95% aller Zollanmeldungen wickeln unsere Mitglieder mit ihren professionell dafür ausgebildeten Zollfachleuten ab. Unsere Branche ist dabei nicht nur der bei Weitem wichtigste Geschäftspartner der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV, künftig BAZG), sondern sie ist gleichzeitig auch darauf angewiesen, in einem Umfeld zollrechtlicher Sicherheit und gegenseitiger Fairness arbeiten zu können.

Mit Schreiben vom 11. September 2020 teilen Sie uns mit, dass der Bundesrat zu diesem Datum die Vernehmlassung zu folgenden drei Gesetzesänderungen eröffnet, zu der wir ebenfalls zu einer Stellungnahme eingeladen wurden:

- Schaffung eines neuen Rahmengesetzes (BAZG-VG)
- Reduktion des heutigen Zollgesetzes (ZG) zu einem Zollabgabengesetz (ZoG)
- Anpassung von Erlassen, die mit dem BAZG-VG und dem ZoG verbunden sind.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, unsere Einschätzungen abzugeben und nehmen gerne wie folgt dazu Stellung.



## **Vorbemerkungen zur Ausarbeitung unserer Stellungnahme**

Die Revision der Zollgesetzgebung ist sehr komplex. Die Analyse der Änderungen und die Erarbeitung von Vorschlägen ist entsprechend anspruchsvoll. Wir haben uns in den vergangenen Monaten unter Einsatz gegenüber anderen Vernehmlassungen deutlich höherer finanzieller und personeller Ressourcen intensiv mit dieser Stellungnahme befasst. Die enorme Fülle von Änderungsvorschlägen legt es nahe, dass wir unsere Stellungnahme in zwei Teile gliedern. Im vorliegenden Schreiben heben wir lediglich die aus Sicht unserer Branche wesentlichsten Punkte auf. Die vollständige Stellungnahme zu allen abgefragten Punkten haben wir im offiziellen Antwortformular abgefüllt, welches diesem Schreiben beiliegt. So auch die detaillierte Stellungnahme zu allen unten aufgeführten Punkten.

Die abschliessende Beurteilung vieler Gesetzesartikel ist allerdings nicht möglich, da diese mit einem Verweis auf die künftigen Verordnungen versehen sind. Da aber derzeit der Wortlaut dieser Verordnungen noch nicht vorliegt, ist die fachlich korrekte Beurteilung und die Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligten teilweise nicht nur schwierig, sondern unmöglich. Es ist deshalb zwingend notwendig, dass wir als stark betroffene Branche wie auch die anderen interessierten Kreise in den Prozess der Vernehmlassung der Verordnungen eingebunden sein werden. Ein entsprechendes Schreiben haben wir Ihnen als Departementsvorsteher rechtzeitig zukommen lassen. Dieses wurde uns zwar noch nicht beantwortet, aber wir haben vertrauenswürdige Signale bekommen, dass nach der Auswertung der Stellungnahmen zur Gesetzesänderungen (Januar 2021) die Ausarbeitung des Verordnungsrechts beginnt, bei der SPEDLOGSWISS zur Mitwirkung eingeladen wird.

## **Vorbemerkungen zu den Grundsätzen der Gesetzesänderungen**

Mit der vorliegenden Revision muss es der Verwaltung und der Wirtschaft gelingen, die Gesetzeslage so anzupassen, dass eine partnerschaftliche Ausgangslage zwischen der Verwaltung und der Wirtschaft abgebildet werden (gleich lange Spiesse für Fristen etc. und Vereinfachungen für Verwaltung und Wirtschaft). Die Revision darf nicht nur der Verwaltung oder nur der Wirtschaft Vorteile bringen: aus ihr muss für beide Seiten eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Stand resultieren. Somit müssen nun endlich Rahmenbedingungen aus der Welt geschafft werden, die aus einer anderen Zeit stammen. Namentlich meinen wir damit die leidige Zolldeklarantenstrafpraxis (zu der wir über unseren Präsidenten NR de Courten bereits vor einiger Zeit eine Motion eingereicht haben und zu welcher grundsätzlich Konsens besteht, dass sie nicht mehr in die heutige Welt passt). Ebenfalls in diese Kategorie gehört für uns die Solidarhaftung des Spediteurs, welche erfreulicherweise im temporären COVID19-Gesetz des Bundes eingeflossen ist, nun aber auch im Zollgesetz eliminiert werden muss.

Begrifflichkeiten in den Gesetzestexten müssen harmonisiert werden, möglichst auch international. Das für die Schweiz wichtige Geschäftsmodell der Zollfreilager (künftig Zolllager) soll auch in Zukunft gesetzlich abgesichert bleiben und die EZV (künftig BAZG) soll mit diesem Gesetz nicht legitimiert den Wettbewerb verzerren und Aufgaben übernehmen, für die der Markt bereits heute über gut funktionierende Anbieter und Lösungen verfügt.

Unter Vereinfachungen für die Wirtschaft verstehen wir auch, dass nur bei Kontrollen Unterlagen vorgewiesen werden müssen und dies im Gesetz auch so festgehalten wird und Schätzungen des BAZG bei Veranlagung nicht einseitig vorgenommen werden, wenn Anmeldungen unvollständig sind oder Zweifel an deren Richtigkeit bestehen.

Ein wichtiges Anliegen ist uns allen auch das Mitspracherecht der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts und zwar mit einem Konsultativgremium (analog zur MWST). Wir erwarten, dass ein vom Bundesrat einberufenes Konsultativgremium und die Wirtschaft im Vorfeld Stellung nehmen sowie Empfehlungen und Änderungen einbringen können zu geplanten Anpassungen des BAZG-VG, des Zollabgabengesetz (ZoG), des Zolltarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen.



## Unsere wichtigsten Anliegen in Kurzform

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 1 lit. a**

*"Mit diesem Gesetz soll im Aufgabenbereich des BAZG: die Erhebung der Abgaben harmonisiert und die Voraussetzungen für einfache und kostengünstige Verfahren geschaffen werden; und..."*

SPEDLOGSWISS: Wir gehen davon aus, dass mit "kostengünstig" gemeint ist, dass auf die Erhebung von Gebühren, Bewilligungen und Bearbeitungen im Zusammenhang mit Zollveranlagungen und Kontrollen, welche ein Teil des mit Steuergeldern finanzierten Auftrags der öffentlichen Hand sind, verzichtet wird. Dass die Kosten für die professionelle Zollanmeldung und die nachfolgenden Prozesse mit dem neuen Gesetz sinken sollen, begrüssen wir.

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 7**

*"Begriffe. In diesem Gesetz bedeuten:*

- a. Einfuhr: das Verbringen von Waren in das Zollgebiet*
- b. Ausfuhr: das Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet*
- c. Durchfuhr: das Befördern von Waren durch das Zollgebiet*
- d. Person: natürliche oder juristische Person oder Personenvereinigung ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die im Rechtsverkehr wirksam auftreten kann.*
- e. Warenverantwortliche:*
  - <sup>1</sup>im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt, auf deren Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird,*
  - <sup>2</sup>im Zollgebiet (Inlandabgaben): die abgabenpflichtige oder rückerstattungsberechtigte Person gemäss einem Erlass nach Artikel 4 Buchstaben c–k;*
- f. Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung für den Warenverantwortlichen vornimmt;*
- g. Transportverantwortliche: Person, die für den Transport verantwortlich ist und daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist;*
- h. Aktivierung: Auslösen eines technischen Vorgangs, der die Verbindlichkeit einer elektronischen Eingabe bewirkt."*

SPEDLOGSWISS: Alle Funktionen und Rollen aller Beteiligten müssen im Gesetz unmissverständlich und klar beschrieben und geregelt werden. Im erläuternden Bericht ist zum einen von einer Person pro Rolle die Rede, zum andern aber von Rollenwechsel, nur nicht beim Warenverantwortlichen, obwohl dieser als juristische Person offensichtlich auch Datenverantwortlicher ist, wenn sein Personal Zollanmeldungen übermittelt. Eine Gleichbehandlung bei Rollenwechsel muss zwingend gewährleistet sein und alte Begriffe wie "Zollanmeldepflichtiger" müssen eliminiert werden.

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 10**

*"Anmeldepflichtige*

*<sup>1</sup>Anmeldepflichtig ist die Warenverantwortliche oder gegebenenfalls die Datenverantwortliche.*

*<sup>2</sup>Anmeldepflichtig ist auch, wer den Verwendungszweck oder die Warenbestimmung einer Ware nach der Veranlagung ändert.*

*<sup>3</sup>Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so gilt die natürliche Person als anmeldepflichtig, die die Ware transportiert."*

Erläuternder Bericht Seiten 23-24.

SPEDLOGSWISS: In Artikel 10, Absatz 1 ist unklar, was mit "gegebenenfalls" gemeint ist. Aus unserer Sicht ist es klar, dass Warenverantwortliche und beauftragte Datenverantwortliche anmeldepflichtig sind.

### **Zollabgabengesetz (ZoG), Artikel 10, Absatz 1**

"Zolltarif- und Ursprungsankünfte

*<sup>1</sup>Das BAZG erteilt auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über die zolltarifarische Einreihung und den präferenziellen Ursprung von Waren".*

SPEDLOGSWISS: Bei den Ankünften des BAZG fehlt uns die zeitliche Frist, in welcher eine beantragte Antwort erwartet werden kann, wie lange diese verbindliche Gültigkeit hat und dass die Auskunft rechtsverbindlich erfolgt.

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 11, Absatz 1**

"Warenbestimmung

*Im grenzüberschreitenden Warenverkehr müssen die Waren einer der folgenden Bestimmungen zugeführt werden:*

- a. Der Einfuhr in den freien Verkehr*
- b. Der Ausfuhr*
- c. Der Durchfuhr*
- d. Der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung)."*

SPEDLOGSWISS: Im gemeinschaftlichen Versandverfahren (gVV) ist innerhalb des EU-Zollkodex (UZK in Artikel 79 ff.) das Heilen von Verfahrensfehlern vorgesehen. Die im VG vorgesehene Definition scheint uns eher missverständlich und international nicht abgestützt, was zu Unklarheiten führen wird. So ist beispielsweise der Begriff der Warenbestimmung international nicht bekannt, die Bezeichnung "Zollverfahren" hingegen ist allgemein verständlich. Die Wahl des Zollverfahrens muss nach unserem Dafürhalten frei bestimmbar bleiben und die Details zu Import/Export und Transit müssen im neuen Gesetz genau wie im alten Gesetz verankert sein.

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 15**

"Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO):

*<sup>1</sup>Das BAZG verleiht Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:*

- a. die bisherige Einhaltung der Erlasse, die das BAZG vollzieht;*
- b. das Vorhandensein eines Systems zur Führung der Geschäftsbücher und gegebenenfalls der Beförderungsunterlagen, dass die notwendigen Kontrollen durch das BAZG ermöglicht;*
- c. die nachweisliche Zahlungsfähigkeit;*
- d. die Einhaltung geeigneter Sicherheitsstandards."*

SPEDLOGSWISS: Wir beantragen die genaue Benennung der Personen als Transport-, Daten- und Warenverantwortliche, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind und auf Gesuch kostenfrei den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO) erhalten unter Nutzungsmöglichkeit vereinfachter Verfahren, die nur mit diesem Status gewährt werden. Zudem sollte die länderübergreifende Anerkennung des AEO im Gesetz aufgenommen werden, wie auch die weitere Anwendbarkeit des ZVE-Verfahrens (Zugelassener Versender, zugelassener Empfänger).

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 16**

*"Anforderungen an gewerbsmässig tätige Datenverantwortliche:*

<sup>1</sup>*Datenverantwortliche müssen über die erforderliche Eignung verfügen.*

<sup>2</sup>*Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen."*

SPEDLOGSWISS: Wenn der Gesetzgeber Mindestanforderungen an Datenverantwortliche fordert, dann für alle. Die Voraussetzungen dürfen nicht nur für beauftragte Datenverantwortliche gelten, sondern auch für alle Warenverantwortliche, welche durch ihre Mitarbeitenden regelmässig Zollanmeldungen durchführen lassen. Im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes ist es stossend, wenn diese Anforderungen nur für gewerbsmässig (sprich: professionelle und mittels Investitionen der Unternehmen ausgebildete Datenverantwortliche) gelten sollen. Es darf nicht sein, dass die öffentliche Hand (in diesem Falle die EZV) den freien Markt verzerrt und in Marktmechanismen eingreift. Eignungsvoraussetzungen und die Ausbildung in der Schweiz müssen der Wirtschaft vorbehalten bleiben.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 21, Absatz 2**

*"Abgabeschuldnerin und Abgabeschuldner*

<sup>2</sup>*Das BAZG macht die Abgabeschuld vorerst bei der Warenverantwortlichen geltend. Kann die Warenverantwortliche die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem OR."*

SPEDLOGSWISS: Heute ist der Datenverantwortliche bei Verwendung des ZAZ-Kontos (Zentralisiertes Abrechnungsverfahren der Zollverwaltung) des Warenverantwortlichen aus gutem Grund von der Solidarhaftung ausgeschlossen. Wir beantragen zwingend auch weiterhin Ausschlüsse von der Solidarhaftung im Gesetz festzulegen. Im temporär gültigen Covid-19-Gesetz, Artikel 10, wurde eine Ausnahme von der Solidarhaftung ebenfalls berücksichtigt. Sowohl der National- wie auch der Ständerat haben dies ausdrücklich als dringlich anerkannt und beide gutgeheissen. Schliesslich sollte der Haftungszeitraum für Ausfallhaftung ("Tilgungszeitraum" respektive Feststellung der Tilgungsunfähigkeit) zeitlich eingegrenzt werden.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 22, Absatz 1**

*"Solidarhaftung der Datenverantwortlichen im Falle von Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Artikel 12 VStrR.*

<sup>1</sup>*Die Datenverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird und die Datenverantwortliche an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes kein Verschulden trifft."*

SPEDLOGSWISS: Die Datenverantwortlichen dürfen dann nicht solidarisch haften müssen, wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird und den Datenverantwortlichen an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes kein Vorsatz nachgewiesen werden kann. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre nach erfolgter Aktivierung.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 23**

*"Solidarhaftung der Transportverantwortlichen. Die Transportverantwortliche haften nicht solidarisch, wenn sie oder die mit dem Warentransport betraute natürliche Person nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet worden ist."*

SPEDLOGSWISS: Wir wollen vom Bundesrat erläutert haben, wie ein Transportverantwortlicher erkennen soll, ob eine Ware richtig angemeldet wurde.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 41, Absatz d**

*"Erlass von Abgaben:*

d: in anderen Fällen, wenn aussergewöhnliche Gründe, die nicht die Bemessung der Abgaben betreffen, die Zahlung als besondere Härte erscheinen liessen."

SPEDLOGSWISS: Der Erlass von Zollabgaben soll analog der Art. 64 Abs. 1 lit. d MWStG geregelt sein.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 44**

*"Bewilligung für den Betrieb von Zolllagern und Steuerlagern.*

<sup>1</sup>*Zolllager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen unverzollte und unbesteuerbare Waren gelagert und bewirtschaftet werden dürfen.*

<sup>2</sup>*Steuerlager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen bestimmte ganz oder teilweise unbesteuerbare Waren gemäss den Erlassen nach Artikel 4 Buchstaben c–f gelagert, hergestellt, gewonnen, bewirtschaftet und bearbeitet werden dürfen*

<sup>3</sup>*Die Betreiberin oder der Betreiber eines Zoll- oder Steuerlagers ist verantwortlich für dessen Betrieb und die Überwachung der Waren.*

<sup>4</sup>*Wer ein Zoll- oder Steuerlager betreiben will, braucht eine Bewilligung des BAZG. Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen.*

<sup>5</sup>*Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller die folgenden Voraussetzungen erfüllt:*

a. *Sitz oder Wohnsitz im Zollgebiet;*

b. *die bisherige Einhaltung dieses Gesetzes, der Abgabenerlasse und der NAE;*

c. *das Vorhandensein eines Systems zur Führung der Geschäftsbücher und zur Aufbewahrung von Unterlagen, dass die notwendigen Kontrollen durch das BAZG ermöglicht;*

d. *die nachweisliche Zahlungsfähigkeit;*

e. *das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur und geeigneter Sicherheitsstandards;*

f. *die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen;*

<sup>6</sup>*Der Bundesrat kann weitere Bewilligungsvoraussetzungen vorsehen."*

SPEDLOGSWISS: Einige Mitglieder unseres Verbandes betreiben auch geschlossene Zollfreilager und vermieten als Lagerhalterinnen Flächen an national und international tätige Unternehmen. Die Mieter sind Ein-/Auslagerer. Die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche sind im Betrieb klar geregelt und richten sich streng nach den "Allgemeinen Bestimmungen Zollfreilager", Version 2 der EZV vom Januar 2017. Dieses Instrument der EZV ist ein geradezu beispielhaftes Regelwerk, wie es den involvierten Parteien, namentlich dem Gesetzgeber, den Exekutivbehörden und den privaten Unternehmen gelingt, strengste Auflagen einfach, pragmatisch und vor allem ökonomisch mit dem freien Wettbewerb zu verbinden. Das vorgeschlagene neue Zollgesetz aber lässt viele Fragen unbeantwortet und schränkt die Tätigkeiten der Wirtschaftsbeteiligten grundlos ein.

Es ist daher in jedem Fall sicherzustellen, dass es im Zusammenspiel zwischen Betreiber der Zollfreilager (Lagerhalter) und den Kunden der Zollfreilager nicht zu einer Verschlechterung des Geschäftsmodells kommt. Artikel 44 beschreibt die Definition der Zolllager. Dies allerdings in einer Art und Weise, welche der Besonderheit von Zollfreilager und der Waren, welche in einem Zollfreilager eingelagert werden, nicht gerecht wird. Die heutigen Tätigkeiten der Zollfreilager unterscheiden sich von offenen Zolllagern. Dies muss zwingend auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden. Eine Anpassung der Zollfreilager an offene Zolllagern widerspricht dem Sinn eines Zollfreilagers und würde die Tätigkeiten massiv einschränken oder gar verunmöglichen. Daher ist es unumgänglich, dass die Differenzierung zwischen Zollfreilager und offenen Zolllager (OZL) auch weiterhin gemacht wird.

Die heute tätigen verbleibenden Zollfreilager in der Schweiz beherbergen kleinere Mengen von Waren mit hohen Warenwerten. Die jeweiligen Zollämter haben daher eine ganz klare und transparente Übersicht über die Tätigkeiten der Lagerbetreiber und über die Art und Menge der Waren, die sich in Zollfreilager befinden. Zollfreilager bieten keine finanziellen

Garantien, sie garantieren aber die Sicherheit des Zollbereiches mit organisatorischen Massnahmen, der Kontrolle der Mieter und der detaillierten Übersicht der Waren, die ein- und ausgelagert werden. Zollfreilager garantieren, dass die Bedingungen für alle sind. Die Werte der Waren, welche die Kunden in einem Zollfreilager einlagern, unterliegen heute keinen Abgaben oder finanziellen Sicherheiten. Dies ist auch ein Grund, warum Waren über Generationen in den Zollfreilagern eingelagert und weitergegeben wurden respektive werden. Da die Kontrollen der Zollfreilager sehr strikte durchgeführt werden, ist zu hinterfragen, ob man mit zusätzlichen Gebühren die Konkurrenzfähigkeit der Zollfreilager ohne Notwendigkeit verringern will. Denn die Zollverwaltung hat bei fragwürdigem Verhalten der Lageranbieter genügend Spielraum zum Erlass von Massnahmen zur Sicherung der Qualität und möglicher Abgaben. Unsere zusätzliche Forderung: die Ziffern d. und f. sind zu streichen.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 56, Absatz 1**

*"Aufbewahrung von Daten und Dokumenten:*

*<sup>1</sup>Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der absoluten Verjährung der Abgabeforderung sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen."*

SPEDLOGSWISS: Eine absolute Verjährung bedeutet 15 Jahre und ist unverhältnismässig und mit hohem Aufwand verbunden. Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der Abgabefestsetzungsfrist gem. Artikel 30 Absatz 1 (fünf Jahre nach Aktivierung) sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. Dies muss so im Gesetz verankert sein.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 58, Absatz 1**

*"Grundsatz:*

*<sup>1</sup>Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 60 Tagen nach der Eröffnung Einsprache erhoben werden."*

SPEDLOGSWISS: Einsprachefristen von 60 Tagen sind aus unserer langjährigen Erfahrung viel zu kurz und insbesondere im Zusammenhang mit dem Wegfall von provisorischen Anmeldemöglichkeiten wirtschaftsschädigend und inakzeptabel. In der Vergangenheit sind viele mögliche und begründbare Einsprachen an zu kurzen Fristen und Fristverfall gescheitert. Diese Bedingungen auch im neuen Gesetz weiterführen zu wollen, bedeutet eine für uns nicht nachvollziehbare Härte. Wir beantragen deshalb eine Gleichbehandlung bei der Länge der Fristen, wie es sich auch das BAZG vorbehält.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 84**

*"Mitwirkungspflicht bei Kontrollen.*

*Personen, die von einer Kontrolle betroffen sind, müssen, soweit zumutbar, in der vom BAZG verlangten Art und Weise an den Kontrollen mitwirken. Sie müssen namentlich:*

- a. Angaben zu ihrer Person und den mitgeführten Waren machen;*
- b. Ausweis- und Bewilligungspapiere vorlegen;*
- c. Behältnisse, Waren und Transportmittel öffnen und wieder verschliessen;*
- d. mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Daten übermitteln, Geschäftsbücher, Belege und weitere Bescheinigungen sowie Urkunden über den Geschäftsverkehr vorlegen;*
- e. Zugang zu Räumen und Anlagen, Waren, Transportmitteln, Dokumenten, Geräten, Anlagen zur Verarbeitung und Speicherung von Informationen gewähren;*
- f. Waren und Transportmittel an einen vom BAZG festgelegten Ort verbringen;*
- g. Waren aus- und wieder einladen."*

SPEDLOGSWISS: Für eine Kontrolle, die ohne konkreten Verdacht auf Widerhandlungen durchgeführt wird, gehen diese Mitwirkungspflichten im Lichte der Verhältnismässigkeit und des Datenschutzes zu weit. Hier fehlt die Differenzierung zur "normalen" Mitwirkungspflicht bei einer Warenanmeldung. Bei immer wiederkehrenden, üblichen Warenanmeldung ist nicht auf Geschäftsbücher, Geschäftsunterlagen oder Urkunden zurückzugreifen. Die Buchstaben d., e.



und f. sind inakzeptabel, da sie nicht der Verhältnismässigkeit genügen und müssen deshalb gestrichen werden.

### **BAZG-Vollzugsabgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 128**

*"Erbringen von gewerblichen Leistungen an Dritte:*

<sup>1</sup>*Das BAZG kann Dritten gewerbliche Leistungen erbringen, wenn die Leistungen:*

- a. mit seinen Aufgaben in einem engen Zusammenhang stehen;*
- b. die Erfüllung seiner Aufgaben nicht beeinträchtigen; und*
- c. keine bedeutenden zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern; und*
- d. keine Wettbewerbsverzerrungen verursachen, indem sie zu Marktbedingungen und ohne Quersubventionierungen erbracht werden.*

<sup>2</sup>*Als gewerbliche Leistung gilt auch die Überlassung von Teilen der Infrastruktur des BAZG an Dritte."*

und

### **BAZG-Vollzugsabgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 129**

*"Entgelt:*

<sup>1</sup>*Das BAZG verlangt für das Erbringen gewerblicher Leistungen an Dritte und für das Überlassen seiner Infrastruktur ein Entgelt.*

<sup>2</sup>*Gewerbliche Leistungen sind auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung zu mindestens kostendeckenden Preisen zu erbringen."*

SPEDLOGSWISS: Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren und mit Erbringung von gewerblichen Dienstleistungen den Wettbewerb mit bestehenden Angeboten am Markt verzerren. 1d. eröffnet dem BAZG die Möglichkeit, direkt eine solche Wettbewerbsverzerrung zu legitimieren. Das ist nicht statthaft.

### **Zollabgabengesetz (ZoG), Artikel 22**

*"Ordnungswidrigkeiten"*

und

### **BAZG-Vollzugaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 133**

<sup>1</sup>*" Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich oder bewusst fahrlässig verstösst:*

- a. gegen eine durch das BAZG anwendbare Vorschrift, soweit deren Übertretung unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung für strafbar erklärt wird; oder*
- b. gegen eine unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung an ihn gerichtete Verfügung.*

<sup>2</sup>*Widerhandlungen gegen mündliche Anordnungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BAZG oder gegen Anordnungen, die durch Signale oder Tafeln getroffen werden, werden mit Busse bis zu 2000 Franken bestraft. Für die Anordnung ist kein Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung erforderlich."*

SPEDLOGSWISS: Wir können nicht nachvollziehen, weshalb nur bei Variante 2 "bewusst fahrlässig" gestrichen wird. Dies muss bei der Variante 1 ebenfalls gestrichen werden. **Wir sind klar für die Variante 1.** Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligten in gleichem Ausmass. Somit sind nicht nur gewerblich tätige Zolldeklaranten von der künftigen Strafenpraxis vom Zoll betroffen, sondern auch diejenigen Unternehmen, die durch ihre Mitarbeitenden Verzollungen durchführen lassen (die neu unter dem Begriff "Warenanmelder" inkludiert sind). Die Hauptzahl der heute ausgesprochenen Bussen sind in den Beispielen 1 und 2 der EZV dargestellt. Sie betreffen häufig (neben den Zollwiderhandlungen) auch die Abgaben im Bereich MWST und VOC (flüchtige organische Verbindungen). Der Verstoss im Sinne von typischen Arbeitsfehlern von allen Daten- und Warenanmeldern wird mit der Variante 1 nicht mehr gebüsst, was im Sinne aller Beteiligten – auch der Zollverwaltung – sein muss. Der Verzicht von Bussen gilt dann unabhängig davon, welche Abgabe (Zoll, VOC, MWST, etc.) von diesem Arbeitsfehler betroffen ist. Somit profitieren künftig alle davon, wenn

solche Fehler nicht gebüsst werden. Dieser Verzicht auf Strafverfolgung ist aber nur mit der Wahl der Variante 1 im BAZG-VG möglich. Demgegenüber werden mit der Variante 2 typische Arbeitsfehler weiterhin gebüsst, was im Sinne einer anzustrebenden, vernünftigen Lösung mit Augenmass völlig fehl am Platz wäre. Deshalb nochmals unsere klare Forderung: Variante 1 ist die ausgeglichene Variante, die zu wählen ist, wobei die "bewusste Fahrlässigkeit" in Art. 22 ZoG zu streichen ist.

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG), Artikel 140, Artikel 1**

*"Gebühren.*

*<sup>1</sup>Das BAZG erhebt Gebühren für Verfügungen, Dienstleistungen und besondere amtliche Verrichtungen, die bei der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen, namentlich für Bewilligungen nach den Artikeln 44 und 45, die Anordnung von Sicherheitsleistungen und Betriebsprüfungen, soweit diese zu Beanstandungen führen. Vorbehalten bleibt Artikel 62."*

*<sup>2</sup>Der Bundesrat regelt die Gebühren im Rahmen von Artikel 46a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997."*

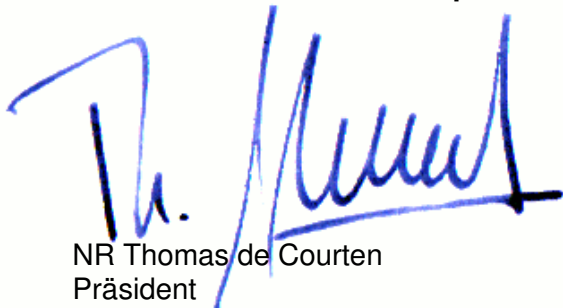
SPEDLOGSWISS: Eine Ausweitung von Gebühren bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung der Wirtschaft durch Mehrkosten und verhindert kostengünstige Verfahren. Eine Bundesaufgabe sollte sein, Gebühren ausschliesslich für amtliche Verrichtungen zu erheben und nicht zum Inhalt haben, Gewinn zu erwirtschaften, da deren Tätigkeit bereits durch Steuererhebung finanziert wird. Wir beantragen den Verzicht einer Ausweitung von Gebühren.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und konkreten Vorschläge.

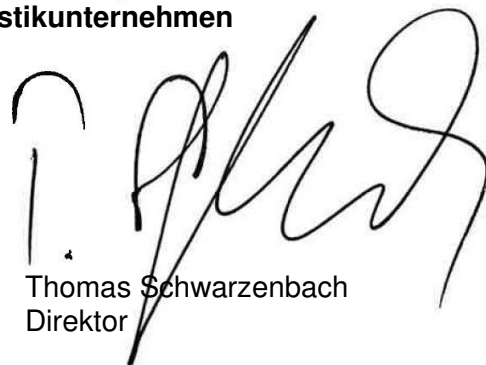
Mit freundlichen Grüssen

**SPEDLOGSWISS**

**Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen**



NR Thomas de Courten  
Präsident



Thomas Schwarzenbach  
Direktor

Beilage: -Offizielles Antwortformular mit unseren detaillierten Antworten (34 Seiten).



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SPEDLOGSWISS Verband schweizerische Speditions- und Logistikunternehmen

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SPEDLOG

Adresse : Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel

Kontaktperson : Tom Odermatt

Telefon : +41 61 205 98 19

E-Mail : [tom.odermatt@spedlogswiss.com](mailto:tom.odermatt@spedlogswiss.com)

Datum : 22.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                 | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....   | 4   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....               | 25  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 26  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....         | 27  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                           | 28  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....    | 29  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 31  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 32  |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>           |
|-------------------------|-------------------------------------|
| SPEDLOG                 | siehe unser Schreiben Stellungnahme |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |
| SPEDLOG                 |                                     |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name    | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|---------|------|------|------|--|--|
| SPEDLOG | 1    |      | a    | Diese Aussage steht im Widerspruch zu Art. 140. BAZG-VG. Alle vom Zoll angebotenen Zollverfahren müssen wirtschaftsfreundlich und kostenfrei angeboten werden.   | Mit diesem Gesetz soll die Erhebung der Abgaben harmonisiert und die Voraussetzungen für einfache und für die Wirtschaft kostenfreie Verfahren geschaffen werden   |
| SPEDLOG | 7    |      |      | Es müssen alle Rollen im Gesetz unmissverständlich und klar beschrieben und geregelt werden. Eine Gleichbehandlung ist ausschlaggebend für Abgaben- und weitere Pflichten. Pro Rolle soll nur eine Person erfasst sein (Erl. S. 18) In Art. 7 und Erläuterungen wird jedoch klar, dass alle drei Beteiligten verschiedene Rollen haben können. Auch der Warenverantwortliche ist ein Datenverantwortlicher, wenn er die Zollanmeldung im eigenen Namen durchführt. Die alten Begriffe wie "Zollmeldepflichtiger" sind wegzulassen. | Es müssen alle Rollen im Gesetz unmissverständlich und klar beschrieben und geregelt werden  |
| SPEDLOG | 7    |      | f    | Dies ist falsch und lässt den Eindruck entstehen, dass dies nur Personen sind, die nicht Warenverantwortliche sind. Warenverantwortliche juristische Personen sind gem. Erläuterungen jedoch ebenfalls "Datenverantwortliche", wenn Ihre Arbeitnehmer die Abmeldung für Sie durchführen.   | Es muss heissen: Datenverantwortliche sind alle juristische Personen, die Warenanmeldungen vornehmen. Dies können von Warenverantwortlichen beauftragte Datenverantwortliche sein, oder der Warenverantwortliche selbst, der die Anmeldungen von seinen Arbeitnehmern durchführen lässt. |
| SPEDLOG | 7    |      | g    | Definition "Für den Transport verantwortlich" ist ungenau. Da bei einer Vielzahl der Transporte unklar ist, wer den Transport durchführt, kann er nicht in der   | Es muss heissen: Transportverantwortliche, sind die mit dem Transport beauftragten juristischen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |   |  |
|---------|----|---|---|---|--|
|         |    |   |   | Warenanmeldung genannt sein. Die Angabe des Transportmittels ist ausreichend. Nicht abschliessend genannte Beispiele dazu sind Sammelsendungen, Unterbeauftragung, Reihengeschäfte, gebrochene Transporte, Container.   | Personen. Diese können auch Datenverantwortliche sein. Auf eine Nennung in der Anmeldung ist zu verzichten. Die Definition des Transportverantwortlichen ist zu präzisieren                                    |
| SPEDLOG | 45 | 1 |   | Die Bewilligung sollte durch den Bundesrat erfolgen , nicht durch das BAZG und auf Stufe Verordnung genau geregelt  | Der Bundesrat kann auf Flugplätzen den Betrieb von Ladengeschäften bewilligen ff.  |
| SPEDLOG | 8  | 1 |   | durchgeführt erscheint missverständlich   | Änderungsantrag: Eine Anmeldepflicht besteht bei Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren oder, wenn Waren einer Inlandabgabe unterliegen.   |
| SPEDLOG | 8  | 3 |   | Beim Wechsel des Zweckes einer Ware muss definiert genau werden, wer zur Warenanmeldung verpflichtet ist.   | Es muss konkretisiert werden, in wessen Verantwortung die erneute Anmeldung liegt  |
| SPEDLOG | 8  | 5 |   | Aus rechtsstaatlichem Prinzip müssen zumindest die Ausnahmen in den Grundzügen bzw. die Rahmenbedingungen im Gesetz festgelegt werden.  | Die Ausnahmen im Gesetz nennen   |
| SPEDLOG | 9  | 1 |   | Es werden hiermit alle Begleitdokumente zu jeder Warenanmeldung gefordert. Dies widerspricht dem Ziel einfacher, kostengünstiger Verfahren für die Wirtschaft anzubieten und stellt eine unangemessene Ausweitung zu heute dar mit unverhältnismässigen Aufwand und Kosten für die Wirtschaft als Folge | Text ändern in : Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form erfolgen. Notwendige Begleitdokumente müssen nur bei zeitnahen Warenkontrollen übermittelt werden. |
| SPEDLOG | 9  | 2 | b | Diese Verbindlichkeit muss auf Stufe Verordnung geregelt werden.  | Änderungsantrag : Der Bundesrat legt fest, wo und zu welchem Zeitpunkt die Warenanmeldung als verbindlich angenommen ist, wenn die   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |  |   |
|---------|----|---|--|--|---|
|         |    |   |  |  | Warenanmeldung nicht elektronisch übermittelt wurde.  |
| SPEDLOG | 9  | 4 |  | Muss durch den Bundesrat erfolgen  | Der Bundesrat regelt, welche anderen Formen der Warenanmeldung zugelassen sind, und den Zeitpunkt, in dem die Warenanmeldung als angenommen gilt, wenn sie in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form übermittelt wird. |
| SPEDLOG | 10 | 1 |  | Voraussetzungen für Anmeldepflicht müssen klar definiert sein, ein ggf. genügt diesem Anspruch nicht   | Änderungsantrag: Anmeldepflichtig ist die Warenverantwortliche, die als juristische Person als Datenverantwortliche handelt oder die von dieser beauftragten Datenverantwortliche.  |
| SPEDLOG | 10 | 3 |  | Die natürliche Person ist der Fahrer des Fahrzeugs, der nur für seine eigenen persönlichen Waren, die er mitführt, verantwortlich sein darf, und nicht für die Waren, die er als Warenführer gegen Auftrag transportiert.  | Ist etwas anderes damit gemeint, muss es anders und klar formuliert werden  |
| SPEDLOG | 16 |   |  |  | Artikel 16 ist komplett zu streichen und allenfalls zu ersetzen, mit den bisherigen Voraussetzungen gemäss alter Zollverordnung Art.233   |
| SPEDLOG | 16 | 1 |  | Es ist an sich schon stossend, Anforderungen auf gewerbsmässig tätige Datenverantwortliche zu beschränken. Anforderungen an Datenverantwortliche müssen für beauftragte Datenverantwortliche und alle Warenverantwortlichen mit eigenen Arbeitnehmern, die regelmässig Zollanmeldungen durchführen im Sinne des Gleichbehandlungsgrundsatzes, gleich gelten. | Datenverantwortliche und Warenverantwortliche müssen über eine erforderlichen Eignung verfügen.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |   |  |
|---------|----|---|--|---|--|
|         |    |   |  | Entsprechend müssen auch beide genannte Verantwortliche über die erforderliche Eignung verfügen.  |  |
| SPEDLOG | 11 |   |  | Der Begriff Warenbstimmung ist international nicht bekannt  | Ändern in "Zollverfahren", da klar verständlich  |
| SPEDLOG | 11 | 1 |  | Die im alten ZG klare Aussage, dass die Zollverfahren wählbar sind, fehlt. Die Wählbarkeit ist ein Grundpfeiler, welcher den Wirtschaftsbeteiligten ermöglicht, das für ihn adäquate und kostengünstigste Zollverfahren zu wählen.  | Änderungsantrag: Im grenzüberschreitenden Warenverkehr kann für die Waren eine der folgenden Warenbestimmungen ausgewählt werden.                                    |
| SPEDLOG | 44 |   |  | Artikel 44 beschreibt die Definition der Zolllager. Dies aber in einer Art und Weise, welche der Besonderheit von Zollfreilager und der Waren, welche in einem Zollfreilager eingelagert werden nicht entspricht. Die heutigen Tätigkeiten der Zollfreilager unterscheiden sich von offenen Zolllagern und muss auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden. Eine Anpassung der Zollfreilager an offene Zolllagern widerspricht dem Sinn eines Zollfreilagers und würde die Tätigkeiten massiv einschränken oder gar verunmöglichen. Mit der Annahme dieses Vorschlags würden die Geschäftstätigkeiten massiv eingeschränkt oder gar verunmöglicht. Daher ist es unumgänglich, dass die Differenzierung zwischen Zollfreilager und offenen Zolllager (OZL) auch weiterhin gemacht wird. Die heute tätigen verbleibenden Zollfreilager in der Schweiz beherbergen kleinere Mengen von Waren, jedoch mit sehr grossen Warenwert. Die Tätigkeiten der Zollfreilager sind hauptsächlich die Vermietung von Räumen an die verschiedenen Kunden. Wobei hier strikte Vorgaben bezüglich Ein- und Auslagerungen und der Inventarisierung der Waren bestehen. Die jeweiligen Zollämter haben daher eine ganz klare und transparente | Es muss im Gesetz klar die Möglichkeit von Zollfreilagern und offenen Zolllagern geben und die Regelungen dazu. Das bestehende Zollagergesetz soll übernommen werden |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |       |   |   |
|---------|----|---|-------|---|---|
|         |    |   |       | Übersicht über die Tätigkeiten resp. die Art und Menge der Waren, die sich in Zollfreilager befinden  |   |
| SPEDLOG | 44 | 5 | e + f | Sicherheitsstandards müssen so nicht im Gesetz genannt werden und Mindestmengen bedeuten eine nicht nachvollziehbare Einschränkung  | Sicherheitsstandards in 5 e streichen und ef komplett streichen   |
| SPEDLOG | 11 | 1 | d     | Heute werden im e-dec unterschiedliche Anforderungen an Reparatur/Ausbesserung gegenüber der effektiven Veredelung gestellt. So ist als ein Bsp. der ARV immer eine Nichthandelsware. Gerade die Reparatur soll ohne Bewilligung in beiden Verkehrsrichtungen möglich sein. Sie sollte deshalb als sperate Warenbestimmung aufgeführt werden. So könnte eine Warenanmeldung effizienter und einfacher vorgenommen werden. | d. neu: der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung und Verarbeitung (aktive Veredelung);<br>e. neu: der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Ausbesserung (Reparatur).  |
| SPEDLOG | 11 | 1 | e     | Auch hier als separate Warenbestimmung aufzuführen. So könnte eine Warenanmeldung effizienter und einfacher vorgenommen werden.   | f neu: der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung oder Verarbeitung (passive Veredelung).<br>g. neu: der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Ausbesserung (Reparatur). |
| SPEDLOG | 11 | 1 | f     |   | unverändert übernehmen, neuer Unterpunkt : h.   |
| SPEDLOG | 11 | 1 | g     |   | unverändert übernehmen, neuer Unterpunkt : h.   |
| SPEDLOG | 11 | 1 | h     | Die Verwendung der Ware zu einem bestimmten Zweck sollte eine eigene Warenbestimmung (Zollverfahren) sein. So ist auch der nachträgliche Wechsel des Verwendungszweckes eine eigene Warenbestimmung (Zollverfahren)   | j neu: Ware zur Vewendung eines bestimmten Zweckes, die zu einer zollbegünstigten Einfuhr führt   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |   |  |
|---------|----|---|--|---|--|
| SPEDLOG | 11 | 3 |  | Hier muss auch eine Anpassung vorgenommen werden. Die Ausbesserung soll nicht bewilligungspflichtig sein.   | Änderungsantrag: Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c, d, f und h - j bedürfen einer Bewilligung des BAZG. Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel zu befristen.     |
| SPEDLOG | 12 | 2 |  | Es sollen nicht mehrere in die Warenanmeldung eingreifen. Der Transportverantwortliche soll nicht die Referenzierung direkt in der Zollanmeldung vornehmen. Eine Referenzierung direkt in der Warenanmeldung sollte nur der Datenverantwortliche (beauftragte oder Angestellte des Warenverantwortlichen).                  | Änderungsantrag: Der Referenzierungspflicht in der Anmeldung unterliegt die Datenverantwortliche. Wenn es keine solche gibt, der Warenverantwortlichen.  |
| SPEDLOG | 12 | 5 |  | Die Kompetenz muss beim Bundesrat liegen, zudem müssen die Rahmenbedingungen im Gesetz festgelegt werden, wie z.B. beim heute bestehendem ZVE   | Der Bundesrat regelt die Modalitäten zur Referenzierung, deren Ausnahmen und Darstellung der Rahmenbedingungen   |
| SPEDLOG | 13 | 4 |  | Hier fehlt die klare Abgrenzung zu Artikel 2b). Das BAZG gibt sich hier ein weitgehende Kompetenz mit einem starken Eingriff in die Entscheidungshoheit von Transport-, Daten- oder Warenverantwortlichen. Die Aktivierung des BAZG darf nur in Absprache mit den Aktivierungspflichtigen erfolgen.                         | Änderungsantrag: Fehlt im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung und ist es keine gemäss Art. 2 b., so kann das BAZG diese nur in Absprache mit dem Anmeldepflichtigen von Amtes wegen vornehmen. |
| SPEDLOG | 14 | 1 |  | Stand heute sind selten lückenlos die erforderlichen Angaben einer Warenanmeldung vor dem Grenzübertritt vorhanden. Bsp. Stückgutverkehr. Entsprechend ist die "muss" Formulierung abzuschwächen. So soll auch die momentan bestehenden Praxis, eine Aktivierung im Zollgebiet möglich sein. Der ZVE soll bestehen bleiben. | Änderungsantrag: Im grenzüberschreitenden Warenverkehr kann die elektronische Warenanmeldung im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze aktiviert werden.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |  |  |
|---------|----|---|---|--|--|
| SPEDLOG | 14 | 3 |   | Basierend auf dem von uns neu vorgeschlagenen Art. 15, welcher generell dem Bundesrat die Möglichkeit gibt Vereinfachungen auf Verordnungsstufe zu ermöglichen. Dies auch auf mögliche Vereinfachungen in Zukunft. | Änderungsantrag : Er kann für die Ausnahmen nach Absatz 2 eine Bewilligungspflicht gemäss Artikel 15 vorsehen. Die Bewilligung kann an Auflagen geknüpft werden betreffend:                        |
| SPEDLOG | 14 | 6 |   | Zur Rechtssicherheit soll dies in der Verordnung genau geregelt werden. So ist der Zeitpunkt der Aktivierung und auch die Ort der Aktivierung von grosser Wichtigkeit für alle Verfahrensbeteiligten               | Änderungsantrag: Der Bundesrat regelt die Art und Weise der Aktivierung. Es bestimmt für den grenzüberschreitenden Warenverkehr die Orte der Aktivierung.  |
| SPEDLOG | 48 | 1 |   | Dies klingt verwirrend und sollte präzisiert werden.   | Änderungsantrag : Schriftverkehr wird über das Informationssystem nach Art. 67 geführt.  |
| SPEDLOG | 48 | 2 |   | Schriftliches Zollverfahren oder Zolldokumente, wie z.B. das Carnet ATA fehlen in der Aufzählung   | Änderungsantrag: Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen, insbesondere für den Reiseverkehr , die schriftlichen Verfahren sowie für Verfahren, die von Amtes wegen eingeleitet werden.                |
| SPEDLOG | 77 | 2 |   | Gibt es Abkommen für Kontrollen im Zollausschlussgebiet? Die Frist für Kontrollen muss genannt werden.   | Änderungsantrag : Im Zollgebiet kann das BAZG Kontrollen durchführen. Das Kontrollrecht endet ein Jahr nach der Wareneinfuhr. Vorbehalten bleibt die Eröffnung einer Strafuntersuchung. Soweit es: |
| SPEDLOG | 77 | 2 | a | die Frist zur Kontrolle ist analog dem alten ZG auf ein Jahr zu beschränken  | Änderungsantrag: Im Zollgebiet kann das BAZG Kontrollen durchführen. Das Kontrollrecht endet ein Jahr nach der Wareneinfuhr. Vorbehalten bleibt die Eröffnung einer Strafuntersuchung. Soweit es)  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |  |   |
|---------|----|---|---|--|---|
| SPEDLOG | 80 | 2 |   | Domizil kann weggelassen werden. Ist eine alte Begrifflichkeit und muss aufgrund des Kontrollrechtes im ganzen Zollgebiet nicht speziell erwähnt werden  | Änderungsantrag : Er kann im Zollgebiet Kontrollen bei den Transport- , Daten- und Warenverantwortlichen ohne Vorankündigung durchführen.   |
| SPEDLOG | 81 |   |   | Die Bezeichnung "alle" ist zu restriktiv und ist zu entschärfen.   | Änderungsantrag: Das BAZG kann die erforderlichen Handlungen an Waren, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind, vornehmen. Es ist befugt Warenproben zu entnehmen. Diese sind auf das Notwendigste zu beschränken. |
| SPEDLOG | 83 | 1 |   | Da der Aufwand unterschiedlich hoch sein kann, ist ein Pauschalbetrag nicht akzeptabel, es muss aufwandsgerecht verrechnet werden. Zudem muss dies auch für den Transportverantwortlichen möglich sein.        | Änderungsantrag: Datenverantwortliche und Transportverantwortliche können für die Kosten, die ihnen durch eine physische Kontrolle entstehen, ihren Aufwand verrechnen.   |
| SPEDLOG | 84 |   |   | Wer ist genau mit "Personen" gemeint   | Änderungsantrag: Transport-, Daten- und Warenverantwortliche, die von einer Kontrolle betroffen sind, müssen, soweit zumutbar, in der vom BAZG verlangten Art und Weise an den Kontrollen mitwirken.                            |
| SPEDLOG | 84 |   | a | Der Warenführer muss Angaben zu seiner Person und den mitgeführten Waren machen. Das BAZG kann die Ausweis- und Bewilligungspapiere prüfen. Der Begriff "Warenführer" ist ebenfalls im neuen ZG zu definieren. | Der Warenführer muss Angaben zu seiner Person und den mitgeführten Waren machen. Das BAZG kann die Ausweis und Bewilligungspapiere prüfen. Der Begriff des Warenführers ist zu definieren.                                      |
| SPEDLOG | 84 |   | b | ist in a) integriert und kann deshalb gestrichen werden.   | b) streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |   |  |
|---------|----|---|---|---|--|
| SPEDLOG | 84 |   | c | Abschliessende Aufzählung in der Verordnung erforderlich; Vor allem die Problematik von Gefahrgut oder anderen exponierten Warengattungen   | Änderungsantrag: Behältnisse, Waren und Transportmittel öffnen und wieder verschliessen, sofern es sich nicht um exponierte Ware handelt. Der Bundesrat regelt das Vorgehen. |
| SPEDLOG | 84 |   | d | Für eine Kontrolle, die ohne konkreten Verdacht auf Widerhandlungen durchgeführt wird, sind diese Mitwirkungspflichten in Bezug auf die Verhältnismässigkeit zu weit gehend. Hier fehlt die Differenzierung zu der "normalen" Mitwirkungspflicht, bei einer Warenanmeldung. Bei immer wiederkehrenden, üblichen Warenanmeldung ist nicht auf Geschäftsunterlagen oder Urkunden zurückzugreifen. | Änderungsantrag: mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Daten übermitteln, Belege und weitere Bescheinigungen vorlegen;  |
| SPEDLOG | 84 |   | f | Hier ist eine Differenzierung erforderlich.   | Änderungsantrag: f) Waren an einen vom Warenverantwortlichen in Absprache mit dem BAZG festgelegten Ort verbringen   |
| SPEDLOG | 84 |   | g |   | g) Transportmittel an einen vom BAZG festgelegten Ort verbringen.  |
| SPEDLOG | 84 |   | h |   | h anstelle g: Waren aus- und wieder einladen.  |
| SPEDLOG | 18 | 2 |   | Es darf keine Schätzung bei Unvollständigkeit und bei Zweifel an der Richtigkeit vorgenommen werden.  | Änderungsantrag: Das BAZG kann die Bemessungsgrundlage der von ihm zu erhebenden Abgaben nach pflichtgemäsem Ermessen schätzen, wenn keine Warenanmeldung vorliegt.          |
| SPEDLOG | 50 | 1 |   | Und wann werden Eingaben in schriftlicher Form verbindlich?   | 2 neu: : Der Bunderat regelt die Verbindlichkeit bei anderen als elektronischen Eingaben.  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |  |   |
|---------|----|---|--|--|---|
| SPEDLOG | 50 | 2 |  |  | 2 wird zu 3   |
| SPEDLOG | 17 | 3 |  | Es kann nicht verlangt werden, jederzeit zur Verfügung zu stehen   | Änderungsantrag: Es kann von den Verfahrensbeteiligten weitere erforderliche Angaben verlangen.   |
| SPEDLOG | 55 | 1 |  | Das Prinzip der Verhältnismässigkeit muss auch hier gewahrt werden.  | Die Verfahrensbeteiligten müssen an der Ermittlung des relevanten Sachverhalts soweit möglich, zumutbar und verhältnismässig mitwirken, damit das BAZG die Veranlagung der Abgaben sowie die Prüfung der Warenanmeldung hinsichtlich der nichtabgaberechtlichen Erlasse vollständig und richtig vornehmen kann. |
| SPEDLOG | 55 | 2 |  | Dies erscheint uns auch hier zu weit gefasst. Gestützt auf Art. 13 VwVG besteht die Mitwirkungspflicht im Rahmen des Verfahrens nur in bestimmten Fällen und daher muss in allen anderen Fällen (siehe Art. 13 Abs. 1 lit. c VwVG) eine Mitwirkungspflicht im Spezialgesetz vorgesehen sein. Die Schranken der Zumutbarkeit und die Verhältnismässigkeit sind auch hier zu beachten. | Änderungsantrag: Sie müssen auf Verlangen insbesondere mündlich oder schriftlich Auskunft erteilen, Daten übermitteln, Belege und weitere Bescheinigungen vorlegen.   |
| SPEDLOG | 53 | 1 |  | Diese Frist sollte erweitert werden  | Änderungsantrag: Die Verfügung gilt im Zeitpunkt des erstmaligen Abrufs als eröffnet, spätestens jedoch am 14. Tag nach der Übermittlung.   |
| SPEDLOG | 53 | 4 |  |  | Das muss auch für das BAZG gelten.  |
| SPEDLOG | 56 | 1 |  | Eine absolute Verjährung bedeutet 15 Jahre und ist unverhältnismässig und mit hohem administrativen und teurem Aufwand verbunden   | Änderungsantrag: Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der Abgabefestsetzungsfrist gem. Artikel 30  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |  |  |
|---------|----|---|--|--|--|
|         |    |   |  |  | Absatz 1 (fünf Jahre nach Aktivierung) sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.   |
| SPEDLOG | 56 | 2 |  | Die "Personen" müssen abschliessend im Gesetz genannt werden. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kann nicht verlangt werden, dass jeder Verantwortliche verpflichtet ist, gewisse Unterlagen aufzubewahren und Daten zu sichern. | Die Aufbewahrungspflichtigen sind vom Bundesrat zu bestimmen. Der Bundesrat regelt den Umfang die Aufbewahrungspflicht und die Voraussetzungen an die Datenhaltung.  |
| SPEDLOG | 56 | 2 |  | Die Ermächtigungsgrundlage wie im alten ZG fehlt. Diese ist hier als Delegation generell festzuhalten und ermöglicht auch zukünftige noch nicht bekannte Vereinfachungen zu legitimieren   | Änderungsantrag: Der Bundesrat kann Vereinfachungen im Zollbereich vorsehen. Er regelt die Voraussetzungen.  |
| SPEDLOG | 15 | 1 |  | Nennung "Personen" ist zu ungenau.   | Das BAZG ist verantwortlich für die gegenseitige Anerkennung des AEO und stellt sicher, dass Verfahrensvereinfachungen gewährt werden. Das BAZG verleiht den Transport-, Daten- oder Warenverantwortlichen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch kostenfrei den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen: |
| SPEDLOG | 15 | 2 |  | Ausser dem AEO-Status sind keine weiteren Möglichkeiten zur Verfahrenserleichterung / Vereinfachungen auf Gesetzesesebene vorgesehen   | Es muss Verfahrenserleichterungen für AEO geben, die im Gesetz genannt werden. Damit weitere Vereinfachungen im Zollbereich auf Gesetzesstufe verankert sind, muss der Absatz 2 zum Artikel 15   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |   |  |
|---------|----|---|---|---|--|
|         |    |   |   |   | hinzugefügt werden (analog altem Zollgesetz). : „Der Bundesrat kann Vereinfachungen im Zollverfahren vorsehen. Er regelt die Voraussetzungen.“   |
| SPEDLOG | 46 | 1 |   | Auch der Warenverantwortliche ist in der Verantwortung. Gegen ihn sollen auch administrative Massnahmen ergriffen werden können. Unklare Unterscheidung   | Änderungsantrag: Das BAZG kann gegen Inhaberinnen und Inhaber einer von ihm erteilten Bewilligung (Daten- oder Warenverantwortliche) administrative Massnahmen ergreifen, wenn diese:  |
| SPEDLOG | 46 | 1 | a | Eignungsvoraussetzungenentferne, ist schon Teil der Voraussetzung für Bewilligung   | Änderungsantrag: die Voraussetzungen für eine erteilte Bewilligung nicht mehr erfüllen;  |
| SPEDLOG | 19 | 1 | a | Sollte es nicht heissen aktiviert anstelle von angemeldet?  | Änderungsantrag: bei Waren, die ein- oder ausgeführt werden: im Zeitpunkt, in dem die Warenanmeldung aktiviert wird.   |
| SPEDLOG | 19 | 2 |   |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| SPEDLOG | 19 | 2 | a |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| SPEDLOG | 19 | 2 | b |   | Voraussetzungen für eine Abgabeschuld sind im Gesetz zu regeln   |
| SPEDLOG | 21 | 2 |   | Stand heute haftet der Datenverantwortliche bei Verwendung des ZAZ-Kontos des Importeurs auch nicht solidarisch. Dies muss beibehalten werden. Es muss Ausschlüsse von der Solidarhaftung geben, wie im alten ZG. | Änderungsantrag: Das BAZG macht die Abgabeschuld vorerst bei der Warenverantwortlichen geltend. Ist bei der Warenverantwortlichen die Abgabeschuld uneinbringlich und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |   |   |
|---------|----|---|--|---|---|
|         |    |   |  |   | Daten- und Transportverantwortliche nicht solidarisch.  |
| SPEDLOG | 22 | 1 |  | Die Verjährungsfrist muss auf Gesetzesstufe festgelegt werden.  | Änderungsantrag: Die Datenverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird und der Datenverantwortlichen an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes kein Vorsatz nachgewiesen werden kann. Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre nach erfolgter Aktivierung. |
| SPEDLOG | 23 |   |  | Es muss eine Beweislastumkehr erfolgen. Es soll nicht sein, dass der Fahrer oder Transportunternehmer den Beweis erbringen muss, dass er nicht erkennen konnte. | Das BAZG muss beweisen, dass die Transportverantwortliche, oder mit dem Transport betraute Person, in der Lage war, zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet wurde.  |
| SPEDLOG | 28 | 1 |  |   | Für den Ausfall von elektronischen Verfahren soll das Notfallszenario im Gesetz dargestellt werden.   |
| SPEDLOG | 28 | 2 |  | Das sollte nicht die Entscheidung des BAZG sein. Analog dem alten ZG ist die Kompetenz beim EFD oder allenfalls beim Bundesrat                                  | Das EFD legt die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.  |
| SPEDLOG | 30 | 1 |  |   | Änderungsantrag: Die Abgabeschuld verjährt drei Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden ist.   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |   |  |
|---------|----|---|--|---|--|
| SPEDLOG | 33 |   |  | Es muss auch Ausnahmen von einer Sicherheitsleistung geben  | Änderungsantrag: Abgabebeforderungen werden durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt, sofern vorgesehen. Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.  |
| SPEDLOG | 39 |   |  | Da aufgrund der Auslegung des Begriffes "irrtümlich" nur die aktiven Fehler des BAZG relevant sind und dies fast nie vorkommt, kommt dieser Artikel schon heute nicht zur Anwendung und kann gestrichen werden. | Allenfalls ändern in: Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabenschuld gem. Art. 30 Abs. 1 mitteilt. Gleichenfalls gilt, dass die Abgabenschuldnerin auch nachträglich Rückerstattung von Abgaben geltend machen kann, bis zum Ablauf der Verjährungsfrist gem. Art. 30 Abs. 1. Oder streichen. |
| SPEDLOG | 40 | 1 |  | Zweckänderung ist an sich ausschliesslich Sache des Warenverantwortlichen und nicht des Transportverantwortliche oder Datenverantwortlichen   | Änderungsantrag: Werden Waren nach der der ersten Warenanmeldung zu einem anderen Zweck im Zollgebiet verwendet oder abgegeben, die höheren Abgaben unterliegen, so muss der Warenverantwortliche die Abgabendifferenz nachentrichten.   |
| SPEDLOG | 40 | 2 |  | Eine Rückerstattung sollte auf jeden Fall erfolgen  | Änderungsantrag: Werden Waren nach der der ersten Warenanmeldung zu einem anderen Zweck im Zollgebiet verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |   |   |  |  |
|---------|-----|---|---|--|--|
|         |     |   |   |  | unterliegen, so ist dem Warenverantwortlichen die Abgabendifferenz rückzuerstatten..   |
| SPEDLOG | 41  |   |   | Eine teilweise Erstattung ist unbegründet. Es soll für alle Abgaben möglich sein, einen vollständigen Erlass zu beantragen.  | Auf Gesuch hin erlässt das BAZG die Abgaben ganz gemäss Artikel 4, Abs. 1, Bst. a )- k) oder erstattet diese ganz zurück:  |
| SPEDLOG | 41  |   | b | den "FreienVerkehr" gibt es im Wording nicht mehr  | Text ändern in: wenn ins Zollgebiet verbrachte Waren auf amtliche Verfügung hin, ganz oder teilweise vernichtet oder wieder ausgeführt werden müssen;  |
| SPEDLOG | 41  |   | c | das muss unabhängig vom Verschulden gelten   | Änderungsantrag: "unverschuldet" weg lassen  |
| SPEDLOG | 41  |   | d | Analog UKZ Art. 124 Buchstabe h sollten die Heilungsmöglichkeiten erweitert werden. Dies ist auch im gVV bereits vorgesehen. In der Verordnung sollten die Details dazu festzuhalten werden. | Änderungsantrag: Unabhängig von Bst. d, kann auch der Erlass von Abgaben geltend gemacht werden, wenn die Bemessung der Abgaben betroffen ist und kumulativ folgende Bedingungen erfüllt sind: Der Verstoss, durch den die Zollschild entstanden ist, hatte keine erheblichen Auswirkungen auf die ordnungsgemässe Warenanmeldung oder -bestimmung und stellt keinen Täuschungsversuch dar. Zudem müssen alle nachträgliche Formalitäten erfüllt sein, um die ordnungsgemässe Zollabwicklung zu ermöglichen. |
| SPEDLOG | 140 | 1 |   | Eine Ausweitung von Gebühren bedeutet eine zusätzliche finanzielle Belastung der Wirtschaft durch Mehrkosten und verhindert konstengünstige Vefahren.  | Der Artikel ist zu streichen. Auf eine Ausweitung von Gebühren ist zu  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |   |   |  |   |
|---------|-----|---|---|--|---|
|         |     |   |   | Eine Bundesaufgabe sollte sein, Gebühren ausschliesslich für amtliche Verrichtungen zu erheben und nicht zum Inhalt haben, Gewinn zu erwirtschaften, da deren Tätigkeit bereits durch Steuererhebung finanziert wird . Risiken von Betriebsprüfungen könnten steigen, wenn diese lukrativ werden durch Gebührenverrechnung bei "Beanstandungen" . Das BAZG als Behörde soll nicht zum Profitcenter werden und bestehende Arbeitsplätze im gewerblichen Bereich konkurrenzieren. Die Ermächtigungsgrundlage für die Gebührenregelung muss beim Bundesrat bleiben. | verzichten, da wirtschaftsunfreundlich und unangemessen   |
| SPEDLOG | 102 | 1 | a | Es ist nicht nachvollziehbar, welches andere Formen der Berechtigung sein könnten im Hinblick auf die Digitalisierung, auch ein digitaler Dienstausweis ist ein Dienstausweis  | Verständlich sind Bezeichnung von Uniform und Dienstausweis. Andere vom BAZG bezeichnete Formen müssten im Gesetz konkretisiert und genau benannt werden  |
| SPEDLOG | 102 | 1 | c |  | streichen   |
| SPEDLOG | 96  | 1 |   | Es fehlt im Gesetz, wer den gesamten Kostenaufwand zu tragen hat .   | Mit dem Einverständnis muss sich die berechtigte Person auch einverstanden erklären sämtliche Kosten, die im Zusammenhang einer Vernichtung, nicht nur beim BAZG entstehen, zu übernehmen.  |
| SPEDLOG | 96  | 2 |   | Für den Transport- und Datenverantwortlichen darf weder zusätzlicher Aufwand, noch Kosten oder Schadenansprüche von BazG und Warenverantwortlichen entstehen.Es fehlt hier die Regelung, wie der Transportverantwortliche eine solche Vernichtung gegenüber dem Warenverantwortlichen nachweisen kann, bzw. vom BAZG bestätigt bekommt,  | Vernichtungen sollte nur mit Einverständnis des Warenverantwortlicher oder Patentverantwortlichen möglich sein. Es ist im Gesetz zu präzisieren, dass hierfür einem Daten- oder Transportverantwortlichen kein Zusatzaufwand und keine Kosten sowie |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |   |  |
|---------|----|---|---|---|--|
|         |    |   |   | um zivilrechtlichen Regressforderungen entgegen zu wirken   | keine Schadenersatzansprüche von BAZG und Warenverantwortlichen entstehen.   |
| SPEDLOG | 96 | 4 |   | Es gibt internationale Vorgaben, was als Kleinsendung gilt, die es zu berücksichtigen gilt.   | Die Definition einer Kleinsendung ist erforderlich für alle Beteiligten. Eine Vernichtung auf Kosten von Transport- und Datenverantwortlichen wird ausgeschlossen.   |
| SPEDLOG | 97 |   |   |   | Änderungsantrag: Der Bundesrat regelt den Einsatz von Überwachungsgeräten  |
| SPEDLOG | 97 | c | 1 | Es ist völlig unklar, weshalb und zu welchen Zwecken der Sicherheit unter Punkt 1-3 genannte Räume überwacht werden sollen  | Gründe sind im Gesetz zu präzisieren, oder 1-3 zu streichen. Die Vorgaben des Datenschutzes (Recht am eigenen Bild) müssen eingehalten werden  |
| SPEDLOG | 64 |   |   | Wir gehen davon aus, dass sämtliche aufgeführte Punkte den Datenschutzgesetzen und Verordnungen entsprechen   | Die laufende Überprüfung der Einhaltung von Datenbearbeitungsgrundsätzen in Bezug auf Qualitätssicherung darf nicht vom BAZG selber, sondern muss von einer dafür zuständigen dritten Behörde oder drittem Unternehmen erfolgen  |
| SPEDLOG | 71 |   |   | Dieser Artikel übernimmt die heutige Regelung von Artikel 112 Abs. 3 Zg, ohne wie bislang auf die basierenden Gründe (2 a bis g) einzugehen und ist somit zu weit gefasst. Falls geplant ist, die Bonitätsprüfungen auf Prüfung der Abgabenbonität auszuweiten, führt dies unweigerlich zu Mehrkosten beim BAZG und dem Steuerzahler, ohne jede Notwendigkeit. Gut funktionierende ZAZ Kontenführung incl. Bonitätsprüfung und Sicherheitshinterlegung auf Seite des ZAZ Kontoinhabers sind bewährt. Mehrkosten durch Verlagerung auf das BAZG und dessen | Eine allfällig geplante Abgabenbonitätsprüfung durch Dritte vom Zoll ausgelöst mit Aufhebung der heutigen Handhabung mit ZAZ-Konten muss die Solidarhaftung des Transport- und Datenverantwortlichen ausdrücklich ausschliessen. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |  |   |   |
|---------|----|---|--|---|---|
|         |    |   |  | Outsourcing auf Dritte sind nicht erforderlich. Beim beauftragten Datenverantwortlichen würde das Risiko der Solidarhaftung steigen durch finanzielle Ausfallrisiken von allenfalls durch Dritte unzureichend ausgeführte Bonitätsprüfungen   |   |
| SPEDLOG | 76 |   |  |   | Die Aufbewahrung, Archivierung, Löschung und Vernichtung sollte nicht nur Daten, sondern auch Dokumente erfassen (analog Art. 56 BAZG-VG)   |
| SPEDLOG | 76 | 1 |  |   | Die Aufbewahrungsdauer muss auf Gesetzesstufe geregelt sein. (vgl. 56 BAZG-VG)  |
| SPEDLOG | 58 | 1 |  | Einsprachefristen von 60 Tagen sind viel zu kurz und unangemessen und insbesondere im Zusammenhang mit Wegfall von prov. Anmeldemöglichkeiten inakzeptabel. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viele begründete Einsprachen an Fristverfällen scheiterten. Dies ist eine nicht nachvollziehbare Härte, da das BAZG sich auch das Recht vorbehält, erheblich längere Fristen für sich vorzusehen. | Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 5 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in der Sie eröffnet wurde, Einsprache erhoben werden. Versäumnisse müssen heilbar sein und dürfen nicht an unangemessen kurzen Fristen scheitern, die der Wirtschaft grossen Schaden zufügen. Vorlage von gültigen, auch nachträglich ausgestellten Präferenznachweisen müssen analog der EU-Regelung (UZK) innert dieser Frist akzeptiert werden |
| SPEDLOG | 60 | 1 |  | Einsprachefristen von 60 Tagen sind viel zu kurz und unangemessen, insbesondere im Zusammenhang mit Wegfall von prov. Anmeldemöglichkeiten inakzeptabel. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass viele begründete Einsprachen an Fristverfällen scheiterten. Dies ist eine nicht nachvollziehbare Härte und unverständlich, da das  | Änderungsantrag: Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 5 Jahren nach der Eröffnung Einsprache erhoben werden. Versäumnisse müssen heilbar sein und dürfen nicht an unangemessen kurzen Fristen scheitern, die der Wirtschaft grossen Schaden  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |  |   |
|---------|----|---|---|--|---|
|         |    |   |   | BAZG sich auch das Recht vorbehält, erheblich längere Fristen für sich vorzusehen.   | zufügen. Vorlage von gültigen, auch nachträglich ausgestellten Präferenznachweisen müssen analog der EU-Regelung (UZK) innert dieser Frist akzeptiert werden  |
| SPEDLOG | 61 |   |   |  | Es muss möglich sein, in mehreren Stufen den Rechtsweg zu gehen und es darf zu keiner unzulässigen Verkürzung des Rechtswegs führen   |
| SPEDLOG | 61 |   | a |  | es muss lauten: Verfügungen über Leistungs- und Rückleistungspflicht nach Art. 12 VStrR, für welche einer strafrechtlichen Beurteilung eingeleitet wird.  |
| SPEDLOG | 62 | 1 |   |  | Änderungsantrag: Das Verfahren auf Erlass einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, dem Bundesgesetz über die Zollpflicht und Abgabenerlass sowie das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind immer kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet |
| SPEDLOG | 62 | 2 |   | Bis zu einem Rechtsmittelverfahren muss alles kostenfrei sein. Der Bezug auf das MWST-Gesetz in den Erläuterungen ist unpassend und nicht richtig. Die Forderung in genannten Fällen ist unberechtigt und führt zu Mehrkosten der Wirtschaft | Es sind keine Kosten zu verrechnen  |
| SPEDLOG | 62 | 2 | a | In einer digitalen Welt sind Gründe, elektronische Verfahren nicht durchführen zu können in der Regel nicht immer vermeidbar. Es dürfen Verfahrensbeteiligten  | 2 a ist zu streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |   |   |  |  |
|---------|-----|---|---|--|--|
|         |     |   |   | keine Kosten entstehen, wenn sie nicht in der Lage sind, elektronische Verfahren durchzuführen. Die EZV hat in den letzten Jahren bei ihren vielfältigen Ausfällen die Kosten nicht getragen, die der Wirtschaft durch deren Ausfälle entstanden sind und dies ist auch mit dem neuen ZG nicht vorgesehen. Offen bleibt zudem, wo die Beweislast liegen soll. Dies müsste auf Ebene des Gesetzes definiert sein. Die Kosten eines Ausfalls sind bereits hoch und dürfen sich durch Zusatzkosten des BAZG nicht noch weiter erhöhen. Dies dient weder der Effizienz des BAZG noch der Entlastung der Wirtschaft |  |
| SPEDLOG | 62  | 2 | b | Dies ist kein Sonderaufwand, sondern es ist eine originäre amtliche Aufgabe des BAZG, Kontrollen durchzuführen, ob mit oder ohne Beanstandungen, und wird ausreichend über Steuern finanziert.   | 2 b ist zu streichen   |
| SPEDLOG | 63  |   |   |  | komplett streichen   |
| SPEDLOG | 133 | 1 |   | es ist nicht nachvollziehbar, weshalb nur bei Variante 2 "bewusst fahrlässig" gestrichen wird  | Bei Variante 1 auch streichen "wer bewusst fahrlässig", es darf nur der Vorsatz stehen bleiben   |
| SPEDLOG | 125 | 1 |   |  | Die Unterlagen und Aufzeichnungen, welche für Kontrollen von Bedeutung sein können, müssen klar definiert sein.  |
| SPEDLOG | 125 | 2 |   |  | Ergänzung: sofern der Datenschutz gewährleistet wird vom BAZG  |
| SPEDLOG | 128 |   |   | Das Erbringen gewerblicher Leistungen steht bei Schulungen in Konkurrenz zum bestehenden Marktangebot und verzerrt den Wettbewerb, weil in klarem Vorteil zu diesem stehend. Das BAZG hat die Befugnis, Prozesse vorzugeben und die Vergabe von  | Artikel 128 komplett streichen. Mit den Hinweisen zu 128 d, Leistungen zu Marktbedingungen und ohne Quersubventionierungen zu erbringen, wird vom BAZG selbst bereits eine |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |     |   |   |   |   |
|---------|-----|---|---|---|---|
|         |     |   |   | Rollen und Bewilligungen inne, und würde als Behörde einen klaren unüberwindbaren Vorteil am Markt inne haben. Dies allein hätte schon eine Wettbewerbsverzerrung zur Folge.                        | Wettbewerbsverzerrung per Gesetz ausgeschlossen, was nicht statthaft ist. Artikel 128 soll deshalb nicht im Gesetz aufgenommen werden, da Wettbewerbsverzerrung verursacht wird |
| SPEDLOG | 128 | 1 | d | Das BAZG versucht hier, gleich auch selbst einzuschränken, was zu einer Wettbewerbsverzerrung führt, das ist inakzeptabel und führt genau zu Wettbewerbsverzerrung die nicht verursacht werden darf | Wettbewerbsverzerrung ist gegeben, deshalb Art. 128 komplett streichen  |
| SPEDLOG | 129 |   |   | das BAZG wird damit zu einem erheblichen Kostenfaktor für die Wirtschaft  | Artikel 129 komplett streichen  |
| SPEDLOG |     |   |   |   |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|         | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|---------|-------------------------------------|--|---|
| SPEDLOG | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Der Datenverantwortliche, und hierzu zählen wir auch Unternehmen, für die Ihre angestellten Zollanmelder arbeiten, sollen nur bei nachweislichem Vorsatz gestraft werden. Zollanmelder müssen entkriminalisiert werden. |
| SPEDLOG | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name    | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|---------|--------|--------------------|
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |
| SPEDLOG |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                                     |
|---|-------------------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>           |
| SPEDLOG   | siehe unser Schreiben Stellungnahme |
| SPEDLOG   |                                     |
| SPEDLOG   |                                     |
| SPEDLOG   |                                     |
| SPEDLOG   |                                     |
| SPEDLOG   |                                     |
| SPEDLOG   |                                     |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |   |
|--|-------------|-------------|-------------|---|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| SPEDLOG  | 3           | 1           |             | Ist hier bewusst die Durchfuhr nicht erwähnt?   | Waren, die ein- oder ausgeführt sowie transitiert werden, sind zollpflichtig.   |
| SPEDLOG  | 5           | 1           |             | Es ist nicht klar, warum 2 h des alten ZG fehlt. Gerade im Hinblick auf Epidemien, sollte diese Möglichkeit der Zollbefreiung weiterhin bestehen bleiben  | "Wieder einfügen:<br>h: Instrumente und Apparate zur Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten in Spitälern und Pflegeinstitutionen"   |
| SPEDLOG  | 5           | 2           |             | Die Einschränkungen sind nicht nachvollziehbar und wirtschaftsfeindlich! Es dürfen keine Einschränkungen und wirtschaftsfeindliche Voraussetzungen vom BR vorgesehen werden. Die Zollbefreiung muss immer auch auf dem Weg der Rückerstattung möglich sein. Zudem erfordert das Legalitätsprinzip, dass Steuern auf Gesetzesstufe geregelt sind. Auf Gesetzesstufe sind mind.: - Der Kreis der Abgabepflichtigen (Subjekt) - der Gegenstand der Abgabe (abgabebegründende Tatbestand, Objekt der Abgabe) und - die Höhe der Abgabe in den Grundzügen (Bemessungsgrundlage). Dabei haben Praktikabilitätsüberlegungen hinter dem Legalitätsprinzip zurückzutreten. | Ergänzend ist im zu erstellenden Gesetzestext festzuhalten, dass die Zollbefreiung unabhängig vom Zeitpunkt - wenn die Voraussetzungen erfüllt sind - zu gewähren ist. Der Antrag auf Zollbefreiung kann auch nachträglich erfolgen.    |
| SPEDLOG  | 4           | 1           | c           | Der Begriff "aus dem freien Verkehr" stammt aus dem alten Zollgesetz  | Ändern: Waren aus dem schweizerischen Zollgebiet, die ins Zolldesland ausgeführt worden sind und unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung festgestellten Mangels verändert wieder eingeführt werden (inländische Rückwaren); |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |  |   |
|---------|----|---|---|--|---|
| SPEDLOG | 4  | 1 | d | Die Einschränkung auf ausschliesslich "unveränderte Ware" ist wirtschaftsfeindlich und entspricht nicht der bestehenden Praxis. Gleiches gilt für die zeitliche Limitierung auf drei Jahre. Auch hier ist der veraltete Begriff "freien Verkehr" zu eliminieren. | Ändern: Waren, die ins Schweizerische Zollgebiet eingeführt worden sind und aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen wieder an die Versenderin oder Versender ins Zolldesland verbracht werden.                              |
| SPEDLOG | 7  | 2 |   | Warum wird hier der Spielraum des Bundesrates ausgeweitet? Solche Zollkontingentsteilmengen "müssen" angerechnet werden. .   | Der Bundesrat sieht vor, die freigegebenen Zollkontingentsteilmengen anzurechnen.   |
| SPEDLOG | 9  | 1 | b | Trotz der anstehenden Digitalisierung bestehen im Zollbereich noch immer papierbasierte Dokumente (z.B. Carnet ATA/TIR). Deren Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, darum soll dies auf Stufe Verordnung abschliessend geregelt werden.                         | Das Papierverfahren muss in einer vom Bundesrat erlassenen Verordnung abschliessend geregelt werden. Ebenso muss geregelt werden, an welchem Ort ein zollamtlicher Stempel auf ein Dokument verlangt werden kann.                 |
| SPEDLOG | 9  | 1 | b | Hier soll anstelle der Annahme der Warenanmeldung auf den neuen Begriff "Aktivierung" angepasst werden.  | Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung durch das BAZG, wenn diese in einer anderen vom Bundesrat zugelassenen Form übermittelt wurde.   |
| SPEDLOG | 10 | 2 |   | Die Verbindlichkeit / Dauer der Gültigkeit der Auskunft fehlt. Ein Widerrufsgrund muss auch klar definiert sein. Dies nach dem Rechtsstaatsprinzip.  | neuer Text: Die Auskünfte des BAZG sind öffentlich, verbindlich, kostenfrei und gelten bis auf Widerruf durch das BAZG. Vorbehalten bleiben entgegenstehende Bestimmungen nach dem vorliegenden Gesetz oder einem anderen Erlass. |
| SPEDLOG | 25 | 1 |   |  | Sachliche Zuständigkeit (wer fungiert als Zollkreisdirektion, wer als OZD etc.) und örtliche Dienststellen müssen klar definiert und in zumutbarer Zeit erreichbar sein.  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |
| SPEDLOG  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). Under '2. Bearbeitungseinschränkungen', the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these modifications in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). Under '3. Schutz anwenden', the text 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to apply these settings? (You can deactivate them later.)) is displayed, and the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Spiritsuisse  
Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Spiritsuisse  
Adresse : Gurzelgasse 27  
Kontaktperson : Peter Platzer  
Telefon : 0326225050  
E-Mail : pplatzer@spiritsuisse.ch  
Datum : 21.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 7  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 19 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 20 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| Spiritsuisse            | Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, sehr geehrte Damen und Herren  |
| Spiritsuisse            | <p>Die Mitglieder von Spiritsuisse, als Vertreter der Spirituosenbranche, sind mehrfach von der Revision betroffen. Einmal als Ex- und Importeure von Spirituosen (und anderen Getränken), andererseits als Produzenten von Spirituosen. Daher erlauben wir uns auch eine Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens abzugeben.</p> <p>Die Zielsetzungen, wie im Bericht umschrieben, können grundsätzlich unterstützt werden, nur gehen die gesetzlichen Bestimmungen bedeutend weiter:</p> <p>Die Möglichkeit der digitalisierten Abwicklung ist positiv, nur wird daraus ein Digilisierungszwang für alle.</p> <p>Eine Harmonisierung der Erhebung der Abgaben und ein einfaches und kostengünstiges Verfahren ist ebenfalls positiv, nur betrifft dies nicht die Anwender ausserhalb der Zollverwaltung.</p> <p>Problematisch ist die Ausdehnung auf die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität im Zusammenhang mit den weiteren ausgedehnten Rechten der Zollverwaltung. Der Zoll soll zu einer eigentlichen Polizeitruppe umgestaltet werden, was sich auch an der generellen Einführung der Uniformen zeigt.</p> |
| Spiritsuisse            | <p>Das strukturelle Ziel sei die Schaffung eines Allgemeinen Teils der Abgabeerlasse. Das wird verfehlt. So etwas ist nur möglich, wenn die zugrundeliegenden Gesetze die gleiche Stossrichtung und Ausrichtung haben, so bei den Sozialversicherungsgesetzen. Das Alkoholgesetz ist z.B. kein Abgabeerlass als solches. Die Steuer ist nur Teil des Gesetzes und hat keine fiskalische Abstützung, sondern ist gesundheitsbezogen. Die VOC-Abgabe ist eine Lenkungsabgabe und nicht einfach eine Steuer. Nur mit dem Kniff alles als reine Abgabeerlasse umzudeuten, klappt die Abstützung keineswegs.</p> <p>Für den Dritt-Anwender ist das Ganze nicht ersichtlich. BAZG Art. 5 Abs. 1 Dieses Gesetz ist auf Abgaben, die das BAZG erhebt, anwendbar, soweit der jeweilige Abgabeerlass es vorsieht. Dito Abs. 2.</p>  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |   |
|--------------|---|
|              | Alkoholgesetz Art. 1 Abs. 2 neu: Das BAZG-Vollzugsgesetz ist anwendbar, soweit das vorliegende Gesetz nicht abweichende Bestimmungen enthält. Das bedeutet ein immerwährendes Hinundherblättern in zwei Gesetzen. Das ist nicht anwenderfreundlich. Auf den Allgemeinen Teil ist zu verzichten.   |
| Spiritsuisse | <p>Es soll ein genereller Digitalisierungszwang herrschen, was nicht einmal bei der zukünftigen Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz gelten soll. Alle Subjekte in der Schweiz müssten zwangsweise über diese Plattform kommunizieren. Vielleicht gibt es Ausnahmen, z.B. im Reiseverkehr, aber das soll nur und erst und eventuell in einer Verordnung festgehalten werden. Ohne Ausnahme müssten Private vom Ausland kommend alles auf die Plattform für die Einreise melden. Der Aufwand und die Kosten, zB. Roaming-Gebühren.</p> <p>Verfügungen müssen eröffnet werden. Das scheint auch im BAZG auf, nur das heisst, man stellt sie auf die Plattform. Jeder muss dauernd herumsurfen. Das wird plötzlich zu einer Holschuld. Vielfach weiss man gar nichts von einer Verfügung (Busse bei Werbewiderhandlung, Nachtragverfügung etc.) Die ganze Schweiz darf konstant auf der Plattform surfen, denn 7 Tage nachdem die Verfügung auf die Plattform gestellt wurde, beginnt der Fristenlauf. Mit der Verfügung ist auch das verfassungsmässige Recht des rechtlichen Gehörs verbunden. Das muss gewährt werden, der Antragsteller und Verfügungsempfänger muss darauf aufmerksam gemacht werden. Das wird beschnitten, weil er sich das selber holen muss. Die ZV ist des Problems bewusst. Man verlängert die Einsprachefrist auf 60 Tage und schafft noch eine zweite interne Instanz (Beschwerde). Längere Fristen und weitere interne Instanzen heissen nur Verzögerung und Verlängerung des Verfahrens, was insofern problematisch ist, da die Rechtsmittel nur teilweise aufschiebende Wirkung haben. Ein wichtiges Grundprinzip heisst, so schnell als möglich zu neutralem Gericht.</p> |
| Spiritsuisse | <p>Das ganze System steht und fällt mit DAZIT. Ob das wirklich so funktionieren wird, wie dargestellt, ist offen. Die reine Zollabfertigung wäre für „Professionelle“ von Vorteil. Erfahrungsgemäss haben solche Mammutsystem viele Anfälligkeiten und Fehler. Es wäre sinnvoller gewesen, man hätte abgewartet mit der Gesetzesrevision bis das System vorhanden ist und zeigt, was es kann bzw. auch nicht.</p> <p>Zum Thema Sicherheit taucht nicht sehr viel auf.</p> <p>Für Unternehmen wird es aufwändiger. Bei einer Plattform muss aus Sicherheitsgründen eine 2 Faktoren-Identifikation vorliegen. Das läuft in der Regel (AHV-Kasse, Kreditkarten etc.) im zweiten Schritt über das Handy. Einspeisen kann man aber nur ein Handy. In einem Unternehmen, wo mehrere Zuständige sind, wird das umständlich. Da sollte eine unternehmerfreundliche Abwicklung möglich sein.</p> <p>Für die Betroffenen werden die Kosten höher. Das Herabladen von Unterlagen ist ein potentielles Tor für Hacker (z.B. Sperrung des eigenen Systems durch Bitcoin-Erpresser). Das bedingt höhere Sicherheitssoftware.</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |   |
|--------------|---|
|              |   |
| Spiritsuisse | <p>So wie dargestellt, gibt es eine Monsterdatenbank (Informationssystem), die scheinbar noch mit Daten von anderen Dienststellen ergänzt werden soll. Zwar gibt es heute schon solche Systeme, die aber begrenzt sind auf den jeweiligen Tätigkeitsbereich und nicht allumfassend sind, da nicht alles digital vorhanden ist. Im heutigen Zeitalter sind solche staatlichen Datenbanken grundsätzlich skeptisch zu beurteilen. Dem Missbrauch, auch dem staatlichen, sind Tür und Tor geöffnet. Die Sicherheiten, dass keine falschen Zugriffe erfolgen können, sind gering.</p> <p>Mit der „Risikoanalyse“ ist aber auch der staatliche Missbrauch vorgegeben. Da werden Daten zu einem Profil verknüpft und dann bewertet. Dies entscheidet, wer kontrolliert wird oder nicht. Grundsätzlich hat jedes Subjekt, ob Unternehmen oder Privatperson, das Recht gleich und neutral behandelt zu werden.</p> <p>Der Datenschutz wird mehr oder weniger ausgehebelt. Die Eingriffe in die Privatsphäre werden von Anfang legitimiert. Es geht hierbei nicht nur um höchstpersönliche Daten, sondern auch um Persönlichkeitsprofile, die eigentlich geschützt wären. Das Profiling, erlaubt durch das neue Datenschutzgesetz, lässt die Erstellung allmöglicher Persönlichkeitsprofile zu, da ja die Datenbank allumfassend ist. Die heutigen Möglichkeiten sind bedeutend geringer. Sie müssen zudem ausdrücklich notwendig und verhältnismässig sein.</p> |
| Spiritsuisse | <p>Indem man die „Abgabengesetze“ in gewissen Bestimmungen im „AT“ zusammenfasst, ergeben sich sehr weite Kontrollrechte. Im Zollbereich war dies beschränkt auf den Grenzraum, im Alkoholgesetz auf die Brennereien und Steuerlager etc. Indem man alles erfasst, können die Kontrollrechte auf die ganze Schweiz ausgeübt werden. Die Zollverwaltung wird zur „Guardia civile“, was sich auch am Uniformzwang zeigt.</p>  |
| Spiritsuisse | <p><b>Alkoholgesetz</b></p> <p>Mit der Umdeutung zum reinen Steuererlass, was sich speziell bei den neuen Strafbestimmungen zeigt, geht vieles „verloren“. Der Teil der Werbebestimmungen lässt sich mit dem vorgesehenen Plattform-System nur schlecht betreuen. Die heutige Gebührenfreiheit wird auch weggewischt, da Dienstleistungen neu generell als entschädigungspflichtig bezeichnet werden. Die Festsetzung der Alcopop-Steuer ist nicht mehr möglich. Das Gesetz und die Rechtsprechung verlangen eine Süse. Das lässt sich nicht mehr machen, denn ein sensorischer Test bedingt das Getränk selber. Nur das lässt sich nicht auf die Plattform stellen. Auch die Zuständigkeiten sind nicht geklärt. Da in dem Bereich nicht sehr häufig Anfragen kommen, sollte eine Konzentration der Behandlung gemacht werden. Mit dem Prinzip „Jeder macht alles, aber doch gib es eine (nicht definierte, unklare) Spezialisierung“ ist alles offen.</p>   |
| Spiritsuisse |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |  |
|--------------|--|
| Spiritsuisse |  |
|--------------|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name         | Art.    | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|--------------|---------|------|------|---|---|
| Spiritsuisse |         |      |      | Art. 48 Abs 1, Art. 52 Abs. 1/Abs. 3 , Art. 58 Abs.2, Art. 60 Abs. sind zu streichen. Eine Beschränkung auf den elektronischen verkehr nützt höchstens der Verwaltung etwas. Wenn das elektronische Verfahren gut sein sollte, würde es sich auch so durchsetzen. |   |
| Spiritsuisse | 60      |      |      | Ist zu streichen. Das bringt nur eine Verlängerung und Verteuerung für den Anwender. Recht bekommt man vor Gericht.   |   |
| Spiritsuisse | 64/66   |      |      | Einschränkung der Bearbeitungsmöglichkeiten ist notwendig.  |   |
| Spiritsuisse | 67      |      |      | Die Informationssysteme sind getrennt für den jeweiligen Aufgabenbereich aufzubauen. Ein Profiling über die einzelnen Informationssysteme hinweg ist zu verbieten.  |   |
| Spiritsuisse | 72      |      |      | Eine Risikoanalyse ist nur für den Zollbereich zu erlauben,   |   |
| Spiritsuisse | 73      |      |      | Ein Profiling ist nur bezogen auf Daten aus dem jeweiligen Tätigkeitsbereich zu erlauben.   |   |
| Spiritsuisse | 108/109 |      |      | Ist zu streichen.   |   |
| Spiritsuisse | 114     |      |      | Abs. 3 müsste logischerweise vor Abs. 2 kommen. Sonst hat das Berufsgeheimnis keine Wirkung.  |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |     |   |  |   |  |
|--------------|-----|---|--|---|--|
| Spiritsuisse | 126 | 1 |  | Das kann nicht generell für alle Erlasse Gültigkeit haben. Das Alkohogesetz ist ausdrücklich auszunehmen. |  |
| Spiritsuisse | 127 |   |  | Carte Blanche, ist abzulehnen.  |  |
| Spiritsuisse | 128 |   |  | Die Werbeanfragen sind ausdrücklich auszunehmen. Das Parlament vertritt diese Meinung.                    |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |
| Spiritsuisse |     |   |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |  |  |  |  |  |
|--------------|--|--|--|--|--|
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|              | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|--------------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| Spiritsuisse | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| Spiritsuisse | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|--------------|---------------|--|
| Spiritsuisse | AlkG          | Art. 1 Abs. 2 Es ist anzugeben, was gilt. Das kann ein Nichtjurist nicht nachvollziehen.   |
| Spiritsuisse |               | Art. 52 ff. Der Logik des Gesetzes nach stehen die Hoheitsrechte am Anfang und nicht die Steuer.   |
| Spiritsuisse |               | Art. 54 Var. 1 zu Art. 133 BAZG ist in Ordnung. Trotzdem soll auf Art. 54 mit einer masslosen Strafadrohung verzichtet werden. Für eine Gefährdung ist das Dreifache des gefährdeten (!) Steuerbetrags, recte bei Verdoppelung in Abs. 2, völlig unangebracht.                 |
| Spiritsuisse |               | Art. 56b Der Versuch einer Steuerwiderhandlung ist strafbar, der Versuch gegen die Hoheitsrechte nicht? Keine logische Kongruenz. Art. 56b ist zu streichen. Zudem scheint der fahrlässige Versuch schon strafbar zu sein. Das ist im Rahmen des Alkoholgesetzes unangemessen. |
| Spiritsuisse |               | Die weiteren grundsätzlichen Probleme, die bei der Abwicklung des Alkoholgesetzes entstehen, kommen aus dem BAZG. Sie sind dort aufgelistet.   |
| Spiritsuisse |               |  |
| Spiritsuisse |               |  |
| Spiritsuisse |               |  |
| Spiritsuisse |               |  |
| Spiritsuisse |               |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |  |  |  |  |  |  |
|--------------|--|--|--|--|--|--|
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |
| Spiritsuisse  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |
| Spiritsuisse   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |  |  |  |  |  |
|--------------|--|--|--|--|--|
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |
| Spiritsuisse |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |
| Spiritsuisse   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, displaying the document's protection status and a 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button, which is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Übersicht über die Adobe Acrobat-Software mit dem Menü **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschr.** (Einschränken der Bearbeitung) Button.

Die Tabelle zeigt die Vernehmlassung:

|                 |   |
|-----------------|---|
| Vernehmlassung: |   |
| –               | Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie |
| –               | Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)   |

Die Tabelle zeigt die **BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**.

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Die Tabelle zeigt die **Bearbeitung einschränken** (Einschränken der Bearbeitung) Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  -



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Swiss Beef CH

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SB

Adresse : Laurstrasse 10, 5200 Brugg

Kontaktperson : Thomas Jäggi

Telefon : 056 462 51 11

E-Mail : [info@swissbeef.ch](mailto:info@swissbeef.ch)

Datum : Stellungnahme Swiss Beef CH 10. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 14 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup>  | Bemerkung/Anregung   |
|--|--|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Besten Dank für die Gelegenheit zu den Entwürfen für die Änderung des Zollrechtes Stellung nehmen zu können. Swiss Beef CH ist die Fachorganisation der Schweizer Qualitätsrindfleischproduzenten.</p> <p>Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p>Swiss Beef CH</p><br><p>Sig. F. Hagenbuch      Sig. Th. Jäggi<br/>Präsident                      Sekretär</p>  |
| SB   | <p>Vorbemerkungen</p> <p>Die geplante Revision des Zollrechtes führt zu einer weitreichenden Neuorganisation des gesamten Grenzschutzes, des Zollwesens und der Migrationskontrolle.</p> <p>Swiss Beef CH schliess sich der Stellungnahme des Schweizer Bauernverbandes an und übernimmt diese vollumfänglich.</p>   |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <p>Swiss Beef CH sind bei der Revision des Zollrechts folgende Punkte besonders wichtig:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Der bestehende Grenzschutz für die Landwirtschaft darf mit der vorliegenden Revision nicht geschwächt oder reduziert werden.</li> <li>- Swiss Beef CH geht davon aus, dass die Regelungen zur Einfuhr der landwirtschaftlichen Produkte nach wie vor gemäss den Bestimmungen des Landwirtschaftsgesetzes und der Agrareinfuhrverordnung geregelt bleiben und unverändert in die neue Organisationsstruktur des BAZG übernommen werden.</li> <li>- Die Bekämpfung des Schmuggels muss mindestens so gut und so effektiv sein wie bisher.</li> </ul> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |
|--|--|
| <b>gefunden werden.</b>                                    | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auch das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung ist in der Vorlage zu berücksichtigen.</li> <li>- Die Bedingungen für die Bewirtschaftung von Flächen durch Schweizer Landwirte in der Grenzzone sind beizubehalten.</li> <li>- Die neuen Verfahren zur Umsetzung der Digitalisierung im Zollwesen und Grenzschutz dürfen nicht zu Lücken und neuen Möglichkeiten der Umgehung der geltenden Vorschriften führen.</li> <li>- Der Veredelungsverkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder Grundstoffen muss weiterhin zwingend einer Bewilligungspflicht unterstehen.</li> <li>- Änderungen dürfen nicht zur Schwächung der Anforderungen und Kontrollverfahren bezüglich der Lebensmittelsicherheit und Deklaration führen.</li> </ul>  |
| SB   | <p>In den Unterlagen der Vernehmlassung ist die Erhebung der Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung mit keinem Wort erwähnt. Der Swiss Beef CH erwartet, dass diese Aufgabe weiterhin durch die neue Zollorganisation (BAZG) vollzogen wird und daher auch im entsprechenden Gesetz eine Grundlage haben muss.</p>  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <p>Bezüglich dem Verständnis stellen sich noch Fragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Definition von 3 Arten von "Verantwortlichen" (Warenverantwortliche, Datenverantwortliche und Transportverantwortliche) erscheint nachvollziehbar. Die Umsetzung ist allerdings nicht mehr stringent. Während im grenzüberschreitenden Verkehr alle drei Verantwortungsfunktionen immer eintreten - auch bei einem Eigentransport durch den Warenverantwortlichen ist dieser Verantwortungsträger auch der Daten- und Transportverantwortliche. Es ist unlogisch die 3 Verantwortungsbereiche zu definieren und bei einem Eigentransport durch den Warenverantwortlichen in den Sachverhaltsbeispielen auf Seite 20 der Erläuterungen aufzuzeigen, dass es z.B. in diesem Fall keine Daten-, resp. Transportverantwortliche gibt. Im Inlandverkehr ist die Transportverantwortung hingegen i.d.R. irrelevant.</li> <li>- Die Definition der "Warenverantwortlichen" ist in Art. 7, Bst. c und den zugehörigen Erläuterungen grundsätzlich weit gefasst. Das wird aber in den Erläuterungen zu Art. 21, Abs. 3 sehr stark reduziert und wirft die Frage auf, ob die weitgefasste Definition gemäss Art. 7 überhaupt anwendbar ist?</li> <li>- Abgeleitet aus dieser Feststellung, stellt sich uns die Frage, ob an die Warenverantwortlichen Bedingungen wie eine Adresse oder Sitzpflicht in der Schweiz zu stellen sind?</li> </ul> <p>Diese offenen Fragen sind zu klären, damit die Revision gelingen kann.</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst.    | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|--|------|------|---------|---|---|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 1    |      | b       | Bei den Zwecken unter b fehlt, die Verhinderung der illegalen Einfuhr.  | b. ...sowie ein Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit, zum Schutz der Bevölkerung und zur Verhinderung illegaler Importe.    |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 4    | 1    | I (neu) | Die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung bestimmter Pflichtlager im Rahmen der wirtschaftlichen Landesversorgung werden ebenfalls bei der Einfuhr erhoben und daher ist diese Abgabeart in diesem Artikel auch aufzuführen. | I. die Garantiefondsbeiträge für die Finanzierung der Pflichtlager gemäss Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung. |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 19   | 2    | b       | Abgleich zwischen Entwurf und Erläuterungen<br>In den Erläuterungen wird von "in das Zollgebiet verbringen" geschrieben, während im Entwurf von "aus" dem Zollgebiet verbracht" geschrieben steht.                                | b. die Abgabeschuld bei formlos eingeführten, aber nicht ordnungsgemäss "in" das Zollgebiet verbrachten Waren entsteht.           |
|  |      |      |         |   |   |
| <b>Fehler! Verweisquelle</b>                               |      |      |         |   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
| <b>konnte nicht gefunden werden.</b>                       |  |  |  |  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> |  |  |  |  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> |  |  |  |  |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|--|-------------------------------------|--|---|
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Damit wird Klarheit über die Vollzugspraxis in diesem Gesetz geschaffen.  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Eine Umsetzung der Variante 2 wird abgelehnt, da das neben der Anpassung einer Vielzahl von anderen Gesetzen auch neue Ungerechtigkeiten schafft, da in anderen hier nicht zur Änderung gelangenden Gesetzen solche und ähnliche Strafbestimmungen stehen bleiben. Einer Variante 2 stimmt Swiss Beef CH nur zu, wann im gesamten Bundesrecht diese Bestimmungen harmonisiert würden. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b>                         |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b> |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b>                        | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|--|--------------------------------------|---|
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b> | Mine-<br>ralöl-<br>steuer-<br>gesetz | Swiss Beef CH geht davon aus, dass die Teilerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Berufsfischerei unverändert erfolgen wird. |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |
|  |                                      |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |  |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>                      | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | BG CI-TES     |             |             |             | Die vorgeschlagenen Änderungen werden begrüsst |  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>  | ZTG           | 4           | 4           |             | Die vorgeschlagenen Änderungen werden begrüsst |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b>            | Allgemeine Bemerkungen von Swiss Beef CH zum Entwurf für das Zollabgabengesetz<br><br>Der Erlass eines Zollabgabengesetzes wird von Swiss Beef CH begrüsst.  |
| <b>Fehler!<br/>Verweis-<br/>quelle<br/>konnte<br/>nicht ge-<br/>funden<br/>werden.</b>            | Swiss Beef CH verlangt, dass Waren im Reiseverkehr nur dann ohne Zoll- und andere Abgaben eingeführt werden dürfen, wenn die ausländischen Abgaben erhoben und nicht zurückgefordert resp. zurückerstattet wurden. |
|   |  |
|   |  |
|   |  |
|   |  |
|   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |   |
|--|-------------|-------------|-------------|--|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b>   | 6           | 3           |             | Der Einkaufstourismus ist nicht länger durch Steuer-, Zoll- und andere Abgabebefreiungen zu fördern. | Die zoll- und abgabenfreie Einfuhr im Reiseverkehr ist nur möglich, wenn die Abgaben im Ausland entrichtet und bei der Ausfuhr nicht zurückerstattet resp. zurückgefordert werden.<br><br>Freigrenzen für den Tagesbedarf sind auf 50Fr. für Erwachsene und 20Fr. für Kinder zu reduzieren. |
|  |             |             |             |  |   |
|  |             |             |             |  |   |
|  |             |             |             |  |   |
|  |             |             |             |  |   |
|  |             |             |             |  |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Zollabgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Name | Art. | Bemerkung/Anregung | Textvorschlag |
|------|------|--------------------|---------------|
|------|------|--------------------|---------------|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare anzeigen Änderungen nachverfolgen Überarbeitungsbereich Markup anzeigen Markup: alle Annahmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren Bearbeitung einschr. Freigeben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Bearbeitung einschränken

Ihre Berechtigungen

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.

Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

Schutz aufheben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Die Abbildung zeigt den Adobe Acrobat Reader mit dem Menü **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschränken**-Dialogfeld.

Im Menü **Überprüfen** ist die Option **Bearbeitung einschränken** hervorgehoben.

Das Dialogfeld **Bearbeitung einschränken** zeigt die folgenden Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
  - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  -

Im Hintergrund ist das Dokument **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht** zu sehen, das die Vernehmlassung und die Tabelle mit den Bemerkungen enthält.

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

**Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)**

Bern, 29. Dezember 2020

**Vernehmlassungsantwort zu  
BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) sowie  
Totalrevision Zollgesetz (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 11. September 2020 das EFD beauftragt, zu den obgenannten Gesetzesänderungen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Der Verband Swiss Cigarette, bestehend aus den Mitgliedern British American Tobacco Switzerland SA, Japan Tobacco International AG und Philip Morris S.A., wurde direkt zur Stellungnahme eingeladen. Unter Eingabe mit heutigem Datum erhalten Sie fristgerecht die Vernehmlassungsantwort von Swiss Cigarette.

Swiss Cigarette äussert sich untenstehend in seiner Stellungnahme einzig zu ausgewählten Teilaspekten der beabsichtigten Gesetzesänderungen.

**Weiterentwicklung BAZG**

- Wir begrüssen die Weiterentwicklung vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG hin zu einer agilen Organisation.
- Wichtig ist dabei die Beratung durch einen persönlichen Kundenberater mit Expertenwissen beizubehalten. Dies ist in der Studie Inlandbesteuerung 2026 für Kunden der Kategorie «Personal» auch so vorgesehen. Nach Ansicht von Swiss Cigarette sind seine Mitglieder dieser Kategorie zuzuordnen.

## **Vereinheitlichung und durchgängige Digitalisierung der Abgabe- und Rechtsmittelverfahren**

- Wir begrüssen die Vereinheitlichung aller vom BAZG geführten Abgabe- und Rechtsmittelverfahren.
- Wir begrüssen die durchgängige Digitalisierung der Abgabe- und Rechtsmittelverfahren.
- Wir begrüssen die im 2. Kapitel: Rechtsschutz, im 2. Abschnitt: Einsprache, in Art. 58 Abs. 1 BAZG-VG enthaltene längere Einsprachfrist von 30 Tagen.

## **Rückerstattungen von Amtes wegen**

- Wir lehnen ab, dass in Bezug auf Rückerstattungen von Amtes wegen das BAZG-VG keine Bestimmung mehr vorsieht, wie sie Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz kennt.
- Dadurch wird verunmöglicht, dass wenn bei der amtlichen Nachprüfung der Steuerveranlagung oder bei Betriebskontrollen eine zu Unrecht erhobene Steuer festgestellt wurde, der zu viel bezahlte Betrag von Amtes wegen zurückerstattet wird.
- Dies ist stossend, da es sich bei der Tabaksteuer um eine Verbrauchssteuer handelt, mit welcher der effektive Verbrauch im Inland besteuert werden soll.
- Daher fordern wir, keine neue, wenig praxisnahe und sehr restriktive Regelung einzuführen. Die bisher angewandte Praxis, die sich an der relativen Verjährungsfrist von fünf Jahren gemäss Art. 23 Abs. 1 Tabaksteuergesetz orientiert, hat sich nach Swiss Cigarette sowohl hinsichtlich der Rechtssicherheit als auch im Sinne einer effektiven Besteuerung des Inlandverbrauchs bewährt.
- Wir regen deshalb an, das BAZG-VG um eine Bestimmung gemäss Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz zu ergänzen, damit die bewährte bisherige Praxis weiterhin zur Anwendung gelangen kann.



## **Deklarantenstrafpflicht**

- Wir begrüssen, dass der Bundesrat hinsichtlich der Deklarantenstrafpraxis (Art. 133 BAZG-VG) zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt hat. Diese haben im Ergebnis beide das Ziel, in Bagatellfällen auf Strafe verzichten zu können.
- Wir favorisieren Variante 2. Mit Variante 2 ist eine Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig. Entsprechend können die Rechtsunterworfenen leichter einschätzen, ob ihr Handeln strafrechtlich verfolgt werden könnte oder nicht.
- Wir begrüssen, dass in Art. 133 BAZG-VG auf eine Strafbarkeit bei Fahrlässigkeit verzichtet werden soll, wie dies bereits heute im Tabaksteuergesetz in den Fällen von Art. 36 Abs. 3 lit. a sowie lit. c-h der Fall ist.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Informationen oder Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Swiss Cigarette**



Martin Kuonen  
Geschäftsführer



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : swiss granum

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : swiss granum

Adresse : Belpstrasse 26, Postfach, 3001 Bern

Kontaktperson : Stephan Scheuner

Telefon : 031 385 72 76

E-Mail : [scheuner@swissgranum.ch](mailto:scheuner@swissgranum.ch)

Datum : 17.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |   |
|--|---|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 7   |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 8   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 9   |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 10  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14  |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b> |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| swiss granum            | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum neuen Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) und benutzen gerne die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir bedanken uns im Voraus für die Berücksichtigung unserer Argumente. Als Branchenorganisation verweisen wir vorab darauf, dass die in swiss granum vertretenen Organisationen der Produktion, der Sammelstellen und des Handels sowie der ersten und zweiten Verarbeitungsstufe ihre Stellungnahmen zur Vorlage teilweise auch direkt abgeben werden.</p>  |
| swiss granum            | <p>Die EZV wird in ein neues Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) umzuwandeln und neu zu organisieren wird von uns begrüsst. Jedoch sollen auch bei einer Totalrevision bewährte und funktionierende Systeme beibehalten werden, wie bspw. der „Aktive Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe“.</p> <p>Heute ist dieses Verfahren basierend auf Art. 43 Abs. 2 der Zollverordnung und somit auch Art. 12 Abs. 3 des Zollgesetzes in einer Verordnung des EFD geregelt. Es handelt sich dabei um ein automatisiertes Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzprinzip. Für die gesamte inländische Ölsaatenbranche ist dieses Verfahren von grosser Wichtigkeit. Unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Ölen und Fetten erlaubt es, eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Ölen und Fetten zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Wir möchten bereits heute sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen eine solche Lösung auch auf Verordnungsstufe ermöglichen. Die Aufzählung der aktiven Veredelung in Art. 11 BAZG-VG als eine der möglichen Warenbestimmungen wird deshalb begrüsst. Die Ermöglichung der Fortführung des im geltenden Zollgesetz vorgesehenen Instruments der Rückerstattung im aktiven (Art. 12 ZG) und im passiven (Art. 13 ZG) Veredelungsverkehr sowie die Beibehaltung des Äquivalenzverkehrs werden unterstützt.</p> <p>Auf S. 25 im erläuternden Bericht steht, dass für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen „Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen“. Für die Branche sind damit die notwendigen</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |  |
|--------------|--|
|              | <p>Grundlagen gegeben, um das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe auch unter der neuen Gesetzgebung anzuwenden. Trotzdem ist es uns ein Anliegen, die wichtigsten Aspekte für die zukünftige Ausgestaltung des Warenverkehrs bereits auf Gesetzesstufe zu verankern.</p> <p>Gerne werden wir im Rahmen der Konsultation zu den Verordnungen näher darauf eingehen.</p> |
| swiss granum | <p>Wir danken Ihnen im Voraus, dass Sie unsere Argumente und Forderungen bei der Entscheidung berücksichtigen. Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.</p> <p>Mit freundlichen Grüssen</p> <p>swiss granum<br/>Lorenz Hirt                      Stephan Scheuner<br/>Präsident                      Direktor</p>   |
| swiss granum |  |
| swiss granum |  |
| swiss granum |  |
| swiss granum |  |
| swiss granum |  |
| swiss granum |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name         | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|--------------|------|------|------|---|--|
| swiss granum | 11   | 1    | d    | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollerlässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)" (S. 25). Dies gilt es auf Gesetzesstufe zu regeln, wie das heute schon in Art. 12 Abs. 2 des Zollgesetzes der Fall ist.     | der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)  |
| swiss granum | 11   | 1    | e    | Im erläuternden Bericht wird auf S. 25 festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen". Diese Tatsache möchten wir explizit auf Gesetzesstufe so geregelt haben, damit in den Verordnungen der grösstmögliche Spielraum besteht, um einfache und wirtschaftsfreundliche Regelungen beibehalten zu können. | der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)  |
| swiss granum | 11   | 3    |      | Im erläuternden Bericht wird auf S. 25 festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen". Diese Tatsache möchten wir explizit auf Gesetzesstufe so geregelt haben, damit in den Verordnungen der grösstmögliche Spielraum besteht, um   | Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG, Ausnahmen und Vereinfachungen sind möglich. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|              |    |   |  |   |   |
|--------------|----|---|--|---|---|
|              |    |   |  | einfache und wirtschaftsfreundliche Regelungen beibehalten zu können.   |   |
| swiss granum | 52 | 2 |  | Es ist aus Gründen der Rechtssicherheit abzulehnen, dass mündlich eröffnete Verfügungen nur dann elektronisch bestätigt werden, wenn die Verfügungsadressatin oder der Verfügungsadressat dies unverzüglich verlangt. | Mündlich eröffnete Verfügungen werden elektronisch bestätigt. |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |
| swiss granum |    |   |  |   |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|              | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|--------------|--------------------------|--|---------------------------|
| swiss granum | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| swiss granum | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</u></b> |               |                           |
|---|---------------|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |
| swiss granum  |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |
| swiss granum  |               |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |
| swiss granum   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |
| swiss granum  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |
| swiss granum   |             |             |             |                           |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |
| swiss granum   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Lausanne, 23. Dezember 2020

## Stellungnahme zu BAZG-VG, ZoG

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

### 1. Einleitung

Wir beziehen uns auf Ihre Einladung zur Stellungnahme und bedanken uns dafür.

Der Swiss Shippers' Council vertritt die **Interessen der schweizerischen Exporteure und Importeure** aus allen Branchen und damit in Bezug auf die vorliegende Zollrechtsrevision die wohl **wichtigste Anspruchsgruppe überhaupt**. Dementsprechend gross ist unser Interesse, unsere Motivation und nicht zuletzt auch unsere Legitimation an diesen Gesetzesentwürfen mitzuwirken.

Bei der Beurteilung haben wir den Fokus auf die für Exporteure und Importeure besonders wichtigen Elemente gerichtet.



## 2. Gesamtfazit

Wir begrüssen den Willen der Eidg. Zollverwaltung (EZV) zur Vereinfachung und Vereinheitlichung von Prozessen, zur Digitalisierung und der entsprechenden Anpassung ihrer Organisationsstrukturen.

**Die Anpassung des bestehenden Rechts hat in erster Linie EZV-interne Gründe.** Die vorliegenden Gesetzesentwürfe BAZG-VG und ZoG wie auch der entsprechende Erläuternde Bericht (EB) lassen dies deutlich erkennen. **Sie berücksichtigt zu einseitig die Bedürfnisse der EZV, aber zu wenig die der Exporteure und Importeure.**

Vor einer rechtlichen Anpassung in diesem Ausmass müsste eigentlich im Minimum

- **Klarheit über die Zukunft der Industriezölle** herrschen, sowie
- **die allgemeine Zollpflicht für Waren** und
- **das Verfahren und die Zuständigkeit für die Erhebung der Mehrwertsteuer bei der Einfuhr**

mit der Wirtschaft **ergebnisoffen diskutiert werden.**

Die exportierende und importierende Wirtschaft wurde bei der Ausarbeitung dieser Gesetzesvorschläge jedoch nicht einbezogen. **Vertiefte und ergebnisoffene Diskussionen mit praxiserprobten Experten aus unserem Umfeld hat die EZV nicht geführt.** Von Mitgliedern an Informationsveranstaltungen usw., vorgebrachte Inputs fanden ebenfalls keinen Eingang in die Entwürfe BAZG-VG bzw. ZoG.

Eine Entlastung der Exporteure und Importeure bestätigt die EZV nur in reichlich theoretischer und unverbindlicher Form im EB. In den Gesetzesentwürfen selbst aber, will heissen **konkret und verbindlich, können wir ein glasklares Bekenntnis zur Entlastung der Unternehmen nicht erkennen!**

### 3. Anforderungen

Unsere Beurteilung der Entwürfe BAZG-VG und ZoG leitet sich im Wesentlichen aus unseren Anforderungen an das Zollrecht ab. Diese lassen sich stichwortartig und grob wie folgt zusammenfassen:

1. **praktische Machbarkeit**, insbesondere auch für KMU
2. **freie Wahl ob und welcher Zolldienstleister** gesetzlich garantiert
3. **freier Warenverkehr so weit wie möglich**, Einbezug des Zolls nur soweit nötig
4. **administrative Entlastung** für die Wirtschaft
5. **finanzielle Entlastung** für die Wirtschaft
6. **Fairness und Partnerschaft** zwischen Zoll und Wirtschaft
7. **Standortvorteile** für die Schweiz
8. **keine «gewerblichen Geschäftsfelder»** für den Zoll und **keine Gebühren**
9. **kein Selbstzweck** des Zolls und **keine Wettbewerbsverzerrungen** durch den Zoll
10. **keine Besitzstandwahrung** durch den Zoll, abgeleitet aus dem Ist-Zustand der zu erhebenden Steuern, der vorhandenen Instrumente, Prozesse usw.

## 4. Änderungsanträge BAZG-VG

### Antrag 1

Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. Diese Änderung bringt für Importeure eine administrative Entlastung und könnte mit der Öffnung des heutigen Ver-lagerungsverfahrens im Rahmen der MWSTG-Revision umgesetzt werden.

→ Artikel 4, Absatz 1, Buchstabe b wie folgt ändern:

«die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), wenn die Warenverantwortliche gemäss Art. 7, Ziffer e. nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist.»

Das MWSTG ist in diesem Zusammenhang wie folgt zu ändern:

→ Artikel 18, Absatz 1:

«Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen sowie die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht.»

→ Artikel 50:

«Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes anordnen.»

### Antrag 2

Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der

transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.

→ **Artikel 7, Buchstabe g** wie folgt ändern:

«Transportverantwortliche: Person, die für den Transport verantwortlich ist ~~und daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist;~~»

→ **Artikel 12, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss ~~in der die~~ Warenanmeldung mit dem ~~Transportmittel verknüpft angegeben~~ werden, mit welchem ~~Transportmittel~~ die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). ~~Die Warenanmeldung selbst bleibt von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.»~~

→ **Artikel 12, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. ~~Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.»~~

Antrag 3 (siehe auch Antrag 1 zum ZoG)

**Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.**

→ **Artikel 8, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. ~~Von der Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.~~

→ **Artikel 8, Absatz 4** wie folgt ändern:

«Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode **im eingeführten Zustand** auf Handelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut an-gemeldet werden. **Nicht zur Handelsstufe zählt der Detailhandel (Verkaufsfläche inkl. Lager und Transportmittel).**»

→ **Artikel 8** wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «**Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig des Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).**»

→ **Artikel 14, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung **spätestens** im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze **elektronisch** aktiviert werden. **Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig des Wochentages und der Tageszeit möglich ist.**»

#### Antrag 4

**Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sind nur bei Kontrollen einzureichen.**

→ **Artikel 9, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen. **Bei Kontrollen gemäss dem 8. Titel sind ~~Es müssen alle notwendigen~~ notwendige Begleitdokumente ~~übermittelt werden zu übermitteln.~~**»

#### Antrag 5

**Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen.**

→ **Artikel 15, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette ~~verleiht das Das-BAZG verleiht~~ Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:»

→ **Artikel 15, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen ~~und legt fest, welche Verfahrenserleichterungen den AEO gewährt werden.~~»

Antrag 6

**Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).**

→ **Artikel 10** wie folgt ändern

**Neuer Absatz:** «Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig der Ware, der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.»

→ **Artikel 16, Absatz 1** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Datenverantwortliche müssen über die erforderliche Eignung verfügen.~~»

→ **Artikel 16, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.»

## Antrag 7

**Das BAZG veranlagt und erhebt die Einfuhrabgaben bei schweizerischen Personen gesammelt und periodisch, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird.**

→ **Artikel 18**, wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.»

→ **Artikel 27, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Die Abgabeschuld wird mit ihrer ~~Verfügung-Entstehung~~ fällig.»

→ **Artikel 52, Absatz 3** wie folgt ändern:

«Die Verfügungsadressatinnen und -adressaten sind verpflichtet, regelmässig im Informationssystem nach Artikel 67 zu prüfen, ob ihnen neue Dokumente übermittelt worden sind. Das BAZG teilt auf eine vom Adressaten angegebene E-Mail-Adresse mit, wenn neue Dokumente übermittelt worden sind.»

## Antrag 8

**Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.**

→ **Artikel 18, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Das BAZG kann die Bemessungsgrundlage der von ihm zu erhebenden Abgaben nach pflichtgemäsem Ermessen schätzen, wenn keine Warenanmeldung vorliegt, **oder** diese unvollständig ist ~~oder wenn Zweifel an deren Richtigkeit bestehen~~.»

→ **Artikel 18, Absatz 3** wie folgt ändern:

«Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. **Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.**»

Antrag 9

**Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt.**

→ **Artikel 21, Absatz 1, Buchstabe a** wie folgt ändern:

«die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, **wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt;**»

→ **Artikel 21, Absatz 2** wie folgt ändern:

Das BAZG macht die Abgabeschuld ~~vorerst~~ bei der Warenverantwortlichen geltend, **sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen.** Kann **eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner** ~~die Warenverantwortliche~~ die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.»



➔ **Artikel 21, Absatz 3** wie folgt ändern:

«Der Bundesrat kann ~~bei grenzüberschreitenden Post- und Kuriersendungen sowie~~ im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.»

➔ **Artikel 23** wie folgt ändern:

«~~Die Transportverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn sie oder die~~ Die mit dem Warentransport betraute natürliche Person ~~haftet nicht solidarisch, wenn~~ sie nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware ~~richtig~~ angemeldet worden ist.»

Antrag 10

**Für inländische Abgabenschuldner beträgt die Zahlungsfrist 60 Tage.**

➔ **Artikel 28, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Art. 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Art. 32, Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das ~~Das~~ BAZG ~~legt~~ die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.»

➔ **Artikel 33** wie folgt ändern:

«Abgabeforderungen werden, ~~soweit vorgesehen~~, durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.»

➔ **Artikel 38, Absatz 2, Buchstabe b** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~nachweist, dass die Waren beziehungsweise Sachen ohne ihre oder seine~~

~~Schuld zur Widerhandlung benutzt worden sind oder dass sie oder er das Eigentum oder den Anspruch auf Erwerb von Eigentum vor der Beschlagnahme erworben hat, ohne von der Nichterfüllung der Abgabepflicht zu wissen.»~~

## Antrag 11

**Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos.**

→ **Artikel 31, Buchstabe c** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Gebühren, Verfahrens- und andere Kosten.~~»

→ **Artikel 62, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Das Verfahren auf Erlass einer ~~Veranlagungsverfügung~~ Verfügung oder einer Bewilligung nach ~~Artikel 11 Absatz 3~~ diesem Gesetz, dem Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), einem Abgabeerlass gemäss Art. 4 und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind ~~in der Regel~~ kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.»

→ **Artikel 62, Absatz 2, Buchstabe b** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~wegen Kontrollen, die zu Beanstandungen des BAZG führen.~~»

→ **Artikel 63** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Soweit im Verfahren vor dem BAZG Kosten und Entschädigungen auferlegt werden, bestimmt der Bundesrat deren Höhe.~~»

→ **Artikel 140, Absatz 1** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Das BAZG erhebt Gebühren für Verfügungen, Dienstleistungen und besondere amtliche Verrichtungen, die bei der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen, namentlich für Bewilligungen nach den Artikeln 44 und 45, die Anordnung von Sicherheitsleistungen und Betriebsprüfungen, soweit diese zu Beanstandungen führen. Vorbehalten bleibt Artikel 62.~~»

## Antrag 12

**Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.**

→ **Artikel 39, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Hat das BAZG ~~irrtümlich~~ eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb ~~der Verjährungsfrist der Abgabeschuld~~ gemäss Art. 30, Absatz 1 ~~eines Jahres nach dem Ausstellen der Veranlagungsverfügung~~ mitteilt.»

→ **Artikel 39** wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1.»

→ **Artikel 41, Absatz 1, Buchstabe c** wie folgt ändern:

«wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller ~~unverschuldet~~ eine Nachforderung nach Artikel ~~38–39~~ des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint;»

→ **Artikel 58, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert ~~60 Tagen nach der Eröffnung~~ fünf Jahren ~~nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist,~~ Einsprache erhoben werden.»

## Antrag 13

**Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich.**

→ **Artikel 44, Absatz 5, Buchstabe e** wie folgt ändern:

«das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur ~~und geeigneter Sicherheitsstandards~~;»

→ **Artikel 44, Absatz 5, Buchstabe f** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen~~;»

→ **Artikel 44, Absatz 5, Buchstabe g** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Pflichten bezüglich die Aufbewahrung und Bekanntgabe von Daten~~.»

→ **Artikel 44, Absatz 6** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Der Bundesrat kann weitere Bewilligungsvoraussetzungen vorsehen~~.»

## Antrag 14

**Systemausfälle beim BAZG werden nicht auf dem Rücken der Wirtschaftsbeteiligten ausgetragen.**

→ **Artikel 49** wie folgt ändern:

«Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Modalitäten für den Fall, dass das Informationssystem nach Artikel 67 ausfällt oder nicht erreichbar ist. ~~Aufforderungen an die~~

Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte elektronische Eingaben zu wiederholen oder ein papierbasiertes Notfallverfahren anzuwenden, sind unzulässig.»

#### Antrag 15

**Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.**

→ **Artikel 56, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der **Abgabefestsetzungsfrist** gemäss Art. 30, Absatz 1 ~~absoluten Verjährung der Abgabeforderung~~ sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.»

#### Antrag 16

**Die Auskunft über vorhandene Daten juristischer Personen ist gewährleistet.**

##### **Neuer Artikel:**

«1 Jede juristische Person und Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann vom BAZG Auskunft darüber verlangen, ob Daten über sie bearbeitet werden.

2 Die betroffene juristische Person oder Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit eine transparente und korrekte Datenbearbeitung gewährleistet ist.

3 Das BAZG muss kostenlos Auskunft erteilen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, namentlich wenn der Aufwand unverhältnismässig ist.

4 Die Auskunft wird in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf elektronischem Wege erteilt.»

#### Antrag 17

Warenkontrollen erfolgen mit höchster Sorgfalt und das Ergebnis ist unverzüglich mitzuteilen.

→ Artikel 81 wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Dabei wendet das BAZG geltende rechtliche Bestimmungen und branchenübliche Standards an, welche der Verhinderung von Schäden an der Ware und der Abwendung von Gefahren durch die Ware dienen. Andernfalls ist das BAZG schadenersatzpflichtig.»

→ Artikel 81 wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Das BAZG teilt der Warenverantwortlichen das Ergebnis einer Warenkontrolle unverzüglich mit.»

#### Antrag 18

Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung greift nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten ein.

→ Artikel 83, Absatz 1 wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «Datenverantwortliche können für die Kosten, die ihnen durch eine physische Kontrolle entstehen, einen Pauschalbetrag zu den Transportkosten und den übrigen Speditionskosten aufrechnen.»

#### Antrag 19

Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.

→ Artikel 128 wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Das BAZG kann Dritten gewerbliche Leistungen erbringen, wenn die Leistungen:~~

~~a. mit seinen Aufgaben in einem engen Zusammenhang stehen; b. die Erfüllung seiner Aufgaben nicht beeinträchtigen; und c. keine bedeutenden zusätzlichen sachlichen und personellen Mittel erfordern;~~

~~und keine Wettbewerbsverzerrungen verursachen, indem sie zu Marktbedingungen und ohne Quersubventionierungen erbracht werden.~~

~~Als gewerbliche Leistung gilt auch die Überlassung von Teilen der Infrastruktur des BAZG an Dritte.»~~

→ **Artikel 129** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Das BAZG verlangt für das Erbringen gewerblicher Leistungen an Dritte und für das Überlassen seiner Infrastruktur ein Entgelt.~~

~~Gewerbliche Leistungen sind auf der Grundlage einer Kosten- und Leistungsrechnung zu mindestens kostendeckenden Preisen zu erbringen.»~~

## Antrag 20

**Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass.**

→ **Artikel 133** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Von einer Strafverfolgung kann abgesehen werden: a. in besonders leichten Fällen; b. bei Vorliegen besonderer Umstände, wenn entweder die Schuld oder bei Fahrlässigkeit die Tatfolgen besonders geringfügig sind.~~»

→ **Artikel 134** wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Die Selbstanzeige einer juristischen Person erfolgt durch ihre Organe oder Vertreter und Vertreterinnen. Die Solidarhaftung gemäss Artikel 12 Absatz 3 VStrR der Organe oder der Vertreter und Vertreterinnen wird aufgehoben und von einer Strafverfolgung wird abgesehen.»

## Antrag 21

**Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST).**

**Neuer Artikel:** «Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der steuerpflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.

Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolllarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.

Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.»



## 5. Änderungsanträge ZoG

### Antrag 1

**Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten.**

→ **Artikel 3, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Waren, die ein- oder ausgeführt werden, sind zollpflichtig, wenn:

- a. sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Art. 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zolntarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind oder
- b. die Warenverantwortliche gem. BAZG-VG Art. 7 dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht oder
- c. sie einer Warenbestimmung gemäss BAZG-VG Art. 11, Buchstabe g oder h zugeführt werden oder
- d. auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist oder
- e. sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.»

→ **Artikel 3** wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die

warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.»

## Antrag 2

**Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.**

→ **Artikel 4, Absatz 1, Buchstabe d** wie folgt ändern:

«Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und ~~aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen~~ innerhalb ~~von drei Jahren~~ der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss BAZG-VG, Art. 30, Absatz 1 unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder ~~an die Versenderin oder den Versender~~ ins Zolllausland ausgeführt werden (~~ausländische Rückwaren~~).»

→ **Artikel 4, Absatz 2** wie folgt ändern:

«Der Bundesrat kann vorsehen, dass ~~ausländische Rückwaren~~ Waren gemäss Absatz 1, die im Zollgebiet vernichtet ~~oder als Futtermittel verwendet~~ werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er regelt das Verfahren der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.»

## Antrag 3

**Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.**

→ **Artikel 9, Absatz 2, Buchstabe a** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~die Warenanmeldung enthält eine ungenügende oder zweideutige Bezeichnung der Ware; oder~~»

→ **Artikel 9** wie folgt ändern:

**Neuer Absatz:** «Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden.»

#### Antrag 4

**Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.**

→ **Artikel 10, Absatz 1** wie folgt ändern:

«Das BAZG ~~erteilt~~ verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin ~~Auskunft über~~ die zolltarifarisches Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation, sowie den nichtpräferenziellen und den präferenziellen Ursprung von Waren.»

→ **Artikel 10, Absatz 2** wie folgt ändern:

«~~Die Auskunft ist öffentlich; vorbehalten bleiben entgegenstehende Bestimmungen nach dem vorliegenden Gesetz oder einem anderen Erlass.~~ Ankünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.»

#### Antrag 5

**Zollwiderhandlungen werden nur bei Vorsatz bestraft.**

→ **Artikel 15, Absatz 4** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Zollabgaben.~~»

→ **Artikel 16, Absatz 3** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Zollabgaben.~~»

→ **Artikel 17, Absatz 3** wie folgt ändern:

**Komplett streichen:** «~~Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Einfachen des Warenwerts.~~»

Wir bitten Sie höflich, unsere Überlegungen bei der Ausarbeitung der Botschaft zu berücksichtigen.  
Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

### **Swiss Shippers' Council**



Fabio Regazzi  
NR, Präsident



Philipp Muster  
Direktor



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Swiss Shippers' Council

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SSC

Adresse : 1, place de la Ripone, 1001 Lausanne

Kontaktperson : Philipp Muster

Telefon : 021 320 32 39 / 061 753 83 59

E-Mail : philipp.muster@swiss-shippers.ch

Datum : 15.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SSC                     | <p>Wir begrüssen den Willen der Eidg. Zollverwaltung (EZV) zur Vereinfachung und Vereinheitlichung von Prozessen, zur Digitalisierung und der entsprechenden Anpassung ihrer Organisationsstrukturen.</p> <p>Die Anpassung des bestehenden Rechts hat in erster Linie EZV-interne Gründe. Die vorliegenden Gesetzesentwürfe BAZG-VG und ZoG wie auch der entsprechende Erläuternde Bericht (EB) lassen dies deutlich erkennen. Sie berücksichtigt zu einseitig die Bedürfnisse der EZV, aber zu wenig die der Exporteure und Importeure.</p> <p>Vor einer rechtlichen Anpassung in diesem Ausmass müsste eigentlich im Minimum</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Klarheit über die Zukunft der Industriezölle herrschen, sowie</li><li>• die allgemeine Zollpflicht für Waren und</li><li>• das Verfahren und die Zuständigkeit für die Erhebung der Mehrwertsteuer bei der Einfuhr</li></ul> <p>mit der Wirtschaft ergebnisoffen diskutiert werden.</p> |
| SSC                     | <p>Die exportierende und importierende Wirtschaft wurde bei der Ausarbeitung dieser Gesetzesvorschläge jedoch nicht einbezogen. Vertiefte und ergebnisoffene Diskussionen mit praxiserprobten Experten aus unserem Umfeld hat die EZV nicht geführt. Von Mitgliedern an Informationsveranstaltungen usw., vorgebrachte Inputs fanden ebenfalls keinen Eingang in die Entwürfe BAZG-VG bzw. ZoG.</p> <p>Eine Entlastung der Exporteure und Importeure bestätigt die EZV nur in reichlich theoretischer und unverbindlicher Form im EB. In den Gesetzesentwürfen selbst aber, will heissen konkret und verbindlich, können wir ein glasklares Bekenntnis zur Entlastung der Unternehmen nicht erkennen!</p>  |
| SSC                     | <p>Unsere Beurteilung der Entwürfe BAZG-VG und ZoG leitet sich im Wesentlichen aus unseren Anforderungen an das Zollrecht ab. Diese lassen sich stichwortartig und grob wie folgt zusammenfassen:</p>  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |
|-----|---|
|     | <ol style="list-style-type: none"> <li>1. praktische Machbarkeit, insbesondere auch für KMU</li> <li>2. freie Wahl ob und welcher Zolldienstleister gesetzlich garantiert</li> <li>3. freier Warenverkehr so weit wie möglich, Einbezug des Zolls nur soweit nötig</li> <li>4. administrative Entlastung für die Wirtschaft</li> <li>5. finanzielle Entlastung für die Wirtschaft</li> <li>6. Fairness und Partnerschaft zwischen Zoll und Wirtschaft</li> <li>7. Standortvorteile für die Schweiz</li> <li>8. keine «gewerblichen Geschäftsfelder» für den Zoll und keine Gebühren</li> <li>9. kein Selbstzweck des Zolls und keine Wettbewerbsverzerrungen durch den Zoll</li> <li>10. keine Besitzstandwahrung durch den Zoll, abgeleitet aus dem Ist-Zustand der zu erhebenden Steuern, der vorhandenen Instrumente, Prozesse usw.</li> </ol> |
| SSC |   |
| SSC |   |
| SSC |   |
| SSC |   |
| SSC |   |
| SSC |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
| SSC |  |
|-----|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|--|---|
| SSC  | 4    | 1    | b    | Antrag 1<br>Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. Diese Änderung bringt für Importeure eine administrative Entlastung und könnte mit der Öffnung des heutigen Verlagerungsverfahrens im Rahmen der MWSTG-Revision umgesetzt werden. | «die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), wenn die Warenverantwortliche gemäss Art. 7, Ziffer e. nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist.»  |
| SSC  | 7    |      | g    | Antrag 2<br>Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.  | «Transportverantwortliche: Person, die für den Transport verantwortlich ist <del>und daher in der Warenanmeldung als mit dem Transport der Ware beauftragte Person bezeichnet ist;</del> »  |
| SSC  | 12   | 1    |      | zusätzlich zu Antrag 2   | «Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die Warenanmeldung mit dem Transportmittel verknüpft werden, mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). Die Warenanmeldung selbst bleibt von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.» |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |              |  |  |  |
|-----|----|--------------|--|--|--|
| SSC | 12 | 2            |  | zusätzlich zu Antrag 2   | «Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.»  |
| SSC | 8  | 1            |  | Antrag 3<br><br>Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG. | «Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. Von der Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.»  |
| SSC | 8  | 4            |  | zusätzlich zu Antrag 3   | «Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode im eingeführten Zustand auf Handelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. Nicht zur Handelsstufe zählt der Detailhandel (Verkaufsfläche inkl. Lager und Transportmittel).» |
| SSC | 8  | neuer Absatz |  | zusätzlich zu Antrag 3   | «Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig des Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |  |   |
|-----|----|---|--|--|---|
|     |    |   |  |  | verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).»  |
| SSC | 14 | 1 |  | zusätzlich zu Antrag 3   | «Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung spätestens<br><br>im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze elektronisch aktiviert werden. Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig des Wochentages und der Tageszeit möglich ist.»   |
| SSC | 9  | 1 |  | Antrag 4<br><br>Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung sind nur bei Kontrollen einzureichen.   | «Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen. Bei Kontrollen gemäss dem 8. Titel sind notwendige Begleitdokumente zu übermitteln.»   |
| SSC | 15 | 1 |  | Antrag 5<br><br>Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen. | «Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette verleiht das Das BAZG verleiht Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:» |
| SSC | 15 | 2 |  | zusätzlich zu Antrag 5   | «Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen.»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |              |  |   |   |
|-----|----|--------------|--|---|---|
| SSC | 10 | neuer Absatz |  | <p>Antrag 6</p> <p>Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).</p> | <p>«Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig der Ware, der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.»</p> |
| SSC | 16 | 1            |  | zusätzlich zu Antrag 6  | ersatzlos streichen   |
| SSC | 16 | 2            |  | zusätzlich zu Antrag 6  | <p>«Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.»</p>  |
| SSC | 18 | neuer Absatz |  | <p>Antrag 7</p> <p>Das BAZG veranlagt und erhebt die Einfuhrabgaben bei schweizerischen Personen gesammelt und periodisch, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird.</p>                                   | <p>«Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |   |  |  |
|-----|----|---|---|--|--|
|     |    |   |   |  | Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.»   |
| SSC | 27 | 1 |   | zusätzlich zu Antrag 7   | «Die Abgabeschuld wird mit ihrer Verfügung fällig.»  |
| SSC | 52 | 3 |   | zusätzlich zu Antrag 7   | «Die Verfügungsadressatinnen und -adressaten sind verpflichtet, regelmässig im Informationssystem nach Artikel 67 zu prüfen, ob ihnen neue Dokumente übermittelt worden sind. Das BAZG teilt auf eine vom Adressaten angegebene E-Mail-Adresse mit, wenn neue Dokumente übermittelt worden sind.»                      |
| SSC | 18 | 3 |   | Antrag 8<br><br>Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen zu berücksichtigen.                              | «Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.»                               |
| SSC | 21 | 1 | a | Antrag 9<br><br>Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. | «die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt;» |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |  |  |
|-----|----|---|--|--|--|
| SSC | 21 | 2 |  | zusätzlich zu Antrag 9   | Das BAZG macht die Abgabeschuld bei der Warenverantwortlichen geltend, sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen. Kann eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.» |
| SSC | 21 | 3 |  | zusätzlich zu Antrag 9   | «Der Bundesrat kann im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.»   |
| SSC | 28 | 2 |  | Antrag 10<br><br>Für inländische Abgabenschuldner beträgt die Zahlungsfrist 60 Tage. | «Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Art. 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Art. 32, Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das BAZG die Zahlungsfristen und die   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |   |   |   | Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.»  |
|-----|-----|---|---|---|---|
| SSC | 33  |   |   | zusätzlich zu Antrag 10   | «Abgabeforderungen werden, soweit vorgesehen, durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.»   |
| SSC | 31  |   | c | Antrag 11<br><br>Das BAZG erbringt ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos. | ersatzlos streichen   |
| SSC | 62  | 1 |   | zusätzlich zu Antrag 11   | «Das Verfahren auf Erlass einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, dem Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), einem Abgabeerlass gemäss Art. 4 und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind in der Regel kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.» |
| SSC | 62  | 2 | b | zusätzlich zu Antrag 11   | ersatzlos streichen   |
| SSC | 63  |   |   | zusätzlich zu Antrag 11   | kmoplett streichen  |
| SSC | 140 | 1 |   | zusätzlich zu Antrag 11   | ersatzlos streichen   |
| SSC | 39  | 1 |   | Antrag 12   | «Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |              |   |  |  |
|-----|----|--------------|---|--|--|
|     |    |              |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.                  | oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1 mitteilt.»   |
| SSC | 39 | 1            |   | Antrag 13<br><br>Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen. | «Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1 mitteilt.»  |
| SSC | 39 | neuer Absatz |   | zusätzlich zu Antrag 13  | «Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Art. 30, Absatz 1.» |
| SSC | 41 | 1            | c | zusätzlich zu Antrag 13  | «wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller unverschuldet eine Nachforderung nach Artikel 39 des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint;»   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |   |  |   |
|-----|----|---|---|--|---|
| SSC | 58 | 1 |   | zusätzlich zu Antrag 13  | «Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist, Einsprache erhoben werden.»  |
| SSC | 44 | 5 | e | Antrag<br><br>Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sind nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden und somit auch für kleine Unternehmen erhältlich. | «das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur;»   |
| SSC | 44 | 5 | f | zusätzlich zu Antrag 13  | ersatzlos streichen   |
| SSC | 44 | 5 | g | zusätzlich zu Antrag 13  | ersatzlos streichen   |
| SSC | 44 | 6 |   | zusätzlich zu Antrag 13  | ersatzlos streichen   |
| SSC | 49 |   |   | Antrag 14<br><br>Systemausfälle beim BAZG werden nicht auf dem Rücken der Wirtschaftsbeteiligten ausgetragen.  | «Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Modalitäten für den Fall, dass das Informationssystem nach Artikel 67 ausfällt oder nicht erreichbar ist. Aufforderungen an die Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte elektronische Eingaben zu wiederholen oder ein papierbasiertes Notfallverfahren anzuwenden, sind unzulässig.» |
| SSC | 56 | 1 |   | Antrag 15<br><br>Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende Frist zu reduzieren.   | «Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt der Abgabenfestsetzungsfrist gemäss Art. 30, Absatz 1 sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.»   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |     |  |   |   |
|-----|-----|-----|--|---|---|
| SSC | neu |     |  | <p>Antrag 16</p> <p>Die Auskunft über vorhandene Daten juristischer Personen ist gewährleistet.</p>   | <p>Neuer Artikel:</p> <p>«1 Jede juristische Person und Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann vom BAZG Auskunft darüber verlangen, ob Daten über sie bearbeitet werden.</p> <p>2 Die betroffene juristische Person oder Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit eine transparente und korrekte Datenbearbeitung gewährleistet ist.</p> <p>3 Das BAZG muss kostenlos Auskunft erteilen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, namentlich wenn der Aufwand unverhältnismässig ist.</p> <p>4 Die Auskunft wird in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf elektronischem Wege erteilt.»</p> |
| SSC | 81  | neu |  | <p>Antrag 17</p> <p>Warenkontrollen erfolgen mit höchster Sorgfalt und das Ergebnis ist unverzüglich mitzuteilen. Das Ergebnis einer Warenkontrolle ist unverzüglich mitzuteilen.</p> | <p>Neuer Absatz: «Dabei wendet das BAZG geltende rechtliche Bestimmungen und branchenübliche Standards an, welche der Verhinderung von Schäden an der Ware und der Abwendung von Gefahren durch die Ware dienen. Andernfalls ist das BAZG schadenersatzpflichtig.»</p>  |
| SSC | 81  | neu |  | zusätzlich zu Antrag 17   | <p>Neuer Absatz: «Das BAZG teilt der Warenverantwortlichen das Ergebnis einer Warenkontrolle unverzüglich mit.»</p>   |
| SSC | 83  | 1   |  | Antrag 18   | ersatzlos streichen   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |     |  |   |   |
|-----|-----|-----|--|---|---|
|     |     |     |  | Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung greift nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten ein.  |   |
| SSC | 128 |     |  | Antrag 19<br><br>Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen. | ersatzlos streichen   |
| SSC | 129 |     |  | zusätzlich zu Antrag 19   | ersatzlos streichen   |
| SSC | 133 |     |  | Antrag 20<br><br>Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass.   | ersatzlos streichen   |
| SSC | 134 | neu |  | zusätzlich zu Antrag 20   | Neuer Absatz: «Die Selbstanzeige einer juristischen Person erfolgt durch ihre Organe oder Vertreter und Vertreterinnen. Die Solidarhaftung gemäss Artikel 12 Absatz 3 VStrR der Organe oder der Vertreter und Vertreterinnen wird aufgehoben und von einer Strafverfolgung wird abgesehen.» |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-----|-------------------------------------|--|--|
| SSC | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |  |
| SSC | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Textvorschlag</b>  |
|-------------|---------------|--|---|
| SSC         | neuer Artikel | <p>Antrag 21</p> <p>Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST).</p> | <p>«Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der steuerpflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.</p> <p>Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolltarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.</p> <p>Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.»</p> |
| SSC         |               |  |   |
| SSC         |               |  |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung  |
|------|--------|---|
| SSC  | MWSTG  | <p>Das MWSTG ist in diesem Zusammenhang mit unserem Antrag 1 BAZG-VG wie folgt zu ändern:</p> <p>Artikel 18, Absatz 1:<br/>«Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen sowie die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht.»</p> <p>Artikel 50:<br/>«Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes anordnen.»</p> |
| SSC  |        |   |
| SSC  |        |   |
| SSC  |        |   |
| SSC  |        |   |
| SSC  |        |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |
| SSC   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |   |
|--|-------------|-------------|-------------|---|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| SSC  | 3           | 1           |             | Antrag 1<br><br>Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | «Waren, die ein- oder ausgeführt werden, sind zollpflichtig, wenn:  |
| SSC  | 3           | 1           | a           | neuer Buchstabe   | a. sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Art. 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zolllarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind oder  |
| SSC  | 3           | 1           | b           | neuer Buchstabe   | b. die Warenverantwortliche gem. BAZG-VG Art. 7 dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht oder   |
| SSC  | 3           | 1           | c           | neuer Buchstabe   | c. sie einer Warenbestimmung gemäss BAZG-VG Art. 11, Buchstabe g oder h zugeführt werden oder   |
| SSC  | 3           | 1           | d           | neuer Buchstabe   | d. auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist oder |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |   |              |   |  |   |
|-----|---|--------------|---|--|---|
| SSC | 3 | 1            | e | neuer Buchstabe  | e. sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.» |
| SSC | 3 | neuer Absatz |   | neuer Absatz   | «Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.»                                  |
| SSC | 4 | 1            | d | Antrag 2<br><br>Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten. | «Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und innerhalb von der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss BAZG-VG, Art. 30, Absatz 1 unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder ins Zollland ausgeführt werden.»   |
| SSC | 4 | 2            |   | zusätzlich zu Antrag 2   | «Der Bundesrat kann vorsehen, dass Waren gemäss Absatz 1, die im Zollgebiet vernichtet oder als Futtermittel verwendet werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |              |  |   |  |
|-----|----|--------------|--|---|--|
|     |    |              |  |   | regelt das Verfahren der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.»  |
| SSC | 9  | neuer Absatz |  | Antrag 3<br><br>Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.                       | «Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden.»   |
| SSC | 10 | 1            |  | Antrag 4<br><br>Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden. | «Das BAZG verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin die zolltarifische Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation, sowie den nichtpräferenziellen und den präferenziellen Ursprung von Waren.» |
| SSC | 10 | 2            |  | zusätzlich zu Antrag 4  | Auskünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.»   |
| SSC | 15 | 4            |  | Antrag 5<br><br>Zollwiderhandlungen werden nur bei Vorsatz bestraft.  | ersatzlos streichen  |
| SSC | 16 | 3            |  | zusätzlich zu Antrag 5  | ersatzlos streichen  |
| SSC | 17 | 3            |  | zusätzlich zu Antrag 5  | ersatzlos streichen  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |
| SSC  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Die Abbildung zeigt das Microsoft Word-Schnittfeld mit dem Tab 'Überprüfen' aktiviert. Im Bereich 'Schützen' ist die Option 'Bearbeitung einschränken' hervorgehoben. Rechts daneben ist das Dialogfeld 'Bearbeitung einschränken' geöffnet, das die Berechtigungen für das Dokument anzeigt. Ein Button 'Schutz aufheben' ist ebenfalls hervorgehoben.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| □ | □ | □ | □ | □ | □ |
| □ | □ | □ | □ | □ | □ |
| □ | □ | □ | □ | □ | □ |
| □ | □ | □ | □ | □ | □ |

Datei Start Einfügen Entwurf Layout Verweise Sendungen **Überprüfen** Ansicht Entwicklertools EZV-AFD ACROBAT Format Was möchten Sie tun? Freigeben

Rechtschreibung Thesaurus Wörter zählen Übersetzen Sprache Neuer Kommentar Löschen Vorheriges Element Nächstes Element Kommentare Änderungen nachverfolgen Markup: alle Markup anzeigen Überarbeitungsbereich Annehmen Ablehnen Zurück Weiter Vergleichen Autoren blockieren **Bearbeitung einschr.** Schützen

Vernehmlassung:  
 – Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie  
 – Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

**Bearbeitung einschränken**  
 1. Formatierungseinschränkungen  
☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken  
 Einstellungen...  
 2. Bearbeitungseinschränkungen  
☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:  
 Ausfüllen von Formularen  
 3. Schutz anwenden  
 Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen?  
 (Sie können sie später deaktivieren.)  
**Ja, Schutz jetzt anwenden**

Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Zürich, 21. Dezember 2020

**Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit: Vernehmlassungsantwort Swiss Textiles**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zur Vernehmlassung hinsichtlich des Gesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit.

Im Grundsatz begrüsst Swiss Textiles die Gesetzesentwürfe BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, (BAZG-VG), Zollgesetz (ZG) sowie Zollabgabengesetz (ZoG). Die neue Gesetzesstruktur mit dem Rahmenabkommen BAZG-VG, den Abgabenerlassen sowie nichtzollrechtlichen Erlassen erlaubt eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts (inkl. nichtzollrechtliche Erlasse). Der neue Gesetzesentwurf bietet der Bundesverwaltung die notwendige Flexibilität, um das Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT) umzusetzen. Die mit der Gesetzesrevision einhergehende Vereinfachung und Flexibilisierung geht mit einer Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Swiss Textiles wünscht sich daher eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen.

Gewisse Bestimmungen erfordern unserer Ansicht nach Präzisierungen und Nachbesserungen im Gesetz bzw. in den Erläuterungen. Sie finden unsere detaillierten Anliegen im beigelegten Antwortformular.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Swiss Textiles

  
Peter Flückiger  
Direktor

  
Jasmin Schmid  
Leiterin Wirtschaft und Statistik



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Swiss Textiles

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : ST

Adresse : Beethovenstrasse 20, 8002 Zürich

Kontaktperson : Jasmin Schmid

Telefon : 044'289 79 01

E-Mail : [jasmin.schmid@swisstextiles.ch](mailto:jasmin.schmid@swisstextiles.ch)

Datum : 18.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 21 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 22 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| ST                      | Im Grundsatz begrüsst Swiss Textiles die Gesetzesentwürfe BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, (BAZG-VG), Zollgesetz (ZG) sowie Zollabgabengesetz (ZoG). Die neue Gesetzesstruktur mit dem Rahmenabkommen BAZG-VG, den Abgabenerlassen sowie nichtzollrechtlichen Erlassen erlaubt eine Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts (inkl. nichtzollrechtliche Erlasse). Der neue Gesetzesentwurf bietet der Bundesverwaltung die notwendige Flexibilität, um das Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT) umzusetzen. In gewissen Punkten muss das Gesetz präzisiert und verbessert werden. Siehe dazu unsere Anmerkungen zu den einzelnen Artikeln. |
| ST                      | Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, wünschen wir uns eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen sowie einen starken Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnung.   |
| ST                      | Wir begrüssen, dass das Verfahren der provisorischen Verzollung mit der Möglichkeit zur Einsprache wegfällt. Die Unternehmen können nun Ursprungsnachweise nachreichen im Rahmen des Einspracheverfahrens und müssen die Waren nicht vorgängig provisorisch verzollen. Oftmals vergassen die Unternehmen in Fällen von fehlenden Ursprungszeugnissen, die Waren provisorisch zu veranlagern. Die Abgaben konnten nicht zurückerstattet werden. Wir wünschen uns allerdings eine Verlängerung der Frist für Einsprachen.   |
| ST                      | Das BAZG hat neue Vereinfachungen im Zuge der Gesetzesrevision in Aussicht gestellt. z.B. sollen Sicherheiten nicht mehr flächendeckend eingefordert werden. Swiss Textiles begrüsst diese und weitere Vereinfachungen, warnt aber davor, diese lediglich AEO zertifizierten Unternehmen zugänglich zu machen. Aufgrund der hohen Anforderungen zur Erlangung des AEO-Status wären KMU dadurch benachteiligt.   |
| ST                      | Swiss Textiles begrüsst die neu aufgestellte Warenanmeldung mit der Anmeldung, Referenzierung und der Aktivierung. Die Warenanmeldung wird dadurch vereinfacht. Das Gesetz berücksichtigt auch die notwendigen Ausnahmemöglichkeiten von der Aktivierung, was Swiss Textiles begrüsst.  |
| ST                      |   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |
|----|--|
| ST |  |
| ST |  |
| ST |  |
| ST |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|---|---|
| ST   | 9    | 1    |      | Art. 9 Abs. 1 verlangt die Übermittlung aller notwendigen Begleitdokumente zum Zeitpunkt der Warenanmeldung. Zum Zeitpunkt der Warenanmeldung sind indessen nicht immer sämtliche Unterlagen (wie z.B. Ursprungsnachweise) vorhanden. Wir wünschen uns daher eine Änderung im Gesetzesentwurf.  | Art. 9 Abs. 1 soll wie folgt geändert werden:<br>...Es müssen alle zum Zeitpunkt der Anmeldung vorhandenen notwendigen Begleitdokumente übermittelt werden.   |
| ST   | 30   | 5    |      | Verjährung: Uns ist unklar, in welchen Fällen die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren zur Anwendung kommt. Wir wünschen uns ein entsprechendes Beispiel in Bezug auf eine Zollkontrolle, bei welcher weiter zurückliegende Sendungen kontrolliert werden.   | Wir wünschen uns ein Beispiel im erläuternden Bericht.  |
| ST   | 46   | 1-2  |      | Gemäss Art. 46 kann das BAZG gegen Inhaberinnen und Inhaber einer von ihm erteilten Bewilligung und gegen Datenverantwortliche administrative Massnahmen ergreifen. Wir bitten mit administrativen Massnahmen vorsichtig umzugehen. In vielen Fällen, in denen Personen die Anforderungen nicht einhalten, geschieht dies nicht vorsätzlich, sondern aus Unwissen. Wir bitten daher, dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung zu tragen. | Erläuterungen Art. 46, S. 49 ist zu ergänzen:<br>Das Ziel der Massnahmen ist, dass die Betroffenen nachhaltige Schritte und Anstrengungen unternehmen, um die Qualität ihrer Tätigkeiten zu verbessern (z. B. Personal aufstocken oder schulen, Prozesse verbessern, Software anpassen). Bei der Ergreifung administrativer Massnahmen folgt das BAZG dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit. |
| ST   | 53   | 2    |      | Fristwahrung im elektronischen Verfahren:<br>Bei Nichterreichbarkeit des Informationssystem verpflichtet Art. 53 Abs. 2 das Unternehmen täglich zu prüfen, ob das System erneut funktioniert. Ansonsten kann es sein, dass die Fristverlängerung um einen Tag bei Nichterreichbarkeit des Systems verstreicht. Gerade   | Wir beantragen nachstehende Änderung im Gesetzesentwurf:<br>Ist das Informationssystem nach Artikel 67 am Tag, an dem eine Frist abläuft,   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |  |  |  |
|----|----|---|--|--|--|
|    |    |   |  | im kaufmännischen Bereich arbeiten viele Personen Teilzeit. Wir bitten dies mit einer entsprechenden Fristverlängerung zu berücksichtigen.   | nicht erreichbar, so verlängert sich die Frist um drei Werktage ab dem Tag, wo das System wieder erreichbar ist.   |
| ST | 56 | 1 |  | <p>Art. 56 Aufbewahrung von Daten und Dokumenten:<br/>Der Begriff "absolute" Verjährung kann missverstanden werden in der Hinsicht, dass die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren und nicht die Verjährungsfrist von 5 Jahren herangezogen werden muss.</p> <p>Wir regen an "absolute" zu streichen. Zudem regen wir an, in den Erläuterungen die Aufbewahrungsfrist näher zu erläutern bzw. zu erläutern, in welchen möglichen Fällen die Frist von 15 Jahren gilt. Bestehen Unsicherheiten, werden die Unternehmen sich generell an die maximale Verjährungspflicht von 15 Jahren halten, was nicht gewünscht wird.</p> <p>Des Weiteren wünschen wir uns, dass in den Erläuterungen präzisiert wird, welche Unterlagen aufzubewahren sind (Rechnungen, Veranlagungsverfügungen, Ursprungsnachweise / Lieferantenerklärungen).</p> | <p>Textvorschlag für den Gesetzesentwurf:<br/>Art. 56 Aufbewahrung von Daten und Dokumenten<br/>1 Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind,<br/>sind bis zum Eintritt der Verjährung der Abgabeforderung sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.</p> <p>In den Erläuterungen auf S. 55 ist zu präzisieren, welche Daten aufbewahrt werden müssen: Abs. 1</p> <p>Die vorliegende Bestimmung regelt die Frist und die Grundsätze der Aufbewahrung von Daten und Dokumenten. Namentlich handelt es sich um nachstende Daten und Dokumente: Rechnung, Veranlagungsverfügung, Ursprungsnachweise.</p> |
| ST | 58 | 1 |  | Gemäss Art. 39 kann das BAZG, geschuldete Beträge bis zu einem Jahr nachfordern. Art. 58 gewährt den Unternehmen für Einsprachen allerdings nur eine Frist von 60 Tagen. Die Frist von 60 Tagen wird den internen Abläufen von Unternehmen zudem nicht gerecht. Wir wünschen uns deshalb eine Verlängerung der Frist auf ein Jahr.   | Textvorschlag für den Gesetzesentwurf:<br>Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert eines Jahres nach der Eröffnung Einsprache erhoben werden.   |
| ST | 60 | 1 |  | Analog der Fristen für die Einsprache gemäss Art. 58, wünschen wir uns auch bei der Beschwerdemöglichkeit eine Erweiterung der Frist auf ein Jahr. Dies um   | Textvorschlag für den Gesetzesentwurf:<br>Gegen Einspracheentscheide des BAZG kann innert eines Jahres nach der  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |   |   |   |  |
|----|----|---|---|---|--|
|    |    |   |   | Asymmetrien zwischen den Rechten des BAZG und der Unternehmen zu vermeiden und um die internen Prozesse der Unternehmen besser zu berücksichtigen.  | Eröffnung verwaltungsinterne Beschwerde beim BAZG erhoben werden. Das BAZG stellt sicher, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.  |
| ST | 62 | 2 | b | Art. 62, Abs. 2 Bst b ist zu generell gefasst. Es erschliesst sich uns nicht, welche Arten von Kontrollen darunter fallen werden bzw. welche nicht. Wir wünschen uns eine Präzisierung im Gesetzestext bzw. im erläuternden Bericht.  |  |
| ST | 66 | 1 |   | Mit Artikel 66 wird die Grundlage für die Bearbeitung Daten juristischer Personen wie z.B. Fabrikationsgeheimnissen geschaffen. Besonders wichtig erscheint uns, dass diese Daten ausreichend geschützt und nicht an Dritte weitergegeben werden. Wir wünschen uns daher eine Präzisierung in den Erläuterungen.  | Erläuterungen S. 67:<br>Diese Norm ändert nichts an den bestehenden straf-, verwaltungs- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen zum Schutz von Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnissen, sondern findet nur insoweit Anwendung, als das BAZG solche Daten überhaupt herausverlangen darf oder die betroffene Person diese dem BAZG freiwillig bekannt gibt. Besonders schützenswerte juristische Daten, die im Rahmen von Ursprungsüberprüfungen durch das BAZG bearbeitet werden, dürfen Dritten nicht weitergegeben werden. |
| ST | 77 | 3 |   | Wir wünschen uns eine Ergänzung in den Erläuterungen, dass es sich bei Art. 77 Abs. 3, um Kontrollen handelt, die auf ausländischem Gebiet bei Gemeinschaftszollanlagen zur Anwendung kommen. Der Artikel kann ansonsten auch dahingehend aufgefasst werden, dass eine Grundlage für Völkerrechtliche Verträge mit gegenseitigen Extra-Territorialen Kontrollen im Ursprungsbereich geschaffen werden soll. | Ergänzung der Erläuterungen Art. 77 Abs. 3:<br>Dieser Absatz beschränkt sich auf Kontrollen, die auf ausländischem Gebiet bei Gemeinschaftszollanlagen, stattfinden. Kontrollen des BAZG im Ausland richten sich nach internationalem Recht (z. B. gemischte Patrouillen mit den Nachbarstaaten).  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |     |   |  |  |   |
|----|-----|---|--|--|---|
| ST | 140 | 1 |  | <p>Art. 140 befugt das BAZG Gebühren für Verfügungen, Dienstleistungen und besondere amtliche Verrichtungen, die bei der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen, namentlich für Bewilligungen nach den Artikeln 44 und 45, die Anordnung von Sicherheitsleistungen und Betriebsprüfungen, soweit diese zu Beanstandungen führen.</p> <p>Aufgrund des komplexen Zolldariffsystems und der komplexen Ursprungsregeln im Textil- und Bekleidungsbereich ist es für die Textil- und Bekleidungsbranche zentral, dass Tarif- und Ursprungsankünfte durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben. Unsere Branche wäre ansonsten aufgrund der komplexen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die aufgrund internationaler Abhängigkeiten derzeit nicht vereinfacht werden können, doppelt benachteiligt.</p> <p>Zudem wünscht sich Swiss Textiles auch kostenlose Auskünfte im nichtpräferenziellen Bereich.</p> | <p>Textvorschlag für die Erläuterungen S. 115 13. Titel: Gebühren, zweiter Absatz</p> <p>Die Aufzählung in Absatz 1 ist nicht abschliessend. Für Tarifs- und Ursprungsankünfte werden weiterhin keine Gebühren erhoben. Vorbehalten bleibt die Gebührenregelung nach Artikel 62 für Verfügungen im Veranlagungsverfahren.</p> |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |
| ST |     |   |  |  |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|    | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|----|--------------------------|--|---------------------------|
| ST | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| ST | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |
| ST          |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |   |             |             |             |  |  |
|---|---|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b>                                 | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| ST  | Zolltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 127 (ZTG) | 4           | 1-3         |             | Der Bundesrat kann, wenn es die Interessen der Schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexperten Zollansätze angemessen herabsetzen. In der Praxis zeigt sich, dass sich die Anwendung dieses Absatzes als sehr schwierig erweist. Speziell die Voraussetzung, dass die Zollherabsetzung einen volkswirtschaftlichen Nutzen generieren muss, führt dazu, dass tiefe Zölle beibehalten werden müssen, da der erforderliche volkswirtschaftliche Nutzen nicht erreicht werden kann. Dies obwohl der Zoll für die Branche stossend ist. Wir regen an, diese Bestimmung im Zuge der Revision zu vereinfachen. | <p>Art. 4 Gebrauchstarif</p> <p>1 Der Bundesrat kann Abkommen über Zollansätze vorläufig anwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft setzen. Ebenso kann er Zollansätze vorläufig in Kraft setzen, die sich aus Abkommen ergeben, die der Bundesrat nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorläufig anwenden kann.</p> <p>2 Der Bundesrat kann Zollansätze, die sich im Verhältnis zu den in Zollverträgen gesenkten Ansätzen als überhöht erweisen, entsprechend herabsetzen.</p> <p>3 Der Bundesrat kann auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexpertenkommission:</p> <p>a. anordnen, dass auf die Erhebung von Zöllen auf bestimmten Waren ganz oder teilweise verzichtet wird;</p> <p>b. Zollkontingente festlegen.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|--|
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |
| ST   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| ST  |                           |
| ST  |                           |
| ST  |                           |
| ST  |                           |
| ST  |                           |
| ST  |                           |
| ST  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| ST   | 4           | 1           | d           | <p>Ausländische Rückwaren: Ausländische Rückwarensendungen dürfen gemäss vorliegendem Entwurf nur innerhalb von drei Jahren zollfrei getätigt werden.</p> <p>Solange mittels der Unterlagen nachgewiesen werden kann, dass die Bedingungen für die zollfreie Einfuhr der ausländischen Rückwaren gegeben ist, muss eine Erweiterung der Frist auf fünf Jahre und damit eine Anpassung an die Verjährungsfrist möglich sein.</p>   | Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen innerhalb von fünf Jahren unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder an die Versenderin oder den Versender ins Zollaussland ausgeführt werden (ausländische Rückwaren). |
| ST   | 9           | 2           | a           | Ob eine Warenanmeldung eine zweideutige oder ungenügende Warenbezeichnung aufweist, unterliegt einer subjektiven Bewertung.   | Wir beantragen die Streichung von Art. 9, Abs. 2 Bst. a  |
| ST   | 10          | 1           |             | <p>Aufgrund des komplexen Zolltarifsystems und der komplexen Ursprungsregeln im Textil- und Bekleidungsbereich ist es für die Textil- und Bekleidungsbranche zentral, dass Tarif- und Ursprungsankünfte durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben. Unsere Branche wäre ansonsten aufgrund der komplexen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die aufgrund internationaler Abhängigkeiten derzeit nicht vereinfacht werden können, doppelt benachteiligt.</p> <p>Wir wünschen uns daher entweder bei den Gebühren (siehe oben BAZG-VG) oder in diesem Artikel den Hinweis, dass zolltarifliche Einreihungen und Ursprungsankünfte (sowohl im präferenziellen wie</p> | <p>Textvorschlag für das ZoG Art. 10 Abs.1:</p> <p>Das BAZG erteilt auf schriftliche Anfrage hin kostenlos Auskunft über die zolltarifliche Einreihung und den präferenziellen sowie den nicht-präferenziellen Ursprung von Waren .</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |    |     |  |   |  |
|----|----|-----|--|---|--|
|    |    |     |  | auch nicht-präferenziellen Bereich) weiterhin kostenlos sind.   |  |
| ST | 10 | 1-2 |  | Im gegenwärtigen Zollgesetz beschränkt sich die Gültigkeit der Auskunft durch die EZV über die zolltarifarische Einreihung auf sechs Jahre und über den präferenziellen Ursprung auf drei Jahre. Im vorliegenden Entwurf des ZoG steht dazu nichts mehr. Wir wünschen uns eine Ergänzung im Gesetz wie lange Auskünfte gültig sind. | Neu Abs. 3:<br>Sie beschränkt die Gültigkeit ihrer Auskunft über die zolltarifarische Einreihung auf sechs Jahre und über den Ursprung auf drei Jahre. |
| ST | 15 | 4   |  | Zollhinterziehung: Wir begrüssen, dass das mildere Strafmass für fahrlässige "Handlungen" nun auch gesetzlich verankert wird. In der Praxis wurde dies bereits so gehandhabt.   |  |
| ST | 16 | 3   |  | Wir begrüssen, dass neu bei der Zollgefährdung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit unterschieden werden soll.   |  |
| ST | 17 | 1+3 |  | Wir begrüssen, dass beim Bannbruch eine Unterscheidung zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Tatbegehung eingeführt wird. Auch die Senkung der Strafraumen befürworten wir.   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |
| ST |    |     |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|    |  |  |  |  |  |
|----|--|--|--|--|--|
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |
| ST |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |
| ST   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, displaying the document's protection status. At the bottom of this panel, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Pro DC interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' panel is open on the right, showing the 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) section. The 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen' (Allow only these changes in the document) checkbox is checked, and the 'Ausfüllen von Formularen' (Fill in forms) option is selected. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted in the bottom right of the panel.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SWISSCOFEL

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SWISSCOFEL

Adresse : Belpstrasse 26

Kontaktperson : Marc Wermelinger / Roger Maeder

Telefon : 031 380 75 75

E-Mail : [marc.wermelinger@swisscofel.ch](mailto:marc.wermelinger@swisscofel.ch)

Datum : 23.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 8  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 19 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SWISSCOFEL              | <p>Sehr geehrte Damen und Herren</p> <p>Wir danken Ihnen für die Einladung an der Vernehmlassung teilzunehmen, was wir hiermit gerne tun. SWISSCOFEL ist der Verband des Schweizer Früchte-, Gemüse- und Kartoffelhandels sowie der Hersteller küchenfertiger Schnittsalate. Die in unserem Verband organisierten Unternehmen sind verantwortlich für rund 85% der Schweizer Marktversorgung mit diesen Produkten. Unsere Mitglieder repräsentieren zudem sämtliche Stufen des Handels, namentlich den Grosshandel, den Importhandel, den Verteilhandel und den Detailhandel. Rund 50% der in der Schweiz konsumierten Früchte und Gemüse stammen aus dem Inland und 50% werden importiert. Dementsprechend wichtig sind diese Verordnungen für unsere Mitgliedfirmen.</p> <p>In unserer Stellungnahme beschränken wir uns auf jene Punkte, die für unsere Mitgliedunternehmen direkt oder indirekt relevant sind. Danke, dass Sie unsere Bemerkungen und Anträge berücksichtigen.</p> <p>Freundliche Grüsse<br/>SWISSCOFEL<br/>Martin Farner, Präsident<br/>Marc Wermelinger, Geschäftsführer</p> |
| SWISSCOFEL              |  |
| SWISSCOFEL              | <p>SWISSCOFEL begrüsst allgemein die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Abläufe welche durch den Einbezug der Digitalisierung weniger administrativen Aufwand generieren soll.</p> <p>Es ist SWISSCOFEL ein Anliegen, dass für unsere Mitglieder in Bezug auf Importe und Exporte von schnell verderblichen Produkten, eine rasche und einfache Abwicklung im Zollverfahren gewährleistet ist.</p>  |
| SWISSCOFEL              |  |
| SWISSCOFEL              |  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |
|------------|--|
| SWISSCOFEL |  |
| SWISSCOFEL |  |
| SWISSCOFEL |  |
| SWISSCOFEL |  |
| SWISSCOFEL |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name       | Art.    | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------------|---------|------|------|--|---|
| SWISSCOFEL | Art. 8  | 4    |      | Die aktuelle und erneut vorgeschlagene Regelung ist in den Filialen des Detailhandels in der Praxis kaum durchsetzbar. Die Detailhändler verfügen nicht über die erforderlichen Informationen wann die angelieferten Importprodukte eingeführt, und bis wann sie verkauft sein müssen. Wir erachten deshalb eine Berücksichtigung von Warenvorräten auf dieser Stufe nicht als sinnvoll. Dies insbesondere auch deshalb weil diese Vorräte nur für den unmittelbaren Verkauf bestimmt sind und wegen den geringen Mengen keine Marktstörungen verursachen. In Bezug auf den Grosshandel erachten wir den Artikel 8, Absatz 4 hingegen als zielführend. | 4<br>Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode auf Grosshandelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. Nicht als Vorräte gelten Warenmengen, die sich in den Räumlichkeiten von Endverbrauchern und Detailhandelsgeschäften befinden.   |
| SWISSCOFEL | Art. 24 |      |      | .  | Für natürliche Personen, ersatzlos streichen.   |
| SWISSCOFEL | Art. 29 | 2    |      |  | Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabenerlasse gemäss Art. 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Art. 32, Absatz 2. In den übrigen Fällen legt |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |         |  |  |   |   |
|------------|---------|--|--|---|---|
|            |         |  |  |   | das BAZG die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.  |
| SWISSCOFEL | Art. 71 |  |  | Schuldnerinnen und Schuldner haben Anspruch auf die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen. Dies gerade auch in Fällen in denen das BAZG den Auftrag zur Bonitätsprüfung an Dritte delegiert. | Das BAZG darf Dritten Daten über die finanzielle und wirtschaftliche Situation von Personen bekannt geben, falls die Dritten im Auftrag des BAZG die Bonität von Schuldnerinnen und Schuldnern überprüfen sollen. Die Dritten haben dem BAZG zuzusichern, dass sie die Daten ausschliesslich im Sinne ihres Auftrags verwenden und dass sie die rechtlichen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes einhalten. |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |
| SWISSCOFEL |         |  |  |   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |  |  |  |  |
|------------|--|--|--|--|--|
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|            | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| SWISSCOFEL | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| SWISSCOFEL | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SWISSCOFEL   | 4           |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |
| SWISSCOFEL  |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |
| SWISSCOFEL  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |  |  |  |  |  |
|------------|--|--|--|--|--|--|
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |
| SWISSCOFEL  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| SWISSCOFEL   | Art. 7      | 1           |             | Die aktuelle und erneut vorgeschlagene Regelung ist in den Filialen des Detailhandels in der Praxis kaum durchsetzbar. Die Detailhändler verfügen nicht über die erforderlichen Informationen wann die angelieferten Importprodukte eingeführt, und bis wann sie verkauft sein müssen. Wir erachten deshalb eine Berücksichtigung von Warenvorräten auf dieser Stufe nicht als sinnvoll. Dies insbesondere auch deshalb weil diese Vorräte nur für den unmittelbaren Verkauf bestimmt sind und wegen den geringen Mengen keine Marktstörungen verursachen. In Bezug auf den Grosshandel erachten wir den Artikel 7 hingegen als zielführend. | Für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die einem Zollkontingent nach dem Zolllarifgesetz vom 9. Oktober 1986 unterliegen, in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode auf Stufe Handel noch vorhanden sind, ist die Zollabgabendifferenz zu den Ausserkontingentszollansätzen nachzuentsrichten. Nicht zu melden sind Warenmengen die, die sich in den Räumlichkeiten von Endverbrauchern und Detailhandelsgeschäften befinden. |
| SWISSCOFEL   | Art. 9      | 1           | c neu       | Insbesondere frische Früchte und Gemüse können innerhalb kurzer Zeit Veränderungen des Gewichts aufweisen. Dies aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit, insbesondere Wasserverlust. Diese Abweichungen können auf dem Weg zwischen dem Versender und dem Empfänger erheblich sein. Sie können nicht im Voraus bestimmt werden. Die Einführung einer Toleranz bei abweichenden Mengenangaben für solche Produkte wird das Problem deutlich entschärfen.  | Für Waren bei denen sich die Menge oder das Gewicht aufgrund ihrer natürlicher Eigenschaften verändert, kann der Bundesrat für die Mengen- und Gewichtsangabe Toleranzen festlegen.  |
| SWISSCOFEL   | Art. 22     |             |             |  | Wir unterstützen Variante 2  |
| SWISSCOFEL   |             |             |             |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |  |  |  |  |
|------------|--|--|--|--|--|
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |  |  |  |  |
|------------|--|--|--|--|--|
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |
| SWISSCOFEL |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |
| SWISSCOFEL   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane is open on the right. The 'Bearbeitung einschränken' button is highlighted with a red box. Below the task pane, a table with 2 columns (Name, Bemerkung/Anregung) is visible, with a yellow header row. A red box highlights the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in red. The 'Bearbeitung einschränken' panel is also highlighted in red, showing the 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) section.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |

The document title is **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**.

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 28. Dezember 2020

## **Vernehmlassungsverfahren zur Totalrevision des Zollgesetzes - Stellungnahme SwissHoldings**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur Totalrevision des Zollgesetzes.

Unsere Stellungnahme zu einzelnen Gesetzes- und Verordnungsartikeln finden Sie nachfolgend unter den Ziffern 2 und 3. Dabei beschränken wir uns auf die für die Wirtschaft wesentlichen Punkte unter Ausklammerung der grenzpolizeilichen Aspekte.

Vorab finden Sie unsere Position in Form einer Kurzübersicht.

### **1. Kurzübersicht unserer Position**

Wir begrüssen die Modernisierung der Zollgesetzgebung und insbesondere deren vorausschauende Adaptierung an die bevorstehenden Änderungen im Rahmen des Projekts DAZIT. Einen Fokus auf **Simplifizierung und Digitalisierung** unterstützen wir ausdrücklich.

Es ist jedoch festzuhalten, dass die vorliegenden Entwürfe von BAZG-VG und ZoG **sehr offen formuliert und wenig konkret** sind. Ohne Kenntnisse über die auf den verschiedenen Ebenen des Verordnungsrechts vorgesehenen Präzisierungen ist eine umfassende Einschätzung für die Wirtschaft schwierig. Es kann so nicht umfassend beurteilt werden, ob die gesetzlichen Grundlagen wirklich zu einer regulativen und verfahrenstechnischen Entlastung der Unternehmen führen.

Wir danken Ihnen für die Weiterführung des Einbezugs der Wirtschaft und die gute Zusammenarbeit und möchten beliebt machen, für die **Umsetzung ein Konsultativgremium mit Vertretern aus der Wirtschaft** einzusetzen.



## **2. Stellungnahme zu einzelnen Punkten des BAZG-VG**

### **BAZG-VG Art. 9**

Die Sendungsdokumentation soll in Zukunft mit der Zollanmeldung übermittelt werden, wobei gemäss erläuterndem Bericht der Bundesrat auf Verordnungsstufe die zu übermittelnden Begleitdokumente festlegen wird. Unseres Erachtens sollen die Dokumente erst dann übermittelt werden, wenn tatsächlich eine Kontrolle durch die Zollbehörden stattfindet und nicht in jedem Fall. Dies soll den Arbeitsaufwand für die involvierten Parteien senken.

Sollte an dieser Bestimmung festgehalten werden, macht eine obligatorische Übermittlung aller Begleitdokumente für die Zollanmeldungen aus unserer Sicht nur dann Sinn, wenn diese im Anschluss vom Warenverantwortlichen gemeinsam mit der Veranlagungsverfügung über das IT-System Zoll bezogen werden können. Dadurch wären die aufzubewahrenden Dokumente zur Einfuhrverzollung bereits elektronisch erfasst und eine weitere Erfassung und Zuordnung zum Geschäftsfall wäre bereits sichergestellt (Erleichterung für die Wirtschaft).

### **BAZG-VG Art. 12**

In Zukunft soll die Zollanmeldung mit der Transportmittel-Immatrikulation verknüpft werden. Im Import ist dieses Referenzieren bereits heute Standard. Im Export wird jedoch die Ausfuhrzollanmeldung durch die exportierende Unternehmung erstellt, wobei zu diesem Zeitpunkt die Abholung durch den Spediteur in den meisten Fällen noch nicht organisiert wurde. Zudem kann im Verlauf des grenzüberschreitenden Transports ein Fahrzeugwechsel bzw. ein Umladen erfolgen. Aus diesen Gründen lehnen wir es ab, dass bei der Zollanmeldung transportbezogenen Angaben gemacht werden müssen. Eine gesetzliche Verknüpfung würde massiv in die logistischen Abläufe der Unternehmen eingreifen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung führen.

### **BAZG-VG Art. 14**

Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen, die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus dem Gesetzesentwurf kann jedoch nicht entnommen werden, ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann, zum Beispiel bei einer Anlieferung im Transitverfahren zu einer Fabrik, ohne dass ein Zwischenstopp bei einem zugelassenen Empfänger notwendig ist. Bereits heute ist dies möglich, sofern die Fabrik der Kontrollzollstelle als zugelassener Ort bekannt ist. Wir würden begrüßen, wenn dies weiterhin möglich wäre und weitergehende Vereinfachungen geprüft werden (Anlieferung ohne Status als zugelassener Ort, sofern die Zollanmeldung durch einen Zugelassenen Empfänger, i.d.R. Verzollungsagent vorgenommen wurde).

### **BAZG-VG Art. 18**

Es wäre zu begrüßen, wenn die Möglichkeit vorgesehen wird, dass das BAZG die Abgaben periodisch, entweder je Kalendermonat oder vierteljährlich, veranlagt. Dies wird insbesondere relevant, wenn die Aktivierung periodisch erfolgt.

### **BAZG-VG Art. 56 Abs. 1**

Die absolute Verjährungsfrist beträgt 15 Jahre. Der Wortlaut des Artikels impliziert aktuell eine Verlängerung der Aufbewahrungspflicht von 5 auf 15 Jahre. Es gilt zu präzisieren, dass die Aufbewahrungspflicht lediglich 5 Jahre beträgt und diese sich, sollten innerhalb der Frist Rechtsmittel eingelegt werden, auf max. 15 Jahre verlängert.

### **BAZG-VG Art. 58/59**

Wir begrüßen die Vereinheitlichung der Fristen für Berichtigung und Beschwerde. Hier ist jedoch zu beachten, dass in Fällen in denen Unterlagen von ausländischen Behörden

beigebracht werden müssen, 60 Tage im internationalen Umfeld zu kurz sind. Damit für BAZG und die Wirtschaft gleiche Bedingungen gelten, würden wir begrüssen, wenn die in Art. 30 festgelegte Verjährungsfrist von 5 Jahren auch für die Wirtschaft angewendet würde.

Die Erledigung der provisorischen Veranlagungen im Rahmen einer Berichtigung ist eine begrüssenswerte Vereinfachung.

Ebenfalls schätzen wir die Möglichkeit eine Berichtigung im Einspracheverfahren lösen zu können. Wir möchten hingegen anmerken, dass es für eine effiziente Umsetzung notwendig wäre keine zusätzlichen Bedingungen zu stellen, um diesen Prozess zu nutzen, und abschliessend darzulegen welche Sachverhalte für eine automatisierte Erledigung geeignet sind. Zusätzlich sollte die Möglichkeit der Korrektur und der Selbstanzeige klar getrennt bleiben, um erhöhte Rechtsunsicherheit für Unternehmen zu vermeiden. Es wäre zu begrüssen, wenn eine Spezifizierung in diesem Bereich im Rahmen eines Konsultativgremiums mit Vertretern der Wirtschaft erarbeitet würde.

#### **BAZG-VG Art. 46 & Art. 62**

Wir erwarten, dass die Zollbehörde Ihre internen Richtlinien vollumfänglich veröffentlicht und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt.

Des Weiteren dürfen Erträge aus Kostenüberwälzungen und Aberkennungen von «Zollprivilegien» nicht als Leistungsziele der Zollbehörden geführt werden. Es muss vermieden werden, dass dem Zollanmelder Kosten auferlegt werden, aufgrund der Tatsache, dass jede Beanstandung der Zollverwaltung auf einer Kontrolle basiert. Wir möchten daher die Streichung von Art. 62 Abs. 2 Bst. b und die Anpassung damit verbundener Bestimmungen anregen.

#### **BAZG-VG Art. 81**

Die Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Umweltaspekten ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir erwarten daher bei der physischen Kontrolle von Waren, dass für die Nahrungsmittel-, Chemie- und Pharmaindustrie im Gesetz verankert wird, dass eine Zollkontrolle nur nach erfolgter Rücksprache mit den betroffenen Unternehmen durchgeführt werden darf. Die Unternehmen sollen das Recht erhalten, eine physische Kontrolle vor Ort abzulehnen und einen geeigneten Ort für die Kontrolle festzulegen. Die dabei anfallenden Kosten sollen nicht an die Betriebe (Warenverantwortliche) weiterverrechnet werden.

#### **BAZG-VG Art. 84**

Das Resultat einer physischen oder nachgelagerten Kontrolle soll in Zukunft den Unternehmen zeitnah und vollumfänglich eröffnet werden, damit diese organisatorische sowie prozessuale Vorkehrungen treffen können, um gesetzliche Abweichungen zu verhindern.

### **3. Stellungnahme zu einzelnen Punkten des ZoG**

#### **ZoG Art. 9 Abs. 2 Bst. a**

Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Wir lehnen diese vorgeschlagene Bestimmung entschieden ab.

Unseres Erachtens kann diese Bestimmung zu einer willkürlichen und höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unter bestehenden Bestimmungen hat sich mehrfach gezeigt, dass zu höchsten Zollansätzen gegriffen wird, was zu unverhältnismässig hohen Nachforderungen geführt hat. Unseres

Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und im Rahmen der Digitalisierung auch nicht zeitgemäss. Wo möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z.B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld «besondere Bemerkungen» der Warenposition).

**ZoG Art. 10**

Das Recht auf Auskunft soll nicht nur tarifarische Auskünfte umfassen, sondern auf nationales Zollrecht, interne Richtlinien sowie die Expertise im Bereich des internationalen Zollrechts erweitert werden.

Wir bitten Sie höflich, unsere Überlegungen bei der Ausarbeitung der Botschaft zu berücksichtigen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**SwissHoldings**  
Geschäftsstelle

A blue ink signature, appearing to be "GR", followed by a long horizontal stroke.

Dr. Gabriel Rumo  
Direktor

A blue ink signature, appearing to be "JB", with a stylized, looped design.

Julia Burkhalter  
Fachreferentin Aussenwirtschaft

Cc SH Customs Subgroup



Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an:  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

#### **Wirtschaftspolitik**

Nicolas Stephan  
Ressortleiter Volkswirtschaft

Pfingstweidstrasse 102  
Postfach  
CH-8037 Zürich  
Tel. +41 44 384 48 40

n.stephan@swissmem.ch  
www.swissmem.ch

Zürich, 15. Dezember 2020

## **Revision des Zollgesetzes – Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir beziehen uns auf das vom Bundesrat am 11. September 2020 eröffnete Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Zollgesetzes und danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Swissmem ist der führende Verband für KMU und Grossunternehmen der schweizerischen Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (MEM-Industrie) sowie verwandter technologieorientierter Branchen. Swissmem fördert die nationale und die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer rund 1'200 Mitgliedsfirmen durch eine wirkungsvolle Interessenvertretung, bedarfsgerechte Dienstleistungen, eine gezielte Vernetzung sowie eine arbeitsmarktgerechte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MEM-Industrie.

Die Schweizer MEM-Industrie ist eine facettenreiche und innovative Hightech-Branche, die in sämtlichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen leistungsstarke Lösungen anbietet. Sie erwirtschaftet 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2019) und nimmt damit in der schweizerischen Volkswirtschaft eine Schlüsselstellung ein. Die Branche ist mit rund 325'000 Beschäftigten die grösste industrielle Arbeitgeberin der Schweiz und leistet mit Ausfuhren im Wert von CHF 68.3 Milliarden rund 30 Prozent der gesamten Güterexporte. 56 Prozent der ausgeführten Güter der MEM-Industrie werden in die EU exportiert.

### **Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage**

Wir beurteilen die Vorlage im Grundsatz wie folgt:

- Die Revision des Gesetzes ermöglicht eine umfassende organisatorische Modernisierung und Digitalisierung der Eidgenössischen Zollverwaltung sowie bedeutende Effizienzgewinne inner- und ausserhalb der Verwaltung.
- Die Prozesse werden vereinheitlicht, vereinfacht und digitalisiert, was zu einer Reduktion der Grenzformalitäten führen wird. Durch den digitalen Zollabfertigungsprozess und die möglichst automatisierte Bewilligungserteilung kann der Warenverkehrsprozess im Vergleich zu heute vereinfacht werden.

- Neben Prozessvereinfachungen können Firmen von weiteren Erleichterungen profitieren. Diese betreffen den Zeitpunkt der Warenanmeldung (nach dem Verbringen von Waren über die Zollgrenze) sowie den Rhythmus von Warenanmeldungen (Möglichkeit zur Sammelanmeldung).
- Die Modernisierung der Zollverwaltung stellt ebenfalls sicher, dass die Schweiz mit den sich weiterentwickelnden europäischen und internationalen Standards auch in Zukunft Schritt halten kann.

Eine effiziente Zollabfertigung ist für den reibungslosen Ablauf der Exporttätigkeit der stark exportorientierten MEM-Industrie ein bedeutender Standortfaktor.

### **Detailbemerkungen**

Swissmem kritisiert im vorliegenden Entwurf jedoch folgende Punkte:

1. Mit der Modernisierung der Zollverwaltung und deren Abläufe legt die Zollverwaltung ihren Fokus in Zukunft auf die Stärkung der Sicherheit und die Kontrollen. Damit wird den Unternehmen fast die **komplette Verantwortung für die Verzollung** übergeben.


Swissmem befürchtet zudem, dass bei den Zollbeteiligten zukünftig **unvorhersehbare zusätzliche Kosten entstehen**, sei es aufgrund von Kontrolltätigkeiten des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) oder aufgrund gewisser Aufgaben des BAZG, welche kostenpflichtig werden könnten (wie z. B. Tarif- und Ursprungsankünfte).

2. Im 3. Abschnitt des BAZG-VG wird die Zusammenarbeit mit Privaten erwähnt. Mitarbeitende der Zollverwaltung haben in der Vergangenheit mit zahlreichen privaten Anbietern (Handelskammern, Verbände) Vereinbarungen unterhalten mit dem Ziel, die zollrechtlichen Grundlagen und die fachliche Kompetenz in Themen wie Zollltarif, Ursprungsbestimmungen etc. zu vermitteln. Aufgrund des vorliegenden Entwurfs des neuen BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes (BAZG) befürchten wir, dass diese **effiziente Praxis nicht mehr möglich sein wird, was wir sehr bedauern würden**.
3. Zahlreiche Bestimmungen und wichtige Begriffe werden im BAZG-Vollzugsaufgabengesetz auf die Verordnungsebene verlagert. Da die entsprechenden Verordnungen noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben zahlreiche offene Fragen (wie z. B. die Detailausgestaltung beim Zollabfertigungsprozess). Swissmem verlangt daher **Anpassungen im vorliegenden Gesetzesentwurf** (inkl. Erläuterungen). Zudem fordern wir, dass für die **entsprechenden Verordnungen eine Vernehmlassung** durchgeführt wird.

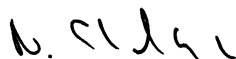
Sie finden unsere detaillierten Bemerkungen im beigelegten Antwortformular der Eidgenössischen Zollverwaltung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse,



Dr. Stefan Brupbacher  
Direktor Swissmem



Nicolas Stephan  
Ressortleiter Volkswirtschaft



## Vernehmlassung

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
  - **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**
- 

## Stellungnahme eingereicht durch

|   |                        |
|---|------------------------|
| Name Kanton/Partei/ <b>Verband</b> /Organisation/Übrige | Swissmem               |
| Abkürzung Kanton/Partei/Verband/Organisation/Übrige     | SMEM                   |
| Adresse   | Pfingstweidstrasse 102 |
| Kontaktperson   | Nicolas Stephan        |
| Telefon   | 044/384 48 40          |
| E-Mail  | n.stephan@swissmem.ch  |
| Datum   | 7. Dezember 2020       |

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis zum **31. Dezember 2020** an folgende E-Mail-Adresse: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 15 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 18 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 19 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 21 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 22 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 24 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 25 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
|                   | <p>Grundsätzliche Einschätzung der Vorlage</p> <p><b>Wir beurteilen die Vorlage im Grundsatz wie folgt:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Die Revision des Gesetzes ermöglicht eine umfassende organisatorische Modernisierung und Digitalisierung der Eidgenössischen Zollverwaltung sowie bedeutende Effizienzgewinne inner- und ausserhalb der Verwaltung.</li><li>• Die Prozesse werden vereinheitlicht, vereinfacht und digitalisiert, was zu einer Reduktion-on der Grenzformalitäten führen wird. Durch den digitalen Zollabfertigungsprozess und die möglichst automatisierte Bewilligungserteilung kann der Warenverkehrsprozess im Vergleich zu heute vereinfacht werden.</li><li>• Neben Prozessvereinfachungen können Firmen von weiteren Erleichterungen profitieren. Diese betreffen den Zeitpunkt der Warenanmeldung (nach dem Verbringen von Waren über die Zollgrenze) sowie den Rhythmus von Warenanmeldungen (Möglichkeit zur Sammelanmeldung).</li><li>• Die Modernisierung der Zollverwaltung stellt ebenfalls sicher, dass die Schweiz mit den sich weiterentwickelnden europäischen und internationalen Standards auch in Zukunft Schritt halten kann.</li></ul> <p>Eine effiziente Zollabfertigung ist für den reibungslosen Ablauf der Exporttätigkeit der stark exportorientierten MEM-Industrie ein bedeutender Standortfaktor.</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |
|--|--|
|  | <p><b>Detailbemerkungen</b></p> <p>Swissmem kritisiert im vorliegenden Entwurf jedoch folgende Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Mit der Modernisierung der Zollverwaltung und deren Abläufe legt die Zollverwaltung ihren Fokus in Zukunft auf die Stärkung der Sicherheit und die Kontrollen. Damit wird den Unternehmen fast die komplette Verantwortung für die Verzollung übergeben.</li> </ol> <p>Swissmem befürchtet zudem, dass bei den Zollbeteiligten zukünftig unvorhersehbare zusätzliche Kosten entstehen, sei es aufgrund von Kontrolltätigkeiten des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) oder aufgrund gewisser Aufgaben des BAZG, welche kostenpflichtig werden könnten (wie z. B. Tarif- und Ursprungsankünfte).</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>2. Im 3. Abschnitt des BAZG-VG wird die Zusammenarbeit mit Privaten erwähnt. Mitarbeitende der Zollverwaltung haben in der Vergangenheit mit zahlreichen privaten Anbietern (Handelskammern, Verbände) Vereinbarungen unterhalten mit dem Ziel, die zollrechtlichen Grundlagen und die fachliche Kompetenz in Themen wie Zolllarif, Ursprungsbestimmungen etc. zu vermitteln. Aufgrund des vorliegenden Entwurfs des neuen BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes (BAZG) befürchten wir, dass diese effiziente Praxis nicht mehr möglich sein wird, was wir sehr bedauern würden.</li> <li>3. Zahlreiche Bestimmungen und wichtige Begriffe werden im BAZG-Vollzugsaufgabengesetz auf die Verordnungsebene verlagert. Da die entsprechenden Verordnungen noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben zahlreiche offene Fragen (wie z. B. die Detailausgestaltung beim Zollabfertigungsprozess). Swissmem verlangt daher Anpassungen im vorliegenden Gesetzesentwurf (inkl. Erläuterungen). Zudem fordern wir, dass für die entsprechenden Verordnungen eine Vernehmlassung durchgeführt wird.</li> </ol> |
|  |  |
|  |  |
|  |  |
|  |  |
|  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |
|--|--|
|  |  |
|  |  |
|  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|---|---|
| SMEM | 7    |      |      | <p>Diese sind im Gesetz allgemein gehalten.</p> <p>Die Begriffe müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden.</p>  |   |
| SMEM | 9    | 1    |      | <p><b>Anmeldung</b></p> <p>..... Es müssen alle notwendigen Begleitdokumente übermittelt werden.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Anmeldung sind nicht immer alle notwendigen Begleitdokumente (gem. Art. 80 aZV) vorhanden (Ursprungsnachweise, Rechnungen, Wiegescheine etc.).</p> <p>Bis Ursprungszeugnisse/EUR 1 aus den Importländern (Südamerika, China, teilweise EU-Länder) in der Schweiz verfügbar sind, kann dies eine gewisse Zeit dauern.</p> <p>Gründe hierzu sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- die Möglichkeit der nachträglichen Ausstellung und/oder die lange Bearbeitungsfrist im Abgangsland</li> <li>- den Versand der Dokumente per Post/Kurier an den Warenverantwortlichen/Datenverantwortlichen</li> <li>- Verzögerungen aufgrund ausserordentlicher Ereignisse (Lockdown oder Ähnliches)</li> </ul> <p>Wir erachten die Möglichkeit einer «provisorischen» Abfertigung oder die entsprechende Berücksichtigung bei den Fristen</p> | ändern: ... Es müssen alle zum Zeitpunkt der Anmeldung vorhandenen Begleitdokumente übermittelt werden. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |  |
|------|----|---|---|--|--|
|      |    |   |   | zur nachträglichen Einreichung als zwingend notwendig. Ansonsten kann die Industrie die vorhandene Zollerleichterung nicht vollumfänglich in Anspruch nehmen.  |  |
| SMEM | 9  | 2 | b | <b>Anmeldung</b><br>Was heisst konkret: «wenn diese in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form übermittelt wurde»?  | ergänzen: wenn diese in einer anderen als in Absatz 1 zugelassenen Form übermittelt wurde. |
| SMEM | 10 | 3 |   | <b>Anmeldepflichtige</b><br>Bezieht sich dieser Absatz auf den Reiseverkehr oder betrifft es auch Handelswaren?<br>Die Details müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden.  |  |
| SMEM | 11 | 3 |   | <b>Warenbestimmung</b><br><br>..... Die Bewilligung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden und ist in der Regel zu befristen.<br><br>Details sollten hier aus der VO bekannt sein.<br>Bei den Bedingungen und Auflagen ist zwingend darauf zu achten, dass der Industrie keine weiteren Gebühren und administrativen Auflagen auferlegt werden. |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  |  |  |
| SMEM | 12 |   |  | <b>Referenzierung</b><br><br>Falls mit «Referenzierung» das Kontrollschild des Fahrzeuges gemeint ist, müsste dies praxistauglich und flexibel gestaltet werden können, da es relativ kurzfristige Änderungen geben kann und der Importeur das Kontrollschild nicht kennt.<br><br>Die Details müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden. |  |
| SMEM | 13 |   |  | <b>Aktivierung</b><br><br>Muss die Ware eines zugelassenen Empfängers (ZE) ebenfalls an der Grenze aktiviert werden? Wie sieht der genaue Ablauf aus?<br><br>Wie soll die Aktivierung bei einer Selbstdeklaration zukünftig aussehen? Gibt es mehr Details dazu?<br><br>Die Details müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden.           |  |
| SMEM | 14 | 6 |  | <b>Modalität der Aktivierung</b><br><br>Das BAZG regelt die Art und Weise der Aktivierung. Es bestimmt für den grenzüberschreitenden Warenverkehr die Orte der Aktivierung.<br><br>Die Details müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
|      |    |   |  |   |  |
| SMEM | 15 |   |  | <b>Zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO)</b><br><br>Der Aufwand für den Erhalt eines AEO-Status ist ausserordentlich, der Status als solcher im Grundsatz zu begrüssen. Die Verfahrenserleichterungen, welche einem AEO gewährt werden, sind jedoch nicht erkennbar. Im Sinne einer weiteren Verbreitung/Nutzung des AEO-Status würden wir es begrüssen, wenn uns die Zollverwaltung die entsprechenden Verfahrenserleichterungen aufzeigen könnte. |  |
| SMEM | 16 |   |  | <b>Anforderungen an gewerbsmässig tätige Datenverantwortliche</b><br><br>Was wird genau unter «erforderliche Eignung» verstanden?<br><br>Können zukünftig Firmen mit Sitz im Ausland Verzollungen in der Schweiz vornehmen?<br><br>Wer ist bei der Zollanmeldung genau der Datenverantwortliche? Der Warenverantwortliche, welcher ggf. die Tarifnummern vorgibt?   |  |
| SMEM | 17 | 1 |  | <b>Prüfung der Warenanmeldung</b><br><br>Eine Risikoanalyse, unabhängig davon, ob sie aktiviert ist oder nicht, darf nicht zu einem zusätzlichen Aufwand und zu Kosten für Abklärungen bei den Waren- oder Datenverantwortlichen führen.<br><br>Dies auch referenzierend zu Artikel 9 Abs. 1 betreffend der Verfügbarkeit der Dokumente bei der Zollanmeldung/Aktivierung.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |                                    |
|------|----|---|--|---|------------------------------------|
|      |    |   |  |   |                                    |
| SMEM | 28 |   |  | <b>Zahlungsweise</b><br><br>Was wird unter «elektronischer Zahlung» verstanden?<br>Bitte beachten, dass eine elektronische Zahlung die Kosten und den Aufwand für die Verbuchung, die Freigabe und die Kontierung nicht reduziert.<br>Wie würde zukünftig dann der Abgleich zum Bordereau stattfinden?<br>Vorschlag: Abschaffung des Bordereau: alle Angaben des Bordereau auf die Rechnung<br>Individuelle Lösung mit zukunftsorientierter Technologie anstreben |                                    |
|      |    |   |  |   |                                    |
| SMEM | 30 |   |  | <b>Verjährung</b><br><br>Bisher verjährte die Zollschuld nach 5 Jahren.<br>Zukünftig 15 Jahre – üblich sind 10 Jahre in der Buchhaltung (nach Obligationenrecht). Klar, wenn eine Verjährung bereits nach 5 Jahren eintritt. Unklar, in welchem Fall eine Firma die Unterlagen unwiederbringlich vernichten kann.   |                                    |
| SMEM | 32 | 3 |  | <b>Voraussetzungen</b><br><br>Aus welchem Anlass soll für noch hängige Verfahren bereits eine Sicherstellung geleistet werden? Beispiele<br>Nach diesem Absatz müsste ein Unternehmen bereits eine Si-  | Begriff Sicherstellung präzisieren |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | <p>herstellung für eine Zollforderung entrichten, die gegebenenfalls später als nicht rechtskräftig erachtet wird.<br/>Wie werden die Details hierzu in der VO geregelt?</p>  |   |
| SMEM | 53 | 4 |  | <p><b>Fristwahrung im elektronischen Verfahren</b></p> <p>Was genügt als Beweis für die «Glaubhaftigkeit»? Welche Nachweise werden anerkannt? Klarheit immens wichtig -&gt; «Kostenfaktor»<br/>Notfallkonzept vorhanden?<br/>Sicherstellung einer einheitlichen Vorgehensweise und Verständnis an den Grenzzollstellen zwingend erforderlich</p>  | Notfallkonzept vorhanden?   |
| SMEM | 53 | 2 |  | <p><b>Fristwahrung im elektronischen Verfahren</b></p> <p>Wie ist dies genau zu verstehen?</p> <p>Details müssen im erläuternden Bericht zur Botschaft und in der Verordnung entsprechend präzisiert werden.</p>  |   |
| SMEM | 58 | 1 |  | <p><b>Grundsatz</b></p> <p>Die Einsprachefrist von 60 Tagen ist viel zu kurz – FTA-Abkommensländer können meist mind. 1 Jahr und bis zu 3 Jahre rückwirkend Präferenzen geltend machen; ausländische Firmen verlangen von Firmen rückwirkend erstellte Präferenznachweise und können die Zölle erstatten lassen – im Gegenzug kann die Schweizer Wirtschaft nicht von diesen Vorteilen profitieren.</p> | Einsprachefrist auf 3 Jahre erhöhen, wie es in der EU bereits der Fall ist. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |           |   |   |   |  |
|------|-----------|---|---|---|--|
|      |           |   |   | Die EZV kann ebenfalls für den ganzen Verjährungszeitraum Zölle nachfordern -> massives Ungleichgewicht ...   |  |
| SMEM | 58 und 60 |   |   |   |  |
| SMEM | 62        | 2 | b | <b>Verfahren auf Erlass einer Verfügung sowie Einspracheverfahren</b><br><br>Das BAZG hat praktisch immer einen Vorwand, dem Zollanmelder Kosten aufzuerlegen, da JEDE Beanstandung der Zollverwaltung auf einer Kontrolle basiert (formell oder materiell).  | Buchstabe streichen  |
| SMEM | 66        | b |   | <b>Daten juristischer Personen und von Personen ohne eigene Rechtspersönlichkeit</b><br><br>Der Schutz der Fabrikationsgeheimnisse scheint durch das BAZG-VG zu wenig gewährleistet. Insbesondere auch hinsichtlich einer Weitergabe an Dritte (-> intern. Amtshilfe). Wie wird dies sichergestellt?<br><br>Dies muss in der Botschaft oder Verordnung präzisiert werden. |  |
| SMEM | 81        |   |   | <b>Feststellung des Sachverhalts bei Warenkontrollen</b><br><br>Das BAZG soll nur solche Handlungen an Waren vornehmen, welche zur Feststellung des Sachverhalts unbedingt notwendig sind. Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Waren bei  | Das BAZG darf in Rücksprache mit dem Warenverantwortlichen jene Handlungen an Waren vornehmen, welche zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind. Es ist insbesondere befugt, Warenproben mit der notwendigen Sorgfalt zu entnehmen. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |  |
|------|-----|---|--|--|--|
|      |     |   |  | solchen Handlungen und bei Probeentnahmen nicht beschädigt werden.   |  |
| SMEM | 83  | 2 |  | <b>Kosten und Entschädigungen bei Warenkontrollen</b><br><br>Werden Wertverminderungen und Kosten, die dem Warenverantwortlichen durch eine zollrechtliche physische Kontrolle im Rahmen von Art. 81 BAZG-VG entstehen, <u>nicht</u> entschädigt, dann wäre es unseres Erachtens vermessen, wenn das BAZG für solche Kontrollen zusätzlich Gebühren gemäss Art. 140 BAZG-VG erheben würde. Dies muss in der Botschaft oder Verordnung präzisiert werden. |  |
| SMEM | 123 | 1 |  | <b>Infrastruktur Dritter</b><br><br>Zum Zeitpunkt der Anmeldung sind nicht immer alle notwendigen Begleitdokumente (gem. Art. 80 aZV) vorhanden (Ursprungsnachweise, Rechnungen, Wiegescheine etc.)  | Passus «... und das BAZG für die Betriebskosten angemessen entschädigen.» streichen. |
| SMEM | 127 | 1 |  | <b>Zusammenarbeit mit der Wirtschaft</b><br><br>Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist enorm wichtig und sehr zu begrüßen; allerdings interpretieren wir die Zusammenarbeit des BAZG mit der Wirtschaft so, dass zukünftig das BAZG Vertragspartei ist und nicht mehr der/die Angestellte auf privatrechtlicher Ebene.  |  |
| SMEM | 140 |   |  | <b>Gebühren</b>  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |   |  |
|--|--|--|--|---|--|
|  |  |  |  | <p>Die MEM-Industrie durchlebt eine ungewöhnlich lange Baisse, welche durch die Covid-Pandemie deutlich verstärkt und verlängert wird.</p> <p>Swissmem spricht sich klar gegen neue Gebühren aus, welche unsere Produkte am Ende verteuern und uns gegenüber unseren Konkurrenten aus der EU benachteiligen, die zahlreiche Dienstleistungen (wie z. B. Zolltarifauskunft) ihrer Zollbehörde gebührenfrei bekommen.</p> |  |
|  |  |  |  |   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |   | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|------|-------------------------------------|---|---|
|      | <input type="checkbox"/>            | Wir bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).   | <p>Dies entspricht der Deklarantenstrafpraxis von 2009–2016 (vereinfachte Strafverfahren).</p> <p>Keine Nennung der genauen Kriterien für Strafverzicht, dies soll der Rechtsprechung überlassen werden</p>   |
| SMEM | <input checked="" type="checkbox"/> | <b>Wir bevorzugen Variante 2 (vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen).</b> | <p>Diese Variante gilt rechtsgleich für sämtliche Rechtsunterworfenen und nicht nur für Deklaranten (Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig);</p> <p>Fahrlässige Abgabengefährdung und bewusst fahrlässig begangene Ordnungswidrigkeiten sollen als straflos erklärt werden (Bagatellfälle sollen generell entkriminalisiert werden);</p> <p>Diverse Artikel in diversen Gesetzen (z. B. Art. 16, Abs. 3 ZoG) sollen für Bagatellfälle aufgehoben werden.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, s

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| Art. | Bemerkung/Anregung  | Textvorschlag |
|------|---|---------------|
| SMEM | Provisorische Zollanmeldungen sollen zukünftig wegfallen.<br>Bitte um Begründung und Details zum zukünftigen Ablauf   |               |
| SMEM | Abschaffung ZAZ-Konto: Bitte um Begründung und Details zum zukünftigen Ablauf.<br><br>Wir betrachten die Abschaffung sehr kritisch.<br><br>Weitere Informationen zur Beurteilung sind hier sicherlich notwendig. Hier ein paar Stichworte: <ul style="list-style-type: none"><li>• Berücksichtigung von zukunftsorientierten, digitalen Zahlungsmethoden (QR-Code, Twint etc.)</li><li>• Erfassung/Verbuchung/Zahlungsfreigabe von vielen Einzelrechnungen nur möglich bei Anbindung an ein ERP-System oder eine Einkaufsplattform</li><li>• viele Anbieter</li><li>• Für KMUs und Kleinbetriebe finanziell nicht umsetzbar</li></ul> |               |
| SMEM | Bis dato werden alle 3 Tage Zölle und die MwSt an die Wirtschaftsbeteiligten verrechnet. Dies erfordert viel Aufwand, zumal es sich um viele kleine Rechnungen handelt und das Zahlungsziel von 5 Tagen nicht einzuhalten ist.<br><br>Die Verbuchung, Kontierung und Bezahlung einer einzelnen Rechnung kostet die Wirtschaft zudem rund 100 CHF.<br><br>Dies ist nicht wirtschaftlich.   |               |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |
|--|--|--|
|  | Wir beantragen, die Zölle und die MwSt nur noch monatlich zu verrechnen. |  |
|  |  |  |

o können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
|      |        |                    |
|      |        |                    |
|      |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz                                    | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|---|------|------|------|--|---|
| SMEM | Zolltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 (ZTG) | 4    | 1-3  |      | <b>Zollaussetzungen</b><br><br>Der Bundesrat kann, wenn es im Interesse der Schweizerischen Volkswirtschaft liegt, nach der Anhörung von Zollexperten die Zollansätze angemessen herabsetzen. In der Praxis zeigt sich, dass sich die Anwendung dieses Absatzes als sehr schwierig erweist. Wir regen an, diese Bestimmung im Zuge der Revision zu vereinfachen. |   |
|      |   |      |      |      |  |   |
|      |   |      |      |      |  |   |
|      |   |      |      |      |  |   |
|      |   |      |      |      |  |   |
|      |   |      |      |      |  |   |
|      |   |      |      |      |  |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |
|  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|   |                           |
|   |                           |
|   |                           |
|   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |   |
|--|-------------|-------------|-------------|--|---|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.SMEM</b>   | 9           | 2           | a           | <b>Zollbemessung</b><br><br>Eine Definition, wann eine Warenanmeldung eine ungenügende/zweideutige Bezeichnung enthält, existiert nicht und birgt grosse Risiken für den Zollanmelder; obwohl hier «kann» steht (übernommen vom aZG), wird in der Praxis IMMER der höchste Zollansatz angewendet, was in den meisten Fällen in keinem Verhältnis zur Realität und zur Schuldfrage steht. | Die Zollbemessung zum höchsten Zollansatz sollte nur bei Grobfahrlässigkeit und Vorsatz angewendet werden. Buchstabe a streichen, da die Qualität der Warenbezeichnung subjektiv zu betrachten ist. |
| SMEM   | 9           | 3           |             | <b>Zollbemessung</b><br><br>Das Wort «Frachtstück» steht hier im falschen Kontext (übernommen vom aZG); eine Ware kann nicht in einem Frachtstück verpackt werden, da ein Frachtstück die Ware selbst ist.   | Definition «Frachtstück» ausführen oder umbenennen  |
| SMEM   | 10          | 2           |             | <b>Zolltarif- und Ursprungsankünfte</b><br><br>Die Auskunft ist öffentlich; die Fabrikationsgeheimnisse der Antragsteller müssen gewährleistet werden (i. V. m. Art. 66, Abs. 2, Bst. b BAZG-VG).  |   |
| SMEM   | 4           | 1           | d           | <b>Zollfreie Waren</b><br><br>Weshalb beschränkt man auf drei Jahre? Solange man anhand von Unterlagen beweisen kann, dass es sich um dieselbe Ware handelt, sollte keine Frist oder ggf. die Verjährungsfrist gelten.   | ändern ... innerhalb von fünf Jahren ...  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
|  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-and-paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A sidebar on the right shows the 'Bearbeitung einschränken' task pane, which is also highlighted with a red box. The task pane shows the document is protected and provides instructions on how to remove protection. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these edits in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). In the 'Schutz anwenden' section, the button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SwissOlio - Verband Schweizerischer Hersteller von Speiseölen, Speisefetten und Margarinen

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SwOlio

Adresse : Effingerstrasse 6A, 3011 Bern

Kontaktperson : Dr. Urs Reinhard, Präsident

Telefon : 031 529 50 70

E-Mail : [urs.reinhard@effingerstrasse6a.ch](mailto:urs.reinhard@effingerstrasse6a.ch)

Datum : 17.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 8  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 17 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 18 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung  |
|-------------------|---|
| SwOlio            | <p>Wir begrüßen die Idee, die EZV wird in ein neues Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) umzuwandeln und neu zu organisieren, um zu einer noch flexibleren, aufgabenorientierteren Organisation zu werden, die ihre Prozesse konsequent vereinfacht und vereinheitlicht sowie durchgängig digitalisiert und die vorhandenen Daten übergreifend nutzbar macht. Dies ist ein gleichermassen notwendiger wie mutiger Schritt, und wir schätzen die komplexe Arbeit, die bei dieser Transformation geleistet wird, sehr.</p> <p>Gleichzeitig darf man bei einer Totalrevisoin auch den Mut haben, bewährte und funktionierende Systeme beizubehalten, wenn es im Rahmen der Technik möglich ist. Der "Aktive Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe" ist ein solches System, und er ist auch unter der neuen Zollgesetzgebung beizubehalten. Dies würde keines der im erläuternden Bericht auf S. 5 erwähnten Ziele tangieren.</p> <p>Heute ist dieses Verfahren in einer Verordnung des EFD geregelt, basierend auf Art. 43 Abs. 2 der Zollverordnung und somit auch Art. 12 Abs. 3 des Zollgesetzes. Das Verfahren wird oft nicht richtig verstanden und fälschlicherweise als "Exportsubvention" bezeichnet, was es nicht ist. Es ist ein automatisiertes Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzprinzip. Für die gesamte Schweizer Ölsaaten- und Fettbranche ist dieses Verfahren von grösster Bedeutung, weil es erlaubt, unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Ölen und Fetten eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Ölen und Fetten zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Es ist uns bewusst, dass es derzeit noch nicht um die Verordnungen geht. Trotzdem möchten wir sicherstellen, dass die gesetzlichen Grundlagen, auf denen eine Verordnungslösung beruhen muss, eine solche Lösung überhaupt zulassen würden. Wir begrüßen deshalb grundsätzlich die Aufzählung der aktiven Veredelung in Art. 11 BAZG-VG als eine der möglichen Warenbestimmungen. Auch, dass die Fortführung des im geltenden Zollgesetz vorgesehenen Instruments der Rückerstattung im aktiven und im passiven Veredelungsverkehr ermöglicht wird, findet unsere Zustimmung. Ebenso begrüßen wir, dass der Äquivalenzverkehr beibehalten wird, wie im erläuternden Bericht zu Art. 11 (S. 25) zu lesen ist. Und schliesslich freut uns, dass an gleicher Stelle festgehalten wird, dass für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen "Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen". Wir setzen darauf, dass damit die notwendigen Grundlagen gegeben sind, um das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe auch unter der</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |
|--|---|
|  | neuen Gesetzgebung anzuwenden. Trotzdem möchten wir anregen, die wichtigsten Pfeiler für die zukünftige Ausgestaltung des Warenverkehrs auf Gesetzesstufe zu verankern. |
|--|---|

|  |  |
|--|--|
|  | Das heute bestehende "besondere Verfahren" ist ein einfaches Saldo-Prinzip. Wir sind überzeugt, dass seine Beibehaltung gerade unter dem Aspekt der administrativen Vereinfachung angezeigt ist und auch digital gut umsetzbar ist. Gerne werden wir im Rahmen der Konsultation zu den Verordnungen näher darauf eingehen. |
|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|--------|------|------|------|---|---|
| SwOlio | 11   | 1    | d    | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollermässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)" (S. 25). Dies gilt es auf Gesetzesstufe zu regeln, wie das heute schon in Art. 12 Abs. 2 des Zollgesetzes der Fall ist. | der vorübergehenden Einfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (aktive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)   |
| SwOlio | 11   | 1    | e    | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollermässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)" (S. 25). Dies gilt es auf Gesetzesstufe zu regeln, wie das heute schon in Art. 13 Abs. 2 des Zollgesetzes der Fall ist. | der vorübergehenden Ausfuhr von Waren zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung (passive Veredelung im Äquivalenz- oder Nämlichkeitsverkehr)  |
| SwOlio | 11   | 3    |      | Im erläuternden Bericht wird festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen" (S. 25). Diese Tatsache möchten wir explizit auf Gesetzesstufe so geregelt haben, um in den Verordnungen den grösstmöglichen Spielraum zu haben,   | Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG, Ausnahmen und Vereinfachungen sind möglich.. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |   |
|--------|----|---|--|---|---|
|        |    |   |  | um einfache und wirtschaftsfreundliche Regelungen beibehalten zu können.  |   |
| SwOlio | 52 | 2 |  | Es ist aus Gründen der Rechtssicherheit abzulehnen, dass mündlich eröffnete Verfügungen nur dann elektronisch bestätigt werden, wenn die Verfügungsadressatin oder der Verfügungsadressat dies unverzüglich verlangt. Gerade im Zuge einer Anpassung an die fortschreitende Digitalisierung ist zu vermeiden, dass überhaupt noch mündlich verfügt werden kann. Beweisprobleme sind die unweigerliche Folge, und diese treffen in der Regel den Verfügungsadressaten. Falls weiterhin mündlich verfügt können werden soll, muss eine solche Verfügung stets und nicht nur auf sofortiges Verlangen hin elektronisch bestätigt werden. | Mündlich eröffnete Verfügungen werden elektronisch bestätigt. |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|        | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|--------|--------------------------|--|---------------------------|
| SwOlio | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| SwOlio | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |
| SwOlio      |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |
| SwOlio  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|--|
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |
| SwOlio   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |
| SwOlio  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |
| SwOlio   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |
| SwOlio |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |
| SwOlio   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

Die Abbildung zeigt das Microsoft Word-Schnittfeld mit dem Tab 'Überprüfen' (rot umrandet) und dem Taskpane 'Bearbeitung einschränken' (rot umrandet). Im Taskpane ist die Option 'Schutz aufheben' (rot umrandet) zu sehen. Der Dokumentinhalt zeigt eine Vernehmlassung und ein gelb hervorgehobenes Überschriftsfeld:

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions) with a checked box for 'Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken' (Restrict formatting to a selection of style sheets). 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions) with a checked box for 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document:), and a dropdown menu set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form filling). 3. Schutz anwenden (Apply Protection) with a message 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to take over these settings? (You can deactivate them later.)) and a button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) which is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 18. Dezember 2020

## **Vernehmlassung zur Zollgesetzrevision, Stellungnahme Personalverband transfair**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf obengenannte Revision, mit der ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs geschaffen werden soll (BAZG-VG) und das bestehende Zollgesetz (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) revidiert werden soll.

transfair, als Sozialpartner der Bundesverwaltung im Allgemeinen und der EZV im Speziellen fokussiert in seiner Stellungnahme auf die personalrelevanten Aspekte dieser Totalrevision und nimmt dazu fristgerecht wie folgt Stellung.

### **Allgemeine Anmerkungen:**

Das Projekt DaziT – als Auslöser der vorliegenden Revision – bringt massive Veränderungen für das Personal der heutigen EZV & des künftigen BAZG. Veränderungen, die viele Unsicherheiten und Befürchtungen bezüglich der eigenen beruflichen Zukunft, der künftigen Arbeitsbedingungen aber auch der Zukunft des Berufsstandes mit sich bringen. Einige dieser Aspekte werden in dieser Revision behandelt, andere Aspekte nicht.

Zu den erwähnten Bereichen gehört unter anderem die Aufhebung der gesetzlichen Grundlage für das Grenzwachtkorps (Art. 91 ZG). Diese Aufhebung ist ein herber Verlust für die Angehörigen des Grenzwachtkorps (GWK) und wird von transfair deshalb nicht mitgetragen.

Weitere Aspekte beinhalten die Ausdehnung gewisser Regelungen auf weite Teile des BAZG, die ursprünglich rein für das GWK vorbehalten waren – wie etwa das Tragen von Waffen (Art. 100 BAZG-VG), die Vereidigung (Art. 101 BAZG-VG), die Uniformierung (Art.



102 BAZV-VG). Diese Regelungen bringen vor allem für die heutigen Mitarbeitenden des Zoll schwierige Veränderungen mit sich. Ihr Berufsbild wandelt sich massiv, ohne dass dies so von diesen Mitarbeitenden angestrebt wurde.

Weitere, nicht explizit genannte Aspekte folgen daraus. So führt die neue Struktur zu einer Ausdehnung von Nacht- und Wochenendarbeit, es stellen sich Fragen zur korrekten Entlohnung und zu den Pensionierungsregelungen. Die EZV muss entsprechend sensibel mit der Problematik umgehen und den betroffenen Mitarbeitenden Hand bieten für Lösungen, die für beide Seiten akzeptabel sind.

In diesem Kontext muss auch darauf geachtet werden, dass durch die neue Struktur auch genügend Arbeitsplätze für Mitarbeitende erhalten bleiben, die nicht an der «Front» arbeiten wollen und können. Dabei ist auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass durch die in den letzten Jahren vorgenommenen Anpassungen an der VPABP das Rentenalter der Angehörigen des Grenzwachtkorps von 58 auf 65 Jahre angehoben wurde. Nicht für alle diese Mitarbeitende wird eine Tätigkeit in der angestammten Funktion bis zum neuen Pensionsalter möglich sein. Entsprechend muss die Reorganisation genutzt werden, um diesen Mitarbeitenden eine gesundheitlich weniger belastende Arbeitsstelle vermitteln zu können.

Für transfair ist klar, dass die geplante Zusammenführung von Zoll und GWK in den Direktionsbereich Operationen mit der damit einhergehenden Zusammenlegung der Berufsprofile und Arbeitsbedingungen muss ausgeglichen gestaltet werden. Die Ausdehnung der Arbeitsbedingungen des heutigen GWK auf den DB Operationen darf zu keiner Nivellierung nach unten führen, transfair fordert deshalb, dass die Lohnklassen der heutigen Grenzwächter angehoben werden müssen, Errungenschaften wie das Dienstwohnungswesen und die Pensionierungsregelungen der VPABP müssen erhalten bleiben, respektive ohne signifikanten Leistungsabbau transformiert und auf den erweiterten Personalkörper des DB Operationen ausgedehnt werden.

Die hinter der Gesetzesrevision stehende Reorganisation der EZV hin zum BAZG darf nicht nur keine Sparübung sein, es braucht zusätzliche finanzielle Mittel, damit die befürchtete Nivellierung nach unten verhindert werden kann.

### **BAZG-VG**

#### **Art. 100 Einsatz von Hilfsmitteln und Waffen:**

Wir begrüssen, dass für das Tragen von Waffen die schweizerische oder liechtensteinische Staatsbürgerschaft als Voraussetzung festgehalten wird. Diese Bedingung ist aus unserer Sicht zentral für die hoheitsrechtliche und sicherheitsrelevante Tätigkeiten.

Es muss aber gleichzeitig sichergestellt sein, dass diejenigen bisherigen Mitarbeitenden, die nicht über die entsprechenden Staatsbürgerschaften verfügen, weiterhin eine adäquate Arbeit innerhalb des BAZG ausüben können. Es darf aufgrund dieser Anpassung zu keinen Entlassungen und signifikanten Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen kommen.

**Art. 102 Nachweis der Berechtigung zur Vornahme von Amtshandlungen:**

Wir haben keine grundsätzlichen Einwände gegen die Formen der Identifikation des Personals gegenüber Dritten. Es ist insbesondere korrekt, dass keine abschliessende Aufzählung der Legitimationsnachweise.

Wir verweisen dabei auf die in Folge einer Petition von transfair uns zugesicherte Möglichkeit, anstelle von Namen auch Nummerncodes (Personalnummer) zur Identifikation zu verwenden. Dies dient dem Schutz des Mitarbeitenden selbst wie auch dem Schutz seiner Privatsphäre. Wir würden eine explizite Erwähnung dieser Möglichkeit im Erläuternden Bericht begrüßen.

**Anhang 1**

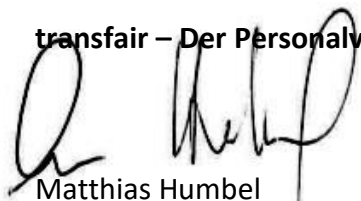
**16. Militärstrafgesetz MStG & 17. Militärstraßprozess MStP**

Wir begrüßen es, dass die Mitarbeitenden des BAZG künftig nicht mehr dem Militärstrafgesetz unterstellt sind. Wir erachten es als wichtig, dass für alle Mitarbeitenden dieselbe Rechtsgrundlage besteht.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anmerkungen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**transfair – Der Personalverband**



Matthias Humbel

Leiter Branche öffentliche Verwaltung



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Personalverband transfair

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : transfair

Adresse : Hopfenweg 21, 3008 Bern

Kontaktperson : Matthias Humbel

Telefon : 079 580 14 09

E-Mail : [matthias.humbel@transfair.ch](mailto:matthias.humbel@transfair.ch)

Datum : 18.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 6  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 10 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 13 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
| transfair         | transfair beschränkt sich in seiner Rolle als Personalverband und Sozialpartner der EZV in seiner Stellungnahme auf diejenigen Aspekte, die personalrelevant sind. Zu den restlichen Punkten nimmt transfair bewusst keine Stellung.   |
| transfair         | <p>transfair beurteilt die Ausdehnung gewisser heute für das GWK geltenden Regelungen auf das zivile Personal als kritisch. Darunter etwa das Tragen von Waffen (Art. 100 BAZG-VG), die Vereidigung (Art. 101 BAZG-VG), die Uniformierung (Art. 102 BAZV-VG). Diese Regelungen bringen vor allem für die heutigen Mitarbeitenden des Zoll schwierige Veränderungen mit sich. Ihr Berufsbild wandelt sich massiv, ohne dass dies so von diesen Mitarbeitenden angestrebt wurde.</p> <p>Weitere, nicht explizit genannte Aspekte folgen daraus. So führt die neue Struktur zu ei-ner Ausdehnung von Nacht- und Wochenendarbeit, es stellen sich Fragen zur korrekten Entlohnung und zu den Pensionierungsregelungen. Die EZV muss entsprechend sensibel mit der Problematik umgehen und den betroffenen Mitarbeitenden Hand bieten für Lö-sungen, die für beide Seiten akzeptabel sind.</p> <p>In diesem Kontext muss auch darauf geachtet werden, dass durch die neue Struktur auch genügend Arbeitsplätze für Mitarbeitende erhalten bleiben, die nicht an der «Front» ar-beiten wollen und können. Dabei ist auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass durch die in den letzten Jahren vorgenommenen Anpassungen an der VPABP das Rentenalter der Angehörigen des Grenzwachtkorps von 58 auf 65 Jahre angehoben wurde. Nicht für alle diese Mitarbeitende wird eine Tätigkeit in der angestammten Funktion bis zum neuen Pensionsalter möglich sein. Entsprechend muss die Reorganisation genutzt werden, um diesen Mitarbeitenden eine gesundheitlich weniger belastende Arbeitsstelle vermitteln zu können.</p> <p>Für transfair ist klar, dass die geplante Zusammenführung von Zoll und GWK in den Direk-tionsbereich Operationen mit der damit einhergehenden Zusammenlegung der Berufs-profile und Arbeitsbedingungen muss ausgeglichen gestaltet werden. Die Ausdehnung der Arbeitsbedingungen des heutigen GWK auf den DB Operationen darf zu keiner Nivellie-rung nach unten führen, transfair fordert deshalb, dass die Lohnklassen der heutigen Grenzwächter angehoben werden müssen, Errungenschaften wie das Dienstwohnungswe-sen und die Pensionierungsregelungen der VPABP müssen erhalten bleiben, respektive ohne signifikanten Leistungsabbau transformiert und auf den erweiterten Personalkörper des DB Operationen ausgedehnt werden.</p> <p>Die hinter der Gesetzesrevision stehende Reorganisation der EZV hin zum BAZG darf nicht nur keine Sparübung sein, es braucht zusätzliche finanzielle Mittel, damit die befürchtete Nivellierung nach unten verhindert werden kann.</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name      | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|-----------|------|------|------|---|---|
| transfair | 100  |      |      | <p>Wir begrüssen, dass für das Tragen von Waffen die schweizerische oder liechtensteini-sche Staatsbürgerschaft als Voraussetzung festgehalten wird. Diese Bedingung ist aus unserer Sicht zentral für die hoheitsrechtliche und sicherheitsrelevante Tätigkeiten.</p> <p>Es muss aber gleichzeitig sichergestellt sein, dass diejenigen bisherigen Mitarbeitenden, die nicht über die entsprechenden Staatsbürgerschaften verfügen, weiterhin eine adäqua-te Arbeit innerhalb des BAZG ausüben können. Es darf aufgrund dieser Anpassung zu kei-nen Entlassungen und signifikanten Verschlechterungen der Anstellungsbedingungen kommen.</p> |   |
| transfair | 102  |      |      | <p>Wir haben keine grundsätzlichen Einwände gegen die Formen der Identifikation des Per-sonals gegenüber Dritten. Es ist insbesondere korrekt, dass keine abschliessende Aufzäh-lung der Legitimationsnachweise.</p> <p>Wir verweisen dabei auf die in Folge einer Petition von transfair uns zugesicherte Mög-lichkeit, anstelle von Namen auch Nummerncodes (Personalnummer) zur Identifikation zu verwenden. Dies dient dem Schutz des Mitarbeitenden selbst wie auch dem Schutz seiner Privatsphäre. Wir würden eine explizite Erwähnung dieser Möglichkeit im Erläuternden Bericht begrüssen.</p>  |   |
| transfair |      |      |      |   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|           | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----------|--------------------------|--|---------------------------|
| transfair | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| transfair | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name      | Gesetz | Bemerkung/Anregung   |
|-----------|--------|--|
| transfair |        | transfair beschränkt sich in seiner Rolle als Personalverband und Sozialpartner der EZV in seiner Stellungnahme auf diejenigen Aspekte, die personalrelevant sind. Zu den restlichen Punkten nimmt transfair bewusst keine Stellung. |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |
| transfair |        |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |   |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| transfair   | MStG          |             |             |             | Wir begrüssen es, dass die Mitarbeitenden des BAZG künftig nicht mehr dem Militärstra-fgesetz unterstellt sind. Wir erachten es als wichtig, dass für alle Mitarbeitenden dieselbe Rechtsgrundlage besteht. |  |
| transfair   | MStP          |             |             |             | Wir begrüssen es, dass die Mitarbeitenden des BAZG künftig nicht mehr dem Militärstra-fgesetz unterstellt sind. Wir erachten es als wichtig, dass für alle Mitarbeitenden dieselbe Rechtsgrundlage besteht. |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |
| transfair   |               |             |             |             |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |
| transfair  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| transfair   | transfair beschränkt sich in seiner Rolle als Personalverband und Sozialpartner der EZV in seiner Stellungnahme auf diejenigen Aspekte, die personalrelevant sind. Zu den restlichen Punkten nimmt transfair bewusst keine Stellung. |
| transfair   | Die geplante Aufhebung der gesetzlichen Grundlage für das Grenzwachtkorps (Art. 91 ZG) ist ein herber Verlust für die Angehörigen des Korps und wird von transfair deshalb nicht unterstützt.  |
| transfair   |  |
| transfair   |  |
| transfair   |  |
| transfair   |  |
| transfair   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |
| transfair  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |
| transfair  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane is open on the right. The 'Bearbeitung einschränken' button is highlighted with a red box. Below the task pane, a table with 2 columns (Name, Bemerkung/Anregung) is visible, with a yellow header row. A red box highlights the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Schutz aufheben

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing document protection settings.

**Überprüfen** (Check) button is highlighted in the top toolbar.

**Bearbeitung einschr.** (Restrict Editing) button is highlighted in the top toolbar.

**Bearbeitung einschränken** (Restrict Editing) dialog box is open on the right side.

**1. Formatierungseinschränkungen** (1. Formatting Restrictions)

- ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken

**2. Bearbeitungseinschränkungen** (2. Content Restrictions)

- ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
- Ausfüllen von Formularen

**3. Schutz anwenden** (3. Apply Protection)

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)

**Ja, Schutz jetzt anwenden** (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted.

**Document Content:**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |



Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD  
Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Zürich, den 21. Dezember 2020

**Stellungnahme des Verbands der Museen der Schweiz VMS und des Internationalen Museumsbunds ICOM Schweiz im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zoll- abgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Mit rund 780 institutionellen Mitgliedern vertritt der Verband der Museen der Schweiz VMS die Interessen der gesamten Schweizer Museumslandschaft gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Er fördert die Kontakte unter Museen, setzt Standards und dient als Forum für Ideen- und Erfahrungsaustausch.

ICOM Schweiz ist der Schweizer Verband der Museumsfachleute. 1953 begründet, ist ICOM Schweiz eines der grössten nationalen Komitees des Internationalen Museumsrats ICOM. ICOM Schweiz setzt die ICOM-Ziele national um und arbeitet eng mit dem Verband der Museen der Schweiz VMS zusammen.

## **I. Interesse der Museumsverbände an der Vernehmlassung**

VMS/AMS sowie ICOM Schweiz danken Ihnen für die Möglichkeit, sich zum o.g. Vernehmlassungsentwurf zu äussern. An der aktuellen Vernehmlassung sind unsere Verbände sehr interessiert. Denn von der grossen Gesamtzahl von Kunst- und Ausstellungsobjekten, die in jedem Jahr in das Zollgebiet der Schweiz verbracht werden oder es wieder verlassen, entfällt ein gewichtiger Teil auf die Tätigkeit der Museen.

Schweizer Museen zählten im Jahr 2019 14,2 Millionen Eintritte.<sup>1</sup> 63,7% der Museen eröffneten im Jahr 2019 mindestens eine Wechselausstellung. Im Jahr 2017<sup>2</sup> liehen 15,7 %

---

<sup>1</sup> Sämtliche nachfolgende Angaben sind der im November 2020 veröffentlichten Schweizer Museumsstatistik entnommen, <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/kultur/museen.html>.

Verband der Museen der Schweiz VMS • ICOM Schweiz - Internationaler Museumsrat

der Museen Exponate aus dem Ausland aus, die ihnen Leihgeber aus der gesamten Welt anvertrauen. Ebenso stellten 17,9 % unserer Museen einer Vielzahl von internationalen Leihnehmern Werke für deren Ausstellungen zur Verfügung.

Dabei wurden und werden beachtliche Mengen von Objekten in das und aus dem Zollgebiet der Schweiz verbracht. Im Jahr 2017 entliehen Schweizer Museen über 12'600 Exponate von Leihgebern im Ausland, durchschnittlich waren dies 11 Objekte pro Museum. Andererseits wurden im selben Jahr von Schweizer Museen 14'240 Objekte an Leihnehmer im Ausland verliehen.

Zudem bauen die Schweizer Museen ihre Sammlungen weiter aus und kaufen dafür auch Kunst- und Ausstellungsobjekte aus dem Ausland.

Vor dem Hintergrund dieser äusserst vitalen Ausstellungs- und Sammlungstätigkeit unserer Museen und dem hohen Vertrauen, das sie bei Partnerinstitutionen und Sammlern im Ausland geniessen dürfen, ist es evident, dass unsere Museen an einer effizienten und zuverlässigen Zollabwicklung bei der Ein- und Ausfuhr von Kunstwerken und anderen Exponaten in das und aus dem Zollgebiet der Schweiz ein vitales Interesse haben.

Unbedingte Voraussetzung für das Sammeln, Ausstellen und Vermitteln als klassische Tätigkeiten unserer Museen ist jedoch, dass die Ausstellungsobjekte von Zollabgaben sowie Mehrwertsteuern befreit sind.

Der geltende Art. 8 Abs. 2 lit. g ZG bestimmt, dass der Bundesrat Kunst- und Ausstellungsgegenstände der Museen für zollfrei erklären kann. Diese Vorschrift setzt die UNESCO-Vereinbarung über die Einfuhr von Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters vom 22. November 1950 (0.631.145.141) um, die für die Schweiz am 7. April 1953 in Kraft getreten ist.

Nach der Präambel dieser UNESCO- Vereinbarung schlossen die vertragschliessenden Staaten die Vereinbarung

*in der Erwägung, dass der freie Austausch der Ideen und des Wissens und ganz allgemein die möglichst weite Verbreitung aller verschiedenen Ausdrucksformen der Zivilisation unerlässliche Voraussetzungen sowohl für den geistigen Fortschritt als auch für die internationale Verständigung sind und deshalb zur Erhaltung des Friedens in der Welt beitragen;*

*in der Erwägung, dass dieser Austausch hauptsächlich durch die Vermittlung von Büchern, Veröffentlichungen und Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters zustande kommt;*

*in der Erwägung, dass in der Gründungsakte der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Zusammenarbeit zwischen den Nationen auf allen Gebieten geistiger Tätigkeit und insbesondere der Austausch von Veröffentlichungen und Gegenständen von künstlerischem oder wissenschaftlichem Interesse und anderem nützlichem Informationsmaterial befürwortet wird, dass ferner die Organisation «das gegenseitige Sichkennenlernen und Verstehen der Völker durch die Förderung der zur*

---

<sup>2</sup> Während die sonstigen Zahlen in der Museumsstatistik 2020 mit Daten von 2019 aktualisiert wurden, entstammen die Zahlen zum Leihverkehr einem thematischen Modul «Leihgaben, Dauerleihgaben», das 2018 erhoben wurde. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kultur-medien-informationsgesellschaft-sport/kultur/museen/sammlung-ausstellungen.html>.

*Information der Massen bestehenden Organe erleichtert» und dass sie internationale Vereinbarungen empfiehlt, «die von Nutzen scheinen für die freie Verbreitung von Ideen durch Wort und Bild»;*

*in der Erkenntnis, dass eine internationale Vereinbarung zur Förderung des freien Austausches von Büchern, Veröffentlichungen und Gegenständen erzieherischen, wissenschaftlichen oder kulturellen Charakters ein wirksames Mittel zur Erreichung dieser Ziele darstellt (...)*

Unsere Museen setzen die Vision der vertragsschliessenden Parteien durch den regen Austausch, die Ausstellung und Vermittlung von Objekten innerhalb der Schweiz, insbesondere aber natürlich durch den Leihverkehr mit Leihgebern und den Kauf von Objekten aus dem Ausland vorbildlich um.

Anhang B Nr. 4 dieser Vereinbarung listet für die Zollbefreiung unter anderem auf:

(...)

4. Sammlungsgegenstände und Kunstwerke, die für Museen, Galerien und andere von den zuständigen Behörden des Importlandes zum zollfreien Empfang dieser Gegenstände ermächtigte öffentliche Institute bestimmt sind, unter der Bedingung, dass sie nicht verkauft werden dürfen.

(...)

Die Formulierung «Sammlungsgegenstände und Kunstwerke» in Anhang B Nr. 4 der Vereinbarung wurde ausgesprochen offen gewählt. Der Begriff «Sammlungsgegenstände» weist nämlich darauf hin, dass alles, was den Institutionen *sammelwürdig* erscheint, für die Signatarstaaten schliesslich auch zollbefreit sein soll.

Die sehr allgemein gehaltene Formulierung «Kunst- und Ausstellungsgegenstände» im geltenden Art. 8 Abs. 2 lit. g ZG iVm. Art. 20 ZV greift dies auf, ja erweitert die Zoll- und MWST-Befreiung ganz zu Recht in Richtung aller Gegenstände, die geeignet sind, von einem öffentlich zugänglichen Museum *ausgestellt* zu werden. Die oben ausgeführten Ziele der erwähnten UNESCO-Vereinbarung sollen nach dem Willen des Gesetzgebers also breite Umsetzung erfahren. Daher hat der Gesetzgeber auch ausdrücklich darauf verzichtet, den Begriff «Kunst- und Ausstellungs**gegenstände**» in Richtung des «Kunst**werks**» im steuerrechtlichen Sinn, wie er etwa für die Einfuhr von Kunstwerken durch Kunstmalern und Bildhauern in Art. 53 Abs. 1 lit. c. MWSTG zu beachten ist, zu qualifizieren bzw. einzuengen. «Kunstgegenstände» sind daher zoll- wie steuerrechtlich nicht mit «Kunstwerken» gleichzusetzen.

Die Voraussetzungen für die Zollbefreiung von Kunst- und Ausstellungsgegenständen werden in dem derzeit geltenden Art. 20 der Zollverordnung (ZV) näher präzisiert – dies allerdings nur hinsichtlich der in Frage kommenden Institutionen bzw. Orte, für die zollfrei eingeführt werden darf. Nicht näher bestimmt wird in der ZV, welche Objekte von der Zollfreiheit umfasst werden. Auch hier wird auf eine Engführung des Begriffs der Kunst- und Ausstellungsgegenstände also bewusst verzichtet.

Im Weiteren knüpft der geltende Art. 53 Abs. 1 lit. d des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer vom 12. Juni 2009 (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG, SR 641.20) an die Zollbefreiung ohne Weiteres auch die Befreiung von der Mehrwertsteuer (bzw. Einfuhrsteuer). Dabei verweist die Vorschrift lediglich auf Art. 8 Abs. 2 lit. g ZG, ohne «Kunst-

und Ausstellungsgegenstände» auch nur zu erwähnen. Die Verordnung zum MWSTG schweigt sich konsequenterweise darüber ebenfalls aus. Steuerrechtlich wird der Begriff der Kunst- und Ausstellungsgegenstände also ebenfalls nicht enger geführt.

Selbst das von der EZV herausgegebene Merkblatt «Einfuhrsteuern auf Kunstwerken»<sup>3</sup> macht dazu nur wenige Angaben.

Allerdings mussten wir feststellen, dass Zollbehörden in der jüngsten Vergangenheit dazu neigten, den Bereich der «Kunst- und Ausstellungsgegenstände» zoll- und insbesondere mehrwertsteuerrechtlich unzulässigerweise im Sinne des steuerrechtlichen «Kunstwerks» einzuengen. Der steuerrechtliche Begriff des «Kunstwerks», wie ihn die EZV z.B. in dem bereits erwähnten Merkblatt «Einfuhrsteuern auf Kunstwerken» vertritt, beruht unseres Erachtens auf einem ausgesprochen konservativen, um nicht zu sagen überkommenen Kunstbegriff und erfasst nur künstlerische Erzeugnisse von Kunstmalern und Bildhauern. Neue Technologien und Medien sind damit grundsätzlich ausgeschlossen. Dies ist aus unserer Sicht äusserst bedauerlich und angesichts der Bedeutung der neueren Technologien und Medien für das aktuelle Kunstschaffen kaum nachvollziehbar.

Eine unzulässige Verengung der «Kunst- und Ausstellungsgegenstände» in Richtung des steuerrechtlichen «Kunstwerk»-Begriffs wirkt sich besonders dann fatal aus, wenn die Museen Werke, die neue Technologien oder neue Medien nutzen, ausleihen und insbesondere erwerben möchten. Eine daraus resultierende Verzollung und Besteuerung kann nicht im Sinne der UNESCO-Vereinbarung sein und behindert, ja verunmöglicht das Sammeln, Erforschen, Ausstellen und Vermitteln neuer Inhalte.

## II. Stellungnahme der Museumsverbände zur geplanten Revision

### 1. Zur allgemeine Stossrichtung der Revision

Die Verbände VMS/AMS und ICOM Schweiz begrüssen es sehr, dass die Zielrichtung der laufenden Revision des Schweizer Zollrechts dessen Vereinheitlichung und Vereinfachung zum Ziel hat. Laut dem Erläuternden Bericht sollen Kundinnen und Kunden der EZV, die sich korrekt verhalten, ihre Formalitäten zeit- und ortsunabhängig digital abwickeln können, während sich die EZV verstärkt um problematische Einzelfälle kümmern möchte.

### 2. Zoll- und Mehrwertsteuerbefreiung

Grundsätzlich erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass der geltende Art. 8 Abs. 2 lit. g ZG, wonach der Bundesrat Kunst- und Ausstellungsgegenstände der Museen für zollfrei erklären kann, wortgleich in den Art. 5 lit. g des geplanten Zollabgabengesetzes (ZoG) überführt werden soll.

**Wir möchten aber dringend empfehlen**, dass Kunst- und Ausstellungsgegenstände aus der *Kann-Vorschrift* des Art. 5 lit. g E-ZoG («Der Bundesrat kann zollfrei erklären...») in die Liste der unbedingten Zollfreiheit des Art. 4 Abs. 1 E-ZoG («Zollfrei sind...») übernommen

---

<sup>3</sup> Download über <https://www.ezv.admin.ch/ezv/de/home/information-firmen/befreiungen--verguenstigungen--zollpraeferenzen--ausfuhrbeitr/einfuhr-in-die-schweiz/zollfreier-warenverkehr--zollbefreiungen-/kunst--und-ausstellungsgegenstaende.html>, Ausgabe 2018, zu den Kunst- und Ausstellungsgegenständen für Museen auf S. 12

werden, damit die Zollfreiheit der Kunst- und Ausstellungsgegenstände der Museen nicht der Disposition des Bundesverwaltung überlassen ist.

Der geltende Art. 53 Abs. 1 lit. MWSTG, der an die Zollbefreiung ohne Weiteres auch die Befreiung von der Mehrwertsteuer anknüpft, soll laut Erläuterndem Bericht an die neuen Bestimmungen des BAZG-VG bzw. des ZoG mit der entsprechenden neuen Terminologie angepasst werden,<sup>4</sup> und auch diesbezüglich würden wir unbedingt die entsprechende Anpassung an die Liste der jedenfalls zollbefreiten Waren empfehlen.

Wir gehen also davon aus, dass auf zollbefreite «Kunst- und Ausstellungsgegenstände» erfreulicherweise auch künftig keine Mehrwertsteuern zu entrichten sind, und möchten dringend darum bitten, dies im Gesetzgebungsprozess umfassend zu berücksichtigen und unbedingt daran festzuhalten. Nur so ist unseren Museen eine Tätigkeit, die den Erfordernissen unserer komplexen und technisierten Gegenwart entspricht, zum Wohl der Schweizer Gesellschaft möglich.

Bei der Neufassung des Zollrechts sowie der entsprechenden Handreichungen und Merkblätter sollte daher die breiteste Auslegung des Begriffs Kunst- und Ausstellungsgegenstände nach unserem Dafürhalten unbedingt umgesetzt und klar formuliert werden. Ausserdem ist aus unserer Sicht absolut erforderlich, dass dabei zeitgenössischen und möglichen zukünftigen Kunstformen Raum gegeben wird.

Unsere Verbände sind sehr daran interessiert mit der Eidgenössischen Zollverwaltung in einen konstruktiven Dialog für die Formulierung der Verordnung für das geplante Zollabgabengesetz und entsprechender Merkblätter für die Praxisumsetzung für den die Museen betreffenden Bereich zu treten. Eine solche Zusammenarbeit verhindert Unklarheiten in der Praxis und in der Folge die unnötige Bindung von Ressourcen in entsprechenden Zollverfahren auf Seiten der Zollbehörden wie der Museen gleichermassen und stellt eine zeitgemässe Tätigkeit unserer Museen sicher.

**Unsere Verbände VMS/AMS und ICOM rufen den Bundesrat daher dazu auf, sich für eine umfassende und unbedingte Zoll- und Steuerbefreiung der «Kunst- und Ausstellungsgegenstände» für unsere Museen stark zu machen, damit sich die Schweizer Museen im Sinne der UNESCO-Vereinbarung für einen freien Austausch von Wissen und Objekten einsetzen können.**

Für Rückfragen steht Ihnen unsere Rechtsberaterin Sandra Sykora, Rechtsanwältin (D), M.A., (Mobil: 079 820 7160, [sandra\\_sykora@bluewin.ch](mailto:sandra_sykora@bluewin.ch)) gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüssen

Verband der Museen der Schweiz



Isabelle Raboud-Schüle  
Präsidentin VMS

ICOM Schweiz



Dr. Tobia Bezzola  
Präsident ICOM Schweiz

---

<sup>4</sup> Erläuternder Bericht zum aktuellen Gesetzesvorhaben,  
<https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/62861.pdf>, S. 135.

18. Dezember 2020

**Vernehmlassung:**

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie wurde eingeladen, eine Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie der Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) zu formulieren. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und bedanken uns für die Möglichkeit unsere Anliegen einzubringen.

Dem Verband der Schweizerischen Lack- und Farbenindustrie sind über 90% der in der Beschichtungsbranche tätigen Firmen der Schweiz angegliedert. Nebst multinationalen Firmen sind auch besonders viele kleinere und mittlere Produzenten und Zulieferanten im Verband vertreten. Die vom Verband vertretenen rund 90 Mitglieder erzielen einen Umsatz von gegen drei Milliarden Schweizer Franken jährlich und beschäftigen rund 3000 Mitarbeiter.

Der VSLF spricht sich klar für eine Standardisierung des Vollzugs, der grösstmöglichen Digitalisierung der Prozesse und Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs, der risikobasierten Gewichtung der Kontrolle (Art. 106) sowie der Konzentration auf die gezielte Kontrolltätigkeit zur Steigerung der Effizienz und Effektivität des Vollzugs nichtabgaberechtlicher Vollzugsaufgaben aus. Diese Massnahmen ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.

Uns ist es bewusst, dass auf Gesetzesstufe Grundsätzliches geregelt werden soll, die operationelle Umsetzung der Grundsätze jedoch erst auf Verordnungsstufe und den Richtlinien geregelt werden kann. Dies erschwert die Beurteilung der Gesetzesvorlage erheblich. Dementsprechend erachten wir es als unabdingbar, dass die Wirtschaft auch im 2. Schritt, der Anpassung und Erarbeitung der entsprechenden Verordnungen, durch Konsultationen einbezogen werden muss. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Wirtschaft vollumfänglichen Zugang zu den für sie relevanten internen Richtlinien (inkl. der alten Richtlinien) erhält und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt.

Zudem erachten wir es als notwendig, Fremdwährungen in Deklarationen zuzulassen, AEO-Vereinfachungen effektiv zu definieren, eine Verlängerung der Korrekturmöglichkeiten von anstelle 60 Tagen auf 3 Jahre umzusetzen (u.a. wegen der VOC-Bilanz und anderen NZE-Abgaben) sowie weitere Vereinfachungen umzusetzen, bei den Zollaussetzungen Verfahrensvereinfachungen sowie im Ursprungsbereich Langzeitlieferantenerklärungen zu ermöglichen.

Aus unserer Sicht sollte die Totalrevision des Zollgesetzes die Chance bieten, nicht nur für das BAZG, sondern auch für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen zu führen, was nicht in jedem Fall gelungen ist. Beispiele sind u.a. die neuen Rollen, die aus unserer Sicht unklar formuliert sind und deren Verantwortlichkeiten nicht konsistent geregelt sind oder die Forderung, im Rahmen der Warenanmeldung alle notwendigen Begleitdokumente zu übermitteln (Art. 9).

Aus unserer Sicht sollte zudem darauf verzichtet werden, eine neue Terminologie ohne Mehrwert einzuführen. Unsere Mitgliedunternehmen sind weltweit tätig und erachten neue Begriffe im Kontext "Zoll" gerade in der Kommunikation als problematisch (Bsp: Warenbestimmung anstelle von Zollverfahren). Der Terminus Zollverfahren soll gemäss der Terminologie der WZO beibehalten werden.

Die Terminologie «nichtabgaberechtliche Vollzugsaufgaben» (NAV) ist aus unserer Sicht widersprüchlich, da viele der NAV sehr wohl abgaberechtlich sind z.B. LSVA, VOC, Alkoholsteuer, Biersteuer etc. Wir beantragen deshalb, den ursprünglichen Begriff "nichtzollrechtliche Erlasse" beizubehalten.

Der Einbezug der Wirtschaft bei zukünftigen Projekten des BAZG wird seitens VSLF ausdrücklich begrüsst (Art.127). Der Austausch zwischen Wirtschaft und Zoll hat bis anhin sehr gut funktioniert und wir würden es begrüssen, wenn der Zoll weiterhin die Logik einer beratenden Behörde behalten würde und nicht zu einer Interventionsbehörde wird, wie dies in einigen unserer Nachbarsländern zu beobachten ist, denn das ist genau die Stärke der Schweiz. Des Weiteren schliessen wir als Verband uns den Äusserungen von scienceindustries und Avenenergy Suisse an.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband der Schweizerischen  
Lack- und Farbenindustrie**



Matthias Baumberger  
Direktor



Blerta Salihi  
Regulatorisches



18. Dezember 2020

**Vernehmlassung:**

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Bundesrat Maurer

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband der Schweizerischen Schmierstoffindustrie (VSS) wurde eingeladen, eine Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie der Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) zu formulieren. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und bedanken uns für die Möglichkeit unsere Anliegen einzubringen.

Der VSS spricht sich klar für eine Standardisierung des Vollzugs, der grösstmöglichen Digitalisierung der Prozesse und Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs, der risikobasierten Gewichtung der Kontrolle (Art. 106) sowie der Konzentration auf die gezielte Kontrolltätigkeit zur Steigerung der Effizienz und Effektivität des Vollzugs nichtabgaberechtlicher Vollzugsaufgaben aus. Diese Massnahmen ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.

Uns ist es bewusst, dass auf Gesetzesstufe Grundsätzliches geregelt werden soll, die operationelle Umsetzung der Grundsätze jedoch erst auf Verordnungsstufe und den Richtlinien geregelt werden kann. Dies erschwert die Beurteilung der Gesetzesvorlage erheblich. Dementsprechend erachten wir es als unabdingbar, dass die Wirtschaft auch im 2. Schritt, der Anpassung und Erarbeitung der entsprechenden Verordnungen, durch Konsultationen einbezogen werden muss. Zudem muss sichergestellt werden, dass die Wirtschaft vollumfänglichen Zugang zu den für sie relevanten internen Richtlinien (inkl. der alten Richtlinien) erhält und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt.

Zudem erachten wir es als notwendig, Fremdwährungen in Deklarationen zuzulassen, AEO-Vereinfachungen effektiv zu definieren, eine Verlängerung der Korrekturmöglichkeiten von anstelle 60 Tagen auf 3 Jahre umzusetzen (u.a. wegen der VOC-Bilanz und anderen NZE-Abgaben) sowie weitere Vereinfachungen umzusetzen, bei den Zollaussetzungen Verfahrensvereinfachungen sowie im Ursprungsbereich Langzeitlieferantenerklärungen zu ermöglichen.



Aus unserer Sicht sollte die Totalrevision des Zollgesetzes die Chance bieten, nicht nur für das BAZG, sondern auch für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen zu führen, was nicht in jedem Fall gelungen ist. Beispiele sind u.a. die neuen Rollen, die aus unserer Sicht unklar formuliert sind und deren Verantwortlichkeiten nicht konsistent geregelt sind oder die Forderung, im Rahmen der Warenanmeldung alle notwendigen Begleitdokumente zu übermitteln (Art. 9).

Aus unserer Sicht sollte zudem darauf verzichtet werden, eine neue Terminologie ohne Mehrwert einzuführen. Unsere Mitgliedunternehmen sind weltweit tätig und erachten neue Begriffe im Kontext "Zoll" gerade in der Kommunikation als problematisch (Bsp: Warenbestimmung anstelle von Zollverfahren). Der Terminus Zollverfahren soll gemäss der Terminologie der WZO beibehalten werden.

Die Terminologie «nichtabgaberechtliche Vollzugsaufgaben» (NAV) ist aus unserer Sicht widersprüchlich, da viele der NAV sehr wohl abgaberechtlich sind z.B. LSVA, VOC, Alkoholsteuer, Biersteuer etc. Wir beantragen deshalb, den ursprünglichen Begriff "nichtzollrechtliche Erlasse" beizubehalten.

Der Einbezug der Wirtschaft bei zukünftigen Projekten des BAZG wird seitens VSS ausdrücklich begrüsst (Art.127). Der Austausch zwischen Wirtschaft und Zoll hat bis anhin sehr gut funktioniert und wir würden es begrüssen, wenn der Zoll weiterhin die Logik einer beratenden Behörde behalten würde und nicht zu einer Interventionsbehörde wird, wie dies in einigen unserer Nachbarsländern zu beobachten ist, denn das ist genau die Stärke der Schweiz. Des Weiteren schliessen wir als Verband uns den Äusserungen von scienceindustries und Avenergy Suisse an.

Freundliche Grüsse  
**Verband der Schweizerischen  
Schmierstoffindustrie**

Matthias Baumberger  
Direktor

Blerta Salihi  
Regulatives

Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Eingabe per E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Wohlen, 31. Dezember 2020

**Vernehmlassungsantwort: Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes zum neuen Zollabgabengesetz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen herzlich für die Möglichkeit, zu o.g. Anhörung Stellung nehmen zu dürfen.

Der VFAS setzt sich für die Interessen des unabhängigen und freien Autohandels in der Schweiz ein und wehrt sich gegen sämtliche Einschränkungen und Behinderungen im freien Autohandel. Der VFAS vertritt KMUs im Schweizer Autohandel, die sowohl mit Occasions- als auch mit Neufahrzeugen handeln und damit vom Geltungsbereich des Zollgesetzes betroffen sind.

Im Interesse der Schweizer KMU im freien Autohandel setzt sich der VFAS für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

**Im Grundsatz begrüsst der VFAS die im Gesetzesentwurf enthaltene Vereinfachung, Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse.**

**Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten Verordnungen nicht abschliessend möglich. Daher ist ein verbindlicher und aktiver Miteinbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen unabdingbar.**

**Zudem sind bei verschiedenen vorgeschlagenen Bestimmungen in der jetzigen Form wichtige Präzisierungen und Nachbesserungen im Gesetz notwendig. Den Entwurf in der vorliegenden Fassung beurteilt der VFAS daher kritisch.**

Im Grundsatz begrüsst der VFAS die in den Gesetzesentwürfen des BAZG-VG und des ZoG enthaltenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts, auch im Zusammenhang mit den anstehenden Anpassungen bezüglich des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT). Der VFAS spricht sich für eine Standardisierung und grösstmöglichen Digitalisierung der Prozesse sowie Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs aus. **So sehen wir eine Möglichkeit in der erweiterten Akzeptanz von Ursprungsbelegen (v.a. im Automobilsektor); insbesondere von Certificates of Conformity (CoC) bzw. von electronic Certificates of Conformity (e-CoC) als Nachweis, der den Ursprung im EWR belegt (vgl. Art 9 Gesetzes-Entwurf).**

Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Uns ist durchaus bewusst, dass auf Gesetzesstufe Grundsätzliches geregelt werden soll und bestimmte operationelle Umsetzungen der Grundsätze erst auf Verordnungsstufe geregelt werden. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.

Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, wünschen wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen. Mögliche Optionen der Mitsprache wären aus unserer Sicht eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen oder die Schaffung eines Konsultativgremiums (analog zum MWST-Konsultativgremium).

Bei der Durchsicht der beiden Vorlagen sowie des erläuternden Berichtes ist uns aufgefallen, dass die Sachlage z.T. erst nach Konsultation des erläuternden Berichtes klar wurde. Aufgrund der Tatsache, dass die Wirtschaftsbeteiligten in erster Linie die gesetzlichen Grundlagen zur Hand nehmen, verorten wir hier Optimierungspotential. Da der erläuternde Bericht keinerlei Rechtsverbindlichkeit hat, erachten wir es als essenziell, dass der Gesetzestext klarer formuliert wird. Sie finden die entsprechenden Bemerkungen im beigelegten Antwortformular. Aus unserer Sicht sollte zudem beachtet werden, dass die Einführung neuer Terminologie mit entsprechender Vorsicht angegangen werden sollte. Um für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen führen, sollten neue Rollen klar formuliert und deren Verantwortlichkeiten konsistent geregelt sein, auch in Bezug auf andere nationale und internationale Nomenklaturen.

Die Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten erlauben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch das Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant.

Ausserdem ist eine strikte Abstimmung der Zollgesetzrevision mit anderen Gesetzen, die im Zusammenhang mit den Gesetzesentwürfen zum BAZG-VG oder zum ZoG stehen, insbesondere des Mehrwertsteuergesetzes, notwendig.

Unserer Ansicht nach erfordern gewisse vorgeschlagene Bestimmungen wichtige Präzisierungen und Nachbesserungen im Gesetz bzw. in der Botschaft. Sie finden die entsprechenden detaillierten Vorschläge und Bemerkungen im beigelegten Antwortformular.

Basierend auf dieser Einordnung erachtet der VFAS eine fundierte Analyse der Gesetzesentwürfe als zentral für den weiteren Prozess.

Wir danken für die Möglichkeit einer Stellungnahme und stehen für Rückfragen oder Ergänzungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**VFAS – Verband freier Autohandel Schweiz**



Stephan Jäggi, Geschäftsleiter



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Verband freier Autohandel Schweiz

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : VFAS

Adresse : Bremgarterstrasse 75

Kontaktperson : Stephan Jäggi

Telefon : +41 56 619 71 32

E-Mail : [info@vfas.ch](mailto:info@vfas.ch)

Datum : 30.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 12 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 15 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 19 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 20 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 24 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 25 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| VFAS                    | Im Grundsatz begrüsst der VFAS die in den Gesetzesentwürfen des BAZG-VG und des ZoG enthaltenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts, auch im Zusammenhang mit den anstehenden Anpassungen bezüglich des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT).  |
| VFAS                    | Standardisierung und grösstmögliche Digitalisierung der Prozesse sowie Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.  |
| VFAS                    | Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.                        |
| VFAS                    | Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, erachten wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnung als essentiell. Mögliche Optionen der Mitsprache wären aus unserer Sicht eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen oder die Schaffung eines Konsultativgremiums (analog zum MWST-Konsultativgremium). |
| VFAS                    | Die Einführung einer neuen Terminologie sollte mit entsprechender Vorsicht angegangen werden. Um für die Unternehmen zu signifikanten Vereinfachungen führen, sollten neue Rollen klar formuliert und deren Verantwortlichkeiten konsistent geregelt sein, auch im Bezug auf andere nationale und internationale Nomenklaturen.   |
| VFAS                    | Die Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten erlauben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant.   |
| VFAS                    | Ausserdem ist eine strikte Abstimmung der Zollgesetzrevision mit anderen Gesetzen, die im Zusammenhang mit den Gesetzesentwürfen zum BAZG-VG oder zum ZoG stehen, insbesondere des Mehrwertsteuergesetzes, notwendig.   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |
|------|--|
| VFAS | Der Schutz des Geistigen Eigentums und vertraulicher Geschäftsinformationen ist zu garantieren. Dementsprechend erwarten wir, dass die Zollverwaltung/das BAZG auch in Zukunft sicherstellt, dass dieser Schutz nicht durch die internationale Amtshilfe unterminiert wird und für alle Arten von Daten gewährleistet ist (z.B. Cyberrisiken). |
| VFAS | Die neuen Vereinfachungen im Zuge der Gesetzesrevision werden begrüsst, allerdings sollten diese nicht nur AEO-zertifizierten Unternehmen zugänglich gemacht werden. Aufgrund der hohen Anforderungen zur Erlangung des AEO-Status wären KMU dadurch benachteiligt.  |
| VFAS |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| VFAS | 7    |      |      | <p>Aus unserer Sicht sollte beachtet werden, dass die Einführung neuer Terminologie mit entsprechender Vorsicht angegangen werden muss. Diese Terminologie ist im Gesetzesentwurf zu allgemein gehalten.</p> <p>Die Begriffe müssen entsprechend präzisiert werden, auch im Hinblick auf die im interantionalen Rahmen angewendete Nomenklatur.</p>  |   |
| VFAS | 9    |      |      | <p>Die Sendungsdokumentation soll in Zukunft mit der Importzollanmeldung übermittelt werden, wobei der Bundesrat die zu übermittelnden Dokumente festlegen wird. Unseres Erachtens sollen Dokumente nur dann übermittelt werden, wenn tatsächlich eine Kontrolle durch die Zollbehörden stattfindet und nicht in jedem Fall. Dies würde den Arbeitsaufwand für die involvierten Parteien senken.</p>   |   |
| VFAS | 9    | 1    |      | <p>Art. 9 Abs. 1 verlangt die Übermittlung aller notwendigen Begleitdokumente zum Zeitpunkt der Warenanmeldung. Zum Zeitpunkt der Warenanmeldung sind indessen nicht immer sämtliche Unterlagen (wie z.B. Ursprungsnachweise) vorhanden, dies sollte im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden.</p> <p>Zudem sollte die erweiterte Akzeptanz von Ursprungsbelegen (v.a. im Automobilsektor); insbesondere von Certificates of Conformity (CoC) bzw. von electronic Certificates of Conformity (e-CoC) als Nachweis, der den Ursprung im</p> |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
|      |    |   |  | EWR belegt, berücksichtigt werden (vgl. Art 9 Gesetzes-Entwurf).  |  |
| VFAS | 9  | 3 |  | Diese Regelung wird begrüsst.   |  |
| VFAS | 12 |   |  | <p>n Zukunft soll die Zollanmeldung mit der Fahrzeug-Immatrikulation verknüpft werden. Im Export wird oft die Ausfuhrzollanmeldung durch die exportierende Unternehmung erstellt, wobei zu diesem Zeitpunkt die Abholung durch den Spediteur in den meisten Fällen noch nicht organisiert wurde.</p> <p>Zudem kann im Verlauf des grenzüberschreitenden Transports ein Fahrzeugwechsel bzw. ein Umladen erfolgen. Daher muss diese Anforderung praxistauglich und flexibel gestaltet werden, ansonsten würde dies massiv in die logistischen Abläufe der Unternehmen eingreifen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung führen.</p>  |  |
| VFAS | 14 |   |  | <p>Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus der Vernehmlassung kann jedoch nicht entnommen werden, wo genau und ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann. Zum Beispiel bei einer Anlieferung im Transitverfahren zu einer Fabrik, ohne dass ein Zwischenstopp bei einem zugelassenen Empfänger notwendig ist. Die Details zur Aktivierung sowie die im erläuternden Bericht erwähnten Sonderkonstellationen sollten im Gesetz eindeutig reflektiert werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.</p> |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |     |  |   |  |
|------|----|-----|--|---|--|
| VFAS | 28 | 2   |  | Zahlungsfrist direkt im Gesetz verankern.   |  |
| VFAS | 30 | 5   |  | <p>Verjährung: Zusätzliche Informationen, in welchen Fällen die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren zur Anwendung kommt, wären hilfreich.</p> <p>In verschiedenen anderen Bereichen ist eine Verjährung in jedem Fall bereits nach 10 Jahren üblich (z.B. MWSTG).</p>   |  |
| VFAS | 44 |     |  | Die Harmonisierung von Zolllager und Zollfreilager scheint die für gewisse Branchen sehr relevanten Aspekte von Zollfreilagern nicht genügend zu berücksichtigen. Entsprechende Sonderregelungen könnten im Gesetzestext angefügt werden.   |  |
| VFAS | 46 |     |  | Es wäre zu begrüessen, dass die Zollbehörde Ihre internen Richtlinien vollumfänglich veröffentlicht und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt. Des Weiteren dürfen Erträge aus Kostenüberwälzungen und Aberkennungen von «Zollprivilegien» nicht als Leistungsziele der Zollbehörden geführt werden.   |  |
| VFAS | 46 | 1-2 |  | Gemäss Art. 46 kann das BAZG gegen Inhaberinnen und Inhaber einer von ihm erteilten Bewilligung und gegen Datenverantwortliche administrative Massnahmen ergreifen. In vielen Fällen, in denen Personen die Anforderungen nicht einhalten, geschieht dies nicht vorsätzlich, sondern aus Unwissen. Diesem Grundsatz der Verhältnismässigkeit ist unserer Ansicht nach Rechnung zu tragen. |  |
| VFAS | 49 |     |  | Die Regelung der verfahrensrechtliche Modalitäten bei Systemausfällen sollte möglichst geringe Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeteiligten haben.   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| VFAS | 53 | 2 |  | <p>Fristwahrung im elektronischen Verfahren:</p> <p>Bei Nichterreichbarkeit des Informationssystem verpflichtet Art. 53 Abs. 2 das Unternehmen täglich zu prüfen, ob das System erneut funktioniert. Ansonsten kann es sein, dass die Fristverlängerung um einen Tag bei Nichterreichbarkeit des Systems verstreicht. Gerade im kaufmännischen Bereich arbeiten viele Personen Teilzeit. Dies wäre mit einer entsprechenden Fristverlängerung zu berücksichtigen.</p>   |  |
| VFAS | 56 | 1 |  | <p>Art. 56 Aufbewahrung von Daten und Dokumenten:</p> <p>Der Begriff "absolute" Verjährung kann missverstanden werden in der Hinsicht, dass die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren und nicht die Verjährungsfrist von 5 Jahren herangezogen werden muss.</p> <p>Zudem wäre es wichtig, in der Botschaft die Aufbewahrungsfrist näher zu erläutern bzw. zu erläutern, in welchen möglichen Fällen die Frist von 15 Jahren gilt.</p> <p>Des Weiteren wäre es hilfreich, dass in der Botschaft oder dem Gesetzesentwurf präzisiert wird, welche Unterlagen aufzubewahren sind (Rechnungen, Veranlagungsverfügungen, Ursprungsnachweise / Lieferantenerklärungen).</p> |  |
| VFAS | 56 | 2 |  | <p>Abs. 2 Der BR bezeichnet die Personen, denen die Aufbewahrungspflicht obliegt und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung.</p> <p>Gemäss erläuterndem Bericht kann der Bundesrat vorsehen, dass Daten bestimmter Verfahrensbeteiligter, wie namentlich der Datenverantwortlichen, in der Schweiz gehalten werden müssen. Diese Anforderung scheint recht eng gefasst.</p>   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |  |
|------|----|---|---|--|--|
| VFAS | 58 | 1 |   | <p>Gemäss Art. 39 kann das BAZG, geschuldete Beträge bis zu einem Jahr nachfordern. Art. 58 gewährt den Unternehmen für Einsprachen allerdings nur eine Frist von 60 Tagen. Die Frist von 60 Tagen wird den internen Abläufen von Unternehmen zudem nicht gerecht. Wir befürworten deshalb eine Verlängerung der Frist.</p> <p>Zudem gibt es heute bei den provisorischen Abfertigungen aus GSP Ländern eine Frist von 90 Tagen zur Beschaffung der Dokumente. Eine Verkürzung der Frist auf 60 Tage ist in Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, sehr kurz.</p> |  |
| VFAS | 60 | 1 |   | <p>Analog der Fristen für die Einsprache gemäss Art. 58, wäre auch bei der Beschwerdemöglichkeit eine Erweiterung der Frist wichtig. Dies um Asymmetrien zwischen den Rechten des BAZG und der Unternehmen zu vermeiden und um die internen Prozesse der Unternehmen besser zu berücksichtigen.</p> <p>Das BAZG soll zudem sicherstellen, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.</p>  |  |
| VFAS | 62 | 2 |   | <p>Art. 62, Abs. 2 Bst b ist zu generell gefasst. Es erschliesst sich uns nicht, welche Arten von Kontrollen darunter fallen werden bzw. welche nicht. Dies wäre im Gesetzestext zu präzisieren. Insbesondere bei kleinen Beanstandungen scheint die Auferlegung von Kosten nicht verhältnismässig.</p>  |  |
| VFAS | 66 | 2 | b | <p>Mit Artikel 66 wird die Grundlage für die Bearbeitung Daten juristischer Personen wie z.B. Fabrikationsgeheimnissen geschaffen. Besonders wichtig erscheint uns, dass diese Daten ausreichend geschützt und nicht an Dritte weitergegeben werden. Eine</p>  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |  |
|------|-----|---|--|--|--|
|      |     |   |  | entsprechende Präzisierung ist daher wichtig.<br><br>Der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse ist für viele Branchen ein prioritäres Anliegen, dementsprechend wichtig erscheint es den Datenschutz sicherzustellen und den Zugang zu diesen sehr restriktiv zu behandeln, auch im Rahmen einer internationalen Amtshilfe.   |  |
| VFAS | 68  |   |  | Neue flexible Zugriffsbefugnisse mögen durchaus praxisbezogener sein, erhöhen aber die Gefahr des Missbrauchs. Daher ist eine rechtssichere Verordnungsregelung (mit klar abgestufte Kompetenz- und Zugriffsregelung, Kontrollen) essentiell.  |  |
| VFAS | 74  |   |  | Weder ist die Prüfungsfrequenz, noch sind Methodik oder Zuständigkeit der Überprüfung im Gesetzesentwurf geregelt.   |  |
| VFAS | 140 | 1 |  | Art. 140 befugt das BAZG Gebühren für Verfügungen, Dienstleistungen und besondere amtliche Verrichtungen, die bei der Erfüllung seiner Aufgaben anfallen, namentlich für Bewilligungen nach den Artikeln 44 und 45, die Anordnung von Sicherheitsleistungen und Betriebsprüfungen, soweit diese zu Beanstandungen führen.<br><br>Für verschiedene Branchen ist es aufgrund des komplexen Zollltarifsystems und der komplexen Regeln wichtig, dass Auskünfte (z.B. Zollltarif, Ursprungsregeln) durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben. |  |
| VFAS |     |   |  |  |  |
| VFAS |     |   |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| VFAS | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| VFAS | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |
| VFAS |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |   |             |             |             |  |  |
|---|---|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b>                             | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| VFAS  | Zolltarifgesetz vom 9. Oktober 1986 (ZTG) | 4           |             |             | Der Bundesrat kann, wenn es die Interessen der Schweizerischen Volkswirtschaft erfordern, auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexperten Zollansätze angemessen herabsetzen. In der Praxis zeigt sich, dass sich die Anwendung dieses Absatzes als sehr schwierig erweist. Speziell die Voraussetzung, dass die Zollherabsetzung einen volkswirtschaftlichen Nutzen generieren muss, führt dazu, dass tiefe Zölle beibehalten werden müssen, da der erforderliche volkswirtschaftliche Nutzen nicht erreicht werden kann. Dies obwohl der Zoll für die Branche stossend ist. Wir regen an, diese Bestimmung im Zuge der Revision zu vereinfachen. | <p>Art. 4 Gebrauchstarif</p> <p>1 Der Bundesrat kann Abkommen über Zollansätze vorläufig anwenden und die sich daraus ergebenden Zollansätze vorläufig in Kraft setzen. Ebenso kann er Zollansätze vorläufig in Kraft setzen, die sich aus Abkommen ergeben, die der Bundesrat nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 19821 über aussenwirtschaftliche Massnahmen vorläufig anwenden kann.</p> <p>2 Der Bundesrat kann Zollansätze, die sich im Verhältnis zu den in Zollverträgen gesenkten Ansätzen als überhöht erweisen, entsprechend herabsetzen.</p> <p>3 Der Bundesrat kann auch unabhängig von Zollverträgen nach Anhören der Zollexpertenkommission:</p> <p>a. anordnen, dass auf die Erhebung von Zöllen auf bestimmten Waren ganz oder teilweise verzichtet wird;</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |                               |
|------|--|--|--|--|--|-------------------------------|
|      |  |  |  |  |  | b. Zollkontingente festlegen. |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |
| VFAS |  |  |  |  |  |                               |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |
| VFAS   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |
| VFAS  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| VFAS   | 4           | 1           | b + d       | <p>Zusätzliche Klärungen betreffend Nämlichkeit und Fristen wären wichtig.</p> <p>Zollfreie Waren: ... dürfen nur innerhalb von drei Jahren zollfrei getätigt werden.</p> <p>Solange mittels der Unterlagen nachgewiesen werden kann, dass die Bedingungen für die zollfreie Einfuhr der ausländischen Rückwaren gegeben ist, müsste aus unserer Sicht eine Erweiterung der Frist auf fünf Jahre und damit eine Anpassung an die Verjährungsfrist möglich sein.</p>   |  |
| VFAS   | 9           | 2           | a           | <p>Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Diese Bestimmung könnte daher potentiell zu einer willkürlichen höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unseres Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und im Rahmen der Digitalisierung auch nicht modern. Ob eine Warenanmeldung eine zweideutige oder ungenügende Warenbezeichnung aufweist unterliegt bis zu einem gewissen Grad auch einer subjektiven Bewertung. Wo</p> |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |     |  |  |  |
|------|----|-----|--|--|--|
|      |    |     |  | möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z. B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld besondere Bemerkungen der Warenposition).   |  |
| VFAS | 10 | 1-2 |  | Aktuell hält das Gesetz in Art. 10 ZG fest, dass schriftliche Zolltarif- und Ursprungsankünfte der eidgenössischen Zollverwaltung (neu Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)) während einer gesetzlich festgelegten Dauer verbindlich sind (Art. 20 ZG). Ohne ersichtlichen Grund wird im revidierten Gesetz in Art. 10 ZoG darauf verzichtet, die Verbindlichkeit und Dauer der vom BAZG erteilten Zolltarif- und Ursprungsankünfte zu regeln. Dies gilt es, analog der aktuell geltenden Bestimmung, ebenfalls festzulegen, sodass die Rechtssicherheit auch weiterhin gewährleistet ist und die betroffenen Unternehmen, wie bisher, über verbindliche Ankünfte verfügen. Wir würden eine Ergänzung im Gesetz wie lange Ankünfte gültig sind, begrüßen. |  |
| VFAS | 10 |     |  | Das Recht auf Auskunft sollte nicht nur tarifarische Ankünfte umfassen, sondern auf nationales und internationales Zollrecht, nicht-präferenzielle, verbindliche Ursprungsankünfte sowie interne Richtlinien erweitert werden.   |  |
| VFAS | 10 | 1   |  | Aufgrund des komplexen Zolltarifsystems und der komplexen Ursprungsregeln in bestimmten Branchen ist es für diese zentral, dass Tarif- und Ursprungsankünfte durch das BAZG weiterhin kostenlos bleiben, um eine Benachteiligung zu verhindern.  |  |
| VFAS | 15 |     |  | Zusätzliche Klärungen betreffend der Rollenzuständigkeit wären wünschenswert.  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |     |  |  |  |
|------|----|-----|--|--|--|
|      |    |     |  | Zollhinterziehung: Wir begrüssen, dass das mildere Strafmass für fahrlässige "Handlungen" nun auch gesetzlich verankert wird. In der Praxis wurde dies bereits so gehandhabt.  |  |
| VFAS | 16 | 3   |  | Wir begrüssen, dass neu bei der Zollgefährdung zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit unterschieden werden soll.  |  |
| VFAS | 17 | 1+3 |  | Zusätzliche Klärungen betreffend der Rollenzuständigkeit wären wünschenswert.<br><br>Wir begrüssen, dass beim Bannbruch eine Unterscheidung zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Tatbegehung eingeführt wird. Auch die Senkung der Strafraumen befürworten wir. |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |
| VFAS |    |     |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |
| VFAS |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |
| VFAS   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the top right corner is highlighted with a red box. A sidebar on the right side of the window displays the 'Bearbeitung einschränken' task pane, which includes the text: 'Ihre Berechtigungen: Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt. Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.' At the bottom of this pane, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Übersicht über die Microsoft Word-Software mit dem Menüband **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschränken**-Knotenpunkt.

Die **Bearbeitung einschränken**-Taskpane ist rechts geöffnet. Die **Formatierungseinschränkungen** sind aktiviert. Die **Bearbeitungseinschränkungen** sind ebenfalls aktiviert, und die Option **Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:** ist ausgewählt. Die **Schutz anwenden**-Option ist ebenfalls aktiviert.

Die **Bearbeitung einschränken**-Taskpane zeigt die folgenden Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  - ☒ Ja, Schutz jetzt anwenden

Die **Bearbeitung einschränken**-Taskpane ist rechts geöffnet. Die **Formatierungseinschränkungen** sind aktiviert. Die **Bearbeitungseinschränkungen** sind ebenfalls aktiviert, und die Option **Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:** ist ausgewählt. Die **Schutz anwenden**-Option ist ebenfalls aktiviert.

Die **Bearbeitung einschränken**-Taskpane zeigt die folgenden Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  - ☒ Ja, Schutz jetzt anwenden

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : VMI

Adresse : Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

Kontaktperson : Dr. Lorenz Hirt, Geschäftsführer

Telefon : 031 356 21 21

E-Mail : [info@milchindustrie.ch](mailto:info@milchindustrie.ch)

Datum : 24.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| VMI                     | <p>Wir haben Kenntnis von den Plänen zur weiteren Digitalisierung der Prozesse und der Neustrukturierung der eidgenössischen Zollverwaltung genommen und können diese grundsätzlich unterstützen. Die neue Organisation soll zu einer flexibleren, aufgabenorientierteren Struktur führen, die ihre Prozesse konsequent vereinfacht und vereinheitlicht sowie durchgängig digitalisiert und die vorhandenen Daten übergreifend nutzbar macht, was letztendlich im Sinne unserer Mitgliedfirmen liegt und von diesen begrüsst wird.</p> <p>Im Besonderen ist für die Nahrungsmittelbranche die Frage des aktiven Veredelungsverkehrs respektive der konkreten Umsetzung desselben zentral. Im Vordergrund stehen dabei das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe, welches heute in einer Verordnung des EFD geregelt wird und sich direkt auf das Zollgesetz abstützen kann. Das besondere Verfahren ist, obschon oft anders dargestellt, keine Exportsubvention sondern ein automatisiertes Verfahren der Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr nach dem Äquivalenzverfahren. Dieser Mechanismus ist für die Schweizer Nahrungsmittelindustrie von grosser Bedeutung, z.B. für Butter, Zucker oder Eier. Bei den Fetten und Ölen im Besonderen erlaubt es unter Berücksichtigung hochverzollter Importe von Ölen und Fetten eine Rückerstattung für die Ausfuhr von Schweizer Ölen und Fetten zu gewähren, die nach dem Äquivalenzprinzip anstelle der ursprünglich importierten Rohwaren ausgeführt werden.</p> <p>Wir sind uns bewusst, dass es aktuell um eine Stellungnahme zur geplanten Gesetzesrevision geht und nicht um die Ausgestaltung auf Verordnungsstufe. Auch haben wir positiv zur Kenntnis genommen, dass gemäss den Erläuterungen zur Revision an den Grundmechanismen des Veredelungsverkehrs keine Änderungen vorgenommen werden sollen. Nichtsdestotrotz ist es für unsere Branche zentral, diesbezüglich auch in Zukunft Rechtssicherheit zu haben, welche letztendlich auf die Gesetzestufe zurückgeht. So müssen insbesondere die Regelungen zum sogenannt besonderen Verfahren auf eine klare gesetzliche Grundlage abgestützt sein und wenn möglich sollten die Grundzüge des aktiven Veredelungsverkehrs mit Landwirtschaftsprodukten als Spezialfall, wie dies auch heute der Fall ist, bereits im Gesetz vorgesehen werden.</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|------|------|------|------|---|--|
| VMI  | 11   | 2    |      | <p>Im heutigen Zollgesetz wird für Landwirtschaftsprodukte ausdrücklich geregelt, dass die EZV Zollermässigung oder Zollbefreiung im aktiven Veredelungsverkehr nur dann gewährt, wenn gleichartige inländische Erzeugnisse nicht in genügender Menge verfügbar sind oder für solche Erzeugnisse der Rohstoffpreinsnachteile nicht durch andere Massnahmen ausgeglichen werden kann</p> <p>Dies ist für die erste Verarbeitungsstufe, welche mit Schweizer Rohstoffen arbeiten muss, welche agrarpolitisch bedingt einen höheren Preis aufweisen, als die Rohstoffe ihrer Konkurrenten aus der EU, eine zentrale Regelung. Sie ermöglicht es, über privatrechtliche Ausgleichsmechanismen die Rohstoffpreisdifferenzen auszugleichen, diesfalls aber auch die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe im aktiven Veredelungsverkehr zu verhindern.</p> | <p>... weitere Warenbestimmungen vorsehen. Bei landwirtschaftlichen Grundstoffen gewährt die EZV bei der Warenbestimmung gemäss Absatz 1 Buchstabe c Zollermässigung oder Zollbefreiung nur dann, wenn gleichartige inländische Erzeugnisse nicht in genügender Menge verfügbar sind oder für solche Erzeugnisse der Rohstoffpreinsnachteile nicht durch andere Massnahmen ausgeglichen werden kann.</p>                                   |
| VMI  | 11   | 3    |      | <p>Im erläuternden Bericht wird zwar festgehalten "Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen" (S. 25).</p> <p>Die Möglichkeit, dass weiterhin auf Verordnungsstufe Vereinfachungen im Verfahren möglich sind, sollte aber</p>  | <p>Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c–h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG, der Bundesrat entscheidet über Ausnahmen und Vereinfachungen. Bei landwirtschaftlichen Grundstoffen gewährt die EZV bei der Warenbestimmung gemäss Abs. 1 Bst. c Zollermässigung oder Zollbefreiung nur dann, wenn gleichartige inländische Erzeugnisse nicht in genügender Menge verfügbar sind oder für solche Erzeugnisse</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |   |   |
|--|--|--|--|---|---|
|  |  |  |  | aus gesetzgebungstechnischen Gründen bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein. | der Rohstoffpreissachteil nicht durch andere Massnahmen ausgeglichen werden kann. |
|--|--|--|--|---|---|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----|-------------------------------------|--|---------------------------|
| VMI | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| VMI | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |
| VMI         |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |
| VMI   |               |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |
| VMI  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |
| VMI   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |
| VMI  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |
| VMI |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |
| VMI  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). In the '2. Bearbeitungseinschränkungen' section, the 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these modifications in the document:) dropdown is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). In the '3. Schutz anwenden' section, the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Vereinigung Schweizerischer Unternehmen in Deutschland

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : VSUD

Adresse : Rittergasse 12

Kontaktperson : Stefanie Luckert

Telefon : 061 375 95 00

E-Mail : [stefanie.luckert@vsud.ch](mailto:stefanie.luckert@vsud.ch)

Datum : 29.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 9  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 19 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 20 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| VSUD                    | <p>Die VSUD ist der Zusammenschluss der in Deutschland investierenden Schweizer Unternehmen aller Branchen und aller Gröszenordnungen. Wir begrüssen grundsätzlich die Vereinfachung und Digitalisierung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs sowie hierfür erforderliche Reorganisationsmassnahmen.</p> <p>Die Beurteilung der Vorlage wird dadurch erschwert, dass weiteres Vorgehen, welches in Verordnungen etc. geregelt werden soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt ist, die Beurteilung der Gesamtlage aber entscheidend beeinflusst.</p> <p>Gerade weil die konkrete Vorgehensweise bezüglich einzelner Sachverhalte durch Verordnungen geregelt wird, muss sichergestellt werden, dass die Einhaltung der notwendigen und durch das reformierte Datenschutzgesetz geregelten Grundsätze auch auf der Verordnungsebene eingehalten werden.</p> <p>Wir plädieren daher dafür, die Wirtschaft auch in den Verordnungsprozess einzubinden, da das Votum der Wirtschaft ansonsten verloren geht.</p> |
| VSUD                    |  |
| VSUD                    |  |
| VSUD                    |  |
| VSUD                    |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
| VSUD | 4    | 3    |      | Bisher werden in der Schweiz keine Ausfuhrabgaben geschuldet.   | streichen                                     |
| VSUD | 8    | 5    |      | Die Ausgestaltung der Anmeldepflicht sowie Ausnahmen hiervon sind für die Wirtschaft essenziell. Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, die Wirtschaft auch an der Ausarbeitung der hier vorgesehenen Regelungen beteiligt wird.<br><br>Hier ist das Augenmerk auf möglichst grosse Flexibilität für die Wirtschaft bei der Anmeldung zu legen. |   |
| VSUD | 9    | 1    |      | Es ist aus unserer Sicht unverhältnismässig, alle notwendigen Dokumente zu übermitteln, da dies für die Wirtschaft mit einem hohen Aufwand verbunden ist.<br><br>Die notwendigen Dokumente sollten bereitgehalten und nur bei Kontrollen übermittelt werden müssen.   | Passus streichen                              |
| VSUD | 10   | 1    |      | Anmeldepflichtig kann aus unserer Sicht nur sein, wer die Verfügungsgewalt über die Ware oder die Daten besitzt. Also nur der Transport- oder der Datenverantwortliche.   |   |
| VSUD | 11   |      |      | Durch die Verwendung einer neuen Begrifflichkeit entsteht aus unserer Sicht unnötige Verwirrung. Daher schlagen wir vor, die bisherige Terminologie, Zollverfahren beizubehalten.   |   |
| VSUD | 12   |      |      | Umsetzung in der Praxis schwierig bis unmöglich, da dem Exporteur nicht alle notwendigen Daten (Nummer  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |   |
|------|----|---|--|--|---|
|      |    |   |  | des LKW) bekannt sind. Die Referenzierungspflicht kann daher nur vom Transportverantwortlichen vorgenommen werden.                       |   |
| VSUD | 14 | 2 |  | Hier sollte ein Verweis auf die im Bericht erwähnten Sonderkonstellationen erfolgen  |   |
| VSUD | 16 |   |  | Streichen. Für die Verwaltung der erforderlichen Daten sind aus unserer Sicht keinen gesonderten Voraussetzungen notwendig.              |   |
| VSUD | 17 | 2 |  | Kontrollen zu einem Zeitpunkt durchzuführen, zu dem die Warenanmeldung noch verändert werden kann, erscheint uns nicht sehr zielführend. |   |
| VSUD | 20 | 3 |  | Hier sollte die mögliche andere Reihenfolge gleich im Gesetz festgelegt werden.  |   |
| VSUD | 26 |   |  | Hier sollte man ins Gesetz aufnehmen, ab wann der Erhebungsaufwand unverhältnismässig erscheint.   |   |
| VSUD | 28 | 2 |  | Die Zahlungsfrist sollte direkt im Gesetz verankert werden.  | Die Zahlungsfrist beträgt 60 Tage nach Aktivierung der Anmeldung.   |
| VSUD | 28 | 3 |  |  | Das BAZG legt die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest. |
| VSUD | 30 | 5 |  | Hier wäre die gleiche Verjährungsfrist wie bei der MwSt wünschenswert: 10 Jahre  |   |
| VSUD | 39 |   |  | Hier sollten für die Rückforderung sowie für die Rückzahlung gleiche Fristen gelten.   |   |
| VSUD | 40 |   |  | Auch hier sollten gleichlange Fristen für beide Parteien gelten.   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |           |
|------|----|---|--|---|-----------|
| VSUD | 48 | 3 |  | Hier sollte die Gewährung der Datensicherheit gegenüber Dritten in den Gesetzestext aufgenommen werden.   |           |
| VSUD | 53 | 1 |  | Hier wäre eine längere Frist wünschenswert, um unvorhergesehenen Ereignissen (z.B. Krankheit) Rechnung zu tragen.   |           |
| VSUD | 54 |   |  | Hier braucht es eine Spezifikation: welche Akten, wer hat Einsicht, wie sieht es mit Schutz von Akten aus, die besonders sensiblen Daten beinhalten, etc. Die Vorschrift beinhaltet keinerlei Vorgaben für die Regelung des Verfahrens der Akteneinsicht. Hier ist zu gewährleisten, dass die Ausgestaltung des Verfahrens auf Verordnungsebene alle massgeblichen Grundsätze des Datenschutzes berücksichtigt. |           |
| VSUD | 56 | 2 |  | Da viele international tätige Unternehmen auch internationale Cloudlösungen haben, sollte hier ausreichen, wenn der Zugang zu den Daten aus der Schweiz heraus gewährt werden kann.   |           |
| VSUD | 58 | 1 |  | Diese Frist ist definitiv zu kurz und sollte auf mindestens 1 Jahr verlängert werden.   |           |
| VSUD | 59 | 2 |  | Aus unserer Sicht kann man Einsprachen nicht automatisiert bearbeiten.  | streichen |
| VSUD | 60 | 1 |  | Auch hier ist die Frist zu kurz und sollte verlängert werden.   |           |
| VSUD | 62 | 2 |  | Hier sollte eine Ausnahme für geringfügige Kosten vorgesehen werden.  |           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |           |
|------|----|---|--|---|-----------|
| VSUD | 66 | 2 |  | Bei der Bearbeitung von sensiblen Daten (Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse, etc. sollte zugesichert werden, dass diese nicht oder nur mit Zustimmung des Unternehmens weitergegeben werden. Dies auch im Rahmen der internationalen Amtshilfe.   |           |
| VSUD | 68 |   |  | Hier braucht es eine rechtssichere Verordnungsregelung durch den Bundesrat, die in Ihrer Ausgestaltung den beteiligten Personen eine klar abgestufte Kompetenz- und Zugriffsregelung vorgibt und entsprechende regelmässige kurz- und mittelfristige Kontrollen in Bezug auf eventuelle Missbräuche vorsieht. |           |
| VSUD | 70 |   |  | Hier ist sicherzustellen, dass die Datensicherheit gewährleistet ist.<br><br>Um hier eine abschliessende Beurteilung vornehmen zu können, wären nähere Informationen über den Datenzugriff und den Schutz notwendig.  |           |
| VSUD | 71 |   |  | Auch hier ist der Datenschutz sicherzustellen.  |           |
| VSUD | 74 |   |  | Auch hier braucht es Spezifizierungen: Was bedeutet „laufend“? Welche Prüfungsfrequenz? Welche Methodik?  |           |
| VSUD | 81 |   |  | Hier sollte im Gesetz zum Ausdruck kommen, dass Warenproben bei hochsensiblen Produkten zwingend am Domizil durchzuführen sind.   |           |
| VSUD | 83 | 1 |  | Wie die Transportkosten zu verrechnen und welche Aufschläge notwendig sind, ist keine hoheitliche Aufgabe und sollte den Vertragsparteien überlassen werden.  | streichen |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |     |  |  |  |  |
|--|-----|--|--|--|--|
|  | 113 |  |  | Amtshilfe darf nur in engen gesetzlichen Grenzen gewährt werden und nicht dazu missbraucht werden, vertrauliche Informationen automatisch an ausländische Behörden zu übermitteln. |  |
|  | 126 |  |  | Bei Beizug von Dritten muss der Schutz von Geschäftsgeheimnissen gewährleistet sein.   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| VSUD | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| VSUD | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Weitere Vorschläge**

| <b>Name</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Textvorschlag</b>  |
|-------------|-------------|---|---|
| VSUD        | 45          | Die Bewilligungserteilung an die Schweizer Landesflughäfen für die Einrichtung von Zollfreiläden muss im Rahmen der Verordnung des Bundesrats weiterhin sichergestellt sein. Die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die der Bundesrat gemäss Art. 45 Abs. 3 E-BAZG-VG festlegen kann, dürfen zu keiner Erschwerung der Bewilligungserteilung gegenüber heute führen. |   |
| VSUD        | 123         | Hier darf es zu keiner Aufweichung der Kostentragungspflicht des Bundes bei hoheitlichen Aufgaben kommen. Es sollte im Gesetz verankert werden, dass das BAZG die Grundinfrastruktur für die Erfüllung seiner Aufgaben selbst errichtet und kostenpflichtig unterhält.<br><br>Absatz 2 ist zu streichen.  |   |
| VSUD        | 124         | Das Prinzip der generellen Unentgeltlichkeit dieser Mitwirkung greift aus unserer Sicht zu weit – vor allem, da weder der Umfang der Mitwirkungspflicht sowie der Anordnungs-kompetenz des BAZG im Gesetz geregelt sind.  | Ergänzen durch:<br><br>Die unentgeltliche Unterstützung kann nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt verlangt werden. Entsprechende Anordnungen des BAZG erfolgen auf Antrag des Betroffenen in Form einer Verfügung. |
| VSUD        |             |   |   |
| VSUD        |             |   |   |
| VSUD        |             |   |   |
| VSUD        |             |   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |
|------|--|--|--|
| VSUD |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |
| VSUD        |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |
| VSUD  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |
| VSUD   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |
| VSUD  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |
| VSUD   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |
| VSUD |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |
| VSUD   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these edits in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an:  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Zürich, 23. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG); Stellungnahme der Zürcher Handelskammer**

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 wurden interessierte Kreise dazu eingeladen, sich zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie über eine Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) zu äussern.

Der Kanton Zürich ist der wichtigste Wirtschaftsmotor der Schweiz. Er beschäftigt über eine Million Menschen und damit 20 Prozent aller Arbeitnehmenden im Land. Auch beträgt der Anteil des Kantons Zürich am Gesamtexport der Schweiz über 6 Prozent. Der Anteil am Gesamtimport beläuft sich auf über 18 Prozent. Die Zürcher Handelskammer (ZHK) vertritt als Wirtschaftsorganisation die Interessen von über 1000 Unternehmen am Wirtschaftsstandort Zürich und setzt sich für eine wettbewerbsgesteuerte Marktwirtschaft mit möglichst günstigen Rahmenbedingungen ein. Dazu gehören auch liberale und wirtschaftsfreundliche Regulierungen für export- und importorientierte Unternehmen. Wir nutzen deshalb die Möglichkeit, zu den beantragten Gesetzesänderungen Stellung zu nehmen.

**1. Gesamtbeurteilung**

**Mit den vorliegenden Entwürfen würden Unternehmen administrativ entlastet. Zudem ermöglichen die Neuerungen Regulierungskostenersparungen von jährlich rund 125 Millionen Franken. Die ZHK unterstützt deswegen die im Gesetzesentwurf enthaltenen Vereinfachungen, die Modernisierung und Digitalisierung der Zollprozesse im Grundsatz.**

**Eine umfassende Gesamtbeurteilung der Totalrevision des Zollgesetzes ist indessen aufgrund der noch nicht ausgearbeiteten Verordnungen nicht möglich. Auch in diesem Bereich gilt, dass Grundsätzliches auf Gesetzesstufe klar und eindeutig zu formulieren ist. Zu offen formulierte Gesetze führen in der Umsetzung häufig zu Problemen, auch ist es nicht immer sinnvoll, dem Verordnungsgeber ein zu grosses Ermessen einzuräumen.**

**Aus diesem Grund beantragen wir, dass wesentliche Fragen und Bestimmungen zum einen auf Gesetzesstufe präzisiert resp. noch geklärt werden (siehe dazu unten unsere Bemerkungen), zum anderen die Wirtschaft bei der Erarbeitung der Verordnungen verbindlich einbezogen wird.**

## **2. Detailbemerkungen**

An den vorgeschlagenen Neuerungen insbesondere positiv zu bewerten sind aus Sicht der ZHK die Modernisierung der Informationsbeschaffung und dabei insbesondere die Einführung einer Online-Plattform, über die der Datenaustausch zwischen Benutzerinnen und Benutzern sowie Verfahrensbeteiligten einerseits und dem BAZG andererseits erfolgt. Davon erhoffen wir uns eine Verringerung des administrativen Aufwandes vor allem für KMU, aber auch für grosse export- oder importorientierte Unternehmen. Ebenfalls eine Entlastung für Schweizer Unternehmen versprechen wir uns von den allgemein einfacheren und schnelleren Prozessen und kürzeren Durchlaufzeiten, welche die geplanten Gesetzesänderungen mit sich bringen würden.

Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben viele offene Fragen. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert schlussendlich eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision. Unseres Erachtens sind diese Fragen zudem auf Gesetzesstufe zu klären.

So sind bspw. die Definitionen in Art. 7 des BAZG-VG (Begriffe) im Gesetzesentwurf zu allgemein gehalten und teilweise nicht stimmig mit der international verwendeten Nomenklatur. Dies gilt auch für den verwendeten Begriff «Warenbestimmung» in Art. 11 des BAZG-VG (Warenbestimmung). Die Begrifflichkeiten sollten entsprechend präzisiert werden. Ausserdem ist Art. 14 des BAZG-VG (Modalitäten der Aktivierung) aus unserer Sicht zu wenig präzise. Die Details zur Aktivierung sowie die im erläuternden Bericht erwähnten Sonderkonstellationen sollten im Gesetz eindeutig festgehalten werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Auch Art. 30 (Verjährung) sowie Art. 56 des BAZG-VG (Aufbewahrung von Daten und Dokumenten) sind missverständlich formuliert. Aus Sicht der ZHK wäre es wichtig, in der Botschaft die Aufbewahrungsfrist näher zu erläutern bzw. zu erläutern, in welchen möglichen Fällen die Frist von 15 Jahren gilt. Des Weiteren wäre es hilfreich, wenn in der Botschaft oder dem Gesetzesentwurf präzisiert würde, welche Unterlagen von wem aufzubewahren sind (Rechnungen, Veranlagungsverfügungen, Ursprungsnachweise resp. Lieferantenerklärungen). Schliesslich ist Art. 62 Abs. 2 Bst. b des BAZG-VG zu generell gefasst. Es erschliesst sich uns nicht, welche Arten von Kontrollen darunterfallen werden. Dies wäre ebenfalls im Gesetzestext zu präzisieren.

Da viele Bestimmungen des gegenwärtigen Zollrechts neu auf Verordnungsstufe geregelt werden sollen, wünschen wir einen starken und frühzeitigen Einbezug der Wirtschaft. Mögliche Optionen der Mitsprache wären aus unserer Sicht eine Vernehmlassung zu den entsprechenden Verordnungen oder die Schaffung eines Konsultativgremiums mit Einbezug der wichtigsten Akteure.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse  
**Zürcher Handelskammer**



Dr. Regine Sauter  
Direktorin



Roman Obrist  
Leiter Wirtschaftspolitik



Cargologic AG  
Fracht Ost, 8058 Zürich Flughafen

Zürcher Freilager AG  
Rautistrasse 77, 8048 Zürich

Magazzini Generali con Punto Franco SA  
Magazzini Generali, 6830 Chiasso

Ports Francs et Entrepôts de Genève SA  
Route du Grand-Lancy 6a, 1211 Genf

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen  
Finanzdepartements EFD  
3003 Bern

(per E-Mail: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch))

23. Dezember 2020

**Betrifft:** Vernehmlassung  
Entwurf eines neuen Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) und Totalrevision des Zollgesetzes im Hinblick auf die Verabschiedung eines neuen Zollabgabengesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 11. September 2020 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision der Zollgesetzgebung im Hinblick auf die Verabschiedung eines neuen BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes (das "BAZG-VG") und eines neuen Zollabgabengesetzes (das "ZoG") eröffnet.

Diese Revision könnte erhebliche Auswirkungen auf die vier unterzeichnenden Unternehmen, die als Zollfreilager ("ZFL") bewilligt sind, haben. In diesem Schreiben teilen wir Ihnen unsere Anmerkungen zur geplanten Revision mit.

Für Fragen steht Ihnen gerne die folgende Kontaktperson zur Verfügung:

- Herr Markus Schuermann  
Cargologic AG, Fracht Ost, 8058 Zürich Flughafen  
+41 58 856 94 90 / +41 79 305 10 24  
[Markus.Schuermann@cargologic.com](mailto:Markus.Schuermann@cargologic.com)

## 1. Aktuelle Zollgesetzgebung bezüglich ZFL

Derzeit unterliegen die ZFL den Bestimmungen des Zollgesetzes vom 18. März 2005 (das "ZG")<sup>1</sup> und der Zollverordnung vom 1. November 2006 (die "ZV")<sup>2</sup>. Die Eidgenössische Zollverwaltung (die "EZV") hat ihre Verwaltungspraxis in der Richtlinie 10-50 "Zollfreilager" veröffentlicht, eine Richtlinie die in Verbindung mit der Richtlinie 10-30 "Zolllagerverfahren für offene Zolllager" gelesen werden sollte.

Das Zolllager ("ZL"), das im Gegensatz zum ZFL ein eigentliches Zollverfahren ist, unterliegt besonderen Bestimmungen sowohl im ZG<sup>3</sup> als auch in der ZV<sup>4</sup>. ZL können als offenes Zolllager (das "OZL")<sup>5</sup> oder als Lager für Massengüter<sup>6</sup> strukturiert werden.

In der derzeit geltenden Gesetzgebung sind die auf das ZFL und das OZL anwendbare Grundsätze in einem Gesetz im formellen Sinne (das ZG) festgelegt. Die Einzelheiten werden (ii) in der Verordnung, die ein vom Bundesrat ausgehender Rechtsakt ist, und noch mehr (iii) in den oben genannten Richtlinien der EZV festgelegt.

Im Rahmen der geltenden Zollvorschriften haben die ZFL ihre Geschäftstätigkeiten im Wesentlichen wie folgend strukturiert:

- (i) die Vermietung von Lagerräumlichkeiten an Einlagerer; und
- (ii) eine Lagertätigkeit (als Lagerhalter und Einlagerer).

## 2. Die vorgeschlagene Revision

Zum Inhalt von Art. 44 Abs. 1 BAZG-VG gibt der Erläuternde Bericht folgende Erklärungen: "*Waren in einem Zolllager befinden sich im Zolllagerverfahren (Art. 50–57 ZG). Die Zollsicherheit wird durch das Führen von elektronischen Bestandesaufzeichnungen sichergestellt. Waren im Zollfreilager haben eine eigenständige zollrechtliche Bestimmung, und die Zollsicherheit wird über die räumliche Abgrenzung sichergestellt. Diese Unterschiede sind aus Sicht der abgaberechtlichen Überwachung und der Lagerlogistik überholt. Betrieb und Verfahren betreffend Zollfreilager und Zolllager werden deshalb harmonisiert.*"

Wenn es im Erläuternden Bericht heisst, dass eine Harmonisierung der Betriebs- und Verfahrensregeln für ZFL und ZL geplant ist, verstehen die ZFL, dass Letztere den auf ZL anwendbaren Regeln unterliegen werden (und nicht umgekehrt). Diese Befürchtung wird durch den zweiten Absatz des Erläuternden Berichts zu Art. 44 Abs. 1 BAZG-VG bestätigt. Dort heisst es, dass sich die Definition nach der heutigen Begriffsbestimmung des ZL in Artikel 50 Absatz 1 ZG

---

<sup>1</sup> Art. 62 bis 67 ZG.

<sup>2</sup> Kapitel 5, Art. 175 bis 185 ZV und Anhang 2 bezüglich "sensiblen Waren".

<sup>3</sup> Artikel 50 bis 57 ZV.

<sup>4</sup> Artikel 156 bis 161 ZV.

<sup>5</sup> Artikel 53, 54, 56 und 57 Absatz 1 ZG.

<sup>6</sup> Art. 55 und 57 (2) ZG.

richtet. Mit anderen Worten gesagt: die ZFL müssten in der Folge der Revision die Rechtsform eines ZL übernehmen.

Art. 44 BAZG-VG regelt die Betriebsbewilligung für ZL (Abs. 1) und für Steuerlager (die "SL"; Abs. 2). Art. 97 Bst. c Nr. 3 erlaubt dem BAZG den Einsatz von Kameras, Aufnahme- und anderen Überwachungsgeräten zur Überwachung von ZL oder SL. Im BAZG-VG werden daher die ZFL und die OZL nicht mehr erwähnt. Zudem zeigen die Ausführungen im Erläuternden Bericht, dass der Begriff "ZL" in Art. 11 Abs. 1 Bst. g BAZG-VG sowohl die ZFL wie auch die OZL mitumfasst<sup>7</sup>.

Im Erläuternden Bericht zu Art. 44 BAZG-VG wird anerkannt, dass das heutige ZG die ZFL und die OZL im Detail regelt. Das Gleiche kann jedoch nicht vom BAZG-VG gesagt werden. Die Bestimmungen des BAZG-VG sind sehr knapp formuliert. Der Erläuternde Bericht erwähnt zwar, dass "den unterschiedlichen Besonderheiten der Lager, entsprechend der Warenart und der darauf lastenden Abgabenart, [...] auf Verordnungsstufe Rechnung zu tragen [ist]". Die gesetzgeberische Kontrolle, die über eine Verordnung ausgeübt werden kann, ist jedoch geringer, bzw. gar nicht vorhanden, egal ob die Verordnung vom Bundesrat oder von der EZV erlassen wird.

In diesem Zusammenhang weisen die unterzeichnenden ZFL darauf hin, dass, im Gegensatz zur inländischen Mehrwertsteuer, bei der Zollgesetzgebung kein Konsultativgremium existiert. Die Einrichtung eines solchen Konsultativgremiums durch eine spezielle Rechtsgrundlage im BAZG-VG (z.B. in der Form eines neuen Artikel 44 Absatz 1bis BAZG-VG<sup>8</sup>) wäre wünschenswert, wenn nicht sogar notwendig.

### 3. Vorschläge der ZFL

#### 3.1 *Sorge, dass das BAZG-VG als "Rahmengesetz" nur einen sehr allgemeinen Rahmen festlegt*

In der Zukunft würde Art. 44 Abs. 1 BAZG-VG nur den Begriff der ZL definieren. Etwaige Spezialregelungen je nach der Art der Güter und der darauf lastenden Abgabenart würden auf Verordnungsebene verankert werden. Obwohl es legitim ist, dass sich ein Gesetz auf die Grundsatzbestimmungen beschränkt und die Einzelheiten in einer oder mehreren Verordnungen geregelt werden, stellen wir fest, dass im BAZG-VG sehr umfassend von dieser Delegationsbefugnis (zugunsten des Bundesrates, des Eidgenössischen Finanzdepartements als des BAZG<sup>9</sup>) Gebrauch gemacht wird. Art. 11 Abs. 2 und 3 BAZG-VG stellt diesbezüglich ein gutes Beispiel dar. **Dieser Aspekt ist für die ZFL von grosser Bedeutung**, da diese Delegation keinerlei Garantie dafür bietet, dass die ZFL (oder die Einlagerer, die Räumlichkeiten innerhalb des ZFL mieten) ihre Tätigkeit tatsächlich in einer anderen Form, d.h. als ZL, weiter ausüben werden können.

Angesichts der getätigten Investitionen und der Anstrengungen der ZFL bezüglich Sicherheit und Kontrollen sind die Unsicherheiten, die durch den sehr allgemeinen Charakter des BAZG-VG

---

<sup>7</sup> Erläuternder Bericht, Seite 130: Änderung von Art. 17 Abs. 2 KMG / Erläuternder Bericht, Seiten 133 und 134: Änderung von Art. 23 Abs. 2, Abs. 3bis MWSTG und Art. 23 Abs. 3 MWSTG / Erläuternder Bericht, Seite 172: Änderung von Art. 29 Abs. 2 BetmG.

<sup>8</sup> In der endgültigen Fassung des BAZG-VG könnte dieser Punkt in einem Absatz 2 geregelt werden.

<sup>9</sup> Bezüglich der Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen, siehe Erläuternder Bericht, S. 207 ff., Ziff. 6.7.



entstehen, für die ZFL sehr besorgniserregend. Der Erläuternde Bericht enthält keine Information hinsichtlich der Absichten des Bundesrates und der EZV betreffend der Lagerung sensibler Waren.

**Hauptvorschlag: Schaffung einer besonderen Form von ZL für sensible Waren**

Die ZFL wären mit einer einheitlichen Definition eines ZL einverstanden, insofern bereits auf der Ebene des BAZG-VG eine Bestimmung (Art. 44<sup>bis</sup>) oder ein Absatz (neuer Art. 44 Abs. 2) eingeführt wird, die ein ZL für "sensible Waren" (wie derzeit in Anhang 2 der ZV definiert, wozu insbesondere Kunstgegenstände gehören) regelt.

Diese besondere Form des ZL würde einige spezifische Merkmale des derzeitigen ZFL übernehmen, insbesondere im Hinblick auf besondere Lagerungsbedingungen und auf Sicherheits- und Kontrollmassnahmen (durch die Zollbehörden), wobei neben technologischen Prozessen auch physische Kontrollen durch BAZG-Agenten beibehalten werden sollten.

Auch wenn die in die Vernehmlassung gegebene Revision zu einer Reduktion des Personals des BAZG (und damit der Kosten für den Bund) führen wird, unterstreichen die ZFL, dass das BAZG seine hoheitliche Aufgabe nicht nur auf die Personen- und Warenkontrolle an der Grenze reduzieren sollte.

In Anhang 2 sind die Änderungsvorschläge zu Artikel 44 BAZG-VG hinsichtlich der Schaffung eines ZL für "sensible Waren" aufgeführt.

**Alternativvorschlag: Beibehaltung der aktuellen Rechtslage**

Alternativ schlagen die ZFL eine Anpassung der Revision vor, um die Beibehaltung der derzeitigen Rechtslage zu ermöglichen, in der die ZFL als "Lagerhalter", Räumlichkeiten an "Einlagerer" vermieten. In einem solchen Szenario würde die Zulassung als (künftiges) ZL dem Betreiber des ZFL (Hauptbetreiber) erteilt, wobei diesem die Möglichkeit vorbehalten bleibt, Räumlichkeiten an Einlagerer (Sekundärbetreiber) zu vermieten, denen z.B. die Pflicht zur Führung der Bestandesaufzeichnung<sup>10</sup> übertragen werden kann.

Eine solche Lösung, die auf dem derzeitigen bewährten Modell basiert, würde den Verwaltungsaufwand für das BAZG verringern (siehe ZFL-Betriebsgenehmigungen / siehe ebenfalls Ziffer 3.4 unten).

### 3.2 Mögliche Verringerung der Kontrollintensität

Die Gleichstellung der ZFL mit den ZL würde in der Praxis zu einer Verringerung der vom BAZG ausgeübten Kontrollen führen, da die Behörde nicht mehr am Standort des ZFL physisch präsent wäre. Die ZFL würden es bedauern, wenn die Zollgesetzrevision zu einer Verringerung der Kontrollintensität führen würde. Kontrollen, die ausschliesslich oder hauptsächlich mit technischen Mitteln durchgeführt werden, sind nicht ausreichend. Kontrollen müssen (stichprobenartig, aber regelmässig), durch physische Kontrollen ergänzt werden, die von BAZG-Personal mit angemessenen Kenntnissen durchgeführt werden. Dies ist insbesondere wichtig im Hinblick auf sensible Waren und die damit verbundenen Bestandesaufzeichnungen. In dieser

<sup>10</sup> Für sensible Waren / Art. 66 Abs. 2 ZG in Verbindung mit Art. 183 Abs. 1 Bst. c VZ.

Hinsicht bestehen die ZFL darauf, dass im Rahmen der Revision die Anforderung einer Bestandesaufzeichnung für sensible Waren beizubehalten ist.

**Vorschlag: Beibehaltung einer hohen Kontrollintensität**

Die hohe Kontrollintensität ist, trotz den zukünftigen geringeren Ressourcen, die dem BAZG zur Verfügung stehen werden, aufrechtzuerhalten → Diese Kontrollen tragen zum hervorragenden Ruf der ZFL bei.

### 3.3 Einführung einer Verpflichtung zur Sicherheitsleistung?

Im Rahmen der Anpassung der heutigen ZFL an die Rechtsform des ZL wird sich die Frage der Sicherheitsleistung stellen, da die derzeitige Praxis bezüglich OZL die Leistung einer Sicherheit verlangt, um die Einhaltung der zollrechtlichen Verpflichtungen zu gewährleisten. Die Sicherheitsleistung entspricht typischerweise 2% des Warenwertes des durchschnittlichen Lagerbestandes an unverzollten ausländischen Waren eines Jahres<sup>11</sup>. Dieser Prozentsatz kann auf 1% reduziert werden. Der Zweck dieser Sicherheit besteht darin, den Betreiber des OZL zu veranlassen, die Anforderungen der Zollgesetzgebung einzuhalten, was im Falle der OZL angesichts des Fehlens einer direkten Kontrolle durch EZV-Mitarbeiter verständlich ist.

Umgekehrt sehen die den ZFL erteilten Betriebsbewilligungen keine Sicherheitsleistung vor, insbesondere mit der Begründung, dass die EZV am ZFL-Standort anwesend ist, wodurch eine ständige Kontrolle während der Öffnungszeiten gewährleistet ist.

Art. 44 Abs. 5 BAZG-VG legt die Bedingungen für die Erteilung einer Betriebsbewilligung für ein ZL fest, wobei Buchstabe d den Nachweis der Zahlungsfähigkeit verlangt und Absatz 6 den Bundesrat ermächtigt, zusätzliche Bedingungen festzulegen. In dieser Hinsicht kann man vernünftigerweise annehmen, dass eine Sicherheitsleistung verlangt wird (wie sie derzeit den OZL auferlegt wird, aber, wie erwähnt, nicht den ZFL). Die Auferlegung einer solchen finanziellen Verpflichtung würde sich stark auf Einlagerer auswirken, die derzeit Räumlichkeiten in den ZFL mieten, da sie (in ihrer neuen Eigenschaft als ZL) einer solchen Sicherheitsleistungspflicht unterliegen würden (was konkret heisst, dass sie erhebliche Vermögenswerte immobilisieren müssten). Angesichts des harten Wettbewerbs in dieser Branche würden diese Einlagerer höchstwahrscheinlich die ZFL (und die Schweiz) verlassen, um ihre Aktivitäten in ein Land zu verlagern, das keine derartigen Pflichten kennt.

Sollte eine der Bedingungen für die Erteilung der Betriebsbewilligung eines ZL dennoch eine Sicherheitsleistung sein, müssten die entsprechenden Bedingungen neu festgelegt oder sogar komplett überdacht werden.

**Hauptvorschlag: keine Sicherheitsleistungspflicht für das ZL für sensible Waren**

Das spezielle ZL für sensible Waren wird ausdrücklich (auf der Stufe des Gesetzes) von der Sicherungsleistungspflicht ausgenommen. Begründung: Dieses ZL wird der Aufsicht des BAZG unterliegen, was die Auferlegung einer Sicherheit überflüssig macht. Die heutigen ZFL unterstehen ebenfalls keiner Sicherheitsleistungspflicht.

<sup>11</sup> R 10-30, Ziffer 2.2, S. 9.



#### Alternativvorschlag: neue Methoden zur Bestimmung der Sicherheitsleistung

Wenn eine der Bedingungen für die Erteilung einer Betriebsgenehmigung für ein ZL dennoch die Stellung einer Sicherheit sein sollte, dann müsste die Methode zur Berechnung der Sicherheitsleistung neu festgelegt werden. Die Methode beruht auf folgenden Parametern: die Berechnungsgrundlage und der Prozentsatz.

- *Berechnungsgrundlage:* Im Gegensatz zum Wert des Inventars sollte der **Umsatz des ZL** als Berechnungsgrundlage verwendet werden. Die Berücksichtigung des Wertes des Inventars würde bei einem ZL, in dem sensible Waren (z.B. Kunstgegenstände) hinterlegt werden, zu einem unangemessen hohen Resultat führen. Eine Berechnung auf der Grundlage des Umsatzes ermöglicht es, die Höhe der Sicherheitsleistung besser auf die Aktivitäten des ZL anzupassen<sup>12</sup>.
- *Prozentsatz:* Sollte die Sicherheitsleistung weiterhin auf den Wert des Bestandes an sensiblen Waren berechnet werden, sollte ein reduzierter Prozentsatz (unter dem derzeitigen Minimum von 1%) in Erwägung gezogen werden. Schliesslich sollte ein **zusätzlicher Reduktionskoeffizient** vorgesehen werden, um den Prozentsatz in Einzelfällen, auf Null zu senken (z.B. wenn das ZL mehrheitlich von einem Kanton oder einer Gemeinde kontrolliert wird).
- *Höchstbetrag:* Wenn die Sicherheit auf den Wert des Lagerbestands berechnet wird kann selbst ein geringer Prozentsatz (z.B. 0.5 %) zu einer Sicherheit in einer Höhe führen, die die finanzielle Lage des ZL gefährdet<sup>13</sup>. Der Zweck der Sicherheit besteht jedoch darin, dass der ZL-Betreiber seinen Verpflichtungen im Rahmen der Zollgesetzgebung nachkommt. Die Festsetzung eines Höchstbetrages würde somit den Zweck der Sicherheitsleistung nicht untergraben. Eine exorbitante Höhe der Sicherheit könnte jedoch einige Unternehmen dazu zwingen, ihren Betrieb einzustellen oder ihn ins Ausland zu verlagern, mit den befürchteten negativen Folgen bezüglich Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und anderen wirtschaftlichen Einbussen.

#### 3.4 Vervielfachung der ZL-Bewilligungen

Bis heute wurden von der EZV nur sieben Bewilligungen für ZFL erteilt<sup>14</sup>.

Infolge der Einführung des ZL-Konzepts müsste jeder ZL-Betreiber für sich eine eigene Bewilligung beantragen (Art. 44 Abs. 4 BAZG-VG). In Anbetracht der in Art. 44 Abs. 5 BAZG-VG festgelegten Bedingungen und allfälliger zusätzlicher Bedingungen, die der Bundesrat erlassen kann (Art. 44

<sup>12</sup> Bei einem Jahresumsatz von CHF 25 Mio. und einem Prozentsatz von 1% würde die Sicherheitsleistung CHF 250'000 betragen. Diese Summe wäre ausreichend, um sicherzustellen, dass das ZL seinen Verpflichtungen nachkommt.

<sup>13</sup> Bei einem Lagerwert von CHF 2 Mrd. (ein realistischer Betrag, wenn es sich bei den hinterlegten Objekten um Kunstwerke handelt) würde eine Sicherheit von 0.5% einer Sicherheitsleistung von CHF 10 Mio. entsprechen!

<sup>14</sup> Ziffer gemäss einer auf der EZV-Webseite veröffentlichten Tabelle (Stand: 1. Januar 2018).

Abs. 6 EDA), ist eine **Marktkonzentration zu erwarten**. Nichtsdestotrotz wird das BAZG **eine hohe Anzahl an Bewilligungsträger – sicher mehr als 200!** – verwalten und kontrollieren müssen.

Nach Ansicht der ZFL wurde dieser Punkt im Rahmen der in die Vernehmlassung gegebene Revision (die den Wegfall des heutigen Systems "Lagerhalter - Einlagerer" vorsieht) nicht genügend berücksichtigt.

**Vorschlag: siehe Alternativvorschlag oben bei Ziffer 3.1 (Beibehaltung der aktuellen Rechtslage).**

### 3.5 Dauer der Betriebsbewilligungen

Die EZV erteilt derzeit 10-jährige Betriebsbewilligungen:

- Cargologic AG: Betriebsbewilligung gültig bis **31.12.2027**.
- Zürcher Freilager AG: Betriebsbewilligung gültig bis **31.07.2027**.
- Magazzini Generali con Punto Franco SA: Betriebsbewilligung gültig bis **28.02.2028**.
- Ports Fracs et Entrepôts de Genève SA: zwei Betriebsbewilligungen, eine gültig bis **31. Juli 2027** und eine gültig bis **30. Juni 2028**.

Art. 25 Abs. 2 BAZG-VG sieht eine Übergangsregelung von maximal zwei Jahren ab Inkrafttreten vor. Im Falle eines Inkrafttretens im Jahr 2023 oder 2024 wäre diese Übergangsfrist zu kurz.

**Vorschlag: Verlängerung der Übergangsbestimmungen**

Die ZFL schlagen vor, die Übergangsfrist von 2 Jahren auf **5 Jahre** zu verlängern. Dies würde in keiner Art und Weise das Inkrafttreten der restlichen Revision der Zollgesetzgebung gefährden.

\* \* \*

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Hochachtungsvoll

Cargologic AG



Zürcher Freilager AG



Magazzini Generali con Punto Franco SA



Ports Fracs et Entrepôts de Genève SA





## Anhang 1 – Art. 44 Bewilligung für den Betrieb von Zolllagern und Steuerlagern

- 1 Zolllager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen unverzollte und unversteuerte Waren gelagert und bewirtschaftet werden dürfen.
- 2 Steuerlager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen bestimmte ganz oder teilweise unversteuerte Waren gemäss den Erlassen nach Artikel 4 Buchstaben c–f gelagert, hergestellt, gewonnen, bewirtschaftet und bearbeitet werden dürfen.

*Kommentar: Es wird vorgeschlagen, in der endgültigen Fassung des Gesetzestextes die Absätze 3 und 4 auszutauschen, damit das Prinzip der Bewilligung (heutiger Absatz 4) vor den Pflichten des Betreibers (heutiger Absatz 3) behandelt wird.*

- 3 Die Betreiberin oder der Betreiber eines Zoll- oder Steuerlagers ist verantwortlich für dessen Betrieb und die Überwachung der Waren. *Der Bundesrat regelt die Voraussetzung, unter denen ein Betreiber (Hauptbetreiber) Räumlichkeiten an einen oder mehrere Dritte (Sekundärbetreiber) vermieten darf.*
- 4 Wer ein Zoll- oder Steuerlager betreiben will, braucht eine Bewilligung des BAZG. Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen. *Der Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, unter denen der Bewilligungsträger Räumlichkeiten an Dritte vermieten kann, ohne dass diese Dritten eine Bewilligung des BAZG benötigen.*
- 5 Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
  - a. Sitz oder Wohnsitz im Zollgebiet;
  - b. die bisherige Einhaltung dieses Gesetzes, der Abgabeerlasse und der nichtabgaberechtlichen Erlasse;
  - c. das Vorhandensein eines Systems zur Führung der Geschäftsbücher und zur Aufbewahrung von Unterlagen, das die notwendigen Kontrollen durch das BAZG ermöglicht;
  - d. die nachweisliche Zahlungsfähigkeit;
  - e. das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur und geeigneter Sicherheitsstandards;
  - f. die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen;
  - g. Pflichten bezüglich der Aufbewahrung und Bekanntgabe von Daten.
- ~~6 Der Bundesrat kann weitere Bewilligungsvoraussetzungen vorsehen.~~
- 6 Sensible Waren können in einem besonderen Zolllager (Zolllager für sensible Waren) gelagert werden. Das Zolllager für sensible Waren unterliegt nicht der Voraussetzung nach Absatz 5 Buchstabe f des vorliegenden Artikels. Die Modalitäten des Zolllagers für sensible Waren werden vom Bundesrat geregelt. Der Bundesrat definiert den Begriff der sensiblen Waren und legt fest, welche Angaben die Bestandsaufzeichnung für sensible Waren enthalten muss.





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Freilager der Schweiz (Genf, Zürich, Tessin)

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : ZFL CH

Adresse : Freilager der Schweiz - Chiasse, Embrach, Genf, Zürich Flughafen

Kontaktperson : Markus Schürmann

Telefon : 058 856 9490

E-Mail : markus.schuermann@cargologic.com

Datum : 21.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 9  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 18 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 19 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| ZFL CH                  | Bezug nehmen auf Korrespondenz die separat per Post und/oder E-Mail verschickt worden ist.  |
| ZFL CH                  | Bitte beachten Sie das beiliegende Schreiben, der Freilager Schweiz.  |
| ZFL CH                  | Nous vous prions de bien vouloir vous référer à notre courrier de prise de position ainsi que ses trois annexes (ce formulaire étant l'annexe 3). |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |
| ZFL CH                  |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|--------|------|------|------|--|---|
| ZFL CH | 11   | 2    |      | Was versteht man unter Arten der Warenbestimmungen?<br>Was versteht man unter "andere Warenbestimmungen"?  |   |
| ZFL CH | 11   | 3    |      | Was versteht man unter: "Bedingungen und Auflagen", und der "Befristung"?  |   |
| ZFL CH | 15   |      |      | Muss der Betreiber eines Zollagers auch zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) sein?<br>Kann der Betreiber eines Zollagers die Dienste eines anderen AEO in Anspruch nehmen resp. wäre diese übertragbar?   |   |
| ZFL CH | 30   | 1    |      | Laut Art. 42 des MWSTG beträgt die Verjährungsfrist 5 Jahre. Dennoch, Art. 42, Abs 6 (Festsetzungsverjährung) und Art. 91, Abs 5 (Bezugsverjährung) sehen eine maximale Verjährungsfrist von 10 Jahre vor.<br>Art. 75, Abs. 5 des ZG sieht eine maximale Verjährungsfrist von 15 Jahre vor.<br>Eine Anpassung / Vereinheitlichung des MWST- und Zollgesetzes auf z.B. 10 Jahre wäre wünschenswert ohne dabei die Interessen des Bundes zu gefährden. |   |
| ZFL CH | 31   |      |      | Behinhaltet dieser Artikel auch den aktuellen Begriff "Sicherstellung für offene Zollager (OZL) mit einem generellen Satz von 2% für die durchschnittlich eingelagerten Waren, Min. CHF 10'000.00, auf Jahrebasis?<br><br>Wenn zukünftig die Zollfreilager (FL), neu als Zolllager definiert würden:<br>- mit der ZFL mit dem oben erwähnten Satz (2%) kautionsiert?   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |        |  |  |
|--------|----|---|--------|--|--|
|        |    |   |        | - wird es einen Behandlungsunterschied zwischen "ex" FL und "ex" OZL geben ? Im Speziellen auch wegen des Wertes der in FL eingelagerten Güter?  |  |
| ZFL CH | 34 |   |        | Wird der aktuellen Satz für OZL von 2% als Sicherstellung in Art. 34 berücksichtigt?   |  |
| ZFL CH | 44 | 1 |        | Die FL und OZL werden Zolllager (ZL), das Gesetz erwähnt dieses nicht ausdrücklich, erwähnt dies aber bei der Analyse anderer Gesetzesakten. Ist dies so zu verstehen?   |  |
| ZFL CH | 44 | 3 |        | Wem werden die Bewilligungen für den Betrieb erteilt?<br>Den heutigen FL (Lagerhalter) oder an alle Einlagerer/Mieter die sich (gegenwärtig) in den FL befinden?<br>Falls die 2. Variante zum Tragen kommt, muss wohl u.a. mit einem erhöhten administrativen Aufwand seitens des BAZG gerechnet werden!<br>Der erläuternde Bericht, Seite 47 Abs 3: "Das BAZG hat nur Kontrollaufgaben und prüft, ob die Betreiberin oder der Betreiber ihre diesbezüglichen Pflichten wahrnimmt"<br>Werden die Betreiber der einzelnen Zolllager (gegenwärtig Einlagerer) die sonst dem Zoll vorgenommenen Prüf- und Kontrollarbeiten von Dokumenten und Waren demnach selber durchführen können/müssen? |  |
| ZFL CH | 44 | 4 | 2.Satz | "Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen."<br>Was bedeutet dies in einzelnen und was sind die Grundlagen dazu?<br>Bei der Auflagenerteilung wird es Unterschiede zwischen "ex FL" und ex "OZL" geben ?   |  |
| ZFL CH | 44 | 5 | c      | Handelt es sich bei der erwähnten Dokumentation um die Inventarisierung von Gütern? Wenn nein, um welche Dokumentation geht es?  |  |
| ZFL CH | 44 | 5 | d      | In welcher Form muss die nachweisliche Zahlungsfähigkeit beigebracht werden?<br>Hat dies mit der Sicherstellung zu tun?  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |   |  |  |
|--------|----|---|---|--|--|
| ZFL CH | 44 | 5 | e | <p>Was für ein Grad an geeigneter Sicherheitsstandards wird erfordert ?</p> <p>Handelt es sich nur um eine physische Sicherheit oder ist damit auch die finanzielle Siicherstellung (Garantie) gemeint?</p>  |  |
| ZFL CH | 44 | 5 | f | <p>Wie wird die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen bemessen/geschätzt?</p> <p>Lt. erl. Bericht (S.47 ): "Den unterschiedlichen Besonderheiten der Lager, entsprechend der Warenart und der darauf lastenden Abgabenart, ist auf Verordnungsstufe Rechnung zu tragen".</p> <p>Wird das BAZG, basierend auf den unterschiedlichen betrieblichen Besonderheiten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterschiedede zwischen "ex FL" und "ex OZL" machen?</li> <li>- Wenn ja, können zukünftig "ex FL" die Inventarisierungspflicht (Datenverantwortlicher) den eigenen Mieter/Einlagerer delegieren/übertragen?</li> </ul> |  |
| ZFL CH | 56 | 2 |   | <p>" Der Bundesrat bezeichnet die Personen, denen die Aufbewahrungspflicht obliegt, und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung."</p> <p>Wer sind diese Personen?</p> <p>In welcher Form werden diese Personen bezeichnet bzw. definiert oder gar gewählt?</p>  |  |
| ZFL CH | 58 |   |   | <p>Warum nur 60 Tage Frist, wenn die EZV eine Frist von 1 Jahr hat um Fehler zu reklamieren?</p>   |  |
| ZFL CH | 64 | 1 |   | <p>Lt. erläuternder Bericht, Seite 58, Abs 1: "In datenschutzrechtlicher Hinsicht wird mit der digitalen Transformation der EZV ein Systemwechsel notwendig, um einerseits den vollen Nutzen der Digitalisierung ausschöpfen und andererseits den Anliegen an den Datenschutz in ausreichender Weise entsprechen zu</p>  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |        |  |  |  |  |
|--------|--------|--|--|--|--|
|        |        |  |  | <p>können. Daten sollen konsequent aufgabenorientiert bearbeitet, Doppelspurigkeiten sowie administrative Aufwände abgebaut werden."</p> <p>Welches Betriebssystem erfüllt diese Anforderungen?<br/>Wie sieht es aus mit der Berücksichtigung und Integration von E-freight im Digitalisierungsprozess des BAZG?</p>                                     |  |
| ZFL CH | 103ss  |  |  | <p>Das BAZG übernimmt neue Aufgaben, z.B. Unterstützung der Bekämpfung gegen Geldwascherei und Terrorismus.</p> <p>Ist damit auch der Export betroffen?</p> <p>Wird es Überschneidungen mit den Kompetenzen des SECO geben?</p>  |  |
| ZFL CH | 106    |  |  | <p>" Die Kontrollen im Rahmen nichtabgaberechtlicher Vollzugsaufgaben werden risikobasiert vorgenommen. Der Bundesrat legt den Rahmen der risikobasierten Gewichtung fest."</p> <p>Wie wird diese Gewichtung bemessen/eingeschätzt?<br/>Welches sind die Grundlagen dazu?</p> <p>Werden die Abfertigungen an Flughäfen dadurch zeitlich beeinflusst?</p> |  |
| ZFL CH | 141bis |  |  | <p>Neuer Artikel für die Einführung eines neuen konsultativen Organ im Zollwesen, analog zu Art. 109 MWSTG, Art.157-162 MWSTV. ist dies vorgesehn?.</p>  |  |
| ZFL CH |        |  |  |  |  |
| ZFL CH |        |  |  |  |  |
| ZFL CH |        |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|        | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|--------|--------------------------|--|--|
| ZFL CH | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Das BAZG muss über diesen Abschätzungs- Beurteilungsrecht verfügen können<br>Gelegenheit- und Proportionalitätsprinzipien müssen ständig abgewogen werden können, um nicht in einer Repressionsspirale zu geraten. |
| ZFL CH | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name   | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|--------|--------|--------------------|
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |
| ZFL CH |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|--|
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |
| ZFL CH   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |
| ZFL CH  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |
| ZFL CH   |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |  |  |  |  |  |
|--------|--|--|--|--|--|
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |
| ZFL CH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |
| ZFL CH   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. The document content shows a table with columns 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

**Bearbeitung einschränken**

**Ihre Berechtigungen**

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

**Schutz aufheben**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen'. At the bottom of the panel, a red box highlights the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

# ALPHI SOLUTIONS SA

**Par email uniquement**

ADMINISTRATION FEDERALE DES  
DOUANES  
Taubenstrasse 16  
CH – 3003 Bern

*rechtsetzung@evz.admin.ch*

Genève, le 31 décembre 2020

**Procédure de consultation**

**Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF)**

Madame, Monsieur,

La présente vous est adressée au nom de la société ALPHI SOLUTIONS SA (ci-après : ALPHI), dont le siège est sis c/o Cent Degrés SA, 52, rue des Bains, 1205 Genève et dont le soussigné est l'un des administrateurs.

Dans le cadre de la procédure de consultation en lien avec la LE-OFDF, nous souhaitons vous faire part d'observations en lien en particulier avec l'art. 9 al. 1 et 4 LE-OFDF.

En effet, il est prévu que la déclaration des marchandises soit établie par voie électronique ou sous une autre forme admise par l'OFDF, tous les documents nécessaires devant être transmis. Les autres formes admises de déclaration des marchandises sont déterminées par l'OFDF.

Or, ALPHI propose précisément un système d'auto-déclaration en matière de dédouanement, à destination des particuliers, via une application. Ainsi, le procédé est facilité, en permettant l'établissement et la transmission des documents nécessaires à l'AFD qui se charge ensuite de la taxation. ALPHI peut également s'acquitter directement du montant de la taxe, avançant ainsi les frais à l'utilisateur et garantissant le paiement de la taxe à votre autorité.

La mise en place d'une telle solution, parfaitement en ligne avec le programme DaziT, aurait notamment pour avantage d'augmenter les recettes fiscales effectivement encaissées en encourageant les particuliers à déclarer leurs achats. De plus, cela permettra de réduire le nombre de fraudes puisque l'acheteur ne pourra pas se soustraire au paiement de la taxe à l'import, puisque celui-ci pourra être effectué par ALPHI et que le système de géolocalisation

permettra de connaître l'heure exact de passage à la douane. D'ailleurs, ALPHI a déjà été présenté à votre administration en vue d'une potentielle collaboration.

Ainsi, il nous paraît nécessaire que l'OFDF, en application de l'art. 9 al. 1 et 4 LE-OFDF, permette la collaboration avec des entreprises du secteur privé telles que ALPHI, en reconnaissant les documents établis comme étant une forme de déclaration admise au sens de cette disposition.

Nous sollicitons donc respectueusement qu'une telle possibilité soit prévue, dans la mesure où il nous apparaît que le texte légal le permet expressément.

Nous nous tenons bien entendu à votre entière disposition pour évoquer plus avant la question si vous le souhaitez.

En vous remerciant d'avance de votre attention, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments distingués.

Ext. Albert Schrurs  




## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : BISCOSUISSE

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : BISCOSUISSE

Adresse : Münzgraben 6, Bern

Kontaktperson : Urs Furrer

Telefon : 031 310 09 90

E-Mail : [info@biscosuisse.ch](mailto:info@biscosuisse.ch)

Datum : 31. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| BISCOSUISSE             | Die Modernisierung der gesetzlichen Grundlagen im Zollbereich ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Eine gesamtheitliche Beurteilung des Gesetzesentwurfs ohne Kenntnis der Verordnungen ist aber schwierig. Umso wichtiger ist es, dass die Unternehmen beim Entwurf der Verordnungen eingebunden werden und dass die Bedürfnisse der Unternehmen berücksichtigt werden.   |
| BISCOSUISSE             | Bei der Überarbeitung der vorliegend in die Vernehmlassung geschickten Gesetzesentwürfe ist den Kriterien administrative und finanzielle Entlastung für die Unternehmern, Praktikabilität und Standortattraktivität für die hierzulande produzierenden Unternehmen gebührend Rechnung zu tragen.   |
| BISCOSUISSE             | Nebst den obenstehenden allgemeinen Hinweisen beschränken wir uns in unserer Stellungnahme auf Punkte zum Verfahren des aktiven Veredelungsverkehrs. Das 2019 eingeführte vereinfachte Verfahren der aktiven Veredelung und das Äquivalenzprinzip müssen ebenso weitergeführt werden wie die Praxis im besonderen Verfahren der aktiven Veredelung (bVaV), auch in den Fällen, in denen der Export über ein Zollfreilager erfolgt. |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |
| BISCOSUISSE             |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name        | Art. | Abs. | Bst.  | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|-------------|------|------|-------|--|--|
| BISCOSUISSE | 11   | 2    | d     | Heute ist Art. 12 Abs. 3 ZG die Grundlage für die Bewilligung des aktiven Veredelungsverkehrs. Das BAZG-VG enthält dazu keine detaillierte Regelung; dies wird künftig Sache des Bundesrats sein (Art. 11 Abs. 2). Unabhängig von der Regelungsebene muss weiterhin ein Anspruch auf Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr vorgesehen sein und Zollbefreiung auch dann gewährt werden, wenn inländische Ware gleicher Menge, Beschaffenheit & Qualität als verarbeitete Erzeugnisse ausgeführt wird (Äquivalenzprinzip). Die Beibehaltung des heute in Artikel 165a Zollverordnung (ZV) verankerten, 2019 eingeführten vereinfachten Bewilligungsverfahrens für die aktive Veredelung ist von entscheidender Wichtigkeit und muss ebenfalls beibehalten werden. | Sofern keine Regelung im BAZG-VG: Hinweis in der Botschaft und enger Einbezug der exportierenden Unternehmen und Berücksichtigung von deren Interessen und Erfordernisse im Rahmen der Verordnung. |
| BISCOSUISSE | 11   | 2    | d / g | Die Praxis im besonderen Verfahren der aktiven Veredelung (bVaV) muss beibehalten werden, auch wenn z.B. ein Export in Nicht-EU-Staaten über ein Zollfreilager in der EU erfolgt ("Lagerverkehr").   | Enger Einbezug der exportierenden Unternehmen und Berücksichtigung von deren Interessen und Erfordernissen im Rahmen der Verordnung.   |
| BISCOSUISSE |      |      |       |  |  |
| BISCOSUISSE |      |      |       |  |  |
| BISCOSUISSE |      |      |       |  |  |
| BISCOSUISSE |      |      |       |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|             | Antwort                  |  | Bemerkung/Anregung |
|-------------|--------------------------|--|--------------------|
| BISCOSUISSE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                    |
| BISCOSUISSE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |
| BISCOSUISSE |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|--|
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |
| BISCOSUISSE   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| BISCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| BISCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |
| BISCOSUISSE  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane is open on the right side. The document content includes a table with a yellow header row and several empty rows for additional entries.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Übersicht über die Adobe Acrobat-Software mit dem Menü **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschr.** (Einschränken der Bearbeitung) Button.

Die Tabelle zeigt die Vernehmlassung und die BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Die rechten Seiten zeigen die **Bearbeitung einschränken** (Einschränken der Bearbeitung) Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
    - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  -



Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Lausanne, 31. Dezember 2020

**Vernehmlassungsantwort zu  
BAZG-Vollzugsaufgabengesetz (BAZG-VG) sowie  
Totalrevision Zollgesetz (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 11. September 2020 das EFD beauftragt, zu den obgenannten Gesetzesänderungen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

British American Tobacco Switzerland SA möchte wie folgt Stellung nehmen. Unter Eingabe mit heutigem Datum erhalten Sie fristgerecht unsere Vernehmlassungsantwort.

**Weiterentwicklung BAZG**

- ➔ Wir begrüssen die Weiterentwicklung vom Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit BAZG hin zu einer agilen Organisation.
- ➔ Wichtig ist dabei die Beratung durch einen persönlichen Kundenberater mit Expertenwissen beizubehalten. Dies ist in der Studie Inlandbesteuerung 2026 für Kunden der Kategorie «Personal» auch so vorgesehen. Nach unserer Ansicht gehören wir zu dieser Kategorie.

## **Vereinheitlichung und durchgängige Digitalisierung der Abgabe- und Rechtsmittelverfahren**

- Wir begrüssen die Vereinheitlichung aller vom BAZG geführten Abgabe- und Rechtsmittelverfahren.
- Wir begrüssen die durchgängige Digitalisierung der Abgabe- und Rechtsmittelverfahren.

## **Rückerstattungen von Amtes wegen**

- Wir lehnen ab, dass in Bezug auf Rückerstattungen von Amtes wegen das BAZG-VG keine Bestimmung mehr vorsieht, wie sie Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz kennt.
- Dadurch wird verunmöglicht, dass wenn bei der amtlichen Nachprüfung der Steuerveranlagung oder bei Betriebskontrollen eine zu Unrecht erhobene Steuer festgestellt wurde, der zu viel bezahlte Betrag von Amtes wegen zurückerstattet wird.
- Dies ist stossend, da es sich bei der Tabaksteuer um eine Verbrauchssteuer handelt, mit welcher der effektive Verbrauch im Inland besteuert werden soll.
- Daher fordern wir, keine neue, wenig praxisnahe und sehr restriktive Regelung einzuführen. Die bisher angewandte Praxis, die sich an der relativen Verjährungsfrist von fünf Jahren gemäss Art. 23 Abs. 1 Tabaksteuergesetz orientiert, hat sich nach Swiss Cigarette sowohl hinsichtlich der Rechtssicherheit als auch im Sinne einer effektiven Besteuerung des Inlandverbrauchs bewährt.
- Wir regen deshalb an, das BAZG-VG um eine Bestimmung gemäss Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz zu ergänzen, damit die bewährte bisherige Praxis weiterhin zur Anwendung gelangen kann.

## **Deklarantenstrafpflicht**

- Wir favorisieren Variante 2. Mit Variante 2 ist eine Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig. Entsprechend können die Rechtsunterworfenen leichter einschätzen, ob ihr Handeln strafrechtlich verfolgt werden könnte oder nicht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Informationen oder Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

British American Tobacco Switzerland SA



Brenda Ponsignon



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : British Amercian Tobacco Switzerland SA

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : bat

Adresse : Avenue de Rhodanie 48, 1007 Lausanne

Kontaktperson : Brenda Ponsignon

Telefon : +41 21 614 12 72

E-Mail : [brenda\\_ponsignon@bat.com](mailto:brenda_ponsignon@bat.com)

Datum :

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 11 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 21 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 22 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| bat                     | Im Grundsatz begrüsst British American Tobacco Switzerland SA die in den Gesetzesentwürfen des BAZG-VG und des ZoG enthaltenden Vereinfachung und Vereinheitlichung des gegenwärtigen Rechts, auch im Zusammenhang mit den anstehenden Anpassungen bezüglich des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes (DaziT).   |
| bat                     | Standardisierung und grösstmögliche Digitalisierung der Prozesse sowie Automatisierung der Abwicklung des legalen Verkehrs ermöglichen einen reibungslosen grenzüberschreitenden Warenverkehr.  |
| bat                     | Mit der Gesetzesrevision geht aber auch eine Verschiebung einer grossen Anzahl an Bestimmungen auf die Verordnungsstufe einher. Da die entsprechenden Verordnungen jedoch noch nicht ausgearbeitet wurden, verbleiben offene Fragen z.B. über die Detailausgestaltung von Zollverfahren. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision.    |
| bat                     | Die Regelungen zur Erhebung und Verarbeitung von Daten erlauben der Verwaltung umfassende Befugnisse. Dies ist kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erfordernis der Notwendigkeit und der Zweckgebundenheit, sowie die Sicherstellung des Datenschutzes generell besonders relevant.   |
| bat                     | Der Schutz des Geistigen Eigentums und vertraulicher Geschäftsinformationen ist zu garantieren. Dementsprechend erwarten wir, dass die Zollverwaltung/das BAZG auch in Zukunft sicherstellt, dass dieser Schutz nicht durch die internationale Amtshilfe unterminiert wird und für alle Arten von Daten gewährleistet ist (z.B. Cyberrisiken). Ebenso ist die Bekämpfung von Fälschungen sicherzustellen. |
| bat                     | Im Speziellen ist für British American Tobacco Switzerland SA die Beibehaltung von einem persönlichen Kundenberater mit Expertenwissen wie dies in der Studie Inlandbesteuerung 2026 für Kunden der Kategorie «Personal» auch so vorgesehen ist.  |
| bat                     |   |
| bat                     |   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
| bat |  |
|-----|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
| bat  | 9    |      |      | Die Sendungsdokumentation soll in Zukunft mit der Importzollanmeldung übermittelt werden, wobei der Bundesrat die zu übermittelnden Dokumente festlegen wird. Unseres Erachtens sollen Dokumente nur dann übermittelt werden, wenn tatsächlich eine Kontrolle durch die Zollbehörden stattfindet und nicht in jedem Fall. Dies würde den Arbeitsaufwand für die involvierten Parteien senken.   |   |
| bat  | 9    | 1    |      | Art. 9 Abs. 1 verlangt die Übermittlung aller notwendigen Begleitdokumente zum Zeitpunkt der Warenanmeldung. Zum Zeitpunkt der Warenanmeldung sind indessen nicht immer sämtliche Unterlagen (wie z.B. Ursprungsnachweise) vorhanden, dies sollte im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden.   |   |
| bat  | 12   |      |      | <p>In Zukunft soll die Zollanmeldung mit der Fahrzeug-Immatrikulation verknüpft werden. Im Export wird oft die Ausfuhrzollanmeldung durch die exportierende Unternehmung erstellt, wobei zu diesem Zeitpunkt die Abholung durch den Spediteur in den meisten Fällen noch nicht organisiert wurde.</p> <p>Zudem kann im Verlauf des grenzüberschreitenden Transports ein Fahrzeugwechsel bzw. ein Umladen erfolgen. Daher muss diese Anforderung praxistauglich und flexibel gestaltet werden, ansonsten würde dies massiv in die logistischen Abläufe der Unternehmen eingreifen und zu einer höheren Komplexität in der Exportabwicklung führen.</p> |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |  |  |
|-----|----|---|--|--|--|
| bat | 14 |   |  | Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus der Vernehmlassung kann jedoch nicht entnommen werden, wo genau und ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann. Zum Beispiel bei einer Anlieferung im Transitverfahren zu einer Fabrik, ohne dass ein Zwischenstopp bei einem zugelassenen Empfänger notwendig ist. Die Details zur Aktivierung sowie die im erläuternden Bericht erwähnten Sonderkonstellationen sollten im Gesetz eindeutig reflektiert werden, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten. |  |
| bat | 28 | 2 |  | Zahlungsfrist direkt im Gesetz verankern.  |  |
| bat | 30 | 5 |  | Verjährung: Zusätzliche Informationen, in welchen Fällen die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren zur Anwendung kommt, wären hilfreich.<br>In verschiedenen anderen Bereichen ist eine Verjährung in jedem Fall bereits nach 10 Jahren üblich (z.B. MWSTG).   |  |
| bat | 46 |   |  | Es wäre zu begrüßen, dass die Zollbehörde Ihre internen Richtlinien vollumfänglich veröffentlicht und unnötige Stolpersteine in den Verfahren entfernt. Des Weiteren dürfen Erträge aus Kostenüberwälzungen und Aberkennungen von «Zollprivilegien» nicht als Leistungsziele der Zollbehörden geführt werden.  |  |
| bat | 53 | 2 |  | Fristwahrung im elektronischen Verfahren:<br><br>Bei Nichterreichbarkeit des Informationssystem verpflichtet Art. 53 Abs. 2 das Unternehmen täglich zu prüfen, ob das System erneut funktioniert. Ansonsten kann es sein, dass die Fristverlängerung um einen Tag  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |  |  |
|-----|----|---|--|--|--|
|     |    |   |  | bei Nichterreichbarkeit des Systems verstreicht. Gerade im kaufmännischen Bereich arbeiten viele Personen Teilzeit. Dies wäre mit einer entsprechenden Fristverlängerung zu berücksichtigen.   |  |
| bat | 56 | 1 |  | <p>Aufbewahrung von Daten und Dokumenten:<br/>Der Begriff "absolute" Verjährung kann missverstanden werden in der Hinsicht, dass die maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren und nicht die Verjährungsfrist von 5 Jahren herangezogen werden muss.</p> <p>Zudem wäre es wichtig, in der Botschaft die Aufbewahrungsfrist näher zu erläutern bzw. zu erläutern, in welchen möglichen Fällen die Frist von 15 Jahren gilt.</p> <p>Des Weiteren wäre es hilfreich, dass in der Botschaft oder dem Gesetzesentwurf präzisiert wird, welche Unterlagen aufzubewahren sind (Rechnungen, Veranlagungsverfügungen, Ursprungsnachweise / Lieferantenerklärungen).</p> |  |
| bat | 58 | 1 |  | <p>Gemäss Art. 39 kann das BAZG, geschuldete Beträge bis zu einem Jahr nachfordern. Art. 58 gewährt den Unternehmen für Einsprachen allerdings nur eine Frist von 60 Tagen. Die Frist von 60 Tagen wird den internen Abläufen von Unternehmen zudem nicht gerecht. Wir befürworten deshalb eine Verlängerung der Frist.</p> <p>Zudem gibt es heute bei den provisorischen Abfertigungen aus GSP Ländern eine Frist von 90 Tagen zur Beschaffung der Dokumente. Eine Verkürzung der Frist auf 60 Tage ist in Fällen, in denen Unterlagen von ausländischen Behörden beigebracht werden müssen, sehr kurz.</p>   |  |
| bat | 60 | 1 |  | Analog der Fristen für die Einsprache gemäss Art. 58, wäre auch bei der Beschwerdemöglichkeit eine   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |       |   |   |   |  |
|-----|-------|---|---|---|--|
|     |       |   |   | <p>Erweiterung der Frist wichtig. Dies um Asymmetrien zwischen den Rechten des BAZG und der Unternehmen zu vermeiden und um die internen Prozesse der Unternehmen besser zu berücksichtigen.</p> <p>Das BAZG soll zudem sicherstellen, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG beurteilt wird.</p>  |  |
| bat | 66    | 2 | b | <p>Mit Artikel 66 wird die Grundlage für die Bearbeitung Daten juristischer Personen wie z.B. Fabrikationsgeheimnissen geschaffen. Besonders wichtig erscheint uns, dass diese Daten ausreichend geschützt und nicht an Dritte weitergegeben werden. Eine entsprechende Präzisierung ist daher wichtig. Der Schutz von Daten über Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse ist für viele Branchen ein prioritäres Anliegen, dementsprechend wichtig erscheint es den Datenschutz sicherzustellen und den Zugang zu diesen sehr restriktiv zu behandeln, auch im Rahmen einer internationalen Amtshilfe.</p> |  |
| bat | 68    |   |   | <p>Neue flexible Zugriffsbefugnisse mögen durchaus praxisbezogener sein, erhöhen aber die Gefahr des Missbrauchs. Daher ist eine rechtssichere Verordnungsregelung (mit klar abgestufte Kompetenz- und Zugriffsregelung, Kontrollen) essentiell.</p>  |  |
| bat | 95-96 |   |   | <p>Das Inverkehrbringen von Fälschungen führt für die Schweizer Industrie zu erheblichen Schäden. Die Bekämpfung von Fälschungen sollte bei der Ausarbeitung der Verfahren zur Vernichtung von Waren mitberücksichtigt werden.</p>  |  |
| bat |       |   |   |   |  |
| bat |       |   |   |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-----|-------------------------------------|--|---------------------------|
| bat | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| bat | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |
| bat  |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|--------|------|------|------|--------------------|---|
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |
| bat  |        |      |      |      |                    |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |
| bat  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| bat   |                           |
| bat   |                           |
| bat   |                           |
| bat   |                           |
| bat   |                           |
| bat   |                           |
| bat   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| bat  | 10          | 1-2         |             | Aktuell hält das Gesetz in Art. 10 ZG fest, dass schriftliche Zolltarif- und Ursprungsauskünfte der eidgenössischen Zollverwaltung (neu Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)) während einer gesetzlich festgelegten Dauer verbindlich sind (Art. 20 ZG). Ohne ersichtlichen Grund wird im revidierten Gesetz in Art. 10 ZoG darauf verzichtet, die Verbindlichkeit und Dauer der vom BAZG erteilten Zolltarif- und Ursprungsauskünfte zu regeln. Dies gilt es, analog der aktuell geltenden Bestimmung, ebenfalls festzulegen, sodass die Rechtssicherheit auch weiterhin gewährleistet ist und die betroffenen Unternehmen, wie bisher, über verbindliche Auskünfte verfügen. Wir würden eine Ergänzung im Gesetz wie lange Auskünfte gültig sind, begrüßen. |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |
| bat  |             |             |             |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |
| bat |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |
| bat  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface. The ribbon is set to 'Überprüfen' (Check), which is highlighted with a red box. The task pane on the right is titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) and is also highlighted with a red box. The task pane contains the following text:

**Ihre Berechtigungen**  
Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

At the bottom of the task pane, the 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab in the top menu bar. The 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) button is highlighted in the right-hand pane. The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

The right-hand pane displays the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) settings, including options for 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) and 'Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted.



Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen  
Telefon +41 58 465 27 27  
Registratur-Nummer: 024.1  
Geschäfts-Nummer: 2020-100

A-Post

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Herr Bundesrat Ueli Maurer  
Bundeshaus West  
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

St. Gallen, 30. Dezember 2020 / rmh

**Vernehmlassung: Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG).**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Für Ihre Einladung vom 11. September 2020 zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die Abteilung I des BVGer ist durch die Umsetzung der Änderungen direkt betroffen.

Der Verzicht auf einen verwaltungsinternen Instanzenzug in all jenen Fällen, in welchen es darum geht, eine Verfügung über Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Art. 12 VStrR zu überprüfen (vgl. Art. 61 Bst. a BAZG-VG), hat eine deutliche Ausdünnung des Rechtsschutzes zur Folge. Angesichts dessen, dass das Bundesverwaltungsgericht namentlich in Tarifstreitigkeiten - bei welchen es in der Regel um Nachzahlungen und somit um Leistungspflichten geht - bereits jetzt letztinstanzlich entscheidet, wäre die Überprüfung einer Verfügung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) in diesen Fällen auf eine einzige Instanz beschränkt. Ob dies so gewollt ist, ist letztlich ein politischer Entscheid. Aus dem im Gesetzesentwurf skizzierten Weg ergibt sich allerdings, dass an die Qualität der Verfügungen des BAZG entsprechend hohe Anforderungen zu stellen sind. Insbesondere muss der Sachverhalt sorgfältig festgestellt werden und es ist der Begründungspflicht in angemessener Weise nachzukommen. Die Heilung von Verfahrensmängeln auf gerichtlicher Ebene hat klarerweise eine Ausnahme zu bleiben. Vgl. in diesem Zusammenhang das Urteil des BVGer A-2373/2019 vom 13. November 2020.

Aufgrund der genannten Ausdünnung des Rechtsschutzes ist damit zu rechnen, dass vermehrt Rechtsfragen vor Bundesverwaltungsgericht gebracht werden, die sonst im verwaltungsinternen Verfahren hätten beantwortet werden können. Damit einher geht ein erhöhter Ressourcenbedarf des Bundesverwaltungsgerichts.

Mit Hinweis auf Art. 61 Bst. b BAZG-VG ist es unklar, ob mit der «Feststellungsverfügung» eine Verfügung gemeint ist, mit der die Höhe der Abgaben festgesetzt wird, oder ob es sich um die Feststellung handelt, dass eine Abgabe gefährdet oder hinterzogen wurde. Insbesondere letztere Feststellung wäre eher im Rahmen des Strafverfahrens anzufechten und nicht vor Bundesverwaltungsgericht.


Die neue Regelung in Art. 61 BAZG-VG (d.h. der Verzicht auf einen verwaltungsinternen Instanzenzug in den entsprechenden Fällen) in Verbindung mit derjenigen in Art. 62 Abs.1 (wonach lediglich das Einspracheverfahren gemäss Art. 58 und 59, nicht jedoch das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren gemäss Art. 60 sowie der Rechtsmittelweg in Spezialfällen gemäss Art. 61 kostenfrei sein soll) hat zur Folge, dass in den beiden letztgenannten Fällen kein kostenfreier Rechtsschutz gewährleistet ist. Vor Bundesverwaltungsgericht fallen in aller Regel (zuweilen hohe) Verfahrenskosten an. Insofern ist fortan in diesen Fällen in der Regel mit höheren Kosten als bisher zu rechnen. Dieser Umstand könnte dazu beitragen, dass Rechtssuchende von einer Anfechtung abgeschreckt werden, was wiederum eine Schwächung des Rechtsschutzes bedeuten könnte.

Mit Hinweis auf Art. 60 Abs. 1 BAZG-VG wurden die ehemals detaillierten organisatorischen Bestimmungen über den inneren Aufbau der EZV - resp. neu des BAZG - entfernt (vgl. Erläuternder Bericht zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz und ZoG, S. 11). Entsprechend geht aus dem Gesetz nicht mehr hervor, welche Stelle innerhalb des BAZG als neutrale Einsprache- bzw. Beschwerdestelle fungiert. Gemäss Art. 60 Abs. 1 stellt das BAZG lediglich sicher, dass die Beschwerde "von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG" beurteilt wird. Diese Bestimmung könnte sich damit als zu wenig präzise erweisen. Sie erscheint nicht unbedingt geeignet, das Vertrauen der Rechtssuchenden in den verwaltungsinternen Rechtsweg zu stärken. Dies könnte zur Folge haben, dass Entscheide des BAZG auf weniger Akzeptanz stossen und sich die Rechtssuchenden vermehrt an die Gerichte wenden. Dies würde mit einer erhöhten Belastung des Bundesverwaltungsgerichts bzw. des Bundesgerichts und dem entsprechenden Ressourcenbedarf einhergehen.

Im Übrigen verzichtet das Bundesverwaltungsgericht auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Vorsitzende der  
Präsidentenkonferenz



Nina Spälti Giannakitsas



Der stellvertretende  
Generalsekretär



Bernhard Fasel

Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Bundesverwaltungsgericht

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : BVGer

Adresse :

Kontaktperson :

Telefon :

E-Mail :

Datum :

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 8  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 17 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 18 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------------------|---------------------------|
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |
| BVGer                   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

---

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name  | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|-------|------|------|------|--|---|
| BVGer | 61   |      | a    | <p>Der Verzicht auf einen verwaltungsinternen Instanzenzug in all jenen Fällen, in welchen es darum geht, eine Verfügung über Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Art. 12 VStrR zu überprüfen (vgl. Art. 61 BstA BAZG-VG), hat eine deutliche Ausdünnung des Rechtsschutzes zur Folge. Angesichts dessen, dass das Bundesverwaltungsgericht namentlich in Tarifstreitigkeiten - bei welchen es in der Regel um Nachzahlungen und somit um Leistungspflichten geht - bereits jetzt letztinstanzlich entscheidet, wäre die Überprüfung einer Verfügung des Bundesamtes für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) in diesen Fällen auf eine einzige Instanz beschränkt. Ob dies so gewollt ist, ist letztlich ein politischer Entscheid. Aus dem im Gesetzesentwurf skizzierten Weg ergibt sich allerdings, dass an die Qualität der Verfügungen des BAZG entsprechend hohe Anforderungen zu stellen sind. Das BAZG hat namentlich zu gewährleisten, dass seine Verfügungen den formellen und inhaltlichen Anforderungen genügen. Insbesondere muss der Sachverhalt sorgfältig festgestellt werden und es ist der Begründungspflicht in angemessener Weise nachzukommen. Die Heilung von Verfahrensmängeln auf gerichtlicher Ebene hat klarerweise eine Ausnahme zu bleiben. Vgl. in diesem Zusammenhang das Urteil des BVGer A-2373/2019 vom 13. November 2020.</p> <p>Aufgrund der genannten Ausdünnung des Rechtsschutzes ist damit zu rechnen, dass vermehrt</p> |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|       |    |   |   |  |  |
|-------|----|---|---|--|--|
|       |    |   |   | Rechtsfragen vor Bundesverwaltungsgericht gebracht werden, die sonst im verwaltungsinternen Verfahren hätten beantwortet werden können. Damit einher geht ein erhöhter Ressourcenbedarf des Bundesverwaltungsgerichts.   |  |
| BVGer | 61 |   | b | Es ist unklar, ob mit der «Feststellungsverfügung» eine Verfügung gemeint ist, mit der die Höhe der Abgaben festgesetzt wird, oder ob es sich um die Feststellung handelt, dass eine Abgabe gefährdet oder hinterzogen wurde. Insbesondere letztere Feststellung wäre eher im Rahmen des Strafverfahrens anzufechten und nicht vor Bundesverwaltungsgericht.   |  |
| BVGer | 62 | 1 |   | Die neue Regelung in Art. 61 BAZG-VG (d.h. der Verzicht auf einen verwaltungsinternen Instanzenzug in den entsprechenden Fällen) in Verbindung mit derjenigen in Art. 62 Abs.1 (wonach lediglich das Einspracheverfahren gemäss Art. 58 und 59, nicht jedoch das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren gemäss Art. 60 sowie der Rechtsmittelweg in Spezialfällen gemäss Art. 61 kostenfrei sein soll) hat zur Folge, dass in den beiden letztgenannten Fällen kein kostenfreier Rechtsschutz gewährleistet ist. Vor Bundesverwaltungsgericht fallen in aller Regel (zuweilen hohe) Verfahrenskosten an. Insofern ist fortan in diesen Fällen in der Regel mit höheren Kosten als bisher zu rechnen. Dieser Umstand könnte dazu beitragen, dass Rechtssuchende von einer Anfechtung abgeschreckt werden, was wiederum eine Schwächung des Rechtsschutzes bedeuten würde. |  |
| BVGer | 60 | 1 |   | Die ehemals detaillierten organisatorischen Bestimmungen über den inneren Aufbau der EZV - resp. neu des BAZG-Vollzugsaufgabengesetz - wurden entfernt (vgl. Erläuternder Bericht zum BAZG und ZoG, S.   |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
|       |  |  |  | 11). Entsprechend geht aus dem Gesetz nicht mehr hervor, welche Stelle innerhalb des BAZG als neutrale Einsprache- bzw. Beschwerdestelle fungiert. Gemäss Art. 60 Abs. 1 stellt das BAZG lediglich sicher, dass die Beschwerde "von einer anderen Stelle innerhalb des BAZG" beurteilt wird. Diese Bestimmung erweist sich damit als äusserst schwammig. Sie erscheint nicht geeignet, das Vertrauen der Rechtsuchenden in den verwaltungsinternen Rechtsweg zu stärken. Dies könnte zur Folge haben, dass Entscheide des BAZG auf weniger Akzeptanz stossen und sich die Rechtsuchenden vermehrt an die Gerichte wenden. Dies würde mit einer erhöhten Belastung des Bundesverwaltungsgerichts bzw. des Bundesgerichts und dem entsprechenden Ressourcenbedarf einhergehen. |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|       | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------|--------------------------|--|---------------------------|
| BVGer | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| BVGer | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |
| BVGer       |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |
| BVGer   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|       |  |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|--|
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |
| BVGer  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |
| BVGer   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |
| BVGer  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|       |  |  |  |  |  |
|-------|--|--|--|--|--|
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |
| BVGer |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |
| BVGer  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. A sidebar on the right is open, showing the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) task pane. This pane is also highlighted with a red box. Inside the task pane, the text reads: 'Ihre Berechtigungen: Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt. Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.' At the bottom of the task pane, the 'Schutz aufheben' (Stop Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions) with a checked box for 'Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken' (Restrict formatting to a selection of style sheets). 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions) with a checked box for 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document:), and a dropdown menu set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form filling). 3. Schutz anwenden (Apply Protection) with a message 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to take over these settings? (You can deactivate them later.)) and a button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) which is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Cargologic AG · Postfach · CH-8058 Zürich-Flughafen

## **EINSCHREIBEN**

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer – Vorsteher Finanzdepartement  
Bundesplatz 3 – Palais Fédéral  
3003 Bern

Cargologic AG  
Postfach  
CH-8058 Zürich-Flughafen

Telefon: +41 58 856 99 00  
E-Mail: [cargologic@cargologic.com](mailto:cargologic@cargologic.com)  
Internet: [www.cargologic.com](http://www.cargologic.com)

Zürich-Flughafen, 21. Dezember 2020  
u/ref: msc l/ref:

### **Erläuternder Bericht zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer

Am 11. September 2020 hat der Bundesrat den Entwurf für ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie der Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) an die Kantone versandt und somit die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens eröffnet.

In Anbetracht der Auswirkungen, die diese Reform auf unsere Tätigkeit haben könnte, im Speziellen auf die Freilager in der Schweiz und auf Zürich im Besonderen, danken Ihnen die Zollfreilager-Betreiber der Schweiz und das Zollfreilager Zürich für die Gelegenheit, nach der durchgeführten Analyse unsere Besorgnis und Vorschläge zu unterbreiten.

In der Beilage überlassen wir Ihnen daher folgende Unterlagen:

- Kurbeschreibung Freilager Zürich Flughafen
- Vorschlag Anpassung zu Artikel 44
- Offizielles Antwortformular zur Totalrevision Zollgesetz

Sollten Sie für diese Gesetzesüberprüfung sowie für diese Konsultation weitere Fragen haben, so stehen Ihnen folgende Personen zur Verfügung:

Herr Markus Schürmann  
Manager Projekte  
Tel: 058 856 94 90  
E-Mail: [markus.schuermann@cargologic.com](mailto:markus.schuermann@cargologic.com)

Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Zeit, die Sie für die Prüfung des Positionspapiers der Cargologic AG – Freilager Zürich Flughafen aufwenden werden, und bitten Sie, den Antrag wohlwollend zu prüfen.

Freundliche Grüsse

**Cargologic AG**

Marco Gredig  
Managing Director

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'M. Gredig', written over the printed name and title.





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Cargologic AG

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : CGL ZRH

Adresse : Frachtgebäude Ost

Kontaktperson : Markus Schürmann

Telefon : +41 58 856 95 02

E-Mail : markus.schuermann@cargologic.com

Datum : 10.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 11 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 21 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| CGL<br>ZRH              | Grundsätzlich begrüssen wir die Weiterentwicklung und die Veränderungen der Zollverwaltung, um den zukünftigen Anforderungen gewachsen zu sein. Eine Vereinfachung der Zollprozesse ist anstrebenswert, jedoch darf diese nicht die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen in der Schweiz gefährden oder gar nachteilig behandeln im Vergleich zu Bedingungen im Ausland.  |
| CGL<br>ZRH              | <p>Die Gesetzes-Revision betrifft die Cargologic vor allem in den Bereichen Luftfrachtabwicklung als Handling Agent der verschiedenen Airline und Freilager Tätigkeiten. Zu diesen beiden Bereichen sind aber die Angaben nicht sehr ausführlich oder aber sehr vage gehalten.</p> <p>Die Cargologic AG betreibt am Zürich Flughafen ein geschlossenes Zollfreilager und vermietet als Lagerhalterin Flächen an national und international tätige Unternehmen. Die Mieter sind Ein-/Auslagerer. Die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche sind im Betrieb klar geregelt und widerspiegeln die Allgemeinen Bestimmungen Zollfreilager, Version 2 der EZV, Version 2 vom Januar 2017 eins zu eins wieder. Dieses Instrument der EZV ist eine geradezu beispielhaftes Regelwerk, wie es den involvierten Parteien, namentlich der Gesetzgebung, den Exekutivbehörden und den privaten Unternehmen gelingt, einfach, pragmatisch und vor allem ökonomisch die freiheitlichen, politischen und wettbewerbstaughlichen Wege zu begehen, offen und transparent.</p> |
| CGL<br>ZRH              | <p>Das hohe Wettbewerbsniveau der Schweiz basiert vor allem auf dem Ergebnis der Freiheit, in einem fortschrittlichen politischen Umfeld tätig zu sein. Der neue Zollgesetzrahmen, der nun in Diskussion ist, kann aber ohne weitere Abklärungen nicht in der Form akzeptiert oder kommentiert werden. Er lässt viele Fragen unbeantwortet resp. schränkt die Tätigkeiten der Wirtschaftsbeteiligten ein, da den unterschiedlichen Bedürfnissen keine oder zu wenig Beachtung geschenkt wird.</p> <p>Es ist daher in jedem Fall zu berücksichtigen, dass dieses Zusammenspiel von Betreiber der Zollfreilager (Lagerhalter) und den Kunden, also Mieter (Ein-/Auslagerer) der Zollfreilager, zukünftig die gleichen Möglichkeiten und Chancen zukommen, wie es heute bereits der Fall ist. d.h., dass es zu keinen ökonomischen oder prozessualen Verschlechterungen kommen darf.</p>   |
| CGL<br>ZRH              | Artikel 44 beschreibt die Definition der Zolllager. Dies aber in einer Art und Weise, welche der Besonderheit von Zollfreilager und der Waren, welche in einem Zollfreilager eingelagert werden nicht entspricht. Die heutigen Tätigkeiten der Zollfreilager unterscheiden sich von offenen Zolllagern und muss auch im neuen Gesetz berücksichtigt werden. Eine Anpassung der Zollfreilager an of-   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |   |
|------------|---|
|            | fene Zolllagern widerspricht dem Sinn eines Zollfreilagers und würde die Tätigkeiten massiv einschränken oder gar verunmöglichen. Mit der Annahme dieses Vorschlags würden die Geschäftstätigkeiten massiv eingeschränkt oder gar verunmöglicht. Daher ist es unumgänglich, dass die Differenzierung zwischen Zollfreilager und offenen Zolllager (OZL) auch weiterhin gemacht wird.  |
| CGL<br>ZRH | Die heute tätigen verbleibenden Zollfreilager in der Schweiz beherbergen kleinere Mengen von Waren, jedoch mit sehr grossen Warenwert. Die Tätigkeiten der Zollfreilager sind hauptsächlich die Vermietung von Räumen an die verschiedenen Kunden. Wo bei hier strikte Vorgaben bezüglich Ein- und Auslagerungen und der Inventarisierung der Waren bestehen. Die jeweiligen Zollämter haben daher eine ganz klare und transparente Übersicht über die Tätigkeiten resp. die Art und Menge der Waren, die sich in Zollfreilager befinden..  |
| CGL<br>ZRH | <p>Die Zollfreilager bieten daher;</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Keine finanziellen Garantien, garantieren aber die Sicherheit des Zollbereiches mit organisatorischen Massnahmen, der Kontrolle der Mieter und der detaillierten Übersicht der Waren, die ein-/ausgelagert werden.</li> <li>- Garantiert, dass die Bedingungen für alle gleich gehandhabt werden</li> </ul> <p>Die Werte der Waren, welche die Kunden in einem Zollfreilager einlagern, unterliegen heute keinen Abgaben oder finanziellen Sicherheiten. Dies ist auch ein Grund, warum Waren über Generationen in den Zollfreilagern eingelagert / weitergegeben wurden resp. werden. In der Regel handelt es sich um sehr hohe Werte, und daher wird es schwierig einen Betrag festzulegen und allfällige Steuern zu garantieren. Da die Kontrollen der Zollfreilager aber sehr strikte durchgeführt werden, ist dies zu hinterfragen, ob man mit zusätzlichen Gebühren die Konkurrenzfähigkeit der Zollfreilager damit beeinträchtigen will. Zudem haben die Zollbehörden bei falschem oder fraglichen Verhalten genug Möglichkeiten, Massnahmen zur Sicherung der möglichen Abgaben zu ergreifen.</p> |
| CGL<br>ZRH | <p>Das neue Zollgesetz zielt darauf ab, zu harmonisieren, zu standardisieren, zu rationalisieren und zu digitalisieren, da die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Verkehr kontinuierlich zu nehmen. Die Absicht geht in die die richtige Richtung, soweit alle Besonderheiten gebührend berücksichtigt werden, die außerhalb des aktuellen Großhandels liegen. Diese «Nischen» Aktivitäten sind für diejenigen, die direkt daran beteiligt sind / daran interessiert sind, von existenziell Wichtigkeit und für diese müssen diese als integraler Bestandteil erhalten bleiben um die wirtschaftliche Aktivitäten auf Schweizer Territorium weiter betreiben zu können.</p> <p>Die Annahme des revidierten Gesetzten kann daher nur unter Berücksichtigung der beschriebenen Besonderheiten bestätigt werden.</p>  |
| CGL<br>ZRH | Bitte beachte Sie auch, das separate Schreiben der Cargologic an Herrn Bundesrat MaurerBe   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |
|------------|--|
| CGL<br>ZRH |  |
| CGL<br>ZRH |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name       | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|------------|------|------|------|---|--|
| CGL<br>ZRH | 11   | 2    |      | Zu wenig präzise und muss ergänzt werden >> Abgabeverfahren, andere Warenbestimmungen?  |  |
| CGL<br>ZRH | 11   | 3    |      | Welche Bedingungen und Auflagen, Fristen werden hier angesetzt?   |  |
| CGL<br>ZRH | 13   | 3    |      | Die Aktivierung durch den Handling Agenten nach -oder vorgelagert ist nicht sinnvoll, da der Handling Agent nicht verantwortlich für die Abgabenschuld ist.   | Der Handling Agent muss elektronische Bestandes Aufzeichnungen führen. Die Aktivierung erfolgt durch den Warenempfänger oder deren Gehilfe, namentlich Speditionen oder Zollagenten. |
| CGLZRH     | 15   |      |      | Heisst dies, dass der Betreiber eines Freilager neu auch AEO werden muss?   |  |
| CGL<br>ZRH | 30   | 1    |      | Es bestehen heute verschiedene Verjährungsfristen, die aber in irgendeiner Form zusammenspielen<br><br>MWSTG – Art. 42 – 5 Jahre<br>Art. 42 und Art. 91, Abs. 5 – max. 10 Jahre<br>ZG – Art. 75, Abs. 5 – max. 15 Jahre | Anpassen des MWST und ZG an eine einheitliche Frist  |
| CGL<br>ZRH | 31   |      |      | Von welchen Abgaben im Zusammenhang mit Freilager wird hier gesprochen? Macht man hier nicht eine Vermischung der Lagerarten >> Freilager und Offene Zolllager?   | Freilager müssen auch weiterhin Abgabenbefreit arbeiten können.  |
| CGL<br>ZRH | 34   |      |      | Wird der aktuelle Satz von 2 % der Sicherstellung in OZL auch weiterhin in diesem Artikel 34 berücksichtigt   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |    |   |   |  |  |
|---------|----|---|---|--|--|
| CGL ZRH | 44 | 1 |   | Entspricht nicht der heutigen Realität im Freilager Zürich Flughafen. Alle Waren in einem Zollfreilager müssen zollrechtlich angemeldet werden und der Lagerhalter ist zudem für die Inventarisierung verantwortlich. Daher gilt nicht nur eine räumliche Abtrennung.  | Viel zu vage formuliert und muss angepasst werden, resp. genauer Wortlaut muss vorliegen   |
| CGL ZRH | 44 | 1 |   | Neu werden Zollager (OZL) und Zollfreilager in Zolllager zusammengefasst. Dies kann aber nicht im Sinne des Betreibers sein, da diese Unterscheidung auch weiterhin bestehen soll. Die bestehenden Geschäftsmodelle werden durch diese Massnahmen beeinflusst oder gar verhindert.   | Weiterhin eine Abgrenzung nach Zollfreilager und Zollager (OZL). Die Bestimmungen müssen auch hier ganz klar definiert werden, weil viel zu vage formuliert. |
| CGL ZRH | 44 | 3 |   | Wir verstehen den Artikel so, dass nur eine Bewilligung für das Betreiben eines Zollfreilagers ausgestellt wird und nicht diverse pro Standort. Wenn neu alle Betreiber oder gar Einlagerer eine Bewilligung benötigen, ist mit einem massiv höheren administrativen Aufwand zu rechnen.<br><br>Wem obliegt in Zukunft die Kontrolle? Wird diese an die Betreiber ausgelagert? |  |
| CGL ZRH | 44 | 4 |   | Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen." Was bedeutet dies für die Betreiber?<br><br>Bei der Auflagenerteilung wird es Unterscheide zwischen "ex FL" und ex "OZL" geben ?   |  |
| CGL ZRH | 44 | 5 | c | Um welche Dokumente handelt es sich hier in diesem Abschnitt? Inventarisierung?  |  |
| CGL ZrH | 44 | 5 | d | Wie muss der Nachweis der Zahlungsfähigkeit bewiesen werden? Betrifft dies die Sicherstellung?   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |    |   |   |  |  |
|------------|----|---|---|--|--|
| CGL<br>ZRH | 44 | 5 | e | Welcher Grad an Sicherheitsstandard wird hier gefordert?<br>Was stellt man sich genau darunter vor?  |  |
| CGL<br>ZRH | 44 | 5 | f | Wie berechnet sich die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen?<br><br>Dementsprechend wird den Besonderheiten der verschiedenen Freilager hier Beachtung geschenkt?<br><br>Werden FL und OZL anders beurteilt?<br><br>Kann in Zukunft ein ex FL die Inventarisierung an eigene Mieter/Einlagerer übertragen |  |
| CGL<br>ZRH | 46 | 2 |   | Die Bestimmungen müssen genauer definiert werden, in welchen Fällen Massnahmen durchgeführt werden.  | Wortlaut unklar und muss präzisiert werden.54  |
| CGL<br>ZRH | 56 | 2 |   | Wer sind die Personen und wie stellt man sich die Datenerhaltung vor? Welche Vorschläge gibt es dazu?  |  |
| CGL<br>ZRH | 54 |   |   | Akteneinsicht. Zu definieren welche Informationen in der Akteneinsicht zu berücksichtigen sind.  | Klar zu definieren bei welchen Verfahren welche Informationen durch die Akteneinsicht zu gewähren ist. |
| CGL<br>ZRH | 58 |   |   | Warum nur 60 Tage Frist. Die EZV hat eine Frist von 1 Jahr um Fehler zu reklamieren? Müsste man dies nicht vereinheitlichen?   |  |
| CGL<br>ZRH | 64 | 1 |   | Bezug auf den erläuternden Bericht, Seite 58, Absatz 1.<br><br>Welches Betriebssystem erfüllt diese Anforderungen?<br>Wie sieht es aus mit der Berücksichtigung und Integration von E-Freight im Digitalisierungsprozess des BAZG ?  |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |       |   |  |   |   |
|------------|-------|---|--|---|---|
| CGL<br>ZRH | 64    | 1 |  | Datenschutz. Was genau soll die BAZG mit der Verwendung der Daten bewirken?   | Genau definieren, welche personenbezogenen Daten durch die BAZG benötigt werden.  |
| CGL<br>ZRH | 84    |   |  | Mitwirkungspflicht. Wer in welchem Verfahren / Transportart ist dazu verpflichtet. Es kann Ausnahmen geben, welche pro Transportart auftreten und berücksichtigt werden müssen.                               | Klar definieren, welche Aufgaben, wann und durch wen durchzuführen sind. Welche Informationen wem bekannt sein müsse. Nicht alle Informationen sind allen Beteiligten der Lieferkette bekannt. Das BAZG setzt dies aber voraus. |
| CGL<br>ZRH | 103ff |   |  | Das BAZG übernimmt neue Aufgaben, z.B. Unterstützung der Bekämpfung gegen Geldwascherei und Terrorismus.<br><br>Ist der Export betroffen?<br><br>Wird es Überschneidungen mit den Kompetenzen des SECO geben? |   |
| CGL<br>ZRH | 106   |   |  | Wie wird der Bundesrat den Rahmen für die Gewichtung festsetzen? Was ist unter risikobasierter Gewichtung zu verstehen? Führt dies zu Verzögerungen an den Flughäfen? Wenn ja in welcher Form?                |   |
| CGL<br>ZRH | 141ff |   |  | Ist angedacht für die Einführung eines neuen konsultativen Organes im Zollwesen, dies in einem neuen Artikel zu beschreiben --> analog zu MWSTG Art. 109 resp. MWSTV Art. 157-162                             |   |
| CGL<br>ZRH |       |   |  |   |   |
| CGL<br>ZRH |       |   |  |   |   |
| CGL<br>ZRH |       |   |  |   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|            |  |  |  |  |  |
|------------|--|--|--|--|--|
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL<br>ZRH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|         | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|---------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| CGL ZRH | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| CGL ZRH | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name    | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|---------|--------|--------------------|
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |
| CGL ZRH |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name    | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|---------|--------|------|------|------|--------------------|---|
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |
| CGL ZRH |        |      |      |      |                    |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|--|
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |  |
|---|--|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
| CGL ZRH   | Grundsätzlich keine Anmerkung, da in diesem Teil keine Themen betreffend der Zollfreilager behandelt werden. |
| CGL ZRH   |  |
| CGL ZRH   |  |
| CGL ZRH   |  |
| CGL ZRH   |  |
| CGL ZRH   |  |
| CGL ZRH   |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |
| CGL ZRH  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|         |  |  |  |  |  |
|---------|--|--|--|--|--|
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |
| CGL ZRH |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |
| CGL ZRH  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Pro DC interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' panel is open on the right, showing the 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) section. The 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen' (Allow only these changes in the document) checkbox is checked, and the 'Ausfüllen von Formularen' (Fill in forms) option is selected. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted in the bottom right of the panel.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |

## Anhang 1 – Art. 44 Bewilligung für den Betrieb von Zolllagern und Steuerlagern

- 1 Zolllager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen unverzollte und unbesteuerter Waren gelagert und bewirtschaftet werden dürfen.
- 2 Steuerlager sind vom BAZG zugelassene Orte im Zollgebiet, an denen bestimmte ganz oder teilweise unbesteuerter Waren gemäss den Erlassen nach Artikel 4 Buchstaben c–f gelagert, hergestellt, gewonnen, bewirtschaftet und bearbeitet werden dürfen.

*Kommentar: Es wird vorgeschlagen, in der endgültigen Fassung des Gesetzestextes die Absätze 3 und 4 auszutauschen, damit das Prinzip der Bewilligung (heutiger Absatz 4) vor den Pflichten des Betreibers (heutiger Absatz 3) behandelt wird.*

- 3 Die Betreiberin oder der Betreiber eines Zoll- oder Steuerlagers ist verantwortlich für dessen Betrieb und die Überwachung der Waren. Der Bundesrat regelt die Voraussetzung, unter denen ein Betreiber (Hauptbetreiber) Räumlichkeiten an einen oder mehrere Dritte (Sekundärbetreiber) vermieten darf.
- 4 Wer ein Zoll- oder Steuerlager betreiben will, braucht eine Bewilligung des BAZG. Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen. Der Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, unter denen der Bewilligungsträger Räumlichkeiten an Dritte vermieten kann, ohne dass diese Dritten eine Bewilligung des BAZG benötigen.
- 5 Die Bewilligung wird erteilt, wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller die folgenden Voraussetzungen erfüllt:
  - a. Sitz oder Wohnsitz im Zollgebiet;
  - b. die bisherige Einhaltung dieses Gesetzes, der Abgabeerlasse und der nichtabgaberechtlichen Erlasse;
  - c. das Vorhandensein eines Systems zur Führung der Geschäftsbücher und zur Aufbewahrung von Unterlagen, das die notwendigen Kontrollen durch das BAZG ermöglicht;
  - d. die nachweisliche Zahlungsfähigkeit;
  - e. das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur und geeigneter Sicherheitsstandards;
  - f. die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen;
  - g. Pflichten bezüglich der Aufbewahrung und Bekanntgabe von Daten.

~~6 Der Bundesrat kann weitere Bewilligungsvoraussetzungen vorsehen.~~

- 6 Sensible Waren können in einem besonderen Zolllager (Zolllager für sensible Waren) gelagert werden. Das Zolllager für sensible Waren unterliegt nicht der Voraussetzung nach Absatz 5 Buchstabe f des vorliegenden Artikels. Die Modalitäten des Zolllagers für sensible Waren werden vom Bundesrat geregelt. Der Bundesrat definiert den Begriff der sensiblen Waren und legt fest, welche Angaben die Bestandes-Aufzeichnung für sensible Waren enthalten muss.



Am 1.1.2008 hat Cargologic das Freilager und dessen Bewilligung am Zürich Flughafen übernommen und führt dies operationell nach den Vorgaben der Zollbehörden.

Als einen zusätzlichen Service, offeriert Cargologic die Möglichkeit des Handling und die Lagerung von Waren über das Freilager. Zu den offerierten Dienstleistungen gehören:

- Vermieten von Kabinen
- Vermieten von Tresoren
- Temporäre Lagerung von unverzollten Waren

Die Infrastruktur des Freilagers stellt sich wie folgt zusammen:

- 75 Kabinen
- 10 Tresore
- 5 Kühlräume, Temperatur kontrolliert



Das Freilager Zürich Flughafen befindet sich im Untergeschoss des Gebäudes Fracht West. Der Zugang kann nur über den kontrollierten Eingang Tor 65 – Gebäude Fracht Ost erfolgen. Jeder Mieter muss über einen gültigen Flughafenausweis verfügen und beim Zoll registriert sein, um Zugang zu erhalten.



Der Zugang ist somit über ein «Batch» System geregelt. Verantwortlich dafür ist Cargologic in Zusammenarbeit mit dem Zollamt Zürich Flughafen. Die Anträge und Freischaltung der Batches kann nur über die FZAG des Zürich Flughafen nach Freigabe von Cargologic und Zollamt Zürich Flughafen erfolgen.

Sämtliche Wareneinlagerungen und Warenauslagerungen müssen dem Zollamt Zürich Flughafen angemeldet werden. Der physische Transport der Ware in oder aus dem Freilager muss immer über Cargologic abgewickelt werden.

Die Inventarisierung der eingelagerten Waren obliegt dem Mieter/innen der Kabinen und Tresore oder im Falle von temporären Einlagerungen der Cargologic.

Mutationen der vermieteten Kabinen oder Änderungen werden dem Zollamt Zürich Flughafen immer unmittelbar mitgeteilt.

## Öffnungszeiten Freilager

Die Öffnungszeiten des Freilagers Zürich Flughafen:

|                     |                    |     |                   |
|---------------------|--------------------|-----|-------------------|
| Montag – Freitag    | 07.45 – 11. 45 Uhr | und | 12.45 – 17.30 Uhr |
| Samstag und Sonntag | geschlossen        |     |                   |

## Adresse/Kontakt - Details

Postfach  
8058 Zurich Airport

Tel: +41 58 856 94 99

E-Mail: [freilager.zrh@cargologic.com](mailto:freilager.zrh@cargologic.com)

## Weitere Details über das Freilager Zürich Flughafen

### Lager Details:

|                     |          |
|---------------------|----------|
| Grösse des Lagers   | 6`672 m2 |
| Büro                | 50 m2    |
| Anzahl Gabelstapler | 4        |
| Beleuchtung         | LED      |

### Direkte Zugänge über Freilager:

|                                  |  |  |                  |
|----------------------------------|--|--|------------------|
| Direkter Zugang Airline Terminal | JA <input type="checkbox"/>            | NEIN <input checked="" type="checkbox"/> |                  |
| Direkter Tarmac Zugang           | JA <input type="checkbox"/>            | NEIN <input checked="" type="checkbox"/> |                  |
| Gemietetes Lager                 | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/>            | (Vermieter FZAG) |

### Sicherheits-Equipment:

|                                     |  |  |
|-------------------------------------|--|--|
| CCTV bei Warenübergabe              | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/>            |
| CCTV bei Auslagerung                | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/>            |
| CCTV bei Warenumschlag im Freilager | JA <input type="checkbox"/>            | NEIN <input checked="" type="checkbox"/> |
| CCTV im Freilager Tresore           | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/>            |
| CCTV über Remote-Zugang             | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/>            |

### Alarm-System Tresore / ausgerüstete Kabinen\*

|                                      |  |                               |
|--------------------------------------|--|-------------------------------|
| Alarm verbunden mit Sicherheitsfirma | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Bewegungsmelder                      | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Intervention durch Flughafen Polizei | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Feuermelder                          | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |

\* Alle Tresore und diverse Kabinen sind mit einem Alarm-System ausgerüstet

### Zugang Freilager

|                                      |  |                               |
|--------------------------------------|--|-------------------------------|
| Benötigt Batch                       | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Türen gesichert (Zeit System)        | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Lift für Warentransport gesichert    | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Zugang durch Zoll möglich, jederzeit | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
| Notausgänge vorhanden und gesichert  | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |

### IT Tool

|  |  |                               |
|--|--|-------------------------------|
| Lagerbewirtschaftungssystem (Fast Logistics) | JA <input checked="" type="checkbox"/> | NEIN <input type="checkbox"/> |
|--|--|-------------------------------|

Lyss, 9. Dezember 2020

**CENTRAVO AG**  
Industriering 8  
CH-3250 Lyss  
Sihlquai 255  
CH-8005 Zürich  
T +41 32 387 47 47  
F +41 32 387 47 00  
info@centravo.ch  
centravo.ch

**Per E-mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)**

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Kontaktperson: Rainer Betken  
Telefonnummer: 032 387 47 50  
E-Mailadresse: [r.betken@centravo.ch](mailto:r.betken@centravo.ch)

#### **Vernehmlassung:**

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

An seiner Sitzung vom 11. September 2020 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, nachfolgend: **ZoG**) sowie zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, nachfolgend: **BAZG-VG**) eröffnet.

Die Vernehmlassung dauert bis zum 31. Dezember 2020.

Gemäss Art. 4 Abs. 1 des Vernehmlassungsgesetzes (VIG; SR 172.061) kann sich jede Person und jede Organisation an einem Vernehmlassungsverfahren beteiligen und eine Stellungnahme einreichen. Innert der Vernehmlassungsfrist reichen wir nachfolgende Stellungnahme ein.

Grundsätzlich begrüsst die Centravo AG die Revision der Zollgesetzgebung, insbesondere die angestrebte Vereinfachung und Harmonisierung des Zollverfahrens sowie die konsequente Digitalisierung aller Zollabwicklungen. Allerdings ist vorgesehen, dass die bisher im Zollgesetz (nachfolgend: **ZG**; SR 631) geregelten Zollverfahren neu nur noch auf Verordnungsebene detailliert umschrieben werden sollen. Dazu ist im BAZG-VG eine allgemein gehaltene Delegationsnorm vorgesehen. Die Vorlage bietet damit keine Gewähr dafür, dass bewährte und funktionierende Systeme, wie bspw. das Äquivalenzprinzip im Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe, beibehalten werden. Gerne nehmen wir im Detail wie folgt Stellung:

## **1. Art. 11 BAZG-VG Warenbestimmung**

### **1.1 Aktiver und passiver Veredelungsverkehr**

Das geltende Recht sieht für den aktiven und passiven Veredelungsverkehr auf Gesetzesstufe zollrechtliche Erleichterungen (Art. 12 und 13 ZG) und vor allem eine detaillierte Definition hinsichtlich des aktiven und passiven Veredelungsverkehrs vor. Wir begrüssen, dass im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Warenbestimmungen der aktiven bzw. passiven Veredelung beibehalten werden und entsprechend in Art. 11 Abs. 1 lit. d und e BAZG-VG vorgesehen sind.

Die besonderen Verfahren, wie das aktive und passive Veredelungsverfahren sollen – im Unterschied zum geltenden Recht (vgl. Art. 12 und 13 ZG) – nicht mehr auf Gesetzesstufe näher umschrieben werden. Stattdessen wird die Regelung der verfahrensrechtlichen Einzelheiten dem Verordnungsgeber überlassen. Diese Vereinfachung geht zu weit. Wir vertreten die Auffassung, dass – wie im bisherigen ZG – die Definition des aktiven und passiven Veredelungsverkehrs auf Gesetzesstufe zu regeln ist. Nur auf diese Weise kann Rechtssicherheit geschaffen werden, dass der aktive und passive Veredelungsverkehr künftig genau gleich definiert wird wie bisher. Wird die Definition dem Verordnungsgeber überlassen, so besteht das Risiko, dass künftig die Begriffe anders oder enger definiert werden. Unter Berücksichtigung des erläuternden Berichts (vgl. S. 11 ff.) wäre eine solche Anpassung aber gerade nicht im Sinne des Gesetzgebers.

Zusammenfassend regen wir deshalb an, dass die Definition des aktiven und passiven Veredelungsverkehrs weiterhin auf Gesetzesstufe erfolgen soll.

### **1.2 Äquivalenzprinzip**

Dem erläuternden Bericht ist auf S. 25 das Folgende zu entnehmen: *„Im Veredelungsverkehr soll das Prinzip beibehalten werden, dass die Zollermässigung oder Zollbefreiung für zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung vorübergehend ein- oder ausgeführter Waren nur gewährt wird, sofern keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen. Unter den gleichen Voraussetzungen gewährt das BAZG für Waren, die ins Zollgebiet ein- oder ausgeführt werden, Zollermässigung oder Zollbefreiung, wenn in- bzw. ausländische Waren gleicher Menge,*



*Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ein- bzw. ausgeführt werden (Äquivalenzverkehr)."*

Zu begrüßen ist, dass auch das für uns **zentrale Prinzip des Äquivalenzverkehrs** beibehalten werden soll.

In der **Vernehmlassungsvorlage BAZG-VG** fehlt aber eine **gesetzliche Grundlage für den Äquivalenzverkehr** bzw. diese soll auf Verordnungsstufe gestützt auf die Delegationsnorm in Art. 11 Abs. 2 BAZG-VG geschaffen werden. Was der Verordnungsgeber in diesem Zusammenhang künftig regeln wird, ist ungewiss. Für uns ist es deshalb zentral, dass im Zusammenhang mit dem Äquivalenzverkehr eine Grundlage auf Gesetzesstufe aufgenommen wird. Es gilt namentlich sicherzustellen, dass sowohl das Gesetz als auch die Verordnung eine Regelung aufweisen, damit die Verordnung des EFD über den Veredelungsverkehr (nachfolgend: **VO-VV**; SR 631.016) beibehalten wird und auf einer Grundlage in einem formellen Gesetz fusst.

Das Äquivalenzprinzip wird bisher für den aktiven Veredelungsverkehr in Art. 12 Abs. 2 ZG, für den passiven Veredelungsverkehr in Art. 13 Abs. 2 ZG vorgesehen. Nach dem Äquivalenzprinzip im aktiven Veredelungsverkehr gewährt die EZV für Waren, die ins Zollgebiet eingeführt werden, Zollermässigung oder Zollbefreiung, wenn inländische Waren gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität als bearbeitete oder verarbeitete Erzeugnisse ausgeführt werden. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Grundstoffe gewährt die EZV nach geltendem ZG grundsätzlich nur Zollermässigung oder Zollbefreiung, wenn gleichartige inländische Erzeugnisse nicht in genügender Menge verfügbar sind oder für solche Erzeugnisse der Rohstoffpreisschaden nicht durch andere Massnahmen ausgeglichen werden kann (Art. 12 Abs. 3 ZG). Vorbehalten bleiben diejenigen Grundstoffe und Erzeugnisse, die nach dem sogenannten «besonderen Verfahren für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe» zur aktiven Veredelung nach dem Äquivalenzverfahren zugelassen sind (Art. 43 Abs. 2 ZV). Die aktive Veredelung der nach Art. 43 Abs. 2 ZV bezeichneten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Grundstoffe gilt generell als bewilligt (Art. 170 Abs. 2 ZV). Das Eidgenössische Finanzdepartement EFD hat die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Grundstoffe, auf welche der aktive Veredelungsverkehr nach dem besonderen Verfahren anwendbar ist, in der VO-VV bezeichnet. Anwendbar ist das besondere Verfahren damit u.a. auf pflanzliche und tierische Speiseöle- und Speisefette gemäss Kapitel 15 des Anhangs 1 des Zolltarifgesetzes (ZTG; SR 632.10). Das in der ZV und der VO-VV konkretisierte besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe findet heute seine gesetzliche Grundlage in Art. 12 Abs. 3 ZG.

Die schweizerische Industrie und ihre Lieferketten haben bisher somit die Möglichkeit gehabt, hohe Zollabgaben auf exotischen Ölen (z.B. Palmöl, Kokosöl, Palmkernfett, Erdnussöl), sowie auf Ergänzungsimporten europäischer Öle (Rapsöl, Sonnenblumenöl) über das besondere Verfahren für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe (Zollrückerstattungen) wieder in die schweizerische Industrie und die schweizerische Landwirtschaft zurückzuführen und so beim Export konkurrenzfähig zu bleiben. Bisher ist es dank Äquivalenzprinzip auch möglich, anstatt der eingeführten Ware (Identitätsprinzip) inländische Ware gleicher Menge, Beschaffenheit und Qualität

zu veredeln, auszuführen und entsprechende Zollrückerstattungen geltend zu machen. Diese Zollrückerstattungen sind für die schweizerische Industrie und die schweizerische Landwirtschaft eine gewichtige Massnahme zur Unterstützung bzw. Förderung der Exporte von schweizerischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Grundstoffen, die es beizubehalten gilt. Andernfalls droht die Konkurrenzfähigkeit verloren zu gehen und die Exportwirtschaft im Bereich der landwirtschaftlichen Grundstoffe und Erzeugnisse verkäme zum reinen Verlustgeschäft. Bisher getätigte namhafte Neuinvestitionen im mehrstelligen Millionenbetrag im Hinblick auf den Export von zollrückerstattungsberechtigten landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Grundstoffen sowie die explizit für das Exportgeschäft aufgebauten personellen Ressourcen würden bei einem Wegfall der Zollrückerstattungen obsolet. Ein Wegfall der Zollrückerstattung für den Export von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Grundstoffen hätte damit für die betroffenen Wirtschaftsakteure und landwirtschaftlichen Produzenten gravierende finanzielle Folgen. Dies gilt es bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Im erläuternden Bericht zum BAZG-VG sowie zur Totalrevision des ZG zum neuen ZoG wird ausgeführt, dass der Bundesrat die verfahrensmässigen Einzelheiten der in Art. 11 Abs. 1 BAZG-VG vorgesehenen Warenbestimmungen regelt und dabei für bestimmte Warenbestimmungen den Rückerstattungsweg vorsehen *kann*. Dies *ermöglicht* gemäss erläuterndem Bericht die Fortführung des im geltenden Zollgesetz vorgesehenen Instruments der Zollrückerstattung im aktiven (Art. 12 ZG) und passiven (Art. 13 ZG) Veredelungsverkehr. Das Prinzip, wonach im Veredelungsverkehr die Zollermässigung oder Zollbefreiung für zur Bearbeitung, Verarbeitung oder Ausbesserung vorübergehend ein- oder ausgeführter Waren nur gewährt wird, sofern keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen, soll beibehalten werden. Ebenso soll dieses Prinzip für den Äquivalenzverkehr beibehalten werden (erläuternder Bericht, S. 25). Schliesslich wird im erläuternden Bericht ausgeführt, dass für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch weiterhin grundsätzlich eine Bewilligungspflicht gilt, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin *möglich sein sollen*.

Im Äquivalenzverkehr sollen demnach weiterhin Zollrückerstattungen beantragt werden können. Auch die Vereinfachungen im Verfahren für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen sollen weiterhin möglich sein. Die entsprechenden Regelungen würden in der aktuellen Gesetzesvorlage ihre Grundlage in der allgemein gehaltenen Delegationsnorm von Art. 11 Abs. 2 BAZG-VG finden. Es ist zumindest *fraglich*, ob sich damit eine Regelung des Äquivalenzprinzips und des besonderen Verfahrens für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe in der Verordnung auf eine ausreichende gesetzliche Grundlage stützen würde. Mangels einer expliziten Regelung des Äquivalenzprinzips im BAZG-VG bestünde zudem die Gefahr, dass die im erläuternden Bericht indirekt festgehaltene Absicht, wonach Zollrückerstattungen weiterhin auch im Äquivalenzverkehr möglich sein sollen, im Rahmen der Verordnungsgebung unbeachtet bliebe. Auch das besondere Verfahren für die Veredelung von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen müsste sich wiederum auf die allgemein gehaltene Delegationsnorm von Art. 11 Abs. 2 BAZG-VG stützen, wobei

aus dem erläuternden Bericht nicht eindeutig hervorgeht, ob die Vereinfachungen im Verfahren auf Verordnungsstufe dann auch tatsächlich geregelt würden.

Vor diesem Hintergrund müssen zur Gewährung der Rechtssicherheit das Äquivalenzprinzip sowie das besondere Verfahren für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und Grundstoffe weiterhin zumindest dem Grundsatz nach auf Gesetzesstufe vorgesehen werden. Andernfalls ist sicherzustellen, dass diese bewährten Prinzipien und Verfahren beibehalten und auf Verordnungsstufe geregelt werden.

## **2. Art. 20 BAZG-VG Bedingte Abgabeschuld**

Wir begrüßen insbesondere, dass die bedingte Abgabeschuld für die Warenbestimmung der aktiven und passiven Veredelung wie bisher auf Gesetzesstufe vorgesehen ist.

Jedoch sieht Art. 20 BAZG-VG in der vorliegenden Fassung die Zollrückerstattung für den Äquivalenzverkehr nicht explizit vor. In Art. 20 BAZG-VG oder allenfalls in einem nachfolgenden, zusätzlichen Artikel ist daher aus den obgenannten Gründen ausdrücklich festzuhalten, dass im Äquivalenzverkehr Zollrückerstattungen beantragt werden können.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme im weiteren Gesetzgebungsverfahren.

Freundliche Grüsse



Rainer Betken  
CEO



Bruno Graf  
Leiter Controlling Centravo Gruppe



Monsieur le Conseiller fédéral  
Ueli Maurer  
Département fédéral des finances  
Palais fédéral  
3003 Bern

Paudex, le 15 décembre 2020  
JDU

### **Consultation fédérale – Révision de la loi sur les douanes**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Lors de sa séance du 11 septembre 2020, le Conseil fédéral a ouvert la consultation relative à la révision totale de la loi sur les douanes (LD) et à la création d'une loi définissant les tâches d'exécution du futur Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF), destiné à remplacer l'Administration fédérale des douanes (AFD). Le renouvellement intégral des bases légales pertinentes s'inscrit dans le programme de numérisation et de transformation DaziT, introduit en réponse à des initiatives parlementaires réclamant des procédures plus simples aux frontières. En substance, ce programme vise à assurer de manière plus efficace la sécurité globale de la frontière au profit de la population, de l'économie et de l'État tout en simplifiant les processus de perception des droits de douane et des redevances.

Incontestablement, l'AFD est un organe multitâche. La douane suisse contribue à la sécurité intérieure en luttant contre la criminalité et la migration illégale et en s'opposant à la contrebande de stupéfiants et à la falsification de documents. En vérifiant les denrées alimentaires, les métaux précieux, les plantes et les animaux à la frontière, elle protège la population et l'environnement. La douane assure en outre la sécurité dans l'espace public via le contrôle de la circulation des armes et du matériel de guerre ainsi que des substances explosibles et des biens utilisables à des fins civiles et militaires. Par ailleurs, elle garantit la défense de l'économie en surveillant l'importation et l'exportation de certaines marchandises, en protégeant les marques, les indications géographiques de provenance, les droits d'auteur et les droits des designs. Enfin, elle perçoit différentes redevances (droits de douane, TVA, divers impôts, etc.) et coopère avec des autorités et organisations étrangères, par exemple dans le domaine des transits internationaux.

Le projet de révision a cela de réjouissant qu'il établit le cadre légal nécessaire à l'utilisation généralisée des technologies numériques et qu'il optimise les procédures, y compris celles de recours. Pour le reste, l'administration douanière bénéficiera d'une certaine souplesse organisationnelle, ce qui lui permettra de relever les défis à venir, parmi lesquels la croissance du trafic de personnes et de marchandises, la gestion de la migration et la lutte contre la criminalité transfrontalière.



Depuis la dernière révision totale de la LD en 2015, force est de convenir que la circulation transfrontalière des personnes et des services n'a eu de cesse d'augmenter. Dans ces conditions, il paraît plus que jamais essentiel de pouvoir franchir la frontière sans temps d'attente disproportionné. Etant entendu que l'exécution par l'administration douanière de tâches ne relevant pas du droit fiscal est amenée à prendre une place grandissante – ceci en raison de l'essor du commerce en ligne – la modernisation proposée semble aller de soi, ce d'autant qu'elle paraît propre à renforcer la compétitivité de la place économique suisse. Ainsi, la possibilité d'accomplir les formalités en matière de circulation des personnes et des marchandises par voie électronique mérite d'être soutenue.

Le Centre Patronal note avec satisfaction que les entreprises pourront rechercher des informations de manière plus efficace, ceci grâce à l'uniformisation de ces dernières, au recours à des assistants numériques et à une communication proactive du futur OFDF. Les entreprises auront en outre la possibilité d'exécuter certaines procédures de façon autonome, ce qui réduira leur dépendance aux agents de douane. Par ailleurs, elles pourront accéder à des procédures et à des prestations de service par le biais d'une plateforme clients centrale permettant un échange électronique des données. Que ce soit au niveau de la procédure d'autorisation, de la déclaration, du référencement, de l'activation, du contrôle ou du paiement, le recours au numérique devrait générer des conséquences positives pour les entreprises.

Au vu de ce qui précède, tout laisse à penser que la modernisation proposée bénéficiera aux acteurs économiques, en particulier aux entreprises importatrices et exportatrices. On rappellera que, de manière générale, l'objectif est de réduire les charges de ces dernières tout en leur facilitant la vie. Or, un dédouanement rapide est susceptible de conduire à une baisse des coûts dans le commerce transfrontalier. Le Centre Patronal ne peut donc que saluer un projet qui va pour le moment dans la bonne direction.

\* \* \*

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Jimmy Dupuis



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : CHOCOSUISSE

Adresse : Münzgraben 6, Bern

Kontaktperson : Urs Furrer

Telefon : 031 310 09 90

E-Mail : [info@chocosuisse.ch](mailto:info@chocosuisse.ch)

Datum : 31. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 7  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 15 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 16 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| CHOCOSUISSE             | Die Modernisierung der gesetzlichen Grundlagen im Zollbereich ist grundsätzlich eine positive Entwicklung. Eine gesamtheitliche Beurteilung des Gesetzesentwurfs ohne Kenntnis der Verordnungen ist aber schwierig. Umso wichtiger ist es, dass die Unternehmen beim Entwurf der Verordnungen eingebunden werden und dass die Bedürfnisse insbesondere der exportorientierten Wirtschaft (wie der Schweizer Schokoladeindustrie, die über 70% ihrer Produktion exportiert) berücksichtigt werden.  |
| CHOCOSUISSE             | Bei der Überarbeitung der vorliegend in die Vernehmlassung geschickten Gesetzesentwürfe ist den Kriterien administrative und finanzielle Entlastung für die Unternehmen, Praktikabilität und Standortattraktivität für die hierzulande produzierenden Unternehmen gebührend Rechnung zu tragen.  |
| CHOCOSUISSE             | Nebst den obenstehenden allgemeinen Hinweisen beschränken wir uns in unserer Stellungnahme auf Punkte zum Verfahren des aktiven Veredelungsverkehrs, das für exportorientierte Schweizer Lebensmittelhersteller von hoher Relevanz ist. Das 2019 eingeführte vereinfachte Verfahren der aktiven Veredelung und das Äquivalenzprinzip müssen ebenso weitergeführt werden wie die Praxis im besonderen Verfahren der aktiven Veredelung (bVaV), auch wenn der Export über ein Zollfreilager erfolgt. |
| CHOCOSUISSE             |  |
| CHOCOSUISSE             |  |
| CHOCOSUISSE             |  |
| CHOCOSUISSE             |  |
| CHOCOSUISSE             |  |
| CHOCOSUISSE             |  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |
|-------------|--|
| CHOCOSUISSE |  |
|-------------|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name        | Art. | Abs. | Bst.  | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)  |
|-------------|------|------|-------|--|--|
| CHOCOSUISSE | 11   | 2    | d     | Heute ist Art. 12 Abs. 3 ZG die Grundlage für die Bewilligung des aktiven Veredelungsverkehrs. Das BAZG-VG enthält dazu keine detaillierte Regelung; dies wird künftig Sache des Bundesrats sein (Art. 11 Abs. 2). Unabhängig von der Regelungsebene muss weiterhin ein Anspruch auf Rückerstattung im aktiven Veredelungsverkehr vorgesehen sein und Zollbefreiung auch dann gewährt werden, wenn inländische Ware gleicher Menge, Beschaffenheit & Qualität als verarbeitete Erzeugnisse ausgeführt wird (Äquivalenzprinzip). Die Beibehaltung des heute in Artikel 165a Zollverordnung (ZV) verankerten, 2019 eingeführten vereinfachten Bewilligungsverfahrens für die aktive Veredelung von Milch- und Getreidegrundstoffen ist von entscheidender Wichtigkeit und muss ebenfalls beibehalten werden. | Sofern keine Regelung im BAZG-VG: Hinweis in der Botschaft und enger Einbezug der exportierenden Unternehmen und Berücksichtigung von deren Interessen und Erfordernisse im Rahmen der Verordnung. |
| CHOCOSUISSE | 11   | 2    | d / g | Die Praxis im besonderen Verfahren der aktiven Veredelung (bVaV) muss beibehalten werden, auch wenn z.B. ein Export in Nicht-EU-Staaten über ein Zollfreilager in der EU erfolgt ("Lagerverkehr").   | Enger Einbezug der exportierenden Unternehmen und Berücksichtigung von deren Interessen und Erfordernissen im Rahmen der Verordnung.   |
| CHOCOSUISSE |      |      |       |  |  |
| CHOCOSUISSE |      |      |       |  |  |
| CHOCOSUISSE |      |      |       |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|             | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|--------------------------|--|---------------------------|
| CHOCOSUISSE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| CHOCOSUISSE | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |
| CHOCOSUISSE |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|--|
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |
| CHOCOSUISSE   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |
| CHOCOSUISSE  |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|             |  |  |  |  |  |
|-------------|--|--|--|--|--|
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |
| CHOCOSUISSE |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |
| CHOCOSUISSE  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, displaying the document's protection status and a 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button, which is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- Control-C für Kopieren
- Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ |
| ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ |
| ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ |
| ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ | ✖ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Übersicht über die Microsoft Word-Software mit dem Menüband **Überprüfen** und dem **Bearbeitung einschränken**-Dialogfeld.

Das Menüband **Überprüfen** zeigt die Option **Bearbeitung einschränken** (gekennzeichnet durch einen roten Rahmen).

Das Dialogfeld **Bearbeitung einschränken** zeigt die folgenden Einstellungen:

- 1. Formatierungseinschränkungen**
  - ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken
- 2. Bearbeitungseinschränkungen**
  - ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:
  - Ausfüllen von Formularen
- 3. Schutz anwenden**
  - Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)
  -

Im Hintergrund ist ein Dokument mit dem Titel **BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht** zu sehen. Die Tabelle im Dokument ist wie folgt strukturiert:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ✖    | ✖                  |
| ✖    | ✖                  |
| ✖    | ✖                  |
| ✖    | ✖                  |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Coop Genossenschaft

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Coop

Adresse : Thiersteinerallee 14, 4002 Basel

Kontaktperson : Roger Rickenbach und Damian Misteli

Telefon : +41 61 825 44 10 / +41 61 336 72 04

E-Mail : [roger.rickenbach@coop.ch](mailto:roger.rickenbach@coop.ch) / [damian.misteli@coop.ch](mailto:damian.misteli@coop.ch)

Datum : 30.12.20

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 24 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 25 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 26 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 27 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 29 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 30 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 31 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 40 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name <sup>1</sup> | Bemerkung/Anregung   |
|-------------------|--|
| COOP              | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zum Entwurf eines neuen Gesetzes über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie über die Totalrevision des Zollgesetzes Stellung zu nehmen.</p> <p>Sowohl im Detail- als auch im Grosshandel importiert die Coop-Gruppe bedeutende Mengen an Waren. Wir sind daher auf einfache und praktikable Verfahren für die Zollverwaltung und die Wirtschaft angewiesen und setzen uns für einen möglichst freien Warenverkehr ein. Nach diesen Grundsätzen richten sich auch unsere Anträge zu den Gesetzesentwürfen.</p> <p>Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anträge bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage.</p> <p>Freundliche Grüsse</p> <p>Roger Rickenbach<br/>Zollexperte</p> <p>Damian Misteli<br/>Stv. Leiter Wirtschaftspolitik</p> |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst.       | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [ <i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i> ]   |
|------|------|------|------------|---|---|
| COOP | 4    | 1    | b          | <p>Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz soll künftig nicht mehr durch die Zollverwaltung, sondern bei im Inland steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. Diese Änderung würde – ganz im Sinne der Zielsetzung der Vorlage - finanzielle und administrative Entlastungen für Importeure mit sich bringen. So würde damit die Liquidität der Unternehmen durch die Einfuhrsteuer nicht mehr unnötig belastet und die Unternehmen hätten nur einen – statt heute zwei – Ansprechpartner bei der Bundesverwaltung.</p> <p>Die hier beantragte Systemumstellung ist mit dem heutigen Art. 63 MWStG und dem dort vorgesehenen Verlagerungsverfahren kohärent. Zu erwähnen ist auch, dass im Rahmen der MWStG-Revision die Öffnung des heute in Art. 63 MWStG und Art. 117 ff. MWStV vorgesehenen Verlagerungsverfahrens für alle steuerpflichtigen Importeure (im Rahmen der MWStG-Revision) von economiesuisse, vom Mehrwertsteuer-Konsultativgremium, von Expert Suisse und von der Swiss Retail Federation gefordert wurde. Der vorliegende Antrag geht in die gleiche Richtung.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), <i>wenn die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 Buchstabe e nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist,</i></p> |
| COOP | 7    |      | e, Ziff. 1 | <p>Gemäss der Vorlage soll die Warenverantwortliche als Hauptschuldnerin der Abgaben figurieren und von der Zollverwaltung zuerst belangt werden. Die vorgeschlagene Regelung kann jedoch insbesondere bei DDP-Lieferungen (Incoterms 2020) zu stossenden Resultaten</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt, auf deren</p>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |  |   |  |   |
|------|---|--|---|--|---|
|      |   |  |   | <p>führen. Bei DDP-Lieferungen, ist der ausländische Lieferant für den Transport und die Verzollung verantwortlich. Der inländische Abnehmer hat damit nichts zu tun. Trotzdem soll gemäss der vorgeschlagenen Lösung z.B. bei Abgabennachforderungen der inländische Abnehmer belangt werden. Abgabennachforderungen sollten korrekterweise immer via Digitalverantwortlicher erfolgen, da dieser für die ordnungsgemäss Verzollung verantwortlich ist. Die im Erläuterungsbericht erklärte Zielsetzung der «gerechteren Haftung für die geschuldeten Abgaben» wird damit verfehlt. Art. 7 lit. e Ziff. 1 soll deshalb dahingehend ergänzt werden, dass der inländische Abnehmer nur dann Warenverantwortlicher ist, wenn die Warenanmeldung und Verzollung durch ihn oder in seinem Auftrag erfolgen (vgl. dahingehend auch der Antrag betr. Art. 21 weiter unten).</p> <p>Gemäss Erläuterungen soll die Rolle des Warenverantwortlichen und des Datenverantwortlichen zwingend von unterschiedlichen Personen eingenommen werden. Wir sehen keinen Grund für diesen zwingenden Ausschluss des Zusammenfallens der unterschiedlichen Rollen, zumal die Wahrnehmung zweier oder aller Rollen durch ein Unternehmen in der Praxis sehr oft vorkommt.</p> | Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird, <i>sofern durch diese Person oder in ihrem Auftrag die Warenanmeldung vorgenommen wird,</i> |
| COOP | 7 |  | f | Vgl. Begründung zur Änderung von Art. 7 lit. e Ziff. 1. Die Warenanmeldung erfolgt nicht immer für den Warenverantwortlichen. Insbesondere bei DDP-Lieferungen erfolgt diese im Auftrag des ausländischen Lieferanten.   | <p>[Änderung]</p> <p>Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung vornimmt;</p>  |
| COOP | 7 |  | g | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung in-   | <p>[Änderung]</p> <p><i>Transportverantwortliche:</i> Person, die für den Transport verantwortlich ist;</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |         |  |  |   |
|------|---|---------|--|--|---|
|      |   |         |  | haltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.   |   |
| COOP | 8 | 1       |  | Art. 8 Abs. 1 ist dahingehend zu präzisieren, dass nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren die Zollgrenze jederzeit passieren können, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG (vgl. auch Antrag zu einem neuen Art. 8 Abs. 6 weiter unten).   | [Ergänzung]<br><br>Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. <i>Von der Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.</i>   |
| COOP | 8 | 4       |  | Der Begriff «Handelsstufe» ist ein unbestimmter Begriff und bedarf einer Definition. Zur Vereinfachung der Prozesse, muss klar geregelt sein, wo die «Handelsstufe» aufhört, namentlich gehört die Detailhandelsstufe nicht dazu. Zudem muss klar sein, dass es sich um Waren wie im eingeführten Zustand handeln muss, jedoch im Inland verarbeitete Ware – auch wenn sie sich auf Handelsstufe befindet – davon nicht betroffen ist. | [Ergänzung]<br><br>Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode <i>im eingeführten Zustand</i> auf Handelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. <i>Nicht zur Handelsstufe zählt der Detailhandel (Verkaufsfläche inkl. Lager und Transportmittel).</i> |
| COOP | 8 | 6 (neu) |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.   | [neu]<br><br><i>Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig Coopes Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).</i>                            |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |            |  |   |  |
|------|----|------------|--|---|--|
| COOP | 9  | 1          |  | Die Einreichung der Begleitdokumente verursacht einen grossen Aufwand. Im Sinne der Zweckbestimmung gemäss Art. 1 lit. a (einfaches und kostengünstiges Verfahren) sollten Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung nur bei Kontrollen durch das BAZG eingereicht werden müssen.  | [Ergänzung]<br><br>Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen. <i>Bei Kontrollen gemäss dem 8. Titel sind notwendige Begleitdokumente zu übermitteln.</i>  |
| COOP | 10 | 3          |  | Es sollten keine weiteren Verantwortlichen als die in Art. 7 lit. e-g genannten eingeführt werden. Die Definition gemäss Art. 7 lit. e-g deckt sowohl juristische Person als auch natürliche Personen ab (vgl. Art. 7 lit. d). Somit genügt es, wenn von Transportverantwortlichen die Rede ist, und zwar gemäss der oben beantragten Änderung, da dabei keine Rolle spielt, ob eine Warenanmeldung erfolgt ist oder nicht und damit auch Schmuggler erfasst werden (vgl. Antrag zu Art. 7 lit. g). | [Änderung]<br><br>Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so ist der Transportverantwortliche anmeldepflichtig.   |
| COOP | 10 | 4<br>(neu) |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass der Warenverantwortliche seine Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).  | [neu]<br><br><i>Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig von der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.</i> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| COOP | 11 | 3 |  | <p>Im erläuternden Bericht wird zwar festgehalten «Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen.» (S. 25)</p> <p>Die Möglichkeit, dass weiterhin auf Verordnungsstufe Vereinfachungen im Verfahren möglich sind, sollte aber aus gesetzgebungstechnischen Gründen bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein.</p> | <p>[Änderung]</p> <p>Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c-h bedürfen grundsätzlich einer Bewilligung des BAZG. <i>Der Bundesrat entscheidet über Ausnahmen und Vereinfachungen.</i></p>   |
| COOP | 12 | 1 |  | <p>Die Warenanmeldung sollte keine transportbezogenen Angaben beinhalten. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die Warenanmeldung <i>mit dem Transportmittel verknüpft werden</i>, mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). <i>Die Warenanmeldung selbst bleibt inhaltlich von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.</i></p> |
| COOP | 12 | 2 |  | <p>Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. <i>Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.</i></p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |   |
|------|----|---|--|--|---|
| COOP | 13 | 4 |  | Eine Aktivierung von Amtes wegen könnte mit verschiedenen Nachteilen für die Zollpflichtigen verbunden sein. Eine Aktivierung von Amtes wegen muss deshalb für die Zollpflichtigen vorhersehbar sein und nur dann erfolgen, wenn die Aktivierung von aktivierungspflichtigen Personen nicht rechtzeitig vorgenommen wurde.   | [Änderung]<br><br><i>Wurde im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung nicht fristgerecht vorgenommen, so kann das BAZG diese von Amtes wegen vornehmen.</i>   |
| COOP | 14 | 1 |  | Das BAZG muss technisch sicherstellen, dass die Aktivierung jederzeit erfolgen kann, damit die Warenflüsse an der Grenze nicht unnötig behindert werden.   | [Ergänzung]<br><br>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung spätestens im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze elektronisch aktiviert werden. <i>Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig von Wochentagen und der Tageszeit möglich ist.</i>  |
| COOP | 14 | 2 |  | Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen, die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus dem vorgeschlagenen Wortlaut kann jedoch nicht entnommen werden, ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann (zugelassener Empfang und zugelassener Versand). Da sich dieses, im Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren (gVV-Übereinkommen; SR 0.631.242.04) verankerte, Verfahren in der Praxis bewährt hat und wesentliche Erleichterungen in der Zollabwicklung für die Wirtschaft bringt, sind auf Verordnungsstufe Ausführungsvorschriften vorzusehen. | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen, die Aktivierung nach dem Verbringen über die Zollgrenze erfolgen kann. <i>Er regelt das vereinfachte Verfahren für Versand und Empfang (zugelassener Versand und zugelassener Empfang).</i> Er kann vorsehen, dass im grenzüberschreitenden Verkehr Warenanmeldungen periodisch aktiviert werden können. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| COOP | 14 | 6 |  | Auf Verordnungsstufe ist sicherzustellen, dass allfällige technische Probleme beim Zoll nicht zu Lasten der Zollpflichtigen ausgelegt werden (z.B. muss eine Ausnahme für den Fall vorgesehen werden, dass das technische System des BAZG nicht funktioniert oder nicht abrufbar ist.) | [Auf Verordnungsstufe zu berücksichtigen]  |
| COOP | 15 | 1 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig von festzulegen (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2).  | [Ergänzung]<br><i>Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette</i> verleiht das BAZG Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen: |
| COOP | 15 | 2 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig vom Status eines AEO festzulegen. (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2)   | [Änderung]<br>Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen.   |
| COOP | 16 | 1 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).   | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 16 | 2 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). Es be-  | [Ergänzung]<br>Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen <i>für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet</i>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |  |  |   |
|------|----|---------|--|--|---|
|      |    |         |  | steht somit kein Regelungsbedarf, zumindest nicht für inländische Datenverantwortliche. Für ausländische Datenverantwortliche sollen jedoch Voraussetzungen festgelegt werden, unter welchen eine Tätigkeit in der Schweiz zugelassen werden kann, damit Forderungen der Importeur und des BAZG wirksam durchgesetzt werden können (z.B. Zustelladresse in der Schweiz, Versicherung etc.).                    | <i>und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.</i>  |
| COOP | 18 | 3       |  | Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen wie Präferenzzölle, Kontingentzollansätze bei vorhandenen Kontingenten etc. zu berücksichtigen. Die Nichtberücksichtigung dieser Ermässigungen, obschon diese bei einer ordnungsgemässen Zollanmeldung zugestanden würden, führt regelmässig zu stossenden und punitiv anmutenden Nachforderungen.             | [Ergänzung]<br><br><i>Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.</i>  |
| COOP | 18 | 5 (neu) |  | Wir beantragen, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen gesammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Dies würde die Verzollungsprozesse wesentlich vereinfachen und die Effizienz sowohl auf der Seite der Abgabepflichtigen wie auch auf der Seite der Zollverwaltung vereinfachen. | [neu]<br><br><i>Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.</i> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |  |
|------|----|---|---|--|--|
| COOP | 21 | 1 | a | Die inländische Warenverantwortliche muss nur dann Abgabenschuldnerin sein, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Andernfalls kann die Erhebung der Abgaben bei der Warenverantwortlichen zu stossenden Ergebnissen führen (vgl. auch Begründung zum Ergänzungsantrag betr. Art. 7 lit. e Ziff. 1).   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, <i>wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt,</i></p>  |
| COOP | 21 | 2 |   | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt (vgl. Begründung zum Ergänzungsantrag zum Art. 21 Abs. 1 und Art. 7 lit. e Ziff. 1).   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Das BAZG macht die Abgabeschuld bei der Warenverantwortlichen geltend, <i>sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen.</i> Kann eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.</p> |
| COOP | 21 | 3 |   | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldnerin, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Das ist bei Massengeschäften der Post- und Kuriersendungen nicht der Fall, weshalb bei Umsetzung unserer Anträge zu Art. 21 Abs. 1 und 2 eine entsprechende Ausnahme nicht notwendig ist. | <p>[Änderung]</p> <p>Der Bundesrat kann im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.</p>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| COOP | 22 | 1 |  | <p>Mit unseren Anträgen zu Art. 7 lit. e Ziff. 1 sowie Art. 21 wollen wir insbesondere verhindern, dass die Warenverantwortliche ohne jegliches Verschulden und/oder Zutun für Zollnachforderungen belangt wird, die sie nicht verursacht bzw. mitverschuldet hat. Wird die Warenverantwortliche immer und primär belangt, ohne Rücksicht darauf, dass sie z.B. Verzollen an einen Datenverantwortlichen delegiert hat, führt das zu unhaltbaren und willkürlichen Ergebnissen, dass die Warenverantwortliche für den von Dritten verursachten Schaden haftet und sich später gleichzeitig an diesem Dritten gar nicht schadlos halten kann, weil dieser z.B. die Haftung vertraglich weggebunden hat oder gar keine Vertragsbeziehung mit diesem Dritten besteht. Denn sehr viele Zollbegünstigungen (Präferenzzolle, zollrechtliche Kontingente) werden im heutigen System nur dann gewährt, wenn die Verzollung von Anfang an korrekt durchgeführt wird. Bei Nachforderungen werden diese Begünstigungen – selbst wenn ein Anspruch im Zeitpunkt der Verzollung bestanden hätte - nicht anerkannt (vgl. dazu aber den Antrag betr. Art. 39 Abs. 2). Es ist sachgerecht und entspricht dem generellen Gerechtigkeitsempfinden in der schweizerischen Rechtsordnung, dass derjenige den Schaden zu ersetzen hat, der diesen auch verschuldet hat.</p> | <p><i>[neu/Änderung]</i><br/> <i>Haftung im Falle von Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Art. 12 VStrR</i></p> <p><i>Wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird, macht das BAZG die Abgabeschuld vorerst bei derjenigen Abgabenschuldnerin, die an der Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes ein Verschulden trifft. Kann diese die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.</i></p> |
| COOP | 22 | 2 |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 22 Abs. 1.  | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 23 |   |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 10 Abs. 3.  | <p><i>[Änderung]</i></p> <p>Die Transportverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn sie nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet worden ist.</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
| COOP | 27 | 1 |   | Mit dem Ergänzungsantrag betr. Art. 18 Abs. 5 beantragen wir, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen gesammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Entsprechend soll die Abgabeschuld mit deren Veranlagung fällig werden. | [Änderung]<br><br>Die Abgabeschuld wird mit ihrer Verfügung fällig.   |
| COOP | 28 | 2 |   | Wir beantragen, dass inländischen Abgabenschuldnerinnen eine Zahlungsfrist von 60 Tage gewährt wird und auf eine Sicherstellung grundsätzlich verzichtet wird.   | [Änderung]<br><br><i>Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Artikel 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Artikel 32 Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das BAZG die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.</i> |
| COOP | 31 |   | c | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| COOP | 32 | 1 | c | Gemäss dieser neuen Bestimmung soll bei Widerhandlungen immer eine Sicherstellung verlangt werden. Das ist nicht sachgerecht, da eine Widerhandlung nicht automatisch bedeutet, dass die Bezahlung der Zollschuld gefährdet sein könnte. Wir beantragen, diese Bestimmung zu streichen.  | [ersatzlos streichen]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |   |  |  |
|------|----|---------|---|--|--|
| COOP | 32 | 2       | c | Der erste Halbsatz sollte mit «Geschäftssitz» ergänzt werden, um den Eindruck zu vermeiden, dass nur natürliche Personen gemeint sein könnten.                                       | [Ergänzung]<br>die Abgabeschuldnerin oder der Abgabeschuldner keinen Wohn- oder <i>Geschäftssitz</i> in der Schweiz hat oder Anstalten trifft, den Wohn- oder Geschäftssitz oder die Betriebsstätte in der Schweiz aufzugeben oder sich im schweizerischen Handelsregister löschen zu lassen.                                  |
| COOP | 33 |         |   | Vgl. in diesem Zusammenhang den Antrag betr. Art. 28 Abs. 2. Während der Zahlungsfrist von 60 Tagen soll für inländische Abgabenschuldnerinnen keine Sicherstellung verlangt werden. | [Ergänzung]<br>Abgabeforderungen werden, <i>soweit vorgesehen</i> , durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. <i>Vorbehalten bleibt Artikel 28 Absatz 2.</i> Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.                  |
| COOP | 39 |         |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen (vgl. dazu den Antrag für einen neun Artikel 39 Absatz 2).        | [Änderung]<br>Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabebetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht <i>innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 mitteilt.</i> |
| COOP | 39 | 2 (neu) |   | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | [neu]<br><i>Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |   |   |
|------|----|---|---|---|---|
|      |    |   |   | Eventualiter ist zumindest in Anlehnung an Art. 212a EU-Zollkodex (Abgabenbefreiung trotz Unregelmässigkeiten) eine wirtschaftsfreundliche Regelung für Nachforderungsverfahren vorzusehen. | <p><i>eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rück-erstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld ge-mäss Artikel 30 Absatz 1.</i></p> <p>[Eventualantrag]</p> <p><i>Im Rahmen des Nachforderungsverfahrens kann die Abgabenschuldnerin oder der Ab-gabenschuldner eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rück-erstattung von Abgaben nachträglich gel-tend machen.</i></p> |
| COOP | 41 | 1 | c | Es sollte korrekterweise Art. 39 und nicht Art. 38 referen-ziert werden.  | <p>[Änderung]</p> <p>wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuch-steller unverschuldet eine Nachforderung nach Artikel 39 des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint.</p>  |
| COOP | 44 | 5 | e | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sollten nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden werden und sollten auch für kleine Unternehmen erhältlich sein.                           | <p>[Änderung]</p> <p>Das Vorhandensein einer geeigneten Infra-struktur;</p>   |
| COOP | 44 | 5 | f | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |   |  |
|------|----|---|---|---|--|
| COOP | 44 | 5 | g | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 44 | 6 |   | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 49 |   |   | Systemausfälle beim BAZG sollen nicht zum Mehraufwand bei den Wirtschaftsbeteiligten führen.  | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Modalitäten für den Fall, dass das Informationssystem nach Artikel 67 ausfällt oder nicht erreichbar ist. Aufforderungen an die Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte elektronische Eingaben zu wiederholen oder ein papierbasiertes Notfallverfahren anzuwenden, sind unzulässig. |
| COOP | 52 | 3 |   | Eine Holschuld des Verfügungsadressaten im Zusammenhang mit einem Verfügungserlass führt zur Risikoverlagerung zu Lasten der Wirtschaft. Wir beantragen, dass – analog zum schriftlichen Verfügungserlasse - zumindest eine Information an den Verfügungsadressaten ergehen muss, dass neue Dokumente zur Abholung bereit stehen. | [neu]<br><br><i>Das BAZG teilt auf eine vom Adressaten angegebene E-Mail-Adresse mit, wenn neue Dokumente im Informationssystem nach Artikel 67 übermittelt worden sind.</i>   |
| COOP | 53 | 3 |   | Der Wortlaut dieser Bestimmung sollte dem Wortlaut von Art. 20 Abs. 3 VwVG entsprechen.   | [Änderung]<br><br><i>Fällt das Ende einer Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag, so endet die Frist am nächsten Werktag.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
| COOP | 54 |   |  | Wir erachten den beantragten Zusatz als erforderlich, um den Eindruck zu vermeiden, die Bestimmung in Art. 54 gehe der Regelung zur Akteneinsicht gemäss VwVG insofern vor, als dass Art. 26 f. VwVG nicht zur Anwendung kämen (vgl. Art.47). Die Vorschrift der elektronischen Akteneinsicht soll lediglich die Beschränkung der Form der Akteneinsicht gemäss VwVG beinhalten. | [Ergänzung]<br><br>Die Akteneinsicht erfolgt elektronisch. <i>Im Übrigen richtet sie sich nach dem VwVG.</i>   |
| COOP | 56 | 1 |  | Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende relative Verjährungsfrist zu reduzieren, um übermässige Aufbewahrungskosten zu vermeiden.   | [Änderung]<br><br>Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind bis zum Eintritt <i>der Verjährungsfrist gemäss Artikel 30 Absatz 1</i> sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen. |
| COOP | 58 | 1 |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.  | [Änderung]<br><br>Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem <i>fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist</i> , Einsprache erhoben werden.   |
| COOP | 61 |   |  | Wir können nicht nachvollziehen, weshalb der Rechtsschutz gerade bei Verfügungen, die für die Unternehmen regelmässig mit hoher finanzieller Belastung verbunden sind, verkürzt werden soll. Gerade in diesen Fällen bedarf es in unseren Augen einen effektiven Rechtsmittels mit zumindest einer verwaltungsinternen Beschwerde.   | [Änderung]<br><br>Gegen die folgenden Verfügungen des Verwaltungsverfahrens kann <i>eine verwaltungsinterne Beschwerde gemäss Artikel 60</i> erhoben werden:<br><br>a) Verfügungen über Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Artikel 12 VStrR;                 |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |                       |   |   |  |   |
|------|-----------------------|---|---|--|---|
|      |                       |   |   | deinstanz. Wir beantragen deshalb, dass für die Anfechtung der in lit. a und b genannten Verfügungen zumindest der Beschwerdeweg gemäss Art. 60 offensteht.  | <p>b) Feststellungsverfügungen betreffend gefährdete und hinterzogene Abgaben die das BAZG im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens erlässt.</p> <p><i>Im Übrigen richtet sich der Rechtsweg nach dem dritten Abschnitt des VwVG.</i></p>   |
| COOP | 62                    | 1 |   | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | <p>[Ergänzung/Änderung]</p> <p>Das Verfahren auf Erlass <i>einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, einem Abgabeerlass gemäss Artikel 4</i> und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.</p> |
| COOP | 62                    | 2 | b | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| COOP | 63                    |   |   | Das BAZG sollte ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]   |
| COOP | neu<br>(nach Art. 67) |   |   | Mit der Einführung des E-DSG wird der Schutz der juristischen Personen insofern aufgehoben, als dass diese nicht mehr in den Geltungsbereich des E-DSG fallen. Damit werden auch die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte der juristischen Personen aufgehoben. Die im Zusammenhang mit der Einführung des E-DSG vorgesehenen Anpassungen des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (SR 172.010; RVOG) sowie des Bun- | <p>[neu]</p> <p><i>Auskunftsrecht</i></p> <p><i>1 Jede juristische Person und Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann vom BAZG Auskunft darüber verlangen, ob Daten über sie bearbeitet werden.</i></p>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |         |  |   |  |
|------|----|---------|--|---|--|
|      |    |         |  | <p>desgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (SR 152; BGÖ) wiegen diesen Wegfall nicht auf, zumal die erwähnten Gesetze einen anderen Zweck als den Schutz der Integrität der Daten der betroffenen juristischen Personen verfolgen. Art. 57t E-RVOG sieht folgende Bestimmung vor: «Das anwendbare Verfahrensrecht regelt die Rechte der betroffenen juristischen Personen». Damit ist jedoch noch nicht gewährleistet, dass eine betroffene juristische Person die Möglichkeit hat, die sie betreffenden Daten (und nicht die das Verfahren betreffenden Akten) einzusehen und gegebenenfalls durch die zuständige Behörde berichtigen zu lassen. Aus diesem Grund erachten wir die Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung zum Schutze der Daten der juristischen Personen (zumindest im Zusammenhang mit der Herausgabe und der Berichtigung) als angemessen.</p> | <p><i>2 Die betroffene juristische Person oder Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit eine transparente und korrekte Datenbearbeitung gewährleistet ist.</i></p> <p><i>3 Das BAZG muss kostenlos Auskunft erteilen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, namentlich wenn der Aufwand unverhältnismässig ist.</i></p> <p><i>4 Die Auskunft wird in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf elektronischem Wege erteilt.</i></p> |
| COOP | 81 |         |  | <p>Die Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Umweltaspekten ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir erwarten daher bei der physischen Kontrolle von Waren, dass für die Nahrungsmittel-, Chemie- und Pharmaindustrie im Gesetz verankert wird, dass eine Zollkontrolle nur nach erfolgter Rücksprache mit den betroffenen Unternehmen durchgeführt werden darf. Die Unternehmen sollen das Recht erhalten eine physische Kontrolle vor Ort abzulehnen und einen geeigneten Ort für die Kontrolle festzulegen. Die dabei anfallenden Kosten sollen nicht an die Betriebe weiterverrechnet werden.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Das BAZG kann alle Handlungen an Waren vornehmen, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind. Es ist insbesondere befugt, Warenproben zu entnehmen. <i>Dabei ist das BAZG an die zwingende Gesetzgebung bezüglich der Waren bei sonstiger Schadenersatzpflicht gebunden und hält mit geeigneten Schutzmassnahmen und Verfahren namentlich die Anforderungen der Arzneimittel- (insb. GDP), Chemikalien- und der Lebensmittelgesetzgebung ein.</i></p>        |
| COOP | 81 | 2 (neu) |  | <p>Das Resultat einer physischen oder nachgelagerten Kontrolle soll in Zukunft den Unternehmen zeitnah und vollumfänglich eröffnet werden, damit diese organisatorische</p>   | <p>[neu]</p>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |               |   |  |   |  |
|------|---------------|---|--|---|--|
|      |               |   |  | sowie prozessuale Vorkehrungen treffen können, um gesetzliche Abweichungen zu verhindern.   | <i>Das BAZG teilt den betroffenen Personen das Ergebnis der Warenkontrolle unverzüglich mit.</i>   |
| COOP | 83            | 1 |  | Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung darf nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten eingreifen.   | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 107a<br>(neu) |   |  | <p>Für die betroffenen natürlichen und juristischen Personen ist es wichtig, dass sie sich über die Praxis des BAZG informieren können und sich an erlassenen Richtlinien und gefällten Entscheiden und Urteilen orientieren können. Aktuell besteht in diesem Bereich zu wenig Transparenz, was es für alle Beteiligten schwierig macht, die Praxis zu kennen und nachzuvollziehen.</p> <p>Aus diesem Grund beantragen wir eine (neue) Bestimmung, die dieser Lücke Abhilfe schaffen soll. Einerseits wäre die Veröffentlichung von relevanten Entscheiden des BAZG sowie der Zugang zu praxisrelevanten Richtlinien und Merkblättern sehr hilfreich. Überdies beantragen wir eine Bestimmung, wonach das BAZG die Gerichtsurteile, die basierend auf dem BAZG gefällt werden, sammelt und periodisch, beispielsweise in einem jährlichen Bericht, zumindest auszugsweise veröffentlicht. Begrüssenswert wäre auch eine jährliche Zusammenstellung sämtlicher relevanten Entscheide des BAZG in Kombination mit entsprechenden Gerichtsurteilen. Auch die Veröffentlichung von Rechtsmittelentscheiden von grosser Bedeutung würde zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit beitragen.</p> | <p>1 Das BAZG kann seine Entscheide sowie Richtlinien oder Merkblätter, die für die Praxis des BAZG relevant sind, veröffentlichen.</p> <p>2 Die Gerichte stellen dem BAZG die Urteile, die in Anwendung dieses Gesetzes gefällt werden, unaufgefordert und in vollständiger Abschrift zu. Das BAZG sammelt diese Urteile und kann sie periodisch veröffentlichen.</p> |
| COOP | 127a          |   |  | Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST).  | [neu]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |               |  |  |   |   |
|------|---------------|--|--|---|---|
|      |               |  |  |   | <p><sup>1</sup> Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der abgabepflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.</p> <p><sup>2</sup> Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolltarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen, Praxisfestlegungen und Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.</p> <p><sup>3</sup> Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.</p> |
| COOP | 128           |  |  | Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.                                    | [ersatzlos streichen]   |
| COOP | 129           |  |  | Vgl. Begründung zu Art. 128   | [ersatzlos streichen]   |
| COOP | 135a<br>(neu) |  |  | Im Jahr 2001 verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz i.S. J.B. v. Schweiz (Urteil Nr. 31827/96) wegen Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK, konkreter wegen Nichteinhaltung des Selbstbelastungsverbots («nemo tenetur se ipsum accusare»). Daraufhin | <p>[neu]</p> <p><i>Stellung der beschuldigten Person</i></p> <p><sup>1</sup> Die Einleitung eines Strafverfahrens wird der beschuldigten Person schriftlich mitgeteilt. Es wird ihr Gelegenheit gegeben, sich</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |   |  |
|------|-----|--|--|---|--|
|      |     |  |  | erliess der Bundesgesetzgeber die heutigen Bestimmungen in Art. 153 Abs. 1 <sup>bis</sup> , Art. 183 Abs. 1 Satz 2, Art. 183 Abs. 1 <sup>bis</sup> DBG sowie in Art. 57a Abs. 2 StHG (vgl. auch Art. 113 StPO). Da sich in parallel durchgeführten Nachforderungs- und Zollhinterziehungsverfahren die gleiche Problematik stellt und auch in diesem Bereich eine Verurteilung der Schweiz durch den EGMR droht, ist im neuen BAZG-VG eine entsprechende Bestimmung zur Wahrung der Anforderungen der EMRK aufzunehmen. | <i>zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern; sie wird auf ihr Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.</i><br><br><i><sup>2</sup> Beweismittel aus einem Nachforderungsverfahren dürfen in einem Strafverfahren nur dann verwendet werden, wenn sie ohne jeglichen Zwang beschafft wurden.</i> |
| COOP | 140 |  |  | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|------|-------------------------------------|--|--|
| COOP | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |  |
| COOP | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
|      |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |        |      |      |      |   |   |
|--|--------|------|------|------|---|---|
| Name   | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) <i>[Änderungen werden kursiv hervorgehoben]</i>   |
| COOP   | MWSTG  | 18   | 1    |      | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben.  | [Ergänzung]<br>Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen <i>sowie die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen</i> ; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht. |
| COOP   | MWSTG  | 50   |      |      | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben.  | [Änderung]<br>Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen <i>durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes anordnen.</i>   |
| COOP   | LMG    | 30a  |      |      | Die Scheinkäufe im Bereich des Lebensmittelrechts haben mit der vorliegenden Vorlage und zollrechtlichen Themen nichts zu tun. Die für Art. 30a LMG vorgesehene Bestimmung würde hier durch die Hintertür eingeführt, ohne dass die von dieser Bestimmung betroffenen Parteien eine Möglichkeit haben, Stellung dazu zu nehmen. Es kommt der Verdacht auf, dass die Bestimmung auf diesem Wege eingeführt werden soll, um Diskussionen mit den betroffenen Akteuren zu vermeiden. Das geht nicht an und steht | [ersatzlos streichen]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |   |  |
|--|--|--|--|--|---|--|
|  |  |  |  |  | <p>klar im Widerspruch zu Art. 2 VIG, wonach Vernehmlassungsverfahren bezwecken, Aufschluss über die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens des Bundes zu geben und den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, sich an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes zu beteiligen. Wird eine völlig sachfremde Bestimmung in einem Gesetz, das mit der zu beurteilenden Vorlage nichts zu tun hat, nebenbei eingeführt, so wird den betroffenen Kreisen diese Möglichkeit der Beteiligung genommen. Eine allfällige Bestimmung im LMG zum Thema Scheinkäufe wäre – wenn überhaupt – im Rahmen der nächsten LMG-Revision zu behandeln.</p> |  |
|--|--|--|--|--|---|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |   |
|---|---|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
| COOP  | Allgemeine Vorbemerkungen → siehe Allgemeine Bemerkungen zum BAZG-Vollzugsaufgabengesetz. |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [<i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i>]</b>   |
| COOP   | 3           | 1           |             | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Waren, die ein- oder ausgeführt werden, sind zollpflichtig, <i>wenn:</i></p> <p><i>a. sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Artikel 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zolltarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind; oder</i></p> <p><i>b. die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 BAZG-VG dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht; oder</i></p> <p><i>c. sie einer Warenbestimmung gemäss Artikel 11 Buchstabe g oder h BAZG-VG zugeführt werden; oder</i></p> <p><i>d. auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist; oder</i></p> <p><i>e. sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der</i></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |            |   |   |  |
|------|---|------------|---|---|--|
|      |   |            |   |   | <i>Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.</i>   |
| COOP | 3 | 3<br>(neu) |   | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | [neu]<br><i>Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.</i> |
| COOP | 4 | 1          | d | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Änderung]<br>Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 BAZG-VG unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder ins Zollland ausgeführt werden.   |
| COOP | 4 | 2          |   | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Ergänzung]<br>Der Bundesrat kann vorsehen, dass ausländische Rückwaren <i>gemäss Absatz 1 Buchstabe d</i> , die im Zollgebiet vernichtet oder als Futtermittel verwendet werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er regelt das Verfahren der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |   |   |            |   |  |
|------|---|---|------------|---|--|
| COOP | 9 | 2 | a          | Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Wir lehnen diese vorgeschlagene Bestimmung ab. Unseres Erachtens kann diese Bestimmung zu einer willkürlichen höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unseres Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und ihm Rahmen der Digitalisierung auch nicht modern. Wo möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z. B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld besondere Bemerkungen der Warenposition). | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 9 | 2 | b          | Wir lehnen diese «Strafzölle» ab und fordern, dass auch in Nachforderungsverfahren, Zollermässigungen und -befreiungen gewährt werden. Vgl. im Übrigen Begründung zu Art. 39 Abs. 2 BAZG-VG.  | [ersatzlos streichen]  |
| COOP | 9 |   | 4<br>(neu) | Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig Coopifferenziert angemeldet werden.  | [neu/Eventualantrag zu Anträgen betr. Art. 9 Abs. 2]<br><br>Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| COOP | 10 | 1 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig-Cooper Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.  | [Änderung]<br><br>Das BAZG verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin die zolltarifarische Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation sowie den nichtpräferenziellen und den präferenziellen Ursprung von Waren.  |
| COOP | 10 | 2 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig-Cooper Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.  | [Ergänzung]<br><br>Ankünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. <i>Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.</i>   |
| COOP | 15 | 1 |  | Wir können nachvollziehen, dass das System des dynamischen Strafrahmens grundsätzlich geeignet ist für das Zollrecht. Dennoch halten wir aus den folgenden Gründen eine (zusätzliche) Obergrenze der Busse für sachgerecht:<br><br>Gemäss dem StGB beträgt die Busse maximal 10'000 Franken; die Geldstrafe maximal 540'000 Franken. In den meisten Verwaltungsgesetzen sind ebenfalls Maximalbussen vorgesehen (z.B. im MWStG 800'000 Franken, im LMG 80'000 Franken, im E-DSG 250'000 Franken uws.). Im Zollrecht einen gänzlich unbegrenzten Bussenrahmen vorzusehen, erscheint uns deshalb als nicht sachgerecht. Die Höchstbusse von 800'000 Franken analog zum MWStG erscheint uns vorliegend als angebracht. In Kombination mit der Beibehaltung des | [Ergänzung]<br><br>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br><br>a. die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder<br><br>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Zollvorteil verschafft. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  | <p>dynamischen Elements wird überdies sowohl den «kleinen» als auch den «grossen» Fällen Rechnung getragen.</p> <p>Überdies ist zu beachten, dass es bei den vorliegenden Strafbestimmungen rein um das pönale Element geht: Art. 12 ff. VstrR sehen nämlich zusätzlich eine Leistungs- bzw. Rückleistungspflicht vor. Die Bussenbestimmungen im ZoG können und sollen nicht dazu dienen, entgangene Zollabgaben einzutreiben, sondern sind allein dazu da, den Täter zu bestrafen. Eine Maximalbusse untergräbt diesen Zweck keineswegs und kann dem Bestraften immer noch «weh tun». Hinzukommt, dass bei gewissen Qualifikationen noch immer eine Erhöhung der Höchstbusse zum Tragen käme.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 15 Abs. 4 aufzunehmen.</p> |   |
| COOP | 15 | 2 |  | <p>Analog zum Verweis auf Absatz 1 in Absatz 3 muss dieser Verweis auch in Absatz 2 enthalten sein, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen bezieht.</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p> |
| COOP | 15 | 3 |  | <p>Die Formulierung «in besonders erheblichem Umfang» ist sehr unbestimmt und steht nicht im Einklang mit dem Bestimmtheitsgebot. Auf präzisierende Rechtsprechung zu warten, erscheint beim angedrohten Strafraum von immerhin bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe (bzw. einer Busse über den 7.5-fachen Betrag der hinterzogenen Zollabgaben) nicht angemessen und schafft Rechtsunsicherheit.</p>   | <p>[ersatzlos streichen]</p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| COOP | 15 | 4 |  | <p>Es wird die Straflosigkeit der fahrlässigen Begehung beantragt. Eine Bestrafung von Sorgfaltspflichtverletzungen im Abgabewesen erscheint angesichts der potenziell sehr hohen Bussenbeträgen unverhältnismässig. Unseres Erachtens fehlt bei fahrlässig hinterzogenen Zollabgaben – insbesondere im Wirtschaftsumfeld – das Strafbedürfnis: Im Wirtschaftsumfeld bringt eine fahrlässige Begehung dem Täter keinen Vorteil ein. Eine fahrlässige Begehung ist hier in der Regel auf ein formales Versehen zurückzuführen, dass insbesondere im Rahmen von Massengeschäften schnell einmal unterlaufen kann. Bei den sehr strengen formalen Vorschriften im Zollwesen kann hier ein kleiner formaler Fehler schnell weitläufige Konsequenzen haben. Eine Bestrafung von solchen formalen Fehlern erscheint in diesem Kontext nicht angezeigt. Auch wenn Art. 52 StGB im Nebenstrafrecht zur Anwendung gelangt, so erscheint eine vollständige Straflosigkeit der Fahrlässigkeit als sachgerechter. Von der Straflosigkeit betroffen wären vorliegend sodann auch nur «echte» und unabsichtliche Versehen, zumal die eventualvorsätzliche Begehung ja ohnehin nach Abs. 1 geahndet würde.</p> <p>Betreffend Eventualantrag s. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i>.</p> |
| COOP | 16 | 1 |  | <p>S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 16 Abs. 3 aufzunehmen.</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Zollabgabe, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung</p>  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  |  | der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.   |
| COOP | 16 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann.                          | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p>  |
| COOP | 16 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.   | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i>.</p>   |
| COOP | 17 | 1 |  | <p>S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> <p>Eventualiter ist zumindest bei der fahrlässigen Begehung eine Begrenzung gemäss dem Antrag zu Art. 17 Abs. 3 aufzunehmen.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Dreifachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i> wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. ein Verbot oder eine Beschränkung der Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Waren durch Nichtanmelden, Verheimlichen der Waren oder unrichtige Warenanmeldung oder in irgendeiner anderen Weise verletzt oder den Vollzug des Verbots oder der Beschränkung gefährdet; oder</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |   |
|------|----|---|--|---|---|
|      |    |   |  |   | b. für sich oder für eine andere Person zu Unrecht eine Bewilligung erwirkt.  |
| COOP | 17 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| COOP | 17 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.  | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br><br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Einfachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 160 000 Franken</i> .  |
| COOP | 19 | 1 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.  | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. eine vom BAZG als Zollpfand beschlagnahmte Ware beziehungsweise Sache, die in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder<br>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt. |
| COOP | 22 | 1 |  | Die Abgrenzung zwischen der bewussten Fahrlässigkeit und des Eventualvorsatzes ist rein dogmatisch unter  | [Änderung]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  | Umständen möglich, in der Praxis jedoch nicht. Aus diesem Grund beantragen wir – unabhängig von der gewählten Variante im Zusammenhang mit Art. 133 BAZG-VG – die ersatzlose Streichung des Zusatzes zur bewussten Fahrlässigkeit. | <p>Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich verstösst:</p> <p>a. gegen eine durch das BAZG anwendbare Vorschrift, soweit deren Übertretung unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung für strafbar erklärt wird; oder</p> <p>b. gegen eine unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung an ihn gerichtete Verfügung.</p> |
|--|--|--|--|--|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : DB Cargo AG

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : DBC

Adresse : Rheinstraße 2, 55116 Mainz, Bundesrepublik Deutschland

Kontaktperson : Cristian Cuenca

Telefon : +49 (0) 6131 15 63280

E-Mail : [cristian.cuenca@deutschebahn.com](mailto:cristian.cuenca@deutschebahn.com)

Datum : 18.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 7  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 8  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 9  |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 13 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 17 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| DBC                     | DBC würde es sehr begrüßen, wenn das neue Gesetz Heilungsmöglichkeiten vergleichbar jenen des Art. 86 und 124 UZK enthalten würde. Nur formal fehlerhaftes Verhalten könnte dann geheilt werden und z. B. würden Präferenzen nicht wegen einer bloßen Überschreitung der Wiedergestellungsfrist verloren gehen. |
| DBC                     | Die Regelung in Art. 131 BAZG-VG, wonach in den Grenzen der Verhältnismäßigkeit Bussen von bis zu CHF 100.000,- alternative dem auch Geschäftsbetrieb statt dem Deklaranten auferlegt werden können, wird begrüßt.  |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |
| DBC                     |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|---|---|
| DBC  | 7    |      | a    | Eine Präzisierung des Begriffs "Durchfuhr" wird für sinnvoll erachtet. Denn nationale Transporte können sowohl von einer Außengrenze der Schweiz zu einer anderen Außengrenze führen, aber auch zwischen einer Außengrenze und einem ZE liegen.   |   |
| DBC  | 7    |      | g    | Der Begriff des «Transportverantwortlichen» ist in internationalen Übereinkommen nicht gebräuchlich. Die Definition sollte klarstellen, dass damit der Beförderer gemeint ist   |   |
| DBC  | 10   | 3    |      | Im Eisenbahnverkehr ist die Verknüpfung der Pflicht zur Anmeldung an die natürliche Person nicht umsetzbar. Dem Triebfahrzeugführer, der als einzige natürliche Person in Betracht kommt, fehlt die entsprechende Tatmacht. Der bestehende Regelungsentwurf birgt das Risiko, dass die Abgrenzung Zollrecht und Strafrecht aufgehoben wird.   |   |
| DBC  | 41   |      |      | Es wird die Erweiterung auf einen neuen Buchst. e) vorgeschlagen, der eine Heilungsvorschrift vergleichbar jener in Art. 124 Absatz 1 Buchst. h) UZK enthält. Anderenfalls würden für nationale Verkehre andere Rechtsfolgen gelten als für internationale (unter dem Versandübereinkommen). Das Versandübereinkommen hat jedoch Vorrang, so dass die Rechtsfolgen nicht differieren sollten. |   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-----|-------------------------------------|--|--|
| DBC | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Buchst. b) sollte aber dergestalt angepasst werden, dass er nur noch lautet "wenn entweder die Schuld oder bei Fahrlässigkeit die Tatfolgen besonders geringfügig sind." |
| DBC | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |
| DBC         |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |
| DBC   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |
| DBC  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |
| DBC   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |
| DBC  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |
| DBC |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |
| DBC  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). The 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen' (Allow only these changes in the document) checkbox is checked, and the 'Ausfüllen von Formularen' (Fill in form fields) option is selected. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Digitale Gesellschaft, CH-4000 Basel

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Zollverwaltung EFV  
Nur per E-Mail an [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

31. Dezember 2020

**Stellungnahme zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer, sehr geehrte Damen und Herren

Am 11. November 2020 eröffnete der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie über eine Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Wir bedanken uns für die Einladung zum Vernehmlassungsverfahren.

Die Digitale Gesellschaft ist eine gemeinnützige Organisation, die sich für Grund- und Menschenrechte, eine offene Wissenskultur, weitreichende Transparenz sowie Beteiligungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen einsetzt. Die Tätigkeit orientiert sich an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Konsumenten in der Schweiz und international. Das Ziel ist die Erhaltung und die Förderung einer freien, offenen und nachhaltigen Gesellschaft vor dem Hintergrund der Persönlichkeits- und Menschenrechte.

**Gerne nehmen wir zum Vorentwurf wie folgt Stellung:**

Wir stellen fest, dass die Vorlage den Zollbehörden unter anderem die massenhafte, anlasslose und verdachtsunabhängige Erfassung von Personendaten mit einem hohen Risiko für die Persönlichkeit und Grundrechte ermöglichen würde.

I. Angesichts der Schwere der datenschutzrechtlichen Mängel verzichten wir auf eine vollständige Stellungnahme und lehnen die Vorlage vollständig ab. Wir fordern den Bundesrat zur Erarbeitung einer neuen Vorlage auf, die den vielen berechtigten Bedenken Rechnung trägt.

Wir teilen insbesondere die zutreffenden datenschutzrechtlichen Bedenken des Eidgenössischen Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten (EDÖB). Den eingeräumten Befugnissen fehlt es an einer hinreichenden Bestimmtheit und es bleibt für den einzelnen Bürger unklar, welchen Massnahmen er potenziell in welchem Umfang unterworfen ist und wie er hiergegen Rechtsschutz erhält. System, Schnittstellen und zentrale Rechtsbegriffe wie etwa die «Risikoanalyse» müssen auf Gesetzesebene definiert werden.

II. Nur beispielhaft möchten wir auf die verfassungswidrigen Regelungen der Art. 64 und 73 BAZG-VG hinweisen.

Hiernach werden Befugnisse für die massenhafte, anlasslose und verdachtsunabhängige Erfassung von Personendaten geschaffen. Dies ergibt sich aus Seite 76 des «Erläuternden Berichts» zur Vorlage: «Das System registriert automatisch jeweils den Zeitpunkt der Zollanmeldung sowie des Grenzübertritts, die Art des Transportmittels und die angemeldete Ware. Auf der Basis der automatisch erhobenen Personendaten bewertet das System des BAZG automatisch das Verhaltensmuster.» Ein hier beispielhaft beschriebenes System kann denkllogisch nur funktionieren, wenn die Daten aller Personen massenhaft erfasst werden.

Ein solches permanentes, massenhaftes, anlassloses und verdachtsunabhängiges Erfassen von Personendaten und deren Verknüpfung mit räumlich-zeitlichen Aufenthaltsdaten würde – eine entsprechende Umsetzung gemäss Vorlage angenommen – einen nicht mehr gerechtfertigten Eingriff in Art. 13 Abs. 1 und 2 BV darstellen. Das Privatleben des einzelnen Bürgers ist jedoch zu schützen anstatt durch die massenhafte Erzeugung und Verarbeitung eine unnötige Gefahrenlage des Missbrauchs persönlicher Daten zu schaffen.

Allein die Kenntnis des Umstandes, dass jeder Grenzübertritt erfasst werden soll, greift ungerechtfertigt in die persönliche Freiheit und Bewegungsfreiheit gemäss Art. 10 Abs. 2 BV ein. Wenn jeder Grenzübertritt staatlich erfasst und überwacht wird, ist davon auszugehen, dass von den persönlichen Freiheiten weniger Gebrauch gemacht werden wird («Chilling Effect»).



Letztlich verstösst die automatisierte, anlasslose und verdachtsunabhängige Datensammlung zentral gegen die Unschuldsvermutung gemäss Art. 32 BV. Jede Person, die eine Grenze überschreitet, wird einem observierten Straftäter gleich behandelt, indem von ihr in gleicher Weise Personendaten gesammelt und aggregiert werden sollen.

Die Erhebung, Speicherung und Bearbeitung von Personendaten anlässlich von Grenzübertreten muss auf begründete Einzelfälle beschränkt bleiben.

Um den verfassungsrechtlichen Implikationen Rechnung zu tragen, fordern wir die Erarbeitung einer neuen Vorlage. Sollte die derzeitige Vorlage Gegenstand der Gesetzgebung bleiben, fordern wir mindestens die Beschränkung auf Einzelfälle auf Gesetzesebene. Eine mögliche Ergänzung auf Basis der Vorlage könnte insoweit darin bestehen,

- in Art. 64 Abs. 1 Satz 1 BAZG-VG nach dem Wort «darf» die Wörter «im begründeten Einzelfall», sowie
- in Art. 73 Abs. 1 Satz 1 BAZG-VG nach dem Wort «ist» die Wörter «im begründeten Einzelfall»

zu ergänzen.

**Hinweis:** Wir beschränken uns in dieser Stellungnahme auf unsere Kernanliegen. Bei Verzicht unsererseits auf umfassende allgemeine Anmerkungen oder auf Anmerkungen zu einzelnen Regelungen, ist damit keine Zustimmung durch die Digitale Gesellschaft zu solchen Regelungen verbunden.

Mit freundlichen Grüssen

Erik Schönenberger  
Geschäftsleiter

Postfach 1548 | CH-8002 Zürich

An den Vorsteher des Eidgenössischen  
Finanzdepartements EFD  
Herrn Bundesrat Ueli Maurer  
Bundesgasse 3003 Bern

Zürich, 29. Dezember 2020

[ProjectNo]/[User\_Telephone]/daw/



**Stellungnahme zur Änderung des Automobilsteuergesetzes vom 21. Juni 1996 im Rahmen der Zollgesetzrevision und zur vorgesehenen Abschaffung der Rückerstattung bzw. Nachforderung gemäss Art. 2 der Automobilsteuerverordnung**

Sehr geehrter Herr Maurer

Im Zusammenhang mit der Vernehmlassung zur rubrizierten Änderung des Automobilsteuergesetzes ("**ASTG**") reichen wir Ihnen gerne innert der angesetzten Frist unsere Stellungnahme ein.

FCA Automotive verkauft in der Schweiz seit über 100 Jahren Motorfahrzeuge unter verschiedenen Marken wie Jeep, Alfa Romeo, Fiat, Chrysler, Dodge, Maserati, Lancia und Abarth.

FCA Switzerland SA wurde in 1921 gegründet und importiert Fahrzeuge nach dem traditionellen OEM (Original Equipment Manufacturer)-Geschäftsmodell in die Schweiz und ist ein wichtiger Partner für kleine unabhängige Händler sowohl für den Verkauf von Neufahrzeugen als auch für die Betreuung nach dem Verkauf. Aufgrund ihres Status als OEM-Importeur, der von großen Händlergruppen unabhängig ist, ist die Ansicht der FCA Automotive für die breitere Industrie und unabhängige Kleinunternehmen relevant.

Fahrzeuge werden auch von grossen Händlergruppen (z.B. Toyota, VW, Audi, Skoda, Subaru, Peugeot, Opel, Citroen, Ferrari), unabhängigen Importeuren (z.B. Hyundai, Parallelimporte) und Privatkunden importiert.

## Einleitung

Im Rahmen der laufenden Zollgesetzrevision und der damit einhergehenden Revision des AStG soll gemäss dem Erläuternden Bericht<sup>1</sup> die Möglichkeit abgeschafft werden, eine Nachforderung oder Rückerstattung der Automobilsteuer geltend zu machen für den Fall, dass der Einfuhrpreis eines Fahrzeuges innert eines Jahres seit der Einfuhr ändert. Eine solche Nacherhebung bzw. Rückerstattung der Steuer erfolgt gestützt auf Art. 2 der Automobilsteuerverordnung ("**AStV**"). Im AStG fehlt jedoch heute eine entsprechende Delegationsnorm, auf welche sich die auf Verordnungsstufe verankerte Möglichkeit der Steuernachforderung und –rückerstattung stützen könnte. Der Bundesrat will im Rahmen des aktuellen Revisionvorhabens von der Schaffung einer Delegationsnorm auf Gesetzesstufe absehen und stattdessen die Möglichkeit der Nacherhebung und Rückerstattung gänzlich abschaffen.

## Angeführte Gründe für geplante Abschaffung und Rückerstattung der Automobilsteuer

Der Erläuternde Bericht (S. 151<sup>2</sup>) erwähnt die folgenden Gründe für die Abschaffung des Nachforderungs- bzw. Rückerstattungsrechts bei der Automobilsteuer:

- Es erfolgen regelmässig Meldungen über Entgeltsänderungen durch die Automobilimporteure, welche zu einer *Steuerrückerstattung* führen, während der EZV gleichzeitig eine griffige Handhabe fehlt, um Meldungen über Entgeltsänderungen durchzusetzen, welche zu einer *Steuernachforderung* führen.
- Im beispielhaft erwähnten Jahr 2019 überstiegen deshalb die jährlichen Rückerstattungen an die Automobilimporteure den Betrag der Steuernachforderungen bei Weitem.
- Die Prüfung der Rückerstattungsgesuche verursacht regelmässig einen hohen administrativen Aufwand.

<sup>1</sup> Erläuternder Bericht vom 11. September 2020 zum Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie zur Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetzes (ZoG).

<sup>2</sup> Ganzer Abschnitt (Hervorhebung hinzugefügt):

"Artikel 2 AStV sieht vor, dass zu niedrig festgesetzte Steuerbeträge nachgefordert bzw. zu hoch angesetzte Steuerbeträge rückerstattet werden, wenn das Entgelt für die Festsetzung der Automobilsteuer und damit die Steuerbemessungsgrundlage innerhalb eines Jahres ändert. Für diese vom Bundesrat festgelegte Regelung besteht im AStG keine explizite Delegationsnorm. Entgeltsänderungen, welche eine Rückerstattung zur Folge haben, werden von einzelnen Importeuren regelmässig geltend gemacht. Demgegenüber hat die EZV keine griffige Handhabe, um auch die Meldung von Entgeltsänderungen, welche zu Steuernachzahlungen führen, durchzusetzen. Zudem verursacht die Prüfung der Rückerstattungsgesuche einen grossen Aufwand. Deshalb wird auf die Schaffung einer expliziten Gesetzesgrundlage für die Entgeltsänderung verzichtet. Stattdessen sollen die Steuerrückerstattungen und Steuernachforderungen infolge Entgeltsänderung abgeschafft werden. Im Durchschnitt der Jahre 2012-2019 beläuft sich der Rückerstattungsbetrag auf 7,6 Millionen Franken pro Jahr, der Nachforderungsbetrag auf 160 000 Franken pro Jahr." (Hervorhebung durch die Autoren).

Auf diese Argumente soll nachfolgend eingegangen werden, wobei einleitend einige Praxisausführungen zur Preisbildungsmethodik für den Import von Fahrzeugen gemacht werden.

## Stellungnahme

### *Zustandekommen der Automobil-Importpreise*

Die zwischen den Schweizer Fahrzeugimporteuren und den ausländischen Fahrzeugherstellern auf der Grundlage der Richtlinien der OECD vereinbarten Verrechnungspreismethoden sehen häufig vor, dass der Fahrzeugimporteur für seine Vertriebsaktivitäten mit einer festen Betriebsmarge entschädigt wird, welche für eine bestimmte Periode (Quartal, Halbjahr oder Jahr) festgelegt wird. Diese Betriebsmarge beruht auf einer Vielzahl von Annahmen wie beispielsweise Modellpalette, Verkaufsvolumen, Endverkaufspreise und Fremdwährungskurse.

Im Zeitpunkt der Einfuhr der Fahrzeuge in die Schweiz wird gestützt auf diese Annahmen, welche die Fahrzeugherstellern und Importeuren für die jeweilige Berichtsperiode im Voraus zugrunde legen, ein Einkaufspreis pro Fahrzeug berechnet. Der so errechnete Einkaufspreis dient als Steuerbemessungsgrundlage für die Festsetzung der Automobilsteuer im Sinne von Art. 24 AStG. Weichen die endgültigen Zahlen am Ende der Berichtsperiode von den ursprünglichen Planzahlen ab, erfolgt eine Korrektur der Einkaufspreise in die eine oder andere Richtung, so dass der Fahrzeugimporteur letztlich mit der vereinbarten Betriebsmarge entschädigt wird.

Das Abstellen auf Planzahlen bei der Einfuhr führt dazu, dass beim Import von Neuwagen in die Schweiz die Einfuhrpreise lediglich provisorisch feststehen; die Automobilsteuer wird deshalb zunächst auf diesem pro Fahrzeug errechneten provisorischen Einkaufspreis entrichtet. Der endgültige Einkaufspreis – und somit die Bemessungsgrundlage für die Festsetzung der Automobilsteuer – steht erst am Ende der Berichtsperiode fest.

Die zwischen den Fahrzeugherstellern und den Schweizer Importeuren vereinbarten Planzahlen basieren in der Regel auf ehrgeizigen Annahmen betreffend Absatz von Fahrzeugen sowie Endverkaufspreise; als gewinnstrebige Unternehmen wollen die Automobilkonzerne selbstverständlich möglichst hohe Erträge erwirtschaften und setzen die Messlatte deshalb entsprechend hoch. Die festgelegten Leistungsziele erweisen sich im Nachhinein jedoch oft als zu optimistisch und werden nicht erreicht. Dies kann verschiedene Gründe haben: eine geringere Nachfrage nach Neuwagen





als erwartet, ein unpassender Modellmix, aber auch Währungseinflüsse. In seltenen Fällen werden die Leistungsziele übertroffen.

Das Verfehlen der Leistungsziele schlägt sich in einem geringeren Umsatz für den Importeur nieder. Damit der Importeur die mit dem Fahrzeughersteller vereinbarte Betriebsmarge dennoch erhält, müssen die vom Fahrzeughersteller an den Importeur verrechneten provisorischen Einkaufspreise nachträglich nach unten angepasst werden. Eine solche Reduktion der Einkaufspreise innert Jahresfrist nach der Einfuhr führt zu einer Herabsetzung der Bemessungsgrundlage für die Automobilsteuer; mittels Meldung dieser Preisreduktion kann der Automobilimporteur eine teilweise Rückerstattung der Steuer verlangen. Im umgekehrten Fall, in welchem der Importeur die Planzahlen übertrifft, werden die provisorischen Einkaufspreise nachträglich erhöht, um zur vereinbarten Betriebsmarge zu gelangen; mittels entsprechender Meldung der Preiserhöhung erfolgt eine Nacherhebung der Automobilsteuer.

Da die Planzahlen der Automobilkonzerne nur vereinzelt übertroffen werden, kommt es nicht sehr häufig zu einer nachträglichen Erhöhung der deklarierten Einfuhrpreise für die Neuwagen. Dementsprechend selten sind Meldungen über Preisanpassungen, die zu einer Nachforderung der Automobilsteuer führen. Dass die Rückerstattungserträge der Fahrzeugimporteure für die Automobilsteuer die Meldungen über Preiserhöhungen regelmässig um ein Vielfaches übersteigen, liegt daher nach unserer Beobachtung – und entgegen der im Erläuternden Bericht geäusserten Annahme – nicht an den erhebungstechnischen Schwierigkeiten für die Nachforderung der Automobilsteuer, sondern an den geltenden Verrechnungspreisvereinbarungen, welche bei den Schweizer Fahrzeugimporteuren verbreitet sind.

#### *Auswirkungen einer Abschaffung der Nachforderungs- und Rückerstattungsmöglichkeit auf das Steueraufkommen bei der Automobilsteuer*

Eine Abschaffung der Möglichkeit, innert Jahresfrist eintretende Änderungen der Steuerbemessungsgrundlage bei der Automobilsteuer zu berücksichtigen, würde die Automobilkonzerne unserer Ansicht nach dazu zwingen, ihre Verrechnungspreismethoden für die Einfuhr von Fahrzeugen in die Schweiz anzupassen.

Während heute die Automobilsteuer auf den tatsächlichen, nach Berücksichtigung der erwähnten Preisanpassungen ermittelten Einfuhrpreisen abgerechnet wird, wäre in Zukunft der provisorische Einkaufspreis die endgültige Steuerbasis für die Automobilsteuer. Abhängig von der jeweiligen Verrechnungspreismethode könnten somit zwei Fahrzeuge mit gleichem definitivem Einkaufspreis unterschiedlich



besteuert werden, nur weil der bei der Einfuhr errechnete provisorische Einkaufspreis unterschiedlich ausfällt.

Entsprechend bestünde ein Anreiz der Automobilkonzerne, den provisorischen Einkaufspreis neu – und stets im Einklang mit den OECD-Verrechnungspreisgrundsätzen – auf einer konservativeren Basis zu berechnen, statt wie bisher auf den in der Regel ehrgeizigen Planzahlen. Die in der Folge wahrscheinlich häufiger werdenden Anpassungen der Verrechnungspreise nach oben, welche zu einer Erhöhung des Einkaufspreises für die Fahrzeuge führen, wären unter dem Blickwinkel der Automobilsteuer unerheblich, da wie erwähnt der provisorische Einkaufspreis die endgültige Bemessungsgrundlage für die Automobilsteuer darstellt. Infolge der ebenfalls vorgesehenen Abschaffung der Steuernachforderungen bestünde in diesen Fällen aus Sicht des Fiskus auch keine Möglichkeit mehr, auf allfällig höheren effektiven Verrechnungspreisen (infolge von Preiserhöhungen) nachträglich noch die Automobilsteuer zu erheben.

Mit Blick auf das Steueraufkommen bei der Automobilsteuer gehen wir aus diesem Grund davon aus, dass dieses nach der Aufhebung der Nachbesteuerungs- und Rückerstattungsmöglichkeit tiefer ausfallen würde als heute. Die geplante Änderung der Verordnung würde sich somit aus finanzpolitischer Sicht als wenig zielführend darstellen, da sie zu einem tieferen statt wie geplant zu einem höheren Steueraufkommen führt.

Auch aus Sicht der Automobilkonzerne und der Schweizer Fahrzeugimporteure ist eine Umstellung der Verrechnungspreismethodik im vorstehend angedeuteten Sinne nicht wünschenswert, da sich die bisher angewandten Verrechnungspreismethoden an gleichwertige Regeln im Ausland anlehnen und sich auf dem Schweizer Markt bisher bewährt haben.

#### *Reduktion des Verwaltungsaufwands bei Nacherhebung und Rückerstattung der Automobilsteuer*

Gemäss dem Erläuternden Bericht verursacht die Prüfung der Rückerstattungsanträge bei der Automobilsteuer einen grossen Aufwand. Auch auf Seiten der Automobilimporteure ist das heutige Verfahren aufgrund der einzureichenden umfangreichen Unterlagen zeitaufwendig. Um den Erhebungsaufwand zu reduzieren, schlagen wir die Einführung eines Mechanismus vor, wonach nicht auf den Preis pro Fahrzeug abgestellt wird, sondern auf die Veränderung der beim Import der Fahrzeuge deklarierten gesamten Einfuhrpreise pro Importeur. Das Total der Einfuhrpreise ist aus der Datenbank der EZV ersichtlich; der Automobilimporteur müsste sodann einzig noch den Nachweis über die konzerninterne Verrechnungspreisanpassung in Bezug auf die der Automobilsteuer



unterliegenden Einfuhrpreise beibringen, wodurch sich der Betrag der zu viel bzw. zu wenig entrichteten Automobilsteuer mit wesentlich geringerem Aufwand feststellen lässt, als dies heute der Fall ist.

Der Betrag der Steuerrückerstattung bzw. –nachforderung für eine Abrechnungsperiode würde nach folgender Formel berechnet:

$$\text{Veränderung Steuerbetrag} = \frac{\text{Total bezahlte Automobilsteuer}}{\text{Total Einfuhrpreise}} * \text{Verrechnungspreisanpassung}$$

Dadurch verringerte sich nicht nur der Verwaltungsaufwand im Rahmen von Rückerstattungsge-suchen, sondern die EZV hätte auch eine verbesserte Handhabe, allfällige Steuernachforderungen als Folge einer Erhöhung der Einkaufspreise durchzusetzen.



## Anträge

Zusammenfassend erachten wir sowohl für die Automobilindustrie als auch mit Blick auf das Fiskalaufkommen eine Abschaffung der Nachforderungs- und Rückerstattungsmöglichkeit bei der Automobilsteuer aus den vorstehenden Gründen nicht als sinnvoll.

Richtig ist allerdings die Feststellung im Erläuternden Bericht, dass bis anhin eine ausreichende Delegationsnorm für die entsprechende Bestimmung in Art. 2 AStV fehlt. Wir schlagen deshalb vor, die Regelung über die Nachforderung und Rückerstattung der Automobilsteuer ins AStG oder BAZG-VG aufzunehmen.

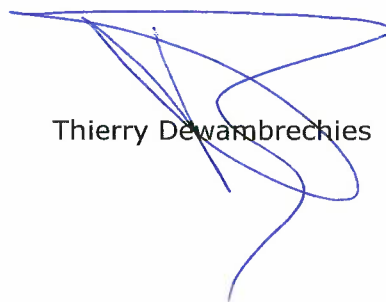
Ferner schlagen wir im Sinne einer Reduktion des Verwaltungsaufwandes vor, eine allfällige Rückerstattung bzw. Nacherhebung der Automobilsteuer auf dem Wege der prozentualen Reduktion bzw. Erhöhung der Verrechnungspreise pauschal festzulegen und auf die Berechnung der Preisanpassung für jedes einzelne Fahrzeug zu verzichten.

Wir danken Ihnen für die Entgegennahme unserer Vernehmlassung und wohlwollende Prüfung unserer Vorschläge, und verbleiben

mit freundlichen Grüssen



Frank Daniel



Thierry Dewambrechies





DIRECTION GÉNÉRALE

GPO

Par courrier électronique  
Département fédéral des finances  
Monsieur Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
3003 Berne  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Genève, le 15 décembre 2020

**Consultation relative à la loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (OFDF), et révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à l'affaire visée en marge, et vous remercions de l'invitation à prendre position dans le cadre de la vaste réforme engagée par l'Administration fédérale des douanes (AFD). En tant qu'exploitant d'un aéroport national, il nous importe de pouvoir compter sur une étroite collaboration avec vos services (douane et gardes-frontière) qui n'a d'ailleurs cessé de s'améliorer aux cours des dernières années. Comme vous le savez certainement, tant les contrôles douaniers que d'immigration sont effectués à l'aéroport de Genève par lesdits services, étant précisé que les seconds le sont par délégation de la police cantonale.

Dans l'ensemble, la loi et la révision proposées nous semblent cohérentes. Toutefois, quelques aspects nous interpellent de sorte que nous vous invitons à considérer les éléments exposés ci-après avec toute l'attention nécessaire.

### **1. Suppression des dépôts francs (art. 44 projet LE-OFDF)**

A la lecture du message accompagnant la révision, la suppression du statut de dépôts francs ne fait aucun doute, alors même que la justification détaillée fait défaut. L'aéroport de Genève accueille non seulement du trafic passagers mais également marchandises. La récente crise sanitaire a mis en lumière l'importance de ce second segment pour les compagnies aériennes suisses, qui assurent de tout temps un rôle essentiel dans le transport de biens destinés à l'exportation contribuant ainsi à la prospérité de la Suisse.

Dans ce contexte, Genève Aéroport met à disposition contre rémunération des emplacements dans la partie fret de la plateforme qui sont utilisés comme entrepôt franc et pour lesquels vos services ont récemment exigé de nouvelles mises aux normes (p. ex. traçabilité, liste d'inventaires). Dorénavant conformes à la réglementation, l'abolition d'un tel statut relèverait d'une erreur d'appréciation.

La disparition de telles structures va entraîner la multiplication d'exploitants d'entrepôts douaniers ce qui ne sera pas sans conséquences. En effet, le risque de fraude pourrait augmenter car il sera aisément possible de créer des entreprises n'ayant pour d'autre vocation que d'exploiter des entrepôts pour le compte de sociétés qui se verraient refuser l'autorisation, ou qui ne rempliraient pas les conditions. Nous sommes également convaincus que cela aura pour effet de décourager plusieurs petites entreprises, qui n'ont qu'un faible volume destiné au transport international, car elles pourraient être tentées de maintenir leurs activités par un canal moins sécurisé. Cela diminuera indéniablement l'attractivité de Genève et la Suisse en général sur la scène internationale.

Genève Aéroport devra sans aucun doute consacrer plus de ressources (humaines et financières) afin de gérer le surcroît de travail (location, gérance, aspects juridiques, surveillance etc.) du fait de l'existence de nouveaux partenaires et cocontractants. Il est d'ailleurs probable qu'il en sera de même pour les autorités fédérales concernées.

Dans ces conditions, tout en vous invitant à vous référer aux déterminations des Ports Francs & Entrepôts de Genève SA, de spedlogswiss Romandie et de la République et canton de Genève à ce propos, nous vous demandons de bien vouloir reconsidérer la modification envisagée de la loi sur cet aspect.

## **2. Boutiques hors taxes (art. 45 projet LE-OFDF)**

La présence de boutiques hors taxes tant au départ qu'à l'arrivée constitue une source de revenus non négligeable pour Genève Aéroport et contribue à renforcer son attractivité puisque la zone de chalandise de l'aéroport inclut la Suisse romande et au-delà, de même que la France et l'Italie.

Il convient assurément de maintenir les règles actuelles qui sont favorables à la compétitivité de la Suisse. Il est intéressant de relever que les dispositions fédérales ont inspiré d'autres États européens désireux de développer le commerce hors taxes à l'arrivée dans les aéroports.

Toute restriction ou complication à l'égard des conditions d'exploitation de telles boutiques aura un impact négatif puisque certaines dépenses auront désormais lieu à l'étranger et non en Suisse. A ce propos, il faut rappeler que l'aviation est de la compétence de la Confédération de sorte que les aéroports opèrent leurs activités sur la base d'une concession fédérale qui permet aux exploitants de proposer des activités commerciales que le droit cantonal ne saurait empêcher.

Dès lors, nous soutenons la reprise par la nouvelle législation des règles existantes, tout en suggérant de rajouter dans le message accompagnant celle-ci que l'exploitation de telles boutiques s'inscrit dans le cadre de la concession d'exploitation octroyée.

## **3. Coûts relatifs à la mise à disposition de l'infrastructure (art. 123 projet LE-OFDF)**

Comme déjà évoqué à maintes reprises dans de précédentes prises de position, la thématique de l'infrastructure mise à disposition et les coûts afférents à celles-ci manquent de clarté. L'actuel article 5 alinéa 2 de la loi sur les douanes (RS 631.0) mentionne clairement que « l'AFD érige pour l'exécution de ses tâches des bureaux de douane et des installations ; les coûts sont pris en charge par la Confédération ». L'alinéa 2 précise encore que « les tiers qui demandent à l'AFD d'exécuter ses tâches dans leurs installations et locaux doivent les mettre gratuitement à disposition et prendre en charge les frais d'exploitation encourus par l'AFD ».

Or, c'est bien la Confédération qui a désigné les aérodromes qui constituent une frontière extérieure Schengen et qui de surcroît a notamment considéré l'aéroport de Genève comme une infrastructure nationale critique. A ce titre, elle doit donc assumer les coûts inhérents à une telle installation, comme elle le fait déjà pour les contrôles d'immigration délégués par la police cantonale. Il convient de rappeler que tant les autorités en charge des contrôles douaniers que d'immigration effectuent des tâches qui relèvent de la puissance publique (activités dites régaliennes).

A toutes fins utiles, le fait de faire supporter à Genève Aéroport les coûts liés à l'infrastructure contrevient au Code frontière Schengen (règlement (UE) n° 2016/399) notamment à l'article 15 en conjonction avec l'annexe 6 chapitre 2 dudit règlement. En effet, il revient aux États membres, y compris la Suisse, de mettre en place des effectifs et des moyens appropriés et suffisants pour mettre en œuvre ladite réglementation. Un tel déploiement n'a de sens que si les États disposent de l'infrastructure requise, que les contrôles soient effectués pour le franchissement de la frontière par la voie terrestre, aérienne ou fluviale. Il n'y a pourtant aucune raison objective qui pourrait justifier une différenciation dans la prise en charge des frais qui découlent du dispositif douanier ou dispositif relatif au contrôle d'immigration.

Nous insistons par conséquent sur le fait que les coûts liés à l'infrastructure doivent être entièrement couverts par la Confédération et non être mis à la charge de Genève Aéroport d'une manière ou d'une autre.

#### **4. Appel à des tiers (art. 126 projet LE-OFDF)**

Le message accompagnant la nouvelle loi mentionne que « l'OFDF pourra notamment faire appel à du personnel de sécurité dans les aéroports (...) ». Il est toutefois peu aisé de s'imaginer ce qu'une telle phrase, rédigée de façon extrêmement large, signifie réellement.

Il importe de préciser cette notion avant que le message ne soit présenté aux chambres fédérales.

#### **5. Autres aspects**

Comme évoqué précédemment, le fret aérien revêt une grande importance pour la Suisse, les aéroports nationaux et les compagnies aériennes suisses qui desservent ceux-ci. La révision doit en tenir compte en intégrant la dématérialisation des formalités liées au transport de marchandises par les airs mise en place sous l'égide d'instances aéronautiques internationales telles IATA<sup>1</sup>. Dans ce contexte de digitalisation, les aéroports ont un grand intérêt à pouvoir bénéficier de statistiques détaillées dans des formats compatibles afin de pouvoir traiter aussi efficacement que possible le fret sur la plateforme.

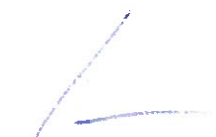
Au surplus, le message actuel contient encore trop de concepts flous tels que « l'amélioration du taux de contrôle lors du contrôle ciblé de marchandises » ou « la volonté d'assumer de nouvelles tâches ne relevant pas de sa compétence actuelle ». Il serait judicieux d'apporter les précisions requises avant toute discussion parlementaire.

<sup>1</sup> <https://www.iata.org/en/programs/cargo/e/eawb/>

Compte tenu de ce qui précède, et de la révision d'envergure envisagée, il est absolument nécessaire qu'une seconde consultation ait lieu lorsque les ordonnances d'application seront élaborées, et avant que le message ne soit soumis au parlement fédéral.

Monsieur Gaël Poget ([gael.poget@gva.ch](mailto:gael.poget@gva.ch), 022 717 70 04) se tient à votre disposition pour de plus amples informations.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, et tout en restant à votre disposition, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre considération distinguée.



**André Schneider**  
Directeur général

---

Copie (électronique) :

- Interne : pge, cht, sjr, stu, cwi, afl, yvi, avg
- Flughafen Zürich AG, Joana Filippi, Directrices des affaires publiques,  
[Joana.Filippi@zurich-airport.com](mailto:Joana.Filippi@zurich-airport.com)
- AEROSUISSE, Thomas Hurter, Président, [info@aerosuisse.ch](mailto:info@aerosuisse.ch)

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
3003 Bern

Ausschliesslich per E-Mail an:  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Zürich-Flughafen, 24. November 2020

**Vernehmlassung zum Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG): Stellungnahme der Flughafen Zürich AG**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. September 2020 haben Sie interessierte Kreise eingeladen, zum oben genannten Vernehmlassungsentwurf Stellung zu beziehen. Die Flughafen Zürich AG (FZAG) ist als Konzessionärin des Bundes Betreiberin des grössten Landesflughafens der Schweiz. Der Flughafen Zürich ist in Anbetracht der Anzahl Grenzübertritte von Personen und Waren wichtigste Schengen-Aussengrenze des Landes und wichtigste Schengen-Binnengrenze auf dem Luftweg. Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) ist zur Wahrnehmung ihrer zollrechtlichen Vollzugsaufgaben am Flughafen präsent, nutzt die Infrastruktur des Flughafens und arbeitet mit der FZAG erfolgreich zusammen. Von der geplanten Neuorganisation der EZV und der Anpassung des Zollrechts sehen wir uns massgeblich betroffen, weshalb wir uns erlauben, Ihnen im Folgenden unsere Stellungnahme zu unterbreiten.

## **Allgemeine Bemerkungen**

Die Flughafen Zürich AG begrüsst die Stossrichtung der vorliegenden Zollrechtsrevision insofern, als sie die EZV in eine zeitgemässe Organisationsstruktur überführt und die Zollprozesse konsequent digitalisiert und vereinfacht. Die finale Umsetzung des Transformationsprogramms DaziT bringt für das Schweizer Zollwesen grosse Fortschritte und erleichtert nicht zuletzt die Warenabfertigung bei der Luftfracht beträchtlich.



Abgesehen davon sehen wir keinen substanziellen Änderungsbedarf beim Zollrecht. Es ist nachvollziehbar und begrüßenswert, dass die Totalrevision auch eine Modernisierung des Rechts beinhaltet, indem beispielsweise veraltete Begriffe ersetzt oder einzelne Präzisierungen vorgenommen werden. Allerdings darf dies nicht, wo nicht in direktem Zusammenhang mit DaziT und der neuen Organisationsstruktur des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG), neue Rechte und Pflichten für die Beteiligten des Zollwesens umfassen. So sind zusätzliche finanzielle wie auch administrative Verpflichtungen Dritter, insbesondere der Infrastrukturanbieter, zwingend zu vermeiden. Dort, wo die Flughafenbetreiber der EZV, beziehungsweise neu dem BAZG, Infrastrukturen zwecks Ausübung von hoheitlichen Aufgaben zur Verfügung stellen, sind sie weiterhin angemessen dafür zu entschädigen.

Der Entwurf des Rahmengesetzes (BAZG-VG) enthält viele Delegationsnormen an den Bundesrat. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision. Umso wichtiger erscheint uns, dass der Bundesrat dem Parlament die Verordnungsentwürfe aufzeigt, wenn dieses die Gesetzesrevision beraten wird. Zudem ist zu den Verordnungen ebenfalls eine Vernehmlassung durchzuführen.

**Antrag 1:** Der Bundesrat hat zu den Verordnungsentwürfen, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Zollrechtsrevision stehen, eine Vernehmlassung durchzuführen, bevor das Parlament die Gesetzesentwürfe berät.

## Bemerkungen zu den Bestimmungen

### **Art. 45 E-BAZG-VG «Bewilligung für den Betrieb von Zollfreiläden und Bordbuffetdiensten»**

Die Flughafen Zürich AG ist im Besitz einer Bewilligung des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) für die Einrichtung von Zollfreiläden am Flughafen Zürich. Die Voraussetzungen für diese Bewilligung sollen neu in Art. 45 E-BAZG-VG geregelt werden. Abweichend von den Bestimmungen des geltenden Rechts soll neu der Bundesrat festlegen können, auf welchen Flugplätzen Zollfreiläden bewilligungsfähig sind. Wir wollen an dieser Stelle festhalten, dass im Rahmen der Verordnung die Bewilligungserteilung an die Flughafen Zürich AG weiterhin sichergestellt sein muss. Am grössten Landesflughafen der Schweiz sind Duty Free-Shops bei der Ausreise und Ankunft fester Bestandteil des Versorgungsangebots für Reisende und werden von der Kundschaft entsprechend nachgefragt.

Auch erwarten wir, dass der Bundesrat die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die zusätzlich zur Gewährleistung der nötigen Kontroll- und Sicherungsmassnahmen gelten sollen (Abs. 3), mit Verhältnismässigkeit festlegt. Falls eine inhaltliche Änderung der Bewilligungsvoraussetzungen gegenüber heute in Erwägung gezogen wird, müssten diese Erleichterungen beinhalten. Dasselbe gilt für die Festlegung der Waren, die verkauft werden dürfen (Abs. 1 Bst. b). Die wirtschaftliche Lage, bedingt durch die Coronakrise, wird die am Flughafen tätigen Unternehmen für längere Zeit stark belasten. Umso wichtiger ist, dass den Wirtschaftsteilnehmern keine zusätzlichen Hürden auferlegt werden.

**Antrag 2:** Die Bewilligungserteilung an die Flughafen Zürich AG für die Einrichtung von Zollfreiläden muss im Rahmen der Verordnung des Bundesrats weiterhin sichergestellt sein. Die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die der Bundesrat gemäss Art. 45 Abs. 3 E-BAZG-VG festlegen kann, dürfen zu keiner Erschwerung der Bewilligungserteilung gegenüber heute führen.

## **Art. 123 E-BAZG-VG «Infrastruktur Dritter»**

Inhaltliche Grundlage für Art. 123 BAZG-VG bildet der heute gültige Art. 5 Zollgesetz (ZG; SR 631.0). Art. 5 Abs. 1 ZG hält als Grundsatz fest, dass die Kosten der Zollstellen und Zollanlagen der Bund trägt. Abweichend davon gilt mit Art. 5 Abs. 2 ZG: Wenn die EZV ihre Aufgaben «auf Begehren Dritter» erfüllt, müssen diese die erforderliche Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung stellen und die Betriebskosten übernehmen.

Bis heute gilt die Annahme, dass die Zollkontrollen am Flughafen nicht «auf Begehren» der Flugplatzhalter stattfinden, sondern eine hoheitliche Aufgabe sind. So wie die EZV für Kosten von Infrastruktur und Betrieb an den Zollstellen bei den Grenzübergängen von Strasse und Schiene aufkommt, so trägt sie grundsätzlich diese Kosten auch an den Flughäfen. Für die Nutzung von Räumlichkeiten und den Gebäudeunterhalt entschädigt die EZV die FZAG mit einem niedrigen einstelligen Millionenbetrag pro Jahr (der grösste Teil davon in Form von Mietzinsen). Für sämtliche Betriebskosten kommt die EZV selbst auf. Sie beteiligt sich zudem an den Kosten von baulichen Massnahmen, die den Zollbereich betreffen. Eine Ausnahme besteht dort, wo die FZAG aufgrund Betriebsoptimierung oder Kapazitätserhöhung weitere Infrastrukturen erstellt hat, die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags aus Sicht der EZV nicht nötig wären. Dies war beispielsweise bei der Erstellung eines zweiten Zolldurchgangs bei der Passagierankunft der Fall. In diesem Fall trug die FZAG die Infrastruktur-Kosten selber, da die EZV darauf bestand, dass die Erweiterung auf «Begehren Dritter» gem. Art. 5 Abs. 2 ZG erfolgte. Die FZAG begrüsst die heute geltende Regelung: Sie stellt sicher, dass der Staat die Kosten der hoheitlichen Aufgabe der Zollkontrollen trägt und sieht bei über die Minimalerfordernisse hinausgehenden Vorhaben der Infrastrukturbetreiber eine entsprechende Kostenbeteiligung vor. Wir unterstützen deshalb die inhaltliche Überführung von Art. 5 Abs. 2 ZG ins neue Gesetz. Es bleibt jedoch anzumerken, dass Zoll- und Steuerlagerhalter sowie die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten nicht unter «Dritte» gem. Art. 123 Abs. 1 E-BAZG-VG fallen und somit weder für Infrastruktur- noch für Betriebskosten des BAZG belangt werden können.

Als privatwirtschaftlich agierende Flughafenbetreiberin wehren wir uns gegen jegliche Tendenzen, die zu einer Aufweichung der Kostentragungspflicht des Bundes bei hoheitlichen Aufgaben führen könnten. Vor diesem Hintergrund ist Art. 123 E-BAZG-VG in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens findet der bestehende Art. 5 Abs. 1 ZG im neuen Gesetzesentwurf keine Erwähnung mehr. Im Erläuternden Bericht (S. 105) ist zwar festgehalten, dass das BAZG die Grundinfrastruktur für die Erfüllung seiner Aufgaben selber errichtet. Dieser Grundsatz bedürfe jedoch keiner Erwähnung im Gesetz. Diese Schlussfolgerung ist aus unserer Sicht verfehlt. Es handelt sich hier um einen zentralen Grundsatz, nämlich, dass der Staat für die Kosten seiner hoheitlichen Aufgaben im Zollbereich aufkommt. Der Grundsatz muss zwingend auch im BAZG-VG festgehalten sein, damit an dessen Gültigkeit keine Zweifel aufkommen.



Zweitens verweist Art. 123 E-BAZG-VG Abs. 2 neu auf Vorbehalte durch besondere Bestimmungen des Bundesrechts. Wie dem Erläuternden Bericht zu entnehmen ist, zählt dazu insbesondere Art. 105 Abs. 2 Luftfahrtgesetz (LFG; SR 748.0), der die Flugplatzhalter zur Bereitstellung der für die Zollabfertigung notwendigen Räume verpflichtet. Diese Bestimmung im LFG wird von der FZAG und den anderen Flugplatzhaltern bereits heute vollumfänglich erfüllt, indem der EZV die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Im Gegenzug bezahlt die EZV Miete. Es handelt sich demnach um eine entgeltliche Zurverfügungstellung. Es entbehrt deshalb jeglicher Logik, weshalb diese Bestimmung des LFG als Vorbehalt zu Art. 123 Abs. 1 BAZG-VG gelten soll, der die Entschädigung des BAZG für die Erfüllung von Aufgaben «auf Begehren Dritter» regelt. Zudem enthält Art. 105 Abs. 1 LFG wiederum einen Vorbehalt der Gesetzgebung über Zoll und Grenzsicherheit. Ein wechselwirkender Vorbehalt sowohl im LFG wie im BAZG verwirrt oder hebt sich gegenseitig auf. Art. 123 Abs. 2 E-BAZG-VG ist deshalb aus dem Gesetzesentwurf zu streichen.

**Antrag 3:** Art. 123 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:

*<sup>1(neu)</sup> Die Kosten der Infrastruktur, in der das BAZG seine Aufgaben erfüllt, trägt der Bund. Vorbehalten bleibt Absatz 2.*

*<sup>2</sup> Das BAZG kann seine Aufgaben auf Begehren Dritter in deren Infrastruktur erfüllen. Diese müssen die erforderliche Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung stellen und das BAZG für die Betriebskosten angemessen entschädigen.*

*<sup>2</sup> ~~Vorbehalten bleiben besondere Bestimmungen des Bundesrechts.~~*

## **Art. 124 E-BAZG-VG «Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen»**

Als Flughafenbetreiberin sind wir mit unserem Personal schon heute von einer Mitwirkungspflicht gegenüber der EZV betroffen. Diese ist in Art. 141 Zollverordnung (ZV; SR 631.01) geregelt. Grundsätzlich begrüssen wir, dass die Mitwirkungspflicht gesetzlich festgehalten und auf alle Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiber, unabhängig des Verkehrsträgers, ausgeweitet wird. Dabei sollten auch die Abfertigungsunternehmen (Handling-Agents) namentlich erwähnt werden, die bei der Warenabfertigung eine wichtige Rolle einnehmen.

Das Prinzip der generellen Unentgeltlichkeit dieser Mitwirkung beurteilen wir jedoch kritisch – umso mehr, weil der Umfang der Mitwirkungspflicht sowie der Anordnungs-Kompetenz des BAZG im Gesetzeslaut nicht eingegrenzt wird. Das Gesetz lässt damit einen grossen Auslegungsspielraum offen, mit der Gefahr, dass das BAZG die Mitwirkungspflicht beispielsweise zwecks unentgeltlicher Deckung zusätzlichen Personalbedarfs interpretieren könnte. Dass die Unterstützung des Personals des BAZG durch die Infrastrukturbetreiber und Transportunternehmen nicht hauptsächlich und dauerhaft, sondern nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt ist, muss deshalb zwingend in Art. 124 BAZG-ZG festgehalten werden.

Verhältnismässigkeit gilt es auch in Bezug auf die Anordnungsgewalt des BAZG zu wahren. So muss für die betroffenen Unternehmen die Möglichkeit bestehen, Anordnungen des BAZG gerichtlich anzufechten, falls diese den legitimen Umfang der Mitwirkungspflicht übersteigen. Deshalb sollte das BAZG seine Anordnungen auf Verlangen per Verfügung erteilen, damit unter Umständen entsprechende Rechtsmittel ergriffen werden können.



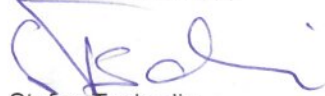
**Antrag 4:** Art. 124 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:

Titel: *Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen*

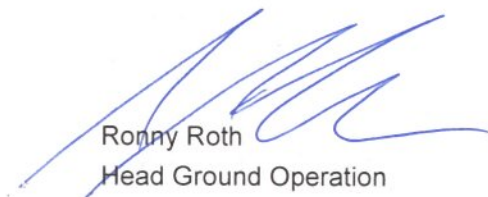
Text: *Das Personal von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und von Infrastrukturbetreiberinnen, insbesondere im Bereich des Eisenbahn-, Luft und Schiffsverkehrs, muss das BAZG beim Aufgabenvollzug ~~gemäss seinen Anordnungen~~ unentgeltlich unterstützen. Die unentgeltliche Unterstützung kann nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt verlangt werden. Entsprechende Anordnungen des BAZG erfolgen auf Antrag des Betroffenen in Form einer Verfügung.*

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Stefan Tschudin  
Chief Operation Officer



Ronny Roth  
Head Ground Operation

Beilage

- Ausgefülltes Antwortformular



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Flughafen Zürich AG

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : FZAG

Adresse : Postfach, 8058 Zürich-Flughafen

Kontaktperson : Herr Ronny Roth

Telefon : +41 43 816 73 05

E-Mail : [ronny.roth@zurich-airport.com](mailto:ronny.roth@zurich-airport.com)

Datum : 24.11.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 11 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 20 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 21 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| FZAG                    | Die Stossrichtung der vorliegenden Zollrechtsrevision ist insofern zu begrüßen, als sie die EZV in eine zeitgemässe Organisationsstruktur überführt und die Zollprozesse konsequent digitalisiert und vereinfacht. Die finale Umsetzung des Transformationsprogramms DaziT bringt für das Schweizer Zollwesen grosse Fortschritte und erleichtert die Warenabfertigung beträchtlich.  |
| FZAG                    | Abgesehen davon gibt es jedoch keinen substanziellen Änderungsbedarf beim Zollrecht. Wo nicht in direktem Zusammenhang mit DaziT und der neuen Organisationsstruktur des BAZG, darf die Revision keine neuen Rechte und Pflichten für die Beteiligten des Zollwesens umfassen. So sind zusätzliche finanzielle wie auch administrative Verpflichtungen Dritter, insbesondere der Infrastrukturanbieter, zwingend zu vermeiden. Dort, wo die Flughafenbetreiber der EZV, beziehungsweise neu dem BAZG, Infrastrukturen zwecks Ausübung von hoheitlichen Aufgaben zur Verfügung stellen, sind sie weiterhin angemessen dafür zu entschädigen. |
| FZAG                    | <p>Der Entwurf des BAZG-VG enthält viele Delegationsnormen an den Bundesrat. Die Unkenntnis der zu revidierenden Verordnungsinhalte erschwert eine Gesamtbeurteilung der Gesetzesrevision. Umso wichtiger ist, dass der Bundesrat dem Parlament die Verordnungsentwürfe aufzeigt, wenn dieses die Gesetzesrevision beraten wird.</p> <p>Anregung: Der Bundesrat hat zu den Verordnungsentwürfen, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Zollrechtsrevision stehen, eine Vernehmlassung durchzuführen, bevor das Parlament die Gesetzesentwürfe berät.</p>   |
| FZAG                    |   |
| FZAG                    |   |
| FZAG                    |   |
| FZAG                    |   |
| FZAG                    |   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |
|------|--|
| FZAG |  |
| FZAG |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| FZAG | 45   |      |      | <p>Die Flughafen Zürich AG ist im Besitz einer Bewilligung des EFD für die Einrichtung von Zollfreiläden am Flughafen Zürich. Abweichend von den Bestimmungen des geltenden Rechts soll gemäss Art. 45 E-BAZG-VG neu der Bundesrat festlegen können, auf welchen Flugplätzen Zollfreiläden bewilligungsfähig sind. Wir wollen an dieser Stelle festhalten, dass im Rahmen der Verordnung die Bewilligungserteilung an die Flughafen Zürich AG weiter-hin sichergestellt sein muss. Am grössten Landesflughafen der Schweiz sind Duty Free-Shops bei der Ausreise und Ankunft fester Bestandteil des Versorgungsangebots für Reisende und werden von der Kundschaft entsprechend nachgefragt.</p> <p>Anregung: Die Bewilligungserteilung an die Schweizer Landesflughäfen für die Einrichtung von Zollfreiläden muss im Rahmen der Verordnung des Bundesrats weiterhin sichergestellt sein.</p> |   |
| FZAG | 45   | 3    |      | <p>Auch erwarten wir, dass der Bundesrat die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die zusätzlich zur Gewährleistung der nötigen Kontroll- und Sicherungsmassnahmen gelten sollen (Abs. 3), mit Verhältnismässigkeit festlegt. Falls eine inhaltliche Änderung der Bewilligungsvoraussetzungen gegenüber heute in Erwägung gezogen wird, müssten diese Erleichterungen beinhalten. Dasselbe gilt für die Festlegung der Waren, die verkauft werden dürfen (Abs. 1 Bst. b). Die wirtschaftliche Lage, bedingt durch die</p>   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |  |
|------|-----|---|--|--|--|
|      |     |   |  | <p>Coronakrise, wird die am Flughafen tätigen Unternehmen für längere Zeit stark belasten. Umso wichtiger ist, dass den Wirtschaftsteilnehmern keine zusätzlichen Hürden auferlegt werden.</p> <p>Anregung: Die «weiteren Bewilligungsvoraussetzungen», die der Bundesrat gemäss Art. 45 Abs. 3 E-BAZG-VG festlegen kann, dürfen zu keiner Erschwerung der Bewilligungserteilung gegenüber heute führen.</p>   |  |
| FZAG | 123 | 1 |  | <p>Bis heute gilt die Annahme, dass die Zollkontrollen am Flughafen nicht «auf Begehren» der Flugplatzhalter stattfinden, sondern eine hoheitliche Aufgabe sind. So wie die EZV für Kosten von Infrastruktur und Betrieb an den Zollstellen bei den Grenzübergängen von Strasse und Schiene aufkommt, so trägt sie grundsätzlich diese Kosten auch an den Flughäfen. Für die Nutzung von Räumlichkeiten und den Gebäudeunterhalt entschädigt die EZV die FZAG mit einem niedrigen einstelligen Millionenbetrag pro Jahr (der grösste Teil davon in Form von Mietzinsen). Für sämtliche Betriebskosten kommt die EZV selbst auf. Sie beteiligt sich zudem an den Kosten von baulichen Massnahmen, die den Zollbereich betreffen. Eine Ausnahme besteht dort, wo die FZAG aufgrund Betriebsoptimierung oder Kapazitätserhöhung weitere Infrastrukturen erstellt hat, die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags aus Sicht der EZV nicht nötig wären. Dies war beispielsweise bei der Erstellung eines zweiten Zolldurchgangs bei der Passagierankunft der Fall. In diesem Fall trug die FZAG die Infrastrukturkosten selber, da die EZV darauf bestand, dass die Erweiterung auf «Begehren Dritter» gem. Art. 5 Abs. 2 ZG erfolgte. Die FZAG begrüsst die heute geltende Regelung: Sie stellt sicher, dass der Staat die Kosten der hoheitlichen Aufgabe der Zollkontrollen trägt und sieht bei über die Minimalerfordernisse hinausgehenden Vorhaben der</p> | <p>Art. 123 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:</p> <p>1(neu) Die Kosten der Infrastruktur, in der das BAZG seine Aufgaben erfüllt, trägt der Bund. Vorbehalten bleibt Absatz 2.</p> <p>2 Das BAZG kann seine Aufgaben auf Begehren Dritter in deren Infrastruktur erfüllen. Diese müssen die erforderliche Infrastruktur unentgeltlich zur Verfügung stellen und das BAZG für die Betriebskosten angemessen entschädigen.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |   |
|------|-----|---|--|--|---|
|      |     |   |  | <p>Infrastrukturbetreiber eine entsprechende Kostenbeteiligung vor. Wir unterstützen deshalb die inhaltliche Überführung von Art. 5 Abs. 2 ZG ins neue Gesetz. Es bleibt jedoch anzumerken, dass Zoll- und Steuerlagerhalter sowie die zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten nicht unter «Dritte» gem. Art. 123 Abs. 1 E-BAZG-VG fallen und somit weder für Infrastruktur- noch für Betriebskosten des BAZG belangt werden können.</p> <p>Als privatwirtschaftlich agierende Flughafenbetreiberin wehren wir uns gegen jegliche Tendenzen, die zu einer Aufweichung der Kostentragungspflicht des Bundes bei hoheitlichen Aufgaben führen könnten. Vor diesem Hintergrund ist Art. 123 E-BAZG-VG problematisch. Erstens findet der bestehende Art. 5 Abs. 1 ZG im neuen Gesetzesentwurf keine Erwähnung mehr. Im Erläuternden Bericht (S. 105) ist zwar festgehalten, dass das BAZG die Grundinfrastruktur für die Erfüllung seiner Aufgaben selber errichtet. Dieser Grundsatz bedürfe jedoch keiner Erwähnung im Gesetz. Diese Schlussfolgerung ist aus unserer Sicht verfehlt. Es handelt sich hier um einen zentralen Grundsatz, nämlich, dass der Staat für die Kosten seiner hoheitlichen Aufgaben im Zollbereich aufkommt. Der Grundsatz muss zwingend auch im BAZG-VG festgehalten sein, damit an dessen Gültigkeit keine Zweifel aufkommen.</p> |   |
| FZAG | 123 | 2 |  | <p>Art. 123 E-BAZG-VG Abs. 2 verweist neu auf Vorbehalte durch besondere Bestimmungen des Bundesrechts. Wie dem Erläuternden Bericht zu entnehmen ist, zählt dazu insbesondere Art. 105 Abs. 2 Luftfahrtgesetz (LFG), der die Flugplatzhalter zur Bereitstellung der für die Zollabfertigung notwendigen Räume verpflichtet. Diese Bestimmung im LFG wird von der FZAG und den</p>   | <p>Art. 123 Abs. 2 E-BAZG-VG ist zu streichen</p> |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |  |  |
|------|-----|--|--|--|--|
|      |     |  |  | anderen Flugplatzhaltern bereits heute vollumfänglich erfüllt, indem der EZV die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Im Gegenzug bezahlt die EZV Miete. Es handelt sich demnach um eine entgeltliche Zurverfügungstellung. Es entbehrt deshalb jeglicher Logik, weshalb diese Bestimmung des LFG als Vorbehalt zu Art. 123 Abs. 1 BAZG-VG gelten soll, der die Entschädigung des BAZG für die Erfüllung von Aufgaben «auf Begehren Dritter» regelt. Zudem enthält Art. 105 Abs. 1 LFG wiederum einen Vorbehalt der Gesetzgebung über Zoll und Grenzsicherheit. Ein wechselwirkender Vorbehalt sowohl im LFG wie im BAZG verwirrt oder hebt sich gegenseitig auf. Art. 123 Abs. 2 E-BAZG-VG ist deshalb aus dem Gesetzesentwurf zu streichen.   |  |
| FZAG | 124 |  |  | Als Flughafenbetreiberin sind wir mit unserem Personal schon heute von einer Mitwirkungspflicht gegenüber der EZV betroffen. Diese ist in Art. 141 ZV geregelt. Grundsätzlich begrüssen wir, dass die Mitwirkungspflicht gesetzlich festgehalten und auf alle Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiber, unabhängig des Verkehrsträgers, ausgeweitet wird. Dabei sollten auch die Abfertigungsunternehmen (Handling-Agents) namentlich erwähnt werden, die bei der Warenabfertigung eine wichtige Rolle einnehmen. Das Prinzip der generellen Unentgeltlichkeit dieser Mitwirkung beurteilen wir jedoch kritisch – umso mehr, weil der Umfang der Mitwirkungspflicht sowie der Anordnungs-Kompetenz des BAZG im Gesetzeslaut nicht eingegrenzt wird. Das Gesetz lässt damit einen grossen Auslegungsspielraum offen, mit der Gefahr, dass das BAZG die Mitwirkungspflicht beispielsweise zwecks unentgeltlicher Deckung zusätzlichen Personalbedarfs interpretieren könnte. Dass die Unterstützung des Personals des BAZG durch die Infrastrukturbetreiber und | Art. 124 E-BAZG-VG ist wie folgt anzupassen:<br>Titel: Mitwirkungspflicht des Personals von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen<br><br>Text: Das Personal von Transportunternehmen, Abfertigungsunternehmen und von Infrastrukturbetreiberinnen, insbesondere im Bereich des Eisenbahn-, Luft und Schiffsverkehrs, muss das BAZG beim Aufgabenvollzug unentgeltlich unterstützen. Die unentgeltliche Unterstützung kann nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt verlangt werden. Entsprechende Anordnungen des BAZG erfolgen auf Antrag des Betroffenen in Form einer Verfügung. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
|      |  |  |  | <p>Transportunternehmen nicht hauptsächlich und dauerhaft, sondern nur in untergeordnetem Ausmass, punktuell und zeitlich begrenzt ist, muss deshalb zwingend in Art. 124 BAZG-ZG festgehalten werden.</p> <p>Verhältnismässigkeit gilt es auch in Bezug auf die Anordnungsgewalt des BAZG zu wahren. So muss für die betroffenen Unternehmen die Möglichkeit bestehen, Anordnungen des BAZG gerichtlich anzufechten, falls diese den legitimen Umfang der Mitwirkungspflicht übersteigen. Deshalb sollte das BAZG seine Anordnungen auf Verlangen per Verfügung erteilen, damit unter Umständen entsprechende Rechtsmittel ergriffen werden können.</p> |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>           |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------|--------------------------|--|---------------------------|
| FZAG | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| FZAG | <input type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |
| FZAG |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |        |      |      |      |                    |   |
|---|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Name  | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |
| FZAG  |        |      |      |      |                    |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |
| FZAG   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |
| FZAG  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |
| FZAG   |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |
| FZAG |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |
| FZAG   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |
| ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ | ☒ |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

Adobe Acrobat Reader interface showing document protection settings.

**Überprüfen** (Check) button is highlighted in the top toolbar.

**Bearbeitung einschr.** (Restrict Editing) button is highlighted in the top toolbar.

**Bearbeitung einschränken** (Restrict Editing) dialog box is open on the right side.

**1. Formatierungseinschränkungen** (1. Formatting Restrictions)

- ☒ Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken (Restrict formatting to a selection of style sheets)

**2. Bearbeitungseinschränkungen** (2. Content Restrictions)

- ☒ Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen: (Allow only these content changes in the document)
- Ausfüllen von Formularen (Fill in form fields)

**3. Schutz anwenden** (3. Apply Protection)

Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.) (Are you ready to apply these settings? (You can turn them off later.))

**Ja, Schutz jetzt anwenden** (Yes, apply protection now)

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |
| ☒    | ☒                  |



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Hansjörg Giger

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : -

Adresse : Hauptstrasse 25, 8246 Langwiesen

Kontaktperson : H. Giger

Telefon : 052 654 05 58

E-Mail : giger-bucher@bluewin.ch

Datum : 31.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz* – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen..... 2

*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz* – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016..... 3

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name                     | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)                                      |
|--------------------------|------|------|------|--|--|
| Einsprache;<br>Grundsatz | 58   | 2    |      | Für natürliche Personen, die nicht im Auftrag und in fremdem Namen einer juristischen Person handeln, soll ein Beschwerdeverfahren auch auf dem analogen (schriftlichen) Weg möglich sein (Beispiel: Einsprache gegen Veranlagungsverfügungen bei mündlicher Warenanmeldung im Reiseverkehr); betrifft insbes. wenig begüterte | Das Einspracheverfahren wird vornehmlich elektronisch durchgeführt (oder ähnlich). |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                               |    |   |  |  |  |
|-------------------------------|----|---|--|--|--|
|                               |    |   |  | Personen, die keinen Zugang zu elektronischen Hilfsmitteln haben. Gewährleistung der Kohärenz zu anderen Rechtserlassen wie VwVG und VStR. |  |
| Verwaltungsinterne Beschwerde | 60 | 2 |  | Begründung siehe obige Bemerkung zu Art. 58, Abs. 2  | Das Einspracheverfahren wird vornehmlich elektronisch durchgeführt (oder ähnlich). |

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|  | Antwort                             |  | Bemerkung/Anregung |
|--|-------------------------------------|--|--------------------|
|  | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                    |
|  | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                    |

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Eidgenössische Zollverwaltung EZV  
Taubenstrasse 16  
3003 Bern

Via Email an:  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

Dagmersellen, 23. Dezember 2020

**Vernehmlassungsantwort von JT International AG Dagmersellen (JTI) zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

JTI nimmt im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG) wie folgt Stellung:

- Wir begrüssen die Weiterentwicklung des BAZG zur agilen Organisation bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Beratung durch einen persönlichen Kundenberater mit Expertenwissen, wie dies gemäss der Studie Inlandbesteuerung 2026 für Kunden der Kategorie «Personal» - zu welcher JTI unserer Einschätzung nach wohl zuzuordnen ist - vorgesehen ist.
- Wir begrüssen die Vereinheitlichung der vom BAZG geführten Abgabe- und Rechtsmittelverfahren sowie die durchgängige Digitalisierung ebendieser. In diesem Zusammenhang positiv zu erwähnen ist die im 2. Kapitel: Rechtsschutz, 2. Abschnitt: Einsprache Art. 58 Abs. 1 BAZG-VG gegenüber der heutigen Einsprachefrist im Tabaksteuergesetz (Art. 31) um 30 Tage längere Einsprachefrist.
- Wir bedauern, dass in Bezug auf Rückerstattungen von Amtes wegen, das BAZG-VG keine Bestimmung mehr vorsieht, welche es wie Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz ermöglicht, dass wenn bei der amtlichen Nachprüfung der Steuerveranlagung oder bei Betriebskontrollen eine zu Unrecht erhobene Steuer festgestellt wurde, der

zu viel bezahlte Betrag von Amts wegen zurückerstattet wird. Dies ist insbesondere deshalb stossend, da es sich bei der Tabaksteuer um eine Verbrauchssteuer handelt, mit welcher der effektive Verbrauch im Inland besteuert werden soll. Es ist deshalb aus unserer Sicht nicht angezeigt, dass hier eine wenig praxisnahe und sehr restriktive neue Regelung einzuführen. Die bisher angewandte Praxis, die sich an der relativen Verjährungsfrist von fünf Jahren gemäss Art. 23 Abs. 1 Tabaksteuergesetz orientiert, hat sich aus unserer Sicht sowohl hinsichtlich der Rechtssicherheit als auch im Sinne einer effektiven Besteuerung des Inlandverbrauchs bewährt. Entsprechend regen wir an, das BAZG-VG um eine Bestimmung gemäss besagtem bisherigen Art. 22 Abs. 2 Tabaksteuergesetz zu ergänzen, um die bisherige Praxis auch weiterhin zu ermöglichen.

- Wir begrüssen, dass der Bundesrat hinsichtlich der Deklarantenstrafpraxis (Art. 133 BAZG-VG) zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt hat, die im Ergebnis beide das Ziel haben, in Bagatellfällen auf Strafe verzichten zu können. Aufgrund der Tatsache, dass mit Variante 2 eine Einzelfallprüfung nicht mehr notwendig ist und entsprechend die Rechtsunterworfenen leichter einschätzen können, ob ihr Handeln strafrechtlich verfolgt werden könnte oder nicht, ist diese zu favorisieren. Folglich begrüssen wir, dass im Tabaksteuergesetz in den Fällen von Art. 36 Abs. 3 lit. a sowie lit. c-h auf eine Strafbarkeit bei Fahrlässigkeit bzw. in der Folge auf Art. 133 BAZG-VG verzichtet werden soll.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Informationen oder Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Kevin Suter

Manager  
Corporate Affairs & Communications



Aaron Agnolazza

Expert  
Corporate Affairs & Communications



Per Email:  
rechtsetzung@ezv.admin.ch

St. Gallen, 31. Dezember 2020

Unsere Referenz

Ihre Referenz

Kontakt

Markus Buerkler

UserPhonembuerkler@kpmg.com

**Bundesgesetz über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG)  
Stellungnahme der KPMG AG mit Fokus auf die öffentlichen und privaten Museen / Sammlungen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassungseröffnung zum Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie die Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG). Die Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) fusst im Wesentlichen auf der digitalen Transformation der Eidg. Zollverwaltung (EZV).

Im Zuge der Totalrevision des Zollgesetzes ist zu berücksichtigen, dass es nicht nur auf Seiten der Eidg. Zollverwaltung, sondern auch auf Seiten der Zollpflichtigen zu einer digitalen Transformation bzw. auch zu einer Digitalisierung in sämtlichen Bereichen kommt bzw. kommen wird. Im Zuge der Totalrevision des Zollgesetzes sollen zudem bestehende Praxis- und Gesetzeslücken, die derzeit insbesondere im Bereich von öffentlichen und privaten Museen bzw. Sammlungen festzustellen sind, in sachgerechter Weise und im Hinblick auf die digitale Transformation bei den Museen behoben werden. Mit einer sachgerechten und zeitgemässen Praxisfestlegung soll zudem sichergestellt werden, dass gesamtschweizerisch eine einheitliche Verwaltungspraxis in Bezug auf Sammlungen und Museen angewandt wird.

Mit der derzeitigen Totalrevision des Zollabgabengesetzes und der Zollverordnung bzw. der Zollpraxis sollen die Grundlagen geschaffen werden, damit die Digitalisierungsbestrebungen im Museumsbereich auch zollgesetzeskonform umgesetzt werden können.

Unsere Vernehmlassungseingabe basiert auf einer repräsentativen Umfrage bei öffentlichen und privaten Museen und Sammlungen. KPMG AG, die in keinem Auftragsverhältnis zu einem oder mehreren dieser Museen steht, hat die Antworten ausgewertet und ermittelt, wo die Bedürfnisse der Museen für die Zukunft zu finden sind und welche Einflüsse diese auf ein neues Zollgesetz bzw. eine Zollpraxis haben müssten. Es kann schon eingangs festgehalten werden, dass aus Sicht der Museen in verschiedenen Bereichen Änderungen notwendig sind.

Die wichtigsten Anträge werden wir nachfolgend darlegen und in den nachfolgenden Abschnitten dieser Vernehmlassungseingabe erläutern. Zum besseren Verständnis haben wir jeweils die aktuelle Praxiserfahrung dargelegt und anschliessend eine Korrektur bzw. Änderung erläutert.

Basierend auf der Auswertung des Fragebogens können folgende Hauptanträge formuliert werden:

- Liberale und sachgerechte Interpretation des privilegierten Empfängers (Museumsstatus) unter Berücksichtigung der digitalen Transformation;
- Erarbeitung einer zollrechtlichen Verwaltungspraxis zur Museumsdefinition unter Berücksichtigung der Digitalisierung, damit Praxislücken geschlossen werden können;
- Schaffung der zollrechtlichen Gesetzesgrundlage für die digitale Entwicklung bei den Museen;
- Zeitgemässe Interpretation von Kunstwerken (Gleichstellung von Fotokunst, Videokunst und weiteren Formen der digitalen Kunst mit Gemälden bzw. Skulpturen);
- Administrative Änderung / Vereinfachung des Zollverfahrens insbesondere zur Vermeidung nachgeführter Dossierkontrollen.

## **1. Vorbemerkungen / Volkswirtschaftlicher Nutzen**

Für die Einordnung unserer Vernehmlassung möchten wir auf die Relevanz des Museums- und Sammlungsbereiches eingehen.

Die öffentlichen und privaten Museen und Sammlungen haben in der Schweiz einen hohen direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Nutzen.

Die wichtigsten Zahlen zu den Schweizer Museen können wie folgt zusammengefasst werden (Zahlen gemäss BFS vom Jahr 2018):

|  |           |
|--|-----------|
| - Anzahl Museen in der Schweiz:                  | 1'118     |
| - Gesamte Anzahl aufbewahrte Objekte:            | 75,7 Mio. |
| - Durchschnittliche Anzahl Öffnungstage:         | 143       |
| - Gesamte Anzahl eröffnete Wechselausstellungen: | 1'625     |
| - Gesamte Anzahl Eintritte:                      | 13,3 Mio. |
| - Gesamte Anzahl Führungen:                      | 103'495   |
| - Gesamte Anzahl Veranstaltungen:                | 34'720    |

### **1.1 Volkswirtschaftlicher Nutzen**

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Schweizer Museen ist in verschiedenen Bereichen ersichtlich. So arbeiteten gemäss aktuellster Erhebung mindestens 19'500 Personen in den Schweizer Museen. Dies entspricht 5'525 Vollzeitäquivalenten. Hierbei gilt es zu erwähnen, dass rund 38% der Museumsmitarbeitenden ehrenamtlich tätig sind.

Des Weiteren wurden in der Schweiz im Jahr 2017 CHF 2.94 Milliarden an öffentlichen Geldern in Kultur und Medien investiert. Demgegenüber haben Schweizer Privathaushalte im selben Jahr gesamthaft CHF 15.8 Milliarden im Bereich der Kultur und Medien ausgegeben.

Ebenfalls sind die Schweizer Museen für den Tourismussektor wichtig, da die touristische Bruttowertschöpfung bspw. im Jahr 2018 CHF 19.253 Milliarden betrug. Davon entfielen CHF 171 Millionen auf den

Kulturbereich. Die touristische Bruttowertschöpfung in diesem Bereich erfuhr in den Jahren 2015 bis 2018 eine positive Entwicklung von 4,4%.

Die touristische Nachfrage entspricht dem Total der Ausgaben für Produkte und Dienstleistungen, welche die Touristinnen und Touristen konsumiert haben. Dabei werden sowohl die Ausgaben von Touristinnen und Touristen als auch jene von Dritten für Touristinnen und Touristen berücksichtigt. Der Indikator des Jahres 2018 zeigt, dass CHF 441 Millionen (von insgesamt CHF 47.198 Milliarden) in den Kulturbereich flossen. Eine umfassende Darstellung der Zahlen und Fakten der Schweizer Museen finden Sie in Beilage 1.

Mit der aktuellen Zollgesetz- bzw. der Zollpraxisrevision kann die Basis für die Museen und Sammlungen zur Erhöhung der direkten und indirekten Wertschöpfung im Museums- und Kulturbereich geschaffen werden.

## **1.2 Schaffung eines internationalen Museumshub**

Die Schweiz hat die beste Ausgangslage, damit ein internationaler Museumhub entstehen kann. Mit Museumshub ist gemeint, dass in der Schweiz ein Zentrum für Kunst und Kultur geschaffen wird, das international Beachtung findet und in der Schweiz weitere Sammlungen angesiedelt werden können. Die zollrechtlichen Rahmenbedingungen sind in diesem Zusammenhang entscheidend, damit sich der Kunststandort Schweiz auch entwickeln kann. Für die Attraktivität sind neben den zollrechtlichen Rahmenbedingungen auch nachfolgende Faktoren wichtig, die in der Schweiz schon heute gegeben sind.

### **a) Sicherheit**

Es ist ein Faktum, dass qualitativ hochwertige, einmalige und international anerkannte Kunstwerke in der jüngsten Vergangenheit einen massiven Wertzuwachs verzeichnet haben. Es ist auch ein Faktum, dass in vielen Museen einmalige und unersetzbare Kunstschatze zu finden sind. Für den Aufbau eines Museums werden dabei Länder bevorzugt, in welchen die Sicherheitsvorkehrungen einen hohen Standard haben.

Beim Thema „Sicherheit“ geht es nicht nur primär um den unmittelbaren Schutz der Museumsgebäude selbst, sondern auch um die politische Sicherheit. In der Schweiz finden sich dabei sehr gute Rahmenbedingungen.

### **b) Qualifizierte Mitarbeiter**

Die Betreuung von einmaligen und unersetzbaren Kunstwerken und Sammlungen bedingt gut ausgebildetes Personal. Solches kann in der Schweiz derzeit noch gefunden werden. Ergänzend finden sich in der Schweiz zudem auch noch genügend Freiwillige, d.h. ehrenamtliche Helfer.

### **c) Klimatische Rahmenbedingungen**

Damit die einmaligen und unersetzbaren Kunstschatze auch den folgenden Generationen erhalten bleiben, müssen insbesondere die klimatischen Rahmenbedingungen stimmen oder geschaffen werden. Dies bedingt auch eine einwandfreie Stromversorgung, was in der Schweiz ebenfalls möglich ist.

## **2. Qualifikation der Museen als privilegierte Empfänger**

Als Ergebnis der Umfrage konnte festgestellt werden, dass es für ein öffentliches und privates Museum wichtig ist, als privilegierter Empfänger qualifiziert zu werden (sog. Museumsstatus). Die nicht erhobenen

Zollabgaben und Einfuhrsteuern können dabei für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Sammlung verwendet werden.

Gemäss Art. 5 Abs. 1 lit. g ZoG ist die Einfuhr von Kunst- und Ausstellungsgegenständen für Museen zollfrei. Damit diese Zollfreiheit und in der Folge auch die Mehrwertsteuerbefreiung zur Anwendung gelangt, muss es sich gemäss ZoG um **a) Kunst- und Ausstellungsgegenstände** und für **b) Museen** handeln. Die Zollbefreiung tritt dabei nur dann ein, wenn beide Voraussetzungen **kumulativ** erfüllt sind.

Nachfolgend gehen wir auf die zwei Elemente ein und werden sie analysieren:

Für die zoll- und mehrwertsteuerbefreite Einfuhr von Kunstwerken ist es entscheidend, dass der Abnehmer den Museumsstatus erlangen kann (sog. privilegierter Empfänger). Obwohl die Zollverwaltung keine verbindliche Definition eines Museums im zollrechtlichen Sinne erlassen hat, entscheidet die Zollkreisdirektion, wann die Voraussetzungen für den Museumsstatus erfüllt sind. Die Qualifikation des privilegierten Empfängers liegt somit im Ermessen der Zollkreisdirektion.

Mangels Vorliegens einer verbindlichen Verwaltungspraxis ist der Entscheid der Zollkreisdirektion nicht immer nachvollziehbar. Dies führt dazu, dass bei jeder Zollkreisdirektion (nachfolgend KD) bzw. teilweise innerhalb der KD selbst unterschiedliche Kriterien für die Erfüllung eines Museumsstatus vorzufinden sind. Aufgrund der fehlenden Verwaltungspublikation sieht sich jede Zollkreisdirektion dazu genötigt, eine eigene Interpretation zu erarbeiten. Die KD leitet die Parameter für das Vorliegen eines Museums teilweise von der Ethischen Richtlinie für Museen ab, welche die ICOM im Jahr 2010 publiziert hat. Diese lautet wie folgt:

***Ein Museum ist eine gemeinnützige, auf Dauer angelegte, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zum Zwecke des Studiums, der Bildung und des Erlebens materielle und immaterielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt.***

Innerhalb der verschiedenen KD wird die Richtlinie der ICOM bzw. die verschiedenen Kriterien für das Vorliegen eines Museums unterschiedlich gewichtet. Wir haben festgestellt, dass aufgrund der fehlenden Verwaltungspraxis insbesondere das Kriterium der **öffentlich zugänglichen Einrichtung** unterschiedlich beurteilt wird. In der Vergangenheit vertrat die KD die Position, dass nur dann eine öffentlich zugängliche Einrichtung vorliegt, wenn diese eine bestimmte Anzahl Tage geöffnet ist und das Museum für Besucher jederzeit zugänglich ist. Die übrigen Kriterien der Ethischen Richtlinie der ICOM für die Museumsdefinition sind eindeutig und gefestigt. Zum besseren Verständnis der Anliegen zum neuen Zollgesetz bzw. zur neuen Zollpraxis gehen wir in Punkt 2.1 auf das bestehende Zollgesetz ein, wobei der Fokus auf das Kriterium **der Öffentlichkeit zugänglichen Einrichtung** gelegt wird.

## **2.1. Kriterium der öffentlichen Zugänglichkeit**

### **a) Ausgangslage im 2008**

Die bestehende Zollpraxis basiert auf einem Zollgesetz des Jahres 2008. Im Jahr 2008 steckte der Bereich der Digitalisierung bzw. der digitalen Transformation in den Anfängen. (Anmerkung: das iPhone 1 wurde im Jahr 2007 lanciert). Die Informationen zu den Museen, d.h. insbesondere auch Öffnungszeiten, wurden vornehmlich den Printmedien entnommen bzw. waren auf den Eingangsschildern bei den Museen ersichtlich. Dies bedingte auch, dass die Museen während fixen Öffnungszeiten besucht werden konnten. Eine Registrierung des Kunden bzw. Personalisierung des Kunden war unüblich. Der Museumsbesucher erhielt nach Bezahlung eines Eintrittsgeldes den Zugang zum Museum.

Allfällige Spezialausstellungen in den Museen wurden jeweils mit Werbeaushängen in Bussen und Zügen vermarktet. Die öffentlichen Museen hatten eine genügend finanzielle Basis, dass die Kosten für die Sicherheit während 7 Tagen der Woche getragen werden konnten.



## b) Digitale Transformation 2020 – 2030

Das gesellschaftliche Umfeld hat und wird sich im Zuge der digitalen Transformation ändern. Es besteht das Risiko, dass die öffentlichen Museen nicht mehr die finanzielle Basis zur Tragung der Betriebskosten für eine Öffnung während 7 Tagen pro Woche decken können.

Im Weiteren wird es auch in der Schweiz notwendig sein, dass sich der Museumskunde vor der Besichtigung zwingend online registrieren lassen muss (eine Art Contact Tracing). Dies wird notwendig sein aus Sicherheitsaspekten bezüglich Schutzes der Kunstwerke wie auch zum Schutz der Gesundheit (Pandemien).

Fixe Öffnungszeiten sind dabei nicht mehr entscheidend. Der Kunde kann heutzutage die Museumsöffnungszeiten flexibel auf seinem Smartphone prüfen und die Registrierung online und mobil vornehmen. Fixe Öffnungszeiten sind auch nicht mehr notwendig. Die Öffnungszeiten werden u.U. bedarfsgerecht nach Wunsch der Besucher ermittelt.

Die digitale Transformation bedeutet auch, dass den Besuchern über die digitalen Kanäle kurzfristig Sonderöffnungszeiten oder Besichtigungen angezeigt werden können. Eine Bewerbung des Museums wird über die sozialen Medien (Facebook, Instagram, Tiktok etc.) erfolgen. Man orientiert sich kaum mehr an den Eingangsschildern der Museen.

Mit dem neuen Zollgesetz und der Zollpraxis muss insbesondere auch der digitalen Transformation bei den Museen Rechnung getragen werden. Derzeit haben wir zwar immer noch das Verständnis, dass mit der öffentlichen Zugänglichkeit gemeint ist, dass der Museumsbesucher physisch in das Museum eintreten muss. Dies kann sich rasch ändern. So war die digitale Vermittlung von Ausstellungen für Museen im Pandemiejahr 2020 teilweise die einzige Möglichkeit, das Museum öffentlich zugänglich zu machen. Die dabei entstandenen Konzepte zur Ausstellungsvermittlung werden für die Zukunft massgebend sein. Bei der Diskussion um die neue Museumspraxis muss diese digitale Zukunft berücksichtigt werden. In naher Zukunft werden die Kunden die Museen allenfalls nur noch digital besuchen (z.B. VR-Brille, Livestream etc.). Die Museen wären sodann 24 Stunden während 7 Tagen besuchbar. Dieser Entwicklung sollte sich das Zollgesetz nicht verschliessen und den Freiraum für die digitale Transformation offenlassen.

## 2.2. Interpretation der Ethischen Richtlinien im Zuge der Digitalisierung

Im Zuge der Digitalisierung und der digitalen Transformation sollen die Ethischen Richtlinien der ICOM immer noch Bestand haben. Der Fokus wird sich aber aufgrund der Rahmenbedingungen verschieben. Nachfolgend sollen die Kernelemente analysiert und hinsichtlich der neuen Zollpraxis gewertet werden.

Ein Museum ist eine gemeinnützige, auf Dauer angelegte, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zum Zwecke des Studiums, der Bildung und des Erlebens materielle und immaterielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt.

Die Kernelemente der Ethischen Richtlinien der ICOM sollen im Zuge der Zollpraxisentwicklung wie folgt gewertet werden:

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Gemeinnützigkeit      | Zeitgemäss und relevant. Das Museum soll ohne Gewinnabsicht betrieben werden, bzw. allfällige Gewinne sollen wieder in die Sammlung zurückfliessen.  |
| Auf Dauer angelegt    | Zeitgemäss, wenn es um den Betrieb eines Museums geht, wobei in der Zollpraxis eine klar festgelegte Dauer festgehalten werden soll.   |
| Öffentlich zugänglich | Zeitgemässe Interpretation dieses Kriteriums. Ein reiner Fokus auf Anzahl fixer Tage ist nicht mehr zeitgemäss. Mit einer liberalen Interpretation kann eine Grundlage für die digitale Weiterentwicklung geschaffen werden. |

Dienste der Gesellschaft      Unbedeutend; jede Ausstellung ist im Dienste der Gesellschaft.

Diese Kernelemente der Ethischen Grundsätze der ICOM sind auch im Zuge der digitalen Transformation entscheidende Voraussetzungen für das Vorliegen eines Museums. Die Beurteilung, ob diese Voraussetzungen im konkreten Fall erfüllt sind, ist für die KD unmöglich. Es müsste deshalb eine Delegation an Fachkreise erfolgen. Die KD kann jedoch anhand des Internetauftrittes beurteilen, ob ein Museum einen Beitrag an die Vermittlung der Kunst bzw. die Weiterbildung leistet.

### **2.3.    *Vorschlag bezüglich Praxisfestlegung für das neue Zollgesetz (Fazit aus 2.1 und 2.2)***

Damit ein Museum im zollrechtlichen Sinne vorliegt, sollen inskünftig folgende Voraussetzungen erfüllt werden.

Das Museum muss gemeinnützig sein. Falls Gewinne erzielt werden, sollen diese in die Verwaltung und Verbesserung der Sammlung zurückfliessen. Das Museum muss öffentlich zugänglich sein, wobei diese Voraussetzung liberal interpretiert werden und nicht bloss auf räumliche Zugänglichkeit beschränkt sein soll. Für das Vorliegen eines Museums ist dies nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist vielmehr, ob und in welchem Umfang Kunst analog oder digital vermittelt wird und damit ein Beitrag im Bereich Bildung, Bewahren und Erforschen geleistet wird.

In jedem Fall ist es entscheidend, dass eine verbindliche zollrechtliche Verwaltungspraxis mit konkreten, weitgefassten Kriterien für das Vorliegen eines Museums geschaffen wird.

## **3. Kunst- und Ausstellungsgegenstände**

### **3.1 Ausgangslage**

In der aktuellen zollrechtlichen Verwaltungspraxis entspricht die Definition eines Kunstwerkes nicht mehr dem aktuellen Verständnis. Gemäss Art. 53 Abs. 1 Buchstabe c MWSTG entfällt die Einfuhrsteuer, wenn folgende drei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- Es muss sich im steuerrechtlichen Sinn als Kunstwerk qualifizieren,
- es muss von einem Kunstmaler oder Bildhauer persönlich geschaffen werden,
- Voraussetzung zum Grenzübertritt
  - es muss vom Kunstmaler oder Bildhauer selbst oder in seinem Auftrag ins Inland verbracht werden oder
  - Einfuhr eines Kunst- oder Ausstellungsgegenstands für Museen (dazu oben Ziffer 2.)

In der Verwaltungspublikation Nr. 52.22 der EZV wird in Ziffer 6.2 u.a. aufgeführt, dass selbst unter Fachpersonen die Ansichten auseinander gehen, was Kunst sein kann. Seit der letzten Revision des Zollgesetzes im Jahr 2008 haben sich der Kunstbegriff wie auch das Kunstverständnis verändert und weiterentwickelt. Es hat auch ein gesellschaftlicher Wandel stattgefunden.

Die enge Definition des Kunstwerkes in den zollrechtlichen Erlassen ist nicht gerechtfertigt und auch nicht mehr zeitgemäss. Im Vergleich zu anderen Erlassen, in welchen der Kunstbegriff umfassender verstanden wird (Bundesverfassung, Urheberrechtsgesetz etc.), hinken die Zollerlasse sowie die Zollpraxis hinterher. Im Weiteren ist die derzeitige Zollpraxis immer auf den Künstler fokussiert und nicht auf die Sicht von Museen und Sammlungen. Im Zuge der aktuellen Gesetzesrevision und Praxisanpassung soll die Chance genutzt werden und eine weitergehende, umfassendere Definition erarbeitet werden, die jeden Gegenstand erfassen sollte, der (1) von einer öffentlich zugänglichen Institution, (2) zu Ausstellungszwecken und (3) im Kontext der Kunst, eingeführt wird. Mit dieser offenen, aber doch sachgerechten Formulierung ist sichergestellt, dass auch Fotokunst, Videokunst, Klangkunst, Fotocollagen oder collagenähnliche Bilder unter den

Kunstbegriff fallen. Es kann damit auch vermieden werden, dass das KD anhand von selbst definierten Kriterien festlegen muss, ob ein Kunstwerk im zollrechtlichen Sinne vorliegt oder nicht.

Wenn ein Kunstfoto als Kunst im zollrechtlichen Sinne gilt, soll dies nicht nur auf das Originalfoto, sondern auch auf die nacherstellten Ausstellungskopien zutreffen. Das Originalfoto des Künstlers kann nur wenige Male ausgestellt werden, weil sich anschliessend die Qualität des Fotokunstwerkes verschlechtern würde. Die Ausstellungskopien sind deshalb zollrechtlich mit dem Originalkunstwerk als eine Einheit zu betrachten.

Wie die EZV in einer Verwaltungspublikation festhält, ist es teilweise schwierig festzustellen, was Kunst sein kann. Beim Kunstbegriff geht es dabei nicht um eine objektive Wertung, sondern um eine subjektive Einschätzung. Es kann zwar – wie auch heute schon – zu Abgrenzungsschwierigkeiten kommen, aber dieser Herausforderung sollte man sich stellen. Wichtig aus unserer Sicht ist, dass bei der Entwicklung der zollrechtlichen Praxis Kunstsachverständige, z.B. aus dem Museumsbereich, beigezogen werden, wie dies die Gerichte bei der Beurteilung kunstrechtlicher Fragen bereits regelmässig tun. Mit einer engen Zusammenarbeit können sachgerechte Bestimmungen für den Kunstbegriff geschaffen werden. Insbesondere kann vermieden werden, dass jede KD einen eigenen Begriff von Kunst erarbeiten muss.

Im Weiteren muss darauf hingewiesen werden, dass die Zollgesetzesrevision wiederum mindestens 10 Jahre Bestand haben dürfte. Es muss deshalb schon heute berücksichtigt werden, dass sich der Kunstbegriff im digitalen Zeitalter schnell ändern bzw. weiterentwickeln kann. Es wäre deshalb nicht zielführend, wenn ein enger überreglementierter Kunstbegriff geschaffen wird, der im digitalen Zeitalter schon nach einem Jahr überholt wird. Mit einer offenen und auch liberalen Definition des Kunstbegriffes kann dem Rechnung getragen werden.

Im Zuge der Umfrage bei den Museen hat sich gezeigt, dass ein grosses Anliegen darin besteht, bei der Definition der Verwaltungspraxis eingebunden zu werden. Hier erlauben wir einen Hinweis auf die MWST anzubringen: Die Eidg. Steuerverwaltung hat ein Konsultativgremium bilden lassen (Personen aus der Beratung, Branchen und Verwaltung). Dieses Konsultativgremium prüft und bespricht eine allfällige Verwaltungspraxispublikation vor deren Erlass. Diese Vorgehensweise hat sich in Bezug auf die MWST bewährt, weshalb sie vorliegend ebenfalls übernommen werden könnte.

### **3.2 Anträge in Bezug auf die Kunst- und Ausstellungsgegenstände**

Aufgrund unserer Ausführungen sollen nachfolgend die zentralen Anträge zusammengefasst werden:

- Es sollen zeitgemässe Kriterien für das Vorliegen von Kunst geschaffen werden. Mit einer offenen und liberalen Definition soll insbesondere auch die Entwicklung in den nächsten 10 Jahren abgedeckt werden können.
- Die Definition des Kunstbegriffes soll dabei nicht mit Fokus auf den Künstler erfolgen, sondern mit Fokus auf die Museen und Sammlungen.
- Bei der Definition der Verwaltungspraxis im Zusammenhang mit dem Kunstbegriff sollen auch Fachspezialisten aus Museen und Beratung eingebunden werden. Es könnte ein Konsultativgremium geschaffen werden, welches die EZV bei der Praxisentwicklung bzw. -änderung unterstützt.

## **4. Digitalisierung des Zollverfahrens**

### **4.1 Ausgangslage**

Die Umfrage hat gezeigt, dass die involvierten Parteien ein grosses Interesse an einer Digitalisierung des Zollverfahrens haben. Hier haben vor allem die Spediteure ein grosses Interesse, dass die Einfuhren unab-

hängig des gewählten Verfahrens einfach, schnell und risikolos erfolgen kann. Ausserdem bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, Zollunterlagen zeitnah zu prüfen und keine nachgeführten Kontrollen mehr durchführen zu müssen.

Ein weiteres Problem sind die jeweiligen Fristen, welche bei den jeweiligen Zollverfahren berücksichtigt werden müssen (teilweise 2 oder 6 Monate bzw. länger). Dies hat dazu geführt, dass z.B. bei temporär eingeführten Dauerleihgaben, diese jeweils wieder an den Leihgeber ausgeführt werden müssen. Dies birgt die Problematik, dass hochwertige Kunst unnötigerweise physisch verschoben werden muss. Dies ist in Bezug auf den Erhalt der Kunstwerke (Transportschaden), den administrativen Aufwand und in Bezug auf das ökologische Handeln nicht mehr zeitgemäss. Sofern die Ausstellungsgegenstände in Museen gezeigt werden, sollte keine zeitliche Limitierung festgelegt werden, d.h. eine temporäre Dauerleihgabe kann über einen längeren Zeitraum in der Schweiz verbleiben, sofern sie nicht zweckentfremdet wird.

Es sollen die Anforderungen und Kriterien an die Dossiers überprüft und angepasst werden, dies insbesondere im Zuge der Digitalisierung. Angestrebt wird eine einfache Dossierführung mit Festlegung von genauen Kriterien, damit es bei einer nachträglichen Dossiernachkontrolle nicht zu einem grossen Aufwand seitens des Spediteurs und des Museums kommt. Es wird deshalb angestrebt, dass das Dossier (digital oder nicht) im Zeitpunkt der Einfuhr geprüft und falls in Ordnung grün gestellt wird. Allfällige Fehler sollen dabei korrigiert werden können, ohne dass ein administrativ aufwendiges Verfahren oder Wiederausfuhren und -einfuhren notwendig sind.

Wir gehen davon aus, dass die spezialisierten Speditionsfirmen aufgrund ihrer täglichen Erfahrungen die EZV bei der Weiterentwicklung der Digitalisierung des Zollverfahrens sehr gut unterstützen können. Die Speditionsfirmen sind an einer Digitalisierung des Zollverfahrens sehr interessiert, wobei zentral der administrative Aufwand und die Rechtsicherheit ist. Es besteht derzeit die Befürchtung, dass das Einfuhrverfahren zwar schneller abgewickelt wird, aber die Dossiernachkontrolle zu einem höheren Aufwand führen wird.

#### **4.2 Anträge an die Digitalisierung des Zollverfahrens**

- Das Zollverfahren soll digital möglich sein, wobei trotzdem eine hohe Rechtsicherheit gewünscht wird (einfache und direkte Dossiernachkontrolle mit einfacher nachträglicher Bereinigung von möglichen Fehlern). Im Zuge der Einfuhr könnte eine sofortige Überprüfung des digitalen Dossiers erfolgen mit einer definitiven Prüfungs- und Bewilligungsbestätigung).
- Gewährung von längeren Fristen bei den Zollverfahren (anstelle 2 und 6 Monaten), bzw. liberalere Handhabung. Solange die Ausstellungsgegenstände nicht zweckentfremdet werden, endigt die Frist nicht.
- Es soll eine administrative Vereinfachung für die Spediteure geschaffen werden ohne zusätzliches Risiko in der Umsetzung. Die Spediteure sollen dabei schon frühzeitig im Aufbau des digitalen Zollverfahrens eingebunden werden.

#### **5. Gesamtfazit**

Die Umfrage hat gezeigt, dass Handlungsbedarf in Bezug auf die Verwaltungspraxis besteht. Wir sehen derzeit folgende Themenschwerpunkte, die bei der Weiterentwicklung des Zollgesetzes und der Zollpraxis behandelt werden sollten:

- Bewilligung als privilegierter Empfänger (Museumsstatus)
- Definition der Kunst
- Digitalisierung der Zollabwicklung durch die Spediteure

Die Zollgesetzesrevision bietet die Chance, dass man die Zollpraxis in Bezug auf die obigen Themenschwerpunkte weiterentwickeln kann. Eine Zollpraxis, die für die nächsten Jahre wiederum Bestand haben muss.

Wir stellen den Antrag und Anspruch, dass die zollrechtliche Verwaltungspraxis vollständig offengelegt wird und die verwaltungsinternen Richtlinien abgelöst werden.

Bei der Neudefinition bzw. Weiterentwicklung des Kunstbegriffes sollen Spezialisten aus Museen und Beratung frühzeitig involviert werden. Die Schaffung eines Konsultativremiums wäre u.E. voranzutreiben. In Bezug auf die MWST hat sich dieses Mittel bewährt.

\* \* \* \*

Wir danken Ihnen für die Prüfung und Berücksichtigung der oben aufgeführten Punkte. Es ergibt sich die einmalige Chance, dass mit einer liberalen Praxis der Museumsstandort in der Schweiz ausgebaut werden kann. Gerne steht Ihnen unser Herr Markus Bürkler für eine persönliche Besprechung unter Tel. Nr. 058 249 25 36 zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Markus Bürkler  
*Director*



Dominique Luder  
*Senior Manager*

Beilage(n):  
erwähnt



**KPMG AG**  
**Tax & Legal**  
Bogenstrasse 7  
CH-9001 St. Gallen

Postfach 1142  
CH-9001 St. Gallen

T +41 58 249 22 11  
E [infostgallen@kpmg.com](mailto:infostgallen@kpmg.com)  
[kpmg.ch](http://kpmg.ch)

An [Rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:Rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Von Markus Bürkler

Ref Markus Bürkler  
+41 58 249 25 36

## Schweizer Museen – Zahlen und Fakten

Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) haben Museen die Aufgabe, das Kulturerbe der Menschheit zu bewahren, zu erforschen, auszustellen und bekannt zu machen. Sie spielen deshalb in der Gesellschaft eine wichtige Rolle.

Gemäss dem Internationalen Museumsrat (ICOM) ist ein Museum «eine gemeinnützige, auf Dauer angelegte, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zum Zwecke des Studiums, der Bildung und des Erlebens materielle und immaterielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt» (Statuten des ICOM, Artikel 3, Abschnitt 1).

### 1. Das Wichtigste in Kürze

Die Wichtigsten Zahlen zu den Schweizer Museen können wie folgt zusammengefasst werden (Zahlen gemäss BFS vom Jahr 2018):

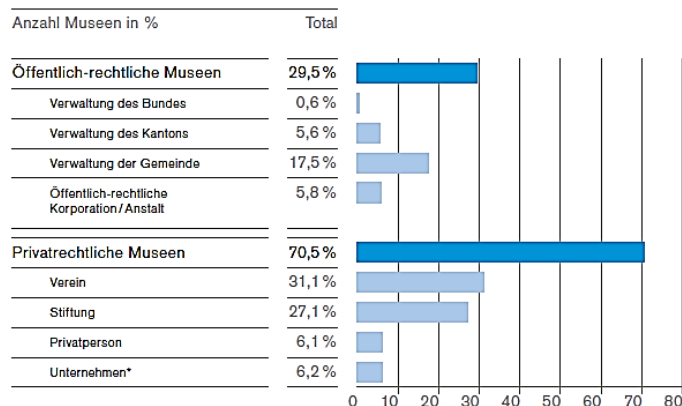
|  |           |
|--|-----------|
| - Anzahl Museen in der Schweiz:                  | 1'118     |
| - Gesamte Anzahl aufbewahrte Objekte:            | 75,7 Mio. |
| - Durchschnittliche Anzahl Öffnungstage:         | 143       |
| - Gesamte Anzahl eröffnete Wechselausstellungen: | 1'625     |
| - Gesamte Anzahl Eintritte:                      | 13,3 Mio. |
| - Gesamte Anzahl Führungen:                      | 103'495   |
| - Gesamte Anzahl Veranstaltungen:                | 34'720    |

Während die Anzahl der aufbewahrten Objekte, die durchschnittliche Anzahl an Öffnungstagen, die Anzahl der eröffneten Wechselausstellungen / Eintritte / Führungen & Veranstaltungen vom Jahr 2017 auf das Jahr 2018 keine wesentliche Veränderungen verzeichneten, hat (im selben Zeitraum) die Anzahl der Museen in der Schweiz abgenommen.

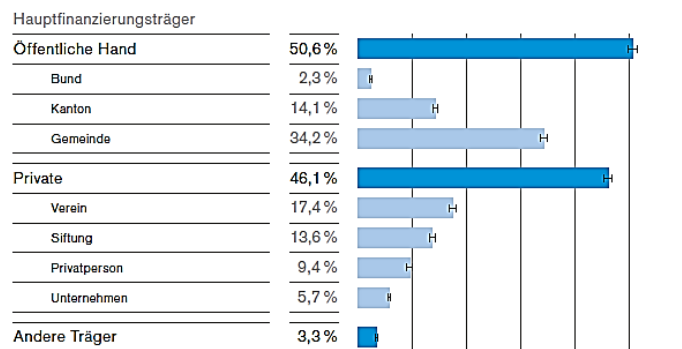
### 2. Kulturangebot und -nutzung in der Schweiz

Im Jahr 2018 gab es gemäss Bundesamt für Kultur (BAK) in der Schweiz mehr als 1'100 Museen, welche insgesamt 13,3 Millionen Eintritte verbuchten. Die Museen sind breit über das ganze Land verstreut: In mehr als einem Viertel (28 %) der Schweizer Gemeinden befindet sich mindestens ein Museum. Der Föderalismus stellt somit eines der prägenden Merkmale der Schweizer Museumslandschaft dar.

Ein weiteres Merkmal der Schweizer Museumslandschaft bildet die Subsidiarität. So sind die meisten Museen (71 %) privatrechtlich organisiert, am häufigsten als Vereine (31 %) und Stiftungen (27 %).



Betrachtet man die hauptsächlichen Finanzierungsträger der Museen, sind diese gleichmässig auf öffentliche und private Akteure verteilt, wobei einerseits Städte und Gemeinden und andererseits Vereine die wichtigsten Finanzierungsträger sind. Diese Verankerung in privaten und lokalen Strukturen gibt den Museen eine grosse Legitimität.



Für die gesellschaftliche Verankerung der Museen essentiell sind auch die ausgewiesenen Zahlen zur Kulturvermittlung: 2018 boten fast alle Museen (97 %) mindestens eine Führung an. Aufs Jahr gesehen veranstalteten die Schweizer Museen insgesamt knapp 103'500 Führungen. Daneben organisierten sie in Zusammenhang mit ihren Ausstellungen und Sammlungen fast 35'000 Veranstaltungen wie Vernissagen, Aufführungen, Konzerte, Vorträge, Filme, ...

### 3. Volkswirtschaftlicher Nutzen

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Schweizer Museen kann an verschiedenen Punkten festgemacht werden. So arbeiteten gemäss Verband der Museen der Schweiz (VMS) im Jahr 2013 mindestens 19'500 Personen in den Schweizer Museen. Dies entspricht 5'525 Vollzeitäquivalenten. Hierbei gilt es zu erwähnen, dass rund 38% der Museumsmitarbeitenden ehrenamtlich tätig sind.

Des Weiteren wurde in der Schweiz im Jahr 2017 CHF 2.94 Milliarden an öffentlichen Geldern in Kultur und Medien investiert. Demgegenüber haben Schweizer Privathaushalte im selben Jahr gesamthaft CHF 15.8 Milliarden im Bereich der Kultur und Medien ausgegeben.

Ebenfalls sind die Schweizer Museen für den Tourismussektor wichtig, da die touristische Bruttowertschöpfung bspw. im Jahr 2018 CHF 19.253 Milliarden betrug. Davon entfielen CHF 171 Millionen auf den Kulturbereich. Die touristische Bruttowertschöpfung in diesem Bereich erfuhr in den Jahren 2015 bis 2018 eine positive Entwicklung von 4,4%.

Die touristische Nachfrage entspricht dem Total der Ausgaben für Produkte und Dienstleistungen, welche die Touristinnen und Touristen konsumiert haben. Dabei werden sowohl die Ausgaben von Touristinnen und Touristen als auch jene von Dritten für Touristinnen und Touristen berücksichtigt. Der Indikator des Jahres 2018 zeigt, dass CHF 441 Millionen (von insgesamt CHF 47.198 Milliarden) in den Kulturbereich flossen.





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Migros-Genossenschafts-Bund

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Migros

Adresse : Limmatstrasse 152, 8005 Zürich

Kontaktperson : Azra Dizdarevic, Leiterin Produkte & Regulatory, Direktion Legal & Compliance

Telefon : +41 58 570 2469

E-Mail : [azra.dizdarevic@mgb.ch](mailto:azra.dizdarevic@mgb.ch)

Datum : 23. Dezember 2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 6  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 26 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 27 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 28 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 29 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 48 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 49 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 50 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 59 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 60 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| Migros                  | <p>Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit einer Stellungnahme zur Vernehmlassung über ein neues Gesetz über den allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie über die Totalrevision des Zollgesetzes einräumen.</p> <p>Die Migros ist die grösste Detailhändlerin in der Schweiz. Sie importiert bedeutende Mengen an Lebensmitteln, Near- und Non-food-Produkten sowie Rohstoffen für ihre Industriebetriebe und ist auch im Export von verarbeiteten Lebensmitteln und Kosmetikprodukten tätig. Die jährlich durch die M-Unternehmen bezahlten Zölle bewegen sich im mittleren zweistelligen Millionenbereich. Das neue Zollgesetz hat somit eine hohe Relevanz für die Migros.</p> <p>Grundsätzlich begrüssen wir den Willen der Bundesbehörden, die Prozesse im grenzüberschreitenden Warenverkehr zu vereinfachen und zu vereinheitlichen. Die Eidg. Zollverwaltung EZV muss sich organisatorisch weiter entwickeln und grundlegend verändern. Notwendig ist dies aufgrund politischer Forderungen nach einfacheren Lösungen bei der Zollabwicklung und der Initialisierung des rund 400 Mio. Franken teuren Digitalisierungs- und Transformationsprogramms «DaziT». Hinzu kommt, dass der Vollzug der nichtabgaberechtlichen Erlasse einen höheren Stellenwert erhält. Dies unter anderem wegen des boomenden Onlinehandels, über welchen vermehrt auch illegale Waren in die Schweiz gelangen. Diese Situation haben wir bereits in der Vergangenheit und mehrfach kritisiert. Hier fordern wir gleich lange Spiesse für alle Onlinehändler sowohl in der Schweiz als auch im Ausland. Ausländische Onlinehändler profitieren nicht nur von teilweise sehr günstigen Posttarifen, nein, sie resp. ihre Kundinnen und Kunden zahlen oftmals auch keine Zollabgaben und keine Mehrwertsteuer. Hier versprechen wir uns durch die Digitalisierung der Abgabeprozesse und den Einsatz von elektronischen Zahlverfahren, dass zukünftig auch kleinere Beträge automatisiert eingezogen werden könnten. Dies würde für mehr Mehrwertsteuergerechtigkeit zwischen inländischen und ausländischen Anbietern sorgen.</p> <p>Unsere detaillierten Änderungsanträge finden Sie auf den folgenden Seiten. Wir möchten aber zu Beginn ein paar grundsätzliche Überlegungen zu dieser Vernehmlassung anstellen. Wir haben den Eindruck, dass EZV-interne Gründe der Hauptauslöser für die Anpassung des bestehenden Rechts gewesen sind. Dagegen haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden. Wir hätten es aller-</p> |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

dings geschätzt, wenn wir bereits frühzeitig und somit vor der Vernehmlassung intensiver in die Überlegungen zu den Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen mit einbezogen worden wären. Die Inputs der praxiserprobten Zollexperten aus der Wirtschaft wären für die Schaffung von praktikablen Regelungen wichtig gewesen. In diesem Sinne fordert die Migros nun im Rahmen der Vernehmlassung eine gesetzliche Verankerung des Mitspracherechts der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts und die Schaffung eines entsprechenden Konsultativremiums.

Für die geplante Anpassung der gesetzlichen Grundlagen stehen dabei für die Migros folgende Punkte im Vordergrund:

1. Einfache, praktikable Verfahren für die Zollverwaltung UND die Wirtschaft
2. Administrative und finanzielle Entlastung der Wirtschaft
3. Möglichst freier Warenverkehr
4. Freie Wahl der Zolldienstleister für alle Importeure
5. Eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Zoll und Wirtschaft

Die Detailanträge, welche die Migros im Rahmen der Vernehmlassung stellt, richten sich an diesen Grundsätzen aus. So fordert die Migros beispielsweise, dass die Einfuhrsteuer gemäss Mehrwertsteuergesetz zukünftig durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben wird. Dies würde den Prozess für die Unternehmen vereinfachen und das BAZG von dieser Aufgabe entlasten. Weiter soll der Warenfluss möglichst wenig behindert werden, indem sowohl nicht zollpflichtige Waren als auch verbindlich angemeldete Waren die Zollgrenze jederzeit passieren können, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG. Weiter ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die strenge Haftung des Warenverantwortlichen (häufig Migros-Unternehmen) entschärft und dafür die Haftung des Verursachers (u.a. Daten- und/oder Transportverantwortlicher) verstärkt wird. Im Verkehr mit der Zollverwaltung fordern wir auch eine Ausdehnung der Fristen für Beschwerden des Warenverantwortlichen (z.B. für die teilweise aufwändige Beschaffung von Ursprungsnachweisen im Ausland). Zudem ist für uns auch wichtig, dass die Verbindlichkeit für Zollauskünfte sowie für die Publikation von Weisungen und Rechtsmittelentscheidungen sichergestellt wird.

Das neue BAZG-Vollzugsaufgabengesetz regelt auch Punkte, wo die Migros bereits früher Anpassungen gefordert hat. So zum Beispiel die Möglichkeit, dass Kleinsendungen, die gegen nichtabgaberechtliche Erlasse verstossen (z.B. falsche Deklaration des Inhalts) vereinfacht vernichtet werden können. Die Veranlagung von Waren im Reiseverkehr (Einkaufstourismus) ist von der Gesetzanpassung nicht direkt betroffen. Es braucht aber hier Lösungen, um die Problematik des mehrwertsteuerbefreiten Konsums anzugehen und mit Hilfe der neuen technologischen Möglichkeiten (z.B. QuickZoll etc.) zu lösen. Der Nationalrat hat sich Ende

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Oktober an der Sondersession klar dafür ausgesprochen. Im Moment mag der Einkaufstourismus pandemiebedingt stark zurückgegangen sein, sobald aber die entsprechenden Einschränkungen wieder aufgehoben werden, dürfte er wieder auf das Niveau vor der Krise anwachsen.

Die Migros bedankt sich für die Berücksichtigung ihrer Überlegungen und Anträge bei der weiteren Bearbeitung der Vorlage. Gerne stehen wir Ihnen auch für weitere Fragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Migros-Genossenschafts-Bund



Markus Helg

Bereichsleiter Int. Transporte



Jürg Maurer

Stv. Leiter Direktion Wirtschaftspolitik

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen

| Name   | Art. | Abs. | Bst.       | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [ <i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i> ]   |
|--------|------|------|------------|---|---|
| Migros | 4    | 1    | b          | <p>Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz soll künftig nicht mehr durch die Zollverwaltung, sondern bei im Inland steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. Diese Änderung würde – ganz im Sinne der Zielsetzung der Vorlage - finanzielle und administrative Entlastungen für Importeure mit sich bringen. So würde damit die Liquidität der Unternehmen durch die Einfuhrsteuer nicht mehr unnötig belastet und die Unternehmen hätten nur einen – statt heute zwei – Ansprechpartner bei der Bundesverwaltung.</p> <p>Die hier beantragte Systemumstellung ist mit dem heutigen Art. 63 MWStG und dem dort vorgesehenen Verlagerungsverfahrens kohärent. Zu erwähnen ist auch, dass im Rahmen der MWStG-Revision die Öffnung des heute in Art. 63 MWStG und Art. 117 ff. MWStV vorgesehenen Verlagerungsverfahrens für alle steuerpflichtigen Importeure wird (im Rahmen der MWStG-Revision) von economiesuisse, vom Mehrwertsteuer-Konsultativgremium, von Expert Suisse und von der Swiss Retail Federation gefordert wurde. Der vorliegende Antrag geht in die gleiche Richtung.</p> | <p>[Ergänzung]</p> <p>die Mehrwertsteuer auf der Einfuhr nach dem Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Mehrwertsteuer (Mehrwertsteuergesetz, MWSTG), <i>wenn die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 Buchstabe e nicht steuerpflichtig im Sinne des MWSTG ist,</i></p> |
| Migros | 7    |      | e, Ziff. 1 | <p>Gemäss der Vorlage soll die Warenverantwortliche als Hauptschuldnerin der Abgaben figurieren und von der Zollverwaltung zuerst belangt werden. Die vorgeschlagene Regelung kann jedoch insbesondere bei DDP-Lieferungen (Incoterms 2020) zu stossenden Resultaten führen. Bei</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Person, die die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchführt, auf deren</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |   |  |   |   |   |
|--------|---|--|---|---|---|
|        |   |  |   | <p>DDP-Lieferungen ist der ausländische Lieferant für den Transport und die Verzollung verantwortlich. Der inländische Abnehmer hat damit nichts zu tun. Trotzdem soll gemäss der vorgeschlagenen Lösung z.B. bei Abgabennachforderungen der inländische Abnehmer belangt werden. Abgabennachforderungen sollten korrekterweise immer via Digitalverantwortlicher erfolgen, da dieser für die ordnungsgemäss Verzollung verantwortlich ist. Die im Erläuterungsbericht erklärte Zielsetzung der «gerechteren Haftung für die geschuldeten Abgaben» wird damit verfehlt. Art. 7 lit. e Ziff. 1 soll deshalb dahingehend ergänzt werden, dass der inländische Abnehmer nur dann Warenverantwortlicher ist, wenn die Warenanmeldung und Verzollung durch ihn oder in seinem Auftrag erfolgen (vgl. dahingehend auch der Antrag betr. Art. 21 weiter unten).</p> <p>Gemäss Erläuterungen soll die Rolle des Warenverantwortlichen und des Datenverantwortlichen zwingend von unterschiedlichen Personen eingenommen werden. Wir sehen keinen Grund für diesen zwingenden Ausschluss des Zusammenfallens der unterschiedlichen Rollen, zumal die Wahrnehmung zweier oder aller Rollen durch ein Unternehmen in der Praxis sehr oft vorkommt.</p> | Rechnung die Ware ein-, aus- oder durchgeführt wird oder der die Ware im Zollgebiet zugeführt wird, <i>sofern durch diese Person oder in ihrem Auftrag die Warenanmeldung vorgenommen wird,</i> |
| Migros | 7 |  | f | Vgl. Begründung zur Änderung von Art. 7 lit. e Ziff. 1. Die Warenanmeldung erfolgt nicht immer für den Warenverantwortlichen. Insbesondere bei DDP-Lieferungen erfolgt diese im Auftrag des ausländischen Lieferanten.  | <p>[Änderung]</p> <p>Datenverantwortliche: Person, welche die Warenanmeldung vornimmt;</p>  |
| Migros | 7 |  | g | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen.   | <p>[Änderung]</p> <p><i>Transportverantwortliche:</i> Person, die für den Transport verantwortlich ist;</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |   |         |  |   |   |
|--------|---|---------|--|---|---|
| Migros | 8 | 1       |  | Art. 8 Abs. 1 ist dahingehend zu präzisieren, dass nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren die Zollgrenze jederzeit passieren können, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG (vgl. auch Antrag zu einem neuen Art. 8 Abs. 6 weiter unten).  | [Ergänzung]<br><br>Waren, die ein-, aus- oder durchgeführt werden oder einer Inlandabgabe unterliegen, müssen angemeldet werden. <i>Von der Anmeldepflicht ausgenommen sind Waren, welche gemäss Art. 3 ZoG nicht zollpflichtig sind.</i>   |
| Migros | 8 | 4       |  | Der Begriff «Handelsstufe» ist ein unbestimmter Begriff und bedarf im Sinne der Rechtssicherheit einer Definition. Zur Vereinfachung der Prozesse, muss klar geregelt sein, wo die «Handelsstufe» aufhört, namentlich gehört die Detailhandelsstufe nicht dazu. Zudem muss klar sein, dass es sich um Waren, die noch im eingeführten Zustand vorhanden ist, handeln muss und die im Inland verarbeitete Ware – auch wenn sie sich auf Handelsstufe befindet – davon nicht betroffen ist. | [Ergänzung]<br><br>Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der freien Periode eingeführt worden sind und zu Beginn der Bewirtschaftungsperiode <i>im eingeführten Zustand</i> auf Handelsstufe noch vorhanden sind, müssen erneut angemeldet werden. <i>Nicht zur Handelsstufe zählt der Detailhandel (Verkaufsfläche inkl. Lager und Transportmittel).</i> |
| Migros | 8 | 6 (neu) |  | Nicht zollpflichtige Waren und verbindlich angemeldete Waren können die Zollgrenze jederzeit passieren, unabhängig von Betriebs- oder Öffnungszeiten des BAZG.  | [neu]<br><br><i>Nicht anmeldepflichtige Waren sowie Waren, die Gegenstand einer aktivierten Warenanmeldung gemäss Art. 13 sind, können die Zollgrenze unabhängig des Wochentages und der Tageszeit passieren. Vorbehalten bleiben anderslautende, nicht vom BAZG zu verantwortende, Bestimmungen (z. B. Nachtfahrverbot).</i>                               |
| Migros | 9 | 1       |  | Die Einreichung der Begleitdokumente verursacht einen grossen Aufwand. Im Sinne der Zweckbestimmung gemäss Art. 1 lit. a (einfaches und kostengünstiges Verfahren) sollten Begleitdokumente zu einer Warenanmeldung nur bei Kontrollen durch das BAZG eingereicht werden müssen.  | [Ergänzung]<br><br>Die Warenanmeldung muss elektronisch oder in einer anderen vom BAZG zugelassenen Form erfolgen. <i>Bei Kontrollen gemäss</i>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |            |  |  |  |
|--------|----|------------|--|--|--|
|        |    |            |  |  | <i>dem 8. Titel sind notwendige Begleitdokumente zu übermitteln.</i>   |
| Migros | 10 | 3          |  | Die Definition gemäss Art. 7 lit. e-g decken sowohl juristische Person als auch natürliche Personen ab (vgl. Art. 7 lit. d). Somit genügt es, wenn von Transportverantwortlichen die Rede ist, und zwar gemäss der oben beantragten Änderung, da es dabei keine Rolle spielt, ob eine Warenanmeldung erfolgt ist oder nicht und damit auch Schmuggler erfasst werden (vgl. Antrag zu Art. 7 lit. g). | [Änderung]<br><br>Ist eine Ware im Zeitpunkt des Verbringens über die Zollgrenze noch nicht angemeldet worden, so ist der Transportverantwortliche anmeldepflichtig.   |
| Migros | 10 | 4<br>(neu) |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass der Warenverantwortliche seine Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).   | [neu]<br><br><i>Die Warenverantwortliche hat in jedem Fall, unabhängig der Ware, der Sendungsgrösse, des Transportmittels usw., das Recht, die Warenanmeldung selbst vorzunehmen oder eine selbst gewählte Datenverantwortliche damit zu beauftragen. Sowohl Transportverantwortlichen wie auch Datenverantwortlichen und anderen Personen ist es untersagt, der Warenverantwortlichen für die Ausübung dieses Rechts Kosten aufzuerlegen oder sie dafür in irgendeiner Form zu behindern (z. B. durch Verzögerung des Transports) oder zu benachteiligen.</i> |
| Migros | 11 | 3          |  | Im erläuternden Bericht wird zwar festgehalten «Für die Veredelung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Grundstoffen gilt auch in Zukunft grundsätzlich eine Bewilligungspflicht, wobei Vereinfachungen im Verfahren weiterhin möglich sein sollen.» (S. 25)   | [Änderung]<br><br>Die Warenbestimmungen gemäss Absatz 1 Buchstabe c-h bedürfen grundsätzlich einer   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |  |
|--------|----|---|--|---|--|
|        |    |   |  | Die Möglichkeit, dass weiterhin auf Verordnungsstufe Vereinfachungen im Verfahren möglich sind, sollte aber aus gesetzgebungstechnischen Gründen bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein.   | Bewilligung des BAZG. <i>Der Bundesrat entscheidet über Ausnahmen und Vereinfachungen.</i>   |
| Migros | 12 | 1 |  | Die Warenanmeldung sollte keine transportbezogenen Angaben beinhalten. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen. | [Ergänzung]<br><br>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die Warenanmeldung <i>mit dem Transportmittel verknüpft werden</i> , mit welchem die Ware ein-, aus- oder durchgeführt werden soll (Referenzierung). <i>Die Warenanmeldung selbst bleibt inhaltlich von der Referenzierungsmeldung (Referenzierung inkl. Mitteilung des Transportverantwortlichen und der übrigen transportbezogenen Angaben) unberührt.</i> |
| Migros | 12 | 2 |  | Die Warenanmeldung selbst beinhaltet keine transportbezogenen Angaben. Sie bleibt von der Referenzierung inhaltlich unberührt. Für die Referenzierung und die Meldung der transportbezogenen Angaben ist eine separate Meldung (Referenzierungsmeldung) vorzusehen. Damit würde auch den unterschiedlichen Rollen gemäss Art. 7 lit. e.-g. Rechnung getragen. | [Ergänzung]<br><br>Der Referenzierungspflicht unterliegt die Transportverantwortliche oder, wenn es keine solche gibt, die Warenverantwortliche. <i>Die Warenverantwortliche kann die Referenzierung in der Warenanmeldung oder mittels Referenzierungsmeldung vornehmen.</i>  |
| Migros | 13 | 4 |  | Eine Aktivierung von Amtes wegen könnte mit verschiedenen Nachteilen für die Zollpflichtigen verbunden sein. Eine Aktivierung von Amtes wegen muss deshalb für die Zollpflichtigen vorhersehbar sein und nur dann erfolgen, wenn die Aktivierung von aktivierungspflichtigen Personen nicht rechtzeitig vorgenommen wurde.                                    | [Änderung]<br><br><i>Wurde im grenzüberschreitenden Warenverkehr die Aktivierung der Warenanmeldung nicht fristgerecht vorgenommen, so kann das BAZG diese von Amtes wegen vornehmen.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |   |
|--------|----|---|--|--|---|
| Migros | 14 | 1 |  | Das BAZG muss technisch sicherstellen, dass die Aktivierung jederzeit erfolgen kann, damit die Warenflüsse an der Grenze nicht unnötig behindert werden.   | [Ergänzung]<br><br>Im grenzüberschreitenden Warenverkehr muss die elektronische Warenanmeldung spätestens im Zeitpunkt des Verbringens der Ware über die Zollgrenze elektronisch aktiviert werden. <i>Das BAZG stellt sicher, dass die elektronische Aktivierung unabhängig des Wochentages und der Tageszeit möglich ist.</i>  |
| Migros | 14 | 2 |  | Zollanmeldungen werden verbindlich, sobald diese aktiviert werden. Die Aktivierung kann anlässlich des Grenzübertritts oder im Inland erfolgen. Es ist eine Möglichkeit vorgesehen, die Aktivierung periodisch vorzunehmen. Aus dem vorgeschlagenen Wortlaut kann jedoch nicht entnommen werden, ob die Aktivierung in Zukunft auch direkt bei Ankunft beim Empfänger vorgenommen werden kann (zugelassener Empfang und zugelassener Versand). Da sich diese im Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren (gVV-Übereinkommen; SR 0.631.242.04) verankerte Verfahren in der Praxis bewährt haben und wesentliche Erleichterungen in der Zollabwicklung für die Wirtschaft bringen, sind auf Verordnungsstufe Ausführungsvorschriften vorzusehen. Aus gesetzgebungstechnischen Gründen sollte dies bereits auf Gesetzesstufe festgehalten sein. | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat legt fest, in welchen Fällen, die Aktivierung nach dem Verbringen über die Zollgrenze erfolgen kann. <i>Er regelt das vereinfachte Verfahren für Versand und Empfang (zugelassener Versand und zugelassener Empfang).</i> Er kann vorsehen, dass im grenzüberschreitenden Verkehr Warenanmeldungen periodisch aktiviert werden können. |
| Migros | 14 | 6 |  | Auf Verordnungsstufe ist sicherzustellen, dass allfällige technische Probleme beim Zoll nicht zu Lasten der Zollpflichtigen ausgelegt werden (z.B. muss eine Ausnahme für den Fall vorgesehen werden, dass das technische System des BAZG nicht funktioniert oder nicht abrufbar ist.)   | [Auf Verordnungsstufe zu berücksichtigen]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |  |
|--------|----|---|--|--|--|
| Migros | 15 | 1 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig davon festzulegen (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2).  | [Ergänzung]<br><br><i>Im Zusammenhang mit den internationalen Bestrebungen und Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Sicherung der Lieferkette</i> verleiht das BAZG Personen, die im Zollgebiet oder in den Zollausschlussgebieten ansässig sind, auf Gesuch den Status des zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (Authorised Economic Operator, AEO), wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen: |
| Migros | 15 | 2 |  | Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO) ist auf den Sicherheitsaspekt beschränkt. Die Bedingungen für Verfahrenserleichterungen sind unabhängig vom Status eines AEO festzulegen. (vgl. dazu Antrag zu Art. 14 Abs. 2)   | [Änderung]<br><br>Der Bundesrat regelt die Voraussetzungen und das Bewilligungsverfahren im Einzelnen.   |
| Migros | 16 | 1 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz).   | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 16 | 2 |  | Die Qualitätssicherung von Zolldienstleistern ist nicht Sache des Staates. Er muss vielmehr gewährleisten, dass Warenverantwortliche Zolldienstleister frei wählen können (= freier Zugang zum Zolldienstleisternetz). Es besteht somit kein Regelungsbedarf, zumindest nicht für inländische Datenverantwortliche. Für ausländische Datenverantwortliche sollen jedoch Voraussetzungen festgelegt werden, unter welchen eine Tätigkeit in der Schweiz zugelassen werden kann, damit Forderungen der Importeure und des BAZG wirksam durchgesetzt werden können (z.B. Zustelladresse in der Schweiz, Versicherung etc.). | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat regelt die Eignungsvoraussetzungen <i>für Datenverantwortliche, welche nicht im schweizerischen Staatsgebiet und nicht in den Zollanschlussgebieten ansässig sind.</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |         |   |   |   |
|--------|----|---------|---|---|---|
| Migros | 18 | 3       |   | Auch bei nicht angemeldeten Waren sind bei der Veranlagung von Amtes wegen Abgabenermässigungen wie Präferenzzölle, Kontingentzollansätze bei vorhandenen Kontingenten etc. zu berücksichtigen. Die Nichtberücksichtigung dieser Ermässigungen, obschon diese bei einer ordnungsgemässen Zollanmeldung zugestanden würden, führt regelmässig zu stossenden und punitiv anmutenden Nachforderungen, die die Wirtschaft unnötig belastet. | [Ergänzung]<br><br>Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt. <i>Ermässigungen von Einfuhr-, Ausfuhr- und Inlandabgaben, welche der Warenverantwortlichen bei ordnungsgemässer Warenanmeldung offensichtlich gewährt worden wären, sind auch bei der Veranlagung von Amtes wegen zu gewähren.</i>  |
| Migros | 18 | 5 (neu) |   | Wir beantragen, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen gesammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Die würde die Verzollungsprozesse wesentlich vereinfachen und die Effizienz sowohl auf der Seite der Abgabepflichtigen wie auch auf der Seite der Zollverwaltung vereinfachen.                           | [neu]<br><br><i>Bei Warenverantwortlichen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in den Zollanschlussgebieten veranlagt das BAZG die Abgaben zusammengefasst je Kalendermonat oder -vierteljahr (periodische Veranlagung). Wünscht die Warenverantwortliche nicht ausdrücklich die periodische Veranlagung je Kalendermonat, erfolgt diese je Kalendervierteljahr. Die Warenverantwortliche kann mit der Warenanmeldung eine Einzelveranlagung für diese Warenanmeldung verlangen.</i> |
| Migros | 21 | 1       | a | Die inländische Warenverantwortliche muss nur dann Abgabenschuldnerin sein, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Andernfalls kann die Erhebung der Abgaben bei der Warenverantwortlichen zu stossenden Ergebnissen führen (vgl. auch Begründung zum Ergänzungsantrag betr. Art. 7 lit. e Ziff. 1).  | [Ergänzung]<br><br>Die Warenverantwortliche nach Artikel 7 Buchstabe e Ziffer 1, <i>wenn die Ware im eigenen Namen ein-, aus- oder durchgeführt wurde und, sofern eine Datenverantwortliche an der Warenanmeldung beteiligt ist, die Datenverantwortliche über einen direkten und schriftlichen Auftrag der Warenverantwortlichen verfügt,</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |  |
|--------|----|---|--|--|--|
| Migros | 21 | 2 |  | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldner, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt (vgl. Begründung zum Ergänzungsantrag zum Art. 21 Abs. 1 und Art. 7 lit. e Ziff. 1).   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Das BAZG macht die Abgabeschuld bei der Warenverantwortlichen geltend, <i>sofern diese gemäss dem vorstehenden Absatz Abgabenschuldnerin ist, ansonsten direkt bei der Datenverantwortlichen oder der Transportverantwortlichen</i>. Kann eine Abgabenschuldnerin oder ein Abgabenschuldner die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerinnen oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.</p> |
| Migros | 21 | 3 |  | Die inländische Warenverantwortliche ist nur dann Abgabenschuldnerin, wenn die Ein-, Aus- oder Durchfuhr tatsächlich in ihrer Verantwortung liegt. Das ist bei Massengeschäften der Post- und Kuriersendungen nicht der Fall, weshalb bei Umsetzung unserer Anträge zu Art. 21 Abs. 1 und 2 eine entsprechende Ausnahme nicht notwendig ist.   | <p>[Änderung]</p> <p>Der Bundesrat kann im grenzüberschreitenden Reiseverkehr eine von Absatz 2 abweichende Reihenfolge für die Belangung der Abgabeschuldnerinnen und Abgabeschuldner festlegen.</p>  |
| Migros | 22 | 1 |  | Mit unseren Anträgen zu Art. 7 lit. e Ziff. 1 sowie Art. 21 wollen wir insbesondere verhindern, dass die Warenverantwortliche ohne jegliches Verschulden und/oder Zutun für Zollnachforderungen belangt wird, die sie nicht verursacht bzw. mitverschuldet hat. Wird die Warenverantwortliche immer und primär belangt, ohne Rücksicht darauf, dass sie z.B. die Verzollung an einen Datenverantwortlichen delegiert hat, führt das zu unhaltbaren und willkürlichen Ergebnissen, dass die Warenverantwortliche für den von Dritten verursachten Schaden haftet und sich später gleichzeitig an diesem Dritten gar nicht schadlos halten | <p>[neu/Änderung]</p> <p><i>Haftung im Falle von Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Art. 12 VStrR</i></p> <p><i>Wenn die Abgabe in Anwendung von Artikel 12 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) erhoben oder rückerstattet wird, macht das BAZG die Abgabeschuld vorerst bei derjenigen Abgabenschuldnerin, die an der Wider-</i></p>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |   |
|--------|----|---|--|---|---|
|        |    |   |  | kann, weil dieser z.B. die Haftung vertraglich weggebunden hat oder gar keine Vertragsbeziehung mit diesem Dritten besteht. Denn sehr viele Zollbegünstigungen (Präferenzzölle, zollrechtliche Kontingente) werden im heutigen System nur dann gewährt, wenn die Verzollung von Anfang an korrekt durchgeführt wird. Bei Nachforderungen werden diese Begünstigungen – selbst wenn ein Anspruch im Zeitpunkt der Verzollung bestanden hätte - nicht anerkannt (vgl. dazu aber den Antrag betr. Art. 39 Abs. 2). Es ist sachgerecht und entspricht dem generellen Gerechtigkeitsempfinden in der schweizerischen Rechtsordnung, dass derjenige den Schaden zu ersetzen hat, der diesen auch verschuldet hat. | <i>handlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes ein Verschulden trifft. Kann diese die Abgabeschuld ganz oder teilweise nicht tilgen und ist eine genügende Sicherstellung nicht möglich, so haften die anderen Abgabeschuldnerin oder Abgabeschuldner solidarisch. Der Rückgriff unter ihnen richtet sich nach dem Obligationenrecht.</i> |
| Migros | 22 | 2 |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 22 Abs. 1.   | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | 23 |   |  | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 10 Abs. 3.   | [Änderung]<br><br>Die Transportverantwortliche haftet nicht solidarisch, wenn sie nicht in der Lage war zu erkennen, ob die Ware richtig angemeldet worden ist.   |
| Migros | 27 | 1 |  | Mit dem Ergänzungsantrag betr. Art. 18 Abs. 5 beantragen wir, im Gesetz vorzusehen, dass das BAZG die Abgaben bei inländischen Abgabepflichtigen gesammelt und periodisch erhebt und veranlagt, auch wenn die Warenanmeldung sendungsbezogen eingereicht und aktiviert wird. Entsprechend soll die Abgabeschuld mit deren Veranlagung fällig werden.  | [Änderung]<br><br>Die Abgabeschuld wird mit ihrer Verfügung fällig.   |
| Migros | 28 | 2 |  | Wir beantragen, dass inländischen Abgabenschuldnerinnen eine Zahlungsfrist von 60 Tage gewährt wird und auf eine Sicherstellung grundsätzlich verzichtet wird.  | [Änderung]<br><br><i>Für Abgabeschulden von Personen mit Sitz im schweizerischen Staatsgebiet oder in</i>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |   |   |  |
|--------|----|---|---|---|--|
|        |    |   |   |   | <i>den Zollanschlussgebieten beträgt die Zahlungsfrist, sofern andere Abgabeerlasse gemäss Artikel 4 nichts anderes vorsehen, 60 Tage. Bis zum Ablauf dieser Zahlungsfrist verzichtet das BAZG auf eine Sicherstellung der Abgabeforderung gemäss dem 2. Kapitel dieses Titels, ausser in den Fällen gemäss Artikel 32 Absatz 2. In den übrigen Fällen legt das BAZG die Zahlungsfristen und die Voraussetzungen für Zahlungserleichterungen fest.</i> |
| Migros | 31 |   | c | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 32 | 1 | c | Gemäss dieser neuen Bestimmung soll bei Widerhandlungen immer eine Sicherstellung verlangt werden. Das ist nicht sachgerecht, da eine Widerhandlung nicht automatisch bedeutet, dass die Bezahlung der Zollschuld gefährdet sein könnte. Wir beantragen, diese Bestimmung zu streichen. | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 32 | 2 | c | Der erste Halbsatz sollte mit «Geschäftssitz» ergänzt werden, um den Eindruck zu vermeiden, dass nur natürliche Personen gemeint sein könnten.  | [Ergänzung]<br>die Abgabeschuldnerin oder der Abgabeschuldner keinen Wohn- oder Geschäftssitz in der Schweiz hat oder Anstalten trifft, den Wohn- oder Geschäftssitz oder die Betriebsstätte in der Schweiz aufzugeben oder sich im schweizerischen Handelsregister löschen zu lassen.   |
| Migros | 33 |   |   | Vgl. in diesem Zusammenhang den Antrag betr. Art. 28 Abs. 2. Während der Zahlungsfrist von 60 Tagen soll für  | [Ergänzung]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |            |  |  |   |
|--------|----|------------|--|--|---|
|        |    |            |  | inländische Abgabenschuldnerinnen keine Sicherstellung verlangt werden.  | Abgabeforderungen werden, <i>soweit vorgesehen</i> , durch eine Sicherheitsleistung sichergestellt. <i>Vorbehalten bleibt Artikel 28 Absatz 2</i> . Können sie damit nicht genügend sichergestellt werden, so erlässt das BAZG eine Sicherstellungsverfügung oder macht das Pfandrecht geltend.   |
| Migros | 39 |            |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen (vgl. dazu den Antrag für einen neun Artikel 39 Absatz 2).  | [Änderung]<br><br>Hat das BAZG eine von ihm zu erhebende Abgabe nicht oder zu niedrig oder einen zurückerstatteten Abgabenbetrag zu hoch festgesetzt, so kann es den geschuldeten Betrag nachfordern, wenn es die entsprechende Absicht <i>innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 mitteilt</i> .  |
| Migros | 39 | 2<br>(neu) |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.<br><br>Eventualiter ist zumindest in Anlehnung an Art. 212a EU-Zollkodex (Abgabenbefreiung trotz Unregelmässigkeiten) eine wirtschaftsfreundliche Regelung für Nachforderungsverfahren vorzusehen. | [neu]<br><br><i>Die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner kann eine zum Zeitpunkt der Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben auch nachträglich geltend machen, und zwar bis zum Ablauf der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1.</i><br><br>[Eventualantrag]<br><br><i>Im Rahmen des Nachforderungsverfahrens kann die Abgabenschuldnerin oder der Abgabenschuldner eine zum Zeitpunkt der</i> |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |   |   |  |
|--------|----|---|---|---|--|
|        |    |   |   |   | <i>Aktivierung der Warenanmeldung zulässige Abgabenbefreiung oder -ermässigung bzw. eine zu diesem Zeitpunkt zulässige Rückerstattung von Abgaben nachträglich geltend machen.</i>   |
| Migros | 41 | 1 | c | Es sollte korrekterweise Art. 39 und nicht Art. 38 referenziert werden.   | [Änderung]<br><br>wenn die Gesuchstellerin oder der Gesuchsteller unverschuldet eine Nachforderung nach Artikel 39 des vorliegenden Gesetzes oder nach Artikel 12 VStrR leisten muss, die offensichtlich stossend erscheint. |
| Migros | 44 | 5 | e | Bewilligungen für Zoll- und Steuerlager sollten nicht an AEO-Kriterien und Mindestmengen gebunden werden und sollten auch für kleine Unternehmen erhältlich sein. | [Änderung]<br><br>Das Vorhandensein einer geeigneten Infrastruktur;  |
| Migros | 44 | 5 | f | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 44 | 5 | g | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 44 | 6 |   | Vgl. Begründung zum Änderungsantrag betr. Art. 44 Abs. 5 lit. e.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 49 |   |   | Systemausfälle beim BAZG sollen nicht zum Mehraufwand bei den Wirtschaftsbeteiligten führen.  | [Ergänzung]<br><br>Der Bundesrat regelt die verfahrensrechtlichen Modalitäten für den Fall, dass das Informationssystem nach Artikel 67 ausfällt oder nicht erreichbar ist. Aufforderungen an                                |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |   |
|--------|----|---|--|--|---|
|        |    |   |  |  | die Wirtschaftsbeteiligten, bereits getätigte elektronische Eingaben zu wiederholen oder ein papierbasiertes Notfallverfahren anzuwenden, sind unzulässig.  |
| Migros | 52 | 3 |  | Eine Holschuld des Verfügungsadressaten im Zusammenhang mit einem Verfügungserlass führt zur Risikoverlagerung zu Lasten der Wirtschaft. Wir beantragen, dass – analog zum schriftlichen Verfügungserlass und -versand – zumindest eine Information an den Verfügungsadressaten ergehen muss, dass neue Dokumente zur Abholung bereitstehen.                                     | [neu]<br><i>Das BAZG teilt über eine vom Adressaten angegebene E-Mail-Adresse mit, wenn neue Dokumente im Informationssystem nach Artikel 67 übermittelt worden sind.</i>                           |
| Migros | 53 | 3 |  | Der Wortlaut dieser Bestimmung sollte dem Wortlaut von Art. 20 Abs. 3 VwVG entsprechen.  | [Änderung]<br><i>Fällt das Ende einer Frist auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag, so endet die Frist am nächsten Werktag.</i> |
| Migros | 54 |   |  | Wir erachten den beantragten Zusatz als erforderlich, um den Eindruck zu vermeiden, die Bestimmung in Art. 54 gehe der Regelung zur Akteneinsicht gemäss VwVG insofern vor, als dass Art. 26 f. VwVG nicht zur Anwendung kämen (vgl. Art.47). Die Vorschrift der elektronischen Akteneinsicht soll lediglich die Beschränkung der Form der Akteneinsicht gemäss VwVG beinhalten. | [Ergänzung]<br><i>Die Akteneinsicht erfolgt elektronisch. Im Übrigen richtet sie sich nach dem VwVG.</i>  |
| Migros | 56 | 1 |  | Die Aufbewahrungsfrist von Daten und Dokumenten ist auf die aktuell geltende relative Verjährungsfrist zu reduzieren, um übermässige Aufbewahrungskosten zu vermeiden.   | [Änderung]<br><br><i>Daten und Dokumente, die für die Anwendung dieses Erlasses erforderlich sind, sind</i>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |  |
|--------|----|---|--|---|--|
|        |    |   |  |   | bis zum Eintritt <i>der Verjährungsfrist gemäss Artikel 30 Absatz 1</i> sorgfältig und systematisch aufzubewahren und vor schädlichen Einwirkungen zu schützen.  |
| Migros | 58 | 1 |  | Bei der Nachforderung bzw. der Rückerstattung von Abgaben gelten für das BAZG und die Wirtschaft faire Bedingungen.   | <p>[Änderung]</p> <p>Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem <i>fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in der sie eröffnet worden ist</i>, Einsprache erhoben werden.</p>  |
| Migros | 61 |   |  | Wir können nicht nachvollziehen, weshalb der Rechtsschutz gerade bei Verfügungen, die für die Unternehmen regelmässig mit hoher finanzieller Belastung verbunden sind, verkürzt werden soll. Gerade in diesen Fällen bedarf es in unseren Augen einen effektiven Rechtsmittelwegs mit zumindest einer verwaltungsinternen Beschwerdeinstanz. Wir beantragen deshalb, dass für die Anfechtung der in lit. a und b genannten Verfügungen zumindest der Beschwerdeweg gemäss Art. 60 offensteht. | <p>[Änderung]</p> <p>Gegen die folgenden Verfügungen des Verwaltungsverfahrens kann <i>eine verwaltungsinterne Beschwerde gemäss Artikel 60</i> erhoben werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Verfügungen über Leistungs- und Rückleistungspflichten nach Artikel 12 VStrR;</li> <li>b) Feststellungsverfügungen betreffend gefährdete und hinterzogene Abgaben die das BAZG im Rahmen eines Verwaltungsstrafverfahrens erlässt.</li> </ul> <p><i>Im Übrigen richtet sich der Rechtsweg nach dem dritten Abschnitt des VwVG.</i></p> |
| Migros | 62 | 1 |  | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | <p>[Ergänzung/Änderung]</p> <p>Das Verfahren auf Erlass <i>einer Verfügung oder einer Bewilligung nach diesem Gesetz, einem Abgabbeerlass gemäss Artikel 4</i></p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |     |   |   |  |   |
|--------|-----|---|---|--|---|
|        |     |   |   |  | und das Einspracheverfahren gemäss dem 2. Abschnitt sind kostenlos. Es wird keine Parteientschädigung ausgerichtet.   |
| Migros | 62  | 2 | b | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.  | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | 63  |   |   | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.  | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | 67a |   |   | Mit der Einführung des E-DSG wird der Schutz der juristischen Personen insofern aufgehoben, als dass diese nicht mehr in den Geltungsbereich des E-DSG fallen. Damit werden auch die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte der juristischen Personen aufgehoben. Die im Zusammenhang mit der Einführung des E-DSG vorgesehenen Anpassungen des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes (SR 172.010; RVOG) sowie des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (SR 152; BGÖ) wiegen diesen Wegfall nicht auf, zumal die erwähnten Gesetze einen anderen Zweck als den Schutz der Integrität der Daten der betroffenen juristischen Personen verfolgen. Art. 57t E-RVOG sieht Folgende Bestimmung vor: «Das anwendbare Verfahrensrecht regelt die Rechte der betroffenen juristischen». Damit ist jedoch noch nicht gewährleistet, dass eine betroffene juristische Person die Möglichkeit hat, die sie betreffenden Daten (und nicht die das Verfahren betreffenden Akten) einzusehen und gegebenenfalls durch die zuständige Behörde berichtigen zu lassen. Aus diesem Grund erachten wir die Aufnahme einer zusätzlichen Bestimmung zum Schutze | <p>[neu]</p> <p><i>Auskunftsrecht</i></p> <p><i>1 Jede juristische Person und Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit kann vom BAZG Auskunft darüber verlangen, ob Daten über sie bearbeitet werden.</i></p> <p><i>2 Die betroffene juristische Person oder Person ohne eigene Rechtspersönlichkeit erhält diejenigen Informationen, die erforderlich sind, damit eine transparente und korrekte Datenbearbeitung gewährleistet ist.</i></p> <p><i>3 Das BAZG muss kostenlos Auskunft erteilen. Der Bundesrat kann Ausnahmen vorsehen, namentlich wenn der Aufwand unverhältnismässig ist.</i></p> <p><i>4 Die Auskunft wird in der Regel innerhalb von 30 Tagen auf elektronischem Wege erteilt.</i></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |            |         |  |  |  |
|--------|------------|---------|--|--|--|
|        |            |         |  | der Daten der juristischen Personen (zumindest im Zusammenhang mit der Herausgabe und der Berichtigung) als angemessen.  |  |
| Migros | 81         | 1       |  | Die Einhaltung von Qualitätsanforderungen und Umweltaspekten ist gesetzlich vorgeschrieben. Wir erwarten daher bei der physischen Kontrolle von Waren, dass für die Nahrungsmittel-, Chemie- und Pharmaindustrie im Gesetz verankert wird, dass eine Zollkontrolle nur nach erfolgter Rücksprache mit den betroffenen Unternehmen durchgeführt werden darf. Die Unternehmen sollen das Recht erhalten eine physische Kontrolle vor Ort abzulehnen und einen geeigneten Ort für die Kontrolle festzulegen. Die dabei anfallenden Kosten sollen nicht an die Betriebe weiterverrechnet werden. | [Ergänzung]<br><br>Das BAZG kann alle Handlungen an Waren vornehmen, die zur Feststellung des Sachverhalts notwendig sind. Es ist insbesondere befugt, Warenproben zu entnehmen. <i>Dabei ist das BAZG an die zwingende Gesetzgebung bezüglich der Waren bei sonstiger Schadenersatzpflicht gebunden und hält mit geeigneten Schutzmassnahmen und Verfahren namentlich die Anforderungen der Arzneimittel- (insb. GDP), Chemikalien- und der Lebensmittelgesetzgebung ein.</i> |
| Migros | 81         | 2 (neu) |  | Das Resultat einer physischen oder nachgelagerten Kontrolle soll in Zukunft den Unternehmen zeitnah und vollumfänglich eröffnet werden, damit diese organisatorische sowie prozessuale Vorkehrungen treffen können, um gesetzliche Abweichungen zu verhindern.   | [neu]<br><br><i>Das BAZG teil den betroffenen Personen das Ergebnis der Warenkontrolle unverzüglich mit.</i>   |
| Migros | 83         | 1       |  | Das BAZG bzw. die Zollgesetzgebung darf nicht in die Geschäftsbeziehungen zwischen den Wirtschaftsbeteiligten eingreifen.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 107a (neu) |         |  | Für die betroffenen natürlichen und juristischen Personen ist es wichtig, dass sie sich über die Praxis des BAZG informieren können und sich an erlassenen Richtlinien und gefällten Entscheiden und Urteilen orientieren können. Aktuell besteht in diesem Bereich zu wenig Transparenz, was  | [neu]<br><br><i>Veröffentlichung von Entscheiden und Urteilen</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |  |  |  |  |
|--------|------|--|--|--|--|
|        |      |  |  | <p>es für alle Beteiligten schwierig macht, die Praxis zu kennen und nachzuvollziehen.</p> <p>Aus diesem Grund beantragen wir eine (neue) Bestimmung, die dieser Lücke Abhilfe schaffen soll. Einerseits wäre die Veröffentlichung von relevanten Entscheiden des BAZG sowie der uneingeschränkte Zugang zu praxisrelevanten Richtlinien und Merkblättern sehr hilfreich. Überdies beantragen wir eine Bestimmung, wonach das BAZG die Gerichtsurteile, die basierend auf dem BAZG gefällt werden, sammelt und periodisch, beispielsweise in einem jährlichen Bericht, zumindest auszugsweise veröffentlicht. Begrüssenswert wäre auch eine jährliche Zusammenstellung sämtlicher relevanten Entscheide des BAZG in Kombination mit entsprechenden Gerichtsurteilen. Auch die Veröffentlichung von Rechtsmittelentscheiden von grosser Bedeutung würde zu mehr Transparenz und Rechtssicherheit beitragen.</p> | <p><sup>1</sup> Das BAZG kann seine Entscheide sowie Richtlinien oder Merkblätter, die für die Praxis des BAZG relevant sind, veröffentlichen.</p> <p><sup>2</sup> Die Gerichte stellen dem BAZG die Urteile, die in Anwendung dieses Gesetzes gefällt werden, unaufgefordert und in vollständiger Abschrift zu. Das BAZG sammelt diese Urteile und kann sie periodisch veröffentlichen.</p>   |
| Migros | 127a |  |  | <p>Die Mitsprache der Wirtschaft bei der Weiterentwicklung des Zollrechts ist mit einem Konsultativgremium sicherzustellen (analog zur MWST).</p>  | <p>[neu]</p> <p>Konsultativgremium</p> <p><sup>1</sup> Der Bundesrat setzt ein Konsultativgremium, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der abgabepflichtigen Personen, der Kantone, der Wissenschaft, der Zollpraxis und der Konsumenten und Konsumentinnen, ein.</p> <p><sup>2</sup> Das Konsultativgremium berät Anpassungen dieses Gesetzes, des Bundesgesetzes über die Zollpflicht und die Bemessung der Zollabgaben (Zollabgabengesetz, ZoG), des Zolllarifgesetzes (ZTG) und der gestützt darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen, Praxisfestlegungen und</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |               |  |  |   |  |
|--------|---------------|--|--|---|--|
|        |               |  |  |   | <p><i>Richtlinien bezüglich der Auswirkungen auf die steuerpflichtigen Personen und die Volkswirtschaft.</i></p> <p><sup>3</sup> <i>Es nimmt zu den Entwürfen Stellung und kann selbstständig Empfehlungen für Änderungen abgeben.</i></p>   |
| Migros | 128           |  |  | Das BAZG beschränkt sich auf seine Aufgabe als Bundesbehörde. Die Zollgesetzgebung darf das BAZG nicht zur Erschliessung neuer Geschäftsfelder legitimieren. Das BAZG tritt nicht in Konkurrenz zu privaten Anbietern gewerblicher Leistungen.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 129           |  |  | Vgl. Begründung zu Art. 128   | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 135a<br>(neu) |  |  | Im Jahr 2001 verurteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Schweiz i.S. J.B. v. Schweiz (Urteil Nr. 31827/96) wegen Verletzung von Art. 6 Abs. 1 EMRK, konkreter wegen Nichteinhaltung des Selbstbelastungsverbots («nemo tenetur se ipsum accusare»). Daraufhin erliess der Bundesgesetzgeber die heutigen Bestimmungen in Art. 153 Abs. 1 <sup>bis</sup> , Art. 183 Abs. 1 Satz 2, Art. 183 Abs. 1 <sup>bis</sup> DBG sowie in Art. 57a Abs. 2 StHG (vgl. auch Art. 113 StPO). Da sich in parallel durchgeführten Nachforderungs- und Zollhinterziehungsverfahren die gleiche Problematik stellt und auch in diesem Bereich eine Verurteilung der Schweiz durch den EGMR droht, ist im neuen BAZG-VG eine entsprechende Bestimmung zur Wahrung der Anforderungen der EMRK aufzunehmen. | <p>[neu]</p> <p><i>Stellung der beschuldigten Person</i></p> <p><sup>1</sup> <i>Die Einleitung eines Strafverfahrens wird der beschuldigten Person schriftlich mitgeteilt. Es wird ihr Gelegenheit gegeben, sich zu der gegen sie erhobenen Anschuldigung zu äussern; sie wird auf ihr Recht hingewiesen, die Aussage und ihre Mitwirkung zu verweigern.</i></p> <p><sup>2</sup> <i>Beweismittel aus einem Nachforderungsverfahren dürfen in einem Strafverfahren nur dann verwendet werden, wenn sie ohne jeglichen Zwang beschafft wurden.</i></p> |
| Migros | 140           |  |  | Das BAZG sollte, ihre ordentlichen Aufgaben (Mitwirkung an Verfahren, Erteilung von Bewilligungen, Durchführung von Kontrollen usw.) kostenlos erbringen.   | [ersatzlos streichen]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|        | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|--------|-------------------------------------|--|--|
| Migros | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |  |
| Migros | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Die Strafverfolgung betrifft alle Wirtschaftsbeteiligte in gleichem Ausmass. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |
| Migros   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</u></b> |               |                           |
|---|---------------|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |
| Migros  |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |          |      |      |      |  |   |
|---|----------|------|------|------|--|---|
| Name  | Gesetz   | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag<br>(Textvorschlag) [ <i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i> ]  |
| Migros  | BGCI-TES | 13a  |      |      | Vgl. Begründung zu Art. 30a LMG  | [ersatzlos streichen]   |
| Migros  | MWSTG    | 18   | 1    |      | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. | [Ergänzung]<br>Der Inlandsteuer unterliegen die im Inland durch steuerpflichtige Personen gegen Entgelt erbrachten Leistungen sowie <i>die Einfuhr von Gegenständen durch steuerpflichtige Personen</i> ; sie sind steuerbar, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme vorsieht. |
| Migros  | MWSTG    | 50   |      |      | Die Einfuhrsteuer gem. Mehrwertsteuergesetz wird bei steuerpflichtigen Personen direkt durch die Eidg. Steuerverwaltung erhoben. | [Änderung]<br>Für die Steuer auf der Einfuhr von Gegenständen <i>durch nichtsteuerpflichtige Personen gilt die Zollgesetzgebung, soweit die nachfolgenden Bestimmungen</i> nichts anderes anordnen.   |
| Migros  | TStG     | 35   | 1    |      | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG.   | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |    |   |  |  |  |
|--------|------|----|---|--|--|--|
|        |      |    |   |  |  | <p>a. die Steuern durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht;</p> <p>b. im Inland hergestellte Tabakfabrikate, die nicht für die Abgabe an den Verbraucher fertig verpackt sind, an nicht im Register eingetragene Personen oder Firmen abgibt oder sonst wie aus dem Herstellerbetrieb entfernt.</p> <p>c. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Steuervorteil verschafft.</p> |
| Migros | TStG | 35 | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p>  |
| Migros | TStG | 35 | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 3 ZoG. | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | TStG | 35 | 4 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |   |
|--------|------|-----|---|--|--|---|
| Migros | TStG | 37a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des Inlandwertes der Tabakfabrikate, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. vom BAZG als Steuerpfand beschlagnahmte Tabakfabrikate, die in seinem Besitz belassen worden sind, vernichtet; oder</p> <p>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt.</p>  |
| Migros | BStG | 35  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Steuern durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung von Bier oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht;</p> <p>oder</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Steuervorteil verschafft.</p> |
| Migros | BStG | 35  | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | [Ergänzung]   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |  |
|--------|------|-----|---|--|--|--|
|        |      |     |   |  |  | Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| Migros | BStG | 35  | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 3 ZoG. | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | BStG | 35  | 4 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> .   |
| Migros | BStG | 35a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Steuer, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich die Steuer durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung von Bier oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet. |
| Migros | BStG | 35a | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |  |
|--------|------|-----|---|--|--|--|
| Migros | BStG | 35a | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>   |
| Migros | BStG | 37  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des Inlandwertes des Bieres, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. vom BAZG als Steuerpfand beschlagnahmtes Bier, das in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder</p> <p>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt.</p> |
| Migros | AStG | 36  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Steuer durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Automobile oder in irgendeiner andern Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder</p>    |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |   |
|--------|------|-----|---|--|--|---|
|        |      |     |   |  |  | b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Steuervorteil verschafft.   |
| Migros | AStG | 36  | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zudem kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren erkannt werden.   |
| Migros | AStG | 36  | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> .  |
| Migros | AStG | 36a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Steuer, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich die Steuer oder die gesetzmässige Veranlagung durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Automobile oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet. |
| Migros | AStG | 36a | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte er-  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |          |     |   |  |  |   |
|--------|----------|-----|---|--|--|---|
|        |          |     |   |  |  | höht. Zudem kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren erkannt werden.  |
| Migros | AStG     | 36a | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Steuer, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> .  |
| Migros | AStG     | 37a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwertes, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. ein vom BAZG als Steuerpfand beschlagnahmtes Automobil, das in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder<br>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt. |
| Migros | Minö-StG | 38a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen des hinterzogenen Abgabebetrags, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. die Abgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmel-  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |          |     |   |  |  |  |
|--------|----------|-----|---|--|--|--|
|        |          |     |   |  |  | <p>derung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Steuervorteil verschafft.</p>   |
| Migros | Minö-StG | 38a | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zudem kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren erkannt werden.</p>  |
| Migros | Minö-StG | 38a | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen des hinterzogenen Abgabetrags, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>  |
| Migros | Minö-StG | 38b | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des gefährdeten Abgabenbetrags, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich die Abgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |                         |     |   |  |  |   |
|--------|-------------------------|-----|---|--|--|---|
| Migros | Minö-StG                | 38b | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | [Ergänzung]<br><br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren erkannt werden.   |
| Migros | Minö-StG                | 38b | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br><br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Abgaben, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> .   |
| Migros | Minö-StG                | 39a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br><br>Mit Busse bis zum Fünffachen des Inlandwertes der Ware, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br><br>a. vom BAZG als Steuerpfand beschlagnahmte Ware, die in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder<br><br>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt. |
| Migros | CO <sub>2</sub> -Gesetz | 42  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br><br>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Abgabe, <i>höchstens jedoch</i>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |                         |    |   |  |  |   |
|--------|-------------------------|----|---|--|--|---|
|        |                         |    |   |  |  | <p>100 000 Franken, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Abgabe durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht;</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Abgabevorteil verschafft.</p>   |
| Migros | CO <sub>2</sub> -Gesetz | 42 | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden. Erschwerende Umstände liegen vor, wenn die Täterin oder der Täter:</p> <p>a. eine oder mehrere Personen für eine Abgabewiderhandlung anwirbt; oder</p> <p>b. gewerbs- oder gewohnheitsmässig handelt.</p> |
| Migros | CO <sub>2</sub> -Gesetz | 42 | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 3 ZoG. | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | CO <sub>2</sub> -Gesetz | 42 | 5 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |  |
|--------|------|-----|---|--|--|--|
|        |      |     |   |  |  | Dreifachen der hinterzogenen Abgabe, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken.</i>   |
| Migros | SVAG | 20  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Abgabe, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Abgabe durch Nichtanmelden, Verheimlichen, unrichtige Anmeldung oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Abgabevorteil verschafft.</p> |
| Migros | SVAG | 20  | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Abgabe oder des unrechtmässigen Vorteils, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken.</i></p>   |
| Migros | SVAG | 20a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Abgabe, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich die Abgabe oder die gesetzmässige Veranlagung durch Nichtdeklaration, Falschdeklaration, Verheimli-</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |   |
|--------|------|-----|---|--|--|---|
|        |      |     |   |  |  | chen oder unrichtige Angaben, Nichtinbetriebnahme des Erfassungssystems oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.  |
| Migros | SVAG | 20a | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Abgabe, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>  |
| Migros | AlkG | 53  | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des hinterzogenen Steuerbetrags, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. die Steuer durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder</p> <p>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Steuervorteil verschafft.</p> |
| Migros | AlkG | 53  | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |    |   |  |  |   |
|--------|------|----|---|--|--|---|
|        |      |    |   |  |  | Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.   |
| Migros | AlkG | 53 | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 3 ZoG. | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | AlkG | 53 | 4 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen des hinterzogenen Steuerbetrages, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> .  |
| Migros | AlkG | 54 | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Dreifachen des gefährdeten Steuerbetrags, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich die Steuer durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet. |
| Migros | AlkG | 54 | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |  |
|--------|------|-----|---|--|--|--|
| Migros | AlkG | 54  | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Einfachen der gefährdeten Steuer, höchstens jedoch 60 000 Franken.</p>   |
| Migros | AlkG | 56d | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des Fiskalausfalles, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p> <p>a. unbefugterweise gebrannte Wasser herstellt oder reinigt;</p> <p>b. gebrannte Wasser oder daraus hergestellte Erzeugnisse vorschriftswidrig verwendet;</p> <p>c. sich auf unrechtmässige Weise eine Konzession, eine Ermächtigung zum Brennen oder eine andere Bewilligung verschafft; oder</p> <p>d. in anderer Weise die Hoheitsrechte des Bundes nach diesem Gesetz verletzt.</p> |
| Migros | AlkG | 56d | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte er-</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |      |     |   |  |  |   |
|--------|------|-----|---|--|--|---|
|        |      |     |   |  |  | höht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| Migros | AlkG | 56d | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen des Fiskalausfalles, <i>höchstens jedoch 60 000</i> .   |
| Migros | EleG | 25c |   |  | Vgl. Begründung zu Art. 30a LMG        | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | FMG  | 33a |   |  | Vgl. Begründung zu Art. 30a LMG        | [ersatzlos streichen]   |
| Migros | USG  | 61a | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Abgabe, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br><br>a. eine Abgabe nach Artikel 35a, 35b oder 35b <sup>bis</sup> durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner andern Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |     |     |   |  |  |  |
|--------|-----|-----|---|--|--|--|
|        |     |     |   |  |  | b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Abgabenvorteil wie Befreiung oder Rückerstattung von Abgaben verschafft.   |
| Migros | USG | 61a | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zudem kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden. Erschwerende Umstände liegen vor, wenn die Täterin oder der Täter:</p> <p>a. eine oder mehrere Personen für eine Widerhandlung gegen die Lenkungsabgaben anwirbt; oder</p> <p>b. gewerbs- oder gewohnheitsmässig handelt.</p> |
| Migros | USG | 61a | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 3 ZoG. | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | USG | 61a | 4 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Abgabe, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>   |
| Migros | USG | 61b | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Abgabe, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |     |     |   |  |  |  |
|--------|-----|-----|---|--|--|--|
|        |     |     |   |  |  | vorsätzlich die Abgabe durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.   |
| Migros | USG | 61b | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 2 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zudem kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden. Erschwerende Umstände liegen vor, wenn die Täterin oder der Täter:</p> <p>a. eine oder mehrere Personen für eine Widerhandlung gegen die Lenkungsabgaben anwirbt; oder</p> <p>b. gewerbs- oder gewohnheitsmässig handelt.</p> |
| Migros | USG | 61b | 3 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG. | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p> <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Abgabe, <i>höchstens jedoch 60 000 Franken</i>.</p>   |
| Migros | USG | 61d | 1 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 1 ZoG. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwertes, <i>höchstens jedoch 100 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich:</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |     |     |   |  |   |  |
|--|-----|-----|---|--|---|--|
|  |     |     |   |  |   | <p>a. ein vom BAZG als Abgabepfand beschlagnahmte Ware, die in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder</p> <p>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt.</p> |
| Migros   | USG | 61e | 2 |  | Vgl. Begründung zu Art. 15 Abs. 4 ZoG.  | [ersatzlos streichen]  |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | LMG | 30a |   |  | <p>Die Scheinkäufe im Bereich des Lebensmittelrechts haben mit der vorliegenden Vorlage und zollrechtlichen Themen nichts zu tun. Die für Art. 30a LMG vorgesehene Bestimmung würde hier durch die Hintertür eingeführt, ohne dass die von dieser Bestimmung betroffenen Parteien eine Möglichkeit haben, Stellung dazu zu nehmen. Es kommt der Verdacht auf, dass die Bestimmung auf diesem Wege eingeführt werden soll, um Diskussionen mit den betroffenen Akteuren zu vermeiden. Das geht nicht an und steht klar im Widerspruch zu Art. 2 VIG, wonach Vernehmlassungsverfahren bezwecken, Aufschluss über die sachliche Richtigkeit, die Vollzugstauglichkeit und die Akzeptanz eines Vorhabens des Bundes zu geben und den Betroffenen die Möglichkeit einzuräumen, sich an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung des Bundes zu beteiligen. Wird eine völlig sachfremde Bestimmung in einem Gesetz, das mit der zu beurteilenden Vorlage nichts zu tun hat, nebenbei eingeführt, so wird den betroffenen Kreisen diese Möglichkeit der Beteiligung genommen. Eine allfällige Bestimmung im</p> | [ersatzlos streichen]  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |   |  |
|--|--|--|--|--|---|--|
|  |  |  |  |  | LMG zum Thema Scheinkäufe wäre – wenn überhaupt – im Rahmen der nächsten LMG-Revision zu behandeln. |  |
|--|--|--|--|--|---|--|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Migros   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| Migros  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |   |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) [<i>Änderungen werden kursiv hervorgehoben</i>]</b>   |
| Migros   | 3           | 1           |             | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | <p>[Ergänzung]</p> <p>Waren, die ein- oder ausgeführt werden, sind zollpflichtig, <i>wenn:</i></p> <p><i>a. sie vom BAZG zu erhebenden Ein- oder Ausfuhrabgaben gemäss Artikel 4 BAZG-VG unterliegen und gemäss Zolltarifgesetz (ZTG) nicht zollfrei sind; oder</i></p> <p><i>b. die Warenverantwortliche gemäss Artikel 7 BAZG-VG dafür Rückerstattungen von Einfuhr-, Ausfuhr- oder Inlandabgaben geltend macht; oder</i></p> <p><i>c. sie einer Warenbestimmung gemäss Artikel 11 Buchstabe g oder h BAZG-VG zugeführt werden; oder</i></p> <p><i>d. auf sie eine ein-, aus- oder durchfuhrspezifische Massnahme (z. B. eine Bewilligungspflicht) nach einem nichtabgaberechtlichen Erlass Anwendung findet und das BAZG mit entsprechenden Vollzugsaufgaben betraut ist; oder</i></p> <p><i>e. sie direkt von ausserhalb des gemeinsamen Sicherheitsraumes gemäss dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft über die Erleichterung der</i></p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |   |            |   |   |  |
|--|---|------------|---|---|--|
|  |   |            |   |   | <i>Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr und über zollrechtliche Sicherheitsmassnahmen (ZESA) stammen oder direkt nach ausserhalb dieses Sicherheitsraumes gelangen.</i>   |
| Migros   | 3 | 3<br>(neu) |   | Waren sind nur zollpflichtig, wenn sie Einfuhrabgaben oder Ausfuhrabgaben unterliegen oder Gegenstand von Rückerstattungen oder nichtabgaberechtlichen Erlassen sind oder im Verkehr mit «unsicheren» Gebieten. | [neu]<br><i>Die Warenverantwortliche kann für nicht zollpflichtige Waren gemäss Absatz 1 die Warenanmeldung gemäss BAZG-VG, 2. Titel durchführen. Unterlässt sie dies, meldet sie die warenbezogenen Daten, welche für die Aussenhandelsstatistik gem. Zolltarifgesetz (ZTG) zwingend notwendig sind, dem BAZG zusammengefasst je Kalendermonat.</i> |
| <b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.</b> | 4 | 1          | d | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Änderung]<br>Waren, die in den freien Verkehr eingeführt worden sind und innerhalb der Verjährungsfrist der Abgabeschuld gemäss Artikel 30 Absatz 1 BAZG-VG unverändert oder wegen eines bei ihrer Verarbeitung im Zollgebiet festgestellten Mangels verändert wieder ins Zollaussland ausgeführt werden.   |
| Migros   | 4 | 2          |   | Die Zollabgaben sind bei unveränderter Ausfuhr der Waren generell rückzuerstatten.  | [Ergänzung]<br>Der Bundesrat kann vorsehen, dass ausländische Rückwaren <i>gemäss Absatz 1 Buchstabe d</i> , die im Zollgebiet vernichtet oder als Futtermittel verwendet werden, ganz oder teilweise zollfrei sind. Er regelt das Verfahren der Rückerstattung von bereits geleisteten Zollabgaben.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |   |         |   |   |  |
|--------|---|---------|---|---|--|
| Migros | 9 | 2       | a | Ungenügende und/oder zweideutige Warenbeschreibungen in der Zollanmeldung können in Zukunft zur “automatischen” Anwendung einer anderen in Frage kommenden Zolltarifnummer führen, weil diese einen höheren Zollansatz aufweist. Wir lehnen diese vorgeschlagene Bestimmung ab. Unseres Erachtens kann diese Bestimmung zu einer willkürlichen höheren Abgabenerhebung durch die Zollbehörden führen (eventuell sogar mit Strafrelevanz). Unseres Erachtens bilden die Zolltarifnummer und die Warenbeschreibung eine die Ware beschreibende Einheit. Eine alleinige Fokussierung auf die Warenbeschreibung ist im Sinne des HS-Systems nicht wünschenswert und ihm Rahmen der Digitalisierung auch nicht modern. Wo möglich sollen Angaben immer codiert an die Zollverwaltung übermittelt werden können (z. B. die Wiederausfuhrfrist oder die Kontrollstelle im Veredelungsverkehr anstelle in der Warenbeschreibung im Feld Besondere Bemerkungen der Warenposition). | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 9 | 2       | b | Wir lehnen diese «Strafzölle» ab und fordern, dass auch in Nachforderungsverfahren, Zollermässigungen und -befreiungen gewährt werden. Vgl. im Übrigen Begründung zu Art. 39 Abs. 2 BAZG-VG.  | [ersatzlos streichen]  |
| Migros | 9 | 4 (neu) |   | Abgabenermässigungen können berücksichtigt werden, auch wenn Waren nicht oder zu wenig differenziert angemeldet werden.   | [neu/Eventualantrag zu Anträgen betr. Art. 9 Abs. 2]<br><br>Offensichtlich gültige Ermässigungen von Zollabgaben können auch in den Fällen gemäss Absatz 2 und 3 geltend gemacht werden. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |  |
|--------|----|---|--|---|--|
| Migros | 10 | 1 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.   | [Änderung]<br><br>Das BAZG verfügt gemäss dem Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG) auf schriftliche Anfrage hin die zolltarifarische Einreihung, den Zollwert gemäss dem Abkommen zur Errichtung der Welthandelsorganisation sowie den nichtpräferenziellen und den präferenziellen Ursprung von Waren.  |
| Migros | 10 | 2 |  | Zolltarif- und Ursprungsankünfte sind unabhängig der Warenein- oder -ausfuhr anfechtbar. Zusätzlich können Zollwertankünfte beantragt werden.   | [Ergänzung]<br><br>Ankünfte gemäss Absatz 1 sind öffentlich. <i>Das BAZG legt diese gesamthaft, in geordneter Form und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten, Geschäftsgeheimnissen usw. öffentlich zugänglich auf.</i>   |
| Migros | 15 | 1 |  | Wir können nachvollziehen, dass das System des dynamischen Strafrahmens grundsätzlich geeignet ist für das Zollrecht. Dennoch halten wir aus den folgenden Gründen eine (zusätzliche) Obergrenze der Busse für sachgerecht:<br><br>Gemäss dem StGB beträgt die Busse maximal 10'000 Franken; die Geldstrafe maximal 540'000 Franken. In den meisten Verwaltungsgesetzen sind ebenfalls Maximalbussen vorgesehen (z.B. im MWStG 800'000 Franken, im LMG 80'000 Franken, im E-DSG 250'000 Franken uws.). Im Zollrecht einen gänzlich unbegrenzten Bussenrahmen vorzusehen, erscheint uns deshalb als nicht sachgerecht. Die Höchstbusse von 800'000 Franken analog zum MWStG erscheint uns vorliegend als angebracht. In Kombination mit der Beibehaltung des | [Ergänzung]<br><br>Mit Busse bis zum Fünffachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br><br>a. die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise hinterzieht; oder<br><br>b. sich oder einer anderen Person sonst wie einen unrechtmässigen Zollvorteil verschafft. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |   |
|--------|----|---|--|--|---|
|        |    |   |  | <p>dynamischen Elements wird überdies sowohl den «kleinen» als auch den «grossen» Fällen Rechnung getragen.</p> <p>Überdies ist zu beachten, dass es bei den vorliegenden Strafbestimmungen rein um das pönale Element geht: Art. 12 ff. VstrR sehen nämlich zusätzlich eine Leistungs- bzw. Rückleistungspflicht vor. Die Bussenbestimmungen im ZoG können und sollen nicht dazu dienen, entgangene Zollabgaben einzutreiben, sondern sind allein dazu da, den Täter zu bestrafen. Eine Maximalbusse untergräbt diesen Zweck keineswegs und kann dem Bestraften immer noch «weh tun». Hinzukommt, dass bei gewissen Qualifikationen noch immer eine Erhöhung der Höchstbusse zum Tragen käme.</p> |   |
| Migros | 15 | 2 |  | <p>Analog zum Verweis auf Absatz 1 in Absatz 3 muss dieser Verweis auch in Absatz 2 enthalten sein, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen bezieht.</p>   | <p>[Ergänzung]</p> <p>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.</p> |
| Migros | 15 | 3 |  | <p>Die Formulierung «in besonders erheblichem Umfang» ist sehr unbestimmt und steht nicht im Einklang mit dem Bestimmtheitsgebot. Auf präzisierende Rechtsprechung zu warten, erscheint beim angedrohten Strafraum von immerhin bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe (bzw. einer Busse über den 7.5-fachen Betrag der hinterzogenen Zollabgaben) nicht angemessen und schafft Rechtsunsicherheit.</p>  | <p>[ersatzlos streichen]</p>  |
| Migros | 15 | 4 |  | <p>Es wird die Straflosigkeit der fahrlässigen Begehung beantragt. Eine Bestrafung von Sorgfaltspflichtverletzung</p>  | <p>[ersatzlos streichen]</p> <p>[Eventualantrag: Ergänzung]</p>   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |  |  |
|--------|----|---|--|--|--|
|        |    |   |  | <p>gen im Abgabewesen erscheint angesichts der potenziell sehr hohen Bussenbeträgen unverhältnismässig. Unseres Erachtens fehlt bei fahrlässig hinterzogenen Zollabgaben – insbesondere im Wirtschaftsumfeld – das Strafbedürfnis: Im Wirtschaftsumfeld bringt eine fahrlässige Begehung dem Täter keinen Vorteil ein. Eine fahrlässige Begehung ist hier in der Regel auf ein formales Versehen zurückzuführen, dass insbesondere im Rahmen von Massengeschäften schnell einmal unterlaufen kann. Bei den sehr strengen formalen Vorschriften im Zollwesen kann hier ein kleiner formaler Fehler schnell weitläufige Konsequenzen haben. Eine Bestrafung von solchen formalen Fehlern erscheint in diesem Kontext nicht angezeigt. Auch wenn Art. 52 StGB im Nebenstrafrecht zur Anwendung gelangt, so erscheint eine vollständige Straflosigkeit der Fahrlässigkeit als sachgerechter. Von der Straflosigkeit betroffen wären vorliegend sodann auch nur «echte» und unabsichtliche Versehen, zumal die eventualvorsätzliche Begehung ja ohnehin nach Abs. 1 geahndet würde.</p> <p>Betreffend Eventualantrag s. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p> | <p>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der hinterzogenen Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i>.</p>   |
| Migros | 16 | 1 |  | <p>S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.</p>  | <p>[Ergänzung]</p> <p>Mit Busse bis zum Fünffachen der gefährdeten Zollabgabe, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i>, wird bestraft, wer vorsätzlich die Zollabgaben durch Nichtanmelden, Verheimlichen oder unrichtige Anmeldung der Waren oder in irgendeiner anderen Weise ganz oder teilweise gefährdet.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |   |
|--------|----|---|--|---|---|
| Migros | 16 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| Migros | 16 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.  | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Zollabgaben, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i> .  |
| Migros | 17 | 1 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.  | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Dreifachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 480 000 Franken</i> wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. ein Verbot oder eine Beschränkung der Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Waren durch Nichtanmelden, Verheimlichen der Waren oder unrichtige Warenanmeldung oder in irgendeiner anderen Weise verletzt oder den Vollzug des Verbots oder der Beschränkung gefährdet; oder<br>b. für sich oder für eine andere Person zu Unrecht eine Bewilligung erwirkt. |
| Migros | 17 | 2 |  | Den Verweis auf Absatz 1 erachten wir als notwendig, damit klar ist, dass sich diese Qualifikation nur auf vorsätzliche Begehungen beziehen kann. | [Ergänzung]<br>Bei erschwerenden Umständen wird das Höchstmass der angedrohten Busse <i>nach</i>  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|        |    |   |  |   |   |
|--------|----|---|--|---|---|
|        |    |   |  |   | <i>Absatz 1</i> um die Hälfte erhöht. Zugleich kann auf eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr erkannt werden.  |
| Migros | 17 | 3 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 4.  | [ersatzlos streichen]<br>[Eventualantrag: Ergänzung]<br>Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Einfachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 160 000 Franken</i> .  |
| Migros | 19 | 1 |  | S. Ausführungen zu Art. 15 Abs. 1.  | [Ergänzung]<br>Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwerts, <i>höchstens jedoch 800 000 Franken</i> , wird bestraft, wer vorsätzlich:<br>a. eine vom BAZG als Zollpfand beschlagnahmte Ware beziehungsweise Sache, die in seinem Besitz belassen worden ist, vernichtet; oder<br>b. ohne Zustimmung des BAZG darüber verfügt. |
| Migros | 22 | 1 |  | Die Abgrenzung zwischen der bewussten Fahrlässigkeit und des Eventualvorsatzes ist rein dogmatisch unter Umständen möglich, in der Praxis jedoch nicht. Aus diesem Grund beantragen wir – unabhängig von der gewählten Variante im Zusammenhang mit Art. 133 BAZG-VG – die ersatzlose Streichung des Zusatzes zur bewussten Fahrlässigkeit. | [Änderung]<br>Mit Busse bis zu 5000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich verstösst:<br>a. gegen eine durch das BAZG anwendbare Vorschrift, soweit deren Übertretung unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung für strafbar erklärt wird; oder  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |   |
|--|--|--|--|--|---|
|  |  |  |  |  | b. gegen eine unter Hinweis auf die Strafdrohung dieser Bestimmung an ihn gerichtete Verfügung. |
|--|--|--|--|--|---|

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| Migros   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Überprüfen' tab is highlighted with a red box. The task pane on the right, titled 'Bearbeitung einschränken', shows the 'Ihre Berechtigungen' (Your Permissions) section. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the task pane is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: '1. Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions), '2. Bearbeitungseinschränkungen' (Editing Restrictions), and '3. Schutz anwenden' (Apply Protection). In the '2. Bearbeitungseinschränkungen' section, the 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these modifications in the document:) dropdown is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form filling). In the '3. Schutz anwenden' section, the 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |



PHILIP MORRIS S.A.

CHEMIN DE BRILLANCOURT 4, CASE POSTALE 1171 1001 LAUSANNE SWITZERLAND TELEPHONE: (41-58) 242 00 00 FAX: (41-58) 242 01 01

Département fédéral des finances  
Monsieur  
Ueli Maurer  
Conseiller fédéral  
3003 Bern  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Lausanne, le 31 décembre 2020

**Concerne:** Consultation sur le projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LEOFD) ainsi que révision totale de la loi sur les douanes (LD) en vue de la nouvelle loi sur les droits de douane (LDD):

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Mesdames, Messieurs,

Nous nous permettons par la présente de vous faire parvenir, ci-dessous, la prise de position de notre entreprise s'agissant de la consultation mentionnée en titre.

Nous avons pris note et saluons la volonté du Conseil fédéral de restructurer l'administration fédérale des douanes (AFD) et de moderniser les différentes bases légales existantes pour permettre la transformation numérique de l'AFD en un office fédéral (Office Fédéral de la douane et de la sécurité des frontières - OFDF). Nous considérons que la révision de la loi établira le cadre légal nécessaire à l'utilisation de technologies numériques axées sur l'avenir et confèrera au futur OFDF la souplesse organisationnelle dont il aura besoin pour réagir encore plus rapidement et efficacement aux changements de situation.

S'agissant de notre prise de position, et comme utilisateur actuel des services de l'AFD, nous nous proposons de nous concentrer sur la révision des dispositions législatives qui nous concerne directement comme entreprise du tabac, à savoir principalement la modification de la loi fédérale du 21 mars 1969 sur l'imposition du tabac (LTab).

**Article 28 alinéa 2 LE-OFDF : maintien du délai de 60 jours:**

Nous comprenons que la nouvelle procédure uniforme régie par la LE-OFDF sera fondée sur une décision de taxation assortie d'un délai de paiement, qui sera réglé en vertu de l'article 28, al. 2 de la LE-OFDF. Votre rapport explicatif mentionne explicitement le fait que le nouveau délai de paiement privilégié sera de 30 jours. Toutefois, jusqu'à présent, ce délai était de 60 jours et nous ne comprenons pas pourquoi la procédure uniforme envisage un raccourcissement qui pèjorerait notre secteur d'activité ainsi que notre capacité de

paiement. Il est question ici de plusieurs dizaines voire de centaines de millions qui ont une répercussion évidente sur le cash-flow des entreprises visées par l'abrogation de l'article 19 LTab. **Nous demandons donc que le délai de 60 jours pour le paiement soit maintenu.**

**Chapitre 3 du titre 4 de la LE-OFDF (art. 41, al. 2) : délai de 2 ans pour le remboursement d'un impôt perçu indûment:**

L'article 22 LTab prévoyait qu'un impôt perçu indûment lors d'un contrôle a posteriori ou lors d'un contrôle d'entreprise soit remboursé d'office. Or, l'abrogation de cet article de la LTab implique que la perception de l'impôt sera régie par le chapitre 3 du titre 4 de la LE-OFDF (art. 41, al. 2). Ce chapitre prévoit que la correction d'une taxation indûment perçue devra être demandée dans un délai d'un an seulement. **Nous demandons que ce délai soit de deux ans**, de manière à ce que lors d'un contrôle annuel effectué 12 mois après la perception de l'impôt, une entreprise puisse toujours avoir la possibilité de demander le remboursement de l'impôt indûment perçu plus d'une année après la perception.

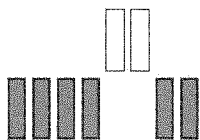
En outre, nous avons pris bonne note des modifications régissant les entrepôts fiscaux. Nous vous serions reconnaissants si notre entreprise pouvait être consultée lors de l'élaboration de l'ordonnance et des directives qui y seront rattachées.

Nous restons à votre disposition pour toute information complémentaire dont vous pourriez avoir besoin.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous voudrez bien accorder à notre prise de position et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, les assurances de notre très haute considération.



C. Berdat  
Manager Regulatory Affairs



PAR RECOMMANDÉ

Monsieur le Conseiller fédéral  
Ueli Maurer  
Chef du Département fédéral des finances DFF  
Palais fédéral - Bundesplatz 3  
3003 Berne

Genève, le 16 décembre 2020

Concerne : Consultation - Projet d'une nouvelle loi fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF) et révision totale de la loi sur les douanes en vue de l'adoption de la nouvelle loi sur les droits de douane

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date du 11 septembre 2020, le Conseil fédéral a ouvert la consultation relative à la révision de la législation douanière en vue de l'adoption d'une nouvelle loi définissant les tâches d'exécution du futur Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (la "LE-OFDF") et d'une nouvelle loi sur les droits de douane (la "LDD"). Compte tenu de l'impact que cette réforme pourrait avoir sur son activité et, plus largement, sur le domaine de l'art en Suisse en général et à Genève en particulier, la société des Ports Francs et Entrepôts de Genève SA ("PFEG") vous remercie de l'opportunité qui lui est offerte de vous communiquer son analyse, ses craintes mais également ses propositions.

Vous trouverez en annexe les documents suivants :

- Annexe 1 : Prise de position des PFEG  
Annexe 2 : Propositions de modifications de l'article 44 LE-OFDF  
Annexe 3 : Formulaire officiel de votre Administration en lien avec la procédure de consultation

Si les personnes en charge de cette révision législative ainsi que de cette consultation ont des questions, les personnes suivantes se tiennent à leur disposition :

Madame Anne-Claire BISCH, Directrice générale, 022 307 07 07, [ac.bisch@gva-freeports.ch](mailto:ac.bisch@gva-freeports.ch)  
Monsieur Gilbert EPARS, Directeur commercial, 022 307 07 07, [g.epars@gva.freeports.ch](mailto:g.epars@gva.freeports.ch)

En vous remerciant de l'attention et du temps consacré à l'examen de la prise de position des PFEG, nous vous prions de recevoir, Monsieur le Conseiller fédéral, nos salutations distinguées.

Anne-Claire BISCH  
Directrice générale

*Annexes: ment.*

## Annexe 1

### 1. Qui sont les PFEG ?

Fondée il y a plus de 125 ans, la société des Ports Francs et Entrepôts de Genève SA ("PFEG") est une institution dans le canton de Genève. Ils sont détenus à hauteur de 87% par l'Etat de Genève<sup>1</sup>. C'est un acteur essentiel du marché de l'art à l'échelle suisse et internationale.

La présence des PFEG à Genève, et en particulier leurs services en matière d'entrepôt d'œuvres d'art, a significativement contribué au développement du marché de l'art en Suisse. Ce marché représente à l'heure actuelle un pan très important de l'économie, tant en raison de son importance intrinsèque que de sa contribution à l'émergence de nombreuses activités périphériques.

Au-delà de leur contribution au développement du marché de l'art et des activités annexes en Suisse, les PFEG exercent également une **mission de service public**. Les PFEG ont ainsi joué un rôle moteur en vue d'une plus grande transparence du marché de l'art, notamment du fait de leur collaboration de longue date avec le Centre et la Fondation du droit de l'art de Université de Genève<sup>2</sup>, avec l'initiative *Responsible Art Market* (RAM)<sup>3</sup> et avec le laboratoire d'analyse scientifique *Artmyn*<sup>4</sup>, qui lui-même collabore avec l'EPFL. Depuis 2015, les PFEG ont mis en place, en leur sein, des mesures volontaires en vue d'accroître la transparence du marché de l'art (cf. ch. 2 ci-dessous) et mènent des activités de sensibilisation auprès de leurs clients et de leurs employés.

Selon une étude, les retombées économiques indirectes de l'activité des PFEG s'élevaient, en 2011, à environ CHF 300 millions<sup>5</sup>. Neuf ans plus tard, et compte tenu du développement du marché de l'art, ces retombées économiques sont probablement nettement plus importantes.

Au-delà de cet aspect financier, d'étroites relations se sont tissées entre les PFEG, le marché de l'art et le tissu économique genevois. Musées et institutions culturelles, mais aussi l'hôtellerie, la restauration, et l'ensemble du commerce par voies aérienne (Aéroport International de Genève), terrestre et ferroviaire, dépendent directement de la bonne santé du marché de l'art en Suisse et, donc, de la pérennité des PFEG. Une remise en cause de la viabilité économique des PFEG par le biais de la réforme législative envisagée sans prise en compte des propositions formulées au ch. 5 ci-après est susceptible d'entraîner des pertes économiques significatives pour la Suisse en général, pour Genève en particulier. Ce volet de la réforme (dans la forme présentée actuellement) est donc particulièrement malvenu durant la présente crise sanitaire et économique et devrait être ajusté à la lumière des propositions constructives et raisonnables formulées par les PFEG.

---

1 De plus amples informations se trouvent sur son site internet: <https://geneva-freeports.ch/fr/>

2 <https://artlawfoundation.com/fr/>

3 <http://responsibleartmarket.org/>

4 <https://artmyn.com/#home>

5 Le Temps, 300 millions de retombées pour Genève, 30 janvier 2014, disponible sur: <http://www.letemps.ch/suisse/2014/01/30/300-millions-retombees-geneve> (consulté le 30.11.2020).



## 2. Comment fonctionnent actuellement les PFEG ?

Les PFEG déploient leurs activités sur deux sites, à la Praille et à l'Aéroport International de Genève ("AIG"), représentant au total plus de 150'000 m<sup>2</sup> de surface d'entreposage et environ 200 clients locataires<sup>6</sup>:

- pour le dépôt franc ("DF") de Genève – la Praille, les PFEG se sont vus délivrer le 14 juillet 2017 une autorisation d'exploiter valable jusqu'au 31 juillet 2027 ;
- pour le DF à l'AIG, l'autorisation d'exploitation a été délivrée le 28 juin 2018 pour une validité jusqu'au 30 juin 2028.

Dans le cadre de la réglementation douanière actuelle, les PFEG ont structuré leurs activités autour des deux principaux axes suivants :

- (i) une activité de location de locaux d'entreposage à des entrepositaires (environ 90% du chiffre d'affaires des PFEG); et
- (ii) une activité d'entrepositaire (entrepôt en magasin général) (environ 10% du chiffre d'affaires des PFEG).

Depuis 2015, les PFEG ont mis en place une série de mesures en vue d'une réduction des risques, dans la limite de leurs compétences et de leur rôle de "bailleur" ou de "entrepositaire" :

### 1. Changements induits par la modification de la LD et de l'OD en 2016

- Extension de la liste des marchandises sensibles qui doivent figurer à l'inventaire ;
- Indication obligatoire du nom du propriétaire des marchandises sensibles ;
- Tenue de l'inventaire en format électronique ;
- La marchandise suisse destinée à l'exportation doit quitter les PFEG dans un délai de 6 mois.

### 2. Changements introduits par les PFEG sur une base volontaire

#### A. Due diligence approfondie sur les clients ("magasin général"), locataires et sous-locataires :

- Mise en place d'une procédure de *due diligence* pour les clients, laquelle tient compte, notamment, des listes FINMA/INTERPOL/SECO
- Identification des sous-locataires
- Identification de l'ayant droit économique des clients contractuels (déposants, locataires) et des sous-locataires

---

6 Certaines de ces locataires sont titulaires de plusieurs contrats de bail correspondant à différents locaux répartis sur le site dit "sous-douane", soit en DF.

*B. Cadre réglementaire/contractuel interne aux PFEG*

- Modification du contrat de bail et élaboration d'un contrat cadre d'entrepôt, en introduisant notamment une option contractuelle de résiliation du bail (en faveur des PFEG) en cas de condamnation pénale, de présence dans les locaux de marchandises interdites ou de non-respect de la législation douanière
- Modification du Règlement d'exploitation (2018)

*C. Mesures techniques*

- Investissement dans le système de sécurité (sites de la Praille et Aéroport) ;
- Renforcement des contrôles d'accès (badge / système biométrique) pour éviter la présence de sous-locataires ou de sous-sous-locataires non-déclarés ;
- Demande à la clientèle d'investir dans des ERP dédiés à la profession (en vue de la tenue de l'inventaire en format électronique).

*D. Règles spécifiques pour certains biens*

- Conditions d'acceptation de diamants bruts en DF ;
- Procédure spéciale d'entrée pour les objets archéologiques avec l'implication d'un auditeur tiers indépendant.

### **3. Comment devraient possiblement devoir fonctionner à l'avenir les PFEG ?**

#### **3.1 Bref rappel de la législation actuellement en vigueur**

Actuellement, les DF font l'objet de dispositions spécifiques, de nature générale dans la LD<sup>7</sup> et de nature plus spécifique dans l'OD<sup>8</sup>. L'AFD a publié sa pratique administrative, soit son interprétation des dispositions légales de la LD et de l'OD, sous la forme d'un Règlement 10-50 "Dépôts francs sous douane" qui doit être lu en combinaison avec le Règlement 10-30 "Régime de l'entrepôt douanier applicable aux entrepôts douaniers ouverts".

L'entrepôt douanier qui, contrairement au DF, est un régime douanier en tant que tel, fait l'objet de dispositions spécifiques dans la LD<sup>9</sup> ainsi que dans l'OD<sup>10</sup>. L'ED regroupe deux formes, soit l'entrepôt douanier ouvert (l'"EDO")<sup>11</sup> et l'entrepôt de marchandises de grande consommation<sup>12</sup>.

---

7 Art. 62 à 67.

8 Chapitre 5, art. 175 à 185 et Annexe 2 "Marchandises sensibles".

9 Art. 50 à 57.

10 Art. 156 à 161.

11 Art. 53, 54, 56 et 57 al. 1 LD.

12 Art. 55 et 57 al. 2 LD.

L'AFD a publié sa pratique administrative :

- pour l'EDO: Règlement 10-30 "Régime de l'entrepôt douanier applicable aux entrepôts douaniers ouverts";
- pour l'entrepôt de marchandises de grande consommation: Règlement 10-40 "Régime de l'entrepôt douanier: entrepôt de marchandises de grande consommation.

Dans la législation actuellement en vigueur, les principes du DF et de l'EDO sont donc fixés dans une loi au sens formel, la LD en l'occurrence, mais les détails sont énoncés (ii) dans l'ordonnance, qui est un acte législatif émanant du Conseil fédéral et plus encore (iii) dans les règlements précités qui sont publiés par l'AFD.

### 3.2 Du projet de révision de la législation douanière

La réforme va au-delà d'une simple réforme législative. Il s'agit d'une réforme impactant l'ensemble de l'AFD, dans son mode de fonctionnement aux niveaux humain, technique et opérationnel.

Le concept de régimes douaniers, y inclus par simplification le DF, est remplacé par la notion de *destination des marchandises*<sup>13</sup> dans le trafic transfrontalier, l'art. 11 let. g LE-OFDF traitant de l'acheminement de marchandises dans un **entrepôt douanier** ("ED").

Au moment d'expliquer le contenu de l'art. 44 al. 1 LE-OFDF, le Rapport explicatif expose que *"dans les ED, les marchandises sont placées sous le régime de l'ED (art. 50 à 57 LD) et la sécurité douanière est assurée par la tenue d'un inventaire électronique. Dans les DF, les marchandises sont assorties d'une destination douanière propre et la sécurité douanière est assurée moyennant la ségrégation spatiale des marchandises. Ces différences n'ont toutefois plus lieu d'être du point de vue de la surveillance fiscale et de la logistique d'entreposage, c'est pourquoi il est prévu d'harmoniser les règles concernant l'exploitation et la procédure applicables aux dépôts francs sous douane et aux entrepôts douaniers."*

Lorsque le Rapport explicatif indique qu'il est prévu d'harmoniser les règles concernant l'exploitation et la procédure applicables aux DF et aux ED, **les PFEG comprennent que les DF vont se voir appliquer les règles de ED et non pas l'inverse**. Cette crainte est corroborée par le second paragraphe du Rapport explicatif relatif à l'art. 44 al. 1 puisqu'il y est écrit que la définition est basée sur celle de l'ED figurant à l'art. 50 al. 1 LD : nous y voyons donc une absorption pour ne pas dire une disparition du DF au profit de l'ED. En d'autres termes, **le DF devrait obligatoirement prendre la forme d'un ED à la suite de la réforme**.

L'art. 44 LE-OFDF traite de l'autorisation d'exploitation d'entrepôts douaniers (al. 1) et d'entrepôts fiscaux ("EF" ; al. 2). L'art. 97 let. c ch. 3 autorise l'OFDF à utiliser des appareils de prise de vue et de relevé ainsi que d'autres appareils de surveillance pour surveiller des ED ou des EF. Force est dès lors de constater que le LE-OFDF ne fait plus du tout mention de l'EDO et du DF. Du reste, les développements figurant dans le rapport explicatif de la révision législative démontrent que la notion d'ED visée à l'art. 11 al. 1 let. g LE-OFDF englobera les DF et les EDO<sup>14</sup>.

13 Art. 11 LE-OFDF.

14 Rapport explicatif, page 130 : modification de l'art. 17 al. 2 LFMG / Rapport explicatif, pages 133 et 134 : modifications des art. 23 al. 2, ch. 3bis LTVA et 23 al. 3 LTVA / Rapport explicatif, page 172 : modification de l'art. 29 al. 2 LStup.

Le Rapport explicatif de l'art. 44 LE-OFDF reconnaît que la LD régleme en détail les ED et les DF. On ne peut pas en dire autant de la LE-OFDF qui reste très sommaire, le Rapport explicatif indiquant d'ailleurs que *"les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises devront être réglées par voie d'ordonnance"*. Or, le contrôle législatif qui peut être fait sur une ordonnance est moindre, voire inexistant, que l'ordonnance émane du Conseil fédéral ou de l'OFDF.

Or, il n'existe pas à ce jour un organe consultatif au niveau douanier comme il en existe un pour la TVA domestique, raison pour laquelle il serait souhaitable voire nécessaire qu'un tel organe soit institué, au moyen d'une disposition légale spécifique dans la LE-OFDF, par exemple pour la forme d'un art. 44 al. 1bis<sup>15</sup>: c'est l'objet de notre recommandation n° 5 exposée ci-après.

## 4. Quelles sont les craintes des PFEG ?

### 4.1 Crainte n° 1 : extrême incertitude quant à l'avenir

L'art. 44 al. 1 LE-OFDF ne définirait plus que la notion d'ED, les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises étant réglées par voie d'ordonnance. Bien qu'il soit légitime qu'une loi se limite à régir les principes et que les détails figurent dans une ou plusieurs ordonnances, nous relevons que la LE-OFDF fait un très large usage de ce pouvoir de délégation, tant en faveur du Conseil fédéral, du Département fédéral des finances que de l'OFDF<sup>16</sup>, les art. 11 al. 2 et 3 LE-OFDF étant à cet égard des exemples parlants voire marquants : cet aspect inquiète au plus haut point les PFEG car ce mécanisme de renvoi de compétences législatives ne donne, à la date de cette consultation, aucune garantie qu'ils (respectivement les transitaires qui louent des locaux au sein des PFEG) pourront effectivement continuer à exercer leurs activités sous une forme différente, soit en ED.

Eu égard aux investissements qui ont été effectués et aux efforts consentis par les PFEG en termes de sécurité et de contrôles, certains allant même au-delà des prescriptions légales lorsqu'il s'agit de biens archéologiques par exemple, **les incertitudes créées par le caractère très général de la LE-OFDF inquiètent au plus haut point les PFEG** puisque qu'aucun élément dans le Rapport explicatif ne permet de les rassurer quant aux réelles intentions du Conseil fédéral en général, de l'AFD particulier, à l'égard de l'entreposage des marchandises sensibles.

---

15 Qui pourrait devenir un alinéa 2 dans la version finale, à tout le moins dans le projet.

16 Pour la liste des délégations de compétences législatives, cf. Rapport explicatif, pp. 207 ss, ch. 6.7.

## 4.2 Crainte n° 2 : baisse du niveau de contrôles

Selon les PFEG, l'assimilation des DF à des ED conduirait, dans les faits, à une réduction du contrôle exercé par les douanes, lesquelles ne bénéficieraient plus de la présence physique actuellement en place sur le site des DF. Les PFEG regretteraient que cette réforme conduise à une baisse dans l'intensité des contrôles: des contrôles uniquement ou principalement par des moyens technologiques ne sont pas suffisants car ils doivent être complétés, sur une base aléatoire mais régulière, par des **contrôles effectués par le personnel de l'OFDF** disposant des **connaissances adéquates**, notamment à l'égard des marchandises sensibles et des inventaires y relatifs: à cet égard, les PFEG insistent sur le fait qu'il est impératif de **maintenir l'exigence d'un inventaire des marchandises sensibles**.

Le maintien d'un haut niveau de contrôle est donc demandé par les PFEG, avec les ressources futures à disposition de l'OFDF évidemment car ces contrôles participent à l'excellente réputation des PFEG et sont souhaité par tous les acteurs du domaine de l'art actuellement présents sur le site des PFEG.

## 4.3 Crainte n° 3 : modalités de détermination des sûretés

Si l'ED de demain devait être l'EDO d'aujourd'hui, la question de la sûreté pourrait se poser puisque la pratique actuelle exige la fourniture d'une sûreté pour garantir l'observation des obligations découlant de la réglementation douanière, en l'occurrence un montant en règle générale de 2% de la valeur du stock annuel moyen de marchandises étrangères non dédouanées<sup>17</sup>, ce pourcentage pouvant être réduit à 1%. L'objectif de cette sûreté est **d'inciter l'exploitant de l'EDO à respecter les prescriptions de la législation douanière**, ce qui est compréhensible en matière d'EDO eu égard à l'absence de contrôle direct par le personnel de l'AFD.

A l'inverse, les autorisations d'exploitation octroyées aux DF (tels que les PFEG) ne prévoient pas le versement d'une sûreté, au motif notamment que la douane est présente sur le site ce qui lui permet d'assurer un contrôle permanent durant les heures d'ouverture.

L'art. 44 al. 5 du projet de LE-OFDF fixe les conditions d'octroi d'une autorisation d'exploitation d'un ED, la lettre d exigeant d'apporter la *preuve de la solvabilité* et l'alinéa 6 autorisant le Conseil fédéral à prévoir des *conditions supplémentaires* : à cet égard, on peut raisonnablement penser qu'elles prendraient la forme du versement d'une sûreté (telle qu'imposée actuellement aux EDO mais, comme indiqué, pas au DF). L'imposition d'une telle obligation financière aurait un fort impact sur les entrepositaires qui louent actuellement des locaux aux PFEG, dans la mesure où ceux-là (en leur qualité d'ED) seraient soumis à l'obligation de fournir une telle sûreté (ce qui conduirait à l'obligation d'immobiliser des actifs significatifs). Dans l'univers de forte concurrence qui caractérise actuellement ce secteur économique, ces entrepositaires quitteraient très vraisemblablement les PFEG (et la Suisse) pour déplacer leurs activités vers un pays qui n'impose pas une telle contrainte.

Partant, les PFEG proposent que l'ED spécial pour marchandises sensibles soit spécifiquement exclu (au niveau de la loi) de l'obligation de déposer une sûreté, au motif que cet ED serait soumis à un contrôle des douanes (ce qui rendrait superflu l'imposition d'une sûreté, tout comme une telle sûreté n'est pas imposée aux DF à l'heure actuelle).

A titre subsidiaire, si une des conditions de délivrance d'une autorisation d'exploitation d'un ED devait néanmoins être la fourniture d'une sûreté, il conviendrait alors d'en fixer les modalités (voire d'en repenser les modalités): cela fait l'objet de la proposition n° 3 (cf. ch. 5.3 ci-dessous).

#### 4.4 Crainte n° 4 : multiplication des autorisations d'exploitation d'ED

A ce jour, seules deux autorisations d'exploitation de DF ont été délivrées par l'AFD pour le canton de Genève<sup>18</sup>.

En cas d'introduction de la notion d'ED, chaque exploitant d'ED devrait alors requérir une autorisation d'exploitation pour lui-même (art. 44 al. 4 LE-OFDF). Eu égard aux conditions énoncées à l'art. 44 al. 5 LE-OFDF ainsi que les conditions supplémentaires que le Conseil fédéral pourrait édicter (art. 44 al. 6 LE-OFDF), cela pourrait conduire certes à une concentration du marché mais assurément à une **multiplication des autorisations d'exploitation que l'OFDF aurait alors à gérer et à contrôler**. Les sites actuels des PFGE comptent actuellement environ 200 clients locataires<sup>19</sup>, lesquels devraient alors requérir une autorisation d'exploitation pour ce qui serait alors leur propre ED: compte tenu de leur taille et de leur volume d'affaires, notamment du nombre minimal d'entrées et de sorties d'entrepôt<sup>20</sup>, un certain nombre renoncerait à cette activité mais il en resterait certainement plusieurs dizaines voire plusieurs centaines pour l'ensemble de la Suisse:

Les PFEG ne sont pas certains que cette hypothèse a été prise en considération si la disparition du système actuel "entrepasseur – entrepositaires" était programmée par la révision mise en consultation.

## 5. Quelles sont les propositions des PFEG ?

### 5.1 Proposition n° 1 : création d'une forme spéciale d'ED pour les marchandises sensibles

Les PFEG s'accommoderaient d'une définition unique de l'ED pour autant qu'au niveau de la LE-OFDF déjà soit introduite une disposition (Art. 44<sup>bis</sup>) ou un aliéna (nouvel art. 44 al. 2) qui institue et donc pérennise une **forme spéciale d'ED pour les "marchandises sensibles"** (selon la définition qui figure actuellement à l'Annexe 2 de l'OD, qui comprend notamment les œuvres d'art).

Cette forme spéciale d'ED reprendrait certaines spécificités du DF actuel, en particulier en matière de conditions spéciales d'entreposage et en termes de sécurité et de contrôles (par les douanes), ceux-ci s'organisant autour de procédés technologiques, mais en maintenant également les contrôles physiques par les agents de l'OFDF. Même si la révision mise en consultation conduira assurément à des réductions d'effectifs au sein de l'OFDF et, par voie de conséquence, de coûts pour la Confédération, les PFEG insistent pour que l'OFDF ne réduise pas sa fonction régaliennne aux seuls contrôles des personnes et des marchandises à la frontière.

---

18 Au niveau suisse, un tableau figurant sur le site internet de l'AFD fait mention de sept ED (état au 1er janvier 2018).

19 Certaines de ces locataires sont titulaires de plusieurs contrats de bail correspondant à différents locaux répartis sur le site dit "sous-douane", soit en DF.

20 Art. 44 al. 5 let. f LE-OFDF.

Vous trouverez en Annexe 2 un document qui met en évidence nos propositions de modifications relatives à l'article 44 LE-OFDF dans l'optique de la création d'une forme spéciale d'ED pour les "marchandises sensibles".

## 5.2 Proposition alternative à la proposition n° 1 : maintien de la configuration légale actuelle

A titre d'alternative, les PFEG proposent d'ajuster la réforme afin de permettre le maintien de la configuration légale actuelle dans laquelle les DF jouent le rôle d'entreposeur qui loue des locaux à des entrepositaires (activité de "location de locaux d'entreposage"). Dans un tel scénario, l'autorisation en tant que (futur) ED serait délivrée à l'exploitant du DF (par exemple les PFEG), en réservant la possibilité pour ce dernier de louer des locaux à des entrepositaires auxquels, par exemple, le devoir de tenir l'inventaire<sup>21</sup> serait délégué.

Une telle solution, bâtie sur le modèle actuel qui a fait ses preuves, réduirait la charge administrative qui risque autrement de peser sur l'OFDF. Comme mentionné précédemment, seules deux autorisations d'exploitation de DF ont été délivrées à ce jour par l'AFD pour le canton de Genève<sup>22</sup>. En cas d'introduction de la notion d'ED, chaque exploitant d'ED devrait alors requérir une autorisation d'exploitation pour lui-même ce qui pourrait conduire certes à une concentration du marché mais assurément à une multiplication des autorisations d'exploitation que l'OFDF aurait alors à gérer et à contrôler.

## 5.3 Proposition n° 3 : nouvelles modalités de détermination des sûretés

Si une des conditions de délivrance d'une autorisation d'exploitation d'un ED devait néanmoins être la fourniture d'une sûreté, il conviendrait alors d'en fixer les modalités lesquelles reposent sur deux éléments : la base de calcul et le pourcentage :

- S'agissant de la *base de calcul*, il conviendrait de retenir le **chiffre d'affaires réalisé par l'ED**, par opposition à la valeur du stock. La prise en compte de la valeur du stock conduirait à un résultat déraisonnablement élevé dans le cas d'un ED qui détient des marchandises sensibles (telles que des œuvres d'art). Un calcul en fonction du chiffre d'affaires permet de mieux calibrer le montant d'une éventuelle sûreté en fonction des activités de l'ED<sup>23</sup>.
- Pour ce qui concerne le *pourcentage*, si celui-ci devait tout même être calculé sur la valeur du stock qui contient des marchandises sensibles, un pourcentage réduit devrait être considéré, allant en-dessous du minimum de 1% prévu actuellement. Enfin, il conviendrait de prévoir un **coefficient de réduction supplémentaire** du taux, pour arriver à titre exceptionnel à un taux nul, pour les ED dont l'actionnariat majoritaire est une collectivité publique (exemple : application d'un taux de 0% pour les PFEG, contrôlés par l'Etat de Genève, en ce qui concerne leur activité d'entrepositaire [par opposition à l'activité de bailleur]).
- Enfin, un **montant maximum devrait être fixé** : en effet, en présence de marchandises sensibles et dans l'hypothèse où la sûreté serait calculée sur la valeur du stock, un pourcentage même faible (par exemple 0.5%) conduirait au versement d'une sûreté d'un montant tel que cette

21 Pour les marchandises sensibles / art. 66 al. 2 LD en relation avec l'art. 183 al. 1 let. c OD.

22 Au niveau suisse, un tableau figurant sur le site internet de l'AFD fait mention de sept ED (état au 1er janvier 2018).

23 Dans l'hypothèse d'un chiffre d'affaires annuel de CHF 25m et d'un pourcentage de 1%, le montant de la sûreté s'élèverait à CHF 250,000.-, soit une immobilisation financière suffisamment importante pour inciter l'ED à respecter ses obligations.





## Annexe 2

### **Art. 44 Autorisation d'exploitation d'entrepôts douaniers et d'entrepôts fiscaux**


- 1 Un entrepôt douanier est un lieu du territoire douanier agréé par l'OFDF où des marchandises non dédouanées et non imposées peuvent être entreposées et traitées.
- 2 Un entrepôt fiscal est un lieu du territoire douanier agréé par l'OFDF où certaines marchandises totalement ou partiellement non imposées peuvent être entreposées, fabriquées, extraites, traitées et ouvrées en vertu des actes législatifs visés à l'art. 4, let. c à f.

*Note: Nous proposons d'intervertir, dans le texte final, les al. 3 et al. 4 afin de mentionner en premier lieu le principe de l'autorisation (al. 4 actuel), avant d'évoquer les responsabilités de l'exploitation (al. 3 actuel).*

- 3 L'exploitant de l'entrepôt douanier ou de l'entrepôt fiscal est responsable de son exploitation et de la surveillance des marchandises. *Le Conseil fédéral règle les conditions auxquelles un exploitant (exploitant principal) est autorisé à louer des locaux à un ou plusieurs tiers (exploitants secondaires).*
- 4 Quiconque entend exploiter un entrepôt douanier ou un entrepôt fiscal doit être titulaire d'une autorisation de l'OFDF. L'OFDF peut assortir l'autorisation de charges. *Le Conseil fédéral fixe les conditions auxquelles le titulaire d'une autorisation peut louer des locaux à des tiers sans que ceux-ci ne doivent obtenir une autorisation de l'OFDF.*
- 5 L'autorisation est octroyée lorsque le requérant remplit les conditions suivantes :
  - a. avoir son siège ou son domicile sur le territoire douanier ;
  - b. avoir respecté la présente loi, les actes législatifs relevant du droit fiscal et les actes législatifs n'en relevant pas ;
  - c. disposer d'un système de gestion des écritures commerciales et de conservation des documents qui permette les contrôles nécessaires par l'OFDF ;
  - d. apporter la preuve de la solvabilité ;
  - e. disposer d'une infrastructure appropriée et de normes appropriées de sécurité et de sûreté ;
  - f. atteindre le nombre minimal d'entrées et de sorties d'entrepôt ;
  - g. respecter les obligations en matière de conservation et de communication des données.

~~6 Le Conseil fédéral peut prévoir des conditions supplémentaires pour l'octroi d'une autorisation~~

- 6 Les marchandises sensibles peuvent être entreposées dans un entrepôt douanier particulier (entrepôt douanier pour marchandises sensibles) qui n'est pas soumis à la condition visée à l'al. 5 let. f ci-dessus et dont les spécificités et modalités sont réglées par le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral définit la notion de marchandises sensibles et énonce les indications que doit contenir l'inventaire réglementaire des marchandises sensibles.





### Procédure de consultation:

- **Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et**
- **révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)**

---

### Avis donné par

Nom Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : Ports Francs & Entrepôts de Genève République et Canton de Genève

Abréviation Canton / Parti politique / Association / Organisation / Autre : PFEG

Adresse : Route du Grand-Lancy 6A, 1227 Les Acacias

Personne de référence : Anne-Claire BISCH, Directrice générale

Téléphone : +41 22 307 07 07

Courriel : [ac.bisch@gva-freeports.ch](mailto:ac.bisch@gva-freeports.ch)

Date : 16 décembre 2020

---

Veuillez faire parvenir votre avis sous forme électronique (**document Word et PDF**) d'ici au **31 décembre 2020** à l'adresse suivante :  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Nous vous remercions de votre collaboration!**

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Table des matières

|   |    |
|---|----|
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....                               | 3  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                   | 4  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016 ..... | 9  |
| <i>Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF</i> – Autres propositions .....   | 10 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....   | 11 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                             | 12 |
| <i>Modification d'autres actes (Annexe 1)</i> – Autres propositions .....   | 14 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif .....   | 15 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications .....                                       | 16 |
| <i>Loi sur les droits de douane</i> – Autres propositions .....   | 18 |
| Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes .....  | 19 |

### Indications importantes pour remplir les tableaux:

1. Nous vous prions,
  - a) d'utiliser pour chaque loi les tableaux correspondant;
  - b) d'utiliser une ligne par article, alinéa et lettre ou par article du chapitre du rapport explicatif;
  - c) de ne pas modifier le formatage du formulaire et de ne remplir que les champs gris du formulaire;
2. La colonne «Nom» dans les tableaux sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif**

| <b>Nom<sup>1</sup></b> | <b>Commentaire / remarque</b>   |
|------------------------|---|
| PFEG                   | Nous vous prions de bien vouloir vous référer à notre courrier de prise de position ainsi que ses trois annexes (ce formulaire étant l'annexe 3). |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |
| PFEG                   |   |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

---

<sup>1</sup> La colonne «Nom» sera automatiquement complétée avec l'abréviation que vous avez choisie.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| Nom  | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque   | Proposition de modification (texte) |
|------|------|-----|------|--|-------------------------------------|
| PFEG | 11   | 2   |      | Que faut-il entendre par "types de modalités de procédure"?<br><br>Que faut-il entendre par "autres destinations de marchandises"?   |                                     |
| PFEG | 11   | 3   |      | Que faut-il entendre par des "conditions et [...] charges"?<br><br>Que faut-il entendre par "limitée dans le temps"?   |                                     |
| PFEG | 15   |     |      | L'exploitant d'un entrepôt douanier (ED) doit-il être lui-même Opérateur économique agréé (Authorised Economic Operator, AEO)?<br><br>L'exploitant d'un ED peut-il recourir aux services d'un AOE?   |                                     |
| PFEG | 30   | 1   |      | À l'instar de l'art. 42 al. 1 LTVA, la prescription relative est de 5 ans. Cependant, alors que l'art. 42 al. 6 TVA (prescription du droit de taxation) et l'art. 91 al. 5 LTVA (prescription du droit d'exiger le paiement de l'impôt) prévoient une prescription absolue de 10 ans, l'al. 5 reprend la prescription de 15 ans de l'art. 75 al. 4 LD. Une uniformisation du délai de prescription absolue entre la législation douanière et la législation TVA serait souhaitable, une prescription absolue de 10 ans ne mettant pas en danger les intérêts financiers de la Confédération. |                                     |
| PFEG | 31   |     |      | Cet article inclut-il la notion actuelle de "cautionnement" pour les entrepôts douaniers ouverts (EDO) (sûreté garantissant l'observation des obligations, le montant  |                                     |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
|      |    |   |  | <p>étant en général de 2% de la valeur du stock annuel moyen [avec un minimum de CHF 10'000.-])?</p> <p>Les PFEG doivent-ils s'attendre à se voir imposer, en tant qu'ED, ces 2%? Y aura-t-il une différence de traitement pour les "ex-dépôts francs sous douane (DF)", vis-à-vis des "ex-EDO"? Sinon, tous les ED seront-ils tous traités de la même manière?</p> <p>Y aura-t-il un traitement particulier pour les PFEG, compte tenu de la valeur des marchandises se trouvant dans les DF, et compte tenu aussi du fait que les PFEG sont majoritairement détenus par l'Etat de Genève (87%)?</p> |  |
| PFEG | 34 |   |  | L'actuel cautionnement de 2% pour les EDO sera-t-il inclus dans la forme des sûretés dont fait mention l'art. 34?   |  |
| PFEG | 44 | 1 |  | Les DF et les EDO deviendront des "entrepôts douaniers". La loi ne le mentionne pas directement. Ce changement se comprend à la lecture des modifications proposées à d'autres actes législatifs. Est-ce bien juste?  |  |
| PFEG | 44 | 3 |  | <p>Pour le site de la Praille et de l'Aéroport, à qui les autorisations d'exploiter l'ED des PFEG seront-elles délivrées? Aux PFEG seulement ou à tous les entrepositaires (PFEG et ses clients locataires) du site de la Praille et de l'Aéroport? Dans la deuxième hypothèse, risque de multiplication des autorisations à délivrer et donc importante charge administrative pour l'OFDF.</p> <p>Rapport explicatif, p. 48 §2: "L'OFDF accomplira uniquement des tâches de contrôle et vérifiera si l'exploitant respecte les obligations qui lui incombent".</p>                                   |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |    |   |             |   |  |
|------|----|---|-------------|---|--|
|      |    |   |             | Les exploitants des ED devront-ils alors accomplir des tâches régaliennes? Qu'en sera-t-il de la vérification des marchandises à l'entrée des ED?   |  |
| PFEG | 44 | 4 | 2ème phrase | "L'OFDF peut assortir l'autorisation de charges."<br>Qu'en est-il exactement?<br><br>Dans l'attribution de charges, l'OFDF fera-t-il une distinction entre les "ex-EDO" et les "ex-DF"?   |  |
| PFEG | 44 | 5 | c           | S'agit-il des documents relatifs à la tenue d'inventaire?   |  |
| PFEG | 44 | 5 | d           | En quoi consiste exactement la "preuve de la solvabilité"?<br><br>S'agit-il du cautionnement évoqué ci-dessus?  |  |
| PFEG | 44 | 5 | e           | Quel degré de sécurité et de sûreté est-il exigé? Est-ce que le concept de "sûreté" utilisé dans ce contexte fait référence à la sécurité "physique" (texte allemand: "geeigneter Sicherheitsstandards") et non pas au cautionnement évoqué ci-dessus?  |  |
| PFEG | 44 | 5 | f           | Que faut-il entendre par le "nombre minimal d'entrées et de sorties d'entrepôt"?<br><br>Le rapport explicatif (p. 47 § 2) mentionne que "les particularités des entrepôts en fonction du genre de marchandises et du type de redevances auxquelles celles-ci sont soumises devront être réglées par voie d'ordonnance."<br><br>L'OFDF fera-t-il une distinction entre les "ex-EDO" et les "ex-DF", compte tenu de leur type d'exploitation respectifs? Ainsi, est-ce que les PFEG pourront-ils continuer à déléguer à leurs locataires la tenue d'inventaire? |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |       |   |  |  |  |
|------|-------|---|--|--|--|
| PFEG | 56    | 2 |  | <p>"Le Conseil fédéral désigne les personnes auxquelles incombe l'obligation de conserver et définit les conditions de stockage des données."</p> <p>- Quelles sont ces personnes?</p> <p>- Sous quelle forme?</p>   |  |
| PFEG | 58    |   |  | <p>Pourquoi seulement 60 jours alors que l'AFD peut en cas d'erreur réclamer dans un délai d'1 an?</p>   |  |
| PFEG | 64    | 1 |  | <p>Selon le rapport explicatif (p. 59 dernier §), "la transformation numérique de l'AFD nécessitera un changement de système afin, d'une part, de permettre la pleine exploitation numérique et, d'autre part, de satisfaire d'une façon suffisante aux exigences en matière de protection des données".</p> <p>Quel système d'exploitation peut répondre à ces exigences?</p> <p>Qu'en est-il du niveau de prise en compte / intégration du E-freight dans le processus de digitalisation de la douane?</p> |  |
| PFEG | 103ss |   |  | <p>L'OFDF souhaite assumer de nouveaux actes législatifs ne relevant pas de sa compétence actuelle (exemples: contrefaçons, fraudes etc...).</p> <p>L'export est-il concerné?</p> <p>Y aura-t-il un chevauchement avec les compétences du SECO en la matière?</p>  |  |
| PFEG | 106   |   |  | <p>"Les contrôles dans le cadre des tâches d'exécution ne relevant pas du droit fiscal sont effectués en fonction des risques. Le Conseil fédéral définit le cadre de la pondération en fonction des risques."</p> <p>Quelle sera cette pondération?</p>   |  |



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |        |  |  |  |  |
|------|--------|--|--|--|--|
|      |        |  |  | Aura-t-elle une influence sur la rapidité des flux dans les aéroports?   |  |
| PFEG | 141bis |  |  | Nouvel article instituant de manière obligatoire un organe consultatif en matière douanière ("Le Conseil fédéral met en place ...") , sur le modèle de l'art. 109 LTVA, en relation avec l'art. 157-162 OTVA |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |
| PFEG |        |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Solutions concernant l'introduction de la pratique pénale appliquée aux déclarants de 2009 à 2016**

|      | Réponse                             |   | Commentaire / remarque  |
|------|-------------------------------------|---|---|
| PFEG | <input checked="" type="checkbox"/> | Je préfère / nous préférons la solution 1 (introduction de l'art. 133, let. b, LE-OFDF).  | L'OFDF doit disposer de ce pouvoir d'appréciation, qui est la concrétisation des principes d'opportunité et de proportionnalité, au risque sinon de tomber dans le tout répressif |
| PFEG | <input type="checkbox"/>            | Je préfère / nous préférons la solution 2 (suppression de tout l'art. 133 LE-OFDF ainsi que suppression, dans la LDD et d'autres actes législatifs relevant du droit fiscal, de la réglementation des faits de négligence en cas de mise en péril des redevances et d'inobservation des prescriptions d'ordre). |   |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

### **Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF – Autres propositions**

| <b>Nom</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |
| PFEG       |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</u></b> |            |                               |
|--|------------|-------------------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Commentaire / remarque</b> |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |
| PFEG   |            |                               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

**Modification d'autres actes (Annexe 1) – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications**

| Nom  | Loi | Art. | Al. | Let. | Commentaire / remarque | Proposition de modification (texte) |
|------|-----|------|-----|------|------------------------|-------------------------------------|
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |
| PFEG |     |      |     |      |                        |                                     |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Modification d'autres actes (Annexe 1) – Autres propositions</u></b> |            |             |                               |                      |
|--|------------|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Loi</b> | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |
| PFEG   |            |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires généraux concernant le projet et le rapport explicatif</b> |                               |
|--|-------------------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Commentaire / remarque</b> |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |
| PFEG   |                               |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.



Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Commentaires concernant les différents articles du projet et leurs explications</b> |             |            |             |                               |  |
|--|-------------|------------|-------------|-------------------------------|--|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Al.</b> | <b>Let.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Proposition de modification (texte)</b> |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |
| PFEG   |             |            |             |                               |  |

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

|      |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |
| PFEG |  |  |  |  |  |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

| <b><u>Loi sur les droits de douane</u> – Autres propositions</b> |             |                               |                      |
|--|-------------|-------------------------------|----------------------|
| <b>Nom</b>   | <b>Art.</b> | <b>Commentaire / remarque</b> | <b>Texte proposé</b> |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |
| PFEG   |             |                               |                      |

Pour insérer de nouvelles lignes, cliquez sur « Révision / Restreindre la modification / Désactiver la protection » afin de pouvoir travailler dans le document. Voir guide dans l'annexe.

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## Annexe: Guide pour insérer de nouvelles lignes

1. Désactiver la protection du document
2. Insérer des lignes avec « Copier – Coller »
3. Réactiver la protection du document

### 1. Désactiver la protection du document

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is highlighted with a red box. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel is open on the right, showing the document's permissions. The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsgesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Schutz aufheben

Procédure de consultation:

- Loi fédérale fixant le cadre général de la perception des redevances et concernant le contrôle de la circulation transfrontalière des marchandises et des personnes par l'Office fédéral de la douane et de la sécurité des frontières (Loi définissant les tâches d'exécution de l'OFDF, LE-OFDF) et
- révision totale de la loi fédérale sur l'assujettissement aux droits de douane et la détermination des droits de douane (Loi sur les droits de douane, LDD)

## 2. Insérer de nouvelles lignes

- Sélectionner une ligne entière incluant les champs marqués en gris
- Presser Control-C pour copier
- Presser Control-V pour insérer

|   |  |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|--|
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |
| ✖ |  |  |  |  |  |  |

## 3. Réactiver la protection du document

Adobe Acrobat Reader interface showing the 'Überprüfen' (Check) tab and the 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) panel.

The 'Überprüfen' tab is highlighted in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschränken' panel is open on the right, showing the 'Schützen' (Protect) section. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted.

The document content shows a table with the following structure:

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |
| ✖    |                    |

Post CH AG  
Finanzen  
Wankdorfallee 4  
3030 Bern

Telefon +41 58 341 27 79  
www.post.ch

F, Wankdorfallee 4, 3030 Bern

rechtsetzung@ezv.admin.ch

Datum 18. Dezember 2020  
Ihre Nachricht  
Kontaktperson Rino Parillo  
E-Mail rino.parillo@post.ch  
Direktwahl +41 58 341 27 79

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG): Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Innerhalb der am 31. Dezember 2020 auslaufenden Vernehmlassungsfrist zum Entwurf des BAZG-VG sowie der Totalrevision des ZG zum neuen ZoG lassen wir Ihnen seitens Post unsere Stellungnahme zugehen.

## 1 Grundsätzliches

### 1.1 Allgemein

Die Post begrüsst im Grundsatz die geplante Neuausrichtung des Zollwesens. Als positiv gewertet wird namentlich die geplante Umsetzung des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes Da-ziT. Damit wird auch dem Wunsch der Wirtschaft nach einfacheren Verfahren und nutzerfreundlicheren Lösungen begegnet. Ebenfalls als positiv erachten wir die geplanten Veränderungen mit der damit zusammenhängenden organisatorischen Weiterentwicklung. Es macht Sinn, die Ressourcen zu bündeln und insbesondere auch das Berufsbild des / der «Zöllners / Zöllnerin» zu bestätigen.

### 1.2 Interessenausgleich BAZG / Wirtschaftsteilnehmende

Wir haben uns mit den Vorentwürfen zum BAZG-VG und zum neuen ZoG befasst und befürchten, dass die eingeschlagene Stossrichtung primär das Ziel verfolgt, die Aufgaben des künftigen BAZG so zu gestalten, dass maximale Effizienz erreicht wird. Zu wenig Beachtung finden dabei die Anliegen der Wirtschaftsteilnehmenden, die Waren ins Inland verbringen und entsprechende Pflichten «an der Grenze» erfüllen müssen. Wir sind der Auffassung, dass in den vorliegenden Gesetzgebungsarbeiten zwingend ein Ausgleich zwischen den Interessen des BAZG und jenen der Wirtschaftsteilnehmenden geschaffen werden muss. Entsprechend sind einige Anpassungen der heute vorliegenden Gesetzesentwürfe anzustreben. Dies gilt insbesondere für den Postverkehr. Unter Ziff. 2 nachstehend haben wir die aus unserer Sicht zentralen Hauptanliegen im Gesetzgebungsprozess dargelegt.



### 1.3 Offene Formulierungen in Gesetzesentwürfen

Eine abschliessende Beurteilung dieses Gesetzgebungsvorhabens ist erst möglich wenn auch die Verordnungsentwürfe vorliegen. Viele Themen sind noch nicht ausreichend konkretisiert, sodass sie eine Einschätzung der Auswirkungen auf die Post nicht ermöglichen. Wir melden deshalb bereits heute unser Interesse an, an der Vernehmlassung der Ausführungsverordnungen teilnehmen zu können.

## 2 BAZG-VG – Vereinbarkeit mit den Postprozessen

### 2.1 Postverzollung

Die Prozesse, Datenlage und regulatorischen Vorgaben im **Postverkehr** unterscheiden sich massgeblich von denjenigen in der Speditionsverzollung. Entsprechend rechtfertigen sich auch unterschiedliche Verfahren. **Die Post beantragt** daher, dass im BAZG-VG für die Postverzollung ein separates, vereinfachtes Verzollungsverfahren vorgesehen wird, das den Besonderheiten des Massengeschäftes im Postverkehr Rechnung trägt. Die nachstehenden Ausführungen betreffen insbesondere Art. 7, 8, 9 und 26 BAZG-VG.

Im Bereich der Postverzollung (Sendungen, die gemäss Weltpostverein (union postale universelle = UPU) befördert werden) werden heute diverse Sonderprozesse angewandt, die für eine kostengünstige und zeitnahe Abwicklung und damit für die Einhaltung der Laufzeiten unverzichtbar sind. Diese Sonderprozesse kommen nicht nur im Rahmen der Importanmeldung vor, sondern beispielsweise auch bei der Rückabwicklung nicht zustellbarer Sendungen über den sogenannten Zollabstrich.

Im Briefpostverkehr gibt es die Besonderheit, dass zwischen „anmeldepflichtigen“ und „nichtanmeldepflichtigen“ Importsendungen unterschieden wird. Im Briefzentrum international in Mülligen (BZI) kommen **täglich rund 900'000 Sendungen** an, die durch die Post zu verarbeiten sind. Davon sind jedoch nur rund 150'000 zollstellungspflichtig. Nichtanmeldepflichtige Sendungen, also reine Briefe ohne Waren, dürfen sofort und formlos in den freien Verkehr überführt werden. Entgegen dem neuen Gesetzgebungsentwurf müssen sie heute nicht «aktiviert» werden. Anmeldepflichtige Sendungen müssen dem zugelassenen Empfänger indessen bereits heute zur Anmeldung zugeführt werden. Solche anmeldepflichtigen Warensendungen im Postverkehr werden nach der «Vereinfachte Zollanmeldung für Kleinsendungen» abgefertigt. Dabei kommen unterschiedliche Varianten zum Einsatz. Die mit Abstand häufigste ist die Variante «Kleber», die gänzlich ohne eine Datenübermittlung komplett analog erfolgt. Grüne Kleber bedeuten, dass die Sendung abgabefrei ist (Mehrwertsteuer und/oder Zölle jeweils unter CHF 5.- und keinem nichtzollrechtlichen Erlass unterliegend), der Aufkleber stellt also eine rechtlich verbindliche Zollanmeldung dar. Im **Briefzentrum international in Mülligen** sind heute **rund 98% aller stellungspflichtigen Postsendungen abgabefrei**, im Logistikzentrum **Urdorf rund 65%**. Auch abgabepflichtige Sendungen werden, wenn zugelassen, nur mit einer reduzierten e-dec easy Zollanmeldung abgefertigt. In Mülligen sind dies fast 96%, in Urdorf knapp 80% der Sendungen. An den Importstandorten der Postverzollung werden weniger als 2'000 Sendungen pro Jahr als «Full-Verzollung» abgefertigt. Solche Sendungen machen weniger als 0.15% aller Verzollungen aus.

Eine Vorausanmeldung wie der Entwurf des BAZG-VG es vorsieht, d.h. eine komplette elektronische Abwicklung oder Vorbereitung der Verzollung, **ist aufgrund fehlender Daten heute nicht** oder nur für Sendungen aus gewissen Ländern **möglich**. Die Qualität der Warenangaben, vor allem auf den Dokumenten CN22 und CN23 für Post-Sendungen, ist nicht ausreichend. Die Post hat hierzu keine Möglichkeiten, ausländische Versender in die Pflicht zu nehmen um korrekte Angaben zu erhalten. Die Post geht in Mülligen von 70% und in Urdorf von 40% nicht korrekt deklarierter Zollinhaltsklärungen aus.

## 2.2 Laufende Digitalisierungsprojekte im internationalen Postumfeld

In Zusammenhang mit der Postverzollung laufen zurzeit mehrere internationale Projekt, welche auf die Förderung des elektronischen Datenaustausches im Postverkehr zielen (ev. auch UPU-getrieben). Es sind die folgenden:

- EAD (Electronic Advanced Data):

Seit 2020 müssen die Sendungs- und Inhaltsangaben sowie die Absender- und Empfängerangaben von Postsendungen mit Wareninhalt, die von der Schweiz ins Ausland abgehen, zwingend elektronisch erfasst und dem Bestimmungsland vorab übermittelt werden. Die Post stellt ihren Kunden Onlinedienste zur Verfügung, um die Sendungsdaten vorab elektronisch zu erfassen. Diese Vorgaben sind international verbindlich und werden durch den Weltpostverein (UPU) in Zusammenarbeit mit der International Post Corporation (IPC) koordiniert.

- UPU:

Aus Sicherheitsgründen wird der vorherige elektronische Datenaustausch (EAD) ab Januar 2021 für alle Postgesellschaften obligatorisch sein (Art. 8 und 10 des Weltpostvertrags und 8-001 und 8-002 seiner Verordnungen). Erfahrungsgemäss werden viele Länder auf diesen Termin hin jedoch nicht bereit sein.

- US STOP-Act:

Die USA hat die elektronische Datenübermittlung vor anderen Ländern eingeführt – bereits per 1.7.2019. Die Aufgabe der Schweizerischen Post ist es, Kundinnen und Kunden weiter kontinuierlich zu sensibilisieren, die elektronische Deklaration konsequent vorzunehmen und auf eine wahrscheinliche Rücksendung aufmerksam zu machen. Hierfür stellt die Post ihren Kundinnen und Kunden eine Reihe von Hilfsmitteln (Onlinedienste, Erfassung am Schalter) zur Verfügung. So können Sie die EAD einfach vornehmen.

- ICS 2:

Das Inkrafttreten von ICS 2 in Europa ist für den 15. März 2021 vorgesehen. Die Übermittlung von EADs wird ab dann für alle postalischen Warensendungen obligatorisch sein, die in die EU, die Schweiz, Norwegen und UK importiert werden.

Im heutigen Zeitpunkt ist es uns leider nicht möglich, Aussagen zum zeitlichen Horizont einer verbesserten Datenlage zu Postsendungen zu machen. Unsere Einflussmöglichkeiten sind begrenzt. Zudem ist heute nicht absehbar, ob die Digitalisierungsprojekte zu einer Situation führen werden, in der die Datenlage jener im Speditionsgeschäft vergleichbar ist. Wir gehen davon aus, dass die schieren Mengen von Sendungen im Postkanal auch mittelfristig ein vereinfachtes Verfahren erfordern werden.

## 2.3 Eckwerte für ein vereinfachtes Verfahren im Postverkehr

Damit die Post auch unter der neuen Zollgesetzgebung den Postverkehr effizient und in Übereinstimmung mit den künftigen Vorgaben ihre Aufgaben erfüllen kann, ist ein vereinfachtes Verfahren vorzusehen, dass folgende Eckwerte beinhaltet:

- Briefe: Formlose und zu jeder Zeit mögliche Überführung in den freien Verkehr.
- Eine Triage zwischen abgabefreien und nicht abgabefreien Sendungen, wobei nur die abgabepflichtigen Sendungen elektronisch angemeldet werden müssen, die vereinfachten Zollanmeldung mit den grünen Klebern soll bestehen bleiben.
- Möglichkeit des Erstellens von reduzierten Zollanmeldungen wie e-dec easy.
- Vereinfachte Prozesse für die Abfertigung von Edelmetallwaren und Rücksendungen («Zollabstrich»).
- Möglichkeit der Überprüfung der Zollinhaltsangaben durch Wertabklärungen oder auch durch Öffnen der Pakete bevor die Zollanmeldung verbindlich ist.
- Beibehalten der Abgabefreigrenze von CHF 5.- pro Veranlagungsverfügung.



Datum 18. Dezember 2020

Seite 4

### 3 Einzelne Anliegen

#### 3.1 Vereinbarkeit mit internationalen Verpflichtungen der Schweiz

Wir weisen darauf hin, dass die Schweiz den Weltpostvertrag ratifiziert hat und Mitglied des Weltpostvereins (union postale universelle = UPU) ist. Die Post hat den Auftrag, in der Postverzollung die zollrechtlichen Vorgaben aus dem UPU-Regelwerk einzuhalten und umzusetzen. Die gesamte Vorlage ist daher auf ihre Vereinbarkeit mit dem Regelwerk der UPU hin zu überprüfen. Nach unserem Verständnis der Vorlage ist dies bis anhin leider nicht erfolgt. In der Vorlage wird explizit festgehalten, dass völkerrechtliche Verträge dem BAZG-VG vorgehen sollen. Wir **beantragen**, dass die Vorlage unter dem Blickwinkel der Einhaltung des UPU-Vertragswerkes sorgfältig überprüft wird, die Konformität mit den Regelungen des Weltpostvertrages hergestellt und der Vorentwurf wo nötig angepasst wird.

#### 3.2 Unionszollkodex

Eine Annäherung an den Unionszollkodex (UZK) der Europäischen Union ist nicht ersichtlich. Insbesondere die unterschiedlichen Fristen wie sie für die Zollverwaltung oder den/die Zollbeteiligte/n festgehalten sind, sind nicht wie im UZK für alle Parteien gleich. Hier ist ein angemessener Ausgleich zu schaffen.

#### 3.3 Deklarantenstrafpraxis

Eine Deklarantenstrafpraxis ist im UZK nicht vorgesehen. Die Post kann aktuell nicht beurteilen, ob die vorgesehenen gesetzlichen Anpassungen zur gewünschten Entlastung für die Unternehmungen führen. Die offenen Formulierungen der Entwürfe ZoG und BAZG-VG lassen eine detaillierte Stellungnahme nicht zu. Ohne die Verordnungsentwürfe kann keine abschliessende Beurteilung des ZoG und der BAZG-VG abgegeben werden. Die Post bevorzugt auf jeden Fall diejenige Variante, die es erlaubt, zur alten Zolldeklarantenstrafpraxis zurückzukehren.

#### 3.4 Kosten- und Haftungsrisiken

Die geplante Vorlage und die damit verbundene Übertragung von zusätzlichen Aufgaben im neuen einheitlichen Verfahren auf die Post birgt nicht kalkulierbare Kosten- und Haftungsrisiken, welche nicht auf die Post überwältzt werden dürfen. Dies gilt insbesondere für die Postverzollung.

Im beigelegten Antwortformular finden Sie unsere Anpassungsvorschläge samt ausformulierter Anträge im Einzelnen.

Wir bitten Sie höflich um Berücksichtigung der Anliegen der Post und stehen für allfällige Erläuterungen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Post CH AG  
Finanzen

Dr. Michael Wegmüller  
Leiter Konzernsteuern



Rino Parillo  
Mehrwertsteuern

Beilage  
Antwortformular ausgefüllt



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Die Schweizerische Post AG

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Post

Adresse : Wankdorfallee 4

Kontaktperson : Rino Parillo

Telefon : +41 58 341 27 79

E-Mail : [rino.parillo@post.ch](mailto:rino.parillo@post.ch)

Datum : 18.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 10 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge.....   | 18 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 19 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| Post                    | Die Definition der Rollen soll mit den Begriffsbestimmungen des EU Zollkodex harmonisiert werden. Eine CH Exportverzollung hat eine Folgeverzollung oder einen Transit im Nachbarstaat zur Folge oder umgekehrt. Das eingesetzte Transportmanagement-System (TMS) sendet Daten an beide Verzollungssysteme. Eine wie bis anhin angewendete Logik im TMS muss weiterhin möglich sein.                                   |
| Post                    | Die Post beantragt, dass im BAZG-VG für die Postverzollung ein separates, vereinfachtes Verzollungsverfahren vorgesehen wird, das den Besonderheiten des Massengeschäftes im Postverkehr gerecht wird. Die Prozesse, Datenlage und regulatorischen Vorgaben im Postverkehr unterscheiden sich massgeblich von denjenigen in der Speditionsverzollung. Entsprechend rechtfertigen sich auch unterschiedliche Verfahren. |
| Post                    | Die gesamte Vorlage ist auf ihre Vereinbarkeit mit dem Regelwerk der Union Postale Universelle (UPU-Regelwerk) hin zu überprüfen. Nach unserem Verständnis der Vorlage ist dies bis anhin nicht erfolgt. In der Vorlage wird explizit festgehalten, dass völkerrechtliche Verträge dem BAZG-VG vorgehen sollen. Beim UPU-Regelwerk handelt es sich um ein multilaterales Abkommen, das die Schweiz ratifiziert hat.    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|---|---|
| Post | 7    |      | e-g  | Das Sachverhaltsbeispiel «Versandhändler» aus den Erläuterungen entspricht nicht den Anforderungen an die Versandhandelsregelung, da er zwingend als Importeur der Ware aufgeführt sein muss. Das bedeutet, dass im konkreten Beispiel dem Versandhändler auch eine Rolle zugeteilt werden muss. Entsprechend ist es nicht ausreichend, nur A als Warenverantwortlicher (CH-Kunde bestellt Bücher beim Versandhändler) aufzuführen. | Rolle Versandhändler in der Zollgesetzgebung im Verhältnis zum MWSTG ist zu klären. Das gleiche gilt für E-Commerce-Internet-Plattformen. |
| Post | 7    |      | h    | Siehe Anmerkungen zu Art. 13 betr. Aktivierung.   |   |
| Post | 12   | 4    |      | Die Definition Transportverantwortlicher muss präzisiert werden. Sollte die Verantwortung einem ausl. Transporteur übergeben werden, würde dies zu ungenügender Datenqualität führen. Der Wunsch der Wirtschaft nach Schnelligkeit beim Grenzübertritt der Ware und die Fehleranfälligkeit dieses Prozessschrittes stehen im Widerspruch zueinander.  | Die Präzisierung der Definition Transportverantwortlicher soll im Rahmen der Verordnung vorgenommen werden.                               |
| Post | 13   | 1    |      | Bei der im UPU-Kanal versendeten Ware ist bis auf weiteres eine Aktivierung an der Zollgrenze aus Gründen der mangelnden Daten ausländischer Postgesellschaften nicht möglich.  | Aktivierung kann erst nach dem Verbringen der Ware ins Zollgebiet erfolgen.   |
| Post | 13   | 3    |      | Das BAZG muss die Voraussetzungen schaffen, damit ein Transportverantwortlicher seiner Pflicht nachkommen kann. Bei Unterlassung der Aktivierungspflicht darf nicht der Nächstverantwortliche zur   | Präzisierung in Verordnung zu Verantwortlichkeiten.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |  |  |   |   |
|------|----|--|--|---|---|
|      |    |  |  | Rechenschaft gezogen werden. Die Bedingungen der Weitergabe der Aktivierungspflicht von Art. 13 Abs. 2 lit. a (Transportverantwortlicher) an Abs. 2 lit. b (Datenverantwortlicher) bzw. von Abs. 2 lit. b an Abs. 2 lit. c (Warenverantwortlicher) müssen geregelt werden.  |   |
| Post | 16 |  |  | <p>Ein Ziel der Vorlage ist es, die Verfahrensabläufe auch für KMU's zu erleichtern. So soll es etwa möglich sein, die Verzollungen ohne Beizug von Experten (Speditionen/Zollbüros) direkt selber vorzunehmen. Dieser Vereinfachung zuwiderlaufend ist indessen die vorgesehene hohe Eignungsanforderung an einen berufsmässigen Zolldeklaranten. Dies betrifft namentlich die Wohnsitzpflicht des Zolldeklaranten, welche unerheblich sein muss, sofern sein Arbeitgeber gewährleisten kann, dass der Deklarant jederzeit «für den Zoll greifbar» ist.</p> <p>Betreffend die beabsichtigte Wohnsitzpflicht ist zudem folgendes zu ergänzen: Heute haben namentlich in Grenzregionen diverse Zolldeklaranten ihren Wohnsitz im Ausland. Wäre dies in Zukunft nicht mehr zulässig, wären unzählige Entlassungen die Folge. Einstellungen mit in der Schweiz wohnhaften Personen wären indessen mangels Angebot schwer umsetzbar.</p> <p>Zu begrüssen ist indessen eine Anforderung, wonach der im Ausland wohnhafte Deklarant über eine Schweizeradresse verfügen muss. Diese kann auch das Unternehmen sein (Bsp. Post CH AG).</p> | Die Eignungsanforderungen sollen wie bisher durch die Unternehmen definiert werden. Ausführungen in der Verordnung sind daher nicht vonnöten. Entsprechend kann Abs. 2 gestrichen werden. |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| Post | 18 | 1 |  | Wird die Mangelhaftigkeit der Veranlagung bei der Anmeldung nicht festgestellt, darf dem Daten- oder Warenverantwortlichen daraus kein Schaden entstehen. Die Fachpersonen des BAZG sind die Referenzpersonen in Sachen Beurteilung von Warenanmeldungen.   | In der Verordnung sind die Rechtsfolgen des Verhalten des Datenverantwortlichen/Zolldeklaranten mit Blick auf die Rechtsfolgen des Verhaltens der Fachpersonen des BAZG massvoll zu gestalten (Art. 18 BAZG).                                    |
| Post | 18 | 3 |  | Dem Waren- oder Datenverantwortlichen muss immer das Recht zugestanden werden, geeignete Unterlagen beizubringen, damit eine Warenanmeldung korrekt vorgenommen werden kann. Wären Bewilligungen oder Präferenzklärungen zum Zeitpunkt des Grenzübertrittes der Ware gültig gewesen, sind diese Bewilligungen auch nachträglich zu berücksichtigen (z.B. GEB Nummern).                                  | Absatz 3 ist wie folgt zu ergänzen:<br>«...veranlagt. Dabei sind auch nachträglich eingereichte Angaben der Verfahrensbeteiligten zu berücksichtigen.»   |
| Post | 21 | 2 |  | Wenn von der Reihenfolge der Abgabeschuldner/in im Postgeschäft abgewichen wird und die Rechnungsstellung auch künftig an die Post als Datenverantwortliche erfolgt, muss sichergestellt sein, dass die Post die Kosten resp. Importabgaben auch weiterverrechnen kann. Im Falle eines Reexportes ist ein einfacher und kostengünstiger Prozess für die Rückerstattung der Einfuhrabgaben erforderlich. | Die heutige Sonderregelung im Postverkehr ist in der Verordnung zum BAZG detailliert festzuhalten.   |
| Post | 26 |   |  | Die Post begrüsst, dass bei der Erhebung der Abgaben der Verhältnismässigkeitsgrundsatz beachtet werden soll. Ein Verzicht kann erfolgen, wenn der Erhebungsaufwand in Bezug auf den Abgabebetrag unverhältnismässig wäre.<br><br>In der Postverzollung ist der Aufwand derzeit aufgrund fehlender elektronischer Daten und der damit verbundenen notwendigen visuellen Prüfung und                     | Art. 26 ist wie folgt anzupassen: «Das BAZG verzichtet auf die Erhebung von Abgaben, wenn die Mindestgrenze für Zölle und MWST unter CHF 5.-- beträgt. ...»<br><br>Die Details zur Verhältnismässigkeit sind in der Verordnung zu spezifizieren. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |  |
|------|----|---|--|--|--|
|      |    |   |  | Durchführung des Verzollungsprozesses jeder einzelnen Warensendung unverhältnismässig hoch, wenn dies bei allen Import-Warensendungen zur Anwendung käme. Da diese alle aus dem Ausland kommen, hat die Post keinerlei Einflussmöglichkeiten. Unsere Vertragspartnerin ist die ausländische Postgesellschaft, die uns die Sendungen zur Zustellung übergibt. Mit dem Versender, dem Versandhändler oder dem Internet-Plattformversandhändler haben wir keine vertragliche Beziehung. |  |
| Post | 39 |   |  | Nachforderungen für Veranlagungsverfügungen mit einem zu tief angesetzten Abgabebetrag, die infolge einer mangelhaften Abnahme (Art. 18 BAZG) festgestellt werden ("gesperrt" / "Frei mit" Sendungen), werden nur innerhalb eines Jahres nacherhoben. Länger zurückliegende Sendungen mit Status "gesperrt" bzw. "Frei mit" (Mangelhaftigkeit der Veranlagung wurde bei Annahme nicht festgestellt) werden bei einer nachträglichen Kontrolle nicht nacherhoben.                     | Art. 39 ist wie folgt anzupassen:<br>«...wenn es die entsprechende Absicht innerhalb <b>von 60 Tagen</b> nach dem Ausstellen...».  |
| Post | 56 | 2 |  | CH-Grenzspeditionen arbeiten eng mit den Zollverwaltungen der Nachbarländer zusammen. Die Archivierung der Daten für ausl. Verzollungen sollte auf Gesuch am Hauptsitz der CH Spedition in der Schweiz erfolgen. Speditionen mit Sitz in einem Nachbarstaat sollte Gegenrecht gewährt werden.  | Ebenfalls kann der Bundesrat vorsehen, dass Daten bestimmter Verfahrensbeteiligter, wie namentlich der Datenverantwortlichen, in der Schweiz gehalten werden müssen. Hält der Nachbarstaat Gegenrecht, kann auf Gesuch eine Ausnahmegewilligung erteilt werden für Speditionen mit Ansässigkeit im Nachbarstaat. Bestimmungen sind in der Verordnung festzuhalten. |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |   |   |  |
|------|-----|---|---|---|--|
| Post | 58  | 1 |   | Im UZK der Europäischen Union sind für Einsprachen drei Jahre vorgesehen. Um im europäischen Vergleich gleichgestellt zu sein und um ein einheitliches Verständnis für die Wirtschaftsbeteiligten zu erlangen, schlagen wir vor, die Regelung des UZK zu übernehmen.  | Art. 58 Abs. 1 ist in Anlehnung an den UZK wie folgt anzupassen: «Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 3 Jahren nach der Eröffnung...». |
| Post | 60  | 1 |   | Begründung siehe Erläuterungen zu Art. 58 Abs. 1.   | Art. 60 Abs. 1 ist in Anlehnung an den UZK wie folgt anzupassen: «Gegen Verfügungen des BAZG kann bei diesem innert 3 Jahren nach der Eröffnung...». |
| Post | 83  | 1 |   | Wir begrüssen die gewählte Umsetzung der Motion Ettlín und gehen davon aus, dass dieser Pauschalbetrag künftig auf alle importierten Sendungen geschlagen werden kann.  |  |
| Post | 85  |   | d | Basierend auf der Befugnis des BAZG, Waren zurückzuweisen oder zu vernichten, kann das BAZG entsprechende Verfügungen erlassen und die Zollanmelder anhalten, mit den Importsendungen entsprechend zu verfahren. Dies kann zu Situationen führen, in denen die Post den Anweisungen (z.B. Warenvernichtung) nicht Folge leisten kann, weil sie aufgrund der Datenlage und der Herrichtung der Sendungen ausser Stande ist zu erkennen, welche Sendungen betroffen sind. | Durch eine adäquate Ausnahmeregelung ist Abhilfe zu schaffen, damit die Post solche Verfügungen nicht verletzt.                                      |
| Post | 107 | 1 | d | Falls die Post im <b>Postverkehr</b> als Anmelderin die Ware vernichten muss, entstehen ihr zusätzlichen Kosten, die sie nicht selber tragen will.  | Für den <b>Postverkehr</b> ist eine Regelung vorzusehen, die die verantwortliche Person im Inland verpflichtet, diese Kosten zu übernehmen.          |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |  |  |   |  |
|------|-----|--|--|---|--|
| Post | 124 |  |  | Wir gehen davon aus, dass diese Bestimmung für die Post nicht anwendbar ist, weil sie gemäss den Erläuterungen offenbar nur für den Grenzübertritt von Personen – und nicht von Waren – gilt. | Im Austausch mit der EZV konnte geklärt werden, dass die Post davon nicht betroffen sein sollte, sondern unter Art. 84 BAZG-VG qualifiziert. |
| Post | 135 |  |  | Busse direkt vor Ort bezahlt ist der Belastung des ZAZ-Konto gleichzustellen.   | Es muss weiterhin möglich sein, dass die Busse im abgekürzten Verfahren auch dem ZAZ-Konto belastet wird.                                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|------|-------------------------------------|--|---|
| Post | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Wir bezweifeln, dass Mo de Courten in Variante 1 vollumfänglich umgesetzt wird, insbesondere die nicht abgabenrechtlichen Erlasse. Aus diesem Grund und unter Hinweis auf die Bemerkung nach der Tabelle auf dieser Seite bevorzugen wir eher Variante 2. |
| Post | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). | Wir begrüssen die Umsetzung der Mo de Courten, die es erlauben wird, zu der bis 2016 geltenden Deklarantenstrafpraxis zurückzukehren. Wir haben verstanden, dass bei dieser Variante alle nicht abgabenrechtlichen Erlasse entsprechend angepasst werden. |

Die Post bevorzugt auf jeden Fall diejenige Variante, die es erlaubt, zur alten Zolldeklarantenstrafpraxis zurückzukehren.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------|--------|--------------------|
|      |        |                    |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |        |      |      |      |                    |   |
|---|--------|------|------|------|--------------------|---|
| Name  | Gesetz | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|   |        |      |      |      |                    |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| Post   | 9           | 1           | a+b         | Dem Waren- oder Datenverantwortlichen muss immer das Recht zugestanden werden, geeignete Unterlagen beizubringen, damit eine Warenanmeldung korrekt vorgenommen werden kann. Wären Bewilligungen zum Zeitpunkt des Grenzübertrittes der Ware gültig gewesen, sind diese Bewilligungen auch nachträglich zu berücksichtigen (z.B. GEB Nummern). Kann anhand von geeigneten Dokumenten die tatsächliche Warenbeschaffenheit oder der tatsächliche Verwendungszweck belegt werden, ist dies anzuerkennen. | Die Bestimmung ist durch einen zusätzlichen Absatz 2 wie folgt zu ergänzen:<br>«Bringt der Waren- oder Datenverantwortliche zu einem späteren Zeitpunkt geeignete Unterlagen bei, ist die Zollbemessung zu korrigieren.» |
| Post   | 9           | 1           | b           | In dieser Bestimmung sehen wir einen möglichen Anknüpfungspunkt, um im Postverkehr ein vereinfachtes Verfahren vorzusehen. Von der Systematik her sollte dieser Anknüpfungspunkt aber ins BAZG-VG überführt werden.  | Anknüpfungspunkt ins BAZG-VG überführen.   |
| Post   | 10          |             |             | Die Veröffentlichung der Zolllarifauskünfte darf nicht zu einem Konflikt zwischen den Herstellern, Händlern und Spediteuren führen. Nicht nur die genauen Rezepturen sondern sämtliche internen Angaben der Hersteller sollten vertraulich behandelt und nicht veröffentlicht werden.  |  |
| Post   | 10          | 2           |             | Das Geschäftsgeheimnis muss gewahrt werden.  | Wir beantragen folgende Ergänzung: «... oder einem anderen Erlass. Vorbehalten bleibt namentlich auch die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses.»  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
| Post | 16 |   |  | Die Post plädiert für Variante 2 zu Art. 133 BAZG-VG. |  |
| Post | 22 | 1 |  | Die Post plädiert für Variante 2 zu Art. 133 BAZG-VG. |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
|  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, displaying the message: 'Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt. Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.' The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the panel is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right. It shows three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions) with a checked box for 'Formatierungen auf eine Auswahl von Formatvorlagen einschränken' (Restrict formatting to a selection of style sheets). 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions) with a checked box for 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these changes in the document:), and a dropdown menu set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form filling). 3. Schutz anwenden (Apply Protection) with a message 'Sind Sie bereit, diese Einstellungen zu übernehmen? (Sie können sie später deaktivieren.)' (Are you ready to take over these settings? (You can deactivate them later.)) and a button 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) which is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |

Public Affairs und Regulation · Hilfikerstrasse 1 · CH-3000 Bern 65

Eidgenössische Zollverwaltung  
3003 Bern

Per E-Mail an: [rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

Bern, 22. Dezember 2020

## **Vernehmlassung zur Totalrevision des Zollgesetzes**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Totalrevision des Zollgesetzes Stellung zu nehmen. Die SBB ist von der Vorlage sowohl als Personenverkehrsunternehmen als auch als Güterverkehrsunternehmen mit ihrer Tochtergesellschaft SBB Cargo betroffen.

Grundsätzlich begrüsst die SBB die durch die Totalrevision angestossene Bestrebung nach vereinfachten und vereinheitlichten Zollprozessen. Wir weisen aber darauf hin, dass die besonderen Bedürfnisse des Schienenverkehrs in diesem Hinblick im Personen- wie auch im Güterverkehr ungenügend berücksichtigt sind. Vor allem können Lösungen, die primär für den Strassenverkehr erarbeitet wurden, nicht immer eins zu eins auf die Bahn übertragen werden.

Im Bereich des Schienengüterverkehrs ist SBB Cargo auf schlanke Zollprozesse angewiesen – auch im Vergleich mit der Strasse. Nur so kann der Schienengüterverkehr seinen Beitrag zur Erreichung des Alpenschutzartikels und der gesetzlich definierten Verlagerungsziele leisten. Wir begrüssen daher das Projekt DaziT und die Digitalisierung der Grenzprozesse. Diese ist auf beiden Seiten der Schweizer Grenze umzusetzen. Vereinfachungen, die mit den Nachbarländern verhandelt werden (z.B. Funktionen in der Transit App für Lastwagen im grenznahen Raum), sollten wo sinnvoll und angemessen auch für das System der Bahnen (d.h. im RailControl) erreicht werden.

In der letzten Zeit gab es ungeeignete Bestrebungen, gewisse zollrechtlichen Prozesse für Schienentransporte an jene des Strassentransports anzugleichen. Dies ist nicht immer zielführend, weil die Voraussetzungen für diese beiden Transportarten unterschiedlich sind. So gibt es an Grenzübergängen für Lastwagen immer eine Zollstelle. Weil dies im Schienentransport nicht der Fall ist, sind Züge darauf angewiesen, ohne Grenzkontrolle passieren zu können. Für die allfällig nötige Kontrolle von Zolldokumenten muss vorgängig ein Ort zur Zollabfertigung definiert werden. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen müssen bei der Ausarbeitung der Verordnung und der Praxisanweisungen berücksichtigt werden. Die durch die Revision angestrebte Vereinfachung und Harmonisierung des Zollrechts sollte nicht dazu führen, dass für die Strasse optimierte Verfahren auf die Schiene angewendet werden, wie dies im Falle der Einführung des Neuen Computerisierte Transitsystem (NCTS) passiert ist.

Besonders nicht im Sinne der Verlagerungspolitik und der Vereinfachung der Prozesse ist die, von der Zollverwaltung verfügte einseitige Erweiterung der Kabotageregelung auf die Schiene. Die Regeln für die Kabotage sind im Landverkehrsabkommen (LVA) nur für die Strasse vorgesehen und werden in der EU auch nur für die Strasse angewendet. SBB Cargo ist daher, wie die anderen Schweizer Eisenbahnverkehrsunternehmen, dringend darauf angewiesen, dass die bestehende Vereinheitlichung des Begriffs «Fahrzeuge» in Art. 34 der Zollverordnung im neuen Zollrecht differenziert wird und die Regeln zur Kabotage für Eisenbahnfahrzeuge auf Verordnungsstufe dem Artikel 217 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 angepasst werden.<sup>1</sup>

Für die Abwicklung spezieller Bahngeschäfte (z.B. Unterhalt von Flotten im Ausland, Testfahrten im Ausland, Unterhalt ausländischer Biletautomaten) muss die SBB zudem viele Abklärungen direkt mit der Zollbehörde vornehmen. Dies bindet Ressourcen auf beiden Seiten. Die nachgelagerte Erarbeitung der Verordnung bzw. der Praxisanweisungen sollte hier auch gezielte Verbesserungen bringen. Die SBB ist gerne bereit, die diesbezüglichen Arbeiten aktiv zu begleiten.

---

<sup>1</sup> Siehe auch separate Kommunikation von SBB Cargo an EZV vom 1. Oktober 2018 und 12. November 2020.

Unsere detaillierte Anliegen zum E-BAZG-VG finden Sie im ausgefüllten Fragebogen. Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen steht Ihnen Frau Susanna Zappa ([susanna.zappa@sbbcargo.com](mailto:susanna.zappa@sbbcargo.com)) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Luca Arnold  
Leiter Regulation und internationales



Markus Streckeisen  
Leiter Vertrieb & Chief Transformation Officer  
Mitglied der Geschäftsleitung  
SBB Cargo

Anlage: Fragebogen





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Schweizerische Bundesbahnen

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SBB

Adresse : Hilferstrasse 1, 3000 Bern 65

Kontaktperson : Susanna Zappa

Telefon : 079.223 28 43

E-Mail : [susanna.zappa@sbbcargo.com](mailto:susanna.zappa@sbbcargo.com)

Datum : 22.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                        | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen.....          | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016.....                      | 13 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht.....                | 15 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 16 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 19 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen.....           | 20 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 22 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen.....  | 23 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SBB                     | Wir verweisen auf unseren Brief vom 22. Dezember 2020. Die SBB begrüsst den Gesetzentwurf und die beantragten Erleichterungen im Zollprozess. Trotzdem berücksichtigt die Vorlage die Bedürfnisse des Schienenverkehrs zu wenig. Viele Punkte müssen deshalb in der Verordnung und in den Praxisanweisungen noch geregelt werden. In diesem Rahmen regt die SBB an, dass die bestehende Vereinheitlichung des Begriffs «Fahrzeuge» in Art. 34 der Zollverordnung im neuen Zollrecht differenziert wird. Das Ziel der Kabotageregelung des Landesverkehrsabkommens (LVA) ist der Schutz Schweizer Wirtschaft und des Strassentransports vor der billigen Konkurrenz aus dem Ausland. Sie gilt nicht für den Schienengüterverkehr. Der Schienenzugang ist ungleich schwieriger und auf der Schiene gibt es diese Konkurrenz nicht auf dieselbe Weise. So muss ein Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) eine Zulassung der Schweizer Infrastruktur und eine Sicherheitsbescheinigung des Bundesamtes für Verkehr haben, um in die Schweiz fahren zu können. Die Voraussetzungen für den Strasse und die Bahn sind daher nicht vergleichbar. Die Regeln zur Kabotage für Eisenbahnfahrzeuge auf Verordnungsstufe sollte entsprechend dem Artikel 217 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 angepasst werden. |
| SBB                     | Die SBB vermisst in den Vorschlägen zum neuen Zollgesetz eine Regelung analog Art. 86 und 124 des Unionszollkodexes (UZK), wodurch eine Zollschuld "geheilt" werden kann. Eine solche Regelung würde bedeuten, dass es für gewisse geringfügige Fehler nicht nur keine Strafverfolgung eröffnet wird, sondern auch keine verwaltungstechnischen Massnahmen (z.B. Verlust der Präferenz) getroffen werden. Siehe auch Ausführungen unten zu Artikel 41 und 46 E-BAZG-VG.  |
| SBB                     |  |
| SBB                     |  |
| SBB                     |  |
| SBB                     |  |
| SBB                     |  |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |
|-----|--|
| SBB |  |
| SBB |  |
| SBB |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------|------|------|------|--|---|
| SBB  | 7    |      | c    | <p>Die Definition des Begriffs "Durchfuhr" ist unklar. Es könnte darunter sowohl der Transport von Grenze zu Grenze oder auch von ZE (zugelassener Empfänger, z.B. Terminal) zu ZE (z.B. End-Empfänger) verstanden werden. SBB Cargo ist auch in Zukunft auf das Interne Transitverfahren (InTV) angewiesen. Das unter dem bestehenden Gesetz anwendbare Vorgehen soll auch weiterhin angewendet werden können. Für die Bahn endet somit die Verantwortung für die Zollabfertigung bei der Ablieferung an den ZE.</p> <p>Beispiel: Container-Zug von Rotterdam nach Aarau mit Containern für einen Schweizer Empfänger. Der Zollagent des Zuges von Rotterdam nach Aarau stellt ein NCTS für den Ganzzug aus. Einzelne Container müssen unter Zollüberwachung zum Endkunden (ZE). Der ZE macht die Zollanmeldung erst, wenn der Container ausgeladen und die Vollständigkeit der Ware kontrolliert worden ist.</p> | <p><b>Antrag:</b> Das Befördern von <u>unverzollten</u> Waren durch das Zollgebiet, <u>einschliesslich Teilstrecken</u>.</p>  |
| SBB  | 7    |      | g    | <p>Der Begriff "Transportverantwortlicher" ist international nicht bekannt und daher missverständlich. In den internationalen Übereinkommen (Beispiel Übereinkommen vom 20. Mai 1987 über ein gemeinsames Versandverfahren [gVV]) und im UZK wird dafür der Begriff "Beförderer" verwendet. Zumindest müsste in der Erklärung des Begriffes im Gesetzesartikel erwähnt werden, dass unter der Rolle</p>  | <p><b>Antrag:</b> Beförderer statt Transportverantwortlicher benutzen</p> <p><b>Eventualantrag:</b> ...Person bezeichnet ist. Der Transportverantwortlicher entspricht dem internationalen Begriff des Beförderers.</p> |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |           |         |  |  |   |
|-----|-----------|---------|--|--|---|
|     |           |         |  | "Transportverantwortlicher" und "Beförderer" dasselbe verstanden wird. Die Botschaft sollte in diesem Zusammenhang klarstellen, dass der Begriff «Beförderer» analog wie im UZK gemeint ist.   |   |
| SBB | 10        | 3       |  | <p>Dieser Artikel ist im grenzüberschreitenden Personenverkehr in dieser Form nicht umsetzbar.</p> <p>Wir interpretieren den Artikel so, dass bei einer grenzüberschreitenden Personenbeförderung der Lokführer persönlich als anmeldepflichtige Person verantwortlich gemacht werden kann.</p> <p>Das gleiche gilt für den Schienengüterverkehr. Die natürliche Person, die die Ware über die Grenze bringt, darf nicht ebenfalls anmeldepflichtig werden. Im Eisenbahnverkehr darf das niemals der Lokführer oder die Lokführerin sein, da in ihrem Fall grundsätzlich die Tatmacht fehlt.</p> | <p><b>Antrag:</b> ersatzlos streichen</p> <p><b>Eventualantrag:</b> ...noch nicht angemeldet worden, so gilt, <u>wo nichts anderes definiert ist</u>, die natürliche Person...</p>                            |
| SBB | 13        | 2 und 3 |  | In der Verordnung muss klar definiert werden, dass der Datenverantwortliche für die Erfassung der korrekten Referenz auf der Zollanmeldung verantwortlich ist. Der Beförderer hat die Referenzierungspflicht. Ist auf der Anmeldung eine falsche Referenz vermerkt, kann die Anmeldung trotz korrekter Referenzierung durch den Transportverantwortlichen nicht korrekt aktiviert werden. Der Transportverantwortliche sollte keine Verantwortung für Angaben übernehmen müssen, die vom Datenverantwortlichen in der Zollanmeldung nicht korrekt angegeben worden sind.                         | <p><b>Antrag:</b></p> <p>Aktivierungspflichtig ist der Reihe nach:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Datenverantwortliche</li> <li>Warenverantwortliche</li> <li>Transportverantwortliche</li> </ol> |
| SBB | 22 und 23 |         |  | Die SBB befürwortet die Differenzierung der Verantwortung und begrüsst, dass nicht mehr in jedem Fall eine Solidarhaftung besteht.   |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |   |   |   |
|-----|----|---|---|---|---|
| SBB | 30 | 5 |   | Betreffend Verjährungsfrist besteht eine Abweichung zum Mehrwertsteuergesetz (MWSTG) und Obligationenrecht (OR). Gemäss Art. 42 Abs. 6 MWSTG beträgt die absolute Verjährung von Mehrwertsteuerforderungen 10 Jahre, gemäss Art. 958f E OR sind Geschäftsbücher und Buchungsbelege ebenfalls 10 Jahre aufzubewahren. Da die Einfuhrsteuer mittels Vorsteuerabzug in der MWST-Abrechnung zurückgefordert wird und die dazu nötigen Veranlagungsverfügungen MWST der EZV in der Buchhaltung zusammen mit den entsprechenden Eingangsrechnungen (Buchungsbelege) aufbewahrt werden, führt eine unterschiedliche Verjährungsfrist bzw. Aufbewahrungspflicht zu Risiken beim Steuerpflichtigen. Es besteht ein grosses Risiko, dass Unterlagen irrtümlicherweise zu früh vernichtet werden. Zudem führt die unterschiedliche Aufbewahrungspflicht zu einem administrativen Mehraufwand, da Unterlagen vor der Vernichtung aussortiert werden müssen. | <b>Antrag:</b><br>Die Abgabeschuld verjährt in jedem Fall 45 <u>10</u> Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entstanden ist. Vorbehalten bleiben längere Verjährungsfristen nach den Art. 11 und 12 VStrR.   |
| SBB | 41 | 1 | d | Die SBB begrüsst, dass die Regelung von Art 86 ZG für Härtefälle ins E-BAZG-VG übernommen wird.   |   |
| SBB | 41 | 1 | e | Gemäss gVV verliert die Ware, die sich in einem Verfahren mit abgelaufener Frist befindet, bei der Einfuhrverzollung die Präferenzberechtigung. In der EU wird ein solcher Fall über den UZK Art. 86 und 124 geheilt und die Präferenzberechtigung bleibt bestehen. Ohne weitergehende Regelung im Schweizer Zollgesetz analog UZK ist die Schweiz im gVV schlechter gestellt als die europäischen Partner. Im Hinblick auf den Wegfall des vereinfachten gemeinsamen Versandverfahrens bis 2023, und weil künftig alle Einzelwagen im NCTS abgewickelt werden müssen, ist eine grosszügige Regelung notwendig. Sonst müsste SBB Cargo künftig den Transport von Einzelwagen im Verfahren NCTS  | <b>Antrag (neue Buchstabe):</b><br>Unbeschadet der geltenden Vorschriften über die Nichterhebung des Einfuhr- oder Ausfuhrabgabensbetrags erlischt die Einfuhr- oder Ausfuhrzollschuld, wenn die Veranlagung der Abgaben nach Art. 18 Abs. 3 entstanden ist und die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:<br>1. Der Anlass, durch den die Veranlagung von Amtes wegen ausgelöst wurde, hatte keine erheblichen Auswirkungen auf die ordnungsgemässe Abwicklung des betreffenden |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |    |   |  |  |   |
|-----|----|---|--|--|---|
|     |    |   |  | <p>ablehnen, da der Empfänger für die Zollabgaben den Beförderer haftbar macht. Das würde eine Verlagerung auf die Strasse nach sich ziehen.</p> <p>Die SBB schlägt eine Regelung für die Heilung gewisser Zollfälle vor, analog UZK Art. 124 (h). Details sind in der Verordnung zu klären analog UZK-DA Art. 103.</p> <p>Siehe auch Änderungsantrag zu Art. 46 Abs. 3 E-BAZG-VG.</p>   | <p>Zollverfahrens und war kein Täuschungsversuch,</p> <p>2. nachträglich werden alle notwendigen Formalitäten erfüllt, um die Situation der Waren zu bereinigen.</p>  |
| SBB | 46 | 3 |  | <p>Analog UZK Art. 86 (6).</p> <p>Siehe Bemerkung zu Art. 41 Bst. e E-BAZG-VG.</p>   | <p><b><u>Antrag (neuer Absatz):</u></b></p> <p>Das BAZG kann auf administrative Massnahme verzichten sofern der Anlass, durch den die Veranlagung von Amtes wegen ausgelöst wurde, kein Täuschungsversuch war. Unter diesen Umständen gilt die zolltarifliche Abgabenbegünstigung oder Befreiung auch in den Fällen in denen die Veranlagung der Abgaben nach Art. 18 Abs. 3 entstanden wäre.</p> |
| SBB | 60 |   |  | <p>Die SBB begrüsst, dass gegen einen Entscheid einer Zollstelle bei einer unabhängigen Stelle Einspruch eingelegt werden kann.</p>  |   |
| SBB | 62 |   |  | <p>"Verfahren sind in der Regel kostenlos".</p> <p>Die SBB begrüsst diese Formulierung. Wir erwarten, dass künftig auch das Verfahren, das heute unter "provisorische Verzollung" läuft, kostenlos sind (neu geregelt in Art. 58 E-BAZG-VG, Einsprache).</p> <p>Beispiel: SBB Cargo verzollt am 15.11. eine Ware. Der Deklarant hat Kenntnis, dass es sich um präferenzberechtigte Ware handelt, der Nachweis liegt weder im Original noch in Kopie vor. Der Deklarant</p> | <p>In der Verordnung und der Botschaft zu klären.</p>   |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |   |  |   |  |
|-----|-----|---|--|---|--|
|     |     |   |  | verzollt die Ware zum Normalansatz. Am 20.11. trifft der Präferenznachweis ein, der am 14.11. bei der Ausfuhr im Abgangsland erstellt worden ist. Über die Einsprache ändert der Deklarant die Verzollung vom 15.11. ab von Normalansatz zu Präferenzansatz. Diese Korrektur ist kostenlos.   |  |
| SBB | 69  | 1 |  | Art. 69 Abs. 1 sollte soweit ergänzt werden, dass auch die Transportpolizei direkten Zugriff auf Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben hat.  | <b><u>Antrag (neue Buchstabe):</u></b><br>e. Transportpolizei zur Erfüllung ihrer Aufgaben.  |
| SBB | 124 |   |  | Art. 124 spricht lediglich von einer Mitwirkungspflicht und ist nur einseitig formuliert.   | <b><u>Antrag:</u></b><br><u>Das BAZG und das Personal von Transportunternehmen sowie von Infrastrukturbetreiberinnen, insbesondere im Bereich des Eisenbahn-, Luft und Schiffsverkehrs unterstützen sich gegenseitig und unentgeltlich beim Aufgabenvollzug.</u> |
| SBB | 125 |   |  | Aus dieser Bestimmung ist nicht klar, ob die Herausgabe von Unterlagen und Aufzeichnungen (z.B. Videodaten) kostenlos zu erfolgen hat oder nicht. In Anlehnung an Art. 124 bzw. da es sich um eine Pflicht handelt, ist davon auszugehen, dass die Absicht besteht, dass diese kostenlos erfolgen soll. Die aus einer solchen Herausgabe entstanden Kosten sind durch das BAZG zu tragen. | <b><u>Antrag (neue Ziffer):</u></b><br>3. Die daraus entstanden Kosten sind durch das BAZG zu vergüten.  |
| SBB | 127 |   |  | Die SBB unterhält Zollvereinbarungen, welche eine jährliche Zollanmeldung erlauben (eine Vereinbarung über die passive Veredelung von inländischem Rollmaterial und eine Vereinbarung über die vorübergehende Verwendung von ausländischem Rollmaterial).   | In der Verordnung und den Praxisanweisungen zu klären.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  | <p>Diese Vereinbarungen sind für die Ausübung der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit der SBB elementar und müssen auch unter dem BAZG-VG erlaubt sein.</p> <p>Beantragen möchten wir jedoch die folgende Vereinfachung:</p> <p>Die Ermittlung der Daten für die Vereinbarung über die vorübergehende Verwendung von ausländischem Rollmaterial ist für die SBB zeitlich sehr aufwändig. Die SBB muss alle grenzüberschreitenden Personenbeförderungen, welche mit im Ausland verzolltem Rollmaterial gefahren werden, und deren Mietentgelt, der EZV melden. Dieser Vorgang ist aus administrativer Sicht aufwändig, da diese Daten/Rechnungen manuell aus dem Buchhaltungssystem aussortiert werden müssen. Auf dem Mietentgelt erhebt die EZV die Schweizer Einfuhrsteuer, welche die SBB bezahlt und als Vorsteuerabzug bei der Eidg. Steuerverwaltung, Hauptabteilung MWST (ESTV) wieder zu 100% zurückfordern kann. Das heisst, durch die Meldungen generiert der Bund insgesamt keine Mehreinnahmen. Seitens der Zollbehörde entstehen lediglich administrative Aufwendungen zur Kontrolle der Rechnungen.</p> <p>Wir beantragen daher, dass zukünftig auf die Meldung via EZV bzw. neu BAZG verzichtet wird und die MWST auf den Mietentgelten mittels Bezugsteuer abgerechnet wird. Dieser Vorgehensweise ist aus administrativer Sicht schlanker und es ist gegenüber dem Bund sichergestellt, dass die Geschäftsfälle nach wie vor nicht "nicht besteuert" werden. Gemäss laufender Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes (Weiterentwicklung der</p> |  |
|--|--|--|--|--|--|

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |     |  |  |  |   |
|-----|-----|--|--|--|---|
|     |     |  |  | Mehrwertsteuer in einer digitalen und globalisierten Wirtschaft) sollte eine Versteuerung mittels Bezugsteuer möglich sein, da neu auch Liefertatbestände (wie z.B. Vermietungen) der Bezugssteuer unterliegen können (Art. 45 Abs. 1 VE-MWSTG). |   |
| SBB | 131 |  |  | Die SBB begrüsst, dass für Bussen bis CHF 100'000 der Geschäftsbetrieb verurteilt werden kann, ohne den Deklaranten oder andere Mitarbeitende mit einem Strafbucheintrag zu belasten.  |   |
| SBB | 133 |  |  | Bst, b: die Bedingungen sollen nicht "besondere Umstände" und "Fahrlässigkeit" sein, sondern entweder oder.  | <b>Antrag:</b><br>Von einer Strafverfolgung kann abgesehen werden:<br>...<br>b. wenn entweder die Schuld oder bei Fahrlässigkeit die Tatfolgen besonders geringfügig sind;<br>c. bei Vorliegen besonderer Umstände. |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |
| SBB |     |  |  |  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|     | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>                |
|-----|-------------------------------------|--|--|
| SBB | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Vgl. auch unsere Bemerkung zum Art. 133. |
| SBB | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Gesetz</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|-------------|---------------|---------------------------|
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |
| SBB         |               |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |
| SBB   |               |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|--|
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |
| SBB  |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |
| SBB   |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |
| SBB  |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|     |  |  |  |  |  |
|-----|--|--|--|--|--|
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |
| SBB |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |
| SBB  |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

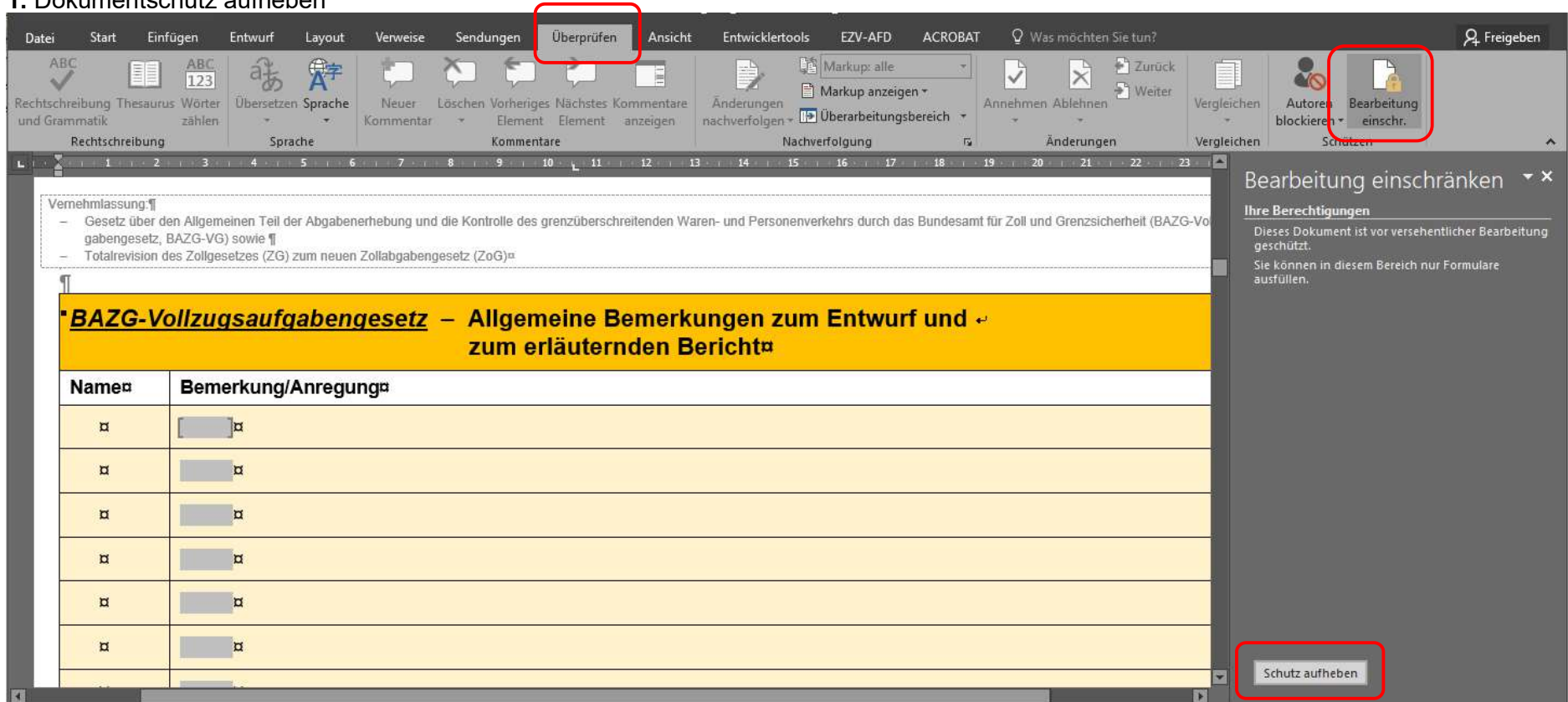
Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben



The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button is highlighted with a red box. The document is titled 'BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht'. The document content includes a table with columns 'Name' and 'Bemerkung/Anregung'.

**Vernehmlassung:**

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

**Bearbeitung einschränken**

**Ihre Berechtigungen**

Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt.  
Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.

**Schutz aufheben**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top ribbon. The 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open, showing the 'Formatierungseinschränkungen' (Formatting Restrictions) section. The 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen' (Allow only these edits in the document) checkbox is checked, and the 'Ausfüllen von Formularen' (Fill in forms) option is selected. The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, apply protection now) button is highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |





## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Spediware Schenker

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : SpwR

Adresse : Via Carlo Pasta 9, 6850 Mendrisio

Kontaktperson : Reto Schenker

Telefon : 0766939544

E-Mail : [dazit@spediware.ch](mailto:dazit@spediware.ch)

Datum : 30.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 5  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 12 |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 13 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 14 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 15 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 17 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 18 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 19 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 22 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 23 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|-------------------------|--|
| SpwR                    | Die vorliegenden Entwürfe betrachte ich nach langjähriger Erfahrung in mindestens 5 Verkehrsarten. Das jetzt noch gültige Zollgesetz ist noch relativ jung und wurde damals dem Recht der Nachbarstaaten, alle Teil der EU, angepasst. In den Erläuterungen wird erwähnt, dass dies nicht mehr so sein soll. Bei Gemeinschaftszollanlagen, die die Zusammenarbeit über Staatsverträge geregelt sehen, wird dieser Umstand zu zusätzlichen Problemen führen. Auch an den Flughäfen mit vereinbarten/vereinheitlichten Aufgaben zusammen mit der EU, ist dieser Umstand ein Hindernis. |
| SpwR                    | Die EU kennt den Begriff Gemeinschaftsware (T2) und Drittlandware (T1), diese Begriffe sollten im neuen ZG ebenfalls berücksichtigt werden. Die Risikolage ist bei T2-Waren geringer, da die NZE (verwende noch die alte Abkürzung) meistens harmonisiert sind. Bei T1-Waren haben wir vereinzelt auch eine gewisse Verantwortung gegenüber der EU, die dann nach den EU-Vorschriften vorgenommen werden müssen und dadurch einheitliche oder ähnliche Verfahren zweckmässig sind.   |
| SpwR                    | Die vorliegende Zollgesetzrevision kommt in einem denkbar schlechten Zeitpunkt, da noch wesentliche Entscheide ausstehen. Der Verzicht auf die Industriezölle und ein mögliches grundsätzliches Verlagerungsverfahren für die MWST bzw. Erhebung durch EStV, würden einen hohen Aufwand bei der Zollabfertigung nicht mehr rechtfertigen – es würde eigentlich nur noch die Handelsstatistik bleiben. Wie oben beschrieben, wäre auch der Aspekt der Sicherheit bei T2-Waren sehr gering. Die grundsätzliche Bewaffnung des Personals macht unter diesem Gesichtspunkt keinen Sinn.  |
| SpwR                    | Die Organisationsstruktur des BAZG gehört jedoch unbedingt ins Gesetz, damit das Parlament die Entscheide mittragen muss. Die sehr grosse Aufstockung an bewaffnetem Personal muss unbedingt vom Parlament (jährlich bzw. stillschweigend erneuernd) bewilligt werden. Es muss verhindert werden, dass über die Hintertüre eine Bundespolizei, die vom Volk abgelehnt wurde, ohne Einfluss des Parlamentes aufgebaut wird. Der Zoll ist Teil des EFD und wäre mit einem solch grossen Bestand an Sicherheitspersonal tatsächlich im falschen Departement.                            |
| SpwR                    | In Würdigung der obigen Punkte, sollten die Entwürfe zurückgewiesen werden zur Neubeurteilung. Ich denke auch an den Beizug von Fachleuten aus der Wirtschaft, die die Wünsche einbringen können. DaziT ist dringend nötig für die Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse. Angekündigt war Zoll 4.0 mit Anlehnung an Industrie 4.0. Bei Industrie 4.0 werden Vorgänge in verschiedenen Betrieben verzahnt. Bei DaziT fehlt diese Verzahnung noch und beschränkt sich hauptsächlich auf interne Prozesse.   |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |
|------|--|
|      | Dadurch entspricht DaziT nicht einer Umschreibung Zoll 4.0. Aus diesen Überlegungen betrachte ich den Beizug von Fachleuten (zB. Logistikern) aus der Wirtschaft bei einer allfälligen Neuauflage eines ZG sehr wichtig.   |
| SpwR | Das heute bestehende ZG gibt der EZV und den Kunden wesentlich mehr Rechtssicherheit und könnte an die neue Situation, auch mit Aufteilung in zwei Erlasse, angepasst werden.  |
| SpwR | Im gültigen ZG Ziffern 21 bis 34 und teilweise 42 sind wichtige Verfahrensschritte beschrieben, die in den Entwürfen nicht oder mangelhaft berücksichtigt sind. Wo und wie soll in Zukunft der Grenzübertritt praktisch stattfinden? Wie werden fehlende Pflichten kompensiert? Welche Abfertigungszeiten an welchen Orten soll es in Zukunft geben? |
| SpwR | In der Zollverordnung Artikel 76 ist der Grenzübertritt ohne Waren überall möglich. Was gilt in Zukunft für Personen, Waren und Transportmittel? Die vorliegenden Entwürfe geben keine Auskunft, verbindliche Grundsätze wären wichtg.   |
| SpwR | Was soll über Verordnungen geregelt werden?  |
| SpwR | Trotz der Anregung der Rückweisung, nehme ich zu einzelnen Punkten Stellung.   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung   | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag) |
|------|------|------|------|--|---|
| SpwR | 8-10 |      |      | Der Gesetzesentwurf spricht lediglich von Warenanmeldung und unterscheidet nicht zwischen der summarischen Anmeldung und einer Warendeklaration. Die Zollgrenze ist meistens sehr «breit», dadurch muss bekannt sein welche Waren sich in diesem Raum befinden und wer dafür verantwortlich ist. Bei Gemeinschaftszollanlagen muss auch eine rechtliche Übergabe zwischen den Staaten stattfinden. Der Zeitpunkt kann jedoch nicht mit der nationalen Aktivierung gleichgesetzt werden.  |   |
| SpwR | 10   | 3    |      | Ist zu eng gefasst und greift nur bei begleiteten Transporten mit einem Lenker. Diese Ziffer macht hauptsächlich LKW-Fahrer oder Lenker im Reiseverkehr haftbar. Die bereits heute bestehende alleinige Haftbarkeit der LKW-Fahrer, ist eher störend und sollte beseitigt werden durch die Erweiterung des Kreises.  |   |
| SpwR | 12   |      |      | Geht davon aus, dass zum Zeitpunkt der Deklaration referenziert wird (ein oder mehrere Fahrzeuge zu den Deklarationen). Dieser Zustand ist nur möglich bei einer Vorausdeklaration. In der Praxis müsste ein mehrstufiges Modell zum Tragen kommen, damit die (erste) Transportverantwortliche eine Referenzierung auf eine interne Referenz vornimmt und die Datenverantwortliche eine zweite Referenzierung zur Deklaration. Eine dritte oder mehrfache Referenzierung sollte auch der nachfolgenden Transportverantwortlichen ermöglicht werden. Mit der Aktivierung wird die Referenzierung abgeschlossen. Nachträgliche Korrekturen sollten mit Zustimmung des BAZG |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |   |   |
|------|----|---|---|---|---|
|      |    |   |   | möglich sein. Auch eine automatische Abschlussreferenzierung mit technischen Mitteln (zB. LSVA) sollte möglich sein.  |   |
| SpwR | 14 | 1 |   | Macht Probleme im Falle einer formellen oder materiellen Kontrolle, wenn erst bei der Warenabfuhr aktiviert wird. Im umgekehrten Falle kann die Warenabfuhr nicht überwacht werden. Es braucht also auch hier ein mehrstufiges Verfahren, dass bereits auf dem Zollhof aktiviert werden kann (für die Verbindlichkeit) und wenn nötig nochmals beim Verlassen des Zollhofes (nach einer Kontrolle ist die endgültige Freigabe wichtig). |   |
| SpwR | 14 | 4 |   | Steht in Konkurrenz zu Artikel 10 Absatz 3, sofern bereits eine Übermittlung stattgefunden hat. Es bedingt eine Präzisierung.   |   |
| SpwR | 18 | 3 |   | Ergänzen «oder aktiviert».  | Nicht angemeldete Waren werden von Amtes wegen veranlagt oder aktiviert.  |
| SpwR | 18 | 4 |   | Ergänzen «Das BAZG entscheidet bei abgabefreien Veranlagungen über alternative Möglichkeiten als Abfertigungsbestätigung»   | Das BAZG stellt eine Veranlagungsverfügung aus. Das BAZG entscheidet bei abgabefreien Veranlagungen über alternative Möglichkeiten als Abfertigungsbestätigung. |
| SpwR | 20 | 2 | b | Ist nicht genau, zB. bei der Durchfuhr oder bei einer definitiven Veranlagung/Verbuchung (Zeitpunkt der Schuld?)  |   |
| SpwR | 21 | 2 |   | Ist bei nicht angemeldeter oder abgeschlossener Durchfuhr schwer umsetzbar.   |   |
| SpwR | 23 |   |   | Sagt nicht, ob die transportverantwortliche Firma haftbar ist, wenn die natürliche Person dies nicht konnte, die Firma aber schon.  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |  |   |
|------|----|---|--|--|---|
| SpwR | 26 |   |  | Am Schluss ergänzen: «und die Abgaben nicht erheblich sind». Bei Nachbezügen sollte eine separate Kompetenz vorgesehen werden. | Das BAZG kann auf die Erhebung von Abgaben verzichten, wenn der Erhebungsaufwand in Bezug auf den Abgabenertrag unverhältnismässig erscheint und die Abgaben nicht erheblich sind.  |
| SpwR | 40 | 2 |  | Sagt nicht, ob ein Mindestbetrag oder Gebühren vorgesehen sind. Ebenso ist nicht klar, ob Verfahrensfehler Auswirkungen haben. | Werden Waren nach der Veranlagung zu Zwecken verwendet oder abgegeben, die tieferen Abgaben unterliegen, so kann die anmeldepflichtige Person die Rückerstattung der Abgabendifferenz verlangen. Das EFD legt fest, für welche Warengruppen und innerhalb welcher Fristen der Anspruch auf Rückerstattung geltend gemacht werden kann und regelt Mindestbeträge sowie die anfallenden Gebühren. |
| SpwR | 45 | 2 |  | In den Flugzeugen werden auch andere Waren als Lebensmittel zollfrei verkauft, soll dies weiterhin möglich sein?               | Das BAZG kann Luftverkehrs- und anderen Unternehmen bewilligen, auf den Zollflugplätzen oder in deren Nähe unverzollte und unbesteuerte Vorräten für das Zubereiten von Speisen und Getränken zur Mitnahme auf Flügen zu lagern und zuzubereiten (Bordbuffetdienste). Die Lagerung von unverzollten und unbesteuerten Waren zum Bordverkauf können in dieser Bewilligung eingeschlossen werden. |
| SpwR | 50 | 3 |  | neu  | Der Bundesrat regelt das Verfahren bei unbeabsichtigter oder vorzeitiger Aktivierung.   |
| SpwR | 52 |   |  | Es fehlt eine Regel oder Ausnahme für den Reiseverkehr.  |   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |   |  |   |
|------|----|---|---|--|---|
| SpwR | 53 | 3 |   | Sagt nicht welches kantonale Recht gilt  | Fällt der Folgetag auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen vom Bundesrecht oder vom kantonalen Recht anerkannten Feiertag am Ort der Veranlagung, so endet die Frist am nächstfolgenden Werktag.  |
| SpwR | 58 |   |   | Wer ist einspracheberechtigt?  |   |
| SpwR | 58 | 3 |   | neu  | Der Einspracheberechtigte kann die persönliche Bearbeitung verlangen, falls die automatisierte Bearbeitung nicht zweckmässig scheint oder ungenügend beantwortet wurde.   |
| SpwR | 60 |   |   | Wer ist beschwerdeberechtigt?  |   |
| SpwR | 60 | 1 |   | Einfügen nach «von einer anderen Stelle» in der Regel mit höherer Kompetenz  | Gegen Einspracheentscheide des BAZG kann innert 60 Tagen nach der Eröffnung verwaltungsinterne Beschwerde beim BAZG erhoben werden. Das BAZG stellt sicher, dass die Beschwerde von einer anderen Stelle in der Regel mit höherer Kompetenz innerhalb des BAZG beurteilt wird                                       |
| SpwR | 62 | 2 | b | Ergänzen «die zu nicht nebensächlichen Beanstandungen führen»  | wegen Kontrollen, die zu nicht nebensächlichen Beanstandungen des BAZG führen.  |
| SpwR | 71 |   |   | Nach Ausführung des Auftrages sind die erhaltenen Daten vollständig und ohne Wiederherstellungsmöglichkeit zu löschen. | Das BAZG darf Dritten Daten über die finanzielle und wirtschaftliche Situation von Personen bekannt geben, falls die Dritten im Auftrag des BAZG die Bonität von Schuldnerinnen und Schuldner überprüfen sollen. Die Dritten haben dem BAZG zuzusichern, dass sie die Daten ausschliesslich im Sinne ihres Auftrags |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |    |   |  |   |  |
|------|----|---|--|---|--|
|      |    |   |  |   | verwenden. Nach Ausführung des Auftrages sind die erhaltenen Daten vollständig und ohne Wiederherstellungsmöglichkeit zu löschen.  |
| SpwR | 74 |   |  | Ergänzen «und berichtet jährlich dem Bundesrat»   | Das BAZG überprüft laufend die Einhaltung seiner Datenbearbeitungsgrundsätze und berichtet jährlich dem Bundesrat.   |
| SpwR | 75 |   |  | Ergänzen «und berichtet jährlich dem Bundesrat»   | Das BAZG überprüft laufend die Wirkungsweise und Rechtmässigkeit der Risikoanalyse sowie die Regeln des Profilings, auf denen dieses beruht und berichtet jährlich dem Bundesrat.  |
| SpwR | 77 | 1 |  | Nach Zollgrenze einfügen «, in Gemeinschaftszollanlagen»  | Das BAZG führt Kontrollen an der Zollgrenze, in Gemeinschaftszollanlagen und im Grenzraum durch. Betreffend Kontrollen von Personen bleibt das Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 <sup>40</sup> über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz, AIG) vorbehalten. |
| SpwR | 78 |   |  | <p>Es fehlen polizeilich gesuchte oder ausgeschriebene Personen. Transportmittel gelten selbst ebenfalls als Ware und können auch deshalb kontrolliert werden. Sie dienen auch zum Schmuggel oder haben Verstecke eingebaut. Auch Transportmittel könnten ausgeschrieben oder gestohlen sein. Der Buchstabe C könnte deshalb falsch verstanden werden, da «nur» die NZE (alte Bezeichnung) genannt werden.</p> <p>Die SKV (SR 751.013), inkl. der Datenbank der Fahrzeuge und andere Register (Luftfahrzeuge, Schiffe, etc.),</p> |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |   |  |  |
|------|-----|---|---|--|--|
|      |     |   |   | sind eigentlich im vorliegenden Gesetzesentwurf nicht berücksichtigt worden. Es fehlt auch eine ernsthafte Verzollungskontrolle. Der Zoll ist für Transportmittelkontrollen betreffend Verzollung im ganzen Land zuständig, eine Zusammenarbeit mit der Polizei ist jedoch erwünscht. Bei der Kabotage (im Inland) wird der Zoll (an der Grenze) doppelt zuständig (Zoll und NZE). |  |
| SpwR | 82  |   |   | Letzter Satz ergänzen «können während der Teilkontrolle eine umfassende Kontrolle verlangen».  | Wird nur ein Teil der angemeldeten Waren kontrolliert, so gilt das Ergebnis dieser Teilkontrolle für alle in der Warenanmeldung bezeichneten Waren der gleichen Art. Die Personen, die von einer Teilkontrolle betroffen sind, können während der Teilkontrolle eine umfassende Kontrolle verlangen. |
| SpwR | 87  | 3 |   | neu  | Das Parlament legt jährlich die maximale Anzahl des Zollpersonals fest, das unmittelbaren Zwang anwenden darf.   |
| SpwR | 97  |   | d | Abgabenerhebung ist zu eng gefasst (bei Verfahren ohne Abgaben oder NZE)   | zur Kontrolle bei Abfertigungsstellen im grenzüberschreitenden Verkehr.  |
| SpwR | 125 | 1 |   | Schreibfehler, 2x «die» bzw. «seine»   | Die Transportunternehmen und Infrastrukturbetreiberinnen müssen dem BAZG alle Unterlagen und Aufzeichnungen, die für seine Kontrollen von Bedeutung sein können, zukommen lassen.  |
| SpwR | 135 | 2 |   | Die Bezahlung vor Ort ist zu einschränkend bei vorgesehener bargeldloser Zahlung.  | Beträgt die Busse im abgekürzten Verfahren nicht mehr als 300 Franken oder, im Falle einer Kumulation, nicht mehr als 600 Franken, steht der Strafbescheid einem rechtskräftigen Urteil gleich, sofern die Busse umgehend bezahlt wird. Bei nicht  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |     |   |  |  |   |
|------|-----|---|--|--|---|
|      |     |   |  |  | rechtzeitiger Bezahlung wird das ordentliche Verfahren eingeschlagen.   |
| SpwR | 139 | 1 |  | Der Einsatz von GPS-Trackern ist nicht vorgesehen. | Das BAZG kann im Rahmen seiner Strafverfolgungskompetenz Personen, Waren, Transportmittel und Sachen an allgemein zugänglichen Orten verdeckt beobachten und dabei Bild- oder Tonaufzeichnungen machen und von Waren, inklusiv Transportmitteln, die Position automatisch festhalten, wenn: |
| SpwR |     |   |  |  |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|      | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
|------|-------------------------------------|--|---------------------------|
| SpwR | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  |                           |
| SpwR | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |                           |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |
| SpwR   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

### **Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Gesetz | Bemerkung/Anregung  |
|------|--------|---|
| SpwR |        | Es scheint, dass in diesem Schritt lediglich Anpassungen an Gesetzen vorgeschlagen werden, jedoch werden auch Erlasse auf der nächsten Stufe betroffen sein.    |
| SpwR |        | Nötige Anpassungen an Staatsverträgen sind ebenfalls nicht enthalten. Was soll geschehen wenn einzelne Vertragspartner kein Interesse an einer Anpassung haben? |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |
| SpwR |        |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</u> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |
| SpwR  |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|      |  |  |  |  |  |  |
|------|--|--|--|--|--|--|
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |
| SpwR |  |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |
| SpwR   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **Zollabgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------|---|
| SpwR        | <p>Bei der Kompetenzteilung zwischen ZoG und anderen Gesetzen, die das BAZG anwendet, wird es auch Nachteile geben. Bei losgelösten Aufgaben von der Grenzabfertigung, also Aufgaben nur im Zollgebiet, müssen neu mehrere zusätzliche Gesetzesartikel berücksichtigt werden, die grundsätzlich die Arbeit erschweren und damit nicht erleichtern würden. Wie schon erwähnt, ist die Rechtssicherheit mit den heute bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen besser gewährt. Eine partielle Anpassung des bestehenden ZG, wäre zweckmässiger!</p> <p>Die Anpassung des bestehenden ZG hätte gar den Vorteil, dass während der Umsetzung von DaziT, schrittweise Anpassungen je nach Fortschreiten des Projektes, möglich wären. In welchem idealen Zeitpunkt müsste sonst vom alten Recht auf die neuen Vorschriften umgestellt werden? Mit anderen Worten, was geschieht in der Zwischenzeit bei einer agilen Entwicklung?</p> <p>Genügt für die neuen Verfahren das alte Recht, ist die Umsetzung dieser vorliegenden Entwürfe unnötig und im gegenteiligen Falle, ist die Rechtmässigkeit allfällig vorgezogener neuer und abweichenden Verfahren eher zweifelhaft.</p> |
| SpwR        |   |
| SpwR        |   |
| SpwR        |   |
| SpwR        |   |
| SpwR        |   |
| SpwR        |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |  |  |
|--|-------------|-------------|-------------|--|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>  | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b>   |
| SpwR   | 9           | 1           | c - (neu)   | Bei Nachverzollungen passt die Abgabeberechnung zum Zeitpunkt der Aktivierung nicht bzw. die Aktivierung ist nicht (mehr) gestattet. | Bei nachträglichen Veranlagungen zum Zeitpunkt des angenommenen tatsächlichen Grenzübertritts oder einem anderen vom Bundesrat festgelegten Zeitpunkt.   |
| SpwR   | 16          | 3           |             | Es fehlt eine Ausnahme/Reduktion bei berufsmässigen Deklaranten oder Chauffeuren   | Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Busse bis zum Dreifachen der gefährdeten Zollabgaben. Der Bundesrat kann das BAZG ermächtigen, die Bussen für die berufsmässigen Deklaranten und Fahrzeuglenker erheblich zu reduzieren oder bei leichten Vergehen gänzlich darauf zu verzichten. |
| SpwR   | 19          | 1           |             | Ist keine Haft vorgesehen, falls die Abgaben nicht beglichen werden (können)?  | Mit Busse bis zum Fünffachen des Warenwerts oder Haft bis zu einem Jahr wird bestraft, wer vorsätzlich:  |
| SpwR   |             |             |             |  |  |
| SpwR   |             |             |             |  |  |
| SpwR   |             |             |             |  |  |
| SpwR   |             |             |             |  |  |
| SpwR   |             |             |             |  |  |



Stiftung für Konsumentenschutz  
Nordring 4  
Postfach  
3001 Bern

Eidg. Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern  
**Per E-Mail:**  
**[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)**

**Rückfragen:**

André Bähler, Leiter Politik und Wirtschaft  
[a.baehler@konsumentenschutz.ch](mailto:a.baehler@konsumentenschutz.ch); 076 478 83 17

Bern, 23. Dezember 2020

## **Vernehmlassung Revision Zollgesetz**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Maurer  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Stiftung für Konsumentenschutz nimmt zu ausgewählten Aspekten der «Revision Zollgesetz» wie folgt Stellung:

### **Zollanmeldung im privaten Reiseverkehr (Art. 9 BAZG-VG)**

Der Konsumentenschutz begrüsst die Digitalisierung der Zollanmeldung bei der gewerbsmässigen Einfuhr von Waren. Im privaten Reiseverkehr hingegen ist zu beachten, dass viele Personen weder über die notwendigen Mittel (zum Beispiel Smartphone) noch das notwendige Wissen (Bedienung von elektronischen Geräten) verfügen. Der Konsumentenschutz schlägt deshalb vor, Art. 9 BAZG-VG so zu ergänzen, dass die Zollanmeldung im privaten Reiseverkehr auch jederzeit kostenlos und unbürokratisch auf nicht-elektronischem Weg erfolgen kann.

Eine allfällige Pflicht zur elektronischen Zollanmeldung kann indirekt die Reisefreiheit und direkt den Einkauf im Ausland für einen erheblichen Teil der Bevölkerung in der Schweiz beschränken oder erschweren. Zudem würde bei einer solchen Regelung der Aufwand für die Abwicklung der Verzollung den Konsumenten aufgebürdet und zusätzlich müssen die Konsumenten auch noch Kosten für Roaming- und Kreditkartengebühren (Beispiel QuickZoll) aus der eigenen Tasche bezahlen. Aus Sicht des Konsumentenschutzes ist deshalb die in Art. 9 Abs. 1 und Abs. 4 BAZG-VG festgehaltene Delegation des Entscheids über die Form der Warenanmeldung an das BAZG nicht sachgerecht, solche Regelungen sind auf Gesetzesstufe zu verankern.

## Frais de dédouanement

Depuis de nombreuses années, et malgré le passage au dédouanement simplifié et les interventions du Surveillant des prix, les frais de dédouanement restent un gros problème pour les consommateurs et des plaintes arrivent régulièrement à ce sujet chez les organisations de consommateur. La principale raison étant qu'un consommateur ne comprend pas pourquoi il doit payer des frais en plus alors qu'il a déjà payé les frais de port à son livreur. Les organisations de consommateurs sont mises dans une situation particulière car elles doivent expliquer qu'il est légal de facturer une prestation en plus à un client alors que selon le droit suisse, les prix finaux doivent inclure tous les frais. C'est une situation problématique qui est difficilement justifiable et découle du simple fait que les consommateurs ne peuvent légalement pas refuser ces frais. Les transporteurs sont dans une situation où elles peuvent exploiter une rente de situation difficilement compréhensible. De plus, cela permet une concurrence déloyale des vendeurs en ligne étrangers par rapport aux vendeurs suisse : les prix sur les plateformes de vente sont artificiellement plus bas car ils ne comprennent pas tous les frais à payer.

C'est la raison pour laquelle nous demandons au Département des finances de prévoir des mesures pour mettre fin à ces frais de dédouanement cachés. Voici différentes demandes:

- La Douane devrait renoncer à percevoir la TVA et les droits de douane si leur valeur est inférieure à 10.- contre 5.- aujourd'hui. Cela permettrait d'éviter les cas bagatelles et diminuer drastiquement les frais de dédouanement pour les petits envois.
- La valeur de la marchandise devrait être calculée sur le coût d'achat du produit et non pas sur les frais de port et les hypothétiques frais de dédouanement. Cette pratique rend le système totalement absurde à expliquer lorsqu'un consommateur demande pourquoi il a dû payer des frais de dédouanement alors que sa marchandise lui a coûté 40 CHF par exemple.
- Lorsqu'un consommateur constate que le transporteur a fait une erreur, il doit payer un émolument de 30.- à la Douane pour faire réviser son cas. L'article 62 du projet n'est pas clair à ce sujet puisqu'il ne précise pas si cet émolument sera supprimé. Nous demandons donc de clairement le supprimer dans la loi ou en tout cas de diminuer drastiquement son montant, vu les coûts moindres grâce à la numérisation.
- Lorsque le vendeur n'a pas noté la valeur des frais de port, la Douane et le transporteurs appliquent des frais imaginaires. Souvent, ce sont des valeurs fictives très élevées qui conduisent à devoir payer des frais de dédouanement à cause de l'oubli du vendeur. Il faudrait que ces tables soient plus fidèles à la réalité et évitent de devoir causer le déclenchement de frais de dédouanement.
- L'article 83 al. 2 du projet prévoit de répartir les frais de dédouanement non pas sur les clients, qui le trouvent cela injuste, mais sur l'ensemble des clients et doit faire partie du calcul global. Nous demandons que ce principe soit la règle non pas uniquement pour les cas de contrôles mais aussi pour tous les frais de dédouanement. Il n'y a pas de raison que ce soit au destinataire de payer pour une prestation qui devrait être communiquée par le transporteur au vendeur et donc intégrés dans le prix global au moment de l'achat. Il s'agit d'un risque entrepreneurial normal et acceptable.
- Nous demandons une analyse des frais que facturent les transporteurs (Poste, DPD, DHL, UPS, etc) aux clients : si le projet aboutit à des coûts de dédouanement moins importants pour les entreprises, il serait normal que les tarifs des transporteurs

baissent. Le Surveillant des prix pourrait se charger de cette tâche puisqu'il l'avait déjà fait il y a quelques années.

- Enfin, il faudrait simplifier le processus de dédouanement pour le rendre plus transparent pour le consommateur : aujourd'hui, le système est tellement complexe avec tellement d'exceptions qu'il est impossible de savoir quand on commande à l'étranger si on aura des frais de dédouanement ou pas et comment les calculer. Nous demandons également que l'administration, en partenariat avec les entreprises de transports, édictent et diffusent une brochure pour expliquer simplement les frais de dédouanement. Si le système paraît obscur pour le consommateur, il devrait pouvoir être expliqué simplement par ceux qui en sont à l'origine.
- Lorsqu'un site internet vend des produits en Suisse, il devrait avoir l'obligation de mentionner que des frais de dédouanement s'appliquent. Comme dans le cadre de la révision partielle de la Loi sur la TVA qui a demandé un assujettissement des vendeurs étrangers en Suisse, une obligation de transparence devrait pouvoir être également demandée par ce biais-là.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Sig. Sara Stalder  
Geschäftsleiterin

Sig. André Bähler  
Leiter Politik und Wirtschaft

Eidgenössisches Finanzdepartement  
Bundesgasse 3  
3003 Bern

Elektronischer Versand: [rechtsetzung@evz.admin.ch](mailto:rechtsetzung@evz.admin.ch)

Bern, den 30. Dezember 2020

**Entwurf für ein neues Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

***Stellungnahme von strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs (FRS)***

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zu dem im Titel genannten Thema Stellung nehmen zu dürfen und konzentrieren uns auf allgemeine Bemerkungen zum vorliegenden Gesetzesentwurf, da sich die Detailfragen für unsere angegliederten Branchen sehr individuell präsentieren.

Die Prozesse zur Ein- und Ausfuhr sowie Versteuerung sind etabliert, bewährt und weitgehend digitalisiert. Jede Änderung dieses Systems bedeutet einen hohen Aufwand auf Seiten der Wirtschaft. Ebenfalls müssen alle Änderungen in ein multinationales Umfeld eingebettet werden. Sowohl im Sinne der Wirtschaftlichkeit wie auch insbesondere der Gewährleistung der Landesversorgung ist es unabdingbar, dass die heute bestehende Stabilität durch geordnete Prozesse jederzeit gewährleistet bleibt. Aus diesen Gründen ist es zwingend nötig, dass bei der Umsetzung der Vorlage klar definierte und ausreichende Übergangsfristen vorgesehen werden.

Als Ziele der Vorlage werden Vereinfachungen und Effizienzgewinne genannt. Wir sehen aber teilweise hohe Anpassungskosten auf die Unternehmen zukommen, ohne dass dadurch Kosteneinsparungen oder einfachere Abläufe entstehen würden.

Ebenfalls kritisch sehen wir eine zunehmende Tendenz, Regelungen aus den Gesetzen heraus zu nehmen und mehr und mehr auf Verordnungsstufe zu setzen. Dieses Vorgehen gibt den Behörden mit dem neuen BAZG-VG eine Art Blankocheck für Verordnungen, welche nicht im selben Mass der demokratischen Kontrolle unterliegen, wie dies Gesetzestexte tun.

Wir verstehen die Bemühungen und die Absicht der Vorlage, die Zollprozesse zu vereinheitlichen. Dies darf jedoch nicht auf Kosten einzelner Wirtschaftsakteure oder Branchen geschehen. Diese Befürchtung besteht auf unserer Seite. Auch ist es aus unserer Sicht nicht akzeptabel, bestehende funktionierende Regelungen zu streichen, ohne dafür einen adäquaten Ersatz zu schaffen, der es im Rahmen der

Vernehmlassung erlaubt, diesen zu beurteilen und eine Abschätzung über künftige Aufwände vorzunehmen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist es ausserdem stossend, dass das BAZG künftig gesetzliche Kontrollaufgaben aus nicht-abgaberechtlichen Erlassen (z.B. die Kontrolle von Generaleinfuhrbewilligungen GEB) an die betroffenen Behörden oder Organisationen zurückdelegiert und via Schnittstellen auf deren Informationssysteme zugreifen will. GEB-Kontrollen sind ein gesetzlicher Auftrag an den Zoll. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Akteure der Wirtschaft die Kosten für die Kontrollaufwände übernehmen sollen. Die GEB-Kontrollen sind auch in Zukunft durch die Zollbehörden zu vollziehen.

Angesichts des noch weitreichenden Verbesserungsbedarfs des Gesetzespakets regen wir an, die Vorlage vor der parlamentarischen Phase nochmals einer grundlegenden Überarbeitung zu unterziehen. Hierzu würden wir einen frühzeitigen Beizug der wichtigsten Branchenvertreter der Wirtschaft sowie eine erneute Vernehmlassung begrüssen.

Wir danken Ihnen, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

\*\*\*\*\*

Freundliche Grüsse

**strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs FRS**



Daniel Hofer  
Präsident



Olivier Fantino  
Geschäftsführer





**ZFEB**   
Customs & Trade Consultants

Oberglatt, 18.11.2020

## **Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Totalrevision des Zollgesetzes und zur Schaffung eines Vollzugsaufgabengesetzes für das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf Artikel 4 des Vernehmlassungsgesetzes vom 18. Mai 2005 nehmen zu den Entwürfen wie folgt Stellung:

### **1. Notwendigkeit**

In der Medienmitteilung des Bundesrates vom 11. September 2020 heisst es u.a. wörtlich:

*Die umfassende Modernisierung der rechtlichen Grundlagen ist ein wichtiger Bestandteil des Digitalisierungs- und Transformationsprogramms DaziT und der damit verbundenen organisatorischen Weiterentwicklung der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zum BAZG.*

Auch auf der Internetseite der EZV wird auf die Notwendigkeit hingewiesen:

*Die Anpassung der Rechtsgrundlagen ist ein wichtiger Bestandteil des Digitalisierungs- und Transformationsprogrammes DaziT. Eine grundlegende Überarbeitung (Totalrevision) ist notwendig, damit die Prozesse und Systeme konsequent vereinheitlicht, vereinfacht und digitalisiert werden und damit das neue Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) die erforderliche organisatorische Flexibilität erhält.*

Auf der so genannten «Roadmap DaziT» ist der Ablauf der einzelnen Teilprojekte ersichtlich. An der Informationsveranstaltung vom 17. Oktober 2020 hat EZV-Direktor Bock auf eine entsprechende Frage geantwortet, dass für die Umsetzung der verschiedenen Teilprojekte, insbesondere des zukünftigen Warenverkehrssystems «Passar», keine Gesetzesrevision erforderlich sei. Auch in der Begleitgruppe Wirtschaft wurde am 7. September 2020 von Verwaltungsseite erklärt, dass die Umsetzung von Passar 1.0 unabhängig der Gesetzesrevision möglich ist.

Das heute gültige Zollgesetz vom 18. März 2005 (ZG) ist erst seit etwas über 13 Jahren in Kraft. Es wurde im Jahre 2016 ergänzt, insbesondere in Bezug auf Informationssysteme (Art. 110a-h). Das ZG stammt somit keineswegs aus einer «vordigitalen» Zeit. Es steht weder der angestrebten Vereinheitlichung, Vereinfachung und Digitalisierung der Prozesse noch der Weiterentwicklung der EZV im Wege. Dafür sprechen auch die bereits getroffenen Entscheide über die neuen Strukturen, Berufsbilder usw.

**ZFEB** 

Customs &amp; Trade Consultants

Es ist für uns deshalb nicht abschliessend verständlich, warum die EZV einen solchen aufwändigen und langwierigen Gesetzgebungsprozess angestossen hat. Die dadurch verursachten Kosten lassen sich kaum rechtfertigen. Vernünftiger wäre es, die Ressourcen gezielt für die dringend notwendigen Verbesserungen der grösstenteils veralteten und fehleranfälligen Systeme und Prozesse im Rahmen von DaziT einzusetzen. Unseres Erachtens bietet der aktuelle Gesetzesrahmen bereits genügend Spielraum, um die notwendigen Veränderungen umzusetzen. Die politisch notwendigen Anpassungen beim Berichtigungsprozess<sup>1</sup> und bei der Strafpraxis<sup>2</sup> könnten mit einer schlanken Gesetzesrevision umgesetzt werden. Gleichzeitig wäre zu prüfen, ob die Organisation der EZV auf Gesetzesstufe anders geregelt werden muss (Art. 91 ZG). Dies gilt insbesondere für die Stellung des Grenzwachtkorps.

### **Wir wünschen eine Kosten- und Nutzenrechnung zu den neuen Gesetzesgrundlagen.**

Allgemein fällt auf, dass im Gesetzesentwurf zum BAZG-VG zahlreiche Kompetenzdelegationen vorgesehen sind. Das zukünftige BAZG gewinnt dadurch erheblich an Macht. Es bestehen Zweifel, ob unter diesen Voraussetzungen dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit immer Rechnung getragen wird.

### **Wir wünschen eine Begründung über die Notwendigkeit dieser neuen Machtstellung.**

## **2. Einsprachen, Beschwerden, Berichtigungen, Rückforderungen**

Grundsätzlich begrüssen wir, dass die Frist für die Einsprache generell auf 60 Tage festgelegt wird. Das Problem der Frist für die Berichtigungen nach Artikel 34 ZG (30 Tage) wird damit gelöst. De facto entspricht dies der bisherigen Praxis der EZV (vgl. Antwort des Bundesrates vom 4.12.2017 auf Frage von Nationalrat de Courten 17.5483 «Artikel 34 des Zollgesetzes. Beibehaltung der bisherigen bewährten Praxis der Eidgenössischen Zollverwaltung»).

Stossend bleibt aber weiterhin, dass die Spiesse der Verwaltung und der Zollbeteiligten bei Nach- und Rückforderungen ungleich lang sind. Gemäss Artikel 85 ZG (neu Art. 30 BAZG-VG) kann die Verwaltung aufgrund eigener Fehler Abgaben innerhalb eines Jahres nachfordern. Gestützt auf Artikel 12 VStrR hat die Verwaltung in der Regel sogar fünf Jahre Zeit, Abgaben nachzufordern. Demgegenüber können die Zollbeteiligten eigene Fehler zu ihren Ungunsten nur innerhalb der Einsprachefrist von 60 Tagen korrigieren. Es ist nun an der Zeit, diese extreme Ungleichbehandlung zu beenden. Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang noch Folgendes:

- Gestützt auf den Artikel 125 des Zollgesetzes vom 1. Oktober 1925 (aZG) gewährte die EZV bei nach Fristablauf eingereichten Beschwerden unter gewissen Umständen die Rückerstattung. Diese «kundenfreundliche» Regelung fiel 2007 mit dem Inkrafttreten des neuen ZG ersatzlos dahin.
- In der Vernehmlassung zum neuen ZG wurde u.a. von economiesuisse eine Verlängerung der Beschwerdefrist um bis zu einem Jahr gefordert (Ziff. 2.7 der Botschaft

---

<sup>1</sup> Postulat de Courten vom 31. Mai 2017 (17.3377 «Unnötige Behinderung der Wirtschaft durch formalistische Fristenanwendung»).

<sup>2</sup> Motion de Courten vom 31. Mai 2017 (17.3376 «Die wirtschaftsfeindliche Strafpraxis der Zollverwaltung umgehend korrigieren»).



**ZFEB** 

Customs & Trade Consultants

vom 15.12.2003). Der Gesetzgeber folgte dem Vorschlag des Bundesrates. Die vorerwähnte Verwaltungspraxis blieb indessen unerwähnt.

- Die einseitige schweizerische Regelung steht im Widerspruch zum EU-Recht. Im Zollkodex der Union ist in den Artikeln 116 und 121 in solchen Fällen eine Frist von drei Jahren vorgesehen.

**Wir wünschen die Bereinigung dieses Missstandes zugunsten der Wirtschaftsbeteiligten.**

### **3. Unklarheiten betreffend die provisorische Verzollung**

Die Zollverwaltung sieht die Aufhebung der bisherigen provisorische Verzollung vor. Die entsprechenden Fälle können zukünftig über das Einspracheverfahren abgewickelt werden. Wir begrüßen diese Vorgehensweise. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine unerwünschte Kapitalbindung die Folge sein könnte (bisherige verbürgte Abgabebeträge) und bezweifeln, die entsprechende Frist ausreichend ist zum nachträglichen Einreichen von Ursprungsnachweisen.

**Zu diesem Punkt sind noch zusätzliche Informationen erwünscht.**

### **4. Ausnahmen von der Anmeldepflicht (Art. 8 BAZG-VG)**

Gemäss dem Absatz 5 zu diesem Artikel regelt das BAZG die Ausnahmen von der Anmeldepflicht sowie den Zeitpunkt der Anmeldung. Die Einzelheiten werden auf Stufe Amtsverordnung geregelt. Nach unserer Auffassung müssten insbesondere die wichtigsten Ausnahmen von der Anmeldepflicht bereits im Gesetzgebungsprozess genannt werden.

**Zu diesem Punkt ist eine Präzisierung erwünscht.**

### **5. Dokumentenaufbewahrungspflicht (Art. 56 BAZG-VG)**

Dieser Artikel ist unseres Erachtens zu rudimentär gehalten. Die wichtigsten Eckpunkte der Aufbewahrungspflicht müssten auf Gesetzesstufe geregelt werden. Nach unserer Auffassung müsste zudem der problematische Ist-Zustand aufgehoben werden (Konflikt Importeur/Verzollungsdienstleister).

**Zu diesem Punkt ist eine Nachbesserung erwünscht.**

### **6. Mitwirkungspflicht bei Kontrollen (Art. 84 BAZG-VG)**

Dieser Artikel ist zu einseitig auf Bedürfnisse der Verwaltung ausgerichtet. Nach unserer Auffassung gehört auch eine Verpflichtung dazu, dass sich die verschiedenen Verfahrensbeteiligten (insbesondere Importeur/Verzollungsdienstleister) absprechen müssen. Es muss unbedingt vermieden werden, dass Schäden durch unsachgemässe Handlungen von nicht qualifizierten Personen verursacht werden (z.B. aseptisch verpackte Lebensmittel, Medikamente und dergleichen).

**Zu diesem Punkt ist eine Nachbesserung erwünscht.**



**ZFEB** 

Customs & Trade Consultants

## **7. Scheinkäufe (Art. 99 BAZG-VG)**

Es handelt sich bei diesem Artikel um eine neue Befugnis für die Verwaltung. Die Begründung dafür ist im erläuternden Bericht eher allgemein gehalten. Es ist unklar, wozu diese Befugnis dient.

**Wir wünschen eine deutlichere Begründung über die Notwendigkeit dieser Befugnis und Offenlegung, was damit konkret umgesetzt und bewirkt werden soll.**

## **8. Erbringen gewerblicher Leistungen an Dritte (Art. 128 BAZG-VG)**

Gemäss den Erläuterungen «soll das BAZG Dritten unter gewissen Voraussetzungen gewerbliche Leistungen erbringen dürfen». Namentlich erwähnt werden «Schulungen von Kunden (im Sinne der Befähigung der Kunden)». Der ganze Artikel und insbesondere die Begründung überzeugen nicht, genauso wie die aktuelle Situation im Zusammenhang mit Auftritten und Tätigkeiten von EZV-Personal an kostenpflichtigen Veranstaltungen, die von Dritten organisiert werden (Handelskammern, Verbände, Unternehmen).

Die EZV hat praktisch ausschliesslich hoheitliche Aufgaben des Bundes zu erfüllen. Sie verfügt dazu über eine grosse Macht und erhebliche repressive Mittel. Es mutet daher seltsam an, dass das mit Steuergeldern ausgebildete Personal zusätzlich zum Erbringen von gewerblichen Leistungen in Konkurrenz zu privaten Anbietern eingesetzt werden soll. Eine vergleichbare Bestimmung existiert nach unseren Kenntnissen für keine Einheit der zentralen Bundesverwaltung (vgl. a. GebV-ESTV v. 20.5.2014, Art. 1, Abs. 1 Bst. b).

Selbstverständlich hat die Verwaltung schon allein aus eigenem Interesse und im Sinne einer Dienstleistung die Zollbeteiligten offen und klar über die Rechte und Pflichten zu informieren (vgl. a. RVOG, RVOV, OV-EFD). Dazu sollen auch externe Referententätigkeiten gehören. Eine neue gesetzliche Grundlage braucht es dafür nicht. Unabhängig vom laufenden Gesetzgebungsverfahren wird hingegen die Verwaltung aufgefordert, hierzu nach aussen Transparenz über den Ist- und Soll-Zustand zu schaffen:

- Für welche Anlässe, Schulungen usw. stellt die EZV fachkundiges Personal zur Verfügung?
- Bedingungen?
- Kosten? Wie wird sichergestellt, dass die Wettbewerbsfähigkeit unter den verschiedenen Marktanbietern nicht gefährdet wird?
- Wie wird die Gleichbehandlung von externen Anbietern gewährleistet?

**Wir wünschen uns hierzu die Transparenz zum Ist- und Sollzustand sowie die Klärung der aufgeführten Fragestellungen.**

## **9. Strafpraxis**

Wir bevorzugen Variante 1, die einheitlich für sämtliche Aufgaben des BAZG gilt.

## **10. Zolltarif- und Ursprungsauskünfte (Art. 10 ZoG)**

Die Bedeutung dieser Dienstleistung der Verwaltung ist unbestritten. Gegenüber der bisherigen Rechtsgrundlage (Art. 20 ZG) wird jedoch auf Regelungen betreffend die Verbindlichkeit und die Dauer der Gültigkeit verzichtet. Begründungen dafür fehlen. Offen bleibt auch die



**ZFEB** 

Customs & Trade Consultants

Frage der Abgrenzung zu Verfügungen, welche der Einsprache bzw. Beschwerde unterliegen (sog. Auskunftsverfügungen). Es wäre angezeigt, diese Punkte auf Gesetzesstufe zu verankern.

Immerhin wird darauf verzichtet, Zolltarif- und Ursprungsankünfte als kostenpflichtig zu erklären. Um die immer wieder geführten Diskussionen in der Zukunft zu verhindern, gehört die Kostenfreiheit unseres Erachtens ebenfalls ins Gesetz.

Ferner sollte ein Auskunftsrecht für alle Abgabenerlasse, welche die EZV vollzieht, gesetzlich geregelt werden (analog Art. 69 MWSTG).

In diesem Zusammenhang wäre auch klarzustellen, welche rechtliche Verbindlichkeit der «einfachen Stichwortabfrage» zukommt (Erläuternder Bericht, S. 196, 1. Alinea).

**Wir wünschen die Bereinigung der aufgeführten Punkte.**

### **11. Automobilsteuer und Mineralölsteuer (Anhang 1, Ziff. 33 und 34)**

Der bisherige Artikel 19 AStG stimmt in Bezug auf die Rückzahlung der Steuer mit dem Artikel 125 aZG überein (vgl. Ziff. 2 hiervor). Diese Bestimmung soll ersatzlos gestrichen werden. Gestützt darauf würde auch der Artikel 2 AStV («Nachträgliche Änderung des Entgelts») entfallen. Im erläuternden Bericht wird dazu ausgeführt, dass dadurch Rückerstattungsbeträge von über 7 Millionen Franken pro Jahr eingespart würden. Es handelt sich mit anderen Worten um Mehreinnahmen. Eine derartige Schlechterstellung der steuerpflichtigen Personen ist abzulehnen. Die finanziellen Auswirkungen sind auch nirgends ausgewiesen. Ferner sollen die Steuerbefreiungen für schwere Wohnmobile und Motorkarren gestrichen werden.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob derart substantielle Eingriffe in einen Abgabenerlass überhaupt rechtlich mit der «Änderung anderer Erlasse» statthaft sind oder in eine separate Botschaft einfließen müssten.

Die obigen Ausführungen gelten sinngemäss auch für den Artikel 24 MinöStG.

**Wir wünschen die Prüfung dieser Aspekte.**

Für eine wohlwollende Prüfung unserer Anträge und Vorschläge danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Karl Strohhammer  
Zollrechtsexperte

Claudia Feusi  
Aussenhandelsexpertin

Je 1 Kopie an:

- Economiesuisse
- Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure



EINSCHREIBEN

Herr Bundesrat  
Ueli Maurer  
Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD  
Bundeshaus – Bundesplatz 3  
3003 Bern

IHR GESPRÄCHSPARTNER  
JEAN-CLAUDE MAISSEN  
+41 44 405 62 20  
JCM@ZF-IMMO.CH

22. Dezember 2020

**VERNEHMLASSUNG  
TOTALREVISION ZOLLGESETZ (ZG) ZUM NEUEN ZOLLABGABEGESETZ (ZoG)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Am 11. September 2020 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Revision der Zollgesetzgebung im Hinblick auf die Verabschiedung eines neuen BAZG-Vollzugsaufgabengesetzes (das «BAZG-VG») und eines neuen Zollabgabengesetzes (das «ZoG») eröffnet.

Angesichts der besorgniserregenden, existenziellen Auswirkungen, welche diese Reform auf die Tätigkeiten der heute operierenden vier Zollfreilager, insbesondere dem Zollfreilager Embraport und ihre Mieter, haben kann, erachten wir es als unabdingbar Ihnen persönlich unsere Befürchtungen und Anliegen vorzutragen. Wir bedanken uns in diesem Zusammenhang für Ihr Verständnis und Ihre wohlwollende Prüfung.

Sie finden im Anhang zu diesem Schreiben folgende Dokumente:

- Anhang 1: Darlegungen des Zollfreilagers Embraport und der Zürcher Freilager AG
- Anhang 2: Offizielles Formular Ihrer Verwaltung zum Konsultationsverfahren

Gerne steht Ihnen und den verantwortlichen Personen, die sich für die Gesetzesrevision verantwortlich zeichnen, nachfolgende Kontaktperson zur Verfügung.

— Jean-Claude Maissen, CEO – Tel. 044 405 62 20, jcm@zf-immo.ch

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und die Zeit, die Sie für die Darlegungen des Zollfreilagers Embraport und der Zürcher Freilager AG genommen haben.

Freundliche Grüsse  
Zürcher Freilager AG

  
Jean-Claude Maissen  
CEO

  
Frank Smits  
CFO

## ANHANG 1

PROJEKT  
ANGELEGENHEIT  
ERSTELLER  
VERTEILER  
ORT/DATUM

Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)  
Stellungnahme Zürcher Freilager AG, Embraport, 8424 Embrach  
Jean-Claude Maissen  
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD  
Embrach den 22. Dezember 2020

### WER IST DIE ZÜRCHER FREILAGER AG?

Am 23. Juli 1923 wurde die Zürcher Freilager AG auf Veranlassung der Zürcher Handelskammer gegründet und am 3. Dezember desselben Jahres ins Handelsregister aufgenommen. Die Gesellschaft bezweckte, die zollfreie Einlagerung und den zollfreien Transithandel von Gütern aus dem Ausland zu ermöglichen. Zu Beginn des Jahres 1925 schloss die Zürcher Freilager AG den Kaufvertrag und den Vertrag mit dem Gleisanschlussrecht für ein Areal in der Gemeinde Albisrieden von 70'500 m<sup>2</sup> ab und erhielt im Jahre 1926 den Zollfreilagerstatus. Sie betrieb in der Folge rund 90 Jahre ein Zollfreilager in Zürich-Albisrieden.

1970 beteiligte sich die Zürcher Freilager AG an der Embraport AG, einer Betreibergesellschaft des damals in Embrach entstehenden Güterumschlagszentrums. 1972 wurde auf dem Areal der Embraport AG die Winterthurer Freilager AG gegründet. Sie erhielt die Bewilligung zum Betrieb eines Zollfreilagers. 1978 fusionierten die Winterthurer Freilager AG und die Embraport AG zur Embraport Freilager AG. Diese wurde 1989 vollständig durch die Zürcher Freilager übernommen und ist bis heute vor Ort operativ.

In Zürich-Albisrieden unterhielt die Zürcher Freilager AG knapp 90 Jahre lang ein Zollfreilager, bevor sie im Juni 2012 den Betrieb einstellte und sich auf ein Zollfreilager im Embraport fokussierte. Ein Teil der Mieterschaft aus dem Zollfreilager Zürich-Albisrieden dislozierte in das Zollfreilager am Embraport.

Die Zürcher Freilager AG ist heute eine Immobilienunternehmung, welche Eigentümerin und Betreiberin des Areals Embraport ist, im welchem sich das Freilager Embrach befindet. Aktionärin der Zürcher Freilager ist die AXA Leben AG, eine der wichtigsten Pensionskassen der Schweiz, mit Fokus auf ein nachhaltiges und langfristiges Engagement zur Sicherstellung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden des BVG Säule 2 Vorsorgeauftrages.



## WAS IST DER EMBRAPORT?

Der Embraport ist ein Logistik-Hub mit 132'500 m<sup>2</sup> Lagerflächen in einem Areal von 172'000 m<sup>2</sup> und bietet Mietflächen für Logistiker, Spediteure und Händler – mehrheitlich aus dem KMU-Umfeld und damit dem Rückgrat der schweizerischen Wirtschaft –, welche die Versorgung des Landes sicherstellen. Im Flächenportfolio des Embraport befinden sich zum heutigen Zeitpunkt rund 15'000 m<sup>2</sup> Zollfreilagerflächen, welche bis Juni 2021 auf 20'000 m<sup>2</sup> erweitert werden. Die Zollfreilagerflächen sind ein wichtiges und ergänzendes Flächenangebot für die Mieter, die national wie auch international tätig sind.

Die Strategie Embraport 2025, die am 3. August 2018 vom Verwaltungsrat der Zürcher Freilager AG genehmigt und verabschiedet wurde, enthält mitunter die komplette Revitalisierung und Erweiterung der heute 15'000 m<sup>2</sup> Zollfreilagerflächen auf rund 20'000 m<sup>2</sup>. Bis 2025 wird der Logistik-Hub mit diversen Neubauten modernisiert und Bestandsbauten werden ertüchtigt, um den Anforderungen einer nachhaltigen «grünen» Logistik zu genügen. Unter anderem werden die Gebäude und das Areal mit erneuerbaren Energien betrieben. Für überschüssige Stromproduktion aus den PV-Anlagen werden Speicheralternativen, wie bspw. «power to gas», der Produktion von grünem Wasserstoff geprüft. Insgesamt wird die Zürcher Freilager AG bis 2025 rund CHF 110 Mio. in den Embraport investieren, wovon bereits rd. 40% im 2020/2021 in das neue, moderne Zollfreilager fliessen.

## WARUM DAS ZOLLFREILAGER IM EMBRAPORT?

Seit 1925 hat die Zürcher Freilager AG Erfahrungen mit dem Betrieb von Zollfreilager. Im Embraport ist seit 1972 ein Zollfreilager operativ. Am 19. November 2015 teilte die EZV die Neuerungen der Zollfreilager per 1. Januar 2016 mit. Darin hiess es, dass der Bundesrat am 6. März 2015 seine Strategie zu den Zolllagern festgelegt hat und er sich im Interesse der schweizerischen Wirtschaft für klare rechtliche Rahmenbedingungen für den Betrieb der Zollfreilager und offenen Zollager OZL einsetzt.

Am 13. Januar 2017 war eine Delegation von behördlichen Vertretern aus der Schweiz und Frankreich zusammen mit Bundesrat Ueli Maurer und seinem französischen Amtskollegen Minister Michel Sapin im Zollfreilager Embraport zu Besuch. Man konnte sich vergewissern, dass die Abläufe und die Arbeitsweise des Zolls vor Ort mit der Zürcher Freilager AG sowie ihren Mietern vorbildlich korrekt ablaufen und keine Schlupflöcher für Steuerflüchtige oder Geldwäscher zulassen.

Vor diesem Hintergrund, den geltenden rechtlichen Bestimmungen der eidgenössischen Zollgesetzgebung, ihren Verordnungen sowie Bestimmungen für die Zollfreilager und der am 14. Juli 2017 erteilten Bewilligung für den Betrieb eines Zollfreilagers mit Gültigkeit bis am 31. Juli 2027,



entschied der Verwaltungsrat der Zürcher Freilager AG auf dieser Grundlage bereits jetzt mit aktuell begonnener Umsetzung die Revitalisierung und Erweiterung des Zollfreilagers im Embraport im Umfang von CHF 41 Mio (Teil der CHF 110 Mio. Investitionsvolumen gesamt).

Die heutigen Zollfreilagerflächen im Embraport befinden sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Das Gebäude aus den 1976 Jahren und deren technische Ausstattungen befinden sich am Lebenszyklusende. Behördliche Auflagen lassen einen künftigen Betrieb nicht mehr rechtfertigen. Die tiefgreifenden Ertüchtigungsmassnahmen lassen sich nicht in einem vermieteten Gebäude durchführen, die Sicherungsmassnahmen wären zu aufwändig und die Risiken jeglicher Art zu hoch. Daher fiel der Entscheid im August 2018 auf ein leerstehendes Lagergebäude im Embraport, welches in ein neues modernes Zollfreilagergebäude transformiert werden soll. Die Bauarbeiten werden Ende Mai 2021 abgeschlossen sein, im Juni 2021 starten die Funktionstests. Danach beginnt der Mieterumzug in die neuen Mietflächen im Juli 2021.

Im neuen Gebäude werden hohe Sicherheits- und Komfortstandards für die Kunden der Zürcher Freilager AG realisiert. Unterschiedliche Klimazonen und modernste Sicherheitsanlagen erfüllen die Anforderungen nach GRASP, einem internationalen Versicherungsstandard. Die GRASP Anforderungen beziehen sich auf bauliche, betriebliche und prozessbasierende Kriterien. Diese lassen sich gut mit den geltenden gesetzlichen Verordnungen und den Betriebsvorschriften eines Zollfreilagers kombinieren.

## **DIE KUNDEN (MIETER) IM ZOLLFREILAGER EMBRAPORT**

In der aktuell angebotenen 15'000 m<sup>2</sup> umfassenden Zollfreilagerfläche im Embraport sind 34 Kunden eingemietet. Diese lassen sich in etwa vier gleich grosse Kategorien; Metalle, Orient-Teppiche, Kunst und Kaufmannsgüter gliedern. Es sind alles Kunden/ Mieter, welche unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse an die Flächenqualitäten sowie Warenbewegungen haben und die Vorteile eines Zollfreilagers nutzen wollen. Beispielsweise gibt es KMU, welche die Mindestzahl von geforderten 200 Warenbewegungen pro Jahr eines OZL's, die den Empfehlungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle; laut ihrem Bericht vom 28. Januar 2014 zur Evaluation «Zollfreilager und offene Zolllager: Bewilligungen und Kontrolltätigkeiten», nicht nachkommen könnten. Ohne die Möglichkeit eines Zollfreilagers würden diese KMU ihrer Existenz beraubt. Im Cluster eines Zollfreilagers werden sie von anderen Mietern, die mehr Warenbewegungen vorweisen können, mitgetragen. Der Bündelung von kleinen und grossen Kunden/ Mietern in einem Zollfreilager ist im Wesentlichen existenziell für die kleineren Unternehmungen. In den ersten 11 Monaten im Jahre 2020 verzeichnete das Zollfreilager im Embraport rund 10'000 Warenbewegungen, was die Mindestforderung der Eidgenössischen Finanzkontrolle von 5'000 Warenbewegungen p.a. für Zollfreilager weit übertrifft.

## WIE FUNKTIONIERT DAS ZOLLFREILAGER EMBRAPORT?

### BETRIEBSBEWILLIGUNG:

Die Betriebsbewilligung vom 14. Juli 2017 und die heute geltenden Zollgesetze werden eingehalten, diese sehen vor, dass der Betrieb eines Zollfreilagers wie folgt funktionieren kann.

### BETREIBER = VERMIETER = LAGERHALTER:

Die Betreiberin, die Zürcher Freilager AG, ist gleichzeitig Vermieterin und gemäss «Allgemeine Bestimmungen Zollfreilager» auch die Lagerhalterin.

### MIETER = EINLAGERER:

Die Zürcher Freilager AG vermietet geeignete Räumlichkeiten. Dadurch ist der Mieter gleichzeitig auch der Einlagerer. Im Mietvertrag werden die Rechte und Pflichten des Einlagerers dem Mieter überbunden.

### ZOLLSTELLE:

Zuständige Zollstelle Zürich Flughafen, Dienstabteilung Embrach, Embraport 1, 8424 Embach

### IDENTIFIKATION DER EINLAGERER / MIETER:

Die Zürcher Freilager AG führt monatlich den World Check nach Reuters für Mieter im Zollfreilager sowie für alle Gewerbemieten der Zürcher Freilager AG durch. Der World Check ist ein standardisiertes Verfahren im Rahmen der AXA Compliance Richtlinien bzgl. Geldwäsche, kriminellen Geschäften, PEP etc. und dient zum Schutz vor Geschäftsrisiken/ Reputationschäden der Zürcher Freilager AG und ihrer Aktionärin.

### GESICHERTE FINANZSTRÖME:

Es findet keine Annahme von Bargeld oder Checks für Mietkautionen oder Mietzinszahlungen statt. Der Zahlungsverkehr erfolgt ausschliesslich über die von Gesetzes wegen kontrollierten Kanäle der Bankensysteme, welche Unregelmässigkeiten sofort aufdecken würden.

### ZOLLÜBERWACHUNG DES ZOLLFREILAGERS:

Das Zollfreilager unterliegt der Zollüberwachung der EVZ. Die EVZ ist Mieterin im Embraport und im permanenten Kontakt mit den Mietern des Zollfreilagers sowie der Vermieterin der Zürcher Freilager AG. Die Zürcher Freilager AG übermittelt jedes Semester eine aktuelle Mieterliste des Zollfreilagers an die EVZ. Mietinteressenten werden vor Vertragsabschluss der EZV gemeldet und von der EVZ geprüft.

### INVENTUR DER EINGELAGERTEN GÜTER:

Der Mieter ist der Einlagerer, der die Inventarisierung der eingelagerten Güter vornimmt und diese dem Zoll meldet. Diese Anforderung an die Mieter ist so in den Mietverträgen geregelt.



**KONTROLLE WARENEINGANG UND WARENAUSGANG:**

Der Mieter darf nur Waren im Zollfreilager einlagern, die durch den Zoll freigegeben wurden (Bestätigung). Die Lagerhalterin, namentlich die ZF AG, betreibt einen Logendienst und lässt nur Waren in das Zollfreilager, wenn die vom Zoll gestempelten und gültigen Papiere vorliegen. Die ZF AG kontrolliert die Waren in den Warenschleusen per Augenschein, bevor der Mieter die Ware in Empfang nehmen kann, um diese in seinen Mietflächen einzulagern. Die ZF AG hat aus Datenschutzgründen keine Kenntnis über den Inhalt der Warensendungen. Die Deklaration ist Sache des Deklaranten und des Mieters. Die Aufteilung von Lagerhalter und Einlagerer ist für ein Zollfreilager von entscheidender Bedeutung, um den Betrieb eines Zollfreilagers gewährleisten zu können.

**WAS SIND DIE VORTEILE DES ZOLLFREILAGERS GEGENÜBER DEM OZL?**

Die heute verbliebenen tätigen Zollfreilager in der Schweiz beherbergen kleinere Mengen von Waren, jedoch mit sehr grossem Warenwert. Die Tätigkeiten der Zollfreilager sind hauptsächlich die Vermietung von Räumen an die verschiedenen Kunden. Wobei hier strikte Vorgaben bezüglich Ein- und Auslagerungen und der Inventarisierung der Waren bestehen. Die jeweiligen Zollämter haben daher eine klare und transparente Übersicht über die Tätigkeiten resp. die Art und Menge der Waren, die sich in Zollfreilager befinden. Die Zollämter sind bei den Freilagern vor Ort und müssen nicht, wie dies bei örtlich von der Zollstelle unabhängigen OZL der Fall ist, anreisen, um Kontrollen von Stichproben vorzunehmen. Die Zollämter stehen eng in Kontakt mit den Lagerhaltern/ Vermieter sowie den Einlagerern/ Mietern und können jederzeit die Einlagerungen überprüfen. Weder die Lagerhalter noch die Einlagerer sind verpflichtet, für die eingelagerten Warenwerte eine Abgabebeforderung sicherzustellen. Eine Sicherstellung der Abgabebeforderung, in welcher Art auch immer, limitiert die ökonomische und operative Handlungsfreiheit der Parteien im Zollfreilager. Um die Abgabeschuld sicherzustellen, müssten zudem die Lagerhalter alle Details der einzulagernden Warenwerte ermitteln, was vermutlich der sich stets verschärfenden Datenschutzverordnung widerspricht. Der Lagerhalter müsste die Abgabeschuld beim Einlagerer/ Mieter einfordern mit der Konsequenz, dass die ökonomische Handlungsfreiheit der Vertragspartner wiederum einschränkt oder gar verunmöglicht wird. Die ökonomischen Vorteile eines Zollfreilagers wären mit der Verpflichtung einer Sicherstellung der Abgabeschuld auf einen Schlag dahin. Dem Zoll sind die Waren eingängig bekannt und Einlagerungen resp. Auslagerungen sind geregelt, werden jeweils vollumfänglich kontrolliert und können von der Warenbewegung bzw. Lieferkette zurückverfolgt werden. Es gehen somit keine Informationen unter oder verloren, eher das Gegenteil ist der Fall.

#### **DIE ZOLLFREILAGER BIETEN DAHER:**

- zwar keine finanziellen Garantien, stellen aber die Sicherheit des Zollbereiches mit baulichen und organisatorischen Massnahmen sicher und erleichtern die Kontrolle der Mieter und bieten eine detaillierte Übersicht der Waren, welche ein-/ ausgelagert werden.
- die Garantie, dass die Bedingungen für alle gleich gehandhabt werden

Die Werte der Waren, welche die Kunden in einem Zollfreilager einlagern, unterliegen heute keinen Abgaben oder finanziellen Sicherheiten. Dies ist auch ein Grund, warum Waren über Generationen in den Zollfreilagern eingelagert/ weitergegeben wurden resp. werden. In der Regel handelt es sich um sehr hohe Warenwerte und eine allfällige kongruente und für alle konforme Veranlagung zur Abführung von Abgaben/Sicherheit und Steuern wird in der Umsetzung schwierig und mit teilweise finanziell nicht tragbaren Folgen für die Kunden sein..

Da die Kontrollen der Zollfreilager aber sehr strikt durchgeführt werden, ist dies zu hinterfragen, ob mit einer Abgaben- oder Sicherheitsleistung versehenen Verordnung die Konkurrenzfähigkeit der Zollfreilager beeinträchtigt werden soll. Zudem haben die Zollbehörden bereits bei Indizien von falschem oder fraglichen Verhalten der Kundschaft bereits heute rechtlich weitreichende Möglichkeiten mit Massnahmen die Sicherung der möglichen und gefährdeten Abgaben zu ergreifen.

#### **KONSEQUENZEN BEIM VERLUST DES ZOLLFREILAGER MODELLS IM EMBRAPORT**

Am 6. März 2015 legte der Bundesrat seine Strategie zu den Zolllagern im Interesse der schweizerischen Wirtschaft fest, wobei er klar zwischen dem Betrieb von Zollfreilager und offenen Zolllager OZL unterschied.

Die Zürcher Freilager AG entschied sich auf der Basis dieses Bekenntnisses und des langfristig ausgelegten Interesses der schweizerischen Wirtschaft im 2018 am Embraport einen Ersatzneubau für das alte, bestehende und in die Jahre gekommene Zollfreilager zu erstellen. Die Investitionen belaufen sich im mittleren zweistelligen Millionenbereich und sind auf das Zukunftsmodell Zollfreilager (Vermieter- und Mietermodell) ausgelegt. Das Zollfreilager bietet vielen mittleren und kleineren Schweizer Unternehmen die Möglichkeit, ihre wertschöpfende Tätigkeit auszuüben, weil genau die Zollfreilager die wirtschaftlich einschränkende Abgabesicherstellung (Kautions bis zu 2% des Warenwertes) nicht hinterlegen müssen und damit ihre vorhandenen Betriebsmittel prozessorientiert sowie ökonomisch sinnvoller einsetzen können.

Fallen nun mit dem angestrebten Zollgesetz im Zollfreilager die gleichen Bedingungen an, wie im OZL, wären die Anforderungen an die Zürcher Freilager AG so beeinträchtigend und wirtschaftlich einschneidend, dass sie den Betrieb der 20'000 m<sup>2</sup> Zollfreilager einstellen müsste. Die



Zürcher Freilager AG sähe sich gezwungen, ihre Investitionen in die ganzen Sicherheitsstandards und die kleinzelligen Lagerstrukturen des neuen Zollfreilagers um geschätzt 2/3 der Investitionssumme abzuschreiben, was letztendlich zu Lasten ihrer Aktionärin und im weitesten Sinne den PK-Anspruchsberechtigten, also den Rentnern ausfiele.

Eine Abkehr des Bundesrates von seiner damaligen Strategie der Zollfreilager, ginge voll zu Lasten der im Zollfreilager tätigen KMU, welche auf die Vorteile der Zollfreilager angewiesen sind. Dieser Richtungswechsel schadet somit der schweizerischen Wirtschaft, deren Rückgrat die KMU sind. Die schweizerische Wirtschaft ist auf nachhaltige und vielseitige, kleine und mittlere Marktteilnehmer ebenso angewiesen und darauf ausgelegt, wie auf einige wenige grosse, systemrelevante Betriebe. In den Zollfreilagern ist man auf die Vielseitigkeit angewiesen, damit auch kleine und mittlere Betriebe, die vielzitierten Schweizerischen KMU, eine ökonomisch adäquate Chance zu ihrer Betriebsfähigkeit erhalten. Der Bündelung von Vielen im Zollfreilager ist im Wesentlichen existenziell für die kleineren Unternehmungen.

Mit dem Entwurf des neuen Zollgesetzes wird ein vollständig anderes Paradigma angestrebt, als dies heute der Fall ist. Dies kann man in Teilen gut und gerne begrüßen. Wird dieser Wechsel aber mit einer eingehenden starren Vereinfachung von Betriebsabläufen und digitalisierten Prozessen ohne Rücksicht auf die Nuancen zwischen Freilager und OZL durchgezogen und beide Varianten einer einzigen gleichgesetzt, verlieren die Zollfreilager ihre Vorteile. Es fiele eine wichtige wirtschaftliche Nische einer schematischen Vereinfachung zum Opfer. Die vom neuen Zollgesetz beeinträchtigten Zollfreilager, müssten schliessen. Deren Kunden wandern dann entweder ins Ausland ab, wobei Steuersubstrat und Arbeitsplätze der Schweiz entzogen werden oder verschwinden für immer von der Landkarte der schweizerischen Wirtschaft, was in etwa die gleichen Auswirkungen hat wie der erste Fall.

## WÜRDIGUNG DES NEUEN ZOLLGESETZES

Das neue Zollgesetz zielt darauf ab, zu harmonisieren, zu standardisieren, zu rationalisieren und zu digitalisieren, da die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Verkehr kontinuierlich zunehmen. Die Absicht geht in die richtige Richtung, soweit alle Besonderheiten gebührend berücksichtigt werden, die außerhalb des aktuellen Großhandels liegen. Die Nischenaktivitäten sind für diejenigen, die direkt daran beteiligt und interessiert sind, von existenzieller Bedeutung und für diese müssen sie als integraler Bestandteil erhalten bleiben, um die wirtschaftlichen Aktivitäten auf schweizerischem Territorium weiter betreiben zu können. Es ist im neuen Zollgesetz darauf zu achten, dass den heutigen Vorteilen eines Zollfreilagers, welche einerseits im aktuell gültigen Zollgesetz unter Kapitel 5 Zollfreilager Art. 62 bis 67 verankert sind, weiterhin Rechnung getragen wird. Ceteris Paribus muss die gültige Bewilligung für den Betrieb eines Zollfreilagers Embrach zukünftig so ausgelegt sein, dass der «status quo» ermöglicht bleibt.



## Vernehmlassung:

- **Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie**
- **Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)**

---

## Stellungnahme eingereicht durch

Name Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : Zürcher Freilager AG, Embraport, 8424 Embrach

Abkürzung Kanton / Partei / Verband / Organisation / Übrige : ZFL Embraport

Adresse : Embraport 3, 8424 Embrach

Kontaktperson : Jean-Claude Maissen

Telefon : +41 44 405 62 20

E-Mail : [jcm@zf-immo.ch](mailto:jcm@zf-immo.ch)

Datum : 22.12.2020

---

Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word- und PDF-Dokument** bis am **31. Dezember 2020** an folgende E-Mailadresse:  
[rechtsetzung@ezv.admin.ch](mailto:rechtsetzung@ezv.admin.ch)

**Besten Dank für Ihr Mitwirken!**

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Übersicht

|  |    |
|--|----|
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                       | 3  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen .....         | 4  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016 .....                     | 9  |
| <i>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 10 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....               | 11 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen ..... | 12 |
| <i>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1)</i> – Weitere Vorschläge .....  | 14 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht .....                                 | 15 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen .....          | 16 |
| <i>Zollabgabengesetz</i> – Weitere Vorschläge .....  | 18 |
| Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen .....   | 19 |

### Wichtige Hinweise zum Ausfüllen der Tabellen:

1. Wir bitten Sie,

- a) für die jeweiligen Gesetze die entsprechenden Tabellen zu verwenden;
- b) pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile zu verwenden;
- c) keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.

2. Die Spalte «Name» in den Tabellen wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| <b>Name<sup>1</sup></b> | <b>Bemerkung/Anregung</b>   |
|-------------------------|---|
| ZFL<br>Embraport        | Die Zürcher Freilager AG nimmt hiermit formal Stellung bezüglich dem laufenden Mitwirkungsverfahren des, vom Bundesrat am 11. September 2020 in die Vernehmlassung gegebene Totalrevision des Zollgesetzes zur Schaffung eines Vollzugsaufgabengesetzes für das künftige Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG).   |
| ZFL<br>Embraport        | Bitte beachten Sie zudem unser Einschreiben mit Anex 1 vom 22. Dezember 2020 an Bundesrat Ueli Maurer, in welchem wir uns auf die aktuelle Position des Zollfreilagers Embraport in Embrach beziehen.   |
| ZFL<br>Embraport        | Wir verstehen grundsätzlich, dass die künftigen Anforderungen der Rollen und Aufgaben an die Zollverwaltung im Rahmen der digitalen Entwicklung global angepasst werden müssen und daher grundlegende Schritte unternommen werden müssen. Dieser Fortschritt darf nicht die kompetitiven Rahmenbedingungen der Schweizer Unternehmungen gegenüber den ausländischen Mitbewerbern benachteiligen oder gar behindern. |
| ZFL<br>Embraport        | Die Zürcher Freilager AG betreibt im Embraport ein Zollfreilager und vermietet als Lagerhalterin Flächen an national und international tätige Unternehmen. Die Mieter sind die Einlagerer. Die Aufgaben- und Verantwortungsbereiche sind im Betrieb klar geregelt und widerspiegeln die Allgemeinen Bestimmungen Zollfreilager, Version 2 der EZV, Version 2 vom Januar 2017 eins zu eins wieder.                   |
| ZFL<br>Embraport        | Dieses Instrument der EZV ist ein beispielhaftes Regelwerk, wie es den involvierten Parteien, namentlich der Gesetzgebung, den Exekutivbehörden und den privaten Unternehmen gelingt, einfach, pragmatisch und vorallem oekonomisch die freiheitlichen, politischen und wettbewerbstaughlichen Wege zu beschreiten, offen und transparent.  |
| ZFL<br>Embraport        | Es ist in jedem Fall daher zu berücksichtigen, dass dieses Zusammenspiel von Betreibern der Zollfreilager (Lagerhalter) und den Kunden, also Mieter (Einlagerer) der Zollfreilager, zukünftig die gleichen Möglichkeiten und Chancen zukommen, wie es heute bereits der Fall ist. D.h., dass es zu keinen ökonomischen oder prozessualen Verschlechterungen kommen darf.  |
| ZFL<br>Embraport        | Artikel 44 beschreibt die Definition der Zolllager. Dies aber in einer Art und Weise, welche der Besonderheit von Zollfreilager und der Waren, welche in einem Zollfreilager eingelagert werden, nicht entspricht und diesen nicht gerecht wird. Die heutigen Tätigkeiten der Zollfreilager unterscheiden sich von offenen Zolllagern OZL grundlegend. Deshalb muss diesem Umstand auch                             |

<sup>1</sup> Die Spalte «Name» wird automatisch mit der von Ihnen gewählten Abkürzung ergänzt.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                  |   |
|------------------|---|
|                  | im neuen Gesetz Rechnung getragen werden. Eine Anpassung der Zollfreilager an offene Zolllager OZL widerspricht dem Sinn eines Zollfreilagers und würde die Tätigkeiten massiv einschränken oder gar verunmöglichen.  |
| ZFL<br>Embraport | In unserem Schreiben mit Anex 1 möchte die Zürcher Freilager AG darlegen, weshalb es aus ihrer Sicht notwendi und für die schweizerischen Wirtschaft wichtig ist, an den unterschiedlichen Modellen der beiden Zolllager namentlich dem Freilager und dem offenen Zolllager OZL festzuhalten. |
| ZFL<br>Embraport |   |
| ZFL<br>Embraport |   |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen**

| Name             | Art. | Abs. | Bst. | Bemerkung/Anregung  | Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)   |
|------------------|------|------|------|---|---|
| ZFL<br>Embraport | 7    | a-h  |      | Unter lit. e-g werden Datenverantwortlicher, Warenverantwortlicher und Transportverantwortlicher definiert. Es gibt keine Definition mehr von Lagerhalter und Einlagerer.<br>Ein Lagerhalter muss gemäss den heute geltenden Bestimmungen des FL nicht zwingend Daten-, Waren- oder Transportverantwortlicher sein. Ein Lagerhalter kann seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellen (vermieten) und der Einlagerer (als Verantwortlicher für Daten, Waren und Transport) kann die Flächen mieten. Sollte man hier nicht die Rolle des Lagerhalters und des Einlagerers aufnehmen und präzisieren, um die Rollen verständlicher zuordnen zu können?<br>Lagerhalter und Einlagerer finden im aktuellen Zollgesetzes-Entwurf keine Rollenzuordnung mehr. | Lagerhalter und Einlagerer analog gültigem Zollgesetz Art. 63, 66 aufnehmen.                                |
| ZFL<br>Embraport | 11   | 2, 3 |      | Was versteht man unter Typen von Warenbestimmungen? Was versteht man unter "andere Warenbestimmungen"?<br>Was versteht man konkret unter der Abgabeschuld in Bezug zur Sicherstellung der Abgabeschuld für Art. 20, 21 und 32? Was versteht man unter: "Bedingungen und Auflagen"? "Befristung"?d   |   |
| ZFL<br>Embraport | 15   |      |      | Muss der Betreiber eines Zollagers auch zugelassener Wirtschaftsbeteiligter (AEO) sein?<br>Kann der Betreiber eines Zollagers Dienste eines anderen AEO in Anspruch nehmen?   | Fall aufnehmen, dass auch Zollfreilager ohne AEO Status betrieben werden können. (Vermieter, Mieter Modell) |
| ZFL<br>Embraport | 21   | 1    |      | Als Abgabeschuldner werden Warenverantwortlicher, Datenverantwortlicher und Transportverantwortlicher genannt. Der Betreiber eines FL kann  | Lagerhalter und Einlagerer analog gültigem Zollgesetz Art. 63, 66 aufnehmen.                                |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|               |    |   |  |  |   |
|---------------|----|---|--|--|---|
|               |    |   |  | Verantwortlichkeiten und Aufgaben an den Einlagerer delegieren. Aus Sicht des Lagerhalters (Betreiber eines FL) ist der Einlagerer, sowohl Warenverantwortlicher, Datenverantwortlicher und Transportverantwortlicher, weshalb der Betreiber eines Freilagers nicht als Abgabeschuldner in Frage kommen kann. Stimmt diese Annahme?  | Lagerhalter/ Vermieter kann nicht die Pflichten des Einlagerers/ Mieters erfüllen.  |
| ZFL Embraport | 30 | 1 |  | Laut Art. 42 des MWSTG beträgt die Verjährungsfrist 5 Jahre. Dennoch sehen Art. 42 Abs. 6 (Festsetzungsverjährung) und Art. 91 Abs. 5 (Bezugsverjährung) eine maximale Verjährungsfrist von 10 Jahre vor. Art. 75 Abs. 5 des ZG sieht eine maximale Verjährungsfrist von 15 Jahren vor.  | Eine Vereinheitlichung des MWST- und Zollgesetzes von 10 Jahre wäre wünschenswert, ohne die Interessen des Bundes zu gefährden. |
| ZFL Embraport | 31 |   |  | Beinhaltet dieser Artikel auch den aktuellen Begriff "Sicherstellung für offene Zollager (OZL) mit einem generellen Satz von 2% für die durchschnittlich eingelagerten Waren, Min. CHF 10'000.00 auf Jahrebasis?<br><br>Werden zukünftig die Zollfreilager (FL), neu als Zolllager definiert<br>- mit dem obenerwähnten Satz (2%) kautioniert?<br>- wird es einen Behandlungsunterschied zwischen "ex" FL und "ex" OZL geben? u.a. auch wegen des Wertes der in FL eingelagerten Güter ? | Vorteile der heutigen Zollfreilager weiterhin belassen und diese von der Sicherstellung der Abgabepflicht befreien.             |
| ZFL Embraport | 34 |   |  | Wird der aktuelle Satz für OZL von 2% als Sicherstellung in Art. 34 berücksichtigt?  | dito Art. 31  |
| ZFL Embraport | 44 | 1 |  | Die FL und OZL werden Zolllager (ZL), das Gesetz erwähnt dieses nicht ausdrücklich, versteht sich aber bei der Analyse anderer Gesetzesakten. Ist dies so zu verstehen?  | Klare Trennung von OZL und Freilager beibehalten.   |
| ZFL Embraport | 44 | 3 |  | Wem werden die Bewilligungen für den Betrieb erteilt? Den heutigen FL (Lagerhalter) oder an alle Einlagerer/Mieter die sich (gegenwärtig) in den FL befinden?  | Aktuelles Zollgesetz, Art. 62-67 sinngemäss übernehmen.   |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|               |    |   |        |  |   |
|---------------|----|---|--------|--|---|
|               |    |   |        | Falls die 2. Variante zum Tragen kommt, muss wohl u.a. mit einem erhöhten administrativen Aufwand seitens des BAZG gerechnet werden<br>Erläuternder Bericht, Seite 47 Abs 3:<br>"Das BAZG hat nur Kontrollaufgaben und prüft, ob die Betreiberin oder der Betreiber ihre diesbezüglichen Pflichten wahrnimmt".<br>Werden die Betreiber der einzelnen Zolllager (gegenwärtig Einlagerer) die sonst dem Zoll reservierten Prüf- und Kontrollarbeiten von Dokumente und Waren selber durchführen? |   |
| ZFL Embraport | 44 | 5 | 2.Satz | "Das BAZG kann die Bewilligung mit Auflagen versehen."<br>Was heisst das ?<br>Bei der Auflagenerteilung wird es Unterschiede zwischen "ex FL" und ex "OZL" geben?  | Aktuelles Zollgesetz, Art. 62-67 sinngemäss übernehmen. Abgabepflicht für Freilager entfällt. |
| ZFL Embraport | 44 | 5 | c      | Handelt es sich um die Dokumentation betreffend der Inventarisierung von Güter?  | Aktuelles Zollgesetz, Art. 62-67 sinngemäss übernehmen.                                       |
| ZFL Embraport | 44 | 5 | d      | Worin besteht die nachweisliche Zahlungsfähigkeit ?<br>Hat dies mit der Sicherstellung zu tun?   | dito Art. 44 Abs. 5   |
| ZFL Embraport | 44 | 5 | e      | Welcher Grad an geeigneten Sicherheitsstandards wird erfordert?<br>Handelt es sich nur um eine physische Sicherheit und nicht um eine Sicherstellung (Garantie)?   | dito Art. 44 Abs. 5   |
| ZFL Embraport | 44 | 5 | f      | Wie wird die Mindestanzahl an Ein- und Auslagerungen bemessen/geschätzt?<br>Lt. erl. Bericht (S.47 ):<br>"Den unterschiedlichen Besonderheiten der Lager, entsprechend der Warenart und der darauf lastenden Abgabenart, ist auf Verordnungsstufe Rechnung zu tragen".<br><br>Wird das BAZG, basierend auf den unterschiedlichen betrieblichen Besonderheiten:   | Aktuelles Zollgesetz, Art. 62-67 sinngemäss übernehmen.                                       |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|               |    |   |  |   |  |
|---------------|----|---|--|---|--|
|               |    |   |  | <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterschiede zwischen "ex FL" und "ex OZL" machen?</li> <li>- Wenn ja, können zukünftig "ex FL" die Pflicht zur Inventarisierung (Datenverantwortlicher ?!) den eigenen Mietern/ Einlagerern delegieren/übertragen?</li> </ul> |  |
| ZFL Embraport | 56 | 2 |  | <p>"Der Bundesrat bezeichnet die Personen, denen die Aufbewahrungspflicht obliegt, und regelt die Voraussetzungen an die Datenhaltung."</p> <p>Wer sind diese Personen?</p> <p>In welcher Form werden diese Personen bezeichnet bzw. gewählt?</p>                       |  |
| ZFL Embraport | 58 |   |  | Warum nur 60 Tage wenn die EZV eine Frist von 1 Jahr hat, um Fehler zu reklamieren?   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |
| ZFL Embraport |    |   |  |   |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                  |  |  |  |  |  |
|------------------|--|--|--|--|--|
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## **BAZG-Vollzugsaufgabengesetz – Varianten zur Einführung der Deklarantenstrafpraxis 2009 bis 2016**

|                  | <b>Antwort</b>                      |  | <b>Bemerkung/Anregung</b>  |
|------------------|-------------------------------------|--|--|
| ZFL<br>Embraport | <input checked="" type="checkbox"/> | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 1 (Einführung von Art. 133 Bst. b BAZG-VG).  | Das BAZG muss über diesen Abschätzungs- Beurteilungsrecht verfügen müssen.<br>Gelegenheit- und Proportionalitätsprinzipien müssen ständig abgewogen werden können um nicht in einer Repressionsspirale zu geraten. |
| ZFL<br>Embraport | <input type="checkbox"/>            | Ich/wir bevorzuge/bevorzugen Variante 2 (Vollständige Streichung von Art. 133 BAZG-VG sowie der Fahrlässigkeitstatbestände bei Abgabengefährdungen und bei Ordnungswidrigkeiten im ZoG und weiteren Abgabeerlassen). |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>BAZG-Vollzugsaufgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name             | Gesetz | Bemerkung/Anregung |
|------------------|--------|--------------------|
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |
| ZFL<br>Embraport |        |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Entwurfs und zu deren Erläuterungen</u></b> |               |             |             |             |                           |  |
|---|---------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>   | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport   |               |             |             |             |                           |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                  |  |  |  |  |  |  |
|------------------|--|--|--|--|--|--|
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Änderung anderer Erlasse (Anhang 1) – Weitere Vorschläge</u></b> |               |             |                           |                      |
|--|---------------|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Gesetz</b> | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport   |               |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht</b> |                           |
|---|---------------------------|
| <b>Name</b>   | <b>Bemerkung/Anregung</b> |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |
| ZFL<br>Embraport  |                           |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen</b> |             |             |             |                           |  |
|--|-------------|-------------|-------------|---------------------------|--|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Abs.</b> | <b>Bst.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)</b> |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |
| ZFL Embraport  |             |             |             |                           |  |



Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsaufgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

|                  |  |  |  |  |  |
|------------------|--|--|--|--|--|
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |
| ZFL<br>Embraport |  |  |  |  |  |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsabgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

| <b><u>Zollabgabengesetz</u> – Weitere Vorschläge</b> |             |                           |                      |
|--|-------------|---------------------------|----------------------|
| <b>Name</b>  | <b>Art.</b> | <b>Bemerkung/Anregung</b> | <b>Textvorschlag</b> |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |
| ZFL<br>Embraport                                     |             |                           |                      |

Wenn Sie neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter «Überprüfen/Bearbeitung einschränken/Schutz aufheben» den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen

1. Dokumentschutz aufheben
2. Zeilen einfügen mit Copy-Paste
3. Dokumentschutz wieder aktivieren

### 1. Dokumentschutz aufheben

The screenshot shows the Microsoft Word interface with the 'Überprüfen' (Review) tab selected. The 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) button in the 'Schützen' (Protect) group is highlighted with a red box. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' is open on the right, displaying the message: 'Dieses Dokument ist vor versehentlicher Bearbeitung geschützt. Sie können in diesem Bereich nur Formulare ausfüllen.' The 'Schutz aufheben' (Remove Protection) button at the bottom of the panel is also highlighted with a red box.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**\*BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht\***

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |
|      |                    |

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

## 2. Zeilen einfügen

- a) Letzte leere Zeile der betroffenen Tabelle mit leeren grauen Feldern markieren
- b) Control-C für Kopieren
- c) Control-V für Einfügen

|   |  |  |  |  |  |
|---|--|--|--|--|--|
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |
| ☒ |  |  |  |  |  |

## 3. Dokumentschutz wieder aktivieren

The screenshot shows the Adobe Acrobat Pro interface. The 'Überprüfen' (Check) tab is selected in the top toolbar. In the 'Schützen' (Protect) section, the 'Bearbeitung einschr.' (Restrict Editing) icon is highlighted with a red circle. A side panel titled 'Bearbeitung einschränken' (Restrict Editing) is open on the right, showing three sections: 1. Formatierungseinschränkungen (Formatting Restrictions), 2. Bearbeitungseinschränkungen (Editing Restrictions), and 3. Schutz anwenden (Apply Protection). In the 'Bearbeitungseinschränkungen' section, the checkbox 'Nur diese Bearbeitungen im Dokument zulassen:' (Allow only these edits in the document) is checked, and the dropdown menu is set to 'Ausfüllen von Formularen' (Form Filling). The 'Ja, Schutz jetzt anwenden' (Yes, Apply Protection Now) button at the bottom of the panel is also highlighted with a red circle.

Vernehmlassung:

- Gesetz über den Allgemeinen Teil der Abgabenerhebung und die Kontrolle des grenzüberschreitenden Waren- und Personenverkehrs durch das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG-Vollzugsgabengesetz, BAZG-VG) sowie
- Totalrevision des Zollgesetzes (ZG) zum neuen Zollabgabengesetz (ZoG)

**BAZG-Vollzugsgabengesetz – Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf und zum erläuternden Bericht**

| Name | Bemerkung/Anregung |
|------|--------------------|
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |
| ☒    |                    |